

Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

**Vorträge,
Aufsätze,
Rezensionen
2000-2009**

Jena 2025

Manfred Weißbecker

**Vorträge,
Aufsätze, Rezensionen
2000-2009**

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Traditionsbewusstsein und Mythos des Marktes	8
Es gibt nichts Schlimmeres als feindliche Brüder	9
Unser Wort zuvor.....	11
„Wir können alle Lust unterdrücken ...“	13
Vorwort	22
An Kurt Pätzold zum 70.	24
Menschen fangen, wie früher die Schinder Hunde fingen.....	26
So begann die Tagung.....	31
Parteiengeschichtsforschung in Jena – Erfahrungen und Einsichten.....	34
Vorwort	41
Optimistisch ins Jahr 2001?	42
Der Kapp-Putsch – ein Anfang vom Ende der Weimarer Republik?	44
Wolfgang Schumann in Jena – persönliche Erinnerungen aus Erlebtem und Gelesenem.....	58
Preußens „Befreiung“	66
„Fabelhaft“	67
Rückblick auf Weimar	68
Zollunion.....	69
Heimlicher Bruder.....	70
Kurze Bemerkungen zu aktuellen Debatten über politische Parteien.....	71
„Kampf dem Unkraut“	75
Täuschung	76
Alles offen?	77
Erst die Bücher, dann	78
Deutschheit.....	80
Tributaufruf.....	81
Mahnrufe.....	82
Wer regiert?.....	83
Verwischte Grenzlinie.....	84
Erpressung.....	85
Parteitag	86
Die totale Negation	87
Heerschau.....	88
Zum Geleit	89
Hugo Preller – ein Zeithistoriker in den Konflikten seiner Zeit	91
Christen und Krieg	97
Ein krummes Maul.....	98
Boxheim	99
Der Vierer	100
Der Feind steht rechts	101
Ich kenne keine Parteien mehr	106
Novemberverbrecher.....	111

Die Ketten von Versailles	114
Vorwort	120
Verräter verfallen der Ferne	122
Koloss auf tönernen Füßen	126
Nibelungenfreude	131
Deutschland erwache	136
Alle Macht den Räten	141
Eröffnungsansprache.....	145
Die H-Frage.....	146
Wir ehren Menschen, keine Idole	147
Vorwort	149
„Klaggestan“	150
Abrechnung.....	151
Armer Goethe.....	152
Rapallo und die Macht der Tatsachen.....	153
Anständig?	155
Runder Tisch	156
Respekt?	157
Papen hart.....	158
Staatsumbau	159
Blockierte Sicherungen	160
Wahltag	162
Treue	163
„... jedes Mittel recht“	164
Konservative Geschichtsdiskurse und nationale Apologetik.....	166
Schwarz-braun	169
Ertüchtigung.....	170
Hitlers Furcht	171
Stiefelabsatz	172
Grußadresse.....	173
Rote und Braune Hand in Hand?	174
Kaum lagen die Ergebnisse der.....	178
Planspiele	179
Schäferhund	180
Wegweiser zu den Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Thüringen 1933-1945	181
Vorwort	192
Beweggründe und Anstöße	193
„Die Parteien sind in sich faul ...“	197
„Ich kenne keine Parteien mehr ...“	205
Menschheitserfahrung 30. Januar 1933 –	215
30. Januar 1933 – kein Regierungswechsel wie andere auch	219
Am Ziel	221
„Partei? Ein übler Name! Verrufen, diskreditiert im Munde eines jeden	222

Die große Lösung	236
Was zuerst?	239
Volksverrat?	240
Heerkönig.....	241
Das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz und der Austritt	242
Aufrichtig?	243
Wunderwerke	244
Krieg der Täuschungen?	245
Grundpfeiler	246
Drachenzähne.....	247
Tamtam	249
God bless America.....	250
Geist von 1914	255
Treue Wacht.....	256
Auf der Suche nach Halt im Bewährten	257
Vorwort	265
Vorwort	267
Eröffnung	268
Zum Geleit	273
Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921-23).....	274
Frage des Mutes	282
Senf auf Genf	283
Lüge & Wahrheit	284
Deutsche Ehre	286
Wendetag	287
Bestürzung	288
Ostland	289
Das eigene Todesurteil.....	290
Erfindungen.....	292
„Ich habe mehrere Leben gelebt“ – 23 Jahre als Emigrant in Russland	293
Der Autor über sich selbst.....	297
Kriegsfilme.....	302
Flucht in die Provinz	303
Fasching	306
Arierparagraf.....	307
Notanker.....	308
Ein Leben, das viele Biographien füllt.....	309
Fleischwerdung	311
Trommelfeuer.....	312
Drohungen.....	313
Begrenzte Vielfalt in Kontroversen zum Faschismus-Begriff.....	314
Zwerge	318

Enthauptungsschlag	319
Nachschlag	321
Verfahren	322
Rezensionen	323
Saar-Treue	325
Nürnberg	326
Wegelagerer	327
Umschichtung	328
Rezension	329
Taufwasser	331
„Schüsse ins Gehirn“ – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit	332
Maßlos.....	338
Eröffnung	339
Schlußwort und Laudatio für Ludwig Elm	340
Historische Erfahrungen und die „neuen Kriege“	342
Schwarze wie Juden diffamiert	348
Vorwort	349
„Keine Massen loslassen. Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden ...“	350
Früher ja, heute nein?	359
Erinnerungsschlacht	361
Erfundene Erinnerung(en) – Bestandteil(e) deutscher Geschichtspolitik.....	363
Der Schwur	368
Nationaler Sozialismus? Volksstaat?	369
„Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut“	374
Der Mandant und sein Verteidiger – Fritz Sauckel und Robert Servatius.....	389
„... und ich beschloß, sie umbringen zu lassen“	399
Vorbemerkung	406
Juwelen oder gewöhnliche Glassteinchen im Streit um den Faschismusbegriff?	407
Die Wahrheit ist unteilbar	413
Das richtige Wort	418
Nie war Nürnberg so aktuell wie heute.....	419
Verteidiger im Nürnberger Prozeß – das Beispiel Dr. Robert Servatius	422
Eröffnung der Tagung und erste Bemerkungen zu einer alten und immer wieder neu gestellten Frage: „Wozu Geisteswissenschaften?“	429
Rezension	436
Die verlogenen „Führer“	440
Ungelesener Bestseller?	442
Aufklärer und Mythenbildner	443
Faschismustheorie – gestern und heute.....	446
Ihm gebührt Hochachtung und ehrenvolles Gedenken: Magnus Poser	454
Oberstes Ziel war: Krieg	456
Ohne viel Federlesen.....	458
Kommunalpolitik der NSDAP	459

Vorwort	462
Die universitätsgeschichtlichen Bemühungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. – ein Rückblick	463
Europa-Faschismus	471
Die Jenaer Parteiengeschichtsforschung – Erfahrungen und Einsichten	474
Rezension	486
Bunte Bilder, grauer Alltag?	488
Reaktionäre noch uneins	489
Blut und Tränen	492
Hitlers Helfer, Kollaborateure.....	493
Gegen Lohnraub.....	495
Taktik der Nazis im BVG-Streik	497
Aversionen gegen das Parteienwesen in Deutschland vor 1933.....	498
„Wir müssen ein gesundes Volk besitzen, um uns in der Welt durchsetzen zu können“	514
Riskanter Jahresbeginn	524
Fritz Sauckel: Die frühen Stationen seines Weges zur Macht	527
Weder national noch sozialistisch.....	535
Unerhörter Rufer	537
Im Würgegriff der Nazis	538
Sanfte Aufrührer und mitleidvoller Radikaler	541
Lügen der SED-Propaganda?	544
Gereimte Ergüsse	548
Rezension	550
Hitlers „Bombenerfolg“	552
Heldenmut und unnötige Opfer.....	554
„... die Parteien aus Deutschland hinausjagen“	556
„... zur Offensive befähigt“	560
Novembertage in unseren Erinnerungen	565
„Völkische Revolution“	567
9. November 1923: Wie der Nazi-Partei ein Putsch in Bayerns Hauptstadt ermöglicht wurde	573
Nazi-Führer „führerlos?“	577
Den Rücken freigehalten.....	579
Ein Wort zuvor	582
„Argumente“ wider die Revolution von 1918/19	584
Widersprüchliche Symbiose	595
Die Guten und die Bösen	597
„Wie eine Feldschlacht“	601
Ein Aprilscherz?.....	603
Gegen den „Feind im Innern“	608
Die Partei mit dem Hakenkreuz	613
Mit Demagogie und Druck	618
Himmlers Psyche	620
Ein couragierter Blick	623

Mattsetzung des Parlamentarismus.....	625
„Geh ein in Walhall!“	629
Gesundes Empfinden?.....	631
Im Dunst von Nebelkerzen	632
Fest im Visier: die innere Front	634
Gelebter Pazifismus	636
Der Wühlarbeiter.....	638
Apparat des Terrors.....	640
Der breite „rechte Rand“	646
Nein, er war bei Sinnen.....	651
Soldaten der Arbeit	652
Eine wahre Fundgrube	655
Hegemoniestreit	657
Schmach von Thüringen	660
Personenregister	665

Traditionsbewusstsein und Mythos des Marktes

Alte und Neue Rechte an den Hochschulen

Wer zu diesem Buch greift, vermutet vor allem eine Darstellung jener bekannten Kontinuitätslinien von 1945 bis zur Gegenwart, die sich sowohl personell als auch inhaltlich aus der Tatsache ergeben haben, dass an den (west)deutschen Universitäten und Hochschulen eine wirkliche Entnazifizierung ausgeblieben ist. Er wird nicht enttäuscht: Sieben der 15 Beiträge befassen sich mit diesem Thema. Sie stammen aus der Feder von Ludwig Elm, Gudrun Hentges, Tina Terschmitt, Karl Pfeifer, Samuel Salzborn, Andreas Plake und einer Hamburger Arbeitsgemeinschaft gegen „Rassenkunde“. Hier erfährt der Leser gründlich Recherchiertes über Hans-Ernst Schneider alias „Schwerte“, Theodor Litt, Theodor Wilhelm bzw. Friedrich Oetinger, Werner Pfeifenberger und Hans-Helmuth Knüttler. Eine bedrückende Bilanz.

Das gilt gleichfalls für den zweiten Teil des Bandes, in dem sich Sabine Kiel, Dietrich Heither, Diana Auth, Alexandra Kurth und Gerhard Schäfer mit neueren Entwicklungstendenzen des studentischen Bewusstseins und der akademischen „(Un-)Kultur“ befassen. Eingehend werden das Weltbild der Deutschen Burschenschaft und männerbündische Burschenherrlichkeit hinsichtlich ihrer keineswegs zwangsläufigen Verknüpfung mit dem Rechtsextremismus durchleuchtet. Der empfehlenswerte Band bietet jedoch mehr. Die bildungspolitischen Weichenstellungen für einen grundsätzlichen „Umbau“ des akademischen Bildungswesens werden als Kotau vor kapitalistischer Ökonomie bewertet. Ferner diskutieren die Autoren Kriterien zur Unterscheidung zwischen der Alten und der Neuen Rechten und vergleichen vor allem den traditionellen völkischen Nationalismus und den neuen „Standortnationalismus“. Jede weitere Debatte über den Rechtsextremismus wird die Feststellung von Butterwegge zu berücksichtigen haben, dass die Alte Rechte auf Traditionsbewusstsein, überkommene Werte und den Mythos des „Reiches“ setzt, die Neue Rechte dagegen auf Innovationsbereitschaft, geistige Mobilität und den Mythos des Marktes.

Insgesamt betrachten Herausgeber und Autoren das neoliberale Konzept der Ökonomisierung und Wettbewerbsorientierung sowie die fortschreitende Privatisierung und Entpolitisierung der Hochschulen als Grundlage zahlreicher antidemokratischer Erscheinungen. Folgerichtig handele es sich nur um einen kleinen Schritt, der von einer „Entdemokratisierung“ zur Entwicklung „nach rechts-außen“ und zur Herausbildung einer „marktradikalen und standortnationalistischen Rechten“ führt.

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen. Agenda Verlag, Münster 1999. 240 Seiten, geb., 36,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Januar 2000, S. 16.

Es gibt nichts Schlimmeres als feindliche Brüder

Vor 70 Jahren starb Paul Levi, ein demokratischer Sozialist

Berlin, Lützow-Ufer 37: Wenige Wochen vor seinem 47. Geburtstag, am 9. Februar des Jahres 1930, stürzte Paul Levi im Fieber aus dem Schlafzimmerfenster seiner Dachgeschosswohnung. Als er zu Grabe getragen wurde, waren mit roten Nelken und roten Fahnen erzgebirgische und vogtländische Arbeiter dabei – von ihnen war das Mitglied der SPD im Wahlkreis Zwickau-Plauen zwei Mal in den Deutschen Reichstag gewählt worden. Sie sprachen respektvoll von „unserem Paul“ und hatten auf die Schleifen des Kranzes geschrieben: „Dem Bannerträger der Revolution“.

Dies entsprach jedoch nicht den Urteilen, die es über ihn in seiner Fraktion und seiner Partei gab. Auch nicht denen der KPD, deren Vorsitzender er in den frühen 20er Jahren gewesen war. Während der Gedenkveranstaltung im Parlament für den verstorbenen Abgeordneten verließ die kommunistische Fraktion den Saal. Gleiches taten die Nazis, was nicht verwunderte – Levi war Antifaschist, hatte die Militarisation des öffentlichen Lebens kritisiert und als Anwalt „Landesverräter“ verteidigt. Als „Fememordjude“ hatten sie ihn beschimpft, nachdem er 1926/27 erfolgreich als Berichterstatter des Reichstagsausschusses zur „Untersuchung der Femeorganisationen und Fememorde“ tätig gewesen war.

Gelegentlich hat Paul Levi geäußert, für ihn gäbe es nichts Schlimmeres als feindliche Brüder. Was sind Brüder, was Feinde? Dies bleibt bis in unsere Tage zu fragen, nicht zuletzt auch mit dem Blick auf seltsame Aufgeregtheiten in einer Debatte, in der neuerlich Engagement und Ziel demokratischer Sozialisten bestimmt werden sollen. Es hätte den humanistischen Marxisten Levi mit Zorn und Empörung erfüllt, müsste er sehen, wie es in dieser Debatte mitunter allzu vordergründig um die Befriedigung von purer Streitsucht zu gehen scheint, um Frontenbildungen nach wirklichkeitsfremden Kriterien bipolarer Ausschließlichkeit: „entweder-oder“.

An Paul Levi – von dem es während der Novemberrevolution hieß, er sei neben Liebknecht und Luxemburg das dritte große „L“ – schieden sich im damaligen Deutschland die Geister; und selbst die Erinnerung an ihn trennt Jahrzehnte danach allzu oft Linke in Deutschland voneinander, die in Vergangenem Bewahrens- und Traditionswürdiges suchen oder befürchten, sozialistische Ziele würden rigoros über Bord geworfen. Als sich Levi 1920/21 gegen putschistische Tendenzen in seiner Partei wandte, wurde ihm vorgeworfen, es fehle an pathetischem Schwung und großer Gebärde eines traditionellen Revolutionärs. Dem hielt er entgegen, ihm sei „die vielleicht äußerlich gesehene geringe Arbeit des letzten Funktionärs im Betrieb oder in der Gewerkschaft lieber als alle revolutionäre Psychopathie ...“

Der Sohn einer bürgerlich-jüdischen Familie hatte eine gediegene Ausbildung genossen und sich zu einem glänzenden Juristen entwickelt. Geschildert wird er als begnadeter Redner. Die menschliche und politische Nähe zu Rosa Luxemburg brachte ihn in die Politik. Vieles verband beide miteinander: die Liebe zueinander und zur Natur ebenso wie politischer Scharfsinn, Hass gegen jegliche Ungerechtigkeit und Menschenverachtung, die strikte Ablehnung des Krieges wie auch das Streben nach Unabhängigkeit. „Geistig frei und niemandes Knecht“ – so lautete ihr Wahlspruch für den von ihnen angestrebten Sozialismus.

Doch Levi war keineswegs nur ein Schüler der Rosa. Er ist sehr wohl selbst als ein originärer Denker zu sehen. Seine politische Konsequenz und Unbeugsamkeit erscheinen bewundernswürdig, ebenso seine Kreativität und Streitbarkeit, die sich stets dem demokratischen Sozialismus zuordneten, ja auch seine Eigenwilligkeit in allen Fragen, die das Verhältnis zwischen Arbeiterparteien und Arbeitermassen betrafen. Seine Kritik richtete sich gegen bürokratisch funktionierende Apparate – gemeint waren u. a. die Kommunistische Partei Sowjetrusslands und die Kommunistische Internationale – und gegen so genannte Berufsrevolutionäre, die keine eigene Meinung besitzen und sich anderen unterordnen. Bedenkenswert sind nicht zuletzt auch seine ständigen Bemühungen, die geeignetsten Organisationsformen für erfolgreiches Ringen um die ihm unabdingbar erscheinende

Alternative zu Krieg, Kapitalismus und Faschismus zu suchen. Nur der, der kritisch denkt – so hieß es bei ihm – „vermag die Wahrheit von der Lüge, den Edelstein vom Schutt zu sondern“.

Vom Frühjahr 1919 bis zum 24. Februar 1921 stand er an der Spitze der jungen, von außen brutal bekämpften und innerlich arg zerstrittenen KPD. Am 15. April 1921 schloss ihn deren neue Führung „wegen schwerer Parteischädigung und Vertrauensbruch“ aus. Die frühe Geschichte der KPD ist dennoch untrennbar mit seinem Namen verbunden, vor allem durch jene Dokumente, die einen anderen Weg wiesen, als er dann und mit fatalen Folgen begangen worden ist. Paul Levi sorgte sich mehr um das Wohl und Wehe der proletarischen Massen als um das der Parteien. Mit tiefem Ernst verwies er immer wieder auf das Marxsche Manifest und den dort fixierten Grundsatz, dass die Kommunisten nie besondere, von den Interessen der Arbeiter losgelöste Interessen zu vertreten hätten. Jede simplifizierende oder gar beschönigende Analyse der Situation war ihm zuwider, wie sich bereits in den Tagen des ersten Putsches zeigte, den konservativ-reaktionäre Kreise unter der Leitung von Wolfgang Kapp im März 1920 gegen die Weimarer Republik anzettelten.

Von Levi stammt ferner der bekannte und richtungsweisende „Offene Brief“ an alle deutschen Arbeiterorganisationen vom 8. Januar 1921. Dieses Dokument bekannte einsichtig, man könne sich zwar nicht über Demokratie und Diktatur miteinander verständigen, dringend sei jedoch die Eini-gung für den Kampf um ein Stück Brot, das für den mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter nicht weniger wichtig als für den Kommunisten sei. Über dieses sehr zeitbezogene Anliegen hinaus ging es ihm prinzipiell um die Unterordnung des Interesses von Parteien unter die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder. Ganz in diesem Geiste rief Clara Zetkin kurze Zeit darauf (nach dem Mord an dem Zentrums-Politiker Matthias Erzberger, dem Unterzeichner des Waffenstillstandes vom 11. November 1918) zum Schutz der Weimarer Republik auf. Diese sei zwar nicht „die Erfüllung des proletarischen Kampfes“, jedoch sei sie ohne Unterschied der Partei als ein poli-tischer Fortschritt zu werten sowie „gegen ihre Feinde zu verteidigen und zu schützen – wenn es sein muss mit dem Einsatz ihrer Freiheit, ihres Blutes, ihres Lebens“.

In Nachrufen politischer Freunde hieß es, nur der Tod habe ihm das Rückgrat brechen können. Und mit Bedacht formulierte Carl von Ossietzky für „Die Weltbühne“ vom 18. Februar 1930: „Wenn die Geschichte einmal das Fazit der ersten zehn Jahre Republik zieht, dann wird sie Paul Levi mit Ehren überhäufen ... Die Kommunisten taten Unrecht, ihn einen Abtrünnigen, die Sozialdemokraten, ihn einen Bekehrten zu nennen. Er war ein internationaler revolutionärer Sozialist aus Rosa Luxemburgs Schule, hat es nie verleugnet. Paul Levi war dem Sozialismus verschworen wie kaum ein anderer ... Deshalb bedeutet sein Tod mehr als der irgendeines Politikers ...“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. Februar 2000, S. 15.

Unser Wort zuvor

Ausgewählte Themen werden hier vorgestellt. Sie hängen in vielfältiger Weise mit jener Periode deutscher Geschichte zusammen, die von zwei Weltkriegen und den Revolutionen der Jahre 1917/18, von den Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Hauptgruppen der Gesellschaft, von den Konflikten zwischen den politischen Parteien konservativer, liberaler, sozialdemokratischer oder kommunistischer Richtung, insbesondere aber von den Kämpfen zwischen Faschismus und Antifaschismus geprägt worden ist.

Wer auf das „Dritte Reich“ und den am 1. September 1939 entfesselten furchtbaren Krieg schaut, fragt sich, wann jemals die Führung eines Landes die Welt so in Flammen zu setzen vermocht hat, wann so systematisch industrialisierte Massenverbrechen organisiert werden konnten, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufzubürden möglich war. Seinen 1964 geschaffenen Film „Der gewöhnliche Faschismus“ ließ der russische Dokumentarist Michail Romm mit dem bekannten Bild beginnen, das von der Ermordung einer Mutter und ihres Kindes durch einen SS-Mann Kunde gibt. Angesichts der unglaublich erscheinenden und dennoch systematisch organisierten Genozids bewegte ihn die Frage: Wieviele Hände waren eigentlich nötig, um das weit greifende nationalsozialistische Mordprogramm an Juden, Polen, Russen und anderen Völkern realisieren zu können? Wie konnten Menschen dazu gebracht werden, Völkermord nicht nur zu dulden, sondern ihn zu begehen?

Nach wie vor wühlt dieses Problem wohl alle auf, denen Menschlichkeit noch nicht zu hohler Phrase oder demagogischem Argument verkommen ist. Überzeugende Antworten zu finden, fällt gewiß nicht leicht – allzu viele strukturelle Ursachenbündel, politische Motivationsstränge und individuelle Faktoren spielten eine gewichtige Rolle. Dennoch sind erhellende und aufklärende Aussagen verlangt, um auch mit ihrer Hilfe Wirklichkeit werden zu lassen, was unmittelbar nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg Opfer und Gegner des deutschen Faschismus schworen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz ...

Mehr als ein halbes Jahrhundert verging seither. Je weiter wir uns von diesem Zeitpunkt entfernen, desto stärkeres Bemühen ist zu verspüren, die notwendige Erinnerung an diesen Teil deutscher Geschichte zu verdrängen oder das Geschehene zu relativieren. Mehr denn je bleibt es daher eine Aufgabe, über den gewöhnlichen Faschismus einschließlich der alltäglichen Erscheinungsformen rassistischer Fremdenfeindlichkeit zu forschen und seine Ursachen darzustellen. Zu lebens-, ja überlebenswichtig mag die Erfahrung sein, daß, wer den Demagogen einer „rassereinen“ deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, auch deren undemokratische Geschäfte besorgte. Zu belangvoll auch das Wissen, daß jede absichtsvolle Duldung, erst recht die ideelle und zunehmend auch die materielle Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die Partei der Nationalsozialisten – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, es dieser überhaupt erst ermöglichten, einen Status von „Normalität“ zu erlangen. Indem damals die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft das Prinzip tagespolitischer Eintätigkeit in den obersten Rang ihrer Politik-Kriterien erhob, machte sie sich selbst schließlich zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie.

Alte und neue Rechtsextremisten bedienen sich vorwiegend geschichtlicher Themen. Bedrückend wirkt die zunehmende Tendenz einer Verharmlosung der Untaten, aber ebenso die Tatsache, daß allzu viele Menschen bereits sich daran gewöhnt zu haben scheinen. Wie in den überwunden geglaubten Zeiten werden in heutigen Zeiten erneut Gedankenkonstrukte verbreitet, die sich vehement gegen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wenden und die großen Ideale der französischen Revolution vom Ende des 18. Jahrhunderts völlig aufzuheben trachten. Dem Bemühen, Gerechtigkeit und Solidarität als humanistische Werte menschlicher Gesellschaften in den Orkus zu versenken, liegt auch die Behauptung von einer unaufhebbaren Ungleichheit der Menschen zugrunde. So irrational solche Auslassungen auch sein mögen – wer ihnen widerstehen und sachkundig entgegenwirken will, muß nach ihren Inhalten, Funktionen und Wirkungen fragen.

Es waren folgen- und opferreiche Handlungsantriebe, die unsere Vergangenheit weitgehend zu prä-

gen vermochten. Das 20. Jahrhundert wird – auch wenn in Europa zwischen 1945 und 1999 keine Armeen auf die Schlachtfelder zogen und keine Bomben fielen – als ein Säkulum ständigen Waffengeklirrs, imperialistischen Machtgebarens und mißlungener Friedenszeiten in die Geschichte eingehen: Zwei Weltkriege liegen hinter uns, ihnen folgte ein Kalter Krieg, der mehr als die Zeit des staatlich legitimierten Mordens von 1914/18 und 1939/45 in Anspruch nahm und sich über ein reichliches Drittel des Jahrhunderts erstreckte. Mörderische Massenverbrechen fanden statt. Kämpfe tobten zwischen Reichen und Armen, Herren und Knechten, Besitzenden und Nichtbesitzenden, Kriegswilligen und Friedliebenden, Kapitaleignern und Verfechtern einer Gesellschaftsidee, die soziale Gerechtigkeit verspricht.

Gegen Rassismus und Faschismus, die unzählige Katastrophen herauf beschworen, erhob sich eine breite antifaschistische Bewegung. Sie trug wesentlich zu den gravierenden politischen und geistigen Veränderungen bei, die nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Ländern erfolgten. Dennoch gilt es, auch den Widerstand gegen die Barbarei und die in seinem Namen betriebene Politik kritisch zu befragen. Zu den bitteren geschichtlichen Erfahrungen gehört leider, daß der Antifaschismus in seiner Gesamtheit versagt hat: Trennendes stand zwischen seinen Verfechtern in größerem Maße als das gemeinsame Anliegen. Um künftige Wegstrecken humanistischen Wirkens richtig bestimmen zu können, muß nicht zuletzt tiefschürfende Kritik am Antifaschismus der DDR geübt werden, soweit dieser mißbraucht und sinnentstellend legitimatorischen Zwecken untergeordnet worden ist. Kritisch-konstruktiv mit seinen Ergebnissen umzugehen, kann allein seinem berechtigten Anliegen wieder zu Ansehen und Geltung verhelfen und eine (von so manchem „Anti-Antifaschisten“ heiß ersehnte!) Preisgabe seines legitimen Erbes verhindern. Die moralische Kraft des Widerstandes – von den Befreiungskämpfen der Völker bis zum Widerstehen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern – kann nicht dadurch als überholt betrachtet werden, daß der Stalinismus im Namen des Sozialismus riesige Verbrechen begangen hat, das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen ist und die hehre Utopie einer besseren, gerechteren und demokratischeren Welt schwer beschädigt wurde.

Naturgemäß spiegeln sich die geschichtlichen Konflikte in den unterschiedlichsten Auffassungen der Historiker und ihrer Kontroversen wider. Wer vermag sich schon seinem Platz in der Gesellschaft zu entziehen? Nein, es müßte geradezu verwundern, geriete ausgerechnet die Geschichtsschreibung nicht zu einem Feld geistig-politischer Fehden, auf dem bevorzugt alte Schlachten neu geschlagen und weitere Gefechte vorbereitet werden. All dies trifft in besonderer Weise auf jene Auseinandersetzungen zu, die zwischen den großen Antipoden des Jahrhunderts – verkörpert in den Bewegungen Faschismus und Antifaschismus – stattgefunden haben. Daß es diese heute noch immer gibt, stärker sogar als in früheren Jahrzehnten, verlangt für sie breiten Raum in jeder Rückschau auf das 20. Jahrhundert. Niemand kommt an dem vorbei, was vorliegendem Band als Titel dient.

Herausgeber und Autoren dieses Bandes sind in unterschiedlicher Weise selbst an Verganem beteiligt gewesen und in Gegenwärtiges eingebunden. Jedoch verknüpfen alle – auch die sie unterstützende Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. und der PapyRossa Verlag – ihre hier dargebotene wissenschaftliche und persönliche Rückschau mit dem Wunsch, einen dem menschlichen Fortschritt in besonderer Weise verpflichteten deutschen Historiker zu ehren: Kurt Pätzold, der am 3. Mai 2000 seinen 70. Geburtstag begeht. Ihm fühlen sie sich vielfach verbunden, und dies nicht allein dank übereinstimmender Forschungsfelder und der Gemeinsamkeit von Fragestellungen – sie sagen zugleich Dank für gewichtige Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Untersuchungen, für zahlreiche problemorientierte Forschungsansätze und ebenso für ein unermüdliches Engagement, das den Opfern barbarischer Herrschaft gewidmet ist. Alle Teile des ihm zugeordneten Werkes berühren seine umfangreichen, breit gefächerten Arbeitsgebiete, aus denen eine beachtens- und aner kennenswerte Lebensbilanz erwuchs.

Mögen Kurt Pätzold, unserem Kollegen, Weggefährten und Freund, noch viele Jahre in geistiger Frische und produktivem Denken vergönnt sein

Die Herausgeber

Jena und Marburg, April 2000

„Wir können alle Lust unterdrücken ...“

Briefe aus dem Alltag brauner Schwestern im Zweiten Weltkrieg

„Die Hauptaufgabe der NS-Schwester ist der Dienst als Gemeindegewerkschwester und Trägerin der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.“¹

Im Frühjahr 1941 vereinbarten neun Mädchen, nachdem sie gemeinsam einen Kurs an der Reichsschwwestern-Schule im thüringischen Städtchen Ilmenau absolviert hatten und in ein sogenanntes praktisches Jahr entlassen worden waren, sich regelmäßig zu schreiben. Die Siebzehn- und Achtzehnjährigen wollten einander Nachricht über die Einsatzorte und ihre berufliche Tätigkeit, über alle Erlebnisse und Gedanken in ihrem neuen Lebensabschnitt geben. Ihre freundschaftlichen Beziehungen, zu denen sie während ihrer Ilmenauer Ausbildungszeit – sie währte vom 1. Oktober 1939 bis zum 1. April 1941 – offensichtlich gefunden hatten, sollten fortgesetzt werden. In den Briefwechsel, für den sie die Form eines Rundbriefes wählten, sollte auch jene NS-Jungschwwesternführerin einbezogen werden, von der sie betreut worden waren. Zu ihr blickten sie achtungsvoll empor, und liebevoll galt ihnen die ältere Frau als „Mutti“.

Das „Unser Rundbrief“ genannte Dokument – dem Vf aus Privatbesitz zur Verfügung gestellt² – erlaubt einen tiefen, erhellenden und zugleich erschütternden Einblick in eine ereignisreiche Zeit. In ihm tritt ein durchaus menschliches, auf den eigenen Alltag bezogenes Denken in Erscheinung, zugleich aber eine unzulängliche Urteilsfähigkeit von Menschen, die mit ihrem Beruf eine zutiefst humanistische Aufgabe verbunden sahen, aber dennoch völlig entgegengesetzt über Krieg und Rassen sowie über die „deutsche“ und die eigene Zukunft in Osteuropa meditierten. Der Inhalt dieser Briefe fordert den Historiker heraus; wer sich – und gerade Kurt Pätzold hat dies wie kaum ein anderer unter den DDR-Historikern getan – auf die Suche nach den vielgestaltigen Ursachen des übermäßig großen Einflusses der NSDAP auf die Deutschen begeben hat, wird diesen Texten viel entnehmen und sein Bild von den Anhängern des hitlerfaschistischen Regimes erweitern können.

Im einzelnen handelt es sich um 38 zwischen dem 18. April 1941 und dem 7. Juli 1942 von Hand geschriebene Briefe. Sie füllen ein schwarz gebundenes Heft im Format DIN A 5 mit 182 Seiten. Verfaßt wurden sie von Adelheid A., Ingeburg B., Ulla G., Veronika D., Ingelore E., Christina F., Anna G., Lieselotte H. und Gerlinde I.³ Von Erika K. stammen vier dieser Briefe, in denen die NS-Jungschwwesternführerin politisch-ideologische Orientierung bot und stets als Erzieherin auftrat.⁴

Die zahlreichen Rückblicke auf die Jahre 1939 und 1940, von denen es in den Briefen der Mädchen nur so wimmelt, lassen die Schule und ihren dort verbrachten Lebensabschnitt in einem verklärten Licht erscheinen: „Ilmenau ist alles ... Ilmenau, wir werden Dich nicht vergessen“, hieß es gleich zu Beginn.⁵ In ihrer Rückschau wird dem Krieg, der ja bereits in dieser Zeit weit über die deutschen Grenzen hinaus geführt und zahlreiche Opfer gefordert hatte, kein Platz eingeräumt. Auch zum Bund Deutscher Mädel (BDM), dem die jungen Schwestern selbstverständlich angehörten, tauchte in ihren Äußerungen nichts auf nur einmal wird die Notwendigkeit einer Ummeldung erwähnt.⁶ Bei aller Politikferne spiegelt sich aber in dem, was für mitteilenswert gehalten wurde, ein alltägliches, ja geradezu selbstverständliches Denken in politischen und ideologischen Bahnen wider, die das Regime ihnen gewiesen hatte und das schließlich nach dem Überfall auf die UdSSR zu schrecklichen Aussagen führen sollte.

Von Adelheid A. scheint die Initiative der Aktion ausgegangen zu sein. Sie verfaßte das Vorwort, Bestimmungen zu Terminen und Festlegungen zur Reihenfolge, in der die Beteiligten schreiben

¹ Der Volks-Brockhaus, Leipzig, 9. Aufl. 1941, S. 487.

² Dank gebührt insbesondere Dr. Max Wolkowicz, der die Briefe auf einem zu entrümpelnden Dachboden fand und sofort ihren Wert als Quelle vertiefender geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen erkannte.

³ Da es im vorliegenden Beitrag weniger um die individuellen Schicksale geht, wurden die Namen der Briefschreiberinnen verändert. In den Zitaten aus ihren Texten sind orthographische und grammatikalische Fehler stillschweigend korrigiert. Landläufige Abkürzungen wurden aufgelöst.

⁴ Die Briefe datieren vom 16.06.1941, 30.09.-02.10.1941, 27.02.1942 und 04.07.1942.

⁵ Unser Rundbrief, S. 3.

⁶ Brief vom 16.06.1941. In: Ebenda, S. 41.

sollten. Das Ganze stellte sie unter den Wahlspruch „Meine Ehre heißt Treue!“ Diese offizielle Parole der SS gleichsam „privatisierend“, hieß es zunächst, wenngleich mit unverkennbar drohendem Unterton: „Wer den Rundbrief vernachlässigt oder gar verläßt, wird untreu seinem Versprechen und, was noch schwerer wiegt, untreu der Kameradschaft.“ Ihre Briefe verstanden die jungen Frauen als „Band ...“, das alle vereint und in seinem Lauf zusammenhält ... In jeder Runde kommt der Brief einmal nach Ilmenau. In allen Kümernissen und trüben Stunden wird uns von dort Rat und Hilfe werden.“⁷

Indessen geht bereits aus dem ersten Brief, den Adelheid A. am 18. April 1941 begann – aber ebenso aus Briefstellen anderer Verfasserinnen – hervor, in welchem Maße die SS direkt verherrlicht wurde und die Wahl ihrer Leitgedanken für den geplanten Briefwechsel politisch bedingt war. Sie stellte ihrem Schreiben ein „Wort unserer Lernzeit“ voran, das da gelaute habe:

„Es gibt nur eine Parole, die allen im Herzen brennt.
Es gibt nur eine Parole, zu der sich jeder bekennt:
Gehorsam und Treue!
Die Treue ist das Mark der Ehre!
Unser Glaube, unsere Liebe, unserer Hände Arbeit:
Deutschland, für Dich!
Wenn einer von uns müde wird,
der andere für ihn wacht.
Wenn einer von uns zweifeln wollt,
der andere gläubig lacht.
Wenn einer von uns fallen sollt,
der andere steht für zwei,
denn jedem Kämpfer gibt ein Gott
den Kameraden bei.“⁸

Die Briefschreiberinnen teilten zunächst einander mit, an welchen Einsatzort und in welches Krankenhaus sie gekommen waren und was sie dort angetroffen hatten. Sie beurteilten mehr oder weniger sachlich ihre neue Unterkunft, die Ärzte und anderen Schwestern, die Patienten und überhaupt alle Probleme, mit denen sie sich beschäftigten. Sie lobten oder beklagten die Voraussetzungen und Bedingungen ihrer Arbeitsplätze, sprachen von unterschiedlichsten persönlichen Erlebnissen und ihren Eindrücken, hofften auf gegenseitige Ermunterung und Zuspruch. Großes gegenseitiges Vertrauen sprach aus ihren Zeilen ebenso wie eine totale, von jeglicher kritischen Befragung freie Verinnerlichung faschistisch-rassistischer Parolen.

Die ersten Briefe enthalten vor allem zahlreiche Klagen darüber, wie wenig die neuen Arbeitsplätze den Idealen entsprachen, mit denen sie in die raue Wirklichkeit entlassen worden waren. Man sei in den Kliniken nicht erwartet, unzureichend begrüßt worden und habe nur eine „öde, schmutzige Bude“ zugewiesen bekommen. „O, du Traum vom Vollschwesternzimmer, wo bist du nur geblieben [...] Ich glaubte vergehen zu müssen, es nicht einen Tag aushalten zu können. Furchtbar! Am liebsten wäre ich wieder gegangen“. Gerade von einem Krankenhaus in Weimar als der Hauptstadt des Gaues Thüringen, wohin Adelheid A. versetzt worden war, habe sie einen „Präsentierteller“ erwartet, aber „das Gegenteil könnte ich jetzt eher behaupten.“ Von den Schwestern seien nur drei „ganz nett ... alles andere ist mies, eher Ausschuß als Auslese ... Die Oberfrau ist falsch, ich hasse sie wie kaum jemanden, obwohl sie mir noch nichts getan hat.“ Am 20. April fügte sie dem Brief noch die Nachricht an, daß sie sich auf ein Konzert freue, denn Musik „hilft immer“; danach schloß sie unvermittelt: „Lang lebe unser Führer! Heil Hitler!“⁹

Aus Gera berichtete Ingeburg B. ebenfalls von schlechter Unterbringung und unzureichendem Empfang, darüber hinaus von Ungeziefer und ihr äußerst mißfallenden Patienten. Über letztere ließ sie

⁷ Unser Rundbrief, S. 2.

⁸ Ebenda, S. 7 f.

⁹ Brief vom 18.04.1941. In: Ebenda, S. 9-17.

sich voller Empörung und Abscheu aus – sie würden zu 90% „aus der Unterwelt stammen“. Einige von ihnen seien Zuchthäusler und würden den Aufenthalt im Krankenhaus als eine „Kur“ nutzen. Schließlich berichtete sie: „Eine ganz berühmte frühere Kommunistenführerin ist mit da (Fräulein, 3 Kinder). In ein KZ-Lager gehört sie. Ich habe ihr gehörig die Meinung gesagt, weil sie sich ganz ausfällig über den Staat äußerte. Und so was bekommt noch Kinderzulage, dieses Pack.“¹⁰

Veronika D. und Ingelore E. äußerten sich entsetzt über die Verhältnisse, die sie im sächsischen Riesa angetroffen hatten. Ihnen ging es ebenfalls vorwiegend um ihre Quartiere und die allgemeinen Arbeitsbedingungen. Aber auch in anderer Hinsicht beobachteten sie einen Gegensatz zwischen Ideal und Realität: Erstere vermißte vor allem bei den anderen Schwestern den Idealismus, den sie in Thüringen kennen gelernt habe. Man könne sich hier nur „schwer im Schwesternkreis einleben“.¹¹ Eine andere teilte etwas später sogar mit, daß in ihrem Einsatzort, der Stadt des KdF-Wagens, „ein großer Teil junger Schwestern [...] alles anstellt, um aus der NS-Schwesternschaft rauszukommen.“ Die in Ilmenau gelernte Parole „Ausharren und Durchhalten“ sei zudem kaum zu verwirklichen, denn „es wird uns ja so gar nichts geboten.“ Nur in Braunschweig könne man einkaufen oder ins Kino gehen, doch das liege zu weit weg.¹² Aus Masserberg, wohin Anna G. Anfang 1942 versetzt wurde, teilte sie entrüstet mit, daß es „hier und in der ganzen Umgebung nicht einmal ein Kino oder wenigstens ein Kaffee“ gebe. Spöttisch setzte sie hinzu, daß es viel schlimmer in Polen auch nicht sein könne.¹³

Auf diese Mischung aus privaten Enttäuschungen und politisch deutbaren Zweifeln reagierte die NS-Jungschwesternführerin Erika K. bereits am 16. Juni 1941. Ihren Text kennzeichnen Verwundung, Enttäuschung und Empörung. Allerdings vermied sie, vordergründig zu argumentieren und suchte vielmehr, familiär und missionarisch-erzieherisch auf ihre früheren Schützlinge einzuwirken. Allgemeine Wertvorstellungen paarten sich mit ausgesprochen nationalsozialistischen Gedankengängen. Man müsse sich doch nun einmal in jeder Situation mit aller Kraft „einsetzen und durchhalten.“ Ihr ging es um das, was sie als „Moral“ der NS-Schwesternschaft bezeichnete und in der Feststellung gipfelte, daß das zu loben sei, „was hart mache.“ Fordernde Selbstverständlichkeit für den Kriegseinsatz – so lassen sich ihre Äußerungen charakterisieren. Frau K. scheute jedoch auch nicht vor Beschimpfung, Einschüchterung und Drohungen zurück; wer den vorgegebenen Idealen nicht entsprach, machte sich verdächtig, ein Feind des nationalsozialistischen Staates und Adolf Hitlers zu sein.¹⁴

Erika K. war augenscheinlich bereits seit mehreren Jahren als nationalsozialistische Schwester tätig gewesen. Aus den vorhandenen Unterlagen ist jedoch nicht zu entnehmen, ob sie vor dem 30. Januar 1933 den damals bestehenden Vereinigungen „Braune Schwestern“ oder „Rote Hakenkreuzschwestern“ angehört hatte. Auf jeden Fall war sie Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), der aufgrund einer Anordnung des „Führer-Stellvertreters“ Rudolf Heß vom 5. Januar 1934 auch die „Schwesternschaft der NSV“ zugeordnet worden war.¹⁵ Daß diese sich als Konkurrentin kirchlicher Diakonie verstand, spielte für sie wohl eine untergeordnete Rolle. Sie nahm kaum Abstand von einigen der vorwiegend christlich geprägten Mustern der Schwesternarbeit. So berief sich Erika K. keineswegs zufällig auf Gott, als sie ihren Elevinnen die Leviten las. Indessen stand für sie die „wahre Volksgemeinschaft“ der Deutschen absolut im Vordergrund, nicht das humanisti-

¹⁰ Brief vom 29.04.1941. In: Ebenda, S. 18-23.

¹¹ Briefe vom 01-05.5., 09.05. und 17.05.1941. In: Ebenda, S. 23-32.

¹² Brief vom 24.06.1941. In Ebenda, S. 59 f. Ergänzend schrieb Christina F.: „Daß man gleich nach der ersten Enttäuschung die Flügel hängen läßt, begreife ich nicht. Ich meine, für's erste war ich auch erledigt. Aber unterkriegen laß ich mich nicht! Dafür komme ich ja aus Ilmenau! Und wenn wir alle gehen wollten, nur weil es nicht so ist, wie wir es uns dachten, könnte es ja auch nie so werden. Also bleibt es bei unserer Parole: Ausharren und Durchhalten!“

¹³ Brief vom 01.03.1942. In: Ebenda, S. 153 f.

¹⁴ Siehe den Auszug aus dem Brief vom 16.06.1941 (In: Ebenda, S. 41-53) am Ende dieses Beitrages.

¹⁵ Abgedruckt als Dokument Nr. 114 in Herwart Vorländer: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988, S. 305. Die offizielle Bezeichnung lautete seit dem 17.05.1934: NS-Schwesternschaft. Siehe ebenda, S. 309.

sche Anliegen, die Leiden der Kranken zu lindern und Leben retten zu helfen, gleich welcher Nationalität oder „Rasse“ der jeweilig Betreute auch sein mochte. Die nationalsozialistischen Schwestern sollten in Ausübung „ihres Berufes am kranken Volksgenossen“ dazu beitragen, wie 1943 für den Reichsbund Deutscher Schwestern dessen Oberin Moser formulierte, ihre Kraft „am deutschen Menschen“ zu verströmen, wohl wissend, daß „das augenblicklich lebende deutsche Volk nur vorübergehender Träger des ewigen Lebensstromes ist, der aus der Unendlichkeit kommt und nach unserem Willen in die Ewigkeit fließen soll als Ausdruck biologischer Unsterblichkeit.“¹⁶ In diesem Sinne wurde von den Mitgliedern der NS-Schwesternschaft verlangt, „nachweislich auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung“ zu stehen und „arischer Abstammung“ zu sein.¹⁷

In den vorliegenden Briefen ist kaum etwas von jenen generellen ideologischen und organisationspolitischen Zielsetzungen zu erkennen, die in den Stäben der NSV und der NS-Schwesternschaft debattiert oder in Statuten oder Konzepten fixiert wurden. Pflege wurde da als „Kampf im volkspolitischen Interesse“ verstanden. Sie dürfe kein „Ergebnis persönlicher Mitleidsregungen der Pflegeperson“ oder gar von „Weltflucht“ sein: „Wer die Welt verläßt und in Mitleid für diejenigen vergeht, denen das irdische Leben schwer gemacht wird, besitzt jedoch nicht die erforderliche klare geistige Einstellung zum unabdingbaren Werte des Lebens. Wer aber das Leben an sich nicht bejaht, ist – bei allem aner kennenswerten Opfermut in der Berufsausbildung – doch nicht voll und ganz dazu fähig, so um jedes Leben zu kämpfen, wie es notwendig ist, um Deutschland vor dem Volkstode, der ihm schon von seinen Gegnern vorhergesagt ist, zu schützen. [...] Der Schutz der deutschen Volkskraft, die Erbgesundheits-Lehre und die Förderung der körperlich und geistig Hochwertigen im Rahmen der planmäßigen Aufartungspolitik können nur aus voller Überzeugung von Menschen durchgeführt und angewandt werden, die sich die glücklichste Gestaltung der diesseitigen Zukunft des deutschen Volkes bewußt zur Lebensaufgabe setzen.“¹⁸ Noch deutlicher hatte Joseph Goebbels auf dem Reichsparteitag der NSDAP im September 1938 die Motive des Regimes benannt: „... wir müssen ein gesundes Volk besitzen (sic!), um uns in der Welt durchsetzen zu können.“¹⁹ Intern hatte er schon Monate zuvor, im Bunde mit Hermann Göring, darauf aufmerksam gemacht, daß „im Falle eines Krieges eine große Zahl ausgebildeter Schwestern lebenswichtig ist.“²⁰

* * *

Als der Krieg bereits zwei Jahre andauerte, wurden die NS-Schwesternschaft und der Reichsbund der Freien Schwestern und Pflegerinnen e. V. am 19. Juli 1941 zum Nationalsozialistischen Reichsbund Deutscher Schwestern zusammengefaßt und zu einer von der NSDAP betreuten Berufsorganisation der deutschen Schwestern deklariert. Auch diese Veränderung ging an den jungen Schwestern, deren Briefe hier vorgestellt werden, nahezu spurlos vorüber.

Anders verhielt es sich dagegen, als das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 die UdSSR mit Krieg überzog. Alle Nachrichten von diesem neuen Kriegsschauplatz wurden nicht nur interessiert und aufmerksam zur Kenntnis genommen, sondern zugleich mit Betrachtungen zur eigenen individuellen Situation verknüpft. Man verfüge jetzt über ein Radio und habe „das jüngste Geschehen miterleben“ können, hieß es in einem Brief von Christina F. am 24. Juni 1941. Diesem folgte die Aussage: „Was sind wir doch klein in dem großen Geschehen. Wiederum ist jeder nötig an seinem Platz.“²¹ In ihrem Brief vom 1. Juli 1941 notierte Adelheid A., die damit die zweite Runde dieser Briefschreiberei eröffnete, etwas wehmütig, aber ganz und gar erfüllt von der historischen Größe dieser Situation Gedanken, die sowohl in die politische als auch in eine andere, betont individuelle Richtung wiesen: „Das Radio geht ganz leis: Sei gepriesen, du lauschige Nacht ... Angesichts unse-

¹⁶ Zit. nach Vorländer, Die NSV, S. 403.

¹⁷ Richtlinien für die Schwesternschaft der NSV. In: Ebenda, S. 307.

¹⁸ Warum Ausbau der NS-Schwesternschaft? In: Nationalsozialistischer Volksdienst 1937/38, S. 95 f. Zit. nach Vorländer, Die NSV, S. 311 f.

¹⁹ Zit. nach ebenda, S. 369.

²⁰ Zit. nach ebenda, S. 110.

²¹ Brief vom 24.06.1941. In: Unser Rundbrief, S. 60.

rer kämpfenden Soldaten ist es schlecht und klein, an das Leben (oder an den Frieden) zu denken. Aber bei der Musik kommen die Gedanken, die Erinnerungen und die Sehnsucht. Wir sind doch noch so jung und haben auch ein Recht auf das Leben.“

Es blieb bei solchen Andeutungen. Darüber hinaus ist dem Text zu entnehmen, wie sich die Verfasserin gleichsam selbst ertappt fühlte und nach Gegenargumenten suchte: „Doch, wir können alle Lust unterdrücken ...“ Sie sprach damit von ihrer Bereitschaft, auf alles, was ihr im privaten Bereich wichtig war, im Interesse des faschistischen Regimes und seiner Kriegführung zu verzichten. Mit dem Blick auf diesen Krieg nahm sie sich selbst völlig zurück: „Wie spannend waren doch die letzten Wochen und Tage wieder. Zuerst der 22.6. – wenn wir es wohl auch geahnt, so war es doch eine Überraschung, daß es so bald mit Rußland anfang. Und es ist gut, daß es so gekommen ist. Wie der Führer doch alles so im richtigen Moment trifft [...] Wie stolz sind wir doch auf unsere Wehrmacht, auf unsern Führer, der uns mit der Wehrmacht alles erkämpft und ein neues Deutschland wiedergibt. Wie klein sind wir doch hier gegen unsere Soldaten draußen. Ich möchte jetzt in einem Feldlazarett arbeiten, Tag und Nacht. Alles andere kommt mir im Moment fast unwichtig vor und ist es doch nicht. Denn die innere Front muß stehen. Und so tun wir unsere Pflicht an dem Platze, auf den wir gestellt sind.“

In den Gedankengängen von Adelheid A. gab es keinerlei Spur, die dem Argument, Deutschland müsse sich verteidigen und führe einen Präventivkrieg, entsprochen hätten: „Die erste Wochenschau aus Rußland sah ich auch schon, den Beginn der Kämpfe. Furchtbar, mit welchem Pack unsere Soldaten kämpfen müssen, wie Idioten, Juden, so richtige Heckenschützen.“ In gleicher Weise hoffnungs- und erwartungsvoll fügte sie hinzu: „Die Meldungen sagen schon, wie ihnen der Kampf gegen uns bekommt.“

Während bei zahlreichen Deutschen zweifelnde Fragen aufkamen, ob es nicht ein zu großes Unterfangen sei, Rußland bekriegen und besiegen zu wollen, sah keine der zehn Krankenschwestern besorgt in die Zukunft. Adelheid A. schrieb im Gegenteil, sie glaube nicht, daß „der Krieg durch den Rußland-Feldzug sehr verlängert“ werde. Von ihrem Bruder berichtete sie stolz, er wolle ja auch noch nach Rußland gehen und sei jetzt in Deutschland zur Ausbildung. Außerdem sei er „tropenverwendungsfähig“, hatte er ihr vermeldet, vielleicht in der Hoffnung, auch einmal in einer der von Deutschland zu erobernden Kolonien eingesetzt zu werden. Die Schwester verband diese Information mit einer Frage, die viel über ihre nationalistische Gedankenwelt verrät, in der deutsche Expansions- und Okkupationspolitik gleichsam zur Selbstverständlichkeit zählte: „Und wohin gehen wir? In die Kolonien oder als Ostlandsiedler an die Wolga? Die Männer lernen doch jetzt schon das Land kennen, können uns dann gleich guten Rat erteilen, wenn wir unser Werk beginnen. B.V.P.²² und Ostlandsiedlung, mit dem dazugehörigen und ebenso bereitwilligen Partner, – ist das dann richtig? – Erfolg der Erziehung und Weltanschauung. Ingeburg, du sagst: nach dem Motiv SS. Also weiterhin danach. Betr. Hummelnest²³ hast Du auch recht, es wimmelt hier nur so. Sonntags sind sämtliche Busse aus der Buchenwaldrichtung mit SS SS SS besetzt, Betriebsausflug der Hummeln. – Jedenfalls melde ich mich doch mal wieder nach dem Osten, und zwar nach dem 1.4.42. Da ist meine Gastrolle in der Gauhauptstadt beendet.“²⁴

Ingeburg B. befand ebenfalls, daß die Zukunft der Reiches, aber auch ihre eigene im Osten liegen werde und fragte die anderen direkt: „Wer siedelt mit?!“ Man könne ja erst einmal als NS-Schwester dort „die Nase reinstecken“ und später dann „ganz erhaben als Vorbild dienen. [...] Ran an den Speck, nicht gleich abhauen. Umsonst will ich nicht in Ilmenau gewesen sein.“²⁵ Gespannt wurde darauf gewartet, wer denn nun als erste „gen Osten rutschen“ würde. Diese müsse für die anderen dort „selbstverständlich einen Platz reservieren.“²⁶ Später schrieb Ingelore E., sie habe ei-

²² Mit diesem Kürzel meinten die Briefschreiberinnen „Bevölkerungspolitik“.

²³ Die jungen Frauen bezeichneten SS-Männer als „Hummeln“.

²⁴ Brief vom 01.07.1941. In: Ebenda, S. 61-73.

²⁵ Brief vom 13.07.1941. In: Ebenda, S. 77.

²⁶ Brief vom 22.01.1942. In: Ebenda, S. 139.

nen neuen Arbeitsplatz erhalten, doch der liege leider nicht im Osten: „Aber was nicht jetzt ist, kann ja nach dem Krieg noch werden.“²⁷

Eine der jungen Frauen verfaßte für den „Rundbrief“ ein Gedicht über die „Hummeln“, das die anderen als gut gelungen betrachteten und u. a. folgende Zeilen enthielt:

„Das Ostland ruft uns ganz gewiß –
Gern rückt man an zu dem Komiß.
Beim Aufbau wollen wir mit ran
Und zeigen, was man leisten kann.
Sieht man im Osten sich mal um,
Hört man schon wieder das Gebrumm.
Es sind nicht Heinkel, Stuka-Flieger,
Nein, dies‘ mal sinds die Hummeln wieder.
Und wieder ist die Aufgabe (e)
Erst recht im Osten B V P.
Doch damit auch klappt der Laden,
Muß man den rechten Partner haben.
Damit in Zukunft, wärs doch der Fall,
Auch fest und stark der östliche Wall.“

Selbstverständlich wollten die jungen Frauen nicht nur arbeiten, sondern auch etwas erleben und sich vergnügen. Ebenso lag ihnen der Gedanke an eine Verlobung oder gar an Heirat sehr nahe. Insbesondere betrachteten sie die „Hummeln“ als geeignete Partner, die schwarzgewandeten Männer aus SS-Einheiten, darunter auch die von Buchenwald. Ihnen war das Konzentrationslager bei Weimar bekannt, und dennoch setzten sie ihre eigenen Aufgaben als „braune“ Schwestern schlicht und ohne jedes Bedenken mit denen der „schwarzen“ Hummeln im Lager gleich.²⁸

Als sich Anna G. verlobte und auch andere mehr als zuvor über Eheschließungen nachdachten, sah Erika K. ihre Aufgabe darin, davor zu warnen, so „bald ins Ehejoch zu steigen und der Schwesternschaft untreu“ zu werden. Gerade jetzt im Kriege stehe man „im Ehrendienst an unserem Volke“ und müsse „im Geiste des Führers“ arbeiten: „Also denkt immer erst noch mal an unsere eigentliche Losung! Damit will ich nicht sagen, daß auch nur eine von Euch mal nicht heiraten sollte – nein – Mütter sollt Ihr alle werden – Mütter mit eigenen Söhnen und Töchtern. Ehe aber das vielbesprochene Heirats-Problem für Euch geklärt ist, bitte ich Euch, alle Eure mütterlichen Kräfte, die nun einmal naturgebunden in jedem weiblichen Wesen ruhen, vorerst zum Wohle der Volksgesundheit auf's Höchste zu entfalten und in diese von uns nur ideal gesehenen Ehrendienste einzusetzen.“²⁹

Am 18. Dezember 1941 formulierte Ingeburg B., inzwischen von Gera nach Eisenach versetzt, unter dem Eindruck der deutschen Kriegserklärung an die USA: „Der zweite Weltkrieg, ja in diesem Ausmaß und an Bedeutung ist wohl bis jetzt kein Krieg in der Geschichte gewesen. Wir sind die Jugend, Garanten der Zukunft, jeder weiß, wir haben es nicht leicht. Doch die Gegenwart fordert den ganzen Menschen, Menschen mit Kraft, Energie, Idealismus. Für den Endsieg, der eine Neuordnung Europas, ja vielleicht der Welt bedeutet, sind wir verantwortlich.“ In diesem Zusammenhang bedauerte B., daß ausgerechnet die besten Helden ihr Leben opfern und eine Lücke in die Schar der deutschen Kämpfer reißen würden; von Mölders³⁰ und Udet³¹ war die Rede. Ihre Schlußfolgerung liest sich so: „Unsere feldgrauen Kämpfer streben den toten Helden in ihren Taten nach.

²⁷ Brief vom 04.02.1942. In Ebenda, S. 149.

²⁸ Das Gedicht „Die Hummeln“ ist dem „Rundbrief“ als Anhang beigelegt worden.

²⁹ Brief vom 30.09.1941. In: Ebenda, S. 101 f.

³⁰ Der Jagdflieger Werner Mölders, um den sich in besonderem Maße Heldenkult entfaltet hatte, war am 21.11.1941 abgestürzt.

³¹ Generaloberst Ernst Udet, den Hitler und Göring für das Scheitern des Luftkrieges gegen Großbritannien verantwortlich machten, hatte sich am 18.11.1941 das Leben genommen. Sein Tod wurde in der Presse als Unfall dargestellt.

Der Sieg wird unser sein. Unsere besten Wünsche begleiten die tapferen Soldaten im Osten. Sie geben ihr alles, ihr Höchstes für uns. Heil! Ihnen eine glückliche Heimkehr. Liebe Kameradinnen! Ihr glaubt ja gar nicht, ich habe einen Idealismus in mir, daß ich manchmal denke, es zersprengt mich.“³²

Es scheint in diesem Falle weniger problematisch zu sein, daß sich junge Menschen an überaus schwer erscheinenden Aufgaben messen wollten, eher muß zu bedenken sei, daß in keiner Hinsicht und auch nicht einmal andeutungsweise nach dem Charakter dieser Aufgabenstellungen gefragt worden ist. Die Zukunft erschien ihnen als eine der Deutschen und für Deutsche. Menschen anderer Völker fielen aus dem Raster heraus, obwohl es gerade für Krankenschwestern keinen Unterschied machen sollte, ob sie ihre Hilfe einem Deutschen, Polen, Russen usw. angedeihen lassen.

Dennoch erschien dem Regime eine Haltung suspekt, die trotz einer nahezu völligen Verinnerlichung faschistischer Parolen persönliche Interessen – die „Lust“ am Leben und eigene Ansprüche an dieses nicht aufgab. Als die jungen Krankenschwestern auch 1942 nicht aufhörten, ab und zu in ihren Briefen zu klagen, bediente sich Erika K. einer neuen Variante ihrer Argumentation. Sie äußerte sich in ihrem Brief vom 4. Juli 1942 zum Thema „Heldentum“, an das sie denken müsse, wenn im Rundfunk eine „Sondermeldung“ kommt. Da wisse sie genau, „daß es sich nicht um Gedanken-Konstruktionen, sondern um soldatisches Heldentum handelt, um ‚Ehrendienst an unserem Volke – im Geiste unseres Führers!‘ Wenn sich die Soldaten in ihrem heldenmütigen Einsatz zu sportlichen Höchstleistungen in ihrem Siegeswillen hinreißen lassen und dann im Kampf für das Volk ihre Gesundheit außer Acht lassen, Schäden für das ganze Leben davon tragen, so ist das Heldentum, das wir nicht hoch genug einschätzen können.“

Ein solches aufopferungsvolles Heldentum verlangte Erika K. auch von ihren ehemaligen Schülerinnen. Sie appellierte an diese, sich ja richtig zu verhalten, weil sonst auch sie selbst Nachteile zu erwarten habe. Voller Erregung – sie ist vor allem an den ungelenkten Formulierungen abzulesen, die in ihren anderen Briefen kaum auftauchen – berichtete sie von „politischer Überprüfung in Ilmenau“ und dem Druck, der auf sie ausgeübt wurde, als sich einige ihrer Zöglinge nicht in gewünschtem Maße regimiekonform verhalten hatten und dies nach Ilmenau gemeldet worden war: „Einige von Euch haben schon selbst erfahren, daß ich noch jetzt, nachdem Ihr schon über ein Jahr in einer anderen Arbeit steht – nicht mehr meine Schülerinnen seid – daß ich aber noch heute für meine Beurteilung, die ich ¼ Jahr vor dem Examen hier abgab, noch heute verantwortlich gemacht werde, verantwortlich für die dienstlichen Leistungen wie für die haltungsmäßigen Angelegenheiten. Ich war dieserhalb erst letzte Woche noch mal wieder um Euch beschäftigt und danach hieß es nicht: ‚Jeder blamiere sich so viel er kann!‘ Sondern wenn man mir zu den heutigen Dingen meine damaligen ‚guten‘ Beurteilungen entgegenhält, so will ich Euch sagen: ‚Jeder blamiere mich so viel er kann!‘“ Dann fügte sie noch hinzu: „Also, Kinder, auch wenn Ihr die Grenzen des Gaues Thüringen hinter Euch gebracht habt, kommt alles wieder an uns zurück. ‚Ehre ist Zwang genug‘, denkt bei dem Wort auch mal an mich! Darf ich immer stolz auf Euch sein! Eure Schwester Erika.“³³

* * *

Über den weiteren Weg der neun Krankenschwestern und ihrer Ausbilderin ist nichts bekannt. Es läßt sich jedoch ein Gedankenexperiment wagen, denn wo auch immer Ärzte tätig waren, standen ihnen Schwestern zur Seite. Das gilt in gleicher Weise für jene Mediziner, die Verbrechen beginnen, obgleich sie ihr Berufsethos zu anderem verpflichtete. Auch ihnen dienten Krankenschwestern. So läßt sich fragen: Hätte sich eine der Briefschreiberinnen vielleicht geweigert, an der Seite ihrer Vorgesetzten mitzuwirken an der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, an der Ausrottung von „Untermenschen“ und als „minderwertig“ diskreditierter Völker?³⁴ Hätte sich eine von ihnen aufge-

³² Brief vom 18.12.1941. In: Ebenda, S. 134 f.

³³ Brief vom 04.07.1942. In: Ebenda, S. 170 ff.; Hervorhebung vom Vf.

³⁴ Aus der reichhaltigen Literatur sei hier lediglich verwiesen auf: Medizin unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Achim Thom und Genadij Ivanovic Caregorodcev, Berlin 1989; Birgit Breiding: Die braunen Schwestern. Ideologie – Struktur – Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Stuttgart 1998.

lehnt, wenn sie in die Lage gekommen wäre, sich an den „Euthanasie“-Aktionen beteiligen zu müssen? Oder hätten sich diese Schwestern beispielsweise gegen den Gynäkologen Carl Clauberg gestellt, der von 1942 bis 1944 in Auschwitz ätzende Substanzen in die Gebärmutter unbetäubter Frauen einspritzte, um seine Methode einer Massensterilisation ohne Operation zu erproben?³⁵

Solche Fragen zu stellen heißt wohl zugleich, sie verneinen zu müssen. Insofern geben die vorliegenden, Privates und Ideologisches miteinander vermengenden Briefe auch Aufschluß über das, was Menschen in Deutschland dazu gebracht hat, Verbrechen nicht als Verbrechen zu erkennen, diese weitgehend und stillschweigend zu dulden oder sogar aktiv zu unterstützen. Die Schwestern, deren Briefe zufällig erhalten geblieben sind, übten ihre beruflichen Pflichten nicht nur in einem streng strukturierten Handlungsrahmen aus, in dem Freiräume für persönliche Entscheidungsmöglichkeiten aufs Äußerste begrenzt waren, nein, von ihnen waren Grundpositionen faschistisch-rassistischer und rassenhygienische Ideologie willig auf- und angenommen worden.

Anhang: Aus dem Brief von Edith F. vom 16. Juni 1941:

Und nun, meine lieben Mädels, Kinder! Erinnert Euch beim Lesen meiner Zeilen der Worte von unserer geliebten und verehrten Oberin Schnarre: wie es auch sei in der neuen Arbeit: „Mit aller Kraft einsetzen und durchhalten!“

Und nun zu Euren Briefen: Habt Ihr alle nur so wenig seelische Kraft, daß der Idealismus, der hier den ganzen Kurs beseelte und der von Eurer Umgebung noch heute nicht ohne Neid betont, ja der sogar bewundert wurde und deshalb schon in den Neuen fortlebt, weil die Patienten davon erzählten – die Konkurrenz anerkennend darüber spricht – habt Ihr keine Kraft oder nicht mehr den Willen, Euch über den lächerlichen neuen Alltag hinwegzusetzen? Ihr hattet Euch nach Polen gewünscht, überlegt bitte – nach Polen – was wäre das geworden, wenn Ihr jetzt schon zagentlich durch die neue Umgebung schleicht! Besonders Christina ist nach den ersten Briefen nur voller Ansprüche an die neue Arbeit gegangen. Nach acht Tagen kommen hier Klagebriefe an mit einer häßlichen Kritik über die neue Umgebung. Wenn ich noch einmal solchen Brief bekomme, kommt derselbe sofort zurück. Die Schilderungen der ersten vier Ausländer waren ja natürlich, trotzdem hätte Riesa es nicht nötig gehabt, in dieser Form an das Krankenhaus zu schreiben! Ich kenne das Haus in Weimar und betone, daß die Schilderungen zu recht waren und ich weiß von Frau Oberin, daß es in Gera wirklich in Ingeburgs Baracke gewimmelt hat usw. Nur Schwester Frieda hat mir das Haus in Riesa genau so hingemalt, wie Ihr beiden es tut. Aber nun ist Christina in ein ganz neues, im „Pavillonssystem“ erbautes Haus gekommen und sie schildert immer die Baracken von wüsten Sandhaufen umgeben – innen aber ganz modern eingerichtet und in ihrem Zimmer fehlen selbst die Polstersessel nicht. – Kinder, wenn ein Haus erst am 1.4.41 eröffnet ist, können doch die Sandhaufen der kleinen Christina wegen doch nicht verschwinden. Wer weiß, was diese Sandhaufen später für Dich, liebe Christina, nicht alles Schöne bedeuten! Und dann diese Kritik an den Schwestern und der Oberschwester – Kinder – ich weiß nicht, wie lange ich hier noch NS-Schwester bin – aber Ihr wißt, daß ich es mit Leib und Seele war und muß mir nun anhören, daß eine von Euch nach acht Tagen in der neuen Arbeit sagt: „O, Moral der NS-Schwesternschaft, wohin bist du entschunden!“

Als ich nach Ilmenau kam – als NS-Jungschwesterführerin – empfingen mich die trostlosen, halbzerrfallenen Wiesel'schen Gemäuer, mit Dreckhaufen in den Räumen, beißendem Gewimmel in den Betten, wackelndem Inventar ohne auch nur eine abschließbare Gelegenheit für uns alle, umgeben von wirtschaftlich und moralisch defekten Wesen, an deren Hungertuch ich für hundert Mark im Monat notgedrungen mit nagen mußte, weil sich zunächst absolut keine andere Möglichkeit bot. Und die Möglichkeit, die ich uns allen in Ilmenau inzwischen schaffte, unser schlichtes, schönes Heim, hat auch heute für mich, trotz langer Dienstjahre nur dicke, harte Holzstühle! Meinen Idealismus hat mir weder die Zeit der Arbeitslosigkeit noch irgendwelche Unannehmlichkeit in den Privatpflegen; weder der Kampf der Gemeindearbeit noch der Ärger in der Erziehungsarbeit (die mir

³⁵ Zu diesem hier als Beispiel angeführten Fall siehe Wolfgang Benz: Ärzte als Verbrecher. Zum Jahrestag der Prozesse in Nürnberg. In: Freitag, 25.10.1996, S. 3

keinen Kummer ersparte) genommen. [...] Meine Mädels, ich habe Euch so lieb und erspare mir nicht den Vorwurf, Euch verwöhnt zu haben, in gewissen Dingen; aber ich glaubte Euch alle trotzdem für das Leben draußen reif und stark gemacht zu haben; denn ich habe Euch nie nur das Schöne, sondern immer auch das Schwere unseres eigenen Berufslebens geschildert und betont, daß gerade das Schwerere das Schönste war, weil es mich hart machte. Kinder, ich hab auch für Euch ringen und kämpfen müssen und viel Verantwortung für Euch getragen, auch für Dich, liebe Christina, habe ich Deine gesundheitlichen Mängel, die den ganzen Beruf in Frage stellten, ganz allein auf meine Schultern genommen und weiß, daß vielleicht schon bald Rückfragen kommen. Nicht Dr. Bettenhäuser hat die Gewähr übernommen – er hat das angeforderte Gutachten nie gemacht – sondern mich nur in meinem Willen unterstützt. Und nun habt Ihr das Examen und macht Ansprüche und vor allem übt Ihr als jüngste Mitglieder Kritik an der eigenen Schwesternschaft.

„Keinem wird’s gegeben, ohne zu ringen!“ Das war die Losung für Euer weiteres Tun und Handeln, liebe Kameradinnen. Und lauter ernste und gute Wünsche Eurer Führerin begleiten Euch alle, wo Ihr auch seid! Habt Ihr die Bildberichte vom Balkan gesehen, stellt sie Euch noch einmal vor Augen und laßt die Begriffe Kampf und Opfer einmal ganz ernst werden vor Eurer Seele und seid dann dem Herrgott dankbar für all das Schöne, das Euch alle bestimmt auch umgibt. Ich sehe eben vor mir (Dienstag, den 17.6.41) unsere gefüllten Blumenkästen. Bald werden die roten Himmelsröschen wieder blühen und manche kleine Vase füllen! Und wir werden wieder wandern, daß es eine Lust ist! Leider war das bisher kaum möglich, weil 1. der Wettergott komisch plant und 2. weil die Stimmung hier oft noch komischer war. Die Jungen sahen in den ersten Wochen die Alten leider genau so, wie die Alten die neue Umgebung sahen. Sie sind jetzt gut darüber hin. Helga meldete mir heute, ohne Erschütterung ihres seelischen Gleichgewichts, den 4. Exitus in ihrer Nachtwache. [...]

Auf ein Wiedersehen freue ich mich mächtig, aber gelt, nur in der Ilmenauer Prägung! Ihr wart doch immer mein Stolz und draußen sollt Ihr meine Freude und Ehre sein und ich weiß, daß es Heimweh war, was aber nun wohl seine letzte Sprache gesprochen hat, weil Ihr inzwischen die alten Kräfte angesetzt und schon viel Schönes erlebt habt!?

„Gelobt sei, was da hart macht!
Immer Eure Schwester Erika.“

Rassismus – Faschismus – Antifaschismus (Hrsg. von Manfred Weißbecker, Reinhard Kühnl), Köln 2000, S. 164-177.

Vorwort

Die DDR ging im 41. Jahr ihres Daseins unter – sie scheiterte an sich selbst und wurde zugleich von ihren Gegnern in den Abgrund getrieben. Letztere dürften sich die Hände reiben, hätten die Veranstalter der Tagung „Das lange Leben der DDR – Makel und Fußnote der Geschichte des 20. Jahrhunderts?“ hinter den von vornherein fragwürdigen, hoffentlich aber provokatorisch-nützlichen Untertitel das Fragezeichen zu setzen vergessen.

Jeder Tag bringt immer neue Belege für das, was den eigentlichen Titel ausmacht: Es war – auch wenn Historiker 40 Jahre nur als einen kurzen geschichtlichen Zeitraum betrachten können – ein langes Leben, nimmt man die vier Jahrzehnte und ihre Vorgeschichte in den Blick. Und es ist ein immer noch nicht beendetetes „Leben“, das gegenwärtig viele überrascht, manche empört und nicht wenige mit einer gewissen Befriedigung erfüllt. Wir alle wissen, was nach 1989/90 beabsichtigt war: Nichts sollte bleiben vom zweiten deutschen Nachkriegsstaat, nichts von seiner Legitimation, nichts von seinen durch die Formel vom „Unrechtsstaat“ diskreditierten positiven Ansätzen und Leistungen, nichts vom Wagnis einer Alternative zu jener Gesellschaft, die bis dahin die Welt in zwei verheerende Kriege gestürzt hatte, die von Kapitalverhältnissen, von Konkurrenz und Ellenbogenbrutalität geprägt worden war und zu deren extremsten Erscheinungsformen faschistische Kriegs- und Expansionsziele, schlimmste Sklavenhalterpraktiken und barbarische Völkervernichtungsprogramme gehörten.

Heute spürt man indessen wieder und mehr denn je von der vier Jahrzehnte währenden Existenz der DDR. Schließlich besteht der um sie vergrößerte neue deutsche Staat in Gestalt zweier Gesellschaften mit unterschiedlichen kulturell-geistigen Prägungen seiner Bürger – von den enormen ökonomischen Differenzpunkten und sozialpolitischen Belastungen ganz zu schweigen.

Es ist gerade diese Realität, die wenig in das Bild derer paßt, die vorrangig oder sogar ausschließlich pauschalisierenden und denunziatorischen Umgang mit der Geschichte der DDR pflegen und solchen trotzig immer weiter durchsetzen wollen. Zur Begründung werden alle Probleme einzig und allein aus behaupteten Langzeitwirkungen „kommunistischer Infiltration und Desinformation“ abgeleitet. Jüngst lieferte der Mitherausgeber der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ und Chefredakteur der Monatszeitschrift „Die politische Meinung“ ein neuerliches Beispiel.¹ Der Konservative Wolfgang Bergsdorf forderte von den Ostdeutschen, sie sollten insbesondere am 3. Oktober des Jahres 2000 ihre „Dankbarkeit“ erweisen. Zugleich vertrat er – dies durchaus in Kenntnis der heiklen Probleme der Großparteien und des politischen Systems im skandalerschütterten „Bimbes“-Land die These, daß sich – ich zitiere – aus der „Erfolgsgeschichte der Bonner Republik“ Hoffnung für die Zukunft ableiten lassen würde.²

Anderen schweben modifizierte Hoffnungswurzeln vor. So ist auch zu erkennen, daß mancher sich zu neuer Nachdenklichkeit veranlaßt sieht. Das strategische Konzept vom raschen Aufräumen, mit dem Aufkaufen der DDR-Bürger aus den Mitteln der inzwischen auch anderweitig berühmt-berüchtigt gewordenen „Portokasse“ soll Veränderungen unterworfen werden. Mit gewisser Sorge verfolgen diese Kreise, daß die riesigen Gewinne der „Wiedervereiniger“ nicht verheimlicht werden können und eine Eigendynamik im politischen Denken vieler Menschen auslösen. Zunehmend wird ja auch erkannt, daß der Einigungsvertrag zur Grundlage bloßer Geschäftemacherei verkam und daß weder die alten noch die neuen Probleme mit Hilfe „schwarzer“ Kassen gedeckelt werden konnten. Auch als Historiker hoffe ich inständig, daß nicht alle der besonders aufschlußreichen Akten vernichtet worden sind ...

Wer heute von geschichtlichen „Makeln“ sprechen will, hat mehr und mehr auf die letzten zehn Jahre zu schauen. Deren eigentlicher Inhalt wird gerade in diesem Jubiläumsjahr verdeckt werden.

¹ Siehe Wolfgang Bergsdorf: Deutschland an der Jahrtausendwende. Erfahrungen und Herausforderungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 1-2/2000 v. 07.01.2000, S. 33-38, hier S. 35.

² Ebenda, S. 33 f.

Wir werden es wohl bis zum 3. Oktober fortlaufend erleben müssen, wie alles verschwinden soll hinter – übrigens uns eigenartig bekannten – Parolen vom besten deutschen Staat, von der freiesten Verfassung und dem demokratischsten Parteienstaat der deutschen Geschichte, und dies trotz aller Skandale der Großparteien, die mit Hochdruck an ihrer eigenen Überflüssigkeit zu arbeiten scheinen.

Mitunter sind auch andere, neue Töne zu vernehmen, die in linker politischer Bildungsarbeit nicht unbeachtet bleiben sollten. So bemühte sich das „Deutschland Archiv“ in der ersten Ausgabe dieses Jahres, die „signifikanten Verschiedenheiten zwischen Ost und West“ als völlig normal zu charakterisieren, man müsse sie lediglich als ein reguläres Element der föderalistischen Staatsstruktur „produktiv zu nutzen“ verstehen. Schließlich befinde ganz Deutschland am Anfang des neuen Jahrtausends gemeinsam vor neuen Herausforderungen wie der Globalisierung der Märkte und der europäischen ökonomischen Integration. Dazu sei die Bereitschaft notwendig, Gewohntes aufzugeben, sich auf Neues einzulassen, Veränderungen zu akzeptieren und Lernprozesse auf sich zu nehmen. Dies könne den Deutschen helfen, ein Volk zu werden und nicht mehr ein Staat mit zwei Gesellschaften zu sein.

Dem, so schlußfolgern die Autoren weiter, stünden jedoch die Gewöhnung an Ost-West-Vergleiche und die daraus resultierenden alltäglichen Spannungen entgegen. Es sei zu fragen, ob die Einheit immer an den passenden Indikatoren gemessen werde. Gefordert wird „ein wenig mehr Gelassenheit“. Schließlich heißt es da auch: „Wenn die Ostdeutschen heute ihr Leben in der DDR verteidigen, so ist das eine Antwort auf die kollektiven und persönlichen Verletzungen, die sie im Zuge der Transformation erfahren haben ... Wenn daraus eine selbstbewußte ‚Ostidentität‘ entsteht, sollten wir nicht darüber debattieren, ob sie überhaupt existieren darf, sondern darüber, wie sie produktiv für alle genutzt werden kann.“³

Die Teilnehmer der Tagung spürten solchen und anderen Fragen nach und versuchten, unseren Positionen gemäße Schlußfolgerungen aus erkannten Entwicklungsprozessen und kritisch befragten Trends abzuleiten. Dabei ließen wir uns weder von bloßem Erinnern noch von Zukunftsträumereien leiten. Novalis, ein Dichter der deutschen Frühromantik und mit der Jenaer Universität verbunden, meinte vor über 200 Jahren, manche Menschen würden besser mit der vergangenen Zeit und der zukünftigen leben als mit der gegenwärtigen.“ Nein, solches entsprach wahrlich nicht unserem Anliegen. Wir wollten ebenso Geleistetes aufdecken wie die Fehlstellen unserer Geschichte. Wir wollten abwägen, was es bedeuten und sich allein aus dem Versuch ergeben kann, wenn alle bekannten Tatsachen anstelle selektiver DDR-Beschimpfung nebeneinander gestellt oder sogar miteinander verknüpft werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Was ergibt sich eigentlich daraus, daß einerseits es der DDR weitgehend an Demokratie mangelte, andererseits aber von deutschem Boden, solange es sie gab, kein Krieg ausging. Weitere Fragen könnten wohl dutzendfach formuliert und gewiß so beantwortet werden, daß sie linker politischer Bildungsarbeit zugrunde gelegt werden können. Mit beiden Beinen im Heutigen, hier und jetzt lebend, diene uns der Versuch, den geschichtlichen Ort der DDR zu bestimmen, vor allem der Bewältigung jener außerordentlich großen Zahl von Problemen, vor die wir uns in der Gegenwart gestellt sehen und ohne deren zielorientierte Überwindung keine noch so ideal, vernünftig und prinzipiengerecht geschilderte Zukunft zu gestalten möglich sein dürfte.

Das lange, kurze Leben der DDR. Protokoll der Tagung: Das lange, kurze Leben der DDR. Makel und Fußnote der Geschichte des 20. Jahrhunderts? 10. und 11. März 2000, Weimar, Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2000, S. 5-7.

³ Cornelia Lang und Rüdiger Pohl: Erfolg gegen Mißerfolg. Maßstäbe für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. In: Deutschland Archiv, H. 1/2000, S. 4-18, hier vor allem S. 17 f.)

An Kurt Pätzold zum 70.

Unzählige Briefe schrieben wir einander im Laufe der Zeit, vor allem im letzten Jahrzehnt, in dem vier gemeinsam verfaßte Bücher entstanden. Unsere postalischen Gespräche handelten von Konzepten und Manuskripten, von Verganem und Gegenwärtigem, kurz: von Gott und der Welt. Warum kaum von uns selbst? Wohl weil wir stets ein übereinstimmendes Gesellschafts- und Selbstverständnis voraussetzten. Gewiß sind wir uns auch einig, daß die Briefe uns beiden in schwierigen Zeiten halfen, mit neuen Arbeiten zu bestehen und zugleich jenen eine passende Antwort zu erteilen, die – recht überheblich und gierig nach unseren Lehrstühlen greifend – gemeint hatten, man habe in der DDR nichts anderes als eine reine „Wissenschaftswüste“ vorgefunden.

Erinnerst Du Dich, wie Deine „Abwickler“ ausdrücklich das Argument ins Feld führten, Du würdest immer noch eine marxistisch orientierte Faschismusforschung betreiben? Sie wollten die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung in den Orkus schicken. Demgegenüber einte und eint uns der Wunsch, den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalmacht tiefgründiger als bislang darzulegen und ihn mit der notwendigen Frage nach historischen Wirkungen handelnder Personen zu verknüpfen. Solche Geschichtsbetrachtung ist für die herrschende Meinung nicht akzeptabel; Joachim Fest beispielsweise meinte, sie als „Mumpitz“ diskreditieren zu sollen. Der Schaden solcher – vornehm formuliert – Einseitigkeit für die Zunft der Geschichtsschreiber wird sich noch erweisen; vielleicht haben wir schon dazu beitragen können, ihn erkennbar werden zu lassen und damit ein wenig zu verkleinern.

Jeder von uns ging immer auch eigene Wege. Vermutlich weißt Du noch nicht, wie ich jüngst, nach dem Erscheinen des Buches über den „Führer-Stellvertreter“ Rudolf Heß, die Zeit genutzt habe. Nun, das Ergebnis ist Dir gewidmet: ein Sammelband, der in diesen Tagen unter dem Titel „Rassismus – Faschismus – Antifaschismus“ im Kölner PapyRossa Verlag erscheint. 36 Autoren behandeln Probleme jener Periode deutscher Geschichte, die von zwei weltumspannenden Kriegen und den weltbewegenden Revolutionen der Jahre 1917/18, den Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Hauptgruppen der Gesellschaft, den Konflikten zwischen den politischen Parteien konservativer, liberaler, sozialdemokratischer oder kommunistischer Richtung, insbesondere aber von den Kämpfen zwischen Faschismus und Antifaschismus geprägt worden ist. Von Zeiten und Problemen also, mit denen Du Dich intensiv und ergebnisreich beschäftigst.

Wer auch immer auf Drittes Reich und Zweiten Weltkrieg schaut, sieht sich veranlaßt zu fragen, wann jemals die Führung eines Landes die Welt so in Flammen zu setzen vermocht hat, wann so systematisch industrialisierte Massenverbrechen organisiert werden konnten, wann überhaupt einmal den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufzubürden möglich war. Nach wie vor wühlt solches Fragen alle auf, denen Menschlichkeit noch nicht zu hohler Phrase oder demagogischer Parole verkommen ist. Überzeugende Antworten finden sich nicht leicht – zu viele strukturelle Ursachen, politische Motivationsstränge und individuelle Faktoren haben mitgewirkt. Dennoch werden erhellende und aufklärende Aussagen gebraucht, damit Wirklichkeit werden kann, was unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Opfer und Gegner des deutschen Faschismus schworen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.

Nachdem mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, verstärkt sich das Bemühen, die Erinnerung zu verdrängen oder das Geschehene zu relativieren. Gerade deswegen bleibt es unsere Pflicht, über den gewöhnlichen Faschismus einschließlich der alltäglichen Erscheinungsformen rassistischer Fremdenfeindlichkeit zu forschen und seine Ursachen darzustellen. Alte und neue Rechtsextremisten bedienen sich vorwiegend geschichtlicher Themen. Überwunden geglaubte Ideologien werden erneut verbreitet, die sich vehement gegen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und alle Ideale großer Revolutionen richten, jegliches humanistisches Denken wird mit der Behauptung von einer unaufhebbaren Ungleichheit der Menschen attackiert. Wie irrational solche Auslassungen auch sein mögen – wer ihnen widerstehen und sachkundig entgegenwirken will, muß ihre Inhalte, Funktionen und Wirkungen analysieren.

Herausgeber und Autoren des Dir gewidmeten Werkes sind in unterschiedlicher Weise selbst an Verganem beteiligt gewesen und ungleich in Gegenwärtiges eingebunden. Jedoch verknüpfen alle ihre wissenschaftliche und persönliche Rückschau mit dem Wunsch, einen dem menschlichen Fortschritt in besonderer Weise verpflichteten deutschen Historiker zu ehren. Sie fühlen sich Dir vielfach verbunden, und dies nicht allein wegen übereinstimmender Forschungsfelder und gemeinsamer Fragestellungen – sie sagen zugleich Dank für gewichtige Ergebnisse Deiner wissenschaftlichen Untersuchungen, für zahlreiche problemorientierte Forschungsansätze und ebenso für ein unermüdliches Engagement, das den Opfern barbarischer Herrschaft nutzen soll. Die fünf Teile des Buches („Rassismus – Erscheinungen und Erklärungen“, „Faschismus – Erkundungen und Deutungen“, „Antifaschismus in deutschen Nachkriegszeiten“, „Lebenswege und Spurensuche“, „Geschichtspolitik und Kapitalismuskritik“) berühren Deine umfangreichsten und breit gefächerten Arbeitsgebiete, aus denen eine beachtens- und anerkennenswerte Lebensbilanz erwuchs.

Ich weiß, wie wenig Dir an einer Laudatio liegt. Dankbarer wärest Du gewiß für neue Ideen oder für jede nützliche Debatte auslösende Kritik. Dennoch: Du mußt es ertragen, wenn Dich aus Anlaß Deines „70.“ auch auf diesem Wege herzliche Gratulation und beste Wünsche erreichen.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, 8. Mai 2000, Heft 9, S. 309-311.

Menschen fangen, wie früher die Schinder Hunde fingen

Fritz Sauckel – Herr der Zwangsarbeiter

Der vorliegende Beitrag fußt auf einer ausführlicheren biographischen Skizze über Sauckel, die der Verfasser 1996 publiziert hat. Siehe Manfred Weißbecker: Fritz Sauckel – „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 297-331.

Am 21. März 1942 wurde Fritz Sauckel, der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA) ernannt. In seiner Zuständigkeit lagen damit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges entscheidende und letztlich ausschlaggebende Bereiche der deutschen Kriegswirtschaft. Nach seinen eigenen Worten waren ihm drei „Hauptaufgaben“ übertragen worden: „Der vollkommenste und zweckmäßigste Einsatz der deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen in allen kriegswichtigen Betrieben unserer Kriegs- und Ernährungswirtschaft.“

Die Mobilisierung und Heranführung von Arbeitskräften von verbündeten und befreundeten Staaten, so weit diese in der Lage und Willens sind, dem Reich Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, und die Heranführung aller jener Arbeitskräfte der unter deutschem Schutz stehenden bzw. von deutschen Truppen besetzten europäischen Gebiete, sei es durch freiwillige Werbung oder, wenn diese nicht genügt, durch die Dienstverpflichtung. Die Regelung der Arbeitsbedingungen sowohl für unsere deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust als auch der eingesetzten ausländischen und fremdvölkischen Arbeitskräfte im Reich und in den besetzten Gebieten.“

Sauckel benannte in einer Rede vor dem Verein Deutscher Wirtschaftswissenschaftler als sein Ziel, „ein für alle Mal in Europa die absolute und unbestreitbare Hegemonie und zwar sowohl politisch wie militärisch und vor allen Dingen auch wirtschaftlich.“ Zu diesem Zweck verfolgte er zwar auch die Punkte eins und drei seines Programms, indessen organisierte er vor allem die Verschleppung von nahezu sechs Millionen Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas nach Deutschland, und dies in menschenverachtender und -vernichtender Art. Den Maßstäben des Internationalen Militärtribunals entsprechend kamen die Richter 1946 in Nürnberg nicht umhin, ihn einmütig zum Tode zu verurteilen.

Vor seinen Richtern stehend, hat Sauckel immer wieder beteuert, unschuldig zu sein und nur seine Pflicht getan zu haben. Mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen habe er nie in seinem Leben zu tun gehabt. Seine Hände wisse er „rein von Blutschuld und fremden Gut“; nicht einmal von „Ausbeutung“ der ausländischen Arbeiter wollte er reden. Gelegentlich verglich er sein Amt mit einer Marine-Agentur, die zwar Seeleute vermittele, aber für irgendwelche Grausamkeit an Bord eines Schiffes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er log, ihm seien Verbrechen an Menschen in seinem Zuständigkeitsbereich nicht bekannt geworden. Er verstehe sich selbst als einen guten, tief religiösen Christen sowie als einfachen Seemann und Arbeiter. Dies wollte er in seinem Innersten auch stets geblieben sein.

Auf der Nürnberger Anklagebank befand er sich erneut in der „zweiten Reihe“, was keineswegs allein für den Sitzplatz galt, den er einzunehmen hatte. Weder im Kreise der Angeklagten noch im Prozessverlauf spielte er eine hervorsteckende Rolle. Der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson sah in Sauckel dennoch den „größten und grausamsten Sklavenhalter seit den ägyptischen Pharaonen“.

Andererseits stellte Sauckel gern und voller Stolz heraus, dass Deutschland ohne seine Leistung im Krieg „keinen Tag“ hätte existieren können. Es stimmt: Sein „Krieg der Arbeit“ trug maßgeblich dazu bei, den unausbleiblichen Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft jahrelang hinauszuschieben. Rührig und pragmatisch nahm er seine Aufgaben in der Schlüsselposition des GBA wahr. Unbedenklich ließ er in den besetzten Gebieten regelrechte Menschenjagden und Zwangsdeportationen durchführen; selbst aus den eigenen Reihen wurde kritisch vermerkt: „Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde fingen.“

Fanatischer Gauleiter und Reichsstatthalter

Der am 27. Oktober 1894 im unterfränkischen Haßfurt geborene Sauckel wurde 1927 zum Gauleiter von Thüringen ernannt. Den verschiedenen und einander widerstreitenden Gruppen vermochte er sich als Vermittlungs- und Integrationsfigur darzustellen. In organisatorischen Dingen bewies er großes Können, wobei ihm auch zum Vorteil geriet, so manches Problem mit schlichten Mitteln, pragmatisch und entscheidungsfreudig gelöst zu haben. Und er wusste nun Hitler voll und ganz in seinem Rücken. Wie dieser in der ganzen Partei setzte er sich zunehmend in der thüringischen NSDAP durch. Beider Erfolge ließen ein spezifisches Beziehungsgeflecht zwischen ihnen entstehen. Selbstverständlich wagte Sauckel kein kritisches Wort an die Adresse des Parteichefs, im Gegenteil: Manche seiner Briefe an den „hochzuverehrenden Herrn Hitler“ lesen sich wie kriecherische und unterwürfige Episteln. Bis in kleinste Details begann der Gauleiter den „Führer“ zu kopieren und jenen Führungsstil zu übernehmen, den dieser mehr und mehr praktizierte. Unter Sauckels Leitung ging es mit der NSDAP Ende der zwanziger Jahre in Thüringen rascher aufwärts als in anderen Teilen Deutschlands: 1930 übernahmen hier erstmalig zwei Nazis Posten in einer Landesregierung. Sie praktizierten ein „Modell der Machtergreifung“ und nutzten ein regionales Experimentierfeld. Den harten Konfrontationskurs Wilhelm Fricks und die erste Vorstellung des kommenden neuen Regimes trug Sauckel voll und ganz mit. Bei den Landtagswahlen vom 31. Juli 1932 wurde Sauckel ein großer persönlicher Erfolg zuteil. Die NSDAP errang 43,9 Prozent der Stimmen und lag damit 6,5 Prozent über dem Durchschnitt ihres Ergebnisses im Reich. Seit dem 26. August 1932 stand er einer Koalitionsregierung vor, in der neben sechs Mitgliedern der NSDAP nur noch ein Vertreter des Thüringer Landbundes saß.

Sauckels Stellung in der regionalen NSDAP-Hierarchie schien jetzt unangefochten zu sein. Hitler belohnte ihn am 5. Mai 1933 mit der Ernennung zum Reichsstatthalter und im November 1933 mit einem Reichstagsmandat. Sauckel galt nun als Ziel, Thüringen zu einem „Schutz- und Trutzgau des Führers“ zu formen.

Von 1933 bis 1936 wurden allein am Oberlandesgericht in Jena und am Sondergericht Weimar 4314 Verfahren durchgeführt, von denen vier Fünftel so genannte staatsfeindliche Äußerungen betrafen.

Sauckels Wirken verband sich Mitte der dreißiger Jahre auch mit der Schaffung des berüchtigten Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar. Besonderes Augenmerk widmete er ebenso der rassistischen Politik, wovon eine in zahlreichen Städten Thüringens gezeigte Ausstellung über das „thüringische Rassewesen“ sowie die „Mittel und Wege zur rassehygienischen Aufartung“ zeugte. 1938 forderte er offen, dass alles „ausgemerzt“ werden müsse, was „heute noch als Summe unsagbaren Leides in Krüppelheimen oder Irrenhäusern und als Ausgeburt menschlicher Zügellosigkeit der Vergangenheit ein jämmerliches Leben fristet ...“

Von weitreichender Bedeutung sollten seine Bemühungen werden, sich und seiner Stellung eine eigene ökonomische Basis zu verschaffen. Dazu setzte er, noch bevor sie im Reich nach dem Pogrom vom 9. November 1938 offiziell betrieben wurde, eine schamlose „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Gang, die er mit dem Aufbau eines neuen Rüstungskonzerns verband.

Die umfangreichen und ständig wachsenden Anforderungen an die Rüstungsindustrie sowie geographische Lage Thüringens nutzte Sauckel geschickt als Chance, die eigenen regionalen Machtpositionen Schritt für Schritt zu erweitern. Dabei erwies er sich zunehmend als fähig, wie ein cleverer Manager an einer bedeutsamen Schaltstelle von Politik, Wirtschaft und Verwaltungsapparat zu agieren. Konsequentermaßen bemühte er sich um gute Beziehungen zur Wehrmachtführung, zur SS und zum Stab des Stellvertreters des Führers, der späteren Parteikanzlei. Manche der auf der Reichsebene getroffenen Entscheidungen fielen ihm allerdings unverdienterweise in den Schoß, galten sie doch weniger ihm als den Besonderheiten der thüringischen Region.

Der rechte Mann im neuen Amt

Wie auch immer: Sauckel war offensichtlich der rechte Mann, als Hitler das Amt des GBA schuf und versuchen wollte, die eigentlich unlösbare Frage zu lösen und der außerordentlich verschärften

Arbeitskräftesituation weiterhin beizukommen. Mit Sauckels Hilfe sollte ein doppeltes Ziel realisiert werden: einerseits war die von argen personellen Verlusten betroffene Wehrmacht mit neuen Soldaten aufzufüllen, was vor allem die Rüstungsindustrie belasten musste, andererseits sollten neue Arbeitskräfte für die Rüstung gewonnen werden, um den deutschen Truppen ausreichend Kriegsgerät zur Verfügung stellen zu können.

In seiner Eigenschaft als GBA gebot er in Deutschland über 42 Landesarbeitsämter, wo, bei sich deren Zahl gegenüber 1939 mehr als verdreifacht und der Struktur der Gaue angepasst hatte. Außerhalb der Reichsgrenzen waren rund 4000 Personen in der Arbeitseinsatzverwaltung tätig, davon 1300 im Osten, 1016 in Frankreich und 429 in Belgien und den Niederlanden. Allein in der Ukraine hatten die deutschen Faschisten 110 örtliche Arbeitsämter gebildet. In der Zeit vom 1.4. bis zum 1.12.1942 „beschaffte“ Sauckel 2.749.652 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den besetzten Gebieten der UdSSR. Die deutsche Kriegswirtschaft erhielt 1942 dadurch gegenüber dem Vorjahr doppelt so viele neue Arbeitskräfte. In Thüringen, wo Sauckel bis Ende 1942 rund 150.000 Zwangsarbeiter einsetzen ließ und fast 400 Lager eingerichtet wurden, war damit jeder Fünfte unter den Beschäftigten bzw. sogar jeder Vierte unter den männlichen Beschäftigten ein Ausländer.

Sauckel an Hitler

Nach einjähriger Tätigkeit als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz darf ich ihnen melden, dass vom 1. April v. Js. bis zum 31. März ds. Js. der deutschen Kriegswirtschaft 3.638.056 neue fremdvölkische Arbeitskräfte zugeführt werden konnten. Im großen ganzen haben diese Kräfte zufrieden stellende Leistungen gebracht. Ihre Ernährung und Unterbringung ist sichergestellt, die Behandlung so einwandfrei geregelt, dass unser nationalsozialistisches Reich gegenüber den Methoden der kapitalistischen und bolschewistischen Welt auch in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel darstellt. Dabei ist es natürlich unvermeidlich, dass hier und da noch Fehl- und Missgriffe vorkommen. Ich werde stets bemüht bleiben, sie mit der größten Energie auf ein Mindestmaß zu beschränken. Außer den fremdvölkischen Zivilarbeitern werden noch 1.622.829 Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft beschäftigt.

Die 3.638.056 Arbeitskräfte verteilen sich auf folgende Zweige der deutschen Kriegswirtschaft:

Rüstung: 1.568.801 Bergbau: 163.632 Bauwirtschaft: 218.707 Verkehr: 199.074 Land- und Forstwirtschaft: 1.007.544

Sonstige Wirtschaftszweige: 480.298 (Auszug aus einem Bericht Sauckels an Hitler vom 15. April 1943)

Selbst als die personellen Anforderungen der Rüstungsindustrie in immer größere Höhen geschraubt wurden – für 1944 war ganz und gar von weiteren vier Millionen die Rede – versprach Sauckel immer noch das Blaue vom Himmel. In allen Debatten, die um die Höhe der Anforderungen geführt wurden, sicherte er ohne mit der Wimper zu zucken zu, jede von ihm verlangte Zahl an Arbeitskräften, auch an Fachleuten, zur Verfügung stellen zu können. Allerdings verband er dies mit der fordernden und sich gegen Speer richtenden Einschränkung, er müsse zu diesem Zweck in den besetzten Gebieten und vor allem in Frankreich völlig freie Hand bekommen. Mitunter wegen der Diskrepanz zwischen Versprechungen und Leistungen zur Rede gestellt, wagte er es, cholerisch die Richtigkeit der Forderungen aus der Wirtschaft in Frage zu stellen. In solchen Zusammenhängen vertrat er auch die Auffassung, es genüge, einige Betriebsführer zu erschießen, dann würden die anderen schon mit besseren Leistungen reagieren. Sauckel wusste sehr genau, wie hoch die Todesrate in den Arbeitslagern war, doch darüber redete er kaum. Um seine spezifische Aufgabe innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems erfüllen zu können, musste er die biologisch und psychisch bedingten Schranken des profitablen Ausbeutungsprozesses benennen und zu wahren versuchen.

Häufig forderte er, ohne jedoch auch nur ein einziges Mal den Rahmen der nationalsozialistischen Ideologie zu sprengen oder gar die Anwendung schlimmster Terrormaßnahmen in Frage stellen zu wollen, eine „anständige“ Behandlung der Zwangsarbeiter. Seine Begründung lautete: „Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen ... Ich bitte, dabei zu bedenken, dass auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wie viel Voraussetzungen mehr aber muss ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“ Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht auch seine Aussage, nur die „kalte Vernunft“ gebiete eine

pflégliche Behandlung der ausländischen Arbeiter: „Unterernährte, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und hasserfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen.“

Göring über Sauckel

Ich will Gauleiter Sauckel nicht loben, das hat er nicht nötig. Aber was er in dieser kurzen Zeit geleistet hat, um in einer solchen Geschwindigkeit Arbeiter aus ganz Europa herauszuholen und in unsere Betriebe zu bringen, das ist einmalig. Ich möchte das allen Herren sagen: Wenn jeder auf seinem Gebiet nur ein Zehntel der Energie verwenden würde, die der Gauleiter Sauckel verwandt hat, dann würde es wirklich eine Leichtigkeit sein, die von Ihnen geforderten Aufgaben zu erfüllen. Das ist meine heilige Überzeugung und keine Redensart.

(Reichsmarschall Hermann Göring am 6. August 1942 in einer Beratung mit den „Reichskommissaren für die besetzten Gebiete“ und den Militärbefehlshabern)

Sauckel suchte seinen Auftrag mit unübersehbarer Effizienz, größter Brutalität und kaltschnäuziger Menschenverachtung zu erfüllen. Obwohl es ihm nicht um das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ gehen konnte, er ließ sich stets von den unmenschlichen, aus Nationalismus und Rassismus erwachsenden Auffassungen leiten, die in ihrem Wesen bereits unverantwortlich waren und mit dem schrankenlosen Versuch ihrer Realisierung zu immer größeren Verbrechen führten. Der von Sauckel unternommene Versuch einer „Ökonomisierung der Ausländerbehandlung“ und die drastische Unterdrückung jeder sozialen oder gar politischen Regung unter den Zwangsarbeitern verstießen keineswegs gegen Grundsätze der nationalsozialistischen Ideologie, sie stellten lediglich die zwei Seiten einer Medaille dar.

So groß seine „Erfolge“ zu sein schienen – die Politik der zwangsweisen Deportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland und deren erbarmungslose Ausbeutung musste letztlich scheitern. Sie konnte, trotz der Tatsache, dass die deutsche Rüstungsindustrie ihr einen enormen Wachstumsschub verdankte, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht abwenden. Das faschistische Zwangsarbeitersystem schob das Ende lediglich hinaus und vergrößerte dadurch die unermesslichen Leiden und die – nicht exakt zu bestimmende Zahl – der Opfer. Dadurch erhöhte sich auch Sauckels – in Nürnberg nicht verhandeltes – Schuldkonto gegenüber den Deutschen, in deren Namen zu handeln er vorgab. Hitler reagierte auf seine Weise, als der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ immer weniger in der Lage war, seine Forderungen zu erfüllen. Wie Speer berichtet, habe es der „Führer“ während eines Telefonats Anfang 1944 als einen großen Fehler bezeichnet, Sauckel einzusetzen: „... seiner Stellung als Gauleiter entsprechen nur unwiderrufliche Entscheidungen, und da muss er nun dauernd verhandeln und Kompromisse schließen. Niemals gebe ich einen Gauleiter für solche Aufgabe her.“ Als Hitler schließlich im April 1945 sein letztes Testament diktierte und alle Regierungsposten neu besetzte, gehörte der bis dahin so oft bevorzugte thüringische Gauleiter nicht mehr zu seinen Kandidaten. Mit Theodor Hupfauer war ein Vertrauter Speers als neuer Arbeitsminister vorgesehen. Nur in der Parteikanzlei wurde für ihn noch die Nachfolgeschaft Robert Leys an der Spitze der Deutschen Arbeitsfront erwogen.

Wie verhielt sich Sauckel angesichts des Scheiterns seiner Mission und des Naziregimes? Im Grunde traten alle Charakterzüge wieder in Erscheinung, wenngleich in veränderten Formen und Zusammenhängen. Denn: Das Kriegsende erlebte Sauckel nicht in Thüringen. Bevor er sich, wahrscheinlich am 10. oder 11. April 1945, in das Salzburger Land absetzte, sorgte er noch mit einem Anruf bei Bormann dafür, dass „aus Sicherheits- und Ernährungsgründen“ rund 30.000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald abtransportiert wurden. Als die amerikanischen Truppen vor Weimar standen, ließ er der Öffentlichkeit mitteilen, dass er Hitler um die Entsendung einer bewährten Panzerdivision gebeten habe, die von der Saale her einen erfolgreichen Gegenstoß führen werde. Flammende Aufrufe ergingen an den „Volkssturm“, bis zur letzten Patrone heldenhaft zu kämpfen. In Weimar ließ er ein neues Standgericht tätig werden. Alle thüringischen Städte sollten bis zum Äußersten verteidigt und auf keinen Fall übergeben werden. Auch die mehrmaligen Bitten des Weimarer Oberbürgermeisters, die Stadt ähnlich wie Rom und Florenz zu einer „offenen Stadt“ erklären zu lassen, stießen auf seine strikte Ablehnung. Er befahl sogar, die Särge Goethes und Schillers zu vernichten, die Ende 1944 in einen Jenaer Luftschutzbunker gebracht worden waren.

So starrsinnig Sauckel andere in den Tod zu treiben bereit war, so sehr hing er doch am eigenen Überleben. Mit seiner Frau traf er sich am 8. oder 9. Mai in Berchtesgaden. Gemeinsam suchten sie hier das katholische Pfarramt auf. In seinem „Lebenslauf“ – seinen Austritt aus den evangelischen Kirche und den seiner Frau aus der katholischen Kirche von 1936 schlicht vergessend – gab er als Motiv für diesen ungewöhnlichen Schritt an: „Meine Frau und ich waren von diesem Augenblick in der Erkenntnis und dem Willen einig, allein die christliche Weltanschauung als Grundlage unseres Schicksals anzunehmen.“ Anschließend stellte er sich selbst den amerikanischen Behörden.

antifa, August 2000, S. 20.

So begann die Tagung

Statt eines Vorwortes und eines zusammenfassenden Berichtes über die Tagung, die das *Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.* am 13./14. Oktober 2000 zum Thema „Die Geschichtswissenschaft der DDR. Rück-Sichten auf ihre Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ durchführte, sei an dieser Stelle publiziert, mit welcher Orientierung das Kolloquium vorbereitet und eröffnet worden ist. Die hier veröffentlichten Vorträge sprechen für sich und erlauben den Lesern ein eigenes Urteil über den Stand des Nachdenkens über die Geschichtsschreibung der DDR und weitere Erfordernisse im wissenschaftlichen Umgang mit ihr.

* * *

Allen gilt ein herzlicher Willkommensgruß des thüringischen Forums für Bildung und Wissenschaft. Auch im Namen der unterstützungsbereiten Rosa-Luxemburg-Stiftung darf ich die Tagung eröffnen und der Freude Ausdruck verleihen, hier namhafte Historikerinnen und Historiker, Freunde und Bekannte zu gemeinsamen Bemühungen, gewissermaßen zu einem historiographischen Versuch und ganz sicher zu freimütigen, kontrovers-produktiven Debatten versammelt zu sehen.

Vielleicht kam dem einen oder anderen während der Reise nach Jena unser hiesiger „Vorgänger“ in den Sinn, der in seiner Antrittsvorlesung als frisch berufener Geschichtsprofessor fragte, wozu und zu welchem Ende man Universalgeschichte studiere. Ja, wozu wohl und zu welchem Ende finden wir uns denn zusammen?

Da wäre zum einen der Wunsch, eine ausgewogene, von Verzerrungen und politisierenden Schablonen freie Bilanz zur DDR-Geschichtsschreibung in Angriff zu nehmen. Es ist an der Zeit, daß eine „abgewinkelte“ und zum Objekt vorrangiger Beanstandung erhobene, doch keineswegs untätig gebliebene Zunft sich zusammen findet, um aus gewonnener Distanz und neuen Kenntnissen eine eigene Sicht auf Soll und Haben, auf Leistungen und Defizite, auf strukturelle und subjektiv verschuldete Mängel, aber auch auf seither Geleistetes vorzulegen. Die bereits publizierten Erinnerungen einiger Kollegen können dabei als Orientierung gelten.

Die Einlader wollen den Historikern der DDR kein Denkmal setzen, ihnen keine Lorbeerkränze flechten oder sie nostalgisch rechtfertigen. Indessen darf es nicht bei jenem Bilde bleiben, das da völlig schwarz verhangen daher kommt, das politisch gewollte „Abwicklung“ und „Evaluation“ nachträglich zu fundieren oder neue Arroganz teils dümmlich, teils egoistisch-heuchlerisch zu stützen trachtet. Ausgewogene Töne, die es aufzugreifen gilt, zählen noch zu den Raritäten und immer noch nicht zu dem, was angesichts bekundeter Objektivität und pluralistischer Wissenschaftsprinzipien im Grunde als selbstverständlich erwartet werden darf.

Das Bild von uns selbst kann und wird kein einheitliches, schon gar nicht ein von trotziger Geschlossenheit strotzendes sein, eher ein von selbstkritischer Einsicht und nachdenklichem Selbstbewußtsein kündendes, das aus jeweiligen Erfahrungen gewonnen wird. Wie unterschiedlich heute das Urteil ausfällt, erwies bereits das Vorfeld unserer Tagung. Neben überwiegender Zustimmung gab es direkte Absagen und Fragen, ob es überhaupt richtig sei, als „ausgemusterte Generation“ und Versammlung von mehr oder weniger rüstigen Greisen noch einmal anzutreten, oder ob wir nicht ohnehin wüßten, daß wir besser waren, als man es heute offiziell rückblickend, aber uninformativ lesen könne. Warnungen tauchten auf, letztlich werde doch nur ein „Sammelsurium von Einzelmeinungen“ zu präsentieren sein. Weshalb werde nicht die Gesamtschau angestrebt, zumal doch die „Rosinen“ in anderen, beispielsweise von Ingrid Mittenzwei und Joachim Hermann erforschten Zeiträumen lägen oder auf den von Walter Markov und Manfred Kossok universal- und kulturgeschichtlich beackerten Feldern. Demgegenüber stand eine Selbstbetrachtung überflüssig machende Mutmaßung, die Ursachen des Endes der DDR lägen in Moskau und nicht in der hiesigen Geschichtsschreibung. Schließlich wurde auch vermutet, alles könnte vielleicht in eine unproduktive, weil erneut sektiererische Richtung geraten, da doch die bisherige Rückschau zu wenig selbstkritisch ausgefallen sei.

Überflüssig wäre tatsächlich ein vordergründiges, von Eitelkeit getragenes Rechtfertigungsbedürfnis, nicht aber das Wagnis, da, wo sich Anschuldigungen als ungerechtfertigt erweisen, auch korri-

gierend und fordernd die Stimme zu erheben. Statt nur zu polemisieren, sollten Tatsachen gegen die triumphierend vorgetragene Behauptung sprechen, mit der DDR sei desgleichen ihr Geschichtsbild zerfallen und die so genannte zweite deutsche Geschichtswissenschaft zu „einer bloßen Episode der Disziplingeschichte geschrumpft.“¹ Selbst wer die Geschichtskultur des Landes, deren literarische und künstlerische Produkte ja weiter Ansehen genießen oder angesichts zurückgekehrter antifaschistischer Erfordernisse sogar unerwartetes Prestige gewinnen, als Tatsache zu akzeptieren bereit ist, möchte die Fachdisziplin davon abtrennen. Da wurde „gelenkte Vergangenheitsverwaltung“ postuliert², da wurden vor allem jene Inhalte unter den Teppich gekehrt, auf die sich DDR-Historiker auch deshalb konzentrierten, weil die westdeutsche Zunft Sie zunächst nicht wahrnehmen wollte.

Der Blick zurück verbindet sich zum anderen mit der Frage, was in ernsthaft unternommene Bemühungen um die ausstehende Gesamtschau auf die DDR-Geschichtswissenschaft einzubringen, wie die gesamte deutsche Geschichtswissenschaft zu bewerten und wie ihr Platz im großen Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft zu fixieren wäre. Ostdeutsche, erst recht marxistische Historiker stehen völlig am Rande der Zunft, zugleich aber auch in ihr. In diesem Sinne bat mich Werner Berthold, der es – wie viele andere, auch in der Einladung ausgewiesene – sehr bedauert, an unserer Tagung nicht teilnehmen zu können, hier auch zu diskutieren, ob nicht mit einer entsprechenden Erklärung an den Verband der Historiker Deutschlands heranzutreten und in diesem zu wirken sei. Der nächste Historikertag werde ja in Halle stattfinden, sozusagen auf unserem angestammten Territorium, wo wir – so seine Worte – zwar „als Aborigines“, aber dennoch treffsicher argumentieren sollten.³

Gegen anhaltende unberechtigte Attacken auf die Geschichtswissenschaft der DDR wäre wieder einmal zu fragen: „Cui bono?“. Die Verleumdung marxistischer, antifaschistischer und antimilitaristischer Grundorientierungen öffnete Türen, durch die andere und so genannte geschichtsrevisionistische und Neonazismus begünstigende Werte eindringen. Notwendiger als noch vor Jahr und Tag ist ein Geschichtsdenken, das sich nicht erneut völkisch-rassistischem Nationalismus beugt, das auf demokratische Grundnormen und antikapitalistische Alternativen orientiert und das Kriege nicht wieder rechtfertigen hilft. Selbst in schlechtester Absicht und mit bestem Willen wird niemand in Arbeiten von Geschichtswissenschaftlern der DDR solche kriegsverherrlichende oder gar die Barbarei von Kriegen rechtfertigende Töne finden, wie sie in der deutschen Historiker-Zunft zu beiden Weltkriegen dutzendfach wahrzunehmen gewesen sind. Niemand sollte vergessen, daß es beispielsweise ein Historiker war, der 1911 von sich gab, nicht die „Gemeinschaft frei wollender Menschen“, sondern der siegreiche Krieg sei „das soziale Ideal“.⁴ Verständlich, daß in diesem Sinne ganz besonders herzlich zum Podiumsgespräch am heutigen Abend eingeladen wird.⁵

Schließlich trat während der Vorbereitung unserer Tagung ein weiteres Anliegen immer stärker in den Vordergrund. Die These von der „Wissenschaftswüste DDR“ konnte bekanntlich selbst von ihrem Erfinder nicht aufrecht erhalten werden. Die Verfasser einer internationalen Bibliographie zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges sahen sich – nach massiven Protesten – zur Aufnahme der in der DDR erschienenen Literatur veranlaßt. Zudem wirkten und wirken der DDR-Geschichtswissenschaft entstammende Historiker fort. Das Ziel, materialistisch-dialektisches Denken aus der Wissenschaft hinauszutreiben und marxistische Historiker völlig kaltzustellen, ließ sich lediglich in institutioneller Hinsicht realisieren.

Zum Gegenstand unserer Analysen und Debatten zählt also auch, was entstehen konnte trotz negativer Evaluation, trotz abwickelnder Verdrängung in Arbeitslosigkeit. und von Forschungsmitteln

¹ Martin Sabrow: Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation. Der Fall DDR. In: Ders. (Hrsg.): *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 7.

² Ebenda, S. 10 f.

³ Brief an den Vf. vom 02.10.2000.

⁴ Erich Kaufmann: *Das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus*, Tübingen 1911, S. 146.

⁵ Es galt dem Thema „Krieg und Frieden in der Geschichtswissenschaft der DDR“ und wurde bestritten von den Professoren Fritz Klein (Berlin), Helmut Bock (Berlin), Reinhard Brühl (Potsdam), Wolfgang Scheler (Dresden) und Helmut Metzler (Jena).

abgeschnittenem Forscherdasein. Nach 1989/90 ist vieles entstanden. Auch wenn wir am Rande der Gesellschaft und illusionslos unter gegebenen Bedingungen arbeiten, die Ergebnisse sind nicht zu übersehen. Neue Bücher erschienen, mehr jedenfalls, als zunächst für möglich gehalten worden ist, und manche wurde auch in andere Sprachen übersetzt. Sie aufzuzählen, benötigt mehr Zeit, als hier zur Verfügung steht. Erinnert sei nur an die Bände „Europa unterm Hakenkreuz“, an zahlreiche Arbeiten zum 150. Jahrestag der 1848er Revolution und sowie – zugegeben: etwas eitel – an Ergebnisse der Faschismus-, Antisemitismus- und Parteienforschung.

Nun aber genug der Vorrede: In jeder Hinsicht, existiert für heute und morgen eine Vielzahl fraglos komplizierter Diskussionspunkte. Die Zeit wird uns nicht lang werden, ja vielleicht nicht einmal ausreichen. Indessen möchte ich aber bereits jetzt Dank sagen für die Bemühungen aller, hier kritische und verantwortungsbewußte Rückschau zu halten sowie produktiv und zukunftsorientiert sein zu wollen ...

Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2001. 13./14.10.2000, S. 5-8.

Parteiengeschichtsforschung in Jena – Erfahrungen und Einsichten

Am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena entstanden während der sechziger Jahre ein zweibändiges Handbuch¹ und zwischen 1983 und 1986 das vierbändige Lexikon zur Parteiengeschichte.² Wurde damals von unseren Bänden gesprochen, ertönten in der Regel Loblieder. Diese haben wir genossen, darunter mit Vorzug jene, die zahlreich aus der alten Bundesrepublik kamen. Zunfthkollegen äußerten sich euphorisch, selbst einige der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft wenig freundlich Gesinnte verheimlichten kaum Zustimmung oder Neidgefühle. Natürlich unterlagen unsere politisch-ideologischen Grundpositionen genereller Ablehnung, doch überwog zunehmend sachbezogene Auseinandersetzung.

Einer dieser Stimmen sei hier Raum geben. Im Jahre 1988 faßte Renate Teuther in einer von Karl-Heinz Ruffmann betreuten Dissertation ihre Analyse der Jenaer Beschäftigung mit der Parteiengeschichte zur Zeit der Weimarer Republik so zusammen: „Die Forschung zur Parteiengeschichte durchlief verschiedene Phasen. Die ersten Jahre eifriger Aktivitäten, die durch die Veröffentlichung des Handbuches der bürgerlichen Parteien gekrönt wurden, waren Jahre der relativ freien Forschung mit öffentlich ausgetragenen Grundsatzdiskussionen. Dann wurde, ungeachtet früherer Planungen, alle Forschungstätigkeit auf das Thema ‚nichtproletarische demokratische Kräfte‘ verlagert,³ das nach 1973/74 wieder aufgegeben wurde. Nach längeren Pausen im Erscheinen der ‚Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte‘, die wohl als Zeiten der Neustrukturierung hinter den Kulissen gesehen werden müssen, wurde zum früheren Konzept zurückgekehrt und die alte Arbeitsgemeinschaft neu aufgelegt. Ab 1977 wird der Interessenschwerpunkt ‚Faschismus in der Parteienlandschaft‘ deutlich und behält seitdem seine zentrale Stellung. Eine umfassende Darstellung, die das Phänomen der Massenwirksamkeit der bürgerlichen Parteien erklärt, steht noch aus.“⁴

Heute äußern sich lediglich so genannte Unverbesserliche oder Insider über das Parteien-Lexikon, das übrigens in der erwähnten Erlanger Promotionsschrift – aus unerfindlichen, aber wohl kaum zu rechtfertigenden Gründen – nicht mehr berücksichtigt worden ist. In neuerer Literatur wird kaum noch Bezug darauf genommen. Die meisten Schriften „unabhängiger“ oder anderer Tadler der DDR-Geschichtswissenschaft enthalten weder negative noch positive Aussagen. Das bietet Raum für Spekulationen; ich betreibe sie nicht, würden doch sonst sowohl Fähigkeiten als auch die Redlichkeit jener berührt werden, die sich ansonsten kaum zaghaft oder gar zurückhaltend gerierten. Bemerkungen in internem Kollegenkreis klingen hingegen nach wie vor anerkennend. Bitten um die Beschaffung einzelner Exemplare lassen sich nicht erfüllen, ein Nachdruck ist nicht in Sicht. Der Stempel „made in GDR“ erreichte sein Ziel. Selbst auf einer für die Historiker der heutigen Friedrich-Schiller-Universität werbenden Webseite findet sich nach langen Episteln über politische Instrumentalisierung, „massive ideologische Gängelung, Normierung und Verschulung“ gerade noch ein kleiner Hinweis auf frühere Forschungsleistungen. Die gewählten Formulierungen erwecken den Eindruck, als seien diese *trotz* der Bedingungen und *entgegen* stringenter Prinzipien realsozialistischer Vergangenheitsverwaltung erbracht worden ...

* * *

¹ Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. I, Leipzig 1968, Bd. II, Leipzig 1970.

² Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bde. 1-4, Leipzig 1983-1986.

³ Siehe Sturm läutet das Gewissen. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. 1830 - 1945, Berlin 1980 (Unter dem Titel: Für Eures Volkes Zukunft nimmt Partei. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. 1830-1945, Köln 1980); Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke (Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände. Hrsg. von Dieter Fricke in Zusammenarbeit mit Manfred Weißbecker, Siegfried Schmidt, Herbert Gottwald und Werner Fritsch), Berlin 1981.

⁴ Renate Reuther: Die Weimarer Republik im Urteil der DDR-Geschichtswissenschaft – Kontinuität und Wandel, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1988, S. 148.

Woran wäre indessen zu erinnern, wenn historiographische Rückschau auf die Jenaer Parteiengeschichtsschreibung kritisch, ausgewogen und frei von neueren Denkschablonen sein soll?

Rufen wir uns zunächst den Start des Unternehmens ins Gedächtnis. Er stand keineswegs unter einem günstigen Stern. Im Gegenteil. Dieter Fricke brachte die Idee mit, als er nach Jena berufen wurde und hier schwerpunktmäßig zur Geschichte deutscher bürgerlicher Parteien forschen lassen wollte. Trotz berechtigter Bedenken – sie betrafen das stets zu wahrende, konkret jedoch so schwierig zu bewältigende Verhältnis zwischen Lehre und Forschung und damit die natürlichen Grenzen universitärer Forschung – stieß das Thema im damaligen Historischen Institut und bei den Oberen der Universität nach und nach auf breite Zustimmung. Vom Ideologie-Sekretär des ZK der SED war jedoch auf einer Veranstaltung der Parteihochschule „Karl Marx“ zu hören, man solle auch in Jena lieber zur eigenen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung forschen, als sich deren Gegnern zuwenden zu wollen.⁵ Kurze Zeit später, als die Hochschulen der DDR der Mitte der 60er Jahre der dritten Hochschulreform unterworfen wurden, tauchte sogar der Vorschlag auf, die Jenaer Historiker mögen sich doch bitte vorrangig der Geschichte des Zeiss-Betriebes widmen.

Man mag über oder auch gegen den Initiator sagen, was man will – ich halte es ihm zugute, in diesem Zusammenhang getrotzt, sich die Unterstützung anderer SED-Politiker gesichert⁶ und das neue Forschungsgebiet durchgesetzt zu haben. Unser Argument lautete, jede erfolgversprechende Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung bedürfe intensiver Untersuchungen zur Geschichte ihrer Gegner. Wie wenig diese an sich schlichte Erkenntnis dennoch im Lande gebilligt worden ist, scheint noch in der wesentlich später verkündeten Maßgabe auf, die Gesamtdarstellung zur Weimarer Republik, also der Band sieben des geplanten Zwölfbänders zur deutschen Geschichte, müsse zu 70 Prozent Geschichte der Arbeiterbewegung enthalten.

Im März 1962 konstituierte sich eine republikweite Arbeitsgemeinschaft. Ihr gehörten erfahrene Historiker an, aber auch viele, die gerade begannen, sich auf geschichtswissenschaftlichem Felde erste Sporen zu verdienen. Überzeugt von der Richtigkeit der Aufgabenstellung und in einem Anflug von Größenwahn wurde zugleich verkündet, nach dem Handbuch zahlreiche andere Werke erarbeiten zu wollen und zu können. Nicht zuletzt – ich traue mich kaum, das zu erwähnen – sollte bereits 1970 (!) eine Geschichte der bürgerlichen Parteien vorliegen.⁷ Die Schwierigkeiten wurden unter-, die eigenen Möglichkeiten überschätzt, die theoretischen Defizite kaum erahnt.

Vieles stellte sich uns anfangs als Konfrontation mit vorhandener Literatur dar. Ihr gegenüber wollten wir das geschichtliche Wirken der Parteien aus einem Sichtwinkel betrachten, der anders war, ja auch anders sein sollte als in den Arbeiten von Historikern jenseits der Elbe und der dort seit 1951 tätigen Kommission „Geschichte der Parteien und des Parlamentarismus“. Wir wandten uns gegen das dort ausschließlich gepflegte Prinzip des Gebundenseins politischer Parteien an den Parlamentarismus, gegen die Überbetonung geistig-weltanschaulicher Faktoren und natürlich gegen die Verabsolutierung der Rolle von Persönlichkeiten. Niemals wäre uns beispielsweise in den Sinn gekommen, in Hitler das die Welt bewegende Zentrum seiner Zeit sehen zu wollen.⁸ Auch im Nachhinein denke ich, daß gerade in dieser Hinsicht die spätere Hinwendung einiger westdeutscher Historiker von intentionalistischen zu funktionalistisch-sozialstrukturellen Betrachtungsweisen nicht zuletzt als Annäherung an die von marxistischen Historikern vertretenen Auf-

⁵ Siehe Manfred Weißbecker: Die Geschichte der NSDAP (1920-1945). Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 35, Jg. 1999, H. 8, S. 31 und 47.

⁶ Offensichtlich spielte eine Rolle, daß er Ansehen bei Walter Ulbricht besaß.

⁷ Siehe Manfred Weißbecker: Zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Hrsg. vom Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sammelband: Zusammengefaßte Wiedergabe des Inhalts der Nummern 1 bis 13/14 (Jena o. J.).

⁸ Hitler sei „in einem wohl beispiellosen Grade alles aus sich und alles in einem“ gewesen: „Lehrer seiner selbst, Organisator einer Partei und Schöpfer ihrer Ideologie, Taktiker und demagogische Heilsgestalt, Führer, Staatsmann und, während eines Jahrzehnts, Bewegungszentrum der Welt.“ So Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Berlin/Wien 1973, S. 18.

fassungen zu werten ist, selbst wenn von ihnen dies heutzutage keiner mehr zuzugeben bereit ist. Für manche war es übrigens früher (!) durchaus selbstverständlich, von sich zu behaupten, man stände auf den Schultern von Marx und Engels.

Wie dem auch sei, nachdrücklich muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß unser Bemühen von vornherein gesamtgesellschaftlichen Kriterien galt und damit konträr zu Gelesenem stand (was nicht besagt, wir hätten davon auch alles gründlich durchdacht). Parteien erschienen uns hauptsächlich eingeordnet zu sein in klar bestimmbare Interessen, vor allem in solch ökonomischer, sozialer, militärischer und politischer Natur. Den an unsere Adresse gern, zumeist Jedoch leichtfertig, erhobenen Vorwurf, marxistisches Geschichtsdenken sei ökonomistisch und reduktionistisch, hielten wir stets für unberechtigt. Uns ging es um den Versuch, möglichst das gesamte Geflecht der Wechselbeziehungen und -wirkungen aller wesentlichen geschichtsbeeinflussenden Faktoren zu durchleuchten. Wir bemühten uns, von den traditionell verwendeten und lediglich an äußeren Erscheinungsmerkmalen orientierten Parteientypologien wegzukommen: Es müsse vielmehr, so lautete eine der uns selbst gestellten Forderungen, die spezifische Funktion untersucht werden, die einzelne Parteien und Verbände im staatsmonopolistischen Machtsystem und in den einzelnen Gruppen der Herrschenden einnehmen würden.⁹

Es darf sicher positiv vermerkt werden, daß Jenaer parteiengeschichtsforscher stets darauf bedacht waren, offen über ihre methodologischen Ausgangspositionen und über einzelne Thesen zu diskutieren. Den Meinungsstreit führten wir in der uns gebotenen Öffentlichkeit. Gelegenheit zu interessanten Debatten boten zahlreiche kleine Arbeitstagen und mehrere große Konferenzen.¹⁰ Vieles ist davon in den rund 50 Ausgaben der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“ (JBP) nachzulesen. Streit rankte sich um die Rolle einzelner Parteien und ihrer jeweiligen spezifischen Funktion im Parteiensystem. Insbesondere prallten unterschiedliche Denkansätze aufeinander, wenn Themen zur Geschichte des deutschen Liberalismus oder der katholischen Zentrums Partei auf der Tagesordnung standen.¹¹ Gewarnt wurde vor Mißachtung des demokratischen Erbes der frühen bürgerlichen Organisationen, vor Verkennung innerer Widersprüchlichkeit. Wenn ich in diesem Zusammenhang eigene Arbeiten überschaue, denke ich nicht zuletzt an die aus Debatten hervorgegangene Erörterungen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Geschichte der NSDAP, an die Aufsätze über das Parteiensystem der Weimarer Republik¹² oder über die Rolle von Führern bürgerlicher Parteien,¹³ die zumeist im Anschluß an Jenaer Faschismus-Kolloquia entstanden. Einige Teilnehmer dieser Veranstaltungen, die alljährlich zwischen 1971 und 1990 jeweils kurz vor Beginn des Studienjahres stattfanden, kamen nicht zuletzt deshalb immer wieder nach Jena und sprachen anerkennend von einem innermarxistischen Diskussionszirkel.¹⁴

⁹ Siehe Kurt Finker: Staatsmonopolistischer Kapitalismus und bürgerliche Verbände in der Zeit der Weimarer Republik. In: JBP, Nr. 1-13/14, S. 194-2 12.

¹⁰ Konferenzen fanden im November 1964, im Dezember 1968, im Januar 1971, im September 1976 statt, ferner im Oktober 1986 und im April 1989.

¹¹ Siehe dazu vor allem JBP, Nr. 17 (Juli 1966) und Nr. 23 (Juli 1968). Siehe auch den Beitrag von Ludwig Elm im vorliegenden Band.

¹² Siehe z. B. Zur Frage des Parteiensystems und der führenden bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik. In: JBP, Nr. 23 (Juli 1968), S. 64-72; Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Parteien in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 1969, H. 3, S. 25-44; Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: JBP, H. 37/38 (Mal 1976), S. 1-39, Imperialistische Herrschaftsformen und extrem reaktionäre Organisationen. Ursachen, Möglichkeiten, Formen und Grenzen ihres Einflusses auf die werktätigen Massen. In: JBP, Nr. 42, (September 1977), S. 5-39 (unter dem Titel: Extrem reaktionäre Organisationen des Imperialismus und werktätige Massen. In: ZfG, 1977, H. 3, S. 280-294.

¹³ Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945. In: ZfG, 1979, H. 4, S. 299-315.

¹⁴ Über den Verlauf einiger Veranstaltungen ist in der ZfG berichtet worden. Das Kolloquium zum Thema „Bürgerlich-demokratischer Antifaschismus“ von 1981 führte zu Repressionen gegen Kurt Gossweiler, der seinen Vor-

Bei dem 1968/70 erschienenen zweibändigen Handbuch mit seinen 217 Artikeln handelte es sich um ein materialreiches und zahllose Organisationen völlig neu erhellendes Nachschlagewerk mit hohem Informationswert. In ihm gerieten Bewertungen und Charakterisierungen der einzelnen Parteien noch etwas grob gestrickt. Weitgehend bipolar blieb das Bild vom alles erfassenden Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, das in ein schematisches „Entweder/Oder“ mündete. Die überwiegend sozialökonomischen Zuordnungen ließen zwar Spielraum für andere, für politisch-ideologische, geistig-kulturelle und subjektive Faktoren, erfaßte diesen jedoch unzureichend. Im Schritt zum vierbändigen Lexikon, das nahezu 350 Beiträge enthielt, spiegelten sich jedoch wesentliche Fortschritte sowohl in der Professionalisierung unseres Handwerks als auch theoretisch-methodologischer Hinsicht. In sechs Punkten sei hier versucht, den damit erreichten Stand zu charakterisieren.

Ich nenne *erstens* eine regelgerechte Faktenversessenheit. Uns trieben Verliebtheit in die empirische Basis, die Suche nach unerschlossenen Quellen in Archiven und Bibliotheken, in letzteren vor allem nach internen Informationsblättern von Partei- und Verbandsführungen sowie nach unerschlossenen Nachlässen. Nahezu alle Artikel lassen zudem gediegene Kenntnis von Archivbeständen und der Publikationen beider deutscher Staaten erkennen.¹⁵ Beim Schreiben orientierten wir auf ein Höchstmaß an Sachlichkeit. Bewußt sollten landläufige agitatorisch klingende Floskeln vermieden werden. Auch wenn das sicher nicht vollständig geglückt ist, darf die Vorgabe durchaus als ein relevantes Bewertungskriterium angesehen werden. Vielfältige Diskussionen galten in diesem Zusammenhang unseren Auswahlprinzipien. Alle Organisationen aufzunehmen wäre angesichts ihrer ungeheuren Vielzahl unmöglich gewesen. Daher berücksichtigten wir in erster Linie bürgerliche und kleinbürgerliche Parteien und Verbände, die in den politischen und ideologischen sowie in den ökonomischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit wirksam werden können. Sozialdemokratische Organisationen sind von uns niemals als bürgerlich charakterisiert worden, was bekanntlich in bestimmten Phasen der DDR-Geschichte keineswegs selbstverständlich war.

Zweitens spreche ich von einer erheblichen Erweiterung und Differenzierung unseres Blickfeldes hinsichtlich der Anfänge des Parteienwesens in Deutschland, insbesondere bürgerlich-demokratischer, republikanischer und liberaler Potentiale. Davon zeugt nicht zuletzt die bereits erwähnte Tatsache immer wieder geführten Debatten zum Thema „Liberalismus“.

Drittens halte ich für besonders wichtig, daß wir die Zeit zwischen 1933/45 einbezogen. Diese stellt bis heute bei anderen Parteiengeschichtsforschern regelrecht ein schwarzes Loch dar. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“ noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebenso wandten wir uns gegen Thesen, denen zufolge die NSDAP im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt habe. Nachdrücklich machten wir darauf aufmerksam, daß aus der singulären Stellung der NSDAP innerhalb des 1933 geschaffenen Machtsystems keineswegs zu schlußfolgern ist, sie sei – da parlamentarischer Rahmen und andere Parteien gefehlt hätten – parteiengeschichtlich unwirksam und dem deutschen Parteienwesen nicht zugehörig gewesen. Nach unserer Auffassung war die NSDAP ihrem Charakter nach eine bürgerliche Partei, eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und stehende politische Organisation, die in

trag „Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute?“ erst Jahre später veröffentlichen durfte. Siehe Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter, Berlin 1986, S. 646-658.

¹⁵ Wer über Geschichtsschreibung in Deutschland urteilt, wird auch beachten müssen, wie schwer es Historikern aus den alten Bundesländern fiel und immer noch fällt, geschichtswissenschaftliche Werke der DDR zur Kenntnis zu nehmen. Für diese Methode des Verschweigens spricht besonders auffällig ein Beispiel aus jüngster Zeit. Siehe Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000. Das Buch verzeichnet 414 Publikationen, darunter lediglich ein (!) in der DDR erschienenen Werk, das noch dazu aus der Feder eines sowjetischen Historikers stammt (J. S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968).

Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen bürgerlichen Organisationen aufwies.

Als *viertes* Kennzeichen führe ich die zunehmende Differenzierung vor allem in der so genannten Kurzcharakteristik der jeweiligen Parteien, Verbände und Vereine an. Nahezu endlose Debatten rankten sich hier vor allem um den Nachweis, ob es sich jeweils um Interessenvertreter von monopolistischen und nichtmonopolistischen Teilen der Bourgeoisie oder um Organisationen des Kleinbürgertums handelt. Eingeräumt haben wir, daß die Bezeichnung „bürgerlich“ sehr summarisch und nur als eine Art Oberbegriff berechtigt sei. Zuzuordnen seien ihm alle Parteien und Verbände, die „auf dem Standpunkt des Kapitalismus“ stehen, womit wir eine Formulierung Lenins aufgriffen.¹⁶ Dies bedeutete im Grunde Verzicht auf jede eigenständige Weiterführung marxistischen theoretischen Denkens, doch unterschieden wir deutlicher als früher üblich zwischen führenden Parteien und solchen, „in denen sich friedliebende, demokratische Interessen des Kleinbürgertums bzw. der Mittelschichten und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie widerspiegeln“.¹⁷ Als ausschlaggebendes Kriterium galt die Stellung dieser Kreise zu Militarismus, Faschismus und Krieg. Deutlicher als zuvor verfolgten wir hauptsächliche Entwicklungslinien und -etappen bestimmter Parteitypen entsprechend der kontinuierlich wirkenden politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft. Zu den „Dauerbrennern“ gehörte die Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel in der Parteiengeschichte. Erstere sahen wir hauptsächlich im Parteienwesen als Gesamterscheinung, letztere vor allem bei den einzelnen Organisationen.

Das *fünfte* Kennzeichen spiegelt sich in der von uns nicht nur vertretenen, sondern umfangreich mit empirischem Material belegten These wider, daß sich die Massen ständig „im Visier“ der Parteien befanden. Hatten wir anfänglich die Parteien als ein Bindeglied zwischen dem Staat und dem Apparat der ökonomisch Mächtigen zu fassen gesucht, geriet mehr und mehr die Frage nach den Möglichkeiten und den Grenzen des Massenanhangs bürgerlicher Parteien in unser Blickfeld.¹⁸ Ich denke, es ist unter anderem immer noch richtig, eine geschichtliche Aufgabe dieser Parteien auch darin zu sehen, unter den Massen „solche Faktoren abzuschwächen, die der imperialistischen Herrschaft entgegenstehen, und diejenigen zu stärken, die sie zu festigen vermögen“, eine Formulierung, die dem Heft 39 der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“ zu entnehmen ist.¹⁹ Selbst wer sich am Imperialismus-Begriff reibt oder ihn völlig ablehnt, kann sich der inhaltlichen Logik dieser Aussage kaum entziehen.

Sechstens spielte der Versuch eine große Rolle, im deutschen Parteienwesen mehr zu erblicken als lediglich eine Summe aller Parteien. Immer wieder rankten sich unsere Debatten um die Frage nach dem Parteiensystem und dessen Funktion im Herrschaftsmechanismus, aus der abzuleiten war, was den Parteien reale Macht ermöglichte. Sie alle miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze und in seiner Wirkung auf seine einzelnen Bestandteile zu untersuchen, halte ich nach wie vor für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der durch das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Eine erstere herauslösende und letzteres vernachlässigende Forschung führt lediglich zu selektiven und fragmentarischen Ergebnissen. In dieser Hinsicht erlaubt auch eine strikte Gegenüberstellung bürgerlicher und proletarischer Parteien keinen umfassenden Blick auf die geschichtliche Realität. Das Konstrukt solcher Parteigeschichte kann in aller Regel selbst als ein Resultat parteipolitisch orientierten oder gar parteiegoistischen Denkens gesehen werden.

Doch damit bin ich bereits bei gravierenden Defiziten unserer Arbeit. Auf der Grundlage meiner selbstkritischen und kritischen Positionen, die ich 1990 auf dem 20. und zugleich letzten „Jenaer

¹⁶ W. I. Lenin: Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika. In: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 395.

¹⁷ Dieter Fricke: Vorwort. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 6.

¹⁸ Siehe Dieter Fricke: Bürgerliche Parteien und werktätige Massen. Methodologische Probleme. In: ZfG, H. 2/1977, S. 125-142.

¹⁹ Bericht über den Arbeitskreis III der wissenschaftlichen Konferenz „Bürgerliche Parteien und werktätige Massen“ am 22. und 23. September 1976. In: JBP, Nr. 39, Dezember 1976, S. 83.

Faschismuskolloquium“ vortrug²⁰, benenne ich im folgenden nur einzelne Stichpunkte, die nicht allein für die noch zu erforschende Geschichte der Jenaer Parteiengeschichtsforschung zutreffen, sondern möglicherweise für künftige marxistische parteiengeschichtliche Untersuchungen von gewisser Bedeutung sein könnten.

Im Nachhinein ist generell zu sagen, daß wir keinen Ausweg aus der Leninschen Parteitheorie fanden und diese ein Prokrustesbett geblieben ist. Die Funktion der Parteien als Instrument Herrschender gegenüber den Massen wurde zu stark betont. Zugleich gab es ein sehr widersprüchliches Denken über die Massen selbst. Zum einen sahen wir deren Verführbarkeit (worin man sich heute angesichts der enormen Wirkungskraft von Reklame und Werbung durchaus bestätigt fühlen könnte), zum anderen vertraten auch wir die schlichte These von der gesetzmäßig den Fortschritt befördernden und erkämpfenden Rolle der Volksmassen. Massen als Objekt *und* zugleich als Subjekt von Politik zu betrachten, gelang nicht. Stets galt entweder das eine oder das andere. Vielleicht erklärt sich daraus das Fehlen eigener soziologischer Untersuchungen. Auch sozialpsychologische Fragenkomplexe sind lediglich an- und nicht durchdacht worden. Zwar redeten wir von erforderlicher Interdisziplinarität, praktizierten sie indessen kaum, was sicher auch den disziplingebundenen Forschungsplänen und ungesundem Institutsegoismus im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb geschuldet war.

Alle Betrachtungen zum Parteienwesen bzw. zu den Parteiensystemen des Kaiserreiches und der Weimarer Republik klammerten SPD und KPD aus. Auf unübersehbare Übereinstimmungen in Zielsetzung und Formen politischer Parteien sind wir nicht eingegangen, beispielsweise auf die Frage, weshalb am Ende der Weimarer Republik alle Parteien „Führer“ auf den Schild hoben und es an kultischen Verehrungspraktiken nicht missen ließen. Indessen vermieden wir Aussagen zu den Ähnlichkeiten in der generell so charakteristischen Diskrepanz zwischen den Parteiapparaten und den Mitgliedern bzw. Anhängern. Organisationsspezifische Folgen eines Handelns aller Parteien nach dem spezifizierten Olympia-Motto „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“ waren suspekt. Natürlich kannten wir die aufschlußreichen Untersuchungen von Robert Michels. Deren Ergebnisse nahmen wir nicht wahr, beispielsweise seine Thesen: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“²¹ Politische Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen.

Die strikte Gegenüberstellung von bürgerlichen und proletarischen Parteien erleichterte gewiß, in der DDR die Resultate unserer Forschungen veröffentlichen zu können, begrenzte sie jedoch in vielfacher Hinsicht. Parteiübergreifende Fragestellungen blieben, wie gesagt, außerhalb unseres Blickfeldes. Im Wissen um die Folgen solcher und anderer erkenntnistheoretischer Defizite muß jedoch die Frage erlaubt sein, ob gegenwärtig jene, die marxistische Forschungsansätze und die Geschichtsschreibung der DDR kritisieren, nicht den gleichen Fehler begehen, wenn sie so genannte demokratische und totalitäre Parteien auseinander dividieren?

Es gelang nicht, im Rahmen der Jenaer Parteiengeschichtsforschung zu einer Theorie der Parteien vorzustoßen und eine Gesamtdarstellung in Angriff zu nehmen. Vielleicht ahnten wir, dafür unzureichend gewappnet zu sein und dazu erst neue gesellschaftstheoretische Voraussetzungen schaffen zu müssen. Darin lag gewiß auch einer der Gründe für den seit Mitte der 80er Jahre unternommenen Versuch, von der insgesamt sinnvoll und überwiegend erfolgreich betriebenen Parteiengeschichte zur Erforschung eines Phänomens überzugehen, das wir als „politische Organisation der bürgerli-

²⁰ Manfred Weißbecker: Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen. In: Deutsche Studien. Vierteljahresschrift der Deutschen Ostakademie Lüneburg, 29. Jg., H. 116, Dezember 1992, S. 397-415.

²¹ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart ³1969.

chen Gesellschaft“ benannten und sowohl im Oktober 1986 als auch im April 1989 auf größeren Konferenzen zur Diskussion stellten.

Als Untersuchungsgegenstand galt uns die Gesamtheit der Institutionen und Organisationen, in denen sich das politische Leben der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht und die objektiv von den in ihr wirkenden unterschiedlichen Interessen bestimmt werden. Dieter Fricke sah in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft hauptsächlich „zwei Strukturelemente: zum einen den Mechanismus, mit dem die herrschenden Klassen und ihre Verbündeten die politische Macht ausüben, und zum anderen den Mechanismus des Klassenwiderstands des Proletariats und seiner Verbündeten gegen die ökonomische und sozialpolitische Herrschaft der Bourgeoisie. Obwohl sich beide Strukturelemente unversöhnlich gegenüberstehen, schließt das dennoch den einheitlichen, ganzheitlichen Charakter der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft nicht aus ... Unser Hauptanliegen bestand darin, nicht einzelne Elemente der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, sondern diese in ihrer Gesamtheit, gegenseitigen Bedingtheit und Wechselwirkung ... zu untersuchen“.²²

Hätte es 1989/90 nicht den Zusammenbruch der DDR und die rigorose Vernichtung marxistisch orientierter Lehr- und Forschungsstätten gegeben, zu welchem Ende wäre wohl die Jenaer Parteilichkeitsforschung gekommen? Diese Frage zu stellen heißt sogleich, müßig spekulieren zu wollen. Aber wie dem auch sei: Die Kritik an dem auf den Grundlagen kapitalistischer Gesellschaft beruhenden Parteienwesen erscheint mehr denn je als berechtigt und erforderlich. Allzu offensichtlich treten dessen strukturelle Mängel zutage. Die lautstark gepriesene Parteilichdemokratie hat mit einer demokratisch verfaßten Gesellschaft nur sehr wenig gemein. Korruption, Ämterpatronage, Gesetzesbrüche, Skandale usw. gleichen eher der Spitze eines Eisberges. Nein, das Fundament ist morsch, trotz vermeintlicher Erfolge im geschichtsträchtigen letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.²³

Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2001. 13./14.10.2000, S. 167-175.

²² So – orientiert an Gedankengängen Antonio Gramscis – Dieter Fricke: Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz. In: Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm. Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation, Marburg 1991, S. 201-213 (hier S. 204). Für die Zeit der Weimarer Republik lautete unsere Definition: „Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft kann als das institutionalisierte und organisierte Substrat aller politischen Verhältnisse dieser Gesellschaft betrachtet werden. Faßt man die Begriffe Institution und Organisation zu dem soziologisch-politikwissenschaftlichen Begriff der Assoziation zusammen, dann wäre als unser Ziel zu bestimmen, die politisch-assoziative Struktur und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren. Dies würde wiederum bedeuten, sowohl die allgemeine Assoziationsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft als auch die politisch-assoziativen Möglichkeiten in ihr und gegen sie aufzuspüren.“ Manfred Weißbecker/Werner Fritsch/Reinhard Giersch/Rüdiger Stutz: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik. In: Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Wissenschaftliche Redaktion: Manfred Weißbecker und Herbert Gottwald, Jena 1987, S. 88-114 (hier S. 90).

²³ In diesem Sinne wäre eine kritische Parteilichtheorie auch unumgänglich für jene Partei, die für die deutsche Gesellschaft eine sozial gerechte und sozialistisch-demokratische Alternative anstrebt, sich jedoch selbst allzu oft ernsthafter Suche nach alternativen Parteilichformen und nach Reformen des Parteienwesens entzieht.

Vorwort

März 1920:

In Deutschland versuchten Teile der Reichswehr und militante Freikorps, unterstützt von konservativen und völkisch-radikalen Politikern, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sie putschten gegen die Weimarer Republik, gegen den Staat, in dessen Verfassung wichtige demokratische und soziale Ergebnisse der Revolution vom November 1918 ihren rechtlichen Niederschlag gefunden hatten.

Gegen die Reaktion erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Erfolgreich verteidigten 12 Millionen Arbeiter, Gewerbetreibende, Angestellte und Beamte - unabhängig von parteipolitischer Orientierung - die Weimarer Demokratie. Ein mächtiger Generalstreik erzwang den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz.

Doch in den folgenden Wochen und Monaten blieb die Chance ungenutzt, den Sieg zu festigen und gesellschaftliche Bedingungen zu erkämpfen, die jede Wiederholung eines solchen Putsches unmöglich gemacht hätten. Viele betrachteten die Rückkehr zu den Verhältnissen des Jahres 1919 als ausreichend. 13 Jahre darauf brach die Weimarer Republik zusammen und begann die Herrschaft des deutschen Faschismus.

In Thüringen waren 80 Jahre danach diesen Ereignissen Veranstaltungen gewidmet, in denen der Toten gedacht und über aktuelle Aspekte der Geschichte des Weimarer Staates debattiert worden ist.

Sie fanden in Gera, Weimar, Sömmerda, Suhl und Gotha statt – in thüringischen Städten also, die damals im Mittelpunkt erbitterter, teils auch bewaffneter Auseinandersetzungen standen.

Neben den hier publizierten Beiträgen boten Bernhard Dorawa, Heike Gundlach, Wolfgang Heise, Bernd Junior und Horst Ritschel Einblicke in das lokale Geschehen.

Zudem erschienen in Gera ein Heft unter dem Titel „Die Arbeiter des Volksstaates Reuß verteidigten die Demokratie gegen die Putschisten“, in Suhl eine Broschüre „Vor 80 Jahren, am 15. März 1920, in Suhl“ und in Gotha eine spezielle Ausgabe von „Klarsicht. Linke Kreiszeitung für Gotha und die Region“ als Bildungspolitische Beilage Nr. 28 (März 2000). Verwiesen sei auch auf „Eine Betrachtung über das Jahr 1920 in Sömmerda“, die vom Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsverein e.V. im Heft 17 (2/2000) der Beiträge zur Heimatgeschichte veröffentlicht worden ist.

Jena/Erfurt, September 2000

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

Jochen Traut

Vorsitzender des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.

AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS Thüringen

Kapp-Putsch 1920: Ursachen und Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Texte. Jena 2001.

Optimistisch ins Jahr 2001?

Bei Siegfried Jacobsohn, dem langjährigen und verdienstvollen Herausgeber der „Weltbühne“ fand ich, was er im Mai 1920 an einen jungen Abonnenten schrieb. Dieser hatte seinen unermüdlichen Optimismus bewundert, „jede Woche einmal auf 32 Seiten die Wahrheit zu sagen und sagen zu lassen“, und zugleich bedenklich gefragt, ob er denn weiter das Blättchen bestellen solle, da es „offenbar gar nichts nützt“.

Erinnern wir uns:

Im März des Jahres 1920 hatten Teile der Reichswehr und militante Freikorps versucht, unterstützt von konservativen und völkisch-radikalen Politikern, das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Sie putschten gegen die Weimarer Republik, gegen den Staat, in dessen Verfassung wichtige demokratische und soziale Ergebnisse der Revolution vom November 1918 ihren rechtlichen Niederschlag verankert worden waren. Zwar erhob sich ein Sturm der Entrüstung gegen die Reaktion. Erfolgreich verteidigten 12 Millionen Arbeiter, Gewerbetreibende, Angestellte und Beamte – unabhängig von parteipolitischer Orientierung – die Weimarer Demokratie. Ein mächtiger Generalstreik erzwang den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz. Doch in den folgenden Wochen und Monaten blieb die Chance ungenutzt, den Sieg zu festigen und gesellschaftliche Bedingungen zu erkämpfen, die jede Wiederholung eines solchen Putsches unmöglich gemacht hätten. Viele betrachteten die Rückkehr zu den Verhältnissen des Jahres 1919 als ausreichend. Am 6. Juni 1920 verlor die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen fast die Hälfte der Stimmen, die ihr im Januar 1919 beschieden waren. Deutschland erhielt eine Regierung, die nur aus Vertretern bürgerlicher Parteien bestand.

Das Ringen um eine Bestrafung der Putschisten und um bessere demokratische Verhältnisse hatte also offenbar gar „nichts genützt“. Durchaus verständlich also die an Jacobsohn gerichtete Frage.

Seine Antwort zeugt indessen von unerschütterlichem Glauben an die Kraft der Worte, an die Macht von Vernunft und Aufklärung. Sie lautete: „Wir verzagen nicht, weil wir glauben, daß auf dieser Welt (...) nichts, einfach nichts umsonst verrichtet ist und daß unsre Wahrheit unmerklich und langsam doch in Kanälchen und Netze fließt und eines Tages, an einem Tage des 21. Jahrhunderts, einen unwiderstehlichen Strom bilden wird. Man kann keinen Gegner überzeugen, und der Gegner sind viele. Aber vielleicht wecken wir einen stillen, zu stillen Freund auf oder bringen einen verrannten zur Besinnung oder feuern einen entmutigten wieder an. Optimisten sind wir durchaus nicht. Wir tun unsre Pflicht als Arbeiter, blicken vorwärts und hoffen, daß unsre Urenkel unser Andenken segnen werden.“

Noch ein weiteres schönes Wort soll uns ermutigen, ja gar den Weg weisen. Es stammt von Kurt Kauter, der in der DDR das Büchlein „Also sprach der Marabu. Neue Fabeln“ veröffentlichte. In einer dieser Fabeln geht es um Schneeflocken – jede einzelne nicht mehr als ein Nichts: Ein Vogel habe im Baum gesessen und beobachtet, wie es zu schneien anfang, nicht etwa heftig mit Sturmgebräus, nein, wie im Traum, lautlos und ohne Schwere. Weil er nichts Besseres zu tun hatte, zählte er die Schneeflocken, die auf die Zweige und Nadeln seines Astes fielen und darauf hängen blieben. Er kam bis zu drei Millionen siebenhundert-einundvierzigtausend neunhundertzweiundfünfzig. Als die drei Millionen siebenhundert-einundvierzigtausend neunhundertdreiundfünfzigste Flocke niederfiel – nicht mehr als ein Nichts – brach der Ast ab. Wer wolle also sagen, eine einzelne Schneeflocke habe kein Gewicht? Und vielleicht fehle im Ringen um den Frieden auch nur eine einzelne Stimme?

Ja, jeder sollte seine Stimme mit uns erheben .gegen die Mißachtung alter, oft schmerzlicher Erfahrungen ebenso wie gegen die ungeheuerlichen neuen Bedrohungen jeglichen menschlichen Zusammenlebens in Frieden und Gerechtigkeit. Dann kann auch jeder Leser dieses Kalenders im nunmehr tatsächlich beginnenden neuen Jahrhundert sich von Hoffnung und Zuversicht begleitet sehen.

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

„Jenaer Forum für Wissenschaft und Bildung e.V.“

Sprüche. Widersprüche. Merk-Würdiges für Linke, Alternative und andere Menschen. Stadtvorstand der PDS Suhl, 2001, Nr. 8, S. 1.

Der Kapp-Putsch – ein Anfang vom Ende der Weimarer Republik?¹

Das Fragezeichen, das mein Thema beschließt, mag verwundern. Tatsächlich meint es nur, ob von *einem* oder von *dem* Anfang des Endes der Weimarer Republik zu reden wäre. Natürlich hat da unbedingt ein Ausrufezeichen seinen Platz, denn für die seriöse Geschichtswissenschaft steht unumstößlich fest: Bereits in dieser frühen Zeit wurde jener Weg eingeschlagen, der dreizehn Jahre später zum schmachvollen Ende der Republik von Weimar führte. Schon damals begann der kaum unterbrochene Abstieg von jener parlamentarischen Demokratie, welche das Ergebnis der Novemberrevolution darstellte und Eingang in die Bestimmungen der Verfassung gefunden hatte; letzteres übrigens gegen den erbitterten Widerstand der konservativ-protestantischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und auch einer Reihe von Politikern der katholischen Zentrumsparlei.

Zu dem, was sich vor 80 Jahren in Deutschland abgespielt hat, will ich nur wenig sagen. Die Tatsachen sind geläufig. Allerdings sind sie heutzutage wohl nur wenigen bekannt und werden auch kaum in offiziellen Geschichtsdarstellungen erwähnt. Wer etwa im elektronischen Data-Becker-Lexikon den 13. März anklickt, wird belehrt, daß an diesem Tage vor 259 Jahren der habsburgische Kaiser Franz Josef II. in Wien geboren wurde. An anderen Tagen findet sich der Hinweis auf Geburtstage von Göring, Himmler und anderer „Größen“ der deutschen Geschichte. Junge Menschen, ausgestattet mit dem Wissen heutiger Geschichtslehrbücher², wage ich indessen kaum danach zu fragen, was da vor 80 Jahren passiert ist. Für sie wird in erster Linie verbreitet, Nazis hätten Weimar zerstört – natürlich Hand in Hand mit den Kommunisten. In solchem Zusammenhang wird zwar auch an den Putsch vom 9. November 1923 erinnert, jedoch zugleich verschwiegen, daß dieser eine Fortsetzung und Erneuerung des Kapp-Putsches darstellte.

Wie dem auch sei: Zu unserer heutigen Erinnerung an den Kapp-Putsch möchte ich hier einige Gedanken vortragen, die sich auf das Davor und das Danach richten, auf Ursachen und Folgen dieses Ereignisses beziehen. Manches historische Problem, beispielsweise das der fatalen Wirkungen jedes Zusammengehens völkisch-radikaler und konservativ-nationaler Kräfte für die Demokratie, kann und sollte angesichts gegenwärtig erneut vielfach bedrohter demokratischer Verhältnisse Nachdenklichkeit auslösen.

* * *

In diesem Sinne ist zunächst danach zu fragen, was denn die Weimarer Republik für die deutsche Linke bedeutete, ob sie für die Arbeiterbewegung verteidigungswürdig war oder nicht. Ich hoffe, wir sind uns einig, wenn ich sage: Weimar darf tatsächlich als ein ernsthafter Versuch seiner Träger wie auch großer Teile seiner linken Kritiker betrachtet werden, mit belastenden Traditionen des vorausgegangenen Jahrhunderts zu brechen, das Reich aus dem kriegsschuldbeladenen monarchistischen Herrschaftssystem herauszuführen, den verhängnisvollen Einfluß des preußisch-deutschen Militarismus einzudämmen. Weimar – das war darüber hinaus auch ein Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten in einem von den Revolutionären erzwungenen System demokratischer Regularien zu verringern. Insofern darf Weimar insgesamt mit Fug und Recht als bedeutsamer Schritt gelten, einen geschichtlichen Sonderweg zu beenden, endlich in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, wovon jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge. Im Ansatz boten sich Chancen für eine Beschränkung bürgerlich-autoritärer Macht, für Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft, für die Aufhebung frauenfeindlicher Männerherrschaft. Es gab zukunftsorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw.

¹ Erweiterte und durch Fußnoten ergänzte Fassung des Vortrages für die Veranstaltungen des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. in Gera, Weimar, Sömmerda, Suhl und Gotha anläßlich des 80. Jahrestages des Kapp-Putsches und seiner Niederschlagung.

² Siehe den Beitrag von Dr. Siegrid Kretschel in diesem Heft.

Wohlgemerkt: Ich spreche von Chancen, doch jedes Nachdenken über Weimar verlangt deren Anerkennung und Würdigung ebenso wie die Beantwortung der Frage, weshalb sie ausgerechnet dann unzureichend wahrgenommen worden sind, als es galt, den „Aufstieg“ der deutschen Faschisten zur Macht zu verhindern, und als viele, allzu viele Deutsche, auch Arbeiter, mit Füßen traten, was um ihretwillen erkämpft worden war.³

Von Anfang an sah sich nicht allein die Arbeiterbewegung, sondern diese bürgerlich-parlamentarische Republik in ihrer Gesamtheit vielfältigen Angriffen militaristischer, monarchistischer, konservativer und rechtsradikaler Gegner ausgesetzt. Bereits am 21. Juli 1919 hatten Teile der 40.000 Mann umfassenden und bei Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division den Versuch unternommen, gewaltsam die Regierung zu stürzen. Die von ihrem Stabschef Hauptmann Waldeemar Pabst auf eigene Faust zum Marsch nach Berlin befohlenen Einheiten wurden in letzter Minute aufgehalten. General Walther von Lüttwitz, Kommandeur des Reichswehrkommandos I, schien das Unternehmen zu improvisiert und nicht aussichtsreich genug zu sein. Doch bereits ein halbes Jahr später stand dieser selbst an der Spitze von Putschisten, nachdem sie sich von diesem Fiasko erholt und neu zu organisieren verstanden hatten. Zu ihrem politischen Anführer entwickelte sich Wolfgang Kapp, jener Gutsbesitzer und ostpreußische Generallandschaftsdirektor, der sich 1917/18 als Mitbegründer der rechtskonservativen und eine Million Mitglieder erfassenden „Deutschen Vaterlandspartei“ hervorgetan hatte.⁴ Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Bank und im Vorstand der DNVP sicherte ihm weitreichende Verbindungen.

Bereits im August 1919 schufen diese Kreise mit der „Nationale Vereinigung“ eine Dachorganisation, die alle Aktionen der „vaterländischen“ und paramilitärischen Verbände koordinierte. Ausgestattet war sie mit erheblichen Mitteln, von denen wir wissen, daß sie auch aus den Schatullen einiger Großindustrieller, u. a. Hugo Stinnes und Fritz Thyssen, stammten. Direkt unter den Augen des sich unbesorgt gebenden Reichswehrministers Gustav Noske – am vergangenen Wochenende im „Neuen Deutschland“ trefflich charakterisiert⁵ – bereitete sie sich sowohl militärisch als auch politisch auf neue antirepublikanische Aktionen vor.

Das ihr zur Verfügung stehende militärische Potential erreichte einen beträchtlichen Umfang. Es umfaßte neben der Garde-Kavallerie-Schützen-Division etwa 13.000 ehemalige „Baltikumer“, die vor allem auf ostelbischen Gütern Unterkunft gefunden hatten und – getarnt als Arbeitskommandos – vom „Marsch auf Berlin“ träumten. Den „Einwohnerwehren“ gehörten im September 1919 in Preußen 526.164 und in Bayern etwa 200.000 Mitglieder an. Zahllose Freikorps, soweit sie noch nicht in die Reichswehr überführt oder unter dem Druck der Alliierten aufgelöst worden waren, standen den Putschisten fast bedingungslos zur Verfügung. Auch die anfänglich ebenfalls bewaffnete „Technische Nothilfe“ stärkte die rechten Bürgerkriegstruppen.

Das militärische Potential der Konterrevolution fand reichlich Nahrung: sozial entwurzelte oder gefährdete Offiziere, von Demobilisierung bzw. Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, deklassierte Abenteurer und arbeitsscheue Landsknechte. Sie waren nur allzu bereit, ihren eigenen Unterhalt und Lebenssinn auf Gedeih und Verderb mit dem der Putschisten zu verknüpfen. Erzogen zu erbittertem Haß gegen die Revolution, aufgeputscht gegen alles, was die „nationale Ehre und Größe“ zu beeinträchtigen schien, verblendet von verklärender Darstellung der Verhältnisse im Vorkriegsdeutschland – so folgten sie schon 1920 skrupellos den Befehlen wider den Weimarer Staat.

³ Siehe Manfred Weißbecker: Die Weimarer Republik und ihr Platz in der Bilanz des Jahrhunderts. Ein Versuch. In: Revolution – Reform – Parlamentarismus. Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Linke zwischen Revolutionarismus und Reformismus achtzig Jahre nach der Deutschen Revolution 1918/1919, der Konstituierung des deutschen Parteikommunismus und der Entstehung der ersten deutschen Republik. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, S. 35-47.

⁴ Siehe Manfred Weißbecker: „Leider sind so scharfe Mittel nur an der Front üblich.“ Von der Vaterlandspartei zur NSDAP. In: Neues Deutschland, 13/14.9.1997, S. 13.

⁵ Siehe Wolfram Wette: Der Kaiser ging, die Generale blieben. Zum 80. Jahrestag des Kapp-Putsches. In: Neues Deutschland, 11/12.3.2000, S. 13.

Dies zu wissen und in jeder Geschichtsbetrachtung zu berücksichtigen, scheint mir notwendig. Paul Levi, in der Führung der KPD tätig, warnte bereits damals die Verteidiger der Republik davor, allein auf die Offiziere und deren Verhalten zu schauen. Er sprach von einer neuen Rolle der Mannschaften und von einer „Saat aus Drachenzähnen“. Gerade sein Blick auf dieses neue Phänomen lieferten ihm den lebendigen Beweis für die Richtigkeit der Marxschen Prognose, daß zwar ein großer Teil der Massen durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingerissen wird, seiner ganzen Lebenslage nach aber bereitwilliger ist, sich für reaktionäre Umtriebe korrumpieren zu lassen. Er schrieb: „Dieser Schicht sieht das Proletariat sich jetzt gegenüber. Und damit ist zugleich entschieden: mit der Frage der Neubesetzung und Reinigung des Offizierskorps ist nur der eine Teil und nur der unwichtigere der Gesamtfrage entschieden. Der Kern der militärischen Frage in Deutschland liegt nicht im Offizierskorps, sondern in den Mannschaften. Bleiben die Waffen in der Hand der Schicht, die sie jetzt haben, so werden sie jederzeit jedem reaktionären Streich zur Verfügung stehen, wenn die Staatsstreicher nur Geld haben. Denn die Schichten, die jetzt die Waffen in der Hand haben, sind sozial wurzellos ... Das politische Lumpenproletariat ... begeht auch politische Handlungen zu kriminellen Zwecken ... Es nimmt von jedem, der gibt und ist jedem zu willen, der zahlt.“⁶ Die Entwicklung dieser Kräfte zu zeigen und vor ihr zu warnen, blieb übrigens eines der Themen, die Levi und auch viele andere in den folgenden Jahren nicht ruhen ließen. Sie sahen im Kapp-Putsch das folgenreichste aller Attentate gegen die Republik, weil sich erstmals Anti-Revolutionäres artikuliert habe, das aus einer tiefen sozialen Bewegung heraus gewachsen sei.

Doch zurück zum Thema. Was wollten die Putschisten im März 1920? Ihnen reichte nicht aus und paßte nicht in den eigenen Kram, was die regierende Weimarer Koalition tat, um die in der Revolution erkämpften Freiheiten und sozialen Rechte der Arbeiter einzuschränken. Sie wollten gewaltsam eine Militärdiktatur errichten, nach Möglichkeit auch die Monarchie wiederherstellen. Sie dachten insbesondere an die Schaffung günstigerer innerer Bedingungen für ihren außenpolitischen Kurs, der de facto auf eine relativ rasche Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und des Friedensvertrages von Versailles zielte. Ihre Überlegungen kreisten dabei immer wieder um die Beseitigung von Streikrecht und 8-Stunden-Arbeitstag sowie um die Einführung des Arbeitszwanges. Damit sollten wesentliche politische Rechte beseitigt werden, die sich die Massen in der Novemberrevolution erkämpft hatten. Kapp entwarf eine „Notverfassung“, die schlicht von der 1871er Reichsverfassung ausging und alle staatsrechtlichen Veränderungen von 1918/19 annullierte. „Kampf bis aufs Messer“ gegenüber allen revolutionären Organisationen und Persönlichkeiten – dies forderte Lüttwitz Anfang März 1919 kategorisch und ultimativ von Noske. Und der einflußreiche Großindustrielle Hugo Stinnes empfahl bereits am 23. Januar 1919 der Regierung, es als „Zeichen einer wahren Demokratie“ zu betrachten, in den Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator zu finden. Drastisch hieß es: „Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen. Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.“⁷

Ogleich man sich nicht einig war in der Frage, was an die Stelle der Weimarer Republik gesetzt werden sollte, glaubten die konterrevolutionäre Kräfte Aufwind verspüren und erwarten zu können, als die sozialdemokratisch geführte deutsche Regierung am 13. Januar 1920 demonstrierende Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude zusammenschießen ließ und so zu erkennen gab, daß sie sich sozialpolitischem Druck von unten nicht beugen wolle. Ihre Haltung schien die Umsturzvorbereitungen wesentlich zu erleichtern, denn mehr und mehr konnten die Putschisten auch mit einer gegen die SPD gerichteten Stimmung in der Arbeiterklasse spekulieren. Daher forderten Kapp, Lüttwitz und andere Protagonisten des nationalistischen und völkisch-radikalen Lagers lautstark Neuwahlen. Zugleich klopften sie markige Sprüche gegen den am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Vertrag. Die Regierung wurde beschuldigt, grundlos nationale Interessen preisgegeben zu haben

⁶ Zit. nach Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. und Wien 1969, S. 35. Siehe auch Manfred Weißbecker: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung. (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.), Jena 1993.

⁷ Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 582.

und als „Fronvogt der Alliierten“, als deren „Statthalter“ und als „Seelenverkäufer“ zu fungieren. Der führende DNVP-Politiker Karl Helfferich zwang Reichsfinanzminister Matthias Erzberger einen Beleidigungsprozeß auf, der vom 19. Januar bis 12. März 1920 stattfand und von schamlosen Morddrohungen sowie von einem Attentat auf ihn begleitet wurde. Leider habe es sich bei dem Attentat nur um einen „Fettschuß“ gehandelt, höhnte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein Blatt der Schwerindustrie. Ein Jahr nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs richtete sich der weiße Terror nunmehr auch gegen solche bürgerlichen Politiker, deren Haltung den Zielen der extrem reaktionären Kreise widersprach. Schlaglichtartig erhellte diese Entwicklung alle möglichen Folgen einer Politik, die der parlamentarischen Demokratie zu wenig Spielraum und deren Gegnern zu viel davon bot.

Unter den ökonomisch Mächtigen dominierte indessen doch ein einigermaßen realistisches Gespür für die Situation. Zwar hatte sich das politische Kräfteverhältnis nach rechts verschoben, aber keinesfalls so weit, daß ein offener Angriff auf die Republik den Erfolg zu garantieren vermochte. In der Beurteilung des Kräfteverhältnisses in Deutschland sowie der Perspektiven in den internationalen Auseinandersetzungen offenbarten sich Differenzen von erheblichem Ausmaß. Die meisten Unternehmer und bürgerlichen Politiker sahen nach wie vor in der Beibehaltung jener Zugeständnisse, die sich die Massen im November 1918 erkämpft hatten, einen die kapitalistischen Gesellschafts- und Eigentumsverhältnisse stabilisierenden Faktor.

Selbst Anhänger des Putschgedankens bemühten sich vor allem – in modischer Formulierung – um eine schrittweise und demokratisch erscheinende Delegitimierung der Revolution. Ihre Forderungen nach Neuwahlen des Reichstages und des Reichspräsidenten stützten sie mit dem Argument, man wolle nur die Verfassung erfüllen und schützen. Diese „verkappten Kappisten“, so wären sie vielleicht zu charakterisieren, schlugen Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten aller Rechten für das Amt des Reichspräsidenten vor, wozu er am 19. November 1919 seine Zustimmung gegeben und diese am 5. März 1920 bekräftigt hatte. Selbst Kapp und Lüttwitz vertraten unterschiedliche Standpunkte. Letzterer ging von der Auffassung aus, das Zustandekommen größerer Massenaktionen gegen den beabsichtigten Putsch würde erschwert, wenn – in welcher Form auch immer – eine sozialdemokratische Mitwirkung erreicht werden könne. Daher suchte er unmittelbar vor dem Putsch ein Gespräch mit Ebert und Noske, das am 10. März stattfand, aber ohne Ergebnis endete.

Hier möchte ich noch auf einen anderen Zusammenhang aufmerksam machen: Keineswegs zufällig machte sich während der Vorbereitung des Kapp-Putsches ansatzweise jene neue politische Strömung bemerkbar, die nach dem Krieg in mehreren europäischen Ländern aufgetaucht war. Erstmals traten faschistische Organisationen und Politiker in Erscheinung. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als die konservativen Kräfte, dabei deren reaktionäres Gedankengut ins Extrem wendend und jegliche taktierende Vorsicht vermeidend. Nach ihren Vorstellungen sollte künftig Politik in erster Linie auf eine terroristisch-präventive Ausschaltung der Arbeiterbewegung sowie auf eine demagogisch-chauvinistische Unterordnung der werktätigen Massen zielen. Die gegen die Revolution eingesetzten Mittel der Gewalt – damals wurde häufig von „weißem Terror“ gesprochen – gebar den faschistischen Terrorismus, Rassismus und Antihumanismus.⁸

Anwärter auf eine entsprechende, bislang im Parteienspektrum fehlende und zugleich auf die Überwindung der Zersplitterung unter den bürgerlichen Parteien ausgerichtete Organisation schossen in den ersten Monaten und Jahren der Weimarer Republik wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Heinrich Claß, Chef des Alldeutschen Verbandes hatte sich schon am 3. Oktober 1918 nachdrücklich für die Schaffung „einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei“ ausgesprochen und zu diesem Zweck auch den „rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechtigten Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes *abgelenkt* werden muß“, gefordert.⁹ Gerade im Antisemitismus, in der Hatz auf einen „Sündenbock“, sahen die Rechtsten unter den bürgerlichen Reaktionären eine erfolversprechende Möglichkeit, aus Klassengegensät-

⁸ Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, S. 22 f. und 526 f.

⁹ Zit. nach ebenda, S. 17.

zen solche der Rassen zu konstruieren und leichtgläubig-unwissende Menschen irrezuführen. Ihnen schien es möglich zu sein, die Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden – auf Kosten jüdischer Bürger, die in Deutschland nicht einmal ein Prozent der Bevölkerungszahl ausmachten.

In diesem Umfeld war bekanntlich am 5. Januar 1919 in München die „Deutsche Arbeiterpartei“ entstanden, die – vom berüchtigten Alldutschen Verband initiiert – an die „Deutsche Vaterlandspartei“ und an zahlreiche andere völkisch-antisemitische Gruppen anknüpfte. Zur gleichen Zeit formierten sich auch eine „Deutschsozialistische Partei“ sowie der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, dem sich fast 200.000 Mitglieder anschlossen. Insgesamt umfaßte dieses Spektrum am äußersten rechten Rand der bürgerlichen Gesellschaft mehr als 200 Vereine und ähnliche Organisationen. War es wirklich ein Zufall, daß unmittelbar vor dem Startschuß der antirepublikanischen Verschwörer um Kapp und Lüttwitz am 24. Februar 1920 in München jene erste öffentliche Massenveranstaltung der Deutschen Arbeiterpartei stattfand, in der ein 25 Punkte umfassendes Programm vorgestellt sowie die Namensänderung der Organisation in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ bekannt gegeben wurden? War es von ungefähr, daß während des Kapp-Putsches die Münchener Reichswehrführer ausgerechnet den noch wenig bekannten Hitler als Vertrauensmann nach Berlin schickten, um die Verbindung mit der „Regierung“ des Wolfgang Kapp in der Hauptstadt des Reiches herzustellen?¹⁰

Anfang März 1920 glaubten die Putschisten handeln zu müssen, selbst wenn die Situation nicht in jeder Hinsicht als „reif“ betrachtet werden konnte. Sie rechneten sich größere Chancen aus, solange Truppen in beträchtlicher Zahl noch unter Waffen standen und die von den Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages geforderte Reduzierung der Reichswehr nicht erfolgt war. Bis zum 1. April sollte das Heer endgültig auf 100.000 Mann verringert werden, sollten die umfangreichen Verbände der zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren aufgelöst sein. Als dementsprechend am 29. Februar Noske anwies, die in Döberitz bei Berlin stationierte und unter dem Kommando von Ehrhardt stehende 2. Marinebrigade aufzulösen, brüskierte Lüttwitz seinen Vorgesetzten mit einer glatten Weigerung und schließlich sogar mit einem Ultimatum. Der General forderte am 10. März die sofortige Beendigung der Truppenreduzierung, Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten sowie die Entlassung einiger Kabinettsmitglieder. Auch der Chef der Heeresleitung, General Walther Reinhardt, dem die Verschwörer mißtrauten, sollte gehen.

Die Regierung lehnte diese Forderungen ab; ihr blieb angesichts der innen- und außenpolitischen Bedingungen nichts anderes übrig. Aber es wurde nichts unternommen, um den Putsch bereits im Ansatz zu zerschlagen. Lüttwitz erhielt am folgenden Tag lediglich seine „Beurlaubung“. Gegen einige der Verschwörer ergingen völlig unwirksame Haftbefehle. Noske ließ in Döberitz sogar weiter verhandeln. Erst als in der Nacht vom 12. zum 13. März die schlagkräftigste militärische Einheit, die Ehrhardt-Brigade, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und teilweise mit dem faschistischen Symbol des Hakenkreuzes am Stahlhelm auf Berlin zu marschieren begann, berief Noske für ein Uhr eine Sitzung mit seinen nächsten Mitarbeitern sowie mit den wichtigsten Generälen und Generalstabsoffizieren ein. Seine Erwartungen richteten sich einzig und allein auf die Reichswehr. Deren Antwort fiel eindeutig antirepublikanisch aus. Der Chef des Truppenamtes, General Hans von Seeckt erklärte: „Haben Sie, Herr Minister, etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die eben erst Seite an Seite gegen den Feind gekämpft haben? ... Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlägt, dann ist alle Kameradschaft im Offizierskorps hin ... wenn das aber einträte, dann wäre die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 vermieden worden ist, erst richtig da.“¹¹

Die Mitteilung Noskes über das niederschmetternde Ergebnis seiner Bemühungen löste im Kabinett Bauer betroffene Hektik sowie den Beschluß aus, sofort kampfflos Berlin zu verlassen. Ulrich Raueschen, Pressereferent der Reichsregierung, verfaßte in aller Eile einen Aufruf „Arbeiter! Parteigenossen!“, in dem entschiedener Widerstand gegen die Militärdiktatur gefordert und von einem „Ge-

¹⁰ Siehe ebenda, S. 53 ff.

¹¹ Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936. Hrsg. von Friedrich von Rabenau, Leipzig 1940, S. 221.

neralstreik auf der ganzen Linie“ gesprochen wurde. Auf der Flucht formulierte die sozialdemokratische Parteiführung jedoch einen weitaus schwächeren Aufruf, in dem es lediglich hieß, das deutsche Volk solle sich um die verfassungsmäßige Regierung scharen und den Putschisten keine Gefolgschaft leisten.

Indessen zogen am frühen Morgen Ehrhardt und seine Truppen mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor. Kapp und einige Mitglieder der inzwischen selbsternannten neuen „Regierung“ – zu diesen gehörten Traugott von Jagow, ehemals kaiserlicher Berliner Polizeipräsident, als „Innenminister“, der deutschnationale Pfarrer Gottfried Traub als „Kultusminister“ und Friedrich Freiherr von Falkenhausen als neuer „Chef der Reichskanzlei“ – dekretierten im Verlauf des ereignisreichen 13. März die Auflösung der Nationalversammlung sowie der Preußischen Verfassungsgebenden Versammlung. Die Befehlshaber wurden angewiesen, jene Landesregierungen sofort abzusetzen, die sich nicht zu den Putschisten bekennen wollten. Lüttwitz verhängte den Ausnahmezustand über das Reich, in denen er zwei Monate zuvor von Ebert nicht ausgesprochen worden war. Alle Streiks sollten verboten sein. Wer zuwiderhandelte, wurde mit der Todesstrafe bedroht. Um seine Landsknechte bei guter Stimmung zu erhalten, erhöhte Lüttwitz ihren Sold. Universitäten und Hochschulen wurden bis auf weiteres geschlossen; Studenten sollten als Zeitfreiwillige dem neuen Regime zur Verfügung stehen.

Am gleichen Tag begann im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Verständigung führender Vertreter des Großkapitals über die neue Situation. Sie schwankten zwischen Furcht vor einem Generalstreik und Sympathie für den Putsch. Zurückhaltende und widersprüchliche Aussagen dominierten. Vereinzelt gab es Überlegungen, sogar Wohlwollen mit den vom Putsch bedrohten Arbeitern zu demonstrieren, doch sie wurden mehrheitlich überstimmt. Mit Kapp sollte „laufend Führung“ gehalten werden.¹² Als Gewerkschaftsführer zur Voraussetzung der weiteren Arbeitsgemeinschaftspolitik machten, daß der RDI ganz offiziell von der neuen Regierung abrücken und den Generalstreik unterstützen solle, weigerte sich die Mehrheit der Industriellen. Die reservierte Haltung gegenüber den Putschisten wuchs dann allerdings in dem Maße, wie deren Erfolgsaussichten schrumpften.

* * *

Generalstreik war das entscheidende Gebot der Stunde, für Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in gleicher Weise, unabhängig von ihren jeweiligen langfristigen Zielen. Bereits am Vormittag des 13. März – unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorgänge in Berlin – legten viele die Arbeit nieder. Demonstrationen und Kundgebungen wurden organisiert sowie Vorbereitungen zur Entwaffnung putschistischer Truppen sowie zur Bildung bewaffneter Arbeiterformationen getroffen. Die Führung der Aktionen übernahmen Ausschüsse, Vollzugsräte und Streikleitungen, denen häufig Vertreter aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften angehörten. Geleitet von der Überzeugung, daß ein Sieg der Militaristen blutigen Terror gegen *alle* revolutionären und demokratischen Kräfte sowie die Beseitigung der Republik mit sich bringen würde, handelten die streikenden Arbeiter weitgehend einheitlich. Dem schlossen sich auch Angestellte, Teile der werktätigen Landbevölkerung sowie Beamte, Gewerbetreibende, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, christliche, liberale und andere demokratische Kräfte an. Eine breite Abwehrfront zu Verteidigung der Republik entstand.

Am Montag, dem 15. März, war das ganze Land vom Generalstreik erfaßt. Fast überall lag die Produktion still und ruhte der Verkehr; nur lebenswichtige Betriebe und Einrichtungen arbeiteten. Rund 12 Millionen Arbeiter und Angestellte bildeten eine Streikfront, die es in diesem Ausmaß in Deutschland noch nie gegeben hatte – und nie wieder geben sollte. Auch die Mehrheit der deutschen Beamten verweigerte sich der Putschistenclique. Sie setzte sich ebenso wie die Deutsche Demokratische Partei (DDP) für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände ein. Ver-

¹² Zit. nach Gerald D. Feldman/Irmgard Szeinisch: Industrie und Gewerkschaften 1918-1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985, S. 159.

geblich versuchten die neuen Herren mit Demagogie, Lügenmeldungen und vor allem durch die Anwendung brutaler militärischer Gewalt, die Hunderte von Toten und Verletzten forderte, ihre Position zu festigen. Selbst mit der von Kapp am 15. März erlassenen Verordnung, die über „Rädelsführer“ und Streikposten die Todesstrafe verhängte, war die Kampffront der werktätigen Massen nicht aufzubrechen.

Nicht nur die Hauptstadt Berlin stand im Zeichen des Generalstreiks. Zu einem weiteren Zentrum des Generalstreiks und des bewaffneten Abwehrkampfes entwickelte sich Thüringen – was hier hervorgehoben zu werden verdient. Geführt von ihrem revolutionären Betriebsrat, leitete beispielsweise in Gotha die Belegschaft der Waggonfabrik den Generalstreik und die Bewaffnung der Arbeiter ein. Die von linken Kräften der USPD getragene Regierung des Freistaates Gotha arbeitete mit dem Vollzugsrat der Gothaer Betriebsräte zusammen. Die Stadt wurde am nächsten Tag durch starke Reichswehreinheiten besetzt, die die Regierung absetzten und eine Militärdiktatur errichteten. Wie in Gotha legten auch die Arbeiter in Gera, Greiz, Eisenach, Jena, Weimar und zahlreichen weiteren Orten die Arbeit nieder. Suhl, Zella-Mehlis und andere Orte des westlichen Thüringer Waldes waren bereits am 15. März in der Hand von Arbeiterwehren, die in mehreren Gefechten Reichswehr und Einwohnerwehren vertrieben hatten. Von hier aus eilte eine aus 1.500 Kämpfern bestehende Formation den Gothaer Arbeitern zu Hilfe. Ihr gelang es, den Truppenübungsplatz Ohrdruf mit seinen Beständen an Waffen und Ausrüstung zu besetzen. Am 18. März befreite sie Gotha. 90 Arbeiter ließen bei diesen Kämpfen ihr Leben. Im Gothaer Gebiet entstand die 1. Volkswehrmiliz Thüringens in einer Stärke von rund 5.000 Kämpfern. In einer Proklamation rief deren Soldatenrat die Arbeiter zum Eintritt in diese Armee auf und erklärte: „Jetzt muß weitergekämpft werden, bis die Reichswehr, Einwohnerwehr, Zeitfreiwilligen und grünen Sicherheitspolizisten entwaffnet sind und die werktätige Bevölkerung bewaffnet ist.“¹³ Arbeiterwehren aus Gera und anderen ostthüringischen Orten gelang es in einem Gefecht bei Zickra am 21. und 22. März, zwei aus Plauen von den Arbeitern vertriebene Reichswehrbataillone einzukesseln und zur Kapitulation zu zwingen.

Die schwerste Niederlage erlitten die Militaristen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Schon Monate vor dem Putsch waren hier – am Rande und in Teilen des Reviers – starke Truppenverbände zusammengezogen worden, die dem Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster, Generalleutnant Oskar Freiherr von Watter, unterstellt waren. Watter, der mit seinen Offizieren für Kapp und Lüttwitz Partei ergriff, erteilte bereits am Abend des 14. März den Angriffsbefehl. Auf den Einmarsch des Freikorps Lichtschlag antworteten die Arbeiter mit der Bildung bewaffneter Formationen. In Gefechten bei Wetter und Herdecke am 15. und 16. März besiegten sie zwei Einheiten dieser berüchtigten Söldnertruppen. Überall entstanden Aktionsausschüsse, Arbeiter- oder Vollzugsräte und militärische Kampfleitungen. Am 17. März befreiten etwa 10.000 bis 12.000 Arbeitersoldaten die erste Großstadt des Reviers, Dortmund, von den Lichtschlagsöldnern. In diesen Kämpfen fielen ihnen große Mengen Waffen, Munition und Ausrüstung in die Hände. Es entstand eine Rote Armee, die zeitweilig bis zu 100.000 Angehörige zählte, darunter auch Frauen im Sanitätsdienst, polnische Bergarbeiter und in Deutschland zurückgehaltene russische Kriegsgefangene. Der größte Teil der Rotarmisten gehörte den Gewerkschaften oder einer der Arbeiterparteien an. Nach heftigen Kämpfen eroberten die Arbeiter am 18. März Remscheid, am 19. Essen und am 20. Hamborn. Militärisch geschlagen und demoralisiert, mußten Reichswehr, Freikorps, Zeitfreiwilligenverbände und Sicherheitspolizei viele Städte fluchtartig räumen. Bis zum 23. März hatten die Arbeitertruppen das Ruhrgebiet weitgehend von den Militaristen befreit.

Am 17. März mußten Kapp und Lüttwitz abtreten – sie konnten einige Wochen später unbehelligt von den Organen der alten Regierung ins Ausland fliehen. Der in Berlin verbliebene und der DDP angehörende Vizekanzler Eugen Schiffer betraute am gleichen Tag im Auftrage Friedrich Eberts Generalmajor Seeckt mit dem Oberbefehl über die Truppen im Bereich des Berliner Reichswehrgruppenkommandos. Noch am Abend dieses Tages riefen Reichsregierung und SPD-Fraktion der Nationalversammlung zum Abbruch des Generalstreiks auf. Die, die ihre weitere Existenz dem Ge-

¹³ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/2. S. 495 f.

neralstreik verdankten, setzten Reichswehr, Freikorps und Zeitfreiwillige – darunter sogar Truppen der Putschisten wie die Marinebrigade Ehrhardt – gegen die Arbeiter ein. Deren neue Feldzüge standen unter der Losung „Kampf gegen den Bolschewismus“, kaum anders als zuvor unter Kapp und Lüttwitz ...

Große Teile der Arbeiterklasse erkannten, daß mit der Beseitigung der Putschistenclique ihr Sieg über die monarchistisch-militaristische Reaktion nicht gesichert war. Sie forderten daher solche demokratischen Zustände, die vornherein einen erneuten Rechtsputsch unmöglich machten. In diesem Sinne rief die Zentrale der KPD am 18. März die Arbeiter und Angestellten auf, weder den Generalen noch Ebert und Noske zu vertrauen, sondern den Generalstreik mit verstärkter Kraft fortzusetzen. Sie trat dafür ein, die organisierten Arbeiter zu bewaffnen, die Rückkehr der alten Regierung zu verhindern und Arbeiterräte zur Leitung des Kampfes zu wählen.¹⁴ Auch das Zentralkomi-

¹⁴ Auch in diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf die Auffassungen Paul Levis über den Kampf gegen den Kapp-Putsch und die Sicherung seiner Ergebnisse. Levi meinte, die KPD hätte vor allem in solchen Forderungen „dem Streik ein Gesicht“ geben müssen. Nach einiger Zeit hätte sich dann wohl ergeben, daß die SPD nicht mitmacht, oder vielmehr, daß sie nicht durchhält: „Dann, aber erst dann, wäre der Moment gekommen, den Massen zu zeigen: die Euch ins Unglück geführt haben, verraten Euch jetzt wieder ... Dann und erst dann, wenn die Massen unsere Forderungen annahmen und die Führer sich weigerten, sie durchzuführen oder sie verrieten, dann ergab sich aus der Aktion die Forderung nach anderen Forderungen, d. h. nach Räten. Alle diese Forderungen ergeben sich von selbst, wenn die Streikforderungen erfüllt sind. Auf die ist jetzt alles zu konzentrieren. Denn sind die Streikforderungen erfüllt, so (wäre) die Regierung, möge sie heißen wie sie wolle, dann das Aushängeschild für ... völlig veränderte gesellschaftliche Kräfte.“ Am 26. März 1920 sprach Levi in einer Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins über den Kapp-Putsch: „Genossen, die Situation ist die, daß durch den Streich der Kapp-Lüttwitz einerseits die Bourgeoisie in ihrer Macht geschwächt, daß andererseits das Proletariat, das monatelang, fast ein Jahr still war, sich wieder erhob, daß nun mit einem Male die Revolution von neuem aufbrach, vulkanartig ... Damals, als man sagte, Spartakus putsche, ja, als Spartakus noch nicht einmal daran dachte zu putschen, da entschloß man sich, ihn mit der Waffe niederzuwerfen. Als Kapp-Lüttwitz wirklich putschten und das Regiment der Ebert-Bauer in Gefahr brachten, wie es noch niemals von Spartakus in Gefahr gebracht worden war, da dachte man nicht an eine Niederkämpfung mit den Waffen. Denn wenn man mit Waffen niederkämpfen wollte: wie könnte das geschehen? Man mußte die Kräfte wieder rufen, die die deutsche Republik geschaffen hatten, man mußte appellieren an das Proletariat und mußte dem Proletariat die Waffen in die Hände geben. Das war wohl möglich - (Widerspruch) das war wohl möglich - (Rufe: Nein!) es war möglich, ebenso wie es möglich war, das Proletariat aufzurufen zum Generalstreik, konnte man es zu den Waffen rufen. So wie es in Rheinland-Westfalen möglich war, aus den eigenen Kräften des Proletariats heraus eine Armee zu organisieren, so wäre es auch der Regierung möglich gewesen, das Proletariat anderswo zu bewaffnen. Sie hat es nur nicht gewollt, denn sie wußte ... in dem Augenblick, in dem sie den Putsch der Kapp-Lüttwitz niederwarf mit den Kräften des Proletariats, daß sie dann auch dem Proletariat das Mittel in die Hand gegeben habe, das ihm erlaubt zu gehen bis zum letzten Ziel, daß es sagen wird, gewiß, wir sind bereit, die Republik zu verteidigen, wir sind bereit, die Verteidigung zu übernehmen, aber es genügt uns nicht, die Throne von Ebert-Bauer wiederherzustellen. Verehrte Anwesende! Ich sage, diese Entscheidung wollte die Regierung Ebert-Bauer nicht treffen: sie blieb bei ihrem alten Rezept und hat versucht, mit den Kräften sich in Kompromissen auseinanderzusetzen, vor denen sie von Berlin nach Dresden und Stuttgart geflohen war. So meine ich, man müßte eigentlich in dieser Situation nicht sprechen von ‘Neuen Gefahren’, es ist durchaus die eine und die alte Gefahr, die vom ersten Tage an da war, die nur in ein kritisches Stadium jetzt getreten ist, in ein Stadium, wo die Verhältnisse so drängen, daß in ganz kurzer Zeit die Entscheidung gefällt werden muß, welche Kraft wird nunmehr den Staat, zunächst diesen Staat, der ist, in die Hand nehmen?“ Die tiefe Erschütterung des sozialen Gebäudes durch Krieg und Nachkrieg kommt denen, die davon betroffen, erst jetzt zum Bewußtsein. Sie haben das Unglück langsam wachsen sehen in einer Republik, die an ihrem wachsenden Leiden vorüberzugehen schien ... Sie haben kein Vertrauen zu dieser Republik ... Die Republik wird ihnen fast identisch mit der Ursache ihrer Leiden. Und um das Unglück vollzumachen: Mit *dieser* Republik hat sich der Sozialismus in so weitem Maße identifiziert, daß an dem Tag, an dem ... Massen sich zu uns wenden müßten, die uns fern und feindlich gegenüberstanden, der Sozialismus dasteht ohne Werbekraft, ohne Vertrauen, keine Hoffnung spendend und kein Glück verheißend ... Und so, wo hinter blöder ‘Staatsmännerei’ der Sozialismus seine große Kulturaufgabe und sein praktisches Werk hintangesetzt hat, ist es kein Wunder: die hungernden Leiber und Seelen beginnen zu wandern ... Sie wandern zurück zu alten Träumen: diese große Schicht der Verzweifelten und erst jüngst Enterbten sind das soziale Fundament ..., das dem nach Hitler benannten Putsch *die* soziale Aufnahme-stellung gewährt, die der nach Kapp benannte nicht hatte.“ Dazu bemerkt Beradt, daß Levi hiermit die „antikapitalistische Sehnsucht der Massen“ skizziert habe. Er habe, selbst als die Hitlerpartei zurückging, darauf hingewiesen, es könnte Hitler eines Tages gelingen, dank seiner Kombination von nationaler und sozialer Demagogie, Massen, auch Teile der Arbeiterschaft, aufzufangen, die die damals so erfolgreichen Deutschnationalen nicht fangen konnten. Er sah „die Gefahr, daß die Arbeiter im gewissen Sinne als

tee der USPD sprach sich für die Weiterführung des Kampfes, gegen die Rückkehr der Bauer-Regierung und für die Wahl revolutionärer Betriebsräte aus. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) und der Deutsche Beamtenbund riefen am 18. März dazu auf, den Generalstreik fortzusetzen, bis folgende Forderungen erfüllt seien: Entwaffnung aller unzuverlässigen Truppen und „entscheidende Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Neuordnung der Verhältnisse“. Am Tage zuvor hatte der Bundesvorstand des ADGB unter Leitung Legiens dem Zentralkomitee der USPD das die Grenzen des bisherigen parlamentarischen Denkens der Gewerkschaftsführer überschreitende Angebot unterbreitet, eine Regierung aus Vertretern der Gewerkschaften, der SPD und der USPD zu bilden.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages hätte eine Fortsetzung der Regierungskoalition von SPD und bürgerlichen Parteien verhindert. Eine von den Gewerkschaften mitgetragene Regierung hätte Möglichkeiten geboten, den Interessen der Werktätigen in stärkerem Maße Rechnung zu tragen und allen demokratischen Kräften größeren politischen Spielraum zu geben. Als die Mitglieder der Zentrale der KPD Wilhelm Pieck und Jacob Walcher in einer Sitzung der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin am 21. März von diesem Angebot des ADGB erfuhren, forderten sie die USPD-Führer auf, dazu positiv Stellung zu nehmen. Sie gingen richtig davon aus, daß die Situation für die Errichtung einer sozialistischen Staatsmacht – genannt: Diktatur des Proletariats – nicht reif war. In einer Erklärung sprach sich die Mehrheit der Mitglieder der Zentrale der KPD – nach heftigen Diskussionen, in denen die Befürworter einer Arbeiterregierung auch vom Vertreter der Kommunistischen Internationale, Bronski, unterstützt wurden – am 23. März für die „Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien“ aus und sicherte einer solchen Regierung eine „loyale Opposition“ zu, solange sie die freie politische Betätigung der Arbeiter gewähre und die Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfe.¹⁵

Damit versuchten Kommunisten, ein den konkreten Kampfbedingungen entsprechendes Etappenziel auf dem Weg zu der von ihr angestrebten proletarischen Revolution zu finden. Das führte zu politischen Erfolgen, wie die Vereinigung mit Teilen der USPD gegen Ende des Jahres 1920 zeigte und wie sich dies in dem bekannten „Offenen Brief“ an alle deutschen Arbeiterorganisationen vom 8. Januar 1921 niederschlug.¹⁶ Aus letzterem sprach die Sorge um das Wohl und Wehe der proletarischen Massen, gegründet auf den im Marxschen Manifest fixierten Grundsatz, daß die Kommunisten nie besondere, von den Interessen der Arbeiter losgelöste Interessen zu vertreten hätten. Im „Offenen Brief“ hieß es, man könne sich zwar nicht über Demokratie und Diktatur miteinander verständigen, dringend sei jedoch die Einigung für den Kampf um ein Stück Brot, das für den mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter nicht weniger wichtig, als für den Kommunisten sei. Über dieses sehr zeitbezogene Anliegen hinaus ging es den Verfassern prinzipiell um die Unterordnung des Interesses von Parteien unter die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder. Ganz in diesem Geiste rief Clara Zetkin kurze Zeit darauf (nach dem Mord an dem Zentrums-Politiker Matthias Erzberger, dem Unterzeichner des Waffenstillstandes vom 11. November 1918) zum Schutz der Weimarer Republik auf. Diese sei zwar nicht „die Erfüllung des proletarischen Kampfes“, jedoch ohne Unterschied der Partei als ein politischer Fortschritt zu werten sowie „gegen ihre Feinde zu verteidigen und zu schützen – wenn es sein muß mit dem Einsatz ihrer Freiheit, ihres Blutes, ihres Lebens.“ Leider blieb es bei solchen Ansätzen, wie wir aus der späteren Entwicklung der KPD wissen. Möglicherweise gehörte zu den Folgen des Kapp-Putsches und seiner Niederschlagung auch die durchaus widersprüchliche Fixierung auf den Kampf um „Aktionseinheit“ der Arbeiterbewegung, in deren Reihen ja nicht einmal die Mehrheit der Arbeiterklasse erfaßt war. Und, so läßt sich außerdem fragen, wurde nicht auch der Blick auf andere, darüber hinaus gehende Kampfformen eingeengt?

sozial getrennte Wesen sich scheiden ... vertikal ... nach sozial differenzierenden Momenten“ (also in Gelernte und Ungelernte, Beschäftigte und Arbeitslose unter Zuzug des sozial freigesetzten Lumpenproletariats). Siehe Beradt, S. 87.

¹⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/1, S. 230.

¹⁶ Siehe dazu und zum Folgenden Fußnote 6.

Der Vorschlag des ADGB, eine Arbeiterregierung zu schaffen, scheiterte vor allem am Widerstand führender Funktionäre von SPD und einer in dieser Situation sektiererisch handelnden Mehrheit des ZK der USPD. Die Gewerkschaftsführer hatten noch am 18. März Verhandlungen mit Vertretern der Reichsregierung, der preußischen Regierung sowie der Koalitionsparteien aufgenommen, die sich bis zum Morgen des 20. hinzogen. Ihnen lag zwar das Neun-Punkte-Programm der Gewerkschaften zugrunde, jedoch erklärten die Gewerkschaftsführer in einer Mitteilung vom 20. März über das Ergebnis der Verhandlungen auf die unverbindlichen Versprechungen der Regierungsvertreter hin den Generalstreik für beendet. Zwei Tage später riefen ADGB, Berliner Gewerkschaftskommission, AfA, SPD und USPD dazu auf, am 23. März die Arbeit überall wiederaufzunehmen. Die Regierungsfrage wurde nicht im Sinne der ursprünglichen Gewerkschaftsforderungen, sondern durch Auswechslung einiger Personen gelöst. Die am stärksten kompromittierten Minister, Noske und Heine, mußten zurücktreten. Am 27. März wurde im Reich erneut eine Regierung der Weimarer Koalition mit Hermann Müller als Reichskanzler und Otto Geßler (DDP) als Reichswehrminister gebildet.

Im Vertrauen auf die Zusagen der Regierung nahm der größere Teil der Streikenden die Arbeit wieder auf. Doch nun gingen die Herrschenden verstärkt dazu über, den Werktätigen die im Abwehrkampf errungenen Positionen mit militärischer Gewalt zu entreißen. Es begann ein regelrechter Rachezug gegen die Arbeiter, die unter Einsatz ihres Lebens die Republik verteidigt hatten. Wie bereits im Frühjahr 1919 wurde ein Zentrum des Proletariats nach dem anderen niedergeworfen: mitteldeutsches Industriegebiet, Berlin, Niederlausitz, Thüringen, Erzgebirge-Vogtland. Die stärksten Söldnerverbände wurden gegen das Ruhrgebiet zusammengezogen, wo der Generalstreik noch anhielt und der Vormarsch der „Roten Armee“ gegen die putschistischen Truppen und Freikorps weiterging. Hier verfolgte die Regierung angesichts der Stärke der bewaffneten Arbeiterformationen die Taktik, deren Reihen zunächst durch eine politische Aktion zu sprengen. In Bielefeld schlossen am 24. März der Reichs- und Staatskommissar Severing, weitere Vertreter der Reichsregierung und der preußischen Regierung einerseits, Vertretern der Verwaltungsbehörden, der politischen Parteien und Gewerkschaften sowie Mitglieder einiger Vollzugsausschüsse andererseits ein Abkommen, das auf dem Neunpunkteprogramm der freien Gewerkschaften fußte. Darin versprachen die Regierungsvertreter unter anderem die Auflösung der Freikorps, die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die zu bildenden Ortswehren und den Verzicht auf einen Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet, forderten aber von den Arbeiterformationen die Abgabe der Waffen an die Behörden. Den Zweck des Abkommens verdeutlichte der sozialdemokratische preußische Innenminister, Carl Severing, als er in einer Pressekonferenz erklärte, die Bielefelder Abmachungen hätten in der Roten Armee wie Sprengpulver gewirkt. Die Militaristen inszenierten provokatorische Zwischenfälle, um die von ihnen geplanten Aktionen unter allen Umständen durchführen zu können. Einzelne abenteuerliche Kräfte in einigen Einheiten der Roten Armee lieferten ihnen dabei durch ihr disziplinloses Verhalten zusätzliche Argumente.¹⁷

* * *

Es waren die Aktionen der Massen, die die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindert hatten. In der Niederschlagung des Kapp-Putsches vollzog sich die wirksamste und bedeutendste Ein-

¹⁷ Unter den Argumenten, mit denen die deutschen Faschisten ihre Ziele und Methoden bemäntelten, spielte jenes vom „roten Terror“ eine außerordentlich große Rolle. Wo inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht fruchteten, sollte eine sich menschenfreundlich gebende Warnung vor den Untaten der Linken greifen. So verschleierte die NSDAP ihren eigenen Terrorismus stets mit der These, man könne nun einmal nicht anders dem „roten Terror“ begegnen. Es war dies nicht mehr als eine Behauptung – auch wenn sie sich in „Kausalnexus“-Thesen und analogen totalitarismustheoretischen Deutungen des 20. Jahrhunderts fortsetzt. Historiker können Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, daß in Deutschland das, worauf reagiert worden sei, keineswegs so radikal gewesen ist, wie es dargestellt wurde. Gerade Novemberrevolution und Weimarer Republik weisen aus, wie sehr die Behauptung vom „roten Terror“ einem Popanz glich, wie falsch und irreführend das Wort von den „Novemberverbrechern“ war. Die überlieferten Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Revolution von 1918/19 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählte zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte.

heitsaktion der deutschen Arbeiterklasse. Ihnen war die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution zu verdanken. Diese zu erweitern, auszubauen und somit auch vor künftigen Angriffen zu sichern, gelang jedoch nicht. Die Chance eines weiterreichenden Sieges über die Reaktion konnte nicht verwirklicht werden. Es gelang den Herrschenden sogar, nach dem Kapp-Putsch einen Zuwachs an Macht zu erreichen, galt doch jetzt das genaue Gegenteil dessen, was der bürgerliche Pazifist Hellmut von Gerlach gerade in Tagen des Kampfes gegen den Kapp-Putsch mit beschwörenden Worten empfohlen hatte: „Lieber einen Meter zu weit nach links als einen Zentimeter zu weit nach rechts!“¹⁸

Die neue Regierung unter Hermann Müller duldete nicht nur den Vormarsch militaristischer Verbände gegen die Zentren der Arbeiterbewegung, sie gab auch am 3. April offiziell bekannt, die Reichswehr habe volle Freiheit zu tun, was die Lage gebiete. Am 9. April rechtfertigte der Kanzler den Einmarsch in das Ruhrgebiet vor der wieder in Berlin tagenden Nationalversammlung. Natürlich wurde auch alles getan, um eine Bestrafung der Putschisten zu hintertreiben. Als Ebert am 22. März gerichtliche Untersuchungen ankündigte, sahen sich „verführte Untergebene“ sofort von diesen ausgenommen. Fast alle der gegen 705 Generäle und Offiziere von der Weimarer Justiz eingeleiteten Verfahren fielen schon wenige Monate später unter die am 4. August 1920 erlassene Amnestie. Nur ein einziger wurde bestraft – mit fünf Jahren ehrenvoller Festungshaft.¹⁹ Lediglich 12 Generale und 160 Offiziere, die sich in besonderem Maße exponiert hatten, erhielten den Abschied von der Reichswehr – einen ehrenvollen, versteht sich. Unter dem Motto, in der Truppe müsse endlich die Gesinnungsschnüffelei aufhören, wurde schließlich noch 1920 die Suche nach den Schuldigen eingestellt. Gleichzeitig begann jedoch die Bestrafung jener Reichswehrangehörigen, die sich gegen die putschenden Offiziere aufgelehnt hatten. Bis Mitte Juli 1920 wurden 822 Arbeiter zu insgesamt 1.088 Jahren Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt. Später, als die Proteste einer demokratisch gesinnten Öffentlichkeit nicht mehr überhört werden konnten, mußte indessen manches Urteil überprüft und wegen seiner Haltlosigkeit gemildert bzw. annulliert werden.

Von einem energischen Vorgehen gegen die rechtsextremen Gegner des Weimarer Staates sowie gegen die Hintermänner und Förderer des Putsches konnte keine Rede sein. Entsprechende Forderungen zahlreicher Arbeiterorganisationen blieben uneingelöst.²⁰ Kein Wunder also, daß es nach dem Sieg über den Kapp-Putsch zu einer erheblichen Polarisierung und zu beträchtlichen politischen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft kam. Aber auch innerhalb der Herrschenden vollzogen sich bemerkenswerte Veränderungen. Die deutschnational-konservativen Kräfte – vor allem wegen ihrer Erfolglosigkeit, aber auch wegen des offensichtlichen Dilettantismus der von ihnen unterstützten Putschisten – gerieten zeitweilig in Isolation. Im Reichsverband der Deutschen Industrie dominierten jetzt jene Kräfte, die sich bei Beginn der Kapp-Aktion politisch „neutral“ verhalten und auf die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaftspolitik orientiert hatten. Einige Industriellenverbände befürworteten sogar die Entschädigungszahlungen für die streikenden Arbeiter, nachdem sich die Regierung bereit erklärt hatte, den ihr unterstehenden „Arbeitnehmern“ bis zum offiziellen Streikende am 23. März die Löhne auszusahlen. Zugleich waren viele Großindustrielle bemüht, dem allgemeinen Eindruck zu begegnen, sie hätten Kapp direkt oder zumindest indirekt unterstützt. Programmatisch verkündete Hugo Stinnes in einer RDI-Vorstandssitzung am 13. April 1920 sogar, man müsse sich „mit den jetzigen verfassungsmäßigen Zuständen abfinden“.²¹

Mit der zugleich ausgesprochenen Warnung vor der Illusion, man könne zu den Vorkriegsverhältnissen zurückkehren, war die Suche nach neuen Wegen und Formen politischer Machtausübung verbunden. Nunmehr strebte die überwiegende Mehrheit der deutschen Bourgeoisie für geraume Zeit danach, Frontalangriffe gegen die Weimarer Republik zu vermeiden, deren bürger-

¹⁸ Zit. nach Ruth Greuner: Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin 1965, S. 121.

¹⁹ Zum Vergleich: Gegen 52 Mitglieder und Mitarbeiter der Münchener Räteregierung vom April 1919 waren ein Todesurteil und 135 Jahre Freiheitsstrafen verhängt worden.

²⁰ Zu diesem Urteil gelangt auch Axel Schildt: Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ (1918-1933). Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1997, S. 35.

²¹ Zit. nach Feldman/Steinisch, S. 172.

lich-parlamentarisches Herrschaftssystem zu stabilisieren und es für ihre Zwecke funktionstüchtig zu gestalten. Ihre im März 1920 gewonnene Erfahrung besagte: Gegen eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse können die Ergebnisse der Novemberrevolution nicht und schon gar nicht mit einem Schlage revidiert werden. Daher versuchte sie nunmehr, den nach ihrer Auffassung die Wirtschaft sozialpolitisch zu stark belastenden Staat schrittweise „profitabel“ zu gestalten, für ihre Ziele zu effektivieren. Ein „starker“ Staat wurde angestrebt, nicht zuletzt auch mit Hilfe jener Forderungen, für deren Verwirklichung die Putschisten marschiert waren.

Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ließen sich weitgehend auf diese Taktik festlegen. Nach einem gewissen Zögern stimmten sie am 30. April der Forderung nach Neuwahlen zum Reichstag zu, die am 6. Juni stattfinden sollten. Sie akzeptierten das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920, das einer Verlängerung der Amtszeit Eberts durch die Nationalversammlung vorbeugen sollte. Einen Antrag, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, lehnte das Kabinett ab. Auf der Berliner Reichskonferenz der SPD vom 5. und 6. Mai entschuldigte man gleichermaßen den brutalen Terror, der gegen streikende Arbeiter ausgeübt worden war, und die Schwäche der Regierung gegenüber den reaktionären Kräften. Die oppositionelle Stimmung der sozialdemokratischen Mitglieder schlug sich vor allem in einer lebhaften Kritik an Noske nieder. Ihm wurde vorgeworfen, sich „weit nach rechts verirrt“ zu haben, daß er die Gefahren von rechts übersehen habe. Zur Wahlvorbereitung und Beruhigung der Massen berief die Regierung Müller am 15. Mai erneut eine Sozialisierungskommission, deren Rolle sich jedoch noch kläglicher als die der ersten in der Fertigstellung von Berichten und Vorschlägen erschöpfte, bis diese schließlich im Februar 1921 zu den Akten gelegt wurden.

Dennoch standen die politischen Zeichen im späten Frühjahr 1920 überwiegend zugunsten der Rechtskräfte. Die Ergebnisse einiger Landtagswahlen ließen das deutlich erkennen. Am 16. Mai verlor die DDP in Braunschweig 8 ihrer 13 Mandate, die SPD 8 von 17. In Mecklenburg-Strelitz mußten SPD und DDP den Verlust von 15 ihrer 20 Abgeordnetensitze hinnehmen. Im Freistaat Gotha gewann am 30. Mai eine bürgerliche Mehrheit die Oberhand. Bei den Landtagswahlen vom 6. Juni 1920 in Oldenburg, Bayern, Württemberg, Anhalt, Bremen und Mecklenburg-Schwerin erlebten die Sozialdemokraten und die DDP ebenfalls eklatante Einbrüche.

Vor allem die Wahlen zum Reichstag brachten die Rechtsparteien voran. Zwar konnte die USPD einen erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen. 4,9 Millionen Wähler votierten für sie. Im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung verlor die SPD 5,9 Millionen Stimmen, was 51% der Stimmen ausmachte, die sie am 19. Januar 1919 zu gewinnen vermocht hatte, die DDP 3,5 Millionen (61%) und das Zentrum 1,3 Millionen (22%). Von den 466 Mandaten errangen diese Parteien der Weimarer Koalition, die sich bisher auf fast 80% der Abgeordneten hatten stützen können, nicht einmal mehr die absolute Mehrheit. Für die KPD sprachen sich 442.000 Wähler aus, was Mandate für Paul Levi und Clara Zetkin brachte. 14% der Wähler von 1919 waren nicht mehr zur Wahl gegangen. Enttäuschung und Unentschiedenheit, Empörung und Apathie ließen sie zu Hause bleiben.

* * *

Die Frage, ob knapp vier Monate nach dem Kapp-Putsch die „Schicksalswahlen“ der Weimarer Republik stattgefunden haben, kann bejaht werden. Allerdings führt eine solche Antwort auch zu einem kritischen Blick auf das politische Verhalten und Denken großer Teile der Deutschen und ihrer Parteien. Viele begegneten dem politischen und geistigen Aufbruch des Novembers 1918 bereits 1919/20 mit bitterer Enttäuschung. Diese rief bei einigen Resignation hervor, bei anderen eine verworrene Suche nach grundsätzlich neuen Lösungen. Die Mehrheit der Bevölkerung zeigte sich angesichts der Unsicherheiten und der für sie kaum etwas bringenden Demokratie unzufrieden und politisch verstört. Auch in der Arbeiterklasse vollzog sich ein beträchtlicher Stimmungsumschwung. Die Begeisterung über den Sturz der Monarchie und das Kriegsende wich ebenso wie ihre Hoffnung auf neue politische, wirtschaftliche und geistige Verhältnisse einer tiefen Ernüchterung.

Unübersehbar hatten sich die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung weiter erschwert. Das nach den Wahlen berufene Kabinett Fehrenbach war die erste Reichsregierung der Weimarer

Republik, die noch aus Vertretern bürgerlicher Parteien und zwei parteilosen Politikern bestand. Zugleich hielt die deutsche Großindustrie unmittelbar Einzug in das Kabinett: Als Reichsschatzminister fungierte Hans von Raumer (DVP), Direktor des Bundes der Elektrizitätsversorgungseinrichtungen Deutschlands, als Leiter des Auswärtigen Amtes Walter Simon, geschäftsführendes Präsidialmitglied des RDI. Beide taten viel, um eine Wende nach rechts durchzusetzen.

Insgesamt sahen sich die Herrschenden jedoch in die allgemeine Akzeptanz der bürgerlich-parlamentarischen Verhältnisse eingebunden. Noch war nicht realisierbar, was der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Jakob Reichert, in einer Sitzung dieses führenden Unternehmervverbandes von sich gab: „Ein diktatorisches Regierungssystem hat unleugbare Vorteile vor der Demokratie voraus.“ Der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus begann allerdings bereits in dieser Zeit sich zu wandeln; er nahm nicht nur bürgerlich-liberale, sondern bereits konservative Züge an. So geriet Weimar zum fruchtbaren Boden, auf dem schließlich die braune Saat aufgehen konnte. Die 13 Jahre nach dem Kapp-Putsch lassen sich in gewisser Hinsicht als Vorgeschichte des 30. Januar 1933 betrachten. Großmachtchauvinismus, kriegsbereites Expansionsstreben und barbarische Rassenideologie machten sich breit, um unter Hitler in grauenvolle Tat umgesetzt zu werden. Zwar hatte es fast bis in die Endzeit der Republik Chancen gegeben, der Entwicklung eine andere Richtung zu verleihen, doch wurden sie kaum wahrgenommen, nicht genutzt, unbewußt ausgelassen oder gar wissentlich verspielt.

Seither besagt eine Erfahrung: Wer damals, in den Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechten für den Kampf gegen „links“ zu nutzen versucht hatte, half entscheidend den Rechtsradikalismus zu fördern. Der Einsatz putschender Truppen, deren Mitglieder u. a. triumphierten, in ihnen sei „die Stimmung des 1. August 1914“ wieder lebendig geworden²², sollte nicht das einzige Beispiel für ein verhängnisvolles Zusammengehen von konservativdeutschnationalen und völkisch-rechtsextremen Kräften bleiben. Man denke nur an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder loswurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke ferner an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelte, gegen den Young-Plan gerichtete Kooperation mit der NSDAP, die dieser Hof- und Salonfähigkeit einbrachte. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging. Insbesondere diese Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und ließen schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden.

So läßt sich abschließend – mit Gewißheit und einem leider sehr sorgenvollen Blick in die Zukunft – sagen: Wer den Rechten nach dem Munde redet, besorgt auch deren undemokratischen Geschäfte. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sieht, stärkt den Rechten den Rücken, der erleichtert eine schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Die Weimarer Republik scheiterte vor allem an ihren Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten, an den stets erlaubten und unzureichend bekämpften Verletzungen ihrer Geburts- und Grundsatzdokumente. Konkret benennbare Kräfte konnten sich entfalten zugunsten undemokratischer Machtausübung, politischen Wahns und zu Ungunsten demokratischer Organisationen. Weimar ging am Übermaß jener Chancen zugrunde, die ausgesprochen rechten Parteien zu-

²² Zit. nach Bruno W. Reißmann: Die Morde bei Mechterstedt, 25. März 1920 (Thüringen. Blätter zur Landeskunde), hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1997, S. 6.

teilwurden, und die sie dem damaligen Rechtsextremismus boten, hoffend, ihn in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Die Republik zerbrach schließlich auch an einer allzu duldungsvollen, Chancen ausschlagenden Hinnahme ihres systematisch betriebenen Abbaus.²³

Kapp-Putsch 1920: Ursachen und Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Texte. Jena 2001, S. 7-25.

²³ Siehe Manfred Weißbecker: Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte. In: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR - BRD. Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 154 ff.

Wolfgang Schumann in Jena – persönliche Erinnerungen aus Erlebtem und Gelesenem¹

Zwei Jahre nach dem Weltkrieg verschlug es mich, den in Sachsen Geborenen und in Niederschlesien Aufgewachsenen, ins thüringische Weimar. Bereits damals hätte ich Wolfgang Schumann begegnen können. Wer weiß, vielleicht sind wir jeden Morgen aneinander vorbei gelaufen, wenn wir das Haus verließen, ich, der 12jährige Schüler, und er, der um 10 Jahre ältere Hilfszeichner und Student an der Bauhochschule Weimar? Denn Wolfgang wohnte ebenfalls in der Lottenstraße, die später den Namen des in Buchenwald ermordeten Pfarrers Paul Schneiders erhielt, nur fünf Hausnummern weiter. Erst 1953, als ich in Jena zu studieren begann, lernte ich ihn kennen. Er hatte sein Studium beendet und war gerade als wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität angestellt worden, uns Studenten nicht nur in der Lehre eng verbunden, auch bei Bällen oder im Sport. Ein Fußballspiel gegen uns blieb mir in Erinnerung, denn es brachte ihm ein gebrochenes Bein ein, was uns in seine Wohnung führte, denn Prüfungen mußten sein ...

Zu dem, was der damals 28jährige bereits erlebt, wie er studiert und in den hochschulpolitischen Kämpfen seiner Zeit sich verhalten hatte, darf ich hier etwas sagen. Persönliche Erinnerungen mengen sich mit dem, was ich den Akten der Jenaer Universität entnahm ...

Es waren schlimme, aber auch ermutigende Ereignisse, die den Jungen Wolfgang Schumann rasch erfahrungsreich werden ließen und sein ganzes Leben prägend beeinflussten. Der Zweite Weltkrieg hatte den am 27. November 1925 in Magdeburg Geborenen in grauenvolle und für die meisten seiner Generation undurchschaubare Fänge gerissen. Aus der Schule schied er im Mai 1943 aus, zwar mit einem so genannten Vorsementervermerk, doch war die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst bereits auf den Tisch geflattert. Vier Monate später geriet er zur Kriegsmarine. Sie schliff ihn, unter anderem auch auf dem Segelschulschiff mit dem beziehungsreichen Namen „Horst Wessel“. Als Seekadett kam er im August 1944 auf die Kriegsmarineschule Schleswig in Holstein, die er als Fähnrich zur See verließ.

Alle von ihm selbst – schon damals in nahezu unleserlicher Handschrift – verfaßten Personalunterlagen, vermerkten dies. Wolfgang verhehlte weder seine Zugehörigkeit zur HJ und den Dienstgrad eines Oberrottenführers noch seine Offiziersanwärterschaft.² Anderes zählte mehr, sowohl für ihn als auch für die Gesellschaft in jenem Teil Deutschlands, das ihm bis zum allzu frühen Tode politische und wissenschaftliche Heimat bleiben sollte. Krieg – das erschien ihm nun als „Wahnsinn“, wie er einem Schulfreund schrieb.³ Auch ihm galt zuvörderst: Nie wieder Krieg, daher konsequente Abkehr vom Faschismus und ernsthaftes Bemühen um einen demokratisch-antifaschistischen Neuaufbau Deutschlands.

Den Unterlagen entnahm ich desgleichen, daß Wolfgang seit September 1945 bei der Magdeburger Firma Hermann Fanger in die Lehre ging. Er schloß sie ein Jahr darauf ab und war bis Dezember 1946 als Geselle tätig. In dieser Zeit trat er auch der SED bei, ebenso der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und anderen neuen Organisationen. Er

¹ Beitrag zur Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. zu Ehren von Prof. Dr. Wolfgang Schumann anlässlich seines 75. Geburtstages am 27.11.2000 und seines 10. Todestages am 10.03.2001, durchgeführt am 24.01.2001 in Berlin.

² In einem Lebenslauf schrieb Wolfgang Schumann am 06.09.1952: „Danach wurde ich zum Segelschulschiff ‚Horst Wessel‘ abkommandiert. Während dieser Ausbildung wurde ich zum Seekadetten befördert. Im August 1944 kam ich zur Kriegsmarine-Schule Schleswig in Holstein. Dort legte ich die Seeoffiziershauptprüfung ab und wurde zum Fähnrich zur See befördert. Im Februar 1945 wurde ich zu einem Zugführerlehrgang nach Stralsund abkommandiert, dort im April 1945 feldgrau eingekleidet und im Rang eines Obermaaten (Off.anw.) im Raum Berlin eingesetzt. Anfang Mai desertierte ich von der Truppe und wurde nach einigen Tagen wieder festgenommen. Nach dem Vorrücken der Sowjetarmee wurde ich am 7. Mai in Wittenberge entlassen.“ In: Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena (künftig: UM), Prüfungsakte Wolfgang Schumann (unpag.)

³ Zit. nach einem Brief Wolfgang Schumanns an Gerd Manger vom 11.11.1945. Dem Vf. freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Dr. Rosemarie Schumann.

könne sich, so teilte er nunmehr seinem in Westdeutschland lebenden Jugendfreund mit, „durchaus als Marxist oder besser als Sozialist bekennen“.⁴

Sein großer Wunsch, Architekt zu werden, führte ihn an die Weimarer Bauhochschule. Als Hilfszeichner legte er 1948 an deren Vorstudienanstalt das Abitur ab und studierte ein paar Semester im Fach Baukunst.⁵ Gemeinsam mit Günther Schmerbach wechselte er im Frühjahr 1950 an die Jenaer Universität; nunmehr gepackt vom nicht mehr nachlassenden Interesse für die Wissenschaft. Kunsthistoriker wollte er werden, zumindest gab er dies in seinem Immatrikulationsantrag an. Studiert hat er die Fächer Geschichte, Philosophie und Politische Ökonomie. „Sehr gut“ – so lautete das Abschlußzeugnis. Zum ersten Mal hatte sich erfüllt, was seine Magdeburger Arbeitskollegen ihm als Wunsch auf den Weg mitgegeben hatten: „... viel Erfolg für seine spätere Laufbahn“.⁶

Niemanden, der jene Zeit kennt – sei es aus eigenem Erleben oder aus den Quellen – wird verwundern, daß auch Wolfgang Schumanns Studienjahre von zahlreichen Auseinandersetzungen erfüllt waren. Die großen Probleme der Nachkriegsentwicklung spiegelten sich auch im Leben der einzelnen wider, unter anderem in seiner Hilfsassistententätigkeit, begonnen Ende 1950 und abrupt beendet im Juni des Folgejahres. So intensiv, wie sich der frühere Gymnasiallehrer und Privatdozent Professor Hugo Preller⁷ um den Hilfsassistenten bemüht hatte, so explosiv entschloß er sich zur Trennung von ihm. Das Verdikt betraf auch Günther Schmerbach und Heinrich Lüdtkke.⁸

Was war geschehen? Wichtiger noch: Was erhebt den Fakt über den Rang eines bloßen Geschehnisses? Persönliches verschmolz mit gewichtigen universitätsgeschichtlichen Problemen, zu denen seit geraumer Zeit Auffassungen vertreten werden, die zwar manche überzogene und allzu selbstgerechte Darstellung früherer Zeiten korrigieren helfen, die jedoch allzu oft den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich in Zweifel ziehen und völlig berechnete Forderungen wie die nach der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs allein als kommunistischer Machttaktik entsprungen diskreditieren. Häufig werden die Bemühungen um eine Erneuerung der von faschistischem Ungeist besonders arg belasteten Jenaer Universität unter das Rubrum Stalinismus gefaßt. Zudem ist auch der Vorwurf einer „Selbstsowjetisierung“ durch einzelne Gelehrte erhoben worden.⁹

Am Historischen Seminar der Friedrich-Schiller-Universität Jena lehrten zwei Ordinarien, Karl Griewank und Friedrich Schneider. Hugo Preller wollte – ich sage es zunächst etwas lax und ohne den notwendigen Blick auf den wissenschafts- und hochschulpolitischen Hintergrund – mit allen Mitteln

⁴ Am 07.09.1946 schrieb Wolfgang Schumann an Gerd Manger u.a.: „Nach einer halbjährigen Tätigkeit bin ich in unserem Betrieb, Baugeschäft H. Fanger, Du erinnerst Dich sicher, als Betriebsrat gewählt worden. Zuerst als Jugendvertrauensmann, dann als Betriebsrat. Als Funktionär der Gewerkschaft kam ich dann vor 14 Tagen zur Provinzialgewerkschaftsschule, die in der Nähe Halles liegt. Es gelang mir dort, mit als Bester abzuschließen und ich werde voraussichtlich am 1. Oktober als Volksstudent an der Universität Halle einziehen. Das erfordert insofern eine Umstellung für mich, da in Halle keine Fakultät für Architektur besteht. Ich werde aber sicher erst noch in zwei Vorsemestern mein Abi nachholen müssen, bis dahin soll eine Fakultät Architektur eingerichtet werden. Sagt man, aber was hat man nicht schon alles erzählt. Ich müßte mich dann auf ein anderes Gebiet stürzen und das wäre Staatswissenschaft, oder wie es früher hieß Staatsökonomie. Der Gedanke, oder vielleicht auch der Wunsch tauchte bei diesem Kursus an der Gewerkschaftsschule auf. Ich weiß nicht, wie Du politisch eingestellt bist, es würde mich aber riesig freuen, Deine politische Meinung zu erfahren, nicht in kurzen Worten, vielleicht etwas länger. Ich kann mich wohl durchaus als Marxist oder besser als Sozialist bekennen. Sicher eine Einstellung, die bei Euch drüben nicht einen guten Ruf hat, aber warten wir Deinen nächsten Brief ab.“ – Auch dieser Brief wurde dem Vf. von Frau Dr. Rosemarie Schumann zur Verfügung gestellt.

⁵ In seinem Immatrikulationsantrag gab er an, erster Vorsitzender der SED-Betriebsgruppe an der Staatlichen Hochschule für Baukunst zu sein. Siehe UAJ, Immatrikulationsakte Nr. 18534. Wolfgang Schumann (unpag.)

⁶ Zeugnis der Bauunternehmung Hermann Fanger/Magdeburg vom 03.09.1946. In: Ebenda.

⁷ Die universitätsgeschichtliche Forschung ist ebenso wie die Historiographie bislang kaum näher auf Hugo Preller eingegangen. Einige Angaben macht Kurt Pätzold: Studienjahre in Jena, Berlin 1998, S. 52 ff. und 126 ff.

⁸ Es hätte sicher auch Kurt Pätzold betroffen, doch der war bereits auf eigenen Wunsch Ende Februar ausgeschieden.

⁹ Den Begriff „Selbstsowjetisierung“ verwendet Manfred Heinemann: Hochschulerneuerung und Sowjetische Besatzungsmacht. Oder: Es muß alles neu geschrieben werden. In: Karl Strobl/Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow 1994, S. 164-169.

Dritter im Bunde werden. Er war in vieler Hinsicht ein bemerkenswerter Allround-Historiker.¹⁰ Seine Stärken lagen vor allem in der Lehre. Er hielt aner kennenswerte, informative, zum Nachdenken anregende und stets gut besuchte Vorlesungen über Gott und die Welt, genauer: Vorlesungen zur Religionsgeschichte, zur Geschichte der Antike, der Neuzeit und Englands, ja er führte auch ein Seminar zur Geschichte der DDR von 1945 bis 1950 durch und behandelte ebenso viele andere geschichtliche Themen. Mehr als ein Drittel aller von Wolfgang Schumann besuchten geschichtlichen Vorlesungen und Seminare waren Lehrveranstaltungen Prellers.

Der große persönliche Ehrgeiz dieses Hochschullehrers verband sich indessen mit absolut berechtigter Kritik am Zustand geschichtswissenschaftlicher Ausbildung in Deutschland. Seit Ende der zwanziger Jahre hatte ihn die ungenügende Berücksichtigung der jüngsten Geschichte in Schule und Hochschule beschäftigt. In einem 1931 erschienen Buch bemängelte er eine zu geringe Verbreitung von Kenntnissen besonders „hinsichtlich der Jahre 1917-23“¹¹ Dieses nachvollziehbare und unterstützungswerte Anliegen betrieb er auch, nachdem die Jenaer Universität dem parteilosen Professor neue Lehraufträge erteilte. So bemühte er sich 1948 um die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Außenpolitik“, wozu er dringlich die Unterstützung der Blockparteien und der sowjetischen Militärbehörden erbat. Die Arbeitsgemeinschaft, so schrieb er am 3. Juli 1948 an die Kulturabteilung der Kommandantur der Sowjetischen Militärverwaltung in Jena, solle der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät angeschlossen werden, „in der eine besondere Professur für Auslandskunde und internationales Leben sowie ein Institut vorgesehen ist. Diese Professur ist dem Unterzeichneten, Prof. Dr. Preller, übertragen“.¹² Sein Brief enthielt auch den Hinweis, sich in dieser Idee durch das Erscheinen der Bände II und III der „Geschichte der Diplomatie“ in Moskau bestärkt zu fühlen.

Am 1. September 1950 wandte sich Preller an das Ministerium für Volksbildung in Berlin, wohin er zusammen mit seinem Assistenten Lothar Berthold gereist war. Ein Oberregierungsrat bat ihn an Ort und Stelle um eine schriftliche Begründung des Anliegens. Ein ausführliches Zitat sei gestattet:

„Die Philosophische Fakultät hat durch Schreiben an das Ministerium Weimar sich ‚gegebenenfalls bereit‘ erklärt, ‚den Vorschlag zu akzeptieren, eine Abteilung für Neueste Geschichte innerhalb des historischen Seminars einzurichten, unter Umständen sogar mit eigener Personal- und Etat-Ausstattung‘ und dies freilich unter der ‚Voraussetzung der Bereitstellung neuer Räume und der Gewinnung brauchbarer Materialbestände‘.

Wir bitten, diesem Vorschlag mit der Autorität des Ministeriums dahin zu präzisieren, daß

- 1) für Pflege der neuesten Geschichte ein eigenes Ordinariat in der Philosophischen Fakultät errichtet wird,
- 2) der Ordinarius als Abteilungsleiter gleichberechtigter Direktor des Historischen Seminars wird,
- 3) die im Vorschlag angeführte Personalausstattung sich auf einen wissenschaftlichen Assistenten, eine Sekretärin und studentische Hilfskräfte erstreckt, die der Direktor ernennt,
- 4) der geforderte Etat so gehalten wird, daß die Personalausstattung und die Errichtung einer Bibliothek unter freier Verfügung des Direktors dieser Abteilung gewährleistet wird.
- 5) Die Unterzeichneten sind der Meinung, daß das augenblickliche (September 1950) Fehlen von Etatmitteln und geforderten Räumen keinen Grund abgeben darf für eine Verzögerung der Eröffnung einer solchen Abteilung. Sie werden es dankbar begrüßen, wenn die Eröffnung noch vor dem Dezember dieses Jahres stattfinden kann. Ein großer Teil der Studentenschaft wartet brennend darauf.“¹³

¹⁰ Als er 1946 an die Jenaer Universität geholt wurde, lautete sein Berufungsgebiet: Auslandskunstgeschichte. Siehe Jürgen John/Volker Wahl/Leni Arnold (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokument und Festschrift. Mit Beiträgen von Jürgen John, Rüdiger Stutz, Robert Gramsch und einer Auswahlbibliographie von Thomas Pester, Rudolstadt 1998, S. 393.

¹¹ Hugo Preller: Die Geschichte der Nachkriegszeit und ihre Behandlung im Geschichtsunterricht an höheren Schulen, Berlin/Leipzig 1931, S. 5.

¹² UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 13 (unpag.)

¹³ UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

Ja, Studenten unterstützten das Anliegen.¹⁴ Für dieses sprach sich nicht allein die FDJ-Organisation der Philosophischen Fakultät aus. Preller teilte der ihn fördernden Universitätsverwaltung¹⁵ mit, die Unterstützung der FDJ-Hochschulgruppe zu besitzen, da es ihm um ein „völlig selbständiges Institut zur Erforschung der Neuesten Geschichte im Zeitumfange des Zeitalters des Imperialismus, wie es Lenin abgegrenzt hat“, sowie um „die Errichtung einer gesicherten Arbeitsstätte für unsere marxistischen Studenten“ gehen würde.¹⁶ Man mag dies Anbiederung nennen, doch sicher ist eigentlich nur, daß Preller wie viele andere auch die neu gebotenen Chancen nutzen wollte. Mit den eigenen Zielen verwoben sich zugleich persönliche Gegensätze zu Griewank und Schneider.¹⁷ In diese griffen wiederum politische und institutionell motivierte Spannungen zwischen der alten Philosophischen und der neuen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät ein, ganz abgesehen von den intensiven Bemühungen um die Durchsetzung dessen, was damals Marxismus-Leninismus benannt worden ist und viel mit Marxschen Intentionen, leider aber auch mit Stalinschen zu tun hatte.

Zurück zu Wolfgang Schumann. Auch ihn hatte sich Preller als Hilfsassistenten gewünscht, dazu Günther Schmerbach und Kurt Pätzold. Den Rektor Otto Schwarz bat er am 9. Dezember 1950 um Zustimmung: „Alle drei sind mir gut bekannt und ich schätze jeden in seiner Eigenart, jeden auch wegen seiner natürlichen Begabung, seines Eingelebtseins in die fortschrittliche Gedankenwelt, endlich wegen seines Einsatzes für das Zustandekommen des Seminars für neueste Geschichte. Ich darf annehmen, daß Ihnen, Magnifizenz, die drei auch persönlich bekannt sind und daß sie Ihr volles Vertrauen genießen. So hoffe ich, mit dem Wunsche, die drei zu gemeinsamer Arbeit in meiner unmittelbaren Nähe haben zu können, keine Fehlbitte zu tun.“¹⁸ Nebenbei. Als Preller vom Rektor darauf hingewiesen wurde, es handele sich nicht um ein eigenständiges Seminar, sondern um eine Abteilung innerhalb des bestehenden Historischen Seminars, und ihm mitteilte, daß die Einrichtung eines Ordinariats nicht als erforderlich betrachtet werde, notierte der Abgewiesene: „Sieg des Herrn Griewank auf der ganzen Linie ...“¹⁹ Später schien ihm der Osteuropa-Historiker Felix-Heinrich Gentzen suspekt zu sein, ihm dank guter Beziehungen zum Zentralkomitee der SED übel mitspielen zu können ...²⁰

Die Abteilung für neueste Geschichte begann ihre Tätigkeit im Dezember 1950. Sie bot jungen, zur Veränderung der Universität gewillten Menschen Chancen, unter anderem dem Hilfsassistenten Wolfgang Schumann, der acht Jahre später ihr Leiter werden sollte.²¹

Schon bald kam Streit auf. Diejenigen, deren Hilfe Preller gewünscht und erhalten hatte, sollten nun lediglich Ausführende seiner Anweisungen sein. Kleinliche Bevormundung und Maßregelung erfolgten, Seminarscheine wurden verweigert, Referate nicht anerkannt u. ä. m. Gestritten wurde auch über die Auswahl neu anzuschaffender vielbändiger Lexika, für die Preller eine Vorliebe besaß. Mit dem Vorwurf, die Sicherheit und die Einheitlichkeit der Abteilung zu gefährden, kündigte Preller am 30. Mai die Anstellung der Hilfsassistenten zum 30. Juni 1951 auf.²² Alle protestierten vergeb-

¹⁴ Von den 2.261 Studenten des Wintersemesters 1946/47 gehörten 695 der SED, 279 der LDP und 165 der CDU an. 1121 Studenten waren parteilos. Siehe John/Wahl/Arnold, S. 414.

¹⁵ Die Verwaltungsdirektorin Hanna Henniger stellte Preller kurzfristig 5.000 Mark zur Ausstattung der Abteilung für neueste Geschichte zur Verfügung. UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15.

¹⁶ Brief vom 10.12.1950. In: Ebenda.

¹⁷ In der neueren Literatur über Griewank wird dieser Umstand nicht berücksichtigt. Siehe z. B. Tobias Kaiser: Der Wahrheit verpflichtet. Zu Leben und Werk der Historikers Karl Griewank (1900-1953). In: Prof. Dr. Karl Griewank und das moderne Demokratieverständnis. Zum Lebenswerk des gebürtigen Bützowers anlässlich seines 100. Geburtstages. Kolloquium, Schwerin 2000, S. 15-41.

¹⁸ Brief vom 09.12.1950. In: Ebenda.

¹⁹ Notiz Prellers vom 19.12.1950. In: Ebenda.

²⁰ Als der 66jährige im Sommer 1952 emeritiert wurde und er im November 1952 die Abteilung an den Direktor des Historischen Seminars zu übergeben hatte, verbat er sich die Anwesenheit des neuen Abteilungsleiters Gentzen. Schluß-Bericht von Prof. Dr. Hugo Preller (1952). In: UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

²¹ Die offizielle Bezeichnung lautete zu diesem Zeitpunkt: Abteilung Neuzeit II des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

²² Am Ende des Jahres schied auch Lothar Berthold aus, der eine Funktion in Berlin zu übernehmen hatte. Neu eingestellt wurden im Wintersemester 1951 Wolfgang Leber, Rudolf Ludloff und Walter Schmidt. Daß Berthold kurze

lich. Wolfgang Schumann schrieb dazu an Preller: „Ich habe über die vorgegebene Pflichtarbeit für die Hilfsassistenten meine persönliche Freizeit für den Aufbau des Zeitungsarchivs des Seminars verwandt. Ich kann mir deshalb die im vorliegenden Schreiben gemachten Anschuldigungen nicht erklären, da auch meine Arbeit sowie die Arbeit der anderen Freunde Hilfsassistenten wesentlich zum Aufbau des gesamten Seminars beigetragen haben. Das vorliegende Schreiben habe ich zur Kenntnis genommen, kann mich aber auf keinen Fall mit dem Inhalt einverstanden erklären.“²³

Alle wissenschaftlichen Leistungen, die Prellers Assistenten und Hilfsassistenten später erbrachten und wofür Wolfgang Schumann hier gleichsam stellvertretend steht, belegen, wie durchaus erfolgreich damals Grundsteine einer alternativen Entwicklung universitärer Forschung und Ausbildung gelegt werden konnten. Sie machen zugleich deutlich, wie falsch zwar gut gemeinte, aber ernsthaft nicht zu vertretende Standpunkte waren, bürgerliche Hochschullehrer seien unwissenschaftlich, weil idealistisch denkend.²⁴ Allerdings traf die von Preller unmittelbar nach seiner Emeritierung Ende 1952 niedergeschriebene Auffassung ebenso wenig zu, der zufolge es bei den Konflikten mit seinen Hilfsassistenten im Kern darum gegangen sei: „Soll ein historisches Seminar als Institution einer Universität wissenschaftlichen Charakter haben oder augenblicklichen und mit den wechselnden Bedürfnissen des Tages wechselnde politisch-agitatorischen Zwecken im Sinne der politischen Tagespresse dienen? Die Herren Schmerbach, Schumann und Lüttke sind offensichtlich der letzteren Meinung.“²⁵

Nun, was ich den Jenaer Universitätsakten hinsichtlich des Wertes Schumannscher Prüfungsarbeiten entnehmen konnte, spricht eine andere Sprache. Klausuren²⁶ und mündliche Prüfungen wurden in der Regel mit der Note „sehr gut“, in einigen Fällen mit „gut“ bewertet. Andere Zensuren fand ich nicht. Seine Examensarbeit schrieb er 1953 zum Thema „Die Politik der Sowjetunion zur Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Aufbau nationaler Streitkräfte eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands“. Die 182 Seiten fanden bei Professor Karl Bittel, Chef des Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Berlin, eine überschwänglich positive Zustimmung. Er rühmte den außerordentlichen Fleiß, die weitgehend vollständige Behandlung des Themas und die treffende Auswertung des sorgsam ausgesuchten Quellenmaterials.²⁷ Auf Griewanks Forderung hin hatte der Betreuer der Arbeit, der Osteuropahistoriker Dr. Felix-Heinrich Gentzen, sich an den Berliner gewandt und um Hilfe gebeten. Griewank erhob – wie mir scheint – berechtigte Einwände gegen Ungenauigkeiten und sprachliche Plattheiten, und nutzte die Gelegenheit für generelle Argumente gegen zeitgeschichtliches Forschen. Ungeachtet dessen bewertete er die Arbeit mit „gut“, eingeschränkt mit den Worten „... nur als Prüfungsarbeit, nicht als wissenschaftliche Leistung“.²⁸

Zeit darauf als Beauftragter des Ministeriums in Jena ausgerechnet Prellers Vorlesungen kontrollierte, gehört zu den zahlreichen Peinlichkeiten und Dummheiten jener Zeit, die nur als Folgen wachsender Bürokratisierung und an stalinistischen Praktiken orientierter Wissenschafts- und Hochschulpolitik der DDR zu verstehen sind.

²³ UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

²⁴ Karl Griewank setzte sich nachdrücklich gegen solche und ähnliche Äußerungen zur Wehr. In einem Brief an den Rektor vom 02.02.1953 berichtete er jedoch auch von einem „durchaus freundlichem Echo, das seine Rede über Voraussetzungen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Dozenten einen Tag zuvor auf der FDJ-Delegierten-Konferenz der Universität gefunden habe. UAJ, Bestand 5, Abt. V, Nr. 16 (unpag.)

²⁵ UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.)

²⁶ Geschrieben am 04.06.1953 zum Thema „Das Verhältnis der angelsächsischen Länder zu Sowjetrußland am Ende der ersten Weltkriege“, am 08.06.1953 zum Thema „Erklären Sie an Hand der 2. grundlegenden Vorbedingung für den Übergang zum Kommunismus (die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land) die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land“, am 10.06.1953 zum Thema „Die Bedeutung der Lehre Stalins von den antagonistischen und nichtantagonistischen Sprüngen“ sowie am 07.07.1953 – inzwischen hatte es den 17. Juni gegeben – zum Thema „Warum ist die schnelle Erfüllung unseres Fünfjahresplanes eine wichtige Grundlage in unserem Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands?“ UM, Immatrikulationsakte Nr. 18534 (unpag.)

²⁷ Brief an Felix Heinrich Gentzen vom 29.08.1953. In: UM, Prüfungsakte Wolfgang Schumann (unpag.) Bittel schloß mit den Worten: „Darf ich die Gelegenheit benutzen, werter Genosse Gentzen, auch Ihnen persönlich, der Sie das Thema gestellt und die Arbeit zweifelsohne angeleitet haben, meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen.“

²⁸ Gutachten vom 09.09.1953. In: Ebenda.

Seit 1953 erteilte der parteilose Rektor der Jenaer Universität, Prof. Dr. Hämel, Jahr für Jahr Lehraufträge an Wolfgang Schumann. Sie betrafen einmal den Frühkapitalismus, danach aber stets die neueste Geschichte, darunter auch ein Seminar zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes während des Zweiten Weltkrieges. An diesem nahm ich im Herbst 1955 teil. Von da fühlte ich mich Wolfgang Schumann eng verbunden – ihm, als von den meisten Studenten geachteten Hochschullehrer, sowie den zeitgeschichtlichen Themen, die er uns nahe zu bringen verstand. Und: Während meiner Hilfsassistentenzeit hatte ich vor allem in der neu entstandenen Bibliothek zu tun, deren Grundstein Wolfgang mit zu legen geholfen hatte.

1957 konnte Wolfgang Schumann in Jena promovieren. Seine Arbeit trug den Titel „Die Novemberrevolution 1918 in Oberschlesien. Der Kampf des deutschen und polnischen Proletariats gegen den deutschen Imperialismus für soziale und nationale Befreiung (November 1918 bis zum Ausbruch des ersten oberschlesischen Aufstandes, August 1919)“. Der inzwischen nach Jena berufene Max Steinmetz lobte die Arbeit in höchsten Tönen. Insbesondere begrüßte er den Versuch, Soziales und Nationales in der gebotenen inneren Einheit zu sehen und in dieser Hinsicht die Politik der KPD kritisch zu hinterfragen. Es sei geradezu ein Verdienst, dieser „schwierigen Problematik“ nicht aus dem Weg gegangen zu sein, sondern sie „mutig“ untersucht zu haben.²⁹ Auch Frau Irmgard Höß, die später die DDR verließ, wertete als zweite Berichterstatterin mit der Note „sehr gut“ und schrieb: „Der Verf., der mit strenger Kritik und der gebotenen Vorsicht gegenüber publizistischem Material – soweit sich dieses nicht aus Aktenaufzeichnungen kontrollieren ließ – an die Lösung seiner Aufgabe herangegangen ist, hat es verstanden, ein anschauliches Bild von dem durch das nationale Problem besonders komplizierten Revolutionsgeschehen in OSL zu zeichnen; er hat mit dieser von sicherer Beherrschung zeugenden Arbeit ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag für eine künftige Gesamtdarstellung der Novemberrevolution in Deutschland geleistet.“ Zu kritisieren hatte sie lediglich eine viel zu breite Darlegung von Lenins Ansichten zur nationalen Frage. Für die Drucklegung empfahl sie, an einzelnen Stellen die „etwas saloppe Ausdrucksweise“ noch zu glätten.³⁰

Nach seinen umfangreichen Beiträgen für die 1958 erschienene „Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ – es war die erste in Deutschland, die der Zeit nach 1933 und nach 1945 Raum bot – konnte seine Dissertationsschrift im Verlag Rütten & Loening veröffentlicht werden. Und 1961 habilitierte sich Wolfgang Schumann mit der Arbeit „Die Beteiligung des Zeiss-Konzerns an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges“. Die Gutachten der Professoren Dieter Fricke und Elisabeth Giersiepen lobten den Beitrag, der zur Erhellung des staatsmonopolistischen Mechanismus geleistet worden sei. Kritisches betraf die Beschränkung auf Akten des Zeiss-Betriebes und die überzogen negative Bewertung Ernst Abbes. Von methodologischen Schwächen zu reden und eine andere Reihenfolge bzw. Ineinandersetzung einzelner Teile zu fordern, war üblich, wenn zum Untersuchungsgegenstand nichts gesagt werden konnte. Dies tat dem Werk keinen Abbruch; seine Schwächen – Kurt Pätzold wird dazu noch sprechen – waren der Zeit geschuldet, dem Zeitgeist, wie heute wohl formuliert wird.

Möglicherweise erinnerte sich Wolfgang Schumann an die kritisch-hilfreichen Mahnungen Griewanks, als er selbst Staatsexamens- und Doktorarbeiten betreute, darunter auch meine. Was er verlangte, war stets viel. Intensive Arbeit an Quellen und logische Verarbeitung allen gefundenen Materials. Von ihm betreut zu werden, erwies sich als anregend und anstrengend. Als er 1958 meine Examensarbeit begutachtete, war er gerade mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt wor-

²⁹ Steinmetz hob in diesem Zusammenhang die zusammenfassende Einschätzung Schumanns hervor: „Die KPD verstand es zwar, den solidarischen und internationalistischen Kampf der deutschen und polnischen Arbeiter zu festigen, sie rief immer wieder dazu auf, nicht der nationalistischen Hetze der Bourgeoisie Deutschlands zu verfallen, sie verstand es aber nicht, den gerechten Ansprüchen der politischen Volksmassen, Oberschlesien wieder mit Polen zu vereinigen, zur Verwirklichung zu verhelfen. Dadurch wäre es möglich gewesen, den Kampf des revolutionären Proletariats sowohl in Deutschland als auch in Polen zu verstärken, und eine engere Verbindung mit der sozialistischen Revolution in Sowjetrußland herzustellen.“ (S. 283 der Dissertationsschrift). Zit. nach: UAJ, Bestand 619/5. Promotionsakten der Philosophischen Fakultät 1956/57.

³⁰ Gutachten vom 22.04.1957. In: Ebenda.

den. 1959 wurde ich Assistent bei ihm. Seine Forderung an mich lautete: Halte im Studienjahr 1959/60 eine vierstündige Vorlesung zur deutschen Geschichte von 1917 bis 1945. Es selbst war für eine andere Aufgabe freigestellt worden; die Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena drängte. Natürlich denke ich noch heute mit nicht geringem Grauen an diese Forderung, die später wohl niemand mehr erhoben hätte. Und dennoch fühle ich mich zu Dank verpflichtet. Vom damals geistig Gewonnenen zehre ich in mancherlei Hinsicht heute noch ...

Wolfgang Schumann war nicht nur mein erster Hochschullehrer, er war auch einer, der Studenten niemals den von anderen oft allzu deutlich betonten Abstand spüren ließ. Darin wollte ich ihm später gleich sein. Und auch darin, andere zu lehren, wie entscheidend die Quellen für die Arbeit eines Historikers sind und wie quellenkritisch zu arbeiten ist. In seiner Verantwortung lagen damals die sekretierten Teile der Institutsbibliothek – eine Begrenzung für seine Studenten, jene aus dem Westen stammenden Publikationen zu lesen und zu verarbeiten, ging von ihm nicht aus. Im Gegenteil.³¹

Die Unerbittlichkeit seiner Forderungen an mich empfand ich damals als unbequem und überzogen. Im Nachhinein weiß ich, wie sehr ich davon für meine ganze weitere Arbeit profitiert habe. Ich kann und will ihm nicht vorwerfen, mir eine aus heutiger Sicht verfehlte Orientierung für die Bewertung des antifaschistischen Widerstandes der KPD gegeben zu haben – wer wäre da frei von Schuld? Selbst seinen Artikel über die führende Rolle des Zentralkomitees der KPD laste ich ihm nicht persönlich an.³² Natürlich stimmte es mich traurig, als er Jena verließ, auch daß er meinen Einladungen zu den Jenaer Faschismus-Kolloquia nicht folgte, doch das taten andere Faschismus- und Weltkriegsforscher des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR ebenfalls nicht. Wie befruchtend jedoch die Ergebnisse der von ihm initiierten und geleiteten Arbeiten an den sechs Bänden von „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ in meine Kolloquiums-Reihe und die Jenaer Forschungsarbeiten zur Geschichte der bürgerlichen Parteien hinein reichten, sei ausdrücklich festgestellt. Vieles war außerordentlich anregend³³, nicht zuletzt seine Ratschläge an Kurt Pätzold und mich, als es um unsere erste Geschichte der NSDAP ging. Im Grunde verdanken wir ihm auch, daß einer Empfehlung aus dem IML nicht Folge zu leisten war, die da besagte, wir sollten erst mit der Zeit der Weltwirtschaftskrise einsetzen, da die NSDAP zuvor keine Rolle gespielt habe.

Dankbar bin ich Wolfgang Schumann noch heute für seine Bitte an mich, an dem mit Martin Broszat, dem Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte vereinbarten „Eliten-Projekt“ teilzunehmen. Es bot mir Gelegenheit, Zielsetzungen und Scheitern deutsch-deutscher Partnerschaften hautnah zu erleben und Erfahrungen zu gewinnen, ohne die ich nach 1989/90 nicht hätte auskommen können und wollen. Ob meine Mitwirkung an den Debatten von 1987 und 1989 mit der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD auch auf ihn zurückzuführen ist, entzieht sich

³¹ Was ich persönlich, um nur ein Beispiel zu nennen, damals bereits über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und die weiteren Vereinbarungen wußte, entstammte solcher Lektüre. Daß es wenig genug gewesen sein dürfte, wissen wir heute, daß wir darüber nicht sprachen, schuldet sich anderen Gründen.

³² Wolfgang Schumann: Zur führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933-1945). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5/1962.

³³ In einem Bericht über die Konferenz, die 1976 zum Thema „Bürgerliche Parteien und werktätige Massen“ stattfand, heißt es, es sei von mehreren Teilnehmern die Notwendigkeit unterstrichen worden, „zwischen den verschiedenen Formen und graduellen Stufen des imperialistischen Masseneinflusses zu unterscheiden und dafür ein Begriffsinstrumentarium auszuarbeiten, um die erforderlichen konkreten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen anregen und betreiben zu können. Wolfgang Schumann (Berlin) forderte dazu auf, neben dem Begriff ‚Masseneinfluß‘ auch den Begriff ‚Massenanhang‘ zu verwenden – beide auf Personen, Ideen, Organisationen, bestimmte Situationen bezogen – und ihnen dann den Begriff ‚Massenbasis‘ als allgemeine, auf die Fragen der Machterhaltung bezogene Kategorie zuzuordnen. Außerdem orientierte er auf Untersuchungen der Entwicklungsprozesse in einer imperialistischen Massenbasis, wobei er ausführlich zu Versuchen deutscher Faschisten Stellung nahm, seit Mitte 1943 Vorbereitungen für eine Erhaltung des faschistischen Einflusses auf die werktätigen Massen unter den Bedingungen einer erneuten erfolglosen Beendigung des Krieges zu treffen. Er konnte nachweisen, daß der Kampf der Nazis ‚bis fünf Minuten nach zwölf unter anderem auch durch den von ihm vielfach belegten Zwang bedingt war, sich Zeit für einen solchen Übergang ohne Verlust des imperialistischen Masseneinflusses zu schaffen.“ In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 39 (Dezember 1976), S. 91 f.

meiner Kenntnis. Solche Gespräche lagen indessen völlig auf der von ihm vertretenen Linie des dialogischen Gegeneinanders und eines konstruktiv praktizierten Miteinanders unterschiedlicher wissenschaftlicher Denkschulen. Daß diese nach der „Wende“ scheiterte, lag gewiß nicht an Forschern wie Wolfgang Schumann oder an unserem Konzept, das ja noch geraume Zeit umzusetzen versucht worden ist, beispielsweise im Projekt „Das Rußlandbild im Dritten Reich“.³⁴

Es war Wolfgang Schumann nicht mehr vergönnt, die kritische und selbstkritische Befragung unseres marxistischen Geschichtsdenkens und die Versuche seiner um gewichtige Erfahrungen bereicherte Weiterführung mitzuerleben. Ich bin sicher, er hätte sich aktiv daran beteiligt. Auch im Wissen um diese seine Haltung werde ich ihn in guter Erinnerung behalten: als einen warmherzigen Menschen und als einen stets lernen wollenden, sich stets um neue Erkenntnis bemühenden und daher gewiß vorzüglichen Historiker.

Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg. Biographische und historische Beobachtungen. Beiträge zur Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. (jetzt: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.) und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 24. Januar 2001 in Berlin zur Erinnerung an Wolfgang Schumann aus Anlaß seines 10. Todestages am 10. März 2001. Protokolle, Jena 2001, S. 7-19.

³⁴ Siehe Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köffi/Weimar/Wien 1994. Mein Beitrag (Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP) dort auf S. 9-54.

Preußens „Befreiung“

Über viele Jahre zog sich das Scheitern der Weimarer Republik hin, Schritt für Schritt wurde sie während der großen Weltwirtschaftskrise zerschlagen. Der 30. Januar 1933 besaß eine lange Vorgeschichte.

Viele Zeitgenossen warnten zwar vor der braunen Gefahr, zu wenige jedoch erkannten die Warnzeichen herannahender Diktatur und eines neuen Krieges. Weshalb blieb für sie das Geflecht von Machtinteressen, Gewinnstreben und friedensbedrohenden Revisionsgelüsten undurchschaubar? War dies nur Unvermögen geschuldet? Gab es nicht auch schlichte Unaufmerksamkeit gegenüber alltäglichen Ereignissen? Alles, was Tag für Tag in den frühen 30ern passierte, bedeutete Weichenstellung in den Abgrund.

Was geschah beispielsweise am 4. Februar vor 70 Jahren? Da erregte die Nachricht Aufmerksamkeit, es sei ein neues Volksbegehren beantragt: Der Preußische Landtag solle aufgelöst werden. Initiator war der „Stahlhelm. Bund ehemaliger Frontsoldaten“. Er hatte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges formiert und stand in enger Verbindung zu dem mächtigen Medienzar Alfred Hugenberg und der von ihm seit 1928 geleiteten Deutschnationalen Volkspartei. Mehr als eine Million Mitglieder stützten diese konservativen Attacken auf die Weimarer Republik.

Ein Jahr zuvor, im März 1930, war es bereits gelungen, die SPD aus der Reichsregierung zu verdrängen und das Präsidialkabinett Heinrich Brüning einzusetzen. Regiert wurde von da an kaum noch auf verfassungsrechtlich festgelegten Bahnen. Für zahlreiche Notverordnungen musste der berüchtigte Artikel 48 herhalten.

Mit dem Stahlhelm-Antrag sollte nun der nächste Schritt nach rechts erfolgen: Er galt der Regierung Preußens, die sich auf die Koalition von SPD und Zentrumspartei stützte. An ihrer Spitze stand ein Sozialdemokrat. Den Konservativen galt solches als Frevel, als Hindernis ihrer nationalistischen Politik und des Versuches, die wachsenden Lasten der Wirtschaftskrise völlig auf die Schultern der kleinen Leute abzuwälzen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie verlautbarte tags darauf, eine bessere Zukunft könne nicht mit „unerfüllbaren Forderungen“ errungen werden. Stattdessen forderte er „pflichtbewusste Selbsthilfe aller in der Wirtschaft Tätigen“. Was er verschwieg: Viele Konzerne schütteten zu gleicher Zeit hohe Dividenden aus. 25 Siemens-Direktoren erhielten allein 12,5 Millionen Mark ausgezahlt!

Der Stahlhelm agierte und argumentierte unter dem Beifall der Nazis, holte sich diese Partei mit ins Boot – jene Partei also, die am lautesten nach der Vernichtung des Weimarer Staates schrie und tagtäglich handfest ihre Bereitschaft zu terroristischen Gewaltakten demonstrierte. In diesem Bündnis stellten weder der rassistische Antisemitismus der einen noch das Beharren der anderen auf traditionell konservativen Werten unüberschreitbare Grenzen dar. Man wusste, was man voneinander zu halten hatte. Der Kampf gegen den „Marxismus“ verband.

Die Vorstufe der berüchtigten „Harzburger Front“ brachte indes allein der NSDAP Gewinn, auch als das Volksbegehren scheiterte. Fünf Monate später, am 20. Juli 1932, erfolgte jener Staatsstreich, der die preußische Regierung als eine der möglichen Bastionen im Kampf gegen die faschistische Gefahr beseitigte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. Februar 2001, S. 21.

„Fabelhaft“

Ein fleißiger Tagebuchschreiber notierte am 23. Februar 1931, Weimar sei eine „fabelhafte Stadt“. Es war Joseph Goebbels. Er hatte soeben die thüringische Landeshauptstadt besucht und lobte in höchsten Tönen einen anderen Nazi – Wilhelm Frick, der ein Jahr zuvor als erstes NSDAP-Mitglied auf einen Regierungsstuhl gehievt worden war. Die Koalition der DVP, DNVP und des Thüringer Landbundes mit den Nazis war von diesem intensiv genutzt worden, faschistische Personal- und Kulturpolitik zu betreiben. Als erstes hatte sich Frick mit einem Ermächtigungsgesetz (29. 3. 1930) politischen Handlungsspielraum verschafft.

Zahlreiche Posten der Landesverwaltung und der Polizei wurden „gesäubert“ und mit Nazis besetzt. Schüler mussten von nun an vor Unterrichtsbeginn nationalistische Gebete sprechen, die den berühmten Slogan „Deutschland erwache!“ enthielten und im Juli 1930 sogar vom Leipziger Staatsgerichtshof teilweise verworfen wurden. Auf einen Lehrstuhl der Jenaer Universität wurde der „Rasse“-Forscher Günther berufen. Kein Landesbeamter durfte mehr Mitglied in kommunistischen Organisationen sein. Und es gab einen Erlass „Wider die Negerkultur“, mit dessen Hilfe auch Theater und Orchester „judenfrei“ gemacht werden sollten, sowie das Verbot des Remarque- Buches „Im Westen nichts Neues“, weil es den deutschen „Wehrwillen“ beschädige. Aus dem Weimarer Schlossmuseum ließ Frick ungefähr 70 Gemälde, Zeichnungen und Graphiken von Barlach, Dix, Feininger, Kandinsky, Klee und anderen entfernen. Sie würden in eine „kunstbolschewistische Folterkammer“ gehören, tönte er, denn die verfemten Kunstwerke hätten nichts mit „nordisch-deutschem Wesen“ zu tun.

Alles wurde verfolgt und eliminiert, was die Nazis als „nationale Gefahr“ ausgemacht haben wollten. Der spektakuläre Weimarer Bildersturm rief weder im demokratisch gesinnten Bildungsbürgertum noch unter konservativen Kräften größere Proteste hervor, lediglich Ungläubigkeit und Spott. Die politische Tragweite wurde verkannt. Frick musste am 1. April 1931 zwar seinen Hut nehmen, was Thüringens Gauleiter Sauckel zu der Warnung veranlasste: „Wir kommen wieder und über Ihre Parteileichname spaziert das deutsche Volk.“ Doch bereits im August 1932, fast ein halbes Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, begann in Weimar eine erste nahezu rein nationalsozialistische Landesregierung zu wirken. Erneut jagte eine Machtprobe die andere. Jeder konnte sehen, was in ganz Deutschland passieren würde, sollte in Berlin die NSDAP an die Macht kommen ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 24./25. Februar 2001, S. 21.

Rückblick auf Weimar

Die in der Novemberrevolution erkämpfte Demokratie, fixiert in der Verfassung von 1919, hatte keinen Bestand. Auf dem Boden der Weimarer Republik konnte eine faschistische Partei entstehen, sich entfalten und schließlich über alle andere Parteien triumphieren, gleich ob es sich bei diesen um Sozialisten oder Kommunisten, um Demokraten oder Liberale, um deutschnationale und humanistisch gesinnte Konservative handelte.

Für den 30. Januar 1933 greifen keine mono-kausalen Erklärungen. Dazu bekennt sich auch der Autor, wenngleich er dabei das Revisions- und Weltmachtstreben der damals ökonomisch Mächtigen nicht im Auge hat und lediglich etwas verschämt die „ökonomische Entwicklung“ als einen unter unzähligen Kausalfaktoren anführt. Das Augenmerk des Rechtshistorikers gilt – hier legitim und im Ansatz durchaus sinnvoll – der Rolle verfassungsgeschichtlicher Probleme bei der Zerschlagung der Weimarer Republik. Ihn interessiert die Frage, ob das in der Weimarer Verfassung fixierte Notstandsrecht – also der berühmte Artikel 48 – für die Auflösung der Verfassungsordnung verantwortlich war, oder ob „ein vom Recht losgelöster Wandel der Staatspraxis in einer hierfür gar nicht vorgesehenen Vorschrift seine Rechtfertigung suchte und fand.“

Im Grunde behandelt er den alten Streit zwischen Anklägern und Verteidigern der Brüning'schen Präsidialregierung: Betrieb diese die Auflösung der Weimarer Republik oder diente sie deren Verteidigung? Anders formuliert: Durften die demokratischen Bürgerrechte eingeschränkt und abgebaut werden, um die Demokratie zu „verteidigen“? Wer dies bejaht, begibt sich – so die schlimme geschichtliche Erfahrung – von vorn herein auf den Weg, Notstandsrecht zu rechtfertigen oder gar zu perfektionieren statt für den Ausbau und wirklichen Schutz der Demokratie Sorge tragen zu wollen.

Blomeyer breitet umfangreiches Material aus, am ausführlichsten über die Auffassungen damals führender Staatsrechtler. Hier nimmt der Band stellenweise den Charakter eines Nachschlagewerkes an. Für die Zeit nach dem Sturz Brüning's spricht er von einem offenen Ausbruch des schwelenden Verfassungsnotstandes und dem Beginn eines „kalten Bürgerkrieges“. Nicht mehr das Recht habe die Machtausübung bestimmt, sondern die damals herrschenden Machtverhältnisse. Alle Überlegungen kreisen um den Gedanken, dass es damals darauf angekommen wäre, Mut zu einem eigenverantwortlichen, d. h. vom Verfassungstext unabhängigen „überpositiven Notstandsrecht“ zu finden. Das zur Verteidigung der Verfassung Erforderliche hätte – auch gegen die Verfassung – getan werden müssen, um diese verteidigen zu können. Da solches nicht stattfand, sei das Recht ohnmächtig geworden, habe die Macht und nicht das Recht entschieden.

Notwendig ist hier noch eine Bemerkung zur „Parteilichkeit“ dieses (west-)deutschen Gelehrten und des allgemein verkündeten Anspruchs auf Lauterkeit und Objektivität wissenschaftlichen Arbeitens: Wie bei vielen Publikationen, die nach 1989/90 verfasst worden sind, fehlt wieder einmal jeglicher Verweis geschweige denn ein inhaltliches Eingehen auf die geschichtswissenschaftliche und rechtshistorische Literatur der DDR. Die Namen der früher auch in der BRD beachteten Staats- und Verfassungsrechtler Gerhard Haney, Hermann Klenner, Gerhard Riege und Karl-Heinz Schöneburg sucht man vergeblich. Unkenntnis? Wohl kaum, denn selbstverständlich fehlen auch „linke“ Autoren wie Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder...

Peter Blomeyer: Der Notstand in den letzten Jahren von Weimar. Die Bedeutung von Recht, Lehre und Praxis der Notstandsgewalt für den Untergang der Weimarer Republik und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Eine Studie zum Verhältnis von Macht und Recht. Berlin, Duncker & Humblot 1999, 549 S.

antifa, März 2001, S. 27.

Zollunion

Schon im November 1927 hatten Gustav Stresemann und der österreichische Bundeskanzler Ignaz Seipel Gespräche über eine zwischen beiden Staaten zu schaffende Zollunion vereinbart. Das Ergebnis geheimer Verhandlungen in Berlin und Wien sollte im Mai 1931 dem Europa-Ausschuss des Völkerbundes vorgelegt werden. Doch am 19. März 1931 wurden die lang gehegten Pläne ruchbar. Die deutsche Regierung veröffentlichte zwei Tage später den Text des Vertrages. Französische und tschechoslowakische Proteste ließen nicht auf sich warten.

Worum es den deutschen Politikern ging, erläuterte Carl Duisberg, Vorsitzender des RDI und des Verwaltungsrates der IG-Farben, am 24. März 1931 in seiner Rede über „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der deutschen Industrie“. Nationale Räume seien zu eng geworden, man müsse nach „größeren übernationalen Wirtschaftsräumen“ suchen. Gedacht war also keineswegs nur an Deutschland und Österreich. Beide konstatierten ein „erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes“ und strebten auch eine gemeinsame Zollunion mit den südosteuropäischen Staaten an. Dadurch, so tönte Duisberg, könne „das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt werden.“ In dieser Rede fiel auch das bekannte Wort, es sei ein „geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa“ ins Auge zu fassen. So las man es in der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 25. März 1931; als Duisberg zwei Jahre später den Vortrag publizierte, ließ er drucken: von Bordeaux bis Sofia.

Ein anderer Großindustrieller, Edmund Hugo Stinnes, fand am 9. Juli 1931 in einem Brief an Hitler deutlichere Worte: „Die Ausweitung des deutschen Raumes nach Osten und Südosten Europas erscheint mir derzeit nicht durch eine Verschiebung der Ostgrenzen möglich, aber durch deren weitgehende Auflösung (z. B. durch Zollvereine). Dann sollte es angehen, bis zu den Pripetsümpfen und der Donaumündung unserem unerträglich zusammengedrängten Volk Lebensraum, Ackerland und Arbeitsgelegenheit zu geben, im Anschluß an die zahlreichen Keimzellen deutscher Kultur, Kolonisation und Sprache, die sich bereits in diesen Gebieten befinden ...“ Und noch drastischer redete er vom künftigen Krieg um die zuvor wirtschaftlich zu erobernden Gebiete: Er würde diesen nicht scheuen, wenn es keinen anderen Weg mehr gebe und „die Konstellation einen hohen Grad von Erfolg“ verspreche.

Das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion scheiterte bereits im Sommer. Neben dem Widerstand französischer Konkurrenten spielte der große Bankenkrach eine große Rolle, der am 8. Mai 1931 mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe – sie kontrollierte rund zwei Drittel der Industrie des Alpenlandes – begann und das europäische Nachkriegssystem ins Wanken brachte. Im September entschied der Ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag endgültig gegen eine deutsch-österreichische Zollunion. Außenminister Curtius trat daraufhin am 9. Oktober 1931 zurück; das Kabinett Brüning geriet in seine schwerste Krise.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. März 2001, S. 24.

Heimlicher Bruder

Hitler und die Deutschen

Der Politikwissenschaftler und Publizist Christian Graf von Krockow, bekannt durch mehrere Bücher zur preußisch-deutschen Geschichte und Biografien (z. B. zu Bismarck und Churchill), will nun ein doppeltes und zugleich wechselseitiges Verhältnis zwischen dem Verführer Hitler und der verführbaren Masse der Deutschen erkunden. Zwar seien bereits viele Werke erschienen, doch das, was für ihn als vorrangig gilt, bezeichnet er als noch nicht erhellt: die Befindlichkeit der deutschen Nation.

Dazu zählt für ihn das zwiespältige Nationalbewusstsein, der Drang zu einer geschlossenen Weltanschauung, die Germanenverklärung und Heldenschwärmerei, der Zerstörungswille vor einem Neuaufbau, das Verlangen nach Achtung und Anerkennung u. a. m. Nur wenn die mentalen Bedürfnisse der Deutschen erkannt und diese als kausaler Aspekt der deutschen Geschichte verstanden würden, könnten die Rätsel des 20. Jahrhunderts gelöst werden.

Die „inneren Bedingungen“, sprich: das Psychogramm einer verführbaren und verführten Nation zu zeichnen, versteht K. als einen Versuch, die „nationale und psychologische Dimension“ der Wirkungen Hitlers zu enthüllen und „höchst Irrationales“ deutlich zu machen. Thomas Manns Gedanken über den „Bruder Hitler“ greift er auf und führt sie hin zu einer Darstellung der „peinlichen Verwandtschaft“ zwischen Hitler und den Deutschen. Hitler im Menschen, Hitler in uns – diese Möglichkeit durchzieht leitmotivisch das in manchen Teilen lesenswerte, von umfassender Kenntnis zeugende und stilistisch überzeugende Buch. Hitler könne jederzeit wiederkehren, lautet seine Schlussfolgerung, maskiert und in anderer Gestalt und wiederum als einmalige Erscheinung, eben weil er „heimlich und unheimlich unser Bruder“ bleibe.

Im Gegenzug – dies fordert K. angesichts einer von ihm als sehr brisant empfunden Aktualität des Themas – komme es darauf an, die „Vielfalt der Anschauungen und der Möglichkeiten, sie zum Ausdruck zu bringen, um jeden Preis zu verteidigen“. Er nennt das die Pflicht zu „aktiver Toleranz“ und verlangt Solidarität mit allen Betroffenen sowie ein entschiedenes vorbeugendes Handeln.

Dennoch hinterlassen zahlreiche Passagen des Buches einen zwiespältigen Eindruck. Geschichte lediglich als Wirkung von Ideen und psychischen Faktoren interpretieren zu wollen, wird der Realität nicht gerecht. Die Deutung konkreter geschichtlicher Ereignisse bleibt allzu oft unzulänglich; dies sowohl im Text als auch in den Fußnoten, die nahezu ein Viertel des Bandes füllen und mitunter selbst Plattheiten nicht aussparen. Was nicht verwundert: Sie flossen ihm vor allem aus der Feder, wenn er etwas zu marxistischen Auffassungen, zu den 68ern und zur DDR zu sagen hat.

Mitunter lässt sich auch glatte Unkenntnis des Forschungsstandes erkennen, und das nicht allein in der Argumentation zum Weg in den Krieg: Einzig und allein Hitler habe den Krieg gewollt, und das auch nur, um absolute Macht gewinnen zu können, wird behauptet. Wäre Hitler 1938 gestorben und Göring zur Macht gelangt, hätte es keinen Krieg gegeben, weil dieser „die Bequemlichkeit liebte“.

Christian Graf von Krockow: Hitler und seine Deutschen. List, München. 424 S., geb. 44,90 DM.

Neues Deutschland, 22. bis 25. März 2001, S. 12.

Kurze Bemerkungen zu aktuellen Debatten über politische Parteien

Motto:

„Herr, mach uns frei!

Reinige uns vom Verdacht und der Sünde.

Wir haben parteipolitische Gründe,

daß unsere Weste sauber sei.“¹

Politische Parteien stellen ein historisches Phänomen dar. Sie sind an Zeit und Raum gebunden. Sie haben keinen Anspruch auf andauernde Akzeptanz als überzeitliche oder übergesellschaftliche Erscheinung. Seit eh und je kennzeichnet das Parteienwesen eine ungeheure Vielfalt an konkreten Erscheinungsformen. Diese leiten sich zwar primär, doch keineswegs allein aus den jeweiligen Interessen und Gegensätzen von Klassen, Schichten oder Gruppen ab. Sie wurde stets von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Politische Parteien bildeten sich in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus. Sie entwickelten sich im Rahmen der Durchsetzung kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihre Existenz bedeutete zunächst eine Erhebung der Gesellschaft gegen den Staat und war Ausdruck des Ringens um die Ersetzung von Fürstensouveränität und Gottesgnadentum durch das Prinzip der Volkssouveränität. Erst im Verlaufe der Entwicklung begannen die „Verteidiger“ des monarchistischen Staates, d. h. die Gegner einer Vergesellschaftung des Staates sich ebenfalls in politischen Parteien zu formieren.

Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft; insofern beruhten ihre Existenzfähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Bereits die schlichte Feststellung, dass sich der Begriff „Partei“ vom lateinischen Wort *pars* (= Teil, Gruppe) ableitet, läßt erkennen, daß es da auch andere Teile einer Gesamtheit geben muß; und wer ein Teil sein will, geht in der Regel zu anderen auf Distanz. Tatsächlich erfolgten Konstituierung und Betätigung politischer Parteien stets in Übereinstimmung mit Interessen einzelner Gruppen, die sich gegen andere Teile der Gesellschaft richteten.

Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben politische Parteien von Anfang an auch den Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Ohne ein solches Bestreben würde es sich lediglich um Interessenverbände handeln, denen der Status einer politischen Partei abzuerkennen wäre. Parteiegoistische Interessen überlappten sich mit parteienübergreifenden. Letztere richteten sich zunächst vor allem gegen die feudal-aristokratischen Verhältnisse und monarchischen Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Sie existierten jedoch niemals unabhängig vom Parteienegoismus. Ein jeweils wechselndes Geflecht spezifischer und allgemeiner Interessen bestimmte die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, aber auch ihre Bereitschaft, miteinander Bündnisse unterschiedlichster Art einzugehen. Koalitionen und „Lager“-Bildung, Kompromißbereitschaft und Toleranz widerstreben zwar grundsätzlich dem Wesen politischer Parteien, dennoch gehören auch sie immer wieder zur Realität des Parteienwesens.

Politische Parteien gelten – endgültig seit den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges – als ein vermittelndes Glied zwischen Gesellschaft und Staat und damit als ein konstitutives Element jeder Herrschaftsausübung. Ihr Anliegen besteht in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft, ihre Machtorientierung beruht auf dem Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Obgleich sie parallel zu ihren partiellen Anliegen stets den Anspruch erheben, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen, konnten sie sich bisher nicht über ihren Parteienegoismus erheben: Machtfragen dominieren über Sachfragen, taktische Erwägungen über gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Parteien waren stets abhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem, d. h. von jener Art und

¹ Die Weltbühne, Nr. 45 v. 10.11.1925.

Weise der Machtausübung des Staates, welche den Herrschenden gefiel und die Beherrschten sich gefallen ließen. Sie werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von ihrem parlamentarischen oder diktatorischen Zuschnitt. Ihre Bedeutung innerhalb des Herrschaftssystems erhöhte sich Schritt für Schritt. Heute kann Herrschaft ohne sie nicht ausgeübt werden, offensichtlich auch deshalb, weil sie – im Unterschied zu dem in der Regel schwerfälligeren Staatsapparat – ein dynamisches, wandlungsfähiges und anpassungsfähiges Element von moderner Herrschaft darstellen.

Darüber, was Parteien sind, gibt es unterschiedlichste Auffassungen. Eine fand Eingang in das Parteiengesetz der BRD, das nach 20jähriger Debatte um die Frage, ob die Finanzierung der Parteien offengelegt werden soll oder nicht, am 24. Juli 1967 verabschiedet und am 1. Januar 1994 novelliert worden ist. Es besagt in seinem ersten Paragraphen:

„Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere

- auf die Gestaltung der Öffentlichen Meinung Einfluß nehmen,
- die politische Bildung anregen und vertiefen,
- die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern,
- zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen
- auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.“

Zusammenfassen lassen sich die daraus abzuleitenden Funktionen politischer Parteien in drei Aufgabenbereiche:

1. Legitimationsmittel, d. h. Parteien sichern die Legitimität von Staat und jeweiliger Regierung,
2. Elitenrekrutierung, d. h. Parteien treffen die Auswahl des Führungspersonals, wobei gesagt werden kann, dass die Chance einer demokratischen Politik in Gesellschaft und Staat umso größer sein kann, je demokratischer dies *in* den Parteien erfolgt,
3. Mediatisierung, d. h. die Parteien streben nach Integration mehrerer gesellschaftlicher Gruppen in den von ihnen vorgegebenen Politikrahmen.

Es gab in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine Fülle von Parteien unterschiedlichster Typen, die sich nach sozialen, politischen, ideologischen, religiösen und organisationsstrukturellen Kriterien kennzeichnen lassen. Zu nennen wären u.a.

- Honoratiorenparteien, Komitee-, Ortsvereins-, Zellen-, Milizparteien,
- Massenparteien, Repräsentationsparteien,
- Integrationsparteien, Mitgliederparteien,
- weltanschaulich geprägte Programmparteien, Plattformparteien,
- Wählerparteien, Kaderparteien, Führerparteien,
- Volks- oder Allerweltparteien,
- Selbstversorgungsparteien, Patronageparteien.

Bei allem zeigt sich immer und immer wieder, dass eines der Grundprobleme politischer Parteien im Verhältnis von Führung und Mitgliedsbasis besteht. Seit Robert Michels (1876-1936) spricht man z. B. von der Oligarchie in den Parteien. In seinen Untersuchungen der SPD stellte Michels zu Beginn unseres Jahrhunderts fest, daß gerade diese Partei, die doch eigentlich die Entwicklung der Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, die innerparteiliche Entdemokratisierung nicht zu

bekämpfen vermochte und ihre Führungen dies auch nicht wollte. Michels formulierte ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe. Seine Thesen lauten:

- „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“
- „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“
- „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“

Diese Tendenzen machen die Parteien in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher sein, als dies ihre Gegensätzlichkeiten ihrer Interessen und Programme vermuten lassen. Im heutigen Parteienstaat sind noch viele Möglichkeiten hinzugekommen, die Stellung der Führungsstäbe der Parteien zu stärken, u. a. durch ihren Informationsvorsprung, die Verfügung über die Parteipresse, die Beziehungen zu den Massenmedien („Interview-Demokratie“), die Verfügung über die Parteifinanzen, die Verschränkung von Parteiführung und Fraktionen, Parlamentsausschüssen und Regierungen, mangelnde Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten der Parteibasis u. ä. m.

Die Abneigung gegen Parteien ist so alt wie die Parteien selbst. Davon zeugen umgangssprachliche Wendungen wie „Parteiengezänk“ und „Parteibonzen“ oder das bekannte Wort Wilhelms II. aus dem Jahre 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche“. Hindenburg formulierte 1925: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“. Schließlich sollten zwischen 1933 und 1945 die „deutsche Volksgemeinschaft“ und die Parole: „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“ das Parteienwesen ersetzen.

Mit völliger Berechtigung wird gegenwärtig noch stärker als in früheren Jahrzehnten den politischen Parteien, misstraut. Die Bereitschaft, Parteimitglied zu werden und in Parteien mitzuwirken, ist enorm gesunken. Vor allem die etablierten Großparteien entfremden sich der Gesellschaft. Sie stehen den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege. Das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild ist geprägt durch ein unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, durch den von ihnen bevorzugten karrieristischen Berufspolitikertyp, durch große Schamlosigkeiten ihrer Finanzierungspraktiken, durch mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und verkrustete Strukturen der Parteiapparate und nicht zuletzt auch durch den instrumentalisierenden Umgang mit „Feindbildern“. Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens, vor allem der etablierten Großparteien, Herbert von Arnim sieht vor allem vier Strukturmängel:

1. die Bürgerfeme und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien;
2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien;
3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht; (= Widersinn des Fraktionszwanges)
4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien. Es fehlt jegliche kritische Selbstreflexion, dafür aber dominiert unsachliche Kritik an den jeweils anderen Parteien.²

Das 20. Jahrhundert läßt sich als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen und vielgestaltiger Symbiosen aus Staat und Parteien betrachten: Es gab den Parteienstaat in seiner extremsten nationalsozialistischen Ausprägung, es gab den Mißbrauch des Staates durch Parteien sowie die Herrschaft sich selbst verstaatlichender Parteien. Neues ist kaum noch denkbar; die durch die bisherigen Parteien repräsentierten Erscheinungsformen gesellschaftlicher Organisiertheit haben sich weitgehend erschöpft.

² Als Historiker sehe ich einen weiteren Kritikpunkt in den Unzulänglichkeiten einer parteiorientierten Geschichtspolitik. Insofern resultieren die gegenwärtige Krise der deutschen Parteien und die zu beklagende Politikverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung nicht zuletzt auch aus der Unehrlichkeit, den Täuschungsabsichten und den Instrumentalisierungsbestrebungen etablierter Parteien gegenüber der Geschichte.

Aber: Obgleich politische Parteien in ferner Zukunft keine Existenzberechtigung mehr haben dürften, scheinen sie heute und in absehbarer Zukunft für ein demokratisches – und ebenso für eine denkbare demokratisch-sozialistische Gesellschaft pluralistischen Zuschnitts unentbehrlich zu sein – allerdings nicht als quasistaatliche Institutionen, wodurch die Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat erheblich gestört wird.

Tatsächlich: Nichts geht ohne die Parteien, jedoch kann dies nur „gut“ gehen, wenn sie auch bereit sind, über sich selbst hinauszugehen! M. E. ist eine Reform des bestehenden Parteienwesens erforderlich. Durch sie müßten Regierung und Parlamente, Verbände und alle Bürger in die Lage versetzt, die komplizierten Probleme der Gegenwart im Interesse der Menschen und zukunftsorientiert zu bewältigen.

Es wäre bereits ein Gewinn, gingen die Politiker im Interesse ihrer hehren Ideale – Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Solidarität, Patriotismus, Naturerhaltung usw. – bewußt auf die Suche nach Auswegen aus dem heutigen Dilemma. Im Ergebnis breiter gesellschaftlicher Debatten über die Rolle politischer Parteien wäre eine entschiedene Demokratisierung der Parteien sowie ein neues Parteiengesetz anzustreben.

Die Bundesrepublik Deutschland – in der so viele Reformen notwendig sind und so viele „Reformen“ wie le noch nie praktiziert werden – braucht ein neues Parteiengesetz. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn wieder zu den sozial- und rechtsstaatlichen Intentionen des Grundgesetzes, insbesondere seiner Artikel 20 und 21 zurückgekehrt wird. Die hier geforderte Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes muß sich tatsächlich als „Mit“-wirkung der Bürger vollziehen können. Der Satz von der wünschbaren und als nützlich betrachteten Mitwirkung der Parteien, der sie als *einen* Bestandteil des politischen Systems definiert, ist im Parteiengesetz von 1967 als verfassungsrechtlich notwendig betrachtet worden und erhielt hier sogar den Zusatz, daß dies „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu erfolgen habe.

Gefordert sind neue Inhalte von Parteientätigkeit, neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien und vor allem eine neue Funktionsbestimmung für ein demokratieförderndes Wirken von Parteien in den Parlamenten. Die Praxis verstößt bekanntlich gegen so ziemlich alles, was an Demokratietheorien entwickelt worden ist. Parteien und Fraktionen haben den Parlamentarismus in eine Form gestutzt, die mit dem Grundsatz der Volksvertretung kaum noch etwas gemein hat.

Alle geschichtlichen Erfahrungen sowie der nicht anders denn als kritisch denkbare Blick auf die Parteien und das Parteienwesen in Deutschland besagen: Eine Reform des Parteienwesens darf sich nicht auf strukturell-organisatorische Aspekte beschränken. Eine wirkliche Parteiendemokratie bedarf mehr als das. Aus vielen Gründen steht insbesondere die Aufhebung jener egoistischen Schranken auf der Tagesordnung, die Demokratie und Pluralismus in erschreckend parteiischer Weise einengen, die politische Willensbildung zugunsten privilegierter Kreise monopolisieren, die oppositionelle oder neue Parteien undemokratisch ausgrenzen, die Bürgerinitiativen und Plebiszite diskriminieren usw.

Reformvorschläge haben darüber hinaus auf neue Inhalte von Parteientätigkeit sowie auf neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien zu orientieren. Der bislang unkontrollierten Parteientätigkeit sollten durch die Einrichtung eines Parteienrechts-Senats als drittem Senat im Bundesverfassungsgericht (neben dem bestehenden Grundrechts-Senat und dem Staatsrecht-Senat) sinnvoll Zügel angelegt werden. Die 1983 fixierte Pflicht der Parteien, über die Herkunft ihrer finanziellen Mittel und über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft abzulegen, ist bis heute juristisch noch nicht zu erzwingen gewesen. In der Gesetzgebung herrscht ebenso ein ausgesprochener Mangel hinsichtlich der Gestaltung und Durchsetzung innerparteilicher Demokratie.

Sollte eine Demokratisierung von Parteien und Gesellschaft unmöglich sein, wird es aller Wahrscheinlichkeit doch völlig neuer Organisationen bedürfen ...

Zukunftswerkstatt in Suhl vom 23. bis 25. März 2001: Unser Projekt: Demokratischer Sozialismus – Ein Beitrag zur Programmdiskussion, Veranstalter: PDS Suhl in Zusammenarbeit mit dem PDS-Landesvorstand Thüringen, S. 1-4.

„Kampf dem Unkraut“

Gefahr im Verzug

Satirische Zeitschriften gab es in Deutschland seit langem, so den „Kladdaradatsch“, den „Simplicissimus“ oder den „Wahren Jacob“. 1931 machte jedoch eine neue auf sich aufmerksam: „Die Brennessel“. Sie erschien seit Beginn des Jahres im Eher-Verlag der NSDAP, zunächst monatlich, ab April bereits 14-tägig und ab September gar wöchentlich. In Wort und Bild verunglimpfte das von Karl Prühaußler geleitete Blatt die Weimarer Republik und machte deren Repräsentanten lächerlich. Man werde, so hieß es in der ersten Ausgabe, den „Urfeind“ in die Nesseln bringen und „unermüdlich strafen“ sowie die „wahre und teuflische Natur“ der Juden entlarven. Die Attacken galten ferner dem „feindlichen Ausland“ und ebenso „kleingläubigen Meckerern und Miesmachern“ im eigenen Lager.

Das Titelblatt einer Ausgabe, die viele Monate vor dem 30. Januar 1933 erschien, hatte es in sich: Es zeigte einen Mann in brauner SA-Kluft, der auf einer Wiese mähte, einem kräftigen Bauern gleich die Sense schwingend. „Kampf dem Unkraut“ lautete der Untertitel. Das scharfe Blatt des Ackergeräts erfasste stachelige Disteln und wirbelte einige geköpft durch die Luft. Gezeichnet waren diese indessen als menschliche Häupter. Und an deren unterschiedlichen Hüten – damals beliebtes Symbol in der Parteienlandschaft – sollte der Leser erkennen, dass es sich um Kommunisten, Sozialdemokraten, Angehörige der Zentrumsparterie u. a. m. handelte.

Deutlicher konnte kaum dargestellt werden, worin die Nazis ihre Aufgabe sahen. Und drastischer konnte kaum in ein Bild umgesetzt werden, was Hitler bereits am 28. Februar 1926 vor dem Hamburger Nationalklub verkündet hatte: Bei Angriffen auf den politischen Gegner müssten stets „Haß“, „Verachtung“, „Brutalität“, „Terror“ und das harte „Entweder-Oder“ in den Vordergrund rücken. Bei der anderen Seite dürfe man auf keinen Fall Zweifel an der Radikalität der eigenen Position aufkommen lassen. Als Hitler vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts am 25. September 1930 beschwor, „legal“ an die Macht kommen zu wollen, hatte er unverblümt angekündigt, dass dann „Köpfe rollen“ würden.

In der deutschen Gesellschaft waren nach dem Ersten Weltkrieg gewaltbereites Denken und Handeln weitgehend als Mittel zur Lösung der zahlreichen politischen Konflikte akzeptiert. Kaum eine der Parteien machte da eine Ausnahme. Doch die der Braunen überschritt jegliche Grenze, schamlos und offen. Tierische Bestialität sei von ihnen zum Aktionsprinzip erhoben worden, urteilte klar-sichtig ein Zeitgenosse.

Das Bild des Unkrauts, das ausgerottet zu werden verdiene, erfuhr später seine Steigerung in jenem Film, dessen Eingangsbilder Scharen von ekelerregenden Ratten zeigten und diese den „ewigen Juden“ gleichsetzten. Zwar hatten die Bilder gewechselt, doch der inhumane Sinn blieb der gleiche: Wer Unkraut ausrottet oder Schmarotzer mordet, begehe kein Verbrechen, sondern erfülle angeblich nur eine Notwendigkeit ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. April 2001, S. 17.

Täuschung

Wenige Tage vor Beginn des großen Bankenkrachs im Jahre 1931, am 1. Mai, vermeldete die Deutsche Bank, es gebe eine „Depressionsmilderung und zaghafte Besserung des Beschäftigungsgrades“. Es schien ihre Chefs offensichtlich weniger zu interessieren, dass zu diesem Zeitpunkt in Deutschland 4.358.000 Arbeitslose registrierte waren. Eher hatte sie wohl eine andere Nachricht jener Tage hoffnungsvoll gestimmt. Sie besagte, der IG-Farben-Konzern habe für das vergangene Geschäftsjahr aus einem Nettogewinn in Höhe von 85,65 Millionen RM zwölf Prozent Dividende ausgeschüttet. Doch nicht nur in der Wirtschaft gab es zuversichtliche Töne. General Wilhelm Groener, Reichswehrminister im Brüning-Kabinett und wenige Monate später auch Innenminister, schrieb am 26. April 1931 in einem Brief: „Nur der schöne Adolf macht uns vorläufig gar keine Kopfzerbrechen mehr, seit er vor Loyalität trieft und lieber im braunen Haus Hof hält, als auf der Straße seine Brüllaffen in Freiheit vorzuführen.“

Eine erstaunliche Einschätzung. Der Schwur Hitlers vor dem Leipziger Staatsgerichtshof, nur mit legalen Mitteln an die Macht gelangen zu wollen, lag bereits einige Zeit zurück; am gewalttätigen Auftreten der Nazis hatte sich indessen nichts geändert. Die Schlägertrupps der Braunen lieferten ungehemmt Beispiel auf Beispiel, welchen zweigleisigen Kurs ihre Führung eingeschlagen hatte und wie sie eine legalistische Maskerade betrieb. Zwar klangen die Reden Hitlers etwas moderater, doch konnte dies nur jene täuschen, die ihn in eigene nationalistische und antidemokratische Pläne einspannen wollten. Und von ihnen nahmen allzu viele gern in Kauf, sich – betrogenen Betrügern gleich – täuschen zu lassen. Auf den Straßen hatte sich jedenfalls nichts geändert. In Hamburg erschossen drei Nazis den kommunistischen Arbeiter Henning. Hitler übernahm demonstrativ die Kosten zur Verteidigung der Täter; im Jahr darauf wird er nach der brutalen Mordtat von Potempa die Nichtbestrafung der Verbrecher sogar zu einer Frage seiner „Ehre“ erklären ...

Hatte etwa der Sturz Wilhelm Fricks vom Stuhl des thüringischen Regierungschefs Hoffnungen ausgelöst, die Nazis als Juniorpartner ins Boot der Konservativen holen zu können? Oder verließ man sich auf Nachrichten, die von Auseinandersetzungen der NSDAP mit Walther Stennes, einem ihrer SA-Führer, handelten? Weder das eine noch das andere führte zu Erschütterung in deren Reihen. Zwar hatte er seit längerer Zeit den Berliner Gauleiter Goebbels attackiert, gelegentlich dessen Büro besetzen lassen und höheren Sold für die von ihm in ostdeutschen Gebieten befehligten Leute verlangt, doch als er sich gegen den Legalitätskurs wandte und Hitler Feigheit vorwarf, war er am 1. April 1931 kurzerhand abgesetzt und ausgeschlossen worden. Der NSDAP gelang es rasch, die Partei zu „reinigen“ und die SA zu disziplinieren. Sie war weder zu zähmen noch zu besänftigen.

Am 27. April tagte in München die Reichstagsfraktion der NSDAP. Sie beschloss, „nicht zu ruhen und zu rasten“, bis dem Weimarer Regime und der Brüning-Regierung ein Ende gemacht worden sei.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. April 2001, S. 21.

Alles offen?

Es handelt sich um einen Journalisten, der hier vom 20. Jahrhundert und dem Weg der Deutschen von Weimar über Bonn nach Berlin erzählt. Zwar steht Politikgeschichtliches im Mittelpunkt, doch spielen internationale Beziehungsgeflechte und kulturell-geistige Entwicklungsprozesse ebenfalls eine gewichtige Rolle. Manch unerwartete Assoziation stellt sich beim Lesen ein, zumal der Verfasser gern das chronologische Prinzip durchbricht. Das macht das Buch durchaus spannend und erhellend. Nicht zuletzt gilt das für den umfangreichen Teil zur Geschichte der DDR. Bei aller sehr grundsätzlich vorgetragenen Kritik wirkt das Bemühen um eine differenzierte und abwägende Sicht wohl tuend gegenüber der Vielzahl pauschaler Verurteilungen, die ansonsten auf dem heutigen Büchermarkt und in der Medienlandschaft vorherrschen.

Weimarer Republik und DDR stellt Sternburg als gescheiterte Demokratieversuche dar. Demgegenüber erscheint die BRD als eine reine Erfolgsstory und einzigartiger „Glücksfall“. Auf den materiellen und moralischen Trümmerhaufen von 1945 sei, dank Westintegration und mentaler Demokratieakzeptanz, eine „normale“ Republik entstanden. Von stabiler Demokratie, vom Sieg der Vernunft und der Mäßigung ist die Rede, ebenso davon, dass dieses historische Lehrstück den Blick für deutsche Verpflichtungen und Chancen im künftigen europäischen Einigungsprozess öffne. Kein Wunder also, dass sich im Einzelnen treffliche Feststellungen und falsche Aussagen die Waage halten. Manches geriet auch regelrecht platt. Was soll man z. B. von der Aussage halten, die NSDAP sei zu einer Volkspartei geworden, weil sie kein wirkliches Programm gehabt habe, was von dem Satz, Hitlers 1923er-Putsch habe die Weimarer Republik gerettet? Marxistischen Historikern wird ökonomischer Reduktionismus unterstellt; die Fehlstellen des Literaturverzeichnisses lassen erkennen, dass er von diesen nichts gelesen haben dürfte. Mit dem Blick auf Wandlitz holt er das Privilegien-Argument aus der Mottenkiste von 1990 hervor und behauptet allen Ernstes, die DDR sei „ein sozial zutiefst ungerechter Staat“ gewesen. Widersprüchliches bleibt unaufgelöst, so wenn er mit Recht bemerkt, viele Bürger der DDR hätte der kapitalistische Westen abgeschreckt – also doch kein „Glücksfall“ BRD? Antifaschismus und Friedenspolitik müssen also doch mehr gewesen sein als nur „Propagandafloskeln“, wie die Aussage an anderer Stelle lautet ...

Ganze vier Seiten gelten dem letzten Jahrzehnt. Alle Mutmaßungen zum wunderbaren bundesrepublikanischen Staat – sie erinnern mich übrigens an Behauptungen vom gesetzmäßigen Ergebnis und Höhepunkt der deutschen Geschichte, wie sie DDR-Obere gern verbreiteten – wären hier einer Nagelprobe zu unterziehen gewesen. Immerhin heißt es, es sei „nicht so schlimm gekommen, wie manche Pessimisten befürchteten“, und Deutschland sei als ein reiches, aber ratloses Land zu bezeichnen. Seine Leser entlässt Sternburg schließlich mit dem merkwürdigen Satz: „Alles ist offen“.

Wilhelm von Sternburg: Deutsche Republiken. Scheitern und Triumph der Demokratie. München, C. Bertelsmann Verlag, 543 S.

antifa Mai 2001, S. 25.

Erst die Bücher, dann ...

Gedanken zum 10. Mai 1933 – Deutscher Ungeist gegen „undeutschen Geist“

Kaum war den Nazis die Macht übertragen worden, begannen sie – von eifertigen Helfern in vorseilendem Gehorsam unterstützt – Universitäten und Akademien, kulturelle Einrichtungen und Organisationen zu „säubern“. Die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 geriet zum Symbol kulturfeindlichen und -vernichtenden Machtstrebens. Auf lodernen Scheiterhaufen brannten in nahezu allen deutschen Universitätsstädten verfemte Bücher. Allein in der Buchstadt Leipzig wurden rund 60.000 Bücher, 85.000 Zeitschriften, 250.000 Broschüren, 1600 Bilder, 500 photographische Platten und zwei Filme beschlagnahmt und vernichtet.

Den Flammen sollte es obliegen, den als „undeutsch“ denunzierten Geist – weil marxistisch, pazifistisch, liberal – zu zerstören. „Läuterung“ von den Sünden der Vergangenheit war angesagt. „Unrat und Schmutz jüdischer Asphaltliteraten“ (Goebbels) fielen den Flammen zum Opfer, um den alten und neuen Schriften dessen, was als Ausfluss deutschen Geistes gepriesen wurde, quasi eine pseudoreligiöse Weihe zu verleihen. Das Ritual der Bücherverbrennung hatte in erster Linie die politische Macht zu befestigen.

Der Anstoß kam aus dem am 13. März 1933 errichteten Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Es beauftragte Anfang April seinen Bibliothekar Dr. Wolfgang Hermann, eine Aktion „zur Verbrennung der marxistischen und jüdischen Bücher einzuleiten“. Schwarze Listen jener Autoren, die aus dem Geistesleben des Regimes verbannt werden sollten, stellte auch die seit langem vom NS-Studentenbund beherrschte Deutsche Studentenschaft auf. Rosenbergs Kampfbund für Deutsche Kultur fehlte nicht in der Reihe derer, die – nach dem „Philosophen“ Ernst Kriegk – das „Blut gegen den formalen Verstand, die Rasse gegen das rationale Zweckstreben“ setzen wollten.

Die Listen waren lang und erfassten etwa 130 Autoren, darunter Bebel, Bernstein, Brecht, Döblin, Einstein, Freud, Heine, Kästner, Kraus, Lasker-Schüler, Ossietzky, Preuß, Rathenau, Remarque, Tucholsky, Unruh, Werfel, Zuckmayer. In Berlin wurden als erste die Schriften von Marx und Kautsky den Flammen übergeben, begleitet vom Spruch: „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung!“ Der deutsche Ungeist hatte sich erhoben

...

Die makabren Feuerrituale bildeten den Höhepunkt einer mehrwöchigen Gesamtaktion, die am 12. April mit der Veröffentlichung der „Zwölf Thesen wider den deutschen Ungeist“ begonnen hatte. Deren Titel assoziierte Nähe zu Martin Luthers Reformationsauftakt vier Jahrhunderte zuvor. In mehreren Rundschreiben wurden die Studenten aufgefordert, zuerst die eigene Bücherei und die ihrer Bekannten von „schädlichen“ Büchern zu säubern. Danach sei auch in den öffentlichen Bibliotheken derartiges Material „auszumerzen“. Punkt 11 verlangte die künftige „Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste“. Immerhin nahmen die Organisatoren „einstweilen“, wie es hieß, Abstand von der ebenfalls geplanten Einrichtung mittelalterlicher Schandpfähle für lästige Intellektuelle; eine Maßnahme, die dennoch praktiziert worden ist, so in Rostock und Königsberg.

Das berüchtigte Gesetz vom 7. April, das vorgeblich der „Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums“ diene, bot bereits die Grundlage für eine bis dahin einmalige Vertreibung hervorragender Wissenschaftler von ihren Lehrstühlen und aus ihren Instituten. Empfindliche Lücken entstanden; sie wurden von zweitrangigen Geistesgrößen „geschlossen“, die willig den Platz der Vertriebenen einnahmen. Für niemanden, der sehen wollte, kam überraschend, was sich da abspielte. Diffamierung und Rufmord des besten Teils deutscher Kunst und Literatur waren bereits lange zuvor betrieben, das „Ausrotten“ und „Ausmerzen“ offen angekündigt worden. Vor 1933 hatten Nazi-Studenten im Verein mit konservativen Verbündeten mehrmals Skandale gegen pazifistische Schriftsteller und demokratisch gesinnte Hochschullehrer ausgelöst. Verteidiger der Weimarer Republik, Verfechter der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben der Völker und sozialistische Denker aller Richtungen waren immer wieder von ihnen angegriffen worden.

So war Ende 1930 an der Heidelberger Universität gegen die Ernennung Emil Gumbels zum außerordentlichen Professor ein Sturm der Entrüstung organisiert worden, denn er hatte es gewagt, sämtliche politische Morde in Deutschland seit 1918 wissenschaftlich zu erfassen und die Täter beim Namen zu nennen. Vom Geist der Protestierer zeugte u. a. ein Flugblatt, das schlicht verkündete: „Zwischen einem gewöhnlichen jüdischen Schnorrer und einem jüdischen Hochschulprofessor, z. B. dem Obergaukler der Physik, Einstein, ist im Prinzip kein Unterschied. Beide leben vom Betrügen, von Unredlichkeit, vom Bluffen.“ Schutz wurde dem Gelehrten nicht zuteil, auch nicht vom Hohen Senat der alma mater heidelbergensis.

Derartige akademische Trauerspiele gab es viele. Im Dezember 1930 traf es Günther Dehn, der den Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands mitbegründet hatte und durch den preußischen Kultusminister Adolf Grimme zum Professor für praktische Theologie in Halle berufen worden war. Hier stützte sich der lautstarke Protest auf seine Rede „Kirche und Völkerversöhnung“, die Dehn im November 1928 gehalten hatte und in der er u. a. die Aufstellung von Heldendenkmälern in evangelischen Kirchen kritisiert hatte. Ähnlich erging es Willy Cohn, Verfasser mehrerer Lebensbilder von SPD-Politikern. Seine Berufung löste 1930/31 an der Breslauer Universität Krawalle aus. Der Historiker wurde in Auschwitz ermordet.

Mit dem Blick auf den Fall Gumbel schrieb Albert Einstein im November 1930 hellsichtig: „Das Verhalten der akademischen Jugend gegen ihn ist eines der traurigen Zeichen der Zeit, welche das Ideal der Gerechtigkeit, Toleranz und Wahrheit so wenig hochhält. Was soll aus einem Volke werden, das solche Zeitgenossen brutal verfolgt und dessen Führer dem gemeinen Haufen keinen Widerstand entgegensetzen?“ Jahre darauf, als der Schlachtruf „Deutschland erwache“ seinen Zweck erfüllt hatte und der Ungeist triumphierte, schrieb Karl Kraus im letzten Heft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Fackel“ den gleichsam bilanzierenden Satz: „Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“

Die Erinnerung an die beschämenden Aktionen vor 68 Jahren legt die Frage nahe, ob möglicherweise Parallelen zum heutigen Umgang mit Büchern deutscher Antifaschisten zu sehen sind. Nein, es gibt keine neuen Scheiterhaufen. Wohl aber traurige Zeichen. Man sehe die Schließung von Theatern und Bibliotheken, man prüfe Angebote und Preise in den Buchhandlungen, die Auswahl und den Platz antifaschistischer Filme in TV-Programmen, die drastischen Streichlisten staatlicher und kommunaler Einrichtungen. Zu reden wäre mit Madame Forrester vom „Terror der Ökonomie“ und einer Degradierung der Kultur zur Manövriermasse sparbesessener Politiker. Kulturfeindliches vollzieht sich allemal ...

Neues Deutschland, Donnerstag, 10. Mai 2001, S. 13.

Deutschheit

Im Mai 1931 geriet die seit 1856 bestehende „Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ – sie kontrollierte rund zwei Drittel der Industrie des Alpenlandes – in Zahlungsschwierigkeiten, bald darauf brachen auch in Deutschland große Banken zusammen, darunter die Danatbank, die Dresdener Bank und das Bankhaus Schroeder. Die Weltwirtschaftskrise trieb ihrem Höhenpunkt entgegen. Während Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter konkrete Arbeitsbeschaffungsprogramme vorlegten, setzten die Faschisten auf die Karte des Nationalismus und schrieten einmal mehr „Deutschland erwache!“ Dieser Schlachtruf zierte seit 1923 die SA-Standarten. Häufig erschallte er zusammen mit den mörderischen, rassistisch-antisemitischen Worten „Juda verrecke!“ So auch an vielen Abenden im Berliner Sportpalast. Hier redete vor allem Goebbels.

Etwas abseits vom großen Getümmel, aber ebenfalls unter der Parole „Deutschland erwache“, versammelte sich der von Alfred Rosenberg geschaffene und geleitete Kampfbund für deutsche Kultur am Pfingstsonntag in Potsdam. Zwei der Nazigrößen hielten an diesem 24. Mai Vorträge: Hermann Göring über „Wehrwille sichert Kultur“, Rosenberg zu „Blut und Ehre“. Beide verdeutlichten, wogegen sich das „erwachende“ Deutschland zu richten habe – gegen „rassefremdes Literatentum, verbündet mit den Abfällen der Großstädte“ sowie „das entwurzelt Internationale“. Der Bund, dessen Mitgliederzahl von anfänglich 300 auf 38.000 im Oktober 1933 stieg, sollte den „nationalsozialistischen Gedanken in Kreise ... tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht gefasst werden“ konnten.

Was Rosenberg in Potsdam von sich gab, war auch in seinem 1930 erschienenen Buch vom „Mythus des 20. Jahrhunderts“ nachzulesen, dem ursprünglich der Titel „Rasse und Ehre“ zugedacht war. Neben Hitlers „Mein Kampf“ galt es – obwohl parteiamtlich nie anerkannt – als das zweite Standardwerk des NS. Auch in Potsdam verkündete Rosenberg, alle Staaten des Abendlandes seien von den Germanen erschaffen worden. Hätten sich die „aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens, Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer“ durchsetzen können, wäre „der die Erde umgestaltende Genius des das Weltall erforschenden nordisch bedingten Menschen“ für ewig verloren gegangen. Die nordische Rasse habe alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen, doch diese seien überall und stets durch die jüdische Gegenrasse bedroht. Die Schlussfolgerung lautete: Über alles in der Welt müsse die Ehre der deutschen Nation gestellt werden.

Ein „Markstein der ... ewigen Deutschheit“ – so ist Rosenbergs Buch stolz von unkritischen Bewunderern genannt worden ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Mai 2001, S. 21.

Tributaufruf

Im Verlauf des Jahres 1931 erließen Regierung und Reichspräsident 44 Notverordnungen. Eine der wichtigsten war die umfangreiche „Zweite Notverordnung zu Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 5. Juni. Sie enthielt zahlreiche Festlegungen und erlangte nicht allein wegen ihrer rigorosen sozialpolitischen Demontage traurige Berühmtheit. Sie sah u. a. die Einstellung aller Darlehens- und Zuschusszahlungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung vor. Ferner wurden alle Löhne, Gehälter und Renten um fünf bis acht Prozent gesenkt. Die Altersgrenze der Unterstützungsempfänger wurde von 16 auf 21 Jahre heraufgesetzt. Verheiratete arbeitslose Frauen sollten nur noch im „Bedarfsfall“ finanzielle Zuwendungen erhalten. Darüber hinaus wurde eine Krisensteuer eingeführt, die bis zu vier Prozent Aufschlag auf die Einkommensteuer und bis zu fünf Prozent auf die Lohnsteuer ausmachte. Die Tarifautonomie geriet zum Schatten ihrer selbst. Das Reichsarbeitsgericht entschied, die Unternehmer würden dem Tarifrecht auch genügen, wenn sie nicht mit den Gewerkschaften, sondern mit innerbetrieblichen Werkvereinen verhandelten, die sie selbst ins Leben riefen ... Lautstark tönten regierende Politiker, die Wirtschaftskrise so überwinden und den Staatshaushalt sichern zu können. Geholfen wurde allenfalls der Wirtschaft, aber auch dies nicht einmal in gewünschter Weise. Mit dem Schrumpfen der Sozialversicherungen und angesichts der steigenden Zahl von Arbeitslosen und Fürsorgeempfängern nahmen die Ausgaben der öffentlichen Kassen sogar zu. Die Versuche, die Krise auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu bewältigen, verschärften zwangsläufig Not und Elend. Dennoch schrieb Reichsbankpräsident Hans Luther über die Zweite Notverordnung, das Werk sei zwar „groß, aber nicht annähernd ausreichend“.

Fest steht: Für die Regierung besaß die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Armut keineswegs oberste Priorität. Als „Chefsache“ galt Reichskanzler Heinrich Brüning, die Reparationsleistungen an die Sieger des Weltkrieges einzustellen. Davon versprach er sich nicht allein außenpolitische Aktionsfreiheit. Wie er 1970 in seinen Memoiren enthüllte, sollte die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise ebenso seinen Plänen einer Verfassungsreform, der Wiedereinführung monarchischer Verhältnisse und der Einsetzung eines Kabinetts aus Vertretern der Rechtsparteien dienen.

Der Reichskanzler brüskierte auch das Ausland. In einer Regierungserklärung gab er den Reparationen die Schuld an der Not in Deutschland. Drohend hieß es, die Grenze dessen sei erreicht, was durch sie den Deutschen an Entbehrungen auferlegt werde. Erstmals wurde regierungsoffiziell von „Tribut“ gesprochen, der den „deutschen Wiederaufstieg“ verhindere und einen großen „Idealismus deutschen Volkstums“ erfordere. Die als „Tributaufruf“ in die Geschichte eingegangene Erklärung bewirkte unmittelbar nur, dass Brüning und sein Außenminister am 10. Juni 1931 erfolglos vom Londoner Verhandlungstisch zurückkehrte.

Neues Deutschland, 9./10. Juni 2001, S. 21.

Mahnrufe

Am 29. Juni 1931 sollte jene Notverordnung in Kraft treten, die wenige Wochen zuvor vom Brüning-Kabinetts beschlossen und von der KPD als eine „Hungernotverordnung“ charakterisiert worden war. Sie hatte in der Arbeiterbewegung Proteststürme ausgelöst und überall zu neuen politischen Auseinandersetzungen geführt. Wie betreibt man Opposition in der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise und angesichts der Gefahr einer faschistischen Diktatur? Um diese zentrale Frage drehte sich alles. Ausnahmslos sahen sich alternative Konzepte auf den Prüfstand gestellt, darunter vor allem jenes, das der „Tolerierung“ des nahezu autoritär regierenden Brüning-Kabinetts Unterstützung bot.

Zahlreiche Basisorganisationen der SPD verlangten energische Aktionen. Funktionärsversammlungen in Berlin, Dresden, Leipzig, Stuttgart verabschiedeten Resolutionen. In Stuttgart sprach sich selbst der als „Rechter“ geltende Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher für Abbruch der Tolerierungspolitik aus. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen trieben einem neuen Höhepunkt entgegen (und führten bald zur Gründung einer neuen Partei).

In dieser Situation mahnte die SPD-Führung Brüning zum Einlenken und kündigte an, mit der Regierung über Änderungen der Notverordnung zu verhandeln. Die Parteilinken erwarteten wie die Kommunisten und andere die Einberufung des Reichstages. Dies lehnte die Regierung kategorisch ab. Im Ergebnis erpresserischer Rücktrittsdrohungen Brünings durfte, mit Zustimmung der SPD-Fraktion, nicht einmal der Haushaltsausschuss des Reichstages zu einer Sitzung zusammentreten. Als die Nachricht verbreitet wurde, der USA-Präsident Hoover habe einen einjährigen Aufschub aller Reparationszahlungen vorgeschlagen, „ermahnte“ nun Brüning die Deutschen, sie sollten ja nicht glauben, dass dies zu einer Verbesserung ihrer sozialen Lage führen würde, denn alle Erleichterungen müssten der Wirtschaft zugute kommen. Demokratieverlust, Entparlamentarisierung und Sozialabbau gingen weiter Hand in Hand. Auch in der SPD wurde mit den Opponierenden kaum über die Inhalte gesprochen. Sonderbündlerische Bestrebung – so der Vorwurf, Einhaltung der Parteidisziplin, so die ultimative Forderung. Daraufhin veröffentlichten linke Sozialdemokraten am 1. Juli 1931 einen „Mahnruf an die Partei“. Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz u. a. versuchten, einer Minderheit in der SPD Gehör zu verschaffen. Sie forderten: Schluss mit der Tolerierungspolitik. Mit der Notverordnung sei die Schmerzgrenze erreicht. „Ausweichen und Zurückweichen“ könne das größere Übel nicht abwenden. In diesem Sinne hatte auch ein Gewerkschaftsführer erklärt: „Wir sind dem Kampf bisher ausgewichen, aber es entsteht doch die Frage, ob wir angesichts der Wirtschaftslage in absehbarer Zeit überhaupt noch ausweichen können.“

Ende Juni 1931 verkündete der „Vorwärts“ noch voller Zuversicht, dass sich die Richtigkeit sozialdemokratischer Entscheidungen zu Gunsten Brünings erweisen würde, „wenn einmal die Geschichte der letzten Tage geschrieben werden wird ...“ Es sollte keine zwei Jahre dauern, bis sich die Befürchtungen derer bewahrheiteten, die vor der Tolerierungspolitik gewarnt hatten ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Juni 2001, S. 21.

Wer regiert?

Im Leitartikel ihrer Ausgabe vom 25. Juli 1931 behandelte das „Berliner Tageblatt“ die Frage, wer denn in Deutschland regiere. Das Blatt nahm zunächst unter die Lupe, wem die am 5. Juni verkündete Notverordnung Vorteile gebracht hatte. Es verwies u. a. auf den I. G. Farben-Konzern, dem die Heraufsetzung des Benzinolls und die Einführung von Stickstoffzöllen sichtlich nützen würden; allein ersteres spiele ihm einen Mehrerlös in Höhe von neun Millionen Mark ein. Zudem bringe die Verordnung dem Kohlenbergbau die Möglichkeit, Soziallasten einschneidend zu senken. Der Firma Borsig sei aus Reichsmitteln eine größere Summe gezahlt worden, nicht als Subvention, sondern als „Vorschuss auf später zu bewirkende Lieferungen an Reichsbehörden ...“ Offensichtlich stand der Autor auch unter dem erschütternden Eindruck der großen Bankenkrise, die im Mai 1931 begonnen hatte und Mitte Juli einen katastrophalen Höhepunkt erreichte.

Unmittelbaren Anlass dieses Desasters bot ein Skandal, den die Brüder Carl, Friedrich und Heinrich Lahusen als Chefs der „Nordwolle“, des bedeutendsten deutschen Textilkonzerns, herbeigeführt hatten; es ging um die Verschleierung ihrer finanziellen Situation und einen Schaden von 240 Millionen Mark. Danach brach die Danat-Bank zusammen, die ihnen kurze Zeit zuvor noch einen großen Kredit gewährt hatte. Sie schloss am 13. Juli ihre Schalter und erklärte, die Ansprüche ihrer Gläubiger nicht mehr befriedigen zu können. Andere folgten, darunter die Dresdener Bank und das Bankhaus Schroeder. Die Brüning-Regierung beriet fast fünf Tage und Nächte ununterbrochen die Lage und hatte alle Hände voll zu tun, die Krise nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Der 14. und 15. Juli wurden zu „Bankfeiertagen“ erklärt, der Diskontsatz von sieben auf zehn Prozent erhöht, später sogar auf 15 Prozent, der Lombardsatz von acht auf 15, später auf 20 Prozent. Das Reich übernahm Aktien der Danatbank, der Commerzbank und der Deutschen Bank. Sarkastisch kennzeichnete dies ein Kritiker als „Sozialisierung der Verluste“.

Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen konnte verhindert werden, dass die Bankenkrise eskalierte. Jedoch waren weder das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit noch die zunehmende Verarmung aufzuhalten. Wer hinter die Kulissen sehe, so schlussfolgerte das „Berliner Tageblatt“, der könne erkennen, „welchen außerordentlichen Einfluss die Großindustrie“ auf das Kabinett genommen habe. Es seien eben nicht die Parteien und Verbände, die regieren würden, lautete das strikte Urteil. Das Blatt – wohlgemerkt, es war weder kommunistisch noch sozialdemokratisch orientiert – benannte ebenso deutlich, wozu „die entfesselten nationalistischen Instinkte“ dienen sollten. Sie seien die „beste Schutzwehr“ gegen alle Versuche, dem verstärkten Einfluss großkapitalistischer Kräfte auf die Regierung zu begegnen. Aus diesem Grunde würden jene, die „aus unserem Vaterland eine I. G. Deutschland“ und eine hemmungslose Diktatur machen wollten, gut mit den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm auskommen ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Juli 2001, S. 21.

Verwischte Grenzlinie

Sonntag, 9. August 1931: Zwei Tage vor dem Weimarer Verfassungstag fand in Preußen ein Volksentscheid statt, herbeigeführt von einem Bündnis zwischen Nazis, Deutschnationalen und Stahlhelmen. Vereint hatten sie sich als rechtsgerichtete „nationale Opposition“ bemüht, demokratische Möglichkeiten der Weimarer Verfassung zu nutzen, um eine vorzeitige Absetzung der vom Sozialdemokraten Otto Braun geführten Landesregierung erreichen zu können. Das Volksbegehren, das dem Entscheid vorauszugehen hatte, war am 30. Juni über die Bühne gegangen. Rund 5,9 Millionen Wahlberechtigte hatten sich in die Listen eingezeichnet und das Anliegen unterstützt. Der Entscheid selbst brachte mit 37,1 Prozent nicht die erforderliche Mehrheit der knapp 40 Millionen Wahlberechtigten.

Dass die preußische Regierung der Reaktion ein Dorn im Auge war und diese sie so rasch wie möglich abgesetzt wissen wollte, konnte jeder verstehen. Doch welcher Teufel ritt die Kommunisten, sich an diesem Volksentscheid zu beteiligen, zumal sie vorher das Volksbegehren abgelehnt hatten? Der Entscheidungsprozess offenbart eine Reihe von Defiziten kommunistischer Politik in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Mitte Juli hatte die Parteiführung in Gestalt des Polbüros noch einmal ihre das Unternehmen der Rechten generell abweisende Position bekräftigt. Sie stand unter dem Druck ihrer Basis, aber auch unter dem der Kommunistischen Internationale und sowjetischer Weisungen. Der verhängnisvolle Schritt wurde erst am 21. und 22. Juli beschlossen und bedeutete einen fatalen Kurswechsel. Sektiererische Ambitionen eines großen Teiles der KPD-Führung trafen sich mit spezifischen Moskauer Interessen. Alles beruhte auf der Hoffnung, die Zuspitzung der Wirtschaftskrise würde zu neuen und großen revolutionären Erhebungen führen. Von den lebhaften innerparteilichen Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie erwartete man eine Spaltung der SPD und den Übertritt vieler Parteimitglieder zur KPD.

Trotz der gewohnten Parteidisziplin war vielen deutschen Kommunisten bei dieser überraschenden Entscheidung offensichtlich nicht wohl. Die meisten blieben der Abstimmung fern, und auch unter führenden Genossen grummelte Protest. So notierte Clara Zetkin hellseherisch, aber vergeblich warnend, man habe die „Grenzlinie“ zwischen sich und den Nazis verwischt. Die Verlautbarung, man habe gar nicht mit einem Erfolg des Entscheides gerechnet und mit der Beteiligung an ihm einen großen Einbruch in die faschistische Front erreicht, entbehrte jeder Grundlage. Die weiteren Versuche zu erneuter Kurskorrektur blieben Stückwerk. Die Aufrufe zur Schaffung einer Einheitsfront bezweckten vordergründig die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter als Mitglieder der KPD und stellten mit der Losung „Kommt zu uns“ antifaschistische Ziele in Frage. Der Fehler sollte sich bitter rächen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. August 2001, S. 21.

Erpressung

Die große Bankenkrise war noch nicht überwunden, die Auseinandersetzungen um Brüning's Notverordnungspolitik nicht verebbt, da sahen im Sommer 1931 konservative Organisationen und NSDAP die Gelegenheit gekommen, den Reichskanzler zu stürzen und die Regierungsgewalt zu übernehmen. Hitler und Alfred Hugenberg, Chef der Deutschnationalen Volkspartei, bewiesen nicht nur Eintracht im Kampf gegen alles, was in ihren Augen als „links“ galt, sie trugen auch handfeste Streitereien um den eigenen Platz in ihrer antidemokratischen, antisozialistischen Front aus.

Am 7. September setzte Hitler eines jener Manöver in Gang, das Unterschiede und Zwiespalt des Bündnisses zeitweilig in den Vordergrund treten ließ. In einem Brief an den „hochverehrten Herrn Geheimrat“ beklagte er das Fehlen „strengster Loyalität“ im gemeinsamen Bemühen um eine „stärkere Vertretung der nationalen Interessen“. Erst jetzt nahm er das Verhalten thüringischer Konservativer gegenüber dem am 1. April gestürzten Frick und die Absetzung von zwei (sic!) Nazi-Beamten zum Anlass, ultimative Forderungen zu stellen. Hauptsächlich richtete sich das Schreiben gegen eine Entscheidung in Braunschweig. Hier war Anton Franzen am 27. Juli 1931 als Innen- und Volksbildungsminister zurückgetreten und hatte, von Hitler deshalb arg kritisiert, bald darauf seinen Austritt aus der NSDAP erklärt. Den vakanten Ministerposten wollte das braunschweigische Staatsministerium künftig einsparen. Es war dieser Beschluss, den Hitler zu einem Ultimatum benutzte: Spätestens am 16. September werde er den Bruch mit der „nationalen Opposition als vollzogen“ ansehen, sollte nicht ein Mitglied seiner Partei wieder Minister werden. Drohend sprach er von „Verrat“, „Heimtücke“ und „hinterhältiger Abdrosselung“. Ein potenzieller Koalitionskandidat – im Gespräch war die Zentrums-Partei – sollte gegen den anderen ausgespielt werden. Unmissverständlich verkündete Hitler: „Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass ich unter diesen Umständen lieber als Nationalsozialist meinen Weg allein gehe, als mich von teuren Verbündeten rückwärts erdolchen zu lassen.“

Die Erpressung gelang: Einen Tag vor Ablauf des Ultimatums wählte der braunschweigische Landtag das NSDAP-Mitglied Dietrich Klagges zum Minister für Inneres und Volksbildung. Hugenberg hatte klein beigegeben und Hitler außerdem am 11. September versprochen, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, sollte dieser den Ministerposten verweigern. Von gewählten Volksvertretungen und demokratischem Parlamentarismus hielt der konservative Parteiführer wenig – auch darin seine geistige Bundesgenossenschaft mit den Faschisten beweisend ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. September 2001, S. 21.

Parteitag

In Stettin versammelten sich am 19. und 20. September 1931 Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrem 10. Parteitag. Alfred Hugenberg, als „Führer“ der DNVP stürmisch gefeiert und ernsthaft um das Bündnis mit den Nazis bemüht, sah in ihm einen „Aufruf zum Entscheidungskampf gegen Brüning“. Ernsthaft rechnete er damit, bald als neuer Reichskanzler berufen zu werden. Ihm war offensichtlich bekannt, dass auf Initiative des Fürsten Otto zu Salm-Horstmar bei Hindenburg waschkörbeweise Briefe von Industriellen, Großagrariern, Militärs und rechten Politikern eingingen. Alle richteten sich gegen die bestehende Reichsregierung des Zentrum- Politikers Brüning; übereinstimmend hieß es, Brüning fehle der Mut, sich von der SPD zu trennen.

Zumindest hoffte Hugenberg wohl, seinen politischen Handlungsspielraum wieder erweitern zu können, nachdem er hatte konstatieren müssen, wie sehr das Kräfteverhältnis innerhalb der „Nationalen Opposition“ bereits zu Gunsten der NSDAP verschoben worden war. Er wollte wohl noch nicht begreifen, wie ein Zauberlehrling versagt zu haben und selbst zum Juniorpartner im Gespann mit den bislang gepöppelten Nazis geworden zu sein. Hugenberg versuchte, die Positionen seiner Partei neu und noch rechtsgerichteter als bislang zu bestimmen. Der Zusammenbruch deutscher Großbanken galt ihm als „Katastrophe des Juli 1931“. Deren Ursachen führte er auf den Versuch der „Kapitalisten und Kapitalistenvölker“ zurück, die das germanische Volk „abschlachten und hinmorden“ und Deutschland endgültig zu ihrer Kolonie machen wollten. Demgegenüber sei es deutschnationales Ziel, die nationale Volkswirtschaft „von störenden und damit zerstörenden weltkapitalistischen Einflüssen“ zu befreien. Zwei „vorurteilslose Schritte“ seien erforderlich, um Deutschland wieder international zahlungsfähig zu machen: „Der eine dieser Schritte bestünde darin, dass man Deutschland wieder ein Kolonialreich in Afrika gäbe ... Der zweite Schritt wäre der, dass dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werke des Friedens aufbauen könnte ... Der Wiederaufbau des Ostens ist weit über die alten deutschen Grenzen hinaus nur durch Deutschland möglich.“

Es musste sich also um eine recht demagogische Argumentation gehandelt haben, die Hugenberg sechs Wochen zuvor dem Reichspräsidenten geliefert hatte. Auf die Bemerkung Hindenburgs, die NSDAP sei keine „zuverlässige nationale Partei“, war von ihm forsch erwidert worden, er marschiere mit dieser in einer Front, um sie „nach der nationalen Seite mehr festzulegen und ihr Abgleiten zum Sozialismus oder Kommunismus zu verhüten“. Als verdienstvoll wollte er anerkannt wissen, dass gerade „hierdurch die Nationalsozialisten politisch“ erzogen worden wären. Im Gegenteil: Stettin zeigte, wie frappierend die programmatische Annäherung deutscher Konservativer an die NSDAP vor sich gegangen war.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. September 2001, S. 21.

Die totale Negation

Stanley Payne analysiert den Faschismus

Das voluminöse Werk erschien in den USA bereits vor sechs Jahren. Da lautete der Titel: „A History of Fascism 1914-1945“. Auf diesen zu verweisen macht Sinn, denn die deutsche Ausgabe – ein Gemeinschaftsunternehmen der Münchener Econ Ullstein List GmbH & Co und des Berliner Propyläen-Verlages – weicht von ihm ab: Zum einen entfiel der Bezug zum Ersten Weltkrieg, zum anderen erscheint nun der Faschismus als eine Bewegung, die es nur in Europa gegeben haben soll. Wer indessen den Gedankengängen des Autors folgt, wird sich nicht täuschen lassen ...

Ja, man liest das Buch mit Gewinn. In der breiten, material- und gedankenreichen Darstellung dessen, was der „auffälligste Radikalismus“ des 20. Jahrhunderts genannt wird, stehen selbstverständlich Deutschland und Italien im Vordergrund. Danach werden die faschistischen Bewegungen in Österreich, Spanien, Ungarn und Rumänien als weitere unterschiedliche Typen des Faschismus behandelt.

Ausführliche Erörterungen gelten auch den kleineren Gruppierungen in nahezu allen anderen europäischen Ländern, aber auch den autoritären Regimen und Bestrebungen in Japan, Südafrika, Lateinamerika, USA und im Nahen Osten, die alle einige Kennzeichen des Faschismus aufwiesen. Aufmerksam verfolgt Stanley Payne zugleich, welche Schnittstellen zwischen Faschisten einerseits sowie den „radikalen Rechten „ und den „konservativen Rechten“ andererseits in programmatischer und politisch-organisatorischer Hinsicht bestanden.

Die nahezu uneingeschränkte Verwendung des Begriffs Faschismus lässt aufhorchen, wird doch seit langem alles getan, ihn auf Italien zu beschränken und seine generalisierende Aussagekraft in Frage zu stellen. Der Verfasser wendet sich gegen eine „nominalistische Betrachtungsweise, die darauf beharrt, alle radikalen nationalistischen Bewegungen in den europäischen Ländern der Zwischenkriegszeit seien von ihrem Wesen her verschieden gewesen“. Damit würden „charakteristische Ähnlichkeiten ignoriert“, auch wenn es in engem technischen Sinne korrekt sei, „dass keine dieser Bewegungen ein bloßer Abklatsch der anderen war.“ (S. 561).

Er selbst bietet eine bedenkenswerte typologische Beschreibung des Faschismus an, die dreieggliedert Ideologie und Ziele, Negationen anderer Strömungen sowie Stil und Organisation umfasst (S. 15). Auf dieser Grundlage nimmt er mehrfach und eindeutig Stellung gegen oberflächliche „technische“ Gleichsetzungen und totalitarismustheoretische Vulgärbehauptungen. Dennoch befragt er auch die übereinstimmenden Kennzeichen des Faschismus, insbesondere in der Behandlung der Interpretationsmodelle anderer Historiker. Die von ihm entwickelten Kriterien bieten den Vorteil, sich weitgehend und komplex an die geschichtlichen Rahmenbedingungen und an den konkreten Geschichtsverlauf zu halten.

Schließlich thematisiert Payne den „Faschismus der Zukunft“: Gering – so die eher politisch denn historisch geformte Aussage – sei die Gefahr einer Wiederkehr in der westlichen Welt, größer da, wo religiöser Fundamentalismus vorherrsche, hauptsächlich aber in einigen der ehemals kommunistischen Länder. Da werden Grenzen deutlich: Während er den traditionellen Faschismus in engstem Zusammenhang mit Nationalismus, Rassismus, Militarismus und den beiden Weltkriegen behandelt, klammert er diese Faktoren weitgehend aus seinen Überlegungen für das 21. Jahrhundert aus. Schade, gerade sie sind bereits an dessen Beginn außerordentlich aktuell, und das nicht erst seit dem 11. September ...

Stanley Payne: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung. Propyläen, Berlin. 800 S., geb., 68,54 DM.

Neues Deutschland, 10. bis 15. Oktober 2001, S. 12.

Heerschau

Die gespenstisch anmutende Szenerie ist oft beschrieben worden: Im idyllisch gelegenen und zum Land Braunschweig gehörenden Bad Harzburg tummelte sich am 10. und 11. Oktober 1931 eine 10.000 Mann zählende Schar deutschnationaler und nationalsozialistischer Politiker, Abgesandter anderer rechter Parteien und Verbände, Militaristen alter und neuer Prägung. Frauen des Königin-Luise-Bundes hatten Straßen und Plätze geschmückt, vorwiegend schwarzweiß-rot. Freuen konnten sich die Besitzer der Hotels im krisengeschüttelten Kurort, die Stahlhelm-Prominenz war im Hotel „Radau“ abgestiegen und die Naziführer im „Fürstenhof“. Am Abend zuvor setzte die Polizei ein besonderes Zeichen: Sie durchsuchte Wohnungen von Antifaschisten und verhaftete 26 Mitglieder der KPD.

Zum Stelldichein der „nationalen Opposition“ waren neben dem früheren Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, dessen Rede größte Aufmerksamkeit fand, Monarchisten, Großagrarier und Verfechter großindustrieller Interessen gekommen. Letztere vertrat auch ein Beauftragter von Paul Reusch, der am 4. Oktober Brüning heftig gescholten hatte, den notwendigen „Kampf gegen die Massen“ leider zu scheuen. Allen Ernstes erwarteten die Versammelten, das Brüning-Kabinett in der für den 13. Oktober anberaumten Sitzung des Reichstages stürzen und die für den 8. November vorgesehenen Neuwahlen gewinnen zu können.

Wie die Harzburger Verbündeten die Situation beurteilten und welche Regierungspolitik sie selbst betreiben wollten, geht aus der gemeinsam verabschiedeten Entschließung hervor. Ihre strikte Forderung nach Brünings Rücktritt leiteten sie aus merkwürdigen Begründungen ab. Diejenigen, die in Deutschland täglich selbst Terror ausübten, erklärten voller Pathos, den „Blutterror des Marxismus“ und den fortschreitenden „Kulturbolschewismus“ entschieden bekämpfen zu müssen. Weiter hieß es, Deutschland werde politisch, wirtschaftlich und militärisch „entmannt“, die Wirtschaft unterwürfig zu Gunsten „weltwirtschaftlicher Utopien“ preisgegeben und der zerrissene Osten „nicht vor einem kriegesischen Einbruch bewahrt“. Hitler kleidete dies nur in andere Worte, als er zwei Tage darauf im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichten ließ: „Im harten Kampf um das Dasein der Völker und Nationen bleibt Deutschland mehr und mehr zurück“; sein „Manifest“ diene vor allem dazu, vor jeder Kabinettsbildung ohne seine Partei zu warnen.

Wenige Wochen darauf gründeten die Beteiligten eine „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“. Aus italienischen Erfahrungen sollte gelernt werden, nachdem es dem Reichskanzler gelungen war, mit der Umbildung seines Kabinetts selbst einen Rechtsruck zu vollziehen und die unmittelbaren Wünsche der Harzburg-Frontler zu durchkreuzen. Indessen setzte er damit kein Zeichen. Übrigens: Damals warnte die örtliche SPD-Zeitung „Der Volksfreund“ vor den Nazis: „Ihr Ziel ist ein neues Völkermorden und damit die Vernichtung der letzten Werte, die uns noch geblieben sind.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 20./21. Oktober, S. 21.

Zum Geleit

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Verehrte Gäste des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft!

Es bedeutet mir außerordentlich viel, heute eine von uns sehr gern vorbereitete Veranstaltung eröffnen und alle zu ihr aus Fern und Nah angereisten Teilnehmern herzlich begrüßen zu dürfen.

Trotz unterschiedlicher Erfahrungen und Positionen, trotz divergierender Meinungen und Standpunkte, trotz unterschiedlicher Erwartungen an erinnerungsgeladene Rückschau und wissenschaftliche Analyse hoffen wir, unsere Absichten verwirklichen zu können. Möge es uns gelingen, den vielfältigen Zielstellungen einigermaßen gerecht werden zu können.

Wer hier im Raum sitzt, hat in vielfacher Hinsicht *an* der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität und mit *ihr* gelebt, entscheidende Jahre oder gar Jahrzehnte seines Lebens *an* ihr verbracht und *für* sie gewirkt. Für viele endete diese Tätigkeit mit einer unerwarteten Zäsur und dem Beginn eines völlig neuartigen Lebensabschnittes, allzu oft unter Umständen, die Bitterkeit und das Gefühl hinterlassen mussten, ungerecht behandelt worden zu sein und immer noch ungerecht behandelt zu werden, Umstände, die auch zu Resignation führten, jedoch kaum die Bereitschaft zu beeinträchtigen vermochten, weiterhin der Wissenschaft zu dienen und ihr einen sinnvollen Platz im Ringen um lebenswerte, dem Humanismus verpflichtete und allseitig gerechte Verhältnisse erringen zu wollen.

Mancher sieht sich seither auch mit Verdikten behaftet, die mit eigenen Erinnerungen kaum übereinstimmen, die diese gar zu verdrängen beabsichtigen, weil sie kaum in neu gepflegte alte Sichtweisen passen wollen. Andererseits gilt wohl auch in diesem Zusammenhang ein Nietzsche-Wort, welches da lautet: „Das habe ich getan“, sagt mein Gedächtnis. „Das kann ich nicht getan haben“ – sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich – gibt das Gedächtnis nach.“¹

Nein, es geht uns nicht um Stolz oder gar um nostalgische Gedächtnisübungen. Was wir heute und morgen behandeln wollen und hoffentlich übermorgen auch zu Papier bringen können, das füllt die Geschichte jener Jahre zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem ersten Höhepunkt des Kalten Krieges. Es waren Jahre, in denen zu überwinden galt, was Faschismus und Krieg hinterlassen hatten. Trümmer mussten beseitigt werden, der Lebensunterhalt gewährleistet und – nahezu am wichtigsten – das verhängnisvoll eingewurzelte Denken in Kategorien von Deutschtümelei und nationalistischer Überheblichkeit, von Weltherrschaftsansprüchen und rassistischer Fremdenfeindlichkeit, von Gewaltbereitschaft und Kriegsrechtfertigung getilgt werden. Die mit Recht angestrebte Beseitigung überkommener Bildungsprivilegien bedurfte nicht allein der Studienplätze für Arbeiter- und Bauernkinder, da ging es ebenso um neue Bildungsinhalte, denen ihre Verfechter bislang jeglichen Platz in universitärer Lehre und Forschung hatten verwehren können.

Da war ein sinnerfüllter Anfang, ein verheißungsvoller Ausgangspunkt, zu dessen Notwendigkeit und Legitimität ich mich hier ausdrücklich bekennen möchte. Mit vielen weiß ich mich darin einig. Natürlich fühlt sich wohl keiner, der so denkt, dadurch der Pflicht enthoben, selbst den antifaschistischen Neubeginn im Lichte vieler danach erfolgter Schritte kritisch zu befragen. Denn auch aus Strukturen und Fehlern des Starts erwachsen neue Ungerechtigkeiten, schädliche Unduldsamkeit und zerstörerische Härte. Obgleich der Historiker deren Wurzeln und die Umstände ihres Zustandekommens zu erklären vermag – sie lassen sich weder politisch noch moralisch rechtfertigen.

Viele unter uns sind, obgleich soziale Herkunft und persönliche Lebenspläne dies nicht vorsahen, in jener Nachkriegszeit zu Intellektuellen geworden, sind in die geistige und auch in die politische Elite der DDR hinein gewachsen. Damit verbundene Verantwortung gilt es zu tragen. Doch keineswegs entbindet dies von gegenwärtiger und künftiger Verantwortung für Wissenschaft und für ein bitter notwendiges Ringen um menschenwürdige Lebensverhältnisse. Wissenschaft, der sich gewiss alle verpflichtet fühlen, verlangt genaues Hinsehen, fordert Berücksichtigung aller Tatsa-

¹ Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse. In: Werke in sechs Bänden. Hanser Verlag; München-Wien 1980. Vierter Band, S. 625.

chen, gebietet Bereitschaft zu kritischer und selbstkritischer Sicht. So wird es heute und morgen an uns liegen, das rechte Maß zu finden für einsichtige Reminiszenz und erkenntnisfördernde Selbstbehauptung. Es gilt, frühere Positionen und veraltete Einsichten zu prüfen, sie – wo nötig – zu korrigieren und zu präzisieren, aber ebenso gilt es, unberechtigte Vorwürfe strikt zurückzuweisen und politisch motivierte Wahrheitswidrigkeiten als solche zu kennzeichnen und ihnen kenntnisreich entgegenzutreten.

Die Jenaer Universität bereitet sich gegenwärtig auf ein neues Großereignis vor. Sie wird im Jahre 2008 ihren 450. Gründungstag begehen und erklärte schon offiziell, bis dahin ihre Geschichte im 20. Jahrhundert „aufarbeiten“ zu wollen. Ein begrüßenswertes und Unterstützung verdienendes Unterfangen, auch wenn unser Angebot zu Gesprächen mit durchsichtigen Argumenten abgelehnt worden ist! So wollen wir denn eigene Wege gehen und, sollte sich unsere Tagung als produktiv erweisen, auch in den kommenden Jahren weitere Konferenzen durchführen.

Manche Publikation neu berufener Universitätshistoriker hat in den letzten Jahren wichtiges Material zutage gefördert, den Blickwinkel erweitert und neue Fragestellungen fixiert. Mitunter findet mancher hier im Saal darin auch Scham und Schuldgefühl hervorrufoende Fakten ausgebreitet. Demgegenüber lassen andere Bekundungen auch erkennen, dass im Ergebnis neuerer universitätsgeschichtlicher Bemühungen kaum ein komplexes und völlig wahrheitsgemäßes Bild entstehen wird. Eher darf erneut ein einseitiger Standpunkt vermutet werden, geleitet von jenem Ungleiches gleichsetzenden Motto der „zwei Diktaturen“. Totalitarismustheoretische Deutungen drängen sich in den Vordergrund, die antifaschistisches und demokratisch-sozialistisches Bemühen kleinreden und seiner Legitimität zu berauben trachten. Andere Seiten des Universitätslebens werden stattdessen hervorgehoben, gepriesen oder gar gerechtfertigt werden. Gar zu garstig klang und klingt in meinen Ohren nicht allein das alte Lied der Burschenherrlichkeit, dem alte Herren zu neuem Glanz verhalphen wie jenen Talaren, die doch an modernen Universitäten längst aus der Mode gekommen und kaum als Symbole für die Freiheit der Wissenschaft zu akzeptieren sind.

Von dieser wird übrigens viel geredet, doch wird sie auch praktiziert? Nach rechts gewiss, wie sich unter anderem in den Möglichkeiten äußert, die einem Publizisten der arg rechtslastigen Zeitung „Junge Freiheit“ gewährt worden sind. Behauptet wird zudem, man wolle einen pluralistischen Wissenschaftsbetrieb. Doch verkommt ein solches Ideal nicht zu Heuchelei, denkt man an die Tatsache, dass marxistisches Denken geradezu verfemt worden ist und in seinen universitären Wirkungsmöglichkeiten zurückgeworfen zu sein scheint auf Verhältnisse längst vergangener Zeiten? Angesichts der angestregten Suche nach Förderern und nach „Drittmitteln“ könnte da wohl insgesamt eher zutreffen, was Viviane Forrester über die Wirkungen des „Terrors der Ökonomie“ niedergeschrieben hat.

Nun, Gegenwärtiges steht in unserer Tagung keineswegs vordergründig zur Debatte, doch leitet uns selbstverständlich der Blick aus jetziger und wiederum von Kriegsgetümmel und Kriegsgeschrei erfüllten Zeit zurück in jene Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, die wir hier erkunden wollen. Unterschiedliche Meinungen und streitvoller Gedankenaustausch sind ausdrücklich erwünscht, Erinnerungen sind ausdrücklich willkommen, ohne deren Kenntnis trockenen Akten kaum ein Eindruck des wirklichen Lebens nach dem Kriege entlockt werden kann. Wissenschaftliche Analysen sind gefordert, ohne die schlicht Erinnerterte kaum Bestand haben kann.

Lassen Sie uns in solcher Weise beginnen, Notwendigkeiten gleichermaßen wie den Möglichkeiten entsprechend, unser Scherflein zur Geschichte der Jenaer Universität beizutragen und etwas zu leisten, was den erforderlichen Maßstäben von humanistischer Bildung, verantwortungsvoller Forschung und friedvollem Leben gerecht zu werden vermag. Mit Bedacht sage ich: Scherflein, denn es wäre zu vermessen, *die* gesamte Geschichte der Jenaer Universität in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg behandeln zu wollen. In diesem Sinne darf ich uns allen eine erfolgreiche Tagung wünschen.

Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945 [26./27.10.2001]. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2002, S. 1-4.

Hugo Preller – ein Zeithistoriker in den Konflikten seiner Zeit¹

Als ich im September 1953 zu studieren begann, das Abitur in der Tasche und ansonsten sehr unerfahren, beeindruckte mich das Leben an der Universität außerordentlich, und dies trotz widriger Umstände wie täglicher Fahrerei nach Weimar, Mensakost und ständiges Gerenne durch ganz Jena, um von einer der zahlreichen Lehrveranstaltungen zur anderen zu gelangen. Scheine, Belege und Stempel schienen wichtiger zu sein als das, was ich selbst nach vielen Jahrzehnten eigener Lehrtätigkeit für den Kern des Studierens halte. Wie dem auch sei, mir fielen rasch die unterschiedliche Anlage und Qualität der Vorlesungen auf: Ein Dozent – wir kamen ihm bald auf die Schliche – las ebenso eloquent wie konsequent Seite für Seite aus einem sowjetischen Lehrbuch vor, ein anderer bot pedantisch nichts als Stoff. In den Seminaren zur alten und mittelalterlichen Geschichte empfand ich bitter Wissenslücken, d. h. den Gegensatz zwischen Wissenswertem und bisher Gelerntem.

Karl Griewank lernte ich nicht mehr kennen; einer der ersten Studientage führte zu seiner Beerdigung. Ein anderer Geschichtsprofessor hob sich mir heraus, wenn auch nur in einem Semester: Hugo Preller. Seine Überlegungen, zumeist religions- und kirchen-geschichtlich untersetzt, öffneten den Blick. Seine Weite geschichtlicher Betrachtungen und die dargestellte Fülle von Interpretationsmöglichkeiten imponierten. Er las Allgemeine Geschichte des alten Orients, d.h. ich habe Preller nicht mehr als Zeithistoriker erlebt, der er indessen sein wollte und der er tatsächlich war. Doch dies zeigten mir erst die Akten des Jenaer Universitätsarchivs,² als ich vor kurzem einen Beitrag über Wolfgang Schumann, zeitweilig einer seiner Hilfsassistenten und später für geraume Zeit mein Mentor, zu erarbeiten hatte.³ Leider ist die universitätsgeschichtliche Forschung ebenso wie die Historiographie bislang kaum näher auf Hugo Preller eingegangen.⁴ Die 1983 erschienene „Geschichte der Universität Jena“ erwähnt ihn beiläufig. Loyal und aufgeschlossen sei er wie andere auch gewesen, heißt es lapidar.⁵

Der am 1. Juni 1886 geborene und aus einer protestantischen Pastorenfamilie stammende Mann war von kleiner Statur, hoch gebildet und kenntnisreich. Obgleich er sich nicht auf einem der speziellen geschichtswissenschaftlichen Gebiete mit herausragenden Leistungen auszuweisen vermocht hat, darf er doch als ein bemerkenswerter Allround-Historiker anerkannt werden. Fünf Jahre Ausbildung hatte er in Schulpforta genossen, von 1906 bis 1910 studiert und 1923 promoviert. Dann war er als Gymnasiallehrer, bald auch als Privatdozent an der Jenaer Universität tätig. Von christlichen, liberalen und demokratischen Idealen geprägt, stieß er immer wieder an entsprechende Grenzen der gesellschaftlichen Realität. Den Nazis passte er sich nicht an, sie verzichteten auf seine Lehrverpflichtungen an der Jenaer Universität, und die Gestapo nahm ihn Ende 1943 bis Februar 1944 sogar in Haft.⁶ Seine Stärken lagen vor allem in der Lehre, weniger in der Forschung. Er hielt zwischen 1946 und 1951/52 für die Hörer der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät informative, zum Nachdenken anregende und stets gut besuchte Vorlesungen über Gott und die Welt, genauer: Vorlesungen zur Religionsgeschichte, zur Geschichte der Antike, der Neuzeit und Englands, ja er führte auch ein Seminar zur Geschichte der DDR von 1945 bis 1950 durch und behandelte ebenso viele andere geschichtliche Themen.

¹ Beitrag zur Veranstaltung des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. „Zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität von 1945 bis Anfang der 50er Jahre“ am 26. und 27. Oktober 2001 in Jena.

² In: Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena (künftig: UAJ), Bestand 5, Abt. V, Nr. 13 und Teilnachlass Preller (1886-1968), Bestand V, Abt. XIII, Nr. Bd. 1-9.

³ Siehe Manfred Weißbecker: Wolfgang Schumann in Jena – persönliche Erinnerungen aus Erlebtem und Gelesenem. In: Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg. Biographische und historische Beobachtungen. Zur Erinnerung an Wolfgang Schumann. Hrsg. vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 2001, S. 7-18.

⁴ Einige Angaben macht Kurt Pätzold: Studienjahre in Jena, Berlin 1998, S. 52 ff. und 126 ff. Eine angekündigte Ausarbeitung von Matthias Steinbach konnte noch nicht herangezogen werden.

⁵ Alma Mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena. Hrsg. von Siegfried Schmidt in Verbindung mit Ludwig Um und Günter Steiger, Weimar 1983, S. 338.

⁶ Vom 05.11.1943 bis 05.02.1944.

1953 waren die Konflikte bereits ausgestanden, von denen ich reden will und die, wie ich meine, sowohl zu Ungunsten Prellers ausgingen als auch zu Ungunsten derer, die Neues hatten durchsetzen wollen und nicht begriffen, was sie selbst dabei verloren. Große Probleme der Nachkriegsentwicklung spiegelten sich hier wider, was an Beispielen angedeutet sei. Immer verschmolz Persönliches mit gewichtigen universitätsgeschichtlichen Problemen, zu denen seit geraunier Zeit Auffassungen vertreten werden, die zwar manche überzogene und allzu selbstgerechte Darstellung früherer Zeiten korrigieren helfen, die jedoch allzu oft den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich in Zweifel ziehen und völlig berechnigte Forderungen wie die nach der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs allein als kommunistischer Machttaktik entsprungen diskreditieren. Häufig werden die Bemühungen um eine Erneuerung der von faschistischem Ungeist besonders arg belasteten Jenaer Universität unter das Rubrum Stalinismus gefasst. Zudem ist auch der Vorwurf einer „Selbstsowjetisierung“ durch einzelne Gelehrte erhoben worden.⁷

Nun, welche Intentionen leiteten Hugo Preller in der Nachkriegszeit? Ich sage es zunächst etwas lax und ausdrücklich ohne den notwendigen Blick auf den wissenschafts- und hochschulpolitischen Hintergrund; Er wollte mit allen Mitteln Dritter im Bunde neben Griewank und Friedrich Schneider werden. Strebsam verfolgte er Ziele, die sowohl der Wissenschaftsentwicklung dienten als auch seinem persönlichen Ehrgeiz entsprangen. Doch wer will letzteren als Faktor wissenschafts- und hochschulgeschichtlicher Triebkräfte leugnen? Ja, er wollte ordentlicher Professor an der Philosophischen Fakultät werden, nachdem ihm zunächst im Januar 1946 ein Lehrauftrag für Auslandskunde⁸ erteilt und er im Sommer 1946 zum Honorarprofessor ernannt worden war. Die am 14. Juli 1948 erfolgte Berufung zum Ordentlichen Professor für Auslandskunde bezog sich allein auf die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät und war mit der offiziellen Erklärung verknüpft, dass sein Verhältnis zur Philosophischen Fakultät davon unberührt bleiben solle.⁹ 1951 schien auch das geklärt,¹⁰ doch bereits das folgende Jahr brachte ihm überraschend die Emeritierung.

Um sein Ziel erreichen zu können, strebte Preller sowohl die Unterstützung der sowjetischen Verwaltung als auch die jener Studenten an, die der FDJ und der SED angehörten oder ihr nahe standen. Diese unterstützten seine absolut berechnigte Kritik am Zustand geschichtswissenschaftlicher Ausbildung in Deutschland, was ihn bereits seit Ende der zwanziger Jahre beschäftigt hatte. In einem 1931 erschienenen Buch war von ihm die zu geringe Verbreitung von Kenntnissen besonders „hinsichtlich der Jahre 1917-23“ bemängelt worden.¹¹ Im Jahre 1948 bemühte er sich um die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Außenpolitik“, wozu er dringlich auch die Unterstützung der Blockparteien und der sowjetischen Militärbehörden erbat. Die Arbeitsgemeinschaft, so schrieb er am 3. Juli 1948 an die Kulturabteilung der Kommandantur der Sowjetischen Militärverwaltung in Jena, solle der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät angeschlossen werden, „in der eine beson-

⁷ Den Begriff „Selbstsowjetisierung“ verwendet Manfred Heinemann: Hochschulerneuerung und Sowjetische Besatzungsmacht. Oder: Es muss alles neu geschrieben werden. In: Karl Strobl (Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow 1994, S. 164-169.

⁸ Als er 1946 an die Jenaer Universität geholt wurde, lautete sein Berufungsgebiet: Auslandskunde. Der Begriff Auslandskunstgeschichte, der verwendet wird in Jürgen John! Volker Wahl! Leni Arnold (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokumente und Festschrift. Mit Beiträgen von Jürgen John, Rüdiger Stutz, Robert Gramsch und einer Auswahlbibliographie von Thomas Pester, Rudolstadt 1998, S. 393, beruht offensichtlich auf einem Lesefehler.

⁹ Rückblick auf mein Verhältnis zur Universität Jena und auf meine akademische Tätigkeit im Lehramt, geschrieben im Herbst 1953. In: UM, Teilnachlass Hugo Preller, Bestand V, Abt. XIII, Nr. 2 (unpag.). Im Oktober wurde er als Professor für neueste Geschichte an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät geführt, doch entfiel an ihr bereits einen Monat darauf das Fach Geschichte. Erst im Sommer 1951, im Zusammenhang mit der Auflösung dieser Fakultät, wurde er als Lehrstuhlinhaber für „Historische Staatenkunde und Neueste Zeit“ an die Philosophische Fakultät überführt.

¹⁰ Preller wurde von der Philosophischen Fakultät übernommen. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Auflösung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät hatte er zunächst vorgeschlagen, beide Fakultäten und eventuell auch die Pädagogische Fakultät zu einer „Kulturwissenschaftlichen Fakultät“ zusammenzuschließen. Brief vom 06.07.1951 an das Staatssekretariat für Hochschulwesen. In: UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 13 (unpag.).

¹¹ Hugo Preller: Die Geschichte der Nachkriegszeit und ihre Behandlung im Geschichtsunterricht an höheren Schulen, Berlin/Leipzig 1931, S. 5.

dere Professur für Auslandskunde und internationales Leben sowie ein Institut vorgesehen ist ... Diese Professur ist dem Unterzeichneten, Prof. Dr. Preller, übertragen.“¹² Sein Brief enthielt auch den Hinweis, sich in dieser Idee durch das Erscheinen der Bände II und III der „Geschichte der Diplomatie“ in Moskau bestärkt zu fühlen.

Neben der ordentlichen Professur strebte Preller also ebenfalls nach einem eigenständigen Institut. Da er die Vorgeschichte und die Alte Geschichte an der Universität bereits verselbständigt sah, meinte er, nun die Zeitgeschichte auch zum Ausgangspunkt einer eigenständigen Einrichtung an der Philosophischen Fakultät machen zu können. Am 1. September 1950 wandte sich Preller an das Ministerium für Volksbildung in Berlin, wohin er zusammen mit seinem Assistenten Lothar Berthold gereist war. Ein Oberregierungsrat bat ihn an Ort und Stelle um eine schriftliche Begründung des Anliegens, dem wenig Chancen eingeräumt worden sind, aber mit der Einrichtung einer neuen und weitgehend selbständigen Abteilung innerhalb des Historischen Seminars entgegengekommen wurde.¹³

Für Prellers Projekt sprach sich nicht allein die FDJ-Organisation der Philosophischen Fakultät aus.¹⁴ Preller teilte der ihn fördernden Universitätsverwaltung¹⁵ mit, die Unterstützung der FDJ-Hochschulgruppe zu besitzen, da es ihm um ein „völlig selbständiges Institut zur Erforschung der Neuesten Geschichte im Zeitumfange des Zeitalters des Imperialismus, wie es Lenin abgegrenzt hat“, sowie um „die Errichtung einer gesicherten Arbeitsstätte für unsere marxistischen Studenten“ gehen würde.¹⁶ Man mag dies Anbiederung nennen, doch sicher ist eigentlich nur, dass Preller wie viele andere auch die neu gebotenen Chancen nutzen wollte. Mit solchen Zielen verwoben sich zugleich persönliche Gegensätze vor allem zu Griewank, weniger zu Schneider.¹⁷ In diese griffen wiederum politische und institutionell motivierte Spannungen zwischen der alten Philosophischen und der neuen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät ein, von den intensiven Bemühungen um die Durchsetzung dessen einmal ganz abgesehen, was damals Marxismus-Leninismus benannt worden ist und viel mit Marxschen Intentionen, leider aber auch mit Stalinschen zu tun hatte.

Nein, für Preller gab es kein eigenes Institut, nur eine Abteilung innerhalb des Historischen Seminars. Als der Rektor ihn gelegentlich auf diese Regelung hinwies und ihm mitteilte, dass die Einrichtung eines Ordinariats nicht als erforderlich betrachtet werde, notierte der Abgewiesene: „Sieg des Herrn Griewank auf der ganzen Linie ...“¹⁸

¹² UAJ, Bestand S, Abt. V, Nr. 13 (unpag.).

¹³ Darin hieß es u.a.: „Die Philosophische Fakultät hat durch Schreiben an das Ministerium Weimar sich ‚gegebenfalls bereit‘ erklärt, den Vorschlag zu akzeptieren, eine Abteilung für Neueste Geschichte innerhalb des historischen Seminars einzurichten, unter Umständen sogar mit eigener Personal- und Etat-Ausstattung und dies freilich unter der ‚Voraussetzung der Bereitstellung neuer Räume und der Gewinnung brauchbarer Materialbestände‘. Wir bitten, diesen Vorschlag mit der Autorität des Ministeriums dahin zu präzisieren, dass 1) für Pflege der neuesten Geschichte ein eigenes Ordinariat in der Philosophischen Fakultät errichtet wird, 2) der Ordinarius als Abteilungsleiter gleichberechtigter Direktor des Historischen Seminars wird, 3) die im Vorschlag angeführte Personalausstattung sich auf einen wissenschaftlichen Assistenten, eine Sekretärin und studentische Hilfskräfte erstreckt, die der Direktor ernennt, 4) der geforderte Etat so gehalten wird, dass die Personalausstattung und die Errichtung einer Bibliothek unter freier Verfügung des Direktors dieser Abteilung gewährleistet wird. 5) Die Unterzeichneten sind der Meinung, dass das augenblickliche (September 1950) Fehlen von Etatmitteln und geforderten Räumen keinen Grund abgeben darf für eine Verzögerung der Eröffnung einer solchen Abteilung. Sie werden es dankbar begrüßen, wenn die Eröffnung noch vor dem Dezember dieses Jahres stattfinden kann. Ein großer Teil der Studentenschaft wartet brennend darauf.“ UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 13 (unpag.)

¹⁴ Von den 2.261 Studenten des Wintersemesters 1946/47 gehörten 695 der SED, 279 der LDP und 165 der CDU an. 1.121 Studenten waren parteilos. Siehe John/Wahl/Arnold, S. 414.

¹⁵ Die Verwaltungsdirektorin Hanna Henninger stellte Preller kurzfristig 5.000,- Mark zur Ausstattung der Abteilung für neueste Geschichte zur Verfügung. UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15.

¹⁶ Brief vom 10.12.1950. In: Ebenda.

¹⁷ In der neueren Literatur über Griewank wird dieser Umstand nicht berücksichtigt. Siehe z. B. Tobias Kaiser: Der Wahrheit verpflichtet. Zu Leben und Werk der Historikers Karl Griewank (1900-1953). In: Prof. Dr. Karl Griewank und das moderne Demokratieverständnis. Zum Lebenswerk des gebürtigen Bützowers anlässlich seines 100. Geburtstages. Kolloquium, Schwerin 2000, S. 15-41.

¹⁸ Notiz Prellers vom 19.12.1950. In: Ebenda. Später schien ihm der Osteuropa-Historiker Felix-Heinrich Gentzen suspekt zu sein. Er vermutet, dieser habe gute Beziehungen zum Zentralkomitee der SED und ihm daher „übel

In die hier angedeuteten Zusammenhänge möchte ich auch die Auseinandersetzung Prellers mit seinen Hilfsassistenten Wolfgang Schumann, Günther Schmerbach, Alfred Lüdtke, Walter Schmidt und Günter Steiger einordnen. Deren Tätigkeit hatte Ende 1950 mit der Gründung der neuen Abteilung begonnen und abrupt im Juni des Folgejahres geendet. So intensiv, wie sich Preller um ihre Einstellung bemüht hatte, so explosiv entschloss sich dieser zur Trennung von ihnen. Ich werte den Schritt als Ausdruck einer großen Enttäuschung, als Ergebnis einer Niederlage, die ihm andere zugefügt hatten. Der Streit war aufgekommen, als diejenigen, deren Hilfe Preller gewünscht und erhalten hatte, mehr wollten als nur Ausführende seiner Anweisungen sein und sich häufig provozierend benahmen. Kleinliche Bevormundung und Maßregelung erfolgten, Seminarscheine wurden verweigert, Referate nicht anerkannt u. a. m. Gestritten wurde auch über die Auswahl neu anzuschaffender vielbändiger Lexika, für die Preller eine Vorliebe besaß und die nicht zuletzt zutage trat, weil ihm das gewünschte eigene Institut mit dem Hinweis verweigert worden war, für ein solches stünde keine Bibliothek zur Verfügung. Mit dem Vorwurf, die Sicherheit und die Einheitlichkeit der Abteilung zu gefährden, kündigte Preller am 30. Mai die Anstellung der Hilfsassistenten zum 30. Juni 1951 auf. Alle protestierten vergeblich.¹⁹ Am Ende des Jahres schied auch Lothar Berthold aus, der eine Funktion in Berlin zu übernehmen hatte. Dass Berthold kurze Zeit darauf als Beauftragter des Staatssekretariats für Hochschulwesen ausgerechnet Prellers Vorlesungen in Jena ohne jegliche Ankündigung kontrollierte, gehört zu den zahlreichen Peinlichkeiten und Dummheiten jener Zeit, die nur als Folgen wachsender Bürokratisierung und an stalinistischen Praktiken orientierter Wissenschafts- und Hochschulpolitik der DDR zu verstehen sind.

Ausdrücklich betonte Preller indessen in einem später verfassten Rückblick,²⁰ es habe sich nicht um einen politischen Konflikt gehandelt. Um Kompetenzfragen sei es gegangen. Das mag sein; es weiß hier aber sicher jeder, welche Rolle gerade solche Fragen im universitären Leben spielten und wohl immer noch spielen, wie oft sie in den Vordergrund traten gleichsam als Mittel zu eigentlichen und auch zu politischen Zwecken. Damals richtete sich, wer seine Kompetenz verteidigte, nicht allein gegen das Eindringen neuer Kräfte und Denkrichtungen in das traditionelle Universitätsleben, sondern auch gegen die vielleicht gut gemeinten, aber dennoch völlig verkehrten und ernsthaft nicht zu vertretenden Standpunkte, bürgerliche Hochschullehrer seien unwissenschaftlich, weil idealistisch denkend.²¹ Solche Argumente hatte Preller wohl im Auge, als er unmittelbar nach seiner Emeritierung Ende 1952 und ganz im Gegensatz zur erwähnten anderen Wertung niederschrieb, es sei bei den Konflikten mit seinen Hilfsassistenten im Kern um die Frage gegangen: „Soll ein historisches Seminar als Institution einer Universität wissenschaftlichen Charakter haben oder augenblicklichen und mit den wechselnden Bedürfnissen des Tages wechselnden politisch-agitatorischen Zwecken im Sinne der politischen Tagespresse dienen?“²²

mitspielen“ können. Als der 66jährige im Sommer 1952 überraschend emeritiert wurde und im November 1952 die Abteilung an den Direktor des Historischen Seminars zu übergeben hatte, verbat er sich die Anwesenheit des neuen Abteilungsleiters Gentzen. Schluss-Bericht von Prof. Dr. Hugo Preller (1952). In: UM, Bestand S, Abt. V, Nr. 15 (unpag.).

¹⁹ Siehe z.B. den entsprechenden Brief von Wolfgang Schumann an Hugo Preller, In: UM, Bestand 5, Abt. V, Nr. 15 (unpag.) Neu eingestellt wurden als Hilfsassistenten im Wintersemester 1951 Wolfgang Leber, Rudolf Ludloff und Walter Schmidt.

²⁰ Rückblick auf mein Verhältnis zur Universität Jena, a. a. O.

²¹ Karl Griewank setzte sich nachdrücklich gegen solche und ähnliche Äußerungen zur Wehr. In einem Brief an den Rektor vom 02.02.1953 berichtete er jedoch auch von einem „durchaus freundlichem Echo, das seine Rede über Voraussetzungen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Dozenten einen Tag zuvor auf der FDJ-Delegierten-Konferenz der Universität gefunden habe. UAJ, Bestand S, Abt. V, Nr. 16 (unpag.).

²² UM, Bestand S, Abt. V, Nr. 15 (unpag.). Ähnlich kritisch äußerte sich heller am 08.09.1952 auch zu einer Publikation von Jürgen Kuczynski; Er betrachte es als ein grundsätzliches Problem, wenn „Abstraktionen als handelnde Personen“ behandelt würden, wenn K. schreibe: „Der Überbau dichtet und schreibt Romane, er singt und bildhauert, er philosophiert und entwickelt religiöse Ideen ...“ Preller fragte den Autor spöttisch: „Wie wollen Sie beweisen, dass der ‚Überbau‘ die Matthäuspension komponiert habe ...?“ UM, Teilnachlass Hugo Preller, Bd. 4 (unpag.).

Prellers antifaschistisch-demokratische Grundpositionen lassen sich auch in einer Ausarbeitung erkennen, die er einer Lehrveranstaltung im Sommer-Semester 1948 zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität zugrunde legte. In ihr hieß es im Anschluss an die Würdigung der bis 1933 erbrachten wissenschaftlichen Leistungen u.a.: „Die Zeit der ‚totalitären‘ Herrschaft der NSDAP (33-45) bedeutete für unsere Hochschule eine schwere Belastung. Die grundsätzliche Leugnung der Möglichkeit objektiver Wissenschaft lastete mindestens ebenso schwer wie das Bestreben, aus einer durch Jahrhunderte an freie Geistesarbeit gewöhnten Institution ein politisches Propagandamittel im Interesse einer Partei zu machen ... So sind wir bemüht, abermals aus einem Zusammenbruch unserer Universität und in einer schweren Krisis Gesamteuropas unsere Universität neu aufzubauen. Von ihren Anfängen abgesehen, ist unsere Hochschule nie ein Sitz irgendwelcher Reaktion gewesen, sondern hat jeweils im Fluss der weiter drängenden Kräfte gestanden. In diesem Sinne wollen wir mit der Vergangenheit verbunden bleiben, uns aber grade jetzt gegenwärtig halten, dass, wer sein Land an den Pflug legt und schaut zurück, nicht geschickt ist zur Erfüllung der vor ihm liegenden Aufgaben.“²³

Auseinandersetzungen zwischen Preller und denen, die Kurt Pätzold hier „Eindringlinge“ genannt hat,²⁴ gab es zu Beginn der fünfziger Jahre ebenfalls zur Umgestaltung des Studienablaufes und zur Einführung neuer Studienpläne. Ich denke, die Universitäten der DDR wären gut beraten gewesen, Erfahrungen älterer Hochschullehrer nicht so strikt zu übergehen. So notierte Preller am 30. März 1953 eine „sehr grundsätzliche Bemerkung“ zu den Lehrplänen, nachdem ihm Griewank drei Tage zuvor empfohlen hatte, sich in seiner Orient-Vorlesung auf „die wichtigen Gebiete“ zu orientieren, so dass die Studierenden „leidlich über Hauptperioden der babylonischen, assyrischen und ägyptischen Geschichte Bescheid wissen.“ Preller reagierte empört. Er habe bisher immer „grundsätzlich diejenigen Elemente der altorientalischen Geschichte und Kultur hervorgehoben, die für unsere gegenwärtige Kultur noch lebendige Bedeutung haben ...“ Warnend fügte er hinzu: „Das Prinzip der Stoffvollständigkeit einerseits, der Beschränkung auf Vorlesungen auf zwei Wochenstunden ander-

²³ Ferner hieß es in seiner Ausarbeitung: „Der von der Partei heraufgeführte Krieg entzog den größeren Teil der Studentenschaft der wissenschaftlichen Arbeit und dem Leben überhaupt und lichtete die Reihen der Dozenten. Bei seinem Zusammenbruch im Februar und März 45 erlitten das Universitätshauptgebäude, die Bibliothek und mehrere Institute empfindliche Zerstörungen; jedoch blieben die Kliniken glücklicherweise unbeschädigt. Seit Juli 45 untersteht unsere Universität der Aufsicht der sowjetischen Militär-Verwaltung. Montag den 15. Oktober 45 wurde die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes feierlich eröffnet; Gardegeneraloberst Tschuikow übermittelte Grüße des Marschalls Shukow. Die nächsten Instanzen sind das thür. Ministerium für Volksbildung in Weimar und die ‚Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone‘ zu Berlin. Ohne tief eingreifende Umbildungen kann der von der Gegenwart geforderte Neubau nicht durchgeführt werden: der Lehrkörper, die Beamtenschaft und die Angestelltenschaft musste auf die weitere Mitarbeit ehemaliger Mitglieder der NSDAP verzichten und also zum großen Teil neu aufgebaut werden. Im Sommer 1947 veranstalteten 117 Dozenten 331 Vorlesungen und Übungen. In Anknüpfung an das 1845 von dem Professor Volkmar Stoy (43-66 und 74-85) gegründete Seminarium paedagogicum trat zu den 5 traditionellen Fakultäten im Okt. 45 als 6. eine Pädagogische Fakultät. Eine Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät ist im Entstehen begriffen. Auch die Studentenschaft erfuhr einen gründlichen Wandel. Nicht nur durch die Ausscheidung der parteipolitisch belasteten und der im Kriege in führender Stellung wirksam gewesenen jungen Leute, sondern auch durch die Einführung von Söhnen des Bauerntums und des Arbeiterstandes. Zwecks der Vorbereitung für das Studium ist im Herbst 46 eine besondere Vorstudienanstalt der Universität angegliedert worden, die mit 25 Lehrkräften und 586 Studierenden eröffnete. Von den 2.261 Studierenden im Februar 47 kamen 696 aus Arbeiter- und Bauernkreisen (gegen 339 im Vorsemester). Die Gesamtzahl der Studierenden verteilte sich im Februar 47 auf die 6 Fakultäten: [Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite.]

Theologische	25 + 1 (7)
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche	400 + 63 (15)
Medizinische	377 + 277 (21)
Philosophische	205 + 171 (30)
Mathematisch-naturwissenschaftl.	399 + 123 (32)
Pädagogische	128 + 92 (12)

d. h. männliche und weibliche Studierende mit der Anzahl der zur Fakultät gehörenden Dozenten.“ UAJ, Bestand S, Abt. V, Nr. 13 (unpag.)

²⁴ Siehe den Beitrag Kurt Pätzold: „Eindringlinge. Zur Frühphase der Durchbrechung des Bildungsmonopols“ in diesem Band.

rerseits führt ja zu gar nichts Anderem als eben zu Übersichten. Den Betrieb kenne ich ja von meiner früheren Lehrtätigkeit an der ‚Höheren‘ Schule zur Genüge, und der Unterschied unseres heutigen ‚akademischen‘ Unterrichts von dem der ‚Höheren‘ Schule besteht z.Z. bei uns lediglich 1. in einer anderen Berufsvorbereitung der Lehrenden, 2. in der Fachaufteilung nach Altertum, Mittelalter und Neuzeit, die ich, wie Sie wissen, zu Gunsten einer ‚Neuesten Geschichte‘ erweitert zu sehen wünsche, und 3. darin, dass wir nicht von Stunde zu Stunde zu wiederholen brauchen in Form von Referaten der Schüler. C’est tout. Mit anderen Worten: der Universität muss die Vierstündigkeit der Hauptvorlesungen zurückgegeben werden, und das hängt ja aufs engste zusammen mit der Aufgabe des Prinzips der Stoffvollständigkeit. Dann erst ist die Möglichkeit gegeben, in der Vorlesung auch wissenschaftliche Zeitfragen zu erörtern und den Studierenden eine Vorstellung vom Fluss der Erkenntnis zu vermitteln. Ihre Zeilen vom 27. bestätigen mir, dass für diese Reform jetzt die Voraussetzungen nicht gegeben sind; aber ich meine, diese prinzipiellen Grundlinien sollten wir doch wenigstens theoretisch im Auge behalten.“²⁵

Wenigstens theoretisch ... Noch resignativer klang, was Preller im Herbst 1953 in einem Rückblick auf seine akademische Tätigkeit formulierte und von mir abschließend zitiert sei: „So hat die akademische Lehrtätigkeit, einst mit Lust und Liebe unter Überwindung größter entgegenstehender Schwierigkeiten begonnen, etwas ungemein Unbefriedigendes erhalten. Einer meiner Berliner Universitätslehrer sagte mir vor etwa 45 Jahren, die Laufbahn des Universitätslehrers sei eine sehr dornenvolle Sache. Er hat Recht behalten – leider auch in einer gegen damals völlig anderen Lebensordnung.“²⁶

Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945 [26./27.10. 2001]. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2002, S. 198-210.

²⁵ UM, Bestand 8, Abt. V, Nr. 13 (unpag.).

²⁶ Rückblick auf mein Verhältnis zur Universität Jena, a. a. O.

Christen und Krieg

Auch das ein geschichtsträchtiges Datum – der 9. November 1931? Gab es da Ereignisse, die zeigten, wohin die Republik von Weimar trieb? Nun, es wäre daran zu erinnern, dass an diesem Tage rechts gerichtete Studenten der Universität zu Halle an der Saale randalierten. Seite an Seite – gleichsam als „geistige“ Harzburger Front – demonstrierten konservative und nationalsozialistische Studenten in rüder Weise gegen den kurz zuvor berufenen Professor für praktische Theologie Günther Dehn. Sie stützten sich auf eine Rede, die der Mitbegründer des Bundes der religiösen Sozialisten am 6. November 1928 (!) zum Thema „Kirche und Völkerversöhnung“ gehalten hatte. Darin war das Verhältnis der Christen zum Krieg behandelt und das Aufstellen von Heldendenkmälern in evangelischen Kirchen kritisiert worden. Drei Jahre danach wurde Dehn unterstellt, er habe die „im Weltkrieg gefallenen Helden“, unter anderem die von Langemarck, als Mörder beschimpft. Man sprengte seine Lehrveranstaltungen.

Ähnlich erging es zu dieser Zeit Willy Cohn, der als Studienrat mehrere Lebensbilder sozialdemokratischer Politiker veröffentlicht hatte und 1931 an die Universität in Breslau berufen wurde. In Wismar wurde der Direktor einer Ingenieurschule entlassen – hier störte es die Studenten, dass er ein Jude war. Während sie „streikten“, traf aus Oldenburg das Angebot ein, sie unter besonders günstigen Bedingungen an der dortigen Schule aufzunehmen.

Einzelfälle? Kaum. Unter der überwiegenden Mehrheit damaliger deutscher Intellektueller dominierte eine konservativ-deutschnationale, antidemokratische und Kriege rechtfertigende Grundhaltung. In der Erklärung des akademischen Senats der Hallenser Universität zu den Krawallen gegen Dehn hieß es, die Studenten hätten zwar „falsche Wege“ eingeschlagen, sich jedoch von anerkannten „reinen heiligen Gefühlen der Liebe zum Vaterland und zur Universität“ leiten lassen. Recht dankbar quittierte das akademische Harzburger Fußvolk: Man fühle sich durch diese Erklärung des Senats bestärkt und werde „nun erst recht entschlossen den Kampf fortsetzen“. Am Ende des Jahres verfügte der NS-Studentenbund an 28 deutschen Hochschulen über die absolute Mehrheit in den Studentenvertretungen.

Und auch das passierte in jenen Novembertagen: Am Reichsgericht in Leipzig fand ein Prozess gegen Carl von Ossietzky statt. Dieser hatte am 12. März 1929 in seiner „Weltbühne“ einen Aufsatz mit dem Titel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ erscheinen lassen. Der Prozess endete mit der Verurteilung des „Weltbühnen“-Herausgebers zu 18 Monaten Gefängnishaft. Deutsche Richter, hervorgegangen aus deutschen Universitäten, contra Friedensanhänger und Pazifisten ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. November 2001, S. 21.

Ein krummes Maul

Die Stolzdeutschen und Mordspatrioten Vor 250 Jahren veröffentlichte

Vor 250 Jahren veröffentlichte der Schweizer Johann Georg Zimmermann, Leibarzt des Königs von Hannover und auch von Friedrich II. konsultiert, ein umfangreiches Buch über den „Nationalstolz“. Bissigen Spott ergoss er über jene Haltung, die „entsteht aus der vorteilhaften Vergleichung, die ein Volk zwischen den Vorzügen macht, die es hat oder zu haben glaubt, und die nach seiner Meinung einem anderen Volke mangeln ... jeder Bürger nimmt durch eine Art von Reflection an dem allgemeinen Stolze theil und hilft seinem Dorfe oder seiner Nation, jedem anderen Dorfe oder jeder anderen Nation ein krummes Maul zu machen.“

Nun, es ist selten dabei geblieben, andere Völkern verbal zu attackieren. Die Geschichte der Nationen war immer zugleich eine ihrer Kriege, ein Resultat überbordenden Stolzes auf sich selbst und grimmig-gierigen Hasses gegen andere. Ja, Feindbilder gab es in Hülle und Fülle, und allzu oft konnten sie verheerende Wirkungskraft gewinnen. Da dröhnte vor vielen Jahrzehnten durch Deutschland das Wort vom „perfiden Albion“ und vom „Erbfeind Frankreich“, gegen die zu Felde zu ziehen sei. Später hieß es, die jüdischen Bolschewisten seien der Deutschen gefährlichste Gegner, die daher – wie es in der verräterischen Sprache der Nazis lautete – wie „Ungeziefer“ ausgerottet werden müssten. Es ist eine lange Spur, die bis in unsere Gegenwart führt.

Feindbilder entstanden und verstärkten sich in aller Regel auf der Grundlage des Bildes, das einzelne Menschengruppen sich von sich selbst machten, das sie eifrig hegten und pflegten, zumeist ohne nach seiner Berechtigung oder gar nach seinen politischen Funktionen zu fragen. Am „deutschen Wesen“ solle die Welt genesen, hieß es vor dem Ersten Weltkrieg. Nicht allein in Kriegszeiten wurde ruhmseelig behauptet, der deutsche Soldat sei der beste in der Welt.

Historischen Wurzeln und aktuellen Erscheinungen des verhängnisvollen deutschen „Nationalstolzes“ spüren die acht Autoren des vorliegenden Bandes nach. Kenntnissreich geben sie Antworten auf viele Fragen, die in den jüngsten Debatten um die „deutsche Leitkultur“ aufgetaucht sind sowie auf solche, die sich aus dem Wirken neonazistischer Mordspatrioten und „Herrenreiter des nationalen Selbstbewusstseins“ ergeben. Die „Stolzdeutschen“-Kampagne und neue nationale Bekenntnisfreudigkeit spiegeln den Prozess ideologischer Re-Nationalisierung wider.

Wie ein roter Faden durchzieht alle lesenswerte Beiträge (von Petra Amman, Dietrich Heither, Gudrun Hentges, Lutz Hoffmann, Kurt Pätzold, Carolin Reißlandt, Gerhard Schäfer und Gerd Wiegel) die Warnung vor nationalistischem und rassistischem Zündstoff. Sie belegen, wie dieser sich gegenwärtig in einer Gesellschaft anhäuft, welche neuen patriotischen Inquisitoren immer mehr Spielraum lässt und die zugleich das Bereitsein Regierender wie Regierter demonstriert, sich bedenkenlos von einem durch Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Friedfertigkeit bestimmten Werte-Kanon zu trennen. Als Herausgeber und Autoren im Sommer dieses Jahres den Schlusspunkt unter ihre Texte setzten, konnten sie nicht ahnen, was in dieser Hinsicht bereits wenige Monate später offizielle Politik der Bundesregierung und vieler Parteien sein würde.

Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.): Die Stolzdeutschen. PapyRossa Verlag, Köln. 198 S., br., 25,10 DM.

Neues Deutschland, 24./25. November 2001, S. 13.

Boxheim

Angesichts der immer brutaleren politischen Auseinandersetzung und des Nazi-Terrors gegen Andersdenkende berief der Reichsinnenminister im November 1931 eine Konferenz aller Innenminister der Länder ein. Über die Abwehr des Terrors sollte beraten werden, gleich „von welcher Seite er auch komme“. Einer der Minister wusste indessen der Öffentlichkeit zu berichten, dass es nur um den „von links“ ging. Aber, wie sogar die „Frankfurter Zeitung“ berichtete, haben die Nazis auf der Straße mehr Blut vergossen als die Kommunisten und würden einen „schleichenden Bürgerkrieg“ führen.

Am 25. November 1931 wurden neue Fakten über den Terrorismus der Faschisten bekannt. Der hessische Landtagsabgeordnete Wilhelm Schäfer, wegen persönlicher Querelen aus der NSDAP ausgetreten, hatte dem Frankfurter Polizeipräsidenten Material übergeben, das dem vorgeblichen Legalitätskurs Hitlers Hohn sprach. Die Dokumente waren im Sommer 1931 unter Anleitung des Gerichtsassessors Werner Best – 1939 Mitbegründer des Reichssicherheitshauptamtes und seit 1942 „Reichsbevollmächtigter“ im besetzten Dänemark – von NSDAP-Mitgliedern auf dem „Boxheimer Hof“ bei Bürstadt im Kreis Bensheim ausgearbeitet worden. Sie enthüllten, was für die Zeit nach der Eroberung der Macht geplant war. Der Entwurf einer ersten „Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet“ sah vor, jeden Widerstand und Streik „grundsätzlich mit dem Tode“ zu bestrafen.

Die Oberen der NSDAP distanzieren sich. Sie behaupteten, nur „legal“ zur Macht kommen zu wollen. Zugleich äußerten sie Zweifel an der Echtheit der hochverräterischen Dokumente. Der „Völkische Beobachter“ sprach von „unerhörter Lügenhetze“. Hitler forderte scheinheilig SA und SS dazu auf, sich nicht vom Feind aufputschen zu lassen. Goebbels faselte von „viel Lärm um Nichts“ und sprach von einer Provokation, die auf ein Verbot der Partei ziele. Tatsächlich zeigte sich die Staatsmacht wenig entschlossen, dem verfassungswidrigen Kurs der Nazis entgegenzutreten. Als die Reichstagsabgeordneten der KPD angesichts der Boxheimer Affäre eine Sondersitzung forderten, wussten dies Regierung und andere Parteien, zu verhindern. Nachdem der Oberreichsanwalt am 30. November ein Verfahren eröffnet hatte, bedeutete Kanzler Brüning ihm, Zurückhaltung zu üben. Der Reichspräsident empfing am 12. Dezember Göring zu einem vertraulichen Gespräch, als sei nichts geschehen. Im folgenden Jahr stellte das Reichsgericht das Verfahren gegen Best u. a. ein.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 1./2. Dezember 2001, S. 21.

Der Vierer

Am Ende des ereignisreichen Jahres 1931 startete die Brüning-Regierung ein Projekt besonderer Art. Weil man bislang der Wirtschaftskrise nicht Herr werden können, geizten verantwortliche Banker und Politiker nicht mit neuen Ideen. Helfen sollte jetzt ein währungspolitischer Trick. Um „sparen“ zu können, beschloss das Kabinett eine weitere umfangreiche Notverordnung. Es war bereits die vierte, und wieder verhieß sie den Massen nichts Gutes. Die Reichsbank gab am 19. Dezember erstmalig ein kupfernes 4-Pfennig-Stück heraus. Die Münze sollte den üblichen „Fünfer“ ersetzen. Geplant war darüber hinaus auch die Einführung eines 80-Pfennig-Stücks, das anstelle einer Mark gelten sollte. Schlicht und absonderlich lautete der Gedanke: Wenn der Münzwert um 20 Prozent gesenkt wird, sinken auch die Preise um ein Fünftel ...

Was in dieser Form in die Lohntüten gelangte, wanderte indessen rasch wieder zu den Banken zurück. Die Deutschen lehnten die neuen Münzen ab. Bereits nach einem Jahr wurden die „Vierer“ außer Kurs gesetzt, die nach einem Preisausschreiben der Berliner Zeitung „Der Tag“ von Lesern witzig, einfallsreich und bissig „Brüning-Taler“, „Armer Heinrich“, „Hilfskreuzer“, „Rettungsmedaille“ und „Krisenkitt“ oder „Proleten-Dollar“ titulierte wurden und nur die Numismatiker entzückten.

Kein Entzücken riefen die vielen anderen „Spar“-Maßnahmen hervor: Lohn- und Gehaltskürzungen, Steuererhöhungen, eine so genannte Verwaltungsvereinfachung, Kulturabbau und immer wieder Schließung von Bildungseinrichtungen. Deutlich sah Ossietzky Deutschland „in Dunkelheit“ dahin treiben und „Verwesungsdünste“ aufsteigen. Nicht gespart wurde indessen an den Ausgaben für besondere Maßnahmen zur „Sicherung des Weihnachtsfriedens“. Nach neuerlich erlassenen Verordnungen konnten die Länderregierungen Versammlungsverbote aussprechen, wenn die Veranstalter die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährden würden. Ein Presseverbot drohte, falls eine Zeitung Nachrichten veröffentlichen würde, „die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen“. Dehnbare Formulierungen – sie boten willkommene Handhabe für reine Machtpolitik.

Doch wozu das alles? Auskunft bietet, was Groener mit dem Blick auf den Jahreswechsel für 1932 verkündete: „Der Wehrmacht, der Polizei und der Beamtenschaft fällt im neuen Jahr die besondere Aufgabe zu, den inneren Bestand des Staates so zu sichern, dass sich die Kräfte, die für die schweren außenpolitischen Entscheidungen eingesetzt werden müssen, frei entfalten können.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. Dezember 2001, S. 21.

Der Feind steht rechts

Haut immer feste auf den Wirth!
Haut seinen Schädel, dass es klirrt!
Knallt ab den Walther Rathenau,
die gottverfluchte Judensau!¹

Unzählige Sprüche solcher Art waberten in den frühen zwanziger Jahren durch Deutschland, ersonnen von strikten Gegnern der Revolution des Jahres 1918 und der Weimarer Republik, verbreitet von völkisch-antisemitischen Zeitungen, leichthin aufgegriffen an zahlreichen bierseligen Stammtischen. In blutigen Ernst verwandelten sie jene geheimen nationalistisch-rechtsextremen Organisationen, die sich vorgenommen hatten, mit allen Mitteln und koste es was es wolle, das junge und ihnen zutiefst verhasste, weil aus dem Novemberumsturz hervorgegangene parlamentarisch-demokratische System aus den Angeln zu heben. Ihren Zielen zuliebe setzten sie unentwegt den verlorenen Weltkrieg als Bürgerkrieg fort. Verbrechen zu begehen galt ihnen als sinnerfüllte Heldentat in den Auseinandersetzungen mit innenpolitischen Gegnern; sie wollten ein entschiedener Feind sowohl der beiden großen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften als auch aller jener bürgerlichen Kräfte sein, die für eine demokratische Verfasstheit des Staates und für die Überwindung der *Ketten von Versailles* durch Verhandlungen mit den Siegern eintraten.

Tausende Arbeiter, gleich ob sie für bessere Lebensbedingungen streikten oder für eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien eintraten, gleich ob sie den Weimarer Staat verteidigten oder eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen wollten, fielen diesem Terror der Rechten zum Opfer. Spektakuläre Bluttaten richteten sich gegen ihre Führer: Dies begann, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer barbarischen Soldateska am 15. Januar 1919 regelrecht hingerichtet worden waren, und setzte sich fort mit der Ermordung von Leo Jogiches, der nach dem Tode der beiden die Leitung der KPD übernommen hatte. Neben Eugen Leviné kamen Anfang Mai 1919 viele andere als Funktionäre und Anhänger der zeitweilig in München errichteten Räterepublik gewaltsam zu Tode. Im Frühjahr 1920 forderte die Niederschlagung der gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch gerichteten Aktionen ebenfalls zahlreiche Opfer.

Im Jahr darauf erhob sich erneut eine große Welle rechtsradikaler Terroraktionen. Sie traf Anfang Juni 1921 den bayerischen USPD-Führer Karl Gareis und am 26. August Matthias Erzberger, der bei einer Wanderung im Schwarzwald von zwei ehemaligen Offizieren erschossen wurde. Das Attentat galt weniger dem amtierenden Reichsfinanzminister, vielmehr dem Politiker aus der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei, der im November 1918 als Zivilist couragiert genug gewesen war, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, den die Oberste Heeresleitung zwar gefordert, aber selbst zu unterschreiben geschickt vermieden hatte. Hugo Haase, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, erlag im November 1921 einem Mordanschlag. Am 4. Juni 1922 wurde auf den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann ein Blausäure-Attentat verübt, das er nur dank glücklicher Umstände überlebte.

Unverblümt riefen im Frühjahr und im Sommer 1922 nationalistische Zeitungen zu weiteren Morden auf. In ihr Visier gerieten nun vor allem der Jude Walther Rathenau, der im Februar 1922 in das Amt des Außenministers eingeführt worden war, und Reichskanzler Joseph Wirth. Beide hatten maßgeblich den Vertrag von Rapallo vorbereitet und durchgesetzt, der im April mit Sowjetrußland geschlossen wurde und die internationale Isolierung Deutschlands aufbrechen half, jedoch allen nationalistischen und antikommunistischen Kreisen ein Dorn im Auge war. Insbesondere Rathenau galt der völkischen Rechten als Inkarnation der verhassten „Judenrepublik“. Deutschnationale Reichstagsabgeordnete scheuten nicht vor der Forderung zurück, die deutsche Regierung müsse vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden, weil sie eine zu nachgiebige und daher „verbrecherisch“ zu nennende Politik gegenüber den Siegermächten des Krieges betreiben würde.

¹ Zit. nach Ulrike Hörster Philipps: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1998, S. 260.

Mit einem solchen Appell war der Bankier Karl Helfferich – während einiger Jahre vor dem Ende des Ersten Weltkrieges Vizekanzler und nun einer der führenden deutschnationalen Politiker – am 23. Juni 1922 im Reichstag aufgetreten. Am Morgen des nächsten Tages wurde Rathenau ermordet, als er im offenen Wagen durch Berlin-Grünwald fuhr, um ins Auswärtige Amt zu gelangen. Ein anderes Auto hatte ihn verfolgt und in dem Moment, da sich beide Wagen auf gleicher Höhe befanden, fielen fünf Schüsse, eine Handgranate explodierte.

Alles schien darauf hinzudeuten, dass der Anschlag von langer Hand vorbereitet worden war. In welchen politischen Kreisen die Mörder zu suchen waren, konnte jeder wissen. Nach einer reichsweiten Fahndung stellte die Polizei schließlich am 17. Juli zwei der Täter: Erwin Kern und Hermann Fischer. Den einen trafen tödliche Schüsse der Verfolger, der andere nahm sich das Leben. Alle Spuren führten zur Organisation Consul (OC), die im Mai 1920 aus der am Kapp-Lüttwitz-Putsch aktiv beteiligten und danach verbotenen Marinebrigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt hervorgegangen war. Diese geheime Terror- und Femeorganisation hatte sich die Sammlung von „entschlossenen nationalen Männern“ zum Ziel gesetzt, bereit zu Mordtaten und putschistischen Aktionen. In ihren Satzungen umschrieb sie diese als unumgänglich für die „Einsetzung einer nationalen Regierung“, welche die „Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich“ mache. Auch die Mörder Rathenaus kamen aus der OC, aus einer von vielen völkisch-rassistischen Organisationen, die allesamt den Boden für die Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung bereiten halfen.²

Rathenaus Tod rief Erschütterung und Empörung hervor. Als der Reichstag sich am 24. und 25. Juni versammelte, um über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik zu debattieren, stieß die Nachricht von der neuerlichen Untat auf Entrüstung und Protest der parlamentarischen Mehrheit. Den Deutschnationalen Karl Helfferich empfangen mehrere Abgeordnete mit dem Ruf „Mörder, Mörder, hinaus mit dem Mörder“, anderen Mitgliedern der rechten Parteien wurden sogar Schläge angedroht. In dieser gespannten Situation hielt Wirth eine leidenschaftliche, von tiefer Trauer erfüllte Rede, an deren Ende er – auf die rechte Seite des Plenums schauend – erklärte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt: Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“³ Rhetorisch brillant und von unerhörter Wirkung stellte diese Rede zweifellos einen der Höhepunkte in der Geschichte deutscher Parlamente dar.

Wirths Ansprache richtete sich in ihrer Gänze gegen die Mörder und ihre geistigen Urheber. Mit der Ermordung Rathenaus seien „die großen Entwicklungen jäh unterbrochen, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr vor ihrem Volke wieder gutmachen“. Von den Deutschnationalen, insbesondere vom Fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) Oskar Hergt habe er erwartet, „dass heute nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgt, sondern dass diese Gelegenheit benützt wird, einen Schnitt zu machen gegenüber denen, gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes durch ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, dass von dieser Seite heute ein Wörtchen falle, um einmal auch die in Ihren eignen

² Siehe dazu u. a. Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Zürich 1992; Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1999.

³ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode 1920, Bd. 356. 236. Sitzung. Berlin 1922, S. 8054-8058. Joseph Wirth: Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925, S. 395-406 (hier 406). Überliefert ist auch eine zweite Version: „Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und dieser Feind steht rechts.“ Sie spielte eine Rolle, als Wirth 1932 einen Beleidigungsprozess gegen ein NSDAP-Mitglied angestrengt hatte und vor einem Schöffengericht in Freiburg erklärte, er habe nicht gesagt, der Feind stehe rechts. 1933/34 – da befand er sich bereits im Exil – wurde er deshalb mit einem Meineidsprozess überzogen. In der Deutschen Botschaft zu Paris gab er zu Protokoll, er habe gesagt, der Feind stehe da, wo Mephisto sein Gift träufele. Dies sei kein Werturteil im staatspolitischen Sinne dem politischen Gegner gegenüber gewesen. Er habe „die Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung treffen wollen, der sein Freund Rathenau zum Opfer gefallen sei.“ Keineswegs habe er mit dem Satz „die Rechte als Ganzes diffamiert“. Zit. nach Hugo Ott: „Dieser Feind steht rechts“. Überlegungen zur Reichstagsrede von Reichskanzler Dr. Wirth nach der Ermordung Rathenaus im Jahre 1922. In: Alemannisches Jahrbuch 1979/80. Hrsg. vom Alemannischen Institut Freiburg i. Br., S. 197 f.

Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen“. Einem anderen Abgeordneten der DNVP hielt er vor, verlangt zu haben, dass das ganze System zum Teufel gejagt werden müsse, weil „eine deutsche Regierung, aber keine Ententekommission“ gebraucht würde. Man dürfe sich daher nicht „über die Verwilderung der Sitten“ wundern: „Wir haben in Deutschland geradezu eine politische Verliertheit.“ Es sei eine Atmosphäre geschaffen worden, in der auch „der letzte Funke politischer Vernunft erloschen ist“.

Bevor Wirth seine Rede mit dem Wort *Dieser Feind steht rechts* abschloss, hatte er formuliert: „In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind an der Macht! – nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!“

Gegen die Mordtat bekundeten Millionen von Deutschen Trauer, Entrüstung und Empörung. Am 27. Juni fand ein landesweiter Proteststreik statt. Über politische Grenzen hinweg formierte sich eine breite Protestbewegung gegen den Terror von rechts. Sie ging von den großen Arbeiterorganisationen aus, jedoch beteiligten sich an ihr auch andere demokratische Parteien und ebenso die Reichsregierung. Am Tag der Trauerfeier für den toten Minister schloss sich desgleichen die preussische Regierung mit all ihren Behörden dem Streik an. Die Feier selbst wurde in allen großen deutschen Städten zu einer Demonstration für die Republik. In einigen Großstädten waren es mehr als 100.000 Menschen, die für die Republik auf die Straße gingen. Es schien, als könnte die gespaltene Linke näher zusammenrücken. Noch am Tag der Ermordung war es im Ruhrgebiet zu Trauer- und Protestkundgebungen gekommen: In Bochum, Essen, Gelsenkirchen nahmen jeweils bis zu 70.000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter u. a. an den Kundgebungen teil.

Wirths Argument *Dieser Feind steht rechts* verbreitete sich rasch in allen deutschen Landen, häufig in jener viel bekannteren verkürzten Form, die da verallgemeinerte: *Der Feind steht rechts*. Indessen war nicht neu, was Wirth gesagt hatte. Dass er es als bürgerlicher Politiker und als Reichskanzler ausgesprochen hatte, verlieh dem Wort so bedeutungsvolles Gewicht. *Der Feind steht rechts* – Erkenntnis und Formulierung gehörten in den Reihen der proletarischen Bewegungen seit langem zu selbstverständlicher Gewissheit. Immerhin waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter Jahrzehnte hindurch als Feinde von Thron und Altar, als Feinde der Nation und „Vaterlandsverräter“ beschimpft worden. Sie hatten über sich ergehen lassen müssen, was z. B. 1911 in der Zeitschrift „Jugend“ gedichtet worden war:

„Der Sozi, rötlich und gemein
hat Hörner, Schwanz und Hinkebein.
Er hasst die Kirche, lieber Sohn,
und stinkt auf 100 Meilen schon.“⁴

Solche Verteufelung der Linken ging stets einher mit der sprichwörtlichen „Blindheit“ auf dem rechten Auge, und das auch bei jenen Parteien, die sich selbst in der so genannten Mitte verorteten und in den Rechten keine „Feinde“, allenfalls nur Gegner und Rivalen sahen. Die der deutschen Sozialdemokratie nahestehende satirische Zeitschrift „Der wahre Jacob“ kennzeichnete das Verhalten insbesondere der Nationalliberalen mit den Worten: „Der Feind steht links, der Gegner rechts!“⁵

Der Satz *Der Feind steht rechts* geht unmittelbar auf Philipp Scheidemann zurück, der ihn im Herbst 1919 erstmalig in seinen Reden⁶ und 1922 nach dem überstandenen Attentat verwendete.

⁴ Zit. nach Der rote Ballon. Die deutsche Sozialdemokratie in der Karikatur. Hrsg. v. Michael Klant, Hannover 1988, S. 84.

⁵ Der wahre Jacob, 20.6. 1911, S. 7110.

⁶ Philipp Scheidemann: Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig! Zwei Reden gehalten am 11. September 1919 in Kassel und am 7. November 1919 vor der Nationalversammlung. Berlin 1919.

Auch Otto Wels, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, sprach ihn aus, als er am 30. März 1920 im Reichstag den Kapp-Lüttwitz-Putsch geißelte. Doch in den Sprachgebrauch der Deutschen ging das Schlagwort erst ein, seit ihn Reichskanzler Wirth ausgesprochen hatte und im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau im Juli 1922 ein Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft trat. Von diesem erwarteten viele, dass es zu wirksamer Eindämmung terroristischer Aktionen rechter Kräfte genutzt würde. In der Praxis handhabten es die Regierenden der Weimarer Republik zumeist gegen Kommunisten und Sozialisten.

Zweifelloos war die Äußerung Wirths unmittelbar der Situation geschuldet. Ihr Inhalt entsprang jedoch voll und ganz den Auffassungen eines Mannes, der als Mitglied der katholisch-großbürgerlichen Zentrumspartei den Idealen der Revolution von 1848/49 huldigte und sich wortgewaltig für das Ende des Weltkrieges eingesetzt hatte. Wirth entstammte einem sozial und politisch engagierten katholischen Elternhaus, dem Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe keine leeren Begriffe, sondern Handlungsanspruch bedeuteten. Seine Vision eines „sozialen und demokratischen Volksstaates“ ließ ihn häufig in Konflikt mit der Führung der Zentrumspartei geraten. Gegen deren Kurs, sich nach rechts zu öffnen, opponierte er in den folgenden Jahren und spielte zeitweilig mit dem Gedanken, aus der Fraktion auszutreten. Dass Wirth im Lager republikanischer Demokraten nicht allein stand und Politiker anderer Parteien der „Mitte“ ebenfalls die Feststellung *Der Feind steht rechts* aufgriffen, bewies unter anderem Hugo Preuß, der 1918/19 großen Anteil an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung genommen hatte. Als er 1924 eine Rede anlässlich des Verfassungstages hielt, wiederholte er bewusst den Wirthschen Satz und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, dass es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen.“⁷

Aus solcher Erkenntnis – vielfach und mit bissiger Schärfe formuliert von Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky u. a. – wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen, auf deren verstärkte und breitere Anwendung, auf ihre Sicherung durch ernsthafte Schwächung alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik. Doch als die Weltwirtschaftskrise begann, der Reichsverband der Deutschen Industrie als Alternative „Aufstieg oder Niedergang“ vorgab und die NSDAP ihre ersten größeren Erfolge errang, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß der Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien nicht mehr opportun. Im Gegenteil: Da dominierten einerseits selbstgefällige Lobpreisungen, da wurden andererseits – war von Gefährdungen der Demokratie die Rede – diese vor allem den Linken, sowohl den Kommunisten als auch sozialdemokratischen Organisationen, zugeordnet. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkenntung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen parlamentarisch-demokratisch verfasster Herrschaftssysteme und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen ...

Was dem folgte, ist bekannt: Zwölf Jahre faschistische Diktatur, Zweiter Weltkrieg und barbarische Vernichtung anderer Völker. Seither besagt eine der bittersten, leider oftmals unberücksichtigten Erfahrungen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert: Wer damals, in jenen Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtsten unter den Rechten zu nutzen versucht hatte, half es entscheidend zu fördern. Insbesondere die Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Tagespolitische Einträglichkeit wurde zum obersten politischen Prinzip erhoben und ließ schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Wer

⁷ Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 72.

den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte.

Die Weimarer Republik scheiterte. Ein Übermaß an Chancen hatten ihre Repräsentanten den ausgesprochen rechten Parteien zuteil werden lassen und dem damaligen Rechtsextremismus geboten, hoffend, ihn in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Sie ging zugrunde, weil konkret benennbare Kräfte – rechts stehende Feinde – sich zugunsten undemokratischer Machtausübung, politischen Wahns und zu Ungunsten demokratischer Organisationen entfalten konnten.⁸ Welch schlimme Folge der Missachtung jener von Wirth und vielen anderen ausgesprochenen Warnung *Der Feind steht rechts*

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 30-36.

Siehe auch: junge Welt, Montag, 24.06.2002, S. 12.

⁸ Siehe Manfred Weißbecker: Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte. In: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD. Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 154 ff.

Ich kenne keine Parteien mehr

Kaum hatte der Weltkrieg begonnen, da tönte der deutsche Kaiser in der ihm eigenen großsprechenden Art am 4. August 1914 im Reichstag, er kenne nun *keine Parteien mehr*, er kenne *nur noch Deutsche*. In einer Ansprache „An das Volk“ hatte Wilhelm II. vor dem königlichen Schloss in Berlin drei Tage zuvor ebenfalls verkündet: „In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“¹ Das Wort – seitdem immer wieder zitiert, ebenso oft zustimmend wie ablehnend – war vordergründig der Situation entsprungen und dem Versuch geschuldet, nationalistische Euphorie für den Krieg zu wecken und in ihr die Gegensätze zwischen Herrschenden und Beherrschten zu ersticken. Krieg nach außen und „Burgfrieden“ im Inneren – auf diesen Zustand zielte der wohlüberlegte Satz des Monarchen. Mit der Wirkung konnten er und alle, die den Krieg „gewollt“ hatten², zufrieden sein. Die Notwendigkeit einer „Verteidigung“ Deutschlands postulierend und betonend, man müsse sich mit der „ehernen Tatsache des Krieges“ abfinden, verkündete auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei, es gelte nun, „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich zu lassen“.³ Aus der Erinnerung war getilgt, dass sie noch wenige Jahre zuvor als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft worden waren, vergessen und über Bord geworfen schienen auch alle Antikriegs-Resolutionen, die von der nun zerfallenden Sozialistischen Internationale zuvor beschlossen worden waren. Die 1914 so hergestellte „Einheit“ der Deutschen im Kampf gegen äußere Feinde bezeichneten später – als der „Burgfrieden“ brüchig wurde, der Krieg verloren war und seine Ergebnisse wiederum kriegerisch revidiert werden sollten – konservative und nationalsozialistische Publizisten hochtrabend als den „Geist von 1914“, der zu einer neuen „Volksgemeinschaft“ führen und *Deutschland, Deutschland über alles* erheben müsse ...

Im unmittelbaren Anliegen Wilhelms II. – das Gegeneinander von Herrschenden und Beherrschten in einem nationalistischen Miteinander aufzuheben, um soziale Hierarchien bewahren zu können – artikulierte sich zugleich sein übergroßer Widerwille gegen Existenz und Betätigung politischer Parteien. Den Parlamentarismus verabscheute er ebenso; es sei ihm „vollständig gleichgültig, ob in dem Reichstagskäfig rote, schwarze oder gelbe Affen herumspringen“, ließ er vernehmen.⁴ Deutlich hatte er nun bei Kriegsbeginn alle Antipathien und Aversionen zusammengefasst, die es im 19. Jahrhundert in den Oberschichten der deutschen Gesellschaft zu Parteien gegeben hatte und die sich auch im 20. Jahrhundert fortsetzten. Parteien nicht mehr „kennen“ zu wollen, war stets mit autokratischem Macht bestreben und friedloser Außenpolitik verknüpft. Die deutsche Parteiengeschichte lässt sich daher auch als eine Geschichte unaufhörlicher Auseinandersetzungen um Ablehnung oder Lobpreisung von Parteien, um Parteienverdrossenheit oder Rechtfertigung betrachten.

¹ In seiner Rede vom 4.8.1914 hieß es: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. An die Völker und Stämme des Deutschen Reichs ergeht mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter, fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle! – Sie haben gelesen, meine Herren, was ich zu meinem Volke vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole ich. Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ (Stenographische Berichte des Reichstages, Bd. 306, S. 2) Überliefert ist auch die Formulierung: „Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder.“ Reden, Ansprachen, Predigten und Trinksprüche des Kaisers Wilhelm II. Hrsg. v. Ernst Johann, 2/1977, S. 1253.

² Zu dieser Charakterisierung siehe vor allem Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Auflage. Düsseldorf 1964.

³ So der SPD-Vorsitzende Hugo Haase am 4.8.1914 im Plenum des Reichstages, obgleich er zuvor in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatte.

⁴ Zit. nach Franz Herre: Wilhelm II. Monarch zwischen den Zeiten, Köln 1993, S. 131. Diese Bemerkung telegraphierte er unverschlüsselt nach einem Wahlerfolg der Sozialdemokratie. Siehe Ludwig Reiners: In Europa gehen die Lichter aus. Der Untergang des Wilhelminischen Reiches, München 1981, S. 105.

Was aber stellen politische Parteien tatsächlich dar? Was spricht was gegen sie? Seit sie in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auf die Bühne des Geschehens getreten waren, um ökonomische, politische, soziale und geistige Interessen einzelner Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft zu vertreten, hatten insbesondere königstreue Politiker und konservative Ideologen zahlreiche Vorbehalte gegen diese Organisationen artikuliert. Sie kritisierten deren Streben, ihre jeweiligen Ziele und Programme –wenn erforderlich – auch gegen Monarchen und den Obrigkeitsstaat durchzusetzen. Obgleich das Parteienwesen vorrangig auf dem Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft beruhte, galt den Verfechtern einer „überstaatlichen“ Idee allein ihre Existenz als Ausdruck des Strebens nach Volkssouveränität und parlamentarischen Verhältnissen. Und damit verstießen jene, die nicht mehr als Untertanen sein sollten, gegen die traditionelle, aus Gottesgnadentum abgeleitete Souveränität herrschender Fürsten und Monarchen. Alles, was emanzipatorisch gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen gerichtet schien, erfuhr feindselige Ablehnung. Erst im Verlaufe der Entwicklung, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begannen die „Verteidiger“ des monarchistischen Regimes sich ebenfalls in politischen Organisationen, in konservativ gesinnten Parteien und „alldeutsch“-expansionistisch orientierten Verbänden zu formieren, die für das Reich einen *Platz an der Sonne* erstrebten und die Welt *am deutschen Wesen genesen* lassen wollten.⁵ Vernehmlich standen sich bürgerliche und proletarische Parteien gegenüber, die einen als Konkurrenten im Kaiserreich, die anderen als Verfechter anderer gesellschaftlicher Verhältnisse.

Kritiker des Parteienwesens argumentierten jedoch auch weiterhin, Parteien beschädigten das „Vaterland“ und wären eine widernatürliche Ausgeburt der Demokratie; folgerichtig empfahl der konservative Reichstagsabgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau 1910, der Kaiser müsse jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: „Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag.“⁶ Konservativ-elitäre Intellektuelle hielten den Parteien umfangreiche „Sündenregister“ vor: „Einseitigkeit der Sicht und des Urteils Befangenheit im Dogmatismus und Traditionalismus, Einfallslosigkeit und Immobilität, Ideenarmut und Borniertheit, Irreführung des harmlosen Volkes und ahnungsloser Mitglieder durch hermetisch sich abschließende und im Grunde unkontrollierbare Führungsoligarchien, innerparteiliche Meinungsknebelung und parlamentarischer Fraktionszwang, Intoleranz und Fanatismus, Intrigantentum und Machiavellismus, Cliqueswesen und Korruption, Ämterpatronage und Karrieremacherei, und schließlich durch all das Schädigung und Aushöhlung der Staatsautorität ...“⁷ In der Regel beanspruchten sie demgegenüber für jene Partei, der sie selbst angehörten oder nahe standen, dass auf sie diese Kritik nicht zutreffe; eigene Parteilichkeit bedeckte sich mit dem Tarnmantel absoluter Überparteilichkeit.

Bereits während des Weltkrieges erwies die Phrase, es gäbe nur noch Deutsche, ihre Brüchigkeit. Da genehmigte Wilhelm II. zwar 1916, die vom Baumeister Wallot vorgesehene Inschrift „Dem deutschen Volke“ am Reichstagsgebäude anzubringen, doch zugleich füllten sich die Gefängnisse mit antimilitaristisch gesinnten, kriegsmüden und den Sozialismus ersahnenden Menschen. Die Kriegsgemeinschaft zerfiel zusehends. Im Juli 1917 beschloss die Mehrheit des Reichstages eine Resolution, die dazu aufforderte, einen „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ anzustreben. Und am Ende kannte der Kaiser nicht allein die Parteien, sondern auch „seine“ Deutschen nicht mehr – vor den Aktionen revolutionärer Arbeiter und Soldaten floh er in die Niederlande. Die Monarchie hatte abgewirtschaftet, eine Republik entstand. Selbst großen Teilen des Bürgertums erschienen in der Revolution von 1918/19 Parteien und Parlamentarismus als Rettungsanker gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung und deren Forderung *Alle Macht*

⁵ Zu den hier und im Folgenden erwähnten Organisationen siehe: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs)/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt Manfred Weißbecker, Leipzig m 983-1986.

⁶ Zit. nach Hartmut Wasser: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1974, S. 49.

⁷ Zit. nach Hermann Scheer: Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie, München 3/1980, S. 163 f.

den Räten. Lautstark und einmütig, die Unterstützung durch die sozialdemokratischen Parteiführer gern nutzend, riefen sie nach möglichst rascher Wahl und Konstituierung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 gewählt und nach Weimar einberufen wurde. Von nun an entwickelten sich die wichtigsten bürgerlichen Parteien – meistens unter neuen Namen und mit dem Anspruch, „Volkspartei“ zu sein – zu wirklichen Mitgliederparteien. Sie vermochten in der Anfangsphase der Weimarer Republik so viele Mitglieder zu organisieren, wie es ihnen zuvor nie möglich gewesen war und wie sie es danach nie mehr erreichen sollten, sieht man von der 1919/20 entstandenen NSDAP ab, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zur wähler- und mitgliederstärksten Partei aufstieg.

Dennoch überzogen vor allem die Wortführer der „konservativen Revolution“ die Weimarer Republik mit hasseffüllter Parteienkritik. Der jungkonservative Philosoph und durch sein 1918 erschienenes Werk „Der Untergang des Abendlandes“ bekannt gewordene Oswald Spengler klagte, die Deutschen hätten kein Vaterland, keine Rechte, kein Ziel und keine Zukunft mehr, sondern nur noch Parteien als Gemeinschaften „beschränktester und schmutzigster Interessen“.⁸ Der Staatsrechtslehrer Heinrich Triepel bestritt die Legitimation der Parteien, die eine „extrakonstitutionelle Erscheinung“ seien und die Gestalt „eines dem Staatsorganismus fremden Körpers“ hätten.⁹ Als 1925 aus Anlass der Wahl des Erzreaktionärs Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten eine Gedenkmünze geprägt wurde, las man auf ihr, was der kaiserliche Feldmarschall von Parteien hielt: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien.“

Der Fülle negativer Assoziationen, die Parteien auslösen, stehen indessen vielfältig verbreitete Erklärungen entgegen, kein Staat und keine Regierung könne ohne sie auskommen. Obgleich die Parteien in der Weimarer Verfassung nur am Rande erwähnt wurden – ihr Artikel 130 verlangte, Beamte dürfen keiner Partei dienen –, postulierte Professor Ernst Troeltsch, Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, im Mai 1920: „Parteien müssen sein. Sie sind das einzige Mittel der Regierungsbildung, ob sie einem gefallen oder nicht. Wer früher über Militär- oder Beamtenhochmut sich ärgerte, kann sich heute über die Parteizwistigkeit und Parteiselbstsucht ärgern. Ohne Dinge, über die man sich ärgert oder an denen man leidet, gibt es überhaupt keine Regierung. Regierung-schaffen und Regierung-ertragen ist leider immerdar ein schwieriges und unangenehmes Geschäft gewesen und wird es in jeder Form bleiben.“¹⁰

In der Tat: Mit der Ersetzung der konstitutionellen Monarchie durch eine parlamentarisch verfasste Republik kamen den Parteien gewichtigere Funktionen als im Kaiserreich zu, wählte doch nunmehr der Reichstag den Kanzler, erwachsen aus Koalitionen der Parteien die Regierungen, konnten ohne sie schwerlich Parlamente vom Volk gewählt werden. Parteien waren endgültig zu einem konstitutiven Element der Herrschaftsausübung geworden. Vor allem das neue Zusammenspiel von fortschrittsorientierten Parteien und sozialen Bewegungen bot der Demokratie und dem Übergang in eine nichtkapitalistische bzw. in eine den Kapitalismus einschränkende Gesellschaft gewisse Chancen. Ihr aber begegneten konservative und völkisch-rassistische Kreise der deutschen Gesellschaft sowohl mit offenem Hass als auch mit der Suche nach neuen Formen eigener Parteiorganisation. Letzteres hatte sich im weitgehenden und bereits während der Revolutionszeit erfolgten Zusammenschluss konservativer Parteien zur DNVP gezeigt, in die selbst die 1917 entstandene und einen „Sieg-Frieden“ fordernde Deutsche Vaterlandspartei integriert worden war. Der auf der rechten Seite des deutschen Parteienwesens eingeschlagene Weg führte schließlich zur Herausbildung und Entfaltung einer bürgerlichen Partei „neuen Typs“, der NSDAP, die sich selbst als eine Partei „über den Parteien“ pries.

In der Weimarer Republik bewegten sich alle Debatten über die Parteien größtenteils zwischen den Polen von strikter Ablehnung und ebenso strikter Befürwortung. Publizisten der „konservativen

⁸ Oswald Spengler: *Neubau des deutschen Reiches*, München 1924.

⁹ Heinrich Triepel: *Die Staatsverfassung und die politischen Parteien*, Berlin 1928, S. 24 f.

¹⁰ Ernst Troeltsch: *Die Fehlgeburt einer Republik*. *Spektator* in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt a. M. 1994, S. 144.

Revolution“ stellten Parlamente und Parteien vehement in Frage. Ernst Jünger sehnte 1925 das Ende des parlamentarischen Systems mit den Worten herbei: „Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag.“¹¹ Noch massiver äußerte sich der Publizist Edgar Julius Jung, dessen wichtigstes Buch 1927 unter dem Titel „Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung“ erschien. Er bezeichnete die Partei als eine „seelenlose Maschine, die das Leben unlebendig macht, Geist und Seele ertötet, die Minderwertigkeit an der Spitze“ trage. Nichts verdiene „so sehr den baldigen Untergang als die Partei. Wer sie mit Feuer und Schwerte austilgt, vollbringt ein frommes Werk.“¹² Hitler, am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler berufen, verwirklichte, was er zuvor als sein größtes Ziel proklamiert hatte: Schluss mit den Parteien.¹³ Alle Parteien, die seine ausgenommen, wurden verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass sie die Schuld an der Zerrissenheit der Deutschen trügen und im Grunde nur ein antideutsches Werk der Juden verrichtet hätten, deren angebliche Herrschaft ja gerade auf dieser Zerrissenheit beruht haben sollte. Die Tatsachen wurden regelrecht auf den Kopf gestellt, denn keineswegs waren die Parteien nur ein Ausdruck der beklagten Zerrissenheit, sondern eher deren Ursache. Zugleich schuf die NSDAP im so genannten Dritten Reich das größte, fast alle Deutschen erfassende Organisationensystem. Ihre „Volksgemeinschaft der Deutschen“ hob nun nationalistisch-rassistische Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti, Roma usw. sowie gegen körperlich und geistig Behinderte in praktizierte Barbarei.

Als die Naziherrschaft ihrem Ende entgegenging, hatte sich nicht allein das nationalsozialistische Einparteiensystem diskreditiert, sondern waren auch die Aversionen gegen ein pluralistisches Parteienwesen entstanden. Unter Antifaschisten aller Richtungen spielten sie keine Rolle, allenfalls die Bestrebungen, die Fehler des Weimarer Vielparteiensystems nicht zu wiederholen und ein überschaubares Mehrparteiensystem zu schaffen, dessen Aufgabe es sein sollte, Faschismus und Krieg für immer zu überwinden. In den Vordergrund traten – auf bürgerlicher und auf proletarischer Seite – Initiativen zur Gründung von Einheitsparteien. An eine Zusammenfassung von Parteien, die bis 1933 existiert hatten, zu drei großen Organisationen dachten auch die Oppositionsgruppen um Carl Goerdeler 1943/44. Nach dem Zweiten Weltkrieg vereinigten sich bislang katholisch und protestantisch orientierte Kräfte zur konservativ-interkonfessionellen CDU/CSU. Die Bildung einer einheitlichen Partei erstrebte sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Teilen Deutschlands in erster Linie die Arbeiterbewegung. In der Sowjetischen Besatzungszone entstand diese rasch, allerdings unter Verwendung undemokratischer und zum Teil auch repressiver Methoden. Beide deutsche Nachkriegsstaaten entwickelten unterschiedliche Formen des Parteienwesens; der eine die so genannte Parteiendemokratie, der andere ein Mehrparteiensystem mit gesetzlich fixierter Führerschaft der SED. Seit 1989/90 dominiert in Deutschland das Parteienwesen der früheren Bundesrepublik – in dessen Gefüge und politische Zielsetzung allenfalls die Partei des Demokratischen Sozialismus nicht zu passen scheint (zumindest noch nicht in jener Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden) – mit allen seinen Voraussetzungen, Schwächen und Problemen, die neue Aversio neu gegen die Parteien hervorrufen.

¹¹ Zit. nach Stefan Breuer: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1992, S. 123.

¹² Edgar J. Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, Berlin 1930, S. 246.

¹³ Als der Zweite Weltkrieg begonnen hatte, erinnerte einer der NSDAP-Gauleiter wohl nicht zufällig an Wilhelms II. und Hitlers Aversion gegen die Parteien: „In einem Jahr 1914 sprach der Kaiser das komische Wort: Er kenne keine Parteien mehr. – Das war die Äußerung eines frommen Wunsches. Mit frommen Wünschen sind wir dann in diesen Krieg gegangen und standen am Ende vor der Vernichtung. Adolf Hitler hat bereits schon Jahre vorher die Parteien vernichtet und beseitigt. Er hatte bereits, als er in diesen Krieg ging, keine Parteien mehr, sondern hatte ein deutsches Volk. Damals war es so, dass im Jahre 1918 der deutsche Soldat des Krieges sich seiner eigenen Haut schämen musste; denn während er Gut und Blut zum Einsatz brachte, trieben in der Heimat Schieber, Schleikhändler, Kriegsgewinnler und Hamsterer ihr Werk. Während er für seine Nation sein Blut zum Einsatz brachte, verrieten in der Heimat so genannte Regierungen ihr eigenes Volk. Heute ist es anders.“ Rudolf Jordan: Wir und der Krieg. Gedanken aus Reden in diesem Krieg, Dessau 1941, S. 16 f.

Allenthalben und deutlicher als zuvor wird seither wieder Politik- und Parteiverdrossenheit artikuliert. Kritik gilt der Tatsache, dass die Repräsentation der Gesellschaft durch Parteien einer weitgehenden parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen ist.¹⁴ Geklagt wird über Skandale unzähliger Art, die das Erscheinungsbild insbesondere der großen Parteien prägen. Festzustellen ist auch, dass diese nur unzulängliche konzeptionelle Angebote unterbreiten und in personeller Hinsicht den Typ karrieristisch-anpassungsfähiger Berufspolitiker bevorzugen. Ständig tauchen neue Nachrichten über die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung auf. Die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate haben in den 90er Jahren ein Übermaß erreicht. Die großen und etablierten Parteien zeigen sich mehr und mehr unfähig, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen. Prinzipien wie das der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und der Ermöglichung einer kritischen Öffentlichkeit sind durch einen nicht-öffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmissbrauch außer Kraft gesetzt. Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität haben aufklärerische Maxime, demokratische und liberale Normen längst über den Haufen geworfen. Zutreffend rügte der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker die „Machtversessenheit“ und „Machtvergessenheit“ der Parteien.¹⁵ Einer der bekanntesten Kritiker des heutigen Parteienwesens, Ulrich von Alemann, sieht vier generelle Mängel: erstens die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien, zweitens die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien, drittens die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht und viertens die Dominanz des Eigeninteresses sowie die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.¹⁶

Möglicherweise lässt sich das 20. Jahrhundert nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. Die soziale Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft blieb jedoch erhalten, und so scheint Neues in der Organisation der Gesellschaft kaum denkbar. Neu ist indessen, dass Kriege wieder zur Tagesordnung gehören; und mit diesen wächst offensichtlich die Neigung der Herrschenden, ganz im Sinne Wilhelms II., vor allem jene Parteien und Organisationen nicht mehr zu kennen, ja diese erneut diffamieren und ausgrenzen zu wollen, die andere politische Konzepte verfolgen und sich jeweiligen Regierungen verweigern, die ein uneingeschränktes „Zusammenstehen“ aller Deutschen im Ringen für den *Standort Deutschland* und um die deutsche Mitwirkung an den Kriegen des 21. Jahrhunderts fordern.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 159-166.

¹⁴ Rolf Ebbighausen u. a.: Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1996, S. 446.

¹⁵ G. Hofmann/W. A. Perger: Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt a. M. 1992, S. 40, 164 u. 178.

¹⁶ Verwiesen sei hier aus der Fülle seiner Publikationen lediglich auf sein Buch „rororo spezial Parteien“, Reinbek bei Hamburg 1995.

Novemberverbrecher

Die Weimarer Republik wurde von großen Teilen deutscher Industrieherrn, Bankiers, Militaristen und Politiker abgelehnt, zum Teil auch regelrecht gehasst. Viele – vor allem auch jene, die früher Sozialdemokraten und Gewerkschafter pauschal als „Vaterlandsverräter“ beschimpft hatten, sahen in ihrem Ursprung – der Revolution vom November 1918 – das Verbrechen an Volk und Nation schlechthin. In der Novemberrevolution erkannten sie einen der wesentlichsten Ausgangspunkte parlamentarisch-demokratischer Entwicklung in Deutschland. Für sie stand fest, die Erhebung gegen Monarchie und Krieg habe als Dolchstoß in den Rücken des *im Felde unbesiegten Heeres* gewirkt und sei ausschlaggebende Ursache der Kriegsniederlage und demzufolge auch die aller Lasten des Versailler Friedensvertrages gewesen. Ohne Revolution, so behaupteten je dreist, würde es in Deutschland kein Elend und keine Armut geben, denn allein die für die Revolution Verantwortlichen – völlig undifferenziert gesehen als Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Liberale und zugleich als Juden – hätten Misswirtschaft und Not bewirkt. Mit der Ablenkung von den tatsächlichen Ursachen und Verursachern der wirtschaftlichen Situation wurde zugleich das Kaiserreich als Hort von Zucht und Ordnung gepriesen, an dem feige Treulosigkeit begangen worden sei.

Es war nicht allein die NSDAP, die in solcher Art und Weise ihren Hass auf die Republik herausstellte. Nahezu alle Teile der bürgerlichen Eliten sahen in der Revolution nicht mehr als eine trübe und möglichst für immer zu verstopfende Quelle katastrophaler Verhältnisse. Konservative, nationalliberale und andere Organisationen bemühten sich ebenso, den Eindruck zu vermitteln, lediglich mit ihrer Hilfe und selbstverständlich unter ihrer Führung sei dem – von ihnen selbst an die Wand projizierten – Menetekel vom kommenden Untergang der deutschen Nation zu entgehen. Mit der Weimarer Republik bekämpften sie jeden Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten zu verringern und endlich in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, Versuche also, jene Grundsätze zu verwirklichen, von denen jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge.

Tatsächlich, wenn auch ansatzweise, halbherzig und unzulänglich hatten sich nach der Novemberrevolution Chancen für eine Beschränkung großbürgerlich-autoritärer Macht sowie für eine gewisse Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft geboten. Zukunftorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw. waren deutlich hervorgetreten, obgleich die mit der demokratischen Weimarer Verfassung verbundenen Chancen zu wenig oder gar nicht wahrgenommen worden sind. Selbst den zeitweilig regierenden Sozialdemokraten missfiel die Revolution, und da sie ihnen auch als verabscheuungswürdig galt, taten sie folgerichtig alles, um beispielsweise die Erhebung des 9. November zu einem Staatsfeiertag zu verhindern.

In allen Jahren der Weimarer Republik variierte die NSDAP das Thema vielfältig. Sie stellte es regelrecht in das Zentrum ihrer Propaganda: Immer und immer wieder sprach sie von „Revolutionsverbrechern“ und „Revolutionslumpen“, vom „Novemberstaat“ oder von der „Novemberrepublik“, von „Idioten“ und „Totengräbern“ des Reiches, von den „Berliner Schweinehunden“.¹ Kaum eines der unzähligen Schimpfwörter, die in der deutschen Sprache anzutreffen sind, wurde in solchem Zusammenhang ausgelassen, um die Revolution zu diffamieren und ihre historische Legitimität in Frage zu stellen, um Hass auf die Republik zu propagieren und zum Kampf gegen sie zu mobilisieren. Wo inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht fruchteten, sollte eine sich menschenfreundlich gebende Warnung vor den Untaten der „Linken“, der verräterischen „Sozis“ und der jüdischen „Bolschewisten“ greifen. Die Partei der deutschen Faschisten benötigte Totschlag-Argumente, die helfen sollten, eigene Ziele und Methoden zu bemänteln. Darunter spielte jenes vom Verbrechen der Revolution und vom „roten Terror“ eine außerordentlich große Rolle. Dem könne nicht anders als gewalttätig begegnet werden.

¹ Siehe Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. v. Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn (künftig: Jäckel), Stuttgart 1980, passim.

Doch eine solche Rechtfertigung des eigenen Terrorismus entsprach keineswegs der Realität, denn die These von den Verbrechen der Revolutionäre stützte sich im Grunde lediglich auf bloße Behauptungen. Historiker können Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, dass in Deutschland „linker Terror“, auf den lediglich reagiert worden sei, keineswegs so radikal gewesen ist, wie es dargestellt wurde. Gerade Novemberrevolution und Weimarer Republik weisen aus, wie sehr die Behauptung vom „roten Terror“ einem Popanz glich, wie falsch und irreführend das Wort von den *Novemberverbrechern* war und wie mit ihm letztlich die Revolution selbst als Verbrechen diffamiert werden sollte. Die überlieferten Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Revolution von 1918/19 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählte zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November 1918 starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ; am 9. des gleichen Monats wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäfer-Kaserne erschossen. War das „roter Terror“? Blut begann in größerem Maße zu fließen, als ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand – am 7. Dezember 1918 – und wenig später der so genannte Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisiert wurde. Beide Aktionen bildeten das Fundament für die dann im Januar 1919 beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen die führenden Politiker der Jungen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bestialisch umgebracht wurden.

Der gutmütigen Revolution, so urteilte der Publizist und Historiker Sebastian Haffner in seinem Buch über die deutsche Revolution von 1918, sei eine grausame Konterrevolution gefolgt. Bis zum Mai 1919 sind Tausende von Arbeitern erbarmungslos ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik vom Ende April. Auch die häufig zitierten Lichtenberger Beamtenmorde stellten sich schon damals als ein Schwindel heraus. Die Presse berichtete von 60 bis 150 Ermordeten. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen; einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden. Die Aburteilung von sieben Münchener Mitgliedern der völkisch-rassistischen Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Räterepublik gefunden worden waren und die sich als Spione gegen die Räterepublik betätigt hatten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstribunal erfuhr in der bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geismord“ eine völlig unzulässige Überhöhung.² Das Schreckgespenst der *Novemberverbrecher*, auch wenn es vielfach mit der Oktoberrevolution und dem äußerst blutigen Verlauf des Bürgerkrieges in Russland in Verbindung gebracht worden ist, erwies sich weitgehend als eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv gegen die Weimarer Republik durchzusetzen.

Das Schlagwort *Novemberverbrecher* diente der NSDAP in unterschiedlicher Weise. Erstmals tauchte es in ihren Veranstaltungen am 18. September 1922 auf, begleitet von tosendem Beifall ihrer Besucher im Münchener Zirkus Krone. Hitler erklärte, man könne sich nicht mit denen an einen Tisch setzen, die Deutschland im Interesse und dirigiert von ein paar Dutzend jüdischer Bankiers zugrunde richten würden: „Nein, wir verzeihen nicht, sondern fordern – Vergeltung!“³ Zu einer Aktionslosung geriet das Wort von den *Novemberverbrechern* im Jahre 1923. Am 11. Januar, unmittelbar nach dem Beginn der französisch-belgischen Sanktionsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet, hielt Hitler eine Rede „Nieder mit den Novemberverbrechern“. Man wolle so lange demonstrieren, bis die *Novemberlumpen* verhaftet seien und dann eine „viel größere Revolution ... als die von 1918“ beginne.⁴

Verknüpft wurde das Wort *Novemberverbrecher* stets mit konkreten Forderungen. Sie sollten als „Nichtdeutsche“ vernichtet, an „Laternenpfählen“ aufgehängt oder zumindest vor ein Gericht gestellt werden. Wenn sich das deutsche Volk dazu aufrufen würde, wenigstens „22 Novemberver-

² Siehe Hermann Gilbhardt: Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994, S. 121 f.

³ Jäckel, S. 692.

⁴ Jäckel, S. 792.

brecher“ umzubringen, würde dies der „ganzen übrigen Welt“ mehr Angst einjagen, als „wenn wir ihnen 22 gut ausgerüstete und wohl disziplinierte Divisionen entgegenstellen“ könnten.⁵ Der Name *Novemberverbrecher* werde noch in Jahrhunderten auf diesen Leuten lasten. Nachdem die „Münchener Post“ am 24./25. März 1923 in einem Artikel „Hitler und die Novemberverbrecher“ von Aktivitäten des NSDAP-Führers während der Novemberrevolution in Münchener Arbeiter- und Soldatenräten berichtet und ihn in die gleiche Kategorie eingereiht hatte, trat Hitler mit einer umfangreichen Erklärung hervor. In ihr bezeichnete er diese Meldungen als Lüge und beschimpfte die Räte „als Ausgeburt einer verlotterten Revolutionsepoche“. Zugleich erhob er sogar den Anspruch, das Wort vom *Novemberverbrecher* geprägt zu haben. Er sei immer „der gleiche unversöhnliche Feind“ einer Gesellschaft gewesen, die er lediglich als „einen marxistisch-jüdisch-internationalen Saustall“ ansehen würde. In seinen Augen gebe es für diejenigen, die daran schuld seien, „nur eine gerechte Strafe ...: den Strick.“⁶ Unmittelbar vor dem nationalsozialistischen Putsch gegen die Weimarer Republik sowie in seinem Verlauf hieß es dann, die Regierung der „Mörder unseres Vaterlandes“ und der *Novemberverbrecher* sei abzusetzen, Deutschland vom Parlamentarismus zu säubern und eine „völkische Diktatur“ zu errichten.

Während der Prozessfarce vor dem Münchener Volksgericht gegen die Putschisten verkündete Hitler, auch künftig werde es sein „Reservat“ sein, für die „Auseinandersetzung und die Abrechnung mit den Novemberverbrechern“ zu kämpfen.⁷ Auch in den folgenden Jahren gehörte die fortwährende Verwendung der kriminalisierenden Worte vom Novemberverrat und von den *Novemberverbrechern* zu den Mitteln, mit denen die deutschen Faschisten weiter um die Revision aller Ergebnisse der Revolution vom November rangen. Die Begriffe gehörten zur Standardausrüstung ihrer Propaganda.

Nach dem 30. Januar 1933 benutzte die NSDAP das Schlagwort als Grundlage ihrer politischen, juristischen und ideologischen Abrechnung mit der Weimarer Republik. In der April-Ausgabe der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ schrieb einleitend Thilo von Trotha, ein Mann aus der Umgebung Alfred Rosenbergs: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neu erwachter Zuversicht nach vorwärts. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergisst. Wir aber wollen nicht vergessen! Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtat aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist.“ Triumphierend und apodiktisch formulierte er auch: „... niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918.“⁸

Welchen Stellenwert die NSDAP diesem Verdammungsurteil einräumte, ging ebenfalls aus dieser Publikation hervor. Als übergreifendes Thema des April-Heftes der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ war ursprünglich ein anderes geplant; es sollte das Werk Richard Wagners behandelt werden. Nunmehr erschien das Heft Unter einem kurzfristig veränderten Titel. Dieser lautete: *Novemberverbrecher*. Auch dies sollte helfen, jene Kriminalisierungs- und Inquisitionsmaschinerie zu rechtfertigen, die 1933 mit allen Antifaschisten barbarisch abzurechnen begann – begeistert als marxistisch-jüdische *Novemberverbrecher*, als „rote“ Gewalttäter und Terroristen, als „Ungeziefer“ an Leib und Seele des deutschen Volkes ...

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 172-177.

⁵ Jäckel, S. 842.

⁶ Jäckel, S. 853.

⁷ Jäckel, S. 1128.

⁸ Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 37, April 1933, S. 145.

Die Ketten von Versailles

„In Ketten schlug der Feind das Land.
Schießt sie entzwei mit sicherer Hand!“

(Text auf einer Zielscheibe der Mainberger Schützengesellschaft, 1922)

Kaum ein anderes internationales Abkommen und kein Friedensschluss zwischen Siegern und Besiegten wurde von den Deutschen mehr mit pejorativen Floskeln versehen als jener Vertrag, der am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles unterzeichnet worden ist. Er besiegelte ihre militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg und war an die Stelle des erhofften eigenen „Siegfriedens“ über die Mächte der Entente getreten. Auf den Versailler Friedensvertrag – ihn hatten Vertreter von 32 Staaten ausgehandelt, doch weder die USA noch Sowjetrußland unterschrieben – bezogen sich in der Weimarer Republik und im Dritten Reich zahlreiche Schlagwörter und Schlachtrufe; ja, sie finden sich noch immer zuhauf auch in neonazistischen Publikationen und Webseiten des Internets.

Geredet wurde ständig von einem beleidigenden *Schmachfrieden* von niederträchtiger Knebelung des deutschen Volkes, das mit ihm in unehrenhafte, demütigende und schändliche *Ketten* gelegt worden sei. Die Deutschen – so hieß es landauf und landab – wären *im Felde unbesiegt* geblieben und lediglich dem *Dolchstoß* in den Rücken des siegreichen Heeres erlegen, von *Novemberverbrechern* in die *Versailler Knechtschaft* geführt und einer schamlosen *Lüge von deutscher Kriegsschuld* unterworfen worden. Versailles würde den „Tod des deutschen Volkes“ bedeuten, das er nicht allein „die heutige Generation“ versklave, sondern „auch die Kinder und Kindeskinde! Als 1930 mit Wilhelm Frick erstmalig ein Mitglied jener Partei, die ihren Kampf gegen Versailles zugleich mit einer maßlos unmenschlichen antisemitisch-rassistischen Ideologie verknüpfte, Minister einer Landesregierung wurde, setzte er in Thüringen sofort durch, dass Schüler im Unterricht hasserfüllte nationalistische Gebete zu sprechen hatten; später sollten die Kinder bei zahlreichen Gelegenheiten im Chor von sich geben: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zu dem Tage der Ehre und der Freiheit.“¹ Zugleich umgaben deutsche Politiker, Publizisten und Militärs diesen Frieden mit unzähligen Legenden, Halbwahrheiten und glatten Lügen. Und alles zeitigte verheerende Wirkungen ...

Gewiss: Der Friedensvertrag von Versailles war hart, schlecht und keineswegs an den Erfordernissen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker orientiert. Zwar enthielt er auch die Satzung des ebenfalls in Versailles am 14. Februar 1919 gegründeten Völkerbundes, doch hielt diese internationale Organisation von mehr als 60 Staaten nicht, was sie versprach: den Frieden in der Welt sichern zu wollen. Im Grunde bedeuteten alle jene in den ersten Jahren nach Kriegsende in Pariser Vororten ausgehandelten Friedensverträge, die mit Deutschland und seinen Verbündeten (Bulgarien, Österreich, Türkei, Ungarn) abgeschlossen worden sind, eine Fortsetzung des Krieges zwischen den imperialistischen Konkurrenten, ausgetragen mit diplomatischen, ökonomischen, politischen und geistigen Mitteln. Sie zu akzeptieren und erfüllen zu wollen oder völlig abzulehnen – das machte gleichsam den neuen Krieg aus, der in Deutschland vor allem auch „um die Köpfe“ jener Menschen geführt wurde, die als Soldaten und Offiziere, Beamte und Angestellte, Arbeiter und Bauern, kurz: als Masse Mensch für ein Erfolg versprechendes Bestreben unentbehrlich waren, den Versailler Friedensvertrag aufzuheben. Historiker und Publizisten, befinden sie sich auf der Suche nach den Ursachen späterer Ereignisse, sehen bis heute vor allem in Deutschland durch den Versailler Frieden den Nährboden bereitet für Entstehen und Aufstieg der faschistischen Bewegung, für die Zerschlagung der Weimarer Republik und schließlich für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Indessen wird kaum noch die Meinung vertreten, Versailles sei hauptsächlich oder gar allein „an Hitler“ schuld; mit ihr hatten es sich die im Nürnberger Prozess angeklagten Hauptkriegsverbre-

¹ Alle Belege sind enthalten in Max Wolkowicz: Arbeitsausschuss Deutscher Verbände (AADV) 1921-1937. In: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs)/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt/Manfred Weißbecker, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 102.117.

cher² und mit ihnen viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg leicht gemacht, ihren eigenen Weg zum Faschismus zu bemänteln und alle Schuld wieder einmal anderen zuzuweisen.

Die Sieger von 1918 hatten in der Tat harte Bedingungen diktiert. Die wichtigsten besagten, das Reich habe 67.300 Quadratkilometer seines Gebietes (Elsass-Lothringen, Westpreußen, Teile Ostpreußens und Oberschlesiens, Memelland, Eupen-Malmedy u. a.) abzutreten, mit denen es über 75 Prozent seiner Eisenerz- und 20 Prozent seiner Steinkohleförderung sowie 26 Prozent seiner Roheisenerzeugung verlor; das Saargebiet sei für 15 Jahre unter französische Verwaltung zu stellen, das linksrheinische Gebiet von alliierten Truppen zu besetzen, die deutschen Kolonien dem Mandat anderer Mächte zu unterstellen. Zudem waren erhebliche Rüstungsbeschränkungen formuliert worden: Das Heer durfte nicht mehr als 100.000 Mann umfassen, die Marine nur 15.000. Verboten war die Ausrüstung der Reichswehr mit Panzern, schwerer Artillerie, Flugzeugen und U-Booten. Auf eine allgemeine Wehrpflicht musste verzichtet werden. Darüber hinaus forderte der Vertrag eine Blanko-Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen, die in Form von Geld- und Sachwerten abzu leisten waren. Deren Höhe wurde 1921 zunächst auf 132 Mrd. Goldmark beziffert, 1924 im Dawes-Plan und 1929 im Young-Plan weiter präzisiert – am Ende, also im Jahre 1932, waren tatsächlich Reparationsleistungen im Werte von 53 Mrd. Goldmark erbracht worden. Gleichsam als Sofortlieferung galten alle Handelsschiffe mit mehr als 1600 Bruttoregistertonnen, ein Viertel der Fischfangflotte, Lokomotiven, Eisenbahnen, Maschinen, Vieh usw. Rund 800 deutsche Offiziere und Politiker sollten ausgeliefert und wegen im Kriege begangener Verbrechen von alliierten Gerichten angeklagt und verurteilt werden. Artikel 231 des Friedensvertrages fixierte deutsche Schuld an den Verlusten und Schäden des Krieges, indirekt auch am Ausbruch des Krieges.³ Auf ihn stützten sich im Grunde alle im Vertrag enthaltenen Forderungen, bot er doch seine historisch-moralische Rechtfertigung. Zudem behielten sich die Siegermächte vor, würden die Reparationsansprüche der Vertragspartner durch Deutschland nicht oder nur unzureichend erfüllt, sie mit Sanktionen zu erzwingen.

In allen politischen Lagern der Weimarer Republik stieß der Versailler Friedensvertrag auf lautstarke Ablehnung, wenngleich mit unterschiedlichen Akzenten und Zielsetzungen. Obgleich Philipp Scheidemann im Mai 1919 davon gesprochen hatte, die Hand müsse verdorren, die Deutschland „in diese Fesseln“ lege, und von seinem Reichskanzleramt zurückgetreten war, blieb der neuen Regierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer keine andere Wahl: Deutschland konnte den Krieg nicht wieder aufnehmen, darin waren sich alle einig. Diese Tatsache störte einige Politiker und Militärs indessen nicht, die Legende vom *im Felde unbesiegten Heere* zu verfechten; dies sogar wider besseres Wissen, denn es war mit Ludendorff ein führendes Mitglied der Obersten Heeresleitung gewesen, das am 1. Oktober 1918 offiziell erklärt hatte, das deutsche Heer sei am Ende, der Krieg nicht mehr zu gewinnen und die Niederlage stünde unmittelbar bevor. Es blieb einzig das Mittel moralischer Entrüstung, die sich nicht zuletzt gegen einige Umstände des Vertragsabschlusses richteten, welche Symbolkraft erlangten und demütigend gemeint waren, beispielsweise die Wahl des Ortes für die Unterzeichnung des Vertrages: Im Spiegelsaal des Schlosses der französischen Könige war nach dem deutschen Sieg über Frankreich am 18. Januar 1871 das bismarcksche Deutsche Reich gegründet und Wilhelm I. zum Kaiser erhoben worden. Dass jedoch in Deutschland wenig danach gefragt wurde, was dies zuvor den Franzosen bedeutet haben mochte, kennzeichnet in besonderer Weise jenen deutschen nationalistischen Ungeist, der sich an den *Ketten von Versailles* rieb.

² Göring erklärte am 18.03.1946 dem Gericht, er habe sich vor allem der NSDAP angeschlossen, weil er das Gefühl gehabt habe, dass Hitler „am klarsten die Folgen des Diktats erkannte und dass er einer derjenigen sein würde, die vielleicht den richtigen Weg zur Beseitigung gehen würden. Das andere, was sonst in der Partei von Versailles geredet wurde, war, verzeihen Sie mir den Ausdruck, ‚Geschwafel‘.“

³ Er lautete: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Der Versailler Friedensvertrag trat im Januar 1920 in Kraft. Die Belastungen, von denen behauptet wurde, sie würden alle Teile des Volkes in gleicher Weise treffen, empfanden tatsächlich die meisten Deutschen als existenziell bedrohlich, unangemessen und viel zu hoch. In wachsender Not und Armut, in Preissteigerungen und maßloser Geldentwertung sahen viele einzig das Ergebnis eines aufgezwungenen Diktats, nicht das Resultat einer die Inflation befördernden Wirtschaftspolitik, die lediglich zu erreichen suchte, alle Lasten auf die Schultern der Bevölkerung abzuwälzen. Selbst jene Parteien, die dem Reich ein gewisses Schuldmaß am Krieg zuerkannten und den Vertrag zumindest teilweise erfüllen wollten, um so seine Unerfüllbarkeit nachzuweisen, bezeichneten ihn als hauptsächliche Ursache des sozialen Desasters. Auf das Urteil Lenins gestützt, sprachen die deutschen Kommunisten von einem „Raubfrieden“, der den Keim eines neuen Krieges in sich berge, ihn doch aber keineswegs wert sei. Der Vertrag diene zugleich dem Kampf der herrschenden Klasse aller imperialistischen Länder gegen das revolutionäre Proletariat und könne nur durch grundlegende Veränderungen der Gesellschaft überwunden werden. In ihren „Leitsätzen über den Frieden“ vom 19. Mai 1919 hieß es, Zweck der Friedensbedingungen sei „die vollständige militärische Knebelung des neuimperialistischen Deutschlands, seine wirtschaftliche Ausschaltung aus dem Konkurrenzkampf der übrigen imperialistischen Staaten um die nichtkapitalistischen Länder, seine Verwandlung in einen Tributärstaat, dessen Kapitalisten ihre Zwischenmeister werden, seine dauernde Isolierung von der Weltrevolution und die Versetzung in die Unmöglichkeit, als Kraft der Weltrevolution militärisch aufzutreten. Diese Friedensbedingungen erdrücken den neudeutschen Imperialismus, sie erdrücken aber zugleich die kommende proletarische Revolution.“⁴

Mit Bedacht und vor allem unter dem Einfluss des französischen Konkurrenten – in Deutschland als *Erbfeind* betrachtet – waren belastende und einschränkende Bedingungen fixiert worden. Ein mögliches wirtschaftliches und militärisches Wiedererstarken des Reiches sollte verhindert oder zumindest erschwert werden. Sein Fortbestehen stand jedoch nicht zur Disposition, der deutsche Staat bestand – zwar in neu gezogenen Grenzen – weiter, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse blieben unangetastet (anders als es nach 1945 das Potsdamer Abkommen in der Forderung vorsah, das Leben sei künftig auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage neu aufzubauen). In vieler Hinsicht war dieser Friedensschluss nicht sonderlich radikaler als andere Friedensverträge des 19. und 20. Jahrhunderts⁵, von jenem Vertrag ganz abgesehen, den Deutschland im Frühjahr in Brest-Litowsk Sowjetrußland diktiert hatte und der geradezu als Musterbeispiel eines schlechten Friedensschlusses bezeichnet werden kann. Angesichts späterer Entwicklungen könnten Kriegsgegner und Antifaschisten gar – wären konjunktivische Fragestellungen an die Geschichte überhaupt sinnvoll – die Frage aufwerfen, ob er nicht zu milde gewesen sei und den Aufstieg Deutschlands zum Aggressor des Zweiten Weltkrieges hätte verhindern können.

In der historischen Rückschau gilt es vor allem zu untersuchen, in welchem Umfang und mit welchen Methoden der Versailler Frieden in Deutschland von liberalen, konservativen, völkischen und vor allem von faschistischen Kreisen benutzt worden ist, um jene nationalistische Hysterie zu erzeugen, gegen die weder sozialdemokratische und kommunistische noch pazifistische und demokratisch-republikanische Organisationen entscheidendes Gewicht zu erlangen vermochten. So setzte sich statt einer nüchternen, die Weimarer Verfassung verteidigenden, die durch die Novemberrevolution erreichten politischen und sozialen Fortschritte erweiternden und einer nach friedlichen Lösungen internationaler Konflikte suchenden Politik das Konzept durch, um jeden Preis Propaganda zu Gunsten einer völligen „Revision“ dieses Vertrages zu betreiben, was letzten Endes nur in einen neuen Krieg münden konnte. Die „destruktive Sprengkraft“⁶ des Friedensschlusses von 1919 lag daher weniger in ihm selbst als in der Art und Weise des Umgangs mit ihm, in seiner Nutzung für Zwecke, die alles andere als friedlich waren. Noch dazu ging dies Hand in Hand mit dem zielorientierten Bemühen deutscher Militärs und Politiker, Propaganda als eine neue und zusätzlich wirksa-

⁴ Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3: Von 1917 bis 1923, Berlin 1966, S. 232 und S. 558.

⁵ Siehe Jost Dülffer: Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Hrsg. v. Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehleemann, Essen 2001.

⁶ Wolfgang J. Mommsen: Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz. In: Ebenda, S. 359.

me Kriegswaffe zu entwickeln. Das siegreiche deutsche Heer habe, so schrieb Ludendorff bereits 1919, den Krieg verloren, weil es „keinen Bundesgenossen in einer starken von der Heimat ausgehenden Propaganda“ gefunden hätte: „Deutschland versagte im Kampf gegen die Psyche der feindlichen Völker, während sein Heer auf den Schlachtfeldern siegreich war“.⁷ Keineswegs zufällig räumte Hitler daher dem Thema Kriegspropaganda in seinem Buch „Mein Kampf“ ein eigenes Kapitel ein. Hier sah er als eine der wesentlichsten Ursachen der Kriegsniederlage an, dass es in Deutschland den Regierenden nicht gelungen sei, mit ihrem „faden Pazifistenspülwasser ... Menschen zum Sterben zu berauschen“ (sic!), während der Feind gewonnen habe, weil der mit frecher und einseitiger „Sturheit“ gelogen habe.⁸

Zwar waren zunächst fast alle Parteien, darunter auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP), mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages einverstanden; in der Nationalversammlung wurde der Vertrag von Versailles mit 237 gegen 138 Stimmen bestätigt. Doch starteten die Rechtsparteien – von der aufstrebenden NSDAP wirkungsvoll unterstützt und bald übertroffen – rasch umfangreiche propagandistische Aktionen gegen die *Ketten von Versailles*. Sie, der Weimarer Republik ohnehin feindlich gesinnt, wollten sowohl Versailles als auch die Ergebnisse der Revolution vom November 1918 beseitigen. Für diesen doppelten Zweck schufen sie einen aufwändig betriebenen Propaganda- und Publikationsapparat. Flugblätter, Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher, Ausstellungen, Schulungs- und Informationskurse wurden in der Öffentlichkeit zum größten Teil kostenlos angeboten. Die Schriften gegen die *Ketten von Versailles* lagen in Lesehallen und Bibliotheken, in Krankenhäusern und Wartezimmern von Ärzten und Rechtsanwälten aus. Betriebe, Schulen und Universitäten erhielten sie ebenfalls zugesandt. Besonderer Aufmerksamkeit durften sich Jugendliche erfreuen. Für die „Jugendarbeit“, so formulierte es einer der Initiatoren, seien „alle diejenigen Faktoren in Rechnung gestellt (worden), die auf die Gemüts- und Willensbildung der Heranwachsenden Einfluss haben, das Elternhaus, die Schule, die Kirche, die eigenen Zusammenschlüsse u. a.“ Lehrer und Schüler erhielten zahlreiche Hilfsmittel, Handbücher, Tabellen, Übersichten und Plakate, die alle Existenzangst verbreiteten und mobilisierend wirken sollten. Landkarten suggerierten, das Reich sei ringsum von waffenstrotzenden Feinden umgeben, aus allen Himmelsrichtungen bedroht und könne sich dank der *Ketten von Versailles* nicht verteidigen, es sei chancenlos kommendem Verderben ausgeliefert.

In Deutschland entstand nach dem Ersten Weltkrieg eine Vielzahl von Organisationen, die alle nur das Ziel verfolgten, Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* zu betreiben. Zu ihnen gehörten u. a. der „Reichsbürgerrat“, der „Deutsche Schutzbund“, die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, die „Reichszentrale für Heimatdienst“, der „Volksbund ‚Rettet die Ehre‘“, die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ und viele andere mehr. Unter Mitwirkung großer Wirtschaftsverbände und politischer Parteien – vor allem der Deutschen Volkspartei (DVP) und des Zentrums – schloss sich ein großer Teil von ihnen am 30. April 1921 zum „Arbeitsausschuss Deutscher Verbände“ (AADV) zusammen. Die Zahl der angeschlossenen und mit ihm verbundenen Organisationen betrug ca. 600, 1930 waren es fast 2000.⁹ Seine Tätigkeit beschränkte sich nicht auf Deutschland: Ausländische Politiker, Publizisten und Militärs wurden gern zitiert, wenn sie auf Widersprüche zwischen den Siegermächten aufmerksam machten oder gar Positionen vertraten, die entweder denen deutscher Revisionisten entsprachen oder der Sorge entsprangen, der Versailler

⁷ Erich von Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919, S. 301.

⁸ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. München 1939, S. 201 f. Hitlers Maxime für eine „richtige“ Kriegspropaganda orientierten sich ausschließlich am Zweck, dem gegenüber „alle Erwägungen von Humanität oder Ästhetik in ein Nichts“ fallen würden. (S. 195) „Die Aufgabe der Propaganda ist z. B. nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen eben durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.“ (S. 200) Hitler wettete auch gegen jene, die statt von Reparationen zu sprechen das „ungeheuerliche“ Wort „Wiedergutmachung“ benutzen würden (S. 523).

⁹ Ebenda, S. 102.

Vertrag werde keinen Bestand haben und zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen führen. Führende Köpfe des AADV – zu ihnen zählten vor allem Heinrich Schnee und Hans Draeger – hofften, die von ihnen Hofierten würden „die Rolle von Fermenten (spielen), die den entsprechenden Gärungsprozess unter ihren Landsleuten in Gang bringen.“ Als eine besondere Aufgabe betrachtete der AADV, überall in der Welt „Deutschtumszentren“ entstehen zu lassen, die sich „selbst tragen und selbständig, aber im Rahmen der allgemeinen Offensive gegen den Versailler Vertrag vorgehen“.¹⁰

In der Außenpolitik der Weimarer Republik stand die Absicht im Vordergrund, vorrangig mit diplomatischen Mitteln das Versailler Vertragssystem auszuhöhlen und zu Fall zu bringen. Ihnen sollte jedoch zusätzlich Gewicht verliehen werden. Daher bildeten die Reparationsfrage und der so genannte „Kriegsschuld“-Artikel den Kristallisationspunkt politischer Propaganda und Demagogie gegen die *Ketten von Versailles*. Zuvörderst galten alle Bemühungen dem Nachweis deutscher Friedenspolitik und der Behauptung, das kaiserliche Deutschland sei am Ausbruch des Krieges unschuldig, zumindest nicht allein schuldig gewesen. Daraus wurde abgeleitet, dass zu Unrecht Reparationen geleistet werden müssten. Zahlreiche Bücher solchen Inhalts – Dokumentensammlungen, Erinnerungsberichte, Regimentsgeschichten, monographische Darstellungen¹¹, Erzählungen und Romane¹² usw. – erschienen und füllten ganze Bibliotheken. Doch so einig man sich in der verbalen und propagandistischen Ablehnung des Versailler Friedensvertrages war, so sehr gingen die Meinungen über den Weg und das Tempo der Revisionspolitik auseinander. Mehr und mehr dominierte in der zweiten Hälfte der 30er Jahre und erst recht in den 30er Jahren die These von der völligen Unschuld Deutschlands.

Gegen die *Ketten von Versailles* wurde immer noch generell gewettert und eine propagandistische Breitseite nach der anderen abgefeuert, als es Schritt für Schritt gelang, einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages aufzuheben. Das begann, als die Forderung, deutsche Kriegsverbrecher auszuliefern, erfolgreich unterlaufen werden konnte. Deutschland wurde 1926 in den Völkerbund aufgenommen, die Entente-Truppen zogen aus der linksrheinischen Zone ab, die Interalliierte Militärkontrollkommission stellte ihre Tätigkeit ein. Letztere hatte ohnehin die geheime Wiederaufrüstung nur be- und nicht verhindert, wie beispielsweise Publizisten in der Wochenschrift „Die Weltbühne“ nachwiesen, woraufhin sie des Landesverrats angeklagt werden sollten.¹³ Im Sommer 1932 fand das Reparationsproblem sein Ende und im Herbst desselben Jahres hob die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes faktisch auch die Rüstungsbeschränkungen auf. Wirksam blieben bis zum 30. Januar 1933 hauptsächlich die territorialen Festlegungen des Versailler Vertrages. Die nationalistisch-revisionistische Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* begleitete dennoch auch alle außenpolitischen Schritte, die Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler ging, durchaus kalkulierend, dass es ihretwegen zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen hätte kommen können, und daher stets mit gebetsmühlenartig wiederholten Friedensbeteuerungen garniert. Im März 1935 ließ er die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen, die Reichswehr vergrößern und um die Luftwaffe erweitern. Der am 18. Juni 1935 abgeschlossene deutsch-britische Flottenvertrag erlaubte ein neues und höheres Maß an Aufrüstung der deutschen Marine, die Herstellung von U-Booten einschlossen. Ein Jahr darauf wurde das entmilitarisierte Rheinland von deutschen Truppen besetzt.

¹⁰ Zit. nach Wolkowicz, S. 108.

¹¹ Aus der Vielzahl der Publikationen sei hier nur erwähnt: Zehn Jahre Versailles. Bd. I: Der Rechtsanspruch auf Revision/Der Kampf um die Revision/Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages. Bd. II: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages. Hrsg. v. Heinrich Schnee und Hans Draeger, Berlin 1929.

¹² 1940 veröffentlichte der faschistische Schriftsteller Werner Beumelburg einen Roman unter dem Titel „Deutschland in Ketten. Von Versailles bis zum Youngplan“.

¹³ So erging es u. a. Carl von Ossietzky. Er hatte am 12.03.1929 als Herausgeber der „Weltbühne“ einen Aufsatz von Walter Kreiser (Pseudonym: Herbert Jäger) mit dem Titel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ veröffentlicht. Darin wurde die Verwendung von Haushaltsmitteln des Reichsverkehrsministeriums für die Luftfahrt kritisiert und mit dem Satz „Aber alle Flugzeuge sind nicht immer in Deutschland ...“ die geheime militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR angedeutet. Daraufhin stellte das Reichswehrministerium einen Strafantrag wegen Landesverrats. Ossietzky wurde zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt. Siehe im einzelnen dazu Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, Hamburg 1977, S. 186-192.

Schließlich verkündete Hitler am 30. Januar 1937, er würde „feierlichst“ die 1919 geleistete deutsche Unterschrift zurückziehen.

Den weiteren Weg zum Zweiten Weltkrieg kennzeichneten nun nicht mehr allein Verletzungen und Außerkraftsetzungen des Friedensvertrages von Versailles, sondern expansionistische und rassistisch-mörderische Aktionen, deren Ziele weit über eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 hinausreichten und der Schaffung eines „Großgermanischen Reiches“ dienten. Vorherrschaft in Europa und in der Welt lautete die Devise. Um den Feldzug für solche Ziele beginnen zu können, hatte es jedoch erst erfolgreicher Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* bedurft. Als es diese nicht mehr gab, wurde mehr „mit sicherer Hand entzwei“ geschossen

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 178-186.

Vorwort

In ihren politischen und insbesondere in den sie begleitenden geistigen Auseinandersetzungen nicht anders als in ihren wirtschaftlichen Geschäften kommen die Menschen ohne den Einsatz von Schlagwörtern und Schlachtrufen offenkundig nicht aus. Davon überzeugt jeder nur flüchtige Blick in Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendungen oder auf Plakatwände. Es scheint, dass die Verwendung von Parolen, Losungen, befehlsförmigen Forderungen, altbekannten und eben erfundenen Sprüchen, einprägsamen Wortwendungen aller Art unausgesetzt zunimmt. Sie senden im Grunde nur Signale aus. Sie haben Erklärungen nicht nötig, kommen ohne Begründungen daher, brauchen keine Rechtfertigung. Sie versprechen Nutzen, Vorteil, Gewinn, Annehmlichkeiten für Leib und Geist. Zumeist sind sie kurzlebig und müssen ihrer Wirkung wegen fortwährend ausgetauscht werden.

Was uns auf der Schwelle ins 21. Jahrhundert da begegnet, besitzt eine lange Geschichte. Merkwürdigerweise wurde sie von Historikern bisher nur in Teil- und Bruchstücken beschrieben. Doch auch ohne deren Hilfe, allein aufgrund von Beobachtungen im Alltag der Gegenwart, weiß jeder, dass die Schlagwörter und Schlachtrufe, mit denen Menschen erreicht, ihr Denken beeinflusst, ihre Handlungen ausgelöst und ausgerichtet werden sollen, ganz unterschiedlichen Zwecken dienen und völlig unvereinbare Ziele bezeichnen können. Die einen riefen zur Freiheit, andere zur Unterdrückung. Diese forderten Demokratie, jene den Führer. Frieden war die Parole da, Krieg die Losung dort. Manch in die Kämpfe der Zeitgenossen gerufenes Wort erlangte Berühmtheit wie das in vielen Ländern aufgenommene „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der französischen Revolutionäre. So auch die vertonte Liedzeile „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, die Menschen vieler Sprachen gemeinsam zu singen vermochten. Unvergessen und wieder und wieder erneuert sind die Rufe „Die Waffen nieder“ und „Schwerter zu Pflugscharen“.

Doch ebenso leicht findet sich da auch jene andere Linie, die Feindbilder malte und den Krieg verherrlichte. Wie die erste lässt sie sich in der Geschichte vieler Nationen und Völker auffinden. Die deutsche Geschichte aber erscheint an ihr überreich. „Viel' Feind, viel Ehr“, „The Germans to the front“ und „Juda verrecke“ markieren sie und führten auf Wege, die zuerst meist einer Minderheit von Mitmenschen und Millionen Nachbarn jenseits der deutschen Grenzen, dann aber auch den Rufern selbst Unheil und Tod brachten und Schande zudem. Schon eine erste Durchmusterung dieser Begleittexte deutscher Politik wirft viele Fragen auf: Wer waren deren Urheber? Wie wurden die Parolen unter die Leute gebracht? Warum wurde geglaubt, was geglaubt werden sollte? Warum befolgt, was empfohlen oder befohlen worden war? Worin lag das Geheimnis des Wirkens solcher Losungen? Was war dessen jeweiliges Resultat? Und warum wurde jene Wortwendung über Jahre, mitunter über Generationen im Denken festgehalten, während eine andere mehr oder weniger rasch verloren ging? Die Fragen wie die Antworten führen zu Interessen von Einzelnen und mehr noch von Gruppen, von Schichten und Klassen, von Staaten und Staatenbünden.

Dem Aufkommen, der Verbreitung, der Verwendung und auch dem Verschwinden von Schlagwörtern und Schlachtrufen nachzugehen, heißt durch Tore und Fenster in die Geschichte blicken, die selten geöffnet werden. Dazu laden die Herausgeber und Autoren dieses Bandes ein. Als sie ihre Absicht entwickelten, sahen sie sich, wiewohl das Unternehmen auf die letzten beiden Jahrhunderte deutscher Geschichte beschränkt werden sollte, zuerst einem überreichen Angebot gegenüber. Die Gewichtung fiel nicht immer leicht. Die Auswahl wurde schließlich dadurch mitbestimmt, ob sich für eine Abhandlung eine Autorin oder ein Autor finden ließ. Stoff für irgendeine Art von Fortsetzung ist jedenfalls geblieben.

Zeitlich setzt unser Unternehmen im Jahr 1797 und mit jenem „Üb' immer Treu und Redlichkeit“ ein, das nahezu anderthalb Jahrhunderte vom Turm der Potsdamer Garnisonskirche und zuletzt noch regelmäßig aus Rundfunkgeräten erklang. Und wir enden mit den hochaktuell gebliebenen Rufen zum Frieden. Doch auf eine chronologische Anlage des Bandes haben wir verzichtet und auch den Gedanken verworfen, nach der Art eines Lexikons das Dargebotene alphabetisch zu ordnen. Das Informative, das besten Nachschlagewerken eignet, wollten wir schon anstreben, es dabei

aber doch nicht belassen. Lesevergnügen und – wenn auch vielfach wegen des Gegenstandes schwierig – Unterhaltungswert sollten hinzukommen. Für eine Vielfalt des Herangehens und der Stile wollten wir uns Raum lassen.

Damit ist der Kreis der Anregungen schon nahezu erschöpft, welche von den Herausgebern den Autoren zukamen, die wir komplikationslos fanden und für unsere Idee einnehmen konnten. Natürlich musste mit Rücksicht auf die Gestaltung zum Buch eine Obergrenze für die Texte gesetzt werden. Die insgesamt 113 Beiträge, die eine Teilung in zwei Bände notwendig machten und zehn Kapiteln zugeordnet wurden, wodurch Kontinuitäten und auch mehr oder weniger nahe Verwandtschaften hervortreten, sind von 50 Fachleuten verfasst worden. Zu ihnen gehören Historiker verschiedenster Disziplinen, Juristen, Theologen, Philosophen, Politologen, Psychologen und Kollegen, die nach Neigung und Beruf der Kunst so nahe stehen wie der Wissenschaft. Ob das Angebotene auf Bedürfnisse trifft und ihnen gerecht wird, entscheiden nun Leser.

Die Herausgeber wollen am Ende ihres Vorworts nicht verschweigen, dass es ihre Absicht war, die Sinne für Schlagwörter und Schlachtrufe unserer Gegenwart zu schärfen und zu bewirken, dass Menschen ihre Entscheidungen nach eigenen wohlverstandenen Interessen treffen und nicht – wie so oft – nach den verkappten und einprägsam verknüpften Ratschlägen von Personen, die sich als ihre Sachwalter nur ausgeben. In diesem Vorsatz wussten wir uns mit den Autoren eins. Deren Biographien begannen übrigens in den alten wie in den neuen Bundesländern, unsere Bekanntschaften sind häufig erstjungen Datums und gediehen dennoch zu einem kollegialen Miteinander. Dank gilt dem Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. sowie dem Leiter und den Mitarbeitern des Verlages, insbesondere seinem Cheflektor Dr. Siegfried Kätzel, für die schon mehrfach erprobte Zusammenarbeit.

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker

Berlin/Jena im Januar 2002

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 8-10.

Verräter verfallen der Ferne

Die mittel- und spätmittelalterliche Geschichte der Deutschen kennt Femegerichte, deren Rache- und Strafgewalt allzu oft Furchterregendes anhaftete. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verbreiteten sie Angst und Schrecken, worauf ihre Wirkung beruhte. Ihr Strafmaß war gleichermaßen rigide wie einförmig. Es lautete stets: Tod. Das Phänomen der teils öffentlich wirkenden, teils „heimlich“¹ tagenden Gerichte nahm in der Literatur breiten Raum ein – so in Goethes „Götz von Berlichingen“, Kleists „Kätchen von Heilbronn“ oder Immermanns „Münchhausen“. Erneut schien das Thema im 20. Jahrhundert auf. Lion Feuchtwanger befasste sich mit ihm in seinem Roman „Erfolg“, Ödön von Horvath in „Sladek oder die schwarze Armee“, Peter Martin Lampel in „Verratene Jungen“. Vicky Baum betitelte eines ihrer Bücher mit dem Begriff „Feme“.

Bittere Realität bot dazu Anlass und Hintergrund: Politischer Mord und die Feme erlebten in Deutschland während der ersten Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg und der Novemberrevolution eine neue Blütezeit. Sie hielt zwar nur wenige Jahre an, doch nahmen ihr Umfang und die Folgen in der spannungsgeladenen, von sozialen und politischen Erschütterungen geprägten Atmosphäre jener Zeit ein unvergleichliches Maß an. Nationalistische und völkisch-rassistische Kräfte setzten gleichsam den verlorenen Krieg als Bürgerkrieg im eigenen Lande fort. Politischer Mord an Gegnern und „Verrätern“ – vom Statistiker und Privatgelehrten Emil Julius Gumbel Zeit seines Lebens ausführlich analysiert und dargestellt² – stand auf der Tagesordnung. Von 1919 bis 1922 wurden etwa 400 politische Morde begangen. Von ihnen entfielen rund 95 Prozent auf Täter aus der rechten und rechtsradikalen Szene.³ Lediglich 22 Mordtaten konnten Kommunisten zugeordnet werden.

Die deutsche Justiz urteilte indessen so, wie es ihr das traditionell blinde rechte Auge vorschrieb und die bürgerliche Gesellschaft es guthieß. Eine von Gumbel in den 70er Jahren noch einmal aus allen verfügbaren Unterlagen zusammengestellte Übersicht⁴ spricht Bände:

<i>Politische Morde begangen</i>	<i>von Rechtsstehenden</i>	<i>von Linksstehenden</i>
Ungesühnte Morde	326	4
Teilweise gesühnte Morde	27	1
Gesühnte Morde	1	17
Gesamtzahl der Morde	354	22
Zahl der Verurteilungen	24	38
Geständige Täter freigesprochen	23	–
Geständige Täter befördert	3	–
Dauer der Einsperrung pro Mord	4 Monate	15 Jahre
Zahl der Hinrichtungen	–	10
Geldstrafe pro Mord	2 Papiermark	–

Unter den politischen Morden jener Zeit nahmen die Feme Verbrechen einen besonderen Platz ein. Als solche galten, wie ein Untersuchungsausschuss des Reichstages 1926 definierte, „Anschläge auf Menschenleben aufgrund des Spruchs einer Organisation oder der Verabredung einzelner ihrer Mitglieder wegen eines von ihnen als verräterisch oder gemeinschädlich angesehenen Verhaltens so-

¹ Siehe Theodor Lindner: Die Feme. Geschichte der „heimlichen Gerichte“ Westfalens. Unveränderter Nachdruck der 2. Aufl. von 1896, Paderborn u. a. 1989.

² Der vorliegende Beitrag stützt sich vor allem auf die Publikationen von Emil Julius Gumbel: Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924. Mit einem Vorwort zur Neuausgabe von Karin Buselmeier und zwei Dokumenten zum Fall Gumbel, Heidelberg 1979; Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort von Walter Fabian, Heidelberg 1962; Siehe auch Christian Jansen: Emil Julius Gumbel. Porträt eines Zivilisten, Heidelberg 1991.

³ Gumbel, Vom Fememord zur Reichskanzlei, S. 45.

⁴ Ebenda, S. 46.

wohl gegen Mitglieder und ehemalige Mitglieder als auch gegen Außenstehende“.⁵ Opfer dieser kriminellen Aktionen waren weniger politische Gegner, sondern Personen, denen wissentliche oder unwissentliche Preisgabe von Geheimnissen unterstellt worden ist; zumeist hatten sich jedoch die Ermordeten nichts Schlimmeres zuschulden kommen lassen als kleinere Diebstähle, Unterschlagungen oder eine gewisse Unzuverlässigkeit. Betroffen waren vor allem Angehörige jener paramilitärischen und terroristischen Organisationen, die im Nachkriegsdeutschland wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen waren.

Stets wurden die Getöteten des Verrats an der „nationalen Sache“ bezichtigt. Und in dieser Hinsicht zählte jede Kleinigkeit: Alles berührte das von deutschen Politikern und Militärs beabsichtigte oder betriebene Unterlaufen wesentlicher Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die der Reichswehr eine Stärke von 100.000 Mann und der Marine eine von 15.000 Mann vorschrieben, die allgemeine Wehrpflicht verboten und die Ausrüstung mit Panzern, schwerer Artillerie und Flugzeugen untersagten. Dennoch wurde in Deutschland illegal aufgerüstet. Dem dienliche allgemeine Landesschutzmaßnahmen sollten keine Gefahr laufen, enthüllt zu werden. Nicht zuletzt war davon das Verhältnis zwischen der Reichswehrführung und den paramilitärischen Verbänden berührt; die Generäle konnten es sich angesichts der interalliierten Militärkontrollen in Deutschland und drohender Sanktionen nicht leisten, öffentlich als Förderer einer illegalen Truppe (der unter dem Befehl des Majors Bruno Ernst Buchrucker vor allem 1923 agierenden „Schwarzen Reichswehr“) und ihrer geheimen Waffenlager in Erscheinung zu treten. In allem, was den Kampf gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages hätte behindern können, sahen Freikorps und andere paramilitärischen Verbände „Verrat“. Zu den Organisationen, die Fememorde praktizierten, gehörten vor allem das „Bataillon Roßbach“, der „Blücherbund“, die „Organisation Consul“ (OC) und andere Vereinigungen ehemaliger Offiziere des kaiserlichen Heeres oder der Marine. Sie ahndeten als „landesverräterisch“ deklariertes Vergehen, wenn Nachrichten über illegal angelegte Waffenlager in die Öffentlichkeit gebracht wurden, was zu deren Aufdeckung führte oder hätte führen können. Über das unmittelbare Anliegen hinaus, einzelne Personen zu bestrafen, sollten die politischen Morde der Rechten zugleich eine Veränderung der innenpolitischen Machtverhältnisse bewirken und helfen, die *Ketten von Versailles* zu brechen.

Insbesondere die OC, deren Wirkungskreis sich vor allem auf Bayern, Oberschlesien, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg erstreckte, hatte die Feme zum Grundsatz ihres Wirkens erhoben. In ihre Satzung war ausdrücklich aufgenommen worden: *Verräter verfallen der Feme*. Hervorgegangen war die OC aus der Brigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt, die am Morgen des 13. März 1920 in Berlin durch das Brandenburger Tor zog, das Regierungsviertel besetzte und damit den Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Weimarer Republik einleitete. Nach dem Scheitern des Putsches war sie verboten worden. Ihre Mitglieder sammelten sich daraufhin in neuen Vereinigungen und sangen nach wie vor gern das Lied: „Hakenkreuz und Stahlhelm, schwarzweißbrot das Band, / Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt ... / Die Brigade Ehrhardt haut alles kurz und klein, / Weh Dir, o weh Dir, Du Arbeiterschwein.“

Die Zahl der Fememordopfer schwankt. Mal wird von 30, mal von 200 oder von 1000 berichtet. Darin kommt zum Vorschein, mit welcher Sorgfalt die Morde organisiert und die Spuren verwischt worden sind. Doch ein Übriges taten Polizisten, Beamte und Richter. Untersuchungen dauerten oft ungewöhnlich lang, die Ausreden der Täter galten als wahr sowie edlen „vaterländischen“ Motiven geschuldet. Man gab sich gern zufrieden, war da von „Fluchtversuch“ die Rede, von missverstandenen Befehlen oder vom guten Glauben der Mörder, einen Dienstbefehl erfüllt zu haben. Das Reichsgericht und der Oberreichsanwalt ließen sich mit der Behauptung abpeisen, die OC meine, wenn sie von Feme spräche, lediglich eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Achtung des Betroffenen. Die Mörder konnten der Justiz vertrauen, und dies wiederum darf mit Fug und Recht als eine wesentliche Voraussetzung der Untaten betrachtet werden. Irgendeine schützende Hand fand

⁵ Zit. nach Ulrike Claudia Hofmann: „Verräter verfallen der Feme!“ Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln u. a. 2000, S. 306.

sich immer, vor allem wenn sich die Reichswehr involviert sah. So umgab die Verbrechen häufig ein Schein von Pseudolegalität. Behördliche Deckung und eine staatlich „lizenzierte Illegalität“⁶ ermöglichten es den terroristischen Organisationen, sich nahezu ungehindert zu betätigen.⁷ Historiker sprechen von einer „grauen Zone zweifelhafter Rechtlichkeit, in der mit augenzwinkerndem Einverständnis von Reichs und Landesregierungen dunkle Dinge vor sich gingen“.⁸

Aufschluss über das Vorgehen der Fememörder bietet in vieler Hinsicht das Schicksal, das Marie Sandmayr widerfuhr: Sie hatte im Herbst 1919 bei ihrem bayerischen Arbeitgeber, dem Grafen Treuberg, ein illegales Waffenlager entdeckt. Als sie im Jahr darauf diese Stellung verließ und Kenntnis von einer Bekanntmachung des Reichskommissars für Entwaffnung erhielt, die zur Anzeige von unberechtigttem Waffenbesitz aufforderte, wandte sie sich an die Druckerei, in der das Plakat hergestellt worden war. Die Absicht, sich aus ihrem Wissen um die Verbotsübertretung des Grafen persönlich einen Nutzen zu schaffen, war verhängnisvoll: Am 5. Oktober 1920 erschien bei ihr ein vermeintlicher Abgesandter des Entwaffnungskommissars. Mit ihm verließ die Frau ihre Wohnung und wurde danach nicht mehr lebend gesehen. Tags darauf fand man im Fürstenrieder Park zu München ihre Leiche. Bei der Erdrosselten lag ein Zettel: „Du Schandweib hast verraten dein Vaterland, dich hat gemordet die schwarze Hand.“ Die Täter stammten aus dem Umkreis der bayerischen Einwohnerwehren. Ähnlich lag ein anderer Fall, in dem ein Mann versucht hatte, seinen Chef mit der Drohung einzuschüchtern, auch er könne helfen, Leute zu bestrafen, die „Material an die Entente verraten“. Am 4. März 1921 fand man seine von Kugeln durchsiebte Leiche.⁹

Jeder Mord, der als Ergebnis eines Femeurteils bekannt geworden ist, erregte großes Aufsehen. Im Juli 1921 forderte der angesehene Rechtsgelehrte Gustav Radbruch den Reichsjustizminister auf, den von Gumbel in der Broschüre „Zwei Jahre Mord“ veröffentlichten Fällen nachzugehen. Die daraufhin erarbeitete Denkschrift ging im November 1923 dem Reichstag zu, durfte jedoch nicht als Reichstagsdrucksache erscheinen; Gumbel ließ sie auf eigene Kosten drucken. Der bayerische Landtag hatte sich bereits 1920 genötigt gesehen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das preußische Parlament folgte dem 1924, auf Drängen der Arbeiterparteien 1926 schließlich auch der Reichstag. Diese Gremien untersuchten einzelne Femeverbrechen, weniger indessen die gesellschaftlichen Ursachen, die zu ihnen geführt und die sie ermöglicht hatten. Als der Ausschuss des Reichstages am 3. Februar 1926 erstmalig zusammentrat, wählte er seine Leitung – darunter auch Paul Levi, der zeitweilig die KPD geleitet hatte und nun für die SPD ein Reichstagsmandat besaß – und vertagte sich. Der Reichsregierung kam dies entgegen, stand doch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bevor und kündigte sich ein Ende der alliierten Militärkontrollen im Reich an. Da hätten neue Enthüllungen über Verstöße gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages und Morde wegen des „Verrats“ illegaler Waffendepots doch arg gestört ...

In den folgenden Debatten brachte der Reichstagsausschuss etwas Licht in die dunklen Seiten der Weimarer Republik, zumal sich republikanisch und demokratisch gesinnte Juristen und Publizisten – vereint in der Deutschen Liga für Menschenrechte und um die Zeitschrift „Die Weltbühne“ – aktiv und unüberhörbar für Verfolgung und Bestrafung der Mörder engagierten. Zu ihnen zählten u. a. Arnold Freymuth, Robert M. W. Kempner, Gustav Radbruch, Hugo Sinzheimer bzw. Berthold Jacob, Carl Mertens und Carl von Ossietzky.

Letztlich erreichten jene, die auch vor Mordtaten nicht zurückschreckten, doch noch ihr eigentliches Ziel, als mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Republik zu Grabe getragen wurde. Da begann zugleich die Zeit der Rehabilitierungen, neuer Karrieren und der Auszeichnungen mit dem „Blutorden“ der NSDAP, einem ihrer höchsten Ehrenzeichen. Einige Täter stiegen in hohe Ämter auf, unter ihnen Martin Bormann, der im mecklenburgischen Parchim zu ei-

⁶ Den Begriff verwendete erstmalig Gotthard Jasper: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 212.

⁷ Zur Rolle der Justiz siehe vor allem Heinrich und Elisabeth Hannover: Politische Justiz 1918-1933, Frankfurt a. M. 1966.

⁸ Hagen Schulze: Weimar Deutschland 1917-1933, Berlin 2. Aufl./1983, S. 116.

⁹ Siehe Irmela Nagel: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln/Wien 1991, S. 53 ff.

ner Kompanie der Rossbacher sowie zur Deutschvölkischen Freiheitspartei gehört hatte. Er avancierte in der NSDAP und war als „Sekretär des Führers“ von 1941 bis 1945 der zweite Mann nach Hitler. Zusammen mit Rudolf Höß, der seit 1922 der NSDAP angehörte, hatten sie 1923 einen wahrscheinlich völlig zu Unrecht des Verrats bezichtigten Mann namens Walther Kadow zu Tode geprügelt und kurze Zeit darauf einen Mittäter, der zur Polizei gegangen war, brutal umgebracht. Höß wurde im März 1924 vom Staatsgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, saß dort jedoch nur bis zur Amnestierung am 14. Juli 1928 und konnte schließlich sein Mordgeschäft in größtem Umfang fortsetzen: Er leitete von 1940 bis 1943 und noch einmal 1944 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Die Karrieren anderer Fememörder fanden derweil ein abruptes Ende: Oberleutnant Paul Schulz – einer der energischsten und zugleich rücksichtslosesten Organisatoren der Schwarzen Reichswehr, Leiter eines „Kommandos zur besonderen Verwendung“ und mehrfach für mehrere Fememorde verantwortlich – brachte es 1931/32 bis zum Stellvertreter des NSDAP-Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser. Mit diesem fiel auch er in Ungnade, als Strasser Anfang Dezember 1932 mit seinem Rücktritt eine schwere Krise der Naziartei auslöste. Seiner Ermordung kam er durch Flucht ins Ausland zuvor. SA-Führer Edmund Heines – 1920 an einem Fememord beteiligt, der erst 1928 aufgedeckt werden konnte – sollte für 15 Jahre ins Zuchthaus, saß davon nur einundeinhalbes Jahr im Gefängnis ab. Für die NSDAP zog er 1930 in den Reichstag ein, wo er mit einem geschmeichelten Lächeln reagierte, als er von Linken als Fememörder begrüßt wurde. 1933 wurde er zwar auf den Posten des Polizeipräsidenten von Breslau gehoben; er überlebte jedoch die nazistische „Bartholomäusnacht“ vom 30. Juni 1934 nicht.

In den frühen Jahren der Weimarer Republik hatten kleinere Organisationen, skrupellos und kriminell agierende Verbände, den Wahlspruch *Verräter verfallen der Ferne* ausgegeben und befolgt. Das „Dritte Reich“ bot indessen den Tätern nicht allein Schutz und Anerkennung – es legalisierte den Mord an so genannten „Landesverrätern“, an Kriegsgegnern und Deserteuren und betrieb ihn in aller Öffentlichkeit, und das in einem bis dahin in der Geschichte unbekannten Ausmaß. Jenen Deutschen, die generell ein Menschenleben und humanistische Rechtsprechung herzlich wenig achteten, die wenig getan hatten, um die Fememorde zu unterbinden oder ihnen einen rechtfertigenden „vaterländischen“ Sinn unterlegten – ihnen sollte schließlich auch der Weg zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ebenso sinnvoll erscheinen wie das faschistische Programm zur Ermordung von Millionen Menschen und zur Ausrottung anderer Völker.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 186-192.

Koloss auf tönernen Füßen

Es ist ein altes Bild, das im Wort vom *Koloss auf tönernen Füßen* aufscheint. Von ihm wird bereits im Buch Daniel (2,31-35) des Alten Testaments erzählt. Da soll dem König Nebukadnezar im Traum eine große, hohe und glänzende menschliche Gestalt erschienen sein, ganz aus Gold, Silber und Eisen gebildet. Ihre Füße bestanden teils aus Eisen, teils aber auch aus Ton. Ein herabstürzender Felsbrocken habe ihre Füße getroffen und die ganze Figur zerfallen lassen. Das Wort, wurde es verwendet, meint seitdem stets eine Sache, die groß und mächtig zu sein scheint, jedoch nicht fest begründet und darum leicht zu zerstören ist.

Erstmals sprach in der neueren Zeit der französische Enzyklopädist Denis Diderot von einem „colosse aux pieds d'argile“, womit er Russland unter der Herrschaft der Zarin Katharina II. bezeichnet haben soll. Bekannt wurde der Slogan indessen vor allem, als er an die Stelle des Bildes vom starken „russischen Bären“ trat und ihn die Deutschen in den 30er Jahren sowie noch zu Beginn der 40er Jahre reichlich verwendeten. Zusammen mit zahllosen Erklärungen über die Bedrohung des Reiches durch den „jüdisch-bolschewistischen“ Staat bildete er eine unauflösliche Ganzheit. In jeder Hinsicht handelte es sich bei den Vorstellungen, die deutsche Faschisten sich von Russland und den Russen zu machen pflegten, um ein arges Feindbild, das schließlich – tatsächliche und vermeintliche Rückständigkeiten Russlands nutzend – allen politischen, geistigen und selbst den militärischen Vorbereitungen des Krieges gegen das Land im Osten zugrunde lag.

Ganz in diesem Sinne hatte Adolf Hitler bereits in seinem Buch „Mein Kampf“ frohlockt, das Riesenreich im Osten sei „reif zum Zusammenbruch“. Die Deutschen, die „genügend großen Raum auf dieser Erde“ zu erobern hätten, seien vom „Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassetheorie sein wird“.¹ Im Sommer 1940 jubelte Hitler am dritten Tage nach dem Sieg über Frankreich: „Jetzt haben wir gezeigt, wozu wir fähig sind ... ein Feldzug gegen Russland wäre dagegen nur ein Sandkastenspiel.“ Als der Krieg gegen die UdSSR direkt geplant und vorbereitet wurde, sprach er am 9. Januar 1941 – gestützt auf Berichte deutscher Diplomaten und Militärführer – auch davon, dass „die russische Wehrmacht“ ein „tönerner Koloss ohne Kopf“ sei. Seine Schlussfolgerung lautete: „Da Russland auf jeden Fall geschlagen werden muss, so sei es besser, es jetzt zu tun, wo die russische Wehrmacht über keine Führer verfüge und schlecht gerüstet sei.“²

Doch schon zwei Monate nach dem Beginn des Überfalls auf die UdSSR sollte sich das Wort vom tönernen Koloss selbst als hohltönend erweisen, zumal sich damals auch die – von allen westlichen Großmächten bislang ebenfalls gehegte – Hoffnung auf ein Auseinanderfallen des multinationalen Sowjetstaates nicht erfüllte. Nur wenige unter den Deutschen, so besorgt sie auch zunächst auf die Nachricht vom Beginn des Krieges gegen die UdSSR reagiert hatten, wollten dies jedoch wahrnehmen und erwarteten einen siegreichen Ausgang des Krieges. Allzu nachdrücklich hatte der Propagandaapparat des Reiches die Aussicht auf rasche, große und andauernde Erfolge des am 22. Juni 1941 eröffneten Krieges – absichtsvoll nur als „Feldzug“ bezeichnet – gepriesen.

Beide Bestandteile nationalsozialistischer Agitation gegen Russland – sowohl das Herausstellen der von diesem Land und seinem Gesellschaftssystem ausgehenden Gefahren als auch die Darstellung seiner Schwächen – dienten dem, was das eigentliche Programm der Führung von NSDAP und Drittem Reiches ausmachte: Die deutschen Ostgrenzen weit in den europäischen Osten zu verlegen und „Raum“ zu gewinnen. Im Vordergrund standen aggressive Beuteziele und kolonialistische Zukunftspläne. Sie nahmen in Osteuropa konkrete Gestalt an, als die UdSSR überfallen wurde und Hitler am 16. Juli 1941 zunächst intern das Ziel vorgab, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen“, damit ihn Deutschland „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten“

¹ Adolf Hitler: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1939, S. 728 und 742 f.; Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP. In: *Das Russlandbild im Dritten Reich*. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann (künftig: Volkmann, *Russlandbild*), Weimar/Wien 1994, S. 9-54.

² Albert Speer: *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. u. a. 1969, S. 188; Fall Barbarossa. S. 147 f.

konnte.³ Am 29. Juni 1941 erhielt Hermann Göring außerordentliche Vollmachten zur Leitung des gesamten Apparates für die wirtschaftliche Ausplünderung und Kolonisierung der Sowjetunion. Unter seiner Regie entstanden Dokumente, die eine grundlegende Orientierung für die Ausplünderung und die Unterjochung der sowjetischen Bevölkerung enthielten. Dazu gehörten u. a. die als „Grüne Mappe“ bezeichnete „Richtlinie für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ und die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft“ – Dokumente, die ein anschauliches Bild von der Ungeheuerlichkeit der Kriegszielplanung des deutschen Faschismus bieten. Einige Ämter der NSDAP-Reichsleitung – darunter das Rassenpolitische Amt und das Rassen- und Siedlungshauptamt – sowie das von Heinrich Himmler geleitete Amt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, in dem sich der Agrarpolitiker und Professor der Berliner Universität Konrad Meyer als Planungschef hervortat, bereiteten den langfristigen „Generalplan Ost“ vor.⁴

Dieser heute nur noch in Bruchstücken bzw. in der Fassung von 1941 bekannte Plan wurde am 12. Juni 1942 von Himmler bestätigt und seit Ende 1942 als „Generalsiedlungsplan“ bezeichnet. Das ihm zugrunde liegende rassistische Konzept zielte auf die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen und die Zwangsausweisung großer Teile vor allem der russischen Bevölkerung nach Sibirien. 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung Polens, 64 Prozent der Bevölkerung der Westukraine und 75 Prozent der Bevölkerung Weißrusslands sollten aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden. Seine Verfasser betrachteten lediglich ca. 14 Millionen Menschen, die in diesen Gebieten lebten, als „eindeutschungsfähig“. Die Kosten der Vertreibung – dafür war ein Zeitraum von 20 Jahren vorgesehen – wurden mit ca. 46 Milliarden RM beziffert. In diese Rechnung waren auch jene Summen eingeschlossen, die für eine Neuansiedlung von mindestens zehn Millionen Deutschen in den eroberten Gebieten Osteuropas vorgesehen waren.

Indessen hatte es im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges auch Stimmen von Politikern und Wissenschaftlern gegeben, die vor dem zu erwartenden Schaden warnten. So maß der Verfasser einer auf den 11. April 1938 datierten Analyse des deutschen Schrifttums über die UdSSR weder den in Deutschland weit verbreiteten propagandistischen Schriften, noch den persönlichen Erinnerungen von Emigranten und Rückkehrern irgendeinen Wert für die „politische Arbeit“ bei. Er schlussfolgerte, jedes „Wunschbild“ müsse vermieden werden, da ihm allzu leicht eine „fehlerhafte Wertung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse“ folgen würde. Er beklagte ferner die Tatsache, dass es in Deutschland keine wirkliche Russlandforschung gebe und da, wo solche betrieben würde, sie inhaltlich unzureichend wäre, weil sie zu eng an die „Beschäftigung mit der Judenfrage“ gebunden sei. Drastisch sprach er von einem „Zustand der Verwahrlosung und wissenschaftlichen Gewissenlosigkeit“. Etwas sarkastisch, aber wohl begründet legte er seinen Standpunkt dar: Allein „die Festlegung einer weltanschaulichen Haltung gegenüber der Sowjetunion und den sie tragenden Kräften gibt noch keine Auskunft über die Erfolgsaussichten der roten Machthaber“.⁵

Eines hatte aber in Deutschland für alle Verantwortlichen von vornherein festgestanden: Die expansionistischen und auf eine deutsche Vormachtstellung in der Welt zielenden Pläne ließen sich nicht anders als durch Krieg erreichen. Das braune Regime benötigte den Krieg und plante ihn als einen Vernichtungskrieg⁶, es bedurfte dazu jedoch auch vieler Menschen, die ihn zu führen gewillt und

³ Zit. nach Wolfgang Ruge u. a.: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942, Berlin 1977, S. 77.

⁴ Siehe Mechthild Rösler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.) unter Mitarbeit von Cordula Tollmien: Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 2, Berlin 1985, S. 430 ff.; Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. 1993, S. 394 ff.; Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik, Frankfurt a. M. 1991, S. 83 ff..

⁵ Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), NS 8/217, Bl. 209 ff.

⁶ Dieser fand seinen völkerrechtswidrigen Ausdruck u. a. im „Erlass über die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa“ vom 13.5.1941, im „Kommissar-befehl“ vom 6.6.1941 sowie in der Vereinbarung von Wehrmacht und SS über die „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres“ vom 28.4.1941.

für ihn selbst zu sterben bereit waren. Alles, was in Hitlerdeutschland an Nachrichten und Kenntnissen über Russland verbreitet worden ist, ordnete sich dem zwangsläufig unter. Einerseits war, um den ins Auge gefassten Krieg rechtfertigen zu können, das Schreckgespenst des „jüdischen Bolschewismus“ zu propagieren, andererseits der Krieg als leichtes, kaum eigene Verluste bringendes und rasch gewinnbares Unternehmen hinzustellen. Das Bestreben, die Gefährlichkeit des Gegners maßlos zu übertreiben, schloss daher dessen Unterschätzung in keiner Weise aus. Im Gegenteil: Beide Rechtfertigungs- und Argumentationsstränge zogen sich – nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 behutsam zurückgenommen, aber keineswegs aufgegeben – wie ein roter Faden durch die Geschichte der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber der UdSSR. Vorurteile und unzureichende Kenntnisse, Überbewertung der Mitte der 30er Jahre einsetzenden Stalinschen Repressivmaßnahmen gegen die Rote Armee und deren schwache Kampfkraft im finnisch-sowjetischen Winterkrieg von 1939/40, ideologisch bedingte Beschränktheiten und ein häufig nach aktuellem Erfordernis pragmatisch vorgenommener Bildwechsel kennzeichnen die Parallelität der auf den ersten Blick so gegensätzlichen Thesen von der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr“ und vom schwachen Koloss, der leicht von seinen tönernen Füßen zu stoßen sei.

Nachhaltig sollte sich schließlich auch auswirken, dass deutsche Militärs, als sie die Aufmarschpläne vorbereiteten, ebenfalls jenem Denken verfallen zu sein schienen, das dem so häufig propagierten Slogan zugrunde lag, obgleich sie selbst über zureichende Nachrichtenquellen verfügten. Fatale Fehleinschätzungen waren die Folge. So teilte der Oberbefehlshaber des Heeres Walther von Brauchitsch bereits am 22. Juli 1940 Hitler mit, ein Feldzug gegen die Sowjetunion werde lediglich vier bis sechs Wochen dauern und nur 80 bis 100 Divisionen erfordern. Optimistisch, genauer: leichtfertig meinte er am 30. April 1941, der geplante Krieg könne nach „voraussichtlich heftigen Grenzschlachten“ nach vier Wochen im Wesentlichen beendet sein. Danach werde es sich allenfalls um Säuberungsaktionen gegen „geringfügigen Widerstand“ handeln.⁷ Im Handbuch über die „Kriegswehrmacht der UdSSR“, das am 1. Januar 1941 erschien, wurde behauptet, die Rote Armee sei „für einen modernen Krieg nicht geeignet und nicht in der Lage, einer kühn geführten, modern ausgerüsteten Streitmacht entscheidend Widerstand entgegenzustellen“.⁸ Erst einige Monate nach dem 22. Juni 1941 erkannten einige der deutschen Militärs, wie sehr sich die Führung des Reiches fast jeden einigermaßen realistischen Blick auf Russland verbaut hatte. Zwar griff Ernüchterung um sich, doch sie führte nicht zu einer strategischen Neuorientierung.

Zunächst hatte es nach dem am 22. Juni 1941 den Anschein, als würden die Nachrichten vom raschen Vormarsch der deutschen Wehrmacht und von deren Einsichten in den Zustand der besetzten Gebiete das Bild vom *Koloss auf tönernen Füßen* bestätigen. Völlig unkritisch aufgenommen halfen sie, dünkelfhafte Überheblichkeit und nationalistisch-rassistisches Selbstbewusstsein bis zur Hybris zu steigern. Dennoch hatte sich eine völlig neue Situation ergeben: Je länger sich der Krieg gegen die UdSSR hinzog, desto mehr geriet er zu einer Nagelprobe für die Richtigkeit des nationalsozialistischen Russlandbildes. In der militärischen Konfrontation mit den Völkern der UdSSR und im Alltag der faschistischen Okkupationspraxis hatte sich zu erweisen, ob und in welchem Maße das Feindbild den Realitäten entsprach, ob die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Schlussfolgerungen aus diesem Bild erfolversprechend sein konnten oder nicht.

Das Bild vom *Koloss auf tönernen Füßen* erhielt im Sommer und Herbst 1941 zunehmend Kratzer und Risse. Es erwies seine Haltlosigkeit vollends am Ende des Jahres, als die Schlacht vor Moskau tobte und die sowjetische Hauptstadt nicht, wie großspurig angekündigt, erobert werden konnte. Die tatsächliche Kriegslage und das bislang propagierte parteiamtliche Russlandbild passten seitdem immer weniger zusammen. Zu offensichtlich war geworden, dass alle in der Presse verbreiteten optimistischen Behauptungen, der Krieg sei bereits gewonnen⁹, nicht der Wahrheit entsprachen.

⁷ Volkmann, Russlandbild, S. 127.

⁸ Ebenda, S. 135.

⁹ Der „Völkische Beobachter“ erschien am 10.10.1941 mit dem Haupttitel: „Die große Stunde hat geschlagen: Der Feldzug im Osten entschieden!“

Obgleich der Zeitplan schon über den Haufen geworfen war, tönnte Hitler noch am 8. November, mit dem „letzten gigantischen Hieb“, der „über alle Maßen gelungen“ sei, werde „das Schicksal Europas für die nächsten 1000 Jahre entschieden.“¹⁰ Den schlichten Negativ-Klischees von den bösen und schwachen Russen stand die militärische Situation an den Fronten gegenüber, die Tatsache, dass diese erfolgreich zu kämpfen verstanden; später traten auch Erfahrungen hinzu, die mancher Deutsche im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern machen konnte. Mehr und mehr wurde in der deutschen Bevölkerung das ideologisch präformierte Russlandbild an den Realitäten gemessen und sein Aussagewert in Frage gestellt. Es begann die Suche nach Erklärungen, weshalb man sich geirrt habe ...

Als erste bekamen die deutschen Soldaten zu spüren, dass sie in einen Krieg getrieben worden waren, der nicht so rasch und so erfolgreich zu Ende gebracht werden konnte wie die Feldzüge im Westen und im Süden Europas. Dass man es auf keinen Fall mit einem *Koloss auf tönernen Füßen* zu tun hatte, erkannten auch deutsche Generäle, was u. a. im Kriegstagebuch Franz Halders, seines Zeichens Chef des Generalstabes des Heeres, nachzulesen ist. Später reagierte auch die politische Führung des Reiches, bemüht um Schlussfolgerungen für weitere propagandistische Aktivitäten. Mit dem Blick auf den ernüchternden Ausgang der Schlacht vor Moskau stellte ein führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP in einem Brief an Goebbels fest, es seien in diesem Kriege „die Russen in jeder Hinsicht unterschätzt“ worden.¹¹ Gefragt wurde, wo die Ursachen des militärischen Desasters und welche Auswege zu suchen seien. Ein Jahr später plädierte Alfred Rosenberg als „Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete“ sogar für eine „Neubearbeitung aller bisherigen Grundlagen“ der Ostforschung. Wie wenig er selbst indessen lernfähig war, geht aus dem hervor, was er seiner Forderung einschränkend hinzufügte: „In allem Wesentlichen hat der Nationalsozialismus die bolschewistische Gefahr in ihrer jüdischen Führung und in ihrer ganzen brutalen Minderwertigkeit vollkommen richtig erkannt, er hat deshalb erst recht die Pflicht, diese ganze satanische ‚Weltanschauung‘ auf Grund der neuen Unterlagen noch einmal zu überprüfen, die Äußerungen unserer Gegner zu ergänzen und das Bild immer vollständiger zu machen, um niemals bei einer rein oberflächlichen Darstellung stehen zu bleiben, sich aber auch nicht etwa durch die eine oder andere spezielle Erscheinung unsicher machen zu lassen. In neuer Form tritt die Wildheit der Steppe uns entgegen, ein pervertierter Neu-Messianismus des Ostens, in Auswertung primitiver Heimatgefühle ein hochgezüchteter Fanatismus“.¹² Im Prinzip ging es ihm also lediglich darum, ein detaillierteres Feindbild zu erhalten, um den Gegner besser kalkulieren zu können.

Erschrocken und besorgt beobachtete der Sicherheitsdienst der SS, dass sich in der deutschen Bevölkerung die Zweifel an der Richtigkeit bisher getroffener Einschätzungen häuften.¹³ Schon nach der ersten Woche des Krieges hatte er festgestellt, unter der Bevölkerung sei die „Unterschätzung der russischen Kampfkraft ... einer klaren Einschätzung des Gegners“ gewichen, denn es habe allgemein überrascht, „dass sich der russische Soldat so zäh und verbissen verteidigt“.¹⁴ Ständig befasste er sich damit, das Reagieren der Deutschen auf einzelne Triumphe oder Abfahrten an der deutschen Ostfront zu analysieren. Schließlich erarbeitete der SD ein ausführliches, mit dem 17. August 1942 datiertes Material, das den Titel trug „Das Russlandbild in der Bevölkerung“ und gesondert in die geheimen „Meldungen aus dem Reich“ aufgenommen wurde. Folgende Fragen der Deutschen wurden dort als verbreitet aufgeführt: Woher rühren die überraschende Tapferkeit und Zähigkeit der russischen Soldaten, woher deren Vaterlandsliebe und ihr offensichtlich positiveres Verhältnis zum Bolschewismus als vermutet und dargestellt worden war? Weshalb verfügen die als primitiv dargestellten Russen über Waffen von hoher technischer Qualität? Wie lassen sich die viel-

¹⁰ Völkischer Beobachter, 10.11.1941.

¹¹ Brief von Haeger an Goebbels vom 13.4.1942. In: BArch, NS 18/224 (unpag.).

¹² BArch, NS 8/69, Bl. 109.

¹³ Unmittelbar nach dem Überfall hatte der SD Siegeszuversicht konstatiert: „Der militärische Sieg über Russland in kurzer Zeit ist bei diesem Krieg so sehr Allgemeingut jedes einzelnen Volksgenossen wie noch bei keinem der bisherigen Feldzüge.“ Zit. nach Heinz Boberach (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 7, Herrsching 1984, S. 2440.

¹⁴ Ebenda, S. 2470.

fach festgestellte Intelligenz sowie „das geistige und charakterliche Verhalten“ und die Arbeitsleistungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland erklären? Können diese tatsächlich schulisch so schlecht vorgebildet sein, wenn sie komplizierte maschinelle Bearbeitungsvorgänge so schnell begreifen und rasch die deutsche Sprache lernen? Sei man möglicherweise einer Täuschung zum Opfer gefallen? In den verschiedensten Reichsgebieten und in allen Bevölkerungsschichten würde immer mehr zum Ausdruck gebracht, dass „sich alle bisherigen Vorstellungen im Laufe des Krieges vielfach verschoben haben und eine Reihe von Widersprüchen bestehe, für die man kaum eine befriedigende Erklärung“ finde. Deshalb sei vielfach der Gedanke anzutreffen, dass man bis zum Krieg sehr wenig über die wahren Verhältnisse in Russland gewusst habe und jetzt immer noch sehr wenig wisse.¹⁵

Die Versuche führender NSDAP-Politiker zur Beantwortung solcher und anderer Fragen blieben kümmerlich und nichtssagend. Hauptsächlich wurde die nationalsozialistische Rassentheorie bemüht und beispielsweise die Kampfhärte russischer Soldaten mit dem finnischen Bluteinschlag im russischen Volk erklärt.¹⁶ Doch dürfe nicht von Tapferkeit und Heldentum gesprochen werden, da diese wesenseigene Tugenden der Germanen seien; es konnte also – frei nach Wilhelm Busch – auf sowjetischer Seite nicht sein, was nicht sein durfte. So schrieb ein Reichsamtsleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP, bei den Russen, so gut sie auch zu kämpfen verstünden, handle es sich doch nur „um Menschen von absolut animalischer Primitivität, die den Krieg an sich mit urweltlichen Vorstellungen sehen und ohne große Kunst in eine tierische Furcht vor Gefangenschaft oder ein Hörigkeitsverhältnis gegenüber ihren Antreibern versetzt werden können. Was die Reaktion dieser Kreaturen im Kampf angeht, so könnte man es ebenso gut mit Wölfen oder Bären zu tun haben“.¹⁷

Erst im weiteren Verlauf – vor allem, als der Mangel an Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft riesige Ausmaße annahm und von einem sowjetischen *Koloss auf tönernen Füßen* überhaupt keine Rede mehr sein konnte – zeigten sich einige der nationalsozialistischen Experten geneigt, die Russen eher als „Helfer“ denn als „Heloten“ zu betrachten. Selbst die Hilfe, die der in Gefangenschaft geratene sowjetische General Wlassow anbot – er wollte aus Kriegsgefangenen zwei Divisionen für den Kampf um die „Befreiung Russlands vom Bolschewismus“ formieren –, wurde von Hitler und Himmler im Oktober 1944, als die militärische Lage schon völlig ausweglos war, „angenommen“.

Alles Denken im Sinne des seit 1942 nicht mehr verwendeten Schlagwortes vom *Koloss auf tönernen Füßen* blieb unzulänglich, widersprüchlich und realitätsfern – und dies bis zum 8. Mai 1945. Mit Fug und Recht darf jedoch bezweifelt werden, ob seither solche Art von Unterschätzung und Herabwürdigung außen- oder innenpolitischer Gegner – wie auch immer das neue Schlagwort lauten mag – und ob jedwede maßlose, bis zur Hybris reichende Selbstüberhebung tatsächlich aus der Welt geraten sind ...

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 2. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 123-130.

¹⁵ Ebenda, Bd. 11, S. 4084-4086.

¹⁶ BArch, NS 8/66, Bl. 43.

¹⁷ BArch, NS 18/604, Bl. 4.

Nibelungenfreue

Als im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts nationale Identitätsfindung und nationalistische Selbstüberhöhung den Geist der Zeiten prägten, rückte auch das althochdeutsche Nibelungenlied wieder in das öffentliche Bewusstsein. Das, was um 1200 niedergeschrieben worden ist – es handelte von den Taten des Drachentöters und unverwundbaren Helden Siegfried, beschrieb die tückische Mordtat an ihm, schilderte die planvolle Rache seines Weibes Kriemhild und schließlich den Untergang der um König Gunther und Hagen von Tronje gescharten Burgunder an König Etzels Hof – das wurde seitdem stets auch als historisch-literarische Rechtfertigung politischer Zwecke genutzt. Vieles löste sich aus seinen historischen Zusammenhängen und erschien für jeweilige Intentionen und Erfordernisse zurechtgestutzt. Zahllose Auflagen der „Heldensagen“ und vor allem ihre Wiedergabe in Schulbüchern legen davon beredtes Zeugnis ab. Lange Zeit stand im Vordergrund mythischer Verklärung der strahlende, unbezwingbare und nur durch Verrat zu fallende Held Siegfried. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat indessen, anderen Verhältnissen und neuen politisch-militärischen Bedürfnissen dienlich Rechnung tragend, auch ein anderes Motiv des Nibelungenliedes hervor, das Motiv jener unerschütterlichen Treue, die allen Betrug und schnöden Verrat rechtfertigt, die sogar den Tod in Kauf nimmt und Selbstvernichtung befiehlt.

Keineswegs zufällig spielte das Thema unabdingbarer Treue im Umfeld der beiden Weltkriege eine herausragende Rolle. Es war zunächst Reichskanzler von Bülow, der von *Nibelungentreue* sprach und erstmalig am 19. März 1909 den Begriff als Synonym für ein unauflösbares Staatenbündnis und zu dessen Verklärung in das außenpolitische Vokabular einführte. Er habe in der Presse das Argument gelesen, Deutschland befinde sich gegenüber Österreich-Ungarn in einem politischen Abhängigkeitsverhältnis, Berlin sei faktisch zu einem Vasallen Wiens geworden. Da der von ihm zitierte Kommentator einer Zeitung das Verhältnis beider Länder auch mit der Rivalität der beiden Königinnen des Nibelungenliedes, Kriemhild und Brünhild, verglichen hatte, bemühte der Kanzler nun ebenfalls das zum deutschen Nationalepos erhobene Nibelungenlied: „Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied. Aber die *Nibelungentreue* wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren.“¹ Bülow erläuterte den Reichstagsabgeordneten die Sicht der Herrschenden auf die Ereignisse in Bosnien und damit auf die Balkankrisen, die den europäischen Kontinent schließlich zum Krieg von 1914/18 führten. Hoffnungen auf zu bündelnde Stärke wurden geweckt, auf Bündnisse, die ein nahezu automatisch funktionierendes Zusammenspiel pakttreuer Mächte bieten sollten. Jedweder Gedanke an friedliche Lösungsmöglichkeiten bestehender Konflikte ließ sich so leichter verdrängen, denn der Krieg war gewollt; es kam nur noch darauf an, ihn erfolgreich zu führen. Dazu bedurfte es des willigen Einsatzes des deutschen Volkes, der Bereitschaft von Menschen zu unmenschlichem Handeln.

Dem deutschen Bürgertum diene das Nibelungenlied seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, im Ersten Weltkrieg und auch unmittelbar danach vielfach als Folie des eigenen, der jeweiligen Situation angepassten politischen Treuebegriffs. Dieser forderte vom Einzelnen bedingungslose Gefolgschaft und letzten Einsatz, um in der kommenden, selbstverständlich auch militärisch zu führenden Auseinandersetzung mit einer Welt voller Feinde, Deutschlands Ehre und Größe wieder herstellen zu können. Aus dem mystifizierten Heldenepos wurde ein Anspruch des Staates an das Individuum abgeleitet, der in seiner Absolutheit kaum zu überbieten war und rational kaum noch hinterfragt werden konnte. Was zählte, betraf nicht mehr die grauenvolle Realität des Krieges, sondern die Einstellung, mit der er geführt werden sollte.

Möglicherweise hatte Bülow mehr an dem ebenfalls aus dem Epos entlehnten Gedanken gelegen, gegenüber einer Vielzahl, einer Welt von Feinden tapfer und wachsam sein zu müssen. Treue auf der Wacht – das hatte dem Maler Karl Schmall von Eisenwerth als Motiv seines Bildes „Hagen und Volker auf der Wacht“ gedient, das er für das Cornelianum in Worms schuf. Demgegenüber hatte aber Emmanuel Geibel in seinem um 1870 entstandenen Gedicht „Volkers Nachtgesang“ Wach-

¹ Fürst Bülows Reden. Hrsg. v. Otto Hötzsch, Bd. 3, Berlin 1909, S. 187.

samkeit und Treue bis in den Tod, einem unabwendbaren Schicksal, gleich miteinander verknüpft: „Und kommt die Früh’ im blut’gen Kleid:/Gott grüß dich grimmer Schwerterstreit!/Dann magst Du, Tod, zum Reigen/Uns geigen!“²

Als Bülow jedoch 1909 von *Nibelungentreue* sprach, konnte er den nahe liegenden Zusammenhang zwischen den unerschütterlicher Gefolgschaftstreue folgenden Burgundern und ihrem Exitus an König Etzels Hof nicht übersehen, allenfalls verdrängen. Doch angesichts des Krieges gewann das Schlagwort rasch an Kontur und meinte eine durch nichts zu erschütternde, gleichsam bedingungslose und völlig kritiklose Bündnis- und Kriegspolitik. Tatsächlich forderte es Opfer in riesigem Ausmaß und menschenverachtender Weise und erlangte exzessive ideologisch-manipulative Bedeutsamkeit, denn seit 1914 tobte ein Krieg in völlig neuen Dimensionen und mit bislang unbekannten Massenvernichtungswaffen. Tapferkeit und Treue sollten auch gegenüber Panzern und neuen Geschützen im Bombenhagel und bei Gasangriffen unbeirrt unter Beweis gestellt werden. Unerbittliche Standhaftigkeit und aufopferungsvolle Hingabe wurden zum Ideal menschlichen Daseins erhoben. Zielsicher richtete sich nun der Blick auf den zum Vorbild erhobenen Vasallen und unbändigen Streiter Hagen, der dem Burgunderkönig Gunther treu bis in den Tod diente und sich für diesen sogar des Mordes an Siegfried sowie des Betruges an dessen Frau schuldig machte, der rechtswidrig den Schatz der Nibelungen raubte und im Rhein versenkte, der den Burgundern und sich selbst den Rückweg abschnitt, als sie in fremdes Land und zu entscheidendem Kampfe zogen.

Dem, der den Schlachtruf *Nibelungentreue* verwendete, geriet es unweigerlich zu einem Mittel, Menschen auf einen letztlich sinnlosen Tod einzustimmen, das Sterben auf dem Schlachtfeld zu glorifizieren und Bereitschaft zum freiwilligen Opfergang im letzten Gefecht zu erzeugen. Als einige Professoren der Berliner Universität ihre so genannten Kriegsreden hielten, blieb es dem Strafrechtslehrer Franz von Liszt vorbehalten, den Begriff der *Nibelungentreue* zu verteidigen. Am 18. November 1914 erklärte er: „Der waffengewaltige, stolze, grimme Hagen auf der einen Seite, das Sinnbild Preußen-Deutschlands, und der heitere Spielmann auf der anderen Seite, der im Kampf und Spiel gewandte Volker, das Sinnbild des sangesfrohen und kampfeslustigen Österreich-Ungarn. Ich weiß nicht, ob es gerade dieses Bild war, das dem Reichskanzler vorgeschwebt hat. Aber mit dem einen Worte von der *Nibelungentreue* hat er treffend und schön das Bündnisverhältnis bezeichnet, wie es zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn besteht.“³ Zugleich unterlegte er dem mythischen Bild einen zusätzlichen Sinn: „Aber freilich, wie jedes Bild, so ist auch dieses Bild nicht völlig zutreffend; denn Hagen von Tronje und Volker von Alzey, die hatten Blutschuld auf sich geladen durch die Ermordung Siegfrieds, und darum waren sie dem Untergang trotz aller Tapferkeit geweiht. Wenn aber Deutschland und Österreich-Ungarn nebeneinander und Schulter an Schulter und Rücken an Rücken kämpfen gegen die Übermacht der Feinde, so werden sie den Sieg davontragen; denn von Treubruch ist in den langen Jahren der Vergangenheit dieses Bündnisses nirgends und niemals die Rede gewesen, und die Blutschuld ruht auf den Häuptionen unserer Gegner, bei den serbischen Meuchelmördern und bei Russland, das über sie die schützende Hand gehalten hat, und bei den Franzosen und den Engländern, die mit den Meuchelmördern da unten sich verbündet haben.“⁴ Mit einseitiger Schuldzuweisung wurde die *Nibelungentreue* derjenigen, die sich zu verteidigen hätten, als ausschlaggebendes Unterpfand ihres Sieges verstanden, Treubruch aber als maßgebliche Ursache einer möglichen Niederlage.

Der seinerzeit bekannte Göttinger Literaturhistoriker Gustav Roethe verherrlichte 1915 ebenfalls die *Nibelungentreue*: „Welch köstliche Mitgift deutscher Größe ist diese Treue! Es handelt sich um das rückhaltlose Einsetzen des ganzen Menschen, das nicht dingt, nicht wägt, nicht schwankt, sondern durchhält bis zuletzt, und mag der Erdball darüber in Trümmer gehen. Von deutschen Heldenliedern her rauschen uns diese Töne aus weiter Ferne herüber.“⁵ Und solche Mitgift verlangte von

² Zit. nach Wunderlich: Der Schatz des Drachentödtters, S. 41.

³ Franz von Liszt: Von der Nibelungentreue. In: Deutsche Reden in schwerer Zeit. Gehalten von den Professoren an der Universität Berlin, Berlin 1915, Bd. 1, S. 340.

⁴ Ebenda, S. 345 f.

⁵ Gustav Roethe: Von deutscher Art und Kultur, Berlin 1915, S. 36.

jedem Soldaten und Offizier, ja von allen am Kriege Beteiligten und von ihm Betroffenen das Mitmarschieren bis zum bitteren Ende, selbst wenn dieses vorhersehbar ist. Daher verbot sich auch jegliches Nachdenken über das jähe Ende des Helden Siegfried in der Dichtung, die Hagens Mordtat als Treuebruch darstellte. Mehr und mehr drifteten die Deutungen des Nibelungenliedes auseinander ...

Dies kam stärker als zuvor nach dem Ersten Weltkrieg zum Vorschein. Nun stand Hagen im Mittelpunkt, beispielsweise in Werner Jansens Roman „Das Buch Treue“. Auf Bismarck anspielend wird hier der Tronjer nicht nur stets als „Kanzler“ bezeichnet, es wird auch behauptet, die burgundische Welt wisse, dass ihr Schicksal „allein mit dem grausamen, klugen Kopf Hagens“ stehe und falle. Wie schwach auch immer der König sei, die Krone dürfe niemals „faulen“ und fallen, so lautete die Botschaft des viel gelesenen Romans. Und die Krone müsse von jenen, die um den König seien, stets hoch gehalten werden, „damit das Volk an den glaube, der unter ihr geht.“ Denn schließlich, so Jansen, wurzele alle Kraft der Deutschen in diesem Glauben.⁶ In zahlreichen Dramen, Gedichten, Nacherzählungen und Kommentaren, die während der Weimarer Republik erschienen und sich mit dem Nibelungenlied befassten, wurde als beispielhaft propagiert, wie treu Hagen gewesen wäre, wie schwer er an der Bürde seiner Ehrlichkeit und Treue zu tragen gehabt hätte. In manchen Schriften – auch wenn sich häufig ihre Titel auf Siegfried bezogen – wurde Hagen bewundert, sei er doch die einzige Figur des Nationalepos, welche schwere Entscheidungen zu treffen gezwungen gewesen wäre. Man sah in ihm die ehrlichen Deutschen jener Jahre repräsentiert, die im Netz ihres eigenen und selbstverständlich redlichen Tuns gefangen seien.⁷

Diese für viele konservativ und völkisch denkenden Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg typische, im Grunde bereits zu einem neuen Weltkrieg weisende Dimension des Wortes von der *Nibelungentreue* fasste der Dichter Richard Libiger in überdeutliche Formulierungen. In einem Drama lässt er seinen Hagen zu König Gunther vor dem absehbaren Ende eine Sentenz voller politischer Anspielungen von sich geben: „Doch aller Helden kühner Tod, den wir so tief beklagen, bedeutet nur das Morgenrot zu neuen Ruhmestaten!“ Der Autor schließt, so als wollte er sich versichern, dass seinen Lesern das Wesentliche auch ja nicht entgehe, sein Werk mit der Ermutigung, dass immer noch Hagens Heldentrost gelte: Ein treues Volk gehe auch „in schwerster Stunde nicht zugrunde!“⁸

Obgleich in der Nachkriegszeit der Öffentlichkeit erklärt wurde, der Krieg sei verloren gegangen, weil das auf den Schlachtfeldern unbesiegte Heer durch einen Dolchstoß der Heimat bezwungen werden konnte wie vormals Siegfried durch den hinterlistigen Speerwurf Hagens, bedienten sich die deutschen Faschisten beider Deutungsstränge des Nibelungenliedes. Der Kult um Adolf Hitler und dieser selbst orientierten sich vorrangig am Siegfried-Motiv; Hitler meinte gar, *Nibelungentreue* könne es lediglich gegenüber der eigenen Rasse geben. Demgegenüber verstand sich sein Adlatus und „Stellvertreter“ Rudolf Heß als der bis in den Tod getreue „Hagen der Partei“.⁹ Ihm hatten es eher die an König Etzels Hof gegen eine erdrückende Übermacht bis zum letzten kämpfenden und selbstlos opfernden Burgunder angetan, obgleich er wusste, dass jene, die das Nibelungenlied als Nationalepos priesen und für ihre jeweiligen Zwecke nutzten, in ihren nationalistischen Legenden und Klischees das Reich mit der Lichtgestalt Siegfried gleichsetzten und in Hagen dessen Mörder anklagten. Die in konservativen Kreisen Deutschlands vorherrschende nationalistisch-unkritische Sicht auf die Ursachen der Niederlage im Ersten Weltkrieg sowie der Traum vom Wiederaufstieg und des Deutschen Reiches neuer Herrlichkeit verknüpfte Heß mit Idealen, die er persönlich zu

⁶ Werner Jansen: *Das Buch Treue*, Braunschweig 1920, S. 173 und 198. Zit. nach Lerke von Saalfeld: Die ideologische Funktion des Nibelungenliedes in der preußischdeutschen Geschichte von seiner Wiederentdeckung bis zum Nationalsozialismus, Diss. FU Berlin 1977, S. 312 f.

⁷ Auf die Vielzahl solcher Werke macht aufmerksam Francis G. Gentry: Die Rezeption des Nibelungenliedes in der Weimarer Republik. In: *Das Weiterleben des Mittelalters in der deutschen Literatur*. Hrsg. v. James F. Poag/Gerhild Scholz-Williams, Königstein/Ts. 1983, S. 150 ff.

⁸ Richard Libiger: *Die Märe von Siegfried und den Nibelungen*, Dresden/Leipzig 1922, S. 73 f. Zit. nach Gentry, *Die Rezeption*, S. 151.

⁹ So berichtet es Albert Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*, Stuttgart 1959, S. 170.

erfüllen trachtete: Unerschütterliche Treue und der Wunsch, Treuester unter den Getreuen eines neuen Tribunen zu sein. Der germanische Held sei treu bis zur Selbstaufgabe, verkündete Heß später.¹⁰ Seine eigene, mitunter schlichte Hartnäckigkeit von Treue zu unterscheiden oder sich zu fragen, wie und wann diese zu einem inhaltlosen Selbstzweck gerät, kam ihm nicht in den Sinn.

In dieser Hinsicht spiegelte Heß Werte wider, die dem deutschen Bildungsbürgertum zahlreich geboten worden waren. Im Elternhaus hatte er gern die Bücher von Felix Dahn gelesen. In dessen 1902 erschienenen Bestseller „Ein Kampf um Rom“ kämpften die Goten unter ihrem heldenhaften König Teja gegen das oströmische Heer, und dies – analog zum Hagen des Nibelungenliedes – bis zum eigenen Untergang. Heß waren natürlich auch die Gedichte und Schriften des völkischen Barde Dietrich Eckart bekannt, die in München Verbreitung fanden und in denen dieser – sich direkt auf das althochdeutsche Epos beziehend – verkündete, ein „Großer“ halte „in all dem schweren Dunkel treue Wacht“.¹¹ Solches Verhalten schien sich Heß in ein unabwendbares Walten des Schicksals einzuordnen und männlich-todesmutige Bewährung zu symbolisieren. Gefiel ihm, wie Hagen auf der Bühne in Richard Wagners „Götterdämmerung“ zu agieren hatte? Hier erschien jener als ein Held, der zwar von anderer Herkunft als Gunther, doch listiger als dieser war, von Wotans großem Gegner Alberich erzogen zu „zähem Hass“, schlau und verschlagen. Sagte Heß möglicherweise zu, was der Bayreuther Komponist König Gunther zu Hagen singen ließ: „... deinem Rath nur red’ ich Lob, frag’ ich dich nach meinem Ruhm“? Oder identifizierte er sich sogar mit dem, der eigensüchtig nach dem Schatz der Nibelungen gierte und meinte, diejenigen, denen er niedrig wirke, würden ihm einst doch dienen müssen?¹² Für Heß gehörten zur *Nibelungentreue* auch bedingungslose Verschwiegenheit, weit gehende Selbstlosigkeit und die Bereitschaft, sich selbst zurückzunehmen oder, wenn erforderlich, sogar erniedrigen zu lassen oder eben auch regelrecht verschlagen zu agieren, sofern dies deutschen Nationalinteressen dienen würde.

Als während des Zweiten Weltkrieges die deutsche Wehrmacht eine größere Niederlage nach der anderen erlitt, hielt Hermann Göring am 30. Januar 1943 eine Rede, in der wiederum Parallelen zum Kampf der Nibelungen gezogen und die in der soeben verlorenen Stalingrader Schlacht gefallenen Wehrmachtssoldaten als Hoffnungsträger kommender Siege bezeichnet wurden.¹³ Etwas allgemeiner propagierte Fritz Sauckel, als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz während des Zweiten Weltkrieges zuständig für Millionen von Zwangsarbeitern, noch im Februar 1945 faschistische Durchhalte-Parolen, für die er Treue und Ehre als „etwas Heiliges, Übersinnliches, Ungreifbares, Unaussprechliches“ pries: „Wir leben in einer Zeit, in der alles das wahr wird, woran sich zu allen Zeiten die deutsche Jugend emporgehoben gefühlt hat. Wir leben in einer Zeit, in der die Heldensagen des Altertums, die Heldensagen der Griechen und Römer, das Nibelungenlied, die deutschen Sagen Wirklichkeit werden viel umfassender, als man es mit heißen Wangen und schlagendem Herzen einst in der Schule gelesen hat.“¹⁴

Mit dem Debakel der erneuten Kriegsniederlage schienen Germanenkult und Heldenmythos aus dem Bewusstsein neuer Generationen getilgt. Dies ändert sich zunehmend nach dem Zusammenbruch der DDR und der neuen Rolle nationalistischer Aspekte in der größer gewordenen Bundesre-

¹⁰ Rudolf Heß: Rede zur Vereidigung Politischer Leiter der NSDAP am 25.2.1934. In: Rudolf Heß. Reden, München 1938, S. 10.

¹¹ Verwiesen sei hier nur auf Dietrich Eckarts Gedicht: Uns ist in alten Mären. In: Auf gut deutsch, H. 7/ 14.2.1919. Das Gedicht wurde von Eckart noch einmal am 25.8.1921 – also unmittelbar nach der Führungskrise der NSDAP – im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht. Siehe Hildegard Labenz: Das Nibelungenlied im deutschen Faschismus. In: Traditionen und Traditionssuche des deutschen Faschismus. Hrsg. v. Günter Hartung/Hubert Orłowski, Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1983, S. 122 ff.; Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler, S. 81 f.

¹² Richard Wagner: Der Ring der Nibelungen. Vollständiger Text mit Notentafeln der Leitmotive. Hrsg. v. Julius Burghold (Originalausgabe 1913), S. 288 und 275.

¹³ Siehe Peter Krüger: Etzels Halle und Stalingrad. Die Rede Görings vom 30.1.1943. In: Die Nibelungen. Ein deutscher Wahn, ein deutscher Alptraum. Studien und Dokumente zur Rezeption des Nibelungenstoffs im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Joachim Heinzle/Anneliese Waldschmidt, Frankfurt a. M. 1991, S. 151 ff.

¹⁴ Rede vom 8.2.1945 in Weimar. In: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Reichsstathalter, Bd. 193, Bl. 137 f. und 126.

publik Deutschland. Zählbig wie die alte, unbedachte und bedenkenlose Heldenverehrung lässt sich auch die nach wie von blinde *Nibelungentreue* als Orientierungsgröße in Deutschlands neuerer Szene feststellen. Sie dient, wie den Theaterregisseur Alexander Lang meint, als ein ebenso fester wie missverständlicher kameradschaftlicher Kitt.¹⁵

Einen den Heldenmythos ironisierenden und entblätternden Zyklus *Nibelungentreue* stellte der österreichische Bildhauer und Maler Alfred Hrdlicka im Jahr 2001 im thüringischen Meiningen aus. Seine autobiographisch angelegte Schau verstand er als Auseinandersetzung mit dem Nibelungenlied als einer „Geschichte von Toten“ und mit Richard Wagners Tetralogie „Der Ring der Nibelungen“; unter anderem setzte er ein Bild mit dem Titel „Hagen und Volker trinken Blut aus ihren Helmen“ bewusst gegen *Meine Ehre heißt Treue*.

Und muss nicht auch gefragt werden, weshalb das Wort von der *Nibelungentreue* nach dem 11. September 2001 erneut in deutscher Politik und Publizistik auftauchte, so die Forderungen nach „uneingeschränkter Solidarität“ mit dem Krieg der USA in Afghanistan und nach Abbau freiheitlich-demokratischer Grundrechte in der Bundesrepublik kennzeichnend?

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 2. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 292-299.

¹⁵ Leipziger Volkszeitung, 29.1.2001, S. 9.

Deutschland erwache

Erwachen folgt dem Schlaf, Wachheit der Müdigkeit, nach dunkler Nacht folgt heller Morgen. Vom natürlichen, selbstverständlichen Wandel kündigt so manche alte Weise. Viele enthalten Texte, die als Weckruf und als Begrüßung des neuen Tages, neuer Zeiten oder neuer Verhältnisse zu verstehen sind. Anrührend heißt es in einem Gedicht aus dem 16. Jahrhundert, das 1778 von Johann Friedrich Reichardt vertont wurde: „Wach auf, meines Herzens Schöne, zart Allerliebste mein.“ Ein westfälisches Volkslied wandte sich konkret an einen Berufsstand: „Wach auf, wach auf, du Handwerksge-
sell, du hast so lang geschlafen. Da draußen singen die Vöglein so hell, der Fuhrmann lärmt auf den Straßen.“ Der Text: „Wacht auf, wacht auf, der Tag bricht an, die Sonne will uns scheinen“ wird gern als Kanon gesungen. Ein machtvoll klingender Chor begrüßt den Meistersinger Hans Sachs – musikalisch einer der Höhepunkte des 1868 uraufgeführten Opernwerkes von Richard Wagner: „Wach auf, es naht gen den Tag; ich hör’ singen im grünen Hag ein’ wonnigliche Nachtigall“, ihr’ Stimm durchdringt Berg und Tal; die Nacht neigt sich zum Okzident, der Tag geht auf von Orient, die rotbrünstige Morgenröt’ her durch die trüben Wolken geht.“

Der Schritt zu politischer und nationalistischer Nutzung war indessen stets ein kleiner. Immer wieder sind im Alltag der Menschen, aber in Literatur und Kunst Gegensätze der Natur ebenso für solche des sozialen Miteinanders, mehr noch – für die Charakterisierung des Gegeneinanders und von Hierarchien – verwendet worden. Gerade die Selbstverständlichkeit des Wechsels zwischen Tag und Nacht ließ ihn zu einem häufig gebrauchten Synonym gesellschaftlicher Zustände werden. Eine der frühesten Übertragungen des Weckrufes auf politische Forderungen stammt aus dem Jahre 1561. Johann Walther dichtete in jener von den Wirren der gegenreformatorischen Bemühungen erfüllten Zeit: „Wach auf, wach auf, du deutsches Land! Du hast genug geschlafen.“ Gegen Deutschland, so hieß es bei ihm, sei die Axt bereits angesetzt „und auch zum Hieb sehr scharf gewetzt“ – wer verweilet, würde übereilet. Es war dann auch dieses Lied, das in Deutschland zwischen 1933 und 1945 die SS jeweils am 30. Januar zu singen hatte. Bezeichnenderweise wurde weder gesagt, weshalb solches Erwachen notwendig sein sollte, noch zu welchem Tun die Aufgewachten und zum Kampf Aufgerufenen sich veranlasst zu sehen hatten. Verschwommenheit und Vieldeutigkeit ermöglichten indessen stets, den schlichten Weckruf als politisches Schlagwort zu verwenden; in den Reihen der schwarzuniformierten Faschisten wusste wohl jeder, was gemeint war und weshalb dieses Lied gesungen werden sollte

Politische Inhalte, gerichtet gegen Trägheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit, fanden sich selbstverständlich auch in Texten der Arbeiterbewegung. Davon zeugen so bekannte und auf Plakaten häufig verwendete Zeilen wie *Mann der Arbeit, aufgewacht, erkenne deine Macht, alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will*, oder das als „Internationale“ von Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder gesungene *Wacht auf Verdamnte dieser Erde*.

Genutzt wurde der Ruf *Deutschland erwache* indessen hauptsächlich für nationalistische Interessen und Ziele. Dies ging bereits aus Richard Wagners Entgegensetzung von „welschem Dunst“ – womit das Denken und Fühlen in romanischen Ländern gemeint war – und „heiliger deutscher Kunst“ hervor. Zu einem Schlachtruf völkisch-rassistischer und militaristischer Prägung geriet die Forderung, die Deutschen sollten erwachen, am Ende des 19. Jahrhunderts. Es war Alfred Hugenberg, Mitbegründer des chauvinistischen Alldeutschen Verbandes, der ihn 1892 in dieser Form verwendete.¹ Auch vor dem Ersten Weltkrieg tauchte er häufig auf, und nicht erst in seiner Verwendung durch die NSDAP bedeutete er, die Deutschen hätten bereit zu sein, gegen andere Völker ins Feld ziehen, Krieg zu führen für nationalistisch-expansionistische und rassistisch-antisemitische Ziele.

Die kurze und griffige Formel *Deutschland erwache* findet sich in dieser Zeit vor allem in Publikationen zweit- und dritrangiger Literaten, die niemals in eine seriöse Literaturgeschichte aufgenom-

¹ Daran erinnerte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), deren Vorsitzender Hugenberg 1928 geworden war, in ihren Auseinandersetzungen mit der NSDAP während des Wahlkampfes im Sommer 1932. Siehe Lothar Knaak: Hugenberg oder Hitler? Eine zeitgenössische Untersuchung, Oppeln 1932, S. 3.

men worden sind. Sie hielten die Erinnerung an die antinapoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts wach. So publizierte Ernst Heinrich Bethge 1913 im Auftrag eines „Arbeitsausschusses für Jugendpflege“ ein Buch unter diesem Titel. Es enthielt eine Sammlung von Gedichten, Erlebnisberichten und Liedern über „Heldentaten ... aus der Zeit der Befreiungskriege“. Ernst Moritz Arndt und andere, die in glühenden Worten zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgerufen hatten, lieber ehrlich zu sterben als schändlich unter Napoleons Knute zu dienen, hätten völkische Lauheit und Gleichgültigkeit attackiert, um Befreiung erreichen zu können. Auf die Leipziger Völkerschlacht von 1813 verweisend und die Errichtung des kolossalen Denkmals preisend, hob Bethge unter anderem hervor, es gelte erneut, den „deutschen Gedanken“ zu stärken und dessen Ideale Tapferkeit, Opferfreudigkeit und Glaubensstärke zu preisen. An die Spitze stellte der Herausgeber ein Gedicht Ernst Wegeners, der von verflossenen hundert Jahren sprach und in zweifelndem Tone fragte, ob denn Deutschlands Haupt noch immer „machtgebietend in die Höhe“ rage. Am Ende der drei Strophen hieß es jeweils „Deutschland, Vaterland, erwache!“²

Ein völkischer Publizist und Schriftsteller, der unter dem nach einem Pseudonym klingenden Namen Wolfgang Eisenhart in Erscheinung trat, sprach ebenfalls vor dem Ersten Weltkrieg vom „Mangel an Rassestolz und völkischem Selbstbewusstsein“ und verkündete, sein Ruf *Deutschland erwache* sei ein „Mahnwort zur Hebung des Nationalgefühls“. Die Leser forderte der Antisemit auf: „Kauft nur bei Deutschen“. Den in Deutschland lebenden Juden sprach er jegliches Nationalgefühl ab. Im ersten Jahr des Krieges – zu diesem Zeitpunkt schon dessen Lehren für die „nationale Zukunft“ ziehend – verkündete er, aus der Saat von Blut und Tränen werde „ein besseres, größeres, herrlicheres Deutschland erstehen“. Nach dem zu erwartenden Sieg müsse der Deutsche „den anderen Völkern mit einem ganz anderen Maß von Selbstbewusstsein entgegentreten“. Mit Stolz habe er sich dann „gegen alle Welt als Deutscher (zu) bekennen“. Martialisch war hinzugefügt: „Vergessen wir nie, dass wir in der Welt immer nur soweit geachtet werden, wie man uns fürchtet, wie man Respekt hat vor unserem Heere und vor unserer Flotte.“³

Erwachen als politische Forderung verband sich erst recht nach dem verlorenen Krieg mit Revanche-Gedanken und militaristischem Ungeist.

„Heraus das Schwert!
Es steigt herauf
Der heilige Tag der Rache.
Bereite Dich zum Sturmeslauf,
Deutschland, erwache!

So dichtete Josef Huggenberger im März 1923.⁴ Unter dem Titel „Deutschland erwache“ produzierte Hermann Streiter während der zwanziger Jahre ein antisemitisches Schauspiel; einem korrupten und verbrecherischen Bauunternehmer als jüdischen Gegenspieler seines Helden gab er den Namen Wilhelm Faust.⁵ Auch der 1868 geborene und im Dunstkreis um Adolf Bartels bis 1919 in Weimar lebende Max Geißler brachte 1930 ein Buch mit dem Titel „Deutschland, wach auf“ auf den Markt; die zweite Auflage erschien 1933 und titelte nun dem Slogan der soeben an die Macht gekommenen NSDAP gemäß.⁶ An deutschen Universitäten und Hochschulen traten nationalsozialistische Studenten bei den Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen mehrfach mit Listen an, die sie mit Nationaler Block *Deutschland erwache* betitelten.

² Ernst Heinrich Bethge (Hrsg.): *Deutschland, erwache! Heldentaten und Erlebnisse, Urkunden, Gedichte und Lieder aus der Zeit der Befreiungskriege* sowie eine zusammenhängende Darstellung der Erhebung in Preußen, Langensalza 1913, S. 3 f.

³ Wolfgang Eisenhart: *Was lehrt uns der Krieg für unsere nationale Zukunft?* Vortrag gehalten zu Naumburg a. S. am 1. März 1915, Naumburg 1915, S. 11 und 17.

⁴ Josef Huggenberger: *Deutschland, erwache! Gedichte*, München 1925, S. 80 f.

⁵ Hermann Streiter: *Deutschland, erwache! Schauspiel*, Mühlhausen (o. J.)

⁶ Max Geißler: *Deutschland erwache. Ein Hitlerroman aus verbotener Zeit*, Leipzig 1934.

Es waren beileibe nicht allein völkische Literaten und junge Intellektuelle, die sich während der Weimarer Republik bemühten, den angeblich schlaftrunkenen Blick der Deutschen zielsicher in eine martialische Richtung zu drängen. Aus der Feder des Wirtschaftspublizisten Fritz Reinhardt erschien 1930 ebenfalls eine Broschüre, deren Titel sich vom Schlachtruf den NSDAP nur dadurch unterschied, dass in ihm das grammatisch notwendige Komma noch enthalten war, auf das die nationalsozialistischen Ideologen und Propagandisten später in der Absicht verzichteten, dem Ruf eine größere innere Geschlossenheit zu verleihen. Der Verfasser gab den „Wirtschaftlichen Beobachter“ als Halbmonatsschrift für Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft heraus und zeichnete ein Horror-Szenario über die Folgen der Annahme des Young-Planes durch die Reichsregierung am 12. März 1930. Verhungern oder auswandern – allein darin sah er mögliche Alternativen zu den Folgen des „schwärzesten Tages“ in der deutschen Geschichte. Seinen Lesern rief er zu: „Werdet wieder Deutsche“, nachdem er ihnen politische Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit für das Schicksal der Nation vorgeworfen hatte. Der spätere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium warb zugleich für die NSDAP. Sie sei die einzige Partei, die gewährleiste, dass „wieder ein Wohlsein an uns kommt, und dass wir den Rest unseres Lebens und dass unsere Kinder und Kindeskinde freie Deutsche sind ...“ Dafür stimmte er den Ruf an: *Deutschland erwache!*

In die Geschichte ging indessen der Schlachtruf *Deutschland erwache* hauptsächlich durch seinen beständigen und folgenreichen Gebrauch durch die Sturmtrupps deutscher Faschisten ein, zumal diese ihn absichtsvoll und in mörderischer Konsequenz mit der Drohung *Juda verrecke* verknüpften. Beides ließen die Führer der NSDAP ihre Mitglieder und Anhänger schreien, plakatieren und mehr oder weniger kunstvoll verkünden, wann immer sie es für notwendig und taktisch richtig hielten; sie verzichteten allerdings auf den üblichen Zusatz in jener Zeit, in der sie Hitlers Schwur vor dem Leipziger Staatsgerichtshof, nur mit legalen Mitteln an die Macht zu gelangen, Glaubwürdigkeit verleihen wollten.

Die nationalsozialistischen Ideologen und Propagandisten stützten sich unmittelbar auf ein Gedicht des völkisch-rassistischen Publizisten Dietrich Eckart, der die Zeitschrift „Auf gut deutsch“ herausgab, erster Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ war und den noch unbekannten Adolf Hitler mit allen verfügbaren Mitteln förderte. Sein so genanntes Sturmlied war 1919 entstanden und richtete sich gegen Revolution und Republik:

„Sturm, Sturm, Sturm
Läutet die Glocken von Turm zu Turm,
Läutet die Männer, die Greise, die Buben,
Läutet die Schläfen aus ihren Stuben,
Läutet die Mütter hinweg von den Wiegen,
Dröhnen soll sie, und gellen die Luft,
Rasen im Donner der Rache
Läutet die Toten aus ihrer Gruft,
Deutschland, erwache!

Erstmalig benannte Adolf Hitler so eine seiner unzähligen Reden am 8. April 1921. Es war gewiss keinem Zufall geschuldet, dass nach überstandener Parteikrise, in der es neben Hitlers Führungsanspruch um die Durchsetzung einer auf Gewalt und Terror orientierenden Taktik der Partei ging, das Gedicht am 11. August 1921 erneut im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht wurde. Zwei Jahre darauf fügte Eckart dem Gedicht noch eine Strophe hinzu. Nirgendwo konnte der Slogan indessen besser angebracht werden als auf den Standarten der Sturmabteilungen (SA), jener terroristischen Verbände der NSDAP, von denen die ersten vier auf ihrem Reichsparteitag am 26. Januar 1923 „geweiht“ wurden. Auf Hitlers Anordnung hin verbanden die Gestalter aller weiteren Parteitage die Weihe neuer Standarten mit diesem „Sturmlied“. Ihnen schien es in besonderer Weise geeignet zu sein, sowohl Angst und Schrecken vor den Schlägergardien zu verbreiten als auch mobilisierende Furcht vor allen Gegnern zu schüren, die als Feinde apostrophiert wurden und viele Namen tragen konnten. Diese sollten für alle ökonomischen, sozialen und politischen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, die Menschen in Deutschland zu erleiden hatten. Wo eigentlich Erkenntnis

und Suche nach einer sinnvollen Alternative erforderlich waren, ging es den Faschisten lediglich ums Dreinschlagen. Nachdenklichkeit oder gar eigenständiges Fragen waren unerwünscht. Die Führung der NSDAP benötigte einen willfährigen, fügsamen und jede Unbotmäßigkeit vermeidenden Anhang. Das schließlich am 30. Januar 1933 „erwachte“ Deutschland schrie dann folgerichtig *Führer befehl, wir folgen dir*.

Das rassistische Grundanliegen im nationalsozialistischen Gebrauch der Formel *Deutschland erwake* war zuvor mitunter abseits vom großen Getümmel aufgetaucht, beispielsweise als sich unter dieser Parole der von Alfred Rosenberg geschaffene und geleitete „Kampfbund für deutsche Kultur“ am Pfingstsonntag des Jahres 1931 in Potsdam versammelt hatte. In ihren Vorträgen erhellten an diesem 24. Mai Hermann Göring und Alfred Rosenberg, was mit dem Schlachtruf gemeint war: Ersterer redete zum Thema „Wehrwille sichert Kultur“ und letzterer zu „Blut und Ehre“. Beide verdeutlichten, wogegen sich das „erwachende“ Deutschland zu richten habe und wozu ein „erwachtes“ Volk sich verstehen sollte. In diesem Sinne verkündete das Sammelbecken rechtsextremer Intellektueller, „rassefremdes Literatentum, verbündet mit den Abfällen der Großstädte“ sowie „auf allen kulturellen Gebieten das entwurzelt Internationale“ bekämpfen zu wollen. Weiter wurde bar jeden Beweises behauptet, alle Kultur der Welt sei von den Germanen erzeugt worden; hätten sich die „aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens, Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer“ durchsetzen können, wäre „der die Erde umgestaltende Genius des das Weltall erforschenden nordisch bedingten Menschen“ für ewig verloren gegangen. Die nordische Rasse habe alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen, doch diese seien überall und stets durch die jüdische Gegenrasse bedroht. „Juda“ habe schon Hellas zerstört und zu Rom umgewandelt, und von Rom aus werde noch immer die jüdisch-orientalisch geprägte Lehre des Christentums verbreitet. Ihre Werte wie Mitleid und Liebe hätten den germanischen Höchstwert der Ehre zersetzt.⁷ Die unüberhörbaren Schlussfolgerungen lauteten: Über alles in der Welt müsse die Ehre der deutschen Nation gestellt werden, da sie ein Ausdruck eines ursprünglichen nordisch-germanischen Wesens und Wissens sei. Daher müssten die Deutschen in den Ariern ein auserwähltes Herrenvolk sehen, die Juden erbarmungslos hassen, Humanismus und Demokratie verachten, Macht und Gewalt verherrlichen. Ein „Markstein der ... ewigen Deutschheit“ – so ist Rosenbergs Buch stolz von unkritischen Bewunderern genannt worden ...

Marksteine einer erwachenden herrschsüchtigen Deutschtümelei setzte bereits Wilhelm Frick, als er 1930/31 der Regierung des Landes Thüringen vorstand. Auf sein Betreiben hatten Schüler vor Unterrichtsbeginn rassistisch-nationalistische Gebete zu sprechen. Der Erlass vom 10. April 1930, der nach Einspruch der Reichsregierung in einigen Punkten revidiert werden musste, bezeichnete die Schulgebete als wertvollen Bestandteil christlicher Erziehung. Erklärtermaßen wollte Frick der thüringischen Jugend das Beten „auf deutsche Art“ beibringen und frühzeitig ihren „Wehrwillen“ wecken. In hasserfüllter, Manier war getextet worden:

„Vater, in Deiner allmächtigen Hand
Steht unser Volk und Vaterland.
Du warst der Ahnen Stärke und Ehr,
Bist unsre ständige Waffe und Wehr.
Dum mache uns frei von Betrug und Verrat,
Mache uns stark zu befreiender Tat,
Schenk uns des Heilands heldischen Mut.
Ehre und Freiheit sei höchstes Gut!
Unser Gelübde und Losung stets sei:
Deutschland erwake!
Herr mach uns frei. Das walte Gott!“

In der letzten Ausgabe seiner Zeitschrift „Die Fackel“ schrieb der österreichische Publizist Karl Kraus, der vier Jahrzehnte um humanistischen Geist, Kultur und Menschlichkeit gestritten hatte:

⁷ Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts, München 1930, passim.

„Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“ Und prophetisch setzte er 1934 hinzu: „Die schwarze Masse jener eigentlichen Wertvernichtung, zu der nun einmal das neudeutsche Leben aufgewacht ist, wird sich austoben.“⁸

Das Schlagwort *Deutschland erwache* und die Häufigkeit seiner Verwendung veranlassten Antifaschisten, es sogar als Titel eigener kritischer Darstellungen zu wählen. Ihn benutzte der Publizist und Schriftsteller Ernst Ottwalt, der 1932 die erste und heute noch lesenswerte Geschichte des Nationalsozialismus veröffentlichte. Erich Weinert verfasste nach dem Reichstagsbrand ein Gedicht, das diesen mit dem brennenden Rom unter Kaiser Nero verglich und parodierte „Rom erwache“. Nach der Befreiung verwandte ihn Erwin Leiser für einen bemerkenswerten Dokumentarfilm über die Propaganda des so genannten Dritten Reiches. Die neuen rechtsextremistischen Organisationen, die gegenwärtig Deutschland mit ihrem Marschtritt und mit dem Gebrüll nationalistischen Parolen überziehen, verwenden es nicht – möglicherweise: noch nicht ...

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 2. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 299-306.

⁸ Zit. nach Werner Welzig: Wörterbuch der Redensarten zu der von Karl Kraus herausgegebenen Zeitschrift Die Fackel, Wien 1999, S. 214. Es ist nicht bekannt, ob Kraus auch das Gedicht „Die scheintote Prinzessin“ von Erich Kastner gekannt hat. Hierin wurden die Nationalsozialisten mit Lakaien verglichen. Es schließt mit den Zeilen „Ihr seid Lakai’n. Ihr bleibt Lakai’n./Ihr seid es. Und ihr wollt es sein./Es ist nicht eure Sache zu schrein: ‚Deutschland erwache!‘/Wenn ihr ruft, schläft es ein!“

Alle Macht den Räten

Über Parteigrenzen hinweg entfaltete sich am Ende des Jahres 1918, noch stärker dann im folgenden Frühjahr, in der deutschen Arbeiterschaft und unter den kriegsmüden Massen eine breite, auf Veränderungen drängende sowie Mitbestimmung und Sozialisierung der Schlüsselindustrien fordernde Bewegung. Die überall und zum größten Teil spontan entstehenden Arbeiter- und Soldatenräte waren ihr Ergebnis und zugleich ihre Träger. Ihnen alle Macht zu übertragen, verlangten die radikalsten unter ihnen sowie die während der Novemberrevolution aus dem Spartakusbund entstandene Kommunistische Partei. Deren Führer orientierten sich an den Revolutionen in Russland, insbesondere an Lenins erstmalig im April 1917 gegen die dortige Doppelherrschaft gerichtete und im darauf folgenden Oktober offiziell proklamierte Parole „Alle Macht den Sowjets“.

Der Gedanke, Räte sollten anstatt der Monarchen oder bürgerlicher Regierungen herrschen, existierte bereits zuvor. In der sich während des 19. Jahrhunderts formierenden und entfaltenden Arbeiterbewegung aller Länder spielte der Rätegedanke eine große Rolle. Die Erhebung des „dritten Standes“ zur Nationalversammlung in der Französischen Revolution von 1789 bot dafür das geschichtliche Beispiel. Die Erinnerung an Vorgänge, die zur Durchsetzung bürgerlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse geführt hatten, nährte vielfach Hoffnungen von Arbeitern, ihre in den Betrieben gewählten Interessenvertretungen könnten erreichen, was ihnen halbabsolutistische Regime verweigerten und auch die Regenten bürgerlich-parlamentarisch verfasster Staaten mehr oder weniger vorenthielten.

Erstmals hatte in der Pariser Kommune von 1871 ein Rat die Regierungsgewalt übernommen. Ihm gehörten 30 Arbeiter und 34 Handwerker, Angestellte und Intellektuelle sowie zunächst auch 20 Vertreter bourgeoiser Interessen an. Er betrachtete sich gleichzeitig als beschließendes und als ausführendes Organ des Volkes von Paris. Im Verständnis von Karl Marx verkörperte der „Rat der Kommune“ jene politische Form, unter der sich die Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen könne. Ganz in diesem Sinne tauchten Räte dann erneut in der russischen Revolution von 1905/07 auf, die sowohl die Einrichtung einer konstitutionellen Versammlung als auch die Einführung des Achtstundentages verlangten. Der Rätegedanke stellte seitdem den Kern der marxistischen Staatstheorie dar, tauchte aber nur noch formell in den die tatsächlich betriebene Politik Lenins und Stalins stützenden Theoriekonstrukten späterer Jahrzehnte auf.

In Deutschland schufen sich Arbeiter vor allem während des Ersten Weltkrieges eigenständige Komitees, zumeist Streikleitungen oder Verhandlungskommissionen. Berliner Metallarbeiter wählten „revolutionäre Obleute“, die später von vielen Sozialdemokraten und Kommunisten als „Keimzelle“ der Räte bezeichnet wurden. Häufig wurde in diesen Gremien improvisiert, fehlten doch Organisationserfahrungen und klare Vorstellungen. Dennoch spiegelte sich in ihrer Tätigkeit der Wille wider, nach neuen Organisationsformen von Interessenvertretung und staatlichen Lenkungsorganen zu suchen. Viele Arbeiter sahen ihre Forderungen sowohl von der Sozialdemokratischen Partei als auch von den Gewerkschaften nur unzulänglich vertreten. In Entstehung, Existenz und revolutionärer Wirksamkeit der Räte kamen neben der Unzufriedenheit breiter Massen mit den bestehenden Verhältnissen auch ein tief verwurzeltes Bedürfnis nach Selbstorganisation zum Vorschein. Die Räteidee gewann im Verlauf des Krieges zunehmend an Einfluss, insbesondere als die im September und Oktober 1918 eingeleiteten Reformen zwar Parlamentarisierung und Demokratisierung der Verhältnisse versprachen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen vorsahen, diese jedoch weder die sozialen Strukturen der deutschen Gesellschaft veränderten noch die Macht des kaiserlichen Regimes und seiner militärischen Führung wesentlich beschränkten.

In den ersten Tagen des Novembers 1918 standen Räte an der Spitze gewaltiger Aktionen, die sich u. a. gegen den unsinnigen Befehl zum nochmaligen Auslaufen der Hochseeflotte richteten und rasch zum Sturz der Wittelsbacher Monarchie in Bayern und anderer Dynastien führten. In einigen Industriegebieten und Städten Deutschlands übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte faktisch die Macht. Überall fungierten sie als Kampforgane oder, wo es zu Verhandlungen mit den militärischen und zivilen Behörden kam, als Verhandlungskommissionen, deren Wort nicht überhört werden

durfte. Zugleich formierten auch andere soziale Gruppen neue Organisationen und Gremien, die sich ebenfalls als „Räte“ bezeichneten; da tauchten während der Revolution Bauernräte ebenso auf wie Angestelltenräte. Mitunter wählten auch Intellektuelle oder Beamte einen ihnen offensichtlich zeitgemäß erscheinenden Namen.

Im Vordergrund des Geschehens standen indessen die Arbeiter- und Soldatenräte. Zusammenfassung und Zuspitzung zugleich fanden deren unmittelbare Vorstellungen darüber, wie neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen wären und wie diese beschaffen sein könnten, in der Bestimmung der nächsten Kampfziele durch die Spartakusgruppe, für die Karl Liebknecht ein Flugblatt formulierte, das noch am 9. November 1918 verbreitet worden ist. Darin hieß es: „Arbeiter und Soldaten! Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillen Tagen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen. Arbeiter und Soldaten! ... Nun beweist, dass ihr stark seid, nun zeigt, dass ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen.“ Im Einzelnen besagten die Forderungen: „1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen. 2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien. 3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen. 4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten. 5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte. 6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.“¹

Wie stark die alten Eliten und wie die Führungen sozialdemokratischer Organisationen Forderungen dieser Art fürchteten und gleichzeitig auf Existenz der Räte und deren Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung taktierende Rücksicht nahmen, zeigte sich besonders deutlich am 9. und 10. November in Berlin. Die neue, von dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert geführte Regierung war noch von der alten eingesetzt worden, gab sich selbst jedoch den Namen „Rat der Volksbeauftragten“ und ließ sich zudem von einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte legitimieren. Ebert kritisierte zudem die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann als voreilig; erst ein neu zu wählendes parlamentarisches Gremium habe derartige Entscheidungen zu treffen. Damit waren bereits die Legitimität der Revolution und ihr Anspruch auf Schaffung neuer Rechtmäßigkeit in Frage gestellt. Grundsätzlich war damit der Forderung *Alle Macht den Räten* widersprochen worden. Das sich in und nach der Novemberrevolution herausbildende bürgerlich-parlamentarische System der Weimarer Republik verweigerte den Räten nicht nur, in entscheidenden Fragen Macht auszuüben, es schränkte schließlich deren Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr ein und bürgerliche Parteien versuchten immer wieder, die ursprüngliche Räteidee zu einer Farce geraten zu lassen.

Dieser Entwicklung kam entgegen, dass es den meisten Arbeitern und Soldatenräten selbst während der Revolution von 1918/19 kaum um sehr weit reichende und den Räten alle Macht sichernde Zielsetzungen gegangen war. In ihrem Visier befand sich nicht alle Macht, allenfalls eine „halbe“ und geteilte Macht. Ein gewisses Maß an Machtbeteiligung und das Recht auf Mitbestimmung schien ihnen das erstrebenswerte und das einzig mögliche Ziel zu sein. Zunächst hatte der in Berlin geschaffene Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte – von Dezember 1918 bis zu seiner Auflösung im November 1919 nannte er sich „Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik“ – durchaus das revolutionäre exekutive und legislative Recht in Anspruch genommen und sich als das höchste Kontrollorgan aller Behörden betrachtet. Er beschloss: „Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrag des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörde Folge zu leisten.“² In der Praxis erwies sich jedoch, dass so die Macht des alten Staatsapparates nicht zu überwinden war. Trotz vorübergehender Ohnmächtigkeit blieb dieser weitgehend intakt und sahen sich die alten Eliten in die Lage versetzt, „die Zügel ... aus

¹ Zit. nach Karl Liebknecht. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1952, S. 466 f.

² Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 359.

der Verborgenheit zu lenken“.³ Mehr und mehr begnügten sich der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel damit, die zivilen und militärischen Behörden zu kontrollieren, ohne in überkommene Strukturen einzugreifen oder diese gar zu verändern. Sozialdemokratische Führer entschieden sich sogar zu einer Politik der „Konfrontation mit der Massenbewegung, selbst um den Preis des Bündnisses mit dem alten Offizierskorps“⁴ und der zu erwartenden Instabilität demokratischer Verhältnisse in der Weimarer Republik.

Der schrittweise Aufbau eines neuartigen, die Räteidee mehr und mehr negierenden politischen Herrschaftssystems wurde endgültig möglich, als die Mehrheit der Delegierten des Ersten Reichsrätekongresses (16.-21. Dezember 1918) entschied, Wahlen zu einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung durchzuführen. Von da an richtete sich die weitere Entwicklung nicht allein gegen die Forderung *Alle Macht den Räten*, sondern generell gegen die Räteidee.⁵ Von einer revolutionären Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse konnte keine Rede mehr sein, obgleich die Rätebewegung – angesichts der erkennbaren Wiederbelebung konterrevolutionärer Tendenzen – im Frühjahr 1919 noch einmal erstarkte, sich radikalisierte und im Ringen um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien einen weiteren Höhepunkt erlebte. Was erreicht werden konnte, schlug sich im Artikel 165 der Weimarer Verfassung nieder, welcher Arbeitern und Angestellten zugestand, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Das darauf aufbauende, 1920 vom Reichstag beschlossene Betriebsrätegesetz sah demgegenüber bereits gewichtige Einschränkungen vor. Jegliches darüber hinausreichende Bemühen wurde von den Regierenden und den mit ihnen verbündeten Militärs mit brutaler Waffengewalt zerschlagen. In dieser Weise antwortete auch das von dem Sozialdemokraten Gustav Bauer geleitete Kabinett auf die große friedliche Protestaktion, zu der die Zentrale der Betriebsräte Deutschlands, die USPD und die KPD aufgerufen hatten und die am 13. Januar 1920 vor dem Reichstagsgebäude stattfand. Die Demonstranten hatten ein volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den wirtschaftlichen Unternehmen Deutschlands verlangt, um den gesetzlich zu fixierenden Regelungen von vornherein Realisierungschancen sichern zu können. Das Ergebnis: Vor dem Wallotbau, geziert von der Inschrift „Dem deutschen Volke“, lagen 42 Tote und 105 Verletzte in ihrem Blut.

Rätemacht – das galt in den folgenden Jahren einer breiten antikommunistisch und antisowjetisch orientierten Öffentlichkeit stets als Synonym sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. *Alle Macht den Räten* – diese Forderung wurde in der Weimarer Republik jedoch nur noch von einer Minderheit der deutschen Arbeiterbewegung vertreten. Selbst in der KPD, die in den bestehenden Betriebsräten Einfluss zu gewinnen trachtete oder, wo dies nicht gelang, neue und eigenständige „revolutionäre Betriebsräte“ schaffen wollte, blieb die strategieorientierte Verwendung der Parole umstritten. Als die Parteiführung unter dem Einfluss stalinistischer Entwicklungen in der UdSSR und in der Kommunistischen Internationale seit dem Ende der zwanziger Jahre forderte, eine neue und sich gegen Faschismus und „Sozialfaschismus“ richtende Revolution müsse ein „Sowjet“-Deutschland zum Ziel haben⁶, war sie in völliger Verkennung der Situation faktisch zu der in den Revolutionen von 1917 und 1918 vertretenen Losung zurückgekehrt.

³ Wilhelm Groener. Lebenserinnerungen. Hrsg. v. F. Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 476.

⁴ Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution von 1918/19, Wuppertal 1975, S. 10.

⁵ Demgegenüber beschloss allerdings der Reichsrätekongress die Volksbeauftragten anzuweisen, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“. Ferner sollten sie die militärische Kommandogewalt (unter der Kontrolle des Vollzugsrates) selbst übernehmen und für die „Zertrümmerung des Militarismus“ und die „Abschaffung des Kadavergehorsams“ sorgen. Offenbar existierte in der starken demokratisch-sozialistischen Massenbewegung jener Wochen ein parteiübergreifender Konsens über eine strukturelle Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft. Die dafür notwendigen Maßnahmen sollten nicht der kommenden Nationalversammlung überlassen, sondern bereits jetzt von den mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Volksbeauftragten getroffen werden.

⁶ Dazu schrieb Erich Mühsam 1930 in einem „Alle Macht den Räten“ betitelten Aufsatz: „Die Losung ‚Alle Macht den Räten‘, unter der die russische Revolution 1917 ihren Oktobersieg errang, erwies sich als so erschöpfender

Bislang konnte sich in der Geschichte noch kein allein auf dem Gedanken *Alle Macht den Räten* beruhendes Regierungssystem durchsetzen. Alle Versuche scheiterten, auch weil ihnen nirgendwo eine Chance gegeben wurde, aus sich selbst heraus überbetriebliche und überörtliche Entscheidungszentren hervorzubringen. Und dennoch: die Idee lebte fort, mit Hilfe von Arbeiterräten eine andere und bessere Gesellschaft zu erreichen. Immer wieder griffen einzelne Organisationen und Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung auf sie zurück.

So entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien Arbeiterselbstverwaltungsorgane, mit deren Hilfe die Räteidee während mehrerer Jahrzehnte umgesetzt und das gesellschaftliche Eigentum von den „unmittelbaren Produzenten“ verwaltet wurde. Zumindest zeigte sich hier, dass eine mit der Räteidee verknüpfte Demokratisierung der Wirtschaft nicht die allenthalben prophezeite Leistungsunfähigkeit zur Folge haben muss. Vereinzelt unternahmen auch Arbeiter in den westlichen Ländern Versuche, Modelle einer Rätedemokratie zu entwickeln. Große Aufmerksamkeit fanden z. B. 1973 Bestrebungen französischer Arbeiter, die über Monate hinweg die Uhrenfabrik in Besançon besetzt hielten, die Produktion und den Verkauf der hergestellten Uhren selbst organisierten und ohne Vorgesetzte arbeiteten.⁷

Hingegen erschienen im Krisenjahr 1956 in den sozialistischen Ländern Polen und Ungarn neue Arbeiterräte, welche traditionelle Formen des Kampfes nun gegen stalinistisch Herrschende anwendeten und damit jenem Beispiel folgten, das Kronstädter Matrosen bereits im März 1921 geboten hatten, als sie sich gegen die Diktatur der bolschewistischen Partei erhoben. In gewisser Weise wäre auch daran zu erinnern, dass am Ende der DDR den Räten durchaus vergleichbare „Runde Tische“ nach grundlegenden systemstabilisierenden Veränderungen eines doch nicht mehr reformierbaren realsozialistischen Staates suchten.⁸

In der heutigen Welt scheint die Vorstellung weitgehend illusorisch, Räten alle Macht erkämpfen zu wollen. Dennoch: So lange notwendigerweise eine Alternative zur Organisation bestehender, zudem die Existenz der Menschheit gefährdender Gesellschaften zu suchen ist, wird wohl auch immer wieder einmal an den Rätegedanken erinnert werden. Anziehungskraft könnte er vor allem dort gewinnen, wo die Masse der Bevölkerung von jeglicher Mitbestimmung und erst recht vom Menschenrecht auf Selbstbestimmung ausgeschlossen ist. Stets sind es die Verhältnisse selbst, welche das Suchen nach einer lebenswürdigen Alternative zum Bestehenden hervorbringen. In der 1994 erschienenen Festschrift für den sozialdemokratischen Politiker Peter von Oertzen hat einer der Autoren Entscheidungsfragen der Zukunft beschrieben: „Entweder wachsende Konflikte, wachsende Ungleichheit, wachsender Egoismus, wachsende kurzsichtige ‚Realpolitik‘. Dann gehen wir an der wachsenden Explosivität der Konflikte zugrunde. Oder wachsende Selbstständigkeit, wachsendes Aufbegehren, wachsende Fähigkeiten der Menschen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, wachsende Gleichheit, wachsende Solidarität ohne Grenzen.“⁹

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Leipzig 2002, S. 238-245.

Ausdruck des wahren Willens der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in allen Ländern, dass auch die verschiedensten Autoritären, die Bolschewiken, sie aufnahmen, da sie sonst einfach den Anschluss an die Massen verpasst und keine Gelegenheit gefunden hätten, sich nach dem Siege der Revolution zu demaskieren. Sie waren, wie es den Menschewiken erging, schon vorher als Staatssozialisten erkannt und zu keiner Teilnahme an der Neuordnung der Verhältnisse zugelassen worden. Nachdem die Dinge in Russland nun leider den Verlauf genommen haben, den jede jacobinische Revolutionsverfälschung nehmen muss von einer Massenerhebung über Klüngeldiktatur und Direktorium zum Bonapartismus – der gegenwärtige Zustand entspricht einer Zwischenstation zwischen Robespierre und Barras, aber die Konturen des Konsulates überschatten schon den Hintergrund –, zwingt die lärmende Anpreisung eines ‚Sowjet-Deutschland‘, das dem Vorbild des heutigen Russland genau nachgeahmt werden soll, zur klarsten Herausstellung des Gegensatzes zwischen einem Sowjetstaat und einer Räterepublik.“

⁷ Siehe Monique Pitou: Anders leben. Chronik eines Arbeitskampfes: LIP, Besançon, Frankfurt a. M. 1976.

⁸ Siehe André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht. Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998.

⁹ Ernest Mandel: Alle Macht den Räten. Bekenntnis eines notorisch-unbeirraren Linken. In: Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt. Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen. Hrsg. v. Karin Benz-Overhage, Wolfgang Jüttner und Horst Peter, Köln 1994, S. 25 f.

Eröffnungsansprache

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Es ist gewiss dem großen Interesse an der Erforschung und Darstellung historischer und kultureller Beziehungen Thüringens zu Osteuropa geschuldet, das uns heute zum wiederholten Male zu einer Tagung zusammenführt. Das Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft und die Thüringer Freundschaftsgesellschaft sind froh, dazu erneut gemeinsam eingeladen zu haben, froh auch über die Tatsache, dass es ja bereits eine beachtliche Zahl von Veranstaltungen und Publikationen unserer Vereine gibt, die sich mit osteuropäischer Geschichte und Kultur in den letzten beiden Jahrhunderten sowie mit Themen analog dem heutigen befasst haben.

Im Namen beider Vereine darf ich Sie alle recht herzlich willkommen heißen. Unsere besten Wünsche und Hoffnungen auf ertragreiche Debatten sollen sie begleiten. Das Programm ist recht umfangreich und inhaltlich breit gefächert. Schwierige Problemfelder bleiben nicht ausgespart. Für die politische Bildungsarbeit, die wir verantwortungsvoll, sachlich und kritisch zu leisten uns vorgenommen haben, sind länderübergreifende Themen sowie Beziehungsgeschichte zwischen Völkern und zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität stets von besonderem Reiz, noch dazu, wenn es um einander berührende Komplexe der deutschen Geschichte – widergespiegelt in der Historie thüringischer Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten – und osteuropäischer Geschichte und Kultur geht. Die Behandlung solcher teils zeitlos gültiger Themen verspricht immer geistigen Gewinn, sei es durch neue Forschungsergebnisse, sei es in Gestalt neuer Fragestellungen oder auch durch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Meinungen. Wir würden uns sehr freuen, könnte von alledem in den vor uns liegenden Stunden etwas zu erleben sein.

Weimar und der Osten. Historische und kulturelle Beziehungen des Thüringer Raumes zu Osteuropa (II), Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2002, S. 9-10.

Die H-Frage

Kaum hatte das neue Jahr begonnen, da kam es ans Licht: Seit langem war in den Büros der Regierenden und der großen Parteien überlegt worden, wie die Verfassung der Weimarer Republik am besten ausgehebelt werden könnte. Diese schrieb vor, alle sieben Jahre sei der Reichspräsident vom Volk zu wählen. 1925 war der monarchistisch gesinnte Feldmarschall Hindenburg 78-jährig ins Amt gelangt. Jetzt standen Neuwahlen an. Manche hofften, ihn erfolgreich beerben zu können, andere spekulierten mit der Möglichkeit, die Reichspräsidentschaft Hindenburgs „auf Lebenszeit“ zu verlängern. Dazu hätte der Artikel 141 der Verfassung vom Reichstag aufgehoben werden müssen.

Solches zu Stande zu bringen war das Anliegen Brünnings. Mit unendlicher Geduld verhandelte er hinter den Kulissen. Nur mit Hindenburg erschien ihm der eigene Kanzlerstuhl stabil; erst im Mai sollte er das Gegenteil erkennen, als ihm der dann wiedergewählte Reichspräsident diesen ohne Pardon vor die Tür stellte. Brüning schien das nicht bedacht zu haben. Für ihn kam keine Alternative zu H. in Frage. Und Hindenburg selbst? Er fand sich dazu bereit, im Amt zu bleiben, nur dürfe nicht der Anschein erweckt werden, „als werde ein Kuhhandel“ versucht.

Anfang Januar 1932 baten der Kanzler und der Reichswehrminister Groener den NSDAP-Chef zum Gespräch. Hitler für den Plan gewinnen zu wollen, konnte nur bedeuten, die Nazis weiter aufzuwerten, ja sogar ins Regierungs-Boot holen zu wollen. Ein Kanzler – verpflichtet zum Schutz der Republik – verhandelte mit erklärten Feinden der Republik: begründet mit dem Argument, innere Auseinandersetzungen würden dem außenpolitischen Kurs des Reiches zur Lösung der Reparationsfrage schaden. Die Nazis schlugen politisches Kapital aus den Verhandlungen. Brünnings auf den amtierenden Präsidenten bezogene „H-Frage“ geriet für die Deutschen nun noch mehr zu einer anders lautenden „H-Frage“. Erwartet konnte werden, dass auch Hitler sich als Kandidat für das Reichspräsidentenamt präsentiert.

War es ein Zufall, dass in dieser Situation der Düsseldorfer Industrieklub dem Spitzenmann der NSDAP Gelegenheit bot, am 26. Januar vor seinen Mitgliedern und Gästen aus dem Industriegebiet an Rhein und Ruhr zu referieren? Hier redete dieser Klartext: Nicht die Demokratie, sondern ein diktatorisch geführter Staat sei sein Ziel, das Volk sei in eine „Schule eiserner Disziplin“ zu nehmen. Am Ende bedankte sich Fritz Thyssen sehr erfreut und rief in die erlauchte Runde: „Heil, Herr Hitler!“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Januar 2002, S. 21.

Wir ehren Menschen, keine Idole

Gedanken zu einem Buch der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

Verstorbener Sozialisten zu gedenken und sie zu ehren – das heißt zugleich, uns Heutige selbst befragen zu wollen. In diesem Sinne bereiteten wir das Buch „Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen“ vor, das im vergangenen Jahr erschien. In den einzelnen Porträts begegnen uns Menschen, nicht blasse Idole, vergötzte Helden, leblose Abbilder. Oftmals lassen sich in einer Person alle Seiten des geschichtlichen Wirkens von Sozialisten erkennen: Klarsicht ebenso wie Fehltrite, Urteilskraft wie Irrtum, Tatwille wie Versagen. Uns begegnen in den Porträts Sozialisten unterschiedlichster Parteizugehörigkeit, auch gewerkschaftlich gebundene, parteilose oder religiöse Sozialisten. Was sie erinnernswert macht, spiegelt sich in einigen Kriterien wider, von denen sich Herausgeber und Autoren leiten ließen.

Einsatz für soziale Gerechtigkeit

Wir hielten *erstens* Menschen einer biographischen Skizze für würdig, die den Unzulänglichkeiten der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse trotzen und sich insbesondere für die Beseitigung sozialer Not und für die Verbesserung aller Lebensbedingungen der unter kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen benachteiligten werktätigen Menschen einsetzten. Alle der 66 Persönlichkeiten, die wir erfassten, beklagten Armut, Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur, sie wehrten sich entschieden gegen die Folgen kapitalistischer Konkurrenz- und Profitwirtschaft für Arbeiter und so genannte Lohnabhängige. Empörung und Protest, Ablehnung und Widerspenstigkeit galten den Ungerechtigkeiten ihres alltäglichen Lebens.

Einsatz für ein besseres Leben

Unser Augenmerk galt *zweitens* Persönlichkeiten, deren Hoffen, Sehnen und Kämpfen solchen gesellschaftlichen Verhältnissen galten, in denen die Menschen sich nicht länger den Zwängen der Wirtschaft unterworfen sehen sollten. Ihre Ideale und Ziele führten diese Frauen und Männer zu der Erkenntnis, dass es um grundlegende Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft, notwendigerweise aber auch um deren Überwindung gehen muss. Sie erkannten, dass im Interesse einer grundsätzlich anderen, dauerhaft die sozialen Interessen der Arbeiterschaft berücksichtigenden Politik wesentliche Einschränkungen und Veränderungen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse zu verlangen sind. Für ihren Traum von einer anderen, einer besseren Welt waren sie bereit, aktiv einzustehen, und dies selbst unter Bedingungen, die sie in die Position einer absoluten Minderheit in der Gesellschaft zwangen.

Manche von ihnen gingen dafür sogar in den Tod, einige tragischerweise auch als Opfer eigener Parteien. Bessere Verhältnisse wollten manche eher auf evolutionärem, andere auf revolutionärem Wege oder auf einem „dritten“ Wege erreichen. Unterschiedliche Bezeichnungen verwiesen auf Differenzen in taktischen Fragen, mehr noch in den gesetzten Zielen. Die einen nannten sich Kommunisten oder Sozialdemokraten, religiöse Sozialisten oder Anarchisten, Syndikalisten oder sonst wie.

Einsatz gegen Faschismus und Krieg

Unser Buch befasst sich mit Menschen, die *drittens* nationalistischen Großmachtansprüchen, friedensbedrohendem Militarismus, schändlichem Rassismus und allen Varianten des Faschismus konsequent die Gefolgschaft verweigerten. Sie trachteten danach, Kriege zu verhindern, ja diese als menschenfeindlichste Erscheinung generell aus dem Leben der Menschheit zu verbannen.

Gerade in dieser Hinsicht fühlten sich die meisten von ihnen solchen sozialistischen Idealen verpflichtet, deren gedanklicher Bezug auf die Ideale der großen bürgerlichen Revolutionen unverkennbar war. Die begeisterte Losung „liberté – égalité – fraternité“ französischer Revolutionäre am Ende des 18. Jahrhunderts erschien ihnen zu ihren Lebzeiten als nicht verwirklicht, ja sogar als aufgegeben und widerrufen durch die Mächtigen des Kapitals und der Politik.

Wie sich der dritte Stand damals gegen den Adel und die Kirche zur Nationalversammlung erhoben hatte, um überkommene Standesprivilegien abzuschaffen, wollten sie als Gleichberechtigte in der Gesellschaft gelten, der Demokratie zum tatsächlichen Durchbruch verhelfen oder z. B. den von ihnen in der Novemberrevolution von 1918/19 gewählten Räten alle Macht übertragen wissen. Sozialismus verstanden sie als tatsächliche Herrschaft des Volkes, als eine Ausübung und Handhabung von Macht durch Gleichberechtigte und als gleichrangig anerkannt. Sie erstrebten anstelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Es gehört zur Tragik ihrer Geschichte, dass sie sich über den Weg dorthin stritten und zerstritten, und dies gerade auch in Situationen, in denen sich – wie am Ende des Ersten Weltkrieges und in der Novemberrevolution – Chancen auftaten und erste Erfolge errungen werden konnten.

Einsatz für Rechte von Minderheiten

Aufgenommen in unser Buch haben wir *viertens* jene Persönlichkeiten, deren Streben darüber hinaus dem gemeinsamen Wirken von Arbeiterorganisationen galt, die ein positives Verhältnis zu anderen antikapitalistischen bzw. kapitalismuskritischen Bewegungen, zu antimilitaristischen und pazifistischen Kräften, nicht zuletzt auch zu jenen Organisationen suchten, die jeweils spezielle Interessen verfochten, für die Emanzipation der Frauen oder für die Rechte von Minderheiten eintraten. Für sie war es folgerichtig ein Unding, im potentiellen Partner den größeren, den eigentlichen Feind zu sehen, ihre Kräfte aufzureiben im Kampf untereinander statt gegen den gemeinsamen Gegner. Jeder weiß, wohin die gegenseitigen Verwünschungen als „rot lackierte Faschisten“ oder als „Sozialfaschisten“ geführt haben.

Nutzung parlamentarischer Möglichkeiten

Ferner nahmen wir *fünftens* auch auf, wer parteipolitische und parlamentarische Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur als ein zu nutzendes Mittel, sondern als eine sinnvolle Möglichkeit demokratischer Mitbestimmung und als Weg zu historischem Fortschritt zu betrachten verstand. Sie übersahen dabei nicht deren Grenzen, die beispielsweise im Parteienwesen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich als Tendenzen zunehmender Bürokratisierung und damit verbundener Entdemokratisierung innerparteilicher Strukturen zum Vorschein gekommen waren. Dies berücksichtigend befürworteten demokratisch gesinnte, sich parlamentarisch engagierende und für die Interessen der Massen kämpfende Sozialisten auch das Prinzip innerparteilicher Demokratie und Meinungsfreiheit. Sie betonten immer wieder die Notwendigkeit eines ständigen Gedankenaustausches über jeweilige Ziele und einzuschlagende Wege, um diese mit den Massen und nicht gegen sie zu erreichen. Oftmals brachten sie solche Auffassungen, die heutzutage zum Grundbestandteil demokratisch-sozialistischer Ideale zählen, in Konflikt mit erstarrenden Organisationsstrukturen, mit den sich bürokratisierenden Parteiführungen und Kommunisten mit dem stalinistischen Dogma eines angeblich „demokratischen“ Zentralismus.

Suche nach einem dritten Weg

Schließlich wollten wir *sechstens* auch solche Persönlichkeiten vorstellen, die sich in ihrem Leben und Kämpfen „zwischen die Fronten der großen Parteien gestellt sahen und nach einem „dritten Weg“ suchten. Von ihnen gingen oft wesentliche Impulse aus

für das Erstreben demokratisch-sozialistischer Verhältnisse. Sie waren bereit zu lernen, nicht nur einmal Gelerntes zu wiederholen. Viele zeigten sich fähig, in komplizierten Situationen sich plötzlich verändernder Kräfteverhältnisse, auch in Niederlagen und historischen Wendepunkten Fehler – auch eigene – klar zu erkennen, oftmals sogar klarer als ihre jeweiligen Führungen. Sie versuchten, neuen Erfordernissen produktiv zu begegnen, altes Wissen und neue Erkenntnisse miteinander zu verbinden.

nie wieder! Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e. V. (TVVdN/BdA), 8. Jahrgang, Nr. 1, Mai/Juni 2002, S. 3-4.

Vorwort

Der zweite, abschließende Band von „Schlagwörter und Schlachtrufe“ wurde wie bereits der erste nicht chronologisch angelegt. Der Leser wird dem „Üb’ immer Treu und Redlichkeit“, das 1797 zum ersten Mal vom Glockenspiel des Turmes der Potsdamer Garnisonskirche erklang, ebenso begegnen, wie dem Ruf deutscher Studenten von 1968 „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“, mit dem eine Universitätsreform verlangt wurde. Er mag die Handschrift von Autoren wiedererkennen, die bereits am vorausgegangenen Band beteiligt waren, und die weiterer Verfasser kennen lernen.

Die Zeitspanne seit dem Erscheinen des ersten Bandes reichte für Gespräche von Herausgebern und Autoren mit Lesern an vielen Orten. Sie war aber zu knapp, als dass die vielen Anregungen, die uns zukamen, hätten aufgenommen werden können. Zu ihnen gehören natürlich Hinweise auf Lücken, solche, die wir wissentlich ließen, und andere, auf die wir gestoßen wurden. Zu ihnen zählen Vorschläge, die auf eine Fortsetzung hinauslaufen und unsere Ansicht bestätigen, dass für Nachfolger genügend Platz gelassen ist. Vor allem regten diese Begegnungen zu Erörterungen über das Verhältnis von Sprache und Politik an. Zahlreiche Fragen gab es, deren Beantwortung erst durch weitere und weit greifende Forschungen beantwortet werden könnten, an denen Spezialisten vieler Disziplinen teilnehmen müssten: Waren und sind die Deutschen besonders produktiv bei der Produktion von Schlagwörtern und Schlachtrufen? Welche Zeiten bringen derartige Wortwendungen in besonders bemerkenswerter Zahl hervor? Über welche Stufen werden politische Phrasen zu Schlagwörtern? Lässt sich deren Wirkung im voraus berechnen? Vermögen das Fachleute in jenen „Küchen“, die heute Herausforderungen zu Tun und Lassen, adressiert an große Menschengruppen, herstellen?

Unsere Gespräche bestätigten uns, dass wir zu Überlegungen angeregt und Nachdenklichkeit bewirkt haben, die sich auf jeweils eigene Begegnungen mit politischer Sprache in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur richten. Das war unsere Absicht. Und das wünschen wir uns auch für diesen Band.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker

Berlin /Jena im Juni 2002

„Klaggestan“

Einer Kandidatur Hitlers für das Amt des am 13. März 1932 neu zu wählenden Reichspräsidenten stand sein Status als Staatenloser entgegen. Nur deutsche Staatsbürger konnten gewählt werden. Was also tun? Den einfachsten Weg bot der Paragraph 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913. Danach wurde automatisch eingebürgert, wer eine Anstellung als Staatsbeamter erhielt. Helfer und Helfershelfer standen zwar bereit, doch waren bislang alle ihre Versuche gescheitert, den Chef der NSDAP einzubürgern, der immerhin rechtskräftig wegen seines hochverräterischen Unternehmens vom November 1923 verurteilt worden war. Nun, Anfang Februar 1932, kam Unglaubliches ans Tageslicht. Daraufhin reichte die KPD am 4. Februar im Thüringischen Landtag eine große Anfrage ein „über die auf geheimen Schleichwegen erfolgte Ernennung Hitlers zum Staatsbeamten“. Nazi Wilhelm Frick, der im so genannten grünen Herzen Deutschlands regieren durfte, hatte schon im Frühjahr 1930 versucht, Hitler zum Kunstprofessor in Weimar zu ernennen. Diesem Plan jedoch verweigerte das Kabinett aus Geldmangel die Zustimmung. Als aber im Sommer die Stelle eines Gendarmeriekommissars in Hildburghausen, d. h. des Chefs einer zehnköpfigen Dienststelle, wieder zu besetzen war, schien eine günstige Gelegenheit gekommen. Von deutschnationalen Politikern des Landes ermutigt, ließ Frick im Juni 1930 die Ernennungsurkunde ausfertigen. Vorgesehen war die Besoldungsstufe 4 e, ohne die Verpflichtung zum Dienstantritt. Allen Beteiligten war strengstes Schweigegebot auferlegt. Was man von Gesetzen hielt, wurde auch in formaler Hinsicht deutlich: Landesverordnungen sahen vor, dass bei der Besetzung von Gendarmeriestellen alle Kandidaten Kurse mit abschließender Prüfung vorzuweisen hätten und jeweils nach der besten „dienstlichen“ Bewährung zu fragen sei.

Hitler muss das Gelächter geahnt haben, das sich dann tatsächlich breit machte, als die Nachricht in die Öffentlichkeit geriet. Zwar hatte er eine Empfangsbestätigung unterschrieben, als ihm von Frick die Urkunde am 12. Juli 1930 überreicht worden war, doch wollte er diese nach kurzer Bedenkzeit zerrissen haben, wie er dereinst erklärte.

Mitte Februar 1932 sprang Braunschweigs Innenminister Dietrich Klagges (NSDAP) in die Breche. Hitler sollte nun als außerordentlicher Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an die Technische Hochschule Braunschweig berufen werden. Doch das stieß auf heftigen Widerstand vieler Akademiker und des Landtages. Und wieder wurde ein reiner Verwaltungsweg beschritten: Am 25. Februar 1932 erhielt Hitler von Klagges die Ernennung zum Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt der Stadt Braunschweig und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beauftragt. Befähigungsnachweise spielten wieder keine Rolle, wichtiger waren die rechte Gesinnung.

Der Weg des extremen Feindes der Weimarer Republik in hohe deutsche Staatsämter war damit frei. Er führte über „Klaggestan“, wie Spötter damals meinten ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. Februar 2002, S. 21.

Abrechnung

Am 3. März 1932 veröffentlichte der „Völkische Beobachter“, das Zentralblatt der NSDAP, einen Aufruf: Hitler müsse neuer Reichspräsident und die Herrschaft der „schwarz-roten Novemberparteien“ beendet werden. Wie üblich klangen alle Versprechungen für eine „bessere deutsche Zukunft“ recht vage. Konkretes folgte lediglich dem Satz: „Nun ist die Stunde der Abrechnung gekommen.“

Da sollte abgerechnet werden mit der „volksverräterischen Sozialdemokratie“. Sie betreibe schamlose Bonzenwirtschaft und sei für die wirtschaftliche Krise Deutschlands sowie für 13 Jahre „furchtbarer materieller und seelischer Not“ verantwortlich. „Terror und Unterdrückung“ werde von ihr ausgeübt. Abgerechnet werden müsse auch mit der „jüdischen Pseudodemokratie“. Dieser fehle „jede innere Verbundenheit mit dem deutschen Volke“, und sie lasse eine „vergiftende Presse“ hetzen, um das Volk in einem „Zustand der Zerrissenheit und Schwäche“ ausbeuten zu können. Abrechnung wurde auch dem „scheinheiligen Zentrum“ angedroht. Um volksfremder Ziele willen würde diese Partei konfessionelle Zwietracht säen und „Totengräber des deutschen Volkes“ werden. Abgerechnet werden müsse auch „mit den feigen spießbürgerlichen Geldsack-Patrioten“.

Genug der Zitate. Allein die Ankündigung des NS-Strafgerichtes hätte alle Bedrohten hellhörig und zu anderer Politik bereit machen müssen. Um wissen zu können, dass die NSDAP innenpolitische Friedhofsruhe schaffen und neue Kriege führen wollte, war kein Geheimdienst nötig. Es wäre nur darauf angekommen, den Faschismus als die große Gefahr zu werten, die er dar- und später unter Beweis stellte. Doch im Lager der anderen sprangen weder die proletarischen noch die bürgerlichen Parteien über ihren Schatten. Begrenzte, egoistische Ziele standen für sie im Vordergrund. Die Konservativen boten mit dem Stahlhelm-Aktivisten Duesterberg einen Konkurrenten zu Hindenburg auf. Letzterer wurde auch von der Sozialdemokratie unterstützt, vergeblich darauf hoffend, dass dieser Hitler verhindern werde. Die Kommunisten schworen auf Thälmann. Sie verkündeten zwar eine richtige Parole („Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“), doch war es abenteuerlich zu meinen, die Faschisten nur schlagen zu können, wenn man die SPD schlägt. Zu zögerlich wandte sich das Zentralkomitee der KPD auf seiner Tagung Ende Februar 1932 gegen die These Heinz Neumanns, auf keinen Fall dürfe „die Frage des Hitlerfaschismus über den Kampf gegen die SPD“ gestellt werden.

Beschädigt wurde so von allen der Antifaschismus; zuvörderst von jenen, die in Hitler einen guten Mann sahen und ihn, ihre Führung vorausgesetzt, regieren lassen wollten, aber ebenso von denen, die sich gegenseitig als „Sozialfaschisten“ oder als „rot lackierte Nazis“ beschimpften.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. März 2002, S. 23.

Armer Goethe

Als nach der Novemberrevolution die deutsche Republik aus der Taufe gehoben und ihre Verfassung beschlossen werden sollte, hatten ihre Protagonisten versprochen, den „Geist von Potsdam“ zu überwinden und den „Geist von Weimar“ zur ideellen Basis der Republik zu gestalten. Der 100. Todestag Goethes am 22. März 1932 bot Gelegenheit zu prüfen, was sich hat verwirklichen lassen. Die Bilanz fiel recht mager aus: Die Weimarer Republik befand sich am Vorabend ihres Endes. Sie hatte nur noch wenig mit jenem Geist zu tun, der 13 Jahre zuvor beschworen worden war. Dies musste vor allem am Ort des Geschehens auffallen, denn hier hatte die NSDAP, unterstützt vom konservativen Bildungsbürgertum, stärker als anderswo Fuß fassen können. Ihr Landes-Chef, Fritz Sauckel, behauptete zwar später vor dem Nürnberger Tribunal, ihm wäre „die Förderung des Weimarer Kulturkreises und seiner künstlerischen sowie kulturellen unvergleichlichen Tradition eine heilige Verpflichtung“ gewesen. Doch die Wirklichkeit wies das Gegenteil aus.

Bei ihrer Vorbereitung auf den 100. Todestag Goethes gaben die Nazis eine erhellende Kostprobe ihres so genannten Kulturverständnisses ab. Sie protestierten nachdrücklich gegen die Einladung Thomas Manns, Gerhart Hauptmanns und Walter von Molos zu den von Reichs- und Landesregierung geplanten offiziellen Feiern, die während der Goethe-Woche zwischen dem 20. und 28. März in Weimar stattfinden sollten. Sie auftreten zu lassen, sei eine „Verhöhnung der nationalsozialistischen und nationalen Einwohnerschaft Weimars“. Man müsse es als eine „Verfälschung der Goethe-Überlieferung und seines Erbes“ betrachten, wenn „ausgerechnet Pazifisten und Juden zu der hundertjährigen Goethe-Feier (sic!) als Wortführer auftreten dürfen ...“ In einer Pressekonferenz kündigte Sauckel auch an, es werde auf diesen „einzigen Skandal“ mit der Inszenierung einer „hyperpatriotischen Gegenöffentlichkeit“ reagiert. Zugleich wies er alle Parteimitglieder an, das Parteiabzeichen regelmäßig zu tragen, „damit die zu der Goethe-Woche ankommenden Juden und Judenossen den richtigen Geschmack von Weimar bekommen“.

Der nationalsozialistische Kampfbund für Deutsche Kultur führte eine eigene Veranstaltung durch. Sie sollte den „deutschbewussten Goethe, den volksbewussten Weisen von Weimar“ würdigen. Grundlage dazu bot ein im Münchener Lehmann-Verlag – bekannt für eine Vielzahl völkisch-faschistischer und antisemitischer Publikationen – erschienener „Wegweiser für unsere Tage“. Dessen Titel lautete „Der nationale Goethe“; ein paar Jahre zuvor hatte ein anderer „Literat“, der dem George-Kreis nahestehende Max Kommerell, Goethe lautstark als einen „Führer“ gepriesen. Den Gipfel erreichte jedoch Hans Severus Ziegler, als er im Zusammenhang mit den Weimarer Ehrungen des Dichterfürsten den NSDAP-Führer Hitler als den „souveränsten staats- und kulturpolitischen Kopf seiner Zeit“ charakterisierte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. März 2002, S. 21.

Rapallo und die Macht der Tatsachen

Vor 80 Jahren: Deutschland und Rußland schlossen Frieden

Fast vier Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, am 10. April 1922, wurde in Genua eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz von 34 europäischen Staaten eröffnet. Wie es hieß, sollte der wirtschaftliche Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas verhandelt werden. Für das beginnende Tauziehen um den russischen Markt hatte die britische Regierung das Projekt eines internationalen Finanzkonsortiums ins Gespräch gebracht. Mit seiner Hilfe wollte sie eine Art Wirtschaftskontrolle über Sowjetrußland sowie ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Länder zur „Eindämmung“ des „Bolschewismus“ erreichen. Mit aufwendigem diplomatischen Gerangel bemühten sich Frankreich und England zugleich, die außenpolitische Isolation sowohl Sowjetrußlands als auch Deutschlands aufrechtzuerhalten. Lag es da nicht nahe, daß die Regierungen dieser beiden Länder das Gespräch suchten?

In der Nacht zum 16. April, einem Ostersonntag, fiel eine weltgeschichtlich bedeutsame Entscheidung. Die deutsche Delegation nahm die um zwei Uhr telefonisch übermittelte Einladung der russischen Delegation an. Man traf sich noch in der Nacht, was als „Pyjamasitzung“ in die Geschichte einging. Bei dieser Beratung konnte Ago Frhr. von Maltzan, der kurz zuvor zum Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt ernannt worden war, zunächst Reichskanzler Joseph Wirth und dann auch den immer noch zögernden Außenminister Walther Rathenau von Notwendigkeit und Sinn eines Abkommens mit Sowjetrußland überzeugen. Bereits am Vormittag begannen in dem von Genua 30 Kilometer entfernt liegenden Kurort Rapallo die Verhandlungen. Gegen 19 Uhr unterzeichneten Rathenau und Tschitscherin den Vertrag.

In erster Linie schlossen beide Staaten miteinander Frieden. Der Vertrag bestand aus sechs Artikeln: Sowjetrußland verzichtete auf Kriegsentschädigungen (womit sich Artikel 116 des Versailler Vertrages erledigte, der den Russen das Recht auf Reparationsforderungen eingeräumt hatte), Deutschland auf das Verlangen nach Entschädigungen für die Verstaatlichung deutschen Eigentums in Rußland. Letzteres sollte jedoch nur unter der Voraussetzung gelten, daß Sowjetrußland ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigte. Die Vertragspartner nahmen diplomatische und konsularische Beziehungen auf, gewährten einander die Meistbegünstigung im Handel. Nahezu alle Bestimmungen traten sofort in Kraft, lediglich jene über die „Behandlung der in die Gewalt des anderen Teils geratenen Handelsschiffe“ und über das Meistbegünstigungsrecht sollten erst nach der Ratifikation Gültigkeit erlangen.

Die Nachricht vom Abschluß des Rapallovertrages schlug wie eine Bombe ein. Die in Genua versammelten Mitglieder der Reichsregierung hatten eine Barriere übersprungen. Sie setzten für die internationalen Beziehungen ein neues und sinnvolles Zeichen. Am 18. April übermittelten die westlichen Alliierten dem Reichskanzler eine ungewöhnlich scharf formulierte Note. Man kündigte an, die deutschen Delegierten nicht mehr zu den Verhandlungen zulassen zu wollen, falls der Vertrag nicht rückgängig gemacht würde. Frankreich drohte sogar mit dem Abbruch der Konferenz, fand sich jedoch nach kurzer Frist ebenso wie England und Italien mit der neuen Realität ab.

Was in Rapallo vereinbart worden ist, entsprach in hohem Maße den unmittelbaren Interessen beider Partner. Deutschland wurde erstmals seit 1918 auf diplomatischer Ebene als gleichberechtigter Partner anerkannt. Durch das Abkommen eröffneten sich günstige Perspektiven für Rohstoffimporte aus Sowjetrußland, für die Steigerung der Ausfuhr von Fertigwaren, letztlich auch für die Arbeitsbeschaffung. Mit der Verhinderung einer einheitlichen Front westlicher Länder gegen Sowjetrußland hätte der Vertrag auch einen wichtigen Schritt hin zu friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bedeuten können. Nebenbei: Da in Genua zugleich der aufsehenerregende Vorschlag Tschitscherins abgelehnt wurde, eine allgemeine Herabsetzung der militärischen Rüstungen zu vereinbaren, darf gefragt werden, ob die Fehlentwicklungen des Sozialismus vermeidbar gewesen wären, würde sich dieser generell unter anderen als den tatsächlichen Bedingungen betätigt haben können.

Wie dem auch sei: Damals stieß der Rapallovertrag nicht allein in Rußland, sondern auch in Deutschland auf lebhaft, ja begeisterte Zustimmung. In allen größeren Städten fanden Kundgebun-

gen und Solidaritätsdemonstrationen statt. Unabhängig von ihrer politischen Organisiertheit bekräftigten am 20. April im Berliner Lustgarten 150.000 Menschen ihre Verbundenheit mit Sowjetrußland. In Düsseldorf kamen 40.000 Arbeiter, in Stuttgart und Chemnitz 15.000, in Leipzig 30.000, in Halle 20.000 und in Hamburg 6000 zusammen. Nicht allein Kommunisten, auch republikanische, pazifistische und bürgerlich-demokratische Kräfte würdigten den Vertrag als Ergebnis „der Vernunft und der ehrlichen Verständigung“. Die Zeitschrift Das Tagebuch charakterisierte den Vertrag gar als „epochales Dokument“.

Zwiespältig reagierte die Sozialdemokratie. Zunächst verharmlosten Mitglieder des Parteivorstandes das Abkommen als reinen Wirtschaftsvertrag. Am 20. April veröffentlichte der Vorwärts aber einen Leitartikel, der zwar Befürchtungen erkennen ließ, der Vertrag habe die Verständigung mit den versöhnlichen Kräften des Westens gestört, sich jedoch grundsätzlich für ihn aussprach. Insbesondere setzte Reichspräsident Ebert, der in die letzten Entscheidungen der deutschen Delegation nicht einbezogen worden war, dem Vertrag Widerstand entgegen, ohne sich ihm jedoch letztlich zu verweigern.

Als der Reichstag am 29. und 30. Mai 1922 über Rapallo debattierte, war dem eine eindrucksvolle Rede Wirths vorausgegangen. Der Reichskanzler wandte sich gegen böswillige Verdrehungen und Verleumdungen, gegen die „große Aufregung“, die durch die Welt gegangen und allein durch „das selbständige Handeln Deutschlands“ hervorgerufen worden sei: Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit lese, müsse „gestehen, daß dieser Vertrag ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk ist. Er ist in gewissem Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag. In diesem Friedensvertrag gibt es weder Besiegte, noch gibt es Sieger. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen.“ Drei Wochen später erinnerte Wirth an die Grundsätze Bismarckscher Außenpolitik und an die historische Erfahrung, daß es den Völkern immer gut gegangen sei, solange Rußland und Deutschland einander nicht feindlich waren.

Ein Bündel unterschiedlicher und auch sehr widersprüchlicher Motive ließ die politische Elite Deutschlands fast einmütig das Ergebnis von Rapallo anerkennen. Es entscheide nun einmal „nicht Sympathie oder Antipathie“, schrieb eine bürgerliche Zeitung, „sondern die Macht der Tatsachen“. Keine der bürgerlichen Parteien gab zwar ihre ablehnende Haltung gegenüber der sozialistischen Ordnung in Rußland auf, doch waren ihre Ziele in der damaligen Situation von realpolitischen Einsichten geprägt, nicht zuletzt auch von nationalistischen und gegen Versailles gerichteten revisionistischen Motiven.

Lediglich die rechtesten unter den Konservativen und die sich neu formierenden völkisch-rassistischen Kräfte ließen nichts unversucht, ihre antisowjetische Hetze zu steigern. Krieg gegen Sowjetrußland – das blieb für Militaristen wie Ludendorff u. a. m. die einzige Denkmöglichkeit. Auch die Schüsse, die am 24. Juni 1922 das Leben Walther Rathenaus auslöschten, galten dem Bestreben einer internationalen Verständigung, die von Deutschland Kompromiß- und Friedensbereitschaft forderte.

junge Welt, 13.04.2002.

Anständig?

Am Abend des 10. April 1932 stand fest: Hindenburg bleibt Reichspräsident. Im zweiten Wahlgang war er von 19,3 Millionen Deutschen gewählt worden. 13,4 Millionen hatten für Hitler, 3,9 Millionen für Thälmann gestimmt. Sollten nun jene Recht behalten, die gemeint hatten, mit Hindenburg sei Hitler zu schlagen? Waren jene gut beraten, die nun jubelten, ein Sieg für die Demokratie sei erstritten? Tatsächlich keimten Hoffnungen auf, als Hindenburg drei Tage nach seiner Wiederwahl auf der Basis einer Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität durch den Reichsinnenminister Groener „sämtliche militärähnliche Organisationen der NSDAP“ – vor allem die SA mit ihren 420.000 und die SS mit 100.000 Mitgliedern – verbieten ließ. „Anständigkeit“ habe der Präsident bewiesen, jubelte der bekannte Publizist Leopold Schwarzschild. Der Bundesvorstand des Reichsbanners behauptete, die „Gefahr des unmittelbar drohenden Bürgerkrieges“ sei genommen und nahm alle Maßnahmen zurück, die dem Schutz demokratischer Kräfte dienen sollten und löste seine „Schutzformationen“ auf. Das Vertrauen in die Anständigkeit derer, die von Amts und Rechts wegen die Weimarer Republik zu schützen gehabt hätten, war groß ...

Wohl hätte das längst fällige Verbot von SA und SS ein wirksamer Schlag gegen das terroristische Gebaren der NSDAP sein können. Indessen ließ eine „anständige“, die Gefahr mindernde oder beseitigende Politik sich darin nicht erkennen. Eher bewies der regierungsamtliche Umgang mit den bewaffneten Formationen der Braunen Gegenteiliges. Noch vor Unterzeichnung der Verordnung waren die Betroffenen informiert, konnten Büros räumen, belastendes Material verschwinden lassen und ein zeitweiliges Auftreten in schwarzen Hosen und weißen Hemden vorbereiten. Ein Teil der Regierenden erhoffte sich von den Verbotsmaßnahmen lediglich, etwas mehr Druck auf die NSDAP ausüben zu können. Man wollte mit ihr paktieren, sie aber eigener Führung unterordnen. Deutschnationale Kreise beantworteten den Schritt der Regierung mit lautstarkem Protest. Voller Entrüstung verlangte die Hugenberg-Presse den Rücktritt Groeners und auch Brünnings. Kronprinz Wilhelm warnte vehement davor, das „wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und das dort eine wertvolle Erziehung genießt“, zerschlagen zu wollen.

Letztlich diene alles dem Versuch, das von der SPD tolerierte Brüning-Kabinett zu stürzen und weiter rechts stehende Politiker an die Macht zu bringen. Es blieb dem DVP-Chef Eduard Dingeldey vorbehalten, realistisch zu konstatieren, das deutsche Bürgertum aus dem parteipolitischen Raum der so genannten Mitte habe „im wesentlichen den Übergang zum Nationalsozialismus“ vollzogen ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. April 2002, S. 21.

Runder Tisch

Nüchtern, erwartungsvoll und in gewohnter Klarheit zog Carl von Ossietzky in seiner „Weltbühne“ vom 3. Mai 1932 eine Bilanz der vorausgegangenen Wahlen: In Preußen hätten die Parteien der Weimarer Koalition eine unleugbare Niederlage erlitten, die Nazis jedoch keine absolute Mehrheit erreicht. Doch diese würden gewiss den Sturm auf die Republik bald wieder aufnehmen. Neue Gefahren sah er am politischen Horizont heraufziehen, darunter auch die einer Verständigung zwischen Zentrumspartei und NSDAP.

Demgegenüber betrachtete er die Abkehr der Sozialdemokratie von den Bürgerparteien als unumgänglich und die Bildung eines gemeinsamen oppositionellen Arbeiterblocks als möglich. Von diesem hänge das weitere Schicksal der Republik ab. Notwendig sei eine Einheitsfront der beiden großen Arbeiterparteien. Auch von der KPD hänge die parlamentarische Zukunft Preußens ab. Wer das erkenne, müsse jedoch gemahnt werden, die Kommunisten „jetzt plötzlich als ein vorübergehend abhanden gekommenes Anhängsel der Koalition von Weimar behandeln zu wollen, nachdem man jahrelang in ihnen nicht mehr gesehen hat als eine Kolonie für Galgen und Rad ...“ Ausführlich zitierte Ossietzky einen Aufruf der KPD zur Bildung einer „roten Einheitsfront“, doch kritisierte er dieses Motto sogleich als ein „pathetisches Sehnsuchtswort“. Und er klagt, dass beide Seiten bislang viel Parteiegoismus gepflegt hätten. Natürlich könne keine Verschmelzung beider Parteien angestrebt werden, es müsse sich „um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse“ handeln. Die Sozialdemokratie sei mit ihren opportunistischen Kniffen ebenso am Ende wie die KPD mit ihrem Treiben in die Weltrevolution: „Primgeiger ist der Fascismus.“ Daher komme es für SPD und KPD nicht darauf an, Recht zu behalten, sondern „sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterbewegung vor der Vernichtung zu retten“. Sozialdemokraten und Kommunisten – in deren „umfangreichen, archivartig verschachtelten Gedächtnis mit schrecklicher Genauigkeit“ traditionelle Feindschaft aufbewahrt würde – fragte er voll Sorge: „... werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben?“

Vor 70 Jahren gab Ossietzky seinem lesenswerten Artikel den Titel: „Ein runder Tisch wartet“. Sein Rat wurde damals leider nicht befolgt.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. Mai 2002, S. 21.

Respekt?

In die Sonntagsruhe des 22. Mai 1932 platzte eine Nachricht: Otto Braun, der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, und seine Kabinettskollegen stellten ihre Ämter zur Verfügung. Zwei Tage darauf konstituierte sich der neue Landtag von Preußen. An dessen Spitze trat Hanns Kerrl (NSDAP), gewählt auch von den Abgeordneten der Zentrumsparlei. Die folgende Sitzung verlief äußerst stürmisch – gezeichnet von Tumulten und Schlägereien, nachdem einer von faschistischen Mördern gesprochen hatte, von einer Tatsache, die zigfach erwiesen war. Doch die Wahrheit wollten die Nazis nicht hören. Sie ließen Tintenfüßer und Stühle durch den Saal wirbeln. Acht Parlamentarier wurden schwer verletzt, kommunistische Volksvertreter hinausgeprügelt. Gewalt ersetzte die politische Debatte, brutale Nötigung den Verstand. Allein im Saal verblieben, feierten die NS-Prügelhelden ihren „Erfolg“ und grölten das Horst-Wessel-Lied. Frohlocken ist auch dem Tagebuch von Propagandachef Goebbels zu entnehmen: „Wir stehen als Sieger auf den Trümmern ... Brachialgewalt gegen Provokation, das ist das einzige, was imponiert. Scheu und voll Achtung schleichen die jüdischen Journalisten um die Trümmer und Blutlachen herum ... So allein kann man sich Respekt verschaffen.“ Respekt?

Zugleich konstatierte Goebbels: „In Berlin läuft die Sache.“ Zu solcher Hoffnung hatten die Nazis allen Grund. Militärs und konservative Politiker verlangten von Hindenburg, sich endlich von jenem Kanzler zu trennen, der sich immer noch auf die SPD stützte. Ganze dreieinhalb Minuten dauerte das letzte Gespräch der beiden, in dem Hindenburg erklärte, die Regierung müsse „weg, weil sie unpopulär“ sei. Brüning trat zurück. Und wieder triumphierte Goebbels: „Das System befindet sich im Fall.“ Seiner Partei ging es nicht um Brüning, sie wollte die Weimarer Republik und die Reste parlamentarischer Demokratie beseitigt sehen. Ganz in diesem Sinne erteilte Hindenburg am 1. Juni Franz von Papen, der noch der Zentrumsparlei angehörte, den Auftrag, eine neue Reichsregierung zu bilden. Dessen Ziele: „1. dass überhaupt fortan nach rechts regiert werde, 2. dass Schluss gemacht werde mit der Wirtschaft der Gewerkschaftssekretäre, 3. dass Schluss gemacht werde mit dem Agrarbolschewismus.“ Da konnte der NSDAP die Tolerierung leicht fallen, zumal auch das SA- und SS-Verbot aufgehoben wurde. Der Terror nahm neue Ausmaße an: Allein im Juni erlosch das Leben von 17 Gegnern der NSDAP, und im Juli stieg die Opferzahl auf 86.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 25./26. Mai 2002, S. 21.

Papen hart

Jeder konnte spüren: Mit der am 1. Juni 1932 erfolgten Berufung des „Kabinetts der Barone“ und dessen Unterstützung durch die NSDAP war Deutschland wieder ein Stück nach rechts gedrängt worden. Mit Nachdruck rief die KPD zu einer breiten „Antifaschistischen Aktion“ auf, der SPD-Parteivorstand verlangte „schärfste Opposition“, und selbst der Zentrumsparter schien Papen so weit rechts, dass ihre Führung erwog, ihn aus der Partei auszuschließen, was dieser mit Austritt beantwortete.

Demgegenüber forderte die NSDAP von Papen, auf dem Weg nach rechts noch rascher voranzugehen. Wie weiland im 12. Jahrhundert ein Ruhlaer Schmied den Thüringer Landgrafen Ludwig gedrängt hatte, er möge „hart“ werden, begehrte sie nun ein umfassenderes und konsequenteres Handeln. Hitler konferierte mit dem Kanzler. Goebbels titelte am 14. Juni in seiner Zeitung: „Papen werde hart“. Ganz gewiss musste dieser nicht zum Jagen getragen werden. Schon als 34-jähriger Militärattaché hatte er Skrupel- und Bedenkenlosigkeit unter Beweis gestellt, zugleich eine tüchtige Portion Dussligkeit. 1914 startete er in den USA den Versuch, mit Hilfe höchst fragwürdiger Personen zwei nach Kanada führende Brücken sprengen zu lassen. Das Unternehmen, das Waffenlieferungen an die Entente behindern sollte, scheiterte. Das Ganze kam ans Licht, als einer von Papens Agenten in der New Yorker U-Bahn eingeschlafen und ihm eine Aktentasche mit belastenden Dokumenten gestohlen worden war. Ergebnis: Ausweisung.

Etwas „erfolgreicher“ agierte Papen später, wenn auch nur kurz, auf der innenpolitischen Bühne Deutschlands: Seine Regierung erließ am 14. Juni eine neue Notverordnung. Die beamteten Sprachakrobaten redeten zwar von Maßnahmen „zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“, in Wirklichkeit sank die Arbeitslosenunterstützung um 23 Prozent und die Wohlfahrtsfürsorge um 15. Die Renten für Kriegsoffer wurden gekürzt, eine Salzsteuer eingeführt, 1,5 Milliarden Mark „eingespart“. Am 16. Juni hob Papen auch offiziell das Verbot von SA und SS auf: Eine deutliche Hilfsaktion von Rechten für Rechtsradikale. Die Nazis durften erneut einen großen Gewinn verbuchen, was Sozialdemokraten veranlasste, vor einer „getarnten Hitler-Regierung“ zu warnen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. Juni 2002, S. 21.

Staatsumbau

Als Papen Reichskanzler geworden war, verstärkte sich die Kritik an der Weimarer Verfassung erheblich. Ein Umbau des Staates war angesagt. Der Staat müsse von seiner Vorsorgepflicht „entlastet“, zwischen Arbeitern und Unternehmern die gottgewollten patriarchalischen Beziehungen wieder hergestellt werden. Innenminister Frhr. Wilhelm von Gayl, der bereits während des Kapp-Putsches eine unrühmliche Rolle gespielt hatte, kündigte im Juni 1932 eine „Reichsreform „ an. Im Aufwind sahen sich alle, die bereits seit langem die Verhältnisse „reformiert“ oder „umgestaltet“, am liebsten aber ganz beseitigt sehen wollten. Für manche, z. B. für den BVP-Abgeordneten Alois Hundhammer, verband sich dies schlicht mit dem Wunsch nach Wiedereinführung der Monarchie, andere bevorzugten autoritäre und diktatorische Modelle. Walther Schotte, ein jungkonservativer und Papen sehr nahestehender Publizist, verlieh dem Programm Ausdruck mit seinem Buch „Der Neue Staat“. Er forderte, die Regierung dürfe nicht länger „parlamentarisch-parteilpolitisch“ abhängig und dem „Treibsand“ politischer Mehrheiten ausgeliefert sein.

Was die Regierung dafür tun konnte, das unternahm sie: Als einige Länder (Hessen, Württemberg, Hamburg) versuchten, das Verbot von SA und SS aufrecht zu erhalten, wandte Papen sich strikt gegen „Sondermaßnahmen“. Er verordnete „Versammlungsfreiheit“ für die NSDAP und beschnitt demokratische Rechte der Länder. Das Kabinett führte auch die „Schutzhaft“ ein und bedrohte jeden, der gegen die „öffentliche Sicherheit“ verstoße, mit dreimonatiger Inhaftierung. Krasser Zynismus klang aus Gayls Worten, er werde sich „in warmer Liebe für das richtig verstandene Wohl der arbeitnehmenden Schichten“ einsetzen, wobei er hinzuzufügte, dass er den „Willen und die Nerven habe, alle ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzusetzen“. Die Attacken galten sowohl den demokratischen Grundrechten als auch der föderalen Struktur der Republik. Dennoch wetterten in jenen Tagen und Wochen die Nazis lautstark gegen Gayl: Er sei ein „Schwächling“ und „blasser Ästhet“. Die Behauptung von Goebbels, Deutschland sei in einem Jahr „reif zum bolschewistischen Umsturz“, wenn Männer wie dieser Innenminister regieren dürften, trifft ebenso wenig zu wie das Argument mancher Historiker, von von Gayl sei der „entschiedenste Widerstand gegen eine nationalsozialistisch geführte Regierung“ gekommen.

Bereits vor dem Staatsstreich am 20. Juli 1932 erkannten viele, wohin die Reise gehen sollte. Papen und Co. taten alles, um noch bestehenden Grenzen des „Kabinetts der Barone“ zum Faschismus zu verwischen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. Juli 2002, S. 19.

Blockierte Sicherungen

Vor 80 Jahren beschloß der Reichstag ein Gesetz zum Schutz der Weimarer Republik

Schlaglichtartig erhellten am 21. August 1921 und am 24. Juni 1922 die Morde an Matthias Erzberger und an Walther Rathenau, wohin die Weimarer Republik sich wenden würde, sollten ihre monarchistischen, konservativen und völkischen Gegner immer mehr Spielraum gewinnen. Fehlender Schutz dessen, was in der Revolution von 1918 und mit der neuen Verfassung erreicht worden war, erleichterte Attacken auf Parlamentarismus, Demokratie und Republik.

Alle Bemühungen proletarischer und bürgerlicher Politiker um eine Sicherung der Republik hatten in den ersten Jahren zu keinen gesetzgeberischen Ergebnissen geführt. Erst das Attentat auf Rathenau rüttelte wach, ebenso die große Welle des Protestes gegen den um sich greifenden politischen Mord, dessen ausgeklügeltes Konzept besagte: Erst fallen die Führer der Republik, dann fällt diese selbst. Wie der Druck von unten neue Aktivitäten zu bewirken vermochte, offenbarten die Regierungsakten. Das Kabinett drängte nun mit dem Argument auf ein Schutzgesetz, nur ein solches sei in der Lage, „die große Bewegung in dem werktätigen Volke in geordneten Bahnen zu halten“. Man könne doch nicht wollen, daß „die Linke die Republik mit Gewalt schütze“. Reichskanzler Joseph Wirth erläuterte den Ministern noch einmal am 1. Juli 1922, man müsse „sehr vorsichtig operieren“, da man „zum ersten Male vor einer Geschlossenheit der gesamten Linken stehe, die bei den Arbeitern draußen viel tiefer zum Ausdruck komme als im Parlament selbst“.

Besonders nachhaltig wirkte der gemeinsame Aufruf gegen den Terror, den die drei Arbeiterparteien, der Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratische Angestelltenorganisation am 27. Juni veröffentlichten. Über einen Entwurf, den Justizminister Gustav Radbruch und der Sozialdemokrat Adolf Köster ausgearbeitet hatten, begann der Reichstag am 5. Juli 1922 zu beraten. Hier erfuhr er zahlreiche Veränderungen. Rechte Abgeordnete schäumten gegen ihn als „pietätlose Ausschachtung der Bluttat“. Sie bemühten sich, alle „Giftzähne“ zu ziehen, die als allein gegen rechts gerichtet erscheinen konnten. Viele Fragen wurden ausgeklammert und späteren Regelungen auf dem Verordnungswege überlassen. Gerade mal 75 Millionen der arg inflationsgeschädigten Mark wurden für Maßnahmen zum Schutze der Republik bewilligt.

Am 18. Juli wurde das auf fünf Jahre befristete Gesetz verabschiedet, am 21. Juli trat es in Kraft. Sein erster Teil ermöglichte Zuchthausstrafen nicht unter fünf Jahren für jene, die sich an Bestrebungen beteiligen würden, Mitglieder der Regierung des Reiches oder eines Landes „durch den Tod zu beseitigen“. Im zweiten Teil waren Bestimmungen für den neu einzurichtenden Staatsgerichtshof fixiert worden. Der dritte Teil regelte das Verbot von Versammlungen, Kundgebungen und Vereinen, die gegen das Gesetz verstoßen, der vierte Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften, der fünfte den Umgang mit straffälligen Mitgliedern vormals landesherrlicher Familien. Vor allem die Regelungen für den Staatsgerichtshof zeugten von großem Mißtrauen gegenüber der deutschen Richterschaft. Nur drei seiner Richter durften gleichzeitig Mitglieder der Reichsgerichts sein. Der bekannte Spruch „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ galt in besonderem Maße auch für den unangetasteten Justizapparat. Die Warnung der Kommunisten in der Roten Fahne vom 9. Juli 1922 war völlig berechtigt: „Das ‚Gesetz zum Schutz der Republik‘ ist nicht gedacht als Ausnahmegesetz gegen monarchistische Mordbuben ... Dafür werden die reaktionären Beamten und Richter schon sorgen.“

Statt eines eindeutigen Gesetzes gegen die monarchistischen und konservativ-militaristischen Feinde der Weimarer Republik erging eines, das in erster Linie die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verfolgen erlaubte. Dennoch war nicht zu übersehen, daß die Wirth-Regierung Ende Juni/Anfang Juli 1922 wesentlich schärfer gehandelt hatte als im Vorjahr. Das Gesetz bot durchaus einen hinlänglichen Rahmen für die Vereitelung und Verfolgung republikfeindlicher Äußerungen und Aktivitäten, von Mord und Verhetzung. Doch die Realität sah anders aus.

Auf Widerstand und Verweigerung stieß das Gesetz insbesondere in Bayern. Die Landesregierung beschimpfte es als Ausdruck „innerpolitischer Tendenz-Gesetzgebung“ und setzte es für den Frei-

staat außer Kraft. Ein eindeutig verfassungswidriger Tatbestand! Und verfassungswidrig ging man auch mit offen rechtsradikalen Feinden der Republik um. Ein Beispiel nur: Gegen Hitler, Ludendorff und andere Putschisten vom 9. November 1923 wurde in München prozessiert, obwohl zwingend vorgeschrieben war, daß Hochverrat vor dem Staatsgerichtshof verhandelt werden muß. Die bayerische Regierung wollte nicht nach Leipzig, denn der putschistische Dreck am eigenen Stecken war viel zu groß. Ludendorff wurde am 1. April 1924 sogar freigesprochen, Hitler zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt, was einem Hotelvollzug gleichkam. Rechtsbruch beging das Münchener Volksgericht auch, als es dem NSDAP-Chef Bewährung in Aussicht stellte. Hinzu kam, daß bei Verurteilung wegen Hochverrats das Republikschutzgesetz für Ausländer eigentlich die Ausweisung vorschrieb.

Demgegenüber gab es zahllose Beispiele anderer, die deutschen Linken kriminalisierender Rechtsprechung. Bitter klang das Fazit, das Carl von Ossietzky zog. In seinem Artikel „Rotkoller“, der am 18. Februar 1930 in der Weltbühne erschien, schrieb er: „Das Gesetz hat seine Funktion niemals erfüllt. Die Monarchisten haben seine Schärfe niemals wirklich zu spüren bekommen, leidtragend war allein die äußerste Linke ... Es war zur Lüge geworden.“

junge Welt, Sonnabend, 20.07.2002.

Wahltag

Man schrieb den 31. Juli 1932: Wieder einmal sollte ein Reichstag gewählt werden, nach einem hektischen Wahlkampf, in dem der „Völkische Beobachter“ gejubelt hatte, der „Severing-Spuk“ in Preußen sei zu Ende, aber nicht hinzuzufügen vergaß, dies stelle nur einen Anfang dar und die „große Abrechnung“ komme noch. Die Drohung galt keineswegs allein den Kommunisten. Hitler kündigte an, es sei an der Zeit, endlich die Parteien zu „vernichten“, da sie „alles in Deutschland“ vernichtet hätten. Die Nazis machten Deutschland zum blutigen Schauplatz. Am Tag vor der Wahl gab es 10 Tote und 83 Verwundete, am Wahltag 12 Tote und 75 Verletzte.

Wahlsieger war die NSDAP, trotz bzw. wegen ihrer totalen Intoleranz, ihrer Gewaltverherrlichung und absoluten Friedlosigkeit. Gegenüber der Wahl vom 14. September 1930 gewann sie sieben Millionen Stimmen und 123 Mandate hinzu. Mit Abstand war sie nun wählerstärkste Partei, und von ihren Wählern, so ist berechnet worden, stammte rund jeder vierte aus der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokraten verloren über 600.000 Wähler, die KPD konnte sich um knapp 800.000 Stimmen verbessern; in Berlin wurde sie stärkste Partei. Dennoch verfügten beide Parteien zusammen nicht einmal über so viele Mandate wie ihr gemeinsamer Gegner. Verloren hatten vor allem die bürgerlichen Parteien der so genannten Mitte und der Rechten.

Vor der Wahl hatte der sozialdemokratische „Vorwärts“ gewarnt: „Wer mit dem Faschismus spielt, der spielt mit Deutschlands Untergang.“ Danach klang es anders. So erklärte z. B. Ernst Heilmann, Chef der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, das Hauptziel seiner Partei sei erreicht worden. Ein anderer meinte, bei den Wahlen hätte „eine erdrückende Mehrheit ihren Entschluss zur Überwindung des Kapitalismus bekundet“. Ernst Thälmann sprach vom „Wahlsieg“ der Kommunisten. Es habe sich die „Generallinie“ bestätigt, dass es ohne den schärfsten Kampf gegen die SPD „keine Einreihung der SPD-Arbeiter in die antifaschistische Kampffront“ geben könne. Realitäts- und Antifaschismusverlust hier wie da.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 27./28. Juli 2002, S. 21.

Treue

Der Staatsstreich vom 20. und das Ergebnis der Wahlen vom 31. Juli 1932 enthemmte den SA-Terror erneut. Dieser begann selbst für die Papen-Regierung zu einer schweren Belastung zu werden; nun ließ sich ja das Argument nicht so ohne weiteres mehr verwenden, die sozialdemokratische Politik habe in Preußen versagt. Überall waren neue Polizeichefs eingesetzt worden, aber auch die während der Wahlen geltende „Verordnung zur Sicherung des inneren Friedens“ hatte nach Papens eigener Einschätzung „leider nicht den gewünschten Erfolg“ gebracht. Also wurde am 9. August eine neue, drastisch verschärfte „Verordnung gegen den politischen Terror“ erlassen und überall öffentlich plakatiert. Sie sah die Todesstrafe für Totschlag aus politischen Beweggründen vor.

Nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung waren kaum 90 Minuten vergangen, da überfielen am 10. August acht Nazis im oberschlesischen Potempa die Wohnung von Konrad Pietcuch. Eine halbe Stunde lang prügeln sie auf den polnischen und als Kommunist verdächtigten Arbeiter ein. In Anwesenheit der Mutter und des Bruders trieben sie ihre bestialische Untat: Sein Leichnam wies 29 schwere Verletzungen auf. Der Tod trat durch Ersticken ein, als Stiefeltritte die Halsschlagader zerrissen.

Die Nachricht vom Verbrechen schien in Deutschland unterzugehen, gab es doch am gleichen Tage Meldungen über drei Dutzend andere Terrorakte. Aufmerksamkeit erlangte der Mord von Potempa dagegen, als das zuständige Beuthener Sondergericht – wie es die Verordnung vorsah – am 22. August fünf der Täter zum Tod verurteilte. Es hatte sich nicht vom Argument des Verteidigers Dr. Lutgebrune beeindrucken lassen, der meinte, es gelte die Angeklagten „als tüchtige Soldaten anzusprechen, die auf einen Befehl oder einen militärischen Auftrag reagierten, ohne lange zu fragen warum und weshalb“. Zu den zahllosen Skandalen jener Zeit kam nun ein neuer, ein ungeheuerlicher und das übliche Maß weit übersteigender hinzu: Hitler telegrafierte an die Mörder: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht.“ Jeder der betroffenen Familien ließ er 1000 Mark überweisen. SA-Chef Ernst Röhm besuchte demonstrativ die „Opfer“ im Gefängnis. Am 8. September, als die Mörder von Potempa bereits zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt worden waren, bekannte Hitler in einer Rede, im NS-Reich würden deutsche Männer nicht wegen eines Polen verurteilt ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. August 2002, S. 21.

„... jedes Mittel recht“

Der 30. Januar 1933 - die Vorgeschichte (Teil I): Vor 75 Jahren schrieb Hitler die Denkschrift „Der Weg zum Wiederaufstieg“ für Emil Kirdorf und andere Großindustrielle

Im August 1927 griff jener Mann zur Feder, der damals bereits sechs Jahre an der Spitze einer Partei stand, die weder nationale noch sozialistische Politik betrieb und schon gar nicht als Arbeiterpartei zu benennen war. Zuvor hatte Emil Kirdorf – mitunter als „Bismarck“ oder als „Wotan“ des deutschen Kohlebergbaus bezeichnet – ihn am 4. Juli zu einem längeren, viereinhalb Stunden währenden Gespräch in München empfangen. Er wollte mehr wissen, als ihm die Lektüre von „Mein Kampf“ geboten hatte. Dem folgte die Bitte, sein Gast möge seine in der Unterredung geäußerten Gedanken schriftlich zusammenfassen. Möglicherweise hatte er verstanden, daß zwischen offiziell verkündeten Programmen und tatsächlichen Zielen von Parteien allzu häufig große Diskrepanzen bestehen. Jedenfalls hinderte Kirdorf nichts daran, am 1. August der NSDAP beizutreten, was er mit einer Spende von 100.000 Reichsmark verband.

So ungewöhnlich, wie es den Anschein hat, war der Vorgang keineswegs. Erstaunlich ist lediglich, daß dieses Dokument von Historikern und Publizisten immer wieder benutzt worden ist, um von jener geschichtlichen Verantwortung abzulenken, die ökonomisch Mächtige in Deutschland auf sich luden, als sie den Aufstieg der NSDAP unterstützten. Das Ergebnis ist bekannt: Am 30. Januar 1933 wurde dieser Partei die Regierungsmacht übertragen und begann ein neuer Abschnitt des Weges zum Zweiten Weltkrieg.

Kirdorf war keine Ausnahme von der Regel, wie entlastend behauptet wird. Daß er 1928 die NSDAP wieder verließ, hatte andere Gründe; 1934 wurde er schließlich erneut ihr Mitglied. Die Denkschrift Hitlers ließ er 1927 als Privatdruck exklusiv in Wirtschafts- und Industriekreisen verbreiten; die Öffentlichkeit konnte sie erstmals 1972 zur Kenntnis nehmen.

In der Mitte der zwanziger Jahre wäre von den deutschen Eliten zu erwarten gewesen, daß sie den nach seinem Putsch vom 9. November 1923 gerichtlich verurteilten Hochverräter Hitler meiden oder bekämpfen. Doch offensichtlich war das Interesse an seinen Auffassungen und an der sich neu formierenden faschistischen Partei erheblich. Nicht erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, nein schon in den „Goldenen Zwanzigern“ – in einer Zeit also, in der sich der Weimarer Staat stabilisierte, als es wirtschaftlich voranging, als humanistische Kultur eine Blütezeit erlebte und es keineswegs absehbar war, daß aus der NSDAP eine Massenpartei werden kann – da bereits wollten zahlreiche Wirtschaftsbesitzer mehr über die neue Bewegung erfahren und sie für die Durchsetzung eigener politischer Ambitionen nutzen.

So war denn Hitler ein gerngesehener Gast in den Villen und Klubs führender Großindustrieller. Ende Februar 1926 durfte er im „Hamburger Nationalclub von 1919“ auftreten, einem angesehenen Verein Hamburger Reeder, Werftbesitzer und Großkaufleute. Am 18. Juni und 3. Dezember 1926 sprach er vor einem größeren Kreis von Unternehmern in Essen, am 1. Dezember in Königswinter. Das Essener Publikum erlebte ihn wieder am 27. April und am 5. Dezember des folgenden Jahres. Stets erhielt er stürmischen Beifall für seine Vorstellungen, wie im Reich die Verhältnisse zuungunsten der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte zu verändern seien. Ging es um die Ziele: weitere Entrechtung der Arbeiter, um Errichtung eines autoritären Staates und um die Zukunftsvision einer deutschen Vorherrschaft in der Welt, hielten die geladenen Herren sich weder mit Ovationen noch mit Spenden zurück. Das Protokoll zur Veranstaltung in Hamburg verzeichnet selbst an jener Stelle lebhaften Beifall, an der Hitler die terroristischen Mittel schilderte, die er und seine Partei anzuwenden gedachten: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann ... wer wird mir da später Vorwürfe über die Mittel machen.“ Er wurde da sehr konkret: „Wir haben nicht eher Ruhe, bis die letzte Zeitung vernichtet ist, die letzte Organisation erledigt ist, die letzte Bildungsstätte beseitigt ist und der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist.“

Es gab also Beifall für die Absicht, andersdenkende Menschen „ausrotten“ zu wollen! Auch der Gedanke an einen künftigen Expansionskrieg kam zum Vorschein. In seiner Denkschrift erklärte Hitler, das „Wiedererstarken Deutschlands“ sei nur in zweiter Hinsicht ein wirtschaftliches Problem, in erster Linie komme es auf die „Kraft des Schwertes“ an, das man für das „Geschäft ... in die Waagschale zu werfen“ habe. Der Satz: „An deutschem Wesen soll die Welt genesen“ dürfe nicht „sinnlos“ werden.

Wider besseres Wissen ist von manchen Historikern behauptet worden, Hitler habe in seinen Reden vor den Industriellen und ebenso in der Denkschrift vom August 1927 seine außenpolitische Grundmaxime – Eroberung von Lebensraum – nicht zu erkennen gegeben. Ebenso dreist klingt die These, er habe seinen Antisemitismus verborgen und Rücksicht auf ablehnende oder gar gegensätzliche (also: nicht-antisemitische oder philosemitische!) Auffassungen der Unternehmer genommen. Daran ist allein richtig, daß Hitler in seiner Denkschrift nur an einer Stelle wörtlich gegen den „internationalen Juden“ polemisierte. Doch war nicht bekannt, wen er im Auge hatte, wenn er von den „undeutschen Verführern“ sprach? Hitlers antisemitischer Rassismus ist unverkennbar und schimmert de facto durch jede Zeile hindurch. Bereits in seinem Brief, den er samt Manuskript an Kirdorf sandte, hieß es, „unsere Rasse“ müsse sich „rein erhalten“, um den „Wiederaufstieg“ erreichen zu können. Krieg und Rassismus – ganz offen benannte er sie, gleichsam als die beiden Seiten einer Medaille.

Niemandem konnte in Deutschland entgehen, daß dieser von deutschtümelnden, chauvinistischen und expansionistischen Zielen getragene Rassismus sich vorwiegend im nazistischen Antisemitismus entlud. Aus diesem machte Hitlers Partei überhaupt keinen Hehl. Erinnert sei nur an jene Gesetzentwürfe, die im Vorfeld des NSDAP-Parteitages von ihren thüringischen Abgeordneten am 10. Juni 1926 in den Landtag eingebracht worden waren: Sie hatten den Ausschluß von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ zum Gegenstand. Als Jude sollte jeder gelten, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht.“

Zwar fanden die Anträge keine Zustimmung des Parlaments, dennoch muß verwundern, daß es von Seiten der konservativen und liberalen Parteien so gut wie keine Auseinandersetzung mit den rassistisch-antisemitischen Vorstößen der NSDAP gegeben hat. Keiner von Hitlers Zuhörern und Lesern der Denkschrift hat protestiert, keiner diesem Mann Vorhaltungen gemacht. Wozu auch, waren doch die meisten unter den deutschen Konservativen antisemitisch eingestellt, lange bevor die Nazis auf der politischen Bühne erschienen. Nicht zuletzt deshalb klangen später – nach dem Zweiten Weltkrieg – entschuldigende Erklärungen wenig glaubhaft, man hätte ja nicht wissen können, was Hitler wirklich im Sinne gehabt habe. Von Mitwisserschaft und Mitverantwortung soll immer und immer wieder abgelenkt werden.

junge Welt, Sonnabend, 31.08.2002, S. 14.

Konservative Geschichtsdiskurse und nationale Apologetik

Gerd Wiegel, *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie - Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte*, PapyRossa Verlag Köln 2001, 436 S., 26 Euro

In den Tagen, an denen ich das hier zu besprechende Werk las – übrigens, wie vorausgeschickt werden kann, mit großem geistigen Gewinn, jedoch mit äußerst geringem Vergnügen angesichts bundesdeutscher Zustände –, wurden Einwohner meiner thüringischen Heimatstadt Jena durch die Tat rechtsextremistischer Jugendlicher aufgeschreckt. An ein Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg hatten sie die Parole „8. Mai – Verrat am deutschen Volk“ geschmiert. Dass jener Tag des Jahres 1945 vielen Deutschen immer noch (oder bereits wieder) als Tag schmachvoller Kapitulation gilt und dass weder von Befreiung noch von Antifaschismus geredet werden soll, ist hinreichend bekannt. Doch als ein Tag des Verrats ist der Schlusspunkt des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges m. W. noch nicht charakterisiert worden, kommt dies doch einem unverhüllten Bekenntnis zu völkisch-rassistischer Ideologie und faschistischem Vormachtstreben gleich. Obwohl unklar bleibt, wer denn damals wen „verraten“ haben soll, wer Verräter und Verratene gewesen sein könnten, fragt man unwillkürlich, ob sich damit möglicherweise ein neuer Akzent in den auf die Wiederherstellung der „deutschen Volksgemeinschaft“ gerichteten neonazistischen Denkstrukturen angedeutet hat und ob gar eine Art „Endprodukt“ aller rechten und rechtsextremen Vorbehalte gegenüber dem 8. Mai erreicht worden ist. Erlaubt bleibt natürlich auch die Frage, ob es sich vielleicht lediglich um einen nicht sonderlich Ernst zu nehmenden Seitenstrang nationalistischer Geschichtsverkehrung handelt. Doch wie auch immer: Der Zusammenhang zwischen den Entwicklungssträngen konservativer Geschichtsdiskurse und rechtsextremer Geschichtsdeutungen während der letzten beiden Jahrzehnte liegt auf der Hand. Hinzu kommt der wachsende Einfluss nationalkonservativer Ideen in der Mitte der Gesellschaft, der Bundeskanzler Schröder sogar zu einem Gespräch mit Martin Walser bewegte, das – ausgerechnet – am 8. Mai 2002 stattfand. Eingeladen waren keineswegs, wie zu erwarten gewesen wäre, Opfer des Faschismus und Widerstandskämpfer, sondern war jener Schriftsteller, der in seiner Frankfurter Friedenspreisrede Auschwitz als „Moralkeule“ bezeichnet hat und die Erinnerung an die fatale Vergangenheit aus dem öffentlichen Raum in das private Gewissen der Individuen überführt sehen möchte.

Gerd Wiegel – ein Marburger Promovend Reinhard Kühnls¹ – leistet demjenigen, der während der letzten Jahrzehnte die einzelnen Debatten zur Einzigartigkeit des Judenmordes, zur Präventivkriegstheorie, zur Frage nach den „willigen“ Deutschen oder zu den Verbrechen der Wehrmacht verfolgt hat, einen großen Dienst. Er verschafft ihm nicht allein einen Überblick, den es in der vorliegenden Form bislang nicht gab, er bietet zugleich deren sachkundige, aus dem engen Wechselverhältnis von Politik- und Geschichtswissenschaft abgeleitete Analyse. Das Ganze bezeichnet er als ein „neokonservatives Projekt“, das auf die „Renationalisierung von Politik und öffentlichem Bewusstsein“ ziele und den Zweck verfolge, eine „Homogenisierung der deutschen Bevölkerung“ (13) zu erreichen und „die Loyalität der Bevölkerung zum Staat mittels eines erneuerten positiven Nationalbewusstseins abzusichern“ (62). Zwar ließe sich über den Projekt-Begriff streiten, da in ihm Planungs- und Leitungsaspekte zu stark aufscheinen, doch wird insgesamt glänzend erhellt, was bundesdeutsche Gelehrte und Publizisten in wissenschaftlicher Aufmachung als nationalapologetische Geschichtsdeutung während der 80er und 90er Jahre zu Gunsten einer ideologischen Re-Etablierung der Nation als eines positiv zu verstehenden Identifikationsfaktors geboten haben. Recht ertragreich verknüpft Wiegel seine Untersuchungen mit dem „hegemonietheoretischen“ Zugang Antonio

¹ Aus dessen Umfeld stammen auch andere das Thema berührende Arbeiten, u.a. Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hg.): *Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten – Faschismus/Holocaust/Wehrmacht*, Köln 1997; Johannes Klotz (Hg.): *Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr*, Köln 1998; Johannes Klotz (Hg.): *Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus* Köln 1999; Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.): *Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte*, Köln 1999; Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.): *Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik*, Berlin 2001.

Gramscis, wonach Deutungsmacht im kulturellen Feld zutreffend als Voraussetzung für realpolitische Macht angesehen wird. Geschichtspolitik stellt sich ihm als Kampf um kulturelle Hegemonie dar, was ihn zu der sein Interesse leitenden und positiv beantworteten Frage geführt hat, ob sich eine Verschiebung von einer linksliberalen Deutungshegemonie, wie sie vor allem für die sechziger und siebziger Jahre vorherrschend gewesen sei, hin zu einer neokonservativen Deutungshegemonie behaupten lasse und ob sich diese Veränderungen als eine generelle Verschiebung im hegemonialen Gefüge der Bundesrepublik bewerten lassen würden.

Die aus sechs Kapiteln bestehende Arbeit wendet sich zunächst den großen Debatten der 80er Jahre zu. Während sich die ersten der Entwicklung der Faschismusdarstellung bis zu den 80er Jahren, der politischen Wende zu Beginn der 80er Jahre, dem „Historikerstreit“ und den Auffassungen von Ernst Nolte widmen, gelten die beiden letzten – sie machen den Hauptteil des Buches aus – den seither festzustellenden Tendenzen neokonservativer Geschichtspolitik und konservativer Faschismusdeutung. Kaum ein historisches Werk bleibt unberücksichtigt. Vielfach liest sich der Text wie eine Summe ausführlicher Rezensionen, die einen de facto synoptisch angelegten Grundgedanken verfolgen.

Deutlich unterscheidet Wiegel, der sich mit Recht gegen jeden Versuch einer historisierenden Relativierung faschistischer Terror- und Vernichtungspolitik wendet, zwischen direkten Fälschungen, die im Interesse des „Projektes“ liegen, und fehlorientierenden Interpretationen, die dem Ziel dienen, den Konservatismus vom Faschismus zu trennen bzw. ersteren von seinen Verstrickungen mit dem Faschismus frei zu sprechen, indem sie letzterem einen vermeintlich revolutionären Gehalt unterstellen. Kluge Differenzierung zeichnet fast alle Passagen aus.

Die Fülle richtiger Wertungen und Aussagen wiederzugeben, übersteigt die Möglichkeiten dieser Besprechung. Man wird um das vorliegende Buch keinen Bogen machen können, ohne sich politischer Einseitigkeit und wissenschaftlicher Unredlichkeit zeihen lassen zu müssen. Aber gerade weil es von so großer historiographisch-politologischer Bedeutsamkeit ist, sei hier auf einige Probleme aufmerksam gemacht. Dass es kein Register gibt, gehört keineswegs zu den geringen Mängeln, da sich das Werk durchaus auch auszugsweise nutzen lässt.

Wichtiger aber scheinen mir drei inhaltliche Fragen zu sein. Die erste betrifft das Fehlen jeglicher Auseinandersetzung mit der Widerspiegelung des „Projektes“ im öffentlichen nichtwissenschaftlichen Geschichtsdiskurs. Wer nach den Entwicklungstendenzen und Wirkungen der neueren konservativen Geschichtstheorien fragt, kommt nicht umhin, sich auch mit deren Umsetzung in den Medien zu befassen. Guido Knopp und seine Filme werden nicht einmal erwähnt! In dieser Hinsicht wird Wiegel dem selbst gestellten Anspruch nicht gerecht, Veränderungen im Faschismusbild nicht allein unter wissenschaftsimmanenten Gesichtspunkten zu untersuchen, sondern sie „in den gesellschaftspolitischen Kontext“ einbeziehen zu wollen (30).

Die zweite gilt der m. E. unzureichenden Einordnung des behandelten „Projektes“ in die gesamte Szenerie deutscher Geschichts- und Politikwissenschaft. Dass konservative Denker nach einer geistig-kulturellen Hegemonie streben, versteht sich gleichsam von selbst. Doch wo und wie erhoben sich Widerstände? Welchen Platz nehmen die einzelnen Deutungsstränge ein? Wie verknüpfen sich inhaltlich-konzeptionelle Bestrebungen mit wissenschaftspolitischen und institutionellen Querelen? Kann z. B. die bekannte Rede Weizsäckers vom 8. Mai 1985 als „retardierendes“ Moment in den Bemühungen um eine politische Neubewertung der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg abgetan werden, wie auf S. 62 zu lesen ist? Die richtige, auf S. 399 f. formulierte Schlussfolgerung, dass gegenwärtig nicht von einer „gefestigten konservativen Hegemonie“ gesprochen werden könne, da die öffentlichen Debatten gerade in den 90er Jahren zu widersprüchlich gewesen seien, ergibt sich nicht aus einer Analyse und stellt demzufolge lediglich eine Behauptung dar. Weiterer Diskussion werden auch die These vom Bedeutungsverlust der „Neuen Rechten“ sowie die Gegenüberstellung von Miss- und Teilerfolgen und tatsächlichem Erfolg des Renationalisierungsprojektes bedürfen, die Wiegel in seinem Fazit benennt: „Gemessen an den Ansprüchen der eigenen Faschismusinterpretation bei Nolte, Zitelmann und anderen könnte man sagen, der Brocken

war offensichtlich zu groß, denn von einer Beseitigung der negativen Herausgehobenheit der deutschen Geschichte, von einer tatsächlichen Normalisierung kann nicht die Rede sein. Realpolitisch dagegen muss von einem weitgehenden Erfolg gesprochen werden, denn die aus der Vergangenheit begründeten Einschränkungen deutscher Machtpolitik sind in den letzten zwanzig Jahren beseitigt worden.“ (400 f.)

Und drittens sehe ich als ostdeutscher Historiker nicht gern verschwiegen, dass DDR-Geschichtswissenschaftler vor und nach der Wende von 1989/90 ebenfalls intensiv an den hier behandelten Debatten beteiligt gewesen sind, was völlig außen vor bleibt und damit möglicherweise der auf S. 366 versteckten Warnung vor einem Wiederaufleben der „alten Agententheorie“ unangemessene und sicher unbeabsichtigte Bedeutung verleiht.

Als Fazit wäre dennoch zu sagen: Großes hat der Autor geleistet, weiteres kann erwartet werden, zumal die Entwicklung konservativer Geschichts- und Faschismusdeutungen in Deutschland keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden darf.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 51, September 2002, S. 187-191.

Schwarz-braun

Mehrmals trafen sich im August und September des Jahres 1932 Vertreter der katholischen Deutschen Zentrumspartei mit führenden Nazis. Sie loteten Möglichkeiten und Bedingungen aus, die Papen-Regierung durch eine schwarz-braune Koalition zu ersetzen. Beide Seiten verfügten mit 327 Abgeordneten über die Mehrheit im Reichstag. Am 10. September nahm auch Hitler teil. Was über diese Gespräche an die Öffentlichkeit gelangte, ließ viele sich voller Erstaunen die Augen reiben: Bislang waren christliche Politiker zumeist mit heftigen Attacken gegen die NSDAP hervorgetreten. Nun aber schloß ihre Auseinandersetzung nahezu ein. Das Koalitionsprojekt scheiterte schließlich, als am 12. September eine überwältigende Mehrheit des Reichstages gegen eine schamlose Notverordnung des Kanzlers stimmte, dieser das Parlament auflösen und Neuwahlen zum 6. November 1932 ansetzen ließ.

Die Zentrumsführung suchte die mit dem Sturz Brünnings verlorenen Machtpositionen zurück zu gewinnen. Offensichtlich überstieg das ihre Furcht vor der NSDAP und deren Motto „Alles oder nichts“. Da mag auch Zorn über den abtrünnigen Papen im Spiel gewesen sein oder die Konkurrenz zur Deutschnationalen Volkspartei, vor allem dominierte jedoch der Gedanke an die Schaffung eines stabilen autoritären Regimes. Prälat Ludwig Kaas, der damals an der Spitze der Zentrumspartei stand, erklärte dem Reichsvorstand seiner Partei, es sei nicht so, „als ob die Sehnsucht nach einem starken Staat das Monopol einzelner politischer Richtungen in Deutschland ist. Auch wir bejahen den Staat, auch wir wünschen einen starken Staat“. Er mahnte die Bildung einer „deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft“ an – Zentrums-Parole im Wahlkampf.

In beiden Parteien gab es Dissens um den Versuch, ein schwarz-braunes Bündnis zu installieren. In der NSDAP befürworteten ihn vor allem die Anhänger Gregor Strassers, während Goebbels Galle spuckte, sah dieser doch die angestrebte Vormachtstellung seiner Partei gefährdet. Mitglieder des Zentrums und auch der Bayerischen Volkspartei bezweifelten den Sinn des Unternehmens, die Nazis als Bundesgenossen gewinnen zu wollen. Fritz Gerlich – als Herausgeber der Zeitschrift „Der gerade Weg“ kompromisslos gegen die Nazis, am 30. Juni 1934 ermordet – bezeichnete das Verhältnis von NSDAP und Zentrum als ein „Märchen von Wölfen und Schafen“. Überhört wurden auch einzelne Seelsorger, die befürchteten, dass „einmal Christentum und Kirchen entgelten müssen, was eine falsche Zweckpolitik verdorben hat“.

Tatsächlich wurden damals bereits die Weichen für die makabre Zustimmung christlicher Politiker zu Hitlers Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 gestellt und damit auch zum Untergang der eigenen Partei ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. September 2002, S. 21.

Ertüchtigung

Man hätte „den freiwilligen Arbeitsdienst schon viel früher ... in Angriff nehmen sollen. Wir besäßen eine geschulte Armee und einen zuverlässigen Führerstab, an dem keine Regierung der Welt achtlos vorübergehen“ könne. Dieser Satz stammt nicht von Papen, der am 16. Juli 1932 Arbeitsdienstlager für alle männlichen Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr „notverordnet“ und vier Tage darauf staatsstreichartig die preußische Regierung zum Teufel gejagt hatte. Er kam auch nicht über die Lippen General Groeners, der bereits 1931 erwerbslose Jugendliche in einem „freiwilligen“ Arbeitsdienst erfassen wollte, um sie an „Zucht und Ordnung“ zu gewöhnen. Auch nicht von Rechtsextremen aller Richtungen, die diesen seit 1919 immer gefordert hatten.

Nein, er stammt von Karl Höltermann aus der Spitze des 1924 gegründeten „Reichsbanners Schwarz- Rot-Gold“, jener sozialdemokratisch ausgerichteten Organisation, die republikanisch gesinnte Kriegsteilnehmer für den Schutz der Weimarer Demokratie erfassen wollte. Der SPD-Politiker suchte Unterstützung ausgerechnet beim Reichswehrminister, obgleich dieser ganz wesentlich den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 mitverantwortet hatte. Am 5. September 1932 verhandelte er mit Schleicher über eine Beteiligung seiner Organisation am Landes- und Grenzschutz.

Den Arbeitsdienst betrachtete Höltermann als Gelegenheit wehrsportlicher Ausbildung für Mitglieder des „Reichsbanners“ und der Ende 1931 entstandenen „Eisernen Front“. Die Zeitung des „Reichsbanners“ schrieb am 12. September: „Entweder wir machen den Arbeitsdienst oder die anderen. Ja, wir müssen ihn machen, und wenn es nicht schon einen gäbe, dann müssten wir es sein, die ihn propagierten.“

Von solchen Illusionen geleitet, befanden sich Ende 1932 etwa 10.000 bis 12 000 Mitglieder in den Arbeitsdienstlagern, deren Führung „Stahlhelmen“ und Vertretern anderer rechtsgerichteter paramilitärischer Verbände oblag. Der Reichsbanner konnte keinerlei Einfluss nehmen. Das am 13. September 1932 geschaffene Reichskuratorium für Wehr- und Jugendertüchtigung, an dessen Spitze Innenminister Gayl und General a. D. Edwin von Stülpnagel standen, übernahm die Regie. Die Sozialdemokraten standen vor der Frage, zu opponieren oder im Kuratorium mitzuwirken. Letzteres konnte nur bedeuten, mit den ärgsten Feinden der Republik gemeinsame Sache zu machen. Schließlich war es Hitler, der den Arbeitsdienst als „Ehrendienst am deutschen Volke“ propagierte und 1935 die Arbeitsdienstpflcht gesetzlich fixieren ließ.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. September 2002, S. 21.

Hitlers Furcht

Deutsche Außenpolitik 1933-39

Sein Bemühen, eine umfassende und möglichst viele Aspekte berührende Schau auf Motive, Ziele und Mittel der Außenpolitik des NS-Regimes und dessen Schritte in den Krieg zu bieten, beeindruckt. Der Würzburger Ordinarius für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte, Rainer F. Schmidt – von dem vor fünf Jahren eine Monographie über Rudolf Heß mit dem allerdings irreführenden Titel „Botengang eines Toren“ erschien – behandelt im umfangreichen ersten Teil seines Buches die konzeptionellen und institutionellen Grundlagen sowie die internationalen Rahmenbedingungen für Hitlers anfängliche Erfolge im In- und Ausland. Das Geschehen in den ersten Jahren nach der Errichtung der Diktatur bezeichnet er als „Alleingänge in die internationale Isolierung“, das der Jahre 1935/36 als „Rückkehr zur außenpolitischen Handlungsfreiheit“, und das der beiden folgenden Jahre als „Zeit der Weichenstellung“. Erst dann, angeblich nach einem „grundlegenden“ Wandel der Hitlerschen Außenpolitik spricht Schmidt vom „Weg in den Krieg“. Obwohl er Göring zitiert, der 1936 meinte: „Wir stehen bereits im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.“ Mit einem Blick auf die „widerwillige Loyalität der Deutschen“ bei Kriegsbeginn schließt der Band.

Schmidt verweist auf Parallelen zwischen dem innenpolitischen Taktieren der Nazis vor 1933 und deren außenpolitischem Agieren bis zum Kriegsbeginn. Das zielorientierte Machtstreben der Nazi-führung und ihre skrupellose Umsetzung werden ebenso wie die taktierende Friedensheuchelei des „Wolfes im Schafspelz“ ausführlich dargestellt. Sein Fazit: „Hitler fürchtete den Frieden, nicht den Krieg; dieser war nicht die ultima ratio, sondern die prima ratio.“ Zu folgen ist den Darlegungen über den als „tragfähig“ bezeichneten Konsens zwischen Nationalkonservativen, Reichswehr und Hitler. Hingegen unterschätzt Schmidt Wirtschaftsinteressen, sie erscheinen sekundär.

Den roten Faden des Bandes bildet die Kritik an der Appeasement- Politik der Westmächte; deutlich lassen hier aktuelle Argumentationsweisen grüßen. Schmidt differenziert zwischen dem subjektiven Wollen vor allem der britischen Akteure, das als friedensbewahrende Politik von Demokraten gekennzeichnet wird, und den dennoch verheerenden objektiven Wirkungen von Nachgiebigkeit, Entgegenkommen und „Zurückschrecken vor einer Strafaktion“ gegen Deutschland. Die Ursachen der westlichen Befriedigungs- und Anpassungspolitik sind jedoch nicht ausreichend erfasst. Schließlich vertritt Schmidt die These, Stalin habe 1939 über Krieg oder Frieden geboten. Und immer wieder stößt man auf die Aussage: Der Desperado Hitler war's, und dies dank seiner „akzentsetzenden Qualitäten“.

Hilfreich und lobenswert ist, dass Schmidt die wesentlichsten historiographischen Deutungsversuche für Hitlers Erfolge sowie deren jeweilige Stärken und Schwächen in die Darstellung einzubeziehen versucht. Dass dabei die zum Thema gehörenden Publikationen und Erklärungsansätze von DDR-Historikern unerwähnt bleiben, soll hier wenigstens erwähnt werden. Obwohl längst an diese Praxis gewöhnt, darf sich ein den Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens vertrauter Leser dennoch darüber wundern.

Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939. Klett- Cotta, Stuttgart. 440 S., geb., 25 Euro.

Neues Deutschland, 9. bis 14. Oktober 2002, S. 11.

Stiefelabsatz

Man schrieb den 16. Oktober 1932: Im „Simplicissimus“ veröffentlichte der bekannte Zeichner Thomas Theodor Heine ein Bild, das Reichskanzler Papen und Wehrminister Schleicher auf einem Elefanten mitten durch einen Porzellanladen reitend zeigte. Der Titel: „Viel Feind, viel Ehr!“ Tatsächlich hatte sich in Deutschland eine breite Front gegen die Regierung aufgetan.

Der Herbst des Jahres 1932 stand im Zeichen verschärfter sozialer Auseinandersetzungen. Streiks flammten gegen die Notverordnung vom 5. September auf, da diese den Unternehmern das Recht zugebilligt hatte, Löhne widerrechtlich unterhalb der Tarifnormen zahlen zu dürfen. Reichsarbeitsminister Hermann Warmbold, zugleich Vorstandsmitglied der IG-Farben, setzte noch eins drauf und verordnete am 3. Oktober, alle Lohnregelungen auf der Grundlage der jüngsten Notverordnung seien Tarifverträgen gleichgestellt. Die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung“ forderte am 13. Oktober gar „ein allgemeines Streikverbot“ und dass „die Rädelsführer unter scharfe Strafe gestellt werden müssen“. Da passte auch in die Landschaft, was Papen im kleinen Kreise von sich zu geben gewagt hatte: „Man muss dem Volk nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es schon.“ In einer großen Rede vor Vertretern der Wirtschaft am 16. Oktober in Paderborn betonte er: Man müsse sich endlich vom „Gedanken klassenmäßiger Bevorzugung“ lösen, womit nichts anderes als die Beseitigung aller Reste der Sozialpolitik der frühen Weimarer Republik gemeint war. Verschwinden müsse der „marxistische Wahn vom Klassengegensatz“, eine Rückkehr zur Verfassung dürfe es nicht mehr geben. Das Volk sei „zur Disziplin und zur Verantwortung zu erziehen“.

Ja, gerade in jenen Wochen zeigten sich viele „undiszipliniert“: Die Statistik verzeichnete etwa 800 Betriebe, in denen Streiks gegen den Lohnabbau stattfanden. Unter ADGB-Führern, ansonsten eher zu Kompromissen mit den Unternehmern neigend, machte das Wort die Runde, man dürfe die aktive Arbeiterschaft nicht zurückrufen und die eigene Organisation als „Behördenorganisation“ missbrauchen lassen. Letzteres würde der Gewerkschaftsorganisation mehr Einbuße bringen als einige Schadensersatzklagen.

In mehr als der Hälfte aller Streikkämpfe standen kommunistische Gewerkschafter an der Spitze. Ihr Einfluss wuchs, doch kam es einer Verkennung der Verhältnisse gleich, wenn Mitte Oktober 1932 führende Politiker auf der 3. Reichskonferenz der KPD meinten, die NS-Bewegung sei zum Stillstand gekommen und in „rückläufiger Entwicklung“ begriffen. Ein folgenreicher Irrtum!

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Oktober 2002, S. 21.

Grußadresse

In jenem Jahr, da die ersten Hefte der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* erschienen, begann ich an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität Geschichte zu studieren. Seither begleitete mich dieses Journal Monat für Monat, sowohl während des Studiums als auch selbstredend in meiner langjährigen Tätigkeit an der Alma mater Jenensis. Zu lesen war die ZfG mit Gewinn, was zu sagen ich nicht zögere. Sie half mir zu erschließen, was Historiker in der und für die Gesellschaft tun oder auch lassen sollten, sie half zu begreifen, was die Wissenschaft von der Geschichte zu leisten vermag, wozu sie vernünftigerweise dienen kann und wofür sie nicht dienstbar sein sollte. Im Rückblick will es mir scheinen, als habe sie kein unwesentliches Scherflein dazu beigetragen, Verständnis für das zweifellos zu allen Zeiten komplizierte und immer wieder zu analysierende Verhältnis von Politik und Historie zu wecken, zu entfalten oder zu enthüllen. Manche in der Zeitschrift geführten Debatten bleiben in gleicher Weise unvergessen wie ihre unübersehbaren Unzulänglichkeiten und strukturell bedingten Mängel. Das „Zentralorgan“ der DDR-Historiker konnte nicht besser sein als die DDR-Geschichtswissenschaft, dies dürfte als Binsenweisheit gelten. Es war dennoch keineswegs schlechter als diese, auch wenn bis 1989 wohl allzu häufig in ihr spezifische Interessen von Politik über die der Wissenschaft gestellt waren.

Als bildend, anregend und beachtenswert will ich dennoch die Geschichte der ZfG in den Zeiten der DDR und deutsch-deutscher Zweistaatlichkeit bewertet wissen. Im Vergleich zu geschichtswissenschaftlichen Zeitschriften in der BRD schnitt ihr Gehalt an Informationen über Ergebnisse anderer historischer Forschungen wesentlich besser ab als im umgekehrten Falle. Nebenbei: Das politisch motivierte Desinteresse an Ergebnissen marxistischer und anderer linker Autoren im letzten Jahrzehnt beherrscht nach wie vor die Publikationen vieler Autoren, auch wenn diese ansonsten hohe Ansprüche an die Geschichtswissenschaft zu formulieren verstehen. Die Belege häufen sich, trotz anerkennenswerter Bemühungen anderer Forscher und Rezensenten, die auch in dieser Zeitschrift zu Wort kommen.

Solche Feststellung hebt keineswegs die Notwendigkeit auf, kritisch Rückschau zu halten auf die DDR-Geschichtswissenschaft. Vieles ist bereits geleistet worden, manches überzeugend und ehrlich, anderes oberflächlich und der Wahrheit unangemessen. Einiges scheint der Aufmerksamkeit entgangen zu sein oder ist zu Unrecht abgetan worden. Neben den Reminiszenzen an die ZfG und die DDR-Geschichtswissenschaft fehlt immer noch eine eingehende Analyse dessen, was an weiteren Zeitschriften und Schriftenreihen an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR geschaffen werden konnte. Es wurde vormals gern zur Kenntnis genommen, und es offenbart zum Teil wesentlich stärker als ZfG und BZG, was in den Reihen der DDR-Historiker gedacht und gestritten, überlegt und angeboten worden ist. Die inhaltliche und Papierkontingenten geschuldete Beschränkung der zentralen Zeitschriften führte fast überall zu Ersatz und Zusätzlichem. In Thüringen lebend fallen mir sofort die Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte und die Beiträge zur Konservatismusforschung ein, aber darüber hinaus denke ich auch an die Hallenser Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, an die Leipziger Hefte zur Revolutionsgeschichte, die Rostocker Beiträge zur Migrationsthematik, an das Humboldt-Journal der Friedensforschung und nicht zuletzt an das Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg, das an der Akademie der Wissenschaften erschien. Vieles wäre noch zu erwähnen, doch kann es an dieser Stellen nicht um eine vollständige Übersicht gehen. Pauschale Be- und Verurteilung verdient ganz sicher keine dieser Publikationen.

Wenn Wünsche für die Gestaltung der ZfG in weiteren Jahre und Jahrzehnten erbeten sind, dann will ich ausdrücklich für eine Beibehaltung der gegenwärtig spürbaren Linie von Vielseitigkeit und Offenheit plädieren, aus der heraus gewiß auch neue Erkenntnisse zur allerorten vernehmbaren, mitunter bedrückende Formen annehmenden Geschichtspolitik wachsen könnten. Gut wären Dokumentationen sowie mehr und umfangreichere Informationen über geschichtswissenschaftliche Tagungen und Projekte. Denn das Informationsbedürfnis ist groß.

Ansonsten: Gratulation zum 50. und Hoffnung auf weitere Jahrzehnte ZfG!

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 50. Jahrgang, Heft 11/2002, S. 979-980.

Rote und Braune Hand in Hand?

Der 30. Januar 1933 – die Vorgeschichte (Teil II): Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter und der Nektar, den Antikommunisten aus ihm saugen wollen

Am 3. November 1932 begann der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, an dem sich entgegen sonstiger Direktiven auch die Nazis beteiligten. Seither heißt es in der gängigen bürgerlichen Literatur, KPD und NSDAP hätten in einer Front gestanden und gleichsam Hand in Hand die Weimarer Republik zerstört. Braune und Rote seien deren Totengräber gewesen, was ja schließlich auch besagen soll, die damalige „politische Mitte“ habe allen Ernstes die Demokratie verteidigt, sei aber der Übermacht extremer Parteien erlegen.

Die Zumutungen

Gestreikt wurde im Herbst 1932 in rund 800 Betrieben, mal unter Führung freier Gewerkschaften, mal auf Initiative der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO), die der KPD nahestand. Alle richteten sich gegen die dreiste Notverordnung der Papen-Regierung vom 5. September 1932, die den Unternehmern ermöglichte, gesetzlich fixierte Tarifverträge zu unterlaufen und Lohnabbau in großem Stil zu betreiben. Lohnkürzungen zwischen zehn und 50 Prozent sollten unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein. Und das Reichsarbeitsministerium, an dessen Spitze das Vorstandsmitglied der IG-Farben AG Hermann Warmbold stand, hatte am 3. Oktober alle Lohnfestlegungen, die auf der Grundlage der neuen Notverordnung erfolgten, als vereinbar mit den gesetzlichen Bestimmungen zu den Tarifverträgen sanktioniert. Als auch das nichts half, forderte die schwerindustrielle Deutsche Bergwerkszeitung am 13. Oktober, daß die „Organisierung von rechtswidrigen Streiks mit dem Ziel, den Wirtschaftsplan der Regierung zu zerstören, durch ein allgemeines Streikverbot verhindert werden muß und die Rädelsführer unter scharfe Strafe gestellt werden müssen“.

Derart ermutigt, wollte die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) nach dem Auslaufen der gültigen Tarifverträge am 30. September den Stundenlohn um sage und schreibe 14 bis 23 Pfennig kürzen. Dies wäre die fünfte Lohnsenkung seit Beginn der Weltwirtschaftskrise gewesen und hätte nahezu eine Halbierung des Lohnes von 1929 bedeutet. Das konnte niemand hinnehmen. Alle Verhandlungen der Tarifpartner blieben ergebnislos. Schließlich bestimmten die BVG-Bosse: Ab 1. November sinken die Stundenlöhne auf unbestimmte Zeit um zwei Pfennige. Im Vergleich zu der ursprünglich angekündigten Lohnkürzung war das wenig, im Verhältnis zu den hohen Lebenshaltungskosten aber viel.

Nach dem Willen des freigewerkschaftlichen „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ sollte die Belegschaft in einer Urabstimmung entscheiden, ob die Lohnkürzung hingenommen oder ob gegen sie gestreikt werden soll. Den sozialdemokratisch geführten Betriebsrat leitete die Hoffnung, mit dem von ihm erwarteten negativen Ergebnis „der RGO das Maul stopfen“ zu können. Immerhin gehörten etwa 6000 Männer und Frauen der Belegschaft dem Gesamtverband an, der sich gegen einen Streik aussprach. Doch solche Erwartungen blieben unerfüllt: Von 21.902 stimmberechtigten Arbeitern beteiligten sich 18.537 an der Abstimmung. Rund 2900 konnten wegen Krankheit oder „Beurlaubung“ nicht teilnehmen. Für den Streik stimmten 14.471, gegen ihn lediglich 3993. Aus der Zahl der Gegenstimmen ging hervor, daß nicht einmal alle sozialdemokratisch orientierten Arbeiter den Streik abgelehnt hatten. Die Zweidrittelmehrheit war erreicht, nicht aber die 75 Prozent aller Abstimmungsberechtigten, die der Gesamtverband bei politischen Streiks von Fall zu Fall für erforderlich hielt.

Der Gesamtverband hatte eine Niederlage erlitten; unabhängig von seiner Zurückhaltung begann die Mehrheit der Berliner Verkehrsarbeiter in den frühen Morgenstunden des 3. November mit dem Streik. Aus Not und Existenzangst fanden die Streikbereiten trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und -orientierung sich zusammen. Der Streik war ein Resultat der von den Unternehmern herbeigeführten Situation und keinesfalls das Ergebnis einer Zusammenarbeit von KPD und NSDAP.

Unter der Berliner Bevölkerung erfuhren die Streikenden großes Verständnis, ja „massive Unterstützung“, wie eine großbürgerliche Zeitung konstatierte, obgleich der innerstädtische Verkehr völlig zusammenbrach. Am ersten Tag fuhren von den 3000 Straßenbahnwagen lediglich 271 aus, doch selbst dieser „Notverkehr“ wurde am Abend eingestellt. Auch an den folgenden Tagen konnten nur wenige Bahnen und Busse unter Polizeischutz fahren. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf vier Streikposten erschossen wurden. Ferner gab es 47 Verletzte und 583 Verhaftungen. *Die Rote Fahne* wurde am 4. November wieder einmal verboten, die gesamte kommunistische Presse im Lande überwacht. Die preußische Polizei legte umfangreiche Akten zur Überwachung und Bekämpfung kommunistischer Aktivitäten an. Nebenbei: Über nationalsozialistische Aktivitäten schweigen die Akten der Polizei. Zufall? Überlieferungslücken? Wohl kaum ...

Das Papen-Kabinettt befafte sich in diesen Tagen intensiv mit dem Streik und erwog sogar, ob man ihn nicht als ein „Verbrechen des Hochverrats“ bewerten und entsprechend behandeln könne. Reichsminister Franz Bracht sprach die Vermutung aus, die KPD würde offensichtlich auf einen Generalstreik hinarbeiten. Im Gegensatz zur Mehrheit der bürgerlichen Zeitungen – deren Redakteuren klar war, daß Kommunisten für einen Streik eintraten, ihnen glich allein die neue Position der NSDAP einer Sensation – empfand es der Minister in keiner Weise als problematisch, daß in die rund 50 Personen umfassende zentrale Streikleitung auch vier Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) eingetreten waren. Diese würden nicht mit den Kommunisten zusammenarbeiten, wufte Bracht zudem dem Kabinettt zu berichten. Und am Kabinetttstisch dachte – selbstverständlich – keiner an ein Verbot des *Völkischen Beobachters* oder des *Angriffs*.

Motive der Nazis: Reine Taktik

Der Streik – von Regierung, BVG-Direktion und Gesamtverband als ein „wilder“ deklariert – endete mit einer Niederlage. Sein Verlauf kann in vielen Darstellungen nachgelesen werden. Hier interessieren mehr die Absichten sowohl der am Streik Beteiligten als auch die ihrer Gegner.

Die Motive der Nazis entsprangen reiner Taktik, noch dazu einer gewandelten, denn bis dahin war die NSDAP strikt gegen Streiks aufgetreten. Sie schielten seit Sommer 1932 verstärkt auf neue Wähler aus der Arbeiterschaft, um die Regierungsgewalt erringen zu können. Dabei erwies sich der Berliner NSDAP-Gauleiter Goebbels als gewiefter Taktiker: „Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht wiedergewinnen; hat man aber den Arbeiter einmal verloren, dann ist er auf immer verloren.“

Während des Streiks stand Goebbels mit Hitler „in stündlicher telephonischer Verbindung“. Seinem Tagebuch vertraute er am 2. November an: „Wir haben auch für die Partei die Parole zum Streik ausgegeben. Die ganze Presse schimpft toll auf uns. Sie nennt das Bolschewismus; und dabei bleibt uns eigentlich gar nichts anderes übrig. Wenn wir uns diesem Streik, der um die primitivsten Lebensrechte der Straßenbahnarbeiter geht, entzogen hätten, dann wäre damit unsere feste Position im arbeitenden Volk ins Wanken gekommen. Hier haben wir vor der Wahl noch einmal die große Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß unser antireaktionärer Kurs (gedacht ist hier an die Auseinandersetzung mit der DNVP und deren Vorsitzenden Alfred Hugenberg, M. W.) wirklich von innen heraus gemeint und gewollt ist ...“

Zwei Tage später schrieb Goebbels: „Unser Ruf bei der Arbeiterschaft hat sich in ganz wenigen Tagen glänzend gehoben. Wenn sich das auch bei dieser Wahl noch nicht auswirken sollte, für die Zukunft ist dieser Aktivposten von gar nicht abzumessender Bedeutung. Man muß auch hier in längeren Zeiträumen rechnen lernen; denn schließlich wollen wir ja Berlin erobern, und da kommt es nicht darauf an, ob man bei einer mehr oder weniger belanglosen Wahl ein paar zehntausend Stimmen verliert, die im aktiven, revolutionären Kampf ohnehin keine Bedeutung haben.“ Und als der Streik seinem Ende entgegen ging, hatte er nichts anderes als die Losung „Abspringen!“ auf den Lippen. Dem folgte am 11. November der Eintrag: „Unsere Attacken gegen die KPD müssen jetzt mit größerer Schärfe vorgetragen werden. Während des Streiks gerieten wir zu ihr in eine unangenehme aber unvermeidliche Tuchfühlung. Jetzt muß wieder Abstand genommen werden.“

„Abstand“ war indessen bereits während des Streiks gewahrt worden: Die NSBO zog mit eigenen Posten und Parolen vor bestreikte Betriebsteile. Sie beteiligte sich lediglich an den ersten beiden Tagen an Schutzaktionen für die Streikposten. In der Nazi-Presse erschienen keine Mitteilungen der Zentralen Streikleitung, was diese zu dem Vorwurf veranlaßte, es komme der NSBO wohl nur darauf an, „die Parteisuppe zu kochen, Wahlagitation zu betreiben“. Nachdem der Streik einen Tag nach der Reichstagswahl abgebrochen wurde, ließen die Nazis noch am 8. November verkünden „Wir streiken weiter!“ Berichtet wurde auch über eine Anweisung der NSDAP-Gauleitung, Streikende sollten Lokale des „Reichsbanners“ überfallen, was ganz offensichtlich eine Vertiefung der Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezwecken sollte. Die Zentrale Streikleitung hatte solches Ansinnen nachdrücklich zurückgewiesen und als ein „Verbrechen“ charakterisiert.

RGO: Den Streik etwa absagen?

RGO und KPD haben sich trotz der Absage des Gesamtverbandes und trotz der Nazi-Beteiligung für den Streik entschieden, nicht wegen des Verhaltens der anderen. So zahlreich die politischen Fehler der deutschen Kommunisten in jener Zeit gewesen sind: In diesem Falle traten sie vorrangig für existentielle Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter ein und blieben aller Erfahrung verbunden, die da besagte, daß Lohnsenkungen nur durch Kampf zu verhindern, soziale Verbesserungen nur dank gemeinsamer Aktionen der Betroffenen zu erreichen sind. Daß gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Lebensbedingungen gekämpft werden muß, wenn erforderlich auch mit dem Mittel des Streiks, dazu gab es weitgehend Konsens in der deutschen Arbeiterbewegung, auch wenn viele meinten, in den Zeiten einer Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit würde es sich um eine stumpfe Waffe handeln. Als im Herbst 1932 die Zahl der Streiks in den Betrieben wieder zunahm, als Lohn- und Sozialabbau unmenschliche Ausmaße erreichten, da galt es indessen auch, den weiteren Vormarsch der NSDAP zu stoppen und die Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Dadurch gewann jeder Streik nahezu zwangsläufig auch politischen Charakter, daher löst die Beteiligung der Nazis am BVG-Streik berechnete Fragen aus.

Daß gegen die Gefahr des Faschismus gekämpft werden muß, wurde zwar von beiden großen Arbeiterparteien erkannt, doch zog jede Schlußfolgerungen nur für sich allein. Und diese richteten sich in der Regel hauptsächlich gegeneinander. So bekämpfte der sozialdemokratisch orientierte Gesamtverband vor allem den Streik, um den wachsenden Einfluß der RGO zu unterbinden; und was zugleich erschreckend ist: Es gab keinerlei Erklärung, man nehme am BVG-Streik nicht teil, weil sich die NSBO daran beteilige. Für ihn stand schlicht und einfach außer Frage, einen Streik gemeinsam mit den Kommunisten zu führen. Dies wiederum kam den Führungsansprüchen der KPD durchaus entgegen. Ihre reale Kraft falsch einschätzend, überzog sie den Bogen und rief auf der letzten Sitzung der zentralen Streikleitung – ganz im Sinne einer verfehlten parteiegoistischen „roten Einheitsfrontpolitik“ – alle Belegschaftsmitglieder zum „Masseneintritt in die RGO“ auf. Als der Parteitag der KPD von Berlin-Brandenburg am 19. und 20. November Lehren aus den Streikkämpfen zog, war viel von der notwendigen Auseinandersetzung mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, weniger dagegen vom Abwehrkampf gegen NSBO und NSDAP die Rede.

Die Wahlen vom 6. November

Häufig werden von Historikern gerade die Wahlen vom November 1932 und der BVG-Streik als entscheidende Schicksalsschläge der Weimarer Republik bezeichnet. Streikenden wie Wählern wird unterstellt, sie hätten Hitler geholfen bzw. an die Macht gewählt. Gar als „Vorwegnahme des Hitler-Stalin-Paktes auf niederem Niveau“ ist die Aktion der Berliner Verkehrsarbeiter bezeichnet worden, ebenso wird vom „Paradebeispiel für das destruktive Zusammenwirken der beiden totalitären Parteien von links und von rechts“ gesprochen.

Solche Folgerungen führen jedoch zu nichts anderem als einem Trugbild von der Geschichte. Nein, der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter – so unterschiedlicher Meinung man über ihn sein kann – stellte keine ernsthafte Gefahr für den Weimarer Staat dar. Aus ihm konnte kein Generalstreik hervorgehen, und er zielte in keiner Weise auf einen „Umsturz“ und „undemokratische Verhältnisse“.

Ebensowenig ist Hitler an die Macht „gewählt“ worden. Das Ergebnis des 6. November ließ indessen aufhorchen, erlitt doch die NSDAP – bislang von Erfolg zu Erfolg gestürmt – einen spektakulären Rückschlag. Sie verlor zwei Millionen Anhänger und 34 Reichstagsmandate. Die rückläufige Tendenz konnte nicht übersehen werden: Anfang Dezember bei den Kommunalwahlen in Thüringen wandten sich sogar 40 Prozent von ihr ab. Dennoch: Sie blieb Deutschlands wählerstärkste Partei. Not und Elend hatten ihr Massen zugetrieben, und ihre politische Werbestrategie zeitigte durchaus gewünschte Resultate.

Bei den Novemberwahlen mobilisierten die Kommunisten knapp sechs Millionen Wähler. Rund 700.000 neue Wähler hatte die KPD hinzugewinnen können, was jedoch in etwa nur den Verlusten der SPD entsprach. Beide Arbeiterparteien erreichten zusammen 13,1 Millionen Stimmen, damit allerdings keinerlei Verbesserung gegenüber den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und 31. Juli 1932. Auch die Stimmengewinne der KPD hatten sich verlangsamt. Es zeugt von einer Illusion, wenn der sozialdemokratische Vorwärts damals schrieb: „Marx stärker als Hitler“, und die Rote Fahne vermerkte: „Der revolutionäre Aufschwung beschleunigt sich.“ Die stockkonservative Deutschnationale Volkspartei verbuchte leichte Gewinne, was sie zu lautstarker Wiederholung ihrer Parole veranlaßte: „Weg mit dem Parlamentarismus!“ Das katholische Zentrum konnte mit 70, die Bayerische Volkspartei mit 20 Mandaten in das neue Parlament einziehen; alte Hoffnungen keimten erneut auf, mit der NSDAP doch noch eine Koalition schließen zu können.

Nach dem Wahltag fanden die Berliner Ergebnisse größtes Interesse. Hier gewann die KPD, hier verloren SPD und NSDAP weit mehr als im Reichsdurchschnitt. Von letzterer wandten sich Wähler vor allem in den Stadtteilen der Betuchten ab, die Verluste in den ausgesprochen proletarischen Bezirken (z. B. Neukölln, Friedrichshain, Wedding) hielten sich demgegenüber in Grenzen.

Kalkül der Feinde von Weimar

Nein, Hitler ist weder am 6. November noch später „an die Macht gewählt“ worden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade angesichts des Verlustes von zwei Millionen Wählern wollten konservative und andere rechte Kreise nun endlich die NSDAP mit Regierungsmacht versehen. Nicht weil diese von erheblichen Teilen der Bevölkerung gewählt wurde, hielten wirtschaftliche, militärische und politische Kreise der deutschen Eliten die Übertragung der Regierungsgewalt an die Nazi-partei für notwendig, sondern weil diese am Ende des Jahres 1932 einen großen Teil ihrer Wähler zu verlieren begann! In den Reihen deutscher Großindustrieller, Großagrarier und Generäle zeigten sich viele ob des Rückgangs der NSDAP-Stimmen von 13 auf 11 Millionen bestürzt: Sollte jene politische Kraft wirklich verloren gehen, die bereits so großen Masseneinfluß erreicht hatte und die wie keine andere versprach, den „Marxismus“ – sprich: die beiden Arbeiterparteien, das Parteienwesen und den Parlamentarismus – „auszurotten“, die wie keine andere rigoros und skrupellos Deutschland wieder eine Vormachtstellung in Europa und in der Welt verschaffen wollte?

junge Welt, Sonnabend, 02.11.2002, S. 10.

Kaum lagen die Ergebnisse der

Reichstagswahlen vom 6. November 1932 vor, begannen hektische Aktionen und Verhandlungen. Als Ziel benannte Reichskanzler Papen, dessen Stuhl erheblich wackelte, die Bildung einer Regierung der „wirklich nationalen Konzentration“. Begonnen wurde mit der Verkündung einer weiteren Notverordnung. Sie sollte vom 7. bis zum 18. November den „politischen Burgfrieden“ sichern. Für den zu erwartenden Verhandlungsmarathon der bürgerlichen Parteien wollte man „Störungen“ um jeden Preis vermeiden.

Gespräche führte Papen auch mit der NSDAP, die bei den Wahlen eine herbe Schlappe hatte einstecken müssen, doch trotz des Verlustes von zwei Millionen Stimmen wählerstärkste Partei geblieben war. Die Forderung nach einer „wirklich“ nationalen Regierung – sie bedeutete nichts anderes als die Suche nach einer neuen Variante alter Politik: einerseits Machtbeteiligung der NSDAP, andererseits keine Übertragung aller Regierungsgewalt an diese. Diktiert wurde das nicht etwa von grundsätzlichen Bedenken gegen deren unvermindert anhaltende terroristischen und rassistischen Aktivitäten, nein, da sollten hauptsächlich eigene Pfründe gesichert bleiben. Hitler blieb bei seinem Ziel „Alles oder nichts“. Bestärkt wurde er darin u. a. von Hjalmar Schacht. Der frühere Reichsbankpräsident schrieb am 12. November an Hitler: „Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, dass die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann und das ist Ihre Kanzlerschaft.“ In gleichem Sinne wandten sich eine Woche darauf mehrere Industrielle, Bankiers und Großagrarier mit einer Eingabe an Hindenburg, nachdrücklich befürworteten sie eine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Offensichtlich zeigten sie sich ob des Rückgangs der NSDAP-Stimmen von 13 auf 11 Millionen besorgt: Sollte sich die Massenbasis jener politischen Kraft verlaufen und verloren gehen, die wie keine andere versprach, den „Marxismus auszurotten“ und rigoros Deutschland wieder Vormachtstellung in der Welt verschaffen wollte?

Bei den Gemeindewahlen in Sachsen setzten sich am 13. November die Stimmenverluste der NSDAP fort, ähnlich dann auch bei den Gemeindewahlen in Thüringen. Entgegen der Legende wurde Hitler also nicht an die Macht „gewählt“, ihm wurde sie übertragen.

Am Donnerstag, dem 17. November, verbreitete sich in Windeseile die Nachricht von der Demission des Papen-Kabinetts. Prompt verlängerte Hindenburg den „politischen Burgfrieden“ bis zum 2. Januar des folgenden Jahres. Seine Gespräche mit Vertretern der DVP, DNVP, des Zentrums und der BVP scheiterten. Den NS-Chef empfing er indessen zweimal. Am 21. November verabschiedete er ihn mit: „Welches Ende unsere Verhandlungen auch nehmen, meine Tür wird Ihnen immer offen sein.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. November 2002, S. 21.

Planspiele

Diesem Kabinett gebe ich höchstens zwei Monate.“ Das schrieb Goebbels an jenem Tag nieder, an dem der frühere Reichswehrminister General Kurt von Schleicher zum Kanzler der 20. Regierung seit dem Entstehen der Republik berufen wurde. Was machte ihn so siegesgewiss? Seine Partei befand sich nicht gerade in einer komfortablen Situation: Sie hatte bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Zwischen ihren Führern schwelte seit langem heftiger Streit um die Parole „Alles oder nichts!“. Auch waren die Finanzen etwas knapper geworden; dennoch bezahlte die NSDAP Woche für Woche 10.000 Reichsmark allein für Hitlers Quartier im Berliner Nobelhotel „Kaiserhof“, direkt gegenüber der Reichskanzlei.

Doch da gab es für die NS-Partei auch Lichtblicke. Bedeutende Großindustrielle und Großagrarier hatten am 19. November 1932 den Reichspräsidenten Hindenburg „gebeten“, Hitler als Chef der größten „nationalen Partei“ auf den Stuhl des Reichskanzlers zu befördern. Schleicher hing da noch dem illusionären Konzept an, das auf die Bildung einer „Querfront“, d. h. eines Bündnisses einiger Flügel rechter Parteien und der Gewerkschaften zielte. Insbesondere hoffte er, den Strasser-Flügel der NSDAP und Teile des ADBG gewinnen zu können. Zugleich ließ er prüfen, ob es möglich ist, in Deutschland eine Militärdiktatur zu errichten.

Die Prüfung fiel niederschmetternd aus: Am 2. Dezember 1932 trug Oberstleutnant Eugen Ott im Kabinett die Ergebnisse eines in diesem Sinne von der Reichswehr betriebenen Planspieles vor. Gefragt war nach den Aussichten eines Ausnahmezustandes im Falle eines Aufstandes von rechts und von links, den – so angenommen – Polen zum Einfall in Ostpreußen nutzen würde. Fazit: Die Machtmittel des Staates würden nicht ausreichen, um allen Gefährdungen wirksam zu begegnen, zumal das jüngere Offizierskorps von NS-Einflüssen nicht frei geblieben sei. In die preußische Polizei wurde wenig Vertrauen gesetzt. Eine Herrschaft des Militärs könne sich nicht behaupten.

Die Situation war eindeutig: Die NSDAP hatte Wähler und Mitglieder verloren, ihr Rückgang zeigte sich bei den Kommunalwahlen in Thüringen vom 4. Dezember 1932 besonders drastisch: 40 Prozent! Nachdrücklich wollten konservative und andere rechte Kreise nun endlich die Nazis an die Macht gebracht sehen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30. November/1. Dezember 2002, S. 21.

Schäferhund

General Schleicher, letzter Kanzler der Weimarer Republik, nutzte den Rundfunk, als er am 15. Dezember 1932 seine Regierungserklärung abgab. Erstmals geschah dies nicht vor dem Parlament, das sich weitgehend bereits selbst entmachtet hatte. Man wolle doch bitte in ihm nicht den Soldaten, „sondern den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten“ sehen. Sein Programm bestehe nur aus einem einzigen Punkt: „Arbeit schaffen!“ Als erstes schuf er zu diesem Zwecke einen entsprechenden Ausschuss (er hätte auch Kommission heißen können), dann folgte die Einsetzung eines „Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung“. Dieser sollte gleich einem „Schäferhund“ wachsam alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage aufspüren. Vom Kanzler protegiert, übernahm Günther Gereke, Mitbegründer der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, dieses Amt.

Am 23. Dezember bediente sich auch Gereke des Radios. Im Rahmen einer üblichen regierungsamtlichen Weihnachtsrede verkündete er ein „Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung“. Bau und Erhaltung von Land- und Wasserstraßen, ebenso landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten und der Siedlungsbau sollten unterstützt werden. Kleine Hypotheken für den Eigenheimbau wurden versprochen. Es klang auch nicht schlecht, wie er gegen volkswirtschaftlich sinnlose Anlagen und Luxusbauten wetterte. Um möglichst Vielen Arbeit schaffen zu können, sollte die Arbeitszeit 40 Wochenstunden (wie von den freien Gewerkschaften gefordert) nicht überschreiten. Gereke nannte auch konkrete Summen, die der Staat zur Verfügung stellen wolle – übrigens auch solche, von denen er wusste, dass es für sie keine Zustimmung anderer Kabinettsmitglieder gab. Und auch Krupp, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wandte sich strikt gegen jegliche „kredit- und wirtschaftspolitischen Experimente“. Dem Schäferhund ward ein „Beißkorb“ verpasst ...

Dass es weniger um die Linderung der Not ging, machten Nebensätze und intern gesprochene Worte deutlich. Der soziale Friede solle gewahrt werden können, einer „Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung“ sei vorzubeugen. Schleicher bemühte ein Bild: Rechtzeitig seien Dämme zu bauen, damit die Fluten „nicht über uns hinweggegangen sind, bevor die wirtschaftliche Erholung sichtbar wird“. Waren etwa die „braunen“ Fluten gemeint? Ganz sicher nicht, denn den versammelten Gruppen- und Wehrkreiskommandeuren der Reichswehr erklärte er in jenen Tagen, dass eine Zerschlagung der Nazis „nicht im Staatsinteresse“ liege.

Zu dieser Orientierung passte auch die Aufhebung des Gesetzes zum Schutz der Republik, das 1922 gegen die Angriffe der Rechten auf den Weimarer Staat fixiert und 1930 noch einmal verändert worden war: Es verlor durch eine Verordnung Hindenburgs mit dem Titel „Zur Erhaltung des inneren Friedens“ mit Wirkung vom 21. Dezember 1932 seine Gültigkeit.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Dezember 2002, S. 21.

Wegweiser zu den Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Thüringen 1933-1945

Einleitung

Das in der Mitte Deutschlands gelegene Thüringen wird gern besucht. Hier kreuzen sich Wege aus allen Himmelsrichtungen Besucher aus Fern und aus Nah erfreuen sich der lieblich-reizvollen Landschaft und ebenso der Gastfreundschaft seiner Einwohner. Eine „Klassikerstraße“ führt rund 300 Kilometer durch das Bundesland. Wer sie benutzt, begegnet vielfältigen Zeugnissen großartiger und weltweit bekannter Literatur, Kunst und Wissenschaft. An zahlreichen Gebäuden verkünden Tafeln: Hier lebten und wirkten Goethe oder Schiller, aber auch Bach, Cranach, Fichte, Hegel, Herder, Gropius, Klee, Klopstock, Liszt, Luther, Musäus, Nietzsche, Schelling, Schütz, van de Velde, Wieland und viele, viele andere Meister ihres Faches. Oder – so ist desgleichen zu lesen: Hier fanden wichtige Tagungen statt, sei es die der Deutschen Nationalversammlung des Jahres 1919 im Weimarer Theater oder seien es die programmatischen Tagungen der Sozialdemokratie in Eisenach, Gotha und Erfurt. Wo auch immer: Es ist Geschichte pur, die den Betrachter regelrecht überfällt.

Während Thüringen unter den 16 Ländern der deutschen Bundesrepublik – gemessen an der Bevölkerungszahl und Größe des Territoriums – zu den kleineren gehört, lässt sich Gleiches kaum von seinem kulturhistorischen Rang sagen. Mit dem Land verbindet sich eine national wie international bedeutsame Geistes- und Kulturgeschichte. Die klangvollen Namen seiner Burgen und Schlösser, seiner berühmten Parks und Museen, altherwürdiger Klöster und Kirchen sowie traditionsverbundene Städte und anrührende Gedenkstätten üben große Anziehungskraft aus.

Von Thüringen ist indessen ebenso unweigerlich zu sprechen, richtet sich der rückschauende Blick sich auf das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald und seine zahlreichen Außenkommandos, auf das sogenannte Gauforum der NSDAP in Weimar, die unterirdischen Werkstätten der Raketendindustrie in der Nähe Nordhausens oder diverse Waffenschmieden der Gustloff-Werke. Vielerorts machen Gedenktafeln auf die Opfer der Todesmärsche aufmerksam, auf jene sinnlosen Evakuierungsmaßnahmen aus den thüringischen Konzentrationslagern während der letzten Tage des Zweiten Weltkrieges. In vielen Orten sind Straßen nach Verfolgten und Gegnern des Naziregimes benannt oder Stelen zu Ehren von Widerstandskämpfern errichtet worden. Fällt der Name des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters Fritz Sauckel, gerät zudem die schamlose Ausbeutung der Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung, denn er war für deren „Beschaffung“ seit seiner Ernennung zu Hitlers „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ im März 1942 zuständig. Unabwendbar muss von Thüringen auch als einer Region gesprochen werden, die am Ende der 20er und zu Beginn der Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen herausragenden Platz in der Vorgeschichte des Dritten Reiches einnahm. Schließlich war es dieses Land, in dem 1930/31 erstmalig Wilhelm Frick – der Putschist von 1923 und spätere Reichsinnenminister – antidemokratische, rassistische und menschenfeindliche Diktaturmethoden erproben konnte und in dem die diktatorische Herrschaft der nationalsozialistischen Partei nicht erst am 30. Januar 1933, sondern bereits im August 1932 begann.

An grausiges Geschehen ist zu erinnern: Da wurden Menschen ge- und verjagt, inhaftiert und gefoltert oder ermordet, nur weil sie anderer „Rasse“, anderen Glaubens, anderer Lebensart und anderer politischer Gesinnung gewesen sind; da wurden „fremdvölkische“ Arbeitskräfte skrupellos ausgebeutet um einen Krieg um deutscher Weltmachtpläne willen führen zu können. Wer heute diesen Teil deutscher Geschichte betrachtet, für den kann kein Weg an Thüringen vorbei führen. Notwendigerweise wird seither immer und immer wieder gefragt, wie es geschehen konnte, welche allgemeinen Ursachen und welche thüringischen Besonderheiten halfen, diesen Weg einzuschlagen und bis zum bitteren Ende zu gehen. Zugleich wird auch danach gefragt, wer sich dem Nationalsozialismus widersetzte und andere politische Ideale verfocht, deswegen verfolgt oder gar ermordet worden ist. Denn selbst in jener Zeit bestätigte sich das Wort des Dichters Friedrich Hölderlin: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“. Insofern gehören Verfolgung und Widerstand untrenn-

bar zusammen, auch wenn sie nicht gleichen Umfang besaßen, sich auf unterschiedlichsten Ebenen vollzogen und kaum Identität in den Formen aufwiesen.

Die terroristische Politik der NSDAP forderte eine Vielzahl von Menschengruppen heraus: sie richtete sich in politischer Hinsicht gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Genossenschafter, Pazifisten und bürgerliche Demokraten, gläubige Christen, Liberale und Konservative, je selbst gegen Widersacher aus den eigenen Reihen, in „rassischer“ Hinsicht gegen jüdische Bürger, Sinti und Roma, überhaupt gegen alle als „fremdvölkisch“ diskreditierten Nicht-Arier. In eugenischer und rassenhygienischer Hinsicht meinte die NSDAP, „lebensunwertes Leben“ vernichten zu sollen. In allem kam ein absoluter Totalitätsanspruch nationalsozialistischer Politik und Ideologie zum Vorschein, aus dem Verfolgungsziele und -praktiken erwuchsen.

Widerstand – das bedeutete in erster Linie Reagieren auf den Faschismus, insbesondere auf seine Politik des Verfolgens, Verjagens und Vernichtens anders denkender und andersartiger Menschen. Er konnte, musste sich aber nicht grundsätzlich gegen das diktatorische Regime richten. Zumeist vollzog er sich partiell, unterschiedlichen Interessen und Zielen gemäß, sowie in vielfältiger Art und Weise: im Protest gegen Inhaftierungen und Misshandlungen, in Aktionen gegen die Verfolgung, Deportation und Ermordung der Juden, im Verweigern denunziatorischer Forderungen, im Selbstbehauptungs- und Überlebenskampf unter den Bedingungen von Zuchthäusern und Konzentrationslagern, im Widerstand gegen Verbrechen in den annektierten und okkupierten Gebieten, in Mitmenschlichkeit gegenüber Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, im Engagement für die Rettung kranker und behinderter Menschen, in der Auflehnung gegen die blinde Zerstörungswut und Morde, die einer sinnlosen Verzögerung der unabwendbaren Kriegsniederlage dienten, in konspirativen und bewaffneten Unternehmungen, in aktiver Vorbereitung auf die Zeit nach dem Ende von Hitlers Herrschaft und Krieg. Widerständig zeigte sich im Grunde ebenfalls, wer nicht bereit war, vom Regime über Bord geworfene humanistische Prinzipien aufzugeben, wer diese für sich selbst bewahrte und ihnen gemäß zu leben versuchte, wer sich passiv verhielt oder resistent blieb gegenüber nazistischer Indoktrination.

Widerstand stieß generell auf Verfolgung, diese führte jedoch häufig nicht zu ihm. Allzu viele Deutsche duldeten, unterstützten oder beteiligten sich an der Verfolgung, allzu wenige leisteten Widerstand. Umso höher ist dessen geschichtliche Leistung derer zu bewerten, die widerstanden, um so ernsthafter das ehrende und mahnende Gedenken an seine Opfer zu betreiben, um so notwendiger, Widerständlern und Opfern einen herausragenden Platz in heutiger und künftiger deutscher Erinnerungskultur einzuräumen. Dies gilt selbstverständlich auch für das thüringische Land, für seine Städte und Gemeinden. Verfolgung und Widerstand widerspiegeln hier sowohl ihre allgemeinen, ihre nationalstaatlich bedingten Grundlagen als auch eine Reihe spezifisch lokaler Erscheinungsformen und regionaler Merkmale.

Das Land im Vorfeld von Diktatur und Krieg

Thüringen – vielfach als „Herz“ Deutschlands oder in jüngster Zeit als dessen „starke Mitte“ bezeichnet – existierte in seiner langen Geschichte nur selten als staatliche Einheit. Im Gegenteil: Stets waren politische Vielfalt ebenso wie wirtschaftliche Mannigfaltigkeit auffällige Kennzeichen des Landes. Die Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen seiner Einwohner und ebenso die ihrer feudal und kapitalistisch, in politischer Hinsicht vor allem kleinstaatlich geprägten Strukturen konnte kaum größer sein. Einerseits bestimmten kleine Residenzstädtchen mit ihren reichhaltigen kulturhistorischen Traditionen das Erscheinungsbild, andererseits gab es mit der Industrialisierung gewachsene größere Städte, gelegen vor allem an der Ost-West-Achse des Thüringer Beckens. Dessen Mitte aber, d. h. die einzige thüringische Großstadt Erfurt (1920 mit 134.000 Einwohnern), ihre Umgebung wie auch Teile Süd- und Ostthüringens und das Eichsfeld gehörten bis in den Zweiten Weltkrieg hinein zum Land Preußen. Nirgendwo existierte ein Industrierevier, vergleichbar etwa dem Ruhrgebiet oder den Wirtschaftszentren Berlin und Hamburg oder dem während des Ersten Weltkrieges entstandenen mitteldeutschen Chemie-Komplex um Leuna und Bitterfeld. Großbetriebe von nationalem Rang hatten sich hier während der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts

kaum angesiedelt‘ sieht man von den Jenaer Zeiss- und Schottbetrieben, den Eisenacher Autowerken und den Suhler Simson-Werken ab.

Fast überall dominierten Handwerk sowie kleinere und mittlere Betriebe. Doch auch das hob sich mit seinen Produktionsbedingungen noch weit ab von denen ländlicher Regionen, insbesondere jenen des Thüringer Waldes, des Eichsfeldes und der Rhön. Hier litten Landwirtschaft und Heimindustrie in besonderem Maße unter den gravierenden Folgen des Ersten Weltkrieges, der Hyperinflation von 1922/23, der seit 1927 anhaltenden Agrarkrise und der 1929 einsetzenden katastrophalen Weltwirtschaftskrise.

Dem Wirtschaftsgefälle entsprachen auch sozialstrukturelle und politische Unterschiede. In den größeren Städten machte nicht allein das städtische Bildungsbürgertum von sich reden, hier gab es auch traditionelle Hochburgen der Sozialdemokratie und der Kommunisten, während in den agrarisch-preußischen Teilen der Region eher konservative und nationalliberale Kräfte dominierten. Obgleich das Bildungsbürgertum oft den Kern liberaler Milieus darstellte, geriet es im Laufe der Zeit mehr und mehr unter den Einfluss nationalistischer sowie völkisch-rassistischer Literaten und Publizisten, die in Thüringen teilweise bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine ihnen sehr wohlgesonnene Heimstätte gefunden hatten. Angesichts des drohenden Verlustes ökonomischer Sicherheit, angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und Gehaltseinbußen zeigten sich große Teile des Bürgertums und der Beamtschaft der demokratischen Verfassung des Weimarer Staates überwiegend feindlich gesonnen. Politische Entliberalisierung und Radikalisierung schritten während der zwanziger Jahre rasch voran und machten Platz für die um sich greifenden Parolen und Praktiken der NSDAP.

Als sich die thüringischen Kleinstaaten am 1. Mai 1920 – dank Novemberrevolution und Republikgründung – zum Land Thüringen zusammen geschlossen hatten, entwickelten sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in seinen zehn Stadt- und 15 Landkreisen mit etwa 1,6 Millionen Einwohnern (1925) nahezu analog zu denen aller anderen Länder der Weimarer Republik. Dennoch traten auch zu dieser Zeit regionale Besonderheiten in Erscheinung, vor allem in politischer Hinsicht. Seit Mitte der zwanziger Jahre und insbesondere in der Zeit der Weltwirtschaftskrise nahmen spezifische Kennzeichen sogar erheblich zu. Vor allem auf ihrer Grundlage geriet schließlich Thüringen zeitweise zu dem, was als „Experimentierfeld“ und Rolle eines „Vorreiters“ für das schließlich am 30. Januar 1933 errichteten Herrschaftsregimes des deutschen Faschismus zu kennzeichnen ist, aber auch zu jenem nationalsozialistischen „Mustergau“, den seine Führungselite als „Schutz- und Trutzgau des Führers“ pries und der gewichtige Positionen sowohl innerhalb des Herrschaftsapparates von Partei und Staat als auch in der Rüstungswirtschaft des Reiches während des Zweiten Weltkrieges einnahm.

Schritte ins Dritte Reich

Gravierende Ereignisse charakterisieren den Weg des Landes Thüringen ins Dritte Reich. Mit jedem wurden entscheidende Schritte zu Gunsten des Nationalsozialismus gegangen. Während der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 noch abgewehrt werden konnte, erstarkte mit jedem Wendepunkt thüringischer Geschichte zwischen 1923/24 und 1932 die NSDAP. Diese durfte das Land – neben Bayern, wo sie entstanden war – bald als eine ihrer Hochburgen betrachten. Von verhängnisvoll tiefgreifender Wirkung erwies sich jene militärische Exekutive, die 1923 von der Reichsregierung gegen Thüringen verhängt worden war: Am 8. November marschierten Truppen der Reichswehr vor dem Landtag in Weimar auf und erzwangen den Rücktritt der Kommunisten in der demokratisch zustande gekommenen und verfassungsmäßig legitimierten Regierung aus Vertretern der SPD und der KPD. Den Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 – gewonnen vom Thüringer Ordnungsbund (TOB), einem Zusammenschluss mehrerer bürgerlicher Parteien, die dennoch nicht über eine parlamentarische Mehrheit verfügten – folgte ein erheblicher Kurswechsel in der Landespolitik. Konservative und antirepublikanische Kräfte setzten einen massiven Abbau jener demokratischen Reformen und Institutionen durch, die in den frühen 20er Jahren geschaffen worden waren. Vieles von dem, was zuvor – beispielsweise im Bildungsbereich und in der Sozialpolitik – von den

vorhergehenden sozialdemokratisch geführten Regierungen hatte realisiert werden können, wurde abgeschwächt oder völlig zurückgenommen. Von nun an beruhte alles auf diskreditierenden Wertungen sozialdemokratischer und sozialistischer Politik, auf nationalistisch motivierten Feindbildern und Ängste weckendem Antibolschewismus. Während den regierenden Parteien die NSDAP lediglich als „Phantom“ galt wurde dem „roten Thüringen“ der frühen zwanziger Jahre unterstellt, lediglich eine allgemeine Rechtsunsicherheit und Störung der öffentlichen Ordnung bewirkt zu haben. Zerrüttet seien die Finanzen, das Wirtschaftsleben, das Beamtentum und die Schule. Als „Bilanz“ wies die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) für Thüringen aus: „Der Marxismus ist nur fähig zu zerstören, unfähig zu staatserhaltender Arbeit.“

Wie weitläufig der Begriff „Marxismus“ gefasst worden ist, geht nicht zuletzt aus den konservativen kulturpolitischen Aktivitäten hervor: Bekanntlich waren es konservative Kreise, die das der Moderne verpflichtete Bauhaus aus Weimar vertrieben. Selbst antisemitischen Aktionen stimmten sie zu, wie die Affäre Walter Loeb zeigte; der Präsident der Thüringischen Staatsbank wurde entlassen, weil mit den Völkischen auch zahlreiche Konservative der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden. Dabei handelte es sich um einen Skandal, der bereits alle rechtsextremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen ließ: unhaltbare Korruptionsvorwürfe erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen u. ä. m.

Die in Thüringen agierenden politischen Parteien polarisierten sich in zwei „Lager“; auf der einen Seite befanden sich die beiden Arbeiterparteien, die in den frühen zwanziger Jahren zwar vielfach eine gemeinsame Sprache gefunden hatten, nun indessen kaum noch zu gemeinsamen Aktionen fähig waren – auf der anderen Seite Parteien der sogenannten Mitte und die ausgesprochen rechtsorientierten Parteien. Letztere schreckten nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen und nationalsozialistischen Kräfte in ihre Ambitionen zu integrieren. Die NSDAP konnte sich hier – anders als z. B. in Sachsen – auf das völkisch-antisemitische und antisozialistische Ressentiment größerer Teile des Bürgertums und der Agrarverbände stützen. Was die seit 1928 von Alfred Hugenberg geführte DNVP erst im Ringen gegen die Annahme des Young-Planes sowie um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und als „Harzburger Front“ in die Geschichte einging, wurde in Thüringen bereits seit der Mitte der zwanziger Jahre erprobt. So erfolgte 1924 die Bildung der neuen Landesregierung mit Unterstützung des in Thüringen für die verbotene NSDAP wirkenden Völkisch-Sozialen Blocks. Der TOB hatte diesem erhebliche Zugeständnisse gemacht, um eigene weitgehend antirepublikanische Konzepte durchsetzen und uneingeschränkter als in den ersten Nachkriegsjahren herrschen zu können.

Ein solcher Kurs kam den Belangen der NSDAP weit entgegen. So wurde Anfang März 1924 ihr Verbot aufgehoben, ebenso das Redeverbot für Hitler. In keinem anderen Land des damaligen Deutschen Reiches wäre es dieser Organisation möglich gewesen, ihren ersten Parteitag nach der Wiedergründung der Partei durchzuführen. In seinem Vorfeld, am 10. Juni 1926, brachte die Fraktion der NSDAP Gesetzentwürfe in den Landtag ein, die den Ausschluss von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ zum Gegenstand hatten. Als Jude sollte jeder gelten, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht.“¹ Zwar fanden die Anträge keine Zustimmung des Parlaments, dennoch muss verwundern, dass es so gut wie keine Auseinandersetzung mit den rassistisch-antisemitischen Vorstößen der NSDAP gegeben hat; daher klingen die später – nach dem Zweiten Weltkrieg – vorgebrachten Erklärungen wenig glaubhaft, man hätte ja nicht wissen können, was Hitler im Sinne gehabt habe.

Auf dem eingeschlagenen Weg ließen sich in Thüringen während der zwanziger Jahre keine stabilen Verhältnisse erreichen. Politische Krisen und Regierungswechsel häuften sich; letztere erfolgten

¹ Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler, Weimar o. J.

allein zwischen April 1927 und Oktober 1929 dreimal. Das Ergebnis der Landtagswahlen von 1929 markierte abermals eine einschneidende Zäsur: Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil von 4,5% auf 11,3% erhöhen, die bürgerlichen Parteien hatten Verluste bis zu 16% hinzunehmen. Letztere verfügten im neuen Landesparlament über 23 Mandate, die beiden Arbeiterparteien über 24. Angesichts dieser Pattsituation erwuchsen den Rechten keinerlei Bedenken, ihre Regierungspositionen mit Hilfe der Rechtsradikalen zu gewinnen. So kam es erstmals in Deutschland zu einer Landesregierung, an der sich die NSDAP beteiligen durfte. Die sechs Abgeordneten dieser Partei wurden zum Zünglein an der Waage. Sich ihrer „Unentbehrlichkeit“ für bürgerliche Parteien und deren strikten Kurs gegen die Sozialdemokratie bewusst, stellten sie erhebliche Forderungen, die das tatsächliche Kräfteverhältnis weit übertrafen. Befangen in einer mehr oder weniger grundsätzlichen Ablehnung der Weimarer Republik und bemüht, deren Träger als Verantwortliche der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung erscheinen zu lassen, wollten die rechten bürgerlichen Parteien keine andere Möglichkeit sehen als das Bündnis mit der NSDAP. Die nationalsozialistischen Ideen und Konzepte lagen ihnen näher als jede Aktion zur Verteidigung der Weimarer Demokratie.

Selbstverständlich nutzte die NSDAP die ihr bereitwillig gebotenen Chancen. Das „Modell der Machtergreifung“ war geschaffen, nun ging sie daran, Thüringen zu einem regionalen Experimentierfeld diktatorischer Regierungspraxis zu nutzen. Während seiner Regierungszeit setzte Frick, wo und wann es ihm möglich war, nationalsozialistische Interessen in Landespolitik um. Vorrangig verfolgte er das Ziel, möglichst viele Stellen der thüringischen Polizei mit Nationalsozialisten zu besetzen. Ebenso nahm er Einfluss auf den Bildungsbereich, wovon vor allem die Einführung von „Schulgebeten“ mit eindeutig nationalsozialistischem Inhalt kündete. Zu dem, was alles erste Vorstellungen von Machtgebrauch und Machtmissbrauch des kommenden neuen Reiches ermöglichte, gehörten auch der Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, Zensurmaßnahmen gegen das Buch und den Film „Im Westen nichts Neues“ des Pazifisten Erich Maria Remarque, die Entfernung „dekadenter“ Gemälde aus Weimarer Museen oder die Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialanthropologie für Rasseforscher Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität. Frick versuchte zudem, Hitler im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und dadurch den Staatenlosen zu einem deutschen Staatsbürger zu machen.

Als sich am 1. April 1931 die an der Regierung beteiligte Deutsche Volkspartei (DVP) veranlasst sah, den von KPD und SPD gestellten Misstrauensantrag gegen Frick zu unterstützen und seinen Sturz herbeizuführen, wurde offenbar, wes Geistes Kind der führende Thüringer Landbund (TLB) war. Sein Vorsitzender stellte fest, die Nazis hätten mit ihrem Kampf gegen die jüdische Bankwelt nur erreicht, dass das Geld ins Ausland geflossen sei, und wehklagte: „Die Juden haben wir aber hier behalten.“² Von Distanziertheit zum rassistischen Antisemitismus der NSDAP keine Spur; die „Störung“ im Koalitionsverhältnis zwischen rechtsbürgerlichen Parteien und der NSDAP sollte eine Episode bleiben ...

Schließlich folgte den am 31. Juli 1932 stattfindenden Neuwahlen zum Landtag ein weiterer bedeutsamer Schritt in der Rechtsentwicklung des Landes Thüringen. Aus ihnen ging die NSDAP mit beträchtlichen Gewinnen hervor. Sie erhielt 42,5% der Stimmen und damit 6,5 Prozentpunkte mehr als im Reich. Gauleiter Fritz Sauckel – dieses Amt hatte er seit 1927 inne – wurde Vorsitzender Staatsminister einer nahezu reinen nationalsozialistischen Landesregierung; lediglich ein Mitglied des Landbundes gehörte ihr noch als Staatsrat an. Diese neue Obrigkeit des Landes verletzte brutal alle Regeln des Parlamentarismus. Sie begann, die Weimarer Demokratie völlig abzubauen. Offen kündigte sie „die Brechung jeglichen Widerstandes“ an, da immer noch „ein Teil der Bevölkerung die Schicksalsstunde des thüringischen Volkes in parteipolitischer Verranntheit“ nicht erkennen wolle.³ Mit Sauckel trat ein regsamer, draufgängerischer und bedingungslos gehorsamer, von ausgeprägten Herrschaftsinteressen geleiteter und alle Grenzen des Humanismus missachtender Füh-

² Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler, Weimar o. J.

³ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932/33, Weimar 1933, S. 6.

rungskader seiner Partei an die Spitze des Landes, der sich in seinem Amt als fähiger Organisator und geschickter Taktiker erwies. Zudem bemühte er sich erfolgreich, nützliche Fäden zu entscheidenden Machträgern zu spinnen und seinen eigenen regionalen Wirkungskreis erheblich auszubauen. Bedenkenlos, ohne jegliches Unrechtsbewusstsein, aber mit zunehmenden Erfolg praktizierte er in Thüringen den organisierten Staatsterrorismus.

Verfolgung im thüringischen „Mustergau“

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident Hindenburg den „Führer“ der NSDAP zum Reichskanzler berief, konnte sich die NSDAP auf das in Thüringen erprobte „Modell“ und die hier gesammelten Erfahrungen stützen. Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 durch eine Reichstagsmehrheit, zu der alle bürgerlichen Parteien gehörten, verschwanden auch in Thüringen die letzten Reste demokratischer und föderativer Verfasstheit. Der Landtag wurde zunächst gleichgeschaltet, später löste er sich selbst auf. Hitler ernannte Sauckel zum „Reichsstatthalter“ in Thüringen, dem Landesverwaltung und Landesjustiz unterstanden. Zahlreiche Ämter wurden in Außenstellen der Berliner Ministerien umgewandelt. Das Land verlor auch sein Recht, Ausgaben und Einnahmen selbst zu verwalten.

Alle Maßnahmen zur Befestigung ihrer Macht betrieben die thüringischen Nationalsozialisten mit äußerster Brutalität. Politische Gegner wurden ohne ordentliche Gerichtsverfahren in „Schutzhaft“ genommen, rassische und religiöse Minderheiten von Anfang an erbarmungslos verfolgt. Von 1933 bis 1936 fanden allein am Oberlandesgericht in Jena und am Sondergericht Weimar 4314 Verfahren statt, von denen vier Fünftel sogenannte staatsfeindliche Äußerungen betrafen. Widerstand und oppositionelle Regungen durfte es nicht geben, sie sind brutal im Keim erstickt worden. Die Polizei erhielt in den ersten Monaten Unterstützung durch 592 SA- und 1185 SS-Angehörige.⁴ Versammlungs- und Kundgebungsverbote ergingen meist früher als im Reich, was Sauckel als Beweis für die „Vorbildlichkeit der thüringischen Gesetzgebung“ preisen ließ.⁵ Schon Ende Februar 1933 errichteten sie in Nohra bei Weimar ein provisorisches Konzentrationslager – das erste im nationalsozialistischen Deutschland. In „Schutzhaft“ kam hier ein großer Teil der 400 verhafteten Kommunisten. Später entstand ein Lager in Bad Sulza. Mit dem Argument, dass Thüringen im Falle eines Krieges besonders von „staatsfeindlichen“ Elementen heimgesucht werden würde, erging an Heinrich Himmler als Reichsführer der SS die dringende Bitte, eine größere SS-Einheit nach Weimar zu verlegen und ab 1937 das berüchtigte Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar einzurichten.

Innerhalb der NSDAP nahm der thüringische Gau unter allen territorialen Struktureinheiten Deutschlands einen der vorderen Plätze ein. Hier gab es, wie aus der parteiamtlichen Statistik vom 1. Januar 1935 hervorgeht, 94.979 Parteimitglieder. Von ihnen waren 62,0% erst nach dem 30. Januar 1933 der Partei beigetreten, was von der außerordentlich großen Schar sogenannter „Märzgefallener“ Zeugt. Erwartungsvolle Zustimmung zum neuen Regime und opportunistische Motive dürften dabei dominiert haben. Allerdings wurden 40,3% aller Mitglieder als „nicht-aktiv“ ausgewiesen. Sie zahlten also nur ihren Beitrag und nahmen keine Funktionen wahr. Obgleich Thüringen in dieser Hinsicht den 19. Platz unter den 33 Gauen belegte, lag man immer noch unter dem Reichsdurchschnitt. Unter allen Gauen stand Thüringen hinsichtlich der Zahl an Mitgliedern jedoch an achter Stelle. Auf 24,5 Einwohner kam ein „Pg“, was den zehnten Rang in der Rangliste bedeutete.⁶

Das nationalsozialistische Thüringen erwies sich rasch auch als eine „Hochburg“ faschistischer Rassenpolitik. Bereits am 15. Juli 1933 entstand das „Landesamt für Rassewesen“, zu dessen Leiter

⁴ Unverfroren behauptete Sauckel indessen während der Verhandlungen des Nürnberger Gerichtshofes, in seinem Gau seien politische Gegner „weder behelligt noch beeinträchtigt“ worden und hier hätten auch keine Judenverfolgungen stattgefunden. In: Internationales Militärtribunal (IMT), Bd. XIV, S. 671 und 676.

⁵ Unverfroren behauptete Sauckel indessen während der Verhandlungen des Nürnberger Gerichtshofes, in seinem Gau seien politische Gegner „weder behelligt noch beeinträchtigt“ worden und hier hätten auch keine Judenverfolgungen stattgefunden. In: Internationales Militärtribunal (IMT), Bd. XIV, S. 671 und 676.

⁶ Parteistatistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet). Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg.: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, S. 26 ff. und S. 45.

Karl Astel berufen wurde. Dieses Amt erfasste binnen kurzer Zeit in 466.600 Akten eines „erbbiologischen Archivs“ fast jeden dritten Einwohner Thüringens. Es führte bis 1935 mehr als 170 Kurse mit 10.948 Teilnehmern in den „Thüringischen Staatsschulen für Führertum und Politik“ in Egen-dorf und Bad Berka durch. Eine von ihm organisierte und in zahlreichen Städten Thüringens ge-zeigte Ausstellung stellte das „thüringische Rassewesen“ sowie die „Mittel und Wege zur rassehy-gienischen Aufartung“ dar.⁷ Astel nahm 1934 Platz auf dem Lehrstuhl für „Menschliche Züchtungs-lehre und Vererbungsforschung“ an der Jenaer Universität, die er zu einer SS-Universität machen wollte und deren Rektor er 1939 wurde. In Deutschland galt die Jenaer Hochschule neben Gießen rasch als das Zentrum nationalsozialistischer Rassenhygiene und Medizin. Der Gauleiter forderte 1938, es müsse alles „ausgemerzt“ werden, was „heute noch als Summe unsagbaren Leides in Krüppelheimen oder Irrenhäusern und als Ausgeburt menschlicher Zügellosigkeit der Vergangen-heit ein jämmerliches Leben fristet“.⁸

Die NSDAP nutzte Thüringen häufig als Schauplatz großer Heerschauen und pompöser Selbstdar-stellungen des Regimes. Anlässe boten dazu Gauparteitage, Leistungsschauen, erste Spatenstiche zu Neubauten u. ä. m. Gefei-ert wurde z. B. im August 1933 der erste Jahrestag nationalsozialistischer Regierungstätigkeit in Thüringen, dann der 10. Jahrestag des Parteitages vom Juli 1926, der 10. Jahrestag von Sauckels Ernennung zum Gauleiter im September 1937 und 1938 die Einweihung des umgebauten Hotels „Elephant“, das Hitler häufig besucht hatte und daher in den Rang einer Kult-stätte des Nationalsozialismus erhoben werden sollte. Von „historischen Feiertagen“ war da die Rede, ebenso davon, dass mit ihnen der Gau Thüringen „im Interesse der Weltöffentlichkeit“ stehe.⁹

Thüringische „Vorbildlichkeit“ kam auch in der schamlosen „Arisierung“ jüdischen Eigentums zum Vorschein. Noch bevor im Reich diese nach dem Pogrom vom 9. November 1938 offiziell betrieben wurde, war sie hier in die Wege geleitet und insbesondere mit dem Aufbau eines neuen Rüstungs-konzerns verbunden worden. Finessenreich nutzte Sauckel eine Forderung des Verbandes der Suh-ler Gewehrfabrikanten e. V. vom 17. Juni 1933, Heeresaufträge nicht nur an die in jüdischem Besitz befindliche Firma Simson Suhl, sondern an andere thüringische Waffenfabriken zu geben. Prompt wurde durch die Staatsanwaltschaft Meiningen ein Verfahren gegen die Familie Simson wegen an-geblicher „schwerer Übervorteilungen des Reiches“ eingeleitet. Der groß angekündigte Prozess endete zwar 1936 in einer Sackgasse und musste mangels ausreichender Beweise ergebnislos abge-schlossen werden, jedoch wurde mit Unterstützung des Reichskriegsministeriums und Hitlers Wirt-schaftsberater Wilhelm Keppler die emigrierte Familie Simson gezwungen, eine Schuld von 9,75 Millionen RM anzuerkennen und auf ihr mit 8 Millionen RM völlig unterbewertetes Werk zu ver-zichten.¹⁰ Dieses erhielt am 28. November 1935 die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co übereignet, die bereits im Februar 1934 mit Hilfe des Heereswaffenamtes sowie der Preußischen und der Thüringischen Staatsregierung als Kommanditgesellschaft gegründet worden war und in der Sauckel als Eigentümer galt. Aus ihr ging „Wilhelm-Gustloff-Stiftung“ hervor, was den Reichsstatthalter veranlasste, am 30. November 1935 stolz zu erklären: „Damit sind die Juden aus diesem wichtigen Rüstungsunternehmen endgültig und restlos ausgeschieden ...“¹¹ Innerhalb von drei Jahren verdreifachte sich die Zahl der in den Stiftungsbetrieben Suhl, Schmiedefeld, Wei-mar, Meuselwitz, Hirtenberg (Österreich) u. a. Beschäftigten. Der Umsatz an Militärwaffen stieg um das Fünffache. Faktisch zu einem Großunternehmer neuen Zuschnitts avanciert, gelang es Sau-ckel 1944, die Industriestiftung „Gustloff-Werke“ noch um die Flugzeugwerke Oschersleben zu vergrößern und eine Betriebsgruppe REIMAHG (Kürzel für: Reichsmarschall Hermann Göring) zu schaffen, durch die in hektisch ausgebauten unterirdischen Anlagen bei Kahla eine Serienprodukti-on des strahlgetriebenen Jagdflugzeuges Me 262 angestrebt wurde.

⁷ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932-1935, Weimar 1935, S. 6 f.

⁸ Bekenntnis zum Kinderreichtum der Tüchtigen. Rede des Gauleiters und Reichs-statthalters Fritz Sauckel am 26. Juni 1938 in Weimar. Hrsg. vom Gauorganisationsamt der NSDAP Gau Thüringen, Weimar o. J., S. 17 f.

⁹ Die Pflicht, H. 6/1936, S. 91.

¹⁰ Erich Buchmann: Von der jüdischen Firma Simson zur Nationalsozialistischen Industriestiftung Gustloff-Werke, Erfurt 1944, S. 14 f.

¹¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: ThHStAW), Reichsstatthalter, Bd. 16-17, Bl. 59.

Als der Zweite Weltkrieg vom Zaun gebrochen, noch mehr als die UdSSR überfallen worden war, zerstoben anfängliche Hoffnungen auf einen raschen und leichten Sieg. Dies führte im „Mustergau“ nicht nur zu verstärktem Terrorismus gegenüber Regime- und Kriegsgegnern, sondern auch zum Versuch, die NSDAP-Organisationen zu festigen und für die Erfordernisse der Raubzüge zu stabilisieren. Zum Vorschein kam dies in der zunehmenden Verfolgung christlich-humanistisch denkender Menschen und nicht zuletzt in neuerlichen antikirchlichen Bestrebungen. Die Gauleitung der NSDAP wandte sich im Juli 1941 mit einem streng vertraulichen Brief an die „Hoheitsträger“ des Gauess Thüringen, um sie mit hehren, wenngleich außerordentlich demagogischen Rechtfertigungen für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ zu rüsten. Alle Funktionäre der Partei wurden strikt aufgefordert, aus der Kirche auszutreten; man dürfe über den Juden und ihren Handlangern nicht „die verantwortlichen Hohepriester der christlichen Weltkirchen [...] vergessen“. Wie die Fürsten hätten auch die Priester „Deutschland immer wieder an seine Feinde verraten [...], unter dem Deckmantel christlicher Moral das deutsche Volk beleidigt, es in seiner Menschenwürde immer wieder in Predigten und im Beichtstuhl herabgesetzt und dadurch innerlich gedemütigt und schließlich zermürbt.“ Was unter „Menschenwürde“ verstanden wurde, belegt die Aussage: Ein Funktionär der NSDAP dürfe „keine andere Bindung besitzen als die zu seinem Führer und zu seiner Partei. Er und seine Familie müssen [...] sich als Angehörige des Trutzgaues Thüringen im Herzen Deutschlands von allen kirchlichen, konfessionellen Bindungen um seiner Aufgabe am deutschen Volke willen frei machen.“¹²

Thüringens Gewicht im Machtsystem des Reiches nahm zu, als sich die Zeit der militärischen Siege dem Ende zuneigte und Hitler den thüringischen Gauleiter und Reichsstatthalter am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA) ernannte. In dessen Zuständigkeit lag damit einer der krisenanfälligsten und ausschlaggebenden Bereiche der deutschen Kriegswirtschaft, denn nach dem Scheitern der „Blitzkriegs“-Strategie und den großen personellen Verlusten der Wehrmacht sah sich das Regime ganz akut vor die unlösbare Frage gestellt, wie der außerordentlich verschärften Arbeitskräftesituation weiterhin beizukommen wäre: Es galt eine doppelte Zielstellung zu realisieren, d. h. sowohl mit neuen Soldaten die von argen personellen Verlusten betroffene Wehrmacht aufzufüllen, was vor allem die Rüstungsindustrie belasten musste, als auch neue Arbeitskräfte für die Rüstung zu gewinnen, damit den deutschen Truppen ausreichend Kriegsggerät zur Verfügung gestellt werden konnte. Der GBA übernahm den Tätigkeitsbereich der aufgelösten Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan, aber auch Zuständigkeiten des Reichsarbeitsministeriums. Ihm wurde das Recht zugestanden, in seinem Bereich eine eigenverantwortliche Personalpolitik zu betreiben, wobei der Thüringer sofort alle anderen Gauleiter zu seinen Beauftragten ernannte. Mit deren Hilfe sollte die Tätigkeit der staatlichen Institutionen effektiviert und zugleich noch weiter unter die Kontrolle der NSDAP gebracht werden.

Der „Menschenkommissar“ organisierte in den drei Jahren seiner Tätigkeit die Verschleppung von nahezu sechs Millionen Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas nach Deutschland. Allein in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Dezember 1942 „beschaffte“ er 2.749.652 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den besetzten Gebieten der UdSSR. Dies half nicht zuletzt, seine Hausmacht in Thüringen zu stärken. Rüstungsindustrie und Wirtschaft profitierten in Thüringen außerordentlich von diesem anfänglich erfolgreichen „Krieg der Arbeit“. Ende 1942 befanden sich im Gau rund 150.000 Zwangsarbeiter, für die fast 400 Lager eingerichtet worden waren. Jeder fünfte unter den Beschäftigten bzw. sogar jeder vierte unter den männlichen Beschäftigten war ein Ausländer.¹³ Über die Situation der Zwangsarbeiter und die hohe Todesrate in den Arbeitslagern redete kaum jemand. Umso mehr ist nach dem Krieg darüber gesprochen worden, dass eine „anständige“ Behandlung der Zwangsarbeiter gefordert und gehandhabt worden sei. Um der Bewältigung des Arbeitskräfteproblems willen benannte der GBA gelegentlich biologisch und psychisch bedingte Schranken eines profitablen Ausbeutungsprozesses benannt: „Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter

¹² ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 188, Bl. 54 ff.

¹³ Bericht von Gauschulungsleiter Kurt Schöbeler, den Sauckel zum Gaubeauftragten für den Arbeitseinsatz ernannt hatte, vom Februar 1943. In: ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 491, Bl. 204 ff.

müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen [...] Ich bitte, dabei zu bedenken, dass auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wie viel Voraussetzungen mehr aber muss ich beim Menschen, *auch wenn er primitiver Art und Rasse ist*, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“¹⁴ Die Leitung des Arbeitseinsatzes sei weder von „Sentimentalität noch von Romantik“ geprägt, nur die „kalte Vernunft“ gebiete eine pflegliche Behandlung der ausländischen Arbeiter.¹⁵ Sauckel durfte es nicht um das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ gehen, doch ließ er sich stets von den unmenschlichen, aus Nationalismus und Rassismus erwachsenden Auffassungen leiten, die in ihrem Wesen bereits unverantwortlich waren und mit dem schrankenlosen Versuch ihrer Realisierung zu immer größeren Verbrechen führten.

So groß die unmittelbaren rüstungswirtschaftlichen Leistungen zu sein schienen – die Politik der zwangsweisen Deportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland und deren Ausbeutung musste letztlich scheitern. Sie konnte, trotz der Tatsache, dass die deutsche Rüstungsindustrie ihr einen enormen Wachstumsschub verdankte, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht abwenden. Das faschistische Zwangsarbeitersystem schob das Ende des Krieges lediglich hinaus und vergrößerte dadurch die unermesslichen Leiden und die Zahl der Opfer. Dadurch erhöhte sich auch des thüringischen Gauleiters (in Nürnberg nicht verhandeltes) Schuldkonto auch gegenüber den Deutschen, in deren Namen zu handeln er stets vortäuschte.

Im Unterschied zu anderen Regionen Deutschlands wurde in der thüringischen NSDAP auch offen über die „Endlösung der Judenfrage“ gesprochen. Ohne diesen Begriff direkt zu verwenden, lassen Sauckels Reden und Briefe eindeutig erkennen, dass er um seinen Inhalt wusste und ihn billigte, ja sogar regelrecht seine Verwirklichung forderte. Von den Hoheitsträgern der NSDAP Thüringens verlangte er, zu Beginn des Jahres 1944 in allen Ortsgruppen und Betrieben Appelle durchzuführen. Dabei sollten alle Parteimitglieder u. a. sieben Bekenntnisse ablegen, so zu Hitler, zur Wehrmacht, zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zur deutschen Volksgemeinschaft, zum „Kampf gegen das Verbrechen Churchill, Roosevelts, Stalins und des Judentums“. Wörtlich hieß es in seiner Rede vom 31. Dezember 1943: „Der Punkt 6 kann (in den bevorstehenden Veranstaltungen, M. W) kurz aber kategorisch behandelt werden. In Punkt 6 *bekennen wir uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa. Das müssen wir nun endlich unserem Volke sagen, rückhaltlos und offen. Die Vernichtung des Judentums ist die Voraussetzung dafür, dieser mörderischen Rasse weltgeschichtlich das Handwerk zu legen. Erbarmen ist falsch [...] wir wollen Erbarmen haben mit unserem Volke und den anständigen arischen Völkern. Deshalb muss das Judentum, damit das nicht wieder passiert, ausgerottet werden mit Weib und Kind, wenigstens dort, wo wir die Waffen haben. Es ist ein Bekenntnis, um endlich einmal den Mörder innerhalb der Menschheit auszurotten, wenigstens bei uns.*“¹⁶ (Hervorh. d. Vf.)

In dem Maße, wie der Zweite Weltkrieg nach Deutschland zurückkehrte, erhöhte sich die rüstungswirtschaftliche und militärstrategische Bedeutung Thüringens. Das Land in der Mitte des schrumpfenden „Großdeutschen Reiches“ schien den braunen Machthabern für den Bau unterirdischer Produktionsstätten und verdeckter Depots in nahezu einzigartiger Weise geeignet, um kriegswichtige Industriezweige aufzunehmen. Zahlreiche neue Kasernenkomplexe, Truppenübungsplätze und Anlagen der Luftwaffe wurden gebaut. Militärische Neubauten entstanden in der Nähe der Städte Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gotha, Jena, Nordhausen, Ohrdruf, Saalfeld und Weimar. Unter rücksichtslosestem Einsatz von Zwangsarbeitern wurde Ersatz geschaffen für jene Rüstungsanlagen, die in anderen Teilen Deutschlands zerbombt worden waren. Mehrere Bauten dienten der Entwicklung und Herstellung neuer Waffensysteme. Diese Geheimprojekte betrafen strahlgetriebene Jagdflugzeuge, Raketen und Flügelbomben, Versuche zur Uranspaltung u. a. m. Unterirdische Anlagen in

¹⁴ Fritz Sauckel: Das Programm des Arbeitseinsatzes (o. O., 1942), S. 17 f. Hervorhebung durch den Vf.

¹⁵ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 491, Bl. 209 und 211.

¹⁶ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 191, B. 476 f.; Solche Auslassungen hielten ihn nach dem Kriege nicht davon ab, im Brustton der Überzeugung zu erklären, er habe keinerlei Kenntnis von der „Endlösung“ gehabt und diese sei sogar seinen „Interessen vollkommen zuwider“ gewesen. IMT, Bd. XV, S. 53.

Thüringen hatten Wertsachen, Gold und Kulturgüter aufzunehmen, die der NS-Staat zum Überleben nutzen wollte; allein in den Gruben von Merkers wurden 95% des Goldbestandes der Reichsbank eingelagert. Doch Thüringen sollte nicht nur der „Schatz-Tresor“ Deutschlands werden, hier ließen sich darüber hinaus auch einige Führungsstäbe der Wehrmacht und andere zentrale Dienststellen des Reiches nieder. Am Ende des Krieges waren sie in 25 thüringischen Orten stationiert; so residierte ein Teil der Reichskanzlei im Oberhofer Golfhotel, die Parteikanzlei Martin Bormanns in Stadtroda. Das Oberkommando der Wehrmacht verlegte sein Hauptquartier in den Raum „Olga“ bei Ohrdruf, wo Häftlinge des Konzentrationslagers S(ondervorhaben) III zu schuften hatten. Vermutlich sollte im Jonastal das letzte Führerhauptquartier Hitlers entstehen.

Noch in völlig aussichtsloser Lage ergingen in Thüringen flammende Aufrufe an den „Deutschen Volkssturm“, heldenhaft bis zur letzten Patrone und zum letzten Atemzug zu kämpfen. Alle thüringischen Städte sollten bis zum Äußersten verteidigt und auf keinen Fall übergeben werden. So erlebte Thüringen die letzten Kriegsjahre und das Ende der Diktatur in spezifischer Weise. Sie war zum einen durch die geographische Lage gekennzeichnet, zum anderen vor allem durch die wahn sinnige Absicht, das Land „bis zum letzten Atemzug“ zu verteidigen und alles barbarisch zerstören zu wollen, was den Truppen der Anti-Hitler-Koalition und der deutschen Bevölkerung in einer Nachkriegszeit ohne Hitler und NSDAP hätte dienen können. Von den braunen Machthabern war Thüringen als Zentrum eines militärisch geschlagenen Rest-Reiches ausersehen; hier hofften sie immer noch, dem Ansturm der Truppen des Gegners standhalten zu können. Die amerikanischen Truppen betrachteten Thüringen auch deshalb als ein Gebiet, das es in besonderem Tempo zu besetzen galt. Obgleich ihnen dies gelang, fiel dennoch die Bilanz der vorangegangenen zwei Jahrzehnte für Thüringen schrecklich aus.

Widerstand – sinnstiftend für Gegenwart und Zukunft

Die Beiträge des vorliegenden Bandes – sie gliedern sich nach den heutigen Verwaltungsgebieten des Freistaates Thüringen – beschreiben detailliert, wo und wie Menschen anderer, nicht-nationalsozialistischer Gesinnung und Art durch das braune Regime ausgegrenzt und verfolgt worden sind, wo und von wem Widerstand geleistet werden konnte. Neues Material ist erschlossen worden und gibt Zeugnis von dem, was in den Kreisen, Städten, und Orten Thüringens während der zwölf Jahre Faschismus und Krieg geschehen ist. Unser Wissen um diesen Teil der Vergangenheit erscheint beträchtlich ausgeweitet. Mit Fug und Recht darf von einer gelungenen Rekonstruktion vergangener Aktionen sowie ihnen zugrunde liegender Denk- und Verhaltensweisen gesprochen werden, was ein weiteres Suchen nach lokal- und regionalgeschichtlichen Ereignissen erleichtert wird. Dass dieses auch erforderlich sein wird, ist Herausgebern und Autoren bewusst. Manche Lücke konnte nicht geschlossen werden. Sie fordern daher auf, das von ihnen Geschaffene zu vervollständigen und zu ergänzen, aber auch zu präzisieren und wo nötig zu korrigieren.

Umfangreiche, gesicherte und konkrete Kenntnisse – sie haben als ausschlaggebende Voraussetzung des notwendigen Gedenkens und sinnvoller, sinnstiftender Erinnerung zu gelten. Erst auf ihrer Grundlage lässt sich ein historisch-wahrhaftiges Bild der politischen, sozialen und geistigen Auseinandersetzung mit Hitlerdiktatur und Zweitem Weltkrieg zeichnen, erst auf solchem Fundament gelingt es, auch das hohe Maß von individueller Selbstbehauptung und menschlichem Verhalten unter unmenschlichen Bedingungen zu erhellen. Viele der bisher von Geschichtswissenschaftlern getroffenen Wertungen finden mit diesem „Wegweiser“ Bestätigung, zudem Beleg und Ergänzung in einem. Deutlich werden einerseits die Vielfalt und der Ideenreichtum widerständigen Verhaltens, andererseits auch die schwer zu messenden und teils kaum vorhandenen unmittelbaren Wirkungen des Widerstandes sowie sein insgesamt zu geringer Anteil am Verlauf der Geschichte zwischen 1933 und 1945, der folgerichtig auch die Notwendigkeit seiner eigenen Befreiung durch die militärische Niederlage Deutschlands gegen die Armeen der Anti-Hitler-Koalition bedingte. Dessen ungeachtet tritt in allen Teilen dieses „Wegweisers zu den Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Thüringen 1933-1945“ das eindrucksvolle Bemühen einzelner Personen und kleinerer Gruppen um Einflussnahme und Veränderung der Verhältnisse vor Ort und im Land achtungsvoll in Erscheinung.

Verfolgung und Widerstand – sie gehören heute und künftig zu den Grundbestandteilen der Erinnerungskultur in Deutschland. Wer auf sie zurück blickt, sollte sie in ihren Voraussetzungen, in ihrer Entwicklung und Entfaltung und zugleich auch in ihren Konsequenzen sehen. Ein Wegweiser zu den Plätzen, auf denen sie geschahen, darf daher auch als ein Zeichen erstanden werden, das endgültig aus „brauner“ Vergangenheit heraus zu führen vermag und das weitere Anstrengungen zugunsten solcher politisch-moralischen Verhältnisse befördert, die an den Schwur der um ihre Freiheit kämpfenden und am 11. April 1945 befreiten Häftlinge des Konzentrationslager Buchenwald anknüpfen: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Veröffentlicht als Einleitung zu: Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Bd. 8: Thüringen. Hrsg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und dem Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945 Redaktion: Ursula Krause-Schmitt und Heinz Koch. VAS-Verlag für akademische Schriften, Frankfurt a. M. 2003, S. 4-10.

Vorwort

Das 20. Jahrhundert kennt mehrere bedeutsame, schicksalsträchtige und folgenreiche Tage. Sie bestimmen hauptsächlich jenes Bild, welches in das kollektive Gedächtnis Eingang gefunden hat. Zu ihnen zählen vor allem die an den Beginn der beiden Weltkriege erinnernden Daten, der 30. Januar 1933, der 8. Mai 1945 und der 9. November 1989. Mit diesen allen ist auch der Tag verbunden, der in der vorliegenden Publikation von Mitgliedern und Freunden des *Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.* behandelt wird. Er jährt sich 2003 zum 50. Male: der 17. Juni 1953.

Die einzelnen Beiträge entstanden nach anregenden, teils aufgeregten Debatten, die bereits im Vorfeld des Jahrestages stattfanden und erkennen ließen, daß – neben einer sehr geringen Zahl ausgewogener Darstellungen – zumeist einseitige, verengte und dem Geschehen mitunter kaum entsprechende Sichtweisen dominieren. Solche Deutungen, von wem auch immer sie stammen, lassen eher auf den politischen Standort der Verfasser schließen als auf eine vorurteilslose Geschichtsbetrachtung. Sie dienen durchweg geschichtspolitischen Bemühungen, sei es im Rahmen des Versuches, die Geschichte der DDR zu „delegitimieren“, sei es als Bestandteil bloßer Rechtfertigungen eines Sozialismus stalinistischen Typs.

Notwendig erscheint den Herausgebern und Autoren daher eine sachliche, aufklärende und möglichst auch emotionslose Darstellung dessen, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte. Abstraktes Moralisieren behindert jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der ersten großen Krise der DDR sowie mit der Art und Weise, wie diese in den anschließenden Monaten und Jahren überwunden wurde, ohne indessen grundsätzlich bewältigt worden zu sein. Schonungslos gilt es – darüber waren sich die Autoren einig –, Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen Verantwortung tragender Politiker der SED und der DDR aufzudecken. Doch kann daraus allein nicht zu lernen sein, würden nicht zugleich die Zeitbedingtheit damaligen Denkens und Handelns erfaßt, bliebe unberücksichtigt, von welchen Motiven und politischen Vorstellungen die Handelnden sich leiten ließen, ginge es nicht über leider alltäglich in den Medien zu findende Darstellungen hinaus, die irgendwelchen Schwarz-Weiß-Rastern geschuldet sind.

Zu suchen ist nach einer differenzierten Beurteilung der Ereignisse im Juni 1953, ihrer längerfristigen und unmittelbaren Ursachen, ihrer weit in die gesamte Geschichte der DDR reichenden Folgen. Sie hat die Komplexität des Geschehens in der DDR, in Deutschland und in der Welt zu bemessen, das Besondere zu charakterisieren und in das Allgemeine einzuordnen, das Geschehen des Tages in den Lauf der Geschichte einzufügen. Aus dem vielgestaltigen Geflecht innenpolitischer Ursachen und äußerer Bedingungen, objektiver und subjektiver Faktoren ergab sich das konkrete Geschehen, dessen Begleiterscheinungen und Nachwirkungen wiederum zu einem Bestandteil des deutsch-deutschen Gegeneinanders in den Jahren des weltweit geführten Kalten Krieges gerieten.

Hier sollen vor allem die Fakten für sich sprechen. Ihre Kenntnis ermöglicht erst ein Urteil, das nicht vorgegeben oder gar vorgeschrieben werden soll. Erst im sicheren Wissen um das Geschehen kann dann der Versuch gewagt werden zu entscheiden, was dieser 17. Juni tatsächlich war: ein konterrevolutionärer, gar faschistischer Putschversuch oder ein Arbeiterprotest, eine Provokation oder eine Streikaktion, ein Volksaufstand oder eine demokratische Ziele erstrebende und die deutsche Zweistaatlichkeit beendende Revolution?

Der Leser mag sich sein eigenes Urteil bilden ...

Die Juni-Ereignisse 1953. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2003, S. 5-6.

Beweggründe und Anstöße

„Politik machen heißt: Erweckung des Massenbildes. Im Zeitalter der Demokratie bedarf der Politiker daher des einprägsamen Schlagwortes, der zündenden Parole, die den Berufs- und Klassenegoismus der Bevölkerungsschichten anstachelt, um deren Gunst geworben wird. Daher sind heutzutage erfolgreiche Politiker auch immer raffinierte Demagogen.“¹

So formulierte der Sozialdemokrat August Müller exakt fünf Jahre vor dem 30. Januar 1933 in einer Berliner Abendzeitung. Das benannte Problem indessen ist zeitlos – ich hätte wahllos in andere Kisten greifen können ...

Natürlich ergibt sich Geschichte nicht allein aus dem Geflecht von politischer Herrschaft und demagogischer Einflussnahme auf die Beherrschten. Das Problem ist umfassender. Daher freue ich mich, hier Historiker und ebenso Politikwissenschaftler, Literatur-, Sprach-, Kunst- und Religionswissenschaftler u. a. dankenswerterweise willkommen heißen zu können. Auf jeden Fall dürfen wir im Schulterschluss vieler Disziplinen auf das 20. Jahrhundert zurück schauen. Wir wollen den historischen Platz des 30. Januar 1933 von heutigen Erkenntnissen aus zu klären versuchen und, davon ausgehend, Erfahrungen prüfen für die Auseinandersetzung mit gegenwärtig uns wohl besonders auf den Nägeln brennenden Erscheinungen. Uns obliegt eine multidisziplinäre geschichtspolitische Aufgabe, ein Versuch, aus unterschiedlichen Blickrichtungen vorhandenes Wissen um das Geschehen zu ergänzen, es zu vervollständigen und sinnvoll für eine demokratisch-sozialistische politische Bildung zu nutzen.

Solches ist dringend geboten: Wieder einmal bewegt uns die Frage, wie gegen Gewalt, Terror und Krieg zu argumentieren, wie neuerlich gewollte Kriege verhindert werden können. Zugleich liegen starke Tendenzen einer Rechtsentwicklung in Deutschland und anderen europäischen Staaten auf der Hand. Zwangsläufig rufen diese Erinnerungen an die Vorgeschichte der hitlerfaschistischen Diktatur hervor, vor allem an das, was den schlimmsten 12 Jahren deutscher Geschichte vorausging und stets mit diesen zusammen gedacht werden muss. Denn das Jahr 1933 bot keine „Stunde Null“ und es war auch kein „Jahr Eins“ neuer politischer Zeitrechnungen. Das Dritte Reich lässt sich nicht abkoppeln von dem, was zu ihm führte. Eine Trennung in das „Gute“ zuvor und das „Böse“ danach lässt sich allein als ahistorisch kennzeichnen und ruft ansehnliche Zweifel an Sinn und Zweck solcher Betrachtungsweisen hervor. Nein: Entscheidend bleiben solche Fragen: Wie konnte es geschehen? Welche Schritte gingen die Deutschen wann und wie hin zum 30. Januar 1933? Worin bestanden längerfristig wirksame, Kontinuität bezeugende Wurzeln, die aus der Tiefe deutscher Geschichte rührten, worin mittelfristig und unmittelbar wirkende Faktoren? Wie gediehen sie zu welchen Zeiten, und zwar sowohl zusammen wie Glieder einer Kette als auch parallel oder gegeneinander?

Die Antworten führen in zahlreiche Ursachenkomplexe, die im Verbund den Untergang der Weimarer Republik bewirkten.² Viele von ihnen sind weitgehend erforscht und fanden Eingang in unterschiedlichste, mittlerweile stark verfestigte Interpretationsmuster, die indessen weniger über das konkrete Geschehen verraten, umso mehr jedoch über den politischen Standort ihrer Verfechter. Eine lediglich wiederholende Konfrontation mit solchen Theorien, die jeweils hauptsächlich wirtschaftsgeschichtliche, sozialstrukturelle, parteien-, eliten-, personen- oder mentalitätsgeschichtliche, biographische oder sonstige Kriterien in den Vordergrund stellen, bringt vermutlich wenig zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Auch versagen alle Thesen, die einzig und allein sozialökonomischen Faktoren und krisenerschüttertem Machtstreben bourgeois-großagrarischer Kreise geschichtliche Wirksamkeit zuschreiben, so sehr gerade diese aus meiner Sicht von herausragender Bedeutung gewesen und nicht in den von manchen Geschichtsschreibern gewünschten Orkus zu verdrängen sind. Sie

¹ So äußerte sich der Sozialdemokrat August Müller am 31.01.1928 im Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt“.

² Hier sei lediglich auf einige verwiesen, die in jüngster Zeit erschienen, z. B. Kurt Pätzold, Das dramatische Ende einer Demokratie. In: Neues Deutschland, 10.01.2003, S. 14; Dietrich Eichholtz, Über den Klassencharakter des NS-Regimes. In: Marxistische Blätter, H. 5/2002, S. 75-82; ders., ... setzte die Welt in Brand. Der Weg in den Krieg und zum Genozid – Das Ende der Menschlichkeit. In: Neues Deutschland, 30.01.2003, S. 3; Manfred Weißbecker, Menschheitserfahrung 30. Januar 1933. In: antifa, H. 1/2003, S. 12 f.; ders., Die große Lösung ... Als Hindenburg & Co. Hitler und seinen Nazis die Macht schenkten. In: Neues Deutschlands, 30.01.2003, S. 2.

bedürfen nicht der Aufhebung, eher einer Verbreiterung und Entfaltung, der Ausdehnung und Vervollständigung. Denn in der Politik geht es zwar vorrangig um das nüchterne Kalkül von Interessen, aber auch um Gefühl, Identifikationsbestreben, Sinnsuche oder um den Wunsch, Großes zu leisten. Auf diesen Feldern greifen massenmediale Inszenierungen, setzen sich nationale und andere Rituale fest, toben sich politische Mythen aus. Wiederholung darf als Mutter ihrer Wirkungsmacht gelten. Wieder und wieder praktiziert, werden sie vielen Menschen vertrauter, vielsagender und unverwundlicher. „Mit Floskeln lässt sich prima punkten“, schrieb vor kurzem die FAZ, die es ja wissen muss, und: „Kein Wunder, dass Wortmacher und Wortführer gerne mit ihnen agieren.“³ Tatsächlich entstehen gerade mit ihrer Hilfe alltägliche Loyalität, verinnerlichte Gläubigkeit und politische Religiosität: Ersatz und Ausdruck demokratischer Mitwirkungsbereitschaft in einem.

Mit dem Blick auf solche Wirkungsmechanismen wollen wir ergänzende Fragen stellen nach sprachlichen und kulturgeschichtlichen Erscheinungsformen von Denk- und Verhaltensstrukturen jener (leider allzu vielen) Deutschen auf dem Weg in Diktatur und Krieg. Gerade sie scheinen noch nicht schlüssig beantwortet zu sein. „Die NSDAP macht ihre agitatorische Sprache unbedenklich zum amtlichen Stil“⁴ – mit diesen Worten benannte Carl von Ossietzky kurz nach dem 30. Januar 1933 die Diskrepanz zwischen der dürftigen „Plattform die das Regierungsprogramm biete, und der „beträchtlichen“ agitatorischen Leistung, mit der es landauf und landab gepriesen werde. Zugleich benannte er, von wem und wozu Propaganda betrieben wurde, also – bildlich gesprochen – Ross und Reiter. Abschätzig war damals jedoch auch vom „Massenmenschen“ die Rede, der gegen die Vernunft, Freiheit und Humanität aufgestanden sei. Es gehöre nun einmal, so verkündete es der bekannte Nationalökonom Wilhelm Röpke, Intoleranz zum Charakter des Massenmenschen; dieser sei auch nicht geneigt, in Diskussionen einzutreten, er folge mehr dem Gefühl als dem Verstand und habe für den Gedanken der Humanität nur ein geringfügiges Lächeln übrig. Alles Übel kommt also von der Masse, von den menschlichen Eigenheiten?⁵

Solchen Thesen hängen auch heute einige Historiker, mehr noch historisierende Publizisten an, die – immer noch oder erneut – einzig und allein dem „Hitler in uns“ oder dem „Führer“ in den Köpfen aller nachspüren möchten, den so genannten kleinen Leuten unter den Deutschen also eine ausschlaggebende Rolle unterstellen. Diese seien hauptsächlich Nutznießer des Regimes, des Krieges und auch des Judenmordes gewesen. Götz Aly nennt dies beispielsweise „soziale Aufwärtsmobilität“ und sieht darin die „zentrale Triebkraft des Nationalsozialismus“; natürlich verknüpft mit der Aussage, es sei unter Hitler eben nicht um den „Vorteil von Junkern und Monopolisten“ gegangen.⁶ Die Politik der NSDAP sei „zu Gunsten und zum Vorteil von Millionen Deutschen“ geführt

³ Michael Fritzen, Ruhige Hand fürs Land. Floskeln bewegen die Wähler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.09.2002, S. 10.

⁴ Carl von Ossietzky, Kavaliers und Rundköpfe. In: Die Weltbühne, 07.02.1933. Zit. nach Carl von Ossietzky, Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913-1933, Berlin und Weimar 1970, S. 339.

⁵ Röpke stellte am 8. Februar 1933 in Marburg in dem Vortrag „Wo stehen wir? Wohin treiben wir?“ fest: „Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre bedarf es in der Tat einer starken philosophischen Unerschütterlichkeit, wenn man sich der Suggestivkraft des Schlagworts von der ‚Epochenwende‘ entziehen will ... Nichts Geringeres geht vor sich, als dass ein Massenaufstand gegen die letzten Grundlagen alles dessen ausgebrochen ist, was wir Kultur nennen: ein Massenaufstand gegen Vernunft, Freiheit, Humanität und gegen jene geschriebenen und ungeschriebenen Normen, die in Jahrtausenden entstanden sind, um eine hochdifferenzierte menschliche Gemeinschaft zu ermöglichen, ohne die Menschen zu Staatssklaven zu erniedrigen ... Es gehört zur Definition des Massenmenschen, dass er intolerant und nicht geneigt ist, in Diskussionen einzutreten, dass er mehr dem Gefühl als dem Verstand folgt und für den Gedanken der Humanität nur ein geringfügiges Lächeln hat. Und dieser Massenmensch ... steht im Begriff, die Herrschaft an sich zu reißen.“ (Zit. nach: Deutsche Geschichte von Tag zu Tag, CD-Rom, bearb. von Manfred Overesch und Friedrich Wilhelm Saal. Digitale Bibliothek, Bd. 39)

⁶ Götz Aly, Hitlers Volksstaat. In: Gegen Vergessen – für Demokratie, Nr. 33/2/2002, S. 22 ff. Dabei handelt es sich um den Text der Rede, die Aly anlässlich der ihm zuteil gewordenen Verleihung des Heinrich-Mann-Preises der Akademie der Künste am 22.05.2002 hielt. Sie stand unter dem Titel „Hitlers Volksstaat. Anmerkungen zum Klassencharakter des Nationalsozialismus“ Siehe dazu Dietrich Eichholtz, Üben den Klassencharakter des NS-Regimes. In: Marxistische Blätter, H. 5/2002, S. 75-82. Siehe auch den Literaturbericht von Kurt Pätzold zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord, der demnächst im Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung erscheinen wird.

worden, diese also lediglich eine „Sachwalterin der kleinen Leute“ gewesen. Hitler sei als „Membran des Zeitgeistes“ zu sehen, verkündete kürzlich Hans Maier, der langjährige bayerische Kultusminister.⁷ Auch das dürfte eine Sprachformel sein, die glauben machen soll, dass nun einmal die Macht der Obrigkeit nötig sei gegen die von unten her drängende Gewaltbereitschaft und -tätigkeit.

Selbstverständlich erschließt sich ohne das Wissen um opportunistisches Mittun und Nutznießerei wenig von geschichtlicher Verantwortung des Massenanhangs der NSDAP. Auf allen Ebenen muss den Tätern und ihren Motiven nachgespürt werden. Wir wollen dies ebenfalls tun, jedoch mit dem Blick auf die Wurzeln, die in der Sprache des Terrors und des Krieges lagen sowie in den geläufigen Denk- und Verhaltensweisen breiter Teile der Bevölkerung, deren Empfindungen und Denkgeohnheiten die Wirkung zielorientiert arbeitender Sprachakrobaten ermöglichten. Gerade politische Schlagwörter spielten eine gewichtige Rolle: sowohl eine mobilisierende, wie anhand verheerender Wirkungen traditioneller nationalistischer und rassistischer Schlagwörter und Schlachtrufe jener Zeit zu erkennen ist, als auch eine abwiegelnde und beruhigende, die Resignation und Apathie bewirkte.

Die Erfahrung ist keineswegs neu, dass Worte der Macht nicht die Taten der Regierenden ausdrücken, sondern sie maskieren. Der von Carl Schmitt stammende Satz, es sei derjenige souverän, der über den Ausnahmezustand verfüge⁸, bedarf im Lichte des Tagungsthemas gewiss einer Ergänzung. Um Macht, vor allem Machtmissbrauch akzeptabel zu machen und vor Widerstand zu bewahren, gerät offensichtlich geschwätzigte Bemäntelung schwacher Argumente zu beliebter Methode. Genutzt wird die Eigenschaft von Sprachbildern, Metaphern, Parolen und Schlagwörtern, bestimmte Aspekte eines jeweiligen Sachverhalts zu betonen und andere auszublenden, die eine Seite als segensreich, die andere als schmähsch erscheinen zu lassen. Sie sollen Assoziationsketten auslösen, Freund- und Feindbilder schaffen bzw. vorhandene befestigen. Und jeder Erfolg macht solche Sprache für Politiker immer stärker zum geheiligten Mittel unheiliger, sprich: unmenschlicher Zwecke.

Es ist sicher nicht allein meine Auffassung, dass die Wirkungskraft politischer Sprache noch weitgehend unterschätzt wird. Ihre den Verstand lenkenden oder betäubenden Mechanismen sind zweifellos kompliziert, können aber aufgedeckt werden. Kriegszustände beginnen mit der Sprache von Gewalt und Terror, mit einer moralisierenden Rechtfertigung eigenen Tuns und schlimmster Entmenschlichung des Gegenübers. Damit geht auch einher, dass die Sprache, statt allein menschlicher Kommunikation zu dienen, zum bloßen Instrument der Macht degradiert wird und Gefahr läuft, zu verflachen, in Formelhaftigkeit zu versinken, Realitätsverlust zu erleben und für Wahnvorstellungen Platz zu schaffen.

Ein aufschlussreiches Lehrstück boten der deutsche Faschismus und die Machtübertragung an ihn. Zum 30. Januar führte gewiss auch alltägliches, Gewohnheiten folgendes Denken gemäß der Liedzeile *Deutschland, Deutschland über alles*, gemäß der Zielstellung, *am deutschen Wesen solle die Welt genesen*, und gemäß aller Losungen, die das angeblich naturgegebene *Recht des Stärkeren* preisen.⁹ Jede solchermaßen inszenierte Kriegsrechtfertigung stellt auch Kriegsvorbereitung dar, plündert rücksichtslos menschliche Gefühle für unmenschliche Zwecke. Kriege zu wollen und zugleich Frieden zu predigen – das kann ich lediglich als Heuchelei, Irreführung und Manipulationsversuch werten. Was dem sprachlich dient, darf überwiegend als beschönigend oder verschleiern, als ausweichend oder rechtfertigend, als Denunziationsprosa bewertet werden. Jeder Kapitalismuskritik wird mit alten und neuen Stereotypen begegnet: Neidgefühl, beispielsweise, wenn es um sozialpolitische, Antiamerikanismus, wenn es um außenpolitische Fragen geht. Auf jeden Fall bringt das Befassen mit dem Thema Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik uns Möglichkei-

⁷ Hans Meier, Deutungen totalitären Herrschaft 1919-1989. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 3/2002, S. 363.

⁸ Carl Schmitt, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München und Leipzig 1922, S. 9.

⁹ Zu dieser Redewendung und zahlreichen ähnlichen Parolen siehe das von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker herausgegebene zweibändige Werk „Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“, Leipzig 2002.

ten näher, „Schreibtischtätern“ auf die Spur zu kommen, psychologische Kriegsvorbereitung und Kriegführung zu erhellen, zu erkennen, welchen realen Inhalt die Sprache der Herrschenden hat und auf welchem Boden sie gedeihliche Früchte trägt.¹⁰

Wie brisant dies alles ist, verdeutlicht der Umgang mit dem Schwur von Buchenwald, der auch zu einem Schlagwort geraten ist: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Es sind weniger geworden, die sich des ersten Teiles bewusst entsinnen. Die Feststellung mag bitter klingen, doch an ihrer Berechtigung kann es keinen Zweifel geben. Die deutsche Gesellschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrheit während der letzten Jahre weitgehend akzeptiert, dass wieder Kriege geführt werden. Das Denken in den Kategorien des Krieges ist zurückgekehrt und ein leider „normaler“ Bestandteil alltäglicher Überlegung geworden. Rechtfertigungen aller Art – häufig nach alten und schlichten Mustern gestrickt – beförderten unter der Losung „Krieg gegen den Terror“ zugleich Rat- und Hilflosigkeit derer, die für den Frieden einzutreten bereit sind. Wie mag es da um das Gewicht der Forderung „Nie wieder Faschismus“ stehen? Nimmt man Erscheinungen zur Kenntnis, die sich aus political correctness ableiten und sogar zum Sturz deutscher Minister führten, dann könnte Hoffnung bestehen. Doch gehe ich fehl, wenn ich sage, im Lande, in großen Teilen Europas und der Welt weht leider ein ganz und gar anderer Wind?

Doch dem Historiker wie auch allen anderen Wissenschaftlern sei zugleich abverlangt, seinen Blick auf das zu richten, was denn für eine humanistisch verfasste Gesellschaft die Sprache der Gewaltlosigkeit, des Antiterrorismus und die des Friedens sein müsste und was sie zu leisten vermag. Die neuen Kriegsbilder des 21. Jahrhunderts verlangen auch eine neue Sprache des Friedens. Altem Ungeist, der sich erneut in unser Leben hinein zu fressen droht, gilt es den Weg zu versperren. Möglicherweise oder gar sinnvollerweise auch mit Hilfe politischer Sprache? Mit einer, die den gedanklichen Zugang zu Gewalt, Terror und Krieg blockieren hilft?

Sie sehen, meine Damen und Herren, auf uns wartet hier in Jena, wo einst Georg Klaus sich mit dem Zusammenhang von Sprache und Politik befasste und Victor Klemperer allen ein Begriff ist, ein umfängliches Programm, ein diskussionswürdiger Gegenstand, der trotz seiner geteilt erscheinenden Problemfelder ein Ganzes darstellt. Vom Wissen über den geschichtlichen Platz des Faschismus, zu dem einleitend Kurt Pätzold sprechen wird, vom Wissen über das konkrete Geschehen davor und danach, über seine Ursachen und Wirkungen führen viele Wege zu Antworten auf weitere Fragen. Mögen sie am Ende zu überzeugender politischer Bildung beitragen und damit unser aller Zukunftschancen erhöhen helfen.

Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena am 24./25. Januar 2003 in Jena. Jena 2003, S. 5-11.

¹⁰ Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an die Warnung Oskar Lafontaines: „Wenn die Linke nicht wachsam ist, hat sie schon verloren, einzig weil sie in der Sprache der Herrschenden denkt.“ Oskar Lafontaine, Die Wut wächst – Politik braucht Prinzipien, München 2002. Zit. nach Andre Brie, Wenig Wut, viel Kritik. Oskar Lafontaine sucht linke Antworten auf heutige Unübersichtlichkeit und Beliebigkeit. In: Neues Deutschland, 29/30.06.2002, S. 14.

„Die Parteien sind in sich faul ...“

Zur Propaganda der NSDAP gegen das deutsche Parteienwesen und ihren Folgen

Zahlreiche Geschichtsdarstellungen und Schulbücher enthalten schlagwortartig verwendete Begriffe. Da heißt es gewöhnlich: Machteroberung, Machtübernahme oder Machterschleichung. Ebenso finden sich für die folgenden 12 Jahre formelhafte und zumeist allein auf eine Person bezogene Bezeichnungen: Hitlers Kriege, Hitlers Generäle, Hitlers Frauen, Hitlers Kinder usw. usf. Von der Partei – jener NSDAP, in deren Namens Kürzel jeder Buchstabe, bekanntlich eine Lüge bedeutete – ist seltener die Rede. Blickt man jedoch auf die Zeiträume davor und danach, so erscheinen die meisten der Weimarer wie der Bonner bzw. Berliner Regierungen natürlich stets sowohl mit den Namen ihrer Kanzler als auch mit denen der koalierenden oder sie stützenden Parteien. Die Verknüpfung eines Parteienamens mit dem Diktatur-Begriff tauchte erst 1989/90 auf und gilt, wie wir wissen, einem sich vom Umgang mit der NS-Vergangenheit unterscheidenden und sehr spezifischen „Delegitimierungs“-Versuch ...

Sprache frisiert die Geschichte also auch, sobald politische Parteien betroffen sind. Wie in vielen anderen Beispielen, die auf unserer Tagung bereits erwähnt und behandelt worden sind, läßt sich an den Bezeichnungen des 30. Januar 1933 zugleich erkennen, in welchem Maße gewünschte Sichtweisen zu sprachlicher Gewohnheit werden. Keiner redet von einer NSDAP-Diktatur, darüber hinaus kommt selbst in anspruchsvollen Darstellungen zur Geschichte der Parteien die NSDAP zwischen 1933 und 1945 kaum vor.¹ Selten werden ihre Zielsetzungen und die zu ihrem Erreichen verwendeten terroristisch-rassistischen Mittel ins Feld geführt, selten geben solche Publikationen die faschistische Partei als *die* Partei zu erkennen, die *eine* der Ausgeburten der kapitalistischen Gesellschaft und des auf dieser beruhenden Parteienwesens darstellte. Immer noch soll bestritten werden, daß sie eine der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger dieser Gesellschaft nach Maximalprofit und Expansion war, einer ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen, koste es was es wolle. Wir wissen jedoch, daß die NSDAP unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung verfolgte und nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus“ strebte. Ihre auf solcher Zielsetzung beruhende Forderung nach einer „Nationalisierung der Arbeiter“ ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen“, mit der Konstruktion einer deutschen Volksgemeinschaft, in der jeder in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald genügend „Lebensraum“ erobert und „fremdrassische“ Völker unterworfen, verjagt oder ausgerottet wären.²

Obgleich es sinnvoll und durchaus erforderlich wäre, soll im folgenden Beitrag dennoch nicht dem Charakter der NSDAP, ihrem historischen Platz innerhalb des deutschen Parteienwesens oder dem Streit um dessen Definition nachgegangen werden. Vielmehr wird versucht, die bislang in geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen arg unterbelichtete allgemeine Sicht der NSDAP auf das Parteienwesen in Deutschland zu erhellen. Gefragt wird außerdem nach den Ergebnissen ihrer grundsätzlich gegen die Existenz politischer Parteien betriebenen Propaganda. Ich wähle gerade diesen Aspekt, weil nach meiner Auffassung die Millionengefoldschaft der NSDAP, die eine Vo-

¹ Dies gilt insbesondere für die Zeit von 1933 bis 1945. Sie wird regelrecht als ein parteiengeschichtliches „Loch“ behandelt. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“ noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebenso wenig Gehalt bieten Thesen, sie habe im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt, zumal die NSDAP-Führung – was wenig erwähnt wird – die Wehrmacht und sich selbst die als die beiden ausschlaggebenden Grundfesten, die „Säulen“ des Dritten Reiches, der Kriegsvorbereitung und schließlich auch der Kriegführung betrachtet hat. Schildträger und Waffenträger – so benannte Arno Breker seine Figuren, die im sogenannten Ehrenhof der Neuen Reichskanzlei aufgestellt wurden ...

² Siehe dazu Manfred Weißbecker, Die Geschichte der NSDAP (1920–1945) Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 35, Jg. 1999, H. 8, S. 31-48.

raussetzung ihres Erfolges darstellte und zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen geriet, sich auch aus der systematischen Nutzung allgemeiner Parteienaversionen und einer während der Weltwirtschaftskrise erheblich angewachsenen Parteienverdrossenheit unter der deutschen Bevölkerung ergeben hat.³ In ihrer Kritik an den „System“-Parteien stand sie nicht allein. Diese traf einen empfindlichen Nerv vieler Menschen und verschaffte deren eigenen Bedenken und Vorbehalten mancherlei Bestätigung und Resonanz, mitunter auch ein sehr willkommenes Feindbild. Die nationalsozialistische Propaganda bedurfte in dieser Hinsicht nur in geringem Maße demagogischer und manipulativer Nachdrücklichkeit. Die real existierenden Mängel und unübersehbaren Schwächen des Parteienwesens wirkten ebenso zugunsten der NSDAP wie die dieser Partei zur Verfügung stehenden politisch-rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, welche der Weimarer Staat bekanntlich den rechten Gegnern der Republik angedeihen ließ.

Zu untersuchen wäre also – neben allen anderen bekannten Ursachen des 30. Januar 1933⁴, gleichsam zu deren Ergänzung und Vervollständigung – auch die Tatsache, daß vielen Deutschen während der letzten Jahre der Weimarer Republik die lautstarke, couragiert anmutende Auseinandersetzung der NSDAP mit den Gebrechen des bestehenden Parteienwesens überaus berechtigt zu sein schien, mochte sich mancher auch über Form und Umfang mokieren oder an Überspitzung denken. Die in diesem Band ebenfalls veröffentlichte kleine Dokumentation „Ich kenne keine Parteien mehr ...“, Konservative und nationalsozialistische Ansichten wider politische Parteien, Demokratie und Parlamentarismus vor 1933“ erfaßt nur einen Bruchteil, doch gewiß einen bezeichnenden Ausschnitt.

Anziehend wirkte die Nazi-Kritik an den anderen Parteien zudem, weil sie sich mit Anspruch schmückte, über diese hinaus weisen und eine alle Deutsche umfassende Alternative bieten zu können. Solches leuchtete ein, da es auf konservativ-nationalen, monarchischen, völkischen und antidemokratischen Denk-traditionen aufbaute. Die Parteien seien überholt, modrig wie faulendes Aas, würden sie doch lediglich jeweils spezielle Interessen vertreten. „Dahin aber muß es kommen, das alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefaßt werden. Entscheidend ist, daß alle fühlen, daß sie *in erster Linie Deutsche sein müssen*.“⁵ So ließ sich Hitler im Januar 1933 vernehmen, nachdem zuvor immer wieder versprochen worden war, die NSDAP würde, komme sie an die Macht, alle Parteien vernichten. Denn: „Das Vaterland steht über allen Parteien. Das deutsche Volk muß gerettet werden, wenn nicht anders über die Leichen der Parteien hinweg!“⁶ So hieß es schon 1922, und zehn Jahre darauf tönte der „Führer“: Es ist mein Ziel, diese Parteien zu beseitigen und zu vernichten. Und ich werde die Verantwortung hierfür vor der deutschen Geschichte zu tragen vermögen.“⁷

Die Auffassungen über das Parteienwesen unterlagen in der NSDAP lange Zeit innerem Zwiespalt. Hitler selber brachte es auf die griffige Formel: Wir sind zwar gegen die Parteien, brauchen aber eine Partei, um das Parteienwesen vernichten zu können. Beliebt war daher neben den Schlagworten „Partei der Jungen“ und „Partei über den Parteien“ vor allem die Selbstbezeichnung als „Bewegung“. Sich selbst sah man als organischen Bestandteil der Gesellschaft. Ihre Bewegung sei aus dem Volk hervorgegangen und habe daher Anspruch auf das Volk in seiner Totalität. Von Alfred

³ Obgleich die Mitglieder zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmten – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten.

⁴ Siehe aus jüngster Zeit dazu z. B. Kurt Pätzold, Das dramatische Ende einer Demokratie. In: Neues Deutschland, 10.01.2003, S. 14; Dietrich Eichholtz, Über den Klassencharakter des NS-Regimes. In: Marxistische Blätter, H. 5/2002, S. 75-82; ders. ... setzte die Welt in Brand. Der Weg in den Krieg und zum Genozid – Das Ende der Menschlichkeit. In: Neues Deutschland, 30.01.2003, S. 3; Ludwig Elm, Ohne Beihilfe des Konservatismus keine faschistische Diktatur 1933! In: Marxistische Blätter, H. 6/2002, S. 47-54; Manfred Weißbecker, Menschheitserfahrung 30. Januar 1933. In: antifa, H. 1/2003, S. 12 f.; ders., Die große Lösung ... Als Hindenburg & Co. Hitler und seinen Nazis die Macht schenkten. In: Neues Deutschlands, 30.01.2003, S. 2.

⁵ Hitler in Lipperode am 12.01.1933. Der Beleg findet sich wie die zu den folgenden Textstellen im Anhang zum vorliegenden Beitrag.

⁶ Hitler in München am 30.11.1922.

⁷ Hitler in Cottbus am 20.07.1932.

Rosenberg war zu vernehmen, die nationalsozialistische Bewegung müsse als etwas verstanden werden, was man nicht „ablehnen“ könne; sie sei eine „Naturerscheinung“. Damit nicht genug – er setzte noch hinzu: „wie sie in der Geschichte der Völker nur sehr vereinzelt“ vorkomme. Mit verquastesten Formulierungen wurde Ewigkeit in Anspruch genommen: „Sie ist vergleichbar mit den gewaltigen Eruptionen, die einst die Gebirge entstehen ließen, und die man nicht ‚ablehnen‘ oder ‚annehmen‘ kann; sie sind einfach da, und man hat sich mit ihnen abzufinden. Genau so ist es mit unserer Bewegung. Es mögen menschliche Unzulänglichkeiten dabei mitspielen, aber es ist hier etwas Ereignis geworden, das durch alle Jahrtausende bestehen wird.“⁸

Immer wieder und je nach taktischem Erfordernis tauschten NS-Theoretiker die Begriffe aus. Ihre parteipolitischen Zukunftsvorstellungen unterlagen einem Entwicklungsprozeß. Zunächst und selbst noch in schwacher Position betrachteten sie die anderen Parteien lediglich als große Konkurrenten, die eher zu beschimpfen und zu diskreditieren möglich war denn direkt oder gar erfolgreich zu bekämpfen. Daß man zugleich anders sein, aus den „Gebrechen“ des Parlamentarismus aussteigen und sich als die bessere Partei um Anerkennung bemühen wollte, wurde zwar erwähnt, aber in der Regel nicht besonders hervorgehoben. Man bemühte sich hauptsächlich, einen eigenständigen Platz innerhalb des bestehenden Parteiensystems gewinnen zu können. Daß dies lediglich Taktik gewesen sein soll, kann erst späteren Behauptungen entnommen werden, nicht den Quellen der frühen Republikjahre. Erst seit Mitte der zwanziger Jahre vollzog sich die Hinwendung zu grundsätzlicher Kritik und visionärer Zielsetzung: „Unsere Bewegung findet ihr Ende erst an dem Tage, an dem sie aufgehört hat, Partei zu sein und geworden ist: die deutsche Nation.“⁹

Dabei fällt auf, wie stark und umfassend alles in die nationalsozialistische Gedankenwelt eindrang, was in dieser Hinsicht konservative Kreise verlautbarten. Wenn also von „Vordenkern“ und „Wegbereitern“ zu sprechen ist, läßt sich das eindeutig belegen, mitunter sehr detailliert bis in einzelne Formulierungen hinein. Die später betriebene Bündnispolitik, bekannt unter den Schlagworten „Harzburger Front“ und „Kabinett der nationalen Konzentration“, beruhte ebenfalls auf konservativ-antidemokratischen Theorien und Schlagworten. Mit den Parteien-Aversionen und antiparlamentarischen Bannflüchen deutscher Konservativer erhielt die NS-Propaganda eine über bloße Parteitaktik hinaus reichende Orientierung und zugleich ein erforderliches, wenn auch in sich nicht immer stimmiges Fundament. Zu erwähnen sind hier insbesondere Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete¹⁰, Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist¹¹, Möller van den Bruck, der rasch Abstand nahm von seiner ursprünglichen Idee einer „dritten Partei“ und an die Stelle so genannter Parteibevormundung die Forderung setzte, ein „drittes Reich“ zu schaffen, Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte, Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien mit Feuer und Schwert ausgelöscht, Hans Zehrer, der nicht den Parteien, sondern den Winden Zukunft verhieß, u. a. m.¹²

Aus strikter Ablehnung des Parteienwesens durch Verfechter der „konservativen Revolution“ erwuchs in der NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre, d.h. parallel zum eigenen „Aufstieg“, eine erhebliche Verschärfung aller Partei-Aversionen. In den Vordergrund trat eine pausenlos und nachdrücklich betriebene Selbstdarstellung als erfolgreich aufstrebende, sich ständig vergrößernde und wählerstärkste Partei. Immer stärker kam Selbstüberhebung über alle anderen Parteien zum Vorschein. Und es mehrten sich die Ankündigungen, man wolle das Parteienwesen vernichten, sobald man an die Macht gelangt sei. Wie auf anderen Politikfeldern vollzog sich auch ein parteitheoreti-

⁸ Alfred Rosenberg am 08.11.1934 vor dem NS-Studentenbund.

⁹ Hitler in Gumbinnen am 15.07.1932.

¹⁰ Zit. nach Ludwig Elm (Hrsg.), Falsche Propheten. Studien zum konservativdemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2/1990, S. 283.

¹¹ Diese Feststellung traf Bloch 1936 anlässlich des Todes von Spengler. Zugleich fragte er: „Wollte er Hitler werden, hat er ihn beneidet?“ (Ernst Bloch, Spengler und Rußland. In: Literarische Aufsätze [Gesamtausgabe, Bd. 9], Frankfurt a. M. 1965, S. 61.)

¹² Siehe die Anlage.

scher Radikalisierungsprozeß, möglicherweise jenem vergleichbar, der nach 1933 gegenüber den Juden die bekannten Stationen von Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung umfaßte.

Betrachtet man die Auswirkungen dieser Entwicklung, so lassen sich im Unterschied zu den vor allem die Kontinuität währenden Veränderungen im deutschen Parteienwesen von 1918/19 in den Jahren 1932/33 tiefgreifendere Wandlungen feststellen. Waren die Parteien während der Revolution – schlicht ausgedrückt – ein Stück nach „links“ gerückt, gingen die meisten nun gleich mehrere Schritte nach rechts. Da gab es zahlreiche, von Entdemokratisierung und der Durchsetzung autoritärer Führungsstrukturen gekennzeichneten, innerparteilichen Vorgänge in nahezu allen Parteien, auch in denen der Arbeiterbewegung.¹³ Die regierenden Parteien mißachteten zunehmend die demokratisch-parlamentarischen Spielregeln der Weimarer Verfassung, gleich ob es sich um das auf Notverordnungen gestützte Regieren, um den Versuch eines verfassungswidrigen Umgehens der Reichspräsidentenwahlen, um den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen oder die umfangreichen Reichsreformpläne handelte, die mitunter noch als Verbesserung der Verfassung oder gar als Schutzmaßnahme zu deren Gunsten ausgegeben wurden. Zugleich nahmen die mit paramilitärischen Mitteln geführten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien außerordentlich zu, was den politisch-moralischen Anspruch der Parteien ebenso konterkarierte wie die Unfähigkeit zur Bewältigung der Wirtschaftskrise.

Innerhalb des Parteienwesens verschoben sich – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichen- den Prozessen – alle Proportionen. Die traditionell zwischen den Parteien bestehenden Beziehungs- geflechte unterlagen tiefer Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung. Die NSDAP schwoll zur größten Mitglieder- und Wählerpartei an. Bürgerliche Parteien der so genannten Mitte erlebten einen enormen Rückgang, nur das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vermochten relativ stabil zu bleiben. Zwischen den beiden Arbeiterparteien entstand erstmalig ein Gleichgewicht, das die Führung der einen zu verstärktem Antikommunismus verleitete, die der anderen das reale Kräf- teverhältnis euphorisch überschätzen und beide den Gedanken an ein sinnvolles, d. h. beide stär- kendes antifaschistisches Zusammengehen weit von sich weisen ließ. Bewegung kam in das Partei- enwesen nicht zuletzt durch die zahlreichen Versuche, neue Organisationen bzw. Parteienbündnisse zu schaffen, aber auch durch das taktierende Hin und Her in der so genannten Harzburger Front, durch Gedankenspiele, die Koalitionsmöglichkeiten zwischen der Zentrums- und der NSDAP oder die Unmöglichkeit einer neuen Großen Koalition prüften, was – modern gesprochen – als Idee eines Mitte-Links-Bündnisses bezeichnet werden könnte. Ernsthaft zu nennende Bewegung kam indessen nicht zwischen SPD und KPD zustande; hier wurden alte Schlachtfelder nicht verlassen, eher noch erweitert und ausgedehnt. Zahlreiche satirische Zeichnungen und Gedichte aus Federn deutscher Reaktionäre bezeugen, wie genüsslich man sich die Hände rieb, weil wieder einmal ge- lang, was dem alten Schlagwort „teile und herrsche“ entsprach.

Vor dem hier lediglich angedeuteten Hintergrund lassen sich einige charakteristische Bestandteile und Merkmale nationalsozialistischer Antiparteien-Propaganda erkennen:

- Ihre Kritik richtete sich nicht allein gegen Schwächen und Mängel der Parteien im Parteienstaat der Weimarer Republik. Sie wandte sich zugleich grundsätzlich gegen das Parteienwesen, das im Kaiserreich existiert hat; die Wandlungen der Parteien während der Novemberrevolution bewerte- te die NSDAP eher als Bestätigung ihrer Auffassungen denn als eine parteiengeschichtliche Zäsur.
- Die Parteienkritik der NSDAP galt dem Parlamentarismus sowie allen liberalen und demokrati- schen Bestrebungen.
- Typische Merkmale des Parteienwesens in der bürgerlichen Gesellschaft –Parteiegoismus, Selbsterhaltungstrieb, Beharrungsvermögen, Korruption und Futterkrippenwirtschaft usw. – er-

¹³ Siehe dazu u. a. Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1. Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

schiene stets als undeutsche Übernahme westlicher Demokratiemodelle sowie als Ergebnis jüdischer Aktivitäten.

- Die gewaltsame Vernichtung der Parteien erschien als unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung einer „wahren Volksgemeinschaft“ der Deutschen.
- Nicht zuletzt wurde allein die Existenz und erst recht das Wirken politischer Parteien als Schwächung des deutschen Volkskörpers, insonderheit seines Wehrwillens und seiner Kriegsbereitschaft ausgegeben.

Das Ergebnis ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte, alle anderen Parteien zu überwältigen und eine das Parteienwesen konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten. Es ist berechtigt, von den gravierendsten Veränderungen in der Geschichte des Parteienwesens zu sprechen. Was sich da in den Jahren 1932/33 vollzog, führte zunächst während der 12 Jahre zu einer in sich außerordentlich straff geführten „Organisationen“-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfaßte.

Die Auflösung der Parteien

Was sollen in einem geeinten Vaterland, in einer geeinten Nation, in einem einigen Volk Parteien?

Wenn ein Volk einig ist, ganz entschlossen einer Idee nachlebt, einem Ziele gemeinsam zumarschiert, – muß dann nicht jede Partei, und gäbe es viele Hundert, genau dasselbe wollen, sagen, vertreten? Selbstverständlich muß sie das, – und also ist es sinnlos, daß es überhaupt mehr als eine einzige Partei gibt, da es ja auch nur ein einziges Wollen gibt.

So lösen sich denn, sangs- und klanglos oder mit ein wenig Geräusch, die alten Parteien auf, – ihre Zeit ist abgelaufen, in der sie gediehen, deren Ausdruck sie waren, und wie diese Zeit verging, so vergehen nun auch sie.

Die meisten begreifen es von selbst, – und bei denen, die es nicht begreifen möchten, die zum mindesten nicht zugeben möchten, daß sie es natürlich längst begriffen haben, hilft das Volk mit sanftem Drucke nach.

Und nach einem Monat gibt es nur noch eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, und auch das ist gar keine Partei mehr, war überhaupt niemals eine Partei, sondern hieß nur so, weil es im liberalistisch-demokratischen Staate nun einmal ohne die Parteiform nicht abging, und der Führer geschworen hatte, legal zur Macht zu gelangen, – sondern war von Anfang an und jetzt erst recht eine Bewegung, eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Bewegung, – und also entsprach endlich dem einheitlichen Wollen des Volkes auch seine politisch-organisatorische Formgebung: das Ende der Parteien, – die alleinige Vertretung des einheitlichen Volkes im einheitlichen Reich durch eine einheitliche Bewegung.



Aus: Deutschland erwacht. Werden, Kampf und Sieg der NSDAP, München 1933, S. 101

Die Auflösung der Parteien

Das sollen in einem geeinten Vaterland, in einer geeinten Ration, in einem einigen Volk Parteien!

Benn ein Volk einig ist, ganz entschlossen einer Idee nachlebt, einem Ziele gemeinsam zumarschiert, – muß dann nicht jede Partei und gäbe es viele Hundert, genau dasselbe wollen, sagen, vertreten. Selbstverständlich muß sie das, – und also ist es sinnlos, daß es überhaupt mehr als eine einzige Partei gibt, da ebnten es ja auch nur ein einziges Wollen gibt.

So lösen sich denn, gang- und klanglos oder mit ein wenig Geräusch, die alten Parteien auf, – ihre Zeit ist abgelaufen, in der sie gediehen, deren Ausdruck sie waren, und wie diese Zeit verging, so vergehen nun auch sie.

Die meisten begreifen es von selbst, – und bei denen, die es nicht begreifen möchten, die zum mindesten nicht zugeben möchten, daß sie es natürlich längst begriffen haben, hilft das Volk mit sanftem Drucke nach.

Und nach einem Monat gibt es nur noch eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, und auch das ist gar keine Partei mehr, war überhaupt niemals eine Partei, sondern hieß nur so, weil es im liberalistisch-demokratischen Staate nun einmal ohne die Parteiform nicht abging, und der Führer geschworen hatte, legal zur Nacht zu gelangen, – sondern war von Anfang an und jetzt erst recht eine Bewegung, eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung, – und also entsprach endlich dem einheitlichen Wollen des Volkes auch eine politisch-organisatorische Formgebung: das Ende der Parteien, – die alleinige Vertretung des einheitlichen Volkes im einheitlichen Reich durch eine einheitliche Bewegung.

Aus: Deutschland erwacht. Werden, Kampf und Sieg der NSDAP, München 1933, S. 101

Als das berüchtigte Gesetz vom 14. Juli 1933 erging – es war übrigens das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte –, hieß es zur Begründung, die Neubildung von Parteien wäre ein „Verbrechen an Staat und Volk“.¹⁴

Zudem wäre auch nach langfristig wirksamen Resultaten zu fragen. Es ist natürlich zufällig, daß sich mit diesem Einschnitt ziemlich exakt die Mitte der rund 150jährigen Geschichte politischer Parteien in Deutschland fixieren läßt. Es handelte sich gewiß nicht um das Ende des Parteienwesens, wohl aber um einen unvergleichbaren Höhepunkt in seiner bis dahin relativ ungehinderten Entwicklung auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und kapitalistischer Konkurrenz. Sein Desaster sollte allerdings nach 1945 Auswirkungen haben für die Herausbildung neuer Parteien und ihre Entwicklung, für das Benennen und Verschleiern ihrer Machtansprüche, für die Gestaltung ihrer Strukturen, aber auch für jegliche Modernisierung ihrer Propaganda, für die Wahl der Worte in der Sprache der Politik.

Ich denke, wir hatten es nach 1945 zunächst in allen Besatzungszonen mit Tendenzen zu tun, die von einer generellen Absage an das faschistische Einparteiensystem ausgingen. Im Vordergrund stand die Bündelung früherer Parteien zu neuen Organisationen, gleichsam zu „Einheits“-Parteien

¹⁴ Das Kabinett erhielt am 12.07.1933 den Entwurf des Reichsinnenministers, der eine einzige Bestimmung enthielt: „Wer es unternimmt, politische Parteien neu zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten politischen Partei aufrecht zu erhalten, wird als Hoch- und Landesverräter bestraft.“ Dazu äußerte allein der Reichsjustizminister in der Ministerbesprechung vom 14.07. Bedenken. Sie betrafen jedoch nur den Zeitpunkt, durch den möglicherweise die „innere Überzeugungskraft“ der Selbstauflösung der Parteien getrübt werde. Hitler wollte sich diesem Gedanken nicht verschließen und schlug vor, das Gesetz zu beschließen und es erst zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Frick wies Gürtners Argument als „nicht durchschlagend“ zurück. Noch am selben Tag erfolgte die Ausfertigung des Gesetzes. Neben konkretisierten Strafbestimmungen enthielt sie noch folgende Bestimmung: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I:1933/34, Bd. 1, bearb. Von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, S. 661 f.

im Rahmen der traditionellen Grundströmungen des Parteienwesens: SED, aber auch CDU/CSU und FDP wären zu nennen. Die Entwicklung ging hin zu Mehrparteiensystemen mit ein oder zwei dominierenden Großparteien; gegenüber der Weimarer Zeit wäre von reduzierten Mehrparteiensystemen sowohl in Ost wie in West zu sprechen. Dennoch gelangen innerparteiliche Demokratisierungsbestrebungen nur unzureichend, sofern sie überhaupt unternommen worden sind und nicht dem Diktat eines so genannten demokratischen Zentralismus unterlagen oder in Parteiengesetze gezwängt worden sind, die zwar alles mögliche regelten, aber zentrale Fragen nach ihrer Rolle bei den Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung am politischen Geschehen, nach notwendigen Mechanismen zur Begrenzung der Macht von Parteiapparaten und nach justiziablen Vorgaben für saubere Finanzierungspraktiken so weit wie möglich außen vor ließen.

Der Prozeß, der 1989/90 einsetzte, bedarf eine eigenen Analyse, gehört jedoch trotz einer Reihe von Spezifika auch in die Gesamtgeschichte des deutschen Parteienwesens. Ein vorrangig zu erhellendes Moment wird die Frage betreffen müssen, wie aus einer zunächst demokratisierend wirkenden Bewegung heraus, aber rasch über diese hinweg erneut starke Tendenzen parteienstaatlicher Demokratieverletzungen auftreten konnten. Mit Recht steht das Parteienwesen gegenwärtig – fast analog zur Zeit vor 1932/33 – wieder in arger Kritik. Seine negativen Kennzeichen erreichen neues Ausmaß und ein tieferes Niveau¹⁵, allerdings erweist sich auch, daß politische Parteien – obgleich sie allzu oft lediglich dem Selbstzweck zu dienen scheinen – unentbehrlich für das Funktionieren des Staates geworden sind. Dennoch kann festgestellt werden: Was parteipolitisch in demokratisch-parlamentarisch verfaßten Staaten möglich ist, zeugt eher von Beschränkungen der Demokratie als von deren Nutzen für die Bevölkerung. Wer heute mehr direkte Demokratie fordert, muß wissen und berücksichtigen, daß diese einzig und allein gegen das schon seit langem nicht mehr zeitgemäße Politikmonopol der etablierten Parteien durchgesetzt werden kann.¹⁶

Es gilt eine Entwicklung zu bremsen, die den Parteien ermöglicht, lediglich als „professionelle Kampagnen-Organisationen“¹⁷ sowie als sich verselbständigende und immer stärker bürokratisierende Apparate zu funktionieren. Wie früher die „konservativen Revolutionäre“ haben sich Rechte aller Couleur – gesprochen wird mitunter von den „konservativen Demokraten“ – aufgemacht, Parteienverdrossenheit für eigene Zwecke zu nutzen. Erinnert sei hier lediglich an den für seine rechtskonservativen Ansichten bekannten Historiker Arnulf Baring, der jüngst in der FAZ zum Besten gab, die Situation sei reif, gar überreif für einen Aufstand gleich dem der DDR-Bürger von 1989 gegen das „erstarrte Parteiensystem“ der Bundesrepublik. Erläuternd schrieb er: „Weshalb ist das Parteiensystem so antriebsarm, weshalb wirkt es so gelähmt? Seit Jahrzehnten bat sich keine demokratische Partei zielstrebig um Führungsnachwuchs gekümmert. Entsprechend schlecht sieht es personell selbst in der Spitzengruppe aus. Die Demokratie braucht jedoch mehr, nicht weniger Führung als andere Regime. Es festigt sich im Lande die Überzeugung, daß unser Parteiensystem, in welcher Farbkombination auch immer, den heutigen Herausforderungen in keiner Weise gewachsen ist und daher von der Krise verschlungen werden wird, wenn es nicht die Kraft zur durchgreifenden Erneuerung findet. Wenn unsere Parteien weder programmatisch noch personell in der Lage sind, die Bevölkerung mit klaren Alternativen zu konfrontieren und damit Richtungsentscheidungen zu erzwin-

¹⁵ Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens Herbert von Arnim sieht vor allem vier Struktur-mängel: 1. die Bürgerfeme und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien; 2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien; 3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht; 4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien. Gegenwärtig stehe den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege: das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild insbesondere der sogenannten Großparteien, ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, der von ihnen bevorzugte karrieristische Berufspolitikertyp, die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate. Kritik gilt der Tatsache, daß die Repräsentation der Gesellschaft durch regierende Parteien einer weitgehenden parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen ist.

¹⁶ Das Politikmonopol der Parteien wurde jüngst auch von Ina Gollnick festgestellt. In: Das Parlament, 23/30.12.2002, S. 2.

¹⁷ So der Historiker und Parteienforscher Fritz Goergen. In: Focus, 04.12.2000, S. 102.

gen, ist diese Republik am Ende.“ Damit nicht genug: Es endete mit der Forderung, daß ebenfalls „die Verfassung auf den Prüfstand“ müsse.¹⁸

Getrieben vom Zwiespalt zwischen anzuerkennender Notwendigkeit der Existenz politischer Parteien und dem Wissen um deren undemokratisches Potential drängt sich mir die Frage auf, wo in den Debatten über die Zukunft von Demokratie oder über die Zukunft eine Partei demokratischer Sozialisten ihren Platz finden und erfolgreich behaupten kann. Eine Frage, die in allen programmatischen Bemühungen zu kurz kommt, über die jedoch intensiv nachzudenken m. E. durchaus lohnt ...

Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena am 24./25. Januar 2003 in Jena, Jena 2003, S. 83-93.

¹⁸ Arnulf Baring, Bürger, auf die Barrikaden! Deutschland auf dem Weg zu einer westlichen DDR. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2002, S. 33.

„Ich kenne keine Parteien mehr ...“

Konservative und nationalsozialistische Ansichten wider politische Parteien, Demokratie und Parlamentarismus vor 1933

Die folgenden Auszüge aus einigen Schriften, Reden und Dokumenten deutscher Publizisten und Politiker spiegeln sowohl Kontinuität als auch Parallelität konservativer und nationalsozialistischer Aversionen gegen den Parlamentarismus, gegen politische Parteien und das Parteienwesen wider. Sie belegen vielfältige Übereinstimmungen und Variationen in jenem nationalistisch-antidemokratischen Parteienverständnis unter den Rechtskräften der Weimarer Republik, das ihren ständigen und vielgestaltigen Attacken auf alle Arbeiterorganisationen, Novemberrevolution und Weimarer Republik zugrunde lag.

Zahlreiche sozialökonomische, gesellschaftliche, politische und situationsbedingte Faktoren führten zur Berufung Hitlers als Reichskanzler. Aufmerksam zu machen ist indessen auch auf erhebliche Wirkungen der umfangreichen Propaganda der NSDAP gegen die demokratischen Elemente des Parlamentarismus, des Parteienwesens und des Parteienstaates von Weimar. Die im Einzelnen sehr unterschiedlichen un- und antidemokratischen Verhaltensweisen aller nicht-nationalsozialistischen Parteien sowie das auf bloßem Partei-Egoismus beruhende Taktieren derer, die sich selbst als potenzielle Partner der neuen erfolgreichen Mitglieder- und Wählerpartei betrachteten, eigneten sich in hohem Maße, die Unzufriedenheit und Verärgerung vieler Deutscher über die „System“-Parteien – gleich ob „Rotfront“ oder der „Reaktion“ zugehörig – aufzugreifen. Das sinkende Vertrauen in die Politik Weimarer Regierungen wurde weiter geschürt und die allgemeine Parteienverdrossenheit gefördert.

Mit ihrer Selbstbezeichnung als „Bewegung“ oder „Partei über den Parteien“ schien die NSDAP darüber hinaus für viele Angehörige aller Schichten und Gruppen eine erstrebenswerte und verlockende Alternative zu bieten: die als verloren bezeichnete „Einheit“ der Nation, die über Klassenschranken hinweg in einer „wahren nationalsozialistischen Volksgemeinschaft der Deutschen“ zu schaffen sei. Daß diese untrennbar an eine Politik faschistisch-rassistischer Ausgrenzung und Verfolgung aller „Nicht-Arier“ sowie an die planmäßige Vorbereitung neuer Kriege für ein „Europa unterm Hakenkreuz“ gebunden war, sahen die meisten jener nicht, denen ein besseres Leben und soziale Aufstiegsmöglichkeiten zur „Herrenrasse“ verheißen wurde und die sich zu Gunsten der NSDAP entschieden.

Textauswahl

1871 schrieb Karl Ludwig Aegidi an Heinrich von Treitschke über seine Hoffnung auf einen Zeitpunkt zu „einer vollständigen Umgestaltung des Parteiwesens, zur Bildung einer großen Partei der Deutschen Männer, entsprechend dem Volke in Waffen, und im Gegensatz zu den konservativen, liberalen, nationalliberalen, fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen alten Weibern und Greisen und dummen Jungen ...“

Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 2. Hrsg. von Paul Wentzcke, Bonn und Leipzig 1926, S. 5

„Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.“

Otto von Bismarck am 08.05.1884 im Deutschen Reichstag

Konservative und Nationalliberale wünschten, statt der Vielfalt von Parteien „sämtliche Reichsfreunde zu einer großen Partei zu vereinigen“.

Robert von Mohl: Lebenserinnerungen, Bd. 2, Stuttgart und Leipzig 1902, S. 171

„Es kann nicht anders sein, als daß jede Parteiregierung die Gefahr mit sich bringt, daß der Staat nicht ganz nach seinem eigenen inneren Bedürfnis, sondern nach einem im tiefsten Grunde abweichenden regiert wird.“

Hans Delbrück: Regierung und Volkswille, Berlin 1914, S. 180

„Parteien sind verhüllte Interessenverbände.“

Hermann Rehm: Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriß der Parteienlehre und Wahlsysteme, Jena 1912, S. 2

„In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“

Wilhelm II: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages 1914, Bd. 306, S. 2

„Nur selten ist ein Parteiprogramm der Niederschlag einer bestimmten Weltanschauung, fast immer dient es dem agitatorischen Zweck, durch die Schlagworte auf die Masse zu wirken und Stimmen zu fangen. Infolgedessen ist dem Aufschluß suchenden Laien nicht dadurch geholfen, daß er die Programme kennt, sondern er muß vor allen Dingen die Parteien kennen lernen, erst dann wird er in der Lage sein, ihre Programme so zu verstehen, wie sie dem Wesen und den Grundlagen der Parteien nach verstanden werden müssen [...] Programme aber sind Masken, sie passen auf jedes Gesicht und verdecken mehr als sie zeigen [...] Dem ungeschulten Neuling sagen sie fast alle das Gleiche, und es gehört schon ein gutes Teil politischer Erfahrung dazu, um zwischen den Zeilen der Programmtexte das wirkliche Aussehen der dahinter stehenden Parteien zu erkennen.“

Henning vom Koß: Die Parteien und ihre Programme im Lichte der Wirklichkeit (Deutschnationale Politik, H. 5), Berlin 1920, S. 4

„Das Programm der NSDAP ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach der Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit den Massen des Volkes das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.“

Einleitung des 25-Punkte-Programms der NSDAP, Februar 1920

„Und wer ist der Hauptmacher, der die politischen Parteien gegeneinander hetzt in seinem Interesse und der diese Wucher- und Schiebergeschäfte direkt und indirekt für sich ausnützt: Stets unsere orientalischen syphilitischen Gäste ... Wir sind nicht in den Wahlkampf getreten, weil wir den Parteikampf, wie er sich bisher abspielte, nämlich ‚hie Proletarier, hie Bürger‘ für ein Unglück für Deutschland halten [...] Unsere Partei kennt keinen Parteikampf gegen andere Parteien, sondern erkennt ihr hohes Ziel einzig und allein im Wohl des ganzen Vaterlandes.“

Hitler in München am 08.06.1920; Zit. nach Eberhard Jäckel (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980 (künftig: Jäckel), S. 144

„Partei. Es ist ein Wort, das geradezu schmutzig klingt.“

Hitler in Salzburg am 07.08.1920; Jäckel, S. 175

„Partei? Ein übler Name! Verrufen, diskreditiert im Munde eines jeden ...“

Hitler in München am 13.08.1920; Jäckel, S. 199

„Zweierlei steht nun unzweifelhaft fest: die heutigen, politischen Parteien der Linken sind die Söldnertruppe des Judentums, und ihr Zweck ist nicht Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Banden internationaler großkapitalistischer Ausplünderer, sondern Beseitigung des letzten Restes nationaler wirtschaftlicher Selbständigkeit durch Vernichtung der politischen Unabhängigkeit und Freiheit der Völker, durch Zerstörung der nationalen Wirtschaft und Lähmung der Widerstandsfähigkeit des Volkes gegen internationale Ideen weltbürgerlicher Art und des unter dieser Flagge marschierenden Börsen- und Leihkapitals. Ihr Endziel aber ist die Aufrichtung des jüdischen Weltstaates Jahwe-scher Prophezeiung. Die Parteien der Rechten endlich sind entweder Vorbereiter dieser Entwicklung und bilden in dem Fall weiter nichts als den rechten Flügel der marxistischen Gruppen, oder sie sind infolge der ihnen durch Juden eingepflichten sogenannten anständigen oder vornehmen ‚Kampfarmt‘, das heißt auf deutsch feiger Schafsdummheit, die Lähmer und Behinderer der in ihren Reihen befindlichen nationalen Volksteile, darunter besonders jener kleinen Gruppen nationaler Energien, die sich auch heute noch im deutschen Studenten verkörpern und die richtig angesetzt das einzig wertvolle Kampfmittel gegen das Judentum wären. Und diese Parteien erscheinen uns gera-

dezu als die gefährlichsten für das deutsche Volk, denn sie bezeichnen sich als national und sind es doch nur in dem Sinne, als sie den letzten Rest nationaler Entschlossenheit entmannen und im Sumpfe einer rein theoretischen Demokratie ersticken. Zum vollständigen Verkennen der Rassenfrage und ihrer ausschlaggebenden Bedeutung kommt aber bei all diesen Parteien ein noch größeres Versagen gegenüber dem sozialen Problem.“

Hitler in München am 01.01.1921; Jäckel, S. 281

„Freilich die Parteien. Es ist ja möglich, daß dieser ganze vermoderte, faulige Diätenpolyp angesichts einer solchen Politik in Ohnmacht gefallen wäre, Zeter und Mordio geschrien hätte. Aber wenn schon, es wird doch kein Mensch behaupten wollen, daß eine Reichsleitung, um den Parteien zu gefallen, eben wenn notwendig sogar schlecht sein müsse. Und eine Leitung, die diesen Parteien folgt, die ist aber schlecht. Denn seit rund 4 Jahren regieren diese ja selber, d.h. sie wechseln gegenseitig ab in der Ausplünderung der Nation. Anders kann man ihre Tätigkeit nicht bezeichnen. In Reinkultur allerdings hat sie eingesetzt seit dem Tag, an dem sie die Alleinherrschaft in Deutschland bekommen haften, dem Tag, den die ‚Frankfurter Zeitung‘ in glückstrahlendem Augenaufschlag mit den Worten begrüßte: ‚Das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht.‘ Daher auch der Name deutsche Revolution. Ihr Produkt aber, die sogenannte deutsche Republik, hat an dem Tag eine Regierung erhalten, von der man zu beweisen versucht, daß sie der sogenannte Volkswille sei. Aber als vornehmlichstes Beweismittel der Notwendigkeit ihres Vorhandenseins konnte sie bisher in der Hauptsache immer nur einen Grund anführen, nämlich: Das Ausland kann nur Vertrauen besitzen zu einer Regierung, wie diese eben eine ist. Und es wird deshalb auch in Deutschland nur eine solche dulden. Das glauben wir natürlich ohne weiteres. Wir glauben sogar, daß mit der Zeit dem deutschen Michel auch das Licht aufgeht, warum. Denn einen besseren Sachverwalter für seine in Deutschland wahrzunehmenden Interessen als unsere eigene Regierung hätte das feindliche Ausland doch wahrhaftig niemals finden können. Sie sind einander auch vollständig gleichbürtig und gleichwürdig, diese Parteien und diese sogenannte Regierung. Sie sind voneinander nicht zu trennen, und uns bleibt nur die eine Hoffnung, daß auch die Nation sie einst nicht trennt, sondern beide gemeinsam zur Verantwortung zieht. Denn ihre Schuld an Deutschlands Unglück ist eine ungeheuerliche.“

Artikel Hitlers im „Völkischen Beobachter“ (künftig: VB) vom 06.03.1921; Jäckel, S. 330

„Wir haben noch niemals geglaubt, daß dieser Reichstag auch nur einen Schuß Pulver wert wäre. Wir haben noch niemals diese Parteien für etwas anderes gehalten als die Organisationen antinationaler Erbärmlichkeit und Niedertracht.“

VB-Artikel vom 15.03.1921; Jäckel, S. 348

„Wir sind nicht gewillt, uns in hündischer Unterwürfigkeit einem Schicksal zu fügen, das, wenn wir es erdulden, wir nicht anders verdienen. Unsere Parlamente mögen der Vergewaltigung unseres Volkes das Vertrauen aussprechen, das deutsche Volk wird Parlamente und Parteien einst zerbrechen. Denn Deutschland lebt nicht, um einer Regierung und einem Dutzend Parteien die Notwendigkeit ihrer Existenz zu beweisen, sondern die Regierung wird ihre Existenz-notwendigkeit dem Volke zu beweisen haben.“

VB-Artikel vom 15.03.1921; Jäckel, S. 353

„Die heutigen Vertreter des Parlamentarismus kämpfen zum größten Teil nicht mehr für ihr Volk, sondern für ihre Partei. Die Vertretung des Volkes ist heute zur Börse, zum Schacher geworden. Wir sind der Überzeugung, daß wir einmal die Bewegung werden müssen, die dieses System zerbricht und ersetzt durch den Ständestaat auf nationaler Grundlage.“

Hitler in Rosenheim am 21.04.1921; Jäckel, S. 366 f.

„„Selbstbestimmungsrecht des Volkes“ ist eine höfliche Redensart; tatsächlich hat mit jedem allgemeinen – anorganischen – Wahlrecht sehr bald der ursprüngliche Sinn des Wählens überhaupt aufgehört. Je gründlicher die gewachsenen Gliederungen der Stände und Berufe politisch ausgelöscht werden, desto formloser, desto hilfloser wird die Wählermasse, desto unbedingter ist sie den neuen

Gewalten ausgeliefert, den Parteileitungen, welche der Menge mit allen Mitteln geistigen Zwanges ihren Willen diktieren, den Kampf um die Herrschaft unter sich ausfechten, mit Methoden, von denen die Menge zuletzt weder etwas sieht noch versteht, und welche die öffentliche Meinung lediglich als selbstgeschmiedete Waffe gegeneinander erheben. Aber eben deshalb treibt ein unwiderstehlicher Zug jede Demokratie auf diesem Wege weiter, der sie zu ihrer Aufhebung durch sich selbst führt.“

Der Autor setzte als Fußnote hinzu: „Die deutsche Verfassung von 1919, also schon an der Schwelle der *absteigenden* Demokratie entstanden, enthält in aller Naivität eine Diktatur der Parteimaschinen, die sich selbst alle Rechte übertragen haben und niemandem ernsthaft verantwortlich sind. Die berüchtigte Verhältniswahl und die Reichsliste sichern ihnen die Selbstergänzung. Statt der Rechte des ‚Volkes‘, wie sie die Verfassung von 1848 der Idee nach enthielt, gibt es nur solche der Parteien, was harmlos klingt, aber den Cäsarismus der Organisationen in sich schließt. In diesem Sinne ist sie allerdings die fortgeschrittenste Verfassung des Zeitalters; sie läßt das Ende bereits erkennen; einige ganz kleine Änderungen, und sie verleiht Einzelnen die unumschränkte Gewalt.“

Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes (1922), Tübingen 1990, S. 1132 f.

Der Jude „kennt sie, die alten Parteien. Sie sind leicht zu befriedigen. Wenige Dotationen in Form von Ministerstühlen und ähnlichen Posten, und sie wandeln mit. Er weiß vor allem eines: Sie sind ja so einfältig dumm. An ihnen bewährt sich täglich das Wort, das besagt: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit [...] Und sehen sie sich doch nur diese Parteien an und ihre Führer, Stresemann und wer sie sonst noch sind. Sie sind wahrscheinlich ungefährlich. Sie fassen nicht das Übel an der Wurzel, sie alle glauben immer noch, durch Nachsicht, Humanität und Nachgiebigkeit einen Kampf auskämpfen zu können, der ein Kampf ist wie keiner auf dieser Welt.“

Hitler in München am 28.07.1922; Jäckel, S. 666

„Der Parteifanatiker hat angesichts unserer gegenwärtigen politischen Lage überhaupt kein Recht, sich über etwas zu beklagen, denn unsere gegenwärtige Lage ist durch diese Parteiwirtschaft verschuldet. Die anderen, welche mit ihrem Schlagwort ‚Keine Partei, sondern das Volksganze‘ sich grundsätzlich gegen jedes Parteiwesen wenden, müssen sich darüber klar sein, daß sie zur Verwirklichung dieses Zieles ja wiederum eine Partei gründen müssen, um die Parteien, die kein Volksganzes wollen, bekämpfen zu können. Es erhebt sich die Frage nach dem Wert der einzelnen Parteien. Wir werden diese Frage beantworten können, wenn wir uns darüber klar sind, was die einzelnen Parteien wollen und was sie geleistet haben. Dabei ist eines für uns von vorneherein klar: daß eine Partei nie Selbstzweck sein, sondern nur ein Mittel zu einem höheren Zweck bilden darf. Wird eine Partei nur der Organisation wegen erhalten, so ist sie unbedingt schädlich, denn ihr Grundsatz lautet dann: Erst die Partei, dann das Vaterland. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß auch Parteien sich überleben. In ihren Grundwahrheiten mögen zwar Parteiprogramme für absehbare Zeiten unwandelbar sein, aber die Programme der heutigen Parteien beschäftigen sich in ihren einzelnen Punkten zum größten Teil mit den kleinen Bedürfnissen der Gegenwart, sie sind so genannte Programme für morgen und müssen mit der Zeit überholt werden. Deshalb fälschen die Parteien ihre Zeitprogramme als für die Ewigkeit gültig um, um ihre Wähler damit ködern und die Parteiorganisation aufrechterhalten zu können. Auch ein anderer Schwindel ist hier beliebt: man darf die kleinen materiellen Dinge des Programms nicht vollständig erfüllen, weil sonst niemand mehr wählen würde. In diesen Fällen ist die Partei Selbstzweck geworden, und die Parteibonzen kümmert es wenig, ob das Vaterland darüber zugrunde geht.“

Hitler in München am 21.11.1922; Jäckel, S. 735

„Das Vaterland steht über allen Parteien. Das deutsche Volk muß gerettet werden, wenn nicht anders über die Leichen der Parteien hinweg!“

Hitler in München am 30.11.1922; Jäckel, S. 745

„Und die Parteien? Wozu brauchen wir sie überhaupt noch? Sie haben uns nicht geholfen, werden, können, wollen und dürfen uns nicht helfen. Sie sind das Instrument des parlamentarischen Systems der Judenerrschaft.“

Hitler in Nürnberg am 03.01.1923; Jäckel, S. 778

„In allen Ländern gibt es Parteien, und es muß sie geben, aber nur in Deutschland stellt man die Partei über das Vaterland. Die Nationalsozialisten sind eine Kampforganisation, denn Friede und Freiheit fallen uns nicht von selbst in den Schoß.“

Hitler in Augsburg am 29.05.1923; Jäckel, S. 932

„Man muß bedenken, aus welch jämmerlichen Gesichtspunkten heraus so genannte ‚Parteiprogramme‘ normal zusammengeschustert und von Zeit zu Zeit aufgeputzt oder umgemodelt werden. Man muß die treibenden Motive besonders dieser bürgerlichen ‚Programmkommissionen‘ unter die Lupe nehmen, um das nötige Verständnis für die Bewertung dieser programmatischen Ausgeburten zu gewinnen. Es ist immer eine einzige Sorge, die entweder zu Neuaufstellung von Programmen oder zur Abänderung der vorhandenen treibt: die Sorge um den nächsten Wahlausgang. Sowie in den Köpfen dieser parlamentarischen Staatskünstler die Ahnung aufzudämmern beginnt, daß das liebe Volk wieder einmal revoltiert und aus dem Geschirr des alten Parteiwagens entschlüpfen will, pflegen sie die Deichseln neu anzustreichen.“

Adolf Hitler: Mein Kampf (1925), 390/394. Aufl. 1939, S. 409 f.

„Politische Parteien sind zu Kompromissen geneigt, Weltanschauungen niemals. Politische Parteien rechnen selbst mit Gegenspielern, Weltanschauungen proklamieren ihre Unfehlbarkeit. Auch politische Parteien haben ursprünglich fast immer die Absicht, zu alleiniger despotischer Herrschaft zu kommen, ein kleiner Trieb zu einer Weltanschauung steckt fast immer in ihnen. Jedoch schon die Engigkeit ihres Programms raubt ihnen den Heroismus, den eine Weltanschauung fordert. Die Konzilianz ihres Wollens führt ihnen die kleinen und schwächlichen Geister zu, mit denen man keine Kreuzzüge zu führen imstande ist. So bleiben sie meist schon frühzeitig in ihrer eigenen erbärmlichen Kleinheit stecken.“

Hitler, Mein Kampf S. 507

„[...] als der Weltkrieg mit Zusammenbruch endete, da gingen wir bei unserer Arbeit, die wir am anderen Tage aufnahmen, von der Überzeugung aus, daß alles Elend deutscher Politik von den Parteien kommt. Und als wir dieser Arbeit im Juni 1919, am Tage nach Versailles, die bestimmte politische Richtung gaben, da fanden wir auf unserem Wege überall Deutsche, die sich ‚parteilos‘ nannten, die von ‚parteilos‘ sprachen, die sich auf einen ‚überparteilichen‘ Standort zu stellen suchten. Aber der Gedanke der Parteiüberwindung erfaßte immer nur den Einzelnen. Die Parteien sind geblieben. Und die Parlamente blieben der Sprechort unseres politischen Lebens, statt ihr Tatort zu werden. Wer zu Tätigkeit in politischer Öffentlichkeit gelangen wollte, der mußte sich einer Partei anschließen. Und er mußte in die Parlamente gehen, auch wenn er dem Systeme feind war. Im Volke gibt es zwar ein sehr verbreitetes Gefühl, das nicht die geringste Achtung vor den Parlamenten aufbringt, aber als Masse finden sich die Menschen immer wieder in den Parteien zusammen. Und wenn wir das Schauspiel ansehen, das diese Parteien namentlich im Deutschen Reichstage geben, dann wäre durchaus zu denken, daß wir, sofern wir untergehen sollen, in Parteien untergehen werden, daß die Parteien bereits der Ausdruck dieses Unterganges sind und der Deutsche Reichstag der Schicksalsort sein wird, an dem er sich vollzieht. Was kann geschehen? Es bleibt nur übrig, die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern. [...]

Dieses Buch enthält eine Kritik der Parteien. Und es wendet sich an die Deutschen in allen Parteien. Es setzt sich mit den Ideologien auseinander, und mit den Menschen als Parteitypen. Der Versuch, der in diesem Buche gemacht wurde, war nur von einem Standpunkt aus möglich, der keiner Partei verschrieben ist, vielmehr die ganze Spanne der Probleme einbezieht, die durch die Politik unserer Zeit gehen, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten: nur von einem dritten Standpunkte aus, der jeden anderen einschließt, den Parteideutsche haben können – von dem Standpunkte einer dritten Partei aus, die es bereits gibt. Nur ein solcher Versuch konnte sich, indem er die Parteien angriff, über sie hinaus an die Nation wenden. Nur ein solcher Versuch konnte die deutsche Zerrüttung und Zwieschalt aufzeigen, die aus langen Verhängnissen der Parteien her, und durch sie, in unser politisches Leben getragen worden sind. Nur ein solcher Versuch konnte wieder die geistige

Ebene politischer Anschauung feststellen, die von der Parteipolitik verlassen worden ist und die gleichwohl um der Nation willen gehalten, konservativ behauptet, revolutionär erstürmt werden muß. Wir setzen an die Stelle der Parteibevormundung den Gedanken des dritten Reiches.“

Möller van den Bruck: Das dritte Reich (1923), Zit. nach der 3./Aufl., bearb. Von Hans Schwarz, Hamburg 1931, S. VII ff.

„Eine Regierung, die abhängig ist von Parlamentmehrheiten, die rein zufällig zustande kommen und für die nur parteipolitische Erwägungen maßgebend sind, kann natürlich ihrerseits nicht mehr die objektive Wahrerin des allgemeinen Wohles sein, sondern sie ist der Tummelplatz für ehrgeizige Parteipolitiker und verbohrte Doktrinäre.“

Gottfried Feder. Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, München 1923, S. 36 f

„Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von Parteien; nicht von Macht, Ehre und Größe, sondern von Parteien. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern Parteien; keine Rechte, sondern Parteien; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien.

Oswald Spengler: Neubau des deutschen Reiches (1924) In: Politische Schriften, München und Berlin 1934, S. 194

„Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien.“

Inscription auf der Gedenkmünze zur Erinnerung an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925

„Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt, und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein.

Ernst Jünger: Der Frontsoldat und die innere Politik In: Die Standarte, Nr. 13 vom 29.11.1925

„Das politische Parteiensystem ist die Selbstorganisation, die sich die Massen-demokratie geschaffen hat. [...] Gewiß hat die sozusagen amtliche Abneigung der Regierungen gegen das Parteiwesen vor der harten Wirklichkeit des politischen Lebens kapitulieren müssen. Man bekämpft vielleicht eine einzelne Parteibildung, sucht sie sogar durch Ausnahmegesetze zu zerstören. Ehe man die Nutzlosigkeit solcher Maßregeln einsieht. Aber man bekämpft nicht das Partei-wesen als solches.“

Heinrich Triepel: Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Berlin 1928, S. 33 und 19

Partei: „[...] seelenlose Maschine, die das Leben unlebendig macht, Geist und Seele tötet, die Minderwertigkeit an der Spitze trägt [...] Nichts verdient so sehr den baldigen Untergang als die Partei. Wer sie mit Feuer und Schwert austilgt, vollbringt ein frommes Werk.“

Edgar Julius Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, Berlin 2/1930, S. 246

„Daß Parteien das Volk verkörpern, ist dilettantischer Unsinn, den nicht einmal die Parteiredner glauben, ihn aber umso mehr den Wählern einreden, die dann auch darauf reinfallen. [...] Diese Parteien verwechseln das Vaterland nur allzu oft mit dem eigenen Vorteil. Sie sind bei uns faule Bäume und haben bis jetzt nur arge Früchte gebracht. Es ist nicht anzunehmen, daß sie ihr Grundwesen ändern sollten. Vor allem bieten sie keine Aussicht auf Milderung der innenpolitischen Gegensätze und des Hasses, den sie von Jahr zu Jahr gesteigert haben. [...] Partei und Volk stehen sich in jedem Falle feindlich gegenüber.“

Gerhard Wolfrum: Demokratie und Parlamentarismus als System der Selbstversorgung und der Unverantwortlichkeit!, Hamburg 1930, S. 24 f. und 26

„Es versteht sich auch von selbst, daß es immer politisch wirkende Persönlichkeiten und Gruppen innerhalb eines Volkes geben wird und geben muß. Ein ‚Volk von Brüdern‘ ist eine Utopie und nicht einmal eine schöne. Restlose Brüderschaft bedeutet Ausgleichung aller Wertgefälle, aller Spannungen, aller Lebensdynamik. Kampf bleibt auch hier stets der lebensbezeugende Funke. Aber

alle diese Kämpfe sollen sich innerhalb eines Ideals abspielen, auf ihren Wert an einem Wertmesser geprüft werden: ob die gepredigten Gedanken, geforderten Maßnahmen geeignet sind, das deutsche Volkstum zu veredeln und zu stärken, die Rasse zu kräftigen, das Ehrbewußtsein der Nation zu erhöhen. Politische Parteien, die bei ihrer Tätigkeit danach fragen, inwieweit etwa die internationale Klassensolidarität oder internationale Konfessionsinteressen gestärkt werden könnten, haben in einem deutschen Staat keine Daseinsberechtigung. Die Tätigkeit solcher volksfeindlichen Parteien in Vergangenheit und in der Gegenwart hat die Seele der Deutschen zernagt und zerrissen.“

Alfred Rosenberg. Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit (1930) Zit. nach der 63.-66. Aufl., München 1935, S. 544 f.

„Gemeinsam mit anderen europäischen Staaten leidet Deutschland an zu vielen Parteien.“

K. Phillips Morgan: Nicht warten – wirken! Amerikas Glaube an Deutschland, München 1931. Zit. nach Deutsche über Deutschland. Die Stimme eines unbekannten Politikers. Mit einem zusammenfassenden Nachwort „Deutschland und die konservative Revolution“ von Edgar J. Jung, München 1932, S. 286

„Die Parteitürme Deutschlands, mögen sie heißen wie immer, wir reißen sie ein und bauen auf dem Schutt wieder auf den Turm der deutschen Nation!“

VB-Artikel Hitlers vom 26.01.1932; Zit. nach Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933 (künftig: Hitler-RSA), Bd. IV, Teil 3, München 1997, S. 58

„So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden, müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.“

Schreiben Hitlers an Brüning vom 25.01.1932, Hitler-RSA, IV/3, S. 65

„Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig zu glauben, daß die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden sind, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstiegs sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marxismus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, daß sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, daß der Rückzug sich fortsetzen wird [...] Zentrum und Sozialdemokratie, Marxismus und bürgerliche Parteien haben Deutschland vernichtet, haben unser Volk zerstört, unsere Macht gebrochen und unsere Wirtschaft zur Verelendung gebracht. Wir haben demgegenüber heute den unerbittlichen Entschluß, dieses System des Zerfalls und der Zerrissenheit zu überwinden und niederzuringen und anstelle der Begriffe Proletariat, Bürgertum, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Städter, Handwerker, Beamter, Hausbesitzer, Katholik, Protestant wieder einen anderen Begriff zu setzen: Deutschland und das deutsche Volk!“

Rede Hitlers vor dem Industrie-Club in Düsseldorf 26.1.1932; Hitler-RSA, IV/3, S. 103

„Man muß einsehen, daß Deutschland nicht lebt, damit die Parteien existieren können, sondern daß am Ende die Parteien ihren Sinn verloren haben in dem Moment, in dem Deutschland an ihnen zu Grunde geht [...] Sie müssen ausgejätet werden, ohne Rücksicht auf das Geschrei der einzelnen Interessenten.“

Hitler am 5.3.1932; Hitler-RSA, IV/3, S. 183

„Alles, was früher war, hat sich gewendet, alles, was früher groß schien, ist gestürzt worden, nur etwas ist uns erhalten geblieben: die Männer und die Parteien, die das Unglück verschuldet haben, sie sind auch heute noch da.“

Hitler in Nürnberg am 07.03.1932; Hitler-RSA, IV/3, S. 189

„Dem heutigen Menschen fällt es noch schwer, sich ein politisches Leben vorzustellen, in dem liberales Wahlrecht, liberale Partei und liberales Parlament nicht mehr existieren. Er könnte leicht zu dem Schluß kommen, daß ein solches Staatswesen der Ruhe eines Kirchhofes gleichen und von inneren Spannungen bald in die Luft gesprengt würde. Man vergißt dabei zu leicht, wie kurz die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland ist, daß sie noch nicht einmal ein Jahrhundert umfaßt, daß wir sie in voller, ungehemmter Wirksamkeit erst seit 1918 besitzen, daß bereits damals aber der Verfall der Parteien begann und nur jene Parteien wuchsen, die den Kampf gegen die Parteien auf ihre Fahnen geschrieben hatten. [...] Der Bund gehört der Zukunft, die Partei der Vergangenheit an. [...] Der Staat, der heute bereits mehr autoritäre Züge trägt, muß versuchen, aus dem Verfall der Parteien die Konsequenzen zu ziehen, indem er zunächst das Parlament, die oberste Spitze des liberalistischen Systems, entwertet, in den Hintergrund drängt und schließlich ganz umbildet. Er darf weiter den Zerfall der Parteien nicht aufhalten, sondern soll ihn unterstützen.“

Hans Zehrer: Das Ende der Parteien. Zusammenbruch der liberalistischen Formen. In.. Die Tat, 24. Jg. (1932), S. 65 f. und 78

„Der politische Wirrwarr der letzten 14 Jahre hat sich nunmehr so weit geklärt, daß heute zwei Fronten um den Sieg ringen. Dort: Die Front des Parteideutschlands! Hier: Die Front des Volksdeutschlands der Zukunft! [...] Drei Dutzend Parteien haben im November 1918 die Könige und Fürsten von einst abgelöst und sorgen jetzt selbst dafür, daß die deutsche Zersplitterung kein Ende nehme. Bauern und Städter, Arbeiter und Unternehmer, Handwerker und Angestellte, Beamte, Mittelständler, Hausbesitzer und Mieter usw., sie alle sind politisch organisiert, ihre Parteien wollen alle die Rettung ihrer Anhänger, versprechen dies wenigstens vor jeder Wahl feierlichst, und können doch alle zusammen die Katastrophe nicht verhindern. Diese zerfahrenen Partei-Gebilde, die in den parlamentarischen Redeanstalten den für sie charakteristischen Ausdruck des Verfalls schufen, sollen Deutschland der Welt gegenüber in seinen schwersten Nöten vertreten!“

Hitler: Mein Programm. Erklärung vom 02.04.1932, Hitler-RSA, Bd. IV/Teil 1, S. 3 f.

„Ich würde nur ein einziges Mal im Leben einer Illusion verfallen, nämlich wenn das deutsche Volk ewig die politischen Dilettanten dulden würde, die es heute als Parteien regieren.“

Hitler in Düsseldorf am 08.04. 1932; Hitler-RSA, V/1, £ 42

„Jede Besserung bedeutet zuerst die Beseitigung der heute verantwortlichen Parteien, denn sie haben Deutschland dahin gebracht, weil sie es zersplitterten und zerrissen. Monarchen haben sie beseitigt und 30 Parteien und Verbändchen haben sie an ihre Stelle gesetzt. Einen Majestätsparagraphen haben sie vom deutschen Volke genommen und 3.000 andere haben sie ihm aufgebürdet. Vom Polizeistaat, von dem sie früher redeten, haben sie uns wahrlich in den Staat der Freiheit geführt. Sie, die früher alles kritisierten und alles mit der ätzenden Lauge ihres Spottes übergossen haben, sie sind jetzt in diesen 13 Jahren erkannt als die größten geschichtlichen Nichtskönner und Dilettanten.“

Hitler in Görlitz am 18.04.1932; Hitler-RSA, V/1, S. 70 f.

„Das Konglomerat von Parteien oder die Regierung, die in den dreizehn Jahren viel Elend über das Volk gebracht hat, sind ja noch nicht die ganze Nation. 70 Jahre regieren zum Teil die Parteien in der Öffentlichkeit. Was ist das Ergebnis ihres Wirkens? Eine vollkommene Zersetzung der deutschen Nation.“

Hitler in Bad Kreuznach am 21.04.1932; Hitler-RSA, V/1, S. 83

„Unsere Bewegung findet ihr Ende erst an dem Tage, an dem sie aufgehört hat, Partei zu sein und geworden ist: die deutsche Nation.“

Rede in Gumbinnen am 15.07.1932; Hitler-RSA, V/1, S. 230

„So ist Deutschland langsam verfallen, und nur ein Wahnsinniger kann hoffen, daß die Kräfte, die erst den Verfall herbeiführten, nunmehr die Wiederauferstehung bringen könnten. Wenn die bisherigen Parteien Deutschland ehrlich retten wollten, warum haben sie es dann nicht früher getan? Bis-

her ist es unterblieben. Haben sie aber Deutschland retten wollen, weshalb ist es unterblieben? Haben die Männer dieser Parteien es ehrlich beabsichtigt, dann müßten ihre Programme schlecht gewesen sein. Waren aber die Programme richtig, dann können sie selbst es nicht aufrichtig gewollt haben oder sie waren zu unwissend oder zu schwach. Nun nach 13 Jahren, da sie alles in Deutschland vernichtet haben, ist endlich die Zeit ihrer eigenen Vernichtung gekommen. Ob die heutigen parlamentarischen Parteien leben, ist nicht wichtig, aber notwendig ist es, daß verhindert wird, daß die deutsche Nation vollkommen zugrunde geht. Die Überwindung dieser Parteien aber ist deshalb Pflicht, weil sie, um selbst zu leben, die Nation immer wieder zerreißen müssen.“

Text auf einer Propaganda-Schallplatte, die am 17.07.1932 im VB angezeigt wurde; Hitler-RSA, V/1, S. 217 f.

„Ich lese es jeden Tag, daß besonders auch bürgerliche Politiker aufstehen und sagen, der Mensch hat die unerhörte Absicht, alle anderen Parteien nicht gelten zu lassen und alle Parteien beseitigen zu wollen. Jawohl, sie haben scharfsinnig erkannt, was ich will: Es ist mein Ziel, diese Parteien zu beseitigen und zu vernichten. Und ich werde die Verantwortung hierfür vor der deutschen Geschichte zu tragen vermögen.“

Rede in Cottbus am 20.07.1932; Hitler-RSA, V/J, S. 239 f.

„Adolf Hitler erklärt: Wir sind die Partei Deutschlands.“

Schlagzeile der „Bremer Nationalsozialistischen Zeitung“ am 21.07.1932; Hitler-RSA, V/1, S. 246

Zur Verteidigung des Staatsstreiches gegen Preußen vom 20. Juli 1932: „Der Fall ist durchaus denkbar, daß nur auf diese Weise die Selbständigkeit des Landes überhaupt gerettet werden kann. Denn eine der größten und schlimmsten Gefahren für unser bundesstaatliches System, für den Föderalismus und für die Selbständigkeit der Länder liegt doch gerade darin, daß über die Länder hinweggehende, straff organisierte und zentralisierte politische Parteien sich des Landes bemächtigen, ihre Agenten, ihre Bediensteten in eine Landesregierung hineinsetzen und so die Selbständigkeit des Landes gefährden. Von dieser Seite, von den Parteien her droht sogar eine ganz besondere Gefahr fortwährender Funktionsstörungen, fortwährender Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und auch Nichterfüllung von Pflichten des Landes gegenüber dem Reich.“

Carl Schmitt: Rede vor dem Staatsgerichtshof am 17.10.1932. In: Carl Schmitt. Positionen und Begriffe, Hamburg 1940, S. 182 f.

„Die Parteien sind in sich faul, weil sie reine Interessenparteien sind. Dahin aber muß es kommen, das alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefaßt werden. Entscheidend ist, daß alle fühlen, daß sie *in erster Linie Deutsche sein müssen*.“

Hitler in Lipperode am 12.01.1933; Hitler-RSA V/2, S. 354

Ich bin ins Volk hineingegangen und habe zu arbeiten begonnen, statt in die bestehenden Parteiköpfe hineinzukriechen und an die Futterkrippe zu gehen.“

Hitler in Barntrop am 3.01.1933; Hitler-RSA V/2, S. 357

„Das Parlament muß ausgeschaltet werden und mit ihm die Parteien ...“

Tägliche Rundschau, 19.01.1933; die dem Reichskanzler Schleicher nahestehende Zeitung wiederholte dies am 24.01.1933

„Die Mission der Bewegung sei nicht, eine Regierung zu bilden, sondern einer Regierung ein Volk zur Verfügung zu stellen und eine Einheitlichkeit des Willens und damit der Handlung zwischen Regierung und Volk herbeizuführen. Nicht durch Befehle, Wünsche und Anordnungen, sondern nur durch planmäßige Erziehung von unten her könne die Nation gebildet werden. Wenn man das Parteiensystem ablehnt, ist es notwendig, etwas anderes zu schaffen, das dann vorhanden ist, wenn das System gestürzt wird.“

Hitler in Weimar am 15.01.1933, Hitler-RSA V/2, S. 366

„Gewiß, das Leben zerteilt die Menschen. Das wissen wir auch. *Herkunft und Beruf Stand, Lebensstellung, Bildung, Tradition, Wissen*, alles das sind Dinge, die die Menschen nun einmal zersplittern und zerreißen. Wenn man aber trotzdem die Notwendigkeit eines *Gemeinschaftslebens* empfiehlt, dann muß diesen auflösenden Tendenzen entgegen wieder irgendwo eine *einigende Tendenz* gegenübergestellt werden [...] In den Staat des Zerfalls unseres Volkes der Klassen, der Stände, pflanzen wir den *Staat einer neuen Volksgemeinschaft* hinein.“ *Hitler in Berlin am 20.1.1933, Hitler-RSA V/2, S. 377*

„Die junge Bewegung ist keine Partei, sondern das sich wieder erhebende deutsche Volk.“

Hitler in Köln am 20.02.1933; Adolf Hitler spricht, 1934, S. 138

„Wäre nicht das Flickwerk der Novemberparteien eine so undeutsche Nachahmung westlicher Demokratie, hätte man nicht die alte deutsche Flagge heruntergeholt und in den Schmutz gezogen, hätte man nicht die Geschichte des eigenen Volkes, die Tradition seiner selbst und der Krone vergessen und mit Füßen getreten, hätte man nicht versucht, den Deutschen ihren Gottesglauben aus den Herzen zu reißen, weiß Gott, es sähe heute anders aus. Weiß Gott, wir könnten heute mit allen verfügbaren Kräften aufbauen und brauchten nicht erst den Schutt von 14 Jahren hinwegzuräumen. Als sich nun herausstellte, daß man mit unserem Parteiensystem und der Verfassung nicht regieren konnte, versank das gesamte deutsche politische Leben in Verneinung [...] Ist das deutsche Volk gleichzusetzen mit der Summe seiner Parteien oder dem Willen einer Parteibükratie?“

Franz von Papen in Dortmund am 24.2.1933; Franz von Papen: Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution, Oldenburg i. O. 1933, S. 27 ff.

„Das lebendigste Beispiel einer echten Bewegung ist der Nationalsozialismus, der auf Grund seiner dynamischen, in den tiefsten Kräften des deutschen Volkes wurzelnden Weltanschauung von Anfang an Bewegung und nur organisatorisch Partei war.“

Meyers Lexikon, Bd. 1, 1936

„Die anonyme und getarnte Art der politischen Machtausübung des früheren Parteienbundesstaates ist überwunden. Politische Verantwortung und politische Ehrlichkeit sind jetzt wieder möglich, nachdem sie im System des liberalen Verfassungsstaates sinnlos und unmöglich geworden waren.“

Carl Schmitt in seiner Kölner Antrittsvorlesung am 16.06.1933. In: Carl Schmitt. Positionen und Begriffe, München 1941, S. 197 f.

„In einem Jahr 1914 sprach der Kaiser das komische Wort: Er kenne keine Parteien mehr. Das war die Äußerung eines frommen Wunsches. Mit frommen Wünschen sind wir dann in diesen Krieg gegangen und standen am Ende vor der Vernichtung. Adolf Hitler hat bereits schon Jahre vorher die Parteien vernichtet und beseitigt. Er hatte bereits, als er in diesen Krieg ging, keine Parteien mehr, sondern hatte ein deutsches Volk. Damals war es so, daß im Jahre 1918 der deutsche Soldat des Krieges sich seiner eigenen Heimat schämen mußte; denn während er Gut und Blut zum Einsatz brachte, trieben in der Heimat Schieber, Schleichhändler, Kriegsgewinnler und Hamsterer ihr Werk. Während er für seine Nation sein Blut zum Einsatz brachte, verrieten in der Heimat so genannte Regierungen ihr eigenes Volk. Heute ist es anders.“

Rudolf Jordan: Wir und der Krieg. Gedanken aus Reden in diesem Krieg, Dessau 1941, S. 16 f.

Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena am 24./25. Januar 2003 in Jena, Jena 2003, S. 94-109.

Menschheitserfahrung 30. Januar 1933 – Überlegungen eines Historikers 70 Jahre danach¹

Das Jahr 2003, an dessen Beginn wir stehen, birgt in sich eine Fülle bedeutsamer historisch-politischer Jahrestage. Voraussichtlich wird es erneut und zudem in besonderem Maße von geschichtspolitischen Auseinandersetzungen erfüllt sein. In der deutschen Bundesrepublik dürfte vor allem ein lautstarkes Gedenken an jene Ereignisse zu erwarten sein, die erst 50 Jahre zurück liegen und mit dem Datum 17. Juni verbunden sind. Dennoch – so hoffe ich – wird die Tatsache nicht zu verdecken sein, dass nur wenige Tage des 20. Jahrhunderts die deutsche Geschichte in so starkem, folgenreichem und nachhaltigem Maße geprägt haben wie der 30. Januar 1933, der sich zum 70. Male jährt.

Zu dem, was an diesem Tage geschah, führten zahlreiche Schritte, gegangen bereits im wilhelminischen Deutschland, während des Ersten Weltkrieges sowie in der – sich selbst leider kaum und unzureichend gegen den rechten Ansturm verteidigenden – Weimarer Republik. Das schließlich am 30. Januar 1933 aus der Taufe gehobene Hitlerregime betrieb eine bis dahin unbekannte und in ihren Ausmaßen bis heute unübertroffene terroristische Politik gegen Andersdenkende und Andersartige. Von den folgenden zwölf Jahren gingen verheerende Wirkungen aus, die seither in den vergangenen sieben Jahrzehnten überall spürbar waren und – entgegen sonstiger Gedächtnisverringering – mehr und mehr Bedeutung für die politische Bildungsarbeit in Deutschland zu gewinnen vermochten. Die außerordentliche Bedeutung dieses Tages und seiner Folgen für die Menschheitsgeschichte kann heute deutlicher als noch vor Jahr und Tag gesehen werden; geschichtswissenschaftliche Erkenntnisfortschritte und vor allem die realgeschichtliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bieten dafür Beleg um Beleg. Die immer und immer wieder gestellte Frage: Wie konnte es geschehen, ist noch lange nicht zu den Akten zu legen ...

Mit jenem Tag, an dem die NSDAP an die Macht gebracht worden ist und ihr „Führer“ den Stuhl des Reichskanzlers besetzen durfte, stehen drei große, weltumspannende und verheerende Weltkriege in engem und wohl auch unauflöslichem Zusammenhang: Die nationalsozialistische Partei – die größte der völkisch-rassistischen Bewegung in Deutschland – war unmittelbar aus dem Krieg von 1914/18 hervorgegangen. Es war dieses erste Völkermorden, das nicht allein in Deutschland, sondern in zahlreichen europäischen Ländern den Boden für neue Erscheinungsformen rechtsextremistischer Politik bereitet hatte. Durch diesen Krieg, der erstmalig in der langen Geschichte der Menschheit ein weltweit tobender, industrialisierter und von Massenheeren geführter Krieg war, wurde das alltägliche Leben barbarisiert und in breiten Teilen der Bevölkerung die Bereitschaft genährt, im Kampf um die Lösung gesellschaftlicher und persönlicher Konflikte ebenfalls militärische Mittel zu nutzen. Damit hatte der Terrorismus die geschichtliche Bühne betreten. Jene, die sich gegen Krieg, Kapitalherrschaft und Monarchie erhoben, erreichten zwar unmittelbar nach den Revolutionen der Jahre 1917 und 1918 erhebliche Fortschritte, sie fanden jedoch keinen Weg, auf Dauer die Grenzen zu sprengen, die sich auch für sie aus den nach wie vor weltweit dominierenden gesellschaftlichen Grundlagen ergaben.

Nun stehen wir am Beginn des 21. Jahrhunderts vor neuen Erschütterungen der menschlichen Gesellschaft. Angesichts jüngster Entwicklungsprozesse in vielen Teilen der Welt verbindet sich daher für mich als Historiker, der sich eingehend mit der Geschichte der NSDAP befasst hat, die Erinnerung an den 30. Januar 1933 mit einer Reihe aktueller Überlegungen.

Da wäre *erstens* daran zu erinnern, dass die NSDAP aus dem Krieg kam und ihre Politik zielorientiert in neue Kriege mündete. Ihr vor sieben Jahrzehnten errichtetes Regime plante neues Völkermorden, bereitete dieses umfassend vor und entfesselte in skrupellosester Art und Weise den Zweiten Weltkrieg. Es missachtete jegliches Völkerrecht, das gerade begonnen hatte, Angriffskriege zu ächten. Vor allem seine aggressive, auf Vorherrschaft in Europa und in der Welt bedachte Politik

¹ Nachdruck des gleichnamigen Beitrages aus: *antifa* Magazin für antifaschistische Politik und Kultur, Heft 1/2003.

verlangte der Menschheit 55 Millionen Tote ab und hinterließ schließlich auch in Deutschland unermessliche Zerstörungen. Zu den Folgen solcher Politik räuberischer Überfälle und so genannter Präventiv-Feldzüge gehörte auch der sich nahezu nahtlos an die Befreiung vom Faschismus anschließende Kalte Krieg, der sich über viele Jahrzehnte, im Grunde bis in die Jahre 1989/90 hinzog. Bekanntlich führten die Siegermächte der Antihitlerkoalition diesen weltgeschichtlich neuartigen, aber nicht minder verlustreichen Krieg auf deutschem Boden auch mit Hilfe der rüstungswirtschaftlichen, waffentechnischen, militärstrategischen, geheimdienstlich-polizeilichen und politischen Hinterlassenschaft des Dritten Reiches.

Was lässt sich aber aus der Tatsache schlussfolgern, dass alle Kriege des 20. Jahrhunderts in erster Linie nationalstaatlicher sowie in wachsendem Maße auch einer globalen Großmachtpolitik dienten? Wer, so meine Auffassung, heute friedensfördernde und friedenswirksame Politik betreiben will, muss sich messen lassen an seinem Verhältnis zu der letztlich menschlichsten aller menschlichen Fragen: Krieg oder Frieden? Gradmesser kann und darf dabei nicht eine unmittelbare Identität zwischen den gegenwärtig stattfindenden Kriegen und der hitlerfaschistischen Kriegsführung sein: Vor allem gilt es, generell die Unmenschlichkeit von Kriegsbefürwortung und Kriegsvorbereitung, kurz: von Kriegspolitik, wo und von wem immer betrieben bloßzulegen, sowie alle möglichen Folgen und Konsequenzen weltweiten Vormachtstrebens und weltweiter militärischer Auseinandersetzungen aufzudecken. Dass aus der Barbarei von Kriegen auch neue Formen von Faschismus bzw. ähnliche und vergleichbare antidemokratische Herrschaftsformen erwachsen können, wäre selbstverständlich auch zu bedenken, indessen sicher nur als eine ihrer erreichbaren Auswirkungen.

Mit dem 30. Januar 1933 steht *zweitens* ebenso alles in engstem Zusammenhang, was im 20. Jahrhundert an antidemokratischen, antiliberalen, antiparlamentarischen und antisozialistischen Parteien zu organisieren bzw. an Massenbewegungen zu mobilisieren vermocht worden ist. Niemals gab es schlimmere Gegner der bürgerlich-demokratischen Forderungen französischer Revolutionäre des Jahres 1789: „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“. Niemals wurden Menschlichkeit und Gerechtigkeit barbarischer mit den Füßen getreten, niemals mehr Hass und Gewalttätigkeit geschürt als in jenen zwölf Jahren deutscher Geschichte, die dem 30. Januar 1933 folgten. Ich denke: Wer sich heute als christlicher, liberaler oder sozialistischer Demokrat versteht, wer die Notwendigkeit von Reformen innerhalb bestehender Regierungssysteme oder neue Machtverhältnisse wünscht, hat sich strikt jeder Tendenz erneuter antidemokratischer, antiliberaler, antiparlamentarischer und antisozialistischer Politik sowie deren direkter oder indirekter Förderung zu widersetzen. Wem es ernst ist um Demokratie und Menschenrechte, wird nicht übersehen wollen, dass in Deutschland die parlamentarische Demokratie erneut in einen Notstand geraten ist und eher inszeniert statt praktiziert wird. Von einer Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative kann keine Rede mehr sein. Die etablierten politischen Parteien greifen weit über ihren Verfassungsauftrag hinaus; sie wirken nicht allein an der politischen Willensbildung des Volkes mit, sie dominieren diese und machen sich vielfach den Staat zur Beute eigener Selbstversorgungsmentalitäten. Erneut wächst, ganz wie in den letzten Jahren der Weimarer Republik, eine allgemeine Parteien- und Parlamentsverdrossenheit, die damals dem verbreiteten Wunsch nach einem „starken Mann“ Grundlage und Chancen boten. Zwar steht kein neuer 30. Januar 1933 vor der Tür, auch klopft kein neuer Hitler an die Tore der Macht – doch bedeutet alles, was gedanklich und politisch auf 1945 lediglich militärisch überwundene Verhältnisse weist, eine zunehmende gefährliche Schwächung der auf demokratische Willensbildung und humanistische Kultur bedachten Kräfte in der deutschen Gesellschaft.

Ein *dritte* Überlegung: Am 30. Januar 1933 kam jene Partei an die Macht, die einen brutal-barbarischen Rassismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Sie rechtfertigte jedes Mittel des Kampfes gegen Andersdenkende und Andersartige, sie scheute selbst vor einem geschichtlich unvergleichbaren Genozid nicht zurück, dem sechs Millionen europäischer Juden und Millionen Angehöriger anderer Völker zum Opfer fielen. Wer sich heute gegen Rassismus wendet – gleich in welcher Form dieser hervortritt, sei es als Antisemitismus, Antislawismus, Antiziganismus oder als allgemeine Xenophobie –, darf um den Holocaust keinen Bogen machen. In diesem gipfelte gleichsam die Tatsache, dass auf Großmachtambitionen versessene und auf Expansionspläne bedachte Politi-

ker und Militärs zu größten Untaten, ja auch zu Massenverbrechen fähig sind, wenn ihnen nicht in die Hände gefallen wird. Leider ist zugleich erwiesen, dass sich zur Ausführung grauenhafter Delikte genügend willige Helfer fanden und „kluge“ Köpfe bereit standen, nach Begriffen und Theorien zu suchen, die einzig und allein der Rechtfertigung oder gar einer Lobpreisung militärischer Gewaltanwendung dienten. Unsere Gegenwart liefert zahlreiche Beweise, dass dies auch in Zukunft möglich sein kann. Daher sollte die Erinnerung an das, was in dieser Hinsicht dem 30. Januar und dem Judenboykott vom 1. April 1933 folgte, nichts, aber auch gar nichts zu relativieren oder zu bagatellisieren versuchen. Auch jedem instrumentalisierendem Ansatz eines neuen, unter der Folie von „Demokratie“ sich verbergenden Rassismus hat ebenso frühzeitig Widerstand zu gelten wie allen Formen von Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Viertens: Am 30. Januar gelangte mit der NSDAP eine Partei an die Macht, die in besonderer Weise ihr Programm geschichtlich zu fundieren suchte, indessen mit der geschichtlichen Wahrheit stets auf Kriegsfuß stand. Ihr Bild von der Vergangenheit war nationalistisch und rassistisch geprägt. Folgerichtig und strikt schloss es alles aus, was andere Völker zur Weltkultur beigetragen, was nichtdeutsche Gelehrte in den vielen Wissenschaftsdisziplinen geleistet haben. Wer heute eine Geschichtspolitik betreibt, die auch nur einzelne Elemente dieses nationalsozialistischen Geschichtsdenkens und alter Deuschtümelei erneut aufgreift, aus ihren zeitgenössischen Zusammenhängen reißt und somit relativiert oder sogar rechtfertigt, der leitet – gleich, ob bewusst oder unbewusst – Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Organisationen.

Die Erinnerung an den 30. Januar 1933 veranlasst *fünftens* den Historiker, der sich dem Antifaschismus verpflichtet fühlt, auch zu dessen kritischer Betrachtung. Niemand darf übersehen wollen, dass dieser vor 1933 – in tiefem Parteienegoismus befangen, uneinig und hilflos – versagt hat, und dass er selbst unmittelbar nach der Errichtung der faschistischen Diktatur nicht in der Lage war, Ausmaß und Schwere seiner katastrophalen Niederlage richtig zu erfassen. Darüber hinaus bewegen den Vergangenheitsbetrachter zahlreiche die Gegenwart und Zukunft der gesamten menschlichen Gesellschaft betreffende geistig-moralische Fragen. Diese berühren jeden einzelnen, und keiner sollte sich berechtigt fühlen dürfen, ihnen aus dem Wege gehen und sich ihnen entziehen zu wollen. Die Wahrnehmung von Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den sie prägenden Entwicklungstendenzen ist von allen Menschen gefordert. Resignierende Politik- und Parteiverdrossenheit schränkt die Wirkungsmöglichkeiten demokratischer Kräfte weiter ein und fördert die ohnehin wachsende Rechtslastigkeit in der Gesellschaft. Sie unterstützt die unübersehbaren Anstrengungen etablierter Parteien, die nichts mehr als eine Veränderung des status quo fürchten, das Streben nach neuen Formen demokratischer Machtausübung zu behindern und zu blockieren. Zu groß ist bereits heute die Akzeptanz von Schwächen und Entstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, zu groß auch die Gewöhnung an Politskandale aller Art, an heuchlerische Wahlversprechen und deren regelmäßig anzutreffende Nichteinhaltung nach erfolgten Wahlen.

Dennoch markieren gegenwärtig neonazistische und offen rassistische Politikinhalte noch eine Grenze, die eine breite Mehrheit der Deutschen zu überschreiten nicht bereit ist. Noch ist ein allgemeiner Anti-Nationalsozialismus wirksam, selbst wenn er – in historisch völlig ungerechtfertigter Weise – mit dem totalitarismustheoretischen Diktum von den „beiden Diktaturen“ in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verknüpft wird. Indessen lässt sich mehr und mehr feststellen: Die so genannte „Historisierung“ der Jahre 1933 bis 1945, das Gerede von einer Rückkehr zur „Normalität“ deutscher Geschichtsbetrachtung, das Umsichgreifen gelinde gesagt „nachsichtiger“ Justizurteile gegen neonazistische Untaten und die das Bild vom deutschen Faschismus relativierende „Delegitimierung“ der DDR haben bereits solche Denkstrukturen verändert. Sie bewirkten, dass die nach 1945 zunächst allgemein akzeptierte Forderung „Nie wieder Faschismus!“ außer Kraft gesetzt erscheint, als überholt und überflüssig betrachtet wird. Niemand sollte übersehen, mit welcher Leichtigkeit und Geschwindigkeit das nach 1945 ebenfalls gültige Wort „Nie wieder Krieg!“ zu Gunsten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien sowie der USA-Krieg gegen Afghanistan und gegen den Irak zu einer belanglosen Floskel degradiert werden konnte. Dass mit der Akzeptanz der Formel von der „gewachsenen internationalen Verantwortung“ Deutschlands auch eine enorme

Schwächung der Friedensbewegung und aller demokratischen Kräfte erreicht werden konnte, liegt leider auf der Hand.

Fazit: Wer heute an den 30. Januar 1933 erinnert und sich aller seiner entsetzlichen Folgen bewusst ist, wer um die Gefahren gegenwärtiger Entwicklungstendenzen weiß, sollte der sich nicht aktiv, mit allen seinen Möglichkeiten in die Suche nach neuen, effektiveren und menschlicheren Formen demokratischer Machtausübung einbringen? Wer die Kontinuität deutschvölkisch-sozialdarwinistischen Denkens in Deutschland kennt, muss der nicht engagiert und konsequent alle nationalistische Selbstüberhebung, neuerliche Großmachtsucht und jegliches Anerkennen eines angeblich die Weltgeschichte prägenden „Rechts des Stärkeren“ bekämpfen? Sollte nicht jeder, der besorgt feststellt, in welchem Maße sich alter Ungeist, brauner und anderer, in unsere Gegenwart hinein zwängt, gegen jedweden Rassismus und Neonazismus eintreten? Natürlich ist auch deren Verharmlosung entgegen zu treten, die einher geht mit dem Gedanken, möglicherweise „nützliche Idioten“ für das Streben um „deutsche Weltgeltung“ sowie gegen die deutschen Linken instrumentalisieren zu können.

Wer demgegenüber ohne Beunruhigung meint, es sei ja alles nicht so schlimm und dass es so schrecklich wie jene zwölf Jahren nie wieder werden könne, sei hier an eine leider sehr typische Denk- und Verhaltensweise aus der unmittelbarer Vorgeschichte des 30. Januar erinnert: Man schrieb das unheilträchtige Jahr 1932, als eine Sammlung politischer Aufsätze aus der Feder prominenter Politiker unter dem Titel „Krisis. Ein politisches Manifest“ erschien. Lesen konnte man u.a., es herrsche in Deutschland eine „undramatische Routine ohne Zeichen einer alles ergreifenden Staats- und Lebenskrise“. Blindheit am Rande des Abgrunds ...

Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena am 24./25. Januar 2003 in Jena. Jena 2003, S. 250-255.

Siehe auch: antifa, Januar 2003, S. 12-13.

30. Januar 1933 – kein Regierungswechsel wie andere auch

Zwischen 1919 und 1932 erfolgte in Deutschland 22 mal (!) ein Regierungswechsel. Deren Daten versanken in geschichtlicher Belanglosigkeit. Im Unterschied dazu grub sich der 30. Januar 1933 unauslöschlich in das Gedächtnis der Zeitgenossen und der Nachgeborenen ein. Denn jener Tag, an dem Hitler zum Reichskanzler berufen wurde, besiegelte das Ende der 14 Jahre zuvor in Weimar aus der Taufe gehobenen Deutschen Republik. Mit ihm vollendete sich eine Kette zahlloser einzelner Schritte, die alle zu ihm hin führten und mögliche Alternativlösungen für die politischen und sozialen Konflikte verhinderten. Die Nachwehen des einschneidenden und folgenreichen Tages spüren Deutsche und Europäer bis in die Gegenwart. Verständlich, daß seither die Fragen nicht verstummen, was der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vorausgegangen ist – längerfristig, mittelfristig und unmittelbar.

Manche Antwort läßt sich in der Tiefe der deutschen Geschichte finden. Kontinuität wirkte von Kaiserreich und Erstem Weltkrieg her, vom imperialistischen Ringen um den deutschen „Platz an der Sonne“ sowie um ein Reich, dessen Grenzen nicht allein von der Maas bis zur Memel, vom Etsch bis zum Belt, sondern weit darüber hinaus reichen sollten. 1918 verlor Deutschland zwar den großen Krieg, doch ihre Kriegsziele aufzugeben waren seine konservativ-großbürgerlichen Eliten nicht bereit. Danach verbreiteten sie nationalistisch und völkisch-rassistische Parolen aller Art, die sich gegen den „Versailler Schmachfrieden“ und ebenso gegen die „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ richteten. Die lautstark erhobenen Forderungen nach einer Revision der Ergebnisse des Krieges gingen Hand in Hand mit dem Anspruch, auch die in der Novemberrevolution erreichten parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse zu beseitigen. „Deutschland erwache“ grölten die Nazis, und „Juda verrecke“ setzten sie hinzu, wenn sie das „System“ von Weimar attackierten.

Die Weimarer Republik darf tatsächlich als ein ernsthafter Versuch betrachtet werden, mit belastenden Traditionen des vorausgegangenen Jahrhunderts zu brechen, das Reich aus dem kriegsschuldbeladenen monarchistischen Herrschaftssystem herauszuführen, den verhängnisvollen Einfluß des preußisch-deutschen Militarismus einzudämmen. Weimar – das war darüber hinaus auch ein Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten in einem von den Revolutionären erzwungenen System demokratischer Regularien zu verringern. Insofern darf Weimar insgesamt mit Fug und Recht als bedeutsamer Schritt gelten, einen geschichtlichen Sonderweg zu beenden, endlich in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, wovon jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge. Im Ansatz boten sich Chancen für eine Beschränkung bürgerlich-autoritärer Macht, für Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft, für Verbesserungen in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw. Aber alles das galt es zu beseitigen, bevor der nächste große Krieg vorbereitet und dieser wider alle Vernunft und Menschlichkeit vom Zaun gebrochen werden konnte.

Bereits in den ersten Jahren der Republik wurde jener Weg eingeschlagen, der dreizehn Jahre später zum schmachvollen Ende der Republik von Weimar führte. Schon damals begann der kaum unterbrochene Abstieg von jener parlamentarischen Demokratie, welche das Ergebnis der Novemberrevolution darstellte und Eingang in die Bestimmungen der Verfassung gefunden hatte; letzteres übrigens gegen den erbitterten Widerstand der konservativ-protestantischen Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und auch einer Reihe von Politikern der katholischen Zentrums- partei. Keineswegs zufällig machte sich während der Vorbereitung und im Verlauf des Kapp-Putsches vom März 1920 eine neue politische Strömung bemerkbar: Erstmals traten faschistische Organisationen und Politiker in Erscheinung. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als die konservativen Kräfte, deren reaktionäres Gedankengut sie ins Extrem wendeten und deren taktierende Vorsicht sie vermieden. Nach ihren Vorstellungen sollte künftig Politik in erster Linie auf eine terroristisch-präventive Ausschaltung der Arbeiterbewegung sowie auf eine demagogisch-chauvinistische Unterordnung der werktätigen Massen zielen.

Die mittelfristig und kurzfristig wirksamen Faktoren lassen sich vor allem in den Jahren der Weltwirtschaftskrise sowie in den letzten Monaten und Wochen erkennen. Einer der wichtigsten bestand in der vielgestaltigen direkten oder indirekten Unterstützung und Förderung der NSDAP durch bürgerliche Parteien. Beispiele für das verhängnisvolle Zusammengehen von konservativ-deutschnationalen und völkisch-rechtsextremen Kräften finden sich zuhauf. Man denke nur an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem selbst bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelte, gegen den Young-Plan gerichtete Kooperation mit der NSDAP, die dieser Hof- und Salonfähigkeit einbrachte. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging. Insbesondere diese Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, diese zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und ließen schließlich die viel gerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden.

So läßt sich bis in unsere Zeit hinein mit Gewißheit sagen: Wer den Rechten nach dem Munde redet, besorgt auch deren undemokratische Geschäfte. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter den Antifaschisten sieht, stärkt den Rechten den Rücken, der erleichtert eine schrittweise Hinwendung nach rechts und liefert zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren klein geredet und unterschätzt wurden. Die Weimarer Republik scheiterte vor allem an ihren Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten, an den stets erlaubten und unzureichend bekämpften Verletzungen ihrer Geburts- und Grundsatzdokumente. Konkret benennbare Kräfte konnten sich entfalten zugunsten undemokratischer Machtausübung, politischen Wahns und zu Ungunsten demokratischer Organisationen. Weimar ging am Übermaß jener Chancen zugrunde, die ausgesprochen rechten Parteien zuteil wurden, und die ihre bürgerlichen Regierungen dem damaligen Rechtsextremismus boten, hoffend, diesen in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können.

Doch die Republik zerbrach auch an einer allzu duldungsvollen Hinnahme ihres systematisch betriebenen Abbaus. Fast bis in die Endzeit der Republik gab es Chancen, der Entwicklung eine andere Richtung zu verleihen. Doch sie wurden kaum wahrgenommen, nicht genutzt, unbewußt ausgelassen oder gar wissentlich verspielt. Die im Schoße der Weimarer Republik heranwachsende braune Gefahr bedrohte *alle*: Kommunisten *und* Sozialdemokraten, christliche und liberale Demokraten ebenso wie Pazifisten, ja überhaupt alle, die nicht in das völkisch-rassistische Bild vom „Arier“ paßten. Dennoch fanden diese nicht zu gemeinsamer Abwehr. Partei-Egoismus überwog; Kommunisten sahen ihren Gegner eher in der Sozialdemokratie, und Sozialdemokraten schimpften über „rot lackierte“ Faschisten, Liberale wollten nichts mit den Arbeiterparteien zu tun haben usw. usf.

Auch in dieser Hinsicht bieten sich Schlußfolgerungen an: Die Welt sieht sieben Jahrzehnte nach dem Machtantritt der NSDAP zwar anders aus, jedoch ist sie keineswegs frei von wirtschaftlich-sozialen und politischen Erschütterungen aller Art, von ideologisch-demagogischen Verzeichnungen der Gegner in den politischen Auseinandersetzungen, schon gar nicht ist sie frei von der Bereitschaft, im Interesse eigener Machtpositionen erneut Kriege vorzubereiten und zu führen. So bleibt die generelle Frage immer und immer wieder aktuell, weshalb, wann und unter welchen Voraussetzungen Menschen derart in herrschsüchtige Barbarei und existenzbedrohende Kriege raserei verfallen können. Die Rückschau in die Geschichte kann helfen, mit geschärftem Blick die Gegenwart zu erkennen.

Das rote Ginkgo-Blatt. Zeitung des PDS-Gebietsverbandes Apolda/Weimar, Januar 2003 (112. Ausgabe), S. 8-9.

Am Ziel

Mitte Januar 1933 waren alle Weichen gestellt. Was am vierten Tag des neuen Jahres im Hause des Bankiers Kurt von Schröder begonnen hatte, fand rasante Fortsetzung und galt dem Ziel, eine neue Regierung unter Einschluss der NSDAP zu installieren, möglichst in einer Koalition mit der konservativen DNVP Hugenburgs. Folgerichtig nahmen die Attacken auf Kanzler Schleicher an Umfang und Schärfe zu. Großagrarier beklagten sich über seinen „Agrarbolschewismus“ beim Reichspräsidenten, und dieser – selbst Besitzer eines Rittergutes – lieh ihnen gern sein Ohr. Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie kritisierte das Kabinett.

Nach der Wahl im kleinen Ländchen Lippe sahen sich die Nazis wieder im Spiel. Sie hatten im Verhältnis zur Reichstagswahl im November 1932 einen Zuwachs von 4,8 Prozent zu verzeichnen, den Stand vom Juli des Vorjahres jedoch nicht erreichen können. Dennoch lief ihr Propaganda- und Terrorapparat auf Hochtouren, galt es doch, sich den Mächtigen des Landes in Wirtschaft und Militär als stärkste und beste Kraft zu empfehlen. Der „Marxismus muss niedergeknüppelt werden“, erklärte Hitler in einem vertraulichen Gespräch mit Hugenberg am 17. Januar in der Dienstwohnung des Reichstagspräsidenten Göring. Aufatmend formulierte danach ein Vertrauter des kommenden Wirtschaftsministers, nun sei „alles wieder gut“ zwischen Hugenberg und Hitler.

Die Besprechungen und Treffs zwischen Konservativen und Nationalsozialisten jagten einander in jenen Tagen. Fieberhaft wurde nach Lösungen gesucht. Franz von Papen spielte eine zentrale Rolle. Als Beauftragter Hindenburgs sollte er sondieren, wie ein neues Kabinett beschaffen sein und wie es geschaffen werden könne. Am 18. Januar traf er sich gegen 12 Uhr mit Hitler im Berliner Haus Ribbentrops. Als letzte Vorbehalte gegen eine Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft nicht auszuräumen waren, wurde sogar der – wie es hieß: in der Verfassung nicht vorgesehene – Sohn Hindenburgs eingeschaltet. Mit ihm traf sich Hitler am 22. Januar, und jetzt war auch Otto Meißner, Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, dabei. Tags darauf verhieß Hitler zuversichtlich den im Berliner Sportpalast versammelten SA- und SS-Führern, die Situation sei „sehr günstig“ und der Sieg würde sich „in nicht allzu langer Zeit“ zeigen ...

Über die Vielzahl der politischen Gespräche urteilte der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 20. Januar: „Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird?“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. Januar 2003, S. 21.

„Partei? Ein übler Name! Verrufen, diskreditiert im Munde eines jeden ...

Zur Kritik der NSDAP am deutschen Parteienwesen

Unschwer und auf Anhieb lässt sich erkennen, aus wessen Vokabular jenes Zitat stammt, das den Titel meines Vortrages dekoriert.¹ Jeder hier im Raum kennt wohl auch den filmisch oft dokumentierten und besonders rabiat geratenen Ausbruch des NSDAP-Chefs vom 27. Juli 1932, als der sich auf einer Wahlkampfveranstaltung in Eberswalde zum Unwert politischer Parteien äußerte, über die Länge der Wahlzettel spottete und rigoros die Parteienvielfalt für alle Krisen der deutschen Gesellschaft verantwortlich machte. Erst jüngst konnte man dies wieder jener DVD entnehmen, die „Der Spiegel“ seiner Ausgabe zum 30. Januar 1933 beigelegt hatte. Zu sehen und zu hören war da, wie der Mann ankündigte, er wolle intolerant, fanatisch, unbändig sowie rücksichtslos bis ins Grab hinein die 30 Parteien aus Deutschland hinausjagen.² In anderen Reden hieß es 35, 40 oder gar 50 – doch selbstverständlich spielte die exakte Zahl keine Rolle. Welche er auch anführte, stets ordnete er die Schuld an solcher Vielfalt und deren verheerenden Folgen den „Novemberverbrechern“ zu, die in Deutschland 1918 zwar 25 Monarchien beseitigt, dafür aber scharenweise Parteien an ihre Stelle geschoben hätten: „Ein wüstes Gemengsel minderwertiger politischer Verbände und nicht wertvollerer Köpfe hat sich heute dorthin gesetzt, wo früher andere waren.“³

Zumeist werten Dokumentaristen wie auch Historiker diesen und ähnliche Auftritte als wahltaktische Manöver im Jahr vor der Machtübertragung an die NSDAP. Bislang wohl zu wenig beachtete ideologie- und politikgeschichtliche Tatsachen stehen dem jedoch gegenüber. Sie verlangen, wie ich meine, ein diese Auffassung zumindest erweiterndes, teils auch korrigierendes Nachdenken. Dass diese Partei andere Parteien kritisiert, beschimpft und angefeindet hat, darf selbstverständlich weder verwundern noch muss es zum Thema einer Analyse erhoben werden. Solches gehörte (und gehört!) gewissermaßen zu den „gewöhnlichen“ und beständigen Erscheinungen des politischen Alltags, seit Parteien existieren und so lange sie bestehen werden.

Die NSDAP kritisierte andere Parteien indessen grundsätzlicher, gleichsam fundamentalistisch. Sie verkündete, bereits die Existenz von Parteien stelle ein Übel dar. Parteien seien undeutsch und jüdischen Ursprungs.⁴ Damit war der radikal-nationalistische Grundton ihrer gesamten Kritik am Parteienwesen angeschlagen. Und diese betrachte ich als eine in sich zwar gegensätzliche, dennoch kontinuierlich wirksame Konstante nationalsozialistisch-rassistischer Politik und Ideologie. Parteienkritik übte die NSDAP im Laufe der Zeit stets, wenngleich unterschiedlich akzentuiert. Sie tauchte nach dem Verbot bzw. der Selbstauflösung aller anderen Parteien und dem „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 allerdings nur noch in den üblichen „Parteierzählungen“ zur sogenannten „Kampfzeit“ auf. Vielleicht blieb deshalb das Thema, um das es mir heute geht, in der geschichtswissenschaftlichen Literatur unterbelichtet, zumal in ihr ohnehin die aus meiner Sicht irreführende These dominiert, die Partei habe im Dritten Reich zunehmend an Bedeutung verloren.

Nachdenken erfordert zugleich die Tatsache, dass – findet Parteienkritik als geschichtswirksamer Faktor in der Weimarer Republik überhaupt Erwähnung – allein auf die NSDAP als Quelle solchen Ungemachs verwiesen wird. Auch das lässt ein zu enges Blickfeld erkennen. Zu fragen wäre demgegenüber also nach Quellen und Inhalt, nach Funktion und Entwicklung sowie nach Verbreitung und Wirksamkeit parteienkritischer Auffassungen des deutschen Faschismus.

* * *

¹ Hitler in München am 13.8.1920. Zit. nach Eberhard Jäckel (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, (künftig zit. als: Jäckel), S. 199.

² Der Text findet sich in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen (künftig zit. als: Hitler-RSA), Bd. V/1, S. 274 ff. Von dieser Rede existiert ein Tonfilm. Siehe: Aus einer Wahlrede Hitlers in Eberswalde, 27. Juli 1932. Adler-Film GmbH, Berlin 1932 (Filmedition G 29 des IWF, Göttingen 1957).

³ Rede vom 4.4.1932. In: Hitler-RSA V/1, S. 22.

⁴ Ebenda, V/1, S. 275.

Ein Blick in die Frühgeschichte der NSDAP könnte bereits meine These von deren sowohl generell als auch kontinuierlich verwendeten Kritik des Parteienwesens belegen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang zwingend an die Aufgabenstellung der von Karl Mayr geleiteten Dienststelle I b/P des Münchener Reichswehrgruppenkommandos. Diese organisierte ja nicht nur sogenannte Bildungskurse für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, ihr unterstand in der bayerischen Hauptstadt bekanntlich ebenso die Überwachung und Kontrolle von 49 Parteien und Organisationen. Der Reichswehr-„V-Mann“ Hitler war es, der so beauftragt zur DAP stieß, übrigens zeitgleich mit seinem antisemitischen Bekenntnisbrief an Adolf Gemlich, um den ihn Mayr gebeten hatte und in dem er den unverantwortlichen Einfluss „bestimmter Parteidogmen“ konstatierte.⁵ Den Militärs ging es keineswegs lediglich um eine Art Polizeiaufsicht über die zu observierenden Organisationen. Es war Fritz von Trützschler, Major a. D. und zugleich Mitglied der berüchtigten Thule-Gesellschaft, der nach der Zerschlagung der Münchener Räterepublik dem Chef des Gruppenkommandos Ziel und Weg beschrieb: „Das einzige, was heute in München sichtbar von Führung und Zielbewusstheit des Handelns zeugt, sind die militärischen Kommandos, die Maschinengewehre und der Stacheldraht. Das Militär in Ehren und aus dem Spiel hier. Aber kein vernünftiger Mensch und kein Offizier wird glauben, dass man auf die Dauer mit Stacheldraht und Maschinengewehren wird Politik machen können.“ Es komme darauf an, „dass unter dem Schutze des Militärs jetzt seitens der Bürgerschaft etwas Bleibendes, Brauchbares, Wetterbeständiges aufgebaut wird. Wir müssen eine Macht schaffen, an der sowohl die bolschewistische Welle wie der Vernichtungswille unserer Feinde schließlich zu Schanden werden. Eine solche Macht lässt sich nicht von heute auf morgen schaffen, sie muss frühzeitig vorbereitet und aufgebaut werden.“ Grundsätzlich bekannte er: „Wir wollen den Kapitalismus, und in kontrollierter Weise auch den Großkapitalismus erhalten, *aber wir wollen sein System auch auf die arbeitenden Klassen angewandt sehen.*“⁶

Gerade in parteipolitischer Hinsicht erschien vielen unter den damaligen Rechtsradikalen lediglich etwas Neues als brauchbar und beständig. Ein Autor der völkischen Zeitschrift „Neues Leben“ kleidete dies in die Worte: „Wir müssen eine Partei zur Vernichtung des Parteiwesens bilden, die alles auszutilgen strebt, was die Volkseinheit zerreißt und an der Zerklüftung in Parteien schuld ist.“⁷ Mit dem Blick auf solche Überlegungen und Zusammenhänge kann es absolut kein Zufall gewesen sein, dass Hitler gerade im zeitlichen Umfeld der eigentlichen Parteigründung – sie erfolgte am 24. Februar 1920 – mehrmals in den staatsbürgerlichen Fortbildungskursen der Reichswehr Vorträge mit dem Thema „Die politischen Parteien und ihre Bedeutung“ hielt.⁸

Unmittelbar danach, also in der Zeit des Kapp-Putsches und seiner Nachwirkungen, forderte die NSDAP die Beseitigung der „Parteiwirtschaft“. Manche Formulierungen Hitlers lassen sogar vermuten, dass er ein Zweiparteiensystem im Sinne hatte: Es dürfe, so hieß es, nur Parteien geben, in denen sich zum einen nur Deutsche und zum anderen nur Nicht-Deutsche sammeln sollten.⁹ Kurz darauf widersprach er sich selbst und lehnte den „Parteikampf“, wie er sich bisher nach dem Motto „hie Proletarier, hie Bürger“ abgespielt habe, kurzerhand ab, verbunden mit der Aussage, die NSDAP kenne keinen Parteikampf.¹⁰ Auf den einleitenden Satz des Parteiprogramms kam er in dieser Zeit nicht zu sprechen, auf das indirekt angekündigte Versprechen also, die Partei würde sich selbst auflösen, wären ihre Ziele erreicht.

Deutlich lassen sich Zwiespältigkeit und Unsicherheit erkennen. Eine allgemeine Kritik am Parteienwesen, so sehr sie in das traditionelle radikal-nationalistische und völkisch-rassistische Weltbild

⁵ Jäckel, S. 90.

⁶ Zit. nach Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, S. 24.

⁷ Aus der völkischen Zeitschrift „Neues Leben“, Gilbhardt-Neblung 1919. Zit. nach: Völkische Organisationen. Parteien, Vereine, Verbände, Orden. Deutschvölkischer Katechismus, H. 11. Leipzig 1931, S. 65)

⁸ Zum Parteienthema referierte Hitler am 27.1., 30.1., 16.2. und am 25.2., über den Friedensvertrag von Versailles am 26.1., 31.1. und am 14.2.1920. Es fällt auf, dass zwar Reden bei der Reichswehr für die Zeit vor Hitlers Eintritt in die DAP nachgewiesen werden konnten, jedoch nicht für die Zeit zwischen September 1919 und dem 26.1.1920. Siehe Jäckel, S. 87 f. sowie S. 106-111.

⁹ Ebenda, S. 127 und 132.

¹⁰ Ebenda, S. 144.

passte und wie sie später tatsächlich geübt worden ist, vertrug sich nicht mit dem in jenen Jahren vorrangig angestrebten Ziel, eine neue Organisation zu schaffen. Streit war also angesagt, und er rankte sich um die Verwendung des nach eigener Bekundung „geradezu schmutzig“¹¹ klingenden Wortes „Partei“. Dem entstammt auch jenes Zitat, das für den Titel meines Vortrages Verwendung fand. Ich entnahm es einer Rede Hitlers vom 13. August des Jahres 1920. Was da eine Verdammungsformel zu sein scheint, meinte Gegenteiliges und richtete sich gegen parteienfeindliche Auffassungen im Lager der Völkischen. Nur aus diesem ließ sich zunächst eine breitere Basis für die neue Partei rekrutieren, doch dieses Reservoir für die Mitgliederengewinnung war in hohem Maße zersplittert, unglaublich zerstritten und relativ lose in diversen Bündeln, Vereinen, Orden, Zirkeln usw. organisiert. Allein in der Verdammung aller Ansätze demokratisch-parlamentarischer Verhältnisse als jüdisch und in maßloser rassistischer Hetze gegen die Juden stimmte man weitgehend überein.

In der genannten Veranstaltung erläuterte Hitler zunächst sehr ausführlich, langatmig und nahezu penetrant, weshalb man als Deutscher ein Antisemit sein müsse. Die im großen Festsaal des Münchener Hofbräuhauses Versammelten bedachten ihn dafür mit stürmischem Applaus. Sie folgten ihm schließlich auch in der Schlussfolgerung, dass es absolut notwendig sei, sich im Kampf gegen die Juden fest zusammen zu schließen. Das Betonen von Verrufenheit und Diskreditiertheit politischer Parteien enthielt demzufolge Weniger eine Kritik am Parteienwesen, hingegen vielmehr eine Rechtfertigung der Tatsache, dass sich die neue Organisation den Namen „Partei“ zugelegt hatte. Hitler spottete, völkische Kreise hätten sich „vollständig irre“ gezeigt ob der Verwendung dieser Bezeichnung. Er bekrittelte auch jene Völkische, die meinen würden, man brauche gar keine Organisation, weil es genüge, dass sich „die wissenschaftliche Erkenntnis der Gefahr des Judentums allmählich“ vertiefe, denn dann könne der einzelne auf Grund dieser Erkenntnis beginnen, „den Juden aus sich selbst zu entfernen“.¹²

Solche Auffassungen, die noch aus Vorkriegszeiten stammten¹³, sowie den Gedanken, dass man dem Juden lediglich seine wirtschaftliche Kraft nehmen müsse, um eine heile Zukunft der Deutschen erreichen zu können, wies Hitler vehement zurück, nicht ohne alles zugleich als Idee zu verhöhnen, die von Juden selbst ausgestreut worden sei. Helfen könne einzig und allein eine „Organisation der Massen zur Durchführung dessen, was wir auf Grund unseres Erkennens für notwendig empfinden“. Wenn es nicht gelänge, „in die breiten Massen“ einzudringen und sie zu organisieren, sei „alles vergeblich, dann wird es nie gelingen, unser Volk zu befreien.“¹⁴ Die Formierung einer Partei galt also als Mittel zum Zweck – eine Auffassung, die keinerlei „nationalsozialistische“ Spezifik spiegelt, die jedoch eher darauf verweist, dass es sich bei der NSDAP von vorn herein – ich überspitze bewusst – um einen stinknormalen Bestandteil des deutschen Parteienwesens gehandelt hat, nicht um etwas Aufgepfropftes oder gar Entgegengesetztes. Erst recht die Idee, es müsse ein Massenanhang gewonnen werden, kennzeichnete doch im Grunde das Bestreben aller Parteien, die sich während der Novemberrevolution ganz in diesem Sinne neue Namen zugelegt hatten, die nunmehr „Volksparteien“ zu sein vorgaben und ihre Programme taktierend auf dieses Ziel ausrichteten.¹⁵ Von Massenintegrationsparteien als einem neuen Typ politischer Parteien sprach damals nicht allein Sigmund Neumann.¹⁶

In Politik und Ideologie der NSDAP traten jedoch im Laufe der folgenden Jahre mehr und mehr traten andere Aspekte in den Vordergrund. An drei Beispielen und mit leider etwas längeren Zitaten seien diese benannt.

¹¹ Ebenda, S. 175.

¹² Ebenda, S. 199.

¹³ So hieß es z. B. in einer Publikation: „Wir müssen in das niedrige Getriebe hässlicher brotneiderischer Sonderziele wieder eine sittliche Idee hineintragen: Das Evangelium der Mission unseres Volkstums, der Notwendigkeit der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze. [...] Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird sich der Nationalpolitiker heute gegenüber *allen* Parteien in einem Zustand der Ablehnung befinden müssen.“ Die Partei der Zukunft. Von einem Deutschen [d. i. Ludwig Sevin]. Leipzig 1914, S. 85.

¹⁴ Ebenda, S. 199 f.

¹⁵ Siehe dazu Manfred Weißbecker (Leiter eines Autorenkollektivs): Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik, Berlin 1990, S. 27 ff.

¹⁶ Siehe Sigmund Neumann: Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932.

Das erste stammt aus dem „Völkischen Beobachter“ vom 1. Januar 1921 und weist wohl erstmalig konkretere Ziele nationalsozialistischer Parteienkritik aus. Vor allem wurde diese sowohl mit sozialpolitisch-demagogischem als auch mit antiparlamentarischem Inhalt gefüllt. Darüber hinaus sollte wohl erstmalig der Platz skizziert werden, den die NSDAP mit ihrem grundsätzlichen Kampf gegen die Parteien der Linken einerseits sowie gegen die konkurrierenden bürgerlichen Parteien andererseits einzunehmen gedachte. Erstere geißelte Hitler als „Söldnertruppe des Judentums“, deren Zweck nicht etwa die „Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Banden internationaler großkapitalistischer Ausplünderer“ sei. Sie würden stattdessen die des letzten Restes nationaler wirtschaftlicher Selbständigkeit sowie die politische Unabhängigkeit und Freiheit der Völker vernichten wollen. Ihr Ziel bestünde im Zerstören der nationalen Wirtschaft und in der „Lähmung der Widerstandsfähigkeit des Volkes gegen internationale Ideen weltbürgerlicher Art und des unter dieser Flagge marschierenden Börsen- und Leihkapitals.“ Als „Endziel“ der linken Parteien nannte er „die Aufrichtung des jüdischen Weltstaates Jahwescher Prophezeiung.“¹⁷

Die Parteien der Rechten kamen kaum glimpflicher davon. Sie galten ihm als „Vorbereiter dieser Entwicklung“ und würden in dieser Hinsicht nichts anderes als den „rechten Flügel der marxistischen Gruppen“ darstellen. Sie seien „infolge der ihnen durch Juden eingepflichten sogenannten anständigen oder vornehmen ‚Kampfarmt‘, das heißt auf deutsch feiger Schafsdummheit, die Lähmer und Behinderer der in ihren Reihen befindlichen nationalen Volksteile, darunter besonders jener kleinen Gruppen nationaler Energien, die sich auch heute noch im deutschen Studenten verkörpern und die richtig angesetzt das einzig wertvolle Kampfmittel gegen das Judentum wären.“ Daraus leitete er ab, dass diese Parteien „geradezu als die gefährlichsten für das deutsche Volk“ betrachtet werden müssten, denn sie würden sich als national bezeichnen und seien „es doch nur in dem Sinne, als sie den letzten Rest nationaler Entschlossenheit entmannen und im Sumpfe einer rein theoretischen Demokratie ersticken.“¹⁸

Je stärker die NSDAP als Partei auftreten konnte und im politischen Leben wahrgenommen wurde, desto mehr suchte sie nach neuen organisationstheoretischen Argumentationsmustern, dabei durchaus wieder auf traditionelle Parteien-Aversionen zurückgreifend. Sie versuchte, sowohl die Notwendigkeit ihrer Existenz als Partei nachzuweisen als auch gegen das „parteiliche Strauchrittertum“¹⁹ zu wettern. Im Bemühen, sich stärker von den anderen Parteien zu unterscheiden traten ausgesprochen taktierende Momente in den Vordergrund ihrer Parteienkritik. In Hitlers Kampf-Buch finden sich ganze Kapitel und Passagen, die einen Spagat zwischen völkischen Parteien-Aversionen und eigener Organisiertheit als Partei bezeugen.²⁰ Der Verfasser berief sich dabei nun auf die Gegensätzlichkeit von „Weltanschauung“ und Parteien. Weltanschauung dürfe nicht Partei werden, formulierte er alle Logik missachtend, Weltanschauung dürfe sich nicht mit der Rolle einer ‚Partei neben anderen‘ begnügen“. Für sie sei „Unduldsamkeit“ unbedingte Voraussetzung. Sie fordere „gebieterisch ihre eigene, ausschließliche und restlose Anerkennung sowie die vollkommene Umstellung des gesamten öffentlichen Lebens nach ihren Anschauungen. Sie könne ebenso „das gleichzeitige Weiterbestehen des früheren Zustandes nicht dulden.“²¹

Dies als das Wesen von Weltanschauung hervorhebend, charakterisierte Hitler übrigens zugleich die von der NSDAP verfolgten wirklichen Ziele: „Politische Parteien sind zu Kompromissen ge-

¹⁷ Jäckel, S. 279.

¹⁸ Jäckel, S. 281.

¹⁹ Hitler, Mein Kampf, S. 425.

²⁰ Hitler, Mein Kampf, S. 395: „Wenn irgendein Mensch einen kühnen Gedanken, dessen Verwirklichung im Interesse seiner Mitmenschen nützlich erscheint, zur praktischen Durchführung bringen will, so wird er sich zunächst Anhänger zu suchen haben, die bereit sind, für seine Absichten einzutreten. Und wenn diese Absicht nur darin bestünde, das zur Zeit bestehende Parteiwesen zu vernichten, die Zersplitterung zu beenden, so sind die Vertreter dieser Anschauung und Verkünder dieses Entschlusses eben selber Partei, so lang, bis nicht das Ziel errungen ist. Es ist Wortklauberei und Spiegelfechtereie, wenn irgendein bezopfter völkischer Theoretiker, dessen praktische Erfolge im umgekehrten Verhältnis zu seiner Weisheit stehen, sich einbildet, den Charakter, den jede junge Bewegung als Partei besitzt, zu ändern durch eine Änderung ihrer Bezeichnung.“

²¹ Hitler, Mein Kampf, S. 506.

neigt, Weltanschauungen niemals. Politische Parteien rechnen selbst mit Gegenspielern, Weltanschauungen proklamieren ihre Unfehlbarkeit. Auch politische Parteien haben ursprünglich fast immer die Absicht, zu alleiniger despotischer Herrschaft zu kommen, ein kleiner Trieb zu einer Weltanschauung steckt fast immer in ihnen. Jedoch schon die Engigkeit ihres Programms raubt ihnen den Heroismus, den eine Weltanschauung fordert. Die Konzilianz ihres Wollens führt ihnen die kleinen und schwächlichen Geister zu, mit denen man keine Kreuzzüge zu führen imstande ist. So bleiben sie meist schon frühzeitig in ihrer eigenen erbärmlichen Kleinheit stecken.“²² Es ist keineswegs überinterpretiert, wenn ich sage, dass es im Kern also von vornherein um diktatorische Herrschaft und krieglerische Expansionsbestrebungen gegangen ist, wozu völlig passt, dass Hitler unmittelbar in diesem Zusammenhang den Mitgliedern der Partei ausdrücklich die Rolle von „Parteisol-
daten“ zugewiesen hat²³, ein Begriff, der später fortwährend verwendet worden ist.

Schließlich sei hier noch zitiert, was Hitler Anfang 1932 den in Düsseldorf versammelten Großindustriellen zu diesem Thema zu sagen hatte, als er ohne jeglichen rassistisch-antisemitischen Bezug das gesamte Parteienwesen attackierte: „Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig zu glauben, dass die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden sind, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstiegs sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marxismus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, dass sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, dass der Rückzug sich fortsetzen wird [...] Zentrum und Sozialdemokratie, Marxismus und bürgerliche Parteien haben Deutschland vernichtet, haben unser Volk zerstört, unsere Macht gebrochen und unsere Wirtschaft zur Verelendung gebracht. Wir haben demgegenüber heute den unerbittlichen Entschluss, dieses System des Zerfalls und der Zerrissenheit zu überwinden und niederzuringen und anstelle der Begriffe Proletariat, Bürgertum, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Städter, Handwerker, Beamter, Hausbesitzer, Katholik, Protestant wieder einer anderen Begriff zu setzen: Deutschland und das deutsche Volk!“²⁴

Sehr drastisch gipfelte alles in der Forderung, die Parteien müssten „ausgejädet werden, ohne Rücksicht auf das Geschrei der einzelnen Interessenten.“²⁵ Natürlich waren stets nur die anderen Parteien gemeint, ohne auf den inneren Zwiespalt einzugehen, dass man ja selbst Partei war und eine glanzvolle parteienlose Zukunft durch eine Organisation verhieß, die eben Partei war. Auch aus diesem

²² Ebenda, S. 507. Ähnlich äußerte sich Alfred Rosenberg: „Es versteht sich auch von selbst, dass es immer politisch wirkende Persönlichkeiten und Gruppen innerhalb eines Volkes geben wird und geben muss. Ein ‚Volk von Brüdern‘ ist eine Utopie und nicht einmal eine schöne. Restlose Brüderschaft bedeutet Ausgleichung aller Wertgefälle, aller Spannungen, aller Lebensdynamik. Kampf bleibt auch hier stets der lebensbezeugende Funke. Aber alle diese Kämpfe sollen sich innerhalb *eines* Ideals abspielen, auf ihren Wert an *einem* Wertmesser geprüft werden: ob die gepredigten Gedanken, geforderten Maßnahmen geeignet sind, das deutsche Volkstum zu veredeln und zu stärken, die Rasse zu kräftigen, das Ehrbewusstsein der Nation zu erhöhen. Politische Parteien, die bei ihrer Tätigkeit danach fragen, inwieweit etwa die internationale Klassensolidarität oder internationale Konfessionsinteressen gestärkt werden könnten, haben in einem deutschen Staat keine Daseinsberechtigung. Die Tätigkeit solcher volksfeindlichen Parteien in Vergangenheit und in der Gegenwart hat die Seele der Deutschen zernagt und zerrissen.“ Alfred Rosenberg: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit* (1930) Zit. nach der 63.-66. Aufl., München 1935, S. 544 f.)

²³ Hitler, *Mein Kampf*, S. 509 f.

²⁴ Rede Hitlers vor dem Industrie-Club in Düsseldorf, 26.1.1932; Hitler-RSA, Bd. IV/3, S. 103.

²⁵ Hitler am 5.3.1932. Zit. nach Hitler-RSA, IV/3, S. 183. Ferner hieß es: „Der politische Wirrwarr der letzten 14 Jahre hat sich nunmehr so weit geklärt, dass heute *zwei Fronten um den Sieg ringen. Dort: Die Front des Parteideutschlands! Hier: Die Front des Volksdeutschlands der Zukunft!* [...] Drei Dutzend Parteien haben im November 1918 die Könige und Fürsten von einst abgelöst und sorgen jetzt selbst dafür, dass die deutsche Zersplitterung kein Ende nehme. Bauern und Städter, Arbeiter und Unternehmer, Handwerker und Angestellte, Beamte, Mittelständler, Hausbesitzer und Mieter usw., sie alle sind politisch organisiert, ihre Parteien wollen alle die Rettung ihrer Anhänger, versprechen dies wenigstens vor jeder Wahl feierlichst, und können doch alle zusammen die Katastrophe nicht verhindern.“ Hitler: *Mein Programm. Erklärung vom 2.4.1932.* Zit. nach Hitler-RSA, Bd. IV/Teil 1, S. 3 f.

Grunde sprach man von sich selbst als „Bewegung“, wofür Alfred Rosenberg sich einer mystifizierenden Erklärung bediente: Die NSDAP sei als ein organischer Bestandteil der Gesellschaft zu sehen, aus dem Volk hervorgegangen und habe daher Anspruch auf das Volk in seiner Totalität. Die nationalsozialistische Bewegung müsse als etwas verstanden werden, was man nicht „ablehnen“ könne, denn sie sei eine „Naturerscheinung [...] wie sie in der Geschichte der Völker nur sehr vereinzelt“ vorkomme. Darüber hinaus nahm er eine naturgesetzliche Ewigkeit in Anspruch: „Sie ist vergleichbar mit den gewaltigen Eruptionen, die einst die Gebirge entstehen ließen, und die man nicht ‚ablehnen‘ oder ‚annehmen‘ kann; sie sind einfach da, und man hat sich mit ihnen abzufinden. Genau so ist es mit unserer Bewegung. Es mögen menschliche Unzulänglichkeiten dabei mitspielen, aber es ist hier etwas Ereignis geworden, das durch alle Jahrtausende bestehen wird.“²⁶

Überschaut man alle Aussagen zum parteipolitischen Selbstverständnis der NSDAP, bestätigt sich, was hier bereits als Tendenz der Entwicklung dieser Partei benannt worden ist. Während der frühen 20er Jahren ging es ihr um die Schaffung und Stabilisierung der eigenen Partei. Da wurden die anderen Parteien mehr als Gegner oder als Konkurrenten betrachtet, die es kräftig zu diskreditieren galt. Von einer Überwindung des Parteienwesens wurde allenfalls geträumt. In der existenziellen Auseinandersetzung mit den völkischen Gruppen sah sie sich zunächst regelrecht gezwungen, den Charakter ihrer Organisation als Partei zu verteidigen. Einer Ablehnung parteipolitischer Organisiertheit hielt sie die Notwendigkeit einer straffen organisatorischen Erfassung von entgegen. Diese stellte für sie die entscheidende „Voraussetzung für den Sieg“ dar.²⁷ Dass man zugleich grundsätzlich anders sein und aus den „Gebrechen“ des Parlamentarismus aussteigen sowie sich als die bessere Partei ausweisen wollte, war ein immanenter Bestandteil ihrer Ideologie, wurde aber in der Regel nicht besonders hervorgehoben. Nachdem ein eigenständiger Platz innerhalb des bestehenden Parteiensystems gewonnen war, trat die grundsätzliche Kritik am gesamten Parteienwesen stärker in Erscheinung. Die zunächst visionär angedeutete, dann offen verkündete Zielsetzung, das Parteienwesen zu zerschlagen, rückte in den Vordergrund, als sie mit einiger Aussicht auf Erfolg selbst Machtpositionen anzustreben beginnen konnte – dies nicht zuletzt dank hinreichender Förderung durch jene bürgerlichen Parteien, die auf deren „Juniorpartnerschaft“ hofften und versessen waren.

* * *

Bevor hier nach den Wirkungen der nationalsozialistischen Parteienkritik gefragt wird, soll – nein: muss zunächst der Tatsache nachgegangen werden, dass es Aversionen gegen die politischen Parteien schon lange vor dem ersten Auftreten der NSDAP gegeben hat. Und es waren keineswegs allein völkische Kreise, die das Parteienwesen kritisierten und ablehnten. Die Palette der Aversionen erwies sich bereits im Kaiserreich als außerordentlich breit. Sie reichte von totalem Bannfluch bis zu Forderungen nach Überparteilichkeit, von Parteienprüderie bis zu Parteienverdrossenheit oder gelegentlichen Unmutsäußerungen, sie reichte vom Wunsch nach einer Reform des Parteienwesens bis zu der besorgten Frage, ob von politischen Parteien überhaupt Zukunft gestaltet werden könne.

Gleichsam als Kostproben:

- „Das glücklichste Loos, das einer Partei fallen kann, ist – rasch unterzugehen nach vollständig erreichtem Zwecke [...] Der Parteikampf bedroht den Staat mit der Gefahr des Zerfalls, wenn er den Stand gegen den Stand, die Provinz gegen die Provinz zusammenschaart; ein gesundes Parteileben soll alle Stände, alle Landestheile gleichmäßig durchschneiden.“ (*Heinrich von Treitschke: Parteien und Fractionen. In: Preußische Jahrbücher, hrsg. von Heinrich von Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig, 27. Bd. Berlin 1871, S. 195 f*)
- 1871 schrieb Karl Ludwig Aegidi an Heinrich von Treitschke über seine Hoffnung auf einen Zeitpunkt zu „einer vollständigen Umgestaltung des Parteiwesens, zur Bildung einer großen Partei der Deutschen Männer, entsprechend dem Volke in Waffen, und im Gegensatz zu den konservativen,

²⁶ Alfred Rosenberg am 8.11.1934 vor dem NS-Studentenbund.

²⁷ Dies betonte z.B. die thüringische Zeitung „Der Nationalsozialist. Kampfblatt der NSDAP“ in ihrer Ausgabe 51/52 vom Dezember 1928 anlässlich des Erscheinens des zweiten Bandes von Hitlers „Mein Kampf“.

liberalen, nationalliberalen, fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen alten Weibern und Greisen und dummen Jungen ...“ (In: *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung*, Bd. 2. Hrsg. von Paul Wentzcke. Bonn und Leipzig 1926, S. 5)

- „Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.“ (Otto von Bismarck am 8.5.1884 im Deutschen Reichstag)

- Es sei bedauerlich, „bis zu welchem Maße von Unehrllichkeit und Vaterlandslosigkeit die politischen Parteien bei uns auf dem Wege des Parteihasses gelangen. Es mag Ähnliches anderswo vorgekommen sein, doch weiß ich kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Gesamt Vaterlande den Ausschreitungen der Parteienleidenschaft so geringe Hindernisse bereitet wie bei uns. [...] Kurz, wer würde anderswo als auf dem Gebiete politischer Parteikämpfe die Rolle eines gewissenlosen Verleumders bereitwillig übernehmen? Sobald man aber vor dem eigenen Gewissen und vor der Fraction sich damit decken kann, das man im Parteiinteresse auftritt, so gilt jede Gemeinheit für erlaubt oder doch für entschuldbar.“ (Otto von Bismarck: *Gedanken und Erinnerungen* (1898) Zit. nach der Taschenbuchausgabe Stuttgart 1919, S. 380 und 510)

- „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muss weiterleben [...] In Unserem deutschen Vaterlande ist die Zersplitterung der Parteien, die sich in blindem Egoismus auf Leben und Tod bekämpfen, so trostlos wie in keinem anderen Kulturstaat der Erde.“ (General August Keim auf einem Bismarck-Kommers am 2.4.1910. Zit. nach Walter Schmitz und Clemens Vollnhals (Hrsg.): *Völkische Bewegung – konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politischen Kultur*. Dresden 2005, S. 33)

- Geringschätzung der Parteien spricht auch aus den Worten von Hans Delbrück, der ja als ein entschiedener Kritiker der Wilhelminischen Zeit galt: „Unsere Parteien sind ideenlos, glaubenslos geworden, es sind bloß noch Verbände zur Verteidigung materieller Interessen [...] Das Leben ist aus ihnen geflohen, sie werden gepflegt, angebetet‘ weil man nichts anderes hat. Man bildet sich noch ein, es seien Götzen, in Wirklichkeit sind es Fetische.“ (Zit. nach Annelise Thimme: *Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche*, Düsseldorf 1955, S. 22)

- „In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“ (Wilhelm II.: *Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages* 1914, Bd. 306, S. 2)

Alle Äußerungen fußen auf einem ausgesprochen nationalistischen, antisozialistischem und antidemokratischen Politik- und Parteienverständnis. Aufgetaucht sind die gegen Existenz und Wirken von Parteien gerichteten Ideen nahezu zeitgleich mit deren Erscheinen auf der politischen Bühne. Sowohl Entstehung und Entwicklung als auch die Zurückweisung und Verurteilung politischer Parteien spiegeln das auf dem Konkurrenzprinzip beruhende Wesen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft²⁸, konnten also auch als antikapitalistisch ausgegeben oder gedeutet werden. Parteien-Aversionen nahmen in dem Maße zu, wie sich die Bedeutung der Parteien ausweitete, auch in dem Maße, wie sich das Prinzip der Volkssouveränität durchzusetzen begann und die Massen stärker als geschichtswirksamer Faktor in Erscheinung traten. Der Erfolg von Parteien hing also mehr und mehr davon ab, sich aus Klientel- und Wahlvereinen zu großen Mitgliederparteien entfalten zu können. Um dies zu erreichen, sahen sich alle veranlasst, ihre jeweiligen partikularen Interessen Schritt für Schritt hintanzustellen. Das Unglück der Parteien habe eingesetzt, so urteilte beispielsweise

²⁸ Zum einen ist damit der Gegensatz zwischen Adel, Bürgertum, Militär usw. einerseits und dem Proletariat andererseits gemeint, zugleich sind so auch die Gegensätze innerhalb der beiden Klassen zu erfassen. In welchem Maße die Parteien-Aversionen am Ende des 19. Jahrhunderts sich hauptsächlich gegen die aufstrebende und erstarkende Sozialdemokratie richtete, machte Bismarck deutlich, als er am 17. Mai 1893 erklärte: „Der Umstand, dass man jetzt die Sozialisten als eine politische Partei behandelt, als eine Macht im Lande, die man ernsthaft behandeln und mit der man rechnen muss, statt als Räuber und Diebe, die zermalmt werden müssen – das hat ihre Kraft und Bedeutung in hohem Grade gesteigert, ebenso wie die Beachtung, die man ihnen schenkt. Ich hätte das nie gestattet. Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden.“ Zit. nach Heinrich von Poschinger: *Neue Tischgespräche und Interviews*, Bd. 1, ²/1895, S. 233.

Hannah Arendt, als diese sich des „Materialismus“ ihrer Interessen zu „schämen“ begannen und den Beweis antreten wollten, dass „die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der gesamten Menschheit übereinstimmten.“ Deutlich sprach sie von „verlogenen Kombinationen engster Interessen und allgemeiner Weltanschauungen“, die nur scheinbar paradox seien, weil mit der Reflexion des Klassensystems in den Parteien diese dringend des Nationalismus, des volkstümlichen Ausdrucks gesamt-nationaler Interessen“ bedurft hätten.²⁹ In der Aufgabe, Kandidaten für die Wahlen zu nominieren, betrachtete sie als „den Generalnenner aller Parteien in gleich welchen Systemen.“³⁰

Damit war der Zusammenhang zwischen dem parlamentarischen Parteiensystem und der Tatsache berührt, dass die Parteien „in der Volksmeinung mehr und mehr als eine kostspielige und eigentlich unnötige Institution“ galten. Zugleich biete sich, so noch einmal Hannah Arendt, allen Gruppen, die „jenseits von Parteien- und Klasseninteressen“ auftreten, eine „Chance echter Popularität“, ohne dass dadurch die Begrenztheit „überparteilicher“ Ansprüche und anderer Parteienaversionen aufgehoben werden könnten: „Dass diese Gruppen dem Allgemeinwohl dienten und zur Führung der Staatsgeschäfte geeigneter sein würden als das parlamentarische Parteiensystem, war freilich nur ein Schein; sie alle verfolgten in Wahrheit nur das Ziel, ihr eigenes partikulares Interesse an die Stelle der vielen, widersprechenden Interessen der Klassengesellschaft zu setzen und in Form der Parteidiktatur die Macht, also den Staatsapparat zu ergreifen.“³¹

Es lohnt, diese Gedanken zu verfolgen und generell das Verhältnis von Parteien und Demokratie zu hinterfragen, zumal ja der Begriff „Parteiendemokratie“ Konjunktur hat und alles Undemokratische lediglich sogenannten totalitären Parteien zugeschrieben wird. In der Tat hat aber in der Geschichte eine große Zahl politischer Parteien zumindest nichts dazu beigetragen, demokratische und friedliche oder gar gerechte Verhältnisse durchzusetzen. Im Gegenteil: Es gab antidemokratisch und antiparlamentarisch orientierte Auffassungen in Hülle und Fülle. Sie trugen wesentlich dazu bei, den Weg zu geradezu barbarisch-terroristischen Herrschaftsformen zu erleichtern, wenn nicht gar ihn für diese frei zu machen. Es gehört offensichtlich zu unseren historischen Erfahrungen, dass Gefahren für die Gesellschaft immer wieder auch aus Konzepten vermeintlicher Alternativen zu Existenz und Wirken politischer Parteien, zum Parteienwesen und zur Parteiendemokratie erwachsen.

Vor allem die Geschichte der NSDAP belegt diese Feststellungen, betrieb ihre Führung doch einen enorm großen Aufwand, die eigene Organisation als „Bewegung“, als „Partei über den Parteien“ sowie als „Überwinderin“ des Parteienwesens darzustellen. Dessen negative Erscheinungsformen (Parteiegoismus, Selbsterhaltungstrieb, Beharrungsvermögen, Korruption und Futtergrippenwirtschaft usw.) waren unübersehbar. Vielen Deutschen schien das kritische Benennen der Gebrechen des bestehenden Parteienwesens vor allem während der letzten Jahre der Weimarer Republik überaus berechtigt zu sein, mochte auch mancher über Formen und Umfang des Auftretens der Hitler-Anhänger sich mokieren, an Überspitzung denken oder deren Parolen als „Leerformel“ betrachten. Ich meine, dass die Antiparteien-Propaganda der NSDAP wesentlich zum Zustandekommen ihrer Millionengefolgschaft bei getragen hat, seit 1930 auch zur Mobilisierung bisheriger Nichtwählerscharen. Zu fragen wäre nur, *weshalb* ihre Delegitimierung des Parteienwesens so erfolgreich sein konnte?

Wesentlich war wohl vor allem, dass die NSDAP in ihrer Kritik am Parteiensystem, gebündelt im Begriff der „System“-Parteien, auf bereits früher verbreitete Denkmuster anderer politischer Kräfte von Parteienfeindlichkeit und angeblicher Überparteilichkeit³² zurückgreifen konnte und dass sie mit ihrer Parteienkritik in der Weimarer Republik nicht allein stand. Zwischen 1918 und 1933 nahm

²⁹ Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Ungekürzte Ausgabe. München und Zürich 1986, S. 406 ff.

³⁰ Hannah Arendt: Über die Revolution. München 1974, S. 350.

³¹ Ebenda, S. 409 f.

³² Siehe Peter-Christian Witt: Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900-1933. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt, Peter-Christian Witt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und 50. Doktorjubiläum. Bonn 1983, S. 231-280.

das Thema unter den Nationalisten aller Couleur, nicht nur in der Ideenwelt der Völkischen und der Faschisten, sondern auch unter den Konservativen und teilweise auch bei den Liberalen breiten Raum ein. Im Ringen um die Gewinnung eines größeren Massenanhangs konnte die NSDAP also nicht nur die traditionellen, sondern auch alle zeitgenössische konservativ-nationale, monarchistische und antidemokratische Denkmodelle nutzen. Vordenker und Wegbereiter des Faschismus verbreiteten in Weimarer Zeiten parallel zur NSDAP ihre Auffassung, der zufolge Parteien überholt seien, modrig wie faulendes Aas usw. – ausführlich dargestellt durch Kurt Sontheimer in seiner Analyse des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik.³³ Sie boten für Propaganda und Taktik der NSDAP ein erforderliches, wenn auch in sich nicht immer stimmiges Fundament. Zu erwähnen sind hier beispielsweise Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete³⁴, Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist³⁵, Moeller van den Bruck, der rasch Abstand nahm von seiner ursprünglichen Idee einer „dritten Partei“ und an die Stelle sogenannter Parteibevormundung die Forderung setzte, „die Parteien von der Seite der Weltanschauung zu zertrümmern“ und ein „dritten Reich“ zu schaffen³⁶, Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte, Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien „mit Feuer und Schwert“ ausgelöscht, Hans Zehrer, der nicht den Parteien, sondern den Bündnen Zukunft verhieß, u. a. m.³⁷

All das drang umfassend in die nationalsozialistische Gedankenwelt ein, und mitunter lässt es sich sogar bis in einzelne Formulierungen hinein belegen. Bekanntlich blieb es auch nicht bei den ideologischen Anleihen: Die später betriebene Bündnispolitik, bekannt unter den Schlagworten „Harzburger Front“ und „Kabinett der nationalen Konzentration“, beruhte ja ebenfalls auf konservativ-antidemokratischen Theorien und Schlagworten. In Wort und Tat trafen die deutschen Faschisten einen empfindlichen Nerv vieler Menschen. Ihre Parteien-Aversion fand Resonanz und Bestätigung. In dieser Hinsicht – und ganz im Unterschied zu ihren sozialpolitischen Verlautbarungen – bedurfte die nationalsozialistische Propaganda nur in geringem Maße demagogischer oder gar manipulativer Nachdrücklichkeit. Das Thema besaß Alltags-Attraktivität. Die Auswirkungen der real existierenden Schwächen des Parteienwesens und die Krise des Weimarer Parteiensystems waren überall und für alle unverkennbar.³⁸ Das Thema wirkte gleich einem Selbstläufer ebenso zugunsten der NSDAP wie die dieser Partei zur Verfügung stehenden politisch-rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, welche der Weimarer Staat bekanntlich den rechten Gegnern der Republik reichlich angedeihen ließ.³⁹ Alle Parteien-Aversionen trugen damals wesentlich zu einer politischen Atmosphäre, moderner formuliert: zu einer politischen Kultur bei, die antidemokratisch-autoritärem Denken viel Spielraum bot, was nebenbei gesagt von Hannah Arendt als „prätotitär“ bezeichnet worden ist.⁴⁰

³³ Siehe Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.

³⁴ Zit. nach Ludwig Elm (Hrsg.): Falsche Propheten. Studien zum konservativ-demokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 2/1990 S. 283.

³⁵ Diese Feststellung traf Bloch 1936 anlässlich des Todes von Spengler. Zugleich fragte er: „Wollte er Hitler werden, hat er ihn beneidet?“. Ernst Bloch: Spengler und Russland. In: Literarische Aufsätze (Gesamtausgabe, Bd. 9) Frankfurt a. M. 1965, S. 61.

³⁶ Arthur Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich. Hier zit. nach Sontheimer, a. a. O., S. 155.

³⁷ Siehe dazu die entsprechenden Belege in Manfred Weißbecker: „Ich kenne keine Parteien mehr ...“ Konservative und nationalsozialistische Ansichten wider politische Parteien, Demokratie und Parlamentarismus vor 1933. In: Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933, a. a. O., S. 94-109.

³⁸ Bereits für das Jahr 1930 konstatierte Karl Dietrich Bracher, die Diskreditierung der Parteipolitik habe ein „Ausmaß und eine Schärfe der Überzeugungskraft erreicht, dass jede fühlbare Verschlechterung der Existenzbedingungen und des sozialen Prestiges, jede ernsthafte psychologische Belastung auch nach der kurzen Periode der Stabilisierung jenen verfassungsrechtlichen, wirtschaftspolitischen, ideologischen Argumenten praktische Durchschlagskraft verschaffen konnte, die den fortdauernden Zweifel oder gar der aggressiven Kritik an dieser Republik Raum und Rückhalt gaben.“ Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Düsseldorf 5/1984, S. 259.

³⁹ Siehe dazu u. a. Pätzold/Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998.

⁴⁰ Arendt, Elemente und Ursprünge, a. a. O., S. 414.

Die strikte Ablehnung des Parteienwesens durch Verfechter der „konservativen Revolution“ erlaubte der NSDAP zudem anfangs der dreißiger Jahre, d. h. analog zum eigenen „Aufstieg“, eine erhebliche Verschärfung ihrer radikalen und zugleich terroristisch untermalten Parteien-Aversionen. In den Vordergrund trat eine pausenlos und nachdrücklich betriebene Selbstdarstellung als erfolgreich aufstrebende, sich ständig vergrößernde und wählerstärkste Partei. Die Selbstüberhebung über alle anderen Parteien begleitete die Ankündigungen, man wolle das gesamte Parteienwesen vernichten, sobald man an die Macht gelangt sei. Wie auf anderen Politikfeldern auch vollzog die NSDAP hinsichtlich ihres Parteienverständnisses einen Radikalisierungsprozess, der nach 1933 in dem von ihr getragenen Einparteiensystem seine Fortsetzung fand.

Dennoch hätten Existenz und Umfang der Aversionen gegen die politischen Parteien allein nicht einen so gravierenden Wandel wie den von 1933 bewirken können. Ein weiterer und für das Thema meines Vortrages wohl besonders zu beachtender Wirkungsfaktor der nationalsozialistischen Parteien-Aversionen ergab sich aus der Koppelung von Parteienkritik und dem Anspruch, über das Parteienwesen hinaus weisen und eine angeblich reale Alternative bieten zu können. Die NSDAP formuliert dies in ihren durchaus wohlklingenden, aber dennoch irreführenden Parolen: „Volksgemeinschaft statt Klassenspaltung“, „Gemeinnutz statt Eigennutz“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ u. a. m. Es sei, wie Hitler einmal verkündete, anzustreben, dass „alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefasst“ werden müssten. Entscheidend sei das Gefühl aller, dass alle „*in erster Linie Deutsche sein müssen*.“⁴¹ Menschen fremder Art und Herkunft, anderer körperlicher Beschaffenheit und auch anderer Gesinnung sprach dies jedes Existenzrecht ab.

* * *

Es sei mir an dieser Stelle ein Exkurs gestattet, denn der hier konstatierte enge Zusammenhang von radikalem Nationalismus und Kritik am Parteienwesen lässt sich auch erkennen, wenn nach den Partei-Auffassungen jener Kräfte gefragt wird, die sich als internationalistisch und selbstverständlich auch als antifaschistisch verstanden haben. Gab es also, so wäre zu fragen, Parteien-Aversionen auch unter Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern und Vertretern anderer Richtungen der Arbeiterbewegung, also auch unter Organisationen, die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstanden sind und sich unter deren Bedingungen entwickelten?

Besonders interessant könnte die Analyse jener Kräfte sein, für die sich seit einiger Zeit der Begriff des Parteikommunismus eingebürgert hat.⁴² Doch da muss wohl in erster Linie festgestellt werden, dass die KPD ihr Selbstbild vor allem in strikter Abgrenzung zur sozialdemokratischen Partei gewählt hat, was u. a. auch den verhängnisvollen Unsinn der Sozialfaschismus-These befördern half. Ihr Bild von sich selbst beruhte zugleich auf einer ebenso strikten Anlehnung an das sowjetische Modell, das als Diktatur des Proletariats ausgegeben wurde. Man wollte einerseits anders als die SPD und zugleich die „einzige Arbeiterpartei“ sein, in dieser Hinsicht von avantgardistischer Selbstüberschätzung beherrscht. Ihre Kritik galt dem Weimarer Parteienstaat und seinen Funktionsdefiziten, was auch im innerparteilichen Dauerstreit um die Frage Ausdruck fand, ob und inwieweit dieser gegen Angriffe von rechts zu verteidigen sei oder nicht.

Die jüngst von Riccardo Bavaj vorgelegte Studie, angekündigt als ergänzendes Gegenstück zum Buch Kurt Sontheimers, sowie der von Mike Schmeitzner herausgegebene Band „Totalitarismuskritik von links“⁴³ belegen hingegen Parteien-Aversionen bei einer Reihe linkskommunistisch-radikaler Gruppen. Letztere gaben sich sogar ausgesprochen parteienfeindlich, motiviert von konsequenter Ablehnung sowjetischer Verhältnisse und Kritik an der KPD. Kommunisten wie Heinrich Lauffen-

⁴¹ Hitler in Lipperode am 12.1.1933. Zit. nach Hitler-RSA), Bd. IV, Teil 3. München 1997, S. 58.

⁴² Siehe dazu u. a. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999.

⁴³ Mike Schmeitzner (Hrsg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert (= Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 34), Göttingen 2007.

berg, Fritz Wolffheim und Karl Schröder⁴⁴ fanden in allen Jahren der Weimarer Republik starke Worte gegen die Kommunistische Partei Russlands bzw. der Sowjetunion und trafen damit die von Parteikommunisten beschönigte Realität. Ihr theoretischer Anspruch ging jedoch darüber hinaus, so z. B. der Otto Rühles in seiner 1920 formulierten These: „Die Organisation des kommunistischen Vortrupps der Revolution wird keine übliche Partei sein dürfen bei Strafe ihres Unterganges, bei Strafe der Wiederholung des Schicksals, dem jetzt die KPD verfällt. Die Zeit der Parteigründungen ist vorbei, weil die Zeit der politischen Parteien überhaupt vorbei ist.“⁴⁵

* * *

Zurück zum Thema: Betrachtet man die Auswirkungen der Parteienfeindlichkeit faschistischer Kräfte, so lassen sich für die Jahre 1932/33 – im Unterschied zu den Veränderungen im deutschen Parteienwesen unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – tiefer greifende Wandlungen feststellen. Rückten die Parteien während der deutschen Novemberrevolution – schlicht ausgedrückt – nur ein Stück nach „links“ und bewahrten die Kontinuität des Parteienwesens, so gingen die meisten Parteien am Ende der Weimarer Republik gleich mehrere Schritte nach rechts, verbunden mit einer auffälligen Polarisierung der Parteienlager. Da gab es zahlreiche von Entdemokratisierung und neuen autoritären Führungsstrukturen gekennzeichnete Vorgänge in nahezu allen regierenden Parteien. Viele missachteten zunehmend die demokratisch-parlamentarischen Spielregeln der Weimarer Verfassung, gleich ob es sich um das auf Notverordnungen gestützte Regieren, um den Versuch eines verfassungswidrigen Umgehens der Reichspräsidentenwahlen, um den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen oder die umfangreichen Reichsreformpläne gehandelt hat, welche fadenscheinig als Verbesserung der Verfassung oder gar als Maßnahme zu deren Schutz ausgegeben wurden. Zugleich nahmen die mit paramilitärischen Mitteln geführten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien außerordentlich zu, was den propagandistisch zur Schau getragenen politisch-moralischen Anspruch der Parteien ebenso konterkarierte wie es die Unfähigkeit zur Bewältigung der Wirtschaftskrise verdeutlichte.

Innerhalb des Parteienwesens verschoben sich alle Proportionen – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichenden Prozessen. Die traditionell zwischen den Parteien bestehenden Beziehungsgeflechte unterlagen bedeutungsvoller Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung. Die Parteien der sogenannten Mitte erlebten einen gewaltigen Rückgang, nur das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vermochten relativ stabil zu bleiben. Zwischen den beiden Arbeiterparteien entstand erstmalig ein relatives Gleichgewicht, das deren Vorstände zu euphorischer Überschätzung der jeweils eigenen Kraft und zu folgenreicher Unterschätzung des Potentials der NSDAP führte. Der Gedanke an ein sinnvolles, d. h. beide stärkendes Zusammengehen wiesen sie weit von sich. Eine ernsthaft zu nennende Gegenbewegung kam auch bei jenen Parteien nicht zustande, gegen die sich vorrangig alle faschistischen Bemühungen unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ richteten.

Das Ergebnis der hier für die Zeit vor 1933 benannten Phänomene ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromisslosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte, Schritt für Schritt alle anderen Parteien zu überwältigen und eine das Parteienwesen ins Extreme treibende sowie zugleich es konterkariierende Einparteienherrschaft zu errichten. Als das berüchtigte Gesetz vom 14. Juli 1933 erging – es war übrigens das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte –, hieß es zur Begründung, die Neubildung von Parteien wäre ein „Verbrechen an Staat und Volk“.⁴⁶ Der fakti-

⁴⁴ Siehe Mike Schmeitzner: Brauner und roter Faschismus? Otto Rühles rätekommunistische Totalitarismustheorie. In: Ebenda, S. 205-227.

⁴⁵ Otto Rühle: Die Revolution ist keine Parteisache! Berlin-Wilmersdorf 1920. Zit. nach Frits Kool: Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten 1970, S. 334.

⁴⁶ Das Kabinett erhielt am 12.7.1933 den Entwurf des Reichsinnenministers, der eine einzige Bestimmung enthielt: „Wer es unternimmt, politische Parteien neu zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten politischen Partei aufrecht zu erhalten, wird als Hoch- und Landesverräter bestraft.“ Dazu äußerte allein der Reichsjustizminister in der Ministerbesprechung vom 14.7. Bedenken. Sie betrafen jedoch nur den Zeitpunkt, durch den möglicherweise die „innere Überzeugungskraft“ der Selbstauflösung der Parteien getrübt werde. Hitler wollte sich diesem Gedanken nicht verschließen und schlug vor, das Gesetz zu beschließen und es erst zu ei-

schen Liquidierung des Parteienwesens folgte die Diktatur einer Partei sowie eine außerordentlich straff strukturierte „Organisationen“-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfasste und in hohem Maße dazu beitrug, das Regime bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg stabil zu halten. Man könnte von einer gewissen Ironie der Geschichte sprechen, dass die Partei der „Überwinder“ des Parteienwesens in der letzten beiden Jahren ihrer Herrschaft selbst in eine Krise geriet und schließlich mit dem 8. Mai 1945 unterging.⁴⁷

* * *

Das Thema verlangt, und sicher will es nicht nur mir so erscheinen, einen Blick über die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus. Zwar hatten da die Parteien-Aversionen ihren Höhepunkt erreicht, doch sind sie nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs in der Versenkung verschwunden. Aus meiner Sicht wird man ohnehin das 20. Jahrhundert nicht nur als das politischer Extreme, terroristischer Diktaturen und mörderischer Weltkriege bezeichnen dürfen. Zu reden ist wohl ebenfalls von einem Jahrhundert größter Dynamik des Parteienwesens und breitester Vielfalt der Parteiensysteme. Es gibt nichts an parteipolitischen Organisationsformen, die nicht praktiziert und, wie man vielleicht auch sagen könnte, die nicht „erprobt“ worden wären. Kein Ereignis, kein Entwicklungsstrang des vergangenen Säkulums ist ohne sie zu erhellen. Jede Darstellung wäre unhistorisch, würde sie den außerordentlich großen und häufig sogar entscheidenden Einfluss von Parteien sowie sich wandelnder Parteiensysteme ausklammern. Daran hat sich auch nichts nach dem Eintritt ins 21. Jahrhundert geändert.

„Nein danke, ich bin parteilos glücklich“⁴⁸ – diese Worte legte vor kurzer Zeit ein thüringischer Karikaturist einem Mann in den Mund, der offensichtlich keiner Partei vertraut und sich deren Werbung verweigert. Die Parteien bieten ihm kleine Geschenke an: Fähnchen, Luftballons und Kugelschreiber, jedoch kein Konzept. Sie wollen ihn lediglich ködern. Sie buhlen um den Mann, dem jedoch ein Spaziergang mit seinem Hund wichtiger zu sein scheint. Parteien und deren Adressaten – also jene, die gewählt werden wollen und die, welche wählen sollen – stehen gleichermaßen in der Kritik. Dass der vom Zeichner gewählte Titel „Buhlende Parteienlandschaft“ die Wortähnlichkeit zu den „blühenden Landschaften“⁴⁹ nutzt, die der ostdeutschen Bevölkerung versprochen worden sind, sei lediglich am Rande vermerkt.

Es steht fest: Die Parteien unterliegen gegenwärtig erneut arger Kritik.⁵⁰ In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Publikation heißt es sogar: „Die Partei ist heute die bestgehasste Erscheinung unseres öffentlichen Lebens.“⁵¹ Solche drastischen Einschätzungen⁵² münden nahe-

nem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Frick wies Gürtners Argument als „nicht durchschlagend“ zurück. Noch am selben Tag erfolgte die Ausfertigung des Gesetzes. Neben konkretisierten Strafbestimmungen enthielt sie noch folgende Bestimmung: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. Von Karl-Heinz Minuth. Boppard am Rhein 1983, S. 661 f.

⁴⁷ Siehe dazu Pätzold/Weißbecker, Geschichte der NSDAP, a. a. O., S. 486 f.

⁴⁸ Thüringische Landeszeitung, 21.8.2007, S. 2.

⁴⁹ Siehe Siegfried Prokop: Blühende Landschaften. In: Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hrsg.): Kleines Lexikon historischer Schlagwörter. Leipzig 2005, S. 30 f.

⁵⁰ Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens Herbert von Arnim sieht vor allem vier Struktur-mängel: 1. die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien; 2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien; 3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht; 4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.“ Gegenwärtig stehe den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege: das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild insbesondere der sogenannten Großparteien, ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, der von ihnen bevorzugte karrieristische Berufspolitikertyp, die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate. Kritik gilt der Tatsache, dass die Repräsentation der Gesellschaft durch regierende Parteien einer weitgehenden parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen ist.

⁵¹ Zit. nach Heinrich Oberreuter: Zur öffentlichen Funktion politischer Parteien. In: Welche Macht den Parteien? Hrsg. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung 200, S. 12. Siehe auch Jürgen Dittberner: „Sind die Parteien noch zu retten? Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle. Berlin 2000, bes. S. 265-274.

zu zwangsläufig in die Frage, worin möglicherweise Analogien zu früheren Parteien-Aversionen bestehen und welche Unterschiede dennoch erkennbar sind.

In quantitativer Hinsicht scheint sich nichts geändert zu haben. Es wäre leicht, zahlreiche Belege für die eingangs zitierte Aussage vom vermeintlichen „Glück der Parteilosigkeit“ anzuführen. Viele Beispiele bezeugen das eigentliche Problem, das da realiter – und wohl nicht nur für Deutschland – als ein zutiefst „unglücklicher“ Zustand der Gesellschaft bezeichnet werden muss. Zahlreiche Befragungen und Untersuchungen weisen Parteienverdrossenheit und sinkende Akzeptanz der politischen Parteien als weit verbreitete Erscheinung aus. Parteien fällt es zunehmend schwer, neue Mitglieder und Nachwuchs für die zu besetzenden Funktionen zu rekrutieren.⁵³ Es wird ihrer Vergreisung gesprochen, auch davon, dass selbst die großen unter den Parteien kaum noch als Volksparteien gelten dürfen⁵⁴ und dass ihr Ende bevorstehen würde.⁵⁵

Immer mehr Menschen empören sich über die von den Parteien praktizierte Verschleierung ihrer Ziele, häufig auch wegen des Missbrauchs ihrer errungenen Macht. Jeden zweiten Deutschen ängstigt die Unfähigkeit von Politikern⁵⁶, noch mehr empören sie sich über finanzielle Anmaßungen und Skandale. Nahezu 80 Prozent der Deutschen halten ihre Politiker für unehrlich⁵⁷, viele bezweifeln deren Problemlösungskompetenz. An Wahlen findet all das Bestätigung durch erschreckend hohe Zahlen an Nichtwählern; diese könnten inzwischen – wären sie organisiert – als größte aller Parteien auftreten.⁵⁸ Beklagt werden die wachsende Ähnlichkeit der Programme, pragmatisch geprägtes Abweichen von diesen, die Nichterfüllung von Versprechungen usw. usf. Allein die Vielzahl und das Ausmaß solcher Erscheinungen lässt am politischen Horizont die Gefahr neuerlicher Verletzung demokratischer Herrschaftsprinzipien herauf ziehen.⁵⁹

⁵² Die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung lobte 2007 einen „Nachwuchsförderpreis für politische Publizistik“ zum Thema „Haben die Volksparteien Zukunft?“ aus. Die Ergebnisse wurden publiziert in: Politische Studien 414. Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen, 58. Jg., Juli/August 2007, S. 15-39. Siehe auch Philip Zeschmann: Wege aus der Politiker- und Parteiverdrossenheit – Demokratie für ein Zivilgesellschaft. Sinzheim 2000.

⁵³ Darüber klagte z.B. Jörg Schönbohm in einem Interview der Zeitung „Die Welt“ vom 1.9.2007, S. 10. Seine Erklärung, die Jugend wolle heutzutage zwar Rechte Wahrnehmen, aber keine Pflichten erfüllen, greift viel zu kurz.

⁵⁴ Unter den CDU-Mitgliedern sind 68% über 50 Jahre und 33% sogar über 70 Jahre alt. Siehe Die Welt, 4.9.2007, S. 3.

⁵⁵ Gegen die von anderen geäußerte These vom baldigen Ende der Parteien wendet sich Elmar Wiesendahl: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden 2006. Nach seiner Auffassung läuft die weitere Entwicklung nicht auf Parteien ohne Mitglieder hinaus, sondern auf „Parteien mit immer weniger Mitgliedern“. (S. 173.)

⁵⁶ Dies belegt eine Studie „Die Ängste der Deutschen 2007“ der Wiesbadener R+V Versicherung. Zit. nach Die Welt, 7.9.2007, S. 4.

⁵⁷ Belegt durch eine Gallup-Umfrage. Siehe Welt am Sonntag, 9.9.2007, S. 85.

⁵⁸ Dazu äußerte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Wenn immer mehr Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen oder ihren Frust durch extremistisches Wahlverhalten ausdrücken, hat die Politik etwas falsch gemacht. In: Die Welt, 7.9.2007, S. 3.

⁵⁹ Nachweise für die „nachlassende Vitalität des Parteienwesens in europäischen Ländern finden sich u. a. in Matthias Schmitz (Hrsg.): Politikversagen? Parteien verschleiß? Bürgerverdruss? Regensburg 1994. Siehe auch Josef Schmid und Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005.

Für welche Zielsetzungen Parteienverdrossenheit zu nutzen ist, sei hier lediglich am Beispiel des für seine rechtskonservativen Ansichten bekannten Historikers Arnulf Baring verdeutlicht. Nach seiner Auffassung sei die Situation reif, gar überreif für einen Aufstand gleich dem der DDR-Bürger von 1989 gegen das „erstarrte Parteiensystem“ der Bundesrepublik. Erläuternd schrieb er: „Es festigt sich im Lande die Überzeugung, dass unser Parteiensystem, in welcher Farbkombination auch immer, den heutigen Herausforderungen in keiner Weise gewachsen ist und daher von der Krise verschlungen werden wird, wenn es nicht die Kraft zur durchgreifenden Erneuerung findet. Wenn unsere Parteien weder programmatisch noch personell in der Lage sind, die Bevölkerung mit klaren Alternativen zu konfrontieren und damit Richtungsentscheidungen zu erzwingen, ist diese Republik am Ende.“ Damit nicht genug: Es endete mit der Forderung, dass ebenfalls „die Verfassung auf den Prüfstand“ müsse. Arnulf Baring: Bürger auf die Barrikaden! – Deutschland auf den Weg zu einer westlichen DDR. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2002, S. 33.

Anders als in quantitativer sieht es hingegen in qualitativer Hinsicht aus. Die Parteien unterliegen kaum noch totaler Negation, selbst in ausgesprochen nationalistischem und rechtsextremistischem Gruppen nicht, auch wenn die NPD von sich behauptet, „eine nationalistische Partei gegen alle anderen Parteien – also gegen die Parteien, die Ausländer, Randgruppen und dem internationalen Großkapital dienen, nicht aber den Deutschen“ zu sein.⁶⁰ Unvergleichbar stark erweist sich die Erkenntnis, dass politische Parteien unentbehrlich für das Funktionieren des Staates geworden sind. Diese Tatsache sollte jedoch Debatten über notwendige Parteireformen und die Suche nach Alternativen nicht behindern, darf notwendige Parteireformen nicht verhindern. Jeder Versuch, Parteienverdrossenheit als eine im Grunde normale, stets vorhandene und zu negierende, als erfolglose oder gar zu nutzende Erscheinung⁶¹ zu bewerten, leitet theoretisch wie praktisch in die Irre.⁶² *Parteienverdrossenheit* führt nicht – wie leider oft verkannt wird – zu *Politikverdrossenheit*. Im Gegenteil: Abneigung und Widerwille gegen die Parteien bewirken eher Bereitschaft, politisch aktiv sein zu wollen, aktiv allerdings für eine *andere* Politik, zumeist für rechtsextremistische Konzepte, teils auch zu einem sich selbst regelrecht aufhebenden hilflosen Aktionismus. Daraus erwachsen generell Gefahren für demokratische Willensbildungsprozesse, an dem mitzuwirken in Deutschland das Grundgesetz die Parteien verpflichtet, die aber eine faktische Allgegenwärtigkeit und die angemähte Omnipotenz etablierter Parteien aushöhlen und zu beseitigen drohen.⁶³

Schaufelt die Gesellschaft sich – so möchte ich abschließend fragen – im Grunde nicht selbst ein Grab, wenn sie zu Parteien-Aversionen aller Art immer wieder und sozusagen alltäglich Anlass bietet? Auch wenn es sich oft nur um Stimmungen handelt, die benannten Problemfelder bedürfen dennoch sorgfältiger Beachtung. In Stimmungen verdichten sich Eindrücke, aus Eindrücken erwachsen Vorstellungen, aus diesen wiederum Konzepte und Interessen. Es wäre es verkehrt, sie nicht ernst zu nehmen. Denn: Stets gingen in der Geschichte alle Parteien-Aversionen einher mit bitterem Groll und Unmut, mit Verstimmung und Abscheu. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Dies kann – so denke ich, so befürchte ich – auch zukünftig der Fall sein, möglicherweise dank gegebener wissenschaftlich-technischer Voraussetzungen in Formen, die sich heute noch menschlicher Vorstellungskraft entziehen und die alles andere als das karikierte „Glück der Parteilosigkeit“ mit sich bringen können.

Lässt sich also, so darf ich vielleicht abschließend fragen, das absolut negative Urteil der NSDAP über das Parteienwesen möglicherweise sogar als ein Menetekel verstehen? Zumindest sollte dieses Thema weder aus der Parteiengeschichte noch aus einer zukunftsorientierten Politik ausgeklammert werden. Und es wären geschichtswissenschaftlichen Debatten letztlich auch in neue politische Entscheidungen einzubeziehen.

Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung Berlin, 20. Mai 2008. Er beruht auf bereits publizierten Texten und ergänzt vor allem den Artikel des Autors „Die Parteien sind in sich faul ...“. Zur Propaganda der NSDAP gegen das deutsche Parteienwesen und ihren Folgen. In: Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. am 24./25. Januar 2003 in Jena. Jena 2003, S. 83-93.

⁶⁰ Siehe z.B. die Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Hrsg. vom Amt für Öffentlichkeitsarbeit der NPD (2006), S. 25.

⁶¹ Der Vf. wertet (dabei auch auf die frühen Untersuchungen von Robert Michels zurückgreifend) die genannten Erscheinungen als Krisenphänomene des Parteienstaates und nicht als notwendige oder gar sinnvolle Bestandteile einer stabilen, effizienten und funktionsfähigen Demokratie. Anders urteilt z. B. Elmar Wiesendahl: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Opladen 1980, S. 118-128.

⁶² Im Ansatz ist dies zu z. B. erkennen bei Hans-Joachim Veen: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den postkommunistischen EU-Beitrittsländern. Eine vergleichende Analyse ihrer Errungenschaften und Defizite. In: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, H. 7/2005, S. 28. Veen bewertet die Parteienverdrossenheit als einen Traditionellen Grundzug etablierter Parteidemokratien.

⁶³ In der Literatur ist auch die These vertreten worden, dass die Allgegenwärtigkeit der Parteien zu einer „Kolonialisierung“ der Gesellschaft führen würde und nicht zu deren demokratischer Gestaltung. Axel Bernd Kunze: Parteien zwischen Affären und Verantwortung. Anforderungen an eine Verantwortungsethik politischer Parteien aus christlich-sozialethischer Perspektive. Münster 2005, S. 183; Das Politikmonopol der Parteien wurde kritisch erörtert auch von Ina Gollnick in: Das Parlament, 23/30.12.2002, S. 2.

Die große Lösung ...

Als Hindenburg & Co. Hitler und seinen Nazis die Macht schenkten

Zwischen 1919 und 1932 wechselte in Deutschland mehrfach das Personal auf den Stühlen der Regierenden. Elf Politiker unterschiedlicher Parteien standen 23 Kabinetten als Reichskanzler vor. Den letzten, General Kurt von Schleicher, jagte am 28. Januar 1933 jener Reichspräsident aus dem Amt, der ihn acht Wochen zuvor berufen hatte. Hindenburg war es dann auch, der zwei Tage darauf das Amt an Hitler übertrug. Zwar hatte er auf die Verfassung geschworen, doch hinderte ihn dies nicht, der in Weimar aus der Taufe gehobenen Deutschen Republik den Todesstoß zu versetzen.

Nein, ein „normaler“ Regierungswechsel war es keineswegs, was da am 30. Januar vor sieben Jahrzehnten über die Berliner politische Bühne ging. Völlig zu Recht nannte es Franz von Papen – im Januar 1933 die zentrale Figur im Schacher um Hitlers Kanzlerschaft und sonstige Regierungspositionen – die „große“ Lösung, die unbedingt anzustreben sei, weil es höchstens noch eine „kleine“, auf keinen Fall aber irgendeine andere geben dürfe. Koste es, was es wolle. Groß – das bedeutete nichts anderes, als endlich dem Führer der faschistischen Partei zur Macht zu verhelfen. Klein – das wäre ein Kabinett unter seiner Führung und mit Ministern aus den Reihen der NSDAP gewesen.

So groß und verhängnisvoll war dann die Lösung, dass sich das Datum 30. Januar 1933 unauslöschlich in das Gedächtnis der Zeitgenossen und der Nachgeborenen eingrub. Kann von symbolischer Bedeutung sein, dass ausgerechnet an diesem Tag in Hamburg eine an sich harmlose Offenbach-Operette aufgeführt wurde? Ihr Titel: „Die Banditen“. Ihr Finale: Ein Fürst, der bestohlen werden sollte, begnadigt die Räuber und ernennt sie zu Polizisten seines Landes ...

Bis zum heutigen Tag spüren Deutsche und Europäer noch immer die argen Nachwehen jenes Tages. Verständlich, dass die Fragen nicht verstummen, was der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vorausgegangen ist, was zu dieser geführt hat und mit den schlimmsten zwölf Jahren deutscher Geschichte zusammen gedacht werden muss. Denn das Jahr 1933 war keine „Stunde Null“, auch kein „Jahr Eins einer neuen politischen Zeitrechnung“, wie häufig behauptet wird. Das „Dritte Reich“ lässt sich nicht abkoppeln von dem Davor. Jede verabsolutierende Trennung in das „Gute“ zuvor und das „Böse“ danach lässt sich nicht nur als ahistorisch kennzeichnen, sie ruft zugleich Zweifel an Sinn und Zweck solcher Betrachtungsweisen hervor. Nein: Entscheidend bleiben Fragen, wie es geschehen konnte, welche Schritte die Deutschen wann und wie hin zum 30. Januar 1933 gingen, worin längerfristig wirksame, Kontinuität bezeugende Wurzeln bestanden, die aus der Tiefe deutscher Geschichte rührten, worin mittelfristig und unmittelbar wirkende Faktoren.

Manche Antwort lässt sich in der Tiefe der deutschen Geschichte finden. Kontinuität wirkte von Kaiserreich und Erstem Weltkrieg her, vom imperialistischen Ringen um den deutschen „Platz an der Sonne“, sowie um ein Reich, dessen Grenzen nicht allein von der Maas bis zur Memel, von der Etsch bis zum Belt, sondern weit darüber hinaus reichen sollten. 1918 verlor Deutschland zwar den großen Krieg, doch ihre Kriegsziele aufzugeben waren seine konservativen Eliten in Industrie- und Finanzkapital sowie unter den Großagrariern und Militärs nicht bereit. Sie verbreiteten nationalistische und völkisch-rassistische Parolen aller Art, die sich gegen den „Versailler Schmachfrieden“ und ebenso gegen die „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ richteten. Die lautstark erhobenen Forderungen nach einer Revision der Ergebnisse des Krieges gingen Hand in Hand mit dem Anspruch, auch die in der Novemberrevolution erreichten parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse zu beseitigen. Von ihnen nahezu ungehindert grölten die Nazis „Deutschland erwache“, und jeder konnte „Juda verrecke“ hören, das sie hinzu fügten, um das „System“ von Weimar zu attackieren.

Bereits in den ersten Jahren der Republik war jener Weg eingeschlagen worden, der dreizehn Jahre später zum schmachvollen Ende der Republik von Weimar führte. Schon damals begann der kaum unterbrochene Abstieg von jener parlamentarischen Demokratie, welche das Ergebnis der Novemberrevolution darstellte und Eingang in die Bestimmungen der Verfassung gefunden hatte; letzteres übrigens gegen den erbitterten Widerstand der konservativ-protestantischen Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und auch einer Reihe von Politikern der katholischen Zent-

rumspartei. Keineswegs zufällig machte sich während der Vorbereitung und im Verlauf des Kapp-Putsches vom März 1920 eine neue politische Strömung bemerkbar: Erstmals traten faschistische Organisationen und Politiker in Erscheinung. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als die konservativen Kräfte, deren reaktionäres Gedankengut sie ins Extrem wendeten. Nach ihren Vorstellungen sollte künftig Politik in erster Linie auf eine terroristisch-präventive Ausschaltung der Arbeiterbewegung sowie auf eine demagogisch-chauvinistische Unterordnung der werktätigen Massen zielen.

Mittelfristig und kurzfristig wirkende Faktoren lassen sich vor allem in den Jahren der Weltwirtschaftskrise sowie in den letzten Monaten und Wochen vor dem 30. Januar 1933 erkennen. Einer der wichtigsten bestand in der vielgestaltigen direkten oder indirekten Unterstützung und Förderung der NSDAP; Beispiele für das verhängnisvolle Zusammengehen von konservativ-deutschnationalen und völkisch-rechtsextremen Kräften finden sich zuhauf. Sie vollzogen sich nach dem Modell, das 1924 vom Münchner Volksgericht geliefert worden war: Es bedachte den Putschisten Hitler mit einem Urteil, in dem selbst bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Dann kam die von den Deutschnationalen eingefädelte, gegen den Young-Plan gerichtete Kooperation mit der NSDAP, die dieser Hof- und Salonfähigkeit einbrachte und ihr rasch über den Status eines „Juniorpartners“ hinauszukommen half. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging. Insbesondere diese Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, diese zu legalisieren und für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und lieferten schließlich die Weimarer Republik deren schlimmsten Gegnern aus.

Was sich unmittelbar vor dem 30. Januar abspielte, kann nur als ein Gestrüpp aus Winkelzügen und Intrigen bezeichnet werden. Da wurde hinter den Kulissen Geheimdiplomatie betrieben, da fanden sich Gesprächsrunden zusammen, die nach allen Regeln konspirativer Kunst organisiert waren, und deren Resultate dennoch rasch jenen zu Ohren kamen, für die sie nicht bestimmt waren. Deutschnationale und nationalsozialistische Weichensteller betrieben Tag für Tag ihr schmutziges Werk. Auf der Straße verstärkten die bewaffneten Horden der NSDAP ihr terroristisches Treiben. Sie empfahlen sich als die schlagkräftigste Truppe im Kampf der deutschen Rechten gegen die gesamte Arbeiterbewegung und gegen alle anderen, die sich zur Verteidigung der Reste an Weimarer Demokratie bereit zeigten.

Schleicher stand vor dem Aus. Wie Brüning und Papen, deren Sturz er im Mai und November 1932 selbst aktiv gefördert hatte, scheiterte nun auch er. Als sich unter den ökonomisch und politisch Mächtigen des Landes die meisten zur Bildung einer neuen Regierung unter Hitler bereit fanden, verstärkten sich die Attacken auf den Kanzler. Hindenburg – heute immer noch Berlins Ehrenbürger – machte sich ihm gegenüber schlicht zum Sprachrohr des großagrarischen Interessen vertretenden Reichslandbundes, in dem die meisten Chefesseln bereits mit NSDAP-Mitgliedern besetzt waren. Das Ganze lief auf eine Wiederholung der „Harzburger Front“ hinaus, auch wenn deren Partner sich nicht gern daran erinnern wollten, war man doch nach dem Oktober 1931 mit Hauen und Stechen auseinander gegangen. Zwischen Hitler und Hugenberg hatte lange Zeit Funkstille geherrscht, beide suchten nach anderen koalitionsbereiten Kameraden, vor denen sie sich indessen wechselseitig warnten: die Kandidaten seien unzuverlässig. Politiker der Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei waren fleißig beteiligt. Sie verloren am Ende, was die einflussreiche katholische „Kreuzzeitung“ jedoch überhaupt nicht daran hinderte, den 30. Januar zu bejubeln: „Welch bessere Regierung hätte ein Volk in unserer Lage sich wünschen und finden können?“

Als Hindenburg dem letzten Kanzler der Republik am 28. Januar den Stuhl vor die Tür stellte, beauftragte er zugleich seinen Intimus Franz von Papen mit der Prüfung der Möglichkeiten für ein neues Kabinett. Über Ribbentrop ließ dieser die Naziführer wissen, dass ein „Wendepunkt“ eingetreten sei. Er halte nun nach einer langen Aussprache mit Hindenburg die Kanzlerschaft Hitlers für möglich. Das Wochenende nutzten alle, Klarheit über die Liste der Minister zu schaffen. Auch am

Sonntag, dem 29. Januar, konferierten Hitler und Papen lange miteinander, worauf der Herrenreiter eiligst zu Hindenburg marschierte. Noch am Nachmittag benachrichtigte er Göring und Ribbentrop, Hitler werde am nächsten Tag um 11 Uhr von Hindenburg erwartet. Alle Hindernisse seien beseitigt.

Am nächsten Morgen holte Göring seinen Parteichef in Papens Wohnung ab. Eine kleine Debatte zwischen Hitler und Hugenberg (sie betraf die Frage, ob es Neuwahlen des Reichstages geben soll) verzögerte die Prozedur, die Hindenburg 11 Uhr 20 vollzog: Hitlers Kabinett (noch unvollständig, da sich Hindenburg die Besetzung des Reichswehrministeriums noch vorbehielt) wurde vereidigt. In der Mittagsstunde feierte Hitler bereits mit Göring, Goebbels, Heß, Himmler, Röhm und anderen den „Sieg“ im Hotel Kaiserhof. Gegen 12 Uhr 40 wurde die Nachricht offiziell verbreitet. „Nun wird reiner Tisch gemacht“, vertraute Goebbels seinem Tagebuch an. Der Terror gegen Andersdenkende und Anderslebende tobte jetzt mit regierungsamtlichem Segen ...

Erst nach dem Krieg fragten sich viele, weshalb die Führungsclique einer Partei die Welt so in Flammen zu setzen, so systematisch Massenverbrechen zu organisieren vermocht hatte. Zwölf Jahre zuvor trieb indes viele Deutsche Hoffnung um. Zuversicht machte euphorisch. Alltägliches, mit Gewohntem behaftetes Denken – gemäß etwa der Liedzeile „Deutschland, Deutschland über alles“, gemäß der Zielstellung, am deutschen Wesen solle die Welt genesen, und gemäß aller Losungen, die das angeblich naturgegebene Recht des Stärkeren preisen – versperrte die Sicht auf Realität und Menschlichkeit.

Doch es gab auch die anderen Deutschen. Die KPD bewertete die neue Regierung als „brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen“ und prophezeite „hemungslosen Kurs auf den imperialistischen Krieg“. Die Zeitung der Sozialdemokratie schrieb über das Hitler- Papen-Kabinett: „„Feine Leute‘ und drei Nazis – Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.““ Carl von Ossietzky meinte, die „Gegenrevolution“ habe kampflos die Höhen besetzt. Und besorgt fragte der religiöse Sozialist Emil Fuchs, ob die „begeisterte Dummheit in Deutschland noch über das Maß hinaus gesteigert werden kann, was Hitler bis jetzt erreicht hat“. Theodor Heuss wiederum warnte einen Bekannten: „Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden“; bei seinem Ja zum Ermächtigungsgesetz schien er dies vergessen zu haben.

Einige glaubten, dass nun endlich unter dem Volk „seelischer und geistiger Widerstand“ wachsen werde, denn im kultivierten Deutschland, so der bekannte Publizist Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“, werde es nicht möglich sein, was in Italien bereits Alltag war. Doch: Aktiver Widerstand trat kaum in Erscheinung. Wohl gab es zahlreiche Aktionen, indes blieben sie vereinzelt. Es fielen starke Worte. „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten“, wurde auf einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Parteivorstand und Eiserner Front erklärt. Der Bundesausschuss der Freien Gewerkschaften benannte als Parole der Stunde: „Organisation – nicht Demonstration.“ Zum Generalstreik rief die KPD auf, zu schwach und unfähig, den Wunsch in die Tat umzusetzen. Beide Arbeiterparteien beschlossen, im Reichstag Misstrauensanträge gegen die neue Regierung einzubringen, doch bereits am 1. Februar wurde das Parlament aufgelöst, ein neues sollte am 5. März gewählt werden. Vergebens auch hofften viele, nun würde – so Emil Fuchs – die „dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden faktischen Meinungsverschiedenheit und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes“ weichen. Ja, auch in dieser Hinsicht bleibt der 30. Januar 1933 ein Lehrstück.

Neues Deutschland, Donnerstag, 30. Januar 2003, S. 2.

Was zuerst?

Wenige Tage waren erst vergangen, seit Hitler den Reichskanzlerstuhl hatte besetzen können. Immerfort und lautstark tönte es aus der neuen Regierung, man werde in vier Jahren die Arbeitslosigkeit überwinden, die Wirtschaft sanieren und Sorge für das „tägliche Brot“, für die „Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter“ tragen. Dem hehren Anspruch galt im Kabinett jedoch keineswegs die größte Aufmerksamkeit. Am 8. Februar 1933 ließ der Kanzler die Katze aus dem Sack, nachdem er bereits fünf Tage zuvor Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine das Ziel „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtlose Germanisierung“ avisiert hatte: Der Aussage, die Wehrmacht sei die „wichtigste“ Einrichtung des Staates, ließ er Taten folgen.

Mitten in einer Debatte über ein wirtschaftliches Projekt diktierte der Kanzler: „alles für die Wehrmacht“. Jede öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei für die Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Einigen Ministern war dies noch nicht deutlich genug. Sie meinten, der Ausbau von Land- und Wasserstraßen sei doch ebenfalls „im wehrpolitischen Sinne geboten“, und man müsse vor allem „an die materielle Untermauerung der Rüstungen herangehen“. Da sprang der von Hindenburg ins Kabinett lancierte Reichswehrminister (nicht der der NSDAP angehörende Werner von Blomberg) in die Bresche: Erst wenn die „Notrüstung“ geschafft sei, könne man „an weitergehende Aufgaben herangehen“.

Damit nicht genug. Am folgenden Tag nahm Hitler an der Sitzung des Regierungsausschusses für Arbeitsbeschaffung teil und erklärte, wie das Protokoll ausweist, noch einmal: „Die Zukunft Deutschlands hänge ausschließlich und allein vom Wiederaufbau der Wehrmacht ab. Alle anderen Aufgaben müssten hinter der Aufgabe der Wiederaufrüstung zurücktreten.“ Also galt auf jeden Fall zuerst, die Bedürfnisse von Heer und Marine zu befriedigen, bevor geprüft werden könne, welche „Mittel für zivile Maßnahmen übrig“ bleiben!

Von solcher Orientierung auf neuerliche Rüstung und Kriegsvorbereitung hörten die im Berliner Sportpalast am 10. Februar 1933 versammelten Massen nichts. Hitlers Rede wurde im gesamten deutschen Rundfunknetz übertragen; früher vereinbarte parteipolitische Neutralität dieses Mediums war mit einem Federstrich aufgehoben worden. Der Kanzler schloss mit schwülstigem Pathos: Millionen würden „das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit“ begrüßen. Wären Begeisterung und nahezu besinnungsloser Taumel auch erfolgt, hätte Hitler Klartext wie am Kabinettsstisch geredet?

Goebbels meinte lakonisch, wie seinem Tagebuch zu entnehmen ist, erst an diesem Tage habe „begonnen aufzubrechen“, was fortan „die deutsche Revolution“ heißen sollte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Februar 2003, S. 17.

Volksverrat?

Bereits am Tag nach dem Reichstagsbrand, am 28. Februar 1933, erschien die Notverordnung des Reichspräsidenten zum „Schutze von Volk und Staat“, die wesentliche Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte. Sie hat eine interessante Vorgeschichte, die am 25. Februar, also zwei Tage vor dem Brand begann, als Reichsjustizminister Franz Gürtner dem Kabinett den Entwurf einer Verordnung vorlegte, die sich gegen „Landesverrat und hochverräterische Umtriebe“ richten sollte. Verständlich, dass der Reichswehrminister sich über die Rangfolge der Begriffe erfreut zeigte. Im Vordergrund stand ja eine erhebliche Verschärfung der Strafandrohungen gegen die Ausspähung und den „Verrat militärischer Geheimnisse“ sowie gegen hochverräterische Handlungen, die mit der Absicht erfolgen würden, die „Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen“. Ferner hieß es: „Der diplomatische und insbesondere der militärische Landesverrat hat nach den Beobachtungen der Abwehrstellen in den letzten Jahren an Umfang und Gefährlichkeit ständig zugenommen und droht bei der gespannten allgemeinpolitischen Lage eine immer ernstere Gefahr für die Sicherheit des Landes zu werden ...“

In der kurzen Debatte am Kabinetttisch schlug Wilhelm Frick vor, man möge doch als Titel wählen „Verordnung gegen Volksverrat“. Einer seiner Kollegen verbesserte, man solle lieber von „Verrat am deutschen Volke“ sprechen. In einem Wunsche allerdings waren alle sich einig, als am 25. Februar 1933 im Kabinett die Verordnung zur Beratung vorlag: Sie sei „noch vor dem 5. März“ zu veröffentlichen. Bekanntlich sollten an diesem Tage Reichstagswahlen stattfinden ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 1./2. März 2003, S. 21.

Heerkönig

Aufrüstung – danach strebte die konservativ-nationalsozialistische Regierung von Anfang an. Als sie sich am 23. März 1933 ermächtigen ließ, ohne das Parlament zu herrschen, gab die bürgerliche Mehrheit des Reichstages Hitler – nach dem Urteil des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner – eine Macht in die Hände, „wie sie nie zuvor ein Heerkönig in germanischen Landen“ besessen habe. Beschönigend war von „Wiederwehrhaftmachung“ des Reiches die Rede. Ihr sollte jede innen- und außenpolitische Entscheidung untergeordnet werden. Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Nur, wenn jede Maßnahme die Reichswehr stärkt! Sozialpolitik? Ja, wenn sie Wehrkraft und Wehrwillen befördern würde! Mit einem Federstrich erhielt die Reichswehr 100 Millionen Reichsmark am 17. März zusätzlich. Das Geld hatte der Regierungsausschuss für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Rasch folgten Beratungen über eine „Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge“, bei denen der Kanzler lediglich nach den „Ersparnissen“ fragte und meinte, man müsse endlich dem Krebschaden begegnen, „dass Unterstützungen dort ausgezahlt werden, wo solche nicht durch Not geboten sind“.

Getönt wurde von der entschlossenen „Wiederherstellung der nationalen Ehre“, das Reich sollte „in alter Größe“ erstehen. In diesem Sinne trafen sich „alter Geist“ und „neue Kraft“, von denen es offiziell am „Tag von Potsdam“ hieß, sie hätten sich miteinander verbunden, symbolisiert auf Postkarten, die Kopf an Kopf den alten Fritz, Hindenburg und Hitler zeigten. Derjenige unter den Wegbereitern und Partnern der deutschen Faschisten, der heutzutage noch Ehrenbürger Berlins sein darf, frohlockte im Gespräch mit einem Geistlichen: „Gott sei Dank, dass wir so weit sind, es hat lange genug gedauert.“ Flugs ordnete der Reichspräsident am 15. März 1933 an, die Kokarden an den Mützen der Soldaten und Offiziere sollten wie zu Kaiserzeiten wieder schwarz-weiß-rot sein. Natürlich sollte auch bei der Reichskriegsflagge die schwarz-rot-goldene Gösch getilgt werden. Reichswehrminister Blomberg beeilte sich, das Hakenkreuz als Reichssymbol anzuerkennen.

Über gewichtigere Fragen konferierten am gleichen Tag Hitler, Blomberg und Neurath. Es ging um das künftige Verhalten der deutschen Diplomaten auf der Genfer Abrüstungskonferenz, die im Februar mit einer neuen Verhandlungsrunde zu Vorschlägen für eine Vereinheitlichung defensiv eingestellter Heeressysteme in Europa und für eine Gewaltverzichtserklärung begonnen hatte. Der konservative Reichsaußenminister hielt ein Abrüstungsabkommen „weder für erwünscht noch für möglich“. Hitler sprach sich dagegen für eine „elastische Taktik“ aus und meinte, ein positiver Abschluss der Konferenz sei „vertragsloser Aufrüstung“ vorzuziehen, man benötige zudem den Völkerbund als „Tribüne“ und das Recht, über qualitativ völlig gleiche Waffen wie Frankreich und England zu verfügen. Als nächstes deutsches Ziel benannte er die „beschleunigte Schaffung einer militärischen Macht, die jeder Eventualität im Osten und in der Ostsee gewachsen ist“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. März 2003, S. 21.

Das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz und der Austritt

Deutschlands aus dem Völkerbund (Oktober 1933) wurden bereits im März und April 1933 programmiert. In deutlichem Schulterschluss versuchten Reichswehrgeneralität, Diplomatie und die Hitler-Regierung, die beginnende Forcierung der deutschen Aufrüstung nach außen abzuschirmen und zugleich alles zu hintertreiben, was der Schaffung kollektiver Sicherheit in Europa hätte dienen können.

Die offiziellen Protokolle der Sitzungen des Hitler-Kabinetts vom 29. März und 4. April vermerkten in dürren Worten, der Reichswehrminister habe über den beabsichtigten „Umbau der Wehrmacht“ bzw. „eingehend über Wehrmachtsfragen“ informiert. Auf der Tagesordnung stand indes das lange geplante zweite Rüstungsprogramm, das für die Zeit vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1938 reichen sollte. Vorgesehen waren eine „Vermehrung“ des Personals und „Modernisierung“ des Waffenbestandes von Heer und Marine. Mit allen Mitteln sollte die Finanzierung gesichert werden. Dem diene vor allem eine „Entschließung“ der Regierung vom 4. April. Sie war vom Reichswehrminister mit der Begründung vorgelegt worden, die „Form“ (gemeint waren Gesetze) dürfe nicht „über die Sache“ (Aufrüstung) zum „Schaden der Landesverteidigung“ gesetzt werden. Tatsächlich erhielt Blomberg die Erlaubnis, „von bisherigen Gesetzesbestimmungen“ abweichen zu dürfen. Dem Finanzminister trug das Kabinett auf, die erforderlichen Mittel „ohne Rücksicht auf die Herkunft der Gelder in einer Summe und in einer Form“ bereitzustellen, die „der Öffentlichkeit im In- und Auslande den Einblick in die beabsichtigten Maßnahmen verwehrt“. Ferner hieß es: „Rechnungslegung und Rechnungsprüfung hat nach gleichen Grundsätzen der Tarnung zu erfolgen.“

Blomberg veranlasste daher auch die Auflösung des 1928 gebildeten Mitprüfungsausschusses, eines Gremiums von Staatssekretären, das die geheimen Ausgaben des Reichswehrministeriums zu prüfen hatte: Er brauche „vollkommene Freiheit“ für den Umbau der Reichswehr. Je nach außenpolitischer Lage müssten „mehr oder weniger rasche und umfassende Maßnahmen durchgeführt werden“. Der Ausschuss und „törichte Quatschereien mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes“ seien überflüssig. Zudem sei die Tarnung der geheimen Ausgaben sicher zu stellen.

Wozu alle Anstrengungen dienen sollten, erläuterte Außenminister Neurath ein paar Tage später dem Kabinett: „Was die Durchführung der Revision des Vertrags von Versailles betrifft, so ist auch in Zukunft der Methode der Einzelrevision der Vorzug zu geben ... Territoriale Grenzrevisionen können erst dann angeschnitten werden, wenn Deutschland militärisch, politisch und finanziell erstarkt ist. Bis dahin müssen wir uns mit wirksamer Propaganda auf der Grundlage der Wilson'schen Punkte begnügen. Von großer Wichtigkeit ist die Erhaltung des Deutschtums in den abgetrennten Gebieten. Unser Hauptziel bleibt die Umgestaltung der Ostgrenze. Es kommt nur eine totale Lösung in Frage.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. April 2003, S. 21.

Aufrichtig?

Im Frühjahr 1933, als der Völkerbund über neue Vorschläge aus England und Frankreich für Rüstungsbegrenzungen und die Schaffung eines Milizsystems in allen europäischen Staaten debattierte, beteuerte Hitler immer und immer wieder, Deutschland wolle mit der Welt in Frieden leben und reiche „jedem Volke die Hand zu aufrichtiger Verständigung“. Am 17. Mai 1933 hielt er im Reichstag seine viel gepriesene „Friedensrede“. Krieg sei „Wahnsinn ohne Ende“ und nicht in der Lage, „an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Im Gegenteil ...“ Der Völkergemeinschaft bot er „aufrichtige und tätige Mitarbeit“ an. Die Behauptung, in Deutschland würde aufgerüstet, wies er „als ebenso unwahr wie unfair“ zurück.

Indessen fielen gerade im unmittelbaren Vorfeld dieser demagogischen Rede wichtige Entscheidungen gegen Abrüstung und jeden Versuch des Völkerbundes, den Frieden in Europa zumindest teilweise etwas sicherer zu machen. Da wurde beschlossen, mit dem Aufbau einer deutschen „Risiko-Luftwaffe“, bestehend aus 1000 Flugzeugen, zu beginnen und der Reichsluftschutzbund gegründet. Die in diesen Tagen besiegelte Bildung des Luftfahrtministeriums galt den Nazis später als die „Geburtsurkunde“ der deutschen Luftwaffe. Am 8. Mai entstand in der NSDAP ein eigenständiger „Gau Ausland“, dessen Mitglieder „gegnerische Propaganda“ bekämpfen sollten. Als am 10. Mai die Bücher brannten, beklagte der siebte von neun Feuersprüchen den „literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges“. Auf den Scheiterhaufen kam alles, was Krieg unmenschlich und mörderisch nannte, beschimpft als deutsche Wehrkraft zersetzende „Gesinnungslumperei“ und „artfremde Zivilisationsliteratur“.

Unverfroren behauptete Hitler am 17. Mai, Deutschland habe nur den „einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Grenzen schützen zu können“. Niemand kenne den „Begriff des Germanisierens“. Am 3. Februar jedoch hatte er selbst noch vor ausgewählten Reichswehrgenerälen von der „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose(r) Germanisierung“ gesprochen. Ebenso leugnete er jede militärische Betätigung in SA, SS und Stahlhelm; deren Tätigkeit sei rein polizeilichen Charakters. Goebbels sekundierte im Rundfunk, die Welt möge endlich einsehen, dass Deutschland nichts sehnlicher wünsche, als in Frieden seiner Arbeit nachgehen zu können.

Als das Kabinett am 12. Mai beschlossen hatte, es müsse am 17. der Reichstag eine Regierungserklärung entgegennehmen, war jedoch Klartext geredet worden. Hitler verkündete, man müsse verhandeln: um zu verhindern, dass Deutschland die Schuld am Scheitern der Abrüstungskonferenz zugeschoben würde und um zu erreichen, dass dem Reich endlich auch „schwere Waffen“ zugebilligt werden. Und noch am 17. Mai hielt Minister Blomberg beim Reichskanzler erneut einen Vortrag über den Aufbau der Wehrmacht ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. Mai 2003, S. 21.

Wunderwerke

Der 17. Mai 1933 und Hitlers demagogische, in vielen Sprachen nachgedruckte „Friedensrede“ lagen nur wenige Tage zurück, da folgte der Kanzler einer Einladung nach Kiel. Die Marine bereitete ihm, wie Goebbels voller Begeisterung in seinem Tagebuch vermerkte, einen „großen Empfang“. Man paradierte und salutierte, ließ das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ (sie eröffnete sechs Jahre später vor Danzig den Überfall auf Polen) und die „Deutschland“ (als Panzerkreuzer A 1931 vom Stapel gelaufen) manövrieren, übte Tag und Nacht Seegefechte und berauschte sich am „Wunderwerk deutscher Technik“. Beiläufig wurde in den Offiziersmessen auch über „Abrüstungsprobleme“ gesprochen; die Schlussfolgerung lautete: „Diese Flotte muss wunderbar und groß werden. Dafür wollen wir kämpfen.“

Wiederum ein paar Tage später, am 29. Mai, fanden sich 50 Großindustrielle, Bankiers, Minister und NSDAP-Funktionäre bei Hitler ein. Auf der Tagesordnung des Gespräches stand offiziell die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vor allem die Frage, welche Rolle einerseits der Staat und andererseits die Privatwirtschaft spielen sollten. Hitler schlug steuerliche Erleichterungen für die „Wiederherstellung des deutschen Hausbesitzes“ vor und erläuterte vor allem die Vorteile, die der Bau neuer, moderner Straßen bringen würde. Der ausdrücklich gewünschten Debatte stellte er voran, worum es ihm vornehmlich ging: Es gelte, die „Gleichberechtigung“, die Deutschland in den Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes fordere, endlich „aus dem Bereich des reinen Wollens in die Wirklichkeit“ hinüber zu führen. Wenn das Reich die „Genehmigung zur Aufrüstung“ erhalte, würde sicher der Gedanke eines Präventivkrieges in eine greifbare Nähe rücken. Daher müsse man im Grunde jetzt schon „auf irgend eine Art wieder zu Waffen“ kommen und, so sein Fazit, auf die Aufrüstung „eigentlich schon vorbereitet sein“. Dafür seien die Mittel des Staates „außerordentlich ökonomisch“ zu verwalten.

Unter solchen Aspekten behandelte die Runde das Thema „Arbeitsbeschaffung“. Robert Bosch, einer der anwesenden Wirtschaftsbesitzer, erklärte, die große Frage der Arbeitslosigkeit sei „nur durch ganz einschneidende Maßnahmen auf dem Wege der Unterbringung von Arbeitslosen zwangsweise“ zu lösen. Dem allein von Stinnes erhobenen Vorwurf, die Arbeitslager entsprängen doch wohl eher kommunistischem Denken, widersprach er heftig und stand mit seiner rigorosen Auffassung keineswegs allein. Völlig ohne Widerspruch blieb indessen, was Hitler mit dem Blick auf künftige Kriege immer wieder in seine Erörterungen zur Notwendigkeit des Baus neuer und moderner Straßen einfließen ließ: „Eine Mobilmachung können wir auf unseren bisherigen Straßen nicht durchführen“ und „unsere Straßen werden einen großen Teil unserer Mobilmachung mit durchzuführen haben“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 31. Mai/1. Juni 2003, S. 21.

Krieg der Täuschungen?

Den niederländischen Publizisten und Historiker treibt vor allem die Frage um, ob der Kalte Krieg, den er in umfassender Weise als Ausdruck des Konflikts zwischen den USA und der UdSSR betrachtet, auch anders hätte verlaufen können oder sogar zu vermeiden gewesen wäre. Neben dem Streit zur Durchsetzung handfester Interessen untersucht er diesen Krieg auch als einen der „großen Täuschungen“. Er geht von der Annahme aus, beide Seiten hätten einander „zu Unrecht als Aggressor“ betrachtet. Im Grunde seien sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt „Partner“ gewesen, weil ihre Existenz jeweils vom anderen abhing. Seine Erkenntnis: „Jede Führung wusste, dass sie den ‚Feind‘ nicht angreifen würde, aber weil es ihre Existenzberechtigung war, taten beide, als ob sie Angst voneinander hätten.“ Berghe sucht insbesondere nach den Täuschungen im Knäuel von Aktionen und Reaktionen in den Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Kommunismus, wobei er die Zeit von 1917 bis 1941 als „Vorspiel“ kennzeichnet. Am Beginn hätte einerseits die militärische Intervention im revolutionären Russland, an der 250.000 Soldaten aus 14 Ländern beteiligt waren, bei den Bolschewiki den Eindruck verstärkt, „dass sich die Kapitalisten nie mit der Existenz des Sowjetstaates würden abfinden können“, andererseits sei dank kommunistischer Agitation eine „übertriebene Furcht vor einer Machtergreifung durch die Kommunisten“ entstanden, was überall zur Folge hatte, dass rechte und extrem rechte Regierungen an die Macht kamen. Mit Nachdruck vertritt er die These, viele westliche Beobachter hätten zu Unrecht geglaubt, die Außenpolitik der SU sei auf die Weltrevolution ausgerichtet.

Die Atmosphäre des Kalten Krieges beruhte nach Auffassung des Autors insgesamt auf einer „doppelt falschen Wahrnehmung“, die zu vermeiden gewesen wäre: Beide Parteien waren also nicht in der Lage, die politischen Absichten der jeweils anderen richtig zu interpretieren. Dies wurde noch durch das Fehlen von wirklichen Kontakten verstärkt. Der so charakterisierte Spannungsbogen zieht sich durch das stark strukturierte, lesenswerte und auf breiter Materialbasis beruhende Buch hindurch. Gerade der weltgeschichtliche Blick deckt Zusammenhänge und Kontinuitätslinien auf. Interessante Aspekte regen zum Nachdenken an, so z. B. die Aussage, dass beide Seiten im Kalten Krieg auch ein perfektes Mittel sahen, um die Aufmerksamkeit von mitunter heiklen inneren Problemen ihres Landes ablenken zu können. Zu eng gerät indessen die Sicht, wenn schließlich vor allem das Militär für alle Kriegspsychose verantwortlich gemacht wird, da dieses um seine Existenzberechtigung gefürchtet und zumindest so getan habe, als glaube es an einen militärischen Angriff.

Die den Band beschließenden und sicher viele produktive Debatten anregenden „40 Thesen“ enden leider ohne eine Überlegung, weshalb nach dem Ende des Kalten Krieges neue „heiße“ Kriege geführt werden. Vor dem Erscheinen der Originalausgabe hatten die USA Krieg in der Golfregion und die NATO Krieg gegen Jugoslawien geführt; der Leser weiß inzwischen auch um den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak und die Kriegsdrohungen der USA gegen zahlreiche andere als „Schurkenstaaten“ gekennzeichnete Länder. Angesichts solcher Perspektive scheint der forschende Blick auf Kriegsursachen nötiger denn je, gilt es doch zu lernen, wo eine weltweite Friedensbewegung den Hebel erfolgreich anzusetzen hätte.

Yvan Vanden Berghe, Der Kalte Krieg 1917-1991. Aus dem Niederländischen übersetzt von Martine Westermann. Mit einem Vorwort von Wilfried Loth, Leipziger Universitätsverlag GmbH 2002, 412. S.

antifa, Juni 2003, S. 19.

Grundpfeiler

In der berühmten Köpenicker Blutwoche – sie begann am 21. Juni 1933 – erreichte der rüde SA-Terror einen weiteren Höhepunkt. Die 23 Todesopfer gehörten in der Mehrzahl der KPD und der SPD an, einige waren parteilos bzw. Juden. Zahlreiche Berliner wurden in die Folterhöhlen der Braununiformierten verschleppt und dort misshandelt. Zugleich erging durch Reichsinnenminister Frick das Verbot der SPD; sie sei eine „volks- und staatsfeindliche Organisation“, zudem „landesverräterisch“ und verdiene keine andere Behandlung als die Kommunisten. Auf einer NSDAP-Führertagung prophezeite Hitler zwar recht siegesgewiss, die nationalsozialistische Bewegung werde nunmehr „Jahrhunderte überdauern“ und könne „durch nichts mehr beseitigt werden“, dennoch meinte er, es gelte einen „Ausrottungskrieg gegen den Gedankenbestand der Demokratie“ zu führen.

In diesen Tagen und Wochen mehrten sich machtpolitische Forderungen der paramilitärischen Parteigarden, die weniger den Kampf gegen die „Demokratie“, sondern wesentliche Eckpunkte der deutschen Aufrüstungspolitik betrafen. Weltkriegs-Hauptmann Ernst Röhm – seines Zeichens Stabschef der SA – veröffentlichte im Juni-Heft der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ einen viel beachteten Artikel. Es sei zwar ein Sieg errungen worden, doch „nicht der Sieg schlechthin“. SA und SS bezeichnete er als die „Grundpfeiler“ des kommenden NS-Staates, in dem die „disziplinierten braunen Sturmabteilungen der deutschen Revolution Seite an Seite mit der bewaffneten Macht“ stehen würden. Seite an Seite – d. h., kein „Teil“ der Reichswehr. Neben dieser und der Polizei müsse die SA der „dritte Machtfaktor des neuen Staates“ sein. Warnend zitierte er Marschall Blücher, die Politiker sollten nicht verderben, was der Soldat mit seinem Blute erkämpft habe. Und umriss das Ziel: „Europa, die ganze Welt mag in Flammen versinken; was kümmert es uns? Deutschland muss leben und frei sein.“

Neue, zusätzliche Formen der Militarisierung der Gesellschaft waren damit angesagt. In der Art eines Gralshüters der NSDAP betonte Röhm den Primat des Militärs gegenüber der Politik. Auch in seinen 1933/34 erneut verlegten Memoiren „Die Geschichte eines Hochverrätters“ erklärte er, in einem Machtstaat müsse „der Soldat die erste Stelle einnehmen“. Hilfstruppe oder gar nur Befehlsempfänger der Parteiführung zu sein, war ihm zu wenig. Immerhin war die SA, die vor dem 30. Januar 1933 über weniger als 500.000 Mitglieder verfügte, zu einer Millionen- Parteiarmee angewachsen, und dies nicht allein durch die am 22. Juni erfolgte Übernahme von 1,4 Millionen Stahlhelm-Mitgliedern.

Bereits am 2. Juli reagierte Hitler auf Röhm. In Bad Reichenhall sprach er SA und SS seinen Dank „für ihre beispiellosen Opfer und ihren Kampf“ aus, fügte jedoch drohend hinzu, sein „Heer politischer Soldaten“ könne „niemals unser Heer ersetzen oder in Konkurrenz zu ihm treten“. Vier Tage darauf dekretierte er vor den Reichsstatthaltern die „Vollendung des totalen Staates“, in dem es nie wieder Parteien außer der NSDAP geben dürfe. Diese sei „jetzt der Staat geworden“, bei dem die Reichsgewalt liege.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Juni 2003, S. 19.

Drachenzähne

Der Kapp-Putsch in 695 Dokumenten

Wer wissen will, weshalb am frühen Morgen des 13. März 1920 Truppen mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor zogen, Wolfgang Kapp sich zum Chef der selbst ernannten neuen „Regierung“ aufschwingen und die Auflösung der Nationalversammlung dekretieren konnte, wer erfahren will, wie der (einzige!) Generalstreik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zustande kam, der wird künftig in erster Linie zum vorliegenden Band greifen müssen.

Das Buch informiert über Vorbereitung, Hintergründe und Triebkräfte des konterrevolutionären Putsches militärisch-konservativer und völkisch-faschistoider Kräfte (Dok. 1 bis 89), über dessen Verlauf, die Gegenmaßnahmen der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung, über die Haltung der Parteien, des Militärs und der Bevölkerung von Berlin und Umgebung (Dok. 90 bis 390) sowie über die Abwehraktionen in den verschiedenen Teilen Deutschlands und die Folgen für die weiteren strukturellen Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Reichswehr. Der Anhang verzeichnet akribisch Quellen und Literatur und enthält drei hilfreiche Register. Mit exorbitantem Fleiß und kundiger Hand stellen die beiden Herausgeber – auf diesem Gebiet bereits in der DDR erfolgreiche Forscher – umfangreiches und bislang unbekanntes Material vor. Sie belegen, wie gefährlich der Putsch für den Bestand der jungen Weimarer Republik gewesen ist. Sozial entwurzelte Offiziere, von Demobilisierung bzw. Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, deklassierte Abenteurer und arbeitsscheue Landsknechte zeigten sich nur allzu bereit, ihren eigenen Unterhalt und Lebenssinn auf Gedeih und Verderb mit dem der Putschisten zu verknüpfen. Erzogen zu erbittertem Hass gegen die Novemberrevolution, aufgeputscht gegen alles, was die „nationale Ehre und Größe“ zu beeinträchtigen schien, verblendet von verklärender Darstellung der Verhältnisse im Vorkriegs-Deutschland folgten sie schon 1920 skrupellos den Befehlen wider den Weimarer Staat. Paul Levi, damals in der Führung der KPD tätig, warnte davor, allein auf die Offiziere und deren Verhalten zu schauen und sprach von einer neuen Rolle der Mannschaften, von der „Saat aus Drachenzähnen“, und deren Bereitschaft, sich für reaktionäre Umtriebe korrumpieren zu lassen, wie in der Levi-Biografie von Charlotte Beradt nachzulesen ist.

Überzeugend verdeutlichen die Herausgeber die ideelle und personelle Kontinuität, die von den Plänen und Einrichtungen der 1917/18 existierenden Deutschen Vaterlandspartei über die intensiven Bemühungen einzelner Gruppen und Militärs bereits 1919, die „Nationalversammlung in Weimar zu sprengen und die Regierung zu stürzen“, bis zu den Inhalten der diversen Gesetzes- und Verfassungsentwürfe, mit denen Kapp und seine Bundesgenossen zum Sturm auf die Demokratie antraten. Im Unterschied zur bisherigen Benennung des Putsches nehmen Erwin Könnemann und Gerhard Schulze eine plausible Erweiterung vor: Sie verdeutlichen, in welchem Maße Erich Ludendorff – an der Seite Hindenburgs Generalstabschef während des Ersten Weltkrieges – dem Geschehen seinen Stempel aufzudrücken vermochte. Eigentlich, so meinen sie, habe es sich um den „Staatsstreich Ludendorffs“ gehandelt, was Zeitgenossen zwar bereits vermutet haben, jedoch erfolgreich verschleiert worden ist. Bezeichnend sei die Tatsache, dass er nach dem Scheitern des Putsches nicht als Hochverräter verhört, sondern lediglich als Zeuge vernommen wurde, und weder die Untersuchungsrichter noch der Oberreichsanwalt den ihnen durchaus bekannten Spuren nachgegangen sind. Man darf gespannt sein, was später einmal in dieser Hinsicht sowie zu bislang ungeklärten Fragen (etwa zu den divergierenden außenpolitischen Vorstellungen der konservativen Republikfeinde) dem heute der Wissenschaft noch unzugänglichen Nachlass Ludendorffs zu entnehmen sein wird. Von besonderem Interesse sind zahlreiche Dokumente, in denen sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Differenzen zwischen jenen Kräften aufscheinen, die sich dem Putsch entgegenstellten und ihn scheitern ließen. Die Herausgeber bewerten den Generalstreik und die politischen Abwehraktionen als Beweis, dass „es gegen den entschlossenen Abwehrwillen der Volksmehrheit nicht möglich ist, ein autoritäres Regime zu errichten“, doch sei damals die Chance für eine Stärkung der republikanischen Kräfte nicht genutzt worden. Ihr Fazit: „Die pluralistische Demokratie hatte zwar eine schwere Belastungsprobe bestanden, aber als Sieger gingen nicht die

Volksmassen hervor, die die Last des Kampfes gegen die Ludendorffer getragen und Opfer gebracht hatten, sondern die Reichswehr, die unter der zielklaren Führung General Seeckts ihre Machtstellung in der Weimarer Republik stetig ausbaute.“

Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente. Olzog-Verlag, München. 1137 S., geb., 132,00 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. Juli 2003, S. 21.

Tamtam

„Aufrüstung muss innerlich geschehen. Wir tun besser, darüber kein großes Tamtam zu schlagen ...“ Dies bläute Hitler am 6. Juli 1933 seinen Reichsstatthaltern ein, von denen einer – General Franz Xaver Ritter von Epp – die Tagung sorgfältig protokollierte. Unmissverständlich klang auch ein anderer Satz des „Friedens“-Politikers: „Ich treibe Verständigungspolitik, um dadurch zu einer Politik der Stärke später einmal zu kommen.“ Was tatsächlich an Aufrüstung erfolge, sei vor allen nach dem Motto zu behandeln: „Was ich nicht weiß, macht mir (!) nicht heiß.“

Natürlich war nicht zu verhindern, dass Nachrichten über die deutschen Rüstungsmaßnahmen ins Ausland gelangten. Dem sollte begegnet werden; wie – das hatte das Auswärtige Amt bereits am 23. Juni in „Richtlinien für die Inlandspropaganda zur Abrüstung“ fixiert. Die Diplomaten waren sich einig, dass die im Ausland verbreitete Behauptung, es komme den Deutschen „nur auf die eigene Aufrüstung an“, eine „gefährliche Waffe gegen uns“ sei und dazu führen könne, dass sich „eine Einheitsfront der öffentlichen Meinung aller Länder gegen uns bildet“. Dem müsse man die Nahrung „entziehen“, hieß es. Zu diesem Zweck verfielen sie einzig und allein auf Strafaktionen: „Wer dem Gegner fahrlässig oder vorsätzlich Material für seine Propaganda und für die in Genf gegen Deutschland gerichtete Aktion liefert, d. h. wer innerdeutsche Vorgänge durch Bild, Schrift und Wort so darstellt, dass der Gegner auf angebliche Aufrüstungsmaßnahmen Deutschlands hinweisen ... kann, begeht Landesverrat.“ Angeregt wurde auch, bei der Abfassung von Schriftstücken für Veröffentlichungen und für den Dienstgebrauch „größte Vorsicht“ walten zu lassen. Um jeden „Anschein einer offen oder geheim betriebenen Aufrüstung“ vermeiden zu können, sollten zudem bestimmte Begriffe nicht länger verwendet werden. So sei z. B. statt von „Wehrsport“ nunmehr von „Volkssport“ zu reden. Gegenüber dem Ausland müsse auch der „nichtmilitärische Charakter“ von SA und SS herausgestellt werden: „Dies geschieht am besten, indem ihre Arbeit für innerpolitische Zwecke (Bekämpfung staatsfeindlicher Elemente) und ihre sozialen Aufgaben (Eindämmung der Arbeitslosigkeit, Pflege nationaler Gesinnung etc.) scharf in den Vordergrund gestellt werden.“

So tönte nicht allein der dem konservativen Lager entstammende Außenminister Neurath. Auch Reichswehrminister Blomberg – ebenfalls kein NSDAP-Mitglied – empfahl eine Sprachregelung: Anstelle der bisher erhobenen Forderung nach „Abrüstung der anderen“ solle von nun an das deutsche „Verlangen nach eigener Sicherheit“ betont werden. Jene internen Richtlinien über die „öffentliche Behandlung der Abrüstungsfrage“, die der General am 15. Juli 1933 der Reichskanzlei übermittelte, bezeichneten es als Aufgabe der deutschen Propaganda, „das Ausland allmählich und ohne großes Aufsehen an den Gedanken zu gewöhnen, dass es so oder so in Kürze zu einer Neugestaltung der deutschen Wehrmacht kommen muss ...“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. Juli 2003, S. 21.

God bless America*

Die kapitalistische Gesellschaft muß nicht faschistisch geprägt sein, um hochgradig kriminell zu werden und Kriegsverbrechen zu begehen. Möglichkeiten und Grenzen für die Anwendung des Faschismusbegriffs auf heutige Zeiten

Nach wie vor leben wir in Verhältnissen, die als imperialistisch zu bezeichnen sind. Sowohl die Internationalisierungsprozesse, häufig als Globalisierung bezeichnet, die Infragestellung demokratischer Verfassungsgrundsätze als auch die barbarischen Kriege der letzten Jahre bestätigen diese Auffassung. Mehr noch: Erst jetzt scheint die kapitalistische Wirtschaftsordnung zum vollen Durchbruch gelangt zu sein, zugleich wird Stück für Stück zurückgenommen, was sie an politischem Fortschritt gebracht hat bzw. was gegen sie durchgesetzt werden konnte. Immer stärker werdende Multis und Mächte unterwerfen sich immer größere Teile der Welt, dabei weder Gewalt, Terror noch Kriege scheuend, sicherheitspolitische Erwägungen und Standortkriterien über demokratische Rechte und Freiheiten stellend. Ob allerdings der vor allem in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörende Begriff des Faschismus auf die heutigen Verhältnisse angewendet werden kann, ist eine ganz andere Frage. Ihre Beantwortung führt m.E. über die Analyse der Grundkonstanten faschistischen, speziell des nazistischen Denkens und Handelns.

Grundkonstanten

Eine solche Konstante sehe ich in der Tatsache, daß der Faschismus auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstanden und wirksam geworden ist. Niemals verfolgte er das Ziel, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Der Faschismus wurde in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit geboren, und die aus ihr hervorgegangenen Regime waren ihrem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär. Letzteres gewiß nicht nur im Blick auf das Jahr 1917/1918, sondern auch in Hinsicht auf das Jahr 1789. Ihre Selbsteinschätzung als revolutionär ändert nichts an der getroffenen Feststellung. Die allgemeinste Bedingung für den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und für die Regierungsübergabe an Hitler bestand in dem verbreiteten Bedürfnis der Oberschichten der Gesellschaft nach dauerhafter Stabilisierung der Kapitalmacht, die nach innen wie nach außen neue Bewegungsfreiheit schaffen sollte. Es handelte sich beim Faschismus keineswegs nur um eine von Teilen der Eliten gepäppelte bzw. finanzierte Organisation, sondern um eine der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, um eine der möglichen Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um einen ihrer Versuche, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen. In dieser Hinsicht war der Faschismus Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte.

Da wir wieder unter solchen Verhältnissen leben, kann es zu vergleichbaren Erscheinungen kommen. Es muß nicht dazu kommen, so daß also in erster Linie die Gesamtheit der konkreten Konstellationsbedingungen zu prüfen sowie der Grad des Widerstandes gegen entsprechende Bestrebungen zu bestimmen wären. Sollte sich dennoch Vergleichbares durchzusetzen vermögen, träte es ganz gewiß in neuer Gestalt auf, verlangte also ohnehin nach neuer Analyse und sicher auch nach neuer Begrifflichkeit. Die um einen Vergleich bemühte Erinnerung an vormalige Zustände kann lediglich als ein Ausgangspunkt neuer Überlegungen dienen. Ihre Begrenztheit hatte sich übrigens schon in der Weimarer Republik gezeigt, als manche, auch Kommunisten, in der neuen Bewegung des Fa-

* Der Artikel beruht auf einem Vortrag, den der Jenenser Historiker Manfred Weißbecker auf der am 5./6. Juli 2003 von der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal veranstalteten Tagung „Imperialistische Kriegspolitik und Staats- bzw. Demokratiefrage heute“ gehalten hat.

schismus nichts anderes als die Gefahr monarchistischer Wiederkehr erblickten und als selbst die wunderschöne Fotomontage John Heartfields über Hitler als Kopie von Wilhelm Zwo in die Irre führte. (Ihr Titel lautete: „S. M. Adolf“, AIZ, 21.08.1932). Noch 1930 sah sich Carl von Ossietzky veranlaßt zu erklären, es gehe nicht mehr um Fridericus, sondern um Hitler; die Gefährlichkeit des Monarchismus und des Militarismus bestehe nunmehr vorrangig in den „Zutreiberdiensten“ für die Nazis. (Weltbühne, 23.12.1930)

Auf Verwandlung gefaßt sein

Erinnerung dient, wie mir scheint, eher der Mahnung und Warnung als der Analyse. Das gilt wohl auch für das bemerkenswerte Wort von Günter Grass, zu dem er sich bei der Betrachtung der gegenwärtigen Außenpolitik der USA veranlaßt sah: „Im Zustand eines großen deprimierenden Vakuums könnte es passieren, daß eine neue Form des Faschismus aufkommt, dessen Gesicht wir uns heute noch nicht vorstellen können. Aber wir sehen sehr wohl Anzeichen.“ (ND, 31.12.2002) Grass läßt zwar offen, was er unter einem gesellschaftlichen Vakuum versteht, doch trifft seine Auffassung zu, sich bei der Wahrnehmung einer Gefahr nicht auf alte Bilder zu fixieren, sondern auf deren Verwandlung gefaßt zu machen. „Neue Formen“ müssen sich nicht zwangsläufig an alten Modellen orientieren, im Gegenteil. Mehr scheint dafür zu sprechen, daß das zur Zeit existierende politische und gesellschaftliche System in den USA wie auch in vielen europäischen Staaten Möglichkeiten genug besitzt, um in der Außenpolitik solche Praktiken und Ziele zu adaptieren, von denen bisher geglaubt wurde, sie wären mit dem „klassischen“ Faschismus untergegangen und ein für allemal diskreditiert. Analog dazu bieten sich wohl auch hinreichende Möglichkeiten zur Bewahrung innenpolitischer Verhältnisse, denken wir nur daran, daß es vormals für die Faschisten galt, nicht allein die als jüdisch diffamierte Kommunistische Internationale zu bekämpfen, sondern auch noch eine sozialreformerische international verbundene Sozialdemokratie. Schließlich sollte den Herrschenden Lernfähigkeit nach Desastern nicht abgesprochen werden.

Die zweite Grundkonstante des traditionellen Faschismus stellt seine nationalstaatlich begrenzte, grundsätzlich nationalistische sowie seine zugleich expansions- und kriegsorientierte Ideologie völkisch-rassistischen Zuschnitts dar. Faschismus beruhte auf Existenz und Konkurrenz von Nationen, genauer: auf der Tatsache der in Europa vollendeten Nationen- und Nationalstaatsbildung sowie auf der Möglichkeit, Kriege zwischen Staaten und Mächteblöcken mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können. Faschismus kam aus dem Ersten Weltkrieg, dem bis dahin denkbar extremsten Austragungsfeld dieser Konkurrenz. Er lebte vom ungebändigten, sich nach Krieg und trotz Revolution in große Teile der Gesellschaft hineinfressenden Militarismus der Freikorps und parteigebundenen Kriegerverbände. Er profitierte von vielgestaltiger Verherrlichung des Krieges und seiner Akzeptanz als Ausdruck des „Kampfs ums Dasein“ und als angeblich unabänderliche Erscheinung menschlichen Zusammenlebens. Insbesondere die Politik des deutschen Faschismus zielte auf neue Kriege und auf Kriege neuen Typs, und sie war weit mehr als nur revanchistisch, nationale Gefühle mit Rassismus und Antisemitismus mischend. An die Macht gebracht tarnte er sich zwar als friedfertig, ging aber vom ersten Tage seines Regimes an auf Eroberungskrieg aus und bewegte sich tagtäglich auf Kriegspfaden. Andere nationale Faschismen schlugen zumindest geistig in die gleiche Kerbe, wenn ihnen die materiellen Voraussetzungen fehlten. Krieg könnte also als das vorwiegend rassistisch-sozialdarwinistisch begründete Lebenselixier des Faschismus verstanden werden. Absolut menschen- und menschenrechtsfeindliche Zwecke heiligten den Einsatz aller verfügbaren Mittel je nach politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Erfordernis. Politische Massenverbrechen prägten seine nationalistische Staats- und Militärdoktrin.

Nimmt man nun sowohl den extremen Nationalismus als auch den aggressiven Expansionismus als wesentliche Faschismuskriterien, dann wäre heute am ehesten von einer Annäherung der USA an das historische Modell des Faschismus zu sprechen. Jeder weiß, daß gerade im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten jüngst sich patriotisch äußernde Egoisten an die Oberfläche gespült worden sind. Es bleibt aber zu berücksichtigen, daß die amerikanische Nation weniger geschlossene völkisch-ethnische Wurzeln aufweist und sich in geringerem Maße an ihnen orientiert als die in Europa über viele Jahrhunderte hinweg gewachsenen Nationen. Das mag vielleicht Arundhati Roy

dazu gebracht haben zu sagen, es gebe nur eine einzige Institution in der Welt, die mächtiger sei als die US-Regierung: „die amerikanische Bürgergesellschaft“, die über eine reiche Tradition des Widerstandes verfüge. (www.cesr.org)

Es ist auch nicht zu übersehen, daß heutzutage Sicherung und Erweiterung der Kapitalherrschaft auf einer sich immer stärker internationalisierenden Grundlage stattfinden. Die Herrschenden haben zudem keine überstandene Revolution hinter sich, ihre Machtpositionen werden kaum von revolutionären Kräften bedroht. Kämpfe zwischen konkurrierenden Kapitalgruppen können nicht mehr, jedenfalls nicht mehr mit Nutzen für die eine oder die andere Seite, von hochindustrialisierten Staaten mit schwerstbewaffneten Armeen ausgetragen werden. In militärischen „Bündnissen“ suchen die Beteiligten, sich gegenseitig unter Kontrolle zu halten. Trotz starker Differenzen scheint das Ausbrechen eines von ihnen unmöglich zu sein. Ihre „Gegner“ sind weniger andere Staaten und Mächteblöcke, sie werden neuerdings unter dem Begriff „internationaler Terrorismus“ geführt, und was immer das auch konkret sein mag, das Diffuse an ihm bietet so manchen Vorteil. Wer die Macht hat, kann bekanntlich zum Terroristen erklären, wen er dazu auserkoren hat und wann immer es einen Vorteil verspricht. Ein Überfall auf den Gleiwitzer Sender muß nicht organisiert werden, es genügt die Rederei über Massenvernichtungswaffen oder Beziehungen zu Al Qaida.

Was soll also unter solchen Bedingungen ein hauptsächlich das Wohl der eigenen Nation verfolgendes faschistisches Regime? Die Herrschaft des Kapitals läßt sich heutzutage um so vieles eleganter organisieren, unblutiger, drapiert mit dem unglaublichen, dank ausgeklügelter Werbungs-techniken aber vielfach geglaubten Anspruch, die humansten aller überhaupt denkbaren Verhältnisse weltweit herstellen zu wollen. Die kapitalistische Gesellschaft muß nicht faschistisch geprägt sein, um hochgradig kriminell zu werden und Kriegsverbrechen zu begehen.

Die dritte Grundkonstante des traditionellen Faschismus bestand in der striktesten Ablehnung bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. Diese betrachtete er lediglich als schändliche Grundlage aller Versuche, zu der auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem Ellbogenprinzip der Konkurrenz beruhenden Gesellschaft eine wirkliche Alternative zu schaffen. Damit ging eine völlig entdemokratisierte, auf terroristischer Einschüchterung und Reglementierung beruhende Herrschaftspraxis konform, die – ohne Veränderung grundlegender Eigentumsverhältnisse – in allen Lebensbereichen das dem Militärwesen entlehnte Führer-Gefolgschaftsprinzip realisiert sehen wollte.

Mir scheint, die heute dominierenden kapitalistischen Kräfte, die deutschen eingeschlossen, müssen sich staatlich nicht faschistisch organisieren, um ihre Ziele im Innern wie nach außen entschlossen verfolgen und erreichen zu können. Auch deshalb will es mir als sehr sinnvoll erscheinen, eine neue, auf materialistisch-dialektischen Prinzipien beruhende Demokratietheorie zu entwickeln und den eigenen antikapitalistischen Bemühungen zugrunde zu legen, sinnvoller jedenfalls als sich lediglich auf Präzisierung und Vervollkommen von Faschismustheorien kaprizieren zu wollen.

Arge Parallelen

Als eine vierte Grundkonstante des Faschismus sehe ich sein „sozialistisch“ verpacktes Angebot an die als „entnationalisiert“ bzw. internationalistisch bewerteten Arbeitermassen und das Scheinbild einer „deutschen Volksgemeinschaft“, in der – so wurde es versprochen – alle gut leben würden, wenn es gelänge, sich andere Völker unterzuordnen. Tatsächlich war das Hitler-Regime erfolgreich auf dem Wege, eine Harmonisierung der Deutschen zu erreichen, unabhängig davon, welche Stellung sie – oben oder unten – in dieser Gesellschaft einnahmen. Jeder sollte, wenn er nur als „Arier“ anerkannt war, in dieser Gesellschaft und durch sie gewinnen, und zwar in ganz materiellem Sinne. Niemand sollte verlieren. Besserung der eigenen Lage wurde allen versprochen; erreicht werden sollte dies auf dem Wege von „deutscher Arbeit“ und einer Wirtschaft ohne Streiks und andere Störungen. „Deutschland arbeitet“ – lautete eine der Losungen. Doch wofür? Die Masse der Deutschen wollte zwar nicht den Krieg, aber sie schuftete für ihn. Und bekannt ist ebenso, daß sehr vielen der Gedanke durchaus gefiel, auf Kosten anderer Völker selbst besser als zuvor leben zu können, auch um den hohen Preis, der zu erwarten war.

Gerade in dieser Hinsicht drängen sich mir arge Parallelen auf, bedenkt man, in welchem Maße Hochrüstung als Arbeitsplatzsicherung akzeptiert, wie zu Lasten und auf Kosten der „dritten Welt“ gelebt wird, wie unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit Entsolidarisierung um sich greift. Es muß schon sehr verwundern, in welchem geringem Maße den Globalisierern und Nutznießern internationaler Finanzmarktpraktiken ein Internationalismus der Betroffenen und Geschädigten entgegengesetzt wird.

Masseneffekt

Erwähnen will ich fünftens wenigstens noch die Tatsache, daß der traditionelle Faschismus in großem Stile Massen zu gewinnen und zu organisieren vermochte. Daher ist immer und immer wieder zu fragen, unter welchen Umständen und mit welchen Methoden die NSDAP zur mitgliederstärksten Partei der deutschen Geschichte hat werden können, weshalb sie nahezu neun bis zehn Millionen Mitglieder umfaßte und das denkbar ausgeprägteste und umfassendste Organisationensystem besaß. Sie erreichte einen bis 1933 unbekannten flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung und wuchs nach 1933 zum Träger einer faschistischen deutschen „Organisationen“-Gesellschaft heran, in der sich kaum einer – ob jung oder alt, Mann oder Frau, Zivilist oder Soldat usw. – dem Einfluß ihres breitgefächerten Systems von Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen entziehen konnte.

Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen dieser Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem Verhalten. Die Millionenerfolgsgeschichte der

NSDAP stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Ich meine, das faschistische Regime hätte ohne diesen Anhang nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer aus seinen Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wäre der Krieg nicht bis „fünf Minuten nach zwölf“ geführt worden. Die meisten Deutschen haben sich dem Einfluß der NSDAP nicht entziehen wollen und identifizierten sich sowohl mit den expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis. Aber: Handelt es sich um ein spezifisches Problem faschistischer Parteien, wenn Massen gewonnen werden sollen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren? Ich denke, das ist das Anliegen aller politischen Parteien. Alle müssen es versuchen, alle sind bei Strafe ihres Untergangs gezwungen, danach zu streben.

Die Modelle aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sind diskreditiert. Allenfalls gehört ihre Wiederbelebung zu den Möglichkeiten weiterer Entwicklungen, auf absehbare Zeit sprechen gewichtige Interessen dagegen und überwiegt – möglicherweise wäre zu sagen: noch – die Scheu, direkt an das bei den Verbündeten ebenso wie bei der Mehrzahl der Deutschen diskreditierte Modell anknüpfen zu wollen.

Dieser Aussage steht keineswegs entgegen, daß mit neuen Interessenkonstellationen neue und durchaus vergleichbar schreckliche Gefahrenherde in Erscheinung treten. Wir könnten es zu tun bekommen mit einer verstärkten Handhabung solcher Praktiken, die vorrangig Markenzeichen faschistischer Regime darstellten, vor allem mit solchen, die ohnehin nicht deren ureigene Erfindungen und Schöpfungen gewesen sind, denkt man z.B. an den Terrorismus gegenüber politischen Gegnern, an Konzentrationslager, Vertreibungen, genozidale Aktionen, geheimdienstliche Täuschungsmanöver, an Friedensdemagogie und Kriegsrechtfertigung. Einmal gemachte Herrschaftser-

fahrungen gehen nicht verloren; der Faschismus bildet eine von ihnen. Mit Nachbeterei früher verwendeter bzw. für vergangene Zeiträume geltender Definitionen, Begriffe und Schlagwörter allein kommt keiner weiter. Wir leben in neuen Verhältnissen, doch für sie sind adäquate Begriffe noch nicht gefunden.

junge Welt, Mittwoch, 23.07.2003, S. 10.

Geist von 1914

Nach dem Ersten Weltkrieg schauten die geschlagenen Militärs und Politiker wehmütig auf die Stimmung zurück, die 1914 unter vielen Deutschen aufgeflammt war. Zwar hatte es das „August-Erlebnis“ als eine alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen erfassende Euphorie nicht gegeben, doch wurden die beschämenden Auftritte deutscher Hurra-Patrioten immer wieder beschworen. Auch Hitler schrieb in seinem „Kampf“, es wäre 1914 eine „Erlösung“ über ihn gekommen; er sei „überwältigt von stürmischer Begeisterung „ gewesen und habe dem „Himmel aus übervollem Herzen für das Glück“ gedankt, „in dieser Zeit leben zu dürfen“.

1933, am 3. August, veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ einen umfangreichen Artikel zum Jahrestag des Kriegsbeginns. Goebbels setzte diesen in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem, was die Nazis nunmehr als ihre „nationalsozialistische Revolution“ priesen. Diese habe „seit dem August 1914 in der Luft“ gelegen und stelle einen Teil der „Revolution von 1914“ dar. Robert Ley, dem seit Anfang Mai die Deutsche Arbeitsfront unterstand, notierte zwei Tage später ebenfalls im Zentralblatt der NSDAP: „Wir haben den Geist von 1914 zurückerobert.“ Im Jahr darauf fand im Berliner Lustgarten eine große militärische Gedenkfeier statt; alle Redner, darunter katholische und protestantische Geistliche, verkündeten, an jenem 2. August sei nicht allein erstmalig „die innere deutsche Volksgemeinschaft geboren worden“, sondern auch der Nationalsozialismus.

Indessen vertrug sich solche Art Erinnerung nicht mit der offiziell an den Tag gelegten „Friedensliebe“. Daher tauchte der den „Geist von 1914“ bejubelnde Slogan in den 30er Jahren kaum noch auf. Stattdessen wurde das Erlebnis des Krieges in den Vordergrund gestellt. Erst an der Front sei die „Gemeinschaft“ der deutschen Nation entstanden. Einige Wochen vor dem Überfall auf Polen behauptete der „Völkische Beobachter“, es sei falsch zu glauben, der Weltkrieg habe je geendet. Als sich dann im September 1939 herausstellte, dass die Jubelstimmung nicht aufkommen wollte, sprach man indessen davon, dass die Begeisterung 1914 doch nur ein Zeichen von Nervosität gewesen sei ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. August 2003, S. 21.

Treue Wacht

An einem einzigen Tage – es war der 27. August 1933 – offenbarten zwei größere Veranstaltungen, wohin das Nazi-Regime begehrt blickte: Es organisierte zum einen die „Treuefahrt“ Hunderttausender nach Ostpreußen zur so genannten Tannenbergfeier, zum anderen in den Abendstunden eine Kundgebung am 1883 errichteten, die „Wacht am Rhein“ haltenden Niederwalddenkmal bei Rüdesheim. Im Westen galt der Aufmarsch dem Saarland, dessen Rückkehr zum Reich gefordert wurde. Im Osten, wo 1927 dem Feldherrn Hindenburg zu Ehren ein gigantisches Denkmal geschaffen worden war, erinnerte man sich jenes militärischen Erfolges, den dort das Heer im Weltkrieg hatte erringen können. Hitler verkündete bei dieser Gelegenheit ein neues Gesetz, das dem Reichspräsidenten galt. Es besagte, dessen Gut Neudeck solle – solange ein männlicher Erbe da sei – „abgabenfrei“ sein. Das neuerliche Geschenk beantwortete dieser postwendend: Hindenburg ernannte Hermann Göring, seines Zeichens bislang nur ein Hauptmann a. D., zum General der Infanterie.

Hitler, gefeiert als „Hüter und Schützer des Reiches“, nahm an beiden Schauspielen teil. Erneut trat er wenige Tage danach in Nürnberg auf. Hier fand der fünfte Parteitag der NSDAP statt und erstreckte sich über eine ganze Woche. Er ging als ein riesiges Sieges-Spektakel über die Bühne. Mit 340 Sonderzügen waren die Teilnehmer heran gekarrt worden. Die meisten hatten in Zelten zu übernachten, sich mit notdürftigen Waschgelegenheiten abzufinden und Stunde um Stunde jubelnd für Akklamationszwecke aller Art zur Verfügung zu stehen. Hitlers Stellvertreter nannte das die „modernste Volksvertretung der Welt“, und auch sein Chef erklärte, das neue Deutschland sei nicht „Zwang, sondern Ausdruck der Volksstimme“.

In seiner Schlussrede schwor Hitler die anwesenden 160 000 Amtswalter sowie die drei Millionen Mitglieder der Partei auf andere Akzente der NS-„Volks“-Idee ein: Es dürfe nicht angenommen werden, dass alle Menschen gleich seien, denn zwischen den auf der Erde lebenden Rassen gäbe es enorme Unterschiede. „Die Spanne, die zwischen dem niedrigsten, noch so genannten Menschen und unserer höchsten Rasse liegt, ist größer als die zwischen dem tiefsten Menschen und dem höchsten Affen!“ Von menschlicher Kultur könne überhaupt keine Rede sein, würde es nicht die höher stehenden Rassen geben. Am Ende müsse immer einer „seinen Willen über den der anderen erheben“. Höhere Rassen müssten sich niedrigere unterwerfen. Herrentum bedeute „edle Vernunft“, denn das ganze Leben verlaufe zwischen „Führung und Gefolgschaft“, zwischen „befehlen und gehorchen“. Ferner forderte er von jedem Nazi Härte bei der Erfüllung seiner „europäischen Mission“; keiner dürfe davor zurückschrecken, aus der Gemeinschaft der Deutschen diejenigen zu entfernen, die nicht ihrem „inneren Wesen nach“ zu ihr gehörten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. August 2003, S. 21.

Auf der Suche nach Halt im Bewährten ...

Anwendungsmöglichkeiten und -grenzen marxistischer Faschismustheorie in heutigen Zeiten*

Den etwas blumig geratenen Titel meines Beitrages entlehne ich einem nachdenklich stimmenden Satz, den ich vor kurzem im *Neuen Deutschland* las und der da lautet: „Wenn wir keine Worte mehr für das finden, was uns erschreckt, sucht mancher von uns nach Halt im Bewährten, das in seinen Denkschubladen seit jeher darauf wartet, hervorgeholt zu werden.“¹ Soll wirklich, so fragte ich mich, eine „Halt-Suchende“ Rückschau negativ zu bewerten sein? Wenn aber nicht, was wäre dann nötig? Und was könnte ein Historiker, der mit Recht ein rückwärtsgewandter Prophet zu nennen ist, leisten, wenn es um Gegenwartsanalyse und Perspektivenbeschreibung geht?

Um zunächst Vor- und Nachteile besagter Halt-Suche ein wenig zu illustrieren, will ich von einer kleinen Begebenheit berichten: Sie ist wahr, leider, und trug sich in Jena während einer Veranstaltung zu, an der ein führender Denker der PDS teilnahm. Befragt, weshalb im Programmentwurf seiner Partei lediglich von *imperialen* Bestrebungen der Weltmacht USA gesprochen werde, antwortete er, seine Zuhörer verblüffend, es sei doch Lenin gewesen, der den Kapitalismus in seinem höchsten Stadium als verfaulend und sterbend charakterisiert habe. Jeder wisse aber, dass dessen Ende nicht eingetreten, im Gegenteil ermunterter denn je sei. Daher könne seine Partei den Imperialismus-Begriff nicht mehr verwenden. Allerdings begrüße er es, wenn andere – also nicht mit SED-, DDR- und ML-Vergangenheit belastete Historiker – in dieser Weise die gegenwärtigen Bestrebungen der USA-Administration charakterisieren würden. Folgt man einer solchen Argumentationsweise, dürfte sich niemand mehr auf frühere Theoretiker berufen – schließlich verlief Geschichte zu meist und allerorten anders als vorausgesagt. Es dürfte keinem erlaubt sein, aus vorhandenen Quellen schöpfen oder gar politische Traditionen bewahren zu wollen. Im Grunde würde Wissenschaft, die um verallgemeinernde Begriffe ringt, so zu dienender Taktik-Veranstaltung degradiert. Völlige Haltlosigkeit wäre angesagt.

Ich sehe mich demgegenüber sowohl durch die sich in rasendem Galopp vollziehenden Internationalisierungsprozesse – häufig als Globalisierung bezeichnet – als auch durch die zunehmende Infragestellung demokratischer Verfassungsgrundsätze sowie vor allem durch die barbarischen Kriege der letzten Jahre in der Auffassung bestätigt, dass wir nach wie vor in Verhältnissen leben, die in gesellschaftstheoretischer Hinsicht als imperialistisch zu bezeichnen sind. Noch mehr: Erst jetzt scheint die kapitalistische Wirtschaftsordnung zum vollen Durchbruch gelangt zu sein² und entfalten sich weltweit ihre negativen Seiten wie nie zuvor. Stück für Stück wird zurück genommen, was der Kapitalismus an politischem Fortschritt gebracht hat bzw. was gegen ihn durchgesetzt werden konnte: Erbarmungslose Geschäftemacherei triumphiert über jedwede Brüderlichkeit, ist sie doch ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert und wird zudem oft an der Grenze der Kriminalität betrieben; Profitstreben obsiegt über das Gleichheitsprinzip in Recht und demokratischer Verfasstheit; schrankenloser Konkurrenzkampf hintertreibt jeden der verkündeten Ansprüche auf Freiheitsrechte und Menschenwürde. Immer stärker werdende Multis und Mächte unterwerfen sich immer größere Teile der Welt, dabei weder Gewalt, Terror noch Kriege scheuend, sicherheitspolitische Erwägungen und Standortkriterien über demokratische Rechte und Freiheiten stellend. Keine Frage, dass dabei die Ideale bürgerlicher Revolutionen erneut beschränkt oder gar aufgehoben wer-

* Der Vortrag stützt sich u.a. auf den Vortrag „Der historische Platz des Faschismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. 70 Jahre nach dem 30. Januar 1933“, den Kurt Pätzold am 24.01.2003 in Jena im Rahmen einer Tagung des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. gehalten hat. Er ist in dem vom Vf. herausgegebenen Band „Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933“ enthalten. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Thüringer Forums (Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena) entgegen.

¹ *Neues Deutschland*, 29./30.03.2003, S. 21.

² Ob von einer „zweiten kapitalistischen Revolution“ gesprochen werden kann, ist zu bezweifeln. Eher trifft die These zu, dass sich die Welt „heute in einer neuen, der Kolonialzeit vergleichbaren Ära der Eroberungen“ befindet. Ignacio Ramonet: Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen, Zürich 2002, S. 11. Zit. nach der Besprechung von Wolfgang Fritz Haug in: *Das Argument* H. 250/2003, S. 320 f.

den sollen; reichlich „verstaubt“ sei das deutsche Grundgesetz, behauptete kürzlich der *Spiegel* in einer Artikelserie.³

Nun, welchen Halt finden wir gegenwärtig an dem, was gemeinhin als marxistische Faschismustheorie bekannt ist? Die folgenden Überlegungen und Fragen sind keineswegs als Darlegung dieser Theorie angelegt, auch wenn zunächst deutlich gesagt werden muss, dass sie wesentlich mehr ist als ihr in offiziellen Publikationen mit dem plumpen, aber gängigen Begriff „Dimitroff-Formel“ zugestanden werden soll.⁴ Den Kerngedanken marxistischer Auffassungen zu diesem Thema sehe ich in der Aussage, dass sich der Faschismus nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Nährboden extrem expansiver Wirtschaftsinteressen, aggressionsbereitem Militarismus und bedenkenlosem Antidemokratismus entwickelt hat. Wer jedoch von Faschismus spricht, gleich für welche geschichtliche Epoche, muss in besonderem Maße gewärtig sein, kontroverse Debatten auszulösen oder gar auf erbitterte Gegnerschaft zu stoßen. Das mag verständlich sein, berücksichtigt man die Vielgestaltigkeit der historischen Erscheinungsformen und erst recht die divergierenden Interpretationsinteressen; verständlich ja, aber keineswegs normal in einem Wissenschaftsbetrieb, der in erster Linie nach den Ursachen sowie danach fragen sollte, was denn der Faschismus, voran der deutsche, an ungeheuren Leiden und Schäden über die Welt gebracht hat, so dass mit Fug und Recht gesagt werden kann, er war das Schlimmste in seiner Zeit, also schlechthin das „Böse“, wollte man sich der Sprache amerikanischer Präsidenten bedienen.

Das Vorhandensein unterschiedlicher Auffassungen über den Faschismus sollte indessen keineswegs entmutigen; manche Erklärungsansätze lassen sich durchaus bündeln und marxistisch interpretieren, andere allenfalls zwischen Buchdeckel pressen, wie jüngst in dem von Loh und Wippermann herausgegebenen Band geschehen.⁵ Wiederum anderes wird stets unvereinbar bleiben. Alle Debattierer sollten ebenso bedenken, dass auch der Begriff *Faschismus* an einer gewissen Unbestimmtheit leidet, die unabdingbar ist, soll die existierende Erscheinungsvielfalt generalisiert werden. Solches Los teilt er selbstverständlich mit anderen Begriffen, und es muss schon verwundern, dass bei denen keiner auf die Idee kommt, sie völlig in Frage stellen zu wollen. Wer kann denn ernsthaft bestreiten, dass es unzählige, von Land zu Land divergierende real existierende Formen des Konservatismus und des Liberalismus, des Parlamentarismus und der Demokratie gibt?

Bedenklich will mir indessen der Versuch Wolfgang Wippermanns erscheinen, dieses Begriffsbildungsproblem mit der Erklärung zu umgehen, der Faschismusbegriff sei eine Selbstbezeichnung sowie „an sich inhaltsleer“ und damit völlig anders zu sehen als die Begriffe Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus etc.⁶ Es darf doch als Binsenweisheit gelten, dass auch diese „Ismen“-Wörter sich semantisch ableiten lassen und Eigenverständnis spiegeln. Möglicherweise ließ sich der Autor von gegenteiligen Erscheinungen allerjüngster Zeiten verwirren, in denen es Mode geworden ist, solche Parteinamen zu konstruieren, die gerade verschleiern sollen, welche Ziele tatsächlich verfolgt werden. Kein Mensch käme heute auf die Idee, der NPD einen „Nationaldemokratismus“ oder den Reps „Republikanismus“ zuordnen zu wollen. Selbst bei den traditionellen deutschen Parteien verrät der Name nichts mehr über ihre Konzepte, von denen eines nicht als „christlich“ und das andere nicht als „sozial“ gewertet werden kann. Gewiss, die Begriffsarbeit von Geistes- und Sozialwissenschaftlern wird schwieriger, fehlt die Ableitung aus den Namen und soll zudem das Publikum über wahre Anliegen getäuscht werden, aber sie wird nicht überflüssig. Wenig hilfreich bleiben allerdings moralisierende Definitionsversuche („Blutsaugerkapitalismus“ u. ä. m.) oder an Namen gebundene Konstrukte („Bushismus“ u. ä. m.) oder auch solche, die sich schlicht der Vorsilbe „neo“ bedienen.

³ Siehe vor allem Thomas Damstädt: Republik der Bürger. Warum der Parteien- und Verbändestaat aufgebrochen werden muss. In: *Der Spiegel*, 26.05.2003, S. 56-66.

⁴ Siehe dazu Kurt Pätzold: Dimitroff-Formel. In: Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 2, Leipzig 2002, S. 137-146.

⁵ „Faschismus“ kontrovers, hrsg. von Werner Loh und Wolfgang Wippermann, Stuttgart 2002.

⁶ Ebenda, S. 1.

An dieser Stelle erlaube ich mir einen kleinen Exkurs; er betrifft das immer enger werdende Beziehungsgeflecht von Politik und Sprache: Bekanntlich beweisen die individual- und massenpsychologische Mechanismen nutzenden sprachlichen Reklame-Floskeln für Produkte der Wirtschaft ihre Zugkraft in hohem Maße⁷; man denke nur an die tagtäglich zu vernehmenden unzähligen Redewendungen, Metaphern, Slogans, Pointen, Anspielungen usw. usw., ganz abgesehen von den zumeist um Wortwitz bemühten Formulierungen der TV-Werbespots, von denen deutsche Fernsehsender im Jahre 2000 allein 412.000 (!) ausgestrahlt haben. Im Ergebnis löst mitunter, dem Pawlowschen Reflex gleich, ein einziges Wort mannigfaltige Assoziationen aus. Verständlich, dass auch die Politik davon zu profitieren wünscht⁸ und selbst zahlreiche historisch-politische Schlagwörter in den allgemeinen Sprachgebrauch einbringt⁹, wirksam dank prägnanter Formelhaftigkeit und affektiver Dynamik, drastischer Komplexitätsreduktion und vereinfachender oder verheißungsvoller Dramatisierung. Da tönen in vollstem Klange jene „Sprachröhren des Zeitgeistes“, von denen Karl Marx gelegentlich sprach.¹⁰ Natürlich bleibt aber zu fragen, wieso eigentlich die sprachliche Vereinfachung oft mehr zu bewirken vermag als ausführliche Beschreibung der Realität? Weshalb ermöglicht sie die von vielen Menschen gewünschte Anpassung und Gedankenlosigkeit, die eher angenommen wird als alles, was im Gegensatz dazu Nachdenklichkeit erfordert?

Indessen, so wichtig Ziele und Methoden der Sprachakrobaten auch sind, der Weg zur Beantwortung der Frage, ob der vor allem in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörende Begriff des Faschismus heute ohne weiteres Anwendung finden kann, führt nach meiner Auffassung in erster Linie über die Analyse der Grundkonstanten faschistischen, speziell des nazistischen Denkens und Handelns. An einzelnen will ich zu prüfen versuchen, inwieweit Erscheinungen und Prozesse der Gegenwart auf sie zutreffen oder nicht ...

Eine *erste* solcher Grundkonstanten sehe ich in der Tatsache, dass der Faschismus auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstanden und wirksam geworden ist. Niemals verfolgte er das Ziel, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Der Faschismus wurde in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit geboren und die aus ihr hervorgegangenen Regime waren ihrem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär. Letzteres gewiss nicht nur im Blick auf das Jahr 1917/1918, sondern auch in Hinsicht auf das Jahr 1789. Dass sie sich selbst als revolutionär ausgaben oder mitunter so dargestellt werden, ändert nichts an der getroffenen Feststellung. Die allgemeinste Bedingung für den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und schließlich auch für die Regierungsübergabe an Hitler bestand in dem verbreiteten Bedürfnis der Oberschichten der Gesellschaft nach dauerhafter Stabilisierung der Kapitalmacht, die nach innen wie nach außen neue Bewegungsfreiheit schaffen sollte. Es handelte sich beim Faschismus keineswegs nur um eine von Teilen der Eliten gepäpelte bzw. finanzierte Organisation, sondern um *eine* der damaligen Zeit zuzuordnenden Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft, um *eine* der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um *einen* ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen.¹¹ In dieser Hinsicht war der Faschismus Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und

⁷ Siehe u.a. Rainer Gries: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003.

⁸ Der Sozialdemokrat August Müller schrieb am 31.01.1928 im Berliner *Acht-Uhr-Abendblatt*: „Politik machen heißt: Erweckung des Massenbildes. Im Zeitalter der Demokratie bedarf der Politiker daher des einprägsamen Schlagwortes, der zündenden Parole, die den Berufs- und Klassenegoismus der Bevölkerungsschichten anstachelt, um deren Gunst geworben wird. Daher sind heutzutage erfolgreiche Politiker auch immer raffinierte Demagogen.“

⁹ Günther Anders bezeichnet treffend Schlagwörter als „Worte der Schlagenden zum Gebrauch für die Schlagenden.“ Die molussische Katakomben, München 1992, S. 311.

¹⁰ MEW, Bd. 29, S. 592.

¹¹ Siehe zuletzt dazu Dietrich Eichholtz: Über den Klassencharakter des NS-Regimes. In: *Marxistische Blätter*, H. 5/2002, S. 75-82.

aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte.

Da wir nach wie vor bzw. wieder unter solchen Verhältnissen leben, kann es – ich betone: *kann* es zu vergleichbaren Erscheinungen kommen. Es *muss* nicht dazu kommen, so dass also in erster Linie die Gesamtheit der konkreten Konstellationsbedingungen zu prüfen sowie der Grad des Widerstandes gegen entsprechende Bestrebungen zu bestimmen wären. Sollte sich dennoch Vergleichbares durchzusetzen vermögen, träte es ganz gewiss in neuer Gestalt auf, verlangte also ohnehin nach neuer Analyse und sicher auch nach neuer Begrifflichkeit. Die um einen Vergleich bemühte Erinnerung an vormalige Zustände kann lediglich als ein Ausgangspunkt neuer Überlegungen dienen. Ihre Begrenztheit hatte sich übrigens schon in der Weimarer Republik gezeigt, als manche, auch Kommunisten, in der neuen Bewegung des Faschismus nichts anderes als die Gefahr monarchistischer Wiederkehr erblickten und als selbst die wunderschöne Fotomontage Heartfields über Hitler als Kopie von Wilhelm Zwo¹² in die Irre führte. Noch 1930 sah sich Carl von Ossietzky veranlasst zu erklären, es gehe nicht mehr um Fridericus, sondern um Hitler; die Gefährlichkeit des Monarchismus und des Militarismus bestehe nunmehr vorrangig in den „Zutreiberdiensten“ für die Nazis.¹³

Erinnerung dient, wie mir scheint, eher der Mahnung und Warnung als der Analyse. Das gilt wohl auch für das bemerkenswerte Wort von Günter Grass, zu dem er sich bei der Betrachtung der gegenwärtigen Außenpolitik der USA veranlasst sah: „Im Zustand eines großen deprimierenden Vakuums könnte es passieren, dass eine neue Form des Faschismus aufkommt, dessen Gesicht wir uns heute noch nicht vorstellen können. Aber wir sehen sehr wohl Anzeichen.“¹⁴ Grass lässt zwar offen, was er unter einem gesellschaftlichen Vakuum versteht, doch trifft seine Auffassung zu, sich bei der Wahrnehmung einer Gefahr nicht auf alte Bilder zu fixieren, sondern auf deren Verwandlung gefasst zu machen. „Neue Formen“ müssen sich nicht zwangsläufig an alten Modellen orientieren, im Gegenteil. Mehr scheint dafür zu sprechen, dass das zur Zeit existierende politische und gesellschaftliche System in den USA wie auch in vielen europäischen Staaten Möglichkeiten genug besitzt, um in der Außenpolitik solche Praktiken und Ziele zu adaptieren, von denen bisher geglaubt wurde, sie wären mit dem „klassischen“ Faschismus untergegangen und ein für allemal diskreditiert. Analog dazu bieten sich wohl auch hinreichende Möglichkeiten zur Bewahrung innenpolitischer Verhältnisse, denken wir nur daran, dass es vormalig für die Faschisten galt, nicht allein die als jüdisch diffamierte Kommunistische Internationale zu bekämpfen, sondern auch noch eine sozialreformerische international verbundene Sozialdemokratie. Schließlich sollte den Herrschenden Lernfähigkeit nach Desastern nicht abgesprochen werden. Nebenbei gesagt: Dass Adaptiertes zu schlimmen Folgen führen und zu noch schlimmeren beitragen kann, als jene unüberbietbar scheinenden Verbrechen des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufwiesen, ist zu vermuten, jedoch kein Identitätsbeweis.

Die zweite Grundkonstante des traditionellen Faschismus stellt seine nationalstaatlich begrenzte, grundsätzlich nationalistische sowie seine zugleich expansions- und kriegsorientierte Ideologie völkisch-rassistischen Zuschnitts dar. Faschismus beruhte auf Existenz und Konkurrenz von Nationen, genauer: auf der Tatsache der in Europa vollendeten Nationen- und Nationalstaatsbildung sowie auf der Möglichkeit, Kriege zwischen Staaten und Mächteblöcken mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können. Faschismus kam aus dem Ersten Weltkrieg, dem bis dahin denkbar extremsten Austragungsfeld dieser Konkurrenz. Er lebte vom ungebändigten, sich nach Krieg und trotz Revolution in große Teile der Gesellschaft hinein fressenden Militarismus der Freikorps und parteigebundener

¹² Ihr Titel lautete: „S.M. Adolf“. In: *AIZ*, 21.08.1932.

¹³ Carl von Ossietzky: Dingeldey als Erzieher. In: *Die Weltbühne*, 23.12.1930.

¹⁴ Zit. nach *Neues Deutschland*, 31.12.2002. Dass Anzeichen zwar zu erkennen sind, aber eine überzeugende begriffliche Fassung fehlt, mag nicht zuletzt der Tatsache geschuldet sein, dass sich die meisten unter den Linken vieler Länder nach ihrer gravierenden Niederlage von 1989/90 noch nicht zu einer Gesellschaftsanalyse aufgeschwungen haben, die sowohl Bewährtes grundsätzlich bewahrt als auch zu Neuem vorstößt. In diesem Sinne verband Hans Modrow den wünschenswerten Neuanfang der PDS mit der Forderung, „die Entwicklung des globalen Kapitalismus stärker und gründlicher zu analysieren“. Siehe Die Probleme begannen vor Gera. Interview mit Hans Modrow. In: *Neues Deutschland*, 17./18.05.2003, S. 5.

Kriegerverbände. Er profitierte von vielgestaltiger Verherrlichung des Krieges und seiner Akzeptanz als Ausdruck des „Kampfes ums Dasein“ und als angeblich unabänderliche Erscheinung menschlichen Zusammenlebens. Insbesondere die Politik des deutschen Faschismus zielte auf neue Kriege und auf Kriege neuen Typs, und sie war weit mehr als nur revanchistisch, nationale Gefühle mit Rassismus und Antisemitismus mischend. An die Macht gebracht tarnte er sich zwar als friedfertig, ging aber vom ersten Tage seines Regimes an auf Eroberungskrieg aus und bewegte sich tagtäglich auf Kriegspfaden. Andere nationale Faschismen schlugen zumindest geistig in die gleiche Kerbe, wenn ihnen die materiellen Voraussetzungen fehlten.

Krieg könnte also als *das* vorwiegend rassistisch-sozialdarwinistisch begründete Lebenselixier des Faschismus verstanden werden. Absolut menschen- und menschenrechtsfeindliche Zwecke heiligten den Einsatz aller verfügbaren Mittel je nach politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Erfordernis. Politische Massenverbrechen prägten folgerichtig seine nationalistische Staats- und Militärdoktrin.

Nimmt man nun sowohl den extremen Nationalismus und den aggressiven Expansionismus als wesentliche Faschismus-Kriterien, dann wäre heute am ehesten von einer Annäherung der USA an das historische Modell des Faschismus zu sprechen. Jeder weiß, dass gerade im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten jüngst eine Woge sich patriotisch entäußernder Egoismen an die Oberfläche gespült worden ist. Es bleibt aber zu berücksichtigen, dass die amerikanische Nation weniger geschlossene völkisch-ethnische Wurzeln aufweist und sich in geringerem Maße an ihnen orientiert als die in Europa über viele Jahrhunderte hinweg gewachsenen Nationen.¹⁵ Das mag vielleicht Arundhati Roy dazu gebracht haben zu sagen, es gebe nur eine einzige Institution in der Welt, die mächtiger sei als die US-Regierung: „die amerikanische Bürgergesellschaft“, die über eine reiche Tradition des Widerstandes verfüge.¹⁶

Es ist auch nicht zu übersehen, dass heutzutage Sicherung und Erweiterung der Kapitalherrschaft auf einer sich immer stärker internationalisierenden Grundlage stattfinden. Die Herrschenden haben zudem keine überstandene Revolution hinter sich, ihre Machtpositionen werden kaum von revolutionären Kraft bedroht. Kämpfe zwischen konkurrierenden Kapitalgruppen können jedenfalls nicht mehr mit Nutzen für die eine oder die andere Seite von hochindustrialisierten Staaten mit schwerstbewaffneten Armeen ausgetragen werden. In militärischen „Bündnissen“ suchen die Beteiligten auch, sich gegenseitig unter Kontrolle zu halten. Trotz starker Differenzen scheint das Ausbrechen eines von ihnen unmöglich zu sein. Ihre „Gegner“ sind weniger andere Staaten und Mächteblöcke, sie werden neuerdings unter dem Begriff „internationaler Terrorismus“ geführt, und was immer das auch konkret sein mag, das Diffuse an ihm bietet so manchen Vorteil. Wer die Macht hat, kann bekanntlich zum Terroristen erklären, wen er dazu auserkoren hat und wann immer es einen Vorteil verspricht. Ein Überfall auf den Gleiwitzer Sender muss nicht organisiert werden, es genügt die Rederei über Massenvernichtungswaffen oder Beziehungen zu Al Qaida ...

Was soll also unter solchen Bedingungen ein hauptsächlich das Wohl der eigenen Nation preisender neuer Hitler oder Mussolini? Die Herrschaft des Kapitals lässt sich heutzutage um so vieles eleganter organisieren, unblutiger, drapiert mit dem unglaublichen, dank ausgeklügelter Werbungs-techniken aber vielfach geglaubtem Anspruch, die humansten aller überhaupt denkbaren Verhältnisse weltweit herstellen zu wollen. Die kapitalistische Gesellschaft muss nicht faschistisch geprägt sein, um hochgradig kriminell zu werden und Kriegsverbrechen zu begehen.¹⁷

Die *dritte* Grundkonstante des traditionellen Faschismus bestand nach meiner Auffassung in der striktesten Ablehnung bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. Diese betrachtete er lediglich als schändliche Grundlage aller Versuche, zu der auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem Ellbogenprinzip der Konkurrenz beruhenden Gesellschaft eine wirkliche Alternative zu schaf-

¹⁵ Siehe dazu u.a. Nationale Stolz, nationale Scham. „Aurora Forum“. In: *Berliner Debatte Initial*, H. 2/2003, S. 60-67.

¹⁶ Arundhati Roy: Demokratie ist eine Hure der freien Welt. (www.cesr.org)

¹⁷ Dazu vor allem Pätzold, Der historische Platz des Faschismus, a. a. O.

fen. Damit ging eine völlig entdemokratisierte, auf terroristischer Einschüchterung und Reglementierung beruhende Herrschaftspraxis konform, die – ohne Veränderung grundlegender Eigentumsverhältnisse – in allen Lebensbereichen das dem Militärwesen entlehnte Führer-Gefolgschafts-Prinzip realisiert sehen wollte. Allerdings existierte bislang nirgendwo *die* Demokratie, sie weist zahllose Facetten auf, und keineswegs ist die Grenze zwischen parlamentarisch verfassten, repräsentativen Demokratien und faschistischen Diktaturen etwa identisch mit jener, die zwischen Humanismus einerseits und Barbarei andererseits besteht. Dazu bietet die Geschichte der Weimarer Republik Anschauliches, fand doch der Faschismus bei der Errichtung seiner Herrschaft eine bereits ausgehöhlte bürgerlich-parlamentarische Demokratie vor, was vielfach dokumentiert und beschrieben, allerdings zumeist als Prozess und weniger als ein jeweils möglicher Zustand, als eine Variante imperialistischer Machtausübung dargestellt worden ist.

Mir scheint, die heute dominierenden kapitalistischen Kräfte, die deutschen eingeschlossen, müssen sich staatlich nicht faschistisch organisieren, um ihre Ziele im Innern wie nach außen entschlossen verfolgen und erreichen zu können. Auch deshalb will es mir – das Thema unserer Tagung bekräftigend – als sehr sinnvoll erscheinen, eine neue, auf materialistisch-dialektischen Prinzipien beruhende Demokratie-Theorie zu entwickeln und den eigenen antikapitalistischen Bemühungen zugrunde zu legen, sinnvoller jedenfalls als sich lediglich auf Präzisierung und Vervollkommen von Faschismustheorien kaprizieren zu wollen.

Als eine *vierte* Grundkonstante des Faschismus sehe ich sein „sozialistisch“ verpacktes Angebot an die als „entnationalisiert“ bzw. internationalistisch bewerteten Arbeitermassen und das Scheinbild einer „deutschen Volksgemeinschaft“, in der – so wurde es versprochen – alle gut leben würden, wenn es gelänge, sich andere Völker unterzuordnen. Tatsächlich war das Hitler-Regime erfolgreich auf dem Wege, eine vollständige Versöhnung und Harmonisierung der Deutschen zu erreichen, unabhängig davon, welche Stellung sie – oben oder unten – in dieser Gesellschaft einnahmen. Jeder sollte, wenn er nur als „Arier“ anerkannt war, in dieser Gesellschaft und durch sie gewinnen und zwar in ganz materiellem Sinne. Niemand sollte verlieren. Besserung der eigenen Lage wurde allen versprochen; erreicht werden sollte dies auf dem Wege von „deutscher Arbeit“ und einer Wirtschaft ohne Streiks und andere Störungen. „Deutschland arbeitet“ – lautete eine der Losungen. Doch wofür? Die Masse der Deutschen wollte zwar nicht den Krieg, aber sie schuftete für ihn. Und bekannt ist ebenso, dass sehr vielen der Gedanke durchaus gefiel, auf Kosten anderer Völker selber besser als zuvor leben zu können, auch um den hohen Preis, der zu erwarten war.

Gerade in dieser Hinsicht drängen sich mir arge Parallelen auf, bedenkt man, in welchem Maße Hochrüstung als Arbeitsplatzsicherung akzeptiert, wie zu Lasten und auf Kosten der so genannten dritten Welt gelebt wird, wie unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit Entsolidarisierung um sich greift. Es muss schon sehr verwundern, in welch geringem Maße den Globalisierern und Nutznießern internationaler Finanzmarktpraktiken ein Internationalismus der Betroffenen und Geschädigten entgegengesetzt wird. Sicher, die inneren Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus werden ihn schwächen und zu neuen Aktionen führen, doch da gelten mein historischer Optimismus einem langen Zeitraum und meine Sorge dem, was bis dahin an Unheil über die Welt gebracht werden kann.

Erwähnen will ich *fünftens* wenigstens noch die Tatsache, dass der traditionelle Faschismus in großem Stile Massen zu gewinnen und zu organisieren vermochte. Dies würde eigentlich einen eigenen Vortrag erforderlich machen, gehört das Thema bisher nicht so sehr zu den bevorzugten Themen marxistischer Faschismusforschung. Bekanntlich sahen sich manche Theoretiker veranlasst, die Existenz des Massenanhangs als unabdingbares Kriterium definitorischer Bemühungen anzusehen. Ich denke, es ist wichtiger, immer und immer wieder zu fragen, unter welchen Umständen und mit welchen Methoden beispielsweise die NSDAP zur mitgliederstärksten Partei der deutschen Geschichte hat werden können, weshalb sie nahezu 9 bis 10 Millionen Mitglieder umfasste und das denkbar ausgeprägteste und umfassendste Organisationensystem besaß. Sie erreichte einen bis 1933 unbekannten flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung und wuchs nach 1933 zum Träger einer faschistischen deutschen „Organisationen“-Gesell-

schaft heran, in der sich kaum einer – ob jung oder alt, Mann oder Frau, Zivilist oder Soldat usw. – dem Einfluss ihres breit gefächerten Systems von Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen entziehen konnte.

Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen dieser Partei lässt sich an ihnen *nicht* erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem Verhalten. Die Millionengefolgschaft der NSDAP¹⁸ stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Ich meine, das faschistische Regime hätte ohne diesen Anhang nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer aus seinen Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne ihn hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne ihn wären nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen. Dass die meisten Deutschen sich dem Einfluss der NSDAP nicht entziehen wollten und sowohl mit den expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis identifizierten, sei hier ausdrücklich konstatiert.

Handelt es sich jedoch um ein spezifisches Problem faschistischer Parteien, wenn Massen gewonnen werden sollen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren? Ich denke, das ist das Anliegen aller politischen Parteien. Alle müssen es versuchen, alle sind bei Strafe ihres Untergangs gezwungen danach streben. Was ihnen dazu einfällt, lässt sich nicht allein alle Jahre wieder vor Wahlen beobachten. Heutige Gegebenheiten und Möglichkeiten politischer Masseneinflussung unterscheiden sich erheblich von früheren. Da spielt nicht zuletzt auch eine Rolle, dass sich der Faschismus gründlich diskreditiert hat und dass politische Organisiertheit seither nicht mehr zu den beliebtesten Werten zählt. Bindung an bestehende Verhältnisse erfolgt auf neuen Grundlagen, die nicht zuletzt durch die rasante Entwicklung von Wissenschaft und Technik, aber auch der Medienlandschaft ermöglicht worden sind.

Nach meiner Auffassung wird sich ganz gewiss die Geschichte nicht wiederholen. Sie bietet stets Neues, Unbekanntes, Überraschendes. Die Modelle aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sind weitgehend diskreditiert. Allenfalls gehört ihre Wiederbelebung zu den *Möglichkeiten* weiterer Entwicklungen, auf absehbare Zeit sprechen gewichtige Interessen dagegen und überwiegt – mög-

¹⁸ Diese Tatsache hat zu unterschiedlichsten Interpretationsversuchen geführt. Einer stellt die NSDAP als Arbeiter- bzw. als „Volkspartei“ dar. Letztere Bezeichnung findet häufig Verwendung, um über das Merkmal sozialstruktureller Heterogenität hinaus grundlegende Unterschiede zu anderen Parteien markieren und die NSDAP quasi aus der deutschen Parteiengeschichte herauslösen zu können. Tatsächlich bedeutete ihre Existenz *den* Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumanns Begriffsinstrumentarium aus den zwanziger Jahren – als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Rund acht Prozent aller Bürger des sogenannten Großdeutschen Reiches gehörten am Ende des Krieges der NSDAP an. Die Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und dem Grad an Politisierung liegt auf der Hand, auch wenn dieser anhand von Zahlen sich kaum allein belegen, geschweige denn erklären lässt. Leider gehört auch die Frage, weshalb das gesamte nationalsozialistische Organisationensystem für viele ein durchaus attraktives Integrationsangebot darstellte, immer noch zu den Forschungsdefiziten. Sicher muss die Tatsache Berücksichtigung finden, dass dieses dem einzelnen berufliche Chancen, eine Verbesserung seines sozialen Status und auch dankbar angenommene Möglichkeiten zu persönlicher Bereicherung bot. Die vielgestaltigen Organisationen der NSDAP können daher wohl auch als ein „Versicherungsunternehmen“ betrachtet werden (wie dies beispielsweise Malimann und Paul tun), dessen Inanspruchnahme vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes schützen und den Umsatz der Gewerbetreibenden garantieren konnte oder als „Eintrittsbillet“ in ein erfolgversprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

licherweise wäre zu sagen: noch – die Scheu, direkt an das bei den Verbündeten ebenso wie bei der Mehrzahl der Deutschen diskreditierte Modell anknüpfen zu wollen.

Dieser Aussage steht keineswegs entgegen, dass mit neuen Interessenkonstellationen neue und durchaus vergleichbar schreckliche Gefahrenherde in Erscheinung treten. Wir könnten es zu tun bekommen mit einer verstärkten Handhabung solcher Praktiken, die vorrangig Markenzeichen faschistischer Regime darstellten, vor allem mit solchen, die ohnehin nicht deren ureigene Erfindungen und Schöpfungen gewesen sind, denkt man z. B. an den Terrorismus gegenüber politischen Gegnern, an Konzentrationslager, Vertreibungen, genozidale Aktionen, geheimdienstliche Täuschungsmanöver, an Friedensdemagogie und Kriegsrechtfertigung. Wie wir wissen, bedienten sich die Nazis ungeniert und keineswegs wählerisch des gesamten Arsenal, das Herrschende in vielen Jahrhunderten angehäuft hatten, bedenkt man ihre Anleihen bei der spanisch-katholischen Inquisition, bei den britischen Kolonialherren und wohl auch bei der zaristischen Ochrana.

Einmal gemachte Herrschaftserfahrungen gehen nicht verloren; der Faschismus bildet eine von ihnen. Neues kommt über uns, doch dafür sind adäquate Begriffe bislang nicht gefunden. Der historische Rückgriff bietet bewährte methodische Grundlegung, ist zugleich aber mehr als schlichte Wiederholung von Nöten. Mit Nachbeterei früher verwendeter bzw. für vergangene Zeiträume geltender Definitionen, Begriffe und Schlagwörter allein kommt keiner weiter. Hier wie da nur alte Banner zu schwenken und auf unkritischem Bemänteln neuer Tatsachen und Entwicklungsprozesse zu beharren – das würde, wie ich befürchte, in erster Linie die real existierende Politikmüdigkeit und Parteienverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung in vielen Ländern weiter befördern, von der gewiss anzunehmen ist, dass sie künftig noch zunehmen wird, und die bekanntlich linke Organisationen besonders nachteilig trifft. Wollen wir neuen Gefahren entgegenwirken und nach Alternativen zum Bestehenden suchen, sollte sorgfältig Geschichtliches von Gegenwärtigem und Gegenwärtiges von Zukünftigem getrennt werden. Oder anders und im Sinne meines Einstiegs formuliert: Auch dem historisch Interessierten und politisch Engagierten kann Bewährtes erst dann richtungsweisenden Halt bieten, wird dieses sowohl genutzt als auch hinreichend geprüft, präzisiert und da, wo nötig, auch korrigiert.

Marxistische Blätter, Heft 5/2003, 01.09.2003, S. 63-69.

Vorwort

Mancher wird sich an das Kolloquium „Vertriebene im linken Diskurs“ erinnern, das vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. im April 2000 durchgeführt worden ist. Vielleicht wird mancher auch die Publikation gelesen haben, die auf seiner Grundlage in unserer PDS-nahen Stiftung für politische Bildung entstanden ist. Und alle Beteiligten wissen: Damals waren Mißtrauen im Vorfeld und strittige Debatten regelrecht programmiert.

Ja, wir wollten die Kontroversen, und das Echo gab uns Bestätigung zu ihrer Fortführung. Auch in der nachfolgend dokumentierten Tagung wurde um das Thema Flucht und Vertreibung im Erinnern und in der Erinnerungspolitik teilweise heftig und polarisierend gestritten, beispielsweise um die Motive, die sich in der Begriffsbildung „Ostdeutschland“ erkennen lassen. Die angesprochenen Probleme sind kaum dem Sog der tages- und parteipolitischen Kämpfe zu entziehen. Daß diese auch in der Literatur vorwiegend, mitunter gar ausschließlich politisch geprägt sind, steht außer Frage.

Dennoch sollte sich dem Thema niemand verweigern. Es lebt in allen Teilen der Gesellschaft, und dies nicht allein in Deutschland. Vor und während des Zweiten Weltkrieges sowie danach vollzogen sich tiefe Einschnitte in den Biographien derer, die unmittelbar betroffen waren, aber auch bei jenen, die mit Flüchtlingen und Vertriebenen umzugehen erst lernen mußten. Erinnerungen sind nicht zu verdrängen, sie leben fort, betreffen sie doch 40 bis 70 Millionen Europäer, die allein zwischen 1912 und 1948 ihre Heimat zu verlassen hatten.¹

Die gerade auf deutschem Boden so stark divergierende geschichtswissenschaftliche Behandlung des Themas hat ihre Entsprechung auch in Literatur und Kunst. Eigene, nach Variation und auch nach Widerspruch suchende Sichtweisen nicht zu verhindern, sondern sie neben gravierenden Defiziten kenntlich zu machen, gehört zu den notwendigen Pflichten heutiger Rückschau und Analyse. Schmerz und Trauer werden zu spüren sein, ebenso Vielfalt und Besonnenheit im Bemühen, zukunftssichernde, von Menschlichkeit und Friedensliebe getragene Urteile anzustreben.

Wer Deutungen und Lösungen anstrebt, die unser Land, mehr noch: Europa sicherer zu machen helfen, für den steht außer jeder Erwägung, unser Anliegen nicht als ein parteiisches, eher als ein alle Parteien übergreifendes zu betrachten.

Einseitige, eindimensionale oder auch aufrechnende Positionen eröffnen keine Wege nach vorn, sie verbauen und zerstören Versuche, neue Wege zu gehen und jene allgemeinen Wurzeln auszutrocknen, die in hohem Maße für die großen Völkerverschiebungen und die häufig mit ihnen einher gehenden Genozide des 20. Jahrhunderts verantwortlich zeichneten. Nationalismus, Rassismus, Großmachtstreben, Gewaltbereitschaft, Unmenschlichkeit u.a.m. moralisch zu verurteilen, ist notwendig, sollte aber nicht als ausreichend betrachtet werden. Auch das Ringen um die Gestaltung der künftigen Verhältnisse in Europa erfordert, den geschichtlichen Triebkräften nachzuspüren, dabei vor allem der mobilisierenden, polarisierenden, radikalisierten und viele Menschen auch verrohende Rolle, die beide Weltkriege und der Kalte Krieg, die Kriegsabsichten und die immer zerstörerischer wirkende Kraft der Kriegsmittel spielten. Aus meiner Sicht waren wohl letztlich vor allem Kriege, Vormachtbestrebungen und ausgesprochene Demokratiefeindlichkeit bislang stets der Nährboden für alle menschen- und menschenrechtsfeindlichen Erscheinungen der Zwangsmigration.

Geschichte läßt sich nicht rückgängig machen. Das weiß jeder. Doch die Meinungen sind durchaus geteilt, wird danach gefragt, ob denn aus ihr gelernt werden könne. Ich bin meiner Antwort nicht sicher und sage dennoch: Es sollte zumindest immer und immer wieder angestrebt werden.

Uns sollte es um Rückblick *und* Ausblick gehen. Vielleicht kann ich unser Anliegen mit den Worten des in Weimar, nicht weit von uns entfernt lebenden Schriftstellers und Malers Armin Müller

¹ Siehe dazu Schlögel, Karl: Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1/2003, S. 9.

ausdrücken, der vor kurzem seinen 75. Geburtstag beging und ja zu jenen Vertretern der DDR-Literatur zählt, mit denen wir uns heute beschäftigen wollen. In seinen „Schlesischen Gedichten“ schrieb er:

*Das Heimweh
versteck ich hinter den Wimpern,
den Schmerz schließ ich ein.
Mit der Schneeschmelze
ist eine neue Tröstung gekommen.
Unter den Lidern,
sanft, mit gebrochenen Flügeln,
rührt sich
der Vogel
Traum.*

Vielleicht ist folgender Wunsch gestattet: Laßt uns, bitte, den Vogel „Traum“ nicht entfliegen.

Flucht, Vertreibung und Erinnern. Zur politischen und literarischen Reflexion in der deutschen und osteuropäischen Nachkriegsliteratur. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2004, S. 5-6.

Vorwort

Eine amtliche Stelle, sagen wir eine Regierung oder eine Stadtverwaltung, jedenfalls eine machtausübende Institution verdient gewiß Lob und Anerkennung, wenn sie eine bemerkenswerte Entscheidung trifft und diese mit Worten begründet, die ich hier zitieren will. Sie lauten: „... da bisher so viel Geld auf Krieg verwendet worden [ist, soll] auch etwas auf die Studien, Professoren und Studenten zu verwenden“ sein. Wer wissen will, wann in solcher Weise Gesellschaft und Universität einander begegnet sind, muß allerdings weit, sehr weit in die Geschichte zurück gehen. Ohne Sie auf die Folter zu spannen, will ich verraten: Dies stammt aus dem Beschluß des Rates der Stadt Erfurt zur Gründung einer Universität, gefaßt im Jahre 1378.¹

Ich stelle das Zitat bewußt unserer Tagung voran, läßt es doch manches erkennen, das durchaus nicht nur in die zeitliche Begrenzung fällt, von der wir bei der Wahl des heute zu behandelnden Themas ausgehen. Das Thema „Alma mater und moderne Gesellschaft“ steht gleichsam in einer Kontinuitätslinie aller Universitätsgeschichte in der Gesellschaft. Was also ist das Allgemeine und Übergreifende, was das Besondere und Spezifische? Wahrscheinlich gibt sich beides zu erkennen, wenn wir heute in die 50er, 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts blicken wollen, und dies tun müssen in einer Zeit, in der Regierungen mehr über Kürzungen und Streichungen notwendiger Mittel für Wissenschaft und Bildung als über deren Förderung nachdenken, nicht zuletzt weil es erhebliche Mittel aufzuwenden gilt für neue Kriege und Rüstungswirtschaft.

Ganz gewiß kann und darf kein universitätsgeschichtliches Bild gezeichnet werden, das einzig und allein aus „Schattenlinien“ besteht. Zu allen Zeiten leisteten Universitäten ihren Beitrag zur Entwicklung von Bildung und Wissenschaft für einen sinnvollen, den Menschen dienlichen Fortgang der Gesellschaft. Solches geschah auch in der DDR. Das Beispiel der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität kann belegen, daß es nicht allein – und ich zitiere erneut, dieses Mal aus offiziellen Überlegungen in der Vorbereitung auf das Jubiläum im Jahre 2008 – die „vielfältigen Erscheinungen der Deformierung der Jenaer Universität in den Jahren der DDR“ gab und daß es wenig sinnvoll erscheinen will, im „Erneuerungsprozeß, der etwa 1995 als abgeschlossen gelten kann, ... den Schlußpunkt unter der Geschichte der Jenaer Universität im 20. Jahrhundert“ sehen zu wollen.²

Im gleichen Zusammenhang ist an eine Rede erinnert worden, die der Rektor Justus Wilhelm Heidemann ein Jahr nach dem Ersten Weltkrieg gehalten hat:

„Wer in späteren Zeiten die Chronik unserer Hohen Schule aufschlägt, um über dieses unheilvolle Jahr zu lesen, der soll die Chronik wieder schließen mit dem Satz: ‚Und sie haben doch nicht verzweifelt‘.“ Der Kommentator fragt weder nach den Positionen, die dieser Rektor in den Auseinandersetzungen nach der Novemberrevolution vertreten hat, noch nach dem, was 1919 tatsächlich unheilvoll gewesen ist. Er stellt lapidar und einseitig fest: „Dies galt für 1919, dann für 1945 und schließlich auch für 1989, so unterschiedlich die jeweiligen Schwierigkeiten auch konturiert waren.“³

Wie aber steht es eigentlich um das Nicht-Verzweifeln-Wollen der Universitätsangehörigen in den zweifellos schwierigen Jahren des Kalten Krieges und der deutschen Teilung? Und wie steht es um jene Probleme die sich heute der *alma mater* in den Weg stellen?

Alma Mater und moderne Gesellschaft. Hochschulpolitische Reformansätze in jüngerer und jüngster Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Jenaer Erfahrungen aus den 50er-70er Jahren. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2004, S. 5-6.

¹ Zit. nach Döbler, Eckehart: Universitas Studii Erfordensis Rediviva, in: Unitas 34 (1994), H. 5, S. 133.

² Gottwald, Herbert: Stand, Aufgaben und Probleme der Erforschung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der DDR-Zeit, in: Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur Jenaer Universität im 20. Jahrhundert, Jena 2000, S. 13 und 16.

³ Ebenda, S. 16.

Eröffnung

Sehr verehrte Gäste des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herzlich willkommen zu unserer heutigen Tagung und zu den uns bevorstehenden Debatten über eine Reihe zweifellos lebenswichtiger, ja in mancher Hinsicht sogar existentieller Probleme in der Welt von heute.

Das gewählte Thema betrifft gleichermaßen unsere Vergangenheit und die Gegenwart, mehr aber noch als die tatsächlich beschrittenen wohl die wünschenswerten Wege zum weiteren Zusammenleben und friedlichen Miteinander der Völker. Gefragt sind dazu in erster Linie natürlich die Völkerrechtler unter uns. Gefordert sind im Grunde wir alle als Besorgte und Hoffende, als politisch Denkende und – wie auch immer im einzelnen – als an politischer Bildung und an der Politik Beteiligte.

Als wir uns unter bewußter Verwendung des Fragezeichens für das Thema „Zukunft ohne Völkerrecht – Völkerrecht ohne Zukunft?“ entschieden, war geltendes Völkerrecht wieder einmal in eklatanter Weise verletzt worden. Im März vor einem Jahr hatte ein Krieg begonnen, der viele, sehr viele Menschen zu striktem Nein, zu eindeutigen Schuldspruch anregte. Weltweit empörten sich nicht allein jene, die gemeinhin als „Linke“ zu bezeichnen sind bzw. häufig diskreditierend als solche benannt werden. Aufgebracht und erzürnt reagierten Millionen Menschen unterschiedlichster politischer Orientierung gegen den weiteren Versuch, auf dem Erdball das „neue amerikanische Jahrhundert“ einzuläuten. Im Nein zu diesem Krieg waren sich viele einig: Sozialisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Pazifisten, gläubige Menschen und Atheisten, Grüne und Demokraten, auch zahlreiche Liberale und Konservative.

Wieder einmal war zu spüren, daß das ohnehin kaum überzeugende Links-rechts-Schema wenig zu erklären vermag, wenn es um die Kriege der Mächtigen oder um den Friedenswunsch jener geht, die in Ohnmacht gehalten und politisch-geistiger Instrumentalisierung dienenden Argumenten und Schlagwörtern unterworfen werden sollen. Macht und Recht lagen arg weit auseinander. Gehandelt wurde nach dem vermeintlichen Recht der Stärke und des Stärkeren, das an die Stelle bislang mühsam gewonnener Stärke des Rechts trat.

Auch zwischen der Realität und dem von ihr in großen Teilen der Medien gezeichneten Bild tat sich eine tiefe Kluft auf. Heute wissen wir, was wir damals ahnten: Wahrheitswidrig waren die kriegsbegründenden Argumente von den irakischen Massenvernichtungswaffen und deren weltweiter Einsatzfähigkeit binnen kürzester Zeit. Wir wissen indessen auch, wie achtlos und fahrlässig alle warnenden Stimmen in den Wind geschlagen wurden, mit welcher Hemmungslosigkeit militärische Gewalt allein, noch dazu bei fehlenden Nachkriegskonzepten, Entscheidungen von beträchtlichem historischem Gewicht erzwingen sollte.

Wer hätte zudem damals, in der Frühphase der Vorbereitung unserer Tagung, an die Verwendung rechtsverletzender und Menschenrechte außer Kraft setzender Mittel der Kriegführung glauben wollen, worüber es in den letzten Wochen zahlreiche erschütternde und bestürzende Nachrichten gab. Zu den Verstößen gegen das Völkerrecht trat die Verletzung schlichtester humaner Regeln in der Behandlung von Gefangenen hinzu. Wer konnte zuvor das Wort von der Folter in den Mund nehmen und damit nicht die Untaten diktatorischer Regime meinen? Wer hätte es wagen können, wie es „Stern“-Chefredakteur Andreas Petzold am 19. Mai d. J. tat, von einer „Henkermentalität“ zu sprechen, die sich in den USA entwickelt habe, oder anzuprangern, in welchem Ausmaß offensichtlich in Vergessenheit geraten sei, daß

„es eine der ursprünglichen Ideen der Demokratie war, das Zusammenleben einer Gesellschaft auf der Grundlage des Gewaltverzichts zu organisieren ...“¹

Nun, als Historiker muß ich an der These zweifeln, die da Gewaltverzicht und Demokratie in eins setzt und die geschichtliche Kontinuität gewalt- und kriegsbereiter Unmenschlichkeit außer Acht

¹ Petzold, Andreas: Demokratie braucht Gewaltverzicht, in: Stern, Nr. 22 vom 19. Mai 2004, S. 3.

läßt. Krieg und Friedlosigkeit scheinen noch immer allmächtig zu sein, obgleich sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg des 20. Jahrhunderts geschworen worden ist:

„Nie wieder...“

Wer heute sich diesem Schwur verpflichtet fühlt, muß sich daher wohl fragen: Wohin hat sich der Krieg als eine Erscheinung bisheriger Menschheitsgeschichte entwickelt, wie wird er sich weiter gestalten, welche neuen Bilder von den Kriegen des 21. Jahrhunderts keimen in den Köpfen kriegswilliger Politiker und Militärs? Zu fragen ist ebenso nach den notwendigen Vorstellungen über das, was Frieden genannt zu werden verdient. Zu erinnern wäre indessen auch an die geschichtliche Erfahrung, wonach bislang häufig den Kriegen auch Versuche zur Zivilisierung internationaler Beziehungen gefolgt sind und eine Stärkung des Rechts ins Auge gefaßt worden ist. Am wenigsten dienten dem die offiziellen Friedensschlüsse, doch gab es auch Abkommen, die eine Wiederholung von Kriegen ausschließen sollten, Angriffskriege ächteten sowie verbindliche Normen für die Kriegführung fixierten. Vor allem nach dem Sieg über den Faschismus wuchsen die Rechtsnormen in beträchtlichem Ausmaß – eine Tatsache, die sicher in den Vorträgen und Diskussionen am heutigen Tag immer wieder benannt werden wird. Doch wuchs damit nach 1945 auch das Rechtsbewußtsein der Mächtigen? Steigerte sich eventuell nur die Suche nach nutzbaren Lücken und gesetzlichen Grauzonen,² nach dehnbaren Formeln und neuen rechtfertigenden Argumenten? Unvergessen bleibt, daß sich in den Kriegen des 20. Jahrhunderts Aggressoren weder um traditionelles noch um neu geschaffenes Völkerrecht scherten, ja, im Gegenteil voller Verachtung auf dieses herabblickten und eigene, bis zu Genoziden reichende unmenschliche Maßstäbe setzten.

Neben der Bestürzung darüber, wie internationale Konflikte erneut ausschließlich militärischen Überlegungen unterworfen worden sind, gilt es wohl auch nachzudenken, wie und weshalb letzteres von allzu großen Teilen der Bevölkerung beinahe fatalistisch hingenommen oder gar begrüßt wird. Empört über die Empörung gegen die schlimme Behandlung von Gefangenen zeigen sich US-Senatoren, und Beifall brandete auf bei der gegen Terroristen gerichteten Aussage in einer amerikanischen Talkshow:

„Diese Typen sind diejenigen, die krank sind. Sie sind die Pervertierten. Sie sind die Gefährlichen. Sie sind die Untermenschen. (!, M. W.) Sie sind der menschliche Abfall, nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht unsere Soldaten und nicht unsere Gefängniswärter im Irak.“³

Wie kann diese trotz aller Aktionen friedensbewegter Massen unübersehbare Tatsache erklärt werden? Sollten vielleicht jene oft zu vernehmenden Argumente doch zutreffend und überzeugend sein, die generell Krieg als notwendig darstellen und ihm sogar eine Lanze brechen? Anders als militärisch, so heißt es beispielsweise, sei dem Phänomen des internationalen Terrorismus nicht beizukommen. Ich bin selbstverständlich weit davon entfernt, unterschätzen oder gar negieren zu wollen, welcher Abscheulichkeiten Terroristen fähig sind. Und ich denke auch, daß keiner jenen Fragen ausweichen darf, die angesichts neuer Erscheinungen in der Welt über das Ringen um die Bewahrung existierenden Völkerrechts hinaus reichen und die dessen Fortentwicklung nachdrücklich verlangen. Die zunehmende Internationalisierung zahlreicher Lebensvorgänge, die weltweite Informationsvernetzung und nicht zuletzt die über alle Grenzen hinweg reichende organisierte Kriminalität, allgemein gesagt: die Globalisierungserscheinungen lassen sich weder mit nationalstaatlichem Recht allein noch mit dem gegenwärtig erreichtem Stand internationaler Rechtlichkeit bewältigen.

Über diese Tatsache wird es kaum Streit geben, wohl aber über die einzuschlagende Denkrichtung und über Lösungswege. Ich denke, kein Ansatz sollte von vornherein verurteilt werden, alles sollte bedacht und beurteilt werden. Fakten und Meinungen unterliegen der Prüfung, bevor ein Ergebnis formuliert wird. Nach meiner Auffassung, aus der ich kein Hehl mache, sind indessen jene Vorschläge strikt zu bestreiten, die Frieden nicht wirklich bewirken sollen, die lediglich darauf hinaus

² Davon spricht Kibbe, Jennifer D.: Krieger im Zwielicht, in: Foreign Affairs, March/April 2004. Zit. nach Rheinischer Merkur, Nr. 17/2004, S. 6.

³ Stern, a. a. O., S. 33.

laufen, den USA eine Hegemonialmacht zuzubilligen und diese über das Völkerrecht stellen zu wollen, nur weil es ohne sie in der Tat keinen Weltfrieden geben kann, wie Karl Otto Hondrich gemeint hat. Seine auf die Notwendigkeit einer „Übergewalt“ zielende Schlußfolgerung lautete:

„Ordnung und Freiheit stellen sich nicht einfach her durch Gleichverteilung, sondern durch Unterdrückung von Gewalt durch noch größere Gewalt.“⁴

Vielfach wird auch jenes den Jesuiten zugeschriebene Handlungsprinzip als Argument zu Gunsten von Kriegen im 21. Jahrhundert angeführt, das da schlicht lautet:

„Der Zweck heiligt die Mittel.“

Die davon abgeleitete Sittenlehre erlaubt offene Gewalt und schließt Intrige ein. Es genüge, wie ich einem Text von Gerhard Haney entnehme, nur irgendeinen Grund aufzutreiben, irgendeine Autorität zu bemühen, um die vorzunehmende Handlung als erlaubt anzusehen. Danach wird zwar von Fall zu Fall entschieden, doch stets zu Lasten moralischer Gewißheit. Konstruierte, unterstellte, vermutete, durch Intrigen in die Welt gesetzte, einfach behauptete böse Absichten eines Gegners dienen dem eigenen Vorgehen als rechtfertigender Handlungsgrund.⁵ Doch ein

„Zweck, der unheiliger Mittel bedarf ist kein heiliger Zweck“,

meinte schon Karl Marx.⁶

Zweck und Mittel in Einklang zu bringen, betrachte ich daher als eine der vornehmsten Pflichten verantwortungsbewußter wissenschaftlicher Tätigkeit. Heute soll auch über diese gesprochen werden, wobei das Völkerrecht zwar im Vordergrund steht, womit jedoch zugleich alle Wissenschaft, genauer: die Verantwortung aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeint ist. Und dies führt mich erneut zu den eingangs erwähnten Anlässen unserer Tagung, zu denen auch ein erfreulicher gehört: Die Ehrung eines Gelehrten, von dem wir wissen, wie sehr ihn in einem langen Leben immer und immer wieder das Thema Krieg und Frieden bewegt hat, eines Wissenschaftlers, den wir kennen als einen, der mit größter Sorgfalt und Akribie alles das bedenkt und beurteilt, was völkerrechtlich gegen den Krieg und für einen wirklichen, vielleicht positiv zu benennenden Frieden zu wirken imstande ist. Viele ehemalige Schüler und Kollegen denken noch heute mit großer Achtung an ihn,⁷ denn viel vermochte unser verehrter Kollege, unser lieber Freund Roland Meister dazu beizutragen, solche Grundsätze des Völkerrechts zu artikulieren, die helfen könnten, das eine – Kriegszustände also – auszuschließen und dem anderen – also dem menschliche Lebensbedingungen ermöglichenden Frieden – zum Durchbruch zu verhelfen.

Mehrmals ist Dir, lieber Roland – und Du gestattest sicher die zwischen uns beiden seit langer Zeit gewohnte vertrauliche Anrede – in Deinem Leben und zugleich lebensprägend der Satz begegnet, der Frieden sei nur ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Zugeschrieben wird er allgemein jenem preußischen Generalfeldmarschall Graf Helmuth von Moltke, der in einem Brief an den Völkerrechtler Johann Caspar Bluntschli vom 10. Dezember 1880 schrieb:

„Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Muth und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“

⁴ Hondrich, Karl Otto: Auf dem Weg zu einer Gewaltordnung, in: Neue Zürcher Zeitung, 22/23. März 2003, S. 50.

⁵ Haney, Gerhard: Der Zweck heiligt die Mittel, Manuskript für das im Herbst 2004 im Leipziger Militzke-Verlag erscheinende „Kleine Lexikon historischer Schlagwörter“, hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker.

⁶ Marx, Karl: Die Verhandlungen des 6. Rheinischen Landtags. Von einem Rheinländer, Erster Artikel: Debatten über Preßfreiheit und Publikation der Landständischen Verhandlungen, in: MEW, Band 1, Berlin 1972, S. 60.

⁷ Umso mehr verwundert es, daß eine seiner Schülerinnen, die langfristig und noch unmittelbar im Vorfeld des Kolloquiums mit großer Emphase ihre Bereitschaft zu einem Beitrag und einer Laudatio auf ihren verehrten Lehrer bekundete, wenige Tage vor der Veranstaltung ohne Begründung die Zusage zurückzog und trotz mehrfacher Nachfrage nicht bereit war, ein Motiv zu offenbaren. Dieses Verhalten einer Professorin und derzeitigen Lehrstuhlinhaberin hat nicht nur die Veranstalter des Kolloquiums und Herausgeber dieser Schrift befremdet.

Dem folgend schrieb ein anderer General, Hugo von Freytag-Loringhoven, dauernde Kriegsbereitschaft bedeute

„doch für ein stolzes Volk etwas völlig Natürliches

Der Krieg sei nun einmal Menschenlos, der Wunsch nach Frieden hingegen nur

„ein Ausfluß weichlicher Gesinnung“. „Wer kann, der darf auch“

– so klang es dann in der Sprache Erich Kaufmanns.⁸

Bereits der Schuljunge Roland Meister nahm verblüfft und an ihrem Sinn zweifelnd solche Gedanken auf wie auch den Satz vom Tod für das Vaterland, der ein süßer sein solle. Dann erschütterte den Soldaten Roland Meister während eines Weihnachtsfestes 1942 das völlige Negieren von Friedenswünschen. Später wurde vom Wissenschaftler Roland Meister der Moltke-Satz überzeugend analysiert und widerlegt und gleichsam zu begründeten Antithesen verarbeitet. – All das wäre Gegenstand einer Laudatio und Substanz einer umfassenden Würdigung Deines Lebensweges und insbesondere Deiner wissenschaftlichen Leistungen. Selbstverständlich vermag ich hier nicht zu leisten, wozu andere berufen und fähig sind: Kolleginnen und Kollegen Deines Faches oder auch ehemalige Schüler.

Indessen erkenne und schätze ich als Historiker den hohen Wert des umfassenden historischen Denkens in Deinen Arbeiten, und leite daraus für meine Disziplin ab, wie sinnvoll es wäre, in deren Forschen und Lehren auch rechts-wissenschaftliches Verständnis einzubringen. Und ich erahne den Ort, den der Völkerrechtler Roland Meister in seiner Wissenschaftsdisziplin einnimmt, den hohen Wert, den die aus Deiner Feder stammenden einprägsamen Publikationen unter all denen gewinnen konnten, die sich insbesondere mit dem Rechtsstaat befassen, die dem Souveränitätsprinzip als der notwendigen Stabilisierungs- und Bewegungsform einer internationalen Friedensordnung gewidmet sind, die sich mit den „basic principles“ als dem Maß des Völkerrechts auseinandersetzen oder die generell rechtstheoretischen Charakter tragen. Es würde zu weit führen, allein die Titel zu zitieren; zudem dürften diese den meisten hier im Saal vertraut sein.

Was ich verstehend lesen konnte, bereicherte nicht allein meine eigene Sicht auf die Geschichte, sondern auch mein Weltbild, meine Weltanschauung und es bestärkte mich auch in meinen politischen Auffassungen, die sich gegen Krieg und Faschismus richten, die aus antikapitalistischen Wurzeln erwachsen und dem Streben nach einer besseren, einer von Humanismus, von Recht und Gerechtigkeit geprägten Gesellschaft dienlich sein wollen.

Was mich ebenso tief beeindruckt, darf ich erkennen als Ergebnis sorgfältigen Bemühens um eine tiefgründige, ausgewogene, Einseitigkeiten vermeidende Darstellung realer Sachverhalte, als Resultat einer argumentierenden, nicht einfach behauptenden Auseinandersetzung mit Verfechtern anderer Rechtsauffassungen, als Folge einer bemerkenswerten Suche nach wissenschaftsgeschichtlichen Vermächtnissen solcher Gestalten wie Walther Schücking, den Du einmal ausdrücklich als Friedenswissenschaftler und Völkerrechtler charakterisiert hast, oder wie Hermann Heller und Wolfgang Abendroth. Beeindruckend gilt mir auch der geschliffene, von Belesenheit zeugende und an literarischen Vorbildern geschulte Stil, gleichermaßen allen Normen wie den Feinheiten der deutschen Sprache verpflichtet.

Nicht zuletzt empfinde ich wohltuend den kritischen und selbstkritischen, sich selbst dennoch nicht aufgebenden Rückblick auf unsere Biographien als Wissenschaftler, die in der DDR und für den Versuch, sozialistische Verhältnisse zu schaffen, tätig waren. Zu lernen galt es, manche Formulierung, manche These, manches unzureichend bedachte und offiziellem Ton entnommene Wort einer Prüfung zu unterziehen, und mehr noch galt es, sich neuen Fragen zu stellen, ohne in neuerlich unbedachten Eifer zu verfallen, der bloß auf Karriere bedachten Opportunisten oder so genannten „Wendehälsen“ eigen war. Wie man gerade in unseren Zeiten vor sich selbst zu bestehen vermag,

⁸ Zit. hier nach Publikationen Roland Meisters.

das erlebte ich auch in unserer nun schon seit vielen Jahren währenden persönlichen Freundschaft, die sicher auch der Übereinstimmung in unserem Lebensmotto geschuldet ist:

„Vom Bewußtsein der Ohnmacht zum Bewußtsein der Stärke ist ein elend weiter Weg. Doch es gibt keinen anderen, wenn man nicht auf die Zukunft verzichten will.“⁹

Lieber Roland, verehrte Gäste, es sei mir gestattet, abschließend und über meine Gedanken hinaus reichend aus einem Brief zu zitieren. Er stammt von Karl-Heinz Schöneburg, dem ebenso wie Frau Ingeburg Maus gesundheitliche Probleme bedauerlicherweise nicht erlauben, an unserer Tagung teilzunehmen, obwohl sie dies mit Freude tun wollten. Dein Kollege schreibt u. a.:

„[...] Der Rückblick auf viele Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit läßt zahlreiche Gemeinsamkeiten im Denken und Handeln erkennen. Lieber Roland, Du gehörst für mich zu jenen Rechtswissenschaftlern, die zwar mit Immanuel Kant wissen, daß Recht und Moral unterschieden werden müssen, die aber zugleich verinnerlicht haben, daß Rechtswissenschaft ohne moralische Haltung der Wissenschaftler zur ideologisch-politischen Beliebigkeit verkommt. Alexander von Humboldt spricht auch für Wissenschaftler. ‚Jeder muß den Mut der Überzeugung haben.‘ Diese den Rechtswissenschaftler Roland Meister prägende Position findet in seinem Wissenschaftlerleben vielfältigen Ausdruck. So nicht zuletzt in seinen Arbeiten zur Problematik Menschenrechte. Aber auch in seinem Entschluß, Ende der sechziger Jahre auf Grund wissenschaftsschädigender Handlungen der SED-Bürokratie von der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft an die Universität Jena zu wechseln. Pikanterweise auf jenen Lehrstuhl, den bis Dezember 1948 mein Freund und Lehrer Wolfgang Abendroth innehatte. [...] Lieber Roland Meister, es gibt viele Gründe, Dir anläßlich der Vollen- dung Deines 80. Lebensjahres Dank zu sagen und noch viele Jahre des Lebens und Denkens zu wünschen. Mit Samt Simon wissend: ‚Was kann schöner, des Menschen würdiger sein, als daß er seine Leidenschaft auf das Ziel der Mehrung seiner Erkenntnisse richtet.

Dem Dank Karl-Heinz Schöneburgs schließe ich mich voll und ganz an, und gewiß auch alle Deine Freunde, die Dich mit der heutigen Tagung ehren und Dir zugleich herzlich gratulieren möchten.

Zukunft ohne Völkerrecht? Völkerrecht ohne Zukunft?. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2004, S. 5-12.

⁹ Becker, J.: Über den Kulturverfall in unserer Zeit, in: Ende des Größenwahns, Frankfurt a. M. 1996, S. 46. Zit. nach Meister, Roland: Soziale Menschenrechte, in: Spannung im Verfassungsbogen Beiträge zum 70. Geburtstag des Brandenburger Verfassungsrichters Karl-Heinz Schöneburg, Potsdam 1998, S. 129.

Zum Geleit

Das biographische Genre boomt; eine Lebensbeschreibung nach der anderen erscheint auf dem deutschen Büchermarkt. Ihre Autoren schildern und analysieren Werdegang und Wirken großer Persönlichkeiten, von Kaisern, Königen, Päpsten, Kanzlern, Präsidenten, Parteivorsitzenden und anderen mehr. Ist von Herrschern die Rede, fühlen sich manche Verfasser nach wie vor dem alten Lehrsatz verpflichtet, dem zufolge es die herausragenden Männer seien, die die Geschichte machen würden. Mehr als 120.000 Bücher untersuchen bisher allein den Werdegang und die Entscheidungen des „Führers“ der deutschen Faschisten. Geraten die letzteren in den Blick, lauten werbeträchtige Titel zumeist „Hitlers Krieg“, „Hitlers Generäle“, „Hitlers Frauen“ bis hin zu einem jüngst erschienenen Werk, das von einem Botenjungen Hitlers handelte. Wirklicher Erkenntnisgewinn bleibt häufig aus, ganz zu schweigen von jenen trivialen Selbstdarstellungen zeitweiliger „Berühmtheiten“, die heutzutage einen immer breiteren Raum einnehmen.

Nein, zu solchen Kategorien gehört der vorliegende Band über einen der schlimmsten Schreibtischtäter des braunen Regimes nicht. Das macht den Text lesenswert, sinnvoll und nützlich, zumal Joachim Bornschein sich der alles auf Hitler beziehenden Tendenz in zahlreichen Dokumentationen zur Geschichte des Nationalsozialismus entzieht. Er stellt den Gestapochef Heinrich Müller weder als Hitlers williges Werkzeug noch als einen vom „Führer“ Verführten dar. Sorgfältig wird die Verantwortung erhellte, die Müller in zahllosen Aktivitäten übernahm, insbesondere bei der Verfolgung politischer Gegner und in der routinierten Organisation des Massenmordes an den europäischen Juden. Dem Leser erschließen sich der individuelle Charakter und ebenso die persönlichen Voraussetzungen, die Müller – wäre er 1945 nicht geheimnisvoll von der Bildfläche verschwunden – wie andere Hauptkriegsverbrecher auf die Anklagebank des Internationalen Tribunals in Nürnberg geführt haben würden.

Auf gewichtige Fragen lassen sich Antworten in allen Abschnitten des Bandes finden: Was hatte Heinrich Müller zu dem werden lassen, was er war? Wie vollzog sich sein Höhenflug im schwarz-uniformierten Elitekorps? Weshalb gelangte gerade dieser Mann unter allen Funktionsträgern des Dritten Reiches an die Spitze der Geheimpolizei? Warum traute man ihm die Erfüllung eines grausamen Programms zur Liquidierung politischer Gegner und rassistisch als „minderwertig“ deklarierter Menschen zu? Was bewirkte seine bedenkenlose Bereitschaft, sich einer Autorität unterzuordnen und Befehlen zu folgen, zugleich aber selbstherrlich und skrupellos seinen Untergebenen Befehle zu erteilen? Was bestimmte sein Denken, was trieb sein Handeln an?

Müllers Karriere begann im Hass auf die den Ersten Weltkrieg beendende Revolution, im zerstörerischen Kampf gegen die Weimarer Republik. In Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, Demokraten und nicht zuletzt in den Juden sah er die Zerstörer angeblich hehrer deutscher Lebensideale. Gegen diese gewalttätig und rechtswidrig vorzugehen, entsprach seinem Selbstverständnis. „Götter und Tiere, so steht die Welt vor uns“ – dies soll Hitler einmal in seinen Monologen vor vertrautem Kreise erklärt haben. Solche Menschenverachtung, die lediglich Götter oder Tiere, Herren oder Knechte, Arier oder Sklaven kennt, prägte alle, die in der zweiten, dritten oder vierten Reihe des nationalsozialistischen Diktatur-Personals standen. Ohne sie – auch ohne Heinrich Müller – hätte das Regime nicht existieren und seine Verbrechen begehen können.

Im Dezember 2003

Manfred Weißbecker

Joachim Bornschein, Gestapochef Heinrich Müller, Militzke Verlag, Leipzig 2004, S. 9-10.

Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921-23)

Es mag verwundern, wenn mein Beitrag zu einer Tagung über die demokratisch-sozialistischen Reformprojekte thüringischer Politiker nicht unmittelbar von diesen handeln soll, sondern von den bürgerlichen Parteien und ihrem Auftreten im Thüringen der frühen zwanziger Jahre. Veranlasst sehe ich mich zu diesem Thema durch die Tatsache, dass mitunter in Kreisen deutscher Linker es geradezu verpönt ist, über den eigenen Nabel hinauszuschauen und manche von ihnen den Streit untereinander für weitaus weltbewegender halten als jeden Versuch, gesamtgesellschaftliche Konstellationen verstehen zu wollen. Leider wird allzu oft vergessen, in welcher Welt man lebt und unter welchen Bedingungen eigene Politik tatsächlich zu betreiben ist. Ein alter und leider keineswegs überwundener Fehler, wie sich immer wieder mal zeigt ...

Von der bilanzverheißenden Diskriminierungsparole „Das ganze Land kam auf den Hund ... „ist hier bereits gesprochen worden.¹ Mit ihr trat der am 30. Dezember 1923 gegründete Thüringer Ordnungsbund in Erscheinung, ein Sammelbecken der bürgerlichen Parteien in Thüringen, das unter konservativer Führung antisozialistische Einheitsfront praktizierte und auch von der DDP unterstützt worden ist. Am deutlichsten äußerte sich die DNVP über die angeblichen Folgen der Frölich-Regierung: „Allgemeine Rechtsunsicherheit, Störung der öffentlichen Sicherheit, Zerrüttung der Finanzen, des Wirtschaftslebens, des Beamtentums, der Schule. Das „rote Thüringen“ ist im Reich und im Ausland verschrien. Bilanz: Der Marxismus ist nur fähig zu zerstören, unfähig zu staaterhaltender Arbeit.“²

Solche in Schlagworte gekleidete Behauptungen prägten den gegen SPD und KPD gerichteten Wahlkampf, der Ende 1923 und Anfang 1924 nach dem Sturz der sozialdemokratischen Regierung und unter den Bedingungen einer faktischen Machtausübung durch die Reichswehr über die Bühne ging. Sie könnten vielleicht als Antwort, als Reaktion auf die Politik von SPD, USPD und KPD verstanden werden, wäre da nicht zugleich festzustellen, dass alle Argumente bürgerlicher Parteien über die sogenannte Einseitigkeit und Unfähigkeit sozialistischer Regierungstätigkeit bereits vor dem Amtsantritt der Regierung Frölich existierten und ihre antirepublikanisch-antisozialistische Propaganda dominierten. Noch war überhaupt nichts geschehen, was über Maßnahmen zum Schutz der Weimarer Republik und zu einer wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der Lebenslage hinaus gereicht hätte, noch hatte sich nicht einmal das durchsetzen lassen, was einst die Bourgeoisie in der großen französischen Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatte, da sahen die konservativen und liberalen Gegner der neuen thüringischen Regierung bereits die „Brandfackel“ gegen das Bürgertum geworfen und die „Lebensfähigkeit Thüringens ernstlich in Frage gestellt“.³

Übereinstimmend zeterten in den ersten Sitzungen des neuen Landtages am 7. und 8. Oktober 1921 alle Fraktionen des Thüringer Landbundes (TLB), der Deutschen Volkspartei (DVP), der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und auch der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die in der ersten Thüringer Regierung mit den Mehrheitssozialdemokraten koalitiert hatte, nunmehr trete eine „einseitige Klassenregierung“ ihr Amt an. Die neue Regierung trage „von vornherein den Stempel eines einseitigen Parteiregiments“. Die ganze Gesetzgebung werde sich „allein auf die geringe sozialistische Zufallsmehrheit“ von 1700 Wählerstimmen stützen.⁴ Scharfmacherisch und gravierendes Demokratie-Unverständnis enthüllend kündigte der deutschnationale Abgeordnete Friedrich von Eichel-Streiber an, im Kampf gegen die Frölich-Regierung „alle Konsequenzen ziehen“ zu wollen, was den an Kapp und Lüttwitz erinnernden Zwischenruf „Neuer Putsch“ bewirkte und zugleich

¹ Siehe den Beitrag des Vf. in diesem Band: Am Beginn unserer Debatte, S. 7.

² Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen. Materialien zur Landtagswahl. Zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion (als Manuskript gedruckt, nur an Vertrauensmännern der DNVP auszuliefern), Weimar o. J., S. 5. Ähnlich auch: Der III. Landtag von Thüringen (nach dem Stande vom 1. Januar 1927). Materialien zur Landtagswahl, zusammengestellt von der deutschnationalen Landtagsfraktion, Erfurt 1927.

³ Zit. nach Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 70.

⁴ Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen. Bd. 1: Von der 1. bis zur 40. Sitzung (6. Oktober 1921 bis 2. Februar 1922) [künftig: Sten. Berichte, Bd. 1], Weimar o. J., S. 10.

einen der sozialdemokratischen Abgeordneten veranlasste, mahnend an eine frühere Erklärung der DNVP zu erinnern, die da gelautet hatte: „Wenn wir auch nur mit einer Stimme Mehrheit hier erscheinen, werden wir die Regierung übernehmen.“⁵

Solche Art Vorverurteilung und substanzloser Beschimpfung, die nichts gemein hatte mit parlamentarischer Kommunikationskultur, orientierte sich an Mustern aus alten Zeiten, in denen jeder Sozialist von vornherein als „Vaterlandsverräter“ beschimpft worden war. Man kenne zwar noch nichts, verurteile aber bereits – so charakterisierte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Paul Kieß die Methode der thüringischen Landtagsopposition.⁶ Immer wieder enthielten die Reden ihrer Vertreter schlimme pejorative Wertungen, z. B. „Parlamentsabsolutismus“⁷, „Pygmäenpolitik“ und „Totengräberpolitik.“⁸ Auch darin zeigte sich, in welchem geringem Maße die rechten Parteien bereit waren, sich inhaltlich auf die neuen demokratisch-parlamentarisch verfassten Verhältnisse einzustellen. Emil Herfurth (Oberlehrer am Weimarer Realgymnasium, Wortführer der DNVP-Fraktion, Führungskraft im Jungdeutschen Orden und später Mitglied der NSDAP) brüstete sich sogar, er sei „von des parlamentarischen Gedankens Blässe noch nicht genügend angekränkt.“⁹ Dazu passten durchaus auch die deutsch-völkisch-antisemitischen Töne seiner Auftritte außerhalb des Parlaments; Herfurth arbeitete maßgeblich an der „Mitteldeutschen Zeitung“ mit, in der es einmal hieß: „Wenn der Nichtsozialist einst aufwacht, wird er tot sein (sic! M. W), und der Schwarm der Sinowjew Apfelbaum, Breitscheid, Freund, Hermann, Brandenstein, Freudental und wie sie alle heißen, die Größen in Thüringen, für die es kein deutsches Vaterland gibt, ist über ihn hinweg gegangen.“¹⁰ Gemeint, obgleich nicht genannt, war auch August Frölich.

Nach wie vor hingen die Deutschnationalen sowie die Fraktionen der DVP und des Thüringer Landbundes allem obrigkeitsstaatlichen Denken an. Für letzteren traten vor allem Erwin Baum, Ernst Höfer, Erich Mackeldey, Erich Wernick in Erscheinung, für die DVP Theodor Bauer und Georg Witzmann. Trotz ihrer offiziellen Bekundungen, auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen – das Scheitern des Kapp-Putsches stand ihnen deutlich vor Augen –, ließen sie immer wieder Verachtung und Hass auf die Novemberrevolution, auf die Republik und die proletarischen Parteien erkennen. Mit der Erinnerung an die gute alte Zeit instrumentalisieren sie die verflochtenen Verhältnisse für ihr Vorgehen. Auf die Weimarer Verfassung wurde immer nur dann Bezug genommen, wenn sie darin eine Möglichkeit sahen, in Thüringen wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen verzögern oder ganz und gar zu blockieren. Das galt auch für ihre Sicht auf die Beziehungen zwischen dem Land und dem Reich.¹¹ Mitunter wurde vordergründig nur die „Eile“ gerügt, mit der die Regierung Gesetze beschließen lassen wolle, oder sybillinisch gemeint, man müsse einen Gesetzesvorschlag von vornherein ablehnen, da man sich „über die wahren Gründe der Vorlage im klaren sei.“¹² Es verwundert nicht, dass solche Argumente besonders in den schulpolitischen Debatten auftauchten, worüber in der Tagung ja noch im einzelnen zu hören und zu diskutieren sein wird.¹³

Der unabhängige Sozialdemokrat Bruno Bieligk beschrieb am 7. Oktober 1921 die Grenzen der Regierungsziele wie auch die der Opposition. Es könne keine Rede davon sein, in Thüringen schon in der nächsten Zeit und ohne Rücksicht auf das, was im Reich vorgehe, das „Wirtschaftsleben umzugestalten zu einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation“. Daraus ergebe sich jedoch nicht, die

⁵ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 12.

⁶ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 176.

⁷ So urteilte der bekannte Staatsrechtler Otto Koellreutter: Das parlamentarische System in den deutschen Landesverfassungen, Tübingen 1921.

⁸ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 236.

⁹ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 256.

¹⁰ Zit. nach Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen, Bd. III. Von der 86. bis zur 128. Sitzung (17. Juni bis 20. Dezember 1922) [künftig: Sten. Berichte, Bd. III, Weimar o. J., S. 2648.

¹¹ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 723 f.

¹² Sten. Berichte, Bd. 1, S. 768.

¹³ Siehe Beitrag von Paul Mitzenheim in diesem Band: Die Greilsche Schulreform 1921 bis 1923 – wesentliche Ergebnisse und Schlussfolgerungen. S. 81 ff.

Hände ruhig in den Schoß zu legen. Indessen müsse vor allem wegen der „politischen Ereignissen der letzten Wochen (er spielte damit auf die Ermordung Erzbergers am 26. August 1921 an, M. W) [...] die Konsequenz gezogen werden, dass durch eine sozialistische Regierung in Thüringen das verhindert wird, was Sie (nach rechts), meine Herren, und Ihre politischen Freunde gewünscht haben, nämlich der Anschluss an das reaktionäre Kahr-Bayern¹⁴, wo Sie eine einseitige Klassenpolitik getrieben haben, die tatsächlich in nichts überboten werden kann. Es ist sehr bezeichnend, dass Sie zu ‚Klassenpolitik‘ und ‚Klassenherrschaft‘ immer dann sprechen, wenn es sich darum handelt, dass die Arbeiterschaft ihre Kräfte voll und ganz einsetzt für die Erreichung ihrer Ziele und Zwecke; wenn Sie aber irgendwo in der Lage sind, Ihre Klassenherrschaft aufzurichten, auch äußerlich sichtbar brutal durchzuführen, haben Sie nie den geringsten Skrupel getragen, das auch zu tun.“ Bieligk verwies noch einmal und mit großer Weitsicht auf Bayern, wo sich nach seiner Auffassung eine politische Methode zur Bekämpfung der Arbeiterklasse herausgebildet habe, für die man „eine parlamentarische Bezeichnung nicht finden kann.“¹⁵

Zumeist gingen die bürgerlichen Parteien in konfrontativer Parlamentstaktik gegen einzelne Gesetzesvorlagen und Maßnahmen der Frölich-Regierung vor. Dies zeigte sich bereits wenige Tage nach deren Arbeitsbeginn. Den Anlass bot eine Festlegung vom 25. Oktober 1921, der zufolge der Bußtag nicht als schulfreier Feiertag begangen und der 9. November als neuer Feiertag eingeführt werden sollte.¹⁶ Der gewählte Weg einer Notverordnung durfte als legitim gelten¹⁷, entsprach er doch der Landesverfassung und ebenso dem Artikel 48 der Reichsverfassung, dennoch war er äußerst ungeschickt gewählt. Verfassungsrechtliche Bedenken konnten ins Spiel gebracht werden. Beide Entscheidungen wurden aber vor allem als Ausdruck eines neuen „Kulturkampfes“, als „Religionsfeindlichkeit“ und „Entchristlichung“ hingestellt. Nichts davon traf wirklich zu. Alle Kritik schoss weit über die realen Gegebenheiten hinaus. Nur in zwei der sieben Gründungsstaaten Thüringens hatte zuvor der Bußtag einen offiziellen Feiertag dargestellt. Von ihrer Kampagne gegen Volksbildungsminister Greil ließen die Konservativen und Liberalen Parlamentarier selbst nach dessen Einwurf nicht ab, doch völlig ruhig gewesen zu sein, als das weimarische Kultusministerium unter Leitung des DDP-Mitglieds Arnold Paulssen am 19. September 1919 eine Verordnung mit fast demselben Wortlaut hatte ergehen lassen.¹⁸ Unübersehbar richtete sich aller Widerspruch vorrangig gegen den Versuch, den Revolutionstag 9. November 1918 zu würdigen. Dieses Datum biete keinen Grund zum Feiern, tönte es unisono. Er sei ein „schwarzer Tag der Geschichte“.¹⁹ Unter seinen Gegnern verhallte das Argument Frölichs, ohne diesen Tag gäbe es keine Republik.²⁰

Alle Auseinandersetzungen rankten sich tatsächlich um die Frage: Republik ja oder nein – auch wenn es mitunter die Opponierenden so dargestellt haben, als ginge es ihnen lediglich um eine bessere Ausgestaltung bzw. um eine Reform der republikanischen Verhältnisse. Dies zeigte sich vor allem im Frühjahr und Sommer des Jahres 1922, als überall die mörderischen Attacken gegen Repräsentanten des Weimarer Staates zunahmen und alles antidemokratisch-antirepublikanische Bestreben im Attentat auf Walther Rathenau am 24. Juni kulminierte. Heute gilt unter Historikern als selbstverständlich, dass die junge Weimarer Republik geschützt werden musste. Damals geriet diese Tatsache allerdings zum polarisierenden Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen zwi-

¹⁴ Gustav Ritter von Kahr fungierte in den Jahren 1921/22 bayerischer Ministerpräsident und war bestrebt, den Freistaat Bayern als nationalkonservative „Ordnungszelle“ auszubauen. Wiederholt provozierte er Konflikte zwischen Bayern und der Reichsregierung. Für seine Ziele unterstützte er auch die NSDAP.

¹⁵ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 12.

¹⁶ Bezeichnenderweise gehörte es zu den ersten Aktionen der Reichswehrrführung nach ihrem Einmarsch in Thüringen, dass General Hasse am 17.11.1923 anordnete, der Buß- und Betttag sei wieder schulfrei. ThHStA Weimar, Präsidialabteilung 86/1, Mitteilung vom 19.11.1923. Den Hinweis auf diese Tatsache verdanke ich Michael Kellner, der mir Einblick in sein unveröffentlichtes Manuskript einer Biographie Karl Hermanns ermöglichte.

¹⁷ In der gesamten Zeit vom 7.10.1921 bis zum 21.2.1924 erließ die Landesregierung insgesamt 46 Notverordnungen auf Grund des § 33 der thüringischen Landesverfassung, was als undemokratisch verstanden werden kann, in der damaligen Zeit jedoch überall im Reich gang und gäbe war.

¹⁸ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 232.

¹⁹ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 249 und 259.

²⁰ Sten. Berichte, Bd. 1, S. 265.

schen den beiden politischen Lagern in Thüringen, bald aber auch zu einem Streitgegenstand zwischen den Arbeiterparteien. Das muss keineswegs als außergewöhnlich gelten: Situation und Verhältnisse waren neuartig, kompliziert und immens widersprüchlich. Jedes politische Konzept hatte sowohl die positiven als auch die negativen Nachwirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches zu berücksichtigen, ferner die zahlreichen politischen Morde, die nahezu alle auf das Konto rechtsextremer Freikorps und anderer paramilitärischer Verbände gingen, sowie den beginnenden Aufstieg faschistischer Organisationen, unter denen die NSDAP zunächst nur eine von vielen darstellte.²¹

Der Streit betraf in erster Linie den Aufbau proletarischer Hundertschaften. Dass sie in der Literatur häufig und ausschließlich als Garden kommunistischer Revolutionsvorbereitung dargestellt werden, ist bekannt²², weniger jedoch, dass ihre Entstehung zunächst dem Bestreben zum Schutz und zur Erhaltung der Republik entsprang und durchaus dem allgemeinen Zeitgeist jener Jahre entsprach. Bekanntlich schufen sich nach dem Ersten Weltkrieg alle Parteien, voran die rechten, eigenständige paramilitärische Formationen. Sie tarnten nur notdürftig deren innenpolitische Funktion mit dem Verweis auf den Versailler Vertrag und die darin fixierte Begrenzung der Reichswehr auf ein Hunderttausend-Mann-Heer, das gegen Bedrohungen durch Feinde aus Ost und West als unzureichend bemannt und gerüstet angesehen wurde. Zu nennen wäre da vor allem der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, stramm deutschnational ausgerichtet und eng verbunden mit den putschbereiten Teilen der Reichswehr, deren Führung alles andere als republikfreundlich gesonnen war. Ebenso waren die „Orgesch“ und der „Jungdeutsche Orden“ für ihre rechtsextremen Konzepte, für ihre terroristisch zu nennenden Methoden und auch für ihren Antisemitismus bekannt. Führende Köpfe des letzteren saßen auch im Landesparlament.²³ In Thüringen kam die Existenz eines außerordentlich umfangreichen völkisch-antisemitischen Netzwerkes hinzu.²⁴ Hermann Brill sprach gar von einem „deutsch-völkischen Verbrechen“, gegen das die schärfsten Maßnahmen erforderlich seien.²⁵

Allerdings wurde der berühmte Satz von Reichskanzler Wirth „Der Feind steht rechts!“²⁶ in den thüringischen Landtagsdebatten nicht verwendet. In der Sicht auf die Notwendigkeit des Republik-schutzes und des Kampfes gegen die mehr und mehr in Erscheinung tretenden frühfaschistischen Attacken gab es dennoch kaum Zwiespalt zwischen der Frölich-Regierung und den sie tolerierenden Kommunisten um Albin Tenner, Theodor Neubauer, Richard Zimmermann. Deren Führung wollte es indessen bald so erscheinen, als schlage die Sozialdemokratie falsche Wege in diesem Kampf ein und wähle unzulängliche Mittel. Jede Variante in der sozialdemokratischen Verteidigung proletarischer Interessen deuteten sie als Verrat an diesen, als Ausdruck einer „verschleierte Koalitionspolitik“. Die Sozialdemokraten reagierten: „Ihr seid nicht verhandlungsfähig.“²⁷ Die Partner verstärkten ihr gegenseitiges Misstrauen und offensichtlich auch das generell bei keiner Partei zu verurtei-

²¹ Zu den einzelnen Organisationen siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983-1986.

²² Allerdings urteilt der bekannte Historiker Heinrich August Winkler die proletarischen Hundertschaften als ebenso wenig reichsfeindlich und illegitim wie die im Oktober 1923 erfolgte Regierungsbeteiligung der KPD. Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin und Bonn 1985, S. 224.

²³ Detaillierte geschichtswissenschaftliche Untersuchungen fehlen dazu leider noch.

²⁴ Siehe dazu vor allem Justus H. Ulbricht: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900-1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar u. a. 1995, S. 29-48.

²⁵ Sten. Berichte, Bd. III, S. 2678.

²⁶ Siehe Manfred Weißbecker: Der Feind steht rechts. In: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1., Leipzig 2002, S. 30-36.

²⁷ Der Vorwurf einer Verhandlungsunfähigkeit tauchte nach der Rede Tenners vom 28.3.1923 auf, in der er formuliert hatte: „Wir haben im Reich die große Bewegung der Fasziisten. Wir sehen die Tatsache, dass die Nationalsozialisten loszuschlagen drohen, dass die geheimen Organisationen jetzt ihre wahren Absichten enthüllen. Wir haben auch in Thüringen allerlei Wahrnehmungen darüber gemacht. Hier muss festgestellt werden, dass alle unsere Mahnungen und Verhandlungsversuche fehlgeschlagen sind.“ Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen, Bd. IV. Von der 129. bis zur 178. Sitzung (16. Januar bis 30. Mai 1923) [künftig: Sten. Berichte, Bd. IV], Weimar o. J., S. 4560 f.

lenden Bestreben, sich selbst von den anderen abzusetzen und das eigene Profil heraus zu kehren. Hinzu kam, dass in den Reihen der Kommunisten während des Sommers und im Herbst 1923, als sich die wirtschaftliche Situation außerordentlich verstärkte, die Inflation extreme Ausmaße anzunehmen begann und die Arbeitslosigkeit von 3,5 Prozent auf über 25 Prozent stieg, die Hoffnung auf einen „deutschen Oktober“ breit machte. Das führte wiederum über die durchaus berechtigten Forderungen zum Schutz der Republik und deren demokratischer Ausgestaltung hinaus und rief unangemessene, ja irreal und verhängnisvolle Abweichungen vom Konzept der Arbeiterregierungen hervor. Tiefe Gräben taten sich auf²⁸, obgleich sie sich dann im Oktober 1923 als überwindbar erweisen sollten.²⁹

Unabhängig davon, wie das Auftreten der Kommunisten im einzelnen zu bewerten ist – es bleibt festzuhalten, dass mit dem maßlos überzogenen Konkurrenzverhalten von KPD und SPD die bürgerlichen Parteien eine – modern gesprochen – für sie eine außerordentlich günstige „Steilvorlage“ geboten bekamen. Sie gingen in die Offensive, was zunächst in einer an das Reichsinnenministerium gerichteten Denkschrift gipfelte. Sie stammte vom 16. Mai 1923 und listete alles auf, was den Unterzeichnern an den „gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Thüringen“ nicht gefiel.³⁰ Da wurde beispielsweise ernsthaft beklagt, dass Staatsminister Karl Hermann im Landtag am 9. Februar 1923 eine angeblich „unangemessene Urteilsschelte“ zu der in der Tat blamablen Aufhebung des Verbots des Jungdeutschen Ordens durch den Staatsgerichtshof vorgetragen habe. In Wirklichkeit hatte Hermann dies vor dem Landtag als „die größte politische Ohrfeige“ während seiner eineinhalb Jahre Amtszeit bezeichnet und vor einem weiteren Anwachsen rechter Organisationen im Schatten des Richterspruches gewarnt. Ferner wurde moniert, in den thüringischen Schulen seien Lieder und Gedichte als reaktionär bezeichnet und verboten worden. Im Zentrum der Monita stand aber, dass „Leute ganz einseitiger Linksorientierung“ als Beamte eingestellt worden seien. So hieß es, die Politik der Regierung ziele darauf, die Beamten „immer mehr zu gefügigen Werkzeugen der herrschenden sozialistischen Parteien“ zu machen. In der Linie dieser Entwicklung liege es, dass die thüringische Regierung ihren Beamten den sogenannten Beamtenrevers vorgelegt habe. Gefordert war darin, dass diese eine Erklärung darüber abgeben sollten, ob sie nach Inkrafttreten der Reichsverfassung einer der im Lande verbotenen Vereinigung „Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund“, „Deutschvölkische Jugend“, „Bund der Aufrechten“, „Alldeutscher Verband“, „Verband nationalgesinnter Solldaten“, „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, „Germanenorden“, „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ oder einer anderen Vereinigung angehört haben oder noch

²⁸ Zwei Publikationen zeugen in zugespitzter Weise davon: Koalitionspolitik oder Arbeiterregierung? Hrsg. vom Bezirksvorstand der KPD Großthüringen, Weimar o. J.; Sozialdemokratie und Regierung in Thüringen. September 1921 bis Juni 1923. Hrsg. von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Bezirksverband Großthüringen, Jena o. J.

²⁹ Frölich hielt die Zusammenarbeit von SPD und KPD für unerlässlich und formulierte, worin er die praktischen Voraussetzungen sah: „Die Politik ist die Kunst des Möglichen, auch bei den Kommunisten, und wenn wir alles das tun wollten, Herr Abgeordneter Neubauer, was ihr von uns fordert, dann müssten wir doch zu euch in die Partei eintreten. Ihr könnt doch nicht von uns verlangen, dass wir glatt eure Politik machen, etwas anderes wäre es nicht. Wir gehen so weit, wie wir es nach unseren Parteigrundsätzen und wie wir es verantworten können der Allgemeinheit gegenüber den Forderungen, die ihr uns stellt. Da ist die Grenze gezogen, und wenn ihr mehr verlangt, dann geht es über das, was von einem gewissenhaften Menschen verlangt werden kann, hinaus. Ihr trommelt nun ständig auf euren Forderungen herum, die ihr gestellt habt, die wir nicht erfüllen können, wollen wir nicht schließlich an uns selbst irre werden oder wollen wir nicht den Bankrott ankündigen. Dazu bin ich, dazu ist meine Partei, sind meine Ministerkollegen nicht bereit. Also müssen wir uns schon verständigen, wenn wir gemeinschaftlich arbeiten wollen. Jeder muss an seinem Teile einen Pflock zurückstecken. Jeder muss die Interessen, die wir zu wahren gemeinschaftlich notwendig haben, so vertreten, wie es nach Lage der beiderseitigen Ansichten möglich ist.“ Sten. Berichte, Bd. V., S. 5003.

³⁰ Dazu bemerkte Frölich am 3.8.1923: „In der Eingabe wird geradezu dem Herrn Reichsinnenminister gegenüber ein Klagegedicht angestimmt, dass der Thüringer Landtag sich erlaubt, mit seiner verfassungsmäßigen Mehrheit Gesetze zu beschließen. Etwas Ähnliches von Eingabe – die wir der Öffentlichkeit zugänglich machen werden – dürfte von Mitgliedern einer gesetzgebenden Körperschaft noch nicht ausgegangen sein. Der Weg der vielen Worte in der Eingabe ist der: Die Thüringer Gesetzgebung wäre richtig, wenn sie nicht von sozialistisch-kommunistischen Mehrheit ausginge, die Regierung wäre gut, und richtig besetzt, wenn sie nicht von Sozialdemokraten, sondern von den Parteien der Opposition besetzt wäre. Als neuester Angreifer gegen Thüringen tritt der Verband der Mitteldeutschen Industrie e. V. in Weimar auf den Plan.“ Sten. Berichte Bd. V, S. 5283.

angehören, die an die Stelle einer verbotenen Vereinigung getreten ist oder monarchistische und antirepublikanische Ziele verfolgt. Auch in der Debatte über den „Jungdeutschen Orden“ hieß es, die neuen Vorschriften seien „für die Beamten eine schwere Gewissensbedrückung.“³¹

Die Einschätzung, man müsse es als „Gewissensbedrückung“ betrachten, würde eine Zugehörigkeit zu den sorgfältig aufgelisteten Organisationen des damaligen Rechtsextremismus bekannt werden müssen, entbehrt nicht sehr pikanter Aspekte, geraten die weitere Entwicklung in Deutschland oder auch aktuelle personalpolitische Praktiken in den Blick. Ehrenrettung für offenen und verdeckten Antirepublikanismus – das wäre sicher der passendere Begriff gewesen. Es handelte sich daher um eine bewusste Verschleierung der realen Situation, als Herfurth Ende Mai 1923 im Landtag zu behaupten wagte: „Eine Putschgefahr von rechts hat in Thüringen niemals bestanden und wird in Zukunft auch nicht bestehen.“³² Zumindest bedeutete dies eine fahrlässige Unterstützung für alle, die zurück zur Monarchie oder vorwärts in eine anders geartete Führer-Diktatur gehen wollten. Aus heutiger Sicht wird in der Literatur mit Recht von „leichtgewichtigen Anschuldigungen“ der Denkschrift gesprochen.³³ Gerade darin lässt sich aber in dieser erkennen, dass eine zweckorientierte Verteufelung der Frölich-Regierung betrieben wurde und dies nicht deren Fehlern und Schwächen galt, sondern hauptsächlich ihrem Grundanliegen, das in der Verteidigung der Revolutionsergebnisse von 1918/19 und in den Bemühungen um diese sichernde demokratisch-sozialistische Reformprojekte bestand.³⁴

Es gelang den bürgerlichen Parteien, die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu vertiefen. Sie neben sich die Hände über den „Bruderkampf zwischen Rot und Knallrot“. In diesen wolle man, so erklärte z. B. Eichel-Streiber am 31. Mai 1923 im Namen aller Fraktionen der bürgerlichen Parteien, nicht eingreifen. Man verließ sogar einige Sitzungen des Landtages, bei denen es sich nach ihrer Auffassung nur um „Theaterdonnerkrach“³⁵ handeln würde; es gehe nicht an, das „Agitationsbedürfnis von Desperadopolitikern“ zu unterstützen.³⁶ Schließlich wurde, leider auch dank Beihilfe der KPD-Fraktion, der Frölich-Regierung mehrheitlich das Misstrauen ausgesprochen und diese zum Rücktritt am 11. September 1923 gezwungen. Das Staatsministerium amtierte weiter, begleitet allerdings von neuerlichen Verhandlungen zwischen den thüringischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die zum Eintritt der letzteren am 16. Oktober 1923 führen sollten.

August Frölich ließ seine Beweggründe deutlich erkennen, als er am 17. Oktober 1923 dem Landtag seine Regierungserklärung vortrug. Darin hieß es einleitend: „Die neugebildete thüringische Regierung ist, wie die sächsische, eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung, ihr Ziel die Abwehr der ungeheuren Gefahren, welche die Existenz der thüringischen wie der gesamten deutschen Republik und sogar das nackte Leben der werktätigen Bevölkerung täglich drohender bestürmen. Es ist kein Zweifel mehr, dass die offenen und verkappten Faschisten in Bayern und Norddeutschland mit allen ihren legalen und illegalen Maßnahmen, mit ihren gesamten wirtschaftlichen und militärischen Kampfesrüstungen nicht nur die sozialistischen Parteien, sondern alle

³¹ Sten. Berichte Bd. IV, S. 3981; Über den Jungdeutschen Orden wurde im Thüringer Landtag ausführlich am 5.7.1923 debattiert. Siehe Sten. Berichte, Bd. III, S. 2859-2855. Den an konkreten Beispielen belegten Vorwürfen antworteten die Betroffenen in der Regel mit dem Verweis auf die Satzung des Verbandes sowie auf die zwischen den Konservativen und Völkischen bestehenden Differenzen. Insbesondere Herfurth bagatellierte seine Rolle im Jungdeutschen Orden und dessen militant-antidemokratischen Ziele. Diese benannte allerdings der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, der deutlich, als er am 6.6.1925 auf einer Kundgebung in Leipzig von seiner Hoffnung sprach, dass sein Verband in Deutschland „einen ähnlichen Sieg erringen möge wie die Fascisten in Italien“. Zit. nach Kurt Finker: Jungdeutscher Orden. In: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 141; siehe auch Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

³² Sten. Berichte, Bd. V, S. 4955.

³³ Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der 'Weimarer Zeit 1920-1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997, S. 100 f.

³⁴ Zu generellen Problemen des Verhältnisses zwischen Konservatismus und Faschismus ist besonders auf die Publikationen von Ludwig Elm zu verweisen. Siehe u. a. seine jüngste Schrift: Konservatismus und rechter Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 2003.

³⁵ Sten. Berichte, Bd. V, S. 5006 f.

³⁶ Sten. Berichte, Bd. V, S. 5074.

proletarischen Schichten und Republikaner, das gesamte werktätige Volk Deutschlands in seinem Lebensnerv bedrohen. In der gemeinsamen Losung aller faszistischen Richtungen ‚Nieder mit dem Marxismus‘ ist das Signal zur endgültigen Niederwerfung und Versklavung aller Werktätigen bereits gegeben, die ersten Schritte zu seiner Ausführung traten in Bayern wie im Reiche schon sichtbar hervor. [...] Die vor einigen Jahren geschickt verborgene Gesinnung eines schrankenlosen Herrenmenschentums wird erneut proklamiert. [...] Die Kreise des deutschen Volkes, die bis vor wenigen Jahren die politische Alleinherrschaft innehatten, streben erneut diese Alleinherrschaft an. Sie gehen zum offenen Angriff gegen die republikanische Staatsform über. Die der Republik vorenthaltenen Steuern sind dazu benutzt worden, eine bewaffnete Organisation aufzubauen, die der Republik den Todesstoß versetzen soll.“³⁷

Wie berechtigt dies war, offenbarte eine Erklärung des Vorstandes des Thüringer Landbundes vom 4. November 1923. In ihr hieß es: „Mit Neid blickt das Thüringer Landvolk auf die geordneten Verhältnissen im Nachbarlande Bayern, und erwartet dass unter allen Umständen mit großer Schärfe auch in Thüringen für Ordnung gesorgt wird.“ Zudem hieß es, die Beunruhigung „wegen militärischer Vorgänge in Nordbayern“ bestehe höchstens bei der Regierung und bei ihren Funktionären.“³⁸ Ähnliches hatte beispielsweise die „Eisenacher Tageszeitung“ schon am 16. Oktober 1923 geschrieben und gemeint, die Aufregung über die „bösen Hitlerleute“ an der Südgrenze Thüringens sei nur Propaganda für die „roten Hundertschaften“ und gegen die Autorität des Reichswehrkommandos.³⁹ Am 23. November ließ Arno Neumann, der im Landtag für die DVP sprach, auch erkennen, dass es seiner Partei keineswegs nur darum ging, den Kommunisten einen Platz in der Regierung verwehren zu wollen, weil dies den „Selbstmord eines Staates“ bedeutet. Er rief in den Saal: „Wir reden von den Kommunisten, *vorläufig* nicht von den Sozialdemokraten.“⁴⁰

Diese Argumentation hatte nichts zu tun mit der beliebten, weil beliebig verwendbaren totalitarismustheoretischen Formel, die Republik hätte sowohl gegen die Angriffe von rechts als auch gegen die von links verteidigt werden müssen. Auch das beschwichtigende, nach 1945 oft geäußerte Argument greift nicht, man sei einer wie auch immer gearteten und zu erklärenden Unterschätzung der Gefährdung des Weimarer Staates durch seine rechten und rechtsextremen Gegner erlegen.⁴¹ Nein, dazu waren die politischen und geistigen Übereinstimmungen zwischen Konservativen und Rechts-extremen zu groß, selbst wenn taktische Belange auch Konfliktpotentiale enthielten. Wie aber soll man es bewerten, wenn in heutiger offiziell geförderter Geschichtsschreibung ebenfalls zahlreiche von der eigenen Verantwortung entlastende und zugleich damalige gegen demokratisch-sozialistische Bemühungen gerichtete Argumente der bürgerlichen Parteien erneut aufgegriffen und fortgeführt werden? Wie kann erklärt werden, dass häufig die sich 1922/23 in Deutschland enorm verstärkenden antirepublikanischen Entwicklungstendenzen völlig unterbelichtet bleiben und der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich weitgehend herunter gespielt wird, wie die Tatsache, dass man dem von den Nazis geplanten „Marsch auf Berlin“ völlig anders gegenüber steht als den sozialpolitischen und antifaschistischen Bemühungen der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thürin-

³⁷ Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtages von Thüringen, Bd. V (31. Mai bis 14. Dezember 1923) [künftig: Sten. Berichte, Bd. IV], Weimar o. J., S. 5487 f.

³⁸ Eisenacher Zeitung, 7.11.1923.

³⁹ Eisenacher Zeitung, 16.10.1923. Diesen und den vorangegangenen Beleg verdankt der Vf. ebenfalls Michael Keller.

⁴⁰ Sten. Berichte, Bd. V, S. 5733. Hervorhebung durch den Vf.

⁴¹ Ein Beispiel für diese Deutung lieferte jüngst der Historiker Klaus Hildebrand in seinem Buch „Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler“ (Berlin 1999, S. 670). Er schreibt: „Bis weit in die dreißiger Jahre hinein kam es zu einem antagonistischen Zusammenwirken (sie!) zwischen den Kräften des Bestehenden und der Gewalt der Revolutionäre [...] Allerdings: Wie radikal und umfassend Hitlers historische Vision tatsächlich war, konnte 1933 kaum jemand unter seinen Partnern und Kontrahenten, nicht zuletzt im Bereich der internationalen Politik, erkennen [...] Wer konnte schon ahnen oder wollte daran glauben, dass Hitler frontal, wenn auch auf teilweise verschlungenen Pfaden, und grundsätzlich, wenn auch mit zeitweiligen Kompromissen, gegen die vorwaltende Tendenz der Geschichte schlechthin, gegen die bürgerliche Vernunft und gegen den rationalen Geschichtsplan der westlichen Zivilisation aufbegehrte und ihr ebenso wie der kommunistischen Gegenwart ein für allemal das Ende bereiten wollte?“.

gen? Da wird schlicht und einfach mit zweierlei Maß gemessen, da werden reale Vorgänge interessenorientiert vereinseitigt und erneut den Kriterien konservativer Geschichtspolitik unterworfen.

Verdrängt wird ebenso die Tatsache, dass liberale und konservative Parteien sowohl unwillig als auch unfähig gewesen sind, Politik über den Tellerrand ihrer unmittelbaren Interessen hinaus zu betreiben. Auf die Vorhaltungen des Konservativen Eichel-Streiber, eine Beteiligung von Kommunisten an einer Regierung würde sich grundsätzlich verbieten und sei zumindest politisch unklug, selbst wenn es formal möglich sei, reagierte August Frölich am 16. Oktober 1923. Er halte es in der Tat für „politisch klüger“, mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden als mit den Deutschnationalen.⁴² In der tags darauf folgenden Debatte unterstrich Paul Kieß namens der SPD-Fraktion dieses Argument und wandte sich direkt an die bürgerlichen Landtagsabgeordneten: „In dieser Situation des Klassenkampfes ist sie (die regierungsbereite KPD, M. W) die beste Waffe, die wir in der Hand haben und dass sie eine Waffe darstellt, (ist, M. W) Ihre schwächste Position!“⁴³ In diesem Zusammenhang argumentierte Kieß auch auf mehrfach geäußerte Drohungen konservativer Politiker, dass sie, kämen sie wieder an die Macht, mit den sozialdemokratischen Beamten „aufräumen“ würden. Nahezu prophetisch klingen seine Worte: „... in dem Augenblick, wo Sie die Macht haben, werden Sie erklären, dass jeder sozialdemokratische Beamte nichts gelernt hat und ihn hinauswerfen. Sie werden für jeden Hinauswurf einen Deckmantel finden. Darin sind Sie uns über, sachliche Attrappen haben Sie immer! Sie werden einen Wandschirm besitzen, wie Stinnes für seine maßlosen Bereicherungen, wie auch der Aufzug der schwarzen Reichswehr schließlich eines Wandschirmes bedurft hat, den Sie in der nationalen Abwehr an der Ruhr ganz richtig gefunden haben. Sie sind niemals verleugern um einen Vorwand, der Dinge harmlos erscheinen lässt, die Sie zu verbergen wünschen.“⁴⁴

So kam es schließlich auch. Beinahe alle Reformen wurden von dem am 10. Februar 1924 gewählten III. Thüringer Landtag und von der neuen Regierung rückgängig gemacht. Als erstes wurden am 3. März 1924 die proletarischen Hundertschaften aufgelöst und verboten. Am gleichen Tag erfolgte die Aufhebung des Verbotes der NSDAP und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Damit setzte sie mehr als nur ein Zeichen von symbolischem Wert, und es handelte sich auch um mehr als nur um ein Dankeschön für die Unterstützung, die ihr die neuen Abgeordnete des „Völkisch-Sozialen Blocks“ boten. Bezeichnenderweise fügte man sich ohne jede Debatte und ohne jedes Anzeichen von Skrupeln bei der Regierungsbildung dem Diktum Artur Dinters, des Verfassers mehrerer antisemitischer Romane und Chef der thüringischen Nazi-Organisation, der die Unterstützung der Faschisten für die neue Regierung davon abhängig machte, dass in diese nur „rein arische Männer“ aufgenommen werden dürften⁴⁵, was die DDP, obwohl dem Thüringer Ordnungsbund zugehörig, ausschloss und ein sogenanntes Kabinett der Fachleute erzwang.

In welchem Geist sich die Konservativen nun ans Werk machten, verriet der Wahlauftrag der DNVP vom Frühjahr 1924. In Ihm hieß es, man wolle endlich frei sein von „äußerer Fremdherrschaft“, frei vom Marxismus und „frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!“ Der Aufruf schloss mit der Parole „ein Volk, ein Reich, ein Kaiser“.⁴⁶

Es ist bekannt, was dem in Deutschland nur wenige Jahre später folgte ...⁴⁷

Vortrag, veröffentlicht in: Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute. Protokoll einer Tagung vom 12/13. September 2003 in Weimar, Jena 2004, S. 29-46.

⁴² Sten. Berichte, Bd. V, S. 5559 f.

⁴³ Sten. Berichte, Bd. V, S. 5501.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar u. a. 1995, S. 53.

⁴⁶ Führer durch den Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg vom 30. März bis 2. April 1924, Berlin 1924, S. 13 f.

⁴⁷ Zur weiteren Entwicklung in Thüringen siehe auch Manfred Weißbecker: Einleitung. In: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945 in Thüringen, Frankfurt a.M. 2003, S. 4-10; ders., Die NSDAP in Thüringen. Vom Experiment zum „Schutz- und Trutzgau des Führers“. In: Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen. Hrsg. von Jens-F. Dwars und Mathias Günther, Jena 2001, S. 61-99.

Frage des Mutes

Nach der Sommerpause, am 12. September 1933, traf sich das Hitler-Kabinett zu erneuter Besprechung. An der Spitze der Tagesordnung stand ein Bericht über die bevorstehende Tagung des Völkerbundes in Genf. Man werde mit Kritik an Deutschland rechnen müssen, betonte Außenminister Neurath, sowohl wegen der „Behandlung der Judenfrage“ als auch wegen der Haltung des Kabinetts gegen das Internationale Arbeitsamt. Der Umgang mit der jüdischen Minderheit in Deutschland sei „eigene Angelegenheit des Reiches“. Und für den Fall, dass Genfer Entscheidungen „für die deutschen Lebensinteressen unerträglich sein würden“, riet er zur Zurückziehung der deutschen Delegation.

Was unter Deutschlands Monopolherren und Bankiers Rang und Namen hatte, war im Generalrat der Wirtschaft vertreten, einem Gremium, das Hitler am 15. Juli 1933 berufen hatte und von dem er sich beraten lassen wollte. Über zwei Monate dauerte es indessen, bevor dieses zu einer ersten – und letzten – Sitzung zusammentrat. Doch was da vom 20. September ab zwischen 10 und 14 Uhr und am Abend über die Bühne ging, blieb nicht nur eine Episode. Wirtschaftsminister Kurt Schmitt forderte nachdrücklich zu „gesunder Kritik“ auf, die allerdings nicht in der Öffentlichkeit formuliert werden dürfe, denn da wirke sie wie „zersetzendes Gift“. Den Rückgang der Arbeitslosigkeit als Erfolg feiernd, stellte er als wichtige Frage heraus, wie denn am besten „die Privatwirtschaft“ zu Gunsten der Regierungspolitik zu beleben sei.

Einige der 17 vollzählig versammelten „Räte“ forderten größere Steuersenkungen, andere – so der IG-Farben-Chef Carl Bosch – beklagten, der Lebensstandard sei immer noch zu hoch und warnten, es dürfe „unter keinen Umständen“ zu Lohnsteigerungen kommen. Albert Vögler, der vor 1933 als einer der führenden Großindustriellen Hitler gefördert hatte, erklärte apodiktisch: „Die beste Arbeitsbeschaffung aber ist immer wieder die Entlastung der Betriebe von den Soziallasten.“ Der Hamburger Carl Vincent Krogmann wetterte gegen die Kapitalsteuer, es dürften überhaupt nur Steuern erhoben werden, wenn sie „der Wirtschaft nicht schaden“. Beraten wurde insbesondere die für das Regierungsprogramm erforderliche „Geldbeschaffung“. Diese sei nichts anderes als „eine Frage des Mutes“, verlautbarte Arbeitsminister Seldte. Reichsbankpräsident Schacht beteuerte, der Wirtschaft „jede notwendige Summe zur Verfügung“ stellen zu wollen, es dürfe nur in der Öffentlichkeit nicht über „Theorien und Milliarden“ gesprochen werden. Damit kaschierte er den fiktiven Charakter jenes Geldes, das auf seine Initiative im Vormonat in Gestalt von Wechseln der „Metallurgischen Forschungsgesellschaft m. b. H.“ (Mefo) geschaffen worden war und nun für Rüstungsaufträge in Zahlung gegeben wurde.

Hitler bestritt die Abendveranstaltung und wünschte, dass die „Fühlungnahme zwischen Regierung und Wirtschaft ... eine immer engere werden“ möge. Auch er verbat sich öffentliche Kritik, schließlich dürfe niemand die ökonomische Entwicklung von der Politik trennen, denn zu allen Zeiten seien „das Schwert der Wegbereiter des Pfluges“ und „die Macht die Wegbereiterin der Wirtschaft“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. September 2003, S. 21.

Senf auf Genf

Am 14. Oktober 1933 verließ Hitlerdeutschland die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes und trat aus dieser Gemeinschaft. Der Schritt, so tönte der „Völkische Beobachter“, erfolge „mit tiefstem Bedauern und in „bitterer Enttäuschung“. Solches Klagen galt indessen allein dem Ziel, Deutschland nun ohne formelle Zustimmung der anderen Großmächte aufzurüsten, schließlich müsse das Reich die „notwendige endliche Weltbefriedung“ erreichen können. Zielbewusst hatte man auf diesen Schritt hin gearbeitet. Als die Ministerrunde am 13. Oktober über ihn informiert wurde, tat das der Reichskanzler mit den Worten, er wolle den Völkerbund „allmählich zum Einschlafen“ bringen.

Die Deutschen waren auf die Entscheidung vorbereitet worden. Im Rundfunk durfte Generalleutnant a. D. Metzsch am 20. September die Genfer Tagung als eine „Giftküche“ und als „virtuose Ablenkungskonferenz“ beschimpfen. Diese Konferenz sei nichts anderes als „eine Krankheit sterbender Zeiten“. War es Zufall, dass im Zentralblatt der NSDAP damals in Fortsetzungsfolgen ein Roman mit dem Titel: „Wehe den Besiegten!“ gelesen werden konnte? Sei ein Land waffen- und wehrlos, müsse es untergehen, wurde da suggeriert. Selbst die NS-Satire-Zeitschrift steuerte in Bild und Text „Senf auf Genf“ bei und meinte – mit dem Blick auf das Münchener Oktoberfest – sagen zu müssen, dass demjenigen, der kein Bier trinke und magenkrank sei, nichts anderes als „drei Jahr‘ Kommissbrot, sonst nix“ fehlen würde. Die Militärs jubelten: In der renommierten Zeitschrift „Wehr und Wissen“ hatte die Schriftleitung schon im August verlautbart, man brauche sich nicht mehr um „die innere Festigkeit der Front“ sorgen, sondern könne „mit freiem Rücken“ den Blick nach außen wenden. Als der Völkerbund verlassen wurde, begann der 1927 vom Stapel gelaufene und als erstes deutsches Kriegsschiff mit dem nationalsozialistischen Hoheitszeichen ausgestattete Kreuzer „Karlsruhe“, als Schulschiff für künftige Seeoffiziere in Wilhelmshafen feierlich verabschiedet, eine Fahrt über die Ozeane.

Ogleich regierungsoffiziell immer noch erklärt wurde, es werde „Friedenspolitik“ betrieben, unterlag alles Denken deutscher Aufrüstungspolitik rein militärischen Kategorien. Ein bezeichnendes Beispiel lieferte Hitler den Mitgliedern des Generalrates der Wirtschaft. Da war es zwar in erster Linie um die Wirtschaftspolitik gegangen, aber auch um das Verhindern öffentlicher Kritik. Erst später könne man sagen, so der „Führer“, eine Sache hätte „noch gescheiter“ gemacht werden können. „Die Hauptsache ist doch, dass geschossen wird, das heißt, es muss eben sich jemand finden, der den Mut hat abziehen, auch wenn er weiß, er kommt vielleicht nicht ganz genau dahin; aber gemacht werden muss es ... Im übrigen, man verbessert sich nicht durch das Nichtschießen, sondern dadurch, dass man schießt, lernt man.“ Die versammelten Wirtschaftskapitäne zollten auch dem, wie es im Protokoll heißt, ein „lebhaftes Bravo“. Rüstungsfabrikant Krupp schloss mit einer Dankes-Eloge sondergleichen. Einhellig versprachen alle, die Wirtschaft werde sich hinter die Regierung stellen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. Oktober 2003, S. 19.

Lüge & Wahrheit

Krieg und Frieden

Unüberschaubar ist bereits jene politik- und geschichtswissenschaftliche Literatur, die sich mit dem bewegenden Thema Krieg und Frieden befasst. Da wird in der Regel dargestellt, wann und wo welche Kriege stattfanden, wer gegen wen mit welchen Mitteln ins Feld zog, wie viele Opfer es gab, was jeweils zerstört worden ist und worin die Folgen bestanden. Solcherart vermitteltes Wissen ist selbstverständlich unabdingbar. Es vermag Abscheu und Empörung zu bewirken, kann jedoch ebenso Resignation und Apathie hervorrufen, wenn gemeint wird, Kriege habe es seit Menschengedenken gegeben und würden auch in Zukunft immer wieder stattfinden. Überzeugungsstarke Einsichten in die Ursachen von Kriegen werden dringend benötigt.

Natürlich wird auch zu diesen viel geschrieben oder geredet, doch lassen sich zumeist lediglich mehr oder weniger offenherzige politische Instrumentalisierungsversuche zu Gunsten der einen oder der anderen Krieg führenden Seite erkennen. Demgegenüber bietet der bekannte Marburger Politikwissenschaftler und Historiker Reinhard Kühnl in seiner jüngsten Schrift eine außerordentlich lesenswerte geschichtliche Übersicht und klärende Erkenntnisse zu aktuellem Kriegsgeschehen. Seine Überlegungen gelten den Ursachen, die immer wieder zu Kriegen geführt und Frieden verhindert haben. Nachdrücklich erinnert Kühnl an das Versprechen, mit dem die Philosophie der Aufklärung und die bürgerliche Gesellschaft die Bühne der Geschichte betraten: gleiche Rechte für alle Menschen zu realisieren und alle Gewaltbeziehungen abzulösen durch Rechtsbeziehungen. Dennoch: Es wurden Kriege mit wachsender Brutalität geführt.

Mit Bedacht stellt der Verfasser seinem Nachdenken über Geschichte und Gegenwart einen Abschnitt voran, der von Wahrheit und Lüge in den Zeiten des Krieges handelt. Was er an Beispielen anführt, füllt allein eine Leporelloliste verlogener Rechtfertigungsargumente und raffinierter Inszenierungen. Leser von Tageszeitungen können sie unschwer ergänzen. Gefordert sei größte Aufmerksamkeit gegenüber regierungsamtlicher Desinformation, Verfälschung und Irreführung. Tatsächlich ist zu keiner anderen Zeit so maßlos gelogen und demagogisch argumentiert worden wie im 20. Jahrhundert und heute: 1914, der Erste Weltkrieg war bereits ein paar Tage alt und deutsches Heer schon auf das Territorium anderer Länder vorgedrungen, da hatte eine Rede Kaiser Wilhelms II. in dem Satz gegipfelt: „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind.“ 1939 waren Deutsche in polnische Uniformen gesteckt worden, die den deutschen Sender Gleiwitz angriffen, um Hitler die Möglichkeit zu der Erklärung zu geben, nunmehr werde „zurückgeschossen“. 1991 wurde bekanntlich von einer PR-Firma eine Welle moralischer Empörung gegen Irak produziert; man ließ die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA als Krankenschwester verkleidet mit tränenerstickter Stimme vor die Fernsehkameras treten und berichten, sie habe miterlebt, wie irakische Soldaten in der Klinik die Brutkästen mit den Säuglingen herausgerissen und barbarisch die Kleinkinder getötet hätten. Wer Kriege führen will, muss auch Krieg um die Köpfe derer führen, ohne deren Mitwirkung und ohne deren Akzeptanz Kriege nicht stattfinden könnten.

Großes Interesse weckt vor allem der letzte Abschnitt „Die Zukunft der Menschheit: Rechtsordnung oder Gewaltherrschaft“. Eigentlich, so meint Kühnl, sei es notwendig, eine völkerrechtliche Ordnung zu etablieren, die optimal die sozialen, kulturellen und ökologischen Interessen der Menschheit zu realisieren vermag. Doch angesichts der US-Machtpolitik laute gegenwärtig die Frage, ob Normen für ein friedliches Zusammenleben der Völker gesichert werden können, oder ob sich jene durchsetzen, die das „Recht des Stärkeren“ vertreten. Mit Norman Paech ist er der Auffassung, die USA würden auf den „Tiefpunkt ihrer Rechtskultur“ zusteuern, und er zitiert zustimmend das Urteil des Harvard-Professors Michael Ignatieff: „Die größte Gefahr für die Menschenrechte geht heute von den USA aus.“ Da liegt Kühnls Schlussfolgerung nahe, dass eine „sozial, kulturell, ökologisch und friedlich gesicherte Zukunft nur durch die schrittweise Zurückdrängung der Machtstellung der USA“ zu erreichen sei. Er übersieht nicht, dass auch das europäische Kapital weltweit um Märkte und Ressourcen ringt sowie kräftigen Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften betreibt.

Reinhard Kühnl: Krieg und Frieden. Von den Kolonialkriegen und den Weltkriegen bis zur „Neuen Weltordnung“ der USA. Distel Verlag, Heidelberg. 83 S., geb., 6,00 Euro.

Neues Deutschland, 8. bis 13. Oktober 2003, S. 13.

Deutsche Ehre

Auffallend häufig war in den Tagen nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund von der „Ehre“ der Deutschen die Rede. Man müsse „hart sein und nicht von der Ehre weichen“, so lautete die größte Schlagzeile des „Völkischen Beobachters“ vom 25. Oktober 1933. Und es hieß auch: „Uns ist die Ehre viel zu wertvoll, als dass wir sie so leichtsinnig preisgeben wollen.“ Solche Sätze standen besonders knallig über den Berichten, welche den Reden der führenden Nazis galten. Vor allem die Rede Hitlers, die er am Vortag im Berliner Sportpalast gehalten hatte, wurde gleich der vom 17. Mai d. J. als „große Friedensrede“ gepriesen. Noch einmal begründete der Kanzler seinen Schritt der Abkehr von der Völkergemeinschaft mit dem Hinweis auf die waffenstarrende Militärmacht der anderen Staaten und die fehlende Rüstungsgleichberechtigung des Reiches; natürlich hieb er auch in die antibolschewistische Kerbe. Zugleich unterbreitete er ein „großzügig“ genanntes Angebot: „Wir sind bereit, dem französischen Volk die Hand zur Versöhnung zu bieten!“ Und weiter: „Nach der Rückkehr des Saargebiets zum Reich könnte nur ein Wahnsinniger an die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden Staaten denken, für den von uns aus gesehen dann kein moralisch oder vernünftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist.“

Hitler ertete einen stürmischen Beifall der Versammelten. Offensichtlich hatten die Jubelnden jene Sentenzen des Buches „Mein Kampf“ nicht gelesen, die verbalen Kriegserklärungen glichen? Da stand doch klar und deutlich, dass in der „Vernichtung Frankreichs“ nur ein Mittel zu sehen sei, „um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die Möglichkeit zur Ausdehnung geben zu können“. Der Verfasser hatte strikt gefordert, alle Deutschen müssten sich vollständig darüber klar werden, dass Frankreich der „unerbittliche Todfeind“ sei und es bleiben werde.

Am 12. November, dem „Tag der Ehre“, stimmte die Mehrheit der Deutschen dem außenpolitischen Kurs des Regimes zu und wählte zugleich einen neuen, einen rein nationalsozialistischen Reichstag. An den letzten Satz der so genannten Friedensrede Hitlers vom 24. Oktober 1933 erinnerten sich allzu viele erst nach dem Zweiten Weltkrieg: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 25./26. Oktober 2003, S. 21.

Wendetag

Zwei Tage nach der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (95,1 Prozent mit Ja) fand in Berlin eine Ministerbesprechung statt. Einziger Tagesordnungspunkt: die an Hitler gerichtete Ansprache Franz von Papens. Da pries der Vizekanzler seinen Herrn in höchsten Tönen: Er stehe unter dem Eindruck des „einzigartigen, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt habe“. Werde aus „historischer Perspektive“ das Wahlergebnis betrachtet, dann müsse der 12. November 1933 als ein „Wendetag der deutschen Geschichte“ gelten. Nunmehr sei auch die Notwendigkeit einer Neuordnung Europas „in ein entscheidendes Stadium getreten“. In der Huldigung an den Reichskanzler erinnerte er auch an dessen häufig verwendete Parole: „Nach dem Sieg binde den Helm fester.“

Prompt reagierten die Herausgeber der Wochenbeilage „Wehrpolitik und Landesverteidigung“ im Zentralblatt der NSDAP. Mit Blick auf angebliche Erfahrungen aus der Zeit des Weltkrieges schlussfolgerte der Autor, dass da, wo deutsche Kämpfer versagt hätten, es sich „vorwiegend um ein rassisches Versagen“ gehandelt habe. Explizit forderte er „Pflege der kämpferischen Qualität“ von Soldaten. Notwendig sei deren Erziehung und Ausbildung zu „seelischer Härte“, denn es dürfe nicht allein um eine Technisierung der Wehrmacht gehen. Solchem Anliegen dienten auch die am 17. November verkündete Wiedereinführung der Kriegsgerichtsbarkeit sowie die Richtlinien, die Reichswehrminister Blomberg am 21. November für die weitere „Wehrpropaganda“ herausgab.

Deutlich ließ in diesen Tagen die gleichgeschaltete Presse erkennen, welche Probleme nunmehr in den Vordergrund der nationalsozialistischen Außenpolitik gelangten. Viel war vom Saargebiet die Rede; die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ widmeten dem Thema „Die deutsche Saar“ das gesamte Dezember-Heft. Und immer wieder war von Österreich zu lesen. Als bei einem Grenzzwischenfall an der deutsch-österreichischen Grenze der Reichswehrsoldat Michael Schumacher von einer österreichischen Patrouille erschossen worden war, organisierte das Regime die Beerdigung am 27. November als pompösen Staatsakt auf dem Nürnberger Westfriedhof. Reichswehrminister Blomberg legte einen Kranz Hindenburgs nieder, und Hitler nannte den Toten in seiner Traueransprache einen „Blutzeugen des neuen Deutschland“.

Aufschluss für dieses Interesse am Nachbarland bot unter anderem die Mitte November erschienene Broschüre „Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild“. Sie enthielt ein Konzept für die Beseitigung des Föderalismus und die Neugliederung des Deutschen Reiches. Ihr Verfasser Helmut Nicolai, soeben in das Reichsinnenministerium als Verantwortlicher für die Vorbereitung der Reichsreform berufen, sah die Zusammenlegung mehrerer Länder und Provinzen vor. Deutschland sollte künftig lediglich 14 Gebiete umfassen – eins davon sollte Österreich sein.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. November 2003, S. 21.

Bestürzung

Hitlers Botenjunge

Werbekräftig suggeriert der Verlag, der Autor habe einige der Nazi-Größen persönlich kennen gelernt. Tatsächlich hat L., als 16-Jähriger vom 21. April bis 2. Mai 1945 dem Reichsjugendführer Artur Axmann als Melder zugeteilt, 22 der damals 46 im Bunker anzutreffenden Personen gesehen. Seinen Kontakt zum Propagandaminister und Reichsverteidigungskommissar von Berlin beschreibt er so: „Einmal begegnete ich Joseph und Magda Goebbels gemeinsam, als ich ihnen ein Telegramm von Gauleiter Hanke aus meiner Heimatstadt Breslau überbrachte.“

Um es vorweg zu nehmen: Aussagekräftiges über das Personal des „Führer“-Bunkers sowie Bunkers der Parteikanzlei, in den sich auch die HJ-Spitze zurück gezogen hatte, stammt eher aus späteren Gesprächen und der Literatur. Zwei Drittel des Bandes füllen Kindheitserlebnisse in einer Familie, deren Oberhaupt als Rundfunkmanager und Geheimdienstler stramm dem „Führer“ diente, seinen Sohn zu einem fanatischen Helden erziehen wollte und selbst nach 1945 uneinsichtig blieb. Ferner erzählt L. von Erlebnissen in Schulen, HJ-Gruppen und im Volkssturm. Als einer der mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichneten Jungen wurde er von Axmann nach einer eher zufälligen Begegnung für jene Gruppe ausgewählt, die am 20. April 1945 dem Diktator zu gratulieren hatte.

Der Autor lässt den Leser nachvollziehen, wie ihm NS-Gesinnung und Kriegsbegeisterung nahe gebracht wurden, wie die nationalsozialistische Propaganda auf ihn wirkte und weshalb er ihr verfallen war. Alles ist geschrieben aus dem Wissen, zum Dienst für einen Verbrecher und für ein sinnloses Kriegführen erzogen worden zu sein. Das Buch handelt zugleich von ehrlicher Bestürzung über das, was er nach dem Krieg zur Kenntnis nehmen musste und ihn zum Nachdenken bewegte. Dies ließ L. von einem glühenden Verehrer Hitlers zu einem 1953 in die USA ausgewanderten Gegner des Nationalsozialismus werden, der sich seither zu striktester Ablehnung von Gewaltlösungen in gesellschaftlichen Konflikten verpflichtet sieht.

Armin D. Lehmann: Der letzte Befehl. Als Hitlers Botenjunge im Führerbunker. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 2003, 382 S., geb., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. November 2003, S. 11.

Ostland

Trotz aller Friedensbekundungen auch nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wurde am 4. Dezember 1933 in Berlin eine Ausstellung eröffnet, die in andere Richtung wies. Zu ihr fand sich viel Prominenz des Regimes ein, zumal Hitler die Schirmherrschaft übernommen hatte. Regie führte der „Bund Deutscher Osten“ (BDO), der seit Ende Mai alle nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Ostverbände zusammenfassen und unter den Einfluss der NSDAP bringen sollte. An seine Spitze wurde Franz Lüdtke berufen, Autor revanchistischer Romane sowie Redakteur der „Ostlandschriften“. Mit dem neuen Verein – Pendant zu diesem war ein „Bund Deutscher Westen“ – avancierte er zu einem Hauptamtsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP.

Die Ausstellung trug den Titel „Der Osten – das deutsche Schicksalsland“. Dargestellt wurden die „deutschen Leistungen“ in Ostpreußen, Posen, Schlesien sowie in Österreich und in den Sudeten. Zwar war von Brauchtumspflege und Heimatverbundenheit die Rede, doch sollte alles, wie Lüdtke intern bekundete, der Suche nach einer „schöpferischen Form für die Umgestaltung des Ostraumes“ dienen. Ganz in diesem Sinne ließ Lüdtke den Preußischen Pressedienst der NSDAP wissen, es sei nicht damit getan, dass „sich ein paar brave Bürger zusammensetzen und bei Eisbein und Sauerkohl alte Erinnerungen aus der lieben Heimat austauschen. Die Zeit fordert anderes und mehr“. Was aber die Herren der neuen Zeit erwarteten, brachte er auf die einfache Formel: „Wir kennen keine Grenzen im Ostraum.“

Die Ausstellung verbreitete nationalistisches Gedankengut und weckte Gewaltbereitschaft für Ziele, die über eine bloße Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914 hinaus reichten. Theodor Oberländer, der 1934 eingesetzte Nachfolger Lüdtkes an der Spitze des BDO, bekannte freimütig: „Der Volkstumskampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ – Aus dem BDO ging einige Jahre später die berühmte „Volksdeutsche Mittelstelle“ hervor, die Himmlers Umsiedlungspolitik zu organisieren half.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. Dezember 2003, S. 21.

Das eigene Todesurteil

„Götterdämmerung“ und Reichsrätekongreß im Dezember 1918

Gleichsam über Nacht zerbrach das monarchistische Regime im November 1918. Die Eliten des Wilhelminischen Reiches sahen sich von den Ereignissen überrollt. Entnervt schrieb Friedrich Naumann, führender Kopf der Fortschrittlichen Volkspartei: „Alles zerfließt mit einem Male ... es ist für uns eine Götterdämmerung.“ Die Massen eroberten sich soziale Rechte und politische Freiheiten. Laut erscholl der Ruf nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie und der Entmachtung von Großindustriellen und Großagrariern. Aus allen Teilen der Arbeiterschaft kam dieser Ruf, ja er wurde sogar von bürgerlich-humanistischen Kräften begrüßt. So bekannte sich der „Bund Neues Vaterland“ zu einer sozialistischen Republik und erklärte: „Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund geführt (...) Nur die sozialistische Gesellschaft kann die Völker vor dem Verfall in die Barbarei retten.“

Mit den in den ersten Revolutionstagen entstandenen Arbeiter- und Soldatenräten als gewählten Kampf- und potentiellen Machtorganen keimten vielerlei Hoffnungen auf. Der in Berlin geschaffene zentrale Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte nahm für sich exekutive und legislative Rechte in Anspruch, ja er betrachtete sich sogar als das höchste Kontrollorgan aller Behörden. In diesen Behörden führten allerdings sieben der früheren zwölf Staatssekretäre ihre Ämter weiter. Sozialdemokratische „Beigeordnete“ sollten deren Tätigkeit kontrollieren, doch erfuhren sie bald, mit welcher Skrupellosigkeit und Raffinesse man sie ausschaltete; Karl Kautsky konnte beispielsweise seine Aufgabe im Auswärtigen Amt schon im Dezember nicht mehr ausüben. Zudem berief der Rat der Volksbeauftragten für dieses Amt am 13. Dezember den Grafen von Brockdorff-Rantzau zum neuen Staatssekretär, obwohl (oder weil?) er zur Bedingung gemacht hatte, die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte einzuschränken.

Die Konterrevolution gewann an Einfluß, z. B. durch die sich neu formierenden bürgerlichen Parteien, vor allem aber durch das Bündnis, das Friedrich Ebert mit der Obersten Heeresleitung geschlossen hatte und das ihn veranlaßte, am 10. Dezember die nach Berlin zurückkehrenden und „Heil Dir im Siegerkranz“ tönenden Truppenteile mit den wahrheitswidrigen Worten zu begrüßen: „Vom Feinde unbesiegt!“ Die Augen wurden kräftig verschlossen vor den Gefahren, die von rechts drohten. Geschützt werden mußten die Republik und der Sozialismus lediglich vor Spartakus, erklärte Max Cohen, einer der rechtsten unter den sozialdemokratischen Politikern. Sein Argument: Er glaube einfach nicht, „daß die Truppen gegen alles, was sozialistisch ist, vorgehen werden“. Demgegenüber hatte der Vollzugsrat schon am 23. November den Aufruf zur Vorbereitung des Ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands mit den Worten begründet: „Jetzt gilt es, die Mächte der Gegenrevolution, die nach dem ersten Schrecken aus ihren Winkeln hervorkriechen, niederzuhalten.“

Wie die Auseinandersetzung um „Rätemacht oder Nationalversammlung“ enden würde, ließ die Generalversammlung des Verbandes der Unabhängigen Sozialdemokraten Berlins erkennen, die am 15. Dezember in der Pharusssälen stattfand. Hugo Haase hielt das Referat über die politische Lage, doch ging es ihm fast nur um die Frage, ob ein Wahltermin im März nicht besser sei als der im Januar. Rosa Luxemburg trat ihm scharf entgegen. Für ihre Resolution und die Forderung, die ganze politische Macht sei durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu übernehmen, stimmten jedoch nur 195 der Anwesenden. 485 Stimmen dagegen erhielt die Resolution, welche die Wahlen für eine Nationalversammlung zur wichtigsten Aufgabe der USPD erklärte.

Nach diesem „Vorspiel“ fiel auf dem am 16. Dezember beginnenden Reichsrätekongreß die den weiteren Verlauf der Revolution wesentlich beeinflussende Entscheidung zugunsten der Parole „Nationalversammlung statt einseitiger Klassenherrschaft“. Zwar gingen die Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen und der noch zur USPD gehörenden Spartakusgruppe weiter, doch fanden sie weniger unter den fast 500 Teilnehmern des Rätekongresses statt, die sich im Preußischen Abgeordnetenhaus eingefunden hatten. Schon am ersten Tag, der mit Reden von Richard Müller und Fritz Ebert eingeleitet wurde, sprach sich eine große Mehrheit dage-

gen aus, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Im Saal nahm man es denn auch als bloßen Zwischenfall hin, daß vor dem Gebäude lautstark andere Forderungen erhoben wurden. Organisiert vom Spartakusbund und den revolutionären Obleuten, erhob sich da, wie die Rote Fahne schrieb, die „Stimme des arbeitenden Volkes Berlins“. Im Namen von 250.000 Demonstranten trug Paul Weyer als Sprecher einer Abordnung der Demonstranten den Delegierten vor, was sie wollten: Deutschland solle eine freiheitliche, sozialistische Republik sein und die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten gehören; der Vollzugsrat sei als das rechte Organ der Gesetzgebung und Exekutivgewalt zu bestimmen, so daß auch die „Volksbeauftragten“ von ihm zu ernennen und abzusetzen sind; Absetzung der regierenden Volksbeauftragten Ebert und Haase; energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen, vor allem durch die Entwaffnung der Gegenrevolution und die Bildung der roten Garde; Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und zur Weltrevolution. Einiges davon wurde im Saal mit Bravo-Rufen begrüßt, anderes mit großer Empörung abgelehnt. Schließlich erklärte der Vorsitzende des Kongresses den Abgesandten, sie mögen draußen den wartenden Arbeitern erklären, daß der Kongreß ihre Forderungen zur Kenntnis genommen habe und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden werde. Nach solcher Mitteilung zogen die Demonstranten zum Begräbnisplatz der Märzgefallenen von 1848, wo Karl Liebknecht und Paul Levi zu ihnen sprachen.

Im Saal vergingen mehrere Tage mit Reden und Widerreden, Beschlußanträgen und Abstimmungen. Der wichtigste Tagesordnungspunkt galt am 18. Dezember dem Thema „Nationalversammlung oder Rätesystem“. Er wurde durch Referate von Max Cohen und Ernst Däumig (USPD) eingeleitet. Ersterer verlangte, die Politik müsse „Voraussetzung für die Ökonomie“ schaffen, denn eine „geregelte Produktion“ sei in Deutschland nur durch die Nationalversammlung möglich. Die Furcht, daß diese keine sozialistische Mehrheit erhalte, wenn vorher nicht sozialisiert worden sei, sei nach seiner Auffassung unbegründet. Je früher die Wahlen stattfänden, desto geringer wären die Chancen zu einer Verhinderung des Sozialismus. Die Räte könnten neben der Nationalversammlung fortbestehen, natürlich mit beschränkten Aufgaben. Däumig hingegen verlangte, daß sich der Rätekongreß als Nationalversammlung konstituiert, und argumentierte historisch: Wie das parlamentarische System eine Notwendigkeit der bürgerlichen Demokratie gewesen sei, so sei das Rätesystem die gegebene Ausdrucksform der sozialistischen Gesellschaft und der Sozialismus das neue „Grundprinzip der Welt“.

Mit 344 gegen 98 Stimmen wurde Däumigs Antrag abgelehnt und beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durchzuführen. Realismus und Resignation sprachen aus ihm, als er bei seinem Schlußwort in den Saal rief, mit ihrem lautstarken Jubel nach dem Vortrag von Max Cohen hätte die Mehrheit der Delegierten bereits das „eigne Todesurteil gesprochen“ ...

junge Welt, Sonnabend, 13.12.2003, S. 14.

Erfindungen

In einer Rückschau auf 1933 behauptete das NS-Satire-Blatt „Die Brennessel“, das vergangene Jahr werde sicher als das des „neuen Deutschlands“ in die Geschichte eingehen, darüber hinaus aber auch als das „der größten Erfindungen über das neue Deutschland“. Wieder einmal wurde suggeriert, das Ausland verunglimpfe den deutschen Staat und seine Regierung als Gegner des Friedens und beteuert, im Reich finde Aufrüstung nicht statt, gebe es keine Absicht, Krieg zu führen. Derartige Meldungen seien frei „erfunden“.

Indessen stellt z. B. die britische Journalistin Dorothy Woodman für die gleiche Zeit eine „Militarisierung der literarischen Produktion“ fest. Sie analysierte das in Deutschland erschienene „kriegswissenschaftliche“ Schrifttum und kam zu dem Ergebnis: „Der Kriegsbücher ist kein Ende. Es ist unmöglich, die Titel dieser Bücherflut auch nur annähernd aufzuführen.“ 1933 seien 256 Bücher solchen Inhalts veröffentlicht worden, während es im Jahr zuvor nur 198 gewesen sind; 1935 sollten es dann sogar 433 sein. Ihre berechtigte Schlussfolgerung lautete: „Der Wehrgeist, der Kriegsgeist, der Kriegswille sollen im deutschen Volk genährt und angestachelt werden, während die Machthaber offiziell die Welt mit dem Gaukelspiel ihrer ‚Friedensliebe‘ zu betören versuchen.“ Schätzungen anhand der Deutschen Bücherverzeichnisse besagen, dass 1933 in Deutschland mehr als 500 gewalt- und kriegsrechtfertigende Titel auf den Büchermarkt geworfen wurden. Demgegenüber fand kriegsgegnerische, pazifistische Literatur keinen Verleger mehr. Zudem erlebten die Bücher von Werner Beumelburg, Edwin E. Dwinger, Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Franz Seldte, Hans Zöberlein und vieler anderer Verherrlicher des „deutschen Soldatentums“ Neuauflagen von mehreren Zehntausenden. Auch Kino und Radio gerieten schon 1933 zu einem „Kriegsschauplatz“.

All dies war Begleitmusik für jene wichtige interne Entscheidung, die im Dezember 1933 fiel: Verdreifachung des deutschen Heeres auf 300.000 Mann und Vorbereitung einer allgemeinen Wehrpflicht. Die Details wurden am 20./21. Dezember führenden Reichswehr-Befehlshabern erläutert.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 27./28. Dezember 2003, S. 21.

„Ich habe mehrere Leben gelebt“ – 23 Jahre als Emigrant in Russland

Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2003, 452 S., Abb., 29,00 Euro.

Seit 1987 kenne ich diesen Satz: „Ich habe mehrere Leben gelebt.“ Er stand – vielsagend und doch weitgehend unverstanden – am Anfang einer Rede, die Wolfgang Ruge in der bis auf den letzten Platz gefüllten Aula der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität hielt. Die unmittelbare Fortsetzung lautete: „Bin in verschiedenen Ländern – auch fern von Europa – unterschiedlichen Berufen nachgegangen. Immer sehr gegenwartsbewusst.“¹ Mit solchen Worten leitete er damals seinen Dank für die ihm verliehene Ehrendoktorwürde ein. Den Beschluss, ihn auf diese Art und Weise auszuzeichnen, hatte der Akademische Senat am 2. Dezember 1986 gefasst. Es gelte, so lautete die Begründung, die herausragenden Verdienste des Historikers Wolfgang Ruge um die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR und insbesondere seine beeindruckende Darstellung „der Lebenswege führender Gestalten der deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts“ zu würdigen.²

Der so Geehrte stand damals am Beginn seines 70. Lebensjahres. Drei Jahrzehnte Arbeiten und Wirken in der DDR lagen hinter ihm, nachdem er, wie alle wussten, 1956 aus der Sowjetunion zurückgekehrt war. Die jüngeren Söhne der Muse Klio schauten zu ihm auf, und es bedeutete auch mir als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät außerordentlich viel, die Laudatio halten zu dürfen. Noch heute stehe ich zu dieser, in der ich von einem der „produktivsten und profiliertesten“ sowie „bekanntesten und anregendsten“ Historiker der DDR sprach. In welchem Maße anregend, zeigte sich den Versammelten sogleich, als er seinem „Nachdenken über Weimar“ Ausdruck verlieh und viele seiner Zuhörer mit der Feststellung überraschte, der deutsche Staat sei zwischen 1919 und 1933 – früher von ihm selbst etwas abschätzig als „Republik auf Zeit“ charakterisiert – besser als sein Ruf gewesen. Gewiss, es dürfe nicht vergessen werden, dass aus der Weimarer Republik ein Regime hervorgegangen ist, das den grauenhaftesten aller bisherigen Kriege entfesselt habe. Aber, so seine Worte, bewerten müsse man „diese Republik jedoch nach dem, was sie war. Kraft objektiver Gegebenheiten konnte, solange sie bestand, in Deutschland nicht mit der Gewinnbarkeit eines Angriffskrieges gerechnet werden.“³ In der Zeit ihrer Existenz ging nun einmal von deutschem Boden kein Krieg aus.

An die Adresse jener, die gewohnt, ja auch daran gewöhnt worden waren, jene 14 Jahre der Weimarer deutschen Republik lediglich von ihrem Endpunkt her zu betrachten, richtete er den mahnenden Satz: „Auch in unserer brisant politischen Wissenschaft, die verständlicherweise mehr als andere Disziplinen um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit bangt, ist es töricht, die Überprüfung unverrückbar scheinender Erkenntnisse zu scheuen, wenn die gesellschaftliche Erfahrung dazu drängt.“⁴

Solche Prüfungsmühe hat er nun, 16 Jahre nach der Verleihung des Titels doctor honoris causa, erneut geschultert. Sie betrifft wichtige Stationen seines dreiundzwanzig Jahre währenden Aufenthaltes in einem Land, mit dem er als junger Kommunist zunächst große Hoffnungen verband, in dem er sich jedoch mehr und mehr ins Abseits gestellt sah, nicht nur politisch, sondern auch geistig, fühlte er doch, wie dort die wohlformulierten Grundsätze marxistischer Theorie selbst den Anforderungen allgemeinsten Menschlichkeit nicht standhielten. Das Ergebnis seiner Fragen an sich selbst ist hier zu benennen und kann nicht weniger ertragreich geschätzt werden als viele seiner früheren Leistungen, wenn nicht sogar mehr.

¹ Wolfgang Ruge, Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 11.

² Ehrenpromotion, a.a.O., S. 4. Einen Überblick über das Schaffen Wolfgang Ruges bietet eine von Friedrich-Martin Balzer herausgegebene CD-ROM. Sie enthält zahlreiche Texte, darunter auch einen über seinen berühmten Urgroßvater Arnold Ruge, sowie als „Hörbuch“ 15 Sendungen, die von Radio DDR II ausgestrahlt worden sind.

³ Ehrenpromotion, S. 12 f.

⁴ Ebenda, S. 14.

Wolfgang Ruge nennt seine Erinnerungen Tatsachenbericht und schlichte Niederschrift; Bescheidenheit war ihm wohl stets eigen. Doch zugleich gestaltet der erzählende und zugleich exakt sezierende Geschichtswissenschaftler eine Bestandsaufnahme umfassender Art. Als „lebenslanger Außenseiter“, wie er sich selbst sieht, richtet er seinen Blick in den Abgrund menschlicher Verhaltensweise und Widersprüche überall auf der Welt. Insofern stehen die drei Ortsangaben im Titel des Buches „Berlin – Moskau – Sosswa“ tatsächlich ganz allgemein für Hoffnung und Illusion, für Ernüchterung und Enttäuschung sowie für Erniedrigung und ungerechtfertigte Demütigung.

Ersteres findet der Leser in den einleitenden Abschnitten. Da liest man zunächst von seiner Unbekümmertheit, ja von den uneingeschränkten Hoffnungen, mit denen er Berlin verlässt. Viel hat da der junge Kommunist bereits vor 1933 erlebt und überlegt. Er, der im Epochenjahr 1917 geboren wurde, aus einer traditionsbehafteten Familie stammt und entsetzt über die Gebrechen des Kapitalismus diesen überwinden helfen will, wird zunächst „Roter Pionier“, dann folgerichtig Mitglied des deutschen kommunistischen Jugendverbandes. Was er in der deutschen Hauptstadt erfährt und lernt, was seine Ideale wachsen lässt und seine Phantasie anregt, alles steht in engstem Zusammenhang mit dem „Vaterland der Werktätigen“. Moskau – allein diesen Namen versteht er – gleich zahlreichen anderen Arbeitern und Intellektuellen – als Synonym für die notwendige und zugleich erfolgreiche Revolution der ganzen Welt zur Überwindung des Kapitalismus.

Hier kann nicht im einzelnen beschrieben werden, wie steinig und dornig Ruges Weg zwischen 1933 und 1956 gewesen ist; das Buch sollte unbedingt gelesen werden.⁵ Lediglich einige markante Begebenheiten und Erlebnisse seien erwähnt.

Im August 1933 betritt Ruge gemeinsam mit seinem Bruder russischen Boden, wo seine Mutter als Funktionärin der Kommunistischen Internationale arbeitet. Da „überkommt ihn ein unbeschreibliches Gefühl, so wie es religiöse Menschen beim Anblick der Jungfrau Maria empfunden haben mochten“. Doch immer sieht er sich eines Tages nach Deutschland zurückkehren, „gereift und gestählt, um mitzuhelfen, auf den Trümmern des Hitlerreiches ein neues Leben aufzubauen.“ Ihn umfängt bald der Alltag, weit entfernt vom Erwarteten. Und es ist nicht so sehr die Armut, die ihm begegnet, es sind nicht die Schlangen in den Kaufläden – nein, es sind die sich mehrenden Diskrepanzen zwischen Anspruch und Realität, zwischen dem bürokratischen Herrschaftsapparat und den bedenkenlos Unterdrückten, die ihm auffallen und zu denken geben. Nicht ohne Schwierigkeiten kann er seine Ausbildung betreiben; er wird Kartograph und erwirbt an einer Abendschule die Hochschulreife. An der Universität der nationalen Minderheiten verdient er seinen Lebensunterhalt mit dem Zeichnen historischer Karten und beginnt im Herbst 1940 am Tschernyschewski-Institut ein Fernstudium im Fach Geschichte.

Als der Krieg hereinbricht, von dem Ruge sagt, er habe „sein ganzes Leben durcheinander gebracht“, wird erneut eine Hoffnung zerstört, und er muss feststellen, wie sehr sich bereits russischer Nationalismus über den proletarischen Internationalismus erhoben hat: Obgleich er 1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, sieht er sich nun als „Deutschländer“ behandelt. Statt, wie gewünscht, einberufen zu werden, trifft ihn und seine Frau Feindseligkeit: „Manche Leute glauben, ihre plötzlich entflammte Deutschfeindlichkeit zur Schau stellen zu müssen.“ Im Wehrkreiskommando, wo er sich sofort zu melden hat, hängt zwar die Losung „Jeder wird gebraucht!“, doch er erlebt das krasse Gegenteil. Mit seinem Ausweis, dessen Rubrik Nationalität ihn als Deutschen ausweist, darf er sich während der Bombardierung Moskaus nicht einmal am Luftschutz beteiligen. Schließlich erreicht ihn am 2. September 1941 der Deportationsbefehl. Einige Monate muss er in einer namenlosen kasachischen Siedlung darben und schuften, zusammen mit ehemaligen wolga-deutschen Bauern, die als Kulaken schon 1931 dorthin zwangsdeportiert worden waren. Aber auch hier soll er nicht geduldet werden. Anfang 1942 findet er sich – getrennt von seiner Ehefrau – als „Arbeitsmobilisierter“ im „Lagpunkt 239“ des Gulags im Norduralgebiet wieder, und das unter

⁵ Wer sich – zum eigenen Schaden – dem nicht unterziehen will, sei auf die ausführlichen Rezensionen aus der Feder von Werner Röhr (junge Welt, 15.09.2003), Kurt Pätzold (Neues Deutschland, 4./5.10.2003), Babette Heusterberg (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.10.2003) und Georg Fülberth (Freitag, 10.10.2003) verwiesen.

Sträflingen und Verbrechern, die vor allem Holz aus den sibirischen Wäldern zu gewinnen haben und qualvollem Sterben ausgeliefert sind.

Ruge erzählt in vielen Episoden vom elenden Dasein unter strenger militärischer Bewachung, von Hunger und Kälte, von Strafen und seiner „Arbeit“ als Holzfäller, Barackenwart, Saunaheizer, Bastschuhflechter, Gleisbauer, Heuschneider u. a. m. Er übersteht einen schweren Unfall und Krankheiten, getrieben vom Willen zur Selbstbehauptung. Dies verdankt er nicht zuletzt seiner Jugend und seiner Fähigkeit zur Anpassung. Ebenso spielten in entscheidenden Situationen immer wieder auch glückliche Zufälle eine Rolle. Vor allem treibt ihn der Gedanke, den Mann mit dem Schnauzbart, Stalin, überleben zu wollen, der ihm mehr und mehr als Inkarnation allen Übels erscheint. Zugleich analysiert er selbst erlebte Mechanismen und Funktionsweisen der „Unterführer“, die ein eigenes hierarchisches Herrschaftssystem schufen, Misstrauen säten sowie Spitzeltätigkeit und Denunziation erzwangen.

Erst 1944 beginnen sich die furchtbaren Verhältnisse langsam zu bessern. Die „Lebensgeister“ kehren zurück. Offiziell wird nun weniger von Sträflingen gesprochen, doch Ruge bleibt ein Verbannter, auch als er nach dem Krieg in Sosswa landet. Lange elf Jahre hat er hier zu verbringen, 1948 dekretiert der Oberste Sowjet sogar, dass er für alle Zeiten dort bleiben soll und sich lediglich im Umkreis von sieben Kilometern bewegen darf. Verletzt er diese Bestimmung, droht als Strafe zwanzigjährige Zwangsarbeit. Dennoch gelingt es ihm auf abenteuerliche Art und Weise, ein Fernstudium an der Universität Swerdlowsk zu absolvieren, in einer Stadt, die zu betreten ihm strengstens verboten ist. Generell seiner Perspektive beraubt, kann er bald nur noch denken: In dieser Sowjetunion ist die „Verwirklichung humanistischer Prinzipien, die der sozialistischen Idee zugrunde liegen, unmöglich“. Zwar keimen nach dem Tod Stalins neue Hoffnungen auf, nun gemeinsam mit seiner Frau Taja, die er 1954 geheiratet hat, nach Deutschland gelangen zu können. Doch es vergeht noch eine lange Zeit voller bürokratischer Hemmnisse. 1956 kehrt er wieder nach Berlin zurück.

Den Band beschließt der Abschnitt „Nach dreiundzwanzig Jahren wieder in Berlin“. Seine Rückkehr erfolgt in die DDR, selbstverständlich. Etwas anderes gab es für ihn nicht. Neue Hoffnungen, vielleicht erwachsen aus Alternativlosigkeit? Ja, möchte ich sagen, und dies „trotz alledem“. Wenn demgegenüber Fritz Klein dem Erinnerungsbuch Ruges vorwirft, die sich aufdrängende Frage nach dem Verhältnis zwischen dem dargestellten Lebensabschnitt und seinem dann folgenden, mehr als 30 Jahre währendem Wirken in der DDR unbeantwortet zu lassen⁶, berührt das auch, wenngleich in ganz anderer Hinsicht, Probleme meiner Laudatio auf Ruge aus dem Jahre 1987, auf die ich eingangs verwies. Denn da blieb der jetzt ausführlich dargestellte Lebensabschnitt keineswegs unerwähnt.⁷ Den eigenen Angaben Ruges folgend, enthielt sie Daten, Namen, Arbeitsfelder. Indessen klingt alles, lese ich es heute, allzu nüchtern und trocken, in gewisser Weise auch fern von Betroffenheit über ein recht ungewöhnliches individuelles Schicksal. Sicher, vom Erlebten wurde zu wenig und wohl auch beschönigend erzählt, wichtiger aber scheint mir die Feststellung zu sein, dass zu wenig, ja viel zu wenig danach gefragt worden ist. Wie, so wäre auch zu untersuchen, war (und ist!)

⁶ Wolfgang Ruge erinnert sich an seine Exiljahre in Russland. In: DIE ZEIT, Nr. 40 vom 25. September 2003, 58. Jg., Literaturbeilage, S. 29.

⁷ „Wie so viele andere war nach dem 30. Januar 1933 für seine Familie und ihn kein Bleiben in Deutschland. Von Ende 1933 bis 1956 lebte er in der Sowjetunion, die ihm 1936 ihre Staatsbürgerschaft verlieh. Von 1934 bis 1941 war er als Zeichenlehrling, Zeichner und Kartograph in Moskau tätig. Nach dem Erwerb des Abiturs begann er 1940 ein Fernstudium an der Historischen sowie an der Literarischen Fakultät dem Moskauer Tschernyschewski-Instituts für Philosophie, Literatur und Geschichte. Mit dem faschistischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR trat auch der junge Deutsche Wolfgang Ruge in eine schwere Zeit ein, verständlicherweise. Sie sah ihn als Landarbeiter in Kasachstan, als Holzfäller und Forstarbeiter in westsibirischen Gebieten, als Techniker und als Ingenieur beim Eisenbahnbau, seit 1951 als Oberingenieur im Projektierungsbüro des Forstbetriebes Nr. 239 im Uralgebiet. Von 1947 bis 1948 absolvierte er an der Historisch-Philosophischen Lenin-Universität Swerdlowsk ein Fernstudium, das er erfolgreich als Diplomhistoriker mit einer Arbeit über den Schwarzmeerhandel Venedigs und Genuas im 13. und 14. Jahrhundert abschließen konnte. Mit einem Zertifikat als Übersetzer für Englisch-Russisch beendete er 1950 ein Fernstudium am Moskauer Fremdsprachen-Institut.“ Ehrenpromotion, S. 9; siehe auch die von Balzer herausgegebene CD-ROM, die auch alle anderen von Ruge in Jena gehaltenen Vorträge enthält.

es möglich, dass Worte zwar Tatsachen wiedergeben, zumindest andeuten und dennoch die harte Wirklichkeit verbergen und verschleiern? Es handelte sich wohl kaum um reine Unwissenheit, eher um ein Ergebnis von Bindungen und Voreingenommenheiten, um das Resultat eingefahrener Denkstrukturen⁸ sowie schließlich um eine politisch-parteiisch gewollte Verdrängung. Allem liegt das „törichte“ Scheuen der Mühe zugrunde, unverrückbar erscheinende Tatsachen bezweifeln zu wollen und kritischer Befragung zu unterziehen.

Wolfgang Ruge forderte solches bereits in seiner Jenaer Rede „Nachdenken über Weimar“, von der eingangs gesprochen wurde. Er unterzog sich solcher Mühe 1991 mit dem Blick auf die gesellschaftlichen Wurzeln, als er sein außerordentlich lesenswertes Buch „Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte“ veröffentlichte. Nunmehr hat er sich seinem persönlichen Betroffenseins in den „grauenvollen und unverdienten“ sowjetischen Jahren (S. 731) zugewandt – wie gewohnt: gediegen und akribisch, nicht ohne eine gewisse Spur von Humor und altersweiser Menschlichkeit. In seine Erinnerungen ist zweifellos das Wissen um „mehrere Leben“ eingeflossen, und auch dies sollte Anlass bieten, immer und immer wieder Antworten auf die Fragen nach den Ursachen jener Zustände und ihnen adäquater Verhaltensweisen zu suchen.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 56, Dezember 2003, S. 218-217.

⁸ Auch von ihnen sprach Wolfgang Ruge 1997 während einer Konferenz des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.: „Ein Historiker, dessen Leben zur Neige geht, sieht sich zu einem doppelten Rückblick herausgefordert. Erstens, zu einer – letztmaligen – Betrachtung der Zeit, über die er geforscht hat, deren Pulsschlag und Atmosphäre er sich anhand unterschiedlich zu bewertender Quellen, aber auch unter Zuhilfenahme seiner Phantasie auszumalen bemüht war; ist doch Vorstellungsgabe bei Vorstößen ins Unbekannte und bei der Darstellung des Erkannten unverzichtbar. Zweitens, zu einem Rückblick auf sein eigenes Wirken zur Aufhellung der Vergangenheit, eines Wirkens, das von seiner Einstellung zur jeweiligen Gegenwart und von seinem Engagement in ihr geprägt war. Denn es ist ja, auch wenn Gegenteiliges behauptet wird, nicht so, dass der Geschichtswissenschaftler, ein ins gesellschaftliche Getriebe eingreifender Mensch, sich gänzlich von seinen weltanschaulichen, politischen, sozialen und kulturellen Bindungen lösen könnte, um schlicht zu berichten, ‚wie es eigentlich gewesen ist‘. So schließt dieser zweite Rückblick auch eine kritische Wertung der eigenen Bindungen und Voreingenommenheiten ein, insbesondere der Denkmuster, die zunehmend mit der Realität in Kollision gerieten und nach dem Zusammenbruch dessen, was wir halb entschuldigend Realsozialismus genannt haben, einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen.“ (Wolfgang Ruge, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs. In: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Hrsg. vom Thüringer Forum für Wissenschaft und Bildung e. V., Jena 1997, S. 6.)

Der Autor über sich selbst

Befragt nach meiner Rückschau auf die „Wende“ von 1989/90 sowie über die Ursachen meines Verhaltens vor und nach dieser Zeit nachdenkend, erinnere ich mich an mehrere bemerkenswerte Ereignisse. Nur auf zwei sei hier verwiesen, da sie gewissermaßen meinen Weg geprägt haben: Das eine erlebte ich als Zehnjähriger: Am 5. März 1945 klinkten mehrere Geschwader der Alliierten ihre Bombenlast über meine Geburtsstadt Chemnitz aus. Erstmals – zuvor lebte ich in einer kleinen schlesischen Stadt bei meinen Großeltern – begegnete mir Fliegeralarm, Lebensangst im Luftschutzkeller, Feuerstürme in Straßenschluchten und zu Ruinen zerfallene Häuser. Dem Tod selbst knapp entkommen und das Leben vieler Menschen ausgelöscht zu sehen – das bot mehr als nur einen kurzzeitig wirksamen Anlaß, nach dem „Warum“ zu fragen und den (Un-)Sinn von Kriegen erkunden zu wollen. Mit solchen Bildern vor Augen begann ich, auch nach Möglichkeiten zur Verhinderung von Kriegen zu suchen. Manche Antworten erhielt ich zwei Jahre später, als ich mit meiner Mutter aus einem dänischen Zivilinternierungslager nach Weimar kam, hier Erschreckendes über Buchenwald erfuhr und von Häftlingen dieses Konzentrationslagers hörte, was sie dort nach ihrer Befreiung geschworen hatten: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Auch im Nachhinein denke ich, damals einen folgerichtigen, einen mir keineswegs „verordneten“, sondern mir sinnvoll erscheinenden Schritt gegangen zu sein, eine Abwendung vollzogen zu haben vom bislang unpolitischen Leben des Kindes, eine Hinwendung des Jugendlichen zu aktivem Tätigsein-Wollen gemeinsam mit anderen und für alle. Es begann mit dem Eintritt in die Freie Deutsche Jugend. Alte gesellschaftliche Verhältnisse zu beseitigen, Neues und Besseres, vor allem Friedlicheres schaffen zu wollen, das erschien jeder Unterstützung wert. Nahezu euphorisch sang ich mit Klassenkameraden und Freunden von Trümmerbeseitigung und vom Aufbau, sowie über Brüder, die gemeinsam den Weg zu Sonne und Freiheit suchen, und später auch von der kleinen weißen Friedenstaube. Andererseits nahm ich die Auffassung Konrad Adenauers empört zur Kenntnis, daß es ihm lieber sei, das halbe Deutschland ganz zu haben als über ein einheitliches Deutschland nur halb verfügen zu dürfen. „Deutsche an einen Tisch“ – dieses Schlagwort, das einen Weg zur Wiedervereinigung des gespaltenen Landes weisen sollte, empfand ich als vernünftig, obgleich ich es schon als problematisch betrachtete, mit der Regierung eines Staates gemeinsame Politik zu machen, die weitaus weniger als die der DDR für eine gerechte Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher sorgte, die hohen und höchsten NSDAP-Politikern Gelegenheit für neue Ämter und Pfründe bot und die so kurze Zeit nach dem Krieg – wie es schien: provokativ – Wiederaufrüstung betrieb.

Es war ebenfalls ein 5. März, der dann im Jahre 1953 meinem Leben eine weitere Wendung gab. Kurz vor dem Abitur stehend, bat ich um Aufnahme in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. An diesem Tag war Stalin gestorben. Er galt als der Sieger über Hitler und über den für den Zweiten Weltkrieg verantwortlichen deutschen Faschismus, als der Garant von Völkerverständigung und Frieden, als der Führer in eine sozialistische Zukunft. All das hat Propaganda im Lande die Menschen glauben machen wollen; gegenteilige Nachrichten aus westlichen Gefilden konnten damals nichts erschüttern, argwöhnte ich doch, auch sie würden verbreitet, um neue gesellschaftliche Verhältnisse zu verhindern, und beförderten alten Völkerhaß und Kriegsgeschrei, die es eben zu überwinden galt. Mehr wußte ich von ihm nicht, daher stand mein Entschluß fest: Das notwendige Ringen gegen neuerliche Kriegsgefahren und für eine künftige Gesellschaft, die Frieden und ein menschliches Miteinander bringen sollte, mußte nach seinem Tod mit neuen Kräften, also auch mit meinen fortgeführt und verstärkt werden.

Geschichte zu studieren und Lehrer zu werden – das füllte die Jahre bis 1958 aus. Am Historischen Institut der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität beschäftigte ich mich mit der jüngsten Vergangenheit: Es entstand eine Examensarbeit über den antifaschistischen Widerstand von Kommunisten in Thüringen, später eine Doktorarbeit über die Jahre 1933 bis 1935 und danach eine Habilitationsschrift über die deutschen bürgerlichen Parteien am Ende des Ersten Weltkrieges und während der Novemberrevolution von 1918/19. Zum ordentlichen Professor für deutsche Geschichte wurde ich 1972 berufen und 1983 als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der FSU gewählt.

Lehrveranstaltungen, Forschungsarbeiten und Leitungstätigkeit füllten den Alltag aus, und das mit allen Freuden, die denkbar sind, ebenso auch mit allem Ärger, der nirgendwo ausbleibt. Freude verspürte ich in der Familie und im Freundeskreis, ebenso über Anschaffungen, die das Leben angenehm machten: Wohnung, Fernsehapparat, Waschmaschine, Auto usw. Mehrere erlebnisreiche Urlaubsreisen führten in osteuropäische Länder. Freuen konnte ich mich zudem über jede Publikation, die zur Veröffentlichung angenommen wurde. Stolz war ich auch auf die Erfolge kollegial erarbeiteter größerer Projekte, nicht zuletzt wegen der enormen Beachtung, die das von den Jenaer Historikern zu Beginn der 80er Jahre geschaffene vierbändige „Lexikon zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland von 1789 bis 1945“ fand. Kollegen aus der DDR und anderen sozialistischen Staaten gratulierten. Anerkennung sprachen desgleichen westdeutsche Historiker aus, verbunden mit Einladungen zu Vorträgen und Seminaren. Gern erinnere ich mich an Veranstaltungen der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, an Konferenzen in den USA und den Niederlanden. Seit 1987 nahm ich auch Anteil an den Bemühungen west- und ostdeutscher Historiker, gemeinschaftlich mit einer Publikation zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und zwei Jahre darauf zum Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Rußland in Erscheinung treten wollten. Da entstanden Kontakte, die vermuten ließen, Historiker aus der DDR würden als Partner und leistungsstarke Wissenschaftler be- und geachtet, und dies unabhängig von der Tatsache, daß wir uns als Verfechter des Marxismus und als deutsche Sozialisten verstanden.

Auch dies mag dazu beigetragen haben, daß vor der „Wende“ von 1989/90 der Gedanke nicht aufkam, in Deutschland und in der Welt könnte sich gleichsam über Nacht alles grundlegend verändern, es sei denn durch einen neuen und mit Atomwaffen geführten Weltkrieg, in dem – wie es hieß – als zweiter sterben würde, der als erster geschossen hatte. Eine neue militärische Katastrophe zu verhindern besaß Priorität in allem Denken und Handeln; „Pro pace mundi“ – so lautete daher der Titel einer von mir herausgegebenen Schriftenreihe der Jenaer Universität. Darin fand Unterstützung, was als Politik einer „Koalition der Vernunft“ gegen das Wettrüsten und für eine friedliche Überwindung des Kalten Krieges sowohl von der DDR als auch von einigen Politikern der BRD initiiert worden ist.

Heute frage ich mich auch, wann und wie Unbehagen darüber aufkeimte, daß aus meiner Parteiverbundenheit ein parteiisches Gebundensein an die SED entstanden war. Vor allem während der 80er Jahre wuchsen Unzufriedenheit und Verärgerung über bestimmte Zustände in der DDR und in der SED. Einiges empfand ich als unumgängliches Übel, anderes – z. B. die selektive und doppelzüngige Informationspolitik – mehr als ein Ergebnis unzureichender Führung. Die anwachsende kritische Nachdenklichkeit verband sich jedoch nur mit dem Versuch, selbst stärker Einfluß zu nehmen und zumindest im eigenen Wirkungskreis andere Prinzipien demokratischen Miteinanders und – z. B. in der Hochschul- und Berufungspolitik – primär wissenschaftsadäquate Kriterien durchzusetzen. Beruhigend wirkte die Tatsache, daß kritische Einschätzungen durchaus nicht immer ergebnislos blieben. Beispielsweise bewirkten die unter den DDR-Historikern geführten Debatten über Erbe und Tradition sowie über die Geschichte der deutschen Nation und über ihren Beitrag zur Weltkultur offensichtlich, daß die von Erich Honecker in Umlauf gebrachte These, in der DDR entwickle sich eine sozialistische deutsche Nation, bald wieder in der Versenkung verschwand. Auf dem letzten Historiker-Kongreß der DDR (Januar 1989) konnte offen über den deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. August 1939 und seine Folgen diskutiert werden, obgleich kurz zuvor das diesem Thema gewidmete „Sputnik“-Heft verboten worden war. Und in dem von den meisten Teilnehmern besuchten Arbeitskreis wurden nachdrücklich Defizite des Antifaschismus in der DDR thematisiert.

Ziel allen Unmutes, aller Gestaltungs- und Veränderungsbestrebungen war indessen in erster Linie die überalterte Parteiführung. Deren Unbeweglichkeit und Erstarrung riefen Besorgtheit hervor, fragendes Erstaunen ob der Unwilligkeit, sich nicht den mir damals als berechtigt erscheinenden, weil nach einem besseren Sozialismus verlangenden Forderungen von „Glasnost“ und „Perestroika“ öffnen zu wollen. Dem Erstaunen folgte Entrüstung, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre um sich griff. Diese galt der Hilf-, Rat- und Tatenlosigkeit angesichts der immer größeren Umfang annehmenden Flucht vieler DDR-Bürger, erst recht dem furchtbaren Satz Honeckers, man brauche

denen keine Träne nachzuweinen. Doch auch das eigene Drängen auf einen Wandel, der dem Staat größere Attraktivität hätte sichern können, erfolgte ohne Konzept, ohne konkrete Vorstellungen darüber, wie sich ein Übergang vom so genannten demokratischen Zentralismus – hinter diesem Schlagwort verbargen sich die politbürokratischen, letztlich stalinistische Strukturen der SED – zu einem demokratischen Sozialismus vollziehen ließe.

So erlebte ich die „Wende“ im Herbst 1989 eigentlich recht sprachlos. Wenig blieb noch zur Verteidigung dieser Partei- und Staatsführung zu sagen, leider auch nicht allzu viel über die Möglichkeiten einer Erneuerung der DDR, mehr jedoch bereits über neue Gefahren, die sich auftaten, als auf den Straßen plötzlich „Wir sind ein Volk“ gerufen wurde und nicht mehr das – sozialistische Demokratie heischende – „Wir sind das Volk“. Mißmut und Entmutigung, Niedergeschlagenheit und Resignation bestimmten für mehrere Wochen und Monate mein Denken. Zugleich nahm darin eine bislang unbekannte Furcht vor der Zukunft mehr und mehr Raum ein.

Man könnte es vielleicht skeptischen Optimismus nennen, den ich in der neuen Partei des demokratischen Sozialismus empfand, bevor ich austrat. Mit Zweifel und – wie es sich bald herausstellte: mit berechtigtem Mißtrauen – begegnete ich allerdings jenen Kräften, die eine bessere DDR zu wollen vorgaben, sich jedoch rasch den etablierten Parteien der Bundesrepublik anschlossen und von diesen zunächst hofieren, rasch aber völlig vereinnahmen ließen. Jede Freude über die deutsche Wiedervereinigung war überschattet vom Verdruß über die Art und Weise, wie sie vollzogen wurde, und mehr noch von der Furcht vor einer Rückkehr überwunden gehoffter Verhältnisse. Anlässe zu Protesten boten sich bald zuhauf, im Großen wie im Kleinen. Mir mißfiel, daß mit dem Ende der DDR zugleich alles strikt beseitigt werden sollte, was in ihr das Leben lebenswert gemacht hatte, daß alles „delegitimiert“ werden sollte (wie vom damaligen Bundesjustizminister Klaus Kinkel offiziell verkündet wurde), was die DDR als eine Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft erscheinen ließ, daß geistige „Aufarbeitung“ zwar berechtigt gefordert, indessen praktische „Abwicklung“ in die Arbeitslosigkeit betrieben wurde. All das erschien mir in erster Linie als Ausfluß eines haßerfüllten Unverstandes und bedenkenlosen Eroberungsgehabes, die in der Geschichte Sieger immer an den Tag gelegt hatten. Die Diskrepanz zwischen hehren Worten und tatsächlich betriebener Politik – in und an der DDR mit Recht kritisiert – nahm neue Gestalt an, und diese empfand ich nicht weniger abstoßend als jene, die nun der Vergangenheit angehörte.

Mich traf die „Abwicklung“ an der Jenaer Universität – sie betraf 95% aller Professoren und Dozenten der Geisteswissenschaften – gleichsam ins Mark. Sie bewirkte eine einschneidende „Wende“ meines Lebens und hinterließ schmerzhaft Wunden. In die Arbeitslosigkeit abgeschoben, als Hochschullehrer und Wissenschaftler diffamiert sowie weitgehend der notwendigen finanziellen Mittel beraubt, in Archiven und Bibliotheken zu arbeiten, was für Historiker unumgänglich ist – das prägte nunmehr meinen Alltag. Hinzu kam, daß manche Kolleginnen und Kollegen nun meinten, die eigene Haut auf Kosten anderer retten zu können. Das Schlagwort von den „Wendehälsen“ machte die Runde; manche meinten gar, bei zufälligen Begegnungen auf die andere Straßenseite gehen zu müssen, um sogar jeden Gruß zu vermeiden. Auch das Verhältnis zu früheren sozialdemokratischen, liberalen und konservativen Partnern aus den alten Bundesländern änderte sich – jetzt schien allein Konkurrenz zu dominieren und alle Kollegialität überholt. Selbst auf üble Tricks wollten einige der ausschließlich aus dem Westen neu berufenen Professoren nicht verzichten; unvorsichtig erzählte ich einem von meinen künftigen wissenschaftlichen Vorhaben und fand deren Themen später in seinem Veranstaltungsprogramm, aber keine Einladung, daran mitzuwirken. Auch auf recht banale „Argumente“ stieß ich: Als ich mit einem von ihnen über die zehn Monate währende Nichtauszahlung meines Gehalts sprach, auf Hilfe gegen unberechtigte, ja rechtswidrige Behandlung hoffend, erklärte dieser: Das sei doch eine Angelegenheit der Universitätsleitung, nicht die seinige – er könne sich da nicht einmischen. Ob er verstanden hat, wie sehr sein Verhalten gerade dem glich, was uns vorgeworfen und überall als Beweismittel ins Feld geführt worden ist, wo kein tatsächliches Fehlverhalten feststellbar war? Sich nicht „eingemischt“ oder keinen Widerstand gegen die DDR-Obrigkeit gewagt zu haben – all das tauchte unter den Begründungen auf, welche die angebliche Notwendigkeit einer totalen und mehr als einer Millionen Menschen betreffenden „Ab-

wicklung“ der DDR-Eliten rechtfertigen sollten. Ich frage mich darüber hinaus: Wie wird wohl die Geschichte darüber urteilen, daß den zuvor selbst von vielen Intellektuellen der BRD anerkannten Vorzügen des Hochschulwesens der DDR rigoros der Garaus gemacht und diesem ein Bildungssystem übergestülpt wurde, das bereits seit langem als überholt und reformbedürftig galt?

Es dauerte ungefähr ein Jahr, bis ich für mich selbst zu neuen Lebens- und Verhaltenspositionen fand. Verändert habe ich mich, doch nicht „gewendet“. Im Grunde glaube ich, viel aus dem Scheitern der DDR gelernt zu haben: Politischen Disziplinforderungen und jeglichen Instrumentalisierungsversuchen will ich mich nicht mehr unterwerfen. An allem, was mir vorgesetzt wird, zweifle ich ganz bewußt. Nachdenklichkeit halte ich auch dann für angebracht, wenn etwas auf den ersten Blick einzuleuchten scheint. Erst ein zweiter, dritter oder vierter Blick bringt Erkenntnis. Entscheidungen möchte ich grundsätzlich erst dann fällen, wenn abzuwägen war, was für und was gegen sie spricht, wenn dem Wust an den – oftmals irreführenden – Informationen zahlreicher Medien ein wahrheitsgemäßer Kern entnommen werden konnte.

Das gilt im persönlichen Leben wie im Betrachten der großen Politik. Letztere erweckt indessen mehr und mehr Verdruß, Widerspruch und Empörung. Von Vertrauen kann keine Rede sein, zu weit klaffen schöne Worte und die Realität auseinander, zu stark sehe ich da allein egoistische Interessen vertreten, wo vorgeblich für das Wohl der Allgemeinheit gewirkt werden soll. Von Moral, von ethischen Normen und der ansonsten viel gepriesenen Menschlichkeit vermag ich im Wirken der etablierten Parteien und der Regierungen auf Bundes- und Landesebene nichts zu erkennen.

Am häuslichen Schreibtisch befaßte und befasste ich mich viel mit dem deutschen Parteienwesen und seiner Geschichte. Daraus erwuchs ein Buch über die Geschichte der NSDAP, verfaßt gemeinsam mit dem Berliner Historiker Kurt Pätzold. Mit ihm zusammen verfaßte ich auch Biographien über Adolf Hitler – bereits in der DDR ein leider nicht zu verwirklichendes Ziel – sowie über Rudolf Heß. In den Versuchen, aus dem geschichtlichen Wirken von Parteien und ihren Führungen Zukunftsträchtiges abzuleiten, stoße ich jedoch auf Tatsachen und Entwicklungsprozesse, die Gegenteiliges schlußfolgern lassen. Politische Parteien gelten – endgültig seit den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges – als ein vermittelndes und verbindendes Glied zwischen Gesellschaft und Staat, als ein konstitutives Element jeder Herrschaftsausübung. Ihr Anliegen besteht jedoch hauptsächlich in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft, und ihre Machtorientierung beruht auf dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Obgleich sie parallel zu ihren partiellen Anliegen stets den Anspruch erheben, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen, konnten sie sich – jedenfalls bisher – nicht über ihren Parteienegoismus erheben: Machtfragen dominieren über Sachfragen, taktische Erwägungen über gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Solches Verhalten erwächst wohl auch heute nicht zuletzt aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit. Unverkennbar tritt immer wieder die Tendenz zu ihrer Oligarchisierung sowie zur Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate in Erscheinung. Politische Parteien scheinen ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Demokratie bedarf also aus meiner Sicht mehr als nur ihr zu dienen vorgebende Parteien, sie benötigt wirksame Kontrolle und Korrektive, sie verlangt Bewährung in der Auseinandersetzung mit Alternativen.

Trotz aller Skepsis will ich jedoch Menschheitsträume, Friedens- und Gerechtigkeitsideale nicht aufgeben. Ich will dort für sie eintreten, wo sie am ehesten noch im Blick sind. Parteien existieren nun einmal, und ohne sie wird es wohl auf absehbare Zeit kein demokratisches Regierungssystem geben. Also entschied ich, mich mit den mir verbliebenen Möglichkeiten des gesprochenen und geschriebenen Wortes für jene einzusetzen, die im bestehenden Parteienwesen in meinen Augen das kleinste, aber doch noch vertretbare Übel darstellen und – zumindest im Ansatz – Erfolg versprechende Alternativen zu den bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen bieten. So wende ich mich gegen allen Demokratie- und Sozialabbau, plädiere für mehr Gerechtigkeit und für größere Mitspracherechte derjenigen, deren Willen bislang lediglich „repräsentiert“,

zumeist jedoch nicht berücksichtigt wird. Von 1994 bis 2004 war ich daher als Vorsitzender der heutige Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. tätig.

In aktuellen politischen Diskussionen taucht oft dieser Gedanke auf: „Eine andere Welt ist möglich“. Vielleicht läßt sich das, was mir vorschwebt, auch und erneut als eine notwendige „Wende“ in den Lebensverhältnissen einer übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland verstehen. Doch wohin sich die heute betriebene Politik tatsächlich „wenden“ wird, steht offensichtlich in den Sternen und läßt mich Arges befürchten. Am Ende sollte indessen nur gelten dürfen, was Besseres, Menschenwürdiges und Friedlicheres zu befördern imstande ist ...

Leicht bearbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrages, der 2004 unter der Überschrift „Ich habe viel aus dem Scheitern der DDR gelernt“ in der Publikation „Menschen zur Wendezeit in Thüringen (Hrsg. Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien/ThILLM) erschien.

Kriegsfilme

Die hektische Eile, mit der das im Dezember 1933 beschlossene Programm zur Vergrößerung des deutschen Heeres realisiert werden sollte, trieb mitunter auch seltsame, wenngleich durchaus bemerkenswerte Blüten. So forderte der „Völkische Beobachter“ am 16. Januar 1934 in seiner wöchentlich erscheinenden Beilage „Wehrpolitik und Landesverteidigung“ eine rasche Änderung der Kinoprogramme: „Fort mit den militärischen Operettenfilmen!“ Diese seien schließlich jüdischen Ursprungs, und sie würden aus einer Zeit stammen, in der „das ganze deutsche Volk in den Lähmungen eines falschen Pazifismus“ verstrickt war, was zu einer „tödlichen Wehrentfremdung“ geführt habe. Zornig attackierte der ungenannte Verfasser u. a. die Filme „Zapfenstreich“ und „Was blasen die Husaren“. Statt solcher Streifen sollten die Deutschen doch endlich einmal ihre Wehrmacht „beim Dienst sehen“ und deren „Leistungen kennen lernen“.

Da sich den Mitgliedern und Anhängern der NSDAP die „Wehrhaftmachung“ zumeist mit einer Wiedergewinnung 1919/20 an Polen abgetretener Gebiete verband, stieß der nächste außenpolitische Schritt Hitlers vielfach auf Unverständnis, ja auch auf Ablehnung. Zweifellos: Mit dem Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages am 26. Januar 1934 hatten in Deutschland selbst Beamte des Auswärtigen Amtes nicht gerechnet. Vielleicht zeigte sich mancher auch deshalb schockiert, weil es im Vertragstext eindeutig hieß, man wolle „unter keinen Umständen ... zur Anwendung von Gewalt schreiten“, um Streitfragen zwischen beiden Staaten zu lösen. Von einer „Friedensgarantie“ war sogar die Rede, zumindest für zehn Jahre. Tatsächlich enthielt das Abkommen keinerlei Verzicht auf eine Revision der deutschen Ostgrenze. Daher tauchte wohl in der deutschen Presse die Bezeichnung „Nichtangriffsvertrag“ nicht auf. Der „Völkische Beobachter“ – er berichtete zudem weitaus umfangreicher von der Eröffnung der „Grünen Woche“ in Berlin – schrieb nur von einem „Verständigungsabkommen“. Sicher, darum handelte es sich auch: Der deutsche Faschistenführer dachte an antisowjetische Gemeinsamkeit, mehr indes noch an den späteren Kampf um „Lebensraum im Osten“. Zudem ging es ihm darum, eine französisch-polnische Abwehrfront gegen die deutsche Aufrüstung zu verhindern.

Bereits am 28. Februar 1934 machte Hitler den Spitzen der Reichswehr und der SA deutlich, wie er die mit dem Vertrag gewonnene Rückenfreiheit an der östlichen Grenze tatsächlich zu nutzen gedachte. Die neue deutsche Armee müsse „nach fünf Jahren für jede Verteidigung, nach acht Jahren auch für den Angriff geeignet sein“. Deutschland habe nun einmal Lebensraum zu erwerben, „den uns die Westmächte nicht gönnen. Daher könnten kurze, entscheidende Schläge nach Westen und dann nach Osten notwendig werden“.

Nun stimmte das Reichskabinett auch dem Reichslichtspielgesetz zu; es tritt zum 1. März 1934 in Kraft. Danach müssen Drehbücher vom Reichsfilmdramaturgen genehmigt sein. Zugleich werden Filme von Emigranten sowie von und mit Juden verboten. Und in Berlin wird schließlich ein Film über den Ersten Weltkrieg, „Stoßtrupp 1917“, uraufgeführt.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. Januar 2004, S. 21.

Flucht in die Provinz

Vor 85 Jahren: Mit einer „Thronrede“ begann fern von Berlin die Nationalversammlung zu tagen

Am 6. Februar 1919 konstituierte sich die Weimarer Republik. In der am 19. Januar 1919 gewählten Nationalversammlung verfügte die SPD als wählerstärkste Partei nur über 163, die USPD lediglich über 22 Sitze. Den bürgerlichen Parteien fielen 236 der 423 Mandate zu. Vier Arbeiter gehörten dem Parlament als Vertreter eines Volkes an, in dem jeder zweite zur Arbeiterklasse zählte.

Weimar, 6. Februar 1919: Nach knapp einer Stunde war sie vorbei, die erste Tagung der am 19. Januar 1919 gewählten verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Zwei Reden hatten auf der Tagesordnung gestanden: die von Friedrich Ebert für die Reichsregierung, wie es hieß, und erst danach die des 77jährigen Berliner SPD-Parteisekretärs Wilhelm Pfannkuch als Alterspräsident der 423 Abgeordneten.

Doch weshalb in Weimar? Die Entscheidung war am Tag nach den Wahlen gefallen, als der Rat der Volksbeauftragten beschloß, die Nationalversammlung nicht in Berlin tagen zu lassen. Scheidemann hatte argumentiert, in der Hauptstadt sei es „jeden Tag“ möglich, Hunderttausende Arbeiter auf die Beine zu bringen, da würden „alle militärischen Machtmittel gar nichts nützen“. Etwas anders formulierte der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Baake: „Die Konstituante soll die revolutionären Zustände beenden, und dazu muß sie absolut sichergestellt sein (...) Hat die Konstituante erst einmal eine legale Gewalt geschaffen, so werden wir mit Berlin sehr viel eher fertig werden, denn eine legale Gewalt kann viel entschlossener, unbekümmerter und rücksichtsloser vorgehen als die provisorische Regierung.“ Gustav Noske rühmte sich später, mit seinen Argumenten den Ausschlag gegeben zu haben. Generale hätten ihm eröffnet, „die agitatorische Bearbeitung der Soldaten durch Unabhängige und Spartakusleute sei derartig intensiv, daß sie für den Bestand der Truppe keine Garantie übernehmen könnten, wenn man längere Zeit in Berlin bleibe ... Weimar war verhältnismäßig leicht zu schützen.“ Es war demnach durchaus folgerichtig, daß im Kabinett am 21. Januar als erstes das Thema „Neubildung der Armee“ behandelt und dazu General Groener gehört wurde. Seine Forderung, die „kindische Angst vor der Konterrevolution“ müsse aufhören, stieß nicht auf Widerspruch.

Im Grunde begann der Marsch in die Weimarer Republik mit einer Flucht in das thüringische Provinzstädtchen, das militärisch leicht zu sichern war und keine nennenswerte Arbeiterschaft aufwies. Die Ortsgruppe der SPD umfaßte nicht mehr als 200 Mitglieder, die USPD zählte weniger Mitglieder in ihren Reihen als die Antibolschewistische Liga. Zudem stand die Stadt bei vielen im Ruf, „monarchistisch bis auf die Knochen gesinnt zu sein“. Darüber hinaus bot die Wahl Weimars den Vorteil, den gegen das preußische Berlin gerichteten Forderungen der süddeutschen Länder zu entsprechen.

Wird heutzutage der Weimarer Nationalversammlung und ihrer feierlichen Eröffnung am 6. Februar 1919 gedacht, stehen zumeist andere Argumente im Mittelpunkt. Gerühmt wird Eberts Rede, in der er davon sprach, der Militarismus sei „in Trümmer gestürzt“ und für immer erledigt, und die Wandlung Deutschlands „vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe“ ankündigte: „Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.“ Mit der Berufung auf die deutsche Klassik, auf Humanismus und Friedfertigkeit sollte Weimar als Chiffre einer Alternative zu dem Geist von Potsdam erscheinen.

Weniger Beachtung findet heutzutage anderes aus Eberts Rede vom 6. Februar 1919. „Das deutsche Volk ist frei ... und regiert in alle Zukunft sich selbst“, hatte er eingangs erklärt und sich nicht nur eindeutig auf die Revolution bezogen, sondern auch den Sozialismus als Ziel benannt: „Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann ... dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.“ Die zu schaffende starke Demokratie solle „mit wahren sozialem Geist und sozialistischer Tat“ erfüllt werden.

Daran wird kaum erinnert, auch nicht an die Häme vieler Abgeordneter der bürgerlichen Parteien, die ihm entgegenschlug, als er erklärte: „In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft.“ Er solle „abwarten“, zischten ihm alte Monarchisten und Konservative zu. In der bürgerlichen Presse verspottete man ungeniert den Sozialdemokraten als „Friedrich den Vorläufigen“.

Rasch erfolgten die ersten gesetzgeberischen Schritte. Schon am 10. Februar wurde das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt beschlossen, auf dessen Grundlage einen Tag später Ebert mit 277 Stimmen von 379 zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Am 13. Februar stellte Philipp Scheidemann die von ihm gebildete Regierung vor, gestützt auf eine Koalition von SPD, DDP und Zentrum. Was die beiden bürgerlichen Parteien zum Eintritt in die Regierung bewog, sprach Friedrich Naumann, der führende Kopf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), in der Debatte über die Scheidemannsche Regierungserklärung offen und in geschliffener Rhetorik aus: Eigentlich hätten es die Verhältnisse ermöglicht, eine „unsozialistische Mehrheit“ herzustellen, aber bedauerlicherweise könne eine solche „Zusammenfassung der Rechten“ die Revolution nicht beenden und damit die „Hauptzwecke der Gegenwart“ nicht realisieren, denn „gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter, unbeschadet der Differenzen ihrer eigenen Temperaturen und Auffassungen, zusammen zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, ... im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten“. Im Namen der Zentrum-Fraktion distanzierte sich Adolf Gröber in der ersten politischen Debatte der Nationalversammlung am 13. Februar von Äußerungen Eberts und Scheidemanns: „Wenn in den letzten Tagen hier im Hohen Hause der Ausdruck von der sozialistischen Republik gefallen ist, so wird er in Zukunft nicht mehr gebraucht werden dürfen.“

Die konservative und nationalliberale Opposition hatte anderes im Sinn. Da empfahl z. B. Max Hildebert Boehm der Führung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die Nationalversammlung müsse zwar einen „Sieg des Proletariats“ verhindern, dürfe jedoch nicht „zu einer Verewigung des überständigen westlerischen Parlamentarismus werden“. Und weiter: „Das Endziel, Mattsetzung des Parlamentarismus, kann heute an der Öffentlichkeit noch nicht erörtert werden, taktisch jedoch dürfen wir es keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.“

Am 25. und 27. Februar stand das „Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr“ zur Debatte. Man brauchte eine militärische Schutztruppe – nicht nach außen, dazu war das Ergebnis des Weltkrieges zu eindeutig. Mutig und gegen ständige Zwischenrufe angehend, versuchte Alfred Henke, USPD-Abgeordneter aus Bremen, vor der Wiederkehr des „alten Militarismus“ zu warnen. Das Gesetz sei „ein Schritt weiter auf dem Wege zur Konterrevolution“. Es war Gustav Noske, der zu beschwichtigen versuchte. Er hoffe, daß das bloße Vorhandensein der Reichswehr schon ernste Kämpfe im Innern verhindern werde. Etwas offener gab er sich am gleichen Tage jedoch gegenüber der bürgerlichen Presse, als er erklärte: „Gewiß, es ist eine teilweise Wiederbelebung des alten Systems, was wir jetzt machen; betonen Sie es aber bitte nicht; ein paar Monate noch, dann können Sie um so vorbehaltloser in die Propaganda für Ihre Ideen eintreten ...“

Harte Wortgefechte waren an der Tagesordnung. Sie hinderten die Abgeordneten nicht, am 22. Februar ein Diätengesetz zu beschließen – einstimmig selbstverständlich – und sich selbst für ihre Tätigkeit in Weimar monatlich 1000 Mark als Aufwandsentschädigung in bestimmten Fällen zusätzliche Tagegelder zu genehmigen. Nahezu alle anderen Abstimmungen über die zwischen dem 6. Februar 1919 und dem 21. Mai 1920 in 180 Sitzungen beschlossenen 149 Gesetze erhielten eine große Zahl an Gegenstimmen.

Das gilt auch für die Verfassung, über die lange und ausführlich gestritten worden ist. Deren Entwurf lag als Drucksache Nummer 59 vor und wurde am 31. Juli 1919 mit 75 Gegenstimmen verabschiedet. Das Ergebnis bedeutete dennoch alles in allem einen gewichtigen Fortschritt gegenüber dem Kaiserreich, waren in ihr doch wichtige politische, zudem auch eine Reihe sozialer Grundrechte des Volkes fixiert. Grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz sollte nun herrschen. In dem Satz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ spiegelte sich das demokratische Prinzip der Volks-

souveränität, das einst das Bürgertum in seinem Kampf gegen den Feudalabsolutismus und gegen die ausschließliche Souveränität der Fürsten auf seine Fahnen geschrieben hatte. Noch in der Verfassung von 1871 war das Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden worden.

Dennoch läßt sich bereits an diesem Grundsatz erkennen, in welchem Sinne die Mehrheit der Abgeordneten den von Hugo Preuß vorgelegten „Entwurf einer künftigen Reichsverfassung“ verändert sehen wollte. Ursprünglich hatte es geheißen: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.“ Diese weiterreichende und radikalere, dem Prinzip der Volkssouveränität stärker entsprechende Formulierung konnte nicht durchgesetzt werden.

Es lohnt auch in anderer Hinsicht, den ursprünglichen Entwurf mit dem verabschiedeten Text zu vergleichen. So sollte zunächst der zweite Teil der Verfassung, wenn auch in kürzerer Fassung, am Anfang stehen. Die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten als ein Grundrechtekatalog. In diesem Sinne erfolgte auch die Streichung des Artikels 107 aus dem Entwurf. Dieser hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Eine solche Festlegung hätte viel bedeutet, wäre mit ihr doch den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die Beamten des Kaiserreiches saßen!) sein können. Mit Artikel 107 wäre eine direkte gerichtliche Überprüfbarkeit des Grundrechtsteils der Verfassung festgeschrieben worden. Doch dagegen liefen die bürgerlichen Parteien Sturm. Sie unternahmen alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu lassen.

Daß zahlreiche Bestimmungen der Verfassung auch dazu genutzt werden konnten, deren demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Ihrer Herrschaftsform nach war sie im wesentlichen zu einem parlamentarisch angelegten Staat mit ausgeprägten präsidialen Zügen geraten, ausgestattet mit einem Regierungssystem, in dem die Exekutivgewalt immer mehr in den Vordergrund der politischen Machtausübung drängte. Die Wirklichkeit von Weimar hatte schon nach kurzer Zeit kaum noch etwas mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung gemeinsam, allenfalls mit jenen vieldeutigen und hintersinnigen Formulierungen, die 1919 in sie hineindebattiert worden waren. Der Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gebe etwas „Höheres“, sei es nun das „Heil des Ganzen“ oder die „Vorsehung“, von der schließlich die deutschen Faschisten sprachen.

Die Geschichte der am 6. Februar 1919 konstituierten Weimarer Republik geriet daher in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen demokratischer Willensbildungsprozesse und Verletzungen der Rechte jener Teile des Volkes, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten und für die der Gleichheitsgrundsatz nicht verwirklicht wurde. Bewußt legten die Faschisten dann am 21. März 1933 den „Tag von Potsdam“ als einen Tag der Rückkehr von Weimar nach Potsdam an. Auf der offiziellen Beschreibung der Ereignisse dieses Tages – am bekanntesten wurde vor allem der symbolische Handschlag zwischen Hindenburg und Hitler – prangte als Titel: „Die Nationalversammlung von Potsdam“. Der Verfasser meinte, nunmehr seien endlich neue Wege nach Weimar frei. Doch diese führten bekanntlich nach Buchenwald und in einen neuen Krieg.

junge Welt, Sonnabend, 07.02.2004, S. 14.

Fasching

Über alle Maßen feierte man in Deutschland Ende Januar 1934 den ersten Jahrestag der Berufung Hitlers an die Spitze der Reichsregierung. Auch in der beginnenden Faschingszeit zogen die Goebbels- Propagandisten alle Register, um noch einmal Hohn und Spott über die Weimarer Republik auszugießen. Als ein Motto bot das satirische Blatt der NSDAP „Die Brennessel“ an: „Vierzehn Jahre sahen wir Karneval, und immer hat nur der Teufel gelacht.“ Als „System“ wurde die Weimarer Republik diskreditiert, als ein Staat, der zu wenig für Kriegsfähigkeit getan habe und in dem es – so Goebbels in einer Rede vor dem Berliner Reichstag schon am 25. Februar 1932 – „möglich ist, dass die Weltdiffamierung des deutschen Volkes in der Kriegsschuldlüge amtlich ist und amtlich bleibt“. Die NSDAP würde niemals „die Kriegsflagge streichen, ohne sie siegreich heimzubringen“.

Ganz und gar nicht als Faschingsscherz zu verstehen war, was Deutschlands Presse in den ersten Wochen und Monaten des Jahres 1934 zum Saarland sowie vor allem gegenüber Österreich von sich gab. Im südöstlichen Nachbarland hatte sich zwar ebenfalls eine faschistische Bewegung entfaltet, doch sie stand in erheblicher Konkurrenz zum deutschen Nationalsozialismus und orientierte sich mehr am italienischen Beispiel. Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, im Mai 1932 an die Macht gelangt, setzte den Ausbau des autoritären Ständestaates mit immer ausgeprägteren faschistischen Zügen fort. Gestützt auf die so genannte Heimwehr und das Bundesheer zerschlug er Mitte Februar die Arbeiterorganisationen, doch dachte er nicht daran, sich dem Deutschen Reich und den putschistischen Aktionen der illegalen österreichischen NSDAP-Formationen zu unterwerfen. Um ihn vom Kurs der österreichischen Eigenstaatlichkeit abzubringen, hatte die deutsche Regierung bereits 1933 hohe Gebühren (1000 RM!) für den Touristenverkehr nach Österreich verlangt und Hitlers Beauftragter Theodor Habicht über Radio München zum Sturz von Dollfuß aufgerufen. Den offiziellen österreichischen Protesten gegen solche Art der Einmischung schlossen sich England, Frankreich und auch Italien an. Am 17. Februar 1934 garantierten sie in ihrer Dreimächteerklärung die Unabhängigkeit des Landes. Doch das hielt die NSDAP-Führer nicht von ihren Plänen ab.

Ebenso unbeeindruckt forderten deutsche Professoren eine „großräumige Schau“ für einen „einheitlichen Raum vom Bodensee bis zur persischen Grenze“. In der „Zeitschrift für Geopolitik“ kritisierte einer von ihnen, man habe während der Weimarer Jahre leider „vergessen, dass Österreich nicht Mitteleuropa“, sondern „deutscher Anteil am Südosten“ ist. Und nicht zuletzt war da vom „schizophrenen Charakter der Südostvölker“ die Rede ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. Februar 2004, S. 19.

Arierparagraf

Lange bevor die antisemitischen Nürnberger Gesetze in Kraft gesetzt wurden, machte sich die Führung der Reichswehr den faschistischen Rassismus zu eigen. Reichswehrminister Blomberg befahl am 28. Februar 1934 lakonisch, nunmehr sei der Paragraf 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 auch auf Offiziere, Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr anzuwenden. Auszunehmen seien lediglich nicht-arische Angehörige der Reichswehr, die als Frontkämpfer am Weltkrieg teilgenommen hätten bzw. die Söhne oder Väter eines zwischen 1914 und 1918 Gefallenen. In der Reichswehr kam kein Sturm der Entrüstung auf. Nicht einmal grundsätzliche Einwände sind erhoben worden, sieht man von einer einzigen Denkschrift ab. Deren Verfasser, der Oberst im Generalstab Erich von Manstein, sah nur die traditionelle Autonomie der militärischen Personalführung angegriffen ...

In das Konzept der Aufrüstung passte auch der „Volkstrauertag“ nicht, der seit 1926 auf Initiative des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ jeweils am fünften Sonntag vor Ostern begangen worden ist. Der Name sei nur „Notbehelf“, den „ehrlose Gesinnung und marxistische Regierungen“ zu verantworten hätten. An die Stelle der Volkstrauer habe jetzt das Heldengedenken zu treten. Erstrebt wurde „ein gläubiges Nacherleben, das zugleich eine Bestärkung des Glaubens an die deutsche Kraft“ in sich trage. Dieser sei weniger dem Schmerz zu widmen, sondern als „Kraftquelle für die neue und kommende Arbeit“ zu nutzen.

Am 25. Februar 1934 fand erstmals ein „Heldengedenktag“ statt, dessen Einführung drei Tage später gesetzlich fixiert wurde. 1939 ordnete Hitler an, den Heldengedenktag jeweils auf den 16. März, den Jahrestag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, zu legen. Wen wundert's, dass in dieser NS-Heldenverehrung auch Antisemitismus steckte. Schulbücher lehrten: „Das Charakterideal des Germanen war stets die Heldenhaftigkeit“. Und: „Heldentum duldet kein Händlertum. Denn der heldische Mensch kämpft, aber schachert nicht.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. Februar 2004, S. 21.

Notanker

Im Frühjahr 1934 konnte aller Jubel der Naziführer über angeblich und tatsächlich Geleistetes nicht jene Schwierigkeiten überdecken, in die das Regime geraten war. Arge wirtschaftliche Probleme machten ihm zu schaffen. Sie resultierten vor allem aus der forcierten Aufrüstung. Die Rüstungsindustrie benötigte Rohstoffimporte und einen wachsenden Anteil an den ohnehin geringen Devisenfonds des Reiches. Lebensmittelimporte wurden eingeschränkt. Intern sprach man von einer drohenden Katastrophe. Zudem tobten Machtkämpfe zwischen einzelnen Interessengruppen, und es wurde von vielen, die sich nach dem 30. Januar 1933 zu kurz gekommen fühlten, eine „zweite Revolution“ gefordert.

Da warf die Reichregierung rasch diverse Notanker aus, propagandistische voran, aber auch rüstungspolitische und strafrechtliche. So forderte Hitler am 19. März in gewohntem Pathos, die „Revolution“ müsse weiter gehen und das „Siegeszeichen unseres Reiches“ in die Herzen aller eingegraben werden. Erst dann sei das Werk „endgültig“ gerettet; der Veranstaltung selbst war sinnigerweise der Name „Revolutionsappell der alten Kämpfer“ gegeben worden. Zwei Tage darauf – medienwirksam als Erinnerung an den „Tag von Potsdam“ des Vorjahres in Szene gesetzt – eröffneten Reichsstatthalter und Gauleiter an 22 Baustellen der Autobahn einen „Großkampftag der Arbeitsschlacht“. Hitler selbst besuchte die in Unterhaching und warnte nachdrücklich vor „ewigen Pessimisten“ und „grundsätzlichen Nörglern“, denn diese hätten noch nie „ein Volk gerettet, wohl aber zahlreiche Völker, Staaten und Reiche zerstört“.

Von den Reichsstatthaltern verlangte Hitler am 22. März bedingungslose Unterordnung. Sie seien „Hoheitsträger des Nationalsozialismus“ und keineswegs „Sachwalter“ der einzelnen Länder. Über die Tagung wurde in der Presse kaum berichtet; es existiert auch kein ausführliches Protokoll. Überliefert ist ein Zwischenruf des thüringischen Gauleiters Sauckel zum Thema „SA und zweite Revolution“: „Schlappschwänze, die beseitigt werden müssten.“

In den Ministerien kursierte zu dieser Zeit der Entwurf eines Gesetzes zur „Änderung von Vorschriften des Strafrechtes und des Strafverfahrens“. Was bislang auf der Grundlage der Notverordnung Hindenburgs zum „Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 getan worden war, reichte nun nicht mehr aus. Das Strafrecht sei „übersichtlicher“ zu gestalten, hieß es. In erster Linie jedoch ging es um dessen Verschärfung. In mehr Fällen als zuvor sollte künftig bei Landes- und Hochverrat die Todesstrafe vorgeschrieben sein. Selbst die Absicht eines Verbrechens müsse wie eine vollendete Tat behandelt werden. Zu noch größerer Bedeutung sollte die Schaffung eines eigenständigen „Volksgerichtshofes“ gelangen. Die Idee entstand im kleinen Kreis und ging in das schließlich am 24. April 1934 ausgefertigte Gesetz ein. Pikantes Detail: Hitler, der ja 1924 als Putschist in den Genuss einer „nicht entehrenden Freiheitsstrafe“ gekommen war, setzte sich nun für die Abschaffung der Festungshaft ein ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 20./21. März 2004, S. 17.

Ein Leben, das viele Biographien füllt

Katharina Riege, Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie. VSA-Verlag Hamburg 2003, 470 S., 25,00 Euro.

Das biographische Genre boomt. Eine Lebensbeschreibung nach der anderen wird auf den Markt geworfen. Immer wieder behandeln neue Werke das Wirken von Kaisern, Königen, Päpsten usw., kurz von Herrschern und bekannten Persönlichkeiten aller Art, zumeist jedoch ohne größeren Erkenntnisgewinn. Da scheinen auch jene Theorien wieder Fuß zu fassen, die dem Motto „Männer machen Geschichte“ huldigen (und wer so denkt, hat kaum Frauen im Sinn). Zudem lassen sich Tendenzen einer Trivialisierung feststellen, wofür die Namen von Dieter Bohlen, Stefan Effenberg, Verona Feldbusch u. a. stehen. Dass deren Selbstdarstellungen trotz enormer Preise hohe Auflagen erleben, kennzeichnet auch den rasanten Niveauabfall im deutschen Bildungsbürgertum, der einhergeht mit einem zunehmend betriebswirtschaftlich begründeten Abbau staatlicher Ausgaben für Lehre, Wissenschaft und Forschung. Nichts Neues, könnte man sagen und an Otto Reuter denken, der schon in den Zwanzigern des vorigen Jahrhunderts sich über Leute mokierte, die sich Bücher sortiert nach ihren Farben in die Schränke stellen und gern damit angeben würden.

Umso größer fällt die Freude über den vorliegenden Band aus. Seine Autorin erzählt vom Leben eines ungewöhnlichen Mannes in konfliktreichen Zeiten, von einem Leben, das durchaus mehrere Biographien füllen könnte; gleichwohl handelt es sich nicht um einen bekannten Spitzenpolitiker, eher um einen Mann aus der dritten oder vierten Reihe der Repräsentanten seiner Partei. Sie befasst sich mit Hans Mahle, der nach dem Ersten Weltkrieg Funktionär im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands wurde, viele Jahre im russischen Exil verbrachte, 1945 mit der „Gruppe Ulbricht“, nach Berlin zurückkehrte, hier zunächst an zentraler Stelle für den Rundfunk tätig war, bald bei den Oberen der SED in Ungnade fiel, in der Konsumgenossenschaft seinen Lebensunterhalt verdiente und der schließlich von 1959 an für die Sozialistische Einheitspartei in Westberlin als Chefredakteur des Blattes „Die Wahrheit“ wirkte.

Riege stützt sich akribisch auf Archivquellen und immer wieder kritisch hinterfragte Erinnerungen Mahles. Mit ihm führte sie bis zu seinem Tode am 18. Mai 1999 intensive Gespräche, deren Ergebnisse sie teils dokumentarisch einfügt, teils erläutert und mit den Aussagen anderer Zeitgenossen vergleicht, die sie 1995 und 2000 ebenfalls befragt hat. Immer wieder begibt sie sich auf die Suche nach den Überzeugungen und Motiven, aber auch nach Zweifeln und innerer Zerrissenheit des Mannes, der sein Bekenntnis zum Kommunismus nicht nur als eine „verzeihliche Jugendsünde“, sondern als Lebenskompass verstand und der das Wort der Partei – bei allem, was er an ihr zu kritisieren für notwendig hielt – über das eigene Leben stellte. Unausgesprochen geht es um jene Vorwürfe, die seit der so genannten Wende allen gemacht worden sind, sich nicht von ihrem Traum, von ihrem Ringen um eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgewandt zu haben.

Immer wieder kehrt die Autorin zu den Anfängen des Weges zurück, auf dem Mahle in die Politik fand. Sie schildert die Lebensverhältnisse der Familie, der er entstammte, das Milieu, in dem er auf- und in die Kämpfe um soziale und politische Veränderungen hinein wuchs. Da wird den Wirkungen menschlicher Nächstenliebe und solidarischem Handeln mit allen von Elend und Ausbeuterei Betroffenen nachgespürt, die sich mit klar abgegrenzten Freund-Feind-Schemata verknüpften. Da wird deutlich, welche Rolle hoffnungsvoller Zukunftsglauben spielte, der kritische Reflexion gegenüber seiner Partei kaum zuließ. Der Leser kann durchaus nachvollziehen, wie das eigene Beteiligtsein an einzelnen Kämpfen, selbst wenn diese nur geringe Bedeutsamkeit erlangten, politische Sozialisation und enge Bindung an die Gefährten in der gewählten politischen Richtung mit sich brachten. Seinem Traum von einer besseren Welt, den er mit vielen teilt, fühlte sich Mahle Zeit seines Lebens verpflichtet. Es habe, so Riege, die Sensibilität „für die Gegensätze und Ungerechtigkeiten in seinem Lebensumfeld“ Mahle zum Handeln gedrängt: „Geradlinigkeit in seinen Ansichten, Verlässlichkeit und intelligente Findigkeit bei der Übernahme und Umsetzung politischer Aufträge im Rahmen bestehender Hierarchien, Organisationstalent und dem Menschen zugewandte Ausstrahlung führen ihn unversehens auf die ersten Sprossen einer ‚Karriereleiter‘, die er so wohl nie vo-

rausgedacht hat.“ (29) Ohne in ein reines Psychologisieren zu verfallen, kommt sie immer wieder auf die frühen Sozialisationsprozesse zurück, ja an einer Stelle spricht sie gar vom „Kindheitsmuster“, das bei ihm stets wie eine Folie über der Realität gelegen habe. (318 f.)

Hier können die zahlreichen politischen Lebensstationen Mahles in den Weimarer und in den braunen Zeiten sowie in der DDR nicht im Einzelnen rekapituliert werden. Sie begannen im KJVD, in dessen Führung er Ende 1931 als Orgleiter der Jungpionierbewegung geholt wird, sie setzten sich in KPD und der Kommunistischen Jugendinternationale fort. Die Geschichte dieser Organisationen und selbstverständlich auch die der deutschen Antifaschisten, die Zuflucht in der UdSSR gesucht hatten, erschließt sich dem Leser eindrucksvoll anhand des dargestellten individuellen Schicksals. Strategische und taktische Differenzpunkte sowie die einander zuwiderlaufenden Interessen innerhalb der Kommunistischen Internationale nimmt man gleichsam aus der Sicht eines um den eigenen Standpunkt ringenden, der Parteiführung aber grundsätzlich vertrauenden Parteimitgliedes wahr. Schon früh, jedoch nur punktuell kollidieren seine Auffassungen mit der realen Politik der Parteiführung. So widerfährt ihm harte Kritik, als er sich gegen die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ ausspricht. Wie solche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, missfällt ihm außerordentlich, doch überwiegt das Gemeinsame vor allem im Kampf gegen die heraufziehende Gefahr des Faschismus und nach 1933 gegen das Hitlerregime. Zwar wächst in den Jahren seines russischen Exils die Verunsicherung, als die unerbittliche Realität der stalinistischen Tschistka um sich greift, doch glaubt er an Irrtümer und Fehlgriffe. 1938 beginnt er in der deutschsprachigen Abteilung des Moskauer Rundfunks zu arbeiten. Er versucht, gute Sendungen zu machen und verdrängt, wie zuvor die Nachrichten über die Moskauer Prozesse, bald auch die vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages.

Mahle wollte auch „gute“, überzeugende Rundfunksendungen machen, als er wieder in Berlin eingetroffen war und spürte, dass es durchaus Raum für Neues und Experimente gab. Ihm lag an den Meinungen vieler Hörer, auch wenn sie andere Standpunkte vertraten als die jeweils offiziell gewünschten. Dazu urteilt die Autorin: „Derselbe Mahle, der in steter Linientreue zentralistische Parteipolitik mit all ihren negativen Begleiterscheinungen für den DDR-Rundfunk betreibt, ist auf der anderen Seite bestrebt, solche Bewegungsräume demokratisch zu füllen. Er bedient sich unbewusst zweier ‚Kunstgriffe‘, die ihm helfen, diese widersprüchliche Realität mit einigermaßen ruhigem Gewissen zu leben. Zum einen folgt er in seinen Arbeitsaufgaben strikt einem ungeschriebenen Gesetz, das da heißt: so demokratisch wie möglich, solange die Partei nicht interveniert. Dieses ‚Gesetz‘ ist für Mahle deshalb akzeptabel, weil er die Partei per se als höchste demokratische Instanz begreift. Diese Konstruktion ermöglicht ihm, einen Bogen zwischen Partei und Volk zu spannen ...“ Im Anschluss an die Schilderung, wie Mahle in einer erregten Debatte auftrat, als es um Vorwürfe „ideologischer Sorglosigkeit“ und mangelnder „revolutionärer Wachsamkeit“ ging, sieht sich der Leser mit bohrenden Fragenkonfrontiert: „Ob Mahle davon überzeugt ist, was er in aufgeheiztem Klima seinen Genossen präsentiert? Lässt ihn der Sog stalinistischer Machtpolitik nicht mehr los? Oder fürchtet er, er könne der Nächste sein, wenn er nicht entschieden genug auftrete?“ (284)

Keiner darf und kann sich die Antwort auf solche Fragen leicht machen, zumal sie weit über die einzelne Biographie und auch über die Parteien von Kommunisten und Sozialisten hinaus reichen. Schließlich charakterisiert es die Verfasserin als einen allgemeinen Spagat, den Menschen wohl immer wieder zu bewältigen trachten: „In dem Maße, wie sich Mahle danach streckt, es den Vorgesetzten Recht zu machen, bröckelt das Vertrauen an der Basis. Das widerspricht seiner idealistischen Grundhaltung vom Aufbau des Sozialismus. In dieser Schere bewegt er sich, pendelt er zwischen den Polen. Je nachdem, zu welcher Seite er neigt, immer sind Schwierigkeiten programmiert.“ (345)

Wie gesagt: Ein nachdenklich stimmendes und dennoch orientierendes, also überaus lesenswertes Buch!

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 57, März 2004, S. 218-221.

Fleischwerdung

Zeitgenossen hätten im Frühjahr 1934 durchaus erkennen können, dass in Deutschland mit allen Mitteln und in vielerlei Formen militärisch aufgerüstet wird. Da vergrößerte die SA ihre Waffenbestände und verfügte schließlich über 177.000 Karabiner, 651 schwere und 1250 leichte Maschinengewehre, was der Ausrüstung von 10 Infanterie-Divisionen der Reichswehr entsprach. In ihren „Hilfswerkslagern“ entstanden mit den SA-Stabswachen bewaffnete Einheiten, die sich in ständiger Bereitschaft befanden. Ernst Röhm, einer der frühesten Förderer Hitlers, gab provozierend von sich, in seinen Truppen sei die „Fleischwerdung des Nationalsozialismus“ zu sehen. In den allgemeinen Militarisierungsprozess wollten sich auch die im früheren Kyffhäuserbund und nun in der SA-Reserve II vereinten drei Millionen ehemaligen Krieger einreihen. Deren Führung schlug vor, den nächsten „Reichskriegertag“ in Frankfurt (Main) stattfinden zu lassen, also in jener Zone, die laut Versailler Vertrag immer noch entmilitarisiert sein sollte. Das Auswärtige Amt regte Mitte März an, Hitler möge doch den Reichsstatthaltern nahe legen, auf solche Dinge zu verzichten, welche die Siegermächte unnötig provozieren würden. Doch Hitler hatte keine Zeit, anderes war ihm wichtiger. Und Göring gar ließ sieben neue Flugplätze gerade dort anlegen, wo deutsches Militär sich nicht aufzuhalten hatte. Zugleich baute er die Reichsluftfahrtverwaltung aus.

Die Generäle des Heeres und der Marine taten ihrerseits alles, die Reichswehr auch ideologisch aufzurüsten. „Verständnis für den neuen Staat“ galt nun als das ausschlaggebende Qualifikationsmerkmal militärischer Karrieren. Minister Blomberg ordnete zudem am 4. April an, innerhalb der Reichswehr sei dem „Unterricht in politischen Tagesfragen“ fortan „gesteigerte Aufmerksamkeit“ und „erhöhte Bedeutung“ beizumessen. Im Vorfeld von Hitlers 45. Geburtstag verlieh er einer Münchener Kaserne den Namen „Adolf-Hitler-Kaserne“.

Hitler derweil nahm sich Zeit für eine Seefahrt. Zwischen dem 11. und 15. April durchquerte er gemeinsam mit General Blomberg und Admiral Raeder, dem Chef der Marineleitung, auf dem Panzerschiff „Deutschland“ norwegisches Gewässer. Von jenem „Ausflug“ gelangten nur ein paar Bilder an die Öffentlichkeit. Und auch in vielen Büchern ausgewiesener Geschichtsschreiber sucht man vergeblich nach Informationen über jene fünf Tage auf See. Gewiss ist, dass in den Gesprächen auf Deck und in den Offiziersmessen nicht unverbindlich geplauscht wurde. Da ging es um die Lösung jener Probleme, die deutscher Aufrüstung hemmend im Wege standen, um den Streit zwischen den Führungen von Reichswehr und SA, die jeweils den Spitzenplatz in den Reihen der neuen deutschen Streitkräfte beanspruchten. Anzunehmen ist, dass die Generäle nachdrücklich von Hitler forderten, energisch dem Führungsanspruch der SA zu begegnen und das Versprechen einzulösen, er wolle die Reichswehr zum alleinigen Waffenträger machen. ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. April 2004, S. 21.

Trommelfeuer

Am Vorabend des 1. Mai 1934 – offiziell erhoben zum „Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes“ – ließen Reichspräsident Hindenburg und die Regierung vollmundig erklären, im vergangenen Jahr sei „Großes geleistet“ und erstmalig in der deutschen Geschichte die „Einigkeit aller Deutschen“ erreicht worden. Tags darauf hörte es sich ein wenig anders an. Da forderte Hitler die Teilnehmer einer „Jugendkundgebung“ im Berliner Lustgarten auf, alles zu vermeiden, was in der Vergangenheit Deutschland den „Stempel des Unedlen“ aufgeprägt habe, denn auf der Jugend werde die „deutsche Volksgemeinschaft“ beruhen. Und am Nachmittag hielt er auf dem Tempelhofer Feld eine scharfe Rede gegen die Kritiklust „böswilliger Elemente“.

Noch deutlicher gab am 3. Mai eine Bekanntmachung aus dem Hause des Reichspropagandaministers zu erkennen, welche Sorgen das Regime tatsächlich umtrieben: „Die Reichspropagandaleitung der NSDAP hat ... eine umfassende Versamlungs-Propagandaaktion angeordnet, die sich insbesondere gegen die Miesmacher und Kritikaster, gegen die Gerüchtemacher und Nichtskönnner, gegen Saboteure und Hetzer richtet, die immer noch glauben, die klare Aufbauarbeit des Nationalsozialismus stören zu können.“ Versammlungen und Demonstrationen sollten „gleich einem Trommelfeuer das Volk aufrütteln gegen diese Landplage“.

Das Gerede von der „deutschen Volksgemeinschaft“ nahm in der NS-Propaganda und Ideologie eine Schlüsselstellung ein. Immer wieder wurde behauptet, alle Unterschiede von Klassen und Schichten seien in der durch „deutsches Blut“ und „arische Rasse“ geprägten Gemeinschaft aufgehoben. Sie sei, „durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden“. In Betriebsgemeinschaften sollten Arbeiter und Unternehmer gemeinsam zum Nutzen von Volk und Staat wirken, hieß es in dem am 1. Mai 1934 in Kraft getretenen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Um welche Art von „Gemeinsamkeit“ es sich indes wirklich handeln sollte, gab Robert Ley, Chef der „Deutschen Arbeitsfront“, zu erkennen, als er alle Deutschen als „Soldaten der Arbeit“ bezeichnete, von denen „die einen befehlen und die anderen gehorchen“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Mai 2004, S. 22.

Drohungen

Bereits Mitte Mai 1934 erreichte der Propaganda-Feldzug gegen alle, die sich mit den neuen Verhältnissen und der Entwicklung im Dritten Reich unzufrieden zeigten, eine neue Stufe. Goebbels attackierte in einer vom Rundfunk aus dem Berliner Sportpalast übertragenen Rede die „Miesmacher und Kritiker“ in einer Weise, dass selbst der NS-Chefideologe Alfred Rosenberg fand, da habe wieder einmal der frühere Agitator über den Minister „gesiegt“. Die Propaganda orientierte auf eine gewaltsame Lösung genereller Konflikte, die das Regime erschütterten und die sich vor allem in der Konfrontation von Reichswehr und SA spiegelten.

Es fehlte auch nicht an entsprechenden Drohgebärden der Militärs. Im Prozess des Neuaufbaus der Wehrmacht und in Vorbereitung auf die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht – getarnt als „Wehrreform“ – wollten die Generäle das Heft nicht aus der Hand geben, zumal sie wussten, dass SA-Stabschef Ernst Röhm die Reichswehr nur als „Ausbildungsschule“ des Volkes verstand und erklärt hatte: „Die Kriegführung ... ist in Zukunft Sache der SA.“

Es gab kaum eine Gelegenheit, die von den Oberen der Reichswehr nicht genutzt wurde, um ihre „innige Verbundenheit“ mit Hitler und dem Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen. Jede Äußerung, jeder Auftritt spitzte die Situation zu, und das auch dann noch, als Anfang Juni Röhm nach einer Unterredung mit Hitler einen „mehrwöchigen Krankheitsurlaub“ antreten musste und der SA ein „Urlaub“ für den Monat Juli angekündigt worden war.

Mit Recht sprechen Historiker davon, die Reichswehrrführung habe Hitler zur Entscheidung getrieben und trage insofern für die Massaker vom 30. Juni 1934 Verantwortung, unabhängig davon, dass es zu deren Grundsätzen gehörte, selbst nicht in den Vordergrund zu treten. Doch glichen die Äußerungen der Militärs gegen „alles halb militärische Landsknechtstum“ und über die eigenen Vorteile für erwartete Kriege dem bekannten Winken mit Zaunpfählen. Zugleich sammelten sie in bester Spionage-Manier Material über die Konkurrenten und wurden damit bei Hitler, Göring und Himmler vorstellig. Schließlich ließ am Tage vor der Ermordung zahlreicher SA-Führer Blomberg in seinem ersten Artikel für den „Völkischen Beobachter“ verlauten, die Wehrmacht stehe „in Manneszucht und Treue“ hinter „ihrem Oberbefehlshaber“ Hindenburg sowie hinter Hitler, der „einst aus unseren Reihen kam und stets einer der unseren bleiben wird“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. Mai 2004, S. 22.

Begrenzte Vielfalt in Kontroversen zum Faschismus-Begriff¹

Dass es unterschiedliche Auffassungen über den Begriff Faschismus gibt, darf als altbekannte und unanfechtbare Tatsache gelten. Streit darüber, was mit ihm bezeichnet werden soll, existiert im Grunde seit jenem Zeitpunkt, da faschistische Bewegungen erstmals in europäischen Ländern in Erscheinung traten. Stets wurde er erbittert geführt; in manchen Zeiten besonders intensiv, in anderen weniger. Ungleiche Interessen bedingen nun einmal divergierende Sichten auf die Geschichte. Daher sollte sich keiner wundern, wenn für eine Reihe von Historikern – in ihre Zeiten eingebunden wie andere auch – weniger das zu zählen scheint, was tatsächlich geschehen ist, mehr dagegen das, was sie selbst gern als Geschehenes sehen möchte. Dennoch sollte jeder Geschichtswissenschaftler, liegt ihm mehr an historischer Wahrheit als an historisierender Meinung, den Versuch wagen, möglichst viele Interpretationen geschichtlicher Ereignisse miteinander zu vergleichen, jede von diesen selbst nach einem Körnchen Wahrheit abzuklopfen und alles in größtmöglicher Unvoreingenommenheit zu prüfen. Es könnte also ein großes Verdienst sein, möglichst viel gleichsam unter einen Hut zu bringen, sich konkret auf andere Meinungen zu beziehen, um schließlich auf gesicherter Grundlage vielfältiger Auffassungen zu einem abgerundeten Bild zu gelangen. Fraglich bleibt indessen, ob solch ein hehres Ziel sich überhaupt erreichen lässt. Und darf nicht auch vermutet werden, dass mitunter lediglich der Platz zwischen zwei Buchdeckeln gefüllt wird?

Diese Fragen stellen sich selbstverständlich auch dem Leser des vorliegenden Bandes. In ihm bekunden 19 Geistes- und Sozialwissenschaftler in 32 Beiträgen ihre jeweiligen Positionen. Mit Geschick und nahezu perfekter Akribie wählten die beiden Herausgeber – der eine in Paderborn als Forschungsredakteur zuständig für die Zeitschrift „Ethik und Sozialwissenschaften“, die seit 2002 unter dem neuen Titel „Erwägen Wissen Ethik“ erscheint, der andere als ein bekannter Faschismusforscher an der FU Berlin wirkend – eine Methode, jeden einzelnen Gedanken mit Ziffern zu versehen. Darüber hinaus stehen die Buchstaben „E“ für die von Wippermann verfasste Einleitung und „R“ für einzelne Repliken. Ob dieses Puzzle-System wirklich hilfreich ist, muss jeder für sich entscheiden; einige Vorteile sind unübersehbar, doch ebenso liegen die Nachteile solchen „Verhackstückens“ auf der Hand.

Den zur Debatte Eingeladenen² lag ein 116 (!) Thesen umfassender Beitrag Wolfgang Wippermanns vor, betitelt: „Was ist Faschismus? Geschichte und Theoriegeschichte“. Im Band füllt er die ersten 50 Seiten. Ihm schließt sich auf weiteren 20 Seiten ein weiterer Artikel des Verfassers an: „Hat es Faschismus überhaupt gegeben? Der generische Faschismusbegriff zwischen Kritik und Antikritik“. Er enthält noch einmal 41 Thesen. Das Ergebnis seiner definitorischen Bemühungen ist dennoch ein mageres und fordert zu Kritik heraus. Es lautet: „Als ‚faschistisch‘ sind demnach solche Bewegungen und Regime zu bezeichnen, die im Hinblick auf Erscheinungsbild, politischen Stil, Ideologie, soziale Basis und soziale Funktion sowie die Art und Weise ihrer ‚Machtergreifung‘ und der Struktur ihrer Regime bedeutende Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus als Bewegung und als Regime aufweisen ...“ Dies lasse sich sowohl mit Hilfe einer bzw. mehrerer multikausaler Faschismustheorien mittlerer Reichweite beschreiben und deuten. Nach des Autors Auffassung können Modernisierungstheorien die Voraussetzungen des Faschismus erklären, die am Bonapartismusmodell orientierten, vor allem die sozialen und sozialpsychologischen Faschismustheorien insbesondere die Anziehungskraft auf bestimmte Schichten und Personen sowie die „Machtergreifung“ und Machtfestigung des Faschismus. Dessen Geschichte sei mit dem „Zusammenbruch der faschistischen Regime in Italien, Osteuropa, Deutschland und Spanien keineswegs zu Ende gegangen“ (64).

Es sind vor allem diese Ausgangspositionen, die Debatte und Kritik auslösten. In der Tat, manche der unterschiedlichen Erklärungsansätze lassen sich durchaus bündeln, andere werden dennoch stets unvereinbar bleiben. Ferner sollte wohl bedacht werden, dass auch der Begriff Faschismus an einer

¹ Vgl. Werner Loh und Wolfgang Wippermann (Hg.), „Faschismus“ kontrovers, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 2002. Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch.

² Es handelt sich dabei um Lothar Fritze, Peter Fritzsche, Roger Griffin, Eike Hennig, Klaus Holz, Wolfgang Kraushaar, Volker Kronenberg, Reinhard Kühnl, Stanley G. Paine, Friedrich Pohlmann, Karin Priester, Werner Röhr, Achim Siegel, Lothar Steinbach, Ernst Topitsch, Jan Weyand und Friedrich Zunkel. Die Auswahl wird durch die Herausgeber nicht begründet.

gewissen Unbestimmtheit leidet, die unabdingbar ist, soll die real existierende Erscheinungsvielfalt generalisiert werden. Solches Los teilt er selbstverständlich mit anderen Begriffen, bei deren Verwendung indessen kaum einer auf die Idee kommt, sie völlig in Frage stellen zu wollen. Ja, wer kann denn auch ernsthaft bestreiten wollen, dass es unzählige, von Land zu Land divergierende real existierende Formen des Konservatismus und des Liberalismus, des Parlamentarismus und der Demokratie gibt? Bedenklich muss daher der Versuch Wippermanns stimmen, das auf den Faschismus bezogene Begriffsbildungsproblem mit der Erklärung zu umgehen, Faschismus sei eine an den italienischen Ursprung gebundene Selbstbezeichnung, noch dazu „an sich inhaltsleer“ und damit völlig anders zu sehen als die Begriffe Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus etc. (1) Demgegenüber darf es doch als Binsenweisheit gelten, dass auch diese „Ismen“-Wörter sich semantisch ableiten lassen und ein konzeptionelles Eigenverständnis spiegeln. Möglicherweise ließ sich der Autor von gegenteiligen Erscheinungen allerjüngster Zeiten verwirren, in denen es Mode geworden ist, solche Parteinamen zu konstruieren, die gerade verschleiern sollen, welche Ziele tatsächlich verfolgt werden. Aber niemand kommt heute auf die Idee, der NPD einen Nationaldemokratismus oder den Reps Republikanismus zuordnen zu wollen.³ Gewiss, die Begriffsarbeit von Geistes- und Sozialwissenschaftlern wird schwieriger, fehlt die Ableitung aus den Namen und soll zudem das Publikum über wahre Anliegen getäuscht werden, aber sie wird nicht überflüssig.

Als entscheidendes Kriterium des Faschismusbegriffs gilt Wippermann (künftig: W.) hauptsächlich die Frage, „ob die jeweilige politische Erscheinung – seien es Personen, Parteien oder Regime – wirklich Ähnlichkeiten mit dem namen- und stilbildenden italienischem Faschismus hatte oder nicht“. (54) Mitunter halten jedoch die Tatsachen, die er zugunsten des „generischen“ Begriffs Faschismus ins Feld führt, einer Überprüfung schlicht und einfach nicht stand. Die Nationalsozialisten, so behauptet er u. a., hätten es unterlassen, sich öffentlich zu ihrem italienischen Vorbild zu bekennen oder sich selber sogar als Faschisten zu bezeichnen. (6) Ein kurzer Blick in die Quellen, beispielsweise in die bekannten „Aufzeichnungen“ genügt, um festzustellen, wie oft sich allein Hitler in höchstem Maße lobend über die italienischen Faschisten ausgelassen hat. Am 3. November 1922 erklärte er beispielsweise: „Man nennt uns deutsche Faschisten. Ich will nicht untersuchen, wieweit dieser Vergleich stimmt. Aber die unbedingte Vaterlandsliebe, den Willen, die Arbeiterschaft aus den Klauen der Internationale zu reißen, und den frischen kameradschaftlichen Frontgeist haben wir mit den Faschisten gemein.“⁴ Elf Tage später forderte er „die Bildung einer nationalen Regierung in Deutschland nach faschistischem Muster“, denn Italien habe „seine nationale Wiedergeburt erlebt und eine große Zukunft“ vor sich. Deutschland müsse daher mit Italien „zusammengehen, wozu ein „klarer und bündiger Verzicht Deutschlands auf die Deutschen in Südtirol“ nötig sei.“⁵

Ebenso wenig überzeugt, was W. zur Theoriegeschichte bietet. So unterstellt er kommunistischen Autoren „Panikmache“ (24) und diskreditiert sie mit dem Vorwurf, sie „instrumentalisierten“ den Faschismus, wenn dieser als antirevolutionär und prokapitalistisch bezeichnet werde, verschweigt aber gleichzeitig, dass dies auch die Position zahlreicher sozialdemokratischer Faschismus-Interpreten gewesen ist. Da kann nicht allein von lässlichen Fehlstellen oder Ungereimtheiten gesprochen werden. Ganz und gar fordert es Widerspruch heraus, wenn W. die Tabuisierung des Faschismusbegriffs, die im Westen erfolgt sei, auf dessen „missbräuchliche Verwendung“ im Osten zurückzuführen versucht; hier sei er zum „bloßen politischen Kampfbegriff und austauschbaren Schimpfwort“ verkommen. (54) Zwar wendet sich W. gegen jede „monokausale“ Deutung, setzt sich jedoch selbst diesem Vorwurf aus, wenn er relativ strikt postuliert, nicht der Antimarxismus, sondern der Rassismus habe „im Mittelpunkt der faschistischen Ideologie“ gestanden (56). Inwieweit beides miteinander engmaschig verknüpft war – was ja auch in dem gebräuchlichen Schlagwort vom „jüdischen Bolschewismus“ zum Ausdruck kam – scheint W. wenig zu interessieren.

³ Selbst bei den traditionellen großen Parteien der Bundesrepublik verrät der Name nichts mehr über ihre Konzepte, von denen eines nicht als „christlich“ und das andere nicht als „sozial“ gewertet werden kann.

⁴ Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 722.

⁵ Ebenda, S. 728.

Kein Wunder, dass die meisten der anderen Autoren Kritik daran üben, obgleich aus sehr unterschiedlicher Sicht. Reinhard Kühnl und Werner Röhr – letzterer übrigens der einzige aus den nicht gerade kleinen Reihen der DDR-Faschismusforscher einer Beteiligung für wert befunden – heben mit Recht hervor, dass W. sich zu stark der Phänomenologie Ernst Noltes bedient und hauptsächlich das „Erscheinungsbild“, den „politischen Stil“ und die „Ideologie“ der faschistischen Parteien als wesentliche Charakteristika des Faschismus benennen würde. Zugespitzt kritisiert Röhr die den Text W.s generell bestimmende „Substitution von Semantik durch Pragmatik“. Beide und ebenso Eike Hennig distanzieren sich von oberflächlicher, dogmatischer Reduktion aller Wurzeln des Faschismus auf den Kapitalismus, sie machen jedoch zugleich deutlich, dass letzterer „als Resultante von Ökonomie, Kultur, Politik, traditionellen Mustern und Psyche“ durchaus einen auf das Thema bezogenen, wesentlichen Diskussionsstoff enthält. Hennig spricht gar von Trivialität, sollte der Faschismusbegriff nicht auf eine „epochale“ Reaktion faschistischer Bewegungen und Systeme in einer „entzauberte(n), ökonomisch-sozial krisengeladene(n) Welt der Modernität, der (technischen Rationalität) und des Kapitalismus“ angewendet werden. Nach wie vor dürfte wohl gelten, was Arthur Rosenberg festgestellt hat und Hennig zitiert: „Der Streit um ... Theorien vom Faschismus ist nicht nur ein Zeitvertreib für Leute, die am Schreibtisch sitzen und über Soziologie spekulieren. Es ist in Wirklichkeit eine bitter ernste Angelegenheit von außerordentlicher praktischer, politischer Bedeutung ... Wer seinen Gegner besiegen will, muss ihn genau kennen.“ (89 u. 91)⁶

Klaus Holz bemängelt, W. habe den inneren Zusammenhang von Selbst- und Fremdbildern unzulänglich berücksichtigt, was seinen Ideologiebegriff theoretisch und methodologisch nicht gerade überzeugend sein lasse. Karin Priester warnt vehement vor der bloßen Gegenüberstellung von Rassismus und Antimarxismus, wie sie W. vornimmt, und bezeichnet deren inneren Zusammenhang als eine „unentwirrbare Kontamination ... auf gleichem Fuße“ (127). Erhellende Beiträge lieferten ferner Roger Griffin aus Oxford und Stanley G. Payne aus Wisconsin. Nachdrücklich weisen sie darauf hin, dass sowohl in Großbritannien als auch in den USA die vergleichende Faschismusforschung eine recht erhebliche Rolle spielt. Gegen Wippermanns These vom ausschlaggebenden Platz des Rassismus in der faschistischen Ideologie macht Griffin vor allem auf den überbordenden Nationalismus aufmerksam, der allen Faschisten eigen gewesen sei.

Von völlig anderen Positionen ausgehend, spricht Wolfgang Kraushaar schlicht weg von einem „Scheitern der Faschismustheorie“. Ihr – und damit dem Marxismus – sei allerdings durch W. erneut ein „Hintertürchen“ (103) geöffnet worden, was den Eindruck erwecke, „ein theoretischer Tugendwächter“ habe das Wort erhoben. Nahezu dümmlich argumentiert er gegen jeglichen Bezug zwischen Faschismus und Kapitalismus mit der Frage, ob nicht heute angesichts des globalisierten Kapitalismus von „Weltfaschismus“ gesprochen werden müsste. Sein Plädoyer für die Totalitarismustheorie wird von Ernst Topitsch – er spricht von einem „Etikettenschwindel“, wenn der Nationalsozialismus als faschistisch charakterisiert werde – und auch von Friedrich Pohlmann unterstützt. Letzterer behauptet sogar, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus könne es keinen Faschismus mehr geben und alle „Beschwörung angeblicher faschistischer Gefahren“ verfolge nur ein Ziel: die „Rettung eines kruden politischen Antifaschismus“ (124), während Volker Kronenberg meint, zwischen totalitarismustheoretischen Auffassungen und der Verwendung des Faschismusbegriffs müsse nicht unbedingt ein Gegensatz bestehen.

Hier bleibt nicht genügend Raum, um auf alle Beiträge näher einzugehen. Der Streit ist noch lange nicht beendet. Was wäre jedoch weiterhin zu berücksichtigen? Ganz sicher zunächst wohl die Tatsache, dass Debatten stets wesentliche Aspekte von Realitäten entweder spiegeln oder verhüllen. Wenn heutzutage wieder besonders intensiv um den Faschismusbegriff gerungen wird,⁷ geht es

⁶ Zu Arthur Rosenberg siehe auch die soeben erschienene Publikation von Mario Kessler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln u. a. 2003.

⁷ Darauf aufmerksam machte jüngst Jens Renner: Wenn Faschisten nicht „Faschisten“ genannt werden, in: Freitag, 29.09.2003, S. 6. Zugleich bemerkte er, dass der Berliner Historiker Moritz Föllmer in seiner Rezension zu Sven Reichardt's Buch über die faschistischen Kampfbünde, das dem Vergleich des italienischen Squadrismus mit der SA gewidmet ist, von einer „Revitalisierung des Faschismusbegriffs“ spricht.

letztlich auch um die exakte Bestimmung jener Verhältnisse, in denen wir gegenwärtig leben. Dass diese kapitalistisch geprägt sind, wagt niemand zu bezweifeln. Überhaupt scheint erst jetzt die kapitalistische Wirtschaftsordnung zum vollen Durchbruch gelangt zu sein,⁸ entfalten sich doch weltweit ihre negativen Seiten wie nie zuvor. Stück für Stück wird zurück genommen, was der Kapitalismus an politischem Fortschritt gebracht hat bzw. was gegen ihn durchgesetzt werden konnte: Erbarmungslose Geschäftemacherei triumphiert über jedwede Brüderlichkeit, ist sie doch ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert und wird sie zudem doch oft an der Grenze der Kriminalität betrieben; Profitstreben obsiegt über das Gleichheitsprinzip in Recht und demokratischer Verfasstheit; schrankenloser Konkurrenzkampf hintertreibt jeden der verkündeten Ansprüche auf Freiheitsrechte und Menschenwürde. Immer stärker werdende Multis und Mächte unterwerfen sich immer größere Teile der Welt, dabei weder Gewalt, Terror noch Kriege scheuend, sicherheitspolitische Erwägungen und Standortkriterien über demokratische Rechte und Freiheiten stellend.

Tatsächlich sind erneut kapitalismuskritische Analysen erforderlich. In sie fließen unweigerlich, ja selbstverständlich auch historische Erfahrungen ein, darunter nicht zuletzt das Wissen darüber, dass sich der Faschismus nach dem Ersten Weltkrieg auf einem komplexen Nährboden extrem expansiver Wirtschaftsinteressen, eines aggressionsbereiten Militarismus und bedenkenlosen Antidemokratismus entwickelt hat. Alles zwingt zu neuen Überlegungen, jedoch keineswegs zu einer Abkehr vom Faschismusbegriff.⁹ Länderübergreifend handelte es sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts bei den faschistischen Bewegungen und Parteien nicht um eine von Teilen der Eliten unabhängige oder gepäppelte Organisation, sondern um eine der damaligen Zeit zuzuordnenden Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft, um eine der möglichen Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um einen ihrer Versuche, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen.¹⁰ In dieser Hinsicht war der Faschismus Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte.

Da wir nach wie vor bzw. wieder unter solchen Verhältnissen leben, kann es – ich betone: kann es zu vergleichbaren Erscheinungen kommen. Es muss nicht dazu kommen, so dass also in erster Linie die Gesamtheit der konkreten Konstellationsbedingungen zu prüfen sowie der Grad des Widerstandes gegen entsprechende Bestrebungen zu bestimmen wären. Sollte sich dennoch Vergleichbares durchzusetzen vermögen, träte es ganz gewiss in neuer Gestalt auf, verlangte also ohnehin nach neuer Analyse und sicher auch nach neuer Begrifflichkeit.¹¹

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 58, Juni 2004, S. 195-200.

⁸ Ob von einer „zweiten kapitalistischen Revolution“ gesprochen werden kann, ist zu bezweifeln. Eher trifft die These zu, dass sich die Welt „heute in einer neuen, der Kolonialzeit vergleichbaren Ara der Eroberungen“ befindet (Ignacio Ramonet, Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen, Zürich 2002, S. 11, zit. nach der Besprechung von Wolfgang Fritz Haug, in: Das Argument, H. 250/2003, S. 320 f.).

⁹ Ausführlicher habe ich mich dazu geäußert in meinem Beitrag: Auf der Suche nach Halt im Bewährten ... Anwendungsmöglichkeiten und -grenzen marxistischer Faschismustheorie in heutigen Zeiten, in: Marxistische Blätter, H. 5/2003, S. 62-69. Siehe auch Kurt Pätzold, Der historische Platz des Faschismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. 70 Jahre nach dem 30. Januar 1933, in: Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933 (Schriftenreihe des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.), Jena 2003, S. 12-30.

¹⁰ Siehe zuletzt dazu Dietrich Eichholtz, Über den Klassencharakter des NS-Regimes, in: Marxistische Blätter, H. 5/2002, S. 75-82.

¹¹ Die um einen Vergleich bemühte Erinnerung an vormalige Zustände kann generell nur als *ein* Ausgangspunkt neuer Überlegungen dienen. Ihre Begrenztheit hatte sich schon in der Weimarer Republik gezeigt, als manche in der neuen Bewegung des Faschismus nichts anderes als die Gefahr monarchistischer Wiederkehr erblickten und als selbst die wunderschöne Fotomontage Heartfields über Hitler als Kopie von Wilhelm Zwo (ihr Titel lautete: „S.M. Adolf“, in: AIZ, 21.08.1932) in die Irre führte. Noch 1930 sah sich Carl von Ossietzky veranlasst zu erklären, es gehe nicht mehr um Fridericus, sondern um Hitler; die Gefährlichkeit des Monarchismus und des Militarismus bestehe nunmehr vorrangig in den „Zutreiberdiensten“ für die Nazis (Carl von Ossietzky, Dingeldey als Erzieher, in: Die Weltbühne, 23.12.1930)

Zwerge

Begleitet vom Reichsaußenminister Neurath flog Hitler am 14. Juni 1934 nach Venedig. Seine erste Kanzler-Reise ins Ausland brachte indessen nicht den erhofften Erfolg. Die ins Visier genommene „Erweiterung“ des Deutschen Reiches durch Österreich widersprach (noch) italienischen Interessen. Vor applaudierender Menge betonte Mussolini: Man habe sich nicht getroffen, um „die politische Karte Europas und der Welt umzuarbeiten“, es sei darum gegangen, „die Wolken zu verscheuchen, die den Horizont des politischen Lebens Europas verdunkeln“.

Auch innenpolitisch gab es Probleme. NSDAP-Politiker äußerten Zweifel am Gelingen des Propagandafeldzuges gegen die „Kritikaster“ und „Miesmacher“. Gegen die „fraglos vorhandene schlechte Stimmung in den breiten Massen des Volkes“ – so der bayerische Staatsminister des Innern, Adolf Wagner, gegenüber Reichsinnenminister Wilhelm Frick – nütze keine Propaganda, eher müssten die „bisherigen Leistungen des nationalsozialistischen Staates“ aufgezeigt werden. Aber vor allem die Auseinandersetzungen um die entscheidenden Positionen im Militär spitzten sich zu.

Besonderes Aufsehen erregte Franz von Papen, als er am 17. Juni an der Marburger Universität eine den „Zielen der deutschen Revolution“ gewidmete Rede hielt und die Reinigung der neuen Verhältnisse von „Schlacken“ forderte. Der Text stammte von einem Vertrauten des Vizekanzlers, der dafür am 30. Juni mit seinem Leben büßte. Papen gab öffentlich zu bedenken, es werde zu viel von einer zweiten Revolution gesprochen, die Regierung müsse nun dafür sorgen, „dass kein neuer Klassenkampf unter anderem Feldzeichen sich wiederhole“. In Inhalt und Diktion des Vortrages reflektierten sich die Sorgen von Generalität und Ministerialbürokratie, Großindustrie und Großgrundbesitz.

Ebenfalls am 17. Juni hielt auch Hitler eine Rede. Er, der schon Wochen zuvor gedroht hatte, er werde die SA zerschlagen, „wenn sie etwa gefährliche Extratouren tanzen“ wolle, wetterte auf dem Parteitag der Thüringer NSDAP in Gera gegen „wahnsinnige Narren, kleine Würmer, lächerliche Zwerge“. Er werde ihnen im gegebenen Fall die „Faust der Nation“ zeigen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Juni 2004, S. 22.

Enthauptungsschlag

Vor 70 Jahren: Staatsterrorismus in Aktion – von deutschen Juristen abgesegnet

Ihre barbarische Mordaktion vom 30. Juni und 1. Juli 1934 versuchten die Nazis mit der irreführenden Bezeichnung „Röhm-Putsch“ zu kaschieren. Sie behaupteten, ein solcher hätte die „Staatsnotwehr“ erforderlich gemacht. Beweise für Putschabsichten der SA sind niemals vorgelegt worden, dennoch wurden in München, Dachau, Berlin und in Schlesien neben Ernst Röhm als Chef des Stabes der SA etwa 50 weitere SA-Führer kurzerhand erschossen – ohne Haftbefehl, ohne Anklage, ohne irgendein Gerichtsverfahren, lediglich auf Befehl des Reichskanzlers bzw. unter Berufung auf diesen. Zugleich fielen weitere 40 Personen dem Bestreben zum Opfer, rachsüchtig alte Rechnungen zu begleichen.

Unter den Toten befanden sich auch 13 Abgeordnete des im November des Vorjahres gewählten Reichstages, ferner der frühere Stellvertreter Hitlers Gregor Strasser sowie Gustav Ritter von Kahr, der 1923 als bayerischer Generalstaatskommissar den Hitler-Putsch nicht unterstützt hatte, des Weiteren Kritiker des Nationalsozialismus wie Fritz Gerlich, Edgar Jung, Erich Klausener sowie die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow. Nach manchen Schätzungen soll es 150 bis 200 Tote gegeben haben, mitunter wird sogar von 1000 gesprochen. Die Auswahl der Opfer erfolgte nach Listen, die zuvor sorgfältig vom Sicherheitsdienst der SS zusammengestellt worden waren und nur während der Aktion selbst in hektischer Eile ergänzt oder korrigiert wurden. Namensverwechslungen wurden in Kauf genommen.

Ziele und Ablauf des blutrünstigen Enthauptungsschlages gegen die SA sind weitgehend bekannt: Es ging in erster Linie um Entscheidungen über die weitere „Wehrreform“ des Reiches, um die Frage, wie die künftige Wehrmacht beschaffen sein und wer über sie gebieten sollte. Die Führungsgruppe des Regimes um Hitler, Göring, Himmler und Goebbels handelte hierbei in neuerlichem Schulterschluss mit der Reichswehrgeneralität. Letztere hatte Hitler im Vorfeld gedrängt, ja regelrecht zur entscheidenden Aktion gegen die SA-Führung getrieben. Auf Betreiben des Generals Walter von Reichenau wurde Röhm am 28. Juni aus dem Deutschen Offiziersbund ausgeschlossen, tags darauf ließ sich Reichswehrminister Blomberg erstmalig im „Völkischen Beobachter“ mit einem längeren Artikel vernehmen, der in der Aussage gipfelte, die Truppen stünden „in Manneszucht und Treue“ hinter ihrem Oberbefehlshaber Hindenburg und hinter Hitler, „der einst aus unseren Reihen kam und stets einer der unseren bleiben wird“. Ebenso leistete die Reichswehr während der Mordaktion aktive Schützenhilfe; so eilte z. B. Sepp Dietrich mit seinen Männern der SS-„Leibstandarte Adolf Hitler“ auf 35 vom Heer gestellten Lastkraftwagen nach München, um hier Hitlers Anordnungen zu vollstrecken. Zwei Kompanien beschützten in der Isar-Metropole das „Braune Haus“ so, als gelte es tatsächlich, Deutschland vor einem Aufstand der SA bewahren zu müssen.

Kaum waren die Schüsse verhallt, mit deren Hilfe ein innenpolitisches Problemknäuel gelöst werden sollte, kaum war das Exempel statuiert, das, wie Hitler meinte, „für alle Zukunft“ von jeglichem Murren gegen das Regime abschrecken sollte, statteten zahlreiche Generäle dem „Führer“ ihren Dank für sein „entschlossenes und mutiges Handeln“ ab. Sie konnten sich nun unbestritten als entscheidende militärische Kraft und, wie gewünscht, als „einzigen Waffenträger der Nation“ betrachten. In „Hingebung und Treue“ stehe man zu Hitler, versicherte Blomberg am 1. Juli in einem Tagesbefehl. Im Kabinett stimmte er ebenfalls eine peinliche Eloge an und – wie alle anderen – dem rasch formulierten Gesetz zu, das die Morde „als Staatsnotwehr für rechtens“ erklärte. Später schrieb Walter von Reichenau in den Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen in der Reichswehr, die Wehrmacht würde Hitler lieben, „weil er sich als wahrer Soldat gezeigt“ habe. Der sterbenskranke Reichspräsident gratulierte und sprach von „aufrichtiger Anerkennung“. Militärs und Hindenburg-Kamarilla dankten Hitler nicht allein mit überschwänglichen Worten, die jedem Menschen noch heute Schamröte ins Gesicht treiben, sondern vier Wochen später nach dem Tode Hindenburgs auch mit der Anerkennung seines Status als „Reichskanzler und Führer“.

Auch der deutschnationale Justizminister Franz Gürtner unterzeichnete dieses in der deutschen Rechtsgeschichte einmalige Gesetz, so wie er bereits als bayerischer Justizminister im Prozess ge-

gen die Putschisten vom November 1923 schützend seine Hand über Hitler gehalten hatte. Überhaupt reagierten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die deutschen Juristen völlig unkritisch, mehr noch: Sie betrachteten das mörderische Geschehen als Überwindung des liberalistischen Rechtes vorausgegangener Zeiten. Sie akzeptierten nicht nur die Selbsternennung Hitlers zum Obersten Gerichtsherren, sondern begründeten und rechtfertigten diesen Schritt zur endgültigen Konsolidierung des faschistischen Diktaturregimes. Der Preußische Staatsrat und Professor der Rechte Carl Schmitt veröffentlichte in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vom 1. August 1943 in einem Artikel mit der aufschlussreichen Überschrift „Der Führer schützt das Recht“ Ungeheuerliches: „In Wahrheit war die Tat des Führers echte Gerichtsbarkeit. Sie untersteht nicht der Justiz, sondern war selbst höchste Justiz.“ (Nebenbei: Das hinderte Anhänger dieses erzkonservativen Staatsrechtstheoretikers nach 1945 nicht, ihn mit drei umfangreichen Festschriften zu ehren.) Das Schlagwort vom „gesunden Volksempfinden“ verwendend, hoben die Richter zunehmend ihre traditionelle Bindung an konkrete Rechtsvorschriften auf und ersetzten sie durch schwammige völkisch-faschistische Kriterien. Diese fanden schließlich Eingang in die justizgeschichtlich bedeutsame Novelle zum deutschen Strafgesetzbuch vom 28. Juni 1935, die im Dritten Reich als „Befreiung“ der Justiz von den „lästigen Fesseln der Gesetze“ gefeiert wurde. Jede „reine Paragrafenanwendung“ galt nun als Ausdruck von „Volksfremdheit“.

Wenn in manchen Darstellungen der 30. Juni 1934 und die folgende Entwicklung des Rechts allein dem skrupellosen Willen und Wirken Hitlers zugeschrieben wird, sollte an einige geschichtliche Wurzeln erinnert werden. So kennt z. B. die deutsche mittel- und spätmittelalterliche Geschichte Femegerichte, deren Rache- und Strafgewalt Furchterregendes anhaftete. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war ihr Strafmaß gleichermaßen rigide wie einförmig. Es lautete stets: Tod. Erneut tauchte das Phänomen der teils öffentlich wirkenden, teils „heimlich“ tagenden Gerichte in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf, als die Führungen einzelner paramilitärischer Freikorps, nationalistisch-völkischer und nationalsozialistischer Gruppierungen Todesurteile verhängten und den verlorenen Weltkrieg gleichsam als Bürgerkrieg im eigenen Lande fortsetzten. In allem, was den Kampf gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages hätte behindern können, witterten sie Verrat an der „nationalen Sache“. Zu den Feme betreibenden Organisationen gehörten vor allem das „Bataillon Roßbach“, der „Blücherbund“ sowie die „Organisation Consul“ (OC), in deren Satzung es ausdrücklich hieß: „Verräter verfallen der Feme“.

Immerhin sahen sich in der Weimarer Republik Parlamente und Justiz herausgefordert. Der bayerische Landtag hatte sich bereits 1920 genötigt gesehen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das preußische Parlament folgte dem 1924, auf Drängen der Arbeiterparteien 1926 schließlich auch der Reichstag, um einzelne Feme-Verbrechen zu untersuchen. In einigen Fällen wurden Täter verurteilt, wenngleich die Justiz in der Regel Recht sprach, wie es ihr das traditionell blinde rechte Auge vorschrieb und die bürgerliche Gesellschaft es guthieß. 1933 erreichten auch die Feme-Mörder ihr Ziel, als mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler zugleich die Zeit der Rehabilitierungen und hoher Auszeichnungen begann. Einige machten Karriere: Martin Bormann avancierte zum „Sekretär des Führers“, Rudolf Höß zum Kommandanten des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Generell aber entfaltete sich, je mehr sich das faschistische Regime konsolidierte, ein staatlich organisierter und frühere Unrechtspraxis weit hinter sich lassender Terrorismus. Dass dieser sich nicht allein gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten und andere Antifaschisten richtete und in den kommenden Jahren auch Grundprinzip aller weiteren Kriegsvorbereitung und dann der Kriegführung sein würde, hat sich bereits am 30. Juni und 1. Juli 1934 augenfällig erwiesen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. Juli 2004, S. 22.

Nachschlag

Hitler ließ sich einige Zeit, bevor er am 13. Juli 1934 vor dem Reichstag auftrat, um in einer zwei-stündigen Erklärung die Morde an SA-Führern und anderen Politikern zu rechtfertigen. Während seines Auftritts standen – ein im Parlament höchst ungewöhnlicher Anblick – bewaffnete Angehörige der SS neben dem Rednerpult und im Saal. „Rückhaltlose Aufklärung durch den Führer“, versprach der „Völkische Beobachter“. Wie allerdings Hitlers Auskünfte über die „Nacht der langen Messer“ tatsächlich beschaffen sein würden, hatten bereits Formulierungen erkennen lassen, die am 1. Juli die Ernennung Viktor Lutzes zum neuen Chef des SA-Stabes begleiteten: „Ich will Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen.“ Hitler spielte auf die Homosexualität Röhm an und stellte sich als Hüter der Moral dar; keine Rede war davon, dass in der NSDAP „die bekannte unglückliche Veranlagung“ seines Duzfreundes jahrelang keineswegs als Problem betrachtet worden war. Nun hieß es, eine „Pestbeule“ sei ausgerottet, ein „Krebsschaden wegoperiert“.

Im Vordergrund der Darlegungen Hitlers stand am 13. Juli jedoch die wahrheitswidrige Aussage, es habe eine „Revolution“ unmittelbar bevorgestanden. Ohne die Spur eines Beweises hieß es auch, „Verräter“ hätten ihn umbringen wollen. Aus diesen Gründen habe er den Befehl gegeben, „die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen und ... die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung auszubrennen bis auf das rohe Fleisch“. Das Vaterland sei in letzter Stunde gerettet worden.

Ebenfalls keine Belege gab es für die Behauptung, der angeblich geplante Putsch der SA sei auch in Gesprächen mit französischen Diplomaten vorbereitet worden. Hitler tönte, wenn „Hochverräter“ in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann insgeheim eine Zusammenkunft vereinbaren, „dann lasse ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, daß... nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll“.

Indessen war keine Rede vom Militär, dem eigentlichen Nutznießer der Mordorgie vom 30. Juni. Demonstrativ formulierte der Chef im Wehrmachtsamt des Reichswehrministeriums Walter von Reichenau: „Wir sind Nationalsozialisten ohne Parteibuch ... die besten, treuesten und ernstesten.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. Juli 1964, S. 20.

Verfahren

Schon 1920 hatte die NSDAP im ersten Punkt ihres Programms fixiert, ein „großdeutsches Reich aller Deutschen“ zu schaffen. Diese Forderung zielte als erstes auf den „Anschluss“ Österreichs, wie es übereinstimmend mit konservativ- nationalistischer Terminologie hieß. Als der Partei zur Macht verholfen worden war, wurde die Presse jedoch angewiesen, dieses Wort nicht mehr zu benutzen und den Ausdruck „Wiedervereinigung“ zu bevorzugen.

Wieder einmal wollte man mit einem Putsch zum Ziel gelangen: Am 25. Juli 1934 drangen Mitglieder der „Landesgruppe Österreich“ der NSDAP in das Wiener Bundeskanzleramt am Ballhausplatz ein. Sie erschossen Engelbert Dollfuß, den Bundeskanzler der Republik Österreich (s. ND v. 24./25.7.). Doch der Putsch scheiterte. Hitler lavierte und berief den deutschen Gesandten Kurt Rieth aus Wien ab, weil dieser das Reich „ohne jeden Grund ... in eine interne österreichische Angelegenheit hineingezogen“ habe. Dem Duce versicherte er, der Staatsstreich sei eine „Aktion von Verzweifelten“ gewesen.

Neuer diplomatischer Vertreter des Reiches wurde Franz von Papen. Sein Auftrag in Wien: Wogen glätten und einen neuen Weg zur Realisierung alter Ziele suchen. Hitler warb um ihn: Er sei der einzige Mann, der die „verfahrene und gefährliche Situation“ wieder normalisieren könne.

Ende Juli 1934 plagten die Führungskreise Deutschlands noch andere Sorgen: Wer sollte dem todkranken Hindenburg als Reichspräsident folgen? Noch bevor er starb, beschloss am 1. August das Kabinett die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Zugleich funktionierte das mit den Mordaktionen vom 30. Juni gestärkte Bündnis zwischen den Faschisten und den Nationalkonservativen, denn es war Reichswehrminister Blomberg, der den Text eines neuen Eides der Reichswehr auf Hitler vorlegte. Artig bedankte sich dieser: man dürfe nicht vergessen, dass ohne Hindenburg die jetzige Reichsregierung „nicht zustande gekommen wäre“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 31. Juli/1. August 2004, S. 22.

Rezensionen

RICHARD J. EVANS: *Das Dritte Reich. Bd. 1: Aufstieg*. Aus dem Englischen von *Holger Fliessbach* und *Udo Rennert*. Deutsche Verlags-Anstalt München 2004, 7525.

Darf man gespannt sein auf Teil zwei und drei dieser neuen und wohl bislang umfangreichsten „Geschichte des Dritten Reiches“ aus der Feder des britischen Geschichtsprofessors Richard J. Evans, nachdem deren erster Band vorliegt? Dafür spricht das lebhaft publizistische Interesse, auf das dieser unmittelbar nach seinem Erscheinen in Deutschland stieß. Das Urteil der bekannten Historiker Hans Mommsen (Frankfurter Rundschau, 18.3.2004), Ulrich Herbert (Süddeutsche Zeitung, 30.3.2004), Norbert Frei (Die Zeit, 25.3.2004) u. a. fiel überwiegend positiv aus, wenngleich verbunden mit zahlreichen kritischen Bemerkungen zu Details und Akzenten. Zutreffend hieß es auch, dass manches zu wenig oder nicht berücksichtigt, anderes zu stark betont worden sei. Die Meinungen reichten allerdings auch von höchstem Lob bis zur abwertenden Feststellung „Reprise des Bekannten“ (tageszeitung, 25.3.2004).

Wie auch immer: Gemessen werden sollte vor allem am Anspruch, den der Verfasser zu erfüllen beabsichtigte. Evans will große Linien zeichnen, Kontinuitäten und Bruchlinien aufspüren und Geschichte gleichsam aus der Sicht der Zeitgenossen nachvollziehen. Er schreibe nicht für die Fachleute, wird im Vorwort betont, sondern für Leserinnen und Leser, die nichts oder nur wenig über das Thema wissen, aber mehr erfahren möchten. Für sie wolle er die Frage beantworten, wie es den Nationalsozialisten gelingen konnte, in kurzer Zeit und anscheinend gegen einen sehr geringen Widerstand der Bevölkerung in Deutschland eine Einparteiendiktatur zu errichten. Da das „Vermächtnis“ des Dritten Reiches stets große Beachtung finde, der geschichtliche Hintergrund damit verbundener sensibler politischer und moralischer Auseinandersetzungen aber „häufig unklar“ geblieben sei, wolle er diesen herausarbeiten. Mit Verve wendet er sich gegen „moralisch geleitete“ und vereinfachende Geschichtsbetrachtungen sowie gegen die Tendenz, „ein etwas abgehobenes, ja abstraktes Bild von den Nationalsozialisten“ zu zeichnen, so „als seien Theorien und Theoriedebatten wichtiger als die Menschen“ (S. 12 f.). Im Mittelpunkt seines Anliegens stehe die Untersuchung der Wurzeln, des Wesens und der Wirkungen der „Gewalt“, die den Nationalsozialisten als „unverzichtbarer Bestandteil“ ihrer Ideologie und Politik gegolten habe. In dieser sieht er „einen Selbstzweck und nicht nur ein instrumentalisiertes und in Dienst genommenes Mittel zu einem Zweck“. Er wählt die Form einer erzählenden Darstellung und widmet dem individuellen Erleben breiten Raum, um so die Komplexität, die Schwierigkeit und Undurchsichtigkeit der Situationen verdeutlichen zu können, mit denen die Menschen damals konfrontiert waren. Schließlich will Evans eine „Synthese“ wagen, die alle Erträge bisheriger Forschungen zu Vorgeschichte und Geschichte des Dritten Reiches erfasst.

Gemäß solchen Zielsetzungen widmet er sich zunächst in einem stark ideologie- und kulturgeschichtlichen Teil deutschen Zuständen vor allem der Wilhelminischen Zeit, etwas großspurig „Das Vermächtnis der Vergangenheit“ betitelt. Drei weitere Kapitel behandeln für sein Thema relevante Aspekte der Geschichte des Weimarer Staates („Gescheiterte Demokratie“, „Der Aufstieg des Nationalsozialismus“, „Auf dem Weg zur Machtergreifung“). Die folgenden Kapitel gelten der „Schaffung des Dritten Reiches“ und „Hitlers Kulturrevolution“; sie beleuchten eingehend das Geschehen zwischen dem 30. Januar und dem 14. Juli 1933. Insgesamt wird viel interessantes biografisches, alltags-, ideologie-, parteien- und politikgeschichtliches Material ausgebreitet. Der Leser kann den jeweils systematisierenden Problemkomplexen Informationen insbesondere darüber entnehmen, wie und aus welchen Quellen reichlich Wasser auf die Mühlen der rechtsextremen Gegner der Weimarer Republik floss.

Inwieweit der Verfasser seinen Anspruch erfüllt hat, mag man an jenen Passagen ablesen, die zusammenfassend (S. 573 ff.) die „Gründe“ des Erfolgs der Nationalsozialisten bezeichnen. Diese sieht Evans hauptsächlich „im Unvermögen des deutschen politischen Systems, eine lebensfähige, landesweite konservative Partei hervorzubringen, die Katholiken und Protestanten auf der Rechten hätte vereinigen können; in der historischen Schwäche des Liberalismus; in den bitteren Ressenti-

ments über den Verlust des Krieges und die harten Bedingungen des Versailler Vertrages; in der Furcht und Orientierungslosigkeit, die bei vielen Deutschen der Mittelschicht durch die soziale und kulturelle Moderne der Weimarer Jahre ausgelöst wurden“. Zu den „übrigen Faktoren“ rechnet er noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Fähigkeit der NSDAP, Wahlerfolge zu erzielen, sowie die „Überschneidungen zwischen den Ideologien der Nationalsozialisten und der Konservativen“.

Mit allzu großem Lob lässt sich dieses Ergebnis wohl kaum bewerten, zumal „Gewalt“ nicht allein als Selbstzweck der NSDAP zu verstehen ist. Sie wäre sicher wesentlich stärker mit einem der im vorliegenden Band unterbelichteten Ziele der deutschen Faschisten zu verknüpfen gewesen: Deren zum Terrorismus gesteigerte, rassistisch gerechtfertigte Gewaltbereitschaft und -anwendung bezweckten eine rigorose Revision aller Ergebnisse des Ersten Weltkrieges sowie die deutsche Vorherrschaft in Europa und in der Welt. Der erste Punkt des 1929 verkündeten Parteiprogramms forderte die Schaffung eines „großdeutschen Reiches aller Deutschen“, was mehr als nur den Anschluss der acht Millionen Deutschösterreicher bedeutete und weit über das Ziel einer Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914 hinausging. Das war ohne den Preis eines neuen Krieges nicht zu erreichen. So wurde denn von Frieden lediglich dann gesprochen, wenn das Wort als beschönigende und täuschende Chiffre benutzt werden konnte. Was Hitler vom Frieden hielt, benannte er klar in seinem „Zweiten Buch“, in dem er eine grundsätzlich friedliche Politik als „Geißel“ beschimpfte und meinte: „Während der Krieg im höchsten Fall einen Bruchteil der Gegenwart tötet, mordet er [der Frieden] die Zukunft.“ In Evans Buch tauchen solche Belege nicht auf, leider auch nicht die bereits 1932 ausgesprochene Warnung, dass, wer Hitler wähle, den Krieg wählen würde. Insofern muss der Leser tatsächlich noch auf die folgenden Bände warten.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52. Jahrgang 2004, Heft 8, S. 764-765.

Saar-Treue

Die Naziführung zeigte sich maßlos enttäuscht: In der so genannten Volksabstimmung vom 19. August 1934 hatten „nur“ 90 Prozent der Wähler die bereits vollzogene Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers befürwortet und fünf Millionen Deutsche mit Nein gestimmt bzw. den Wahlschein ungültig gemacht. Intern sprach man von einem „Misserfolg“, Goebbels gar von Fehlern der Partei. An Hitler übermittelte er eine Denkschrift mit der Schlussfolgerung: „Mehr reden und zum Volk gehen ... Gegen Staatsfeinde mehr Festigkeit“.

Ganz in diesem Sinne zielten Propaganda und Terror der Faschisten zu dieser Zeit bereits auf ein besonderes Ziel: das „Heimholen“ des Saargebietes. Dort sollte 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages die Bevölkerung entscheiden, ob sie zu Deutschland bzw. zu Frankreich gehören oder den Status quo beibehalten, also weiter unter der Vormundschaft des Völkerbundes bleiben wolle. Nachdem Ende 1933 ein Vorstoß Hitlers gescheitert war, wurde schließlich der 13. Januar 1935 als frühester Abstimmungstermin festgelegt. Der „Führer“ nannte dies seinen „glücklichsten Tag“ des Jahres.

In Deutschland begannen die Vorbereitungen bereits im Sommer 1934 auf Hochtouren zu laufen. Hitler berief mit dem rheinpfälzischen NSDAP-Gauleiter Josef Bürckel einen Mann zu seinem „Saarbevollmächtigten“, der sich schon zuvor intensiv bemüht hatte, die Menschen an der Saar zu beeinflussen. Die Berliner Drahtzieher setzten auf die „Deutsche Front“, die am 15. Juli 1933 als Block aller bürgerlichen, nationalistischen und christlichen Parteien an der Saar entstanden war. Es kam ihnen vor allem auf die Zentrumspartei an, denn diese hatte bei den letzten Wahlen des Jahres 1932 an der Saar mehr als 43 Prozent der Stimmen erhalten. Gedacht war offensichtlich an die Wiederholung jener Konstellation, die im März 1933 – dank der Zentrumspartei – die Annahme des Ermächtigungsgesetzes ermöglicht hatte.

Als Bürckel und die „Deutsche Front“ am 26. August 1934 auf dem Koblenzer Ehrenbreitstein eine spektakuläre „Saar-Treue-Kundgebung“ mit rund 400.000 Teilnehmern und Hitler durchführten, fand gleichzeitig im Wald beim saarländischen Ort Sulzbach eine andere Kundgebung statt: Zu ihr hatten Kommunisten und Sozialdemokraten aufgerufen, die „Freiheit statt braunen Zwang“ forderten. Neben Max Braun und Fritz Pfordt für die beiden Parteien sprach zur Überraschung der meisten auch Pater Dörr, der unter stürmischem Beifall ausrief: „Niemals zu Hitler!“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. August 2004, S. 22.

Nürnberg

Alljährlich sollten Anfang September die so genannten Reichsparteitage der NSDAP stattfinden. 1933 hatte sich deren Führung unter der Parole „Sieg des Glaubens“ gefeiert, doch im Jahr darauf fiel es ihr offensichtlich nicht leicht, ihr arg geschmälertes Image aufzupolieren und der anstehenden Machtdemonstration den rechten Sinn zu geben. Goebbels stöhnte: „Der Nürnberger Parteitag dauert ganze 8 Tage. Hoffentlich fängt dann auch bald einmal die Reform der Partei an.“ Relativ spät entschied man sich für das Motto: „Triumph des Willens“, eine Bezeichnung, die ihren hohen Bekanntheitsgrad erst danach, vor allem durch Leni Riefenstahls Film erreichen sollte.

Als das Propagandaspektakel am 4. September 1934 begann, ließ Hitler drohend verkünden: „In den nächsten 1000 Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt!“ Diese Warnung verband er mit einer Art Unschuldserklärung: Nicht die SA, sondern lediglich einige ihrer Führer hätten Ende Juni geputscht. Und um die Vergangenheit bemüht, behauptete er hernach in seiner Proklamation allen Ernstes (und wider aller Grundthesen der nationalsozialistischen Ideologie!), der 30. Januar des Vorjahres (der Machtantritt) sei in seiner Bedeutung mit dem Ausbruch der Französischen Revolution am 14. Juli 1789 zu vergleichen. Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter in der Partei, der dem Ritual gemäß die Tagung eröffnete, trug erneut zum Kult um den „Führer“ bei und freute sich, dass der Titel seines Chefs nunmehr auch ein „staatsrechtlich verankerter Begriff“ geworden sei.

Die Nürnberger Tage brachten Aufmärsche, Paraden, Befehlsempfänge in großer Zahl. Es dominierten martialische Töne. Da wurde der Arbeitsdienst als eine „Schule der Nation“, gepriesen, durch die jeder zu gehen habe. Da verlangte Hitler von den Mitgliedern der HJ und des BDM nicht nur, Treue und Gehorsam zu üben, sondern auch „hart zu sein“. Sodann wetterte der „Führer“ gegen den Begriff der Emanzipation – ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort und ein „Irrweg“. Die Frau sei als Mutter wertvoll für die Nation: „Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes.“ Die Frau müsse sich als „Ergänzung des Mannes“ verstehen, den „wirklichen Kämpfer“. Weil die Leiterin des NS-Frauendienstes und des Frauenarbeitsdienstes Gertrud Scholtz-Klink ebenfalls in solche Kerben hieb, wurde sie – 32 Jahre jung – wenige Wochen später zur „Reichsfrauenführerin“, ernannt.

Und erstmalig gab es am 10. September 1934 einen „Tag der Wehrmacht“, an dem auf der Nürnberger Zeppelin-Wiese die Reichswehr aufmarschierte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. September 2004.

Wegelagerer

Nach dem Nürnberger Parteitagsspektakel wurde am 30. September 1934 das „Erntedankfest“ gefeiert. Da lauschten auf dem Bückeberg bei Hameln Hunderttausende Hitlers Ergüssen über „die Zukunft des deutschen Landvolkes“, während Richard Walther Darré als „Reichsbauernführer“ die Zuhörer eindringlich an ihre Pflichten gegenüber dem „Führer“ erinnerte. Lob über Lob galt vor allem der Arbeitsdienstpflicht. Jeder einzelne Deutsche, so forderte Hitler, müsse veranlasst werden, „mit Hacke und Schaufel in fleißiger Arbeit seinem Vaterlande zu dienen“. Sowohl die angestrebte allgemeine Wehrpflicht als auch die Arbeitsdienstpflicht stellte er als Garanten für die Bildung einer „wahren Volksgemeinschaft“ hin. Am Dank für die Ernte der Bauern hatte sich sinnigerweise auch die Reichswehr mit einigen Gefechtsübungen zu beteiligen ...

Auch in den folgenden Tagen wurde der Volksgemeinschaftsgedanke strapaziert. Nun hieß es: „Alles rüstet zum Winterhilfswerk“, als Hitler am 9. Oktober die nächste Runde des organisierten Sammelns auf Straßen und an Haustüren für das WHW eröffnete. Der Staat brauchte dringend Geld, vor allem für die Aufrüstung. Im Vorjahr waren Geld- und Sachspenden im Wert von 358 Millionen RM eingetrieben worden – viel mehr als Brüning im Winter 1931/32 erreicht hatte. Verkündet wurde, dass alles den 17 Millionen Bedürftigen – ausgenommen natürlich jüdischen und zu Juden erklärten Deutschen – zugute gekommen sei. Offensichtlich erschien der NSDAP bei dieser Zahl an Armen und Unbemittelten die Gefahr sozialer Unruhen noch nicht gebannt. Erneut hieß es „Keiner soll hungern, keiner soll frieren“, um das Regime als ein „soziales“ schminken zu können. Die Verbände der NSDAP, allen voran die 1932 geschaffene „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“, erhielten einen „Marschbefehl im Kampf gegen Hunger und Kälte“. Die Organisation lag in den Händen jenes Ministers, der im Dritten Reich für die Propaganda zuständig war.

Viel versprach man sich vom „Eintopfsonntag“, der monatlich einmal stattfand. Zwischen 10 und 17 Uhr durfte in allen Gaststätten, Wirtschaftsbetrieben, Speisewagen der Eisenbahn und auf den deutschen Schiffen nichts anderes als ein Eintopfgericht zubereitet werden. Hier kassierte das WHW bis zu 60 Prozent der gezahlten Preise, die Blockwarte sammelten zudem in allen Haushalten. Nicht nur Propaganda, auch Terror begleitete die organisierte Wegelagererei. Verweigerung von Spenden erhielten Drohbriefe: Der Empfänger solle es doch „nicht soweit kommen lassen“, dorthin verbracht zu werden, „wo in der Regel Staatsfeinde und Volksschädlinge verwahrt werden.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. Oktober 2004, S. 22.

Umschichtung

Mehrmals verkündete Hitler im Herbst 1934, die Deutschen dürften „nie kapitulieren“. Auch die Presse bediente sich der Sprache der Militärs. Niemand fragte, welche Schlacht bevorstehe. Ein Blick in die geheimen Berichte über die Stimmung der Bevölkerung verrät deren Ärger und Unmut über die ständigen Preissteigerungen sowie eine wachsende Furcht vor Rationierungen und erneutem Hungerwinter. Heftige Kritik, so notierten die Gestapo-Beamten, würde sich gegen die hohen Reichstagsdiäten und den luxuriösen Lebenswandel vieler Parteifunktionäre richten. Die Sorge der Menschen gelte aber auch möglichen Folgen einer als überzogen gewerteten Aufrüstung und Krisen hervorruhenden Außenpolitik. Potsdamer Geheimpolizisten klagten, dass in „weiten Schichten der Bevölkerung ... immer noch (!) eine erhebliche Kriegsmüdigkeit“ vorhanden sei. Und von „Zukunftsangst“ war die Rede.

Keineswegs zufällig wurde in dieser Situation erneut die „Treue“ gegenüber den Deutschen im Ausland beschworen. Pathetisch erklärte der Chef des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland: „Wir kämpfen und arbeiten für euch, wie lassen nicht von euch, wir sind euch verbunden durch die Ewigkeit deutscher Geschichte.“ Das richtete sich vor allem an die Deutschen im Saarland, die am 13. Januar 1935 über eine Rückkehr zum Reich abstimmen sollten, aber ebenso an die in Danzig und in den Sudetengebieten. In der Ostseestadt entfachte NSDAP-Gauleiter Albert Forster eine wüste Kampagne gegen den Senatspräsidenten Hermann Rauschning, der – auch NSDAP-Mitglied – sich für eine gewisse Verständigung mit Polen einsetzte, um so die schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt erleichtern zu können. Forster beschimpfte seinen Konkurrenten als „Volks- und Landesverräter“, der Danzig „an die Juden verkauft“ habe. Von Hitler fallen gelassen, trat Rauschning am 24. November zurück.

In dieses Konzept passte die von Konrad Henlein am 21. Oktober 1934 in Böhmisches-Leipa veranstaltete erste Kundgebung der ein Jahr zuvor gegründeten „Sudetendeutschen Heimatfront“, die zu einem der wichtigsten Instrumente der Nazis für den Anschluss des Sudetenlandes an das Reich wurde. In schillernder Zweideutigkeit rief Henlein dort aus, nur ein Blinder könne übersehen, dass sich „heute in ganz Europa eine Umschichtung aller gesellschaftlichen Verhältnisse vollzieht“. Unmissverständlicher klang seine Forderung, die „Grenzen als trennende Mauern unwirksam zu machen“. Und drohend fügte er hinzu, dem „nationalstaatlichen Egoismus“ der tschechischen Regierung werde eine „revolutionäre Massenerscheinung“ entgegentreten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. Oktober 2004, S. 22.

Rezension

PETER REICHEL: *Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater*. Carl Hanser Verlag, München/Wien 2004, 374 S.

Wer schlicht und einfach nach Kenntnissen zur Geschichte des Nationalsozialismus sucht oder gar ein eigenständiges Urteil über die schlimmste Phase deutscher Vergangenheit gewinnen will, sieht sich erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Seit langem schon liegt über dem, was tatsächlich geschah, ein „Schleier der Erinnerung“.⁴⁶² Keiner hat es noch allein mit dem Geschehenen zu tun, sondern auch mit einer ausufernden Geschichte sowohl seiner wissenschaftlichen Erforschung als auch seiner Darstellung und Interpretation. Zu Letzterem bietet *Peter Reichel* erneut aufschlussreiche Materialien und Überlegungen, die seine bisherigen Bücher⁴⁶³ sinnvoll weiterführen. Gegenstand seiner Untersuchung ist die Spiegelung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der faschistischen Verbrechen an den europäischen Juden in Film und Theater, damit also ein wesentlicher Bestandteil dessen, was als kulturelles Gedächtnis der Deutschen bezeichnet werden kann.

Im ersten Teil analysiert Reichel „Kriegsbilder der Nachkriegszeit“ im zweiten „Ansichten von Auschwitz“ – eine Zweiteilung. Dies bietet Vorteile, bringt aber auch Nachteile mit sich; mitunter wäre eine komplexere Sicht auf Vorgänge und Zusammenhänge wünschenswert gewesen. Nach einer Rückschau auf erste politische Weichenstellung für Legendenbildungen durch die geschlagenen Militärs und auf das „geschönte Wehrmachtsbild“ das drastisch zwischen den bösen Nazis“ und der Mehrheit der „guten Deutschen“ unterschied, bietet der Verfasser zunächst eingehende Informationen zu den Schauspielen von Wolfgang Borchert „Draußen vor der Tür“ und Carl Zuckmayer „Des Teufels General“. Deren Hauptfiguren seien in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten „Chiffren“ gewesen, in denen sich die frühere deutsche Volks- und Mitläufergesellschaft als die „Schicksalsgemeinschaft der Kriegsoffer und Überlebenden“ wiedererkennen wollte (S. 59). Zwar werden diese Chiffren treffend als „gesuchte“ charakterisiert, doch erscheinen Film und Theater zu sehr abgehoben von konkreten Interessen – ein gewisses Manko, das den an sich hohen Wert des gesamten Bandes beeinträchtigt. Das zeigt sich auch in der Behandlung des Filmes „Canaris“ und der zwiespältigen Sicht der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auf den Widerstand, in der vielen Bundesbürgern die Männer des 20. Juli 1944 immer noch als „Verräter“ galten. Allerdings gesteht Reichel der aus der DDR stammenden Kritik, es gebe einen Zusammenhang zwischen dem Film sowie der Rehabilitierung von Wehrmachtsgenerälen mit der westdeutschen Remilitarisierung, Konsequenz zu: Sie sei zwar zugespitzt formuliert gewesen, „aber im Kern ja nicht falsch“ Überflüssig sind hingegen die für heutige Betrachtungsweisen wohl unentbehrlichen Zungenschläge wie auf S. 70: „Die ostdeutschen Zeitungen ließen sich selbstverständlich keine Gelegenheit für eine antiimperialistische Polemik entgehen.“

Aufschlussreiche Angaben findet der Leser zu Falk Harnacks Film „Der 20. Juli“, Erwin Piscators „Aufstand der Offiziere“ und Wolfgang Graetz’ „Die Verschwörer“ zu Büchern und Filmen zur Schlacht um Stalingrad sowie zu den „08/15“-Denkweisen Hans Hellmut Kirsts und Rainer Werner Fassbinders „Lili Marleen“ Ausführlich werden Dieter Nolls „Die Abenteuer des Werner Holt“ und Bernhard Wickis „Die Brücke“ einander gegenübergestellt, zwischen denen es trotz des unterschiedlichen Umgangs mit dem politischen Kontext viele Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten gegeben habe. Erst im zweiten Teil finden dann auch die bekannten antifaschistischen und antirassistischen Filme „Die Mörder sind unter uns“ (Wolfgang Staudte), „In jenen Tagen“ (Helmut Käutner), „Lang ist der Weg“ (Herbert Fredersdorf und Marek Goldstein), „Ehe im Schatten“ (Kurt Maetzig), „Sterne“ (Konrad Wolf), „Nacht unter Wölfen“ (Frank Beyer), „Jakob der Lügner“ (Jurek Becker) eingehende, verständnisvolle und diskussionswürdige Beurteilungen. Selbstverständlich fehlt nicht der Blick auf Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“, Peter Weiss’ „Die Ermittlung“ und Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“.

⁴⁶² Siehe Johannes Fried, „Der Schleier der Erinnerung“ Grundzüge einer historischen Memorik, München 2004.

⁴⁶³ Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus (1991), Politik mit der Erinnerung (1995) und Vergangenheitsbewältigung in Deutschland (2001).

Während im ersten Teil ausschließlich in beiden deutschen Staaten entstandene Stücke und Filme ihre Würdigung erfahren, weitet sich der Blick im zweiten Teil aus. Da werden das vierteilige US-Melodram „Holocaust“ sowie seine außerordentlich große Resonanz detailliert behandelt, ein Film, von dem Hans Mommsen meinte, mit ihm sei ein Meilenstein in der Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik markiert. Da werden mehrere internationale Auschwitz-Filme vorgestellt, darunter „Shoah“, „Schindlers Liste“ und „Das Leben ist schön“. Im Interesse eines Gesamtbildes vom kulturellen Gedächtnis in Deutschland wären sicher in ähnlicher Weise sowjetische Antikriegsfilme (z. B. „Die Kraniche ziehen“, „Im Morgengrauen ist es noch still“ und „Ein Menschenschicksal“) einzubeziehen, von denen viele nachhaltigen Einfluss auf die Bevölkerung der DDR ausübten und z. T. auch in der BRD zur Kenntnis genommen worden sind. Nicht einzusehen ist, weshalb jeglicher Hinweis auf die einflussreichen ZDF-Produktionen von Guido Knopp unterblieben ist.

Es macht durchaus Sinn, sich der „zweiten Geschichte“ des Nationalsozialismus zuzuwenden. Ob der Begriff „erfundene Erinnerung“ tragfähig ist, wird sich noch erweisen müssen, zumal es sich ja in den öffentlichen Reaktionen auf diese bereits um eine „dritte“ Ebene der Geschichtserinnerung handelt. Die Rückwirkungen von Geschichts- und Erinnerungspolitik auf das Bild vom tatsächlich Geschehenen bleiben noch zu untersuchen. Erst jüngst verwies ein Rezensent auf das Wort des amerikanischen Philosophen Daniel Dennett vom „Orwellschen Gedächtnis“; wie in Orwells Roman 1984 der Minister für Wahrheit die Realität zurechtbiegen würde, indem er in der Geschichtsschreibung frühere Ereignisse verschiebe und vertausche, schminke sich auch das individuelle Gedächtnis die Wirklichkeit zurecht, wodurch unablässig sogar das selbst Erlebte manipuliert und eine eigene Vergangenheit geschaffen würden.⁴⁶⁴ Zu fragen ist, welche Schlüsse denn die Geschichtswissenschaft daraus zu ziehen hat. Auch wenn Reichel solchen Fragen nicht nachspürt, liefert er doch eine Fülle an Material zur Schaffung von Erinnerungen in der deutschen Gesellschaft, die sich in vielen Punkten erheblich von der realen Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Verbrechen und des Widerstandes gegen ihn unterscheidet.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52. Jahrgang, Heft 11/2004, S. 1067-1068.

⁴⁶⁴ Siehe Dominik Perler, Doppelt hält besser. Als Lügendetektor kommt diese Idee leider zu spät, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.2004, Nr. 233, S. L34.

Taufwasser

Den 11. Jahrestag ihres gescheiterten Putsches nutzte die NSDAP am 8. und 9. November 1934 zu erneuter „Abrechnung“ mit der Weimarer Republik, vor allem jedoch zu weiterer geistiger Aufrüstung. Das Blut, das damals vergossen wurde, sei nun „Taufwasser“ geworden für das „Dritte Reich“. Da wurde gejubelt, man habe nun „doch gesiegt“, und versprochen, jährlich eine halbe Million Reichsmark den Angehörigen der am 9. November 1923 ums Leben gekommenen „alten Kämpfer“ zur Verfügung zu stellen.

Hitler stimmte auch auf künftiges Marschieren ein. So forderte er bei der so genannten Vereidigung von „Hitler- Jungen“ als neue Parteimitglieder: „Ihr werdet Kämpfer sein müssen!“ Am Abend des 8. November beschwor er im Münchner Bürgerbräukeller die dort Versammelten, sie sollten sich das Motto einprägen: „Wir wollen stets entschlossen sein, zu handeln! Jederzeit bereit sein, wenn es notwendig ist, zu sterben! Niemals gewillt, zu kapitulieren!“ Seine Partei sei 1923 zwar geschlagen worden, doch zehn Jahre später hätten die Geschlagenen gesiegt. Und: „Die Partei ist heute nicht etwa am Ende ihrer Mission, sondern erst am Anfang!“

Die Presse verbreitete in diesen Tagen auch den Satz: „Wir Nationalsozialisten haben kein Verständnis für überspitzte Rechtstüfteleien.“ Ihn hatte der preußische Ministerpräsident am 12. November auf einer Sitzung der „Akademie für deutsches Recht“ in Anwesenheit mehrerer Reichsminister und ausländischer Diplomaten von sich gegeben. Proteste aus den Reihen der überwiegend konservativen Richter und Anwälte waren nicht zu vernehmen, auch nicht, als Göring die angeblich in Deutschland bestehende „Rechtssicherheit“ pries, welche „aus dem Blut des Volkes“ geboren sei und „Grundlage der Volksgemeinschaft“ darstelle. Da die Gemeinschaft der Deutschen mehr und mehr als „Wehrgemeinschaft“ interpretiert wurde, sah z. B. der Stundenplan in den Schulungslagern des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (1936 in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund umbenannt) ausschließlich militärische und ideologische Themen vor; unter Aufsicht ehemaliger Unteroffiziere der Reichswehr wurden alle zur Teilnahme verpflichteten Justizreferendare, wie dem Reichsjustizminister berichtet wurde, „mit kilometerlangen Geländemärschen oder dem Ausheben und Zuschütten von Schützengräben“ gedrillt.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. November 2004, S. 22.

„Schüsse ins Gehirn“ – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit*

Wie viele andere äußerte sich jüngst auch Georg Belitz, ein Mann der Kirche, voller Empörung über die wachsende Diskrepanz zwischen den Gewinnen der Banken und Konzerne einerseits und dem radikalen sozialpolitischen Vorgehen der deutschen Eliten andererseits, die sich – wie er schreibt – durch ihren „neoliberalen Klassenkampf von oben“ an der Bevölkerung versündigen. Aber ebenso fragte er: „Warum schweigen die Lämmer?“¹ Nun, von einem völligen „Schweigen“ kann zwar in unseren Tagen keineswegs die Rede sein, dennoch halte ich diese Frage für berechtigt. Unübersehbar beteiligt sich nur eine Minderheit der von den Übeln neuer Gesetze Betroffenen an Demonstrationen, ebenso auffallend sind die schrumpfenden, aber immer noch stattlichen Anteile der großen etablierten Parteien an den Wählerstimmen auf Bundes- und Länderebene. „Gegenüber der öffentlichen Propaganda der marktradikalen Ideologie und dem Kostenmythos des Neoliberalismus gibt es in Deutschland keine wirksame Gegenöffentlichkeit mehr“, stellt Belitz skeptisch fest. Ist indessen auch richtig, was er als Ursache anführt? Er verweist auf „eine imposante Gehirnwäsche“, der die deutsche Bevölkerung „seit Jahr und Tag unterzogen worden ist und deren Resultate jetzt unübersehbar sind.“ Zudem hätten die Medien sich einer „freiwilligen Gleichschaltung“ unterzogen.²

Unter den Aspekten meines Themas ist dem zuzustimmen, denn tatsächlich erleben flotte Sprüche, Redewendungen, Stereotype und ähnliches mehr eine erstaunliche Hochkonjunktur, und dies nicht allein im Vorfeld von Wahlen oder anderen Entscheidungen. Woche für Woche quellen unsere Briefkästen über, erhält jeder Haushalt eine Unmenge zumeist farbiger, mit geschönten Bildern versehener Faltblätter, Zettel und Zeitungen. Jährlich sieht der durchschnittliche Fernsehkonsument rund 40.000 Werbespots und noch einmal das Doppelte an Plakaten und Inseraten.³ Rund 360.000 Menschen sollen allein in Deutschland in der Werbebranche tätig sein. Das Erfinden immer neuer Schlagwörter und entsprechender Bilder nimmt einen erheblichen Platz im kapitalistischen Wirtschaften und Handeln ein. Werbung sei deren „Motor“, heißt es, oder – durchaus zweideutig – das notwendige „Schmiermittel“, um alles in Gang zu halten, auch wenn manche Werbeformel, manches Plakat oder mancher Spot völlig absurd oder gar idiotisch daher kommt und völlig unsinnig erscheinen mag. Doch offensichtlich macht selbst das Unsinnigste sich bezahlt: gilt es doch zunächst, Aufmerksamkeit zu erregen, von den Produkten der Konkurrenz abzulenken, schließlich eigenständiges Denken zu betäuben, sodass Anderes oder gar Gegenteiliges dort kaum noch Platz finden kann. Es gelte, so hat es Hans Domizlaff formuliert, in das „Gehirn der Massen“ zu kriechen, auf das Einfluss zu nehmen sei.⁴ Drastischer vergleicht ein anderer Marketingtheoretiker, Werner Kroeber-Riel, werbende Bilder mit „schnellen Schüssen ins Gehirn“.⁵ Und deren Botschaft lautet stets so schlicht wie einfach: „Kaufe mich ...!“ oder auch: „Wähle mich ...!“

Von ersterem soll hier weniger die Rede sein, eher davon, dass Inhalte und Charakter der Firmenwerbung weithin den Zustand der heutigen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit spiegeln, gleich ob es sich um die Politik von Regierungen, Parteien und Verbänden, um Problemfelder von Bildung und Wissenschaft, von Literatur und Kunst, von Sport und Massenmedien oder auch um „verordnete“ Erinnerungsbilder handelt. Im Tun und Lassen der Werbeprofis offenbart sich durchaus eine Art

* Diskussionsbeitrag für die Tagung des „Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.“, die am 25.9.2004 in Jena zum Thema „Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter“ stattfand.

¹ Georg Belitz: Gehirnwäsche. In: Amos. Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet/Transparent. Zeitschrift für die kritische Masse in der Rheinischen Kirche, H. 3/2003, S. 5 f.

² Ebenda.

³ Zukunft der Werbung. Werbung der Zukunft. Das gemeinsame Supplement zum Deutschen Werbekongress 2003 von w&w, Süddeutsche Zeitung, media & marketing und der Kontakter, S. 4.

⁴ Hans Domizlaff: Ethik im Werbefach. Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Werbefachschule Hamburg am 14. September 1956, S. 13 f. Zit. nach Rainer Gries: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003, S. 119.

⁵ Werner Kroeber-Riel: Bildkommunikation. Imagerystrategien für die Werbung, München 1995, S. 53. Die Internationale Fachtagung für politische Kommunikation, die am 29./30. 11. 2004 in Berlin stattfindet, ist u. a. auch das Thema „Gerönte Köpfe“ vorgesehen.

Sündenkatolog kapitalistischer Verhältnisse, in denen zunehmend alle öffentlichen Debatten einer regelrechten „Verschlagwortung“ unterliegen.⁶ Was sich in dieser Hinsicht auf dem Gebiet der Politik abspielt, ist nichts anderes als das in der Wirtschaft, besitzt jedoch möglicherweise größere Reich- und Tragweite. Daher sollte besonders nach jenen Faktoren gefragt werden, die historisch-politischen Schlagwörtern erhebliche Wirkungen ermöglichen und zu gesellschaftspolitisch relevanten Ergebnissen führen.

Während sich für die Produktwerbung bereits eigenständige Wissenschaftsgebiete entfaltet haben und selbst akademische Bildungseinrichtungen in solche Richtung gedrängt sehen, verharret die systematische Erforschung von Wirkungsmechanismen politischer Werbung auf unbefriedigendem Stand. Zwar liefern Politik- und Geschichtswissenschaft, Soziologie und Wahlforschung, Psychologie und selbst die Hirnforschung diverse Einsichten, doch mangelt es in der Tat an eingehenden Untersuchungen zur Werbung als Ursache politischen Verhaltens. Empirische Untersuchungen bieten nur vage Urteile. So formulierte der Mainzer Publizistikwissenschaftler Hans Mathias Kepplinger als Faustregel, eine Partei könne auf Grund einer durchgehend „positiven Berichterstattung“ (wahrlich eine schöne Umschreibung jener Realität, die da sehr sinnvoll „Campaigning“ genannt wird!) – innerhalb von sechs Monaten rund zwei Prozent Anhänger gewinnen bzw. umgekehrt verlieren.⁷ Auch wenn ich die Ergebnisse der Bemühungen von Kurt Pätzold und mir um die historischen Schlagwörter überschaue, komme ich zu keinem aussagekräftigen Ergebnis. Nur in wenigen Fällen sind in den 114 Texten der zwei Bände „Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“⁸ konkrete Angaben zu den Wirkungen enthalten, auch nicht in den 193 Beiträgen des „Kleinen Lexikons historischer Schlagwörter“⁹, das zu Beginn des nächsten Jahres erscheinen wird und für das ich – wie kann es anders sein – hier nebenbei werbe ...

Selbstverständlich will sich keiner dem Diktat politischer Werbung unterwerfen, dennoch passiert eben dieses einem großen Teil der Bevölkerung, und zwar Tag für Tag. Wer sich dennoch falschen Freund- oder Feindbildern¹⁰ verweigern sowie den eigenen Kopf zu kritischem und widerständigem Denken bewahren will, der sollte auch die Erfolgchancen und die Wirkungsmöglichkeiten von politischer Wort- und Bildwerbung analysieren. Es genügt meines Erachtens nicht, allein die allemal erkennbaren Manipulationsabsichten und die Zielfunktionen zu benennen, obgleich diese selbstverständlich auch Auskunft über wichtige Bestandteile des ganzen Bündels von Wirkungsfaktoren geben. Wenn aber vor allem letztere untersucht werden sollen, haben wir zunächst eine Tatsache festzuhalten, welche gerade von linken Kritikern mitunter leichtfertig übersehen wird: Wie in der Reklame für Wirtschaftsprodukte gilt auch für die der Politik ein gewisses, mitunter sogar relativ hohes Maß an Realitätsbezogenheit. Der Adressat muss Übereinstimmungen zwischen dem Angebot und seinem Wollen erkennen, er muss gewissermaßen an die Aufrichtigkeit des Werbenden und dessen Anspruchsversprechen glauben können. Das Bestreben, etwas verkaufen zu wollen, von dem man in erster Linie erwartet, dass es Profit bringt, stützt sich also durchaus auf Interessen, Bedürfnisse und Wünsche großer Teile der Umworbenen. Anders formuliert: Ohne jeglichen positiven Bezug zur Wahrheit bleibt Werbung wirkungslos. Heuchelei, Betrug und Lüge sind zwar immer mit im Spiel, indessen auf Anhieb kaum zu erkennen, geschweige denn zu durchschauen.

Was ich damit meine, lässt ein Blick auf zwei der erfolgreichsten Losungen der Nationalsozialisten erkennen. Diese lauteten „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ und „Volksgemeinschaft“. In ihnen war nichts originär faschistisch. Erstere berief sich sowohl auf uralte germanische Traditionen als auch auf ein ganz allgemeines Gerechtigkeitsgefühl im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft.

⁶ Gunnar Decker: Die Schlagwörter-Schlacht. In: Neues Deutschland, 10.4.2003, S. 10.

⁷ Zit. nach Robert Luchs: Wer sich besser verkaufen kann, hat die Nase vorn. Die Macht der bewegten Bilder. Werden Wahlen im Fernsehen entschieden? In: Das Parlament, 13.9.2004, S. 3.

⁸ Leipzig 2002.

⁹ Leipzig 2005.

¹⁰ Am Beispiel der früheren sozialistischen Länder befassen sich damit Silke Satjukow und Rainer Gries (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig 2004. Siehe auch den Beitrag der Herausgeber „Seid wachsam! Feindbilder in sozialistischen Gesellschaften“. In: Deutschland Archiv, H. 5/2004, S. 845-854.

Und die zweite bediente sehr soziale und ebenso zutiefst menschliche Empfindungen: Brüderlichkeit und Solidarität, Hilfsbereitschaft und Anteilnahme. Welch eine unsoziale und menschenfeindliche Praxis die Nazis daraus gemacht haben, ist bekannt und immer wieder in Erinnerung zu rufen; auch das eigentlich sehr humanistisch-schöne Wort „suum cuique“ („Jedem das Seine“) ließen sie zur berüchtigten Eingangsformel in deutschen Konzentrationslagern verkommen. Selbst Lügenmeister Joseph Goebbels wusste, dass ein mixtum compositum aus halber Wahrheit und halber Lüge wirksamer ist als eine Lüge schlechthin. Vielleicht kannte auch er den Lichtenberg, der da schon vor rund 200 Jahren gemeint hatte: „Die gefährlichste Unwahrheit ist die Wahrheit mäßig entstellt.“

Zu lernen wäre also, Wahrheit und Lüge gleichsam als ein Geschwisterpaar zu verstehen¹¹, das sowohl gut gekleidet als auch verkleidet, selten – um im Bild zu bleiben – völlig nackt daher kommt.¹² Es bedient sich diverser Mittel, deren Palette riesig groß ist und nicht allein von peinlicher Verniedlichung zu völliger Überzeichnung, von schamloser Diffamierung und absichtlichem Weglassen zu unzulässigem Verändern des Sinns alltäglich gebrauchter Begriffe reicht.¹³ Dass dafür die Sprache zahllose Möglichkeiten bietet, ist immer wieder zu erleben. Für zielgerichtete Worterfindungen und gelenkten Bedeutungswandel lassen sich Beispiele zahlreich finden. Es scheint zu stimmen, wenn der Satiriker Ernst Röhl meint: „Die Sprache meint es gut mit den Lügern“¹⁴ Sie bietet durchaus Möglichkeiten für eine ins Unermessliche reichende Tarnung und Camouflage, für extensive Erweiterung und fortwährende Übersteigerungen. Letzteres lässt sich wiederum am deutschen Faschismus ablesen. Da gab es ja schon jenen Hang, von dem Victor Klemperer im LTI-Kapitel „Der Fluch des Superlativs“ meinte, dass „anhaltendes Übertreiben zwangsläufig zu immer weiterem Verstärken des Übertreibens“ führe und dies Abstumpfung und Skepsis bewirke, der wiederum mit übersteigerten Formeln begegnet wird. Da denkt heute mancher wohl sofort an das bekannte Wort des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch von „brutalstmöglicher“ Aufklärung, oder auch an die organisierte Suche nach dem schönsten Wort, nach dem Kanon der allerbesten Bücher, nach den schönsten Super-Schönheitsköniginnen usw., was alles einher geht mit zunehmender Verarmung der Sprache.

Neben solchen sprachpolitischen Aspekten¹⁵ wären indessen aus der Sicht des Historikers vor allem der gesellschaftliche Kontext und der zeitliche Rahmen zu untersuchen, in denen bestimmte Schlagwörter hauptsächlich Verwendung finden und ihre Kommunikationskraft entfalten. Von daher wären vielleicht auch folgende gegenwärtig sich abzeichnende Entwicklungstrends in den Inhalten politischer Schlagwörter zu markieren:

So können wir erstens feststellen, dass auf früher häufig verwendete Losungen in jüngster Zeit gern und konsequent verzichtet wird, beispielsweise auf: „Eigentum verpflichtet“. Die künftige EU-Verfassung kennt im Gegensatz zum Text des deutschen Grundgesetzes keine Formel mehr, die als soziale Verpflichtung des Eigentums anzusehen wäre. Stattdessen wird suggeriert, die Gesellschaft sei verpflichtet, dem Eigentümer zu dienen, weil angeblich nur dies Arbeitsplätze erhalte bzw. neue schaffe. Stattdessen wird die „unternehmerische Freiheit“ in den Rang eines europäischen Verfassungsgrundsatzes erhoben. Wer spricht heute noch wie in den Siebzigerjahren von einer „Humanisierung der Arbeitswelt“? Wer unter den Regierenden fordert „Wohlstand für alle“? Auch das – von Ludwig Elm so treffend erhellte – Schlagwort „Mehr Demokratie wagen“¹⁶ findet sich in den Massenmedien nicht mehr, stattdessen wird – und das sogar in verfassungswidriger Weise vom Bundes-

¹¹ Siehe u. a. Oscar Wilde: Über den Verfall des Lügens; Steffen Dietzsch: Kleine Kulturgeschichte der Lüge; Hannah Arendt: Wahrheit und Lüge in der Politik (1972), Ernst Röhl: Der große Bluff. In: Neues Deutschland, 22. 7. 2003, S. 8.

¹² Welche Umstände und Wirkungen Letzteres ermöglichen ist dargelegt in: Thomas Frank, Albrecht Koschorke u. a.: Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Texte, Bilder, Lektüren, Frankfurt a. M. 2002.

¹³ Dieter Langer: George W. Bushs „Falschwörterbuch“. In: Neues Deutschland, 26.08.2004, S. 16.

¹⁴ Ernst Röhl: Der große Bluff. In: Neues Deutschland, 22. 7. 2003, S. 8.

¹⁵ Siehe dazu auch Eva Petermann-Graubner: Vom Umgang mit Sprache und Medien. In: Marxistische Blätter, H. 2/2004, S. 91-96.

¹⁶ Siehe Ludwig Elm: Mehr Demokratie wagen. In: Schlagwörter und Schlachtrufe, a. a. O., Bd. 2, S. 44-50.

präsidenten – sozialer Ungleichheit das Wort geredet. Andere Ursachen führten dazu, dass zur Zeit gern auf das Unwort „Kollateralschaden“ verzichtet wird, das 1999 im Nato-Krieg gegen Jugoslawien verwendet worden ist; zu offensichtlich klaffte da die Lücke zwischen dem Anspruch chirurgisch exakter Militärschläge und der inhumanen Leichtigkeit, mit der Opfer an Menschenleben hingenommen worden sind.¹⁷

Zweitens tauchen aus der Versenkung manche Redewendungen auf, von denen lange Zeit gehofft werden konnte, sie seien endgültig überholt. Ihre erneute Verwendung charakterisiert wohl am deutlichsten die neoliberale Ellenbogengesellschaft: Wieder wird, vor allem als Rechtfertigung neuer Krieg auf das „Recht des Stärkeren“ gepocht und wird die „Stärke des Rechts“ ungeniert in Frage gestellt. Eine Partei warb in Brandenburg jüngst auch mit dem Spruch „Harte Zeiten brauchen starke Führung“.¹⁸ Im so genannten Krieg gegen den internationalen Terrorismus wird de facto „Kampf ums Dasein“ betrieben. Zum Schlagwort „Der Zweck heiligt die Mittel“ lieferte hier in Thüringen der Vorsitzende der „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“ ein erschreckendes Beispiel: In einer Auseinandersetzung um das in Jena geplante Denkmal zur „Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur“ hielt er Kritikern den Satz entgegen: „Entscheidend ist der Zweck, und das ist ein guter.“¹⁹ Und als es im öffentlichen Streit um die Schwarzgelder der CDU ging, wagte Helmut Kohl gar, seine Kritiker als „vaterlandslose Gesellen“ zu beschimpfen. Überhaupt rankt sich viel ums Geld. Oft und allzu oft unwidersprochen ist das Wort von den „leeren Kassen“ zu hören sowie davon, dass sich etwas „rechnen“ müsse. Verbunden wird dies mit verwaschenen Parolen, die letztlich auf eine weitere Entsolidarisierung zielen. An die Adresse der Arbeitslosen und Sozialhilfebedürftigen richtet sich der Spruch: „Wer nichts leistet, kann auch nichts bekommen“. Das Anzeigenblatt „Hallo Jena“ verstieg sich am 18. September diesen Jahres zu dem Aufmacher „Wenn jeder an sich denkt, wird keiner vergessen“. Egoismus also ein Solidaritätsprinzip? Sicher ist es kein Zufall, dass von den „leeren Kassen“ niemals bei den Ausgaben für militärische Aktionen und neue Kriege die Rede ist. Krieg ist scheinbar nie teuer genug, der Friede immer, urteilt lakonisch der katholische Theologe Eugen Drewermann.²⁰ Sind wir, so muss man sich wohl fragen, noch weit entfernt von neuerlicher Verwendung des Satzes, dass der Friede nur ein Traum und noch dazu kein schöner sei, oder von einer Lobpreisung des Heldentodes? Manches Wort, manche Diktion zielt doch bereits in eine Richtung, die da früher mit dem Spruch verziert worden ist, es sei süß und ehrenvoll fürs Vaterland zu sterben. Im Auge habe ich dabei auch Betrachtungen, die im jüngsten Heft der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ zur herrschaftsstabilisierenden Funktion der Gladiatorenkämpfe in der römischen Kaiserzeit angestellt worden sind. Ihr Titel lautete: „Schöne Wunde, verachteter Tod“.²¹

Drittens scheint in unserer Zeit neben wieder belebten alten und neuen Schlagwörtern zunehmend auch eine andere Kategorie von Sprüchen und Parolen an Bedeutung für den Alltag zu gewinnen: Mit demonstrativ zur Schau gestellter Selbstverständlichkeit verkünden Werbeprofis aller Unternehmen eine Fülle von Leerformeln und Plattitüden. Es will mir so erscheinen, als solle und könne der Leser oder Betrachter dazu gebracht werden, sich nicht länger andere, vernünftige Dinge durch den Kopf gehen zu lassen. Solche Orientierung für das alltägliche Denken der Menschen bieten wirtschaftliche und auch die politische Werbung in großer Zahl, mitunter durchaus recht pfiffig und witzig formuliert und mit Anglizismen durchsetzt.²² Eine lange Liste solcher „Leerformeln“ wäre anzuführen:

¹⁷ Siehe Georg Fülberth: Kollateralschaden. In: Ebenda, S. 136-142.

¹⁸ Zit. nach Neues Deutschland, 21.9.2004, S. 6.

¹⁹ Zit. nach Thüringische Landeszeitung, 16.6.2003.

²⁰ Eugen Drewermann: Gehorsam ist Geistesstörung. In: Neues Deutschland, 25./26.3.2000, S. 1.

²¹ Uwe Walter: „Schöne Wunde, verachteter Tod“. Zur Funktion der Gladiatorenkämpfe in der römischen Kaiserzeit. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, H. 9/2004, S. 513-520.

²² Kay Tangermann: Werbung - der Milliardenpoker, München 2003, begründet dies auf S. 225 mit dem Satz: „Wenn wir hier in Deutschland etwas nicht mehr genau verstehen, neigen wir dazu, es dann wenigstens in Englisch auszudrücken.“

- Was zählt ist die Zukunft (Listen to the future; Create your future)
- Erfolg kommt nicht von ungefähr (See the possibility; Think what's possible)
- Kluge Köpfe treffen kluge Entscheidungen (Innovation delivered)
- Jetzt kommt's darauf an (Be yourself; You can do more)
- Starten Sie durch (Create your success)
- Setzen Sie auf Nummer Sicher (It's all natural)
- Qualität entscheidet (Always the best)
- Wir halten gern, was wir versprechen (We take it personally)²³

Schaut man sich die Einschaltquoten so genannter TV-Comedians an, von deren Niveau sich die Media-Markt-Parole „Ich bin doch nicht blöd“ sogar noch abzuheben vermag, bestätigt sich auch die Wirksamkeit des letztlich der Machterhaltung und Herrschaftssicherung dienenden Strebens nach geistiger Leere, nach Herabsetzung und Entwürdigung aller wesentlichen Sinnfragen unseres Lebens. Die mit alten und neuen Schlagwörtern vor allem transportierten Botschaften sind von konservativ-neoliberalem Zuschnitt. Sie suggerieren, die gegenwärtige Krise würde keine andere Lösung verlangen als die von den Regierenden vorgeschlagene. Andere Lösungen seien grundsätzlich nicht möglich. Das was jeweils beschlossen wird, soll als alternativlos gelten. „Es ist eben so“, erfährt der, der fragt. Wozu ein regierender Kanzler bekanntlich gern sein „Basta!“ hinzufügt.

Da wird aber nicht nur suggeriert, die Verhältnisse seien eben so, sondern auch gemeint, der Mensch lasse sich nicht ändern. Dabei zeigen viele der anthropologisierenden Beschreibungen lediglich, wie man den Menschen gern haben würde: So postulierte jüngst ein Autor der Wochenzeitung „Das Parlament“, Menschen seien nichts anderes als „affektive Instinkttiere“, weshalb Abschied vom „rationalen Wähler“ genommen werden müsse.²⁴ Beim FDP-Wahlkampfberater Pieter Schnell liest sich das so: „Wahlen gewinnt man bei der Masse, die nur noch fähig ist, Schlagzeilen zu lesen. Fundierte Positionierung und langsame Entwicklung von Politik hat heute kaum noch Chancen, weil Verona Feldbusch nun einmal sexier ist als Willy Brandt.“²⁵ Da wird aber auch zu einer Lebensmaxime erhoben: „Wer sich besser verkaufen kann, hat die Nase vorn.“²⁶ Selbstverständlich: Die Menschen sind keineswegs nur ahnungslose Unschuldslämmer, die von teuflischen Lügnern verführt werden müssen²⁷; nicht zuletzt wissen gerade marxistische Denker, wohin die vormalige Schönrede über die „Rolle der Volksmassen“ geführt hat. Doch selbst diese Erfahrung darf niemanden davon abhalten, nach den Ursachen der Denkstrukturen und der Verhaltensmuster großer Teile der Massen zu suchen. Wer das Motto der Film-Werbebranche kennt, das da lautet: „Pack die Zuschauer an der Gurgel und lass sie nicht mehr los!“²⁸, sollte sich indessen stets mehr über die „Macher“ als über die „Gemachten“ empören.

Unübersehbar und zunehmend wird die von neoliberalen Zeitgeist geprägte politische Werbung von Diskreditierung der Umworbenen begleitet. Der zumeist absichtlich Verdummte wird zusätzlich verspottet, wie nicht zuletzt der in seinem Zynismus kaum zu überbietende Satz beweist: „Wer glaubt, was Politiker vor Wahlen versprechen, ist selber schuld.“ Dem folgt oft die lapidare und von der wohl umfassendsten Glaubwürdigkeitskrise der letzten Jahrhunderte kündende Feststellung: „Keiner glaubt wirklich keinem mehr.“²⁹ Das programmatische Wort heutiger demokratischer Sozi-

²³ Die Beispiele finden sich in: Ebenda.

²⁴ Luchs, a. a. O.

²⁵ Zit. nach Oliver Heilwagen: Die Verführung des Wählers. In: Das Parlament, 14.06.2004, S. 7.

²⁶ Luchs, a. a. O.

²⁷ So formuliert es Petermann-Graubner, a. a. O., S. 92.

²⁸ So lautete ein Ratschlag des Filmproduzenten Billy Wilder an seine Drehbuchautoren. Den Satz wiederholt Tangemann (a. a. O., S. 313) in seinen Empfehlungen an Werbefachleute („Wie überzeuge ich eine Million?“) und verband dies mit der Empfehlung, dran zu bleiben „wie ein Hund am Bein des Briefträgers“.

²⁹ So äußerte sich z.B. Bernd Kauffmann in der „Thüringischen Landeszeitung“ vom 5. April 2003. Er schrieb ferner: „Die zeitgenössischen Desaster und Konflikte gründen allesamt in einem massiven Verlust an Vertrauen.“

alisten, das da „Eine andere Welt ist möglich“ lautet, sollte daher auch das Anliegen umfassen, verhindern zu wollen, was konservativen Ideologen und neoliberalen Politikern vorschwebt: die Konstruktion eines homo politicus als synthetisches Produkt gezielter Marketingstrategie und -taktik.

Marxistische Blätter, Heft 6/2004, 01.12.2004, S. 45-50.

Kaum eine krisenhafte Zuspitzung, die sich nicht ihrem innersten Motiv nach als Bruch eines vorbestehenden, verlässlich gefügten Vertrauensverhältnisses beschreiben ließe. Selten zuvor wurde sowohl der Glaube an die Verlässlichkeit der Verantwortung tragenden Akteure als auch jener an die Gestaltbarkeit der Verhältnisse so nachhaltig erschüttert wie gegenwärtig ... Von niemandem mehr, so scheint es, wird dem Kartell der zuverlässig Ratlosen derzeit noch Vertrauenscredit eingeräumt, da die Lebenslüge, welche es eint, allzu offensichtlich ist: nämlich um keinen Preis die Ratlosigkeit offenkundig werden zu lassen. Es scheint, dass sich die Gesellschaft durch ihre globale Individualisierung und Singularisierung auf den Weg begeben hat, jene soziale Grundbindung zu verlassen, die das Vertrauen erst bewirkt.“

Maßlos

Deutschland betreibt eine Rüstung, die „weit über das normale Maß“ hinaus reicht – so lautete die Einschätzung eines Mannes, der es wissen musste. Vorgetragen von Hjalmar Schacht, Hitlers Reichswirtschaftsminister, am 20. November 1934 in einer Chefbesprechung bei Rudolf Heß, dem „Stellvertreter des Führers“.

Hitler hatte bereits im November den Bau von sechs neuen U-Booten befohlen. Am 8. Dezember 1934 lief der Kreuzer „Nürnberg“ vom Stapel, wobei Hitler wieder einmal „die enge Verbundenheit der Wehrmacht mit der nationalsozialistischen Bewegung“ pries. Zu einem großen Spektakel geriet am 14. Dezember der Taufakt für die rund 180 Meter lange und von der Bremer Deschimag-Werft gebaute „Scharnhorst“. Versammelt hatte sich dazu ein großer Teil der militärischen Spitze des Reiches. Offensichtlich bot sich da auch Gelegenheit für richtungsweisende Gespräche zwischen Hitler, Reichswehrminister Blomberg und Admiral Raeder. Das geht aus Mitteilungen des Chefs der Marineleitung hervor: Es sei der Wille des Führers, „mit diesem Schiffstyp keiner Nation nachzustehen“.

Zur gleichen Zeit beriet die Naziführung über die Schaffung „staatsrechtlicher Grundlagen für die Überführung des gesamten Staatswesens aus dem Friedens- in den Kriegszustand“. Ein neues Reichsverteidigungsgesetz sollte geschaffen werden, was bereits im April 1933 beschlossen worden war und zur Konstituierung eines „Reichsverteidigungsrates“ geführt hatte. Über diesen beriet das Kabinett erneut am 13. Dezember 1934. Dem Gremium sollten nunmehr neben Hitler auch Blomberg, Goebbels, Göring, Neurath, Schwerin-Krosigk, Schacht sowie die Chefs der Heeres- und der Marineleitung angehören. Unter anderem beschäftigten sich die Minister mit dem Problem, wie der nach faschistischer Auffassung überholte Artikel 45 der offiziell ja noch geltenden Reichsverfassung beseitigt werden könne, um nicht erst, wie eigentlich vorgeschrieben, den Kriegszustand mit der offiziellen Kriegserklärung beginnen zu lassen. Sie orientierten darauf, dass bereits vor einer Mobilmachung der Verteidigungszustand erklärt werden solle, wodurch die „gesamte vollziehende Gewalt“ auf den Reichskanzler übergehen würde und der Reichswehrminister (ab Mai 1935 offiziell als „Reichskriegsminister“ bezeichnet!) in dessen Auftrag entsprechend handeln würde.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. Dezember 2004, S. 22.

Eröffnung

Großer Besorgtheit um unsere Gegenwart Zukunft entsprang das Thema, dem wir uns heute zuwenden. Bereits im Vorfeld der Tagung ließ sich großes Interesse an der Erörterung der unumstritten lebenswichtigen Probleme erkennen. Dazu hat sicher auch die Absicht beigetragen, mit der Tagung einen Kollegen und Freund zu ehren, dessen gewichtiges Wort immer solchen Fragen galt und dem sich beide Veranstalter eng verbunden wissen.

Ludwig Elm hat vor etwas mehr als 15 Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Veranstaltung organisiert, an deren Auftakt ich mich dieser Tage erinnerte. Mit Michael Stürmer, Berater des Bundeskanzlers der damaligen BRD, war gleichsam ein westdeutsches Pendant zum Jenaer Konservatismusforscher eingeladen. Das aufmerksame Publikum lauschte leicht erstaunt und teils irritiert, aber auf jeden Fall nachdenklich, als der Gast Goyas Radierung „Der Schlaf der Vernunft gebiert Monster“ zeigte, ein Kunstwerk, das eindeutig wache Aufmerksamkeit, hellwaches Denken verlangt, indessen immer wieder mehrdeutige Interpretationen erfahren hat. Was dem Referenten als monströs erschien und auf wessen Schlaf er das zurückführte, war wohl allen klar.

Diese Episode fiel mir ein, als ich jüngst in der sich liberal gebärdenden „Die Zeit“, ausgerechnet formuliert von Jens Reich, einem „Bürgerrechtler“ der DDR, die Goya umkehrende These zur Kenntnis nehmen mußte: Vernunft gebiert Monster. Da war zwar die Rede von der modernen Stammzellenforschung, aber der Interviewer bestätigte sofort und unwidersprochen, Reich würde als Naturwissenschaftler „erstaunlich weltanschaulich“ argumentieren.¹ In der gleichen Ausgabe war auch zu lesen, daß Hitler wohl für alle Zeiten ein unbegreifliches Monster bleiben werde. Wird also Schlaf gewünscht? Werden Vernunft, Rationalität und Aufklärung negiert? Gerät eine unkritische Hinnahme gegebener Verhältnisse zur Zielvorstellung?

Wie dem auch sei: In beiden Fällen geht es um Ursachen und Folgen menschlichen Handelns. Darin eingebettet sehe ich auch jene Fragen, die uns in der heutigen Debatte in besonderem Maße bewegen: Was ist konservatives Denken heute? Was verursacht seine Akzeptanz unter großen Teilen der Bevölkerung, immer wieder auch die von Wählerinnen und Wählern? Welche Folgen lassen sich absehen? Und nicht zuletzt: Was vermag die aufklärende, von Vernunft getragene und Vernunft fordernde Antwort darauf?

Ich darf uns allen einen erfolgreichen Verlauf der Tagung wünschen.

Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 5.

¹ Reich, Jens: Vernunft gebiert Monster, in: Die Zeit, 26. August 2004, S. 28.

Schlußwort und Laudatio für Ludwig Elm

Wir sind am Ende der Tagung angelangt. Natürlich besteht auch nach den außerordentlich interessanten Beiträgen und der spannenden Diskussion über die „Konservativen Perspektiven im neoliberalen Zeitalter“ weiterhin Bedarf an tiefgründiger Analyse und klärender Debatte über die Vielzahl der sich aus konservativen Strategien ergebenden Problemfelder. Über einen Mangel an Gesprächsstoff können wir wohl kaum klagen

Ich beschließe dennoch an dieser Stelle unsere Debatte. Herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben, daß wir geistigen Gewinn für unsere politische Bildungsarbeit mitnehmen können. Aber auch ein zweites Ziel unserer Tagung haben wir nicht verfehlt, und an dieser Stelle erlaube ich mir meiner Freude darüber besonders Ausdruck zu verleihen: Wir wollten mit dieser Tagung einen unserer Kollegen und Freunde ehren, ihm gleichsam ein nachträgliches Geschenk zu seinem 70. Geburtstag bereiten. Wir wollten ihm eine angemessene und die ihm gebührende Reverenz erweisen, seine Leistungen würdigen. Denn diese reichen gewiß über den Tag hinaus und verdienen größte Anerkennung.

Daher seien mir, bevor wir auseinander gehen, noch einige Worte gestattet. Sie richten sich insbesondere an unseren Mitstreiter Ludwig Elm, jedoch zugleich prüfend an uns selbst, denn jedes Urteil über andere darf wohl zugleich als eines über sich gelten.

* * *

„Der Mann wirkt auf den ersten Blick konservativ. Und mit der Definition, was konservativ ist, kennt sich kaum jemand so aus wie er. Professor Ludwig Elm war der führende Konservatismusforscher der DDR ...“

In dieser Weise stellte die Süddeutsche Zeitung am 22. September 1998 – beinahe exakt vor sechs Jahren – den damaligen hochschulpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der PDS vor. Wir können dies nachlesen in jener jüngsten Publikation, in der Ludwig Elm Auskunft über die vorliegenden Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit und über seine politischen Positionen gibt und die zahlreiche bemerkenswerte, also: des Bemerkens wertige Urteile anderer über ihn enthält.

Nach ausführlicher und sachlicher Benennung einiger der zahlreichen Funktionen, die Ludwig Elm bis dahin ausgeübt hatte, gelangte der Artikelschreiber des Münchener Blattes zu dem Schluß:

„Elm war eine wissenschaftliche Größe.“

Recht getroffen – könnte man sagen, nur muß es selbstverständlich und erfreulicherweise heißen: Ludwig Elm ist nach wie vor eine wissenschaftliche Größe! Das Ende der DDR, für deren antifaschistisches und sozialistisches Anliegen er konsequent eintrat, bedeutete keineswegs auch ein Ende seines wissenschaftlichen Arbeitens über einige der wichtigsten politisch-ideologischen Grundströmungen der deutschen Gesellschaft. Markiert war mit der sogenannten Wende lediglich das Ende staatlich unterstützter Lehre und Publikation der Ergebnisse seiner Forschungen und Auffassungen über jene, die damals auch im Osten wieder die Macht übernehmen konnten.

Und mit Freude dürfen seine Weggefährten und insbesondere die Mitglieder sowohl des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. als auch die des Thüringer Bundes der Antifaschisten sagen: Wenn von „Größe“ die Rede ist

- zu verstehen im Sinne von großartig, hervorragend, ausgezeichnet, bedeutend
- gilt das auch für manch anderes Gebiet, sei es das des politischen Anliegens und Ringens oder das der alltäglichen Gespräche und des intensiven gemeinsamen Arbeitens.

Viele unter uns kennen den jetzt zwar 70 Jahre alt gewordenen, aber jung gebliebenen Lutz Elm seit vielen Jahrzehnten. Sie wissen um den Lebensweg des 1934 im thüringisch-preußischen Greußen Geborenen, der als Schüler beklagte, wie wenig Frieden auf Erden ist und der 1958 – da war er bereits seit zwei Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena tätig – in sein Tagebuch schrieb:

„In Deutschland wächst eine Generation heran, die nie im geeinten Deutschland gelebt hat. Dies deshalb, weil vorangegangene Generationen nicht genügend bedacht hatten, was es für ein Deutschland sei, das sie erhalten und verteidigen. Das soll in Zukunft nie wieder sein.“

Hier lassen sich entscheidende Quellen des Antriebs erkennen, die ihn sowohl zu seinen politischen Entscheidungen als auch zu den Arbeitsbereichen seines Wissenschaftlerdaseins geführt haben. Liberalismus und vor allem Konservatismus aus der kapitalismuskritischen Sicht eines Sozialisten in Wissenschaft und Politik untersucht, bewertet und dargestellt zu haben, zählt zu den verdienstvollsten und sicher auch nachhaltigsten Bemühungen des Jubilars. Wenn heute über Wurzeln, Elemente und geschichtliche Wirkungen des Konservatismus, über dessen Spielarten und Entwicklungsstränge sowie über „falsche Propheten“ und Leitbilder des deutschen Konservatismus überlegt und gesprochen wird, führt kein Weg an dem vorbei, was der Historiker und Konservatismusforscher Elm dazu zu sagen hat. (Auch heute konnten wir uns wieder davon beeindruckt lassen.)

Befaßt hast Du Dich, lieber Lutz, indessen auch mit Universitäts- und Hochschulgeschichte, und auseinandergesetzt mit Vergangenheit und Gegenwart der Burschenschaften. Gewichtiges entstammt Deiner Feder, wenn es um die heutigen Bemühungen um das Zurückdrängen des Rechtsextremismus geht. Viel dachtest Du nach über den Antifaschismus, über seine Wurzeln und Notwendigkeit, über seine Instrumentalisierung und seinen Mißbrauch. Deine Kritik gilt mit Recht dem modisch gewordenen, mit sprudelnden Finanzquellen gespeisten „Diktaturenvergleich“. Die Geschichts- und Erinnerungspolitik gehören ebenfalls zu den von Dir bearbeiteten Themen und Du sprachst vielen aus dem Herzen, die nach der so genannten Wende einem „verordneten Feindbild“ unterworfen worden sind. Und nicht zuletzt wird bei Dir nachlesen müssen, wer Wurzeln, Wesen und politische Funktionen historischer Schlagwörter aufspüren will, beispielsweise „Mehr Demokratie wagen“ oder „Wir sind das Volk“ ...

Viele unter uns, lieber Lutz, wissen zu schätzen, wie ungemein aufgeschlossen, freundlich und zugleich anspruchsvoll Du Deiner Profession gefolgt bist, Forschungsarbeiten betrieben und andere dazu angehalten hast. Redlich, selbstlos, pflicht- und verantwortungsbewußt – so hast Du Dich stets auch in den Funktionen verhalten, die Dir – reich an Zahl, groß an Verantwortung – im Laufe der Jahre übertragen worden sind. Sie alle aufzuzählen, würde zu viel Zeit erfordern. Erinnert sei nur an Deine Tätigkeit als Prorektor der Friedrich-Schiller-Universität, an Dein Wirken in der Volkskammer der DDR und im Deutschen Bundestag. Immer warst und bist Du zu Gesprächen und Debatten bereit, anregend und aus einem großen Wissensfundus schöpfend. Da wurde und da wird stets auf die Stärke des Arguments gesetzt, nicht auf jenes mitunter recht morsche Gebälk irgendeines Dogmas, erst recht nicht auf eine von Funktionen abgeleitete Autorität. Auch in Deiner Leitungstätigkeit strahltest Du Ruhe aus und pflegtest Du Sachlichkeit. Viele erfuhren, wie einfühlsam Du auch persönliche Angelegenheiten anderer, die Dir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder als Kolleginnen und Kollegen an Deiner Seite standen und stehen, zu behandeln vermagst.

In dieser Weise erlebten Dich viele bereits vor dem großen Einschnitt in unserem Leben, erst recht danach, als neue Nachdenklichkeit, aber auch schlicht und einfach Charakterstärke gefordert war.

Im Namen des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., zu dessen Initiatoren- und Gründerkreis Du gehörtest und des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e. V. und gewiß auch im Sinne vieler anderer darf ich, dürfen wir Dir, lieber Lutz, ganz herzlich danken und uns weitere erfolgreiche Jahre der Zusammenarbeit mit Dir wünschen.

Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 123-125.

Historische Erfahrungen und die „neuen Kriege“¹

Nichts sei neu, aber alles anders – so bemerkte kürzlich ein kluger Philosoph. Tatsächlich: In vieler Hinsicht lässt sich in dieser Weise die schillernde Situation der heutigen Welt kennzeichnen. Sechs Jahrzehnte nach dem Ende des bislang schlimmsten, vom deutschen Faschismus entfesselten Völkermordens der Weltgeschichte finden erneut barbarische Militäraktionen statt.² Wieder gibt es in der Welt allzu viele Brandherde und noch mehr Zündschnüre. Die relativ friedliche Phase, die es – wie paradox – ausgerechnet während des Kalten Krieges gab und die auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruhte, fand mit dem Wegfall der gescheiterten Supermacht Sowjetunion ihr Ende. Kriege sind erneut in größerer Zahl führbar geworden. Von Abrüstung will keiner mehr sprechen; im Gegenteil – es wird gerüstet auf Teufel komm raus. Zu den „Weltmeistern“ des Rüstungsexports gehört auch die Bundesrepublik Deutschland. Eine neue Runde im atomaren Rüstungswettlauf ist bereits eingeläutet worden, und gleichzeitig droht die Militarisierung des Weltraums.³

Mit Kriegen sehen sich die Völker zahlreicher Länder konfrontiert, obgleich sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg viele Menschen geschworen haben: „Nie wieder Krieg!“ Abermals wird überall versucht, heuchlerisch nach dem Grundsatz zu handeln: „Si vis pacem para bellum“ („Willst Du den Frieden, rüste zum Krieg“).⁴ Geschworen wurde 1945 auch: „Nie wieder Faschismus!“ Und doch macht sich in zahlreichen Ländern ein zunehmender Abbau demokratisch-rechtsstaatlicher Regularien bemerkbar, der Hand in Hand mit einem radikalen „Umbau“ des Sozialstaates erfolgt. Kann es sich um einen Zufall handeln, dass dies in neuen Kriegszeiten geschieht?

Gehandelt wird gegenwärtig erneut – und zwar sowohl in außenpolitischer als auch in innenpolitischer Hinsicht, bedenkt man den Umgang mit bisherigen Verfassungsgrundsätzen – nach dem Prinzip vermeintlichen Rechtes des Stärkeren, das an die Stelle bislang mühsam gewonnener Stärke des Rechts tritt. Vor allem wird geltendes Völkerrecht in eklatanter Weise verachtet und verletzt. Das zeigte sich handfest im März 2002, als die USA ihren Krieg gegen den Irak entfesselten und – alle Skrupel über Bord werfend⁵ – versuchten, im Zeichen eines globalen Hegemonialanspruchs – das „neue amerikanische Jahrhundert“ zu eröffnen. Macht und Recht – ihre grundsätzliche Übereinstimmung stets als Kern der Demokratie propagiert – lagen erneut arg weit auseinander. Ebenso gähnte zwischen der Realität und dem Bild, das die Bush-Administration in den Medien zeichnete, eine tiefe Kluft; heute wissen wir, was vor Jahr und Tag nicht nur zu ahnen war. Wahrheitswidrig und verlogen klangen die den Krieg begründenden Argumente von den irakischen Massenvernichtungswaffen und deren weltweiter Einsatzfähigkeit binnen kürzester Zeit. Achtlos und fahrlässig wurden alle warnenden Stimmen in den Wind geschlagen. Hemmungslos sollte allein militärische Gewalt Entscheidungen von beträchtlichem historischem Gewicht erzwingen.

Zudem ist mehr als in vorangegangenen Zeiten vom Recht auf Präventivkriege die Rede, vom Recht auf den ersten Militärschlag, vom Recht, bestimmen zu dürfen, welches Land ein „Schurkenstaat“ ist, welche Politiker „böse“ sind, welche Gewaltanwendung als „Terrorismus“ gelten darf

¹ Der vorliegende Beitrag ist Prof. Dr. Rolf Richter gewidmet. Mit ihm weiß sich der Vf. seit langem eng verbunden, nicht zuletzt auf Grund einer weitgehenden Übereinstimmung im Herangehen an die Analyse anstehender Probleme. Dies hat er immer wieder in einer dankbar empfundenen Zusammenarbeit erfahren, nicht zuletzt in der Erhellung neuer Gefährdungen der Gesellschaft durch gewaltbereit-friedensfeindliche und neonazistische Kräfte.

² Siehe dazu u. a. Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hrsg. von Thomas Rabehl und Wolfgang Schreiber, Opladen 2001.

³ Siehe Wolfgang Kötter: Abrüstung in ihrer größten Krise. In: Neues Deutschland, 31.12.2004, S. 7.

⁴ Zu diesem wie auch zu den im folgenden Text verwendeten Redewendungen siehe das von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker herausgegebene „Kleine Lexikon historischer Schlagwörter“, das 2005 im Leipziger Militzke Verlag erscheinen wird.

⁵ Beispielsweise zeigten sich US-Senatoren „empört“ über die Empörung gegen das Foltern irakischer Gefangener, und Beifall brandete auf bei der gegen Terroristen gerichteten Aussage in einer amerikanischen Talkshow: „Diese Typen sind diejenigen, die krank sind. Sie sind die Pervertierten. Sie sind die Gefährlichen. Sie sind die Untermenschen. (!, M. W.) Sie sind der menschliche Abfall, nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht unsere Soldaten und nicht unsere Gefängniswärter im Irak.“

oder nicht. Andere Worthülsen lauten: Krisen-Vorsorge, Abwehr-Aktionen, Konfliktverhütung, Sicherheitseinsatz. Das Recht auf Verteidigung eines Staatsgebietes wird ausgeweitet: Neuerdings hält es die Bundesregierung für notwendig, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, Tausende von Kilometern entfernt von den unbedrohten Grenzen der BRD. Der deutsche Verteidigungsminister machte in den am 23. Mai 2004 verabschiedeten neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ solchen Einsatz gar zu einem Kriterium „deutscher Glaubwürdigkeit“ in der Welt.⁶ Zumeist laufen Rechtfertigungen, man diene dem Frieden, lediglich darauf hinaus, den USA eine Hegemonialmacht zuzubilligen und diese über das Völkerrecht zu stellen. Tatsächlich kann es ohne diese amerikanische Großmacht unter den gegebenen Verhältnissen keinen Weltfrieden geben, doch wäre es verantwortungslos und neuen Kriegen förderlich, würde z. B. die auf die Notwendigkeit einer „Übergewalt“ zielende Schlussfolgerung Karl Otto Hondrichs akzeptiert: „Ordnung und Freiheit stellen sich nicht einfach her durch Gleichverteilung, sondern durch Unterdrückung von Gewalt durch noch größere Gewalt.“⁷

Wer sich heutzutage an die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts erinnert sowie dem Schwur „Nie wieder ...“ verpflichtet fühlt und nicht in Resignation verfallen will, sollte historische Erfahrungen bemühen und frühere Kriege mit heutigen vergleichen und sich fragen, ob real existierende Gefahren, zu denen Bestrebungen von Terroristen aller Art gehören, tatsächlich die Verletzung humanistischer Grundprinzipien und die Anwendung von Waffengewalt rechtfertigen. Wer in den heute geführten „neuen Kriegen“⁸ Neues und Wesentliches zugleich kennzeichnen will, hat auch Vergangenes und auch weit Zurückliegendes anzuschauen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Kontinuität und Wendepunkte definieren zu können. Zu fragen wäre zum anderen nach den notwendigen Vorstellungen über das, was Frieden genannt zu werden verdient. Und schließlich gilt es neben der Bestürzung darüber, wie internationale Konflikte erneut ausschließlich militärischen Überlegungen unterworfen worden sind, auch darüber nachzudenken, weshalb Kriege von allzu großen Teilen der Bevölkerung beinahe fatalistisch hingenommen oder gar begrüßt werden.⁹ Feiert gar die Auffassung eine Renaissance, die da besagt, Kriege würden unvermeidlich zur Menschheitsgeschichte gehören?

Tatsächlich hat sich die gesamte Geschichte hauptsächlich als eine von Kriegsvorbereitungen, Kriegführung und Kriegsfolgen aller Art zugetragen. Bekannte und durchaus klangvoll-düstere Namen hat sie zu bieten. Da wären z. B. die drei Kriege des großen Karthago vor unserer Zeitrechnung zu nennen, die zwei Weltkriege und der Kalte Krieg im 20. Jahrhundert, der Bauernkrieg, der bayerische und der spanische Erbfolgekrieg, die Napoleonischen Kriege, der amerikanische Unabhängigkeitskrieg. Andere leiten ihre Namen von den beteiligten Ländern oder ihrer Dauer ab: deutsch-französischer Krieg, russisch-japanischer Krieg oder spanisch-amerikanischer Krieg, der Siebenjährige Krieg, der Dreißigjährige Krieg und der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich (wobei auffällt, dass kaum ein Frieden, kaum ein pactum pacis einen Namen trägt, der auf seine Dauer schließen ließe!)

Über Jahrtausende hinweg galten Kriege als zum Alltag der Völker gehörig und als eine der Grundkonstanten menschlichen Daseins überhaupt. Manche Menschen sehen sie daher sogar heute noch als das „Ewige“, das Natürliche“ an, als etwas, das hinzunehmen ist, als Schicksal, Kismet oder wie es sonst noch in den Sprachen der Völker heißen mag. Den Frieden hingegen betrachtet man aus

⁶ Zit. nach Tobias Pflüger: Deutschland als Global Player. Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“. In: Forum Wissenschaft, H. 3/2003, S. 49.

⁷ Karl Otto Hondrich: Auf dem Weg zu einer Gewaltordnung. In: Neue Zürcher Zeitung, 22./23.03.2003, S. 50.

⁸ Obgleich vieles in den Kriegen der jüngsten Zeit bereits in der Vergangenheit zu beobachten war, lassen sich erhebliche Veränderungen im Kriegsgeschehen feststellen. Siehe dazu vor allem: Herfried Münkler: Die neuen Kriege, Reinbek 2002. Er hebt vor allem die Asymmetrie, die „Entstaatlichung“ und die lange Dauer als charakteristische Merkmale der neuen Kriege hervor.

⁹ Jüngst ist in diesem Zusammenhang von einer „Bewegungsflaute“ im Kampf gegen den weiter eskalierenden Irak-Krieg gesprochen worden. Siehe Neues Deutschland, 03.12.2004, S. 13. An anderer Stelle heißt es: „Die Zeit der Demonstrationen gegen den Irak-Krieg ist einer bleiernen, stillen Verzweiflung gewichen ...“. Freitag, Nr. 51 v. 10.12.2004, S. 1.

solcher Perspektive eher als „Zufälliges“, als „Unnormales“, als etwas, woran zu glauben lohnt und worauf allenfalls Hoffnung sich richten darf. Mitunter verraten politisierende Schlagwörter, welche Rechtfertigung gewaltbereiter Aktionen im Alltagsdenken erfährt: Da geht die Rede vom „Kampf ums Dasein“, vom „Fressen und Gefressen werden“, vom „Recht des Stärkeren“. Darf es da verwundern, dass uns auch ein fast vergessener Satz wieder begegnet:

der Frieden sei leider nur ein Traum. Mitunter wird hinzugefügt, er sei nicht einmal ein schöner. Zugeschrieben wird diese Formulierung allgemein jenem preußischen Generalfeldmarschall Graf Hellmuth von Moltke, der in einem Brief an den Völkerrechtler Johann Caspar Bluntschli vom 10. Dezember 1880 auch schrieb: „Der Krieg (ist) ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Muth und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“ Dem folgend schrieb ein anderer General, Hugo von Freytag-Loringhoven, dauernde Kriegsbereitschaft bedeute „doch für ein stolzes Volk etwas völlig Natürliches.“ Der Krieg sei nun einmal Menschenlos, der Wunsch nach Frieden hingegen nur „ein Ausfluß weichlicher Gesinnung“. „Wer kann, der darf auch“ – so klang es dann in der kriegerische Aggressivität rechtfertigenden Sprache des bürgerlichen Völkerrechtlers Erich Kaufmann. Und hieß es nicht auch, dass der Tod für das Vaterland ein süßer sein solle?

Vergessen scheint auch, dass nur wenige von Kriegen profitieren. Alles ging und geht zu Lasten des größten Teils der Menschen. Nach Berechnungen eines Schweizer Wissenschaftlers namens J. Babel, die zu Beginn der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts angestellt worden sind, soll es seit dem Jahre 3600 vor unserer Zeitrechnung, also in einer Zeit von über 5500 Jahren, über 14.500 größere und kleinere Kriege gegeben haben, mehr als die Hälfte davon in Europa. Dem stehen lediglich 292 Friedensjahre gegenüber.¹⁰ In 95 Prozent unserer überschaubaren Vergangenheit erlebten nach diesen Angaben die Menschen also nicht das, was stets erträumt, herbeigesehnt oder auch zum Gegenstand stiller Gebete gemacht worden ist: leben zu können – um es mit Worten Friedrich Schillers aus seiner Jenaer Antrittsrede als Universitätsprofessor zu sagen – gemäß dem „Friedensgrundsatz ...“, welcher allein den Staaten wie den Bürgern vergönnt, ihre Aufmerksamkeit auf sich selbst zu richten und ihre Kräfte zu einem verständigen Zwecke zu versammeln“.¹¹

Für die durch alle Kriege entstandenen Zerstörungen und ihre Kosten könnte, so ist auch vor rund drei Jahrzehnten berechnet worden, um den Äquator der Erde, also in einer Länge von 40.000 km ein Reifen aus purem Gold gelegt werden, der 156 m breit und 10 m hoch wäre. Größer und schwerwiegender noch sind allerdings die Opfer an Menschen, wobei alle Kriege Opfer fordern, wie auch immer sie bezeichnet oder gerechtfertigt werden. Natürlich kamen auch in den Kriegen, die Sklavenhalter oder Feudalherren führten, zahllose Menschen um. Doch insbesondere mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft stieg die Zahl der Opfer unablässig. So gab es im 17. Jahrhundert 3,3 Millionen Tote, im 18. Jahrhundert 5,2 Millionen, im 19. Jahrhundert 5,5 Millionen, im 20. Jahrhundert aber nahezu 100 Millionen kriegsbedingte Tote. Von den 10 Millionen Toten des ersten Weltkrieges waren 5 % Zivilisten, im zweiten bereits Weltkrieg 48%. Danach starben in den Kriegen auf der koreanischen Halbinsel und in Indochina 84 bzw. 90% Frauen, Kinder und kampfunfähige Männer. Es kam zum Massentod durch entfesselte Kriegsgewalt, die zu einem der schlimmsten Kennzeichen des 20. Jahrhunderts geworden ist.¹² In der Loslösung der Gewalt von rechtlichen und sittlichen Normen, d. h. in deren Perversion, besteht ein Grundthema jüngerer und jüngster Geschichte.

¹⁰ Siehe L. Greaves: Peace in Our Time – Fact or Fable? In: Military Review, Dez. 1962. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden. In: Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Hrsg. von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1983, S. 7-21.

¹¹ Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Eine akademische Antrittsrede. In: Friedrich Schiller, Gesammelte Werke, Bd. 6, Berlin 1954, S. 524.

¹² Siehe Eric J. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1995, S. 28; Wolfgang Sofsky: Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. Frankfurt a. M. 2002, S. 63.

Gegenwärtig erfolgt Kriegsrechtfertigung auch mit dem Argument, die neuen und neuartigen militärischen Auseinandersetzungen würden weniger Opfer fordern. Gemessen am Blutzoll des Zweiten Weltkrieges stimmt dies sicherlich. Dennoch liegen auch heute die Opferzahlen weltweit über dem Niveau der Kriegsgeschichte bis hin zum 19. Jahrhundert. So schätzt der Ugander Olara Otunnu, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten, dass allein im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zwei Millionen Kindersoldaten gefallen, sechs Millionen zu Invaliden geschossen worden sind und zehn Millionen schwere seelische Schäden erlitten haben.¹³ Weltweit sollen heute in 36 Ländern noch rund 300.000 Kinder als Soldaten eingesetzt werden. Schrecklicher wird diese Zahl noch in den Aussagen von deren Befehlshabern, die ungeniert erklären, Kindersoldaten seien „die effizientesten und skrupellosesten Soldaten“, sie seien „Wegwerfmenschen“, die nach ihrem Tod schnell wieder ersetzt werden könnten.¹⁴

Hinter solchen Zahlen steckt ein Meer an Blut und menschlichen Leiden, das zu erfassen unser gedankliches Fassungsvermögen und unsere Vorstellungskraft mitunter übersteigt. Der französische Schriftsteller Albert Camus erklärte einmal, ein toter Mensch wiege nur dann etwas, wenn man ihn tot gesehen habe, und daher seien „hundert Millionen über die Geschichte verstreute Leichen nichts als Rauch in der Erinnerung“.¹⁵ Ein Rauch, der vergeht? Nein, er soll schmerzen, wehtun und aufrütteln. Er soll zwingen, wissen zu wollen, weshalb und wofür Kriege geführt worden sind und wieder geführt werden. Und da zeigen sich über die Geschichte hinweg bis in unsere Gegenwart hinein wesentliche Übereinstimmungen in den Kriegsursachen. Immer ging und geht es letztlich um wirtschaftliche Interessen, eingebettet in geostrategische und machtpolitische Zielsetzungen. Das Streben nach Eroberung anderer Länder und nach Aneignung dort akkumulierter Produktionsmittel und Arbeitskräfte ist gewiss nicht die einzige Triebkraft, aber in einer Gesellschaft, die vom Gegensatz zwischen Arm und Reich, Oben und Unten, Herrschenden und Beherrschten gekennzeichnet ist, doch stets die stärkste und geschichtlich bestimmende Zielorientierung. Schon der griechische Philosoph Platon wusste, weshalb er den Krieg als eine „Erwerbskunst“ bezeichnete, sei doch Krieg auf den „Erwerb von Geld und Gut“ sowie von „Grund und Boden“ gerichtet. Und von Johann Gottlieb Fichte stammt die Erkenntnis, es sei unmöglich, „daß eine ganze Nation beschließen solle, raubeshalber ein benachbartes Land mit Krieg zu überziehen“. In Politischer und sozialer Gleichheit sah er die Garantie für äußeren wie inneren Frieden: „Nur da, wo der Vorteil den wenigen Unterdrückten zuteil wird, der Nachteil aber, die Mühe, die Kosten, auf das zahllose Heer der Sklaven fällt, ist ein Raubkrieg möglich und begreiflich.“¹⁶

Es war die bürgerliche Gesellschaft, die einerseits die Menschenrechte deklarierte, Volkssouveränität an die Stelle der Fürstensouveränität setzte und von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ sprach, die aber andererseits ein ökonomisches System entwickelte, das die Verfolgung der privaten Interessen als oberstes Ziel und den Konkurrenzkampf als Motor der wirtschaftlichen Prozesse setzte. Die Logik des Konkurrenzkampfes besagt freilich, dass der Stärkere sich durchsetzen muss und der Schwächere auf der Strecke zu bleiben hat. Bei Strafe des eigenen Untergangs ist Kapital benötigt, Profit zu erzielen und zu maximieren, also sich im Konkurrenzkampf zu behaupten. Daher ist Expansion – in welcher Form auch immer, territorial, ökonomisch, politisch oder geistig-kulturell und ideologisch – eine ihrer Überlebensbedingungen. Immer gab es das Bestreben, den ökonomischen Konkurrenzkampf durch den Einsatz militärischer Mittel zu ergänzen. Da wurden grausame Eroberungs- und Kolonialkriege geführt, auch Kriege zwischen den kapitalistischen Mächten blieben nicht aus. Rassismus und Nationalismus erwiesen sich für alle Kriegsinteressenten als äußerst wirksame Instrumente für die Führung von Kriegen zwischen Staaten bzw. zwischen den einander gegenüberstehenden Mächtigkeitsgruppen und Blöcken. Treffend schrieb Rosa Luxemburg während des Ersten Weltkrieges: „Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen;

¹³ Siehe Birgit Virnich und Bartholomäus Grill: Krieg der Kinder. In: Die Zeit, Nr. 36 vom 28.08.2003, S. 13.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Albert Camus: Die Pest, Leipzig 1976, S. 34.

¹⁶ Zit. nach Reinhard Kühnl: Krieg und Frieden, Heidelberg 2003, S. 14 und 18.

Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen gerissen. Geschändet, entehrt, im Blut watend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“¹⁷

Unter dem Eindruck ihrer Kriegserlebnisse schien nach 1918 den meisten Menschen eine Wiederholung oder gar eine Steigerung militärischen Einsatzes nicht möglich zu sein. Und doch wurden die nächsten Kriege, vor allem der Zweite Weltkrieg, „total“ geführt; total hinsichtlich der Kriegsziele und der sich radikalisierenden Kriegsmethoden, total in der Mobilisierung verfügbaren Potentiale der Wirtschaft und der Menschen, total auch in der Kontrolle und Tilgung „kriegsschädigender“ Ideen.¹⁸ Erneut gewannen danach die furchtbaren Erfahrungen, die besonders die Völker der Krieg führenden Länder bis zum 8. Mai 1945 erlitten, mehr und mehr an politischer Sprengkraft. Neue völkerrechtliche Vereinbarungen wurden getroffen, neue Kriegsregeln fixiert und die Ächtung von Angriffskriegen vertraglich besiegelt. Bereits die Gründung der Vereinten Nationen sowie ihre Charta boten wichtige Grundlagen einer künftigen Friedensordnung. Im Statut des Nürnberger Internationalen Militärtribunals und dann in der Charta der Vereinten Nationen und in einer Reihe weiterer Deklarationen der Völkerrechtsgemeinschaft wurde der Angriffskrieg samt allem, was seiner Vorbereitung dient, als Verbrechen gekennzeichnet. Schon die Androhung solcher Gewaltanwendung wurde verboten. Ebenso sind „politische, wirtschaftliche oder andere Formen des Zwanges, der gegen die politische Unabhängigkeit oder territoriale Integrität eines Staates gerichtet ist“, untersagt. In der UN-Deklaration von 1978 wurde zum ersten Mal das Recht der Menschen und der Völker auf Frieden ausdrücklich festgestellt (bei Stimmenthaltung von USA und Israel), die Pflicht zur Abrüstung also zum Völkerrechtsprinzip. Das Gewaltmonopol wurde bei den Vereinten Nationen konzentriert. Zwar fand mehrere Jahrzehnte lang der so genannte Kalte Krieg statt, doch dieser ließ sich nicht in einen „heißen“ überleiten.

Das moralische Gewissen der Menschheit hatte nach 1945 in der Frage, ob es auch künftig Kriege geben dürfe, offensichtlich eine neue Stufe erreicht. Manche Staaten nahmen, um dem neuen Verständnis von Krieg als Verbrechen gegen die Menschheit Nachdruck zu verleihen, die neuen Völkerrechtsnormen in ihre Verfassungen auf. So deklariert das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Um das Ausmaß dieses Verbrechens zu kennzeichnen, wurde die „Strafe“ im Strafgesetzbuch konkretisiert: „Vorbereitung eines Angriffskrieges. Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft (§ 80).“¹⁹

In der Welt des 21. Jahrhunderts scheint das alles wieder hinfällig geworden zu sein: Kriegswillige Regierungen deklarieren ihren Militäreinsatz als unabdingbar notwendig. Tatsächlich angestrebte Kriegsziele soll ein Schleier aus rechtfertigenden Argumenten aller Art verdecken. Alle geschichtlichen Erfahrungen berechtigen zu größtem Misstrauen in offiziell verbreitete Beweisgründe. Stets sind Zweifel angebracht. Bekanntlich wurde zu keiner anderen Zeit so maßlos gelogen und so demagogisch argumentiert wie in der unmittelbaren Kriegsvorbereitung und Kriegsentfesselung: 1914, der Erste Weltkrieg war bereits ein paar Tage alt und deutsches Heer schon in fremde Länder vorgedrungen, da gipfelte eine Rede Kaiser Wilhelms II. in dem Satz: „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind.“ 1939 wurden Deutsche in polnische Uniformen gesteckt, die den deutschen Sender Gleiwitz angriffen, um Hitler die Möglichkeit zu der Erklärung zu geben, nunmehr werde „zurück

¹⁷ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Berlin 1987, Bd. 4, S. 52 f.

¹⁸ Siehe Stig Förster (Hrsg.): An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1989, Paderborn u. a. 2002, S. 18 ff.

¹⁹ Zit. nach Kühnl, a. a. O., S. 36 f.

geschossen“. Mit Hilfe einer PR-Firma produzierte die USA-Administration 1991 eine Woge moralischer Empörung gegen den Irak: die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA trat als Krankenschwester verkleidet mit tränenerstickter Stimme vor die Fernsehkameras und berichtete, sie habe miterlebt, wie irakische Soldaten in der Klinik die Brutkästen mit den Säuglingen herausgerissen und die Kleinkinder barbarisch getötet hätten.²⁰ Bush und Blair logen erst vor kurzem, Saddam Hussein müsse gestürzt werden, weil er binnen einer dreiviertel Stunde die Welt mit Massenvernichtungsmitteln überziehen könne; Beweise fehlen auch nach der offiziellen Beendigung des Krieges gegen den Irak immer noch ...

Mannigfaltige Beispiele solcher Propaganda, irreführender Desinformation und Schwindelei ließen sich noch anführen. Dass sie existieren, kann möglicherweise Friedensfreunde sogar optimistisch stimmen, denn der Hauptgrund für die Lügen von Regierenden dürfte darin liegen, dass diese es sich einfach nicht leisten konnten und können, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen. Kriege führen heißt daher immer, Krieg um die Köpfe derer zu führen, ohne deren Mitwirkung und ohne deren Akzeptanz es nicht geht. Wer Kriege führen will, bemüht sich zunehmend, alles medienkompatibel zu gestalten; mehr und mehr bestimmen „günstige“ Quoten versprechende Sendezeiten selbst die Termine einzelner militärischer Aktionen. Zudem wird das Konstrukt „Gegner“ personalisiert und dämonisiert²¹, er soll gesehen und gehaßt werden. Demgegenüber sollen die eigenen Aktionen als heldenhaft erkennbar sein.

Zum „Gegner“ wird ebenso das eigene Volk gekürt: Mit bemerkenswerter Offenheit, zugleich voller Machtarroganz und Menschenfeindlichkeit schrieb der US-amerikanische Philosoph Leo Strauss, auf den sich Präsident Bush jun. gern beruft: „Weil der Mensch von Natur aus böse ist, braucht er Herrschaft. Herrschaft ist nur herzustellen in einer Einheit gegen andere Menschen [...] Amerika wurde von einigen wenigen, ernüchterten Realisten gegründet, die gingen davon aus, daß es so etwas wie Wahrheit, Gott, Naturrecht nicht gibt. Das gestanden sie sich nur untereinander ein, wußten, daß das dem dummen Volk nicht zuzumuten war, verkauften weiterhin Wahrheit, Gott und Recht, weil die Gesellschaft ohne gemeinsame Werte, ohne etwas wie Wahrheit nicht zu regieren ist. Die dumme Masse muß an etwas glauben, um zu heroischen Aufgaben geführt werden zu können.“²²

Historische Erfahrungen lassen erwarten, dass der weitere Verlauf des 21. Jahrhunderts auch davon abhängig sein könnte, in welchem Maße und wie lange sich Massen noch für „dumm“ verkaufen lassen. Daher wäre als eine der möglichen, für jeden in dieser Welt notwendigen Schlußfolgerungen aus den alten und neuen Erscheinungen kriegerischer Aktivitäten zu betrachten: Auf Aussagen von Regierenden und ihrer ideologischen Helfer in den Massenmedien kann sich nicht stützen, wer begreifen will, worum es tatsächlich geht. Genauer, zweifelndes und nach Wahrheit strebendes Hinschauen ist notwendig. Jeder sollte bemüht sein, sich eine hinreichende Basis an Informationen zu verschaffen und ein eigenes Instrumentarium zu deren Analyse anzueignen. Denn zu fragen gilt es immer nach den wirklichen Ursachen des Geschehens. Zu fordern ist das Offenlegen aller Kausalbeziehungen von geostrategischen Überlegungen, wirtschaftlichen Zielsetzungen, militärischen Denkstrukturen, rassistisch geprägten Denkweisen und innenpolitischen Demokratie-Abbaus.

Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, Berlin 2005, S. 144-152.

²⁰ Siehe Kühnl, a. a. O., S. 7 ff.

²¹ Schon 1936 hatte der Publizist Rudolf Arnheim beschrieben, was die Nazis für notwendig hielten: „Zur Erzeugung einer kriegerischen Stimmung ist eine gewisse stilisierende Umformung der Vorstellung, die man von einem Volk hat, notwendig. Man muß vergessen, daß jenseits der Schützengräben Menschen wie man selbst leben.“ Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.09.2003, S. 38.

²² Zit. nach Jürgen Cain Külbel: Wolfowitz von Arabien und Gotteskrieger Bush. In: Neues Deutschland, 19.08.2003, S. 3.

Schwarze wie Juden diffamiert

Die vergessenen Opfer im NS-Staat

Zwischen 1918 und 1945 lebten in Deutschland lediglich 2500 bis 3000 farbige Menschen. Auch sie wurden verfolgt und fielen weitgehend dem faschistischen Eroberungs- und Rassenwahn zum Opfer. Erstmals wurde dieser Minderheit im Jahre 2002 in der Kölner Ausstellung „Besondere Kennzeichen: Neger“ – Schwarze im NS-Staat“ gedacht. Das vorliegende Buch kann als erweiterter Ausstellungskatalog betrachtet werden.

Der Leser stößt auf ein umfangreiches Bildmaterial, das teilweise in seiner Primitivität zu erschrecken vermag und erbärmliche Denkweisen deutscher Pressezeichner und Karikaturisten spiegelt. In 40 Textbeiträgen belegen 27 Autoren akribisch, wie Schwarze in Deutschland mitunter zwar in einigen Kunstrichtungen sowie in der aufkommenden Unterhaltungsindustrie akzeptiert, zumeist jedoch dämonisiert und zur Zielscheibe aggressiver Aktivitäten gemacht worden sind. Sie wurden schließlich nach 1933 völlig ihrer Menschlichkeit beraubt und als Wesen behandelt, für die Grundsätze menschlicher Humanität nicht zu gelten hatten. Zumeist berücksichtigen die Verfasser ältere Denk- und Verhaltensweisen, darunter kolonialpolitische Erfahrungen aus der Zeit vor 1914. Sie sehen darin indessen nur ein „ergänzendes Reservoir von Tatsachen und Meinungen, aus dem sich die Nazis mehr oder weniger willkürlich bedienten“.

Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, in dem die Entente-Mächte schätzungsweise eine halbe Million Farbiger militärisch eingesetzt hatten, wurde in Deutschland von nahezu allen völkischen, konservativen und liberalen Parteien rassistisch argumentiert. Auch Adolf Köster, sozialdemokratischer Außenminister, erklärte am 20. Mai 1920 in einer Sitzung der Nationalversammlung, die Verwendung schwarzer Truppen gegenüber der friedlichen deutschen Bevölkerung sei „ein seelischer Fußtritt“, ja ein „Verbrechen“ am deutschen Volk. Andere Brunnenvergifter befürchteten eine „Untergrabung des Respektes der Farbigen vor der weißen Rasse“, erhoben dies gar zu einer „Lebensfrage für die weiße Menschheit“. Schließlich warnte Alfred Rosenberg vor der „Herrschaft des negroiden Untermenschen“ und meinte, die Deutschen müssten vor dem „Dirnen-, Verbrecher- und Niggerkult“ bewahrt werden. NSDAP-Propagandisten verknüpften ihren Antisemitismus mit der Furcht vor einer „schwarzen Gefahr“ und behaupteten schlichtweg, „jüdische Drahtzieher“ würden sich der Schwarzen für ihr „schändliches Spiel“ bedienen.

Viele der lesenswerten Beiträge wären hervorzuheben. Alle sind zumeist sehr informativ und aussagestark in der Darstellung individueller Schicksale. Auf Interesse stoßen insbesondere die Beiträge von Christian Koller („Der ‚dunkle Verrat an Europa‘: Afrikanische Soldaten im Krieg 1914-1918 in der deutschen Wahrnehmung“), Christine Alonzo („Rassenwahn im Klassenzimmer. Ein Hakenkreuzzug gegen die Kinder im Namen der Rasse“) und Margit Berner („Rassenforschung an kriegsgefangenen Schwarzen“).

Im letzten Abschnitt wird kritisch gefragt, ob tatsächlich seit 1945 „alles anders“ sei. In ihm findet der Leser erschreckende Beispiele für die Beharrlichkeit von Vorurteilen und abstoßende geschichtliche Parallelen. Mit Recht heißt es: „Eine beschämende Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland!“

Peter Martin/Christine Alonzo (Hrsg.): Zwischen Charleston und Stehschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Hrsg. im Auftrag des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Dölling und Galitz Verlag, Hamburg/München 2004. 790 S., geb., 29,80 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 20. Januar 2005, S. 15.

Vorwort

Ich darf alle Teilnehmer der heutigen Tagung herzlich begrüßen und unser Kolloquium eröffnen. Das historisch wie politisch brisante Thema und das umfangreiche Programm verraten bereits einiges von den Anliegen, die unsere Stiftung mit der Tagung verbindet. Außerordentlich pointiert hatte Wolfgang Geier, der wie auch die Kollegen Kluge und Günther leider nicht unter uns weilen kann, die inhaltliche Fragestellung formuliert: Seinen Beitrag „Rußland in/und/ohne/gegen/nicht gleich Europa? Ungeklärte Fragen zu einem schwierigen Verhältnis“ werden wir nachlesen können, unsere Debatte wird sich indes gewiß auch ohne seine Anwesenheit in diesem Rahmen bewegen. Ob in lange zurückliegenden Zeiten oder erst gestern und heute – stets war das Verhältnis zwischen dem östlichsten europäischen Land und den Ländern in Europas Mitte, Westen, Norden, Süden ein von vielen Faktoren belastetes und zumeist sehr schwieriges. Andererseits existierten immer auch geistig-kulturelle Wechselwirkungen – Geist wie Kultur dienlich und begünstigend –, und mitunter auch politische Beziehungen, die von Normalität und gelungenen Versuchen eines produktiven Miteinanders zeugten. Was belastet gegenwärtig den Platz Rußlands in Europa? Welche Perspektiven lassen sich erkennen? Was könnte, was sollte angestrebt werden? Welcher Aufgaben hat sich politische Bildungsarbeit in Deutschland anzunehmen, um den steinigen Weg zu sinnvollen, stetig guten und vor allem den Frieden fördernden Beziehungen zu unterstützen, ihn also – wenn ich das so sagen darf – in gewissem Sinne geistig zu ermöglichen?

Gerade Letzterem ist geschuldet, daß heute neben notwendigen grundsätzlichen Überlegungen Ideologie- und Literaturgeschichtliches im Vordergrund steht. Doch dazu führte uns auch ein anderer, sehr erfreulicher und von uns gern wahrgenommener Anlaß: Vor wenigen Tagen feierte einer unserer Kollegen und Freunde seinen 75. Geburtstag. Lieber Michael Wegner: Dir am 1. März von Herzen zu gratulieren, war innerstes Bedürfnis, und doch schien es uns als Dank für das, was Du auf Deinem Lebensweg geleistet hast, zu gering und unserem Verhältnis zu Dir nicht angemessen genug. Möge dieses Kolloquium – Dir zu Ehren und allen zum Nutzen – ein würdiges Geschenk sein.

Ein altes deutsches Sprichwort besagt: „Vergrabener Schatz ist keinem nütze“. Vielleicht schürfen wir heute auch Deine Wissens-Kapitalien ein wenig aus und bringen sie ein in die Gedankenwelt von uns allen. Insofern also darf ich uns beglückwünschen, in den folgenden Debatten das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden zu können ...

Blick nach dem Osten. Studien zur russischen Kultur, Politik und Geschichte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 5.

**„Keine Massen loslassen.
Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden ...“
Historische und aktuelle Betrachtungen zu einer Forderung
von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1935**

Zwei Jahre nach der Errichtung ihrer Herrschaft in Deutschland durften sich die braunen Machthaber dieser durchaus sicher fühlen. Alle politischen Gegenkräfte waren ausgeschaltet, die meisten von ihnen saßen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, viele haften sich zur Emigration entschlossen, andere sich in eine Art innere Emigration zurückgezogen. Zahlreiche Deutsche, die vor dem 30. Januar 1933 Gegner der NSDAP gewesen waren, haften sich dem Regime angepaßt, in dieses eingeordnet oder mitunter gar in den Dienst faschistischer Organisiertheit gestellt. Die drückenden Lasten der großen Weltwirtschaftskrise waren spürbar verringert worden. Hoffnungen auf eine Verbesserung des persönlichen Lebensstandards konnten sich auf den beginnenden Wirtschaftsaufstieg berufen, dessen militaristische Kehrseite – eine horrende Aufrüstung – unreflektiert hingenommen wurde. Eine Welle nationaler Euphorie hatte den größten Teil der Deutschen erfaßt, aufgeputschte nationalistische Gefühle und um sich greifender chauvinistischer Überheblichkeitsinn führten zu einer breiten Akzeptanz der immer aggressiver werdenden Außenpolitik Hitlers. Und deren Erfolge vermochten wiederum korrumpierend zu wirken. Zudem war es der NSDAP im Sommer 1934 gelungen, die tiefe Krise innerhalb der eigenen Reihen dank eines terroristischen Befreiungsschlages zu überstehen.

Auf dieser Grundlage konnten die entscheidenden Weichen nur den Weg zu einem neuen Krieg bereits 1935 gestellt werden.¹ An eine Erhebung der Massen gegen das Regime war nicht zu denken; Hoffnungen dieser Art haften sich rasch zerschlagen und waren z. T. bitter bestraft worden. Widerstand und Opposition beschränkten sich auf kleinere, in tiefer Illegalität und noch dazu in ernsthaften inneren Auseinandersetzungen befindliche Gruppen. Sie befaßten sich verständlicherweise vor allem mit der Frage nach den Ursachen des Erfolges der deutschen Faschisten, ebenso mit dem Versuch, die erlittene Niederlage und das Versagen der eigenen Politik zu analysieren. Infolge nach wie vor nicht zu überwindender parteienegoistischer Barrieren ihres politischen Denkens blieben sie weitgehend ohne jede Aussicht auf einen Sieg über den faschistischen Machtapparat. Von diesem sah sich die Masse der Deutschen gewonnen, ihm gegenüber fühlte sie sich zu einer Suche nach Alternativen weder in der Pflicht noch in der Lage.

Zu den zentralen Problemfeldern antifaschistischer Überlegungen gehörte seither – und gehört bis in die Gegenwart hinein – die Erklärung des Phänomens massenhafter Verhaltensweisen zu Gunsten des Faschismus.² Politische Unaufmerksamkeit, Kritiklosigkeit, Anpassungsbereitschaft und ähnliche Denk- und Verhaltensweisen eines großen Teiles der Deutschen zählten seinerzeit gewiß nicht zu den primären Ursachen des Schreckens, den der Faschismus in das Land brachte, wohl aber stellten sie Faktoren dar, die ihn zunächst als Bewegung ermöglicht und ihm schließlich zur Macht verholfen hatten. Mitte der 30er Jahre schienen sie nun dessen beschleunigten Marsch in den Krieg nahezu blindlings zu begleiten.

Herrschaft von Minderheiten über Mehrheiten, gleich ob unter diktatorischen, autokratischen, militärischen Regimes oder auch unter parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen, wird von Mehr-

¹ Siehe den von Kurt Pätzold und Erika Schwarz herausgegebenen und dem Vf. gewidmeten Band „Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935 – Eine nicht genutzte Chance“, Köln 2005 und darin insbesondere Pätzold, Kurt: Eine vertane Chance?, S. 9-33.

² Daß dies unterschiedlich und gegensätzlich erfolgte, zu manchen Zeiten gar nicht, zu anderen wiederum ausschließlich im Vordergrund marxistischer Faschismusforschungen stand, kann hier nicht erörtert werden. Siehe dazu u. a. Weißbecker, Manfred: Die Geschichte der NSDAP (1920-1945). Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 35, Jg. 1999, H. 8, S. 31-48; ders.: „Die Parteien sind in sich faul ...“ Zur Propaganda der NSDAP gegen das deutsche Parteienwesen und ihre Folgen, in: Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933, Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum zur Bildung und Wissenschaft e. V. am 24./25. Januar 2003 in Jena, Jena 2003, S. 83-93.

heiten mit getragen – in welcher Form auch immer. Die berechtigte Frage nach den gesellschaftlichen Grundlagen, die den Faschismus hervorgebracht, sowie nach jenen Kräften, die Hitler zur Macht verholfen hatten, sollte andere Fragen – darunter selbstverständlich auch die nach den dem „Führer“ zujubelnden und ihn stützenden Massen – nicht überflüssig machen. Allerdings sind diese wohl in einer völlig anderen Weise zu stellen und zu beantworten, als dies jüngst Götz Aly mit seinen die faschistische Sozialpolitik verklärenden und nahezu idealisierenden Thesen unter dem Titel „Der Holocaust geschah zum Vorteil aller Deutschen“ getan hat.³ Zweifellos hatten die sozialpolitischen Bestrebungen des braunen Regimes korrumpierende Folgen – 1942 bereits von Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Und was bekam des Soldaten Weib?“ festgestellt, später von Gisela May hervorragend und einprägsam gesungen. Ebenso unbezweifelbar wollten die Nazis mit ihrer Sozialpolitik und mehr noch mit ihrer Propaganda den Interessen großer Teile der von Inflation und Wirtschaftskrisen arg gebeutelten Bevölkerung entgegen kommen – doch selbst durch die Beutenutzung und -Gelüste eines Teils der Bevölkerung lassen sich die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse keineswegs von den Füßen auf den Kopf stellen.⁴ Nach wie vor ist daher von den Triebkräften faschistischer Verbrechen zu reden, und nicht allein von denen, die von deren Ergebnissen nur zum geringsten Teil profitierten. Mit anderen Worten: Die bewußt betriebene und ebenso die indirekt wirksame soziale Korruption eines großen Teiles der Massen bietet einen Zugang, nicht aber die Lösung des Problems. Weitere Faktoren sind in Betracht zu ziehen, darunter nicht zuletzt auch die Selbsteinschätzung der jeweiligen Situation durch die Führung der NSDAP.

* * *

In striktem Gegensatz zu allem, was sie bis 1935 erreicht hatten, gab es unter den Führenden des Dritten Reiches keine Zufriedenheit mit dem erreichten (und für das Aufrechterhalten der Macht völlig ausreichenden) Stand der Massenbeeinflussung. Da wurden in der NSDAP eher größere und wesentlich weiter reichende Erwartungen ausgesprochen. Am Neujahrstag vertraute Joseph Goebbels seinem Tagebuch an, das neue Jahr müsse besser als das alte werden, denn dieses habe nur „Berge an Sorgen“ gebracht. Eine verständliche Klage: viel Ärgernis und Verdruß hatte es für die Partei gegeben, die in eine ernsthafte Krise geraten war und zu spüren bekommen hatte, daß der eingeschlagene Kurs sich nicht so rasch wie erhofft und angestrebt durchsetzen ließ. Nun sollte das neue Jahr die „Wende“ bringen, allerdings nicht irgendeine weitere Veränderung der Lage in ihrem Sinne schlechthin, sondern eine Wende zu einem „neuen Jahrhundert“ bzw. sogar zu einem neuen „Jahrtausend deutscher Geschichte“. So äußerte sich Hitler am 11. Februar 1935 in Nürnberg, als er Julius Streicher zu dessen 50. Geburtstag gratulierte.⁵

Bereits die ersten Wochen und Monate des Jahres 1935 konnten die Nazis sehr zufrieden stellen. Voller Stolz blickte Goebbels auf das Abstimmungsergebnis vom 13. Januar und auf die „Rückkehr“ des Saarlandes ins Deutsche Reich. Ungetrübt liest sich auch seine Hoffnung, Hitler werde es gelingen, die Engländer in ein „Bündnis zu holen“, schließlich sei das Kräfteverhältnis günstig:

„... wir zu Lande, sie zur See überlegen, in der Luft gleich ... wir können warten und rüsten.“⁶

³ Der Holocaust geschah zum Vorteil aller Deutschen. Interview mit Götz Aly, in: taz, 15. Januar 2005, S. 4 f. Das neue Buch von Götz Aly („Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“, Frankfurt a. M. 2005) lag dem Vf. noch nicht vor.

⁴ Rudolf Walthers schrieb unter dem Titel „Prominenz auf Abwegen“ dazu: „Aly ... unterscheidet nicht hinreichend genau zwischen der Verantwortung jener, die das Raubsystem europaweit durchsetzten und jenen, die an der Front oder zu Hause unbewußt davon profitierten. Statt einer klaren Verantwortungskette konstruiert er einen moralisch intonierten Kausalzusammenhang, der jeden deutschen Soldaten und jede Familie, die ein Paket bekam, heute wie verbrecherische Mitorganisatoren am Krieg und freiwillige Arisierungshelfer aussehen läßt. Diese Konstruktion kollektiver Täterschaft ist genauso abwegig wie ihr Gegenstück, die These, daß ein ganzes Volk verführt worden sei.“ In: Freitag, Nr. 10, 11. März 2005, S. 1.

⁵ Zit. nach Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. 1, Würzburg 1962, S. 481.

⁶ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil 1: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München u. a. 1987, S. 482 (27. Januar 1935). Nachfolgend zitiert als Tagebücher, Bd. 2.

Von den Franzosen meinte er, sie „sollen schimpfen, wir rüsten“, und ergänzte mit einem Bezug zu der in Deutschland am 15. März wieder eingeführten allgemeinen Wehrpflicht:

*„Im Übrigen sollen Paris und London protestieren. Wir handeln ...“*⁷

Nur wenige Wochen nach dem Erfolg an der Saar und trotz allen Stolzes auf das bei Großkundgebungen „rasende“ Volk, notierte Goebbels am 2. März unzufrieden in sein Tagebuch:

*„Alles hängt an seidenem Faden. Keine Massen loslassen. Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden.“*⁸

Dieses „Kneten“ erfolgte sowohl durch die terroristische Unterdrückung, deren psychologischen Wirkungskräfte keineswegs zu unterschätzen sind, als auch mittels intensivster ideologischer Manipulation. In letzterer gewannen in dem Maße, wie das „Deutschtum“ gepriesen wurde, die Feindbilder wachsenden Raum. Zugleich gerieten diese immer diffuser. Parallel zu den propagandistischen Aktionen gegen Nicht-Arier und Marxisten – in den Schlagwörtern vom „jüdischen Bolschewismus“⁹ oder „bolschewistischen Judentum“ gipfelnd – begann 1935 eine neue Phase in der Verwendung des alle nationalsozialistischen Feindbilder integrierenden Begriffes „Untermensch“. Der Kampf zwischen Menschen und Untermenschen sei eine „geschichtliche Regel“, verkündete Heinrich Himmler am 12. November 1935¹⁰, und in einer auch in diesem Jahr herausgegebenen Schrift des SS-Hauptamtes beim Reichsführer SS hieß es:

*„Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Natur-schöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!“*¹¹

Um in dem von Goebbels gewählten Bild zu bleiben: Es gab auch ein sozialpolitisch akzentuiertes „Kneten“. Am 12. Februar 1935, also exakt auf den Tag vor 70 Jahren schrieb Franz Seldte, jener konservative „Stahlhelm“-Gründer, der erst Monate nach seiner Berufung als Reichsarbeitsminister der NSDAP beigetreten war, an Hitlers Staatssekretär Hans Heinrich Lammers einen Brief. Auf die unverkennbar zu aktualisierenden Bezüge will ich hier nicht eingehen, obgleich durchaus von einer Art epochenversetzter Parallelgeschichte zu reden wäre, ohne dabei die Regeln der offiziellen bundesdeutschen *political correctness* zu verletzen. Es hieß in diesem Schreiben fordernd:

„Die Lohnbildung im deutschen Baugewerbe hat mit dem Jahr 1927 eine wirtschaftlich sehr bedenkliche Entwicklung genommen. Kleine Interessentengruppen auf Arbeitgeberseite haben damals die Löhne, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der gesamten Wirtschaft und ohne Widerstand bei den Unternehmern zu finden, maßlos in die Höhe getrieben und dadurch die private Bautätigkeit zuletzt fast lahm gelegt. Diese übersteigerten Löhne, die sich wegen der Schlüsselstellung des Bau-

⁷ Tagebücher, Bd. 2., 22. März 1935, S. 484 f.

⁸ Tagebücher, Bd. 2., S. 483 f. Am 1. August 1935 notiert Goebbels: *„Im Garten allein spaziert. Und gegrübelt. Es ist alles so schwer und die Menschen sind so schlecht“*, nachdem er zuvor über *„Schweineereien in der Wirtschaftsabteilung des Gau“* geklagt hatte. (S. 498). Am 11. August 1935 reagierte er auf Mitteilungen über den *„Korruptionsstall“* im Berliner Gau, über *„Schweineerei in der Ortskrankenkasse“* u.a.m. mit den Worten: *„Von allen Seiten unangenehme Nachrichten. Traurig und deprimiert ...“* (S. 501). Am 17. August hieß es lakonisch: *„Volksstimmung nicht gut.“* (S. 503; ähnlich auch am 25. August 1935, S. 507). Wenige Tage vor dem „Parteitag der Freiheit“ äußerte er sich über die Zukunft der NSDAP – diese werde *„nicht allzu rosig sein, wenn wir nicht mehr zusammenhalten.“* (2. September 1935, S. 509). *„Unruhe im Volk“* gestand er im Zusammenhang mit der Verkündung der judenfeindlichen Gesetze durch Hermann Göring auf dem Parteitag. Am 24. Oktober hieß es: *„Mehr ans Volk heran! Keine faulen Entschuldigungen! Kein Fett ansetzen!“* (S. 531).

⁹ Pätzold, Kurt: Jüdischer Bolschewismus, in: Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 2005, S. 171 f.

¹⁰ Zit. nach Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u. a. 1998, S. 620.

¹¹ Zit. nach Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933-1945. Ein Zeitbild der faschistischen Diktatur, Berlin 1981, S. 101.

gewerbes wirtschaftlich besonders verhängnisvoll auswirkten, wurden zwar in den letzten Jahren erheblich abgebaut. Aber es kann noch nicht die Rede davon sein, daß wir zur Zeit wirtschaftlich und sozial angemessene Bauarbeiterlöhne aufzuweisen haben. „An anderer Stelle fielen die Worte: „Am meisten überhöht sind noch die Baufacharbeiterlöhne in den östlichen Provinzen.“¹²

Nun, der mitunter als „Sozialist“ und erfolgreicher Sozialpolitiker gepriesene Hitler billigte diese Überlegungen und stimmte ganz selbstverständlich auch den konkreten Schlußfolgerungen zu, die da besagten, um welche Beträge die angeblich überhöhten Löhne gesenkt werden sollten und wie dies am besten zu kaschieren sei. Allerdings waren die von Rudolf Heß eingeholten Stellungnahmen der Gauleiter durchweg negativ; alle rieten von einer Lohnsenkung ab.¹³ Widerstand war befürchtet worden, ebenso ein weiteres Absinken des „Ansehens“ der NSDAP. Ja, das Volk mußte aus Sicht seiner faschistischen Herren eben immer noch „durchgeknetet“ werden ...

Doch wofür? Welche Ziele verbanden sich mit dieser Forderung des „Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“? Erkenntnisse bieten auch in dieser Hinsicht dessen Eintragungen in sein Tagebuch während des Jahres 1935. So verfolgte er mit großer Aufmerksamkeit den Kurs der italienischen Faschisten auf einen Krieg gegen den unabhängigen afrikanischen Staat Äthiopien. Geriet Mussolini dabei des Öfteren in Schwierigkeiten, was Goebbels mitleidig zur Kenntnis nahm. Groß fiel indessen im Oktober 1935 sein Jubel aus, als er erfahren hatte, daß Italien den Krieg begonnen hatte, noch dazu ohne eine Kriegserklärung:

„Mit Bomben und Vormarsch. Die furchtbare Spannung der letzten Wochen hat sich gelöst. Die Kanonen donnern. Mussolini ist nicht zu beneiden. Aber ein Kerl ist er doch. Ein Mann in dieser männerarmen und entschlußlosen Zeit. Die Zeitungen bringen Extraausgaben. Krieg! Wir sind bereit! ... Italiens Krieg die große Sensation.“¹⁴

Eine Woche darauf schrieb er:

„Mussolini geht es schlecht. Die ganze antifaschistische Welt gegen ihn. Das müßte ein Grund für uns sein mehr auf seine Seite zu treten.“¹⁵

Seine Haltung legte er noch einmal am 17. Oktober dar:

„Wir müssen eine Kehrtwendung machen. Zu Italien hin! Wegen des Faschismus, der hier auf dem Spiele steht. Mussolini arg in Not. Deutsche Presse zu sehr Sentiments unterworfen. Die Volksmeinung ganz gegen Italien.“¹⁶

Aufschlußreich geriet ihm auch der Eintrag vom 19. Oktober 1935, in dem er eine interne Beratung Hitlers mit allen Ministern und vielen Militärs reflektierte:

„Führer spricht über außenpolitische Lage. Er legt den ganzen Ernst dar. Mussolinis Lage verzweifelt. England wird uns in den Sanktionsplan einzubeziehen versuchen. Dann will Führer ein Vermittlungsangebot machen. Appell an die Weltöffentlichkeit. All das kommt 3 Jahre zu früh ... Im übrigen rüsten und bereit machen ... Kommt Krieg in Europa? Wenn ja, dann 3-4 Jahre zu früh für uns. Die Zukunft der Völker liegt nicht in der Neutralität, sondern in der Intervention. Wir müssen abwarten, und wenn es nicht anders geht, auch handeln.“¹⁷

Seine Sorge galt keineswegs der Erhaltung des Friedens, ihn bewegte lediglich die Frage, ob und wie es gelingen kann, einen richtigen Zeitpunkt für den neuerlichen Einsatz der deutschen Waffen zu finden.

Die forcierte Aufrüstung und der unleugbare Wille, einen neuen Krieg herbeizuführen (natürlich nur für den Fall, daß sich die potentiellen Gegner nicht freiwillig unterwerfen, womit jedoch in keiner Weise gerechnet werden konnte!), wurden Mitte der 30er Jahre noch hinter dem Schleier deut-

¹² Akten der Reichskanzlei. Hitler, Bd. II: 1934/35, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber, München 1999, S. 360.

¹³ Siehe ebenda.

¹⁴ Tagebücher, Bd. 2, S. 523 (5. Oktober 1935).

¹⁵ Tagebücher, Bd. 2, S. 526 (13. Oktober 1935).

¹⁶ Tagebücher, Bd. 2, S. 528 (17. Oktober 1935).

¹⁷ Tagebücher, Bd. 2, S. 529 f. (19. Oktober 1935).

scher Friedensliebe verdeckt. In der Öffentlichkeit, beispielsweise anlässlich des zentralen Erntedankfestes auf dem Bückeberg, zeichnete Hitler ein geradezu idyllisches Bild von Deutschland, das friedlich inmitten einer Brandung von Konflikten liege und an solchen nicht teilhabe.¹⁸ Diese Friedensdemagogie diene nicht allein der Tarnung gegenüber den später mit Krieg überzogenen Staaten, sondern ebenso als ein innenpolitisches Instrument der Systemstabilisierung.

*„Vorzeitige Decouvrierung des imperialistischen Plans zur Welteroberung mußte notwendig die Massenbasis der Diktatur schmälern, und umgekehrt: Die glaubhaft gemachte Absicht, Frieden zu wahren, sollte dem Regime helfen, sich die Kräfte zuzuführen, die ihm abwartend und mißtrauisch gegenüber standen.“*¹⁹

Diese Selbsteinschätzung der Lage in Deutschland verrät – hier für das Jahr 1935 festgestellt – eine offensichtlich erhebliche Diskrepanz zwischen dem, was von den herrschenden Faschisten gewollt worden ist, und dem, was sie angesichts des als unzureichend eingeschätzten Standes ihrer Massenbeeinflussung verwirklichen zu können glaubten. Sie zweifelten nicht an der Regimetreue der Massen, wohl aber an deren Bereitschaft zu einem erneuten Waffengang. Das Problem sollte sich für sie erst etwas später lösen, und auch da lediglich während der ersten Jahre des Zweiten Weltkrieges.

Blickt man über das Jahr 1935 und auch über die 12 Jahre der NSDAP-Herrschaft in Deutschland hinaus, läßt sich relativ leicht feststellen, daß die Diskrepanz zwischen dem von Herrschenden Gewollten und dem durch Massen Geduldetem oder von diesen gar Ermöglichtem nach dem 8. Mai 1945 in keiner Weise aus der Welt gekommen ist. Die Unterschiedlichkeit der Interessen von Regierenden einerseits und Regierten andererseits bestand generell fort und existiert auch in unserer Zeit. Daher lassen sich durchaus Vergleiche zwischen gegenwärtigen Erscheinungen und denen der 30er und 40er Jahre anstellen, auch wenn sie in den Augen mancher Politiker gegen die offiziell gepflegte *political correctness* verstoßen. Analogien drängen sich auf, die für sich genommen nicht eine Identität behaupten. Völlig berechtigt darf von Assoziationen zu diesem Teil der deutschen Geschichte gesprochen werden, wenn strukturelle Übereinstimmungen mit gegenwärtigen Bemühungen sowohl um die Realisierung angeblich notwendiger neuer militärischer Ambitionen als auch zur Durchsetzung eines drastischen Sozialabbaus festzustellen sind.

Leider treffen oft auch jene Vergleiche zu, die den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden betreffen. Ohne übersehen zu wollen, daß sich in vielen Teilen der Welt Unmut äußert und Protest artikuliert wird, muß – will man realistisch bestehende Kräfteverhältnisse einschätzen und dabei keiner Illusion unterliegen – auch gefragt werden, was aus jener Bewegung geworden ist, die sich im März des Jahres 2002 so machtvoll, am Ende indes vergeblich gegen die Kriegspläne der Bush-Administration für ihren Überfall auf den Irak wehrte? Was lehrt m dieser Hinsicht auch die Wiederwahl des Präsidenten der USA im November 2004? Der Blick auf die innere Situation der Bundesrepublik Deutschland erzwingt ähnliche Nachdenklichkeit: Zwar empören sich viele mit Recht über die „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, die sich ja im Verhältnis zu früheren Zeiten mit nur geringfügig verändertem Wortschatz gegen angeblich zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten richtet – doch was passiert? Zwar nehmen Angst, zynische Meinungsäußerungen und blanke Wut zu, doch hält sich aktiver Widerstand in Grenzen. Kürzlich stellte ein bekannter Jenaer Leserbriefschreiber im „Neuen Deutschland“ mit bitter-sarkastischen Worten fest, bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV gingen lediglich wenige „Berufsrevolutionäre“ auf die Straße, nicht aber die vielen vom gegenwärtigen Sozialabbau Betroffenen.²⁰

Der Befund historischer wie auch politisch-aktueller Ereignisse lautet also oft:

Diese wären ohne Realitätsverweigerung und Realitätsverlust bei allzu vielen Menschen, insbesondere bei den von neuen Kriegen, Sozialabbau und Ungerechtigkeit direkt Betroffenen, wahrschein-

¹⁸ Völkischer Beobachter, 7. Oktober 1935.

¹⁹ Pätzold, Kurt: „Faustisches Volk“ oder Räuberhorde? Faschistische Politik und Propaganda 1933-1940, in: Kühnl, Reinhard/Schönwälder, Karen (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 179.

²⁰ Gregor Schwirtz, in: Neues Deutschland, 5. Januar 2005, S. 8.

lich nicht möglich. Manipulation und Instrumentalisierung würden nicht funktionieren, wenn sich Manipulierte und Instrumentalisierte nicht benutzen ließen. Wissenschaftliche und politische Versuche, die Ursachen massenhaften Verhaltens zu Gunsten herrschender Parteien zu erklären, zielen zumeist in zwei einander entgegen gesetzte Richtungen: Die einebürdet Verantwortung und Schuld jenen auf, die als ökonomisch Mächtige oder politisch Regierende die Massen beeinflussen, verführen, irreführen, lenken, instrumentalisieren, mißbrauchen usw. usf. Die andere wähnt, alles Übel der Gesellschaft in einer anthropologisch gegebenen Beeinflußbarkeit, Verführbarkeit oder gar Unterordnungslust von Massen erblicken zu können.

Zu fragen wäre m. E. aber vor allem nach den geschichtlichen Voraussetzungen und Wirkungsbedingungen von Interessen, die zwar grundsätzlich divergieren, zeitweilig dennoch übereinstimmen können. Zu fragen wäre sowohl nach den wirtschaftlichen und politischen als auch nach den geistig-kulturellen‘ ideologischen und weltanschaulich-religiösen Grundlagen der Mechanismen ihres jeweiligen Zusammenspiels.

Gerade aus dieser Perspektive, die nicht zuletzt eine parteiengeschichtliche ist, halte ich einen Blick auf das gesamte 20. Jahrhundert für notwendig und aufschlußreich. Ich frage mich, ob dessen Charakterisierung als eines Säkulum der Weltkriege, als Zeitalter der Extreme oder als das der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus hinreichend ist. Gern würde ich – trotz des kurzzeitigen Auf und Ab, trotz aller Wechsel von Erfolg und Mißerfolg – die erkennbaren langfristigen Tendenzen in der Entwicklung von Massenbewegungen diskutiert sehen sowie auf dieser Grundlage die sich abzeichnenden Trends und den in unserer Gegenwart erreichten Stand problematisieren.

Nach langfristig wirksamen Entwicklungslinien in Massenbewegungen fragend, ist gewiß davon auszugehen, daß die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts gegenüber voraus gegangenen Zeiten von einem qualitativ neuen Wirken der Massen *in* der Gesellschaft und *für* die Gesellschaft gekennzeichnet war. Viele der damaligen Zeitgenossen spürten den Wandel, begrüßten oder bedauerten ihn. Die Bühne der Geschichte biete den Massen nicht mehr die Rolle von Statisten, sondern von Hauptdarstellern, hieß es. Man sprach vom „Zeitalter der Massen“, das heraufgezogen sei. Als einer der ersten beschrieb Gustave Le Bon 1895 in seiner „Psychologie der Massen“ das Wirken von Massen als eine „ozeanische Woge“, welche gleich einer elementaren Naturgewalt die „Zivilisation“ zerstöre. Das Problem, vor dem die Eliten stünden, benannte er mit den Worten:

„Die Massen sind so etwas wie die Sphinx der antiken Sage: man muß die Frage, die ihre Psychologie stellt, lösen oder darauf gefaßt sein, von ihr verschlungen zu werden.“²¹

Bei Ortega y Gasset war später vom „Aufstand der Massen“ die Rede: Massen würden nun einmal lediglich mit Gewalt in alles eingreifen, und das sei

„das schwerste Problem, das der heutigen Menschheit aufgegeben ist.“²²

Die ausgeprägte antimilitaristische und antikapitalistische Orientierung im Verhalten großer Teile der Bevölkerung führte am Ende des Ersten Weltkrieges zum Sturz zahlreicher Dynastien, zur Herausbildung bürgerlich-demokratischer Republiken, zu Ansätzen einer internationalen Achtung von Kriegen, aber auch zu einem ersten Versuch der Realisierung sozialistischer Ideen. Gekontert wurde dies von bürgerlichen Parteien gleichsam unter dem Motto, selbst Massen gegen Massen zu mobilisieren und zu organisieren. Im Grunde nahmen sie sich die erste Massenpartei der deutschen Geschichte, die Sozialdemokratie, zum Vorbild und schufen in Deutschland während der Jahrzehnten des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert zahlreiche bürgerliche Massenorganisationen, unmittelbar vor und nach 1918 auch solche, die sich selbst als „Volksparteien“ bezeichneten.

Ein Beispiel sei wenigstens erwähnt: Als sich im Jahre 1904 der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie konstituierte und seine Feldzüge gegen – ich zitiere aus dem Gründungsdokument – den „sozialdemokratischen Terrorismus“ begann, formulierte er als seine Aufgabe,

²¹ Hier zit. nach Safransky, Rüdiger: Und keiner ist er selbst. Gustave Le Bons Voraussagen über das Zeitalter der Massen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September 1990.

²² Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen, S. 49.

*„alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger in Stadt und Land ohne Unterschied der Partei und Religion zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen ...“*²³

Eine Vielzahl anderer im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstandener Verbände verfolgte gleiche Konzepte. Die erste bürgerliche Partei, die bewußt den Status einer Massenorganisation anstrebte und tatsächlich erreicht, war die sich in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges formierende Deutsche Vaterlandspartei. Sie setzte auf Nationalismus, Kriegsbereitschaft und Antisozialismus, was so direkt nicht von den in der Novemberrevolution neu formierten bürgerlichen Parteien übernommen werden konnte. Doch da war Raum entstanden für eine neue Strömung am rechten Rand der Gesellschaft, die dann zum absoluten Höhepunkt einer sich militarisierenden Massenpartei führte und alles andere regelrecht übertraf oder gar regelrecht überrollte. Niemals zuvor oder danach hat es eine so mitgliederstarke und die gesamte Gesellschaft mit einem einheitlichen Organisations-System überziehende Partei gegeben wie die NSDAP.

1945 knüpften alle Parteien im Grunde direkt an die Entwicklungsstufe des deutschen Parteienwesens und an dessen Bemühungen um die Gewinnung von Mitgliedern und Wählern von 1932/33 an. Angestrebt wurden Vergrößerung durch Vereinigungs- und Konzentrationsbestrebungen, Mitgliederwerbung und neue politische Organisiertheit. In den drei westlichen Besatzungszonen erhöhten sich in den ersten Nachkriegsjahren die Zahlen der Parteienmitglieder, wobei die SPD doppelt so viel besaß wie alle anderen Parteien zusammen. Alle Parteien verloren ab Mitte der 50er Jahre erheblich Mitglieder, seit 1968 sogar kontinuierlich. Die Bewegung hin zu so genannten Apparate- und Wahlorganisationsparteien scheint seitdem kaum aufzuhalten zu sein. Am konsequentesten bemühte sich die SED um die Schaffung und Formierung einer fest organisierten massenhaften Mitgliedschaft. Daß sie scheiterte, lag nicht zuletzt an ihrer Unfähigkeit und Unwilligkeit im Umgang mit den Massen. Der als demokratisch benannte Zentralismus ließ wahrlich alles, aber auch alles unberücksichtigt, was sich seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Herrschenden an teils wissenschaftlich gesicherten, teils durch Verrechtlichungsprozesse, teils durch die völlig neuen medialen Möglichkeiten erschlossenen Erkenntnissen über die Beherrschbarkeit von Massen angeeignet hatten. Bei jeder klaren Sicht auf reale Interessen der Massen wurde Macht *durch* das Volk zwar proklamiert – Macht *über* das Volk hingegen praktiziert.²⁴

Mit den Ereignissen von 1989/90 verloren dennoch alle Faktoren bürgerlich-kapitalistischer Massenbeeinflussung ihre „System“-Konkurrenz und erreichten einen höheren Wirkungsgrad. Das Ergebnis könnten langfristig wirksame Tendenzen einer Entpolitisierung und des organisationspolitischen Desinteresses sein. Politische Mitwirkungs- und Aktionsbereitschaft größerer Teile der Massen äußert sich seither zumeist nur in relativ kurzen Zeiträumen und an unterschiedlichen Orten. Mit dem Untergang des realen Sozialismus kam offensichtlich eine Art „langer Welle“ in der Geschichte von Massenbewegungen zum Vorschein, die in einem direkten Gegensatz zu denen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stehen.²⁵

Diese Überlegung mag – in parteiengeschichtlichem Lichte besehen – durchaus plausibel klingen. Zumindest wird durch die Feststellung von Tatsachen ein intensives Nachdenken der heutigen Linken darüber verlangt, wie ihren Programmen und Aktionen auch Erkenntnisse über wichtige Phänomene massenhafter Verhaltensweisen zugrunde gelegt werden müssen und können. Wenn allerdings Ideologen heutiger kapitalistischer Verhältnisse sich des Sieges allzu sicher fühlen und davon reden, daß Sozialisten niemals die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen in der Lage seien, dürften sie jedoch nur kurz- und allenfalls mittelfristige Trends im Auge haben. Mit einer dau-

²³ Fricke, Dieter: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 1904-1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 68.

²⁴ Siehe Prokop, Siegfried: Plane mit, arbeite mit, regiere mit, in: Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, a. a. O., S. 218 f.

²⁵ Die jüngsten Erhebungen größerer Teile der Massen in einigen der früher zur UdSSR gehörenden Staaten wie Georgien, Ukraine und Kirgisien bedürfen noch eingehenderer Untersuchungen.

erhaften Akzeptanz der Verhältnisse wird nicht zu rechnen Sein, Resignation sowie das geduldige Ertragen offensichtlicher Ungerechtigkeiten und der wachsenden Schere zwischen Reichen und Armen waren oft endlich, wie der Blick in die Geschichte lehrt. Eine andere Welt – von vielen bereits jetzt ersehnt und gewünscht²⁶ – ist nicht nur nötig, sondern auch möglich ...²⁷

* * *

Vergleiche zwischen geschichtlichen und heutigen Erscheinungen, die auch im Rahmen der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. zum Thema „8. Mai 1945 – Faschismus und Krieg als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen“ angestellt worden sind, vermögen zum einen das Verständnis für die wahrlich bedeutsamen geschichtlichen Vorgänge außerordentlich zu befördern,²⁸ sie verlangen zum anderen ebenso weitere Überlegungen zum Verhältnis zwischen Geschichte und Politik sowie zu Sinn und Zweck instrumentalisierender Geschichtspolitik. Darin möchte ich – dieses persönliche Wort sei hier aus gegebenen Anlaß gestattet – auch ein neuerliches Nachdenken über ein Prinzip geschichtswissenschaftlichen Arbeitens eingeschlossen wissen, das zunächst engagierte liberale und demokratische Intellektuelle des deutschen Bürgertums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertreten hatten. Da hieß es: „Für Eures Volkes Zukunft nehmt Partei“²⁹, womit Parteinahme, mehr noch: Parteilichkeit gefordert und zugleich gerühmt worden war, eine Parteilichkeit gegen überlebte Zustände und für bessere Verhältnisse. Überlebtes existiert auch heute, Besseres tut dringend Not. Wird heute von Parteilichkeit gesprochen, gilt es natürlich, jede Verwechslung mit unkritischer Parteigebundenheit oder gar parteiischem Pragmatismus zu vermeiden. Solche hat es gegeben und zu schmerzhaften Erfahrungen geführt, zu kritischem Nachdenken und gedanklicher Korrektur, wie bei vielen auch bei mir. Soll indessen deshalb das Prinzip einer Parteinahme für soziale Gerechtigkeit und Frieden in einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft grundsätzlich zu negieren sein, noch dazu unter den Bedingungen zunehmenden Sozialabbaus und eines sich militarisierenden „Zeitgeistes“?

Die Tagung anlässlich meines 70. Geburtstages wird auch in dieser Hinsicht für mich unvergeßlich sein. In den Dank schließe ich ein, Gesagtes vor allem als Ermunterung aufzufassen, auch künftig nicht abzulassen von dem, was ich als meine wissenschaftliche und politische Grundorientierung betrachte. Hineingeboren in die Vielzahl schrecklicher Ereignisse des 20. Jahrhunderts wollte ich deren Ursachen und innere Zusammenhänge erkunden helfen, darüber hinaus auch zu Erkenntnissen für erfolgreiche Veränderungen beitragen. Insofern bekenne ich gern, parteilich gewesen und auch heute parteilich zu sein, immer wenn es gegen Faschismus und Krieg sowie gegen soziale Ungerechtigkeit und unmenschliche Barbarei, aber auch gegen demokratiefeindliche Erscheinungen und Entwicklungstendenzen der bestehenden politischen Parteien bzw. des Parteienwesens geht, ganz im Sinne des bekannten Schwures der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald: „Niemals wieder Krieg und Faschismus!“

Jeder weiß heute indessen, daß seit langem und erst recht in den letzten Jahren eher die Klage: „Was alles schon wieder möglich ist ...“ berechtigt ist. Da muß erneut in mancherlei Zusammenhängen von *Gefahren* die Rede sein, die wieder *im Verzug* sind und in unserer Zeit wieder in Betracht gezogen werden müssen; selbstverständlich weitsichtig, vorsorglich und auf jeden Fall verantwortungsbewußt. Gesprochen werden muß auch von *Kriegspfaden*, die bereits vor und unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 begangen worden sind, lange bevor der Zweite Weltkrieg begann. Großmachtbesessene Kräfte heutiger Zeiten führen wieder Kriege, künden bedenkenlos weitere an, erkunden und produzieren zudem neue waffentechnische Systeme und verbreiten Rechtfertigungen für die Kriege des 21. Jahrhunderts, die allen Widerstand gegen neue militärische Abenteuer überwältigen sollen.

²⁶ Siehe dazu auch: Kleines Lexikon ..., a. a. O., S. 99 f.

²⁷ Siehe dazu auch den Beitrag von Reinhard Kühnl in diesem Band.

²⁸ Siehe auch Weißbecker, Manfred: Früher ja, heute nein?, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, H. 5/2005, S. 175 ff.

²⁹ So lautete auch der Titel eines von Dieter Fricke u.a. herausgegebenen Bandes mit dem Untertitel: Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. 1830-1945, Köln 1980.

Beide Stichworte standen über Artikeln, in denen – Schlaglichtern und Miniaturen gleich – einzelne Ereignisse vor 70 Jahren erhellt werden sollten.³⁰ Dabei fiel der Blick weniger auf die großen Haupt- und Staatsaktionen. Die Aufmerksamkeit galt vielmehr solchen Gefahr drohenden Erscheinungen im alltäglichen Leben, die für jedermann wahrnehmbar gewesen sind; er galt relativ kleinen Geschehnissen am Rande des Weges, in denen sich dennoch Richtung und Ziel aller „großen“ Politik spiegelten. Von den so genannten Kleinigkeiten und nebensächlich anmutenden Ereignissen ausgehend sollte aufs Ganze geschaut werden. Mitunter lassen sich in nuce Zusammenhänge deutlicher als sonst erkennen und Keime späterer Entwicklungen entdecken. Ihre barbarische Politik der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung aller Andersdenkenden und Andersrassigen haften die Nazis ebenso offen und ungeniert angekündigt wie die Verschiebung der Grenzen in Europa und die Gewinnung neuen „Lebensraumes“. Alles war unmöglich zu erreichen ohne Krieg und Genozid. Dennoch schreckten bspw. weder die national-konservativen Eliten Deutschlands davor zurück, den NSDAP-Faschisten zunächst jovial-hilfreich, später um Partnerschaft buhlend die Hand zu reichen. Aber es hielt auch nicht- und antifaschistische Kräfte keineswegs davon ab, den Streit untereinander für wichtiger als alles andere in der Welt zu halten.

Nur wenige warnten, und ihre Stimmen verhallten. Allzu viele folgten frag- und bedenkenlos den Braunen, zu viele reichten denen die Hand für ihre Mordtaten. Dies wiederum hielt zu viele nicht davon ab, nach dem Krieg zu behaupten, man habe es doch nicht wissen können. Nein, das Gegenteil trifft zu. Daher sollten Historiker sich immer wieder bemühen, eines bewußt zu machen: Aufmerksame Beobachtung und kritische Wahrnehmung der realen Verhältnisse in der Weimarer Republik und deren Entwicklungstrends ermöglichten durchaus einen realistischen Blick voraus auf das, was sich dann durchaus folgerichtig, in seiner Konkretheit eher zufällig am 30. Januar 1933 und am 1. September 1939 abgespielt hat. Ihr Fehlen bedeutete Realitätsverweigerung, diese führte zu Realitätsverlust und alles trug dazu bei, daß Abwendbares unabwendbar blieb – wie wir wissen, sogar bis fünf Minuten nach zwölf, was wiederum den 8. Mai 1945 bis auf den heutigen Tag zu einem der folgenreichsten und umstrittensten Tage des 20. Jahrhunderts geraten ließ.

8. Mai 1945: Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. am 12. Februar 2005 in Jena anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. 2005, S. 37-48.

³⁰ Siehe Weißbecker, Manfred: Gefahr im Verzug. Miniaturen und Schlaglichter zur Geschichte der NSDAP, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005.

Früher ja, heute nein?

Viel wird in unseren Zeiten von Parallelen gesprochen. Manche fallen unter die von Obrigkeiten gewünschte *political correctness*, andere werden entschieden zurückgewiesen oder gar mit Platzverweisen geahndet. Bonn sei nicht Weimar, hieß es vordem. Auf Berlin soll dies ebenso zutreffen, wird neuerdings getönt. Zur Selbstbeweihräucherung und Feindbildschürung wird jedoch gleichgesetzt, was nur verglichen werden kann – es muß nur in den jeweiligen politischen Kram und in vom „Totalitarismus“ durchfurchte Gehirnwindungen passen.

Identisch kann Vergangenes und Gegenwärtiges niemals sein. Wohl aber existieren unverkennbare Übereinstimmungen. Ein Beispiel führt in die frühen 20er Jahre, in denen sich rechtsextreme Kräfte formierten und Gehör zu verschaffen suchten. Schlaglichtartig erhellten am 21. August 1921 und am 24. Juni 1922 die Attentate auf Matthias Erzberger und Walther Rathenau, wohin die Weimarer Republik sich vollends wenden würde, sollten ihre monarchistischen, konservativen, völkischen und faschistischen Gegner immer mehr Spielraum gewinnen. Fehlender Schutz dessen, was in der Revolution von 1918 und mit der neuen Verfassung erreicht worden war, erleichterte alle Attacken der Rechten auf Parlamentarismus, Demokratie und Republik. Ungestraft durfte die der katholischen Zentrumsparlei nahestehende *Kreuz-Zeitung* noch Ende August 1921 verkünden, „jedes andere Land würde solchen Verschwörern unbegrenztes Verständnis entgegenbringen“, konnten deutschnationale Zeitungen vom „Gefühl der Befreiung“ sprechen, wenn sie über politische Morde an Linken und Demokraten berichteten.

Schutz der Republik stand auf der Tagesordnung. Doch Reichskanzler Joseph Wirth reagierte 1921 kaum auf den konkreten Entwurf eines Republikenschutzgesetzes, den die USPD vorgelegt hatte. Erst das Attentat auf Rathenau rüttelte wach, noch mehr die große Welle des Protestes. Es hieß, wie aus den Regierungsakten hervorgeht, nur ein Schutzgesetz sei in der Lage, „die große Bewegung in dem werktätigen Volke in geordneten Bahnen zu halten“. Man könne doch nicht wollen, dass „die Linke die Republik mit Gewalt schütze“. Schließlich begann der Reichstag am 5. Juli 1922 über einen Entwurf aus der Feder des Justizministers Gustav Radbruch und des Sozialdemokraten Adolf Köster zu beraten. Rechte Abgeordnete schäumten gegen ihn als „pietätlose Ausschachtung der Bluttat“. Und sie bemühten sich, alle „Giftzähne“ zu ziehen, die als allein gegen rechts gerichtet erscheinen konnten. Gerade mal 75 Millionen der arg inflationsgeschädigten Mark wurden für Maßnahmen zum Schutze der Republik bewilligt.

Am 18. Juli verabschiedete der Reichstag das auf fünf Jahre befristete Gesetz, am 21. Juli 1922 trat es in Kraft. Es bot durchaus einen hinlänglichen Rahmen für die Vereitelung und Verfolgung republikfeindlicher Äußerungen und Aktivitäten, von Mord und Verhetzung. Das 1927 und 1929 noch einmal verlängerte Gesetz zum Schutze der Republik ließ seine Herkunft von links und seine anti-monarchistische Stoßrichtung erkennen. Wäre damals übrigens ein Vorschlag aus Sachsen durchgedrungen, hätte das Gesetz möglicherweise mehr bewirken können: In den Artikel 129 der Weimarer Verfassung sei einzufügen, daß – wenn es das Wohl der Republik erfordere – Beamte, also auch Richter und Staatsanwälte, einstweilen in den Ruhestand versetzt werden könnten; zudem sollte ihnen die Dienstentlassung mit Wegfall der Ruhegehaltsbezüge angedroht werden können. Es kam leider anders. Gerade die deutsche Justiz sollte sich als ein besonders verlässlicher Stützpfiler der Reaktion erweisen. Die Warnung der Kommunisten in der *Roten Fahne* vom 9. Juli 1922 war völlig berechtigt: „Das ‚Gesetz zum Schutz der Republik‘ ist nicht gedacht als Ausnahmegesetz gegen monarchistische Mordbuben ... Dafür werden die reaktionären Beamten und Richter schon sorgen.“

Bitter klang schließlich das Fazit, das Carl von Ossietzky in seinem Artikel „Rotkoller“ (*Die Weltbühne*, 18.2.1930) zog: „Das Gesetz hat seine Funktion niemals erfüllt. Die Monarchisten haben seine Schärfe niemals wirklich zu spüren bekommen, leidtragend war allein die äußerste Linke ... Es war zur Lüge geworden.“ An gleicher Stelle schlußfolgerte ein anderer: „Wir Republikaner sind von unserem Staat verlassen. Wir müssen die Republik schützen nicht nur gegen Rechtsradikale, sondern mit gleicher Intensität gegen die Organe des Staates selber ...“

Ein zweites Beispiel für geschichtliche Parallelen: Am 12. Februar 1935 schrieb Franz Seldte, der konservative „Stahlhelm“-Gründer, der erst Monate nach seiner Berufung als Reichsarbeitsminister der NSDAP beigetreten war, an Hitlers Staatssekretär Hans Heinrich Lammers fordernd: „Die Lohnbildung im deutschen Baugewerbe hat mit dem Jahr 1927 eine wirtschaftlich sehr bedenkliche Entwicklung genommen. Kleine Interessentengruppen auf Arbeitgeberseite haben damals die Löhne, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der gesamten Wirtschaft und ohne Widerstand bei den Unternehmern zu finden, maßlos in die Höhe getrieben und dadurch die private Bautätigkeit zuletzt fast lahm gelegt. Diese übersteigerten Löhne, die sich wegen der Schlüsselstellung des Baugewerbes wirtschaftlich besonders verhängnisvoll auswirkten, wurden zwar in den letzten Jahren erheblich abgebaut. Aber es kann noch nicht die Rede davon sein, daß wir zur Zeit wirtschaftlich und sozial angemessene Bauarbeiterlöhne aufzuweisen haben.“ An anderer Stelle fielen die Worte: „Am meisten überhöht sind noch die Baufacharbeiterlöhne in den östlichen Provinzen.“

Nun, Hitler – der jüngst von Götz Aly gepriesene Sozialpolitiker – billigte diese Überlegungen und stimmte ganz selbstverständlich auch den konkreten Schlußfolgerungen zu, die da besagten, um welche Beträge die angeblich überhöhten Löhne gesenkt werden sollten und wie dies am besten zu kaschieren sei. Allerdings waren die von Rudolf Heß eingeholten Stellungnahmen der Nazi-Gauleiter durchweg negativ; alle rieten von einer Lohnsenkung ab. Widerstand war befürchtet worden, ebenso ein weiteres Absinken des „Ansehens“ der NSDAP.

Welches Maß an Übereinstimmung mit aktuellen Verhaltensweisen und Erscheinungen! Groß mag das Erstaunen sein, größer noch das Erschrecken, nimmt man innen- und wirtschaftspolitische Ereignisse aus der Vergangenheit unter die Lupe und wirft zugleich einen Blick auf das Tagesgeschäft heutiger Machthaber. Unabhängig von veränderten Herrschaftsformen bewirken nun einmal gleiche gesellschaftliche Verhältnisse vergleichbare Machtbestrebungen. Und diese richten sich in aller Regel gegen „links“ und gegen „unten“.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft, H. 5, 05.03.2005, S. 175-177.

Erinnerungsschlacht

Untergang als Befreiung

Wie es scheint, ist in den 60 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland noch nie so intensiv darüber debattiert worden, ob das Ende des Zweiten Weltkrieges als Befreiung der Deutschen zu bewerten sei. Der Begriff fand zwar generell Verwendung in der DDR, in der ehemaligen Bundesrepublik dagegen kaum und wenn, dann erst seit 1985 und gebunden an die Autorität Richard von Weizsäckers, der zudem verlangte, den 8. Mai 1945 stets zusammen mit dem 30. Januar 1933 zu denken. Gegenrede gab es hier stets; lieber wurde von Katastrophe, Zusammenbruch, Niederlage oder – vor allem neuerdings – von Untergang gesprochen. Mal lauter, mal mit gedämpftem Trommelwirbel. In das oft erlebte Auf und Ab innerhalb der Normen von political correctness lassen sich jüngste Paukenschläge jedoch nicht einordnen.

Völlig berechtigt sprach der Historiker Norbert Frei schon im Herbst des vergangenen Jahres davon, dass eine „Erinnerungsschlacht um den 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945“ begonnen habe und eine tief greifende geschichtspolitische „Umkodierung“ vorgenommen werde. An die Stelle der bohrenden (und nach wie vor aktuellen!) Fragen nach den Ursachen für den Aufstieg der NSDAP seien andere getreten. Alles würde durch eine „Opferinszenierung“ ersetzt. Wurde 2004 der „D-Day“ als Tag des Beginns der (vom Westen her kommenden) Befreiung gefeiert, lieferte Guido Knopp in diesem Jahr Filme mit dem Titel „Der Sturm“ und „Die Russen kommen“, ganz nach dem Motto: Befreier die einen, Besatzer die anderen. Die gegenwärtige Welle der Erinnerung an die Zerstörung Dresdens darf dabei leider nur als die bekannte Spitze des Eisberges gelten.

Mit Hilfe solcher Veränderungen des Geschichtsbildes soll auch die aufklärende Stimme der deutschen Linken übertönt werden. Doch es gibt sie. Und sie hat zum Thema Gewichtiges zu sagen. Man greife beispielsweise zu dem jetzt von Michael Klundt herausgegebenen Band, der als außerordentlich lesenswert bezeichnet werden kann. Jeder Text der 13 Autoren erzwingt Nachdenklichkeit; die informativen Erinnerungen von Peter Gingold, Gerhard Leo, Werner Knapp, Stefan Doernberg, Hanna Podymachina, Esther Bejerano und Hermann Kant ebenso wie die detaillierten Untersuchungen von Kurt Pätzold („D-Day und Befreiungstag“), Michael Klundt („Vom Antifaschismus zur Totalitarismuskodierung“), Gerhard Stuby („Vom ‚Feindstaat‘ zur ‚verschämten‘ Großmacht“), Jörg Wollenberg („Der Mythos von der Stunde Null“) und Hanna Behrend („BRD und DDR – Vergangenheitsbewältigung im Vergleich“).

Von besonderem Interesse könnte der indirekt unternommene Versuch sein, den Untergangsbegriff neu zu besetzen und ihn in erster Linie dem Jahr 1933 zuzuweisen. Günter Judick befasst sich derart in seinem sachlichen Überblicksbericht mit der Geschichte von Faschismus, Anpassung und Widerstand und verdeutlicht, wo tatsächlich die Ursachen der Entwicklung hin zum braunen Regime und zum zweiten Weltkrieg des Jahrhunderts zu suchen sind. Dass lange vor dem heute beklagten „Untergang“ ein enormer „Zivilisationsbruch“ erfolgte und die deutschen Faschisten nicht erst im Krieg die Grenze eines „zivilisatorischen Minimums“ überschritten, lässt sich mit zahlreichen Dokumenten und Fakten belegen.

Demgegenüber öffne die Verklärung der deutschen Opfer von 1945 „dem historischen Revisionismus alle Türen“, schreibt Wollenberg. Die dem dienenden neuen Kodierungen des vorherrschenden medialen Vergangenheitsdiskurses tragen als Markenzeichen: Flucht und Vertreibung der Deutschen sowie die Deutschen als Opfer des Bombenkrieges. Es spricht in erster Linie für nationalistische Überhebung, wenn deren Vorgeschichte und Ursachen ausgeblendet sowie entsprechende kriegerische Reaktionen anderer mit einem Maximum an moralisierender Be- und Verurteilung bedacht werden. Dresden sei einer „absurden militärischen Logik“ zum Opfer gefallen, titelte jüngst der „Focus“, ohne jedoch überhaupt bemerken zu wollen, dass alle militärische Logik absurd und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme untauglich ist. Taucht hinter solchen Bemerkungen nicht zuletzt die These von den angeblich gerechten Kriegen wieder auf, von Kriegen, die gegen den „Terrorismus“ geführt werden müssten und die dank neuer technischer Waffensysteme nur wenige

menschliche Opfer fordern? Solcher Gezeitenwechsel bisheriger Geschichtsdeutungen lässt schlimme Folgen erahnen.

Auch daher wäre dem im vorliegenden Band erneut von Peter Gingold formulierten Gedanken baldiger Erfolg zu wünschen: Der 8. Mai sollte eigentlich „der nationale Feiertag Deutschlands“ sein.

Neues Deutschland, 17. bis 20. März 2005, S. 10.

Erfundene Erinnerung(en) – Bestandteil(e) deutscher Geschichtspolitik

Der Titel meines Beitrages ist geborgt und übernommen – mit Ausnahme des angedeuteten Plurals. Eigentlich hätte ich hinter ihn ein Fragezeichen setzen sollen, da es mir weniger um das Vortragen abgeschlossener Untersuchungsergebnisse als vielmehr um einen bittenden Ruf zu hilfreichem Nachdenken aller geht. In einem Kreis, der heute zusammen gekommen ist, um die Kollegen Manfred Behrend und Gerhard Fischer gerade wegen ihrer Fähigkeiten zu nachdenklicher Rückschau sowie zu analytischer Erfassung gegenwärtiger Erscheinungen zu ehren, bietet sich dies wohl in einem besonderen Maße an.

Entlehnt ist der Begriff einem vor kurzem erschienen, außerordentlich informativen und anregenden Band des Hamburger Historikers Peter Reichel. Sein Buch trägt den Titel „Erfundene Erinnerung“ und behandelt die Darstellung des Zweiten Weltkrieges sowie des Judenmordes in Film und Theater. Erschienen ist es 2004 im Münchener Carl Hanser Verlag.¹ Aus meiner Sicht handelt es sich um einen Versuch, jenem generellen „Schleier der Erinnerung“ zu begegnen, von dem Joachim Fried in seinen „Grundzügen einer historischen Memorik“ gesprochen hat.² Auf regelrechte Vorhänge und Wände aus „Schleiern“ unterschiedlichster Art, differierender Dichte und allerlei Farbigkeit treffen bekanntlich vor allem jene, die nach Kenntnissen zur Geschichte des deutschen Faschismus suchen sowie ein eigenständiges Urteil über die schlimmste Phase deutscher Vergangenheit gewinnen wollen. Ihnen erwachsen dabei erhebliche Schwierigkeiten, denn niemand – auch keiner der heute noch lebenden Zeitzeugen – hat es noch allein mit dem tatsächlich Geschehenen zu tun. Jede Rückschau ist in aller Regel überlagert von einer ausufernden Geschichtsforschung und erst recht von überbordender Erinnerungspolitik, wie wir sie ja im gegenwärtigen „Gedenkmarathon“³ aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung bis zum Überdruß erleben. Allzu oft sind die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung meilenweit von ihrer medialen Darstellung entfernt. In letzterer nehmen die Aussagen von Zeitzeugen breiten Raum ein. Selbstverständlich bekunden sie viel und bereichern unser alltagsgeschichtliches Wissen. Die Geschichtswissenschaft darf auf sie nicht verzichten, natürlich nur unter kritischer Prüfung. Denn Zeitzeugen, dies lehrt Erfahrung ebenso wie der Einblick in menschliche Schwächen, bekunden stets zweierlei: individuelle Erinnerungen an Geschehenes einerseits sowie andererseits das, was sie zum Zeitpunkt des Erzählens für erzählenswert, möglicherweise auch für nützlich halten. Der Maxime des Historikers, etwas darzustellen, wie es gewesen ist, steht die individuelle Gewissheit gegenüber, es müsse so gewesen sein, wie es erinnert wird. Das Ergebnis besteht kaum in historischer Wahrheit, eher in einer Fiktion von Authentizität, die noch dazu den Anspruch erhebt, Geschichte so zu vermitteln, als sei man selbst dabei gewesen und würde alles nun „erleben“ können.⁴ Authentizität wird verlangt und diese einer so genannten Tribunalisierung des Faschismus und seiner Verbrechen aus moralischer Perspektive entgegen gesetzt. Die „Tribunalisierung war gestern, jetzt sind wir weiter, möglicherweise springt auch etwas für den Filmstandort Deutschland heraus“, so urteilte Rüdiger Safranski am 24. November 2004 im „Philosophischen Quartett“.⁵

Zurück zu Reichels jüngsten Untersuchungen, die seine bisherigen Bücher⁶ sinnvoll weiterführen. Sie gelten der Spiegelung der realen Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der faschistischen Verbrechen an den europäischen Juden in Film und Theater während der ersten drei Jahrzehnte nach 1945. Er behandelt damit also einen wesentlichen Bestandteil dessen, was größtenteils auch heute noch als ein überwiegend von Ablehnung des Nationalsozialismus geprägtes kulturelles Ge-

¹ Siehe Peter Reichel: *Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater*, München und Wien 2004. Vom Vf. besprochen in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, H. 11/2004, S. 1067 f.

² Siehe Johannes Fried: „Der Schleier der Erinnerung“. *Grundzüge einer historischen Memorik*, München 2004.

³ Diesen Begriff prägte Norbert Frei: 1945 und wir. Wie aus Tätern Opfer werden. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3/2005, S. 356-364.

⁴ Siehe dazu auch Wolfgang Lenk: Der Nationalsozialismus als „Filmereignis“. In: *Deutschland Archiv*, H. 2/2005, S. 215.

⁵ Zit. nach Liselotte Hermes da Fonseca und Jens Hüttmann: Hitler ein zweites Mal erfunden. „Der Untergang“ als Untergang der Geschichte. In: *Antifaschistisches Info Blatt*, Mai 2005, S. 56.

⁶ Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus (1991), *Politik mit der Erinnerung* (1995) und *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland* (2001).

dächtnis der Deutschen bezeichnet werden kann. Im ersten Teil des Buches werden „Kriegsbilder der Nachkriegszeit“, im zweiten „Ansichten von Auschwitz“ analysiert. Diese Zweiteilung bietet Vorteile, bringt aber auch Nachteile mit sich. Eine komplexere Sicht auf Vorgänge und Zusammenhänge wäre wünschenswert, denn das Auseinanderhalten von Krieg und Judenmord hat weniger mit der realen Geschichte zu tun, in der erst der Krieg den Holocaust ermöglichte. Zu tun hat das wohl eher mit dem so genannten Zeitgeist, der bekanntlich vorzugeben trachtet, Faschismus sei allein als Ausfluss rassistisch-antisemitischer Ideologie zu werten.

Nach einer Rückschau auf erste politische Weichenstellungen für Legendenbildungen durch die geschlagenen Militärs und auf das „geschönte Wehrmachtsbild“, das drastisch zwischen den „bösen Nazis“ und der Mehrheit der „guten Deutschen“ unterschied, bietet R. zunächst eingehende Informationen zu den Schauspielen Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ und Carl Zuckmayers „Des Teufels General“. Deren Hauptfiguren seien in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten „Chiffren“ gewesen, in denen sich die frühere deutsche Volks- und Mitläufergesellschaft als die „Schicksalsgemeinschaft der Kriegsoffer und Überlebenden“ wieder erkennen wollte. (S. 59) Zwar werden diese Chiffren treffend als „gesuchte“ charakterisiert, doch erscheinen Film und Theater zu sehr abgehoben von konkreten Interessen; ein Manko, das den an sich hohen Wert des Bandes beeinträchtigt. Das zeigt sich auch in der Behandlung des Filmes „Canaris“ und der zwiespältigen Sicht der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auf den Widerstand, in der vielen Bundesbürgern die Männer des 20. Juli 1944 immer noch als „Verräter“ galten.

Interessant ist jedoch in Bezug auf unser Thema, dass Reichel der aus der DDR stammenden Kritik durchaus Konsequenz zubilligt. Der Zusammenhang der Rehabilitierung von Wehrmachtsgenerälen mit der westdeutschen Remilitarisierung sei zwar zugespitzt formuliert gewesen, „aber im Kern ja nicht falsch“. Doch selbst das darf nicht ohne für heutige Betrachtungsweisen wohl unentbehrliche Zungenschläge abgehen: „Die ostdeutschen Zeitungen ließen sich selbstverständlich keine Gelegenheit für eine antiimperialistische Polemik entgehen.“⁷ In dieser Diktion erweist sich der Vf. eben als Zeitgenosse, als ein „Genosse“ des Trends und des Geistes der Zeit, den man seit Goethe bekanntlich immer als den Geist der Herrschenden zu verstehen hat. Nebenbei: In seinen früheren Büchern sprach Reichel stets vom Faschismus, doch diesen Begriff scheint er nicht mehr zu kennen. Auch da also Zeugnis für den neuen bundesdeutschen Zeitgeist

Des Weiteren findet der Leser aufschlussreiche Angaben zu Falk Harnacks Film „Der 20. Juli“, Erwin Piscators „Aufstand der Offiziere“ und Wolfgang Graetz' „Die Verschwörer“, zu Büchern und Filmen zur Schlacht um Stalingrad sowie zu den „08/15“-Denkweisen Hans Hellmut Kirsts und Rainer Werner Fassbinders „Lili Marleen“ vor. Ausführlich werden Dieter Nolls „Die Abenteuer des Werner Holt“ und Bernhard Wickis „Die Brücke“ einander gegenüber gestellt, zwischen denen es trotz des unterschiedlichen Umgangs mit dem politischen Kontext viele Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten gegeben habe. Erst im zweiten Teil finden dann auch die bekannten antifaschistischen und antirassistischen Filme „Die Mörder sind unter uns“ (Wolfgang Staudte), „In jenen Tagen“ (Helmut Käutner), „Lang ist der Weg“ (Herbert Fredersdorf und Marek Goldstein), „Ehe im Schatten“ (Kurt Maetzig), „Sterne“ (Konrad Wolf), „Nackt unter Wölfen“ (Frank Beyer), „Jakob der Lügner“ (Jurek Becker) eingehende, verständnisvolle und diskussionswürdige Beurteilungen. Selbstverständlich fehlt nicht der Blick auf Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“, Peter Weiss' „Die Ermittlung“ und Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“. Während im ersten Teil ausschließlich in beiden deutschen Staaten entstandene Stücke und Filme ihre Würdigung erfahren, weitet sich der Blick im zweiten Teil aus. Da werden das vierteilige US-Melodram „Holocaust“ sowie seine außerordentlich große Resonanz detailliert behandelt, von der Hans Mommsen gemeint hat, mit ihr sei ein Meilenstein in der Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik markiert. Da werden mehrere internationale Auschwitz-Filme vorgestellt, darunter „Shoah“, „Schindlers Liste“ und „Das Leben ist schön“.⁸

⁷ Reichel, Erfundene Erinnerung, a. a. O., S. 70.

⁸ Im Interesse eines Gesamtbildes vom kulturellen Gedächtnis in Deutschland wären sicher in ähnlicher Weise sowjetische Antikriegsfilme (z.B. „Die Kraniche ziehen“, „Im Morgengrauen ist es noch still“ und „Ein Men-

Insgesamt liefert Reichels Buch bemerkenswertes Material, wie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft „Erinnerungen“ geschaffen worden sind, die sich trotz eines kritischen Grundtenors gegenüber Faschismus und Krieg in vielen Punkten erheblich von der realen Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Verbrechen und des Widerstandes gegen ihn unterscheiden. Der Band reicht allerdings nur bis in 70er und frühen 80er Jahre, obgleich vom zeitlosen Titel her mehr erwartet werden darf. Insofern ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb die seit den 80er Jahren spürbaren Veränderungen politisch-konzeptioneller Art nicht einmal angedeutet werden und beispielsweise jeglicher Hinweis auf die einflussreichen ZDF-Produktionen von Guido Knopp unterblieb. Seit langem bieten insbesondere die neuen Medien eine Fülle von Vergangenheitsdarstellungen an. Neue Genres erheben einen „dokumentarischen“ Anspruch und verbinden dies mit virtuellen Szenenfolgen. Zu tun haben wir es jedoch wohl eher mit einem Gemisch von dokumentarisch aufgemachten Tatsachenberichten, individueller Erlebnisschilderung beteiligter oder betroffener Zeitzeugen und – zu meist aus dem Off vorgegebener – Geschichtsinterpretation. Mit Fug und Recht darf von einer „Verknoppisierung“ der Geschichte gesprochen werden.

Man könnte also sowohl für den Zeitraum der ersten Nachkriegsjahrzehnte als auch danach sowie heute in besonderer Weise von „erfundener“, vielleicht sogar von gefälschter Geschichte sprechen. Dennoch sollte man in der notwendigen Auseinandersetzung mit solcher Vergangenheitsdarstellung sowie mit ihrer Funktion und Wirkungskraft beachten: Wie in der Reklame für Wirtschaftsprodukte gilt auch für die Geschichtspolitik die Notwendigkeit, immer zumindest ein gewisses Maß an Realitätsbezogenheit zu wahren. Der Adressat muss Übereinstimmungen zwischen dem Angebot und seinem Wollen erkennen, er muss gewissermaßen an die Aufrichtigkeit des Werbenden und dessen Anspruchsversprechen glauben können. Das Bestreben, etwas verkaufen zu wollen, von dem man in erster Linie erwartet, dass es Profit bringt, stützt sich also durchaus auf Interessen, Bedürfnisse und Wünsche großer Teile der Umworbenen. Anders formuliert und auf zeitgeschichtliche Probleme bezogen: Ohne jeglichen positiven Bezug zur Wahrheit bleibt Werbung wirkungslos. Heuchelei, Betrug und Lüge sind zwar immer mit im Spiel, indessen auf Anhub kaum zu erkennen, geschweige denn zu durchschauen. Selbst Lügenmeister Josef Goebbels wusste, dass ein *mixtum compositum* aus halber Wahrheit und halber Lüge wirksamer ist als eine Lüge schlechthin. Vielleicht kannte auch er den Lichtenberg, der da schon vor rund 200 Jahren gemeint hatte: „Die gefährlichste Unwahrheit ist die Wahrheit mäßig entstellt.“ Zu lernen wäre also, Wahrheit und Lüge gleichsam als ein Geschwisterpaar zu verstehen,⁹ das sowohl gut gekleidet als auch verkleidet, selten – um im Bild zu bleiben – völlig nackt daher kommt.¹⁰ Es bedient sich diverser Mittel, deren Palette riesig groß ist und nicht allein von peinlicher Verniedlichung zu völliger Überzeichnung, von schamloser Diffamierung und absichtlichem Weglassen zu unzulässigem Verändern des Sinns alltäglich gebrauchter Begriffe reicht.¹¹

Tatsächlich liegt auch in der „erfundenen“ Geschichte die Lüge zumeist nicht in den Einzelheiten, sondern im Gesamtwerk. Auch hier macht erst die Masse der Sendungen Politik, nicht immer die einzelne. Nicht das Gesagte, das Verschwiegene oder am Rande Erwähnte macht den Kern aus. Emotionalisierung ohne rationale Ursachensuche wird angeboten. Werbefachleute sprechen davon, dass zunächst Aufmerksamkeit zu erregen sei, von den Produkten der Konkurrenz abzulenken, schließlich eigenständiges Denken zu betäuben, so dass Anderes oder gar Gegenteiliges dort kaum noch Platz finden kann. Es gelte, so hat es Hans Domizlaff formuliert, wie auch immer in das „Ge-

schenschiicksal“) einzubeziehen, von denen viele nachhaltigen Einfluss auf die Bevölkerung der DDR ausübten und z.T. auch in der BRD zur Kenntnis genommen worden sind.

⁹ Siehe u.a. Oscar Wilde: Über den Verfall des Lügens; Steffen Dietzsch: Kleine Kulturgeschichte der Lüge; Hannah Arendt: Wahrheit und Lüge in der Politik (1972); Ernst Röhl: Der große Bluff. In: Neues Deutschland, 22.07.2003, S. 8.

¹⁰ Welche Umstände und Wirkungen Letzteres ermöglichen, ist dargelegt in: Thomas Frank, Albrecht Koschorke u.a.: Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Texte, Bilder, Lektüren, Frankfurt a. M. 2002.

¹¹ Dieter Langer: George W. Bushs „Falschwörterbuch“. In: Neues Deutschland, 26.08.2004, S. 16.

hirn der Massen“ zu kriechen und so auf diesen Einfluss zu nehmen.¹² Drastischer vergleicht ein anderer Marketingtheoretiker, Werner Kroeber-Riel, werbende Bilder mit „schnellen Schüssen ins Gehirn“. ¹³ Die Botschaft lautet in jedem Falle so schlicht wie einfach: „Kaufe mich ...!“ oder auch: „Stimme mir zu ... und alle vier Jahre schließlich: „Wähle mich ...“¹⁴

Macht es aber auch einen Sinn, von den „erfundenen Erinnerungen“ zugleich auch als einer „zweiten Geschichte des Nationalsozialismus“ zu sprechen, wie das Reichel tut?¹⁵ Ich würde die Frage positiv beantworten, da sich ja die vielfältigen individuellen Erinnerungen schließlich doch zu einem Geschichtsbild bündeln. Natürlich erhoben Film und Theater keinen Anspruch auf direkte, sozusagen dokumentarische Spiegelung des Vergangenen, aber die in ihnen vorgestellten Geschichten ergeben insgesamt eine Geschichte. Und sie bewirkten ganz offensichtlich mehr Geschichtsverständnis als die Geschichtswissenschaft, zumal in den ersten Nachkriegsjahrzehnten gleichzeitig die weit verbreitete Landser-Literatur und die ebenso gern gelesenen Erinnerungsberichte der Generäle in die Köpfe Eingang fanden. Leider muss auch nachdrücklich betont werden, dass die professionellen Historiker, von denen bislang seriöse Werke vorgelegt worden sind, am wenigsten das Geschichtsdenken der Bevölkerung beeinflussen oder gar prägen. Ich sagte der Bevölkerung, doch auch das wäre einzuschränken: Nach einer neuen Studie der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim äußerten lediglich 37,5 Prozent aller Befragten und nur 27,1 Prozent der Jugendlichen unter 24 Jahren, ein starkes Interesse an der Geschichte zu haben. Demgegenüber bekundeten 18 Prozent aller Befragten und sogar 41,4 Prozent von Hauptschulabgängern, sich kaum oder gar nicht für Geschichte zu interessieren. Die Zahlen, mit denen das Interesse für Politik ausgewiesen worden ist, differieren nicht ganz so krass, belegen aber dennoch ein weitgehendes Desinteresse bzw. den gut bereiteten Boden für eine völlig unkritische Aufnahme jener Geschichtsdarstellungen, die über Film und Fernsehen, über die regionalen und lokalen Zeitungen oder über die „yellow press“ vermittelt werden. Ich bin übrigens weit davon entfernt, in diesem Zusammenhang etwa „Wählerschelte“ betreiben zu wollen, bagatellisierend von Stammtisch-Niveau oder vom „Unverstand der Massen“ und Ähnlichem zu sprechen. Nein, aus meiner Sicht gehören historische Halb-, Viertel-, Achtel- oder Null-Bildung mit zu wesentlichen Faktoren politischer Herrschaftsentscheidungen. Voraussetzungen und Ergebnisse bedingen einander.

Das Wissen breiter Kreise der deutschen Bevölkerung um die Geschichte des Faschismus ist aus meiner Sicht auch heute in hohem Maße, ja vielleicht sogar in erster Linie ein Wissen, das aus den Interpretationen stammt und eben eine „zweite Geschichte“ des deutschen Faschismus beinhaltet. Setzen sich Filme, Theaterstücke usw. mit der Geschichte auseinander, geraten sie selbst zu historischen Dokumenten. Auch insofern scheint es unabdingbar, sich nicht nur mit den einzelnen „erfundenen“ Erinnerungen, sondern auch mit der „erfundenen Geschichte“ zu befassen. Die Macht der Erinnerung¹⁶ ist nun einmal von erheblicher Wirkung. Will man sich mit ihr auseinandersetzen, wäre aus meiner Sicht als *erstes* zu fragen, worin denn die konkreten Unterschiede zur realen Geschichte bestehen, zum *zweiten*, wie die bestehenden Diskrepanzen zustande gekommen sind und *drittens*, welche Interessen sich da jeweils niederschlugen. Geschrieben und dargestellt wurden die Geschichten im Wesentlichen von Zeitgenossen, also für eine lange Zeit von jenen, die Faschismus und Krieg selbst noch bewusst erlebt, häufig sogar mit getragen haben. Doch das erfolgte unter den

¹² Hans Domizlaff: Ethik im Werbefach. Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Werbefachschule Hamburg am 14. September 1956, S. 13 f. Zit. nach Rainer Gries: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003, S. 119.

¹³ Werner Kroeber-Riel: Bildkommunikation. Imagerystrategien für die Werbung, München 1995, S. 53.

¹⁴ Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: „Schüsse ins Gehirn“ – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit. In: Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Protokollband einer gemeinsamen Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. (damals: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.) und Thüringer Verband VdN/BdA e. V. anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Ludwig Elm, durchgeführt am 25. September 2004 in Jena, Jena 2005, S. 45-53.

¹⁵ Reichel, Erfundene Erinnerung, a. a. O., S. 9.

¹⁶ Siehe Daniel Haufler und Stefan Reinecke: Die Macht der Erinnerung. Der 8. Mai 1945 und wir. taz-Journal 2005/1.

Bedingungen veränderter Verhältnisse, doch keineswegs ohne neue geschichtspolitische Ambitionen. Politische Interessen, ich sagte es bereits, soll es aber offensichtlich nur in der DDR gegeben haben

Nicht zuletzt wird es für Historiker auch darauf ankommen, die Rückwirkungen von Geschichts- und Erinnerungspolitik auf das Bild vom tatsächlich Geschehenen zu untersuchen. Erst jüngst verwies ein Rezensent auf das Wort des amerikanischen Philosophen Daniel Dennett vom „Orwellischen Gedächtnis“. Wie im Roman „1984“ der Minister für Wahrheit die Realität zurechtbiegen würde, indem er in der Geschichtsschreibung frühere Ereignisse verschiebe und vertausche, so schminke sich schließlich auch das individuelle Gedächtnis die Wirklichkeit zurecht, wodurch unablässig sogar das selbst Erlebte manipuliert und eine eigene Vergangenheit geschaffen würde.¹⁷ Ich denke, dass sich die Geschichtswissenschaft noch nicht hinreichend für ihren kritischen Umgang mit dem Thema Zeitzeugenschaft gewappnet hat.

Wenn ich abschließend noch einmal den Begriff von der „zweiten Geschichte des Nationalsozialismus“ aufnehme und ihn als Ausdruck heutigen zeitgenössischen Denkens wie als Produkt des Zeitgeistes fasse, bleibt angesichts jüngster Entwicklungen, insbesondere angesichts des Gedenkmara-thons zum 60. Jahrestag der Befreiung eine weitere Frage nicht aus: Haben wir es heute möglicherweise bereits mit einer „dritten NS-Geschichte“ zu tun? Tatsächlich ist vieles neu, was z. B. Norbert Frei jüngst veranlasste, nicht nur von einer „Rhetorik der Plattitüden und von einem „Gezeitenwechsel“ zu sprechen. Denkt man indessen bei dem sich vollziehenden radikalen Perspektivenwandel – das Bild von Ebbe und Flut vor Augen – weiter, könnte es durchaus bald so sein, dass das dritte Bild von der Geschichte des deutschen Faschismus, vielleicht auch erst das vierte wieder völlig der damaligen Realität und dem nationalsozialistischen Selbstverständnis entspricht. Schon die Möglichkeit, sich so etwas überhaupt vorstellen zu können, finde ich erschreckend

Pankower Vorträge. Zeitgeschichte. Zeitzeugen der Geschichte. Kolloquium, Heft 75, Helle Panke e. V., Berlin 2005, S. 24-30.

¹⁷ Siehe Dominik Perler: Doppelt hält besser. Als Lügendetektor kommt diese Idee leider zu spät. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.2004, Nr. 233 / S. L34.

Der Schwur

Kurt Pätzold zum 75.

Kennst Du, lieber Jubilar, die alte keltische Redewendung, die da lautet: „Je älter die Geige, desto schöner der Klang“? Vielleicht erklärt ihr tieferer Sinn, weshalb Dich hier nicht allein der Glückwunsch eines Einzelnen erreicht – nein, er entspricht gewiss dem Begehrt vieler, die gleich mir nicht glauben wollen, dass Du 75 wirst – zu tatendurstig, kreativ und anregend kennen Dich die Leser Deiner Publikationen, sowie jene, die Deinen zahlreichen Vorträgen lauschen und mit Dir ins Gespräch kommen, sei es im Hörsaal, im Klassenzimmer oder in Räumen politischer Bildungsvereine. Groß ist die Schar Deiner Kolleginnen und Kollegen, Deiner Freunde, Schüler, Bekannten, Weggefährten und Genossen, die Dir heute gratulieren.

Geboren am 3. Mai des Jahres 1930 in Breslau und hineingewachsen in die Zeit der schrecklichsten Geschehnisse im 20. Jahrhundert, hast Du Dich früh entschieden, an die Seite jener Menschen zu treten, die Krieg und Faschismus zu überwinden trachteten, die andere, bessere, von unmenschlicher Barbarei und sozialer Kälte befreite Verhältnisse schaffen wollten. Wann auch immer, stets hast Du in diesem Sinne Partei ergriffen. Das „Niemals wieder“ ging Dir gleichsam in Fleisch und Blut über. Alles wolltest Du tun, um diesen Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald erfüllt zu sehen.

Du suchtest und fandest zunächst Lehrmeister bei den Eltern, die sich der Sozialistischen Arbeiterpartei zugewandt hatten, darüber hinaus unter älteren Antifaschisten, deren Widerstand und Haltung menschliche Größe verkörperten und um deren Anerkennung Du warbst. Bereits jung an Jahren, als Schüler in Wickersdorf und Student in Jena, begannst Du, nach Ursachen und Zusammenhängen zu forschen, aus denen die großen gesellschaftlichen Konflikte der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert herrühren, die zu den politischen Auseinandersetzungen zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen den Parteien und anderen Herrschaftsapparaten sowie zu den beiden Weltkriegen geführt haben. In besonderem Maße lag es Dir am Herzen, den wider alle Menschlichkeit erreichten Erfolg der braunen Bewegung zu enträtseln, vor allem deren rassistischen Antisemitismus. Gerade auf diesem Gebiet trugen Deine Publikationen – ihre Zahl ist fast unüberschaubar – dazu bei, wesentliche Einsichten in jenen Prozess zu vermitteln, der das systematisch organisierte und industrialisierte Massenverbrechen an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges zum Ziel hatte. Dir verdanken wir gewichtige Erkenntnisse darüber, wie das faschistische Mordprogramm an Juden, Polen, Russen und vielen anderen Völkern hat realisiert werden können und wie Deutsche dazu gebracht werden konnten, Völkermord nicht nur zu dulden, sondern ihn zu begehen.

Gleich ob in der Faschismus- und Antisemitismusforschung, in der Kriegsgeschichte, in Biografik und Historiografie oder in der Untersuchung antifaschistischer Aktivitäten – alles zeugt vom Bemühen, eine umfassende, an die Wurzeln reichende Sicht zu gewinnen. Deine Antworten vereinen strukturelle Ursachenbündel, sozialökonomische und politisch-ideologische Motivationsstränge und individuelle Faktoren. Die von Dir aufgedeckten, akribisch dargelegten historischen Fakten lassen sich nicht verdrängen. Deine Argumentation überzeugt, und dies wohl auch den, der anderer Meinung ist und nicht alle weltanschaulichen und politischen Schlussfolgerungen teilen will. Nach wie vor wühlt der von Dir untersuchte Strang deutscher Geschichte alle auf, denen Menschlichkeit und mahnendes Erinnern nicht zur Phrase verkommen sind.

Neues Deutschland, Dienstag, 3. Mai 2005, S. 11.

Nationaler Sozialismus? Volksstaat?

Anmerkungen zu Götz Aly

Das hier zu besprechende Buch¹, dessen Erscheinen mit einer „advertising campaign“² sondergleichen verbunden war, hat mit seinen teils ungewöhnlichen, teils provozierenden Behauptungen viel Staub aufgewirbelt.³ Einer der entscheidenden Sätze des vorliegenden Buches findet sich auf S. 345: „Die Sorge um das Volkswohl der Deutschen bildete die entscheidende Triebkraft für die Politik des Terrorisierens, Versklavens und Ausrottens.“ Insofern müsse, so wird behauptet, der Holocaust als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert werden, und es sei in erster Linie von den vielen Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher zu reden, um den Judenmord, die Stabilität der Herrschaft des Nationalsozialismus sowie deren gut gefüllte „Kriegskasse“ erklären zu können. Die gedankliche Nähe zum bekannten Diktum Max Horkheimers ist programmatisch: So soll von den Deutschen und ihrem relativen Wohlergehen im „sozialistischen Volksstaat“ des Dritten Reiches geredet werden, nicht aber vom „Kapitalismus“. Volksstaat und Verbrechen seien eine Symbiose eingegangen. Eine spezifische Ausprägung bürgerlicher Sozialpolitik und der Idee eines Wohlfahrtsstaates erscheint als ausschlaggebender Hintergrund für den deutschen Faschismus.

Ganz im Sinne dieser erstaunlichen Schlussfolgerungen verwendet Götz Aly völlig unreflektierte und letzten Endes irreführende Begriffe und Selbstbezeichnungen der deutschen Faschisten, hinter die von den meisten Historikern bisher gewichtige Fragezeichen gesetzt worden sind und die wohl auch künftig nicht als Erklärung kausaler Zusammenhänge akzeptiert werden können. Es mag sein, dass der Vf. dies gespürt hat, unterzieht er sich doch nicht der Mühe definitorischer Erläuterung. Hinzu kommt, dass er kaum über den zeitlichen Rahmen des Zweiten Weltkrieges hinaus geht und keinerlei Einordnung seiner Befunde in die gesamte 25 Jahre währende Geschichte der NSDAP versucht. Belege für programmatische Äußerungen von deren Führern bleiben oft fern notwendiger quellenkritischer Fragestellungen. Konkrete Zeitumstände jeweils zitierter Äußerungen werden kaum untersucht, mitunter auch die in Alys Konzept passenden Bekundungen Hitlers nur nach Sekundärquellen zitiert.

Nützlich wäre beispielsweise gewesen, sich anzuschauen, wann und wie Hitler vor 1933 und vor Beginn des Krieges über den „Volksstaat“ geredet hat. In seinem Selbstverständnis galt Sozialpolitik nicht einmal als dessen Voraussetzung. Ein wahrer Volksstaat hätte den kapitalistischen Ländern rings um Deutschland „den Krieg auf Leben und Tod ansagen müssen“, statt sich dem „jüdischen Börsenkapital“ auszuliefern, erklärte er u. a. am 11. November 1921.⁴ In einem so genannten „Judenparadies“⁵ sah er das Gegenbild zum Volksstaat, ganz so als sei ein Staat ohne Juden einer, in dem die oberste Macht beim Volk liegen bzw. alle Gewalt vom Volk ausgehen würde usw. Im Sprachgebrauch der Nationalsozialisten tauchte das – der Arbeiterbewegung entlehnte – Wort vom

¹ Götz Aly: „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005, 445 S.

² Der Mainzer Publizistikwissenschaftler Hans Mathias Kepplinger formulierte als „Campaigning“-Faustregel, eine Partei könne auf Grund einer durchgehend „positiven Berichterstattung“ innerhalb von sechs Monaten rund zwei Prozent Anhänger gewinnen bzw. umgekehrt verlieren. Zit. nach Robert Luchs: Wer sich besser verkaufen kann, hat die Nase vorn. Die Macht der bewegten Bilder. Werden Wahlen im Fernsehen entschieden? In: Das Parlament, 13.09.2004, S. 3.

³ Aus der Fülle der Medienberichte ragen vor allem heraus die informativen Besprechungen von Volker Ullrich: Hitlers zufriedene Räuber. Ein Buch, das einen neuen Blick auf die Nazizeit wirft: Götz Aly deutet den Holocaust als größten Massenraubmord der Geschichte. In: Die Zeit, Nr. 11/10.3.2005; Wolfgang Wippermann: Ein nationaler Sozialismus? In: Neues Deutschland. Beilage zur Leipziger Buchmesse 2005, 17. bis 20.3.2005, S. 12. Auf die Aussagen zu Steuerpolitik und Kriegsfinanzierung kann hier nicht eingegangen werden. Zu diesem Thema sind offensichtlich, wie auch die Einwände des in Cambridge lehrenden Wirtschaftshistorikers J. Adam Tooze bezeugen (tageszeitung, 12.3.2005), weitere Forschungsarbeiten erforderlich.

⁴ Zit. nach Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 515.

⁵ Ebenda, S. 914.

Volksstaat völlig unabhängig von jedem Gedanken der Volkssouveränität auf. Nie habe das Volk „weniger zu bestimmen gehabt“ als in der Weimarer Republik, kritisierte Hitler – doch was hatte dann das Volk zwischen 1933 und 1945 zu bestimmen?

Zu erinnern wäre auch an den Streit, der die Reihen der NSDAP während der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts erschütterte. Da ging es nicht um des Kaisers Bart, als entschieden wurde, ob der „Nationalsozialismus“ oder ein „nationaler Sozialismus“ propagiert werden sollte. Nach dem gescheiterten Putsch vom November 1923 und der Wiedergründung dieser Partei im Februar 1925 suchten Hitler und die Partei erneut nach einer Erfolg versprechenden Taktik. Mit Gewalt allein war dem parlamentarischen System der Weimarer Republik nicht beizukommen. Daher zielte die neue Taktik der NSDAP – von Hitler z. B. in seinen „Grundsätzlichen Richtlinien“ für den Wiederaufbau der Partei fixiert – auf die Gewinnung neuer und umfangreicher Mitglieder- und Anhängerscharen. Darin sah man die Voraussetzung, um eine schlagkräftige Organisation aufbauen, Wahlen erfolgreich bestehen, in Parlamente einziehen und Regierungsgewalt übernehmen zu können. Unmittelbar war über die Frage gestritten worden, wie die sich selbst als „Arbeiter“-Partei titulierende Partei möglichst viele Menschen der unteren Volksschichten gewinnen bzw. aus den Reihen der bestehenden proletarischen Organisationen heraus lösen kann. Bis dahin hatte die NSDAP hauptsächlich völkisch und rassistisch-antisemitisch denkende Kräfte angezogen, also im Grunde nur Gleichgesinnte aus anderen bürgerlichen Parteien. Wollte die NSDAP aber in den Hochburgen der Arbeiterparteien, im Ruhrgebiet, in den mitteldeutschen Gebieten, in Hamburg und Berlin, nicht total ins Leere stoßen, musste sie sich zwangsläufig anderer Parolen und Methoden bedienen als im überwiegend agrarisch-kleinbürgerlichen Bayern. Daher betraute sie bereits im März 1925 einen der fähigsten ihrer Funktionäre – Gregor Strasser, der von 1921 bis 1923 Gauleiter und SA-Führer von Niederbayern gewesen war – mit der Verantwortung für alle in Nord- und Nordwestdeutschland existierenden nationalsozialistischen Gruppen. Er schien dafür prädestiniert, denn ebenso wie sein Bruder Otto wollte er eher das Ziel der Partei als „nationalen Sozialismus“ dargestellt wissen.

Der Streit berührte alle Seiten des politischen Auftretens der NSDAP und grundsätzlich auch das Parteiprogramm. Außenpolitisch ging es insbesondere um die Stellung zu Versailles und zu Russland, innenpolitisch vor allem um die Frage, ob sich die NSDAP am Volksbegehren für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten beteiligt oder nicht. Dem Antikapitalismus, wie ihn die Strasser-Brüder (und zu dieser Zeit auch Joseph Goebbels) auffassten, sollte zumindest ein Schein von Glaubwürdigkeit verliehen werden. Daher sprachen sie vom „nationalen Sozialismus“, dem die im Streit schließlich obsiegende Gruppe um Hitler definitiv den des „Nationalsozialismus“ entgegen stellte. Reinhard Kühnl hat dies bereits in seiner 1966 publizierten Dissertationsschrift eingehend untersucht⁶; wenn dieses Wissen heutzutage nicht mehr berücksichtigt wird, muss selbstverständlich gefragt werden, welche Gründe und Motive dafür vorliegen.

Einen der Gründe sehe ich in der Tatsache, dass alle politischen Parteien, seit sie die Bühne der Geschichte betreten haben, bemüht sind, ja sogar bemüht sein müssen, Massen für sich zu gewinnen. Dabei versteht sich von selbst, dass dies keiner gelingen konnte und kann, ohne in irgendeiner Weise deren Lage und Interessen zu berühren. Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Eben dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen einer faschistischen Partei lässt sich daran nicht erkennen.⁷

⁶ Siehe Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim/Glan 1966.

⁷ Zu fragen wäre daher auch in den Debatten zu aktuellen Erscheinungen, ob rechtsextreme Organisationen in den neuen und von der Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Bundesländern nicht aus vergleichbaren Gründen ihrer Agitation und Wahlpropaganda wiederum einen „sozialistischen“ Anstrich geben. Ich denke auch an die Erklärung Franz Schönhubers vor den Bundestagswahlen, er werde jene Partei wählen, die einen „maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen“ verbinde, wobei in seinem Falle es mehr als bezeichnend sein dürfte, dass er in diesem Zusammenhang auch forderte, die „Prüfung von Sozialmodellen aus NS-

Zweifellos hatten die sozialpolitischen Bestrebungen der NSDAP und des braunen Regimes korrumpierende Folgen, doch das stellt keineswegs eine neue Erkenntnis dar, wenngleich Aly entsprechende Aussagen aus früheren Zeiten offensichtlich nicht kennt: bereits 1942 wurden sie von Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Und was bekam des Soldaten Weib?“ festgestellt, später von Gisela May hervorragend und einprägsam gesungen.⁸ Ebenso unbezweifelbar wollten die Nazis mit ihrer Sozialpolitik und mehr noch mit ihrer Propaganda den Interessen großer Teile der von Inflation und Wirtschaftskrisen arg gebeutelten Bevölkerung entgegen kommen – doch selbst durch die Beute-Nutzung und -Gelüste eines Teils der Bevölkerung lassen sich die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse keineswegs von den Füßen auf den Kopf stellen.⁹ Nach wie vor ist daher von den eigentlichen Triebkräften faschistischer Verbrechen zu reden, nicht allein und schon gar nicht hauptsächlich von jenen Deutschen, die von deren Ergebnissen nur zum geringsten Teil profitierten. Mit anderen Worten: Die bewusst betriebene und ebenso die indirekt wirksame soziale Korruption eines großen Teiles der Massen bietet einen Zugang, nicht aber die Lösung des Problems.

Aly unternimmt auch nicht den leisesten Versuch, darüber nachzudenken, welche Rolle der faschistische Terrorismus für die in der Tat erstaunliche, aber keineswegs unerklärliche Stabilität der Hitler-Herrschaft gespielt hat. Alles gipfelt in der Aussage, es habe sich (offensichtlich soll es heißen: nur) um eine „Wohlfühl-diktatur“ oder „Gefälligkeitsdiktatur“ sowie um eine populistische Berücksichtigung der Stimmung des Volkes gehandelt. Es sei also eine Herrschaftssystem gewesen, in dem die Führung allein und obendrein sorgfältig darauf bedacht gewesen sei, die Masse der Bevölkerung bei Laune zu halten und ihr sozialpolitische Wohltaten zu erweisen: Ehestandsdarlehen, Kindergeld, Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags, Chancengleichheit und schließlich einen gehörigen Anteil an der „Beute“, die den Juden und den überfallenen Völkern geraubt wurde.

Diese und andere der provokanten Auffassungen hat Aly anhand von Quellen und Fakten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges entwickelt. Sie betreffen indessen generell den Zusammenhang von Macht und Massen. Selbstverständlich wird Herrschaft von Minderheiten über Mehrheiten, gleich ob unter diktatorischen, autokratischen, militärischen Regimen oder auch unter parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen, von Mehrheiten mit getragen – in welcher Form auch immer. Die aus der Sicht des Rezensenten vorrangige Frage nach den gesellschaftlichen Grundlagen, die den Faschismus hervorgebracht, sowie nach jenen Kräften, die Hitler zur Macht verholfen hatten, sollte andere Fragen – darunter selbstverständlich auch die nach den dem „Führer“ zujubelnden und ihn stützenden Massen – nicht überflüssig machen. Allerdings sind diese wohl in einer völlig anderen Weise zu stellen und zu beantworten, als in einer die faschistische Sozialpolitik verklärenden und nahezu idealisierenden Sichtweise.¹⁰

Deutschland und dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ dürfe nicht länger „tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt“ werden. Nation & Europa, H. 3/1998, S. 14.

⁸ Möglicherweise spielt auch bei Aly der die DDR delegitimierende „Zeitgeist“ eine Rolle, wenn er nicht auf entsprechende Arbeiten von DDR-Historikern eingeht. Siehe z. B. Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, H. 45 (Februar 1981), S. 22-50. Pätzolds Hauptthese lautete seinerzeit: „Die faschistische Manipulation bestand aus einem System, dessen Grundelemente Terror, Ideologie und Korruption bildeten. Jedes dieser Elemente, die miteinander verbunden waren und aufeinander einwirkten, besaß ein spezifisches Gewicht.“ (S. 29)

⁹ Rudolf Walther schrieb unter dem Titel „Prominenz auf Abwegen“ dazu: „Aly ... unterscheidet nicht hinreichend genau zwischen der Verantwortung jener, die das Raubsystem europaweit durchsetzten und jenen, die an der Front oder zu Hause unbewusst davon profitierten. Statt einer klaren Verantwortungskette konstruiert er einen moralisch intonierten Kausalzusammenhang, der jeden deutschen Soldaten und jede Familie, die ein Paket bekam, heute wie verbrecherische Mitorganisatoren am Krieg und freiwillige Arisierungshelfen aussehen lässt. Diese Konstruktion kollektiver Täterschaft ist genauso abwegig wie ihr Gegenstück, die These, dass ein ganzes Volk verführt worden sei.“ In: Freitag, Nr. 10/11.03.2005, S. 1.

¹⁰ Siehe auch: Der Holocaust geschah zum Vorteil aller Deutschen. Interview mit Götz Aly. In: taz, 15.01.2005, S. 4 f.

Blickt man über die Kriegsjahre hinaus, d. h. sowohl zurück als auch auf die folgende Zeit, lässt sich relativ leicht feststellen, dass stets unterschiedliche Interessen bei Regierenden einerseits und Regierten andererseits existierten. Unübersehbar ist ebenso die Diskrepanz zwischen dem von Herrschenden Gewolltem und dem durch Massen Geduldetem oder von diesen gar Ermöglichtem. Häufig muss der Befund in Analysen historischer wie auch politisch-aktueller Ereignisse lauten: Diese wären ohne Realitätsverweigerung und Realitätsverlust bei allzu vielen Menschen, insbesondere bei den von neuen Kriegen, Sozialabbau und Ungerechtigkeit direkt Betroffenen nicht möglich. Gewalt, Manipulation und Instrumentalisierung würden nicht funktionieren, wenn sich Manipulierte und Instrumentalisierte nicht benutzen ließen.

Wissenschaftliche und politische Versuche, die Ursachen massenhaften Verhaltens zu Gunsten herrschender Parteien zu erklären, zielen zumeist in zwei einander entgegengesetzte Richtungen: Die eine bürdet Verantwortung und Schuld jenen auf, die als ökonomisch Mächtige oder politisch Regierende die Massen beeinflussen, verführen, irreführen, lenken, instrumentalisieren, missbrauchen usw. usf. Die andere wähnt, alles Übel der Gesellschaft in einer anthropologisch gegebenen Beeinflussbarkeit, Verführbarkeit oder gar Unterordnungslust von Massen erblicken zu können. Zu fragen wäre m. E. aber vor allem nach den geschichtlichen Voraussetzungen und Wirkungsbedingungen von Interessen, die zwar grundsätzlich divergieren, zeitweilig dennoch übereinstimmen können. Zu fragen wäre sowohl nach den wirtschaftlichen und politischen als auch nach den geistig-kulturellen, ideologischen und weltanschaulich-religiösen Grundlagen der Mechanismen ihres jeweiligen Zusammenspiels. Gerade aus dieser Perspektive, die nicht zuletzt eine parteiengeschichtliche ist, halte ich einen Blick auf das gesamte 20. Jahrhundert für notwendig und aufschlussreich. In ihm spielten die Massen eine andere Rolle als zuvor. Diesen Wandel erfassten viele Politiker und Ideologen bereits ausgangs des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sie begrüßten oder bedauerten ihn. Die Bühne der Geschichte biete den Massen nicht mehr die Rolle von Statisten, sondern von Hauptdarstellern, hieß es. Man sprach vom „Zeitalter der Massen“, das heraufgezogen sei. Als einer der ersten beschrieb Gustave Le Bon 1895 in seiner „Psychologie der Massen“ das Wirken von Massen als eine „ozeanische Woge“, welche gleich einer elementaren Naturgewalt die „Zivilisation“ zerstöre. Das Problem, vor dem die Eliten stünden, benannte er mit den Worten: „Die Massen sind so etwas wie die Sphinx der antiken Sage: man muss die Frage, die ihre Psychologie stellt, lösen oder darauf gefasst sein, von ihr verschlungen zu werden.“¹¹ Bei Ortega y Gasset war später vom „Aufstand der Massen“ die Rede: Massen würden nun einmal lediglich mit Gewalt in alles eingreifen, und das sei „das schwerste Problem, das der heutigen Menschheit aufgegeben ist.“¹²

Die ausgeprägte antimilitaristische und antikapitalistische Orientierung im Verhalten großer Teile der Bevölkerung führte am Ende des Ersten Weltkrieges zum Sturz zahlreicher Dynastien, zur Herausbildung bürgerlich-demokratischer Republiken, zu Ansätzen einer internationalen Ächtung von Kriegen, aber auch zu einem ersten Versuch der Realisierung sozialistischer Ideen. Gekontert wurde dies von bürgerlichen Parteien gleichsam unter dem Motto, selbst Massen gegen Massen zu mobilisieren und zu organisieren. Im Grunde nahmen sie sich die erste Massenpartei der deutschen Geschichte, die Sozialdemokratie, zum Vorbild und schufen in Deutschland während der Jahrzehnte des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert zahlreiche bürgerliche Massenorganisationen, unmittelbar vor und nach 1918 auch solche, die sich selbst das Etikett „Volkspartei“ zuschrieben. Hier sei wenigstens ein Beispiel erwähnt: Als sich im Jahre 1904 der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie konstituierte und seine Feldzüge gegen – ich zitiere aus dem Gründungsdokument – den „sozialdemokratischen Terrorismus“ begann, formulierte er als seine Aufgabe, „alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger in Stadt und Land ohne Unterschied der Partei und Religion zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen ...“¹³

¹¹ Hier zit. nach Rüdiger Safransky: Und keiner ist er selbst. Gustave Le Bons Voraussagen über das Zeitalter der Massen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.09.1990.

¹² Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen (1930), Hamburg 1957, S. 49.

¹³ Dieter Fricke: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 1904-1918. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Hrsg.

Eine Vielzahl anderer im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstandener Verbände verfolgte gleiche Konzepte. Die erste bürgerliche Partei, die bewusst den Status einer Massenorganisation angestrebt und tatsächlich erreicht hat, war die sich in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges formierende Deutsche Vaterlandspartei. Sie setzte auf Nationalismus, Kriegsbereitschaft, Rassismus und Antisozialismus, was so direkt nicht von den in der Novemberrevolution neu formierten bürgerlichen Parteien übernommen werden konnte. Doch da war Raum entstanden für eine neue Strömung am rechten Rand der Gesellschaft, die dann zum absoluten Höhepunkt einer sich militarisierenden Massenpartei führte und alles andere übertraf oder gar regelrecht überrollte. Niemals zuvor oder danach hat es eine so mitgliederstarke und die gesamte Gesellschaft mit einem einheitlichen Organisationensystem überziehende Partei gegeben wie die NSDAP. Die Tatsache, dass es ihr gelang, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wahrscheinlich in diesem Ausmaß nie wieder geben wird, gliedert sie nicht aus der allgemeinen Parteiengeschichte aus. Ihre Zielsetzungen und die zu ihrem Erreichen verwendeten terroristisch-rassistischen Mittel lassen sie eher als eine bürgerliche Partei „neuen Typs“ erkennen. Sie war als faschistische Partei eine der Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war eine der möglichen Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger dieser Gesellschaft nach Maximalprofit und Expansion, einer ihrer Versuche, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen, koste es was es wolle. Sie war Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums erreicht werden konnte. Dabei galt es, alle im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen kapitalistischer Verhältnisse rückgängig zu machen. Die NSDAP verfolgte unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung und strebte nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus“. Ihre auf solcher Zielsetzung beruhende Forderung nach einer „Nationalisierung der Arbeiter“ ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen“, mit der Konstruktion einer „deutschen Volksgemeinschaft“¹⁴, die in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald sie sich „Lebensraum“ erobere sowie „fremdrassische“ Völker unterwerfe, verjage oder ausrotte.

An solche Voraussetzungen und Bedingungen faschistischer Verbrechen ist nicht allein im Zusammenhang mit Alys Buch zu erinnern. Auch die Tatsache, dass gegenwärtig in Deutschlands Medien der Blick allein auf den „Untergang“ im Jahre 1945 gerichtet wird, trägt kaum zur Erhellung der Ursachen von Krieg und Völkermord bei. Zudem zeigt sich im „Gedenkmarathon“¹⁵ unserer Tage, wie die vor zwei Jahrzehnten erhobene Forderung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker schlicht und einfach „vergessen“ wird, auch vom 30. Januar 1933 zu sprechen, wenn an 1945 erinnert werde. Schon gar nicht wird berücksichtigt, was wiederum dieser Zäsur voraus gegangen ist, auch von Götz Aly nicht.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 62, Juni 2005, S. 175-181.

Von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 68.

¹⁴ Siehe Manfred Weißbecker: Deutsche Volksgemeinschaft. In: Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005, S. 66 f.

¹⁵ Siehe Norbert Frei: 1945 und wir. Wie aus Tätern Opfer werden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2005, S. 356-364.

„Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut“

Sauckel in Nürnberg: Ein Charakterbild¹

Jener Mann, dessen Denk- und Verhaltensweisen hier erörtert werden, erblickte am 27. Oktober 1894 im unterfränkischen Haßfurt das Licht der Welt: Fritz – eigentlich Ernst Friedrich Christoph – Sauckel. Er überschritt, kaum daß er sein 50. Lebensjahr erreicht hatte, den Gipfel einer steilen Karriere. Diese war ihm zunächst in völkisch-rassistischen Vereinen Bayerns und Thüringens, danach in der NSDAP und in der deutschen Gesellschaft ermöglicht worden, doch stets hatte er auch selbst alles Erdenkliche für sein rasches Fortkommen in ihren Ämterhierarchien unternommen. Wie auch immer ihm als Politiker, als Angehöriger der hauptsächlich politisch tätigen Elite im deutschen Faschismus² Macht über Anhänger und Beherrschte zugewachsen sein mag – das Denken in ihren aggressiv-nationalistischen und rassistischen Kategorien hatte ihn zeit seines Lebens fest im Griff. An deren oberster Stelle stand der Wunsch nach einer möglichst unbegrenzten Vorherrschaft der Deutschen – genauer natürlich: des deutschen Großkapitals – in Europa und in der Welt. Dieses Begehren sowie das unaufhörliche Ringen um dieses Ziel und ein unerbittliches Festhalten an ihm formten sein Verhalten, sie prägten seine Aktivitäten, sie ließen ihn zu einem der deutschen Hauptkriegsverbrecher werden, bedingten also letztlich auch sein abruptes Lebensende am 16. Oktober des Jahres 1946.

Im Führerkreis der Faschisten hatte Sauckel eine besondere Stellung erreichen können: NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter, Reichsverteidigungskommissar und schließlich Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA), als der er über 42 Landesarbeitsämter und allein in der sogenannten Arbeitseinsatzverwaltung außerhalb der Reichsgrenzen über rund 4000 Personen gebot, während andere Institutionen kaum solchen Umfang erreichten.³ Selbst wenn von seinem höchsten Amt

¹ Der Artikel fußt auf einem Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 13. Dezember 2005. Er baut auf bisherige Publikationen des Vf. über Fritz Sauckel auf und führt diese fort: „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“ Fritz Sauckel. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black. Dietrich Eichholtz. Werner Fischer. Gerhart Hass. Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Leipzig 1996. S. 297-331; Der Nürnberger Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher. In: Wie rechts ist der Zeitgeist? Analysen und Erfahrungen. Texte von der antifaschistischen Konferenz am 25./26. Oktober 1996. Berlin 1997. S. 122-135; „So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!“ Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. In: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. hrsg. von Ulrike Winkler. Köln 2000, S. 41-66; Die NSDAP in Thüringen – vom Experiment zum „Schutz- und Trutzgau des Führers“. In: Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen. Hrsg. von Jens-Fietje Dwars und Matthias Günther. Jena 2001, S. 61-99; „Keine Massen loslassen. Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden ...“ Historische und aktuelle Betrachtungen zu einer Forderung von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1935. In: 8. Mai 1945 – Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. am 12. Februar 2005 anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred Weißbecker. Jena 2005, S. 37-50.

² Was hier unter „politischer Elite“ des deutschen Faschismus verstanden wird, deckt sich nicht mit dem in der Literatur häufig auftauchenden Begriff der „nationalsozialistischen Elite“ (so beispielsweise: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. hrsg. von Michael Kißener und Joachim Scholtyssek. Konstanz 1997. S. 13 und passim). „Politische Elite“ deckt sich auch nicht mit dem Begriff des „Schreibtischtäters“, sondern hebt jene „Hoheitsträger“ der NSDAP heraus, die – auf welcher Ebene der Herrschaftsstrukturen auch immer – als politisch Verantwortliche entscheidend das Funktionieren des Regimes gewährleisteten. Die im politischen Machtgefüge der Diktatur als unentbehrliche Figuren in der zweiten oder auch der dritten Reihe stehenden Faschistenführer sind nach meinem Empfinden in der insgesamt zwar erfolgreichen, jüngst jedoch zu vehement in den Vordergrund deutscher Geschichtswissenschaft gerückten Suche nach eigenständig und aus eigener Initiative handelnden „Tätern“ etwas zu sehr an den Rand verwiesen, wenn letztere gleichsam als ungeführt und von politischen Verhältnissen losgelöst die Verbrechen Ausführende erscheinen. Mit dem Begriff „Täter“ sind dort vor allem jene Personen oder Gruppen gemeint, die „entweder direkt oder aber indirekt an den schlimmsten Untaten des NS-Regimes beteiligt waren.“ (Siehe u. a. Ulrich Herbert: Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat. In: Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz. hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Tobias Jersak, Frankfurt a.M. und New York 2004, S. 17). Zur „Täterforschung“ siehe vor allem: Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hrsg. von Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul. Darmstadt 2004; Hirschfeld und Jersak: Karrieren im Nationalsozialismus, a. a. O.; Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.

³ Das Reichssicherheitshauptamt verfügte über annähernd 3000 Mitarbeiter. Siehe Wildt, Generation. S. 23.

abgesehen wird, das ihm erlaubte, in viele andere Bereiche des Staats-, Wirtschafts- und Militärapparats dominant hineinzuregieren, gehörte Sauckel zweifelsohne zu den weithin Anerkannten unter Hitlers treuesten der treuen Gefolgsmänner. Er war ein gefürchteter Exponent und eine Symbolfigur des Regimes sowie unter den nazistischen „Hoheitsträgern“ ein durchsetzungsfähiger Konkurrent. Doch als das „Dritte Reich“ seinem Ende entgegenging, geriet der Prototyp des in Partei und Diktatur sowohl politisch als auch sozial Aufgestiegenen⁴, der seinerseits recht erfolgreich zur Herrschaftsstabilisierung und kurzzeitig auch zu gesteigerter Effizienz der deutschen Kriegswirtschaft beigetragen hatte, in Ängste. Im Herbst des vorletzten Kriegsjahres klagte Sauckel verbittert, Hitler, sein angebeteter „Führer“ und Inbegriff eigener absoluter Herrschaftsansprüche, habe ihn schon seit dem 20. Juni nicht mehr zu einem Gespräch empfangen.⁵ Es mag ihn kaum getröstet haben, daß er im November 1944 von diesem mit einer steuerfreien Schenkung in Höhe von 250.000 Reichsmark bedacht worden war.⁶ Indessen spiegelt seine selbstmitleidige Sicht auf den fehlenden persönlichen Kontakt ebenso wie die recht generöse Gabe Hitlers⁷ den Platz der Gauleiter im politischen Machtgefüge der Diktatur wider, für die sie unentbehrliche Figuren darstellten.⁸

Seinen 51. Geburtstag verbrachte Sauckel bereits in der Nürnberger Haftanstalt. Hier sah sich der „moderne Sklavenjäger“ vom Internationalen Militärgerichtshof als einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher angeklagt, überführt und schließlich zum Tode verurteilt. Wenige Tage vor der Vollendung seines 52. Lebensjahres starb er durch den Strang.

Sauckels politischer Werdegang und Aufstieg können hier nicht dargestellt werden. Die präsentierten Zeugnisse aus seinen letzten Lebensjahren bieten jedoch hinreichend Aufschluß über Gesinnung und Charakter, über typische Denk- und Verhaltensweisen faschistischer Führerfiguren auf regionaler und lokaler Ebene. Seine Äußerungen aus der Zeit vor und nach dem 8. Mai 1945 enthalten nicht wenige Anhaltspunkte für alte und neue Auseinandersetzungen, in denen es – die wahren Machtverhältnisse zumeist verschleiern – um die Rolle politischer Funktionsgruppen in der kapitalistischen Gesellschaft geht, die oft als „Eliten“ etikettiert werden. In jüngerer Zeit ist es in Mode gekommen, die Wirkungskraft politischer Machtausübung mit der von Rauschmitteln zu vergleichen.⁹ Das verwundert nicht angesichts des Gebarens jener Politikerkaste, die zumeist weniger für

⁴ Hier kann nicht näher darauf eingegangen werden, wie zunächst das konservative Umfeld seiner Eltern den Weg Sauckels zum deutschvölkischen Antisemitismus geebnet hatte, der ihn in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und schließlich in die NSDAP führte. Deren Ideologie hing er indessen lebenslang an. Sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verfechtend. Eine Korrektur seines Schrittes ins Lager der extremen Rechten kam für ihn niemals mehr in Frage. Im Gegenteil. Die nationalistisch-rassistische Begrenztheit seines Denkens beförderte durch eine gewisse Starrköpfigkeit. führte ihn auf der einmal eingeschlagenen Bahn voran. Nahezu blind und bedenkenlos zeigte er sich bereit, sich einer Autorität unterzuordnen und Befehlen zu folgen.

⁵ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945–Oktober 1946. Amtlicher Text, Deutsche Ausgabe, Nürnberg 1947–1949. 42 Bände (künftig: IMT), Bd. XV, S. 154 f.; In Hitlers Erlassen taucht der GBA letztmalig am 30.05.1944 auf. Siehe „Führer-Erlasse 1939–1945“. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997, S. 415. Auch in den Tagebüchern von Joseph Goebbels kam Sauckel kaum noch vor.

⁶ IMT, Bd. XIV, S. 676 ff.

⁷ Siehe generell dazu Frank Bajohr: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt a.M. 2001.

⁸ Abgesehen vom Buch Peter Hüttenbergers (Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969), das jedoch mehr Strukturen und Funktionen untersucht, und von der im rechtsextremen Grabert-Verlag erschienenen Datensammlung von Karl Höffkes existieren kaum geschichtswissenschaftliche Arbeiten über die Gauleiter. Auf dieses Defizit wies bereits Walter Ziegler in seinem Beitrag „Gau- und Gauleiter im Dritten Reich“ hin. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler. München 1996, S. 139–159.

⁹ Ganz offensichtlich gleicht Macht in unserer Gesellschaft mitunter einem Suchtausch, bei dem so oder so alles, aber auch wirklich alles lediglich machtpolitischen Kriterien untergeordnet wird. Den hohen Preis zahlen zwar sie, die in der Literatur „Politaholics“ genannt worden sind, auch selbst, doch in aller Regel und in weitaus höherem Maße diejenigen, denen ihr Wirken ohnehin nichts Gutes gebracht hat. Siehe dazu Jürgen Leinemann: Höhlenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker, München 2004; siehe auch Thomas Wiczorek: Die Stümper. Über die Unfähigkeit unserer Politiker, München 2005.

als vielmehr von der Politik lebt. Wer an der Spitze etablierter Parteien steht, Regierungsgewalt ausübt und größere „Gefolgschaften“ – gleich welchen Umfangs und welcher Art – zu formieren und zu führen gewillt ist, wird sich nicht selbst in Frage stellen. Es macht in der Tat oft sprachlos, in welcher empörenden Art und Weise diese Spezies der bürgerlichen Gesellschaft Politik als Beruf¹⁰ betreibt, als „Job“, wie heutzutage zu formulieren wäre. Da mag die Frage durchaus berechtigt und sinnvoll erscheinen, ob der angedeutete Vergleich nicht auch dem Historiker zu helfen vermag, sucht er neben den Ursachen, die ich primär als im allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrund liegend betrachte, auch nach jenen subjektiven Momenten im Aufstieg jeweilig führender Gestalten von Parteien und deren Politik. Und da lassen sich aufklärende Vergleiche zu jenen Giften anstellen, von denen alle wissen, daß sie betäuben, gierig und süchtig machen, daß sie zu erheblichen Persönlichkeitsveränderungen und Realitätsverlust führen, daß sie jegliche Menschlichkeit entwerthen oder gar zerstören können.¹¹

Läßt sich davon auch bei Sauckel sprechen? Ich denke, ja. Auskünfte gibt ein Blick auf das Ende seiner Karriere, auf die vielfältigen „Entzugerscheinungen“ nach dem Machtverlust.¹² Insgesamt verrät sein Verhalten in Nürnberg weitaus mehr als nur die Tatsache, daß er Niederlage und Prozeß in mehrfacher Hinsicht als ein ganz persönliches Desaster empfand. Hatte zuvor nichts seinen Machtwahn – darin allen Gau- und Reichsleitern gleich – stillen können, so sah er sich jetzt unwiderruflich überwältigt, wegen seiner zuvor hochgeschätzten persönlichen Machtfülle sogar angeklagt. Um die eigene Haut zu retten¹³, gab er nun – erkennbar widerwillig – seine Position im Regime als arg begrenzt, eingeschränkt, unvollkommen aus. Er stellte sich als „eingeschachtelt“¹⁴ in den Machtapparat anderer dar und sprach von einem „fragwürdigen Weisungsrecht“, das ihm verliehen worden sei.¹⁵ Nur ab und zu kehrte er Stolz heraus, nicht zuletzt mit der Bemerkung, Deutschland hätte im Krieg ohne seine Leistung „keinen Tag“ existieren können.¹⁶

Generell folgte Sauckel der Orientierung seines agilen Verteidigers Dr. Robert Servatius, der in Nürnberg zugleich das Korps der Politischen Leiter der NSDAP und später in Jerusalem Adolf Eichmann anwaltlich vertrat und gelegentlich die Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg als „Rückfall in die Barbarei“ diskreditierte.¹⁷ Der Angeklagte Sauckel beteuerte immer und immer wieder, unschuldig zu sein, und folgte zwei Argumentationslinien: Zum einen betonte er permanent, mit seiner Tätigkeit lediglich seiner „Aufgabe für Deutschland“ entsprochen und im Dienst der deutschen Nation gestanden, also seine „Pflicht“ erfüllt zu haben; zum anderen wollte er die Richter glauben machen, er habe mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen in seinem Leben niemals etwas zu tun gehabt. „Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und

¹⁰ Siehe Max Weber: Politik als Beruf, Berlin 9./1991.

¹¹ Zit. nach Jürgen Leinemann: „Sehstörung“ oder die Droge Politik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/2004, S. 3.

¹² Die Überlegungen zum Problem von Machtausübung auf höherer und regionaler Hierarchiestufe politischer Machtausübung in braunen Zeiten und ihrer Rolle im Leben Fritz Sauckels berühren sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Aspekte des Verhältnisses von Politikern zur Macht, nachdem diese ihnen abhanden gekommen ist. Vermutlich lassen sich Charaktereigenschaften und Verhaltensdefizite erkennen sowie Verhaltensschemata, die nicht allein bei den 1945 geschlagenen deutschen Politikern anzutreffen sind. Dies wirft auch Fragen übergreifender Natur auf. u.a. die nach der Rolle politischer Eliten und ihrer Entwicklung vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag.

¹³ Sauckel wußte durchaus, daß ihn ein Todesurteil erwartet, obwohl er es einfach nicht wahrhaben wollte, als es vom Nürnberger Gerichtshof ausgesprochen wurde. Am 29.01.1943 hatte er in Weimar öffentlich erklärt: „Ich weiß, daß ich die Ehre habe, neben dem Führer und anderen nationalsozialistischen Führern und Generalen zu den bestgehaßten und am meisten verleumdeten Menschen zu gehören. Daß der englische Nachrichtendienst sich sehr mit mir befaßt und mir einen der höchsten Galgen in Berlin prophezeit. darauf bin ich unendlich stolz.“ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig zit. als: ThHStAW), Bestand Reichsstatthalter (künftig zit. als: RSH), Bd. 189. Bl. 104.

¹⁴ IMT, Bd. XIV, S. 677.

¹⁵ IMT, Bd. XIV, S. 690.

¹⁶ IMT, Bd. XV, S. 66.

¹⁷ Zit. nach Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, S. 162 f.

fremden Gut“¹⁸, schwor er. Vor irreführenden Bildern nicht zurückschreckend, verglich er sein Amt, das ihn weit über den Kreis anderer Gauleiter und faktisch auch über andere Reichsleiter der NSDAP in den Rang eines Reichsministers erhoben hatte, mit einer Marine-Agentur, die zwar Seeleute vermitteln würde, jedoch für irgendwelche Grausamkeiten an Bord eines Schiffes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Zugleich log er: Verbrechen an Menschen seien ihm in seinem Zuständigkeitsbereich nicht bekannt geworden, womit zugleich gemeint war, er habe solche weder befohlen noch begangen, weder im Sinn gehabt noch für richtig gehalten. An dem gegen ihn vorgelegten Beweismaterial vermochte er dennoch nicht zu rütteln.

Sauckel stellte sich als bescheidenen Arbeiter dar und beteuerte mehrmals, in seinem Innersten dies auch geblieben zu sein. In seiner Jugend habe er am eigenen Leibe erfahren, was es bedeute, unter einfachsten Verhältnissen zu leben.¹⁹ Ganz im Sinne seiner durchsichtigen, vom versierten Verteidiger sorgsam gelenkten und dennoch stückweise auch hilflos anmutenden Verteidigungsstrategie behauptete er sogar, niemals ein Buch gelesen zu haben.²⁰ Sollte er etwa vermutet haben, deshalb milder beurteilt zu werden? Eine Lüge war ebenfalls sein Bekenntnis, sich selbst immer als einen guten, tief religiösen Christen verstanden zu haben; er verschwieg, 1936 aus der Kirche ausgetreten zu sein und zu Beginn des zweiten Weltkrieges seinen Untergebenen sogar befohlen zu haben, diesen Schritt ebenfalls zu tun.²¹

Sauckels Auftreten in Nürnberg war widerspruchsvoll, jedoch durchschaubar: Unterwürfigkeit mischte sich mit demonstrativ an den Tag gelegter Bauernschläue, zielorientierte Unredlichkeit mit schlichter Unfähigkeit, an ihn gestellte Fragen kurz und präzise zu beantworten.²² Immer wieder wurde er wegen allzu langer Sätze und unklarer Aussagen vom Gericht kritisiert. Wie er als Zuhörer der Macht gescheitert war, sollte er nun in deren verharmlosender und rechtfertigender Darstellung scheitern. Manche Lüge ging ihm jedoch durch – Ankläger und Richter kannten nicht alle Dokumente, die ihn belasteten. Dem Gerichtshof lagen nur wenige jener in Thüringen gehaltenen Reden vor, in denen Sauckel offenherzig ausgesprochen hatte, wovon er später nichts mehr wissen wollte, oder wozu er in übler Roßtäuscher-Manier ganz und gar das Gegenteil behauptete. Vor allem der Bestand Reichsstatthalter im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar erweist sich in dieser Hinsicht als eine Fundgrube.²³

Im Folgenden seien einige der lebensbestimmenden Auffassungen Sauckels und seiner Entlastung suchenden Aussagen vor Gericht einander gegenübergestellt. In ihrer Gegensätzlichkeit offenbart sich, wie er das Grundanliegen des Nürnberger Tribunals – die an sich unvorstellbaren Massenverbrechen glaubhaft zu beweisen – naiv in das Gegenteil verkehren wollte. Aus der Fülle des Materials wähle ich jene Aspekte seines Machtverständnisses aus, die seine Sicht *erstens* auf die expansiv-räuberischen und friedlosen Ziele der NSDAP, *zweitens* auf die terroristische Verfolgung politischer Gegner, *drittens* auf die „Arisierung“ in Thüringen und den „Endlösung der Judenfrage“ genannten Völkermord sowie *viertens* auf die Herrschaft über die ausländischen Zwangsarbeiter während des zweiten Weltkrieges betreffen.

„... die deutsche Autorität muß für Jahrtausende Gültigkeit haben“

Als Fritz Sauckel am 28. und 29. Mai 1946 aus der zweiten Reihe der Angeklagten hervortreten durfte, erklärte er in den Befragungen durch seinen Verteidiger vollmundig: „Ich kann aus vollstem Gewissen sagen, daß sich in jenen Jahren niemand von uns irgendwie mit dem Gedanken eines

¹⁸ Fritz Sauckel: Für Herrn Major Kelley. Über meinen Lebenslauf und meine Familie. In: Institut für Zeitgeschichte München, Bestand Fa 190. 5. 20. Freundlicherweise ermöglichte Dr. Bernhard Post dem Vf Einsicht in dieses Dokument. (künftig zit. als: Lebenslauf)

¹⁹ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a.M. 1995, S. 11 und 79.

²⁰ Siehe Peter W. Becker: Fritz Sauckel. In: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, hrsg. von Ronald Smelser und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1989, S. 237.

²¹ ThStAW, RSH, Bd. 188. Bl. 54 ff.

²² Siehe die Schilderung des amerikanischen Hauptanklägers Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994, S. 495-500.

²³ ThStAW, RSH, insbesondere die Bände 386-191.

Krieges befaßt hat.“ Zugleich nahm er sich zurück und ergänzte: „Ich bin über den Kriegsbeginn, über außenpolitische Entwicklungen vorher niemals unterrichtet worden.“²⁴ Erklärend und verallgemeinernd hieß es noch: „Ich selbst und das ganze deutsche Volk haben und mußten auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Krieg vom deutschen Volk – und ich darf hier und muß hier um der Wahrheit willen auch die Partei einschließen – weder gewünscht noch veranlaßt war.“ Notwendig schien ihm auch in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf die „edlen“ Motive der Faschistenführer: „Wir standen auf dem Standpunkt, für unser Volk unsere Pflicht tun zu müssen.“

Sieben Jahre zuvor war anderes vernommen worden: Am Tag nach dem 1. September 1939 – also unmittelbar nach dem Überfall auf Polen und noch vor dem britischen Eintritt in den Krieg – hatte Sauckel frohlockend im Kreise seiner ihm unmittelbar im Gau Untergebenen Klartext gesprochen: Es seien nun „die größten deutschen Zukunftspläne und -aussichten eingeleitet“ worden. Weiter hieß es in geradezu brutaler Deutlichkeit: „Es geht jetzt um die Vernichtung des britischen Imperiums. Das ist der größte politische Wurf; der je in den letzten Jahrhunderten unternommen worden ist.“ Offensichtlich nahm er dabei wenig Rücksicht auf die Propaganda seiner Partei, die den Kriegsbeginn als von Polen und Deutschlands Feinden erzwungen darzustellen bemüht war. Allerdings fügte er dieser bemerkenswerten Aussage, die kaum als eine wider den Stachel löckende private Auffassung des thüringischen Gauleiters betrachtet werden darf und eher eine intern in führenden Kreisen der NSDAP betriebene Kriegszielverständigung dokumentiert, eine sanfte Warnung an seine Zuhörer hinzu: „Sagen Sie das aber draußen noch nicht in großen Tönen.“²⁵ Wenige Wochen nach dem Sieg über Polen ließ er dann seine Zuhörer wissen: Außer der des deutschen 80-Millionenvolkes dürfe es „in der Welt keine andere Autorität mehr geben [...] Die deutsche Autorität muß für Jahrtausende Gültigkeit haben.“²⁶ Drei Jahre darauf tönte Sauckel mit siegestrunkenem Blick auf die von der Wehrmacht eroberten Gebiete in der UdSSR am 3. Oktober 1942 in einer öffentlichen Rede vor Reichsbahnarbeitern in Meiningen: „Sie können nun begreifen, daß wir nie und niemals dort wieder herausdürfen, denn dort ist für alle Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß ein germanisches Großreich entsteht, in dem auch die wirtschaftliche Grundlage für das Leben von 250 bis 300 Millionen deutscher Menschen in 100 bis 150 Jahren geschaffen sein wird. Das muß das Ziel sein, und das ist es auch.“²⁷

Wer meint, so hätte es erst während des Krieges geklungen, geht fehl in seinem Urteil. Als Sauckel am 15. November 1923, wenige Tage nach dem gescheiterten Putsch der NSDAP, mit dem „Bund Teja“ eine Ersatzorganisation ins Leben rief, benannte er als Ziel „ein mächtiges, freies, soziales Großdeutschland“.²⁸ Unbeirrt vom eigenen Parteiprogramm, das im Punkt drei ja nahezu klagend vom „Bevölkerungsüberschuß“ sprach, und unbekümmert ob der Parole „Volk ohne Raum“ hatte Hitler bereits in „Mein Kampf“ behauptet, es sei notwendig, die Anzahl der Deutschen auf 250 Millionen zu erhöhen, um „unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können“.²⁹ Land, Boden, Kolonien an „anderer Stelle“ Europas – das war, wie sich nach dem ersten Weltkrieg jeder leicht vorstellen konnte, nur um den Preis weiterer Kriege, neuartiger Kriegführung nach außen und mit einer als „sicher“ betrachteten „Heimatfront“ zu haben. In dieser Hinsicht dachten alle Hoheitsträger der NSDAP, Sauckel eingeschlossen, strikt in den Kategorien von militärischer Rüstung und systematischer wirtschaftlicher und politischer Vorbereitung auf einen totalen Krieg, der anders, ohne störende Kriegsmüdigkeit und vor allem ohne eine Revolution, ausgehen sollte.³⁰

²⁴ 24 IMT, Bd. XIV. S. 669.

²⁵ Rede vom 02.09.1939. In: ThHStAW, RSH. Bd. 186. Bl. 280.

²⁶ Rede vom 13.11.1939. In: ThHStAW, RSH. Bd. 186, Bl. 507 ff. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann. Köln. Weimar. Wien 1994. S. 9-54.

²⁷ ThHStAW, RSH, Bd. 188, Bl. 274.

²⁸ Zit. nach Manfred Overesch: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992, S. 195. (Im folgenden: Overesch, Brill)

²⁹ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390./394. Aufl., München 1939, S. 766 f.

³⁰ Siehe dazu meinen Beitrag „Von Weltkrieg zu Weltkrieg: Die friedlose NSDAP“. In: Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutschdeutschen Publikation. Hrsg. von Ludwig Nest-

Dies widerspiegelt sich auch in Sauckels Auffassungen und Aussagen zum Terror gegenüber jenen Menschen, die nicht der Macht seiner Partei verfielen oder sich ihr widersetzten. Aus durchsichtigen Gründen von seinem Verteidiger in Nürnberg befragt, ob es in seinem Machtbereich Verfolgung politischer Gegner gegeben habe, leugnete Sauckel dreist. Obgleich dieses Thema außerhalb der Anklage stand, waren beide um ein möglichst positives Bild vom Wirken des thüringischen Gauleiters bemüht. Wohl wissend, daß es dazu keine richterliche Prüfung geben würde, da er ja nur als GBA angeklagt war, gab Sauckel unverfroren zu Protokoll, politische Gegner seien in Thüringen „weder behelligt noch beeinträchtigt“ worden.³¹

Die Tatsachen besagen zu diesem zweiten der hier behandelten Aspekte des Sauckelschen Machtverständnisses unbestreitbar das Gegenteil, denn in Thüringen – dem „Schutz- und Trutzgau“ der NSDAP, der seit eh und je in deren Putsch- und Machtplänen eine herausragende Rolle gespielt hatte – wurden bereits vor dem 30. Januar 1933 und danach erst recht politische Gegner, beileibe nicht nur Kommunisten, ohne ordentliche Gerichtsverfahren in „Schutzhaft“ genommen, wurden rassische und religiöse Minderheiten erbarmungslos verfolgt. Von 1933 bis 1936 fanden allein am Jenaer Oberlandesgericht und am Sondergericht Weimar 4.314 Verfahren statt, von denen vier Fünftel sogenannte staatsfeindliche Äußerungen betrafen. Das waren schätzungsweise bis zu zwanzigmal mehr politische Verfahren als in den Jahren zuvor. Widerstand und oppositionelle Regungen sahen sich brutal im Keim erstickt. Die Landespolizei erhielt in den ersten Monaten Unterstützung durch 592 SA- und 1185 SS-Angehörige. Versammlungs- und Kundgebungsverbote ergingen zu dieser Zeit in Thüringen meist früher als im Reich, was Sauckel als Beweis für die „Vorbildlichkeit der thüringischen Gesetzgebung“ preisen ließ.³² Schon Ende Februar 1933 war in Nohra bei Weimar ein provisorisches Konzentrationslager³³ eingerichtet worden – eines der allerersten im faschistischen Deutschland. Eingeliefert wurde hier unmittelbar vor und nach dem Reichstagsbrand ein großer Teil der 400 im Land Thüringen in Schutzhaft genommenen Kommunisten.³⁴ Am 15. Juli 1933 hatte Sauckel in aller Öffentlichkeit gedroht, alle, die an der Autorität der Reichsregierung Kritik zu üben auch nur versuchen würden, fielen „der vollkommenen Vernichtung anheim“.³⁵

Davon sprach Sauckel in Nürnberg nicht; wohl aber wollte er sich darauf berufen, dem Führer der thüringischen Sozialdemokratie, August Frölich, volle Hochachtung erwiesen zu haben, obgleich dieser in den Weimarer Zeiten sein härtester Gegner gewesen sei. Nach dem 20. Juli 1944 habe er, so Sauckel, der Gestapo befohlen, den in Haft genommenen Politiker wieder frei zu lassen³⁶, was meinte, er habe ihm das Leben retten können. Nichts von dieser Aussage kann konkret belegt werden, aber möglicherweise gab es da in Sauckels Erinnerungen einen Datierungsfehler. Frölich war bereits einmal am 19. November 1938 verhaftet und bis zum 11. Februar 1939 in einer Kellerzelle des Weimarer Polizeipräsidiums eingesperrt worden, in einem Gebäude übrigens, in dem er von 1920 bis 1924 seinen Dienstsitz als thüringischer Wirtschaftsminister und Regierungschef gehabt hatte. Vorgeworfen wurde ihm ein angeblich falscher Umgang mit sozialdemokratischen Geldern aus Altenburg, den Hintergrund boten indessen die Verhaftung Hermann Brills und die Zerschlagung der Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront“. Tatsächlich hatte Sauckel am 7. Februar 1939 Frölich wissen lassen, er sähe keinen Grund mehr, ihn länger in Haft zu behalten. Vier Tage darauf war der Schutzhäftling frei und sah sich nicht, wie erwartet, in das Konzentrationslager Buchenwald

ler in Verbindung mit Paul Heider, Kurt Meier, Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann, Martin Seckendorf, Achim Thom, Manfred Weißbecker, Berlin 1990, S. 327-381.

³¹ IMT, Bd. XIV, S. 671 und 676.

³² *Der Nationalsozialist*. 30.5.1933. Siehe auch Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932 bis 1935, Weimar 1936.

³³ Siehe die zahlreichen informativen Studien von Udo Wohlfeld über die Konzentrationslager in Thüringen.

³⁴ *Weimarerische Zeitung*, 04./05.03.1933.

³⁵ Fritz Sauckel: Die Grundlagen deutscher Zukunft. In: Fritz Sauckels Kampfreden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus. Ausgew. und hrsg. von Fritz Fink, Weimar 1934, S. 91.

³⁶ Wörtlich erklärte Sauckel: „Ich habe ihn am 20. Juli 1944 durch meine persönliche Initiative aus seiner Haft entlassen lassen, weil er auf der Liste der Verschwörer gestanden hat, ich achtete ihn aber persönlich so, daß ich trotzdem um seine Freilassung gebeten habe und dieselbe auch erreichte.“ IMT, Bd. XIV, S. 662 f.

überführt. Am 31. Januar 1940 folgte der Versuch, Frölich mit einer Geldspende zu korrumpieren, aber auch diesen unternahm der Weimarer Polizeipräsident Paul Hennicke in Sauckels Auftrag vergeblich. Frölich hat diese Episoden in einem Erinnerungsbericht ausführlich beschrieben, ohne jedoch auf Sauckels Motive eingehen zu können.³⁷ Vermutlich war dem Gauleiter daran gelegen, in seinem Machtbereich allem Widerstandspotential auf jede Weise die Grundlage zu entziehen. Sein Ansehen in der Hierarchie des Regimes und sein Streben nach Machterweiterung wären beschädigt worden, hätte es in Thüringen größere antifaschistische Aktionen als in anderen Gauen gegeben. Nicht auszuschließen ist indessen auch, daß Sauckel in Nürnberg besonders schlau sein wollte, als er seine Bemühungen mit falscher Zeitangabe versah. Sollte er gar gehofft haben, es würde auf die Richter größeren Eindruck machen, wenn er einen Zusammenhang seiner Bemühungen mit den Ereignissen nach dem in aller Welt bekannten Attentat auf Hitler andeutete? Alles das ändert zwar nichts an der geschichtlichen Bedeutungslosigkeit dieser Episoden, dennoch werfen sie durchaus ein gewisses Schlaglicht auf Sauckels damalige und in Nürnberg erneut zutage tretende ausgefuchste Verhaltensweise.

„... fremden Völkern bin ich nicht zur Wahrheit verpflichtet“

Noch deutlicher kamen – damit bin ich beim *dritten* Aspekt angelangt – Sauckels trickreiche Vertuschungs- und Verdrehungsbemühungen zum Vorschein, als er von Servatius gefragt wurde, ob in Thüringen „Judenverfolgungen stattgefunden“ hätten. Da lautete die strikte Antwort zunächst: „Nein“. Dem Schwindler erschien das aber wohl selbst als allzu offensichtlich falsch und er fügte hintergründig hinzu: „In Thüringen mag in einigen Orten eine Fensterscheibe oder sonst dergleichen eingeworfen worden sein. Ich kann das im einzelnen nicht sagen, ich kann Ihnen nicht einmal sagen, wo und ob es in Thüringen Synagogen gegeben hat.“³⁸ Er kam später noch einmal darauf zurück und bemühte sich um eine allgemeiner gehaltene Entlastung: „Die Nürnberger Gesetze konnten in Thüringen Anwendung finden, soweit es sich für mich nur um die Eigenschaft von der Ernennung oder Absetzung von Beamten handelte; ich hatte selbstverständlich nach deutschen Gesetzen die Pflicht, das Gesetz durchzuführen.“ Dem folgte noch der unbeschreiblich makabre Satz: „Es war mit diesem Gesetz weder eine Mißhandlung noch sonst eine andere unmenschliche Handlung verbunden, die ich durchzuführen gehabt hätte.“³⁹

Sollte Sauckel schlicht vergessen haben, daß von der Fraktion seiner Partei, in der er damals als Landesgeschäftsführer fungierte, bereits am 10. Juni 1926 Gesetzentwürfe in den Thüringer Landtag eingebracht worden waren, die den Ausschluß von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ vorgesehen hatten?⁴⁰ Wollte er sich nicht daran erinnern, daß es eine eigene Schriftenreihe unter dem Titel „Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage“ gab, die sich nicht zuletzt auf den wüsten Antisemiten Theodor Fritsch und dessen immer wieder zitierten Satz bezog: „Es gibt keine Genesung der Völker vor der Ausscheidung des Judentums“?⁴¹ War ihm etwa nicht berichtet worden, daß in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 die Synagogen in Erfurt, Eisenach, Gotha, Arnstadt, Meiningen, Suhl, Barchfeld, Schleusingen und Nordhausen gebrannt hatten? Sollte dies gar hinter dem Rücken des Gauleiters und Reichsstatthalters stattgefunden haben? Allein aus Thüringen sind in den folgenden Tagen 1178 Personen ins KZ Buchenwald eingeliefert worden. Schätzungen besagen, daß 20 bis 30 Thüringer dabei ihr Leben verloren.⁴² Bereits im Oktober 1938 hatten die

³⁷ Nach Overesch soll Sauckel Frölichs Freilassung nach dessen Verhaftung im November 1938 veranlaßt haben. Overesch, A. a. O., S. 275. Frölich saß vom 19.11.1938 bis 11.02.1939 in Untersuchungshaft.

³⁸ IMT, Bd. XIV, S. 676 f.

³⁹ IMT, Bd. XV, S. 73.

⁴⁰ Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der NSDAP im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler, Weimar o. J. Als Jude sollte jeder gelten, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht“.

⁴¹ Willy Schilling: Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich, (Jena) 2005, S. 134 f.

⁴² Ebenda, S. 108 f

NSDAP-Kreise Schleiz und Sonneberg in der *Zeitschrift für die thüringischen Hoheitsträger* gemeldet, sie seien „judenfrei“.⁴³ Ähnliches wurde am 31. Dezember 1938 aus Jena berichtet.⁴⁴ Immer wieder hatte sich Sauckel auch persönlich in Haßtiraden ergangen, mündlich und schriftlich. Des Angeklagten Erklärung über seine Unwissenheit, so man sie akzeptierte, – würde allein die Schlußfolgerung erlauben, er habe weder die von ihm herausgegebene Presse gelesen noch eigene Texte geistig erfaßt. Natürlich kann davon keine Rede sein.

Noch bevor die „Arisierung“ jüdischen Eigentums nach dem Pogrom vom 9. November 1938 im Reich offiziell betrieben wurde, war sie in Thüringen und in direkter Regie des Gauleiters schamlos in die Wege geleitet worden. Von den etwa 650 jüdischen Familienbetrieben, die es noch im Frühjahr 1938 gab, existierten ein halbes Jahr darauf nur noch 100, für weitere 100 liefen noch sogenannte Übergabeverhandlungen. Von den 5453 Juden, die nach offiziellen Angaben 1925 im Land Thüringen und im Regierungsbezirk Erfurt der preußischen Provinz Sachsen gewohnt hatten, lebten Anfang 1939 noch 1947⁴⁵; kaum mehr einer nach 1945.

Die in Thüringen besonders rasch vorangetriebene, selbst für damalige Verhältnisse dreist betriebene „Arisierung“ kam in Nürnberg nicht zur Sprache, auch nicht die Tatsache, daß Sauckel diese bereits 1930 zielorientiert ins Auge gefaßt⁴⁶ und dann eng mit dem Aufbau eines neuen Rüstungskonzerns verbunden hatte, was dem Gau und den hier angesiedelten Konzernen (Zeiss, Rheinmetall, Siemens, AEG, Telefunken) zusätzliches Gewicht in der deutschen Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft verlieh.⁴⁷ Dabei stützte sich der Reichsstatthalter zunächst auf eine kapitalistischem Konkurrenzkampf geschuldete und den staatsoffiziell gewordenen Antisemitismus nutzende Forderung des Verbandes der Suhler Gewehrfabrikanten e. V., Heeresaufträge nicht länger an die in jüdischem Besitz befindliche Firma Simson Suhl, sondern an andere, d.h. an „arische“ Waffenfabriken zu geben. [tu Sommer 1933 ließ Sauckel durch die Staatsanwaltschaft Meiningen ein Verfahren gegen die Familie Simson als Eigentümer der größten Suhler Waffenfabrik einleiten. Der angekündigte Prozeß wegen angeblicher „schwerer Übervorteilungen des Reiches“ wurde zwar später mangels ausreichender Beweise ergebnislos abgeschlossen⁴⁸, dennoch konnte Sauckel dank anderweitiger trickreicher Bemühungen, zu denen auch die Gründung der „Wilhelm-Gustloff-Stiftung“ zählte, bereits am 30. November 1935 an Reichsinnenminister Frick berichten: „Damit sind die Juden aus diesem wichtigen Rüstungsunternehmen endgültig und restlos ausgeschieden; dieses befindet sich in meiner Hand

Großspurig und höchste Anerkennung heischend fügte er dem Bericht hinzu, das Unternehmen werde nun von Reichskriegsminister Blomberg und ihm „dem Führer und Reichskanzler als gemeinnützige Stiftung zur Verfügung gestellt.“⁴⁹

⁴³ *Die Pflicht*, H. 19/1938, S. 255.

⁴⁴ Schilling. Hitlers Trutzgau, S. 109.

⁴⁵ Ebenda: Verfolgung und Vertreibung thüringischer Juden sind ausführlich dargestellt in: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Bd. 8: Thüringen. Hrsg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und des Studienkreises deutscher Widerstand 1933-1945, Frankfurt a. M. 2003.

⁴⁶ Mitteilung von Andreas Schneider (Erfurt), der sich intensiv mit der Geschichte der Gestapo in Thüringen befaßt hat.

⁴⁷ Siehe Jürgen John: Wirtschaftsentwicklung und politische Umbrüche in Thüringen, S. 113 f. Die reichsweite Volks-, Berufs- und Betriebszählung wies für den Gau Thüringen eine deutliche Verstärkung des industriellen Sektors und einen tiefgreifenden strukturellen Wandel aus. Die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten stieg im Land von acht (1933) auf 32 (1939), im Gau insgesamt auf 44. Waren 1925 nur 6,8 Prozent der in Industrie und Handwerk Tätigen in der Großindustrie beschäftigt, so stieg ihr Anteil bis 1939 auf 14,7 Prozent. Der Erwerbstätigenanteil der metallverarbeitenden Industrie hat sich von 20,5 Prozent (1933) auf 32 Prozent erhöht, der der Leichtindustrie von 59,6 Prozent (1933) auf 47,6 Prozent verringert. Siehe Jürgen John u. a.: Geschichte in Daten. Thüringen, Wiesbaden 2003, S. 246.

⁴⁸ Die jüdischen Firmeninhaber wurden gezwungen, eine Schuld von 9,75 Millionen RM anzuerkennen und auf ihr mit 8 Millionen RM völlig unterbewertetes Werk zu verzichten. Siehe Erich Buchmann: Von der jüdischen Firma Simson zur Nationalsozialistischen Industriestiftung Gustloff-Werke, Erfurt 1944, S. 14 f.

⁴⁹ ThHStAW. RSH, Bd. 16-17, Bl. 59.

Das von Sauckel als Stiftungsführer geleitete Werk⁵⁰ erhielt bereits ein knappes Jahr darauf den Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“. Innerhalb von drei Jahren verdreifachte sich die Zahl der in den 20 Stiftungsbetrieben Suhl, Schmiedefeld, Weimar, Meuschwitz sowie im österreichischen Hirtenberg und an anderen Orten Beschäftigten. Der Umsatz an Militärwaffen stieg um das Fünffache. Der politisch mächtig gewordene Sauckel hatte es verstanden, sich auch im Urbereich aller Macht ein zusätzliches Standbein zu schaffen und Erfahrungen zu sammeln.⁵¹

Wie von der „Arisierung“ vor dem Krieg wollte Sauckel in Nürnberg natürlich auch von der Ermordung der europäischen Juden während des Krieges nichts gewußt haben. Von Servatius am 29. Mai 1946 befragt, ob er keine Kenntnis davon gehabt habe, „was mit den Juden geschehen würde“, gab er vor: „Nein ich hatte keine Kenntnis davon.“ Das war in jeder Hinsicht eine glatte Lüge, hatte er doch um die Jahreswende 1943/44, ohne das Wort „Endlösung“ zu verwenden, seinen Untergebenen eindeutig zu erkennen gegeben, daß er wußte, was in den Vernichtungslagern vor sich ging. Seine Billigung des Völkermords war unmißverständlich, er forderte ihn ja regelrecht ein: Am 31. Dezember 1943 verlangte er von den rund 30.000 thüringischen Hoheitsträgern der NSDAP, zu Beginn des neuen Jahres in allen Ortsgruppen und Betrieben des Gaus Appelle durchzuführen. Dabei sollten die Parteimitglieder „Bekenntnisse“ ablegen, sieben an der Zahl, je eines zu Hitler, zur Wehrmacht, zur „nationalsozialistischen Weltanschauung“, zur „deutschen Volksgemeinschaft“, zum „Kampf gegen das Verbrechen Churchill, Roosevelts, Stalins und des Judentums“. Das sechste der sieben „Bekenntnisse“ sei in den bevorstehenden Veranstaltungen zwar nur „kurz, aber kategorisch“ zu behandeln. Dessen Inhalt lautete: „Wir bekennen uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa. [...] Die Vernichtung des Judentums ist die Voraussetzung dafür, dieser mörderischen Rasse weltgeschichtlich das Handwerk zu legen.“ Die folgende Argumentation galt einzig und allein den nach seiner Auffassung falschen Bemühungen, den Judenmord geheimhalten zu wollen: „Das müssen wir nun endlich unserem Volke sagen, rückhaltlos und offen. Erbarmen ist falsch. Wir wollen Erbarmen haben vielleicht sogar mit irgendeinem Engländer, der von diesem Judentum verführt und auf das Schlachtfeld geführt wird. Wir wollen Erbarmen haben mit unseren Frauen und Kindern, die durch diese englischen Terrorangriffe hingerichtet werden, und wir wollen Erbarmen haben mit unserem Volke und den anständigen arischen Völkern.“ Dieser moralisch verbrämten nationalistischen Aussage folgte der blanke tödlich-rassistische Kern: „Deshalb muß das Judentum, damit das nicht wieder passiert, ausgerottet werden mit Weib und Kind, wenigstens dort, wo wir die Waffen haben. Es ist ein Bekenntnis, um endlich einmal den Mörder innerhalb der Menschheit auszurotten, wenigstens bei uns.“⁵²

Trotz dieses „Bekenntnisses“ vom 31. Dezember 1943 wagte es Sauckel in Nürnberg, unverfroren seinen Ausrottungswillen zu leugnen. Die Ermordung der europäischen Juden habe, so behauptete er unter Berufung auf die Spezifika seines Verantwortungsbereichs, seinen Interessen „nicht entsprochen“: „Das (gemeint ist: Es, M. W.) hätte ja meine Aufgabe ungeheuer erleichtert, und ich hätte viel, viel weniger Schwierigkeiten gehabt, wenn alle diese Menschen, soweit sie arbeitsfähig gewesen wären, dem Arbeitseinsatz in vernünftiger Weise zugeführt worden wären.“ Sein Gedankengang gipfelte in der schamlos-zynischen Behauptung, „diese Endlösung“ sei seinen Interessen „vollkommen zuwider“ gewesen.⁵³

„... dann sind wir wirklich eines Tages die Herren der Welt“

Welche Interessen verfolgte Sauckel tatsächlich als Hitlers „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“? Wie sah er die von ihm ausgeübte Macht über die Zwangsarbeiter?

⁵⁰ Siehe Rüdiger Stutz: „Der Kulturstadt einen neuen Lebensstrom einzuflößen“. Fritz Sauckel und die Gustloff-Werke in Weimar. In: Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933-1945. Hrsg. Von Justus H. Ulbricht im Rahmen der Weimarer Schriften. Weimar 2002. S. 64-76.

⁵¹ Offensichtlich spielte diese Tatsache eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung Hitlers. Sauckel im März 1942 zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zu ernennen.

⁵² ThHStAW, RSH, Bd. 191, Bl. 476 f.

⁵³ IMT, Bd. XIV, S. 53.

Sein höchstes Amt hat er mit großen Versprechungen angetreten. Anfangs schien er zu hoffen, den Anforderungen an sein Amt mit einer umfassenderen Eingliederung von Frauen begegnen zu können. Auch stellte er – mitunter recht cholerisch, wie Albert Speer mitgeteilt hat – die Richtigkeit von Forderungen aus der Wirtschaft nach neuen Arbeitskräften in Frage und gab von sich, es genüge, einige Betriebsführer zu erschießen, dann würden die anderen schon mit besseren Leistungen reagieren.⁵⁴ Doch zuvörderst ging es ihm darum, Arbeitskräfte in großer Zahl aus den besetzten Gebieten ins Reich zu holen und dabei „die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei“ abzulegen.⁵⁵ Innerhalb des angestrebten „Kombinationssystems aus Versprechungen, sozialem Druck und brutalem Terror“⁵⁶ setzte er hauptsächlich auf Zwang und Gewalt. Deshalb redete er gern vom „Krieg der Arbeit“, vom „Shanghaien“ oder auch davon, daß man jetzt Menschen fange, „wie die Schinder früher Hunde fingen“.⁵⁷

Als ihm aber in Nürnberg vorgehalten wurde, im Protokoll der Tagung von Reichs- und Gauleitern der NSDAP am 5. Februar 1943 sei seine Aussage vermerkt, das sogenannte Prinzip der Freiwilligkeit habe überall versagt und von den fünf Millionen ausländischen Arbeitern seien „keine 200.000 freiwillig gekommen“ und deshalb habe „die Dienstverpflichtung an ihre Stelle“ treten müssen, reagierte er ausweichend, im Grunde dumm-frech: Es habe sich wohl nur um einen „Zwischenruf“ gehandelt, um zu zeigen, daß die Aussage anderer Teilnehmer, alle Arbeiter seien freiwillig gekommen, „nicht ganz richtig“ gewesen ist.⁵⁸ In einer Anordnung vom 7. Mai 1942 hatte er indessen nicht nur von „Dienstverpflichtungen“ getönt, sondern auch von „Aushebungen“, welche „ein un diskutierbares Erfordernis unsere Arbeitslage“ darstellen würden.⁵⁹ In internem Kreis war von ihm auch angeregt worden, die Russen durch die deutsche Verwaltung „so scharf“ anzufassen, um ein „Stimmungsgefälle“ zu erzeugen, „daß sie gern nach Deutschland zur Arbeit gehen“ lassen würde.⁶⁰

Vehement wehrte sich Sauckel gegen den Vorwurf; er habe sich an „Deportationen“ von Arbeitern aus den besetzten Gebieten nach Deutschland beteiligt. Doch gegen diesen völkerrechtlich verantworteten Begriff⁶¹ wußte er lediglich zu wiederholen, was er bereits am 2. Dezember 1943 den Teilnehmern einer Tagung des Auslandswissenschaftlichen Instituts in Weimar vorgegeben hatte, um die entsprechenden Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung zu umgehen: Das Wort „Deportation“ sei „in höchstem Maße anrühig“, und wer es benutze, beleidige und diffamiere den deutschen Arbeitseinsatz. Dieser basiere auf „regulären Verträgen“ und „soziale Rechte“ der Betroffenen blieben gewahrt.⁶² In Nürnberg hoffte Sauckel, man würde seinem demagogischen, die Realität

⁵⁴ Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1969, S. 227.

⁵⁵ Siehe dazu Manfred Weißbecker: „Wir werden ...“, a. a. O., S. 325 f.

⁵⁶ Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin und Bonn 1985, S. 160; Karl Heinz Roth spricht von einer großen „Variationsbreite unfreier Arbeitsverhältnisse“ und stellt deren Entwicklungsetappen dar. Entstanden sei „ein kriegswirtschaftliches Kulisystem, das den Prozeß der Subproletarisierung der Arbeitsverhältnisse drastisch förderte“. Karl Heinz Roth: Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930-1945. Historische Grundlagen und Methodenfragen. In: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg. Hrsg. Von Inge Marßolek und Till Schelz-Brandenburg, Bremen 1995.

⁵⁷ IMT, Bd. XXV, S. 74.

⁵⁸ Sauckel fügte hinzu: „Dieses Zahlenverhältnis, das hier von dem Stenographen oder Protokollführer niedergelegt ist, ist vollständig unmöglich. Wie der Irrtum zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Ich habe das Protokoll nie gesehen.“ IMT, Bd. XV, S. 12 f.

⁵⁹ ThHStAW. Thüringisches Ministerium des Innern P 100, Bl. 10.

⁶⁰ Besprechung mit leitenden Beamten des Reichsarbeitsministeriums am 15.04.1942. Zit. nach Rolf-Dieter Müller: Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Hrsg. Von Rolf-Dieter Müller, Essen 1991. S. 238.

⁶¹ Sein Verständnis für das Völkerrecht war sicher begrenzt, dennoch kam es einer Provokation gleich, als er auf eine Frage von Servatius, ob denn seine Aufgabe gegen das Völkerrecht verstoßen habe, antwortete: „Der Führer hat zu dieser Frage mir gegenüber so ausführliche Darlegungen gemacht, die Notwendigkeit als so selbstverständlich geschildert, daß, nachdem er einen Vorschlag, den er selbst machte, zurückstellte, an diesem Einsatz ausländischer Arbeiter keinerlei völkerrechtliche Bedenken bei mir entstehen konnten.“ IMT, Bd. XIV, S. 683.

⁶² Sein Verständnis für das Völkerrecht war sicher begrenzt, dennoch kam es einer Provokation gleich, als er auf eine Frage von Servatius, ob denn seine Aufgabe gegen das Völkerrecht verstoßen habe, antwortete: „Der Führer

beschönigenden Gedankengang folgen. Allen Ernstes behauptete er, die Zwangsarbeiter hätten in ihrer Lebenshaltung „genau denselben Einschränkungen wie die deutsche Bevölkerung auch“ unterlegen.⁶³ Auch sei es nicht angebracht, von einer „Ausbeutung“ der ausländischen Arbeiter zu reden, da es sich doch lediglich – wie Servatius es ihm in den Mund legte – um deren „Ausnutzung“ gehandelt habe.⁶⁴ All das versuchte er schließlich mit der Aussage zu erhärten: „Ich habe aus meiner Auffassung der Ethik der Arbeit niemals Deportationen betrieben, sondern ich habe ja den Arbeitern, die über mein Amt gingen – und das war ja das, was ich bei Hitler zu Anfang meines Auftrags durchgesetzt habe, und das ist nicht leicht gewesen –, allen ausländischen Arbeitern rechtsgültige Verträge gegeben, ob sie freiwillig oder ob sie auf Grund einer deutschen Dienstverpflichtung kamen.“⁶⁵

Nichts davon entsprach der Wahrheit. Wie Sauckel für eine terroristische Beschaffung nicht-deutscher Arbeitskräfte gesorgt hatte, so auch dafür, daß beispielsweise die Zwangsarbeiter aus Osteuropa trotz einer bis zu 72stündigen Arbeitswoche größtenteils nur sieben bis 22 Prozent ihres Grundlohns ausbezahlt erhielten und die polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter von vornherein im Durchschnitt nur 50 bis 85 Prozent des Grundlohns deutscher Arbeiter erhalten durften.⁶⁶ Jüngste Forschungen haben unser Wissen um diese Zustände ausgeweitet und erhärtet, nicht zuletzt auch durch das, was in den Debatten um die sogenannte Entschädigung der Zwangsarbeiter an historischer Wahrheit ans Tageslicht gekommen ist – trotz aller die deutschen Großunternehmen so beschämenden Argumente gegen sie.⁶⁷

Weshalb aber wagte der Angeklagte, so offenkundig Wahrheitswidriges zu behaupten, so dreist zu leugnen? Um seinen Kopf zu retten? Natürlich. Indessen läßt sich auch erkennen, daß ihm das Lügen als normales Mittel der Politik galt. Solch ein Gebaren war ihm weder neu noch obsolet. Lügen hielt er schlicht und einfach für ein völlig gerechtfertigtes Instrument rassistischen Großmachtstrebens. Am 4. Dezember 1943 hatte er dies in einer Rede bei der ersten Kriegstagung der thüringischen Rüstungsindustrie in Weimar mit den Worten begründet: „Wenn ich in Paris den Franzosen, oder wenn ich anderen Völkern ein paar Liebenswürdigkeiten sage, so ist es nicht so, daß ich an diese Liebenswürdigkeiten auch glaube. Aber ich halte es für notwendig, daß man sie sagt. In dieser Beziehung liegen die Dinge auch anders; diesen fremden Völkern bin ich nicht zur Wahrheit verpflichtet.“⁶⁸

In diesen Worten klingt ein weiteres Mal an, was für Sauckel ausschlaggebend gewesen ist: Nationalistische Überheblichkeit und Mißachtung anderer Völker galten seinem Denken schlicht als Selbstverständlichkeit, als eine den Deutschen auferlegte Pflicht, als etwas, das keiner Infragestellung oder gar moralischer Bewertung unterliegen durfte, als etwas, das einem alles Militärische verabsolutierenden Freund-Feind-Schema verhaftet war und daher ausschließlich mit Gewalt einherzugehen hatte. „Je härter, je besser!“, weil, so hieß es auch in dieser Rede vor den Rüstungsindustriellen, weil es eine Arbeitskapazität zu schaffen gelte, die [...] uns für das kommende Jahrhundert das absolute Übergewicht über alle Völker der Welt nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und arbeitsmäßig geben wird [...] dann sind wir wirklich [...] eines Tages die Herren der Welt“, um dann noch hinzuzufügen: „Vom Frieden wollen wir nicht reden.“⁶⁹

In Nürnberg vertuschte Sauckel diese Auffassungen vor den Anklägern und Richtern und versuchte, sich einen besonderen Umstand seines Tätigkeitsbereiches zunutze zu machen. Seinem Amt und

hat zu dieser Frage mir gegenüber so ausführliche Darlegungen gemacht. die Notwendigkeit als so selbstverständlich geschildert, daß, nachdem er einen Vorschlag, den er selbst machte, zurückstellte, an diesem Einsatz ausländischer Arbeiter keinerlei völkerrechtliche Bedenken bei mir entstehen konnten.“ IMT, Bd. XIV, S. 683.

⁶³ IMT, Bd. XIV, S. 687.

⁶⁴ IMT, Bd. XIV, S. 686.

⁶⁵ IMT, Bd. XV, S. 19.

⁶⁶ Siehe Zwangsarbeit in Thüringen. a. a. O., S. 23.

⁶⁷ Siehe dazu u.a.: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, hrsg. von Ulrike Winkler Köln 2000.

⁶⁸ ThHStAW. RSH. Nr. 190, Bl. 398 ff. Hervorhebung durch den Vf.

⁶⁹ Ebenda. Das Dokument ist auszugsweise auch abgedruckt in Zwangsarbeit in Thüringen, a.a.O., S. 58-62.

auch ihm persönlich war relativ rasch die unvermeidliche Diskrepanz zwischen den gestellten Zielen und den tatsächlichen Gegebenheiten erkennbar geworden. Der in der Praxis betriebenen „Vernichtung durch Arbeit“ standen rüstungswirtschaftliche Effizienzkriterien entgegen. Doch diese galten vorrangig dem Erhalt der Arbeitskraft unersetzbarer Facharbeiter und schlossen den rücksichtslos verschleißenden Einsatz von Hilfskräften nicht aus. Obwohl letzteres völlig Sauckels Auffassungen entsprach⁷⁰, brachte seine Aufgabe als GBA es mit sich, daß Sauckels Platz in der Hierarchie – trotz der Gunst Hitlers– seit dem März 1942 einerseits von den zu erbringenden „Leistungen“ in der Zwangsarbeiterrekrutierung, andererseits von den tatsächlichen Leistungen der Zwangsarbeiter und der Rüstungswirtschaft abhing, zumal deren Zahl nicht grenzenlos ausgeweitet werden konnte.

Manche der Schwierigkeiten auf diesem Problemfeld schien bereits in seinen verquastenen Formulierungen auf, zu denen er sich auf der bereits erwähnten „Führertagung“ am 5. Februar 1943 verstiegen hatte: „Ich bitte aber [...] ganz besonders um Ihr Verständnis dafür, daß ich als Beauftragter zweier Männer wie Adolf Hitler und Hermann Göring mich nun mit meiner ganzen Persönlichkeit dafür einsetze, daß gerade, weil wir im härtesten und erbarmungslosen Entscheidungskampf der Weltgeschichte stehen und unsere Soldaten unter der Führung Adolf Hitlers unsterblichen Ruhm und Ehre an ihre Fahnen heften, der deutsche Arbeitseinsatz bei aller Härte der Zeit und trotz der unerhörten Einschränkungen, die sich unser eigenes geliebtes Volk auferlegen muß, sich grundsätzlich von all den schamlosen und unsagbar brutalen und nichtswürdigen Methoden jener plutokratisch-jüdischen, kapitalistischen Weltbestie unterscheidet, mit denen gerade unsere Gegner sich ihren verfluchten Reichtum, den sie heute zu unserer Vernichtung anwenden, erpreßt haben.“⁷¹

Seine Kritiker hatte Sauckel auch belehrt, die Leitung des Arbeitseinsatzes sei weder von „Sentimentalität noch von Romantik“ geprägt.⁷² Nur die „kalte Vernunft“ gebiete eine pflegliche Behandlung der ausländischen Arbeiter: „Unterernährte, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen. [...] Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen. [...] Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wie viel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“⁷³

Den Richtern des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg wollte Sauckel am 28. Mai 1946 gar weismachen, er habe „vom Führer ausdrücklich geradezu verlangt [...]‘ daß man Arbeiter, die in Deutschland arbeiten, nicht mehr als Feinde behandeln dürfe“. Schließlich habe er auch versucht, „Einfluß auf die Propaganda in diesem Sinne zu gewinnen“.⁷⁴ Seinen Untergebenen hatte er jedoch früher erklärt, Franzosen, Russen, Polen seien ihm „so gleichgültig wie irgendetwas“, verknüpft zudem mit der unmißverständlichen Forderung, wenn diese „sich das geringste Vergehen zuschulden kommen lassen, dann bitte sofort Anzeige an die Polizei, aufhängen, totschießen! Das kümmert mich gar nicht. Wenn sie gefährlich werden, muß man sie auslöschen.“⁷⁵

Zur Beschönigung seiner Untaten versuchte Sauckel in Nürnberg nach Kräften, seine 1943 einsetzenden Bemühungen um eine intensivere Ausbeutung insbesondere der sogenannten Ostarbeiter⁷⁶

⁷⁰ Darauf machte freundlicherweise Willy Schilling den Vf. aufmerksam.

⁷¹ ThStAW, RSH, Bd. 491, Bl. 209.

⁷² Solche Vorwürfe erreichten Sauckel auch aus der thüringischen Bevölkerung. Siehe Zwangsarbeit in Thüringen, S. 65 ff.

⁷³ Fritz Sauckel: Das Programm des Arbeitseinsatzes, o. O. 1942, S. 17 f.

⁷⁴ IMT, Bd. XIV, S. 687.

⁷⁵ ThStAW, RSH, Bd. 189, Bl. 23.

⁷⁶ Ulrich Herbert spricht von drei Dingen, die Sauckel dabei zu gewährleisten habe: „Die Löhne der Ostarbeiter mußten erhöht werden, gleichzeitig aber niedriger bleiben als die der deutschen Arbeiter, und sie durften keine zusätzlich ins Gewicht fallende Warenkaufkraft freisetzen.“ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, a. a. O., S. 172.

und den rationalen Kern des Effizienzproblems auszuspielen. Hatte er aber damit die Anwendung schlimmster Terrormaßnahmen etwa in Frage gestellt, hatte er gar den Rahmen der nazistischen Ideologie gesprengt? Ich denke, die Antwort kann in beiden Fällen eindeutig nur „nein“ lauten. Schwach unternommene und vor Gericht völlig überhöht dargestellte Versuche einer „Ökonomisierung der Ausländerbehandlung“⁷⁷ waren während des Krieges nicht nur im Ansatz steckengeblieben, sondern grundsätzlich weder gewünscht noch machbar, wie die, drastische, ausschließlich profitorientierte Ausbeutung in den Betrieben sowie die Unterdrückung jeder sozialen oder gar politischen Regung unter den Zwangsarbeitern bewiesen. Selbstverständlich war auch für die deutschen Faschisten ein gewisses Maß an ökonomisch-technischem Effektivitätsdenken unumgänglich, doch nicht dieses bestimmte vorrangig Sauckels Tätigkeit im Amt des GBA. Leiten ließ er sich in seinem „Krieg der Arbeit“ primär von nationalistisch-rassistischer Menschenfeindlichkeit und wachsender Rigorosität. Auch in dieser Hinsicht hatte er nichts anderes im Sinn als die weltweite Durchsetzung „deutscher Autorität“. Alles sei richtig, „was die Deutschen machen“, lesen wir bei ihm.⁷⁸

In Nürnberg blieb nichts, aber auch gar nichts davon übrig, was zuvor von manchem seiner Untergebenen an Sauckel gerühmt worden war, so etwa „Gradlinigkeit seines Charakters“ und die „Kraft innerster Volksverbundenheit“, das regsam-draufgängerische, mitunter polternde Auftreten und der bedingungslose Gehorsam, nicht zuletzt auch seine Fähigkeit, anstehende Probleme entscheidungsfreudig zu lösen.⁷⁹ Dennoch zeigte er sich keineswegs – wie Albert Speer später über ihn geurteilt hat⁸⁰ –, von Anfang an geistig und ethisch überfordert. Es spricht auch eher für Görings elitäres Gehabe, wenn er Sauckel als „einen der Primitivsten unter den Primitiven“ bewertete.⁸¹ Das Urteil eines der amerikanischen Anwälte, Sauckel sei ein „unattraktiver proletarischer Leutnant“⁸², entsprach wohl mehr jenem erbärmlichen Bild, das dieser vor Gericht bot und weniger dem aus den Zeiten zuvor.

Sauckel wird in der Literatur oft als fanatisch treuer Gefolgsmann oder ausschließlich auf Befehl funktionierender Erfüllungsgehilfe Hitlers abgetan. Ebenso wenig kann er als ein pragmatischer „Macher“, als ein bloß verwaltender „Bürokrat“ oder gar als ein ideologiefreier „Technokrat“ gesehen werden.⁸³ Sauckel verkörperte m. E. in vielfacher Hinsicht den Normaltyp eines von ausgeprägten nationalistisch-rassistischen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen geleiteten, alle Grenzen des Humanismus mißachtenden politischen Führungskaders seiner Partei. Möglicherweise wurde deshalb seine Biographie noch nicht geschrieben, ganz im Gegensatz zu denen für andere aus der Schar der politischen Größen jener Zeit. In der Tat scheinen die Schwierigkeiten groß zu sein, Sauckels persönliches Machtstreben in seiner engen Verknüpfung von kapitalistischer Profitmaximierungssucht, extrem nationalistischer, auf rasche Vergeltung für die Kriegsniederlage von 1918 bedachter,

⁷⁷ Walter Naasner: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS. das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Boppard am Rhein 1994, S. 111.

⁷⁸ ThStAW. RSH, Bd. 190, Bl. 467.

⁷⁹ Max Timm. Ministerialrat und Abteilungsleiter in Sauckels Arbeitsverwaltung, sagte in Nürnberg als Zeuge: „Als Sauckel sein Amt übernahm, hatte ich den Eindruck eines sehr energischen. arbeitsfreudigen Menschen, der zum Teil zuweilen erregbar war und auch wohl zu Zornesausbrüchen kam, der von seinen Mitarbeitern viel forderte, aber auch an sich selbst hohe Anforderungen stellte.“ IMT, Bd. XV. S. 231.

⁸⁰ Albert Speer: Spandauer Tagebücher. Frankfurt/Main u. a. 1975, S. 22. An anderer Stelle betont Speer, er habe es nicht nötig gehabt. Sauckel anzuspornen, da dieser „von seiner Aufgabe wie besessen“ gewesen sei. Ebenda, S. 81.

⁸¹ Siehe Fritz Zeiseler: Einer der Primitivisten unter Hitlers Paladinen. Wie Fritz Sauckel „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ wurde. In: *Thüringische Landeszeitung*, 23.03.2002.

⁸² Airy Neave: On Trial in Nuremberg (1978). Zit. nach Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma. München 1995, S. 12.

⁸³ Siehe z.B. John u.a., Geschichte in Daten. Thüringen, a. a. O., S. 249. Zu prüfen wäre, ob Sauckel zu jener Gruppe gehört hat, die Rüdiger Hachtmann in seiner Studie über die Deutsche Arbeitsfront als „charismatisch legitimierte Kommissare“ bezeichnet hat. Jürgen Hachtmann: Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 1936. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 2005, H. 1, S. 69.

um deutsche Vorherrschaft in der Welt bemüht und sich über alles Nicht-Deutsche bedenkenlos erhebender rassistischer Grundorientierung zu erhehlen.⁸⁴ Insgesamt lassen sich Sauckels Denk- und Verhaltensweisen sowohl aus den gesellschaftlichen Gegebenheiten als auch aus seiner individuellen Persönlichkeitsstruktur ableiten, aus dem Bedarf des braunen Regimes an politischen Führern und der Rückwirkung dieses Bedarfs auf die Mitglieder dieser Führung. Erst eine weitgehende Deckungsgleichheit aller Faktoren ermöglichte Karrieren wie die seinige.

In der gewiß außergewöhnlichen Karriere eines eher gewöhnlichen Mannes wäre im einzelnen zu zeigen, daß und wie seine charakterlichen Eigenheiten sich seit seinem Eintritt in die Politik entfalteten, und zwar ziemlich exakt in jenem Maße, in dem die in Deutschland geschaffenen Rahmenbedingungen ihm dazu Gestaltungsräume boten. Sein Machtwille wuchs mit dem nach innen und außen gerichteten terroristischen Expansionismus, seine Machtfülle mit dessen zeitweiliger Verwirklichung. Der in Nürnberg am 28. Mai 1946 ausgesprochene Satz „Ich habe mich um keines meiner Ämter jeweils irgendwie beworben“⁸⁵, entsprach in keiner Weise der Wahrheit – erinnert sei an die Intrigen gegen Artur Dinter, seinen Vorgänger im Amt des thüringischen Gauleiters⁸⁶, an die Auseinandersetzungen mit Fritz Wächtler⁸⁷ und Wilhelm Frick⁸⁸ sowie vor allem an die 1943/44 ausufernde, bislang zu wenig erforschte Konfrontation mit Albert Speer⁸⁹. Dennoch spiegelt sich in dieser Aussage die Tatsache, daß er sich in erheblichem Maße als unentbehrlich betrachtete.

Ein Biograph wird ebenso festzustellen haben, daß Sauckel gleich denen, die im „Dritten Reich“ auf zentraler Ebene agierten und als Politiker für Stabilität und Sicherung des Regimes sowie für dessen aktive Unterstützung durch eine große Mehrheit der Deutschen Sorge zu tragen hatten, ungeteilt alle faschistischen Ziele verfochten hat, was sie und ihn durchaus von anderen Teilen des faschistischen Machtapparates unterschied und ihre historische Verantwortung erhöhte. Aber vielleicht sollte Sauckel in erster Linie als ein zeitweilig erfolgreicher Regionalpolitiker nationalistisch-rassistischen Zuschnitts betrachtet werden, der – einem einfallsreichen und findigen Manager gleich – an einer bedeutsamen Schaltstelle von Politik, Wirtschaft, Verwaltungsapparat, Sicherheitskräften und Militär zu handeln vermochte und sich, gestützt auf eine in Thüringen geschaffene territoriale Hausmacht, als fähiger Organisator und geschickter Taktiker erwies. Besonders hier zeigte er sich als durchsetzungsfähig, gewann er Ansehen, und dies nicht zuletzt durch sein hemdsärmelig-robustes, mitunter leutseliges und findig taktierendes Auftreten innerhalb der NSDAP und deren regionalem Machtapparat. Als Gauleiter und Reichsstatthalter hat er sich konsequent um gute Beziehungen zum Stab des Stellvertreters des Führers, später zur Parteikanzlei sowie zu Wehrmachtführung, SS und Wirtschaftsverbänden bemüht. Und wie kann es anders sein: Auch diesbezüglich kehrte er in Nürnberg die Realität gleichsam um und behauptete, mit den Berliner Ministern und Reichsleitern der Partei „sehr wenig Kontakt“ und sehr oft Meinungsverschiedenheiten über Verwaltungs- und Organisationsfragen „besonders zu Bormann, Himmler und Goebbels“ gehabt zu haben.⁹⁰ Es versteht sich wie von selbst, daß er nach dem 8. Mai 1945 diese drei der Entfernung des „Nationalsozialis-

⁸⁴ Es war seinem persönlichen Ehrgeiz und Machtstreben, seinen Fähigkeiten und seinem Agieren zuzuschreiben, daß er eine überragende Stellung innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems einzunehmen vermochte. Manche der auf Reichsebene getroffenen Entscheidungen fielen ihm indessen unverdienterweise in den Schoß, galten sie doch weniger ihm als den Gegebenheiten der thüringischen Region. Die umfangreichen und ständig wachsenden Anforderungen an die Rüstungsindustrie sowie die unter militärischen Aspekten günstige geographische Lage des Landes in der Mitte des Reiches wurden hier geschickt als Chance genutzt, die eigenen regionalen Machtpositionen Schritt für Schritt zu erweitern. Und doch macht kaum einer, dem alles befohlen werden muß, Karriere.

⁸⁵ Lebenslauf, S. 10 f.

⁸⁶ Siehe Donald R. Tracy: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hg. von Detlev Heiden und Gunter Mai. Weimar u.a. 1995, S. 67 f.

⁸⁷ Siehe Willy Schilling und Rüdiger Stutz: NS-Gau Thüringen. Der Sauckel-Wächtler-Konflikt. In: Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935, hrsg. von Kurt Pätzold und Erika Schwarz. Köln 2005. S. 164-176.

⁸⁸ Zur kritischen Denkschrift Sauckels vom 27. Januar 1936 „Die Verlagerung von Zuständigkeiten von den bisherigen Ländern nach der Berliner Ministerialbürokratie“ und deren Vorgeschichte siehe Schilling, a. a. O., S. 50 ff.

⁸⁹ Siehe dazu die ausführliche Darstellung bei Herbert. Fremdarbeiter. a. a. O.

⁹⁰ Lebenslauf, S. 13.

mus“ vom Christentum zieh und sie hauptsächlich für das Scheitern Hitlers verantwortlich machen wollte.⁹¹

Zahlreiche jener Verhaltensweisen, die Sauckel bis 1945 und danach in Nürnberg an den Tag legte, lassen sich auch bei anderen Angeklagten feststellen, darüber hinaus wohl bei den meisten jener aus der politischen Elite des „Dritten Reichs“⁹², die für den Massenzuspruch zur NSDAP gesorgt hatten. Dreistes Leugnen und Täuschen, emsiges Verdrehen und Vernebeln, ungeniertes Vertuschen und Tricksen, hemmungsloses Ausweichen und Verharmlosen, raffiniertes Akzentverlagern, unsägliches Rechtfertigen usw. usf. Da kamen allenfalls graduelle Unterschiede zum Vorschein.

Auf der Nürnberger Anklagebank befand sich Sauckel – wie vor seiner Berufung zum GBA – wieder in der „zweiten Reihe“, was keineswegs allein für den Sitzplatz galt, den er einzunehmen hatte. Als der Gerichtshof das Todesurteil verkündete, reagierte er sprachlos und glaubte zunächst an einen Übersetzungsfehler. Er weinte und erklärte, daß er den Tod durch den Strang nicht verdient habe. Hatte er gehofft, wie Speer mit einer Freiheitsstrafe bedacht zu werden, weil er sich als dessen Untergebenen betrachtete und nach den Anordnungen des Ministers gearbeitet hatte? Später sahen Gegner des Prozesses und manche Historiker das Todesurteil gegen Sauckel als „fragwürdig“ an, da Speer mit dem Leben davongekommen sei.⁹³ Doch auch dies ändert nichts an der Eindeutigkeit des Urteils gegen Sauckel, den der US-amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, Robert G. Jackson, als den „größten und grausamsten Sklavenhalter seit den ägyptischen Pharaonen“ bezeichnet hat.⁹⁴

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Heft 27, Thema: Die Nürnberger Prinzipien – ein Umbruch im Völkerrecht, Berlin 2006, S. 22-43.

⁹¹ Ebenda, S. 18.

⁹² Ich lehne mich mit dieser Wortwahl an Michael Wildt an, der in seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band „Nachrichtendienst. politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS“ (Hamburg 2003, S. 8) den SD als eine „politische Elite“ innerhalb des organisatorischen Konglomerats der nationalsozialistischen Sicherheitspolizei bewertet. Dieser differenzierende und die Rolle politischer Eliten heraushebende Ansatz kann für weitere Analysen des gesamten Herrschaftsapparates der NSDAP und des Dritten Reiches nützlich sein.

⁹³ Siehe z.B. Becker, Fritz Sauckel. a. a. O. S. 244. Gitta Sereny berichtet u.a. von einem Gespräch mit dem britischen Ankläger in Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, der es als „grundverkehrt“ empfunden habe, daß Sauckel zum Tod verurteilt worden ist, während Speer mit dem Leben davonkam. Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma. München 1995, S. 43.

⁹⁴ IMT, Bd. XIX, S. 461.

Der Mandant und sein Verteidiger – Fritz Sauckel und Robert Servatius

Von allen Urteilen, die vom Nürnberger Militärtribunal der Alliierten gefällt worden sind, war eines in besonderem Maße eindeutig. Während zu manchem der angeklagten Hauptkriegsverbrecher mehr oder weniger lange Debatten stattfanden, ging es am 10. September 1946 im Falle Fritz Sauckels in „aller Eile“¹ und nahezu einvernehmlich zur Sache. Mit einem einzigen Satz sprachen die Richter den Angeklagten hinsichtlich der Punkte eins und zwei – Verschwörung bzw. Verbrechen gegen den Frieden – aus Mangel an Beweisen frei. Dies war ganz offensichtlich weniger den Argumenten seines agilen Verteidigers Dr. Robert Servatius zu verdanken als vielmehr den rechtlichen Grundsätzen sowie der fairen Vorgehensweise des Gerichtshofes. Hinsichtlich der Punkte drei und vier der Anklage – Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität – wurde Sauckel indessen ebenso diskussionslos schuldig gesprochen, wobei alle vier Richter für Punkt drei votiert hatten und nur einer sich hinsichtlich des Punkts vier dazu nicht entschließen wollte.² Für die Vielzahl der Verbrechen, die dem Generalbevollmächtigten Hitlers für den Arbeitseinsatz einwandfrei nachgewiesen werden konnten, wurde Sauckel zum Tode verurteilt.³ Er starb wenige Tage vor der Vollendung seines 52. Lebensjahres durch den Strang. Der Anwalt hatte seinen Mandanten nicht retten können, trotz aller umtriebigen Bemühungen beider

Diese bieten Anlass zu Überlegungen in zweierlei Hinsicht: Da ist zum einen die zwischen Servatius und Sauckel fein abgestimmte und offen als Mittel zu politischen Zwecken dienende Verteidigungsstrategie, in der dreistes Leugnen und Täuschen, emsiges Verdrehen und Vernebeln, ungeniertes Vertuschen und Tricksen, hemmungsloses Ausweichen und Verharmlosen, raffiniertes Akzentverlagern, unsägliches Rechtfertigen usw. zum Vorschein gekommen waren. Über die Nutzung rechtlicher Grundsätze für ein solches Vorgehen von Mandant und Verteidiger ist hier nicht zu diskutieren, wohl aber die Tatsache, dass sich da ein Bild moralisch übler, aber leider weithin üblicher Methoden auch im Bereich von Politik in der deutschen Gesellschaft bot. Ferner interessiert hier der Fakt, dass Servatius nicht allein Sauckel, sondern auch das als verbrecherische Organisation angeklagte Korps der politischen Leiter der NSDAP zu verteidigen übernommen hatte, worin er zwar letztlich auch keinen Erfolg, aber für den Ausgang und die geschichtlichen Interpretationen des Prozesses doch eine gewisse Bedeutung hatte gewinnen können.

Als der bekanntere von beiden gilt zweifellos der am 27. Oktober 1894 geborene Fritz Sauckel. Er war im Führerkreis der Faschisten zu einer besonderen Stellung aufgestiegen: NSDAP-Gauleiter in Thüringen, Reichsstatthalter, Reichsverteidigungskommissar und schließlich – de facto im Ministerrang – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Auch wenn von seinem höchsten Amt abgesehen wird, das ihm erlaubte, in viele andere Bereiche des Staats-, Wirtschafts- und Militärapparates dominant hinein zu regieren: Sauckel gehörte zweifelsohne zu den weithin Anerkannten unter Hitlers treuesten der treuen Gefolgsmänner, er war gefürchteter Exponent und Symbolfigur des Regimes sowie ein durchsetzungsfähiger Konkurrent anderer „nationalsozialistischer Hoheits-träger“ in einem. Wie auch immer ihm als Politiker, als Angehöriger der hauptsächlich politisch tätigen Elite im deutschen Faschismus Macht über Anhänger und Beherrschte zugewachsen sein mag – das Denken in ihren aggressiv nationalistischen und rassistischen Kategorien hatte ihn zeit seines Lebens fest im Griff. An deren oberster Stelle stand der Wunsch nach einer möglichst unbegrenzten Vorherrschaft der Deutschen – genauer natürlich: des deutschen Großkapitals – in Europa und in der Welt.

¹ Erstmals hat darüber berichtet Bradley F. Smith, *Der Jahrhundert-Prozess. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung*, Frankfurt a. M. 1979. Hier zit. nach Joe Heydecker und Johannes Leeb, *Der Nürnberger Prozess. Mit einem Vorwort von Eugen Kogon und Robert M.W. Kempner*, Köln 2.11.1998, S. 480. Der vollständige Textauszug aus dem Buch von Smith ist hierauf den Seiten 476-485 zu finden.

² Sowohl Smith als auch Heydecker/Leeb erwähnen in diesem Zusammenhang den britischen Richter Sir Geoffrey Lawrence.

³ Siehe Telford Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, München 1994, S. 649.

Der andere, nur vier Tage Jüngere⁴ und seit 1925 als Anwalt in Köln⁵ Tätig hatte in der Wehrmacht den Rang eines Majors erreicht und galt nach 1945 als politisch unbelastet, weil er nicht Mitglied der NSDAP geworden war. Sein „Stolz“ sei es gewesen, so erklärte Servatius später einmal, der ihn veranlasst habe, sich als Verteidiger für den Nürnberger Prozess gewinnen zu lassen.⁶ Was immer er darunter verstanden haben mag, es war etwas, das ihn schließlich auch dazu getrieben hat, Hitlers Euthanasie-Beauftragten Dr. Karl Brandt im Ärzte-Prozess sowie Paul Pleiger, ehemaligen Leiter der Hermann-Göring-Werke, im Wilhelmstraßen-Prozess zu verteidigen. Offensichtlich in Anerkennung seiner Fähigkeiten nahm ihn Bundeskanzler Konrad Adenauer mit nach Moskau, als über die Rückkehr deutscher Kriegsgefangener verhandelt werden sollte. Schließlich trat Servatius noch einmal in das Rampenlicht der Geschichte, als Adolf Eichmann in Jerusalem der Prozess gemacht wurde.

Kennzeichnend dürfte für Servatius vor allem gewesen sein, dass er die Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg generell als „Rückfall in die Barbarei“ diskreditiert hat. Dieses Zeugnis seiner politischen Positionen gab er von sich, als er sein Plädoyer für die Angeklagten Schumacher und Urnes im Prozess gegen Beamte der deutschen Zivilverwaltung in Luxemburg vor dem dortigen Gerichtshof für Kriegsverbrechen hielt.⁷ Anwaltskollegen beschrieben ihn als einen untersetzten Mann, dem „die Energie aus allen Knopflöchern“ spritze, als unnahbaren Einzelgänger, der eigentlich kein Theoretiker sei, aber alle Probleme mit „geradem, gesundem Verstand“ angepackt habe.⁸

Am ausführlichsten hat sich bislang Hannah Arendt über Servatius geäußert, den sie während des Eichmann-Prozesses beobachtete.⁹ Servatius habe seine Dienste selbst dem Stiefbruder Eichmanns angeboten, worauf ihn dessen Familie dem Gericht als Verteidiger empfahl.¹⁰ In der Öffentlichkeit habe Servatius die Übernahme dieser Aufgabe als „reine geschäftliche causa“ dargestellt, wobei es sich für ihn keineswegs um ein „Geschäft“ handeln konnte, weil die 20.000 Dollar, die ihm die israelische Regierung gewährte, und die 15.000 DM von der Familie Eichmanns keineswegs alle erforderlichen Auslagen abdeckten. Arendt berichtet ebenfalls, dass sein Antrag an die Bundesregierung, ihm 100.000 DM zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden sei, ebenso sein Antrag, Bonn möge die Auslieferung Eichmanns nach Deutschland verlangen.¹¹ Servatius habe das Gericht als „unbefugt und voreingenommen“ bezichtigt und schlicht und einfach sämtliche Anklagepunkte bestritten.¹² Nachdem sich der Verteidiger in Jerusalem darauf versteift hatte, die massenhafte Ermordung von Juden durch den Einsatz von Giftgas als „medizinische Angelegenheiten“ zu qualifizieren, beurteilte Hannah Arendt ihn als einen „unbescholtenen Steuer- und Wirtschaftsanwalt aus Köln, der niemals der NSDAP angehört hatte, dafür aber dem Gericht eine Lektion in diesen Dingen erteilte, die wohl

⁴ Robert Servatius wurde am 31.10.1894 in Köln geboren, wo er am 7.8.1983 verstarb.

⁵ In der von Oswald Bussenius u.a. hrsg. Festschrift „100 Jahre Kölner Anwaltsverein“ (Köln 1987) wird Servatius nicht erwähnt.

⁶ Siehe Robert M.W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M./Berlin 1986, S. 238 f. Zu prüfen wäre noch, inwieweit sich Servatius bewusst gegen die Entscheidung der Kölner Anwaltskammer gestellt hat, die ihren Mitgliedern direkt verboten harte, nach Nürnberg zu gehen. Siehe ebenda, S. 234.

⁷ Zit. nach Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 162 f, der den Satz „Nürnberg ist ein Rückfall in die Barbarei“ als Motto des Kapitels „Die Politisierung der Kriegsverbrecherfrage (1949/50)“ wählte.

⁸ Siehe Carl Hänsel, Das Gericht vertagt sich. Aus dem Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers, Hamburg 1951, S. 234.

⁹ Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. (München 1964), hier zit. nach der Ausgabe des Reclam-Verlages Leipzig 1990.

¹⁰ Ebenda, S. 381. Köhler berichtet, dass Servatius den Brüdern Eichmanns, die sich Sorgen um die Bezahlung des Verteidigers gemacht hätten, zu verstehen gegeben habe, sein Honorar sei nicht ihr Problem. Er erhalte sachdienliche Unterstützung von der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes. Otto Köhler, Eichmann, Globke, Adenauer. CIA-Aktenfunde. Warum die rechte Hand des Bundeskanzlers geschont werden musste, in: Freitag, Nr. 24 v. 16.6.2006, S. 6.

¹¹ Ebenda, S. 353 und 113. Es darf dennoch vermutet werden, dass Servatius auch finanziell von der Regierung der BRD unterstützt worden ist. Entsprechenden Behauptungen der Presse ist Servatius nicht entgegen getreten.

¹² Siehe Harry Mulisch, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozess. Aus dem Niederländischen von Johannes Piron. Berlin 2/1996 (Amsterdam 1961), S. 48 u. 203.

für jeden, der sie mit angehört hat, unvergesslich ist.“¹³ Sie rückte ihn sogar in die Nähe des Geistes der berühmten „Protokolle der Weisen von Zion“, als Servatius von ausgesprochen irrationalen Gründen gesprochen hatte, die „hinter dem Schicksal des jüdischen Volkes“ stünden.¹⁴ Als ebenso unerhört darf die von ihm verbreitete Erklärung gelten, das „einzige legitime Strafprozessual des Eichmann-Prozesses sei die bislang unterbliebene Aburteilung seiner Entführer.“¹⁵ Von Anfang an behauptete er, die Grundlagen des Jerusalemer Verfahrens und die Anklage seien „völkerrechtswidrig“.¹⁶

Einige westdeutsche Zeitungen verknüpften 1960/61 ihre Berichte über Servatius als Verteidiger Eichmanns mit der Forderung, er habe den Angeklagten „herauszuhauen“.¹⁷ Davon war jedoch wenig zu spüren. In der Verteidigungsstrategie spielte die Leugnung der von Eichmann begangenen Verbrechen keine Rolle. Ihr zufolge sei der Angeklagte lediglich ein „kleiner Befehlsempfänger“ mit geringen Befugnissen gewesen, der ausschließlich im Rahmen seiner dienstlichen Zuständigkeit sowie gemäß der im Dritten Reich bestehenden Richtlinien und Anordnungen seiner Vorgesetzten gehandelt habe. Eher ist zu erkennen, dass Servatius alles tat, um jene westdeutschen Politiker aus dem Prozess herauszuhalten, die ebenfalls am faschistischen Judenmordprogramm beteiligt gewesen waren, nun aber in der Bundesrepublik wieder Regierungsfunktionen ausübten. Dies stimmte mit den Wünschen der Bonner Regierung überein, möglicherweise hatte diese ihr Verhalten auch dem Verteidiger vorgegeben.¹⁸ Die Tatsache, dass Servatius in Jerusalem dennoch Hans Globke, den Verfasser der berühmten Kommentare zu den antisemitischen Nürnberger Gesetzen von 1935 und nunmehrigen Staatssekretär Adenauers im Bundeskanzleramt, ab und zu erwähnte, betrachtete ein kritischer Beobachter des Prozesses als „vorübergehende Erpressungsmanöver“ des Verteidigers, der so „zu seinem Gehalt kommen“ wollte.¹⁹ Eine Reihe von Indizien weisen darauf hin, dass Servatius in dieser Hinsicht durchaus erfolgreich gewesen ist.²⁰

Nun, was der Kern von „Stolz“, „Verstand“ und „Geschäft“ in politischer und moralischer, möglicherweise auch in rechtlicher Hinsicht tatsächlich bedeutete, wird noch zu zeigen sein und stimmt mit den vernichtenden Schlussfolgerungen durchaus überein, die vielfach zum Umgang (bundes)deutscher Rechtswissenschaftler mit dem Nürnberger Prozess getroffen worden sind, einschließlich der Aussage Ingo Müllers, dass nach 1945 die „Unbelehrbarkeit“ von Juristen noch für lange Zeit geradezu eine „Voraussetzung“ wissenschaftlicher Karrieren gewesen ist und „kritische Anmerkungen zur deutschen Vergangenheit [...] das Ende jeder akademischen Laufbahn“ bedeutet hätten.²¹

* * *

Im Nürnberger Prozess trat Servatius geschickt und ohne Anstoß zu erregen auf. Insbesondere seine Fragen an Sauckel stießen bei den Richtern kaum auf Protest. Seine geschliffenen Formulierungen

¹³ Arendt, a. a. O., S. 157 u. 207.

¹⁴ Ebenda, S. 94.

¹⁵ Ebenda, S. 97. Das von Servatius veröffentlichte Plädoyer der Verteidigung Adolf Eichmanns (Bad Kreuznach 1961) stand dem Vf. nicht zur Verfügung.

¹⁶ Peter Krause, Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 60.

¹⁷ Siehe Heinz Kühnrich, Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit, Berlin 1961, S. 102.

¹⁸ Die jüngst frei gegebenen Akten des amerikanischen Geheimdienstes CIA belegen, dass Adenauer großes Interesse daran hatte, eine Ausweitung des Eichmann-Prozesses zu verhindern und dabei auch von den USA unterstützt worden ist.

¹⁹ So urteilte Friedrich-Karl Kaul in einem Bericht an die DDR-Regierung. Zit. nach Annette Großkopf, F. K. Kaul. Anwalt im geteilten Deutschland, Baden-Baden 2002, S. 206 f. Zu untersuchen wäre in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit jenen 40 Seiten aus den Memoiren Eichmanns, die Aussagen über Globke enthielten. Sie gelangten in den Besitz der CIA und wurden nicht veröffentlicht. Siehe dazu auch Otto Köhler, a. a. O.

²⁰ Aus seinen Gesprächen mit Friedrich-Karl Kaul über die Finanzierung des Verteidigers informierte der Münchener Rechtsanwalt Hans E. Lermann den Vf. in einem Brief vom 26.5.2006. Auch für andere Hinweise zum Thema sei Lermann hier herzlich gedankt.

²¹ Siehe Ingo Müller, Nürnberg und die deutschen Juristen, in: Der Nürnberger Prozess. Die Anklagereden des Hauptanklagevertreters der Vereinigten Staaten von Amerika Robert H. Jackson. Hrsg. und mit einem Beitrag „Nürnberg und die deutschen Juristen“ von Ingo Müller, Weinheim 1995, S. 165-185.

stachen umso mehr hervor, als Sauckel zumeist nicht in der Lage war, klar und präzise zu sprechen.²² Möglicherweise hinterließ dies bei dem amerikanischen Hauptankläger Taylor einen solchen Eindruck, dass er später sogar meinte, Servatius habe sich klugerweise „nur ein paar Minuten“ mit den Dingen befasst, die vor der Ernennung Sauckels zum GBA, also vor dem 21. März 1942 gelegen hätten. Ein Blick in den Band 14 des Protokolls weist hingegen aus: Allein die Befragung Sauckels am 28. Mai 1946 zu dessen Tätigkeit vor 1942 beansprucht 15 Seiten. Und die haben es in sich, wie ich an anderer Stelle dargelegt habe.²³

Obgleich der angeklagte Sauckel generell der Orientierung seines cleveren Verteidigers folgte, erweckte sein Auftreten im Gerichtssaal dennoch einen völlig anderen Eindruck. In seinem Tagebuch charakterisierte Dr. Viktor von der Lippe, der bei der Verteidigung Raeders assistierte, dies mit den Worten: „Sauckel drückt sich in so schlechtem Deutsch aus, dass die Zuhörer darunter geradezu leiden. Durch die Übersetzung ins Englische werden Grammatik und Satzbildung erheblich verbessert, so dass das Gericht die mangelhafte Sprache nicht voll zu hören bekommt.“²⁴ Moniert wurde auch die Eigenart, nach fast jedem Wort eine Pause zu machen.²⁵ Nun, ein begnadeter Redner war Sauckel wohl nie gewesen, doch hatte er es immer verstanden, sich sprachlich relativ korrekt zu äußern. Zumindest die Manuskripte unzähliger Reden, die teilweise gedruckt vorliegen oder archivalisch erfasst sind²⁶, lassen dies erkennen. Vor dem Gericht stehend, mag eventuell eine gewisse Aufregtheit seinen Redefluss gehemmt haben, doch spricht alles für andere Gründe. Hauptsächlich entäußerte sich wohl so der Versuch, wider besseres Wissen Unschuldsbehauptungen vorzubringen sowie Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit vorzutäuschen. Kein Mittel war dafür zu billig, kein Manöver zu durchsichtig, keine Lüge zu widerlich.

Offensichtlich stimmten in Nürnberg Mandant Sauckel und Verteidiger Servatius darin überein, wann immer es ihnen möglich schien, alle Tatsachen zu verdrehen oder zu bemänteln, zu verschweigen oder zu leugnen. Das mag bei dem einen noch halbwegs verständlich sein. Um des Versuches willen, die eigene Haut zu retten, beteuerte Sauckel in Nürnberg vor allem immer und immer wieder, unschuldig zu sein. Anders sah es beim Verteidiger aus, der sich darin offensichtlich auch von anderen unterschied, beispielsweise von Kurt Kauffmann, der Ernst Kaltenbrunners Lügen, er habe von nichts gewusst, nicht in dessen Verteidigung eingebracht hat oder auch von Alfred Thoma, der ziemliche Distanz zu Alfred Rosenberg erkennen ließ.²⁷

Erkennbar sind bei beiden folgende Argumentationslinien: Zum einen betonten sie permanent, Sauckel habe mit seiner Tätigkeit lediglich seiner „Aufgabe für Deutschland“ entsprochen und im Dienst der deutschen Nation gestanden, also seine „Pflicht“ erfüllt, über welche die „Sieger“ nicht zu urteilen hätten; zum anderen wollten sie die Richter glauben machen, der GBA habe mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen in seinem Leben niemals etwas zu tun gehabt. „Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut“²⁸, schwor Sauckel. Vor irreführenden Bildern nicht zurückschreckend, verglich er sein Amt, das ihn weit über den Kreis anderer Gauleiter und faktisch in den Rang eines Reichsministers, aber auch über andere Reichsleiter der NSDAP erhoben hatte, mit einer einfachen Marine-Agentur, die zwar Seeleute vermitteln würde, jedoch für irgendwelche Grausamkeiten an Bord eines Schiffes nicht verantwort-

²² Dies traf später auch auf Eichmann zu, der im Prozessverlauf mehrfach gemahnt werden musste, Sätze kürzer und verständlicher zu formulieren.

²³ Siehe dazu meinen Beitrag „Sauckel in Nürnberg. Ein Charakterbild“, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H. 27: Die Nürnberger Prinzipien – ein Umbruch im Völkerrecht. Edition Organon 2006, S. 2243.

²⁴ Zit. nach Taylor, S. 496.

²⁵ Siehe ebenda, S. 495-500.

²⁶ Vor allem der Bestand Reichsstatthalter (künftig zit. als: RSH) im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig zit. als: ThHStAW) erweist sich in dieser Hinsicht als eine prall gefüllte Fundgrube.

²⁷ Kempner, S. 236.

²⁸ Fritz Sauckel, Für Herrn Major Kelley. Über meinen Lebenslauf und meine Familie, in: Institut für Zeitgeschichte München, Bestand Fa 190, S. 20. Freundlicherweise ermöglichte Dr. Bernhard Post dem Vf. Einsicht in dieses Dokument. (künftig zit. als: Lebenslauf).

lich gemacht werden könne. Zugleich log er: Verbrechen an Menschen seien ihm in seinem Zuständigkeitsbereich nicht bekannt geworden, womit zugleich gemeint war, er habe solche weder befohlen noch begangen, weder im Sinn gehabt noch für richtig gehalten.

Sauckels Auftreten in Nürnberg war widerspruchsvoll, jedoch durchschaubar: Unterwürfigkeit mischte sich mit demonstrativ an den Tag gelegter Bauernschläue, zielorientierte Unredlichkeit mit schlichter Unfähigkeit. Am deutlichsten trat das zutage, als er am 28. und 29. Mai 1946 erstmalig aus der zweiten Reihe der Angeklagten hervortreten durfte und in der Befragung durch seinen Verteidiger zu Anliegen und Zielen des deutschen Faschismus vollmundig erklärte: „Ich kann aus vollstem Gewissen sagen, dass sich in jenen Jahren niemand von uns irgendwie mit dem Gedanken eines Krieges befasst hat.“ Das war starker Tobak und konnte nur als Vorwurf an die Siegermächte verstanden werden, eigentlich hätten sie doch den Zweiten Weltkrieg vorbereitet und begonnen. Vielleicht nahm er sich deshalb doch etwas zurück und ergänzte, nun nur über sich selbst sprechend: „Ich bin über den Kriegsbeginn, über außenpolitische Entwicklungen vorher niemals unterrichtet worden.“²⁹ Erklärend und verallgemeinernd hieß es danach aber doch wieder: „Ich selbst und das ganze deutsche Volk haben und mussten auf dem Standpunkt stehen, dass dieser Krieg vom deutschen Volk – und ich darf hier und muss hier um der Wahrheit willen auch die Partei einschließen – weder gewünscht noch veranlasst war.“ Notwendig schien ihm auch in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf die „edlen“ Motive der Faschistenführer: „Wir standen auf dem Standpunkt, für unser Volk unsere Pflicht tun zu müssen.“³⁰

Sieben Jahre zuvor war aus dem Munde Sauckels anderes vernommen worden: Am Tag nach dem 1. September 1939 – also unmittelbar nach dem Überfall auf Polen und noch vor dem britischen Eintritt in den Krieg – hatte er im Kreise seiner ihm unmittelbar im Gau Untergebenen Klartext geredet. Da hatte er frohlockend und siegessicher verkündet, es seien nun „die größten deutschen Zukunftspläne und -aussichten eingeleitet“ worden. In keiner Weise kam darin zum Vorschein, was von seiner Partei dem Propaganda-Apparat des Regimes als Richtlinie vorgegeben worden war. Da war kein Wort davon zu hören, dass Deutschland zum Krieg gezwungen worden sei, sich verteidigen müsse usw. Weiter hatte es in geradezu brutaler Deutlichkeit geheißt: „Es geht jetzt um die Vernichtung des britischen Imperiums. Das ist der größte politische Wurf, der je in den letzten Jahrhunderten unternommen worden ist.“ Seine Zuhörer sanft warnend fügte er hinzu: „Sagen Sie das aber draußen noch nicht in großen Tönen.“³¹ Wenige Wochen nach dem Sieg über Polen ließ er dann seine Zuhörer siegestrunken wissen: Außer der des deutschen 80-Millionenvolkes dürfe es „in der Welt keine andere Autorität mehr geben [...] Die deutsche Autorität muss für Jahrtausende Gültigkeit haben.“³²

Wäre das den Nürnberger Richtern bekannt gewesen, sie hätten diese Aussage Sauckels als weiteren Beweis werten müssen, dass die deutsche Führung einen Angriffskrieg vorbereitet und entfesselt hat.

* * *

Ganz offensichtlich bewegte sich auch Servatius in solchen nationalistischen Gedankenbahnen. Noch deutlicher als in der Verteidigung Sauckels kam dies in den Verhandlungen des Gerichtshofes über das angeklagte Korps der Politischen Leiter der NSDAP zum Ausdruck. Auch hier lag dem Verteidiger insbesondere daran, alles zu bagatellisieren und zu bestreiten, was als Beweis oder Indiz für die Richtigkeit des bedeutsamen ersten Anklagepunktes dienen konnte. Mit dem Blick auf den Vorwurf des Friedensverbrechens erklärte er beispielsweise, es sei zwar „richtig, dass die von der Partei erstrebten Ziele zu einem Krieg führen konnten“, und es treffe auch zu, dass „ein Krieg, der etwas erstrebt, was den Besitz anderer beeinträchtigt, einen Angriff auf diesen Besitz“ enthalte, aber

²⁹ IMT, Bd. XIV, S. 669.

³⁰ Ebenda.

³¹ Rede v. 2.9.1939, in: ThHStAW, RSH, Bd. 186, Bl. 280.

³² Rede v. 13.11.1939, in: Ebenda, Bl. 507 ff. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: 'Wenn hier Deutsche wohnten ...', Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP, in: Das Russlandbild im Dritten Reich. Hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 9-54.

keine der nationalsozialistischen Parolen hätte „zu einem Angriffskrieg führen“ müssen. Allen Ernstes, noch dazu ausdrücklich bezog er sich nicht auf die Taten, sondern auf die Propaganda der Nazis. Diese wollte er für bare Münze genommen wissen, darunter auch die Schlagwörter vom „Lebensraum“ und „Los von Versailles“. Würde man sie als zum Kriege hinführend charakterisieren wollen, wäre beispielsweise auch die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ in diesem Sinne zu interpretieren. Außerdem brachte er noch eine differenzierend-entlastende Begriffsklauberei ins Spiel: „Ob tatsächlich ein Angriffskrieg vorgelegen hat, der offensichtlich über den technischen Begriff der Kampferöffnung hinausging, ist im Verfahren vor dem Tribunal von vielen Hauptangeklagten mit wichtigen Gründen bestritten worden.“³³ Demagogische Formeln, die geschichtsfälschende Deutung des 1. September 1939 und die offensichtlich verlogenen Schutzbehauptungen der Angeklagten galten ihm also nicht nur als verwendbar, sondern als wesentlich und glaubwürdig.

Dennoch ließ sich Servatius keineswegs auf den Versuch ein, den Anklagepunkt „Angriffskrieg“ widerlegen zu wollen. Eher bemühte er sich um eine die Ursachen des Krieges fälschende Entlastung seines Mandanten Sauckel sowie der NSDAP-Führung. Seiner Argumentation zufolge soll für die Politischen Leiter nicht erkennbar gewesen sein, dass es um die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegangen ist. Es habe vielmehr „der Grundstein der Überzeugung aller Politischen Leiter“ darin bestanden, dass ein Krieg nicht beabsichtigt sei. Als Begründung wagte er anzubieten, Hitler habe doch selbst erklärt, es sei Wahnsinn, als kleiner Staat der ganzen Welt gegenüberzutreten zu wollen. Und weiter hieß es, die Palette der nationalsozialistischen Verschleierungsparolen erneut für bare Münze verkaufend: Weil Hitler im Ersten Weltkrieg als Soldat an der Front gestanden habe, konnte niemand im Korps der Politischen Leiter „erwarten, dass er die Leiden eines neuen Krieges heraufbeschwören würde“.³⁴ Servatius ging aber noch weiter und behauptete: „Den Kriegsgedanken standen feste Grundlagen für eine positive Friedenspolitik gegenüber [...] Es ist ein anderes Ziel, für das gekämpft worden ist, das die Millionen in Bewegung gesetzt hat. Es war nicht die Welt der Verbrechen, sondern der goldene Schein des Sozialismus.“ Er beließ es wohlweislich bei der Andeutung, dass die Siegermächte die eigentlichen Kriegsverursacher seien, zog daraus wiederum apodiktisch das Fazit, es würde sich aus allem, was er dargelegt habe, lediglich „ergeben, dass eine Kenntnis von Angriffsabsichten für die Politischen Leiter nicht zu erlangen war“.³⁵

In ähnlicher Weise kamen trickreiche Vertuschungs- und Verdrehungsbemühungen von Mandant und Verteidiger zum Vorschein, als Sauckel von Servatius gefragt wurde, ob in Thüringen „Judenverfolgungen stattgefunden“ hätten. Da lautete die strikte Antwort zunächst: „Nein“. Dem Schwindler erschien das aber wohl selbst als allzu offensichtlich falsch und fügte, vom Verteidiger noch einmal auf „bekannte Fälle“ und „Übergriffe“ angesprochen, dümmlich hinzu; „In Thüringen mag in einigen Orten eine Fensterscheibe oder sonst dergleichen eingeworfen worden sein. Ich kann das im Einzelnen nicht sagen, ich kann Ihnen nicht einmal sagen, wo und ob es in Thüringen Synagogen gegeben hat.“³⁶ Das schien dem Verteidiger so fehl am Platz zu sein, dass er von seiner Linie abwich und abrupt zu einem anderen Thema überging; plötzlich sollte Sauckel über die Dotation in Höhe von 250.000 RM sprechen, die er im Oktober 1944 von Hitler empfangen hat. Erst am folgenden Tag, als er vom französischen Ankläger Jaques Herzog ins Kreuzverhör genommen wurde, kam er noch einmal darauf zurück. Nun bemühte er sich um eine allgemeiner gehaltene, ihm unverfänglicher erscheinende Entlastung: „Die Nürnberger Gesetze konnten in Thüringen Anwendung finden, soweit es sich für mich nur um die Eigenschaft von der Ernennung oder Absetzung von Beamten handelt; ich hatte selbstverständlich nach deutschen Gesetzen die Pflicht, das Gesetz durchzuführen.“ Dem folgte dann aber doch noch ein unbeschreiblich makabrer Satz: „Es war mit diesem Gesetz weder eine Misshandlung noch sonst eine andere unmenschliche Handlung verbunden, die ich durchzuführen gehabt hätte.“³⁷

³³ IMT, Bd. XXI, S. 505 f.

³⁴ Ebenda.

³⁵ IMT, Bd. XXI, S. 54 f.

³⁶ IMT, Bd. XIV, S. 676 f.

³⁷ IMT, Bd. XV, S. 73.

Servatius kam nicht umhin, von den rassistisch-antisemitischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als dem „augenfälligste(n) Ereignis“ zu sprechen. Darunter verstand er: „Wirtschaftliche Zurückdrängung der Juden, ihre Diffamierung durch den Judenstern, die Ausschaltung aus dem Gesellschaftsleben, der Erlass der Nürnberger Gesetze, die Evakuierung nach dem Osten und schließlich die Ausrottung“. Das alles sei aber losgelöst von einem Angriffskrieg zu erklären.³⁸ Und wie in den Verhandlungen zu diesem Punkt behauptete er erneut, von einer „aktiven Beteiligung der Politischen Leiter“ könne keine Rede sein. Unter absichtsvoller Verwendung des bestimmten Artikels hieß es darüber hinaus, sie hätten auch keine Kenntnis „von der Art und dem Umfang der Maßnahmen“ gehabt. Seine Begründung liest sich so: „Die gesetzlichen Maßnahmen wurden ohne Befragung der Politischen Leiter getroffen. Soweit sie auf Zurückdrängung des Einflusses der Juden gerichtet waren, wurden sie von ihnen begrüßt und entsprachen dem Parteiprogramm. Auch den Nürnberger Gesetzen wurde nicht widersprochen. Der Judenstern aber wurde bereits als beschämend empfunden. Ablehnung setzte jedoch ein bei der Vermögensbeschlagnahme und der Evakuierung. Die Geschichte des 9. November 1938 ist dem Tribunal aus den Vernehmungen bekannt. Es war ein Überraschungsmanöver, das von Goebbels ins Werk gesetzt wurde, als die Gauleiter aus ihren Gauen abwesend waren. Der Parteiapparat wurde umgangen, weil hier mit Widerständen zu rechnen war. Soweit überhaupt die Möglichkeit für die Politischen Leiter zum Eingriff gegeben war, lehnten viele Gauleiter ab oder gaben Gegenbefehle, als sie von der Aktion erfuhren [...] Auf der Ebene der Kreis- und Ortsgruppenleiter ist ebenfalls ein planmäßiger Einsatz der Politischen Leiter nicht festgestellt. Alle Zeugenaussagen bestätigen hier die Überraschung, Ablehnung und Uneinheitlichkeit des Vorgehens.“³⁹ Bekanntlich blieb diese Argumentation nicht folgenlos, denn sowohl Sauckel als auch alle sechs Organisationen, für die das Gericht einen verbrecherischen Charakter festzustellen hatte, wurden von den Anklagepunkten eins und zwei ausgenommen.

Vergeblich bemühte sich Servatius jedoch um eine ähnliche Entlastung Sauckels und des Korps der Politischen Leiter der NSDAP hinsichtlich der Punkte drei und vier. Einer tibetanischen Gebetsmühle gleich wiederholte er seine Behauptung vom Nicht-Wissen seiner Mandanten: „Die Kenntnis von den Geschehnissen (sic! M. W.) außerhalb des Reichsgebiets kann bei der Mehrheit der Politischen Leiter nicht vorliegen.“ Den hier erkennbaren Ansatz einer gewissen Differenzierung unter den Nazi-Führern hob er jedoch sofort wieder auf: „In der Presse wurde bekannt gegeben, dass die Regierungen in anderen Ländern, so Ungarn, Frankreich und Italien, gleichartige Maßnahmen treffen wie die deutschen Stellen. Was in Wahrheit geschah, blieb, in Deutschland unbekannt.“⁴⁰

So orientiert, wollte auch sein Mandant Sauckel weder von der „Arisierung“ vor dem Krieg noch von der Ermordung der europäischen Juden während des Krieges etwas gewusst haben. Von Servatius am 29. Mai 1946 befragt, ob er keine Kenntnis davon, was mit den Juden geschehen würde“, gehabt habe, gab er von sich: „Nein ich hatte keine Kenntnis davon.“ Das war in jeder Hinsicht eine glatte Lüge, hatte er doch um die Jahreswende 1943/44 – ohne das Wort „Endlösung“ zu verwenden – seinen Untergebenen eindeutig zu erkennen gegeben, dass er wusste, was in den Vernichtungslagern vor sich ging. Unmissverständlich klang seine Billigung des Massenmords, den er sogar regelrecht einforderte. Von den rund 30.000 thüringischen Hoheitsträgern der NSDAP hatte er am 31. Dezember 1943 verlangt, zu Beginn des neuen Jahres in allen Ortsgruppen und Betrieben des Gaues Appelle durchzuführen. Dabei sollten die Parteimitglieder so genannte „Bekenntnisse“ ablegen, sieben an der Zahl; darunter je eines zu Hitler, zur Wehrmacht, zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zur deutschen Volksgemeinschaft, zum „Kampf gegen das Verbrechen Churchill, Roosevelts, Stalins und des Judentums“. Das sechste der sieben Bekenntnisse sei in den bevorstehenden Veranstaltungen zwar nur „kurz, aber kategorisch“ zu behandeln. Dessen Inhalt lautete präzise: „Wir bekennen uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa.“ Und weiter: „Die Vernichtung des Judentums ist die Voraussetzung dafür, dieser mörderischen Rasse weltgeschichtlich das Handwerk zu legen.“

³⁸ IMT, Bd. XXI, S. 515 f.

³⁹ Ebenda, S. 516.

⁴⁰ Ebenda.

Weshalb aber wagte der Angeklagte, schlicht und einfach Wahrheitswidriges zu behaupten? Um seine Rechte im Verfahren zu nutzen und seinen Kopf zu retten? Natürlich auch das, aber vor allem bleibt unverkennbar, dass ihm das Lügen als ein berechtigtes Mittel deutscher Politik galt. Solch ein Gebaren war ihm weder neu noch obsolet, nein, vielleicht lässt sich etwas lax sogar formulieren, es habe ihm gleichsam im Blut gelegen. Lügen hielt er schlicht und einfach für ein völlig gerechtfertigtes Instrument rassistischen Großmachtstrebens. Am 4. Dezember 1943 hatte er dies in einer Rede bei der ersten Kriegstagung der thüringischen Rüstungsindustrie in Weimar zu erkennen gegeben und mit den Worten begründet: „Wenn ich in Paris den Franzosen, oder wenn ich anderen Völkern ein paar Liebenswürdigkeiten sage, so ist es nicht so, dass ich an diese Liebenswürdigkeiten auch glaube. Aber ich halte es für notwendig, dass man sie sagt. In dieser Beziehung liegen die Dinge auch anders; *diesen fremden Völkern bin ich nicht zur Wahrheit verpflichtet*.“⁴¹

Da klang also wieder an, was für Sauckel und seinesgleichen – Servatius wohl kaum ausgenommen – ausschlaggebend gewesen ist: Nationalistische Überheblichkeit und Missachtung anderer Völker galten seinem Denken schlicht als Selbstverständlichkeit, als eine den Deutschen auferlegte Pflicht, als etwas, das keiner Infragestellung oder gar einer tugendhaften Bewertung unterliegen durfte, als etwas, das einem alles Militärische verabsolutierenden Freund-Feind-Schema verhaftet war und daher ausschließlich mit Gewalt einher zu gehen hatte. „Je härter, je besser!“, weil, so hieß es auch in dieser Rede, weil es eine Arbeitskapazität zu schaffen gelte, die uns für das kommende Jahrhundert das absolute Übergewicht über alle Völker der Welt nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und arbeitsmäßig geben wird [...] dann sind wir wirklich [...] eines Tages die Herren der Welt“, um dann noch hinzuzufügen: „Vom Frieden wollen wir nicht reden.“⁴² Leiten ließ er sich in seinem „Krieg der Arbeit“ primär von nationalistisch-rassistischer Menschenfeindlichkeit und wachsender Rigorosität. Auch in dieser Hinsicht hatte er nichts anderes im Sinn als die weltweite Durchsetzung „deutscher Autorität“. Alles sei richtig, „was die Deutschen machen“, lesen wir bei ihm.⁴³

Offensichtlich stimmten Sauckel und Servatius auch hierin überein; anders lassen sich die politischen Motive und Gedankengänge nicht erklären, mit denen beide gegen die Anklage argumentiert haben. Zwar stehen eingehende Untersuchungen zu Motiven und Vorgehensweisen des Verteidigers noch aus, doch kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, dass diese andere Ergebnisse zeitigen werden – selbst dann nicht, wenn die offensichtlichen Schwächen der Anklage und des Richterspruchs zum Problemfeld „verbrecherische Organisationen“ in Betracht gezogen werden. Schwächen also, die nach meiner Auffassung lediglich bekunden, dass in Nürnberg nicht nur unternommen worden ist, das Prinzip der individuellen Verantwortung führender Staatsmänner konsequent durchzusetzen, sondern auch versucht wurde, darüber hinauszugehen. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, dass Letzteres in nahezu allen Darlegungen zur Geschichte und zur juristischen Bedeutung des Nürnberger Prozesses zu kurz kommt. Das steht in einem gewissen Gegensatz zu der Bedeutung, die beispielsweise Robert Jackson gerade diesem Feld der Anklage beimaß, als er am 28. Februar 1946 erklärte: „Wenn man eine vorbeugende Gerechtigkeit üben will mit der Aussicht, die Wiederholung dieser Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verhüten, so wäre es eine größere Katastrophe, diese Organisationen freizusprechen, als es der Freispruch aller 22 hier angeklagten Einzelpersonen sein würde.“⁴⁴

Hinsichtlich des Korps der Politischen Leiter war der Bogen gewiss zu weit gespannt worden, doch erfolgte dies aus dem damals doch nur recht allgemeinen Wissen heraus, dass sich nicht nur wenige, sondern eben sehr viele Deutsche direkt an den Verbrechen beteiligt hatten. Diese seien nicht allein wegen der erschütternden Anzahl der Opfer ohne Beispiel in der Geschichte, sondern – so formulierte es Jackson – „noch furchtbarer und beispielloser dadurch, dass sich eine solch große Anzahl von Menschen zu ihrer Begehung zusammengetan hat. Hemmungs- und gewissenlos überließ sich

⁴¹ ThHStAW, RSH, Nr. 190, Bl. 398 ff.; Hervorhebung durch den Vf.

⁴² Ebenda. Das Dokument ist auszugsweise auch abgedruckt in Zwangsarbeit in Thüringen, a. a. O., S. 58-62.

⁴³ ThStAW, RSH, Bd. 190, Bl. 467.

⁴⁴ IMT, Bd. VIII, S. 415.

ein sehr großer Teil des deutschen Volkes der Betreuung durch diese Organisationen, und die Anhänger fühlten keine persönliche Schuld, als sie von einer radikalen Maßnahme zur anderen schritten. Noch mehr, sie wetteiferten in der Begehung von Grausamkeiten und Verbrechen.“⁴⁵ Dennoch war auch ihm völlig klar, dass es im Interesse einer gerechten und erfolgreichen Besatzungspolitik unabdinglich ist, „die organisierten Elemente aus der großen Masse der Deutschen auszusondern, und sie einer besonderen Behandlung zu unterwerfen. Das ist die grundlegende Aufgabe, mit der wir uns hier beschäftigen müssen.“⁴⁶ Für eine Lösung des unter Historikern bis heute umstrittenen Problems, wie es zum Massenanhang für die Faschisten hatte kommen können und welche Rolle dieser spielte, waren juristische Mittel wohl von vornherein wenig geeignet.

Die Tatsache, als Nazi-Führerkorps außer der Reichsleitung und den Gauleitern auch „die Kreisleiter und ihre Staboffiziere, die Ortsgruppenleiter, die Zellenleiter und die Blockleiter“ zu betrachten⁴⁷, sollte als den von Jackson benannten Umständen geschuldet gesehen werden. Möglicherweise spielte darüber hinaus auch ein für die damalige Zeit generell festzustellender unzureichender wissenschaftlicher Vorlauf in der Parteienforschung und -theorie, die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu entfalten vermochte, eine Rolle. Insofern waren – dies sage ich mehr als Historiker und nicht als Jurist – die „überaus vorsichtigen“⁴⁸ und einschränkenden Entscheidungen des Nürnberger Gerichtshofes der als verbrecherisch angeklagten Organisationen und Gruppen wenig hilfreich für die Zukunft.⁴⁹ Insbesondere hat sich vor allem die Bewertung des angeklagten Generalstab und das OKW als ein offensichtliches Versagen erwiesen.⁵⁰

Es besteht indessen keinerlei Anlass, dem Tribunal vorzuwerfen, es habe der These von einer Kollektivschuld der Deutschen gefrönt. Ebenso wenig sind jedoch auch Bemühungen zu akzeptieren, den Begriff der verbrecherischen Organisation wahllos und gleichsam als politischen Kampfbegriff zu verwenden.⁵¹ Unter den Kriterien, nach denen in Nürnberg in diesem Teil des Prozesses angeklagt und geurteilt worden ist, spielte – neben dem der Freiwilligkeit im Zusammenschluss zu einem allgemeinen Zweck – der Bezug zum grundsätzlichen Inhalt der Anklage eine ausschlaggebende Rolle. Jackson formulierte dies so: „Die Ziele der Organisation müssen in dem Sinne verbrecherisch gewesen sein, dass sie dazu bestimmt waren, Handlungen zu begehen, die im Artikel 6 des Statuts als Verbrechen gekennzeichnet sind.“⁵² Und das Statut hatte bekanntlich die Verbrechen gegen den Frieden sowie die Verbrechen gegen Kriegsrecht und Menschlichkeit während des Krieges als Gegenstand der Anklage benannt.

Dies 60 Jahre nach dem Nürnberger Prozess zu betonen gibt es genügend Anlässe und auch Ansätze – ich denke da an Versuche einiger Juristen, die Erweiterung der „Reichweite des Verbrechensbegriffs und seiner Anwendbarkeit auf Großkollektive, Machtapparate und politische Systeme“ als Fortentwicklungsmöglichkeit des Völkerstrafrechts zu initiieren⁵³ – doch das reicht weit über die

⁴⁵ IMT, Bd. VIII, S. 389.

⁴⁶ IMT, Bd. VIII, S. 389 f.

⁴⁷ IMT, Bd. VIII, S. 408.

⁴⁸ So urteilte z.B. Peter Alfons Steiniger in: Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof. Ausgew. und eingel. von Prof Dr. P. A. Steiniger, Berlin 1957, Bd. I, S. 31.

⁴⁹ Es wäre nach meiner Auffassung durchaus zu diskutieren, ob das Organisationsverbrechen, so neuartig es damals auch erschien, wirklich „materiell nichts über den Verschwörungstatbestand Hinausgehendes“ ausgewiesen habe und lediglich prozessual „eine sinnvolle, weil rechtsvereinheitlichende und kräftesparende Arbeitsteilung zwischen dem IMT und den nationalen bzw. Besatzungsgerichten der einzelnen Länder“ dargestellt hat. Siehe Steiniger, a. a. O.

⁵⁰ So urteilte bereits Steiniger, a. a. O., S. 32.

⁵¹ So erklärte Hubertus Knabe, ein Mitarbeiter der Birthler-Behörde, es sei ein Fehler gewesen, dass das MfS der DDR nicht als eine verbrecherische Organisation gekennzeichnet worden sei und sich jetzt die „Sanftmut des Rechtsstaates“ rächen würde. Zit. nach Neues Deutschland, 13.04.2006, S. 2.

⁵² IMT, Bd. VIII, S. 404 f.

⁵³ Siehe hierzu vor allem Herbert Jäger: Makroverbrechen als Gegenstand des Völkerstrafrechts. Kriminalpolitisch-kriminologische Aspekte. In: Gerd Hankel und Gerhard Stuby (Hrsg.): Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995, S. 325-354. Der Vf. sieht

beiden hier vorgestellten Männer hinaus, von denen der eine Verbrechen beging und der andere mit dem Mandanten durchaus auch diese verteidigte.

Von den Urteilen zur „Gnadenarie“. 60 Jahre nach dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Konferenzbeiträge, Pankower Vorträge, Heft 86, „Helle Panke“ e. V., Berlin 2006, S. 56-67.

in der notwendigen Ausweitung des Strafrechts auf die Makrodimension kollektiver Verbrechen „das zentrale kriminalpolitische Grundlagenproblem“ des Völkerstrafrechts. (Ebenda, S. 350)

„... und ich beschloß, sie umbringen zu lassen“

Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 2006

„Jetzt will man sie vollends vernichten, diese Frau, deren schwächlicher Körper eine so glühende, große Seele, einen so kühnen, glänzenden Geist trägt, und die vor der Geschichte der menschlichen Kultur ruhmvoll bestehen wird, wenn die 42-cm-Helden der militaristischen Barbarei in Verachtung oder Vergessenheit versinken.“

*Karl Liebknecht***Fehler! Textmarke nicht definiert.**, Armierungssoldat und Untersuchungshäftling, am 17. Juli 1916 in einem Schreiben an das Königl. Gouvernementsgericht Berlin zur erneuten Verhaftung von Rosa Luxemburg

Die hervorragenden Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die führenden Köpfe des Spartakusbundes und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurden am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet. Der Sohn Wilhelm Liebknechts, des Kampfgefährten von August Bebel, Karl Marx und Friedrich Engels, der Rechtsanwalt, der Reichstags- und preußische Landtagsabgeordnete, und die in Russisch-Polen verfolgte, zunächst in die Schweiz und dann nach Deutschland emigrierte revolutionäre marxistische Theoretikerin und Publizistin hatten das gemeinsame Geburtsjahr 1871. Sie vollendeten ihre kämpferischen Lebenswege am gleichen Tag, gefangen und wehrlos, durch das Verbrechen bewaffneter und veretzter Täter in den Uniformen des Deutschen Reiches. Wir gedenken ihrer und vergegenwärtigen uns ihr Vermächtnis.

Erst nach dem Ausbruch des Weltkrieges und mit der Abkehr der Mehrheitssozialdemokratie von den Beschlüssen und Erklärungen der SPD und der II. Internationale gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, die buchstäblich bis zum Vorabend des Kriegsbeginns verkündet worden waren, rückten Liebknecht und Luxemburg enger zusammen. Bedingungsloser Antimilitarismus und großer persönlicher Mut gegenüber bisherigen Weggefährten wie gegen die herrschende Reaktion bildeten die Voraussetzungen dieses hohen Einsatzes. Begleitet von Gleichgesinnten wie Franz Mehring, Clara Zetkin und anderen wurden sie und zahlreiche Mitstreiter von der Militärdiktatur und deren, während der Kriegsjahre unter Wilhelm II. in breitester Front vereinten, politischen Stützen mit Haß, Verleumdungen, Anklagen, Prozessen und Haftstrafen verfolgt.

Ihre Verbundenheit zeitigte eindrucksvolle Zeugnisse der Solidarität. „Was ist mit Liebknecht?“ war ein illegales, von Rosa verfaßtes Flugblatt des Spartakusbundes vom Juni 1916 überschrieben, mit dem gegen das eingeleitete gerichtliche Verfahren und angestrebte Urteil mobilisiert werden sollte. Der „verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse“ solle gemeuchelt und von der öffentlichen Bühne beseitigt werden: „Arbeiter! Liebknechts Sache ist eure Sache. In Liebknecht will man euch treffen, euch meucheln, euch zum Verstummen bringen. In Liebknecht soll die Auflehnung des deutschen Proletariats gegen das Verbrechen des Krieges niedergestampft werden. Werdet ihr das dulden? Nein und tausendmal nein!“

Bereits selbst inhaftiert, protestierte Liebknecht am 17. Juli 1916 dagegen, „daß am 10. Juli meine Freundin Rosa Luxemburg verhaftet“ wurde. Öffentliche Mitteilung darüber werde verhindert und die Schande verhehlt: „Diese Schergen der Freiheit, diese Henker der Wahrheit – das ist das ‚Deutsche Reich‘! Sie sind’s, die im Krieg nach dem Zepter der Welt greifen! Ein Sieg in ihren Händen wäre ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Menschheit.“ Die Macht in Rosa Luxemburg werde die Kerkermauern sprengen und triumphieren.

Karl Liebknecht war als Verfasser der Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ unmittelbar nach ihrem Erscheinen im Frühjahr 1907 vom preußischen Kriegsminister beim Oberreichsanwalt angezeigt und des Hochverrats bezichtigt worden. Die Schrift wurde beschlagnahmt und gegen den Autor Anklage erhoben. Am 12. Oktober 1907 wurde Liebknecht vom Reichsgericht in Leipzig der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens für schuldig erklärt und zu Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, die er bis zum 1. Juni 1909 auf der Festung Glatz verbüßte. Er widerstand

dem nationalistischen und militaristischen Taumel in den Wochen und Monaten des Kriegsbeginns und stimmte am 2. Dezember 1914 im Reichstag als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Im Mai 1915 erschien sein berühmtes Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.

Karl und Rosa 1905, 1911 und 1916 in Jena

Wir erinnern daran, daß Luxemburg und Liebknecht in ihrem unermüdlichen und selbstlosen politischen Wirken auch Spuren in der Geschichte Thüringens hinterlassen haben. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im September 1905 in Jena hielt Rosa zwei Reden: Über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften sowie über die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Auseinandersetzung mit ihren innerparteilichen Gegnern bildete – für sie höchst charakteristisch – ein durchgängiges Anliegen, das sie mit Angriffslust, Ironie und zwingenden, präzisen Argumentationen verfolgte. Wir sehen die russische Revolution, sagte sie, und wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten: „Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als – das war der Sinn seiner Worte – dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige, staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkaufte sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für die eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer.“ Dabei gehe es augenblicklich nicht einmal darum, den Massenstreik, geschweige denn die Revolution zu proklamieren. Karl Liebknecht sprach in mehreren Diskussionsbeiträgen in Jena zu Gewerkschaften und Maifeier, zum Massenstreik, zur antimilitaristischen Propaganda und zur Klassenjustiz.

Auch an den Debatten eines weiteren sozialdemokratischen Parteitages in Jena vor dem Ersten Weltkrieg, vom 10. bis 16. September 1911, nahmen Karl und Rosa als entschiedene Vertreter des linken Flügels teil. Beide sprachen zur akuten Marokkokrise, den friedensbedrohenden Machtdemonstrationen der Reichsregierung (Kanonenboot nach Agadir) und den darin liegenden Gefahren verschärfteuropäischer Spannungen. Rosa Luxemburg kritisierte die unzureichende Aktivität des Parteivorstandes in diesem außenpolitischen Konflikt, der sich in der Tat geschichtlich als ein Markstein auf dem Weg in den Weltkrieg erwiesen hat. Sie hatte auch Anlaß, persönliche Angriffe seitens des Vorstands und aus dem rechten Flügel der Partei abzuwehren. Karl Liebknecht ergriff außerdem das Wort zur Jugendarbeit sowie – als Begründung eines entsprechenden Antrags – zur zaristischen Gewaltpolitik gegen Finnland.

Liegt der hundertste Jahrestag des SPD-Parteitages von 1905 in Jena gerade wenige Monate zurück, so steht der neunzigste eines anderen denkwürdigen Datums in einem Vierteljahr bevor: Die Osterkonferenz vom 23. und 24. April 1916 in Jena, die Karl Liebknecht mit über fünfzig jungen Leuten der sozialistischen und antimilitaristischen Bewegungen aus dem ganzen Reich – darunter aus Erfurt, Gera, Gotha, Jena und Weimar – illegal zusammenführte. Karl Liebknecht war bereits Pfingsten 1911 Redner auf der Kundgebung des 2. Thüringer Arbeiterjugendtages in Ilmenau gewesen. In seinen Notariatsräumen in Berlin beriet er am 1. Januar 1916 mit einem kleinen Kreis gesinnungsverwandter Sozialdemokraten den weiteren Kampf gegen Krieg und Militarismus, der den Hauptinhalt des Treffens in Jena bildete.

Aus Thüringen hatte an der Beratung am Neujahrstag der Jugendfunktionär Curt Böhme aus Jena teilgenommen. Er erhielt von Liebknecht nach Abschluß der Jenaer Osterkonferenz – während der Rückkehr vom Spaziergang zum Jenzig am Ostermontag – das Manuskript für das Antikriegsflugblatt zum 1. Mai zur Herstellung und Verbreitung. Es wurde – wie bereits das Flugblatt Liebknechts vom Mai 1915 – unter strengster Geheimhaltung bei dem Sozialdemokraten August Gretscher in Jena-Ost (heutige Karl-Liebknecht-Str. 85) gedruckt, nach Berlin gebracht und dort verteilt. Böhme wurde noch im gleichen Jahr unter militärische Schutzhaft gestellt und von der sozialdemokrati-

schen Parteiführung gemäßregelt. Der spätere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete (1924-1931) war 1944/45 wiederum Häftling, nunmehr im Polizeigefängnis Jena und im KZ Buchenwald; von 1948 bis 1956 wirkte Böhme als Oberbürgermeister von Gera. Weitere Konferenz-Teilnehmer verbüßten Haftstrafen, wurden Kriegsoffer oder gingen ebenfalls den Weg in den Widerstand gegen den Faschismus, der zu erneuter Verfolgung und Haft – im Fall von Georg Schumann bis zur Hinrichtung in Dresden am 11. Januar 1945 – führte.

Verlauf und Beschlüsse der Jenaer Osterkonferenz waren von den antimilitaristischen und internationalistischen Positionen der kämpferischen Linken in der europäischen Arbeiter- und Friedensbewegung geprägt. In der angenommenen Resolution hieß es: „Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute während des Weltkrieges mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Bern (1915). Heute, während des Weltkrieges, ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Abschließend wurde appelliert, die bevorstehenden Maifeiern als Friedensdemonstrationen zu gestalten.

Das von Liebknecht verfaßte Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ ging davon aus, daß der 1. Mai zum zweiten Mal „über dem Blutmeer der Massenmetzelei“ aufsteige und die sozialistische Internationale darniederliege. Es rief zum Widerstand gegen die Kriegspolitik, ihre Opfer und sozialen Folgen, auf und schloß mit dem Appell: „Fort mit den ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, sondern das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung! Auf zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet!“ Das Flugblatt und Liebknechts Aufrufe gegen den Krieg und die Regierung am Abend des 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin führten zu Verhaftung, Prozeß und erneuter Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Haft, die er bis Oktober 1918 im Zuchthaus Luckau verbüßte, und die ausgefüllt waren mit dem Abfassen von Briefen, Eingaben, Mitteilungen und Artikeln.

Die Namen von Rosa und Karl haben auch deshalb ihre Strahlkraft behalten, weil unterschiedliche, ja gegensätzliche Traditionslinien vom damaligen Geschehen über die folgenden Jahrzehnte mit ihren Erschütterungen, Verbrechen und Opfern bis in die Gegenwart führen. Die Persönlichkeit Rosa Luxemburgs bildete in der Tat für die deutsche Rechte aller Schattierungen eine schwer erträgliche Herausforderung: jüdisch, marxistisch, „ausländisch“, wissenschaftlich gebildet, erfolgreiche Autorin und Rednerin. Sie erwies sich als dermaßen emanzipiert und couragiert, daß sie sich schon als junge Frau selbst durch die an Alter, Ämtern und Auszeichnungen überlegenen Männer nicht mehr autoritär und patriarchalisch beeindrucken und bevormunden ließ. Kaum ins Deutsche Reich gekommen, sah sie sich 1898 bereits als „jüdisches Frauenzimmer“ von den vordrängenden, organisierten und aggressiv auftretenden Antisemiten rassistisch attackiert.

Chancen und Glorifizierung eines Täters 1919 bis 1970

Die Kontinuitäten über die zurückliegenden 87 Jahre werden in diesem Land auch auf der Täterseite eklatant sichtbar. Waldemar Pabst, Hauptmann und Stabschef der Gardekavallerieschützendivision, Kommandeur des Tätertrupps im Eden-Hotel, Berlin, und Hauptverantwortlicher der Exzesse vom 15. Januar 1919, realisierte den Mordaufruf der Antibolschewistischen Liga vom Dezember 1918, in dem gegen Spartakus gehetzt und gefordert wurde: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Pabst absolvierte nach jenen Morden eine antirepublikanische und rechtsextreme Karriere, die für größere Kreise mit vergleichbarer Herkunft, Prägung und Statusproblemen seit dem Ende von Krieg und Monarchie charakteristisch war. Es geht um eine soziale und politische Gruppe, die schließlich erheblich zum Aufkommen des Faschismus und zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug. Pabst war 1920 führend am Kapp-Putsch beteiligt, agierte in und mit konterrevolutionären bis prä-

faschistischen Zusammenschlüssen wie Antibolschewistische Liga, Einwohnerwehren, Juniklub, Nationale Vereinigung, Nationalklub und Gesellschaft zum Studium des Faschismus (1931-1933). Vorsitzender der Letzteren war übrigens Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der mit Pabst auch im Nationalklub verbunden war. An antidemokratischen Umtrieben in Tirol und Österreich beteiligt, pflegte der berufsmäßige Staatsterrorist Ende der zwanziger Jahre auch Verbindungen zum längst von ihm geschätzten italienischen Faschismus.

Nach 1945 konnte Pabst seine fürs bürgerliche Deutschland des vergangenen Jahrhunderts ziemlich normale Karriere als Geschäftsmann in Düsseldorf fortsetzen. In einem Interview mit dem neofaschistischen „Studenten-Anzeiger“ (München) vom 15. Januar 1962, äußerte er, den Mord an Liebknecht und Luxemburg bewußt geplant zu haben, und bekannte sich uneingeschränkt zu der Tat. Auf einer Versammlung der KPD habe er beide reden hören und den Eindruck gewonnen, daß sie die geistigen Führer der Revolution seien, „und ich beschloß, sie umbringen zu lassen.“ Das sei auch moralisch-theologisch vertretbar gewesen: „Entscheidend ist und war einzig und allein: Bestand die Notwendigkeit, die unter erheblichen Mühen gefangengenommenen führenden Kommunisten ... dasjenige Ende finden zu lassen, mit dem jeder Führer einer Revolution im Verlauf von Straßenkämpfen zu rechnen hat? Ich muß diese Notwendigkeit, und zwar im allerhöchsten Maße, für die damalige Situation bejahen.“ Hier wurde der faschistische Umgang mit politischen Gegnern und rassistisch Verfolgten, der schließlich in die Vernichtungsorgien zahlreicher KZ, sonstiger Haftanstalten und Tatorte sowie in unzählige Geisel- und Gefangenenermorde mündete, vorweggenommen. Tatsächlich führt in der deutschen Geschichte ein durchgehender blutroter Faden vom 15. Januar 1919 bis zum Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 sowie schließlich zum Ende der Barbarei am 8. Mai 1945.

Pabst hatte die dreiste Rechtfertigung des Mordes im antikommunistischen Klima der Bundesrepublik als für sich selbst ungefährlich angesehen, und er behielt darin recht. Sowohl vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als auch von Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul – im Auftrag der Witwe Sophie Liebknecht – waren Strafanzeigen gegen Pabst wegen der öffentlichen Billigung von Mord gestellt worden. Die Ermittlungen wurden ergebnislos eingestellt. Die zuständigen Juristen konnten sich durch einen dieses Verhalten billigenden Kommentar im regierungsoffiziellen Bulletin vom 8. Februar 1962 bestärkt und bestätigt sehen. Anlässlich des Ablebens des fast neunzigjährigen Pabst (29. Mai 1970) hieß es über ihn in einem in der „Welt“ veröffentlichten Nachruf: „Ein im Krieg und Frieden ganz besonders verdienter Offizier, ein begeisterter Soldat ging in Gottes ewigen Frieden ein nach einem kämpferischen Dasein, in dem er ohne Rücksicht auf Gunst oder Mißgunst den Weg ging, den er für sein Vaterland und für die freie Menschheit für richtig hielt.“

Der an der Humboldt-Universität wirkende Historiker Heinrich August Winkler erwähnte in einem im Jahr 2000 erschienen Abriß deutscher Geschichte vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis 1933 den Mord und die milden Haftstrafen für zwei Mittäter bei völliger Straflosigkeit der Hauptverantwortlichen, und fügte hinzu: „Die ermordeten kommunistischen Führer waren mitverantwortlich für das Blut, das während der Januarkämpfe vergossen wurde. Das galt vor allem für Karl Liebknecht, der wider alle Vernunft zum Sturz der Regierung aufgerufen hatte.“ Rosa Luxemburg habe die revolutionären Massen gepriesen, obwohl diese der „besseren Einsicht der sozialistischen Theoretikerin“ zuwidergehandelt hätten. Winkler äußert dieses Verdikt über revolutionäres Handeln um die Jahreswende 1918/19 in Kenntnis sowohl der Vorgeschichte der bürgerkriegsartigen Erschütterungen seit 1914 als auch der katastrophalen mittel- und langfristigen Wirkungen des damaligen Triumphs einer rachsüchtigen und mörderischen Gegenrevolution. Der staatstragende Historiker teilt den antikommunistischen Grundkonsens der Herrschenden und ihren Anspruch auf die Legitimität der Restauration und Kontinuität ihrer Besitzstände, Privilegien und Leitbilder.

Internationalismus und Menschlichkeit angesichts eines Genozids im frühen 20. Jahrhundert

An einem Thema der heutigen internationalen Geschichtsdiskussion sei exemplarisch illustriert, auf welches internationalistische und humanistische Erbe wir im Wirken von Karl und Rosa zurückgreifen können. Es geht um den Massenmord an der armenischen christlichen Minderheit in der Türkei

während des Ersten Weltkrieges 1915/16 sowie dessen heutige Darstellung und Bewertung, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem vorzubereitenden, umstrittenen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Das damalige Verbrechen in dem mit dem Deutschen Reich verbündeten und wirtschaftlich wie militärisch eng verflochtenen Osmanischen Reich hatte eine jahrzehntelange Vorgeschiede in Gestalt von Pogromen, Massakern und Repressionen. Im Oktober 1896 schrieb Rosa Luxemburg auf Grund solcher Anlässe eine Artikelserie in der in Dresden erscheinenden Sächsischen Arbeiter-Zeitung zur Situation in der Türkei und zu deren inneren nationalen Konflikten. Sie kam zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie prinzipiell immer auf Seiten der freiheitlichen Bestrebungen stehe: „Die christlichen Nationen, gegebenenfalls die Armenier, wollen sich von dem Joch der türkischen Herrschaft befreien, und die Sozialdemokratie muß sich rückhaltlos für ihre Sache erklären.“ Ihre fundierte und folgerichtige Position wurde von Wilhelm Liebknecht im Zentralorgan „Vorwärts“ angegriffen, was Luxemburg zu einer Erwiderung und einer prinzipiellen Kritik an der Türkei-Politik sozialdemokratischer Führungskreise veranlaßte.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es nicht uninteressant, am Beispiel dieses erheblichen historisch-politischen Themenkreises die Namenspatronin der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem ihrer prominenten Zeitgenossen, dem Namensgeber einer anderen parteinahen Stiftung in der Bundesrepublik, zu vergleichen. Der Pfarrer, Publizist und Politiker Friedrich Naumann (1860-1919) war in jener Zeit Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins (1896-1903), gehörte danach den Führungsgremien freisinniger Parteien und in seinem letzten Lebensjahr dem Gründerkreis der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik an. Nicht zuletzt unter dem Einfluß des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, erhielt die FDP-nahe Stiftung seinen Namen. Naumann verfolgte das widersprüchliche Konzept einer sozialliberalen inneren und großmachtpolitischen äußeren Orientierung des Deutschen Reiches. Die Arbeiterschaft sollte auf diesem Wege gesellschaftlich integriert sowie als Träger der Monarchie und „nationaler“ äußerer Macht- und Interessenpolitik formiert werden. Damit wollte Naumann als entschiedener Anhänger des deutschen Kaisertums und weltweiter deutscher Expansionspolitik den bestimmenden Einfluß der junkerlich-aristokratischen und rechtskonservativen Kreise auf Wilhelm II. und die Reichsregierung zurückdrängen. Bedingungslos stellte er sich hinter die koloniale Expansion, die Flotten- und Heeresrüstung und den Drang nach deutscher Weltgeltung. Nicht zufällig setzte sich das widerspruchsvolle Programm Naumanns in den späteren unterschiedlichen bis gegensätzlichen Wegen damaliger junger Schüler und Anhänger wie der Journalisten Theodor Heuss und Otto Nuschke fort.

Seinem strategischen Konzept folgend, unterstützte der politisierende und publizierende Pfarrer Naumann bedingungslos die Nahostpolitik des Kaisers sowie der Reichs- und Heeresleitung, die inzwischen längst zu einem Hauptweg der Militärbündnisse und der Expansion des deutschen Kapitals geworden war. Von ihnen übernahm er die Verharmlosung oder gar Rechtfertigung türkischer Repressionen und Pogrome gegen die christliche armenische Minderheit. Das löste unter seiner überwiegend protestantischen Anhängerschaft wiederholt empörten Widerspruch und scharfe Kontroversen aus. In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Die Hilfe“ vom 18. September 1898 wandte sich Naumann gegen solche kritischen Stimmen und plädierte dafür, die „alte preußische Politik der Türkenfreundschaft“ fortzusetzen, um „beim Zerfall der Osmanenmacht unsere Hand im Spiel“ zu haben. Er verstieg sich zu einer skrupellosen Rechtfertigung seiner eigenen Haltung mit den Worten: „Es handelt sich bei den Armeniern weniger darum, daß sie Christen sind, als daß sie Armenier sind.“ Es läge bei den Engländern, die Armenier zu vertreten. Während des Weltkrieges mündete das Wirken Naumanns in die berühmte Schrift „Mitteleuropa“. Als publizistisch-propagandistischer Gehilfe des Reichsamtes des Innern, des Auswärtigen Amtes, der Obersten Heeresleitung und weiterer nationalistischer und militaristischer Institutionen und Verbände entwickelte er eine große Geschäftigkeit für die deutschen Waffen. Er ist mit seinen nationalistischen, monarchistischen und militaristischen Leitbildern und Bestrebungen durchaus repräsentativ für den Niedergang und selbst für tragikomische Irrwege des deutschen „Liberalismus“.

Heinrich Vierbücher war als Dolmetscher und Übersetzer 1915 bis 1918 in der Türkei Augen- und Ohrenzeuge der Verbrechen an den Armeniern geworden. Als Aktivist in der gewerkschaftlichen

und der Friedensbewegung in der Weimarer Republik sowie als Antifaschist veröffentlichte er nach Reden und Aufsätzen zu diesem Problemkreis 1930 die Schrift „Armenien 1915. Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, neu veröffentlicht 2004 im Donat Verlag, Bremen. Die an historisch-politischen Fakten, an Zeugen und eigenen Erfahrungen reiche und eindringliche Darstellung übte scharfe Kritik an der Politik von Kaiser und Reichsregierung sowie Deutscher Bank und Krupp als Nutznießern der nahöstlichen Expansionslinie des Deutschen Reiches. Vierbücher nannte Friedrich Naumann unter denjenigen, die „in Deutschland über das türkische Problem eine Meinungsfabrikation betrieben, die an Gefährlichkeit mit der Arbeit der Alldutschen wetteiferte.“ Und: „Kein Wort der Verurteilung fand der Herr Pfarrer für den ihm zweifellos bekannten Armeniemord von 1915.“

Auf dem Höhepunkt des Verbrechens in der Türkei brachte Karl Liebknecht Anfang 1916 im Reichstag die Anfrage ein: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?“ Dem Reichskanzler sei bekannt, antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes am 11. Januar 1916 im Reichstag, „daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat.“ Dazu fände „wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme“ ein Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen statt.

Angesichts der völlig unbefriedigenden Entgegnung bat Liebknecht unter „Heiterkeit“ im Hause (! – L. E.) um das Wort zur Ergänzung und fragte: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen – (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. – Rufe: ‚Ruhe! Ruhe!‘)“. Liebknecht wurde zu diesem Thema das Wort entzogen. Die Reichsregierung hatte die verlogene türkische Darstellung der Konflikte übernommen. Sie war nicht bereit, inmitten des Krieges einer verbündeten Macht gegenüber ernsthaft auf der Klärung dieser Fragen oder gar einer Initiative zugunsten der armenischen Minderheit zu bestehen. Rund ein Jahrhundert später nehmen es deutsche Bundesregierungen aus Staatsräson und wiederum unter Zurücksetzung humanitärer Erwartungen hin, daß türkische Politiker andauernde Verbrechen gegen die kurdische Bevölkerung leugnen oder mit Fälschungen zu rechtfertigen suchen.

Das Anliegen Liebknechts wurde von keinem weiteren Abgeordneten der sozialdemokratischen oder einer anderen Fraktion unterstützt. Das Deutsche Reich lud auch aufgrund der engen militärischen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung endgültig eine erhebliche Mitschuld an den von Staats wegen organisierten Verbrechen an einer Minderheit auf sich, denen nach heutigen begründeten Schätzungen eine bis anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Namen einzelner mutiger Helfer wie Pfarrer Johannes Lepsius (1858-1926) aus Halle und Karen Jeppe (1876-1935) aus Dänemark verdienen Erinnerung und Würdigung. Das gilt für die Politiker und Publizisten verschiedener Länder, die sich bei ihrem Engagement gegen Anfeindungen und Ausgrenzungen vom vorrangigen Maßstab elementarer Menschenrechte für Minderheiten und Schwächere leiten ließen. In dem von der Fraktion der CDU/CSU im Februar 2005 im Bundestag eingebrachten Antrag zum Gedenken an die armenischen Opfer (Drucksache 15/4933) wird die einzige kritische Intervention im Reichstag – die von Karl Liebknecht – ebenso wenig erwähnt wie das historisch-politische und moralische Versagen der je eigenen Vorgängerparteien und deren politischer Repräsentanten. Das gilt auch für alle Reden der Fraktionen in der dazu am 21. April 2005 im Bundestag geführten Debatte. Bei Geschichtsdiskussionen im politischen Raum finden – entgegen oft vollmundiger Appelle an die Adresse politischer Gegner – Wahrheitsliebe und Objektivität immer wieder ihre parteipolitischen und ideologischen Grenzen.

* * *

Am Beginn des Jahres 2006 können wir feststellen, daß in den intensiven geschichtsideologischen Auseinandersetzungen seit Anfang der neunziger Jahre gegen einen massiven antikommunistischen Druck Namen und Symbole der besten sozialdemokratischen, kommunistischen und antimilitaristischen Traditionen verteidigt werden konnten. In Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Weimar und anderen Städten und Gemeinden Thüringens tragen weiterhin Straßen die Namen von August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Sehen wir unsere Aufgabe darin, diese wichtigen äußeren Zeichen unseres Erbes mit Inhalt, mit dem Wissen über das Wollen und Wirken jener Sozialisten und Kriegsgegner zu erfüllen und ihr ideell-politisches Vermächtnis in die heutigen Auseinandersetzungen einzubringen. Die parteinahe Stiftung der Linkspartei hat nun auch in Thüringen den Namen Rosa Luxemburgs angenommen. Damit wird ein hoher aufklärerischer und kultureller Anspruch bekundet, dem – wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen – auch in den eigenen Reihen keineswegs selbstverständlich oder gar im Selbstlauf, ohne nachdrückliches Bemühen, entsprochen werden kann. Mögen von Begegnungen wie der heutigen Anstöße für diese Anliegen ausgehen, ohne deren Verwirklichung auf Dauer die unverzichtbare geistig-kulturelle Dimension einer kapitalismuskritischen und sozialistischen Alternative weder behauptet noch erfolgreich verwirklicht werden kann.

Für den Druck bearbeitete Fassung einer Ansprache auf einer gemeinsamen Veranstaltung von DGB, Jungsozialisten, Linkspartei.PDS, SPD und WASG zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 15. Januar 2006, Erfurt.

Vorbemerkung

Wer in der vorliegenden Publikation auf die Überschrift des zweiten Teiles stößt, wird sich möglicherweise sofort an ein Heft der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. erinnern, das bereits vor zwei Jahren unter dem Titel „Blutspuren des 20. Juli 1944“ erschienen ist. Ja, wir veröffentlichen diesen Text hier erneut. Veranlaßt hat uns dazu die große Resonanz, die er hervorgerufen hat – das Heft war binnen kurzer Zeit vergriffen. Angesichts des breiten Interesses, aber auch mit Blick auf die gerade in jüngster Zeit an Intensität zunehmenden Auseinandersetzungen um die geschichtliche Rolle Ernst Thälmanns schien es uns jedoch sinnvoll, einen Nachdruck zu verbinden mit einer neuen Ausarbeitung des Verfassers, in der er seine Sicht auf den gegenwärtig erreichten Stand wissenschaftlicher und politischer Beschäftigung mit dem 1944 ermordeten langjährigen Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands darstellt.

Der 60. Jahrestag der Ermordung Thälmanns am 18. August 2004 und die 120. Wiederkehr seines Geburtstages am 16. April 2006 dürfen sicher als Auslöser der zunehmenden Debatten betrachtet werden. Daß diese mehr und mehr den Charakter prinzipieller Kontroversen annehmen, resultiert wohl vor allem aus der Vielzahl jener neuen Fragen, die sich heutzutage in neuer Dringlichkeit den Linken in Deutschland stellen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der als „Umbau“ geschönten radikalen Destruktion sozialstaatlicher Verantwortung, der Zunahme rassistischer Erscheinungen sowie der unverhohlenen Bereitschaft, wirtschaftliche Probleme und gesellschaftliche Konflikte vorwiegend mit militärischen Mitteln zu lösen, muß in Deutschland ein Politikwechsel angestrebt werden. Dieser ist unumgänglich, wenn den Schritten in eine unsoziale, menschen- und letztlich auch menschenrechtsfeindliche Zukunft erfolgreich widerstanden werden soll.

Um die Probleme unserer Zeit erfassen und richtige Wegweisung gewinnen zu können, sind Antworten auch aus eingehender Analyse geschichtlicher Erfahrungen erforderlich. Insbesondere der Weg zu einer neuen Partei links von der Sozialdemokratie verlangt einen Blick zurück. Solche Rückschau darf weder Fehler und Schwächen bisheriger gesellschaftsändernder Versuche übersehen – schon gar nicht jene Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen worden sind –, ihr kann aber ebenso wenig erlaubt werden, pauschale Verdammungsurteile zu fällen. Der dabei notwendigerweise zu begehende Grat ist schmal. Die hier veröffentlichten Überlegungen des Berliner Historikers Dr. sc. Ronald Sassning zum Platz Ernst Thälmanns in der Geschichte, zu notwendiger Kritik an ihm sowie zu einer gerechten Anerkennung seiner Leistungen bieten dazu gleichermaßen Beispiel und Anregung zu weiterem Nachdenken.

Jena, 31. März 2006

Manfred Weißbecker

Ronald Sassning, Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2006, S. 5.

Juwelen oder gewöhnliche Glassteinchen im Streit um den Faschismusbegriff?*

Die originelle Art und Weise, in der die Zeitschrift „Erwägen Wissen Ethik“ (vormals „Ethik und Sozialwissenschaften“) Debatten um den Faschismusbegriff organisiert und publiziert, ist bereits bekannt. Ihrem „erwägungskulturellen“ Format folgt auch der vorliegende Band. Dieser setzt im Grunde fort, was vor Jahr und Tag seinen Niederschlag in der von Werner Loh und Wolfgang Wippermann herausgegebenen Publikation „Faschismus‘ – kontrovers“ gefunden hatte.¹ Nun waren erneut einige Gelehrte – zu ihrer Auswahl wird noch etwas zu bemerken sein – eingeladen, zu einem einleitenden Beitrag auf knapp bemessenem Raum Stellung zu nehmen. Hatte zuvor Wippermanns Text „Was ist Faschismus – Geschichte und Theoriegeschichte“ im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen um den Begriff des generischen Faschismus gestanden,² so bemühte sich nunmehr der britische Historiker Roger Griffin (bekannt durch sein 1991 veröffentlichtes und leider nicht in deutscher Übersetzung vorliegendes Buch „The Nature of Fascism“) um das bis in die Gegenwart reichende Thema „Fascism’s new faces (and new facelessness) in the ‚post-fascist‘ epoch“ (S. 29-67). Dem folgen zunächst Kommentare von David Baker (Warwick, Großbritannien), Jeffrey M. Bale (Monterey, USA), Tamir Bar-On (Toronto, Kanada), Alexander De Grand (North Carolina, USA), Martin Durham (Wolverhampton, Großbritannien), Roger Eatwell (Bath, Großbritannien), Peter Fritzsche (Illinois, USA), A. James Gregor (Berkeley, USA), Siegfried Jäger (Duisburg und Essen), Klaus Holz (Villigst), Aristotle Kallis (Lancaster, Großbritannien), Melitta Konopka (Bochum), Bärbel Meurer (Osnabrück), Philip Morgan (Hull, Großbritannien), Ernst Nolte (Berlin), Kevin Passmore (Cardiff, Großbritannien), Stanley Griffin Payne (Madison, USA), Friedrich Pohlmann (Freiburg im Breisgau), Karin Priester (Münster), Sven Reichardt (Konstanz), David D. Roberts (Georgia, USA), Albert Scherr (Darmstadt), Alfred Schobert (Duisburg), Robert J. Soucy (Oberlin, USA), Mario Snajder (Jerusalem, Israel), Andreas Umland (Kiew, Ukraine), Leonard Weinberg (Nevada, USA), Jan Weyand (Erlangen und Nürnberg) und Wolfgang Wippermann (Berlin).

Zu diesen 27 Beiträgen nimmt Griffin in einer ersten Replik detailliert Stellung (S. 243-283), womit zugleich die zweite Debattenrunde eingeleitet wird. An dieser beteiligen sich noch einmal 21 Historiker und Sozialwissenschaftler,³ teils euphorisch-zustimmend, teils distanziert oder auch um ausgleichende und weiterführende Vorschläge bemüht, ohne indessen in der Sache wesentlich Neues liefern zu können. Die abschließende und bilanzierende Sinndeutung des Themas und der Debatte ist wiederum Griffin zugebilligt worden (S. 411-457). Ergänzt wird der Band um eine am Rande geführte Debatte zwischen Gregor und Umland, in deren Mittelpunkt die Frage steht, ob es sich bei dem russischen „Eurasier“ Alexander Dugin – er kommt in einem Appendix „Fascism – borderless and red“ selbst zu Wort – um einen Faschisten handelt oder eher um einen pseudorassistischen Geopolitiker. Daß der Bogen insgesamt von den deutsch-völkischen Nationalisten des späten 19. Jahrhunderts bis zu den osteuropäischen postkommunistischen Ultranationalismen, insbesondere zum russischen Rechtsextremismus des frühen 21. Jahrhunderts, gespannt worden ist, veranlaßte wohl Verlag und Herausgeber dazu, den Band in eine Reihe aufzunehmen, die bislang ausschließlich Themen aus der sowjetischen und postsowjetischen Gesellschaft spiegelte. Ein kurzes und gerade den letzten Aspekt betonendes, gewisse Zweifel am Sinn der Dugin-Debatte nährendes Nachwort von Walter Laqueur beschließt den Band.

Führte der erhebliche Aufwand zu tragfähigen Ergebnissen? Wird der Band den vielfältigen und um die Zukunft bangenden Erwartungen der Gegner jener weltweit anzutreffenden Erscheinungen ge-

* Diskussion und Rezension von: **Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right.** Hrsg. von Roger GRIFFIN, Werner LOH und Andreas UMLAND. With an Afterword by Walter Laqueur (= Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 35). – Stuttgart: Ibidem-Verlag 2006. 510 S.

¹ Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH 2002. 252 S.

² Das entscheidende Kriterium des Faschismusbegriffs sieht Wippermann darin, „ob die jeweilige politische Erscheinung – seien es Personen, Parteien oder Regime – wirklich Ähnlichkeiten mit dem namen- und stilbildenden italienischen Faschismus hatte oder nicht.“ Ebd., S. 54.

³ Auf eine zweite Wortmeldung verzichteten Bar-On, De Grand, Fritzsche, Morgan, Payne und Scherr.

recht, die erneut als faschistisch zu bezeichnen sind bzw. dem historischen Faschismus ähneln oder die möglicherweise ein völlig neues, bislang begrifflich nicht erfaßtes Phänomen darstellen? Welche Erkenntnisse liefert das Buch zur Erhellung des Zustands unserer heutigen Gesellschaft? Eine eindeutige Antwort auf solche und andere Fragen kann hier nicht gegeben werden. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß neben zahlreichen anregenden Fragestellungen und Thesen auch unzureichende, teils sogar verwunderliche Aussagen stehen. Ferner lassen sich gravierende methodische Schwächen und durch sie bedingte Fehlstellen konstatieren. Manche Aussage zeugt zudem von relativ geringer Kenntnis des historischen Geschehens und des Standes seiner bisherigen wissenschaftlichen Erforschung. All das scheint einen der Diskutanten veranlaßt zu haben, einerseits von „Juwelen“, die angekündigt worden seien, und andererseits von „gewöhnlichen Glassteinchen“ zu sprechen, die es schließlich doch nur geworden seien (Pohlmann, S. 179). Eine andere Autorin wirft Griffin vor, er betreibe eine „kulturalistisches Glasperlenspiel“ (Priester, S. 193). Ein Politikwissenschaftler meinte sogar, der Hauptartikel stelle ein intellektuelles „nose blowing“ dar (Baker, S. 74).⁴

Aus der Sicht des Rezensenten kann insbesondere begrüßt werden, daß der Faschismusbegriff verwendet, also nicht allein auf das italienische Beispiel – weithin sogar unter Ausschluß des Nationalsozialismus – begrenzt wird. Ausgehend vom europäischen Beispiel ist die internationale Dimension des Gattungsbegriffs im Blick. Ebenso sinnvoll erscheinen alle Fragen, die darüber hinaus auch nach Ursachen, Wesen, Merkmalen und internationalen Dimensionen von Faschismus gestellt werden. Schließlich erscheinen auch die Vergleiche über die Zäsur des Jahres 1945 hinweg – Griffin spricht von *pre fascism*, *interwar fascism* und *postwar fascism* – als notwendig.⁵ Tatsächlich wird wohl nur so⁶ eine Faschismustheorie zu entwickeln sein, die mehr besagt als jene Hypothesen, welche sich lediglich auf einen speziellen historischen Zeitabschnitt beziehen. Demgegenüber hebt Griffin ein einzelnes, durchgängig feststellbares Merkmal hervor. Weil er dieses allerdings verabsolutiert, hält die von ihm dargelegte und von fast einem Dutzend der Beteiligten unterstützte neue „Theorie des Faschismus“ allerdings nur bedingt einer Prüfung stand. Das gilt ebenso für das vorwiegend verwendete Methodenkonstrukt. Insbesondere sind es drei der Grundgedanken Griffins, die im vorliegenden Band lebhaft, kontrovers und letztlich unentschieden diskutiert worden sind; sie sollen auch in den folgenden Bemerkungen kritisch beleuchtet werden.

Zum einen geht es dabei um die bereits früher von Griffin geforderte Einbeziehung des Nationalismus in die Suche nach einem Faschismusbegriff. Dies verdichtet er hier zu der These, das „definitorische Minimum“ des Faschismus sei lediglich im Bereich seiner Ideologie zu sehen und bestehe in einem ultranationalistischen Mythos nationaler Wiedergeburt, wofür der Begriff Palingenese steht –

⁴ Insofern kann man gespannt sein auf das für 2007 angekündigte Buch „Theories and Models of Fascism“, in dem sich Baker ausführlich mit Griffin auseinandersetzen wird.

⁵ Leider äußert sich Griffin nicht zu den Auffassungen des (an der Debatte nicht beteiligten) New Yorker Historikers Robert O. Paxton, der seine „Anatomie des Faschismus“ von dessen Taten her ableitet und nicht von den Proklamationen, Programmen, Ideologemen seiner Repräsentanten. Siehe dazu u. a. Werner Röhrs Rezension des Buches von Paxton in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, H. 28 (2006), S. 97-102.

⁶ In meiner Besprechung des Bandes „Faschismus – kontrovers“ (erschienen unter dem Titel „Begrenzte Vielfalt in Kontroversen zum Faschismus-Begriff“ in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 58, Juni 2004, S. 195-200) sei hier des Verfassers generelle Auffassung zitiert: „Dass es unterschiedliche Auffassungen über den Begriff *Faschismus* gibt, darf als altbekannte und unanfechtbare Tatsache gelten. Streit darüber, was mit ihm bezeichnet werden soll, existiert im Grunde seit jenem Zeitpunkt, da faschistische Bewegungen erstmals in europäischen Ländern in Erscheinung traten. Stets wurde er erbittert geführt; in manchen Zeiten besonders intensiv, in anderen weniger. Ungleiche Interessen bedingen nun einmal divergierende Sichten auf die Geschichte. Daher sollte sich keiner wundern, wenn für eine Reihe von Historikern – in ihre Zeiten eingebunden wie andere auch – weniger das zu zählen scheint, was tatsächlich geschehen ist, mehr dagegen das, was sie selbst gern als Geschehenes sehen möchte. Dennoch sollte jeder Geschichtswissenschaftler, liegt ihm mehr an historischer Wahrheit als an historisierender Meinung, den Versuch wagen, möglichst viele Interpretationen geschichtlicher Ereignisse miteinander zu vergleichen, jede von diesen selbst nach einem Körnchen Wahrheit abzuklopfen und alles in größtmöglicher Unvoreingenommenheit zu prüfen. Es könnte also ein großes Verdienst sein, möglichst viel gleichsam unter einen Hut zu bringen, sich konkret auf andere Meinungen zu beziehen, um schließlich auf gesicherter Grundlage vielfältiger Auffassungen zu einem abgerundeten Bild zu gelangen.“ Ebd. S. 195.

that „embraces a vast range of highly diverse concrete historical permutations“ (S. 29). Von Faschismus könne also demnach immer dann gesprochen werden, wenn sich Visionen bemerkbar gemacht hätten oder machen, welche auf die Wiederherstellung einer „nationalen Gemeinschaft“ zielen. Insofern dürfe Faschismus auch nicht als eine Erscheinung einer speziellen Epoche gesehen werden, sondern als ein über mehrere Epochen hinweg auftretendes Phänomen. In diesem Modell spielen indessen gesellschaftliche Zusammenhänge, sozialökonomische und politische Strukturen sowie konkrete historische Situationen keine Rolle. Alles das wird ausgeklammert und bleibt unberücksichtigt – das sich logisch daraus ergebende Verschwimmen von Begriffskonturen und deren willkürliche Verwendung werden gleichsam billigend in Kauf genommen.

Keine politische Bewegung, keine Strömung, keine Partei usw. kann auf ihre Ideologie reduziert werden – eigentlich eine geschichtswissenschaftliche Binsenweisheit. Wird diese mißachtet, offenbart sich dem Betrachter nichts anderes als ein ahistorischer Umgang mit allen anderen Faktoren aus dem umfangreichen Katalog aller Definitionsfaktoren, mit denen geschichtlich gegebene komplexe Erscheinungen zu analysieren nötig ist. Das Verabsolutieren eines einzigen Aspekts aus der Geschichte des Faschismus gerät so wieder einmal zu einer letztlich monokausalen Betrachtungsweise, was bekanntlich mit mehr oder weniger guten Gründen marxistischen Faschismusforschern vorgeworfen worden ist, nun aber als Grundlage für die Arbeit aller *non-marxist historians* angeboten wird.

Nachdrücklich wenden sich mehrere Autoren gegen Griffins „paligenetische“ Erklärungsversuche. Da wird mit Recht die fehlende Trennschärfe gegenüber rechtskonservativen Strömungen bemängelt. Manche haben das jeweilige konkrete Interessenkartell im Auge, ohne das – allen Sehnsüchten nach Wiedergeburt zum Trotz – nirgendwo der Faschismus an die Macht hätte gelangen können (Konopka, S. 144). Ein weiterer Einwand gilt der Gefahr, daß mit der faschistischen Ideologie auch die Perspektive der Täter von Auschwitz eingenommen werden könne (Meurer, S. 153). Von Belang erscheint ferner die Feststellung, eine Beschränkung „nationaler Wiedergeburtstrebungen“ auf den Faschismus lasse sich schlicht und einfach empirisch nicht belegen. Holz und Weyand verweisen beispielsweise in ihrem ersten Beitrag („Wiedergeburt“ – ein nationalistisches Geschichtsbild“) auf jene auf Deutschlands Nationwerdung zielenden antisemitischen Äußerungen, die aus dem Jahre 1879 und aus der Feder Heinrich von Treitschkes stammen. Sie fragen, ob dieser Historiker von Griffin nicht folgerichtig ebenfalls als Faschist bezeichnet werden müßte. Vertieft man diesem Gedankengang, wäre noch weiter in die deutsche Geschichte einzutauchen und ebenso jener deutsche Nationalismus zu befragen, der vor allem im Kampf gegen Napoleon in Erscheinung trat. Außerdem spielen bei Griffin – leider auch bei den meisten seiner Kritiker – jene Probleme keine Rolle, die in den antikolonialen Befreiungskämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg und im Rahmen des Kalten Krieges gesichtet werden konnten und die mit komplizierten Aspekten einer Konstituierung von Nationen insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent verknüpft gewesen sind. Nach vergleichbaren Prozessen im islamischen Raum wird nicht gefragt.

In seiner ersten Replik unternimmt Griffin den Versuch, dem „Mythos nationaler Wiedergeburt“ ein weiteres Kriterium hinzuzufügen: Von Faschismus sei zu sprechen, wenn der Ultranationalismus zugleich das Ziel verfolge, bestehende politische und gesellschaftliche Verhältnisse revolutionär zu verändern (S. 264 f.). Auch das geht nicht über die Begrenztheit einer reinen, noch dazu auf einen einzigen Punkt fixierten ideologiegeschichtlichen Betrachtungsweise hinaus. Möglicherweise könnte für weitere Debatten zu allen wesentlichen Inhaltsmomenten faschistischer Ideologie das von Holz und Weyand in ihrem zweiten Beitrag entwickelte Modell nützlich sein, auch wenn es in zu geringem Maße die Bereitschaft zu Gewalt, Terror und Krieg bei der Lösung innen- und/oder außenpolitischer Konflikte sowie das demagogische Moment sozialpolitischer Massenbeeinflussung berücksichtigt. Sie betrachten folgende Merkmale in ihrer Kombination als faschistisch: „a) der Nationalismus im Allgemeinen und der Mythos nationaler Wiedergeburt im Besonderen, b) die Ablehnung der Demokratie als Organisationsform des Politischen, c) der ‚Kampf‘ gegen Kommunismus und Sozialdemokratie als Versuch, den Klassenkampf zugunsten einer Volksgemeinschaft zu beenden, d) die Opposition gegen Pluralismus als Lebensform (und für gemeinschaftlich verbind-

dende Normen), e) die nationalistische und rassistische Abwertung anderer ‚Völker‘ (und der Kampf für die ‚ethnische Reinheit‘ der eigenen Gruppe), f) in der Regel der Antisemitismus, g) die Ankündigung und Verherrlichung von Gewalt, verbunden mit einer Heroisierung des ‚soldatischen Mannes‘“ (S. 322). Darauf reagierte Griffin allerdings nur lakonisch, alles das sei in seinem Palingenesebegriff enthalten (S. 433 f.), womit er zugleich Unkenntnis jener Bemühungen demonstriert, die beispielsweise Umberto Eco in seinen Betrachtungen zum „Urfaschismus“⁷ oder der in der DDR lebende Schriftsteller Franz Fühmann zur Charakterisierung der Bestandteile faschistischen Denkens unternommen hatten.⁸ Am Rande sei hier noch vermerkt, daß selbstverständlich auch alle jene Elemente und Aktionen in einen solchen analytischen Blick zu nehmen wären, welche in Widerstand und Anti-Hitler-Koalition auf nationalen oder gar nationalistischen Denk- und Verhaltensstrukturen beruhen.

Im vorliegenden Band erfolgt die Bestimmung dessen, was als palingenetisch bezeichnet wird, merkwürdig unbestimmt und vage. Mal geht die Rede vom völkischen Nationalismus, mal von einem Ultranationalismus, mal von einer chauvinistischen Form des Nationalismus, mal von einem integralen oder aggressiven bzw. populistischen Ultranationalismus. So schwierig es sein dürfte, hierzu jeweilige Definitionen anzubieten, so sehr muß bedauert werden, daß es generell zum Problemfeld Nationalismus nicht einmal den Ansatz theoretischer Verarbeitung oder auch den zu einer Auseinandersetzung mit der reichhaltigen Literatur gibt. Möglicherweise waren die Herausgeber mehr daran interessiert, mit ihrem Faschismusbegriff in eine Breite zu weisen und politisch dominierende totalitarismustheoretische Deutungen geschichtlicher Vorgänge des 20. Jahrhunderts und der heutigen Zeiten zu unterstützen. Wenn dem heutigen Rechtsextremismus erfolgreich begegnet werden soll, dann kommt es sicher darauf an, ihn „als eine moderne Reaktion auf die Strukturen, Widersprüche und Entwicklungstendenzen der Gegenwartsgesellschaft zu begreifen, nicht nur und primär als Weiterwirken oder Wiederbelebung des historischen Faschismus [...]“ (Scherr, S. 210).

Ablehnung erfährt zum zweiten zumeist der Versuch Griffins, unterschiedliche Organisationsstrukturen faschistischer Bewegungen biologistisch zu deuten: die straff organisierte Massenpartei der NSDAP gilt ihm als Schleim- oder Schimmelpilz („*slime mould*“, *myxomycota*), hingegen die aus Kleinstgruppen bestehende und polyzentrisch organisierte rechtsextreme Szene in Nachkriegszeit und Gegenwart als „rhizomartig“ wuchernd. Der Vorschlag, statt dessen lieber von der „Wandlungsfähigkeit eines Chamäleons“ zu sprechen (Konopka, S. 146), trifft ebensowenig den Kern des organisationsgeschichtlichen Kontinuitätsproblems. So kann auch die Unzulänglichkeit der Methodik im Vergleichen unterschiedlicher gesellschaftlicher Verhältnisse überwunden werden. Parteiengeschichtliche und -soziologische Forschungen zu berücksichtigen hielt Griffin nicht für nötig. Drastisch kontert Wippermann: „Schimmelpilze sind oder machen Käse, aber keine Faschismustheorie“ (S. 239 ff.), während Gregor vieles von der Metaphorik Griffins ganz und gar für sinnlos (*pointless*) erklärt (S. 316). Hingegen sind Warnungen davor erlaubt, Sprachbilder aus dem Bildspendebereich des „Organischen“ oder „Biologischen“ unter einen nicht zu rechtfertigenden „Pauschalverdacht“ zu stellen. Oft, ja allzu oft wird in die Begriffswelt anderer Wissenschaftsdis-

⁷ Umberto Eco, Urfaschismus. Woran erkennt man faschistisches Denken? Was unterscheidet den Nationalsozialismus vom Faschismus? Ein kleines antifaschistisches Vademecum, ein Führer für die Verwirrten, in: *Die Zeit*, Nr. 28 v. 7.7.1995, S. 47 f. Ohne es konkret auszuführen, machte Eco mit der Bestimmung von vierzehn Punkten „urfaschistischen Denkens“ deutlich, daß faschistische Ideologie durchaus eingebettet ist in einen breiten Strom konservativen Denkens.

⁸ Bereits 1973 schrieb der Schriftsteller: »Angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes ‚faschistisch‘ täte eine genaue Bestimmung schon not [...] Gemeinsam im Ideologischen scheint mir bei allen Spielarten jüngster Vergangenheit und Gegenwart: elitäre Massenverachtung bei gleichzeitiger Sehnsucht nach dem Aufgehen im Anonymen („Magie der Viererreihe“); militanter Nationalismus bei gleichzeitigem Bemühen, eine Internationalität herzustellen; starres Schwarz-Weiß-Denken; Verherrlichung des Brutalen, Grausamen, Blutigen, Vorgesellschaftlichen bei gleichzeitiger Faszination durch Technisch-Industrielles; Verlangen nach Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen, ja persönlichen, ja privaten Lebens bei gleichzeitiger Bejahung des anarchischen Kampfes aller gegen alle; Denunziation von Vernunft, Gewissen und Bewußtsein; Führerprinzip; Demagogie; Fanatismus; extremer Antikommunismus – und eben dies alles zusammen, nicht isoliert.“ Franz Fühmann, *Zweiundzwanzig Tage oder die Hälfte des Lebens*, Rostock 1973, S. 94.

ziplinen geschaut, wenn es gilt, komplizierte Vorgänge zu veranschaulichen und zu illustrieren. Dieser Wunsch birgt indessen wohl immer gewisse Risiken, vielleicht bezeugt er sogar Schwierigkeiten, sich im eigenen Fachgebiet angemessen auszudrücken. Das Plädoyer von Schobert und Jäger für eine „Kollektivsymbolik“ als „Gesamtheit aller kollektiv stereotypen ‚Bildlichkeit‘ (Symbole, Allegorien, Vergleiche, Metaphern, Synekdochen usw.)“ (S. 382) dürfte jedoch kaum zu tiefergründigeren Ergebnissen geschichtswissenschaftlicher Arbeit führen.

Zahlreiche kritische Bemerkungen lassen einen dritten Schwerpunkt der Debatte erkennen. Sie gelten der Art und Weise, in der Griffin Vergleiche zwischen faschistischen Organisationsstrukturen vor und nach 1945 anstellt und dies in zwei Schemata komprimiert (S. 283 f.).⁹ Das erste widerspiegelt den Stand der Führungsstruktur der NSDAP aus dem Jahr 1936, das zweite die vernetzte Gruppenstruktur und die vielgestaltigen Verbindungen französischer rechtsextremer Organisationen aus dem Jahr 1992. Dem kritischen Publikum kann sich die „Logik“ solchen Vergleichens nicht erschließen (u. a. Weinberg, S. 237). Ein Unterschied zwischen dem Faschismus an der Macht und dem als Bewegung scheint für Griffin nicht zu bestehen. Auch wenn er sich auf Max Weber und die Konstruktion eines „Ideal-Typus“ beruft – es bleibt sein Geheimnis, weshalb er nicht die heutigen Strukturen rechtsextremer Kreise mit jenen vergleicht, aus denen in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die NSDAP erwuchs. Auch damals existierten zahllose Gruppen und Grüppchen, Parteien und Vereine, Bünde und informelle Kreise unterschiedlichster Art, die samt und sonders einer „nationalen Wiedergeburt“ des im Ersten Weltkrieg geschlagenen Deutschen Reiches sowie einer Beseitigung der Weimarer Republik lautstark das Wort redeten. Da wäre eher die Frage hilfreich gewesen, welche Ursachen ausgerechnet die NSDAP zur stärksten und schließlich zur dominierenden Organisation heranwachsen ließen, welche Rolle dabei die Interessen jener Kräfte spielten, die ebenfalls nationalistischer Ideologie anhängen, sich politisch jedoch anders organisierten. Verfügt Griffin wirklich nicht über entsprechende geschichtliche Kenntnisse, oder sollen solche Tatsachen einfach übersehen werden, die nicht in seinen Denkraum und seine „metapolitischen“ Überlegungen passen? Wenn einer seiner vehementesten Verteidiger meint, Griffin habe „relativ neue“ und deshalb besonders zu beachtende Phänomene rechtsextremen Netzwerk-Wirkens beschrieben, wird wiederum das vergangene Geschehen nicht befragt. Nicht nur in der deutschen Geschichte und auch nicht allein von Seiten der Faschisten hat es „gezielte Einflussnahme auf politische, intellektuelle und akademische Meinungsführer, Multiplikatoren und Nachwuchskräfte“ gegeben, erst recht nicht den Versuch, „eine allmähliche Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts und eine dauerhafte Etablierung kryptofaschistischer Texte als Lehrbücher“ zu erreichen (Umland, S. 398 f.).

Über jene hier in den Vordergrund gestellten drei Diskussionsschwerpunkte hinaus spielt in den Debatten auch die Behauptung Griffins, in der englischsprachigen Literatur herrsche über seine Thesen ein „Neuer Konsens“, eine Rolle, was Eatwell mit seinen Erläuterungen zu den Auffassungen von Baker, Passmore, Payne, Paxton u. a. m. sachkundig widerlegt.¹⁰ Breiten Umfang nimmt die Abwehr der außerordentlich zugespitzten Formulierungen Griffins zur (west)deutschen Geschichtsschreibung ein. Diese sei überwiegend altmodisch, dogmatisch, orthodox und provinziell, heißt es in missionarisch eifernden Tönen. Gegen solche aus der anglo-amerikanischen Historikerkunft stammende Kollegenschelte und gegen die Tendenz schulmeisterlicher Diskreditierung deutscher Geschichtsschreiber erhebt sich Protest, von den zustimmenden Äußerungen Reichardts und Umlands¹¹ einmal abgesehen (S. 196 ff., 224 ff.). Zumeist wird auch der Vorwurf zurückgewiesen, in Deutschland die außerordentliche Bedeutsamkeit der Arbeiten Ernst Noltes nicht erkannt zu ha-

⁹ Griffin stellt diese Schemata an das Ende seiner ersten Replik, die er auch nutzte, um die Wogen der Empörung gegen einige Attitüden seiner überzogenen Diskreditierung deutscher Historiker zu glätten.

¹⁰ Siehe dazu auch Roger Eatwell, Zur Natur des „generischen Faschismus“ – Das „faschistische Minimum“ und die „faschistische Matrix“, in: Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Uwe Backes, Köln u. a. 2003, S. 93-123.

¹¹ Umland spricht sogar von der Notwendigkeit einer „Verwissenschaftlichung der theoretischen Erfassung des Faschismus“ und fordert eine „Entschlackung“ der deutschen Geschichtsschreibung, was Griffin in seiner Replik als schmeichlerisch bezeichnet (S. 263).

ben;¹² vermutlich deshalb boten ihm die Herausgeber Gelegenheit, sich selbst zu äußern. Empört reagieren manche der deutschen Diskussionsteilnehmer auf die Empfehlung, sie müßten noch einmal in die Schule gehen und den „Schlamm eines endlosen Pluralismus“ (sic!) verlassen. Deutliche Kritik beinhaltet die Forderung an Griffin, über den Tellerrand seines Faches zu schauen und zur Kenntnis zu nehmen, daß es in Deutschland „in Politikwissenschaft und Soziologie eine sehr produktive, kaum noch übersehbare Forschung zu Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Neo-Faschismus, Rechtspopulismus und der (intellektuellen) Neuen Rechten“ gibt (Priester, S. 191).

Die klare, jedoch in keiner Weise inhaltlich erläuterte Abgrenzung Griffins von jeglicher Form historisch-materialistischer Faschismusauffassungen stößt hingegen nur vereinzelt auf Protest. Das mag daran liegen, daß deren Verfechter kaum am Projekt beteiligt waren; auch jene blieben außen vor, die in der vorhergehenden Debatte noch zu Wort gekommen waren, darunter so renommierte Wissenschaftler wie Reinhard Kühnl oder Werner Röhr. Beide werden von Griffin gelegentlich zitiert, jedoch nur um seine Kritik am Umgang mit dem Faschismusbegriff in der Bundesrepublik bzw. das Verdikt über die Faschismusforschung in der DDR zu erhärten (S. 446 f., 456 f.), auf die von ihnen in der Sache vertretenen Positionen wird nicht eingegangen. So erscheint das marxistische Faschismusbild allein als ein auf der Quellengrundlage seiner Gegner zurechtgemachtes Bild. Es genügt den meisten die einfache, undifferenzierte und letztlich auch wahrheitswidrige Behauptung, marxistische Historiker hätten ausschließlich ökonomischen Reduktionismus betrieben. Manche tragen ihre Aussage, nicht zu den marxistischen Denkern zu gehören, wie einen Schutzschild vor sich her. Eine Soziologin zeigt sich jedoch verwundert über den apodiktisch-verurteilenden Ton, in dem von marxistischer Wissenschaft gesprochen werde, und erklärt: „M. E. gibt es nur gute oder schlechte Wissenschaft [gemeint ist hier gewiß ein gutes oder schlechtes Ergebnis wissenschaftlichen Arbeitens – M. W.], marxistische Ansätze sind so wenig von vornherein falsch, wie es umgekehrt schon eine Leistung ist, ein Anti-Marxist zu sein. Es mag ja sein, dass einige Marxisten einen ‚ökonomisch verengten‘ Faschismusbegriff hatten. Das ist aber doch nicht schlimmer, als innerhalb einer Faschismustheorie gar nicht von der Ökonomie zu reden [...] Ohne die Weltwirtschaftskrise – die doch wohl eine Krise des Kapitalismus war – ist der Faschismus als europäisches Phänomen schwerlich zu erklären. Immerhin haben die marxistischen Debatten das Verdienst gehabt, die Ökonomie als Faktor wieder zu betonen“ (S. 341). Übrigens: Keiner fragt nach Irrtümern und Fehleinschätzungen nichtmarxistischer Historiker!

Alles in allem: Es liegt ein Buch vor, das Leser möglicherweise gut als eine Art Nachschlagewerk nutzen können, um die unterschiedlichen Akzentsetzungen in den Ansichten der beteiligten Autoren über den Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart zu eruieren. Erkennbar ist auch der gegenwärtig erreichte Stand an Streitfragen sowie an akademischer Streitkultur. Insofern bietet die zweite Auflage der vor allem von Werner Loh in der Zeitschrift „Erwägen Wissen Ethik“ initiierten Debatte um den Faschismusbegriff einigen Raum zu weiterem Nachdenken. Das Ergebnis fiel umfangreicher aus als das der ersten, es erstreckt sich auf ein breiteres geschichtliches Terrain und berührt in stärkerem Maße politisch aktuelle Probleme. Ob der Schritt vom Wippermann-Band zum vorliegenden Werk auch ertragreicher und lohnender gewesen ist, darf bezweifelt werden. Es handelt sich eben nicht um ein „Juwel“ ...

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 42. Jahrgang, März 2006, Heft 1, S. 88-96.

¹² Am deutlichsten widerspricht dem Meurer, die allerdings den „Historikerstreit“ der achtziger Jahre als anachronistisch bezeichnet und nahezu apodiktisch erklärt, von Nolte würde heute niemand mehr reden, da dieser sich „endgültig in eine Außenseiterposition manövriert“ habe (S. 340). Demgegenüber behauptet Pohlmann, die Thesen Noltés seien nicht „widerlegt“ worden, es habe sich beim „Historikerstreit“ lediglich um eine „Auseinandersetzung“ gehandelt, „in der sich auf Noltés Gegenseite ideologische Prämissen bündelten, die im Mentalitätgefüge der zweiten Hälfte der alten Bundesrepublik dominant geworden waren (die Ablehnung des vergleichenden Totalitarismusmodells, die kühle Sympathie mit dem real existierenden Sozialismus, der Anti-Antikommunismus etc.)“ (S. 360). Für notwendig hält Pohlmann eine Modifikation des Diktums von Max Horkheimer zu dem aus Noltés Auffassungen sich zwangsläufig ergebenden Satz: „Wer vom Kommunismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen“ (S. 362).

Die Wahrheit ist unteilbar

Wer den großen Sitzungsraum der Fraktion der Linkspartei/PDS im Thüringer Landtag betritt, begegnet einem eindrucksvollen Gemälde. Seit Dezember 1996 hängt es dort als Leihgabe der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität, für deren traditionsreiche Sammlung von Professoren- und Rektorporträts es der Künstler Günther Dührkop aus dem thüringischen Lauscha 1984 geschaffen hat. Es zeigt einen aufrecht sitzenden, zierlichen Mann mit großen Augen, die einen grübelnden und Besinnung fordernden Menschen verraten. Seine lockere Haltung verrät sensible Geduld, aber auch Konzentriertheit und Anspannung. Wozu in diesem Sitzungsraum auch beraten oder gestritten wird – die Meinung Gerhard Rieges wäre gewiss hilfreich. Schließlich war er einer der klügsten, fähigsten und geistreichsten unter den Genossen der Partei des Demokratischen Sozialismus.

Ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von Medien geschaffen wird und gegen die ich mich nicht wehren kann.

Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von alten braunen und schwarzen Flecken zu reinigen. Solange es die PDS gibt, wird es auch den Stachel geben, der die Erinnerung an einen Versuch der Alternative und an die eigene Vergangenheit seit dem Zweiten Weltkrieg wachhält.“

(aus den Abschiedsbrief von Gerhard Riege)

Wir trauern um

Prof. Dr. Gerhard Riege

Mitglied des Deutschen Bundestages

* 23.5.1930 † 15.2.1992

Er trug an der Last der
Vergangenheit.

Er zerbrach an der
haßerfüllten Gegenwart.

Die Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der PDS/Linke Liste ins Deutschen Bundestag,
Bonn.

Die Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
des Bundesvorstandes der PDS, Berlin.

Traueranzeige aus dem „Neuen Deutschland“ vom 21.2.1992

Der Lebensweg Rieges begann am 23. Mai 1930 im thüringischen Gräfenroda. Der Sohn einer Glasbläserfamilie, die teils sozialdemokratischen, teils kommunistischen Ideen anhing, arbeitete 1944 zunächst als Postjungbote. Bei einer Begegnung mit Häftlingen einer Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald sah er mit Entsetzen, wie diese geschunden und gemartert worden waren. Das Wissen um die unermesslichen Leiden von Kriegsgegnern, von Menschen anderer Gesinnung und Art, von Antifaschisten unterschiedlichster politischer Richtung prägte seine weitere Entwicklung wie die vieler anderer seiner Generation. Als Arbeiterkind gefördert – Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs stand in der Sowjetischen Besatzungszone weit oben auf der Tagesordnung – besuchte er zunächst die neu geschaffene Aufbauschule „August Bebel“ in Neudietendorf, seit 1948 die Jenaer Vorstudienanstalt, aus der die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität hervorging. Obgleich besonders an Philosophie, Historie und Kunstgeschichte interessiert, begann er in Jena ein Jura-Studium – sicher unter dem Einfluss seiner eigenen Tätigkeit in der Schülerselbstverwaltung und dem Schulgericht an der Neudietendorfer Einrichtung.

Sein Studium verlief sehr erfolgreich: Im Februar 1953 stellte ihn das Institut für Staats- und Rechtstheorie als Assistenten ein, und bereits im Jahr darauf wurde er – 24-jährig – mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt und durfte als jüngster Rechtswissenschaftlicher in Thüringen

eine staatsrechtliche Vorlesung halten. An seiner Wirkungs- und Heimstätte, der Jenaer Universität, war er 1949 in den Studentenrat gewählt worden. Hier traf er auch die Germanistin Helga Fischer, die er 1952 heiratete. 1954 kam der Sohn Frank zur Welt, 1959 bzw. 1961 die Töchter Katharina und Andrea. In Jena promovierte er, habilitierte sich und wirkte seit 1965 als Ordinarius für Staatsrecht, zeitweilig als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften bzw. für Prognose und Wissenschaftsentwicklung sowie von 1974 bis 1983 als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Zugleich gehörte er seit 1965 bis zu deren Auflösung der Leitung der SED an der Universität an. Zahlreiche Funktionen übernahm er auch außerhalb der Alma mater jenensis – stets mit dem Anspruch, übernommene Aufgaben einwandfrei zu erfüllen. Nachlässigkeit und Oberflächlichkeit duldete er weder bei sich selbst noch bei anderen. Im Nachhinein bleibt Erstaunen angesichts des Arbeitspensums, der Intensität und Qualität seines Schaffens, das durchaus noch Raum ließ für seine Neigung zu Musik, Literatur und bildender Kunst. Er war ein herausragender Wissenschaftler und ein außerordentlich beliebter akademischer Lehrer an seiner Universität, deren Rektor er – obgleich 1983 dafür im Gespräch und 1990 demokratisch gewählt – nicht sein durfte.

Niemand konnte Riege je vorwerfen, er habe seine Karriere vor allem der Mitgliedschaft in der SED zu verdanken. Respekt heischte seine Persönlichkeit, die stets parteilich, jedoch nie parteiisch war. Achtung erwarb er sich durch Leistung, Zustimmung durch sachliche Argumente. Seine Integrität blieb unbestritten, und er galt als eine Art politisch-moralische Instanz. Sein entschlossenes Eintreten für die DDR ging einher mit der Forderung nach stärkerer demokratischer Ausgestaltung der Verhältnisse in diesem Land.

Rieges Ideal war ein Staat, in dem weniger für und mehr durch das Volk gehandelt werden sollte. Er wollte eine DDR als Alternative zur Bundesrepublik; soziale Gerechtigkeit sollte herrschen, nicht das Gesetz des Kapitals und des Profits. Diesem zweiten deutschen Staat wollte er nützlich sein, hoffte er doch, er könne den Rahmen für den Weg zu einer humanistischen Gesellschaft bilden. Erst allmählich und schmerzhaft reifte in ihm die Erkenntnis, dass nicht allein eine fehler- und stümperhafte Politik, sondern Konstruktionsmängel und Defizite des gesellschaftlichen Gesamtkonzepts letztlich die Erfolglosigkeit dieses Staatswesens bedingten.

Ein Grundgedanke durchzieht alle Veröffentlichungen und Lehrveranstaltungen Rieges und seine öffentlichen Vorträge in der DDR, der Bundesrepublik und an Universitäten anderer Länder: die Subjektwerdung und das Handeln des Volkes im geschichtlichen Prozess, um Demokratie zu befördern und Volkssouveränität zu verwirklichen. Seine Arbeiten zu den verfassungsrechtlichen Garantien für die realen Entwicklungsbedingungen persönlicher Individualität des Staatsbürgers enthielten oft wider den Stachel löckende Akzente. Aufgabe und Ziel des sozialistischen Staates müsse es sein, die Bürger zu gleichberechtigter Mitarbeit zu gewinnen. Anders könne keine enge Bindung zwischen Staat und Bürgern entstehen und verfassungsrechtlich deklariertes Gemeinwohl könne nicht Wirklichkeit werden. Rieges Hinwendung zur Rechtsstaatlichkeit, zu den Staatsbürger-, Grund- und Menschenrechten ergab sich nicht nur aus der internationalen Entwicklung, sondern vor allem aus den Einsichten und Erkenntnissen über die Notwendigkeit einer demokratischen Entwicklung im sozialistischen Staatswesen.

Davon zeugte bereits die 1956 erarbeitete Dissertationsschrift über die Arbeitsprinzipien sozialistischer Volksvertretungen sowie die Wahlsysteme und die Stellung der Volksvertretungen und Abgeordneten in den europäischen volksdemokratischen Ländern Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. ... Für Riege war das von ihm konstatierte – und sicher auch idealisierte – qualitativ neue Verhältnis zwischen Staat und Bürger ein Thema, das sowohl in das Wissenschaftsgebiet des Verwaltungsrechts als auch in das des Völkerrechts hineinreichte. Als seine Dissertationsschrift am 14. März 1957 von der Juristischen Fakultät angenommen wurde, war indessen das „Taufwetter“ vorüber und Revisionismus-Vorwürfe begannen zu dominieren. Die Schrift wurde zum internationalen Leihverkehr und Schriftenaustausch nicht zugelassen. ... In einem Parteiverfahren wurde Riege eine Missbilligung ausgesprochen. Gegen die von der SED-Führung organisierte Babelsberger Staats- und Rechtswissenschaftliche Konferenz vom April 1958, die allen Ansätzen anti-

stalinistischer Bestrebungen den Boden entzogen hatte und von den Juristen der DDR eine strikte Abkehr vom „engen bürgerlichen Rechtshorizont“ forderte, trat er nicht auf.

Später wandte Riege sich einem in juristischer Hinsicht außerordentlich komplizierten Thema zu, das in der Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten eine zentrale Rolle spielte – der Frage der Staatsbürgerschaft. ... Riege sah in deren Respektierung eine wesentliche Voraussetzung für die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. So entgegengesetzt das zu Auffassungen führender Staatsrechtswissenschaftler in der BRD stand – an der wissenschaftlichen Qualität seiner Arbeit rüttelten diese nicht. Selbst höchstgerichtliche Urteile der BRD, z. B. solche des Bundesverfassungsgerichts, nahmen ausdrücklich Bezug auf Rieges Publikationen. ...

Riege nahm mit seinen Auffassungen auch Einfluss auf die staats- und verfassungsrechtliche Gesetzgebung der DDR. Ohne Mitglied der Volkskammer zu sein, beteiligte er sich seit 1967 an der Arbeit ihres Verfassungs- und Rechtsausschusses. Für ihn war Wissenschaft eine politische Angelegenheit und Politik wissenschaftlich zu betreiben. Dies kam in seiner 1984 verfassten Studie „Zur Geschichte und Funktion der politischen und persönlichen Grundrechte in der DDR“ folgerichtig und sinnreich zum Ausdruck. Hier betonte er das Prinzip der Allseitigkeit von Volkssouveränität und erläuterte, dass es zwischen den verschiedenen Gruppen der Menschenrechte keine Rangfolge geben dürfe: „Die politischen und persönlichen Grundrechte und -freiheiten des sozialistischen Staatsbürgers sind nicht als die Spätwirkung der klassischen bürgerlichen Grundrechte aufzufassen, sondern sie sind, wie alle anderen Grundrechte auch, dem Sozialismus in Inhalt und Funktion eigen, unverzichtbare Elemente des Status der Persönlichkeit.“ Nachdrücklich wandte er sich gegen jede „isolierte Betrachtung“ politischer Grundrechte und setzte die „Einheit des sozialistischen Grundrechtskonzepts“ voraus, ohne jedoch die erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu thematisieren.

Ich habe vor dem Tode nur Angst gehabt, solange ich glücklich war.

(Elsa Triolet: *Das rote Pferd oder Wohin steuert die Menschheit?*, Berlin 1957, S. 297)

Der mächtige Apparat ließ Riege oft spüren, wie wenig sein Gerechtigkeitsinn und seine Problemsicht geschätzt wurden. Parteifunktionären an der Universität und im damaligen Bezirk Gera war es unangenehm, als 1983 vorgeschlagen wurde, ihn zum Rektor der Friedrich-Schiller-Universität zu wählen. Der Mann sei ein „eigenständiger Denker“, hieß es hinter vorgehaltener Hand. Möglicherweise war manchen noch in Erinnerung, wie er zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen in den Sechzigerjahren während der III. Hochschulreform die Absicht einiger Vertreter des ZK der SED und der DDR-Regierung in Jena zur Abwicklung der Juristischen Fakultät verhinderte (auch wenn er Beschlüsse gegen andere Wissenschaftsbereiche mit durchsetzen half), wie er sich gegen die Übernahme des eigentlich für den Zeiss-Betrieb gebauten und für wissenschaftliches Arbeiten völlig ungeeigneten Turmes durch die Jenaer Universität wehrte, wie er sich um den Neubau der 1945 weitgehend zerstörten Universitätsbibliothek bemühte und wie er als Abgeordneter des Bezirkstages gegen Maßnahmen polemisierte, die nach seinem Demokratie-Verständnis eine Verletzung von Rechten des Staatsbürgers und eine Einschränkung seiner Handlungsfreiheit waren.

Manche Aussage der Partei- und Staatsführung deutete Riege als Bestreben, die demokratischen Grundrechte der DDR-Bürger zu fixieren, zu sichern und zu erweitern. Damit geriet ihm die grundsätzliche Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse im Lande zu optimistisch, letztlich fehlerhaft und realitätsfremd. Diesen fast idealistisch zu nennenden Optimismus hinterfragte er erst, als die DDR zu kollabieren begann. Er fing an, Konturen eines anderen Sozialismus-Modells in den Blick zu nehmen, doch unter den realen Bedingungen konnte auch er den Widerspruch zwischen Parteikonformität und Unzufriedenheit nicht lösen. Insofern gehörte er gewiss zu der „zweiten, der möglichen, aber nicht realisierten DDR“, von der Gerhard Zwerenz einmal sprach.

Große Beachtung fand die Rede, die Riege aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR am 4. Oktober 1989 in der Aula der Jenaer Universität hielt. Mit Bedacht hatte er ihr den Titel „Die DDR in der Herausforderung“ gegeben und formuliert: „Vollkommenheit kann unserer Gesellschaft nicht be-

scheinigt werden.“ Obgleich er sich der rechtsstaatlichen Defizite der DDR bewusst war und sie einforderte, sollte doch nicht vergessen werden, dass in der DDR „Großes geleistet“ wurde, woran zu erinnern er auch in der schlimmsten Krisenzeit dieses Staates für richtig hielt. Nachdrücklich wandte er sich aber gegen jede Überbewertung der Erfolge, die selbst „das Positive fragwürdig“ erscheinen lasse, denn: „Die Wahrheit ist unteilbar.“ Dass über Schwierigkeiten und „massenhafte Fehlentscheidungen“ öffentlich nicht gesprochen werde, bezeichnete er als „partielle Selbstverstümmelung.“ Später wurden in diesem Vortrag bemerkenswerte Analogien zum Anliegen christlich-demokratischer Bürgerrechtler gesehen, z. B. zu dem von Martina Huhn, Christine Lieberknecht und Gottfried Müller verfassten „Brief aus Weimar“. Diese der DDR-CDU angehörenden Mitarbeiter der Kirche strebten ebenfalls nach radikalen Reformen des politischen Systems der DDR und nach einer umfassenden Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft. Rieges Rede schloss mit den Worten: „Diese Republik ist aus den genannten und vielen anderen Gründen mein Vaterland. Sie ist es wert, dass wir uns um sie sorgen, indem wir ihre Angelegenheiten zu den unseren machen. Sie wird das Vaterland aller Bürger sein, sofern wir Bedingungen beherrschen, die es allen ermöglichen, sich in ihm zu verwirklichen.“

Sein Verhalten im Herbst 1989 trug Riege den Hass jener ein, die sich rasch bereit fanden, die auf eine bessere DDR zielende Losung „Wir sind das Volk“ durch „Wir sind ein Volk“ zu ersetzen. Solche Kräfte waren es, die unter Verletzung demokratischer Regeln die am 23. Februar 1990 erfolgte Wahl Rieges zum Rektor der Friedrich-Schiller-Universität hintertrieben und zu annullieren vermochten. Eine erneute Kandidatur lehnte er ab....

Riege wurde für die PDS in die letzte Volkskammer der DDR gewählt und war in der um die neuen Bundesländer vergrößerten Bundesrepublik Mitglied des Deutschen Bundestages. Nicht nur in der Volkskammer, sondern auch in dem sich neu formierenden Land Thüringen bemühte er sich um die Ausarbeitung einer Verfassung, die Voraussetzung einer demokratischen Selbstkonstituierung der befreiten DDR-Gesellschaft für eine gleichberechtigte Teilnahme an einer gesamtdeutschen Verfassungsgebung hätte sein können. Der im Frühjahr 1990 unter seiner Mitwirkung vom Runden Tisch erarbeitete Verfassungsentwurf galt ihm als eine solide rechtliche Basis für staatliches Handeln, für das demokratische Miteinander aller demokratischen Kräfte und für größere Partizipationsmöglichkeiten des Bürgers. ...

Die von Gregor Gysi geleitete Bundestagsgruppe (PDS/Linkeliste) beschloss im Sommer 1991, einen eigenen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Riege leitete die Arbeit, die Uwe-Jens Heuer 1992 fortsetzte und die zu einem kompletten Entwurf einer neuen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland führte. Sie sollte nach einer vom Bundestag zu beschließenden Volksabstimmung entsprechend Artikel 146 des Grundgesetzes in Kraft treten. Die Drucksache 12/6570 vom 14. Januar 1994, in die wesentliche Anliegen Rieges eingeflossen sind, verschwand indessen nach dem Willen der Bundestagsmehrheit in der Versenkung. 1995 charakterisierte Gysi die Leistungen Rieges im Parlament mit den Worten: „Gerhard Riege hat die Nachdenklichen nachdenklicher, die Zweifelnden zweifelnder und die Entschlossenen entschlossener gemacht.“

Riege, der selbst Toleranz als Maxime pflegte, erfuhr nach der „Wende“ von 1989/90 Ablehnung, Hass, Ausgrenzung und Beleidigung wie nie zuvor. Mit seiner am 7. März 1990 formulierten Warnung sollte er in bestürzender Weise Recht behalten: Tatsächlich bestimmten bald Intoleranz, Engstirnigkeit und Beschränktheit die politische Atmosphäre und den beginnenden pauschal-diskreditierenden Umgang mit der DDR-Vergangenheit. In beschämender Weise bekam Riege das vor allem im Deutschen Bundestag zu spüren, wo seine Reden mit wüsten Beschimpfungen, ordinären Ausdrücken und dümmlichen Einwürfen unterbrochen wurden. Konservative, aber auch liberale, sozialdemokratische und grüne Abgeordnete ließen hier selbst das Mindestmaß an politischer Kultur vermissen. Da entäußerte sich ein „Ungeist, der noch Schlimmeres als Keim in sich trägt“, urteilte Gerhard Haney, einer der Jenaer Kollegen Rieges.

Der sensible Riege zerbrach daran, obgleich ihm die Jenaer und auch die Tübinger Universität Gelegenheit boten, seine Lehrtätigkeit fortzusetzen. Als ihm sogar vorgeworfen wurde, ein Informant des Staatssicherheitsdienstes der DDR gewesen zu sein, wählte er am 15. Februar 1992 den Freitod.

(Diesen Text entnahmen wir mitfreundlicher Genehmigung des Autors der Publikation „Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biografische Skizzen“ von Mario Hesselbarth, Eberhard Schulz und Manfred Weißbecker [Hrsg.] Dieses vor kurzem erschienene Buch stellt 66 Sozialistinnen und Sozialisten – unterschiedlichen Parteien zugehörig oder parteilos, bekannt oder heute weitgehend vergessen – mit ihren zumeist sehr bewegten Lebensläufen, ihrem Denken und ihren politisch-ideologischen Auffassungen, aber auch mit ihren vergeblichen Hoffnungen und Irrtümern von Manfred Weißbeckers Text erschien dort unter dem Titel „Für das Recht Partei ergreifen“; er wurde von der ICARUS-Redaktion für dieses Heft gekürzt. Das Buch umfasst 496 Seiten und ist zum Preis von 15 Euro – plus Versandkosten – erhältlich über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 07743 Jena, Tel. 03 641-449432.)

Icarus. Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde. Zeitschrift für soziale Theorie, Menschenrechte und Kultur, 12. Jahrgang, Heft 3 und 4/2006 (Doppelheft), S. 29-32.

Das richtige Wort

Eine Anatomie des Faschismus

Allen Versuchen, den Faschismus-Begriff lediglich auf das Italien Mussolinis für anwendbar zu erklären, stellt Robert O. Paxton eine Fülle treffsicherer Argumente entgegen. Dieser Begriff sei unentbehrlich, heute mehr denn je, und keineswegs aufzugeben, nur weil er vielfältige Erscheinungen umfasse; es käme ja auch niemand auf die Idee, Bezeichnungen wie Liberalismus oder Kommunismus aufzugeben, obgleich auch da unterschiedlichste Formen festzustellen wären.

Der Dozent an der New Yorker Columbia University untersucht in seinem neuen Buch faschistische Bewegungen in europäischen und außereuropäischen Ländern. Ihm geht es um deren Variabilität und Komplexität sowie um übereinstimmende Faktoren. Er löst sich von der Konzentration der Faschismusforschung auf das deutsche und italienische Beispiel, was ihn zu gewichtigen Erkenntnissen auch über gegenwärtig festzustellende politische Gefahren für demokratische Gesellschaften führt.

Belegbar seien fünf Entwicklungsstadien. Der Wert des Bandes liegt vor allem in der Erklärung geistiger, kultureller und emotionaler Wurzeln faschistischer Bewegungen sowie in deren strikter Einordnung in gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Man müsse den Faschismus von seinen Ursprüngen her verstehen. Voraussetzungen für seinen Erfolg hätten die Polarisierung in der Gesellschaft, eine politische Machtblockade, die Massenmobilisierung gegen innere und äußere Feinde und die Komplizenschaft der Eliten geboten. Durchgängig verweist Paxton auf die Tatsache, dass mächtige Kräfte sich bemüht hätten, den Faschisten das Tor zur Macht zu öffnen. Dies sei „die letzte entscheidende Vorbedingung für einen erfolgreichen Faschismus“. Überall führte der faschistische Weg zur Macht über „eine Kooperation mit den konservativen Eliten“. Recht drastisch wird selbst für den Faschismus an der Macht von „konservativen Komplizenschaften“ oder „passablen Bettgenossen“ gesprochen, wobei dieser stets die „Angst vor kommunistischem ‚Terrorismus‘ für sich umzumünzen“ verstanden habe.

Entsprechende Schlussfolgerungen sollten auch für gegenwärtige Verhältnisse gezogen werden, da Faschismus auf seiner ersten Stufe heute nahezu überall existieren würde. Da steht der Autor mit seiner Auffassung keineswegs allein. Wolfgang Nossen, Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen, äußerte vor kurzem: „Die Haltung, ‚Der Feind sitzt nur links, rechts, das ist die ungezogene Verwandtschaft‘, ist einfach falsch.“ Der Faschismus der Zukunft, vorstellbar als Notreaktion auf eine tiefgreifende Krise, werde nicht dem klassischen in seinen äußeren Zeichen und Symbolen ähneln, aber „nicht weniger gefährlich“ sein, so Paxton. Man müsse diesen „als das Erscheinen eines funktionalen Äquivalents und nicht als exakte Wiederholung begreifen“. Eine akzeptable Definition will allerdings auch ihm nicht so recht gelingen. Jedenfalls folgt er weder totalitarismustheoretischen Vorstellungen noch überzogenen Thesen über die zentrale Bedeutung von „Führern“. Das Buch ist eine lesenswerte Auseinandersetzung mit alten und neueren Theorien über den Faschismus. Der 50 Seiten umfassende bibliographische Essay reflektiert fast ausschließlich amerikanische, britische, italienische, französische und (west-)deutsche Literatur.

Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus. DVA, München 2006. 448 S., geb., 34,85 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 8. Mai 2006, S. 20.

Nie war Nürnberg so aktuell wie heute

Gedanken am Beginn der Tagung „Der Nürnberger Prozeß – genutzte oder vergessene Geschichtslektion?“

Vor sechs Jahrzehnten hat der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sein Ende gefunden. Großes war geleistet, auf der Grundlage gesetzten Rechts fair verhandelt und eindeutige Zeichen setzend geurteilt worden. Die Erschließung historischer Quellen durch das Gericht darf in der Tat als einmalig betrachtet werden. Nicht allein das Völkerrecht, auch die Geschichtswissenschaft trug reichen Gewinn davon.

Heute gilt es, erneut einen Blick auf das Jahrhundertereignis zu werfen, das wie kaum ein anderes geeignet ist, weit in unsere Zukunft hinein zu wirken. „Nie war Nürnberg so aktuell wie heute“, erklärte „Der Spiegel“ am 16. Oktober 2006, ergänzt durch den Satz, es sei „die Erneuerung des Rechts von Nürnberg in vollem Gange“, während US-Präsident Bush versuchen würde, sein eigenes Völkerrecht zu schaffen.¹ Nun, so sehr das eine wünschenswert wäre, so sehr berührt und erregt die – etwas unzulässig allein einem Staatsoberhaupt zugeschriebene – Bemühung als unübersehbare Realität.

Der Blick in die große Welt verknüpft sich auch mit dem auf beunruhigende Erscheinungen in Deutschland. Nur eine Episode sei benannt: Im jüngst über die Bühne gegangenen Landtags-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern haben NPD-Aktivistinnen Wahlhelfer der Sozialdemokratischen Partei an ihren Info-Ständen fotografiert. Befragt, weshalb sie das tun würden, gab man bereitwillig Auskunft. Sie lautete so: Wir fotografieren heute für unser Archiv, doch in zehn Jahren, wenn wir an der Macht sind, hängen in Nürnberg andere. Den Bericht darüber sah man am 12. September im Vorabendprogramm des Privatsenders Sat1, in den folgenden Sendungen dieses Kanals und auch anderer jedoch nicht mehr.

Kleines Geschehnis am Rande? Mehr nicht, sagt mancher. Und dennoch: Schon einmal ist in Deutschland angekündigt worden, daß Köpfe rollen würden, sobald die Regierungsgewalt erobert sei.² Damals, 1931, ließ sich kein Bezug finden zu irgendeinem Gerichtshof, der zuvor ein Verbrechen am Frieden oder ernsthaft Kriegsverbrecher verurteilt hatte. Die von vielen zu wenig beachtete Ansage konnte daher kaum schlichten Rachegelüsten entspringen, sie resultierte eher aus jenen faschistisch-terroristischen und rassistischen Denkmustern der NSDAP, auf deren Grundlage ihrer Herrschaft in Deutschland eine über Europa folgen sollte, mit denen systematisch der Zweite Weltkrieg vorbereitet wurde. Die gedankliche Barbarei ergab die tatsächliche des Holocaust und anderer Völkermorde.

Was ist indessen von jenem Geistesgut zu halten, das der NPD-Vorsitzende Udo Voigt am 14. Oktober 2006 in einer Rede – er hielt sie sinnigerweise vor dem Nürnberger Justizgebäude – von sich gab? Für ihn stehe fest, „daß die ungeheuren Verbrechen der Alliierten am deutschen Volk und gegenüber unseren Verbündeten die Ursache für die alliierten Schauprozesse gegen deutsche Kriegs- und Zivilgefangene gewesen“ seien. Und weiter im O-Ton: „Vor 60 Jahren, als die Waffen längst schwiegen, die Deutschen ohne Regierungsvertretung schutzlos den willkürlichen Besatzern ausgeliefert waren, hätte der Frieden einziehen können. Stattdessen wurde der Krieg mit aller Gewalt fortgeführt, denn es knarrten landauf, landab die Stricke der unzähligen Galgen in Deutschland.“ Es sei „unerläßlich zu begreifen, daß es bei den Schauprozessen vor 60 Jahren nicht um Recht, sondern um Rache und dauerhafte Unterdrückung“ gegangen und daß „nicht nur ein paar Männer vor einem Pseudotribunal,

¹ Hausmitteilung. In: Der Spiegel, Nr. 42 vom 16. Oktober 2006, S. 3.

² Siehe Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920-1945 Köln 1998, S. 126.

sondern ein einzigartiger europäischer Lebensentwurf (sie!) unterjocht und ‚abgeurteilt‘ worden“ wären.³ Voigts Rede gipfelte in der Forderung: „Revision der Nürnberger Prozesse!“

Wird heute die Aufhebung der Nürnberger Urteile verlangt und mehr oder weniger offen ein neues „Nürnberg“ als Umkehrung des Internationalen Militärtribunals von 1945/46 in Aussicht gestellt, handelt es sich um nichts weniger als die angedrohte Zukunft schlimmster Vergangenheit.

Doch wie ist damals von den Deutschen aufgenommen worden, was an Verbrechen aufgedeckt und verurteilt worden ist? Welche Auffassungen finden sich in der gegenwärtigen Gesellschaft über die geschichtlichen Untaten derer, die sich mit dem Begriff Nationalsozialismus zu maskieren bemühten und Verbrechen größten Ausmaßes begingen? Welche Veränderungen haben sich im Verständnis der Deutschen für das politische, juristische und moralische Vorgehen gegen Verbrechen am Frieden und Kriegsverbrechen vollzogen, welche vollziehen sich weiter? Welche Rolle spielen die Nürnberger Prinzipien in den heutigen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden?

Obgleich von einem revolutionären Umbruch im Völkerrecht gesprochen werden kann, der mit den so genannten „Nürnberger Prinzipien“ insbesondere bei der Beurteilung von Verbrechen gegen den Frieden erreicht worden ist, sieht sich die Welt von heute erneut kriegerischen Aktionen und drohender Kriegsgefahren ausgesetzt. Ihre Bestrafung durch ein internationales Gericht ist wohl nicht zu erwarten. Was kann daher in der Welt des 21. Jahrhunderts als durchgesetzt betrachtet werden, was als eine weiterhin bestehende Aufgabe, was gar als ein Zurückfallen hinter Nürnberg? Inwieweit muß heute in der aus dem Gleichgewicht geratenen Welt von skandalösem Mißbrauch des Völkerrechts gesprochen werden, der manche Autoren sogar zu der These führt, es existierte „zweierlei Völkerrecht“, wenn darüber hinaus von den Verbrechen am Frieden kaum geredet wird und an Kriegsverbrechen unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden.⁴ Wie sind Menschen gerüstet, ihrer Verantwortung anders gerecht zu werden als jene, die ihre Hand zum Morden reichten oder das Morden rechtfertigten, wie wir es gestern in dem beeindruckenden Kramer-Film vorgeführt bekamen?

Solche und andere Fragen werden im Mittelpunkt der Vorträge und Debatten stehen, die wir am heutigen Tag hören und führen wollen. Und es wird sinnvoll sein, alle aktuellen Aussagen zum Nürnberger Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher in die geschichts- und erinnerungspolitische Szenerie der heutigen Bundesrepublik einzuordnen. Zwar dominiert die Anerkennung des Prozesses als notwendige harte Maßnahme, die gerecht und fair durchgeführt worden ist und viel neues Recht gesetzt habe, doch stehen dem verbreitet Auffassungen entgegen, denen zufolge das Tribunal von einigen großen „Makeln“ behaftet gewesen sein soll – es sei lediglich ein „Gericht der Sieger“ gewesen, noch dazu von einer „Kollektivschuld der Deutschen“ ausgegangen und habe zu viel Gewicht auf die Verurteilung des Krieges statt auf die des Holocausts gelegt. Gefragt sei daher auch, in welcher Weise sich das zunehmende Akzeptieren von Kriegen als einer geschichtlich eben und leider nicht vermeidbaren Erscheinung sowie die selektierende Reduzierung faschistischer Massenverbrechen auf den Begriff „Auschwitz“ für das alltägliche Denken über den Nürnberger Prozeß auswirken?

Unser Blick sollte sich ebenso richten auf das, was anläßlich der 60. Jahrestage von Urteilsverkündung und Urteilsvollstreckung in den bundesdeutschen Medien zu sehen bzw. zu lesen war. Haben sich möglicherweise nach der im vorigen Jahr lautstark geführten Debatte um die

³ Voigt verbreitete seine Rede im Internet.

⁴ Siehe Hippler, Jochen: Zweierlei Völkerrecht. Die ungleiche Behandlung der Israelis, der Libanesen und der Palästinenser ist nicht hinzunehmen, in: Freitag, Nr. 37 vom 15. September 2006, S. 1.

Opfer der Deutschen inhaltliche Akzente verschoben? Wenn ja, wie und wohin? Was läßt sich aus dem im Verhältnis zum Vorjahr relativ geringen Umfang offiziöser Erinnerung schlußfolgern? Klaffen auch auf unser Thema bezogen Wissenschaft und geschichtspolitische Darstellung auseinander? War es gar ein Symptom, daß im Fernsehen anlässlich des Jahrestages der Urteilsverkündung zwei Dokumentarfilme zu sehen waren, von denen der eine – erlief bei arte – bislang unbekannt gebliebenen Aufnahmen aus den Verhandlungen des Gerichtshofes zeigte, der andere aber nach dem Urteil der „Süddeutschen Zeitung“ in beliebiger Weise am Beispiel Görings das begangene Verbrechen nivelliert hat.⁵

Wie dem auch sei, auch unsere Tagung wird bestätigen, wie aktuell Nürnberg in unserer Gegenwart ist und auch sechs Jahrzehnte danach eine sinnvoll zu nutzende und nicht zu vergessende Geschichtslektion darstellt.

Der Nürnberger Prozeß. Genutzte oder vergessene Geschichtslektion? Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 5-8.

⁵ Feindt, Hendrike: Göring vor Gericht. In: Süddeutsche Zeitung vom 4. Oktober 2006, S. 17.

Verteidiger im Nürnberger Prozeß – das Beispiel Dr. Robert Servatius

Viel ist bislang über das Nürnberger Tribunal geschrieben worden, insbesondere über die Angeklagten und Verurteilten, aber auch über das Verfahren, die Ankläger und die Richter. Wer indessen nach Literatur über die Verteidiger der angeklagten deutschen Hauptkriegsverbrecher sucht, findet wenig, sieht man einmal von deren Selbstdarstellungen und von der sich ebenfalls in bescheidenem Rahmen haltenden „Aufarbeitung“ ihrer Argumentationen in rechtswissenschaftlichen Darlegungen bundesrepublikanischer Juristen ab. Möglicherweise wird sich die Situation ändern, da jüngst im Archiv der Kölner Universität „vergessene“ Akten der Verteidiger gefunden worden sind.¹ Es hat jedoch den Anschein, als würde das Thema unter geschichtspolitischen Aspekten wachsendes Interesse finden. In dem vom „Spiegel“ als DVD verbreiteten Dokumentarfilm Michael Klofts, der den mißtrauisch stimmenden Titel „Der Nürnberger Prozeß. Tribunal des Todes“ trägt und oft von den „Makeln“ des Prozesses kündigt, kommt wohl keineswegs zufällig als erster Zeitzeuge der damalige Verteidiger des Admirals Karl Dönitz zu Wort. Otto Kranzbühler erklärte da:

„Ich hatte nur das Gefühl, daß die Siegermächte hier die deutsche Führung irgendwie zu Unrecht zu Verbrechern abstempeln wollten, und fühlte mich verpflichtet, meinen Teil dazu beizutragen, daß dies nicht gelang.“

Insgesamt wirkten im Prozeß 23 Hauptverteidiger zusammen mit einem umfangreichen Stab an Assistenten und Sekretärinnen. Drei der Verteidiger waren Professoren, die an Universitäten des Dritten Reiches gelehrt hatten. Einige hatten auch der NSDAP angehört. Ihre gemeinsame, von Otto Stahmer im Namen aller Verteidiger am 19. November 1945 eingereichte Eingabe zielte auf die angebliche Nicht-Zuständigkeit des Internationalen Tribunals, insbesondere darauf, daß es für den Anklagepunkt Verbrechen gegen den Frieden zum Zeitpunkt des Geschehens noch keine völkerrechtlich verbindlichen Grundlagen gegeben hätte, weshalb das Internationale Militärtribunal kein rechtmäßiger Gerichtshof sei. Zwei Tage später lehnte es dieser ab, sich mit der Eingabe zu befassen, da sie eine „Einrede gegen die Zuständigkeit des Gerichts“ darstelle und damit in Widerspruch zu Artikel 3 des Londoner Statuts stehe.² Immer wieder versuchten die Verteidiger, Themen in die Verhandlungen einzuführen, welche die Ankläger in ein ungünstiges Licht stellen sollten und ihnen geeignet schienen, einen Keil zwischen die vier den Prozeß tragenden Mächte zu treiben. Insbesondere bemühten sie sich, den Anklägern und Richtern der UdSSR das Recht abzusprechen, an diesem Gerichtsverfahren beteiligt zu sein.³

Die Beschäftigung mit dem zum Tode verurteilten Fritz Sauckel⁴ führte zu der Frage, wer sein Verteidiger gewesen ist, von welchen Positionen sich dieser leiten ließ, was er für seinen Mandanten

¹ Siehe Hausmitteilung. In: Der Spiegel, 16. Oktober 2006, S. 3, wo auf neuere Arbeiten des Spiegel-Redakteurs Thomas Darnstädt verwiesen wird.

² Internationales Militärtribunal (künftig IMT), Bd. I, S. 188.

³ Siehe dazu u. a. die jüngste Publikation von Pätzold, Kurt: Im Rückspiegel, Nürnberg. Der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/46, Köln 2006, S. 121 ff.

⁴ Siehe Weißbecker Manfred: „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“. Fritz Sauckel, in: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 297-331; Der Nürnberger Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher In: Wie rechts ist der Zeitgeist? Analysen und Erfahrungen, Texte von der antifaschistischen Konferenz am 25./26. Oktober 1996, Berlin 1997, S. 122-135; „So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!“ Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte hrsg. von Ulrike Winkler, Köln 2000, S. 41-66; Die NSDAP in Thüringen – vom Experiment zum „Schutz- und Trutzgau des Führers“. In: Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen, hrsg. von Jens-Fietje Dwars und Matthias Günther, Jena 2001, S. 61-99; „Keine Massen loslassen. Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden ...“ Historische und aktuelle Betrachtungen zu einer Forderung von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1935, in: 8. Mai 1945 – Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburgstiftung Thüringen e. V. am 12. Februar 2005 anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Jena 2005, S. 37-50; Der Mandant und sein Verteidiger – Fritz Sauckel und Robert Servatius. In: Von den Urteilen zur „Gnadenarie“ 60 Jahre nach dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß Konferenzbeiträge (Pankower Vorträge, H. 86), Berlin 2006, S. 56-67.

getan hat und inwieweit sich Übereinstimmungen oder Differenzen zwischen beiden feststellen lassen. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Auch in Sauckels Verteidigung läßt sich das Grundanliegen der Verteidigung aller Angeklagten erkennen.

* * *

Bekanntlich wurde Hitlers Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA) von den Richtern hinsichtlich der Punkte eins und zwei – Verschwörung bzw. Verbrechen gegen den Frieden – aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Dies war ganz offensichtlich weniger den Argumenten seines agilen Verteidigers Dr. Robert Servatius zu verdanken als vielmehr den rechtlichen Grundsätzen sowie der fairen Vorgehensweise des Gerichtshofes. Hinsichtlich der Punkte drei und vier der Anklage – Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität – wurde Sauckel indessen ebenso diskussionslos schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, wobei alle vier Richter für Punkt drei votiert hatten und nur einer sich hinsichtlich des Punkts vier dazu nicht entschließen wollte.⁵

Obleich der Anwalt seinen Mandanten nicht hatte retten können, lohnen seine umtriebigen Bemühungen⁶ dennoch einer Analyse sowie den Versuch einer Bewertung. Hinzu kommt, daß er nicht allein Sauckel, sondern auch das als verbrecherische Organisation angeklagte Korps der politischen Leiter der NSDAP zu verteidigen übernommen hatte, worin er zwar letztlich auch keinen Erfolg, aber für den Ausgang und die geschichtlichen Interpretationen des Prozesses doch eine gewisse Bedeutung hatte gewinnen können.

Servatius, nur vier Tage jünger⁷ als Sauckel und seit 1925 als Anwalt in Köln⁸ tätig, hatte in der Wehrmacht den Rang eines Majors erreicht und galt nach 1945 als politisch unbelastet, weil er nicht Mitglied der NSDAP geworden war. Sein „Stolz“ sei es gewesen, so erklärte Servatius später einmal, der ihn veranlaßt habe, sich als Verteidiger für den Nürnberger Prozeß gewinnen zu lassen.⁹ Was immer er darunter verstanden haben mag, es war etwas, das ihn schließlich auch dazu getrieben hat, Hitlers Euthanasie-Beauftragten Dr. Karl Brandt im Ärzte-Prozeß sowie Paul Pleiger, den ehemaligen Leiter der Hermann-Göring-Werke, im Wilhelmstraßen-Prozeß zu verteidigen. Offensichtlich in Anerkennung seiner Fähigkeiten nahm Bundeskanzler Konrad Adenauer ihn mit nach Moskau, als über die Rückkehr deutscher Kriegsgefangener verhandelt werden sollte. Schließlich trat Servatius noch einmal in das Rampenlicht der Geschichte, als Adolf Eichmann in Jerusalem der Prozeß gemacht wurde.

Kennzeichnend dürfte für den 1983 verstorbenen Servatius vor allem gewesen sein, daß er die Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg generell als „Rückfall in die Barbarei“ diskreditiert hat. Dieses Zeugnis seiner politischen Positionen gab er von sich, als er sein Plädoyer für die Angeklagten Schumacher und Urnes im Prozeß gegen Beamte der deutschen Zivilverwaltung in Luxemburg

⁵ Sowohl Bradley F. Smith (Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg, Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1979) als auch Joe Heydecker und Johannes Leeb (Der Nürnberger Prozeß. Mit einem Vorwort von Eugen Kogon und Robert M. W. Kempner, Köln 1998) erwähnen in diesem Zusammenhang den britischen Richter Sir Geoffrey Lawrence.

⁶ Anhand der Nürnberger Verhandlungsprotokolle läßt sich eine zwischen Servatius und Sauckel fein abgestimmte, offen als Mittel politischer Zwecke dienende Verteidigungsstrategie feststellen, in welcher der Angeklagte dreistes Leugnen und Täuschen, emsiges Verdrehen und Vernebeln, ungeniertes Vertuschen und Tricksen, hemmungsloses Ausweichen und Verharmlosen, raffiniertes Akzentverlagern, unsägliches Rechtfertigen usw. praktizierte. Da bot sich ein Bild moralisch übler, aber weithin üblicher Methoden, das sich mir als nicht gerechtfertigt darstellt, auch wenn es Angeklagten gesetzlich erlaubt ist, sich selbst so zu verteidigen.

⁷ Robert Servatius wurde am 31. Oktober 1894 in Köln geboren, wo er am 7. August 1983 verstarb.

⁸ In der von Oswald Bussenius u.a. herausgegebenen Festschrift „100 Jahre Kölner Anwaltsverein“ (Köln 1987) wird Servatius nicht erwähnt.

⁹ Siehe Kempner, Robert M. W.: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M./Berlin 1986, S. 238 f. Zu prüfen wäre noch, inwieweit sich Servatius bewußt gegen die Entscheidung der Kölner Anwaltskammer gestellt hat, die ihren Mitgliedern direkt verboten hatte, nach Nürnberg zu gehen. Siehe ebenda, S. 234.

vor dem dortigen Gerichtshof für Kriegsverbrechen hielt.¹⁰ Anwaltskollegen beschrieben ihn als einen untersetzten Mann, dem „die Energie aus allen Knopflöchern“ spritze, als unnahbaren Einzelgänger, der eigentlich kein Theoretiker sei, aber alle Probleme mit „geradem, gesunden Verstand“ angepackt habe.¹¹

Am ausführlichsten hat sich bislang Hannah Arendt über Servatius geäußert, den sie während des Eichmann-Prozesses beobachtete.¹² Servatius habe seine Dienste selbst dem Stiefbruder Eichmanns angeboten, worauf ihn dessen Familie dem Gericht als Verteidiger empfahl.¹³ In der Öffentlichkeit habe Servatius die Übernahme dieser Aufgabe als „reine geschäftliche causa“ dargestellt, wobei es sich für ihn keineswegs um ein „Geschäft“ handeln konnte, weil die 20.000 Dollar, die ihm die israelische Regierung gewährte, und die 15.000 DM von der Familie Eichmanns keineswegs alle erforderlichen Auslagen abdeckten. Arendt berichtet ebenfalls, daß sein Antrag an die Bundesregierung, ihm 100.000 DM zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden sei, ebenso sein Antrag, Bonn möge die Auslieferung Eichmanns nach Deutschland verlangen.¹⁴ Servatius habe das Gericht als „unbefugt und voreingenommen“ bezichtigt und schlicht und einfach sämtliche Anklagepunkte bestritten.¹⁵ Nachdem sich der Verteidiger in Jerusalem darauf versteift hatte, die massenhafte Ermordung von Juden durch den Einsatz von Giftgas als „medizinische Angelegenheiten“ zu qualifizieren, beurteilte Hannah Arendt ihn als einen

„unbescholtenen Steuer- und Wirtschaftsanwalt aus Köln, der niemals der NSDAP angehört hatte, dafür aber dem Gericht eine Lektion in diesen Dingen erteilte, die wohl für jeden, der sie mit angehört hat, unvergeßlich ist.“¹⁶

Sie rückte ihn sogar in die Nähe des Geistes der berüchtigten „Protokolle der Weisen von Zion“, als Servatius von ausgesprochen irrationalen Gründen gesprochen hatte, die „hinter dem Schicksal des jüdischen Volkes“ stünden.¹⁷ Als ebenso unerhört darf die von ihm verbreitete Erklärung gelten, das

„einzige legitime Strafprozessual des Eichmann-Prozesses sei die bislang unterbliebene Aburteilung seiner Entführer.“¹⁸

Von Anfang an behauptete er, die Grundlagen des Jerusalemer Verfahrens und die Anklage seien „völkerrechtswidrig“.¹⁹

In der Verteidigungsstrategie spielte die Leugnung der von Eichmann begangenen Verbrechen keine Rolle. Aber es hieß immer wieder: Der Angeklagte sei lediglich ein „kleiner Befehlsempfänger“ mit geringen Befugnissen gewesen. Offensichtlich zielte sein Interesse auf etwas anderes, denn er tat alles, um jene amtierenden BRD-Politiker aus dem Prozeß herauszuhalten, die ebenfalls am fa-

¹⁰ Zit. nach Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit München 1996, S. 162 f, der den Satz „Nürnberg ist ein Rückfall in die Barbarei“ als Motto des Kapitels „Die Politisierung der Kriegsverbrecherfrage (1949/50)“ wählte.

¹¹ Siehe Hänsel, Carl: Das Gericht vertagt sich. Aus dem Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers, Hamburg 1951, S. 234.

¹² Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, (München 1964), hier zit. nach der Ausgabe des Reclam-Verlages Leipzig 1990.

¹³ Ebenda, S. 381. Otto Köhler berichtet, daß Servatius den Brüdern Eichmanns, die sich Sorgen um die Bezahlung des Verteidigers gemacht hätten, zu verstehen gegeben habe, sein Honorar sei nicht ihr Problem. Er erhalte sachdienliche Unterstützung von der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes. Köhler, Otto: Eichmann, Globke, Adenauer. CIA-Aktenfunde. Warum die rechte Hand des Bundeskanzlers geschont werden mußte, in: Freitag, Nr. 24 vom 16. Juni 2006, S. 6.

¹⁴ Ebenda, S. 353 und 113. Es darf dennoch vermutet werden, daß Servatius auch finanziell von der Regierung der BRD unterstützt worden ist. Entsprechenden Behauptungen der Presse ist Servatius nicht entgegen getreten.

¹⁵ Siehe Mulisch, Harry: Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß, aus dem Niederländischen von Johannes Piron. Berlin 1996 (Amsterdam 1961), S. 48 und 203.

¹⁶ Arendt, a. a. O., S. 157 und 207.

¹⁷ Ebenda, S. 94.

¹⁸ Ebenda, S. 97. Das von Servatius veröffentlichte Plädoyer der Verteidigung Adolf Eichmanns (Bad Kreuznach 1961) stand dem Vf. nicht zur Verfügung.

¹⁹ Krause, Peter: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. und New York 2002, S. 60.

schistischen Judenmordprogramm beteiligt gewesen waren. Dies stimmte mit den Wünschen der Bonner Regierung überein, möglicherweise hatte diese ihr Verhalten auch dem Verteidiger vorgegeben.²⁰ Die Tatsache, daß Servatius in Jerusalem dennoch Hans Globke, den Verfasser der berühmten Kommentare zu den antisemitischen Nürnberger Gesetzen von 1935 und nunmehrigen Staatssekretär Adenauers im Bundeskanzleramt, ab und zu erwähnte, betrachtete ein kritischer Beobachter des Prozesses als „vorübergehende Erpressungsmanöver“ des Verteidigers, der so „zu seinem Gehalt kommen“ wollte.²¹ Eine Reihe von Indizien weist darauf hin, daß Servatius in dieser Hinsicht durchaus erfolgreich gewesen ist.²²

Zurück zu Nürnberg: Hier trat Servatius geschickt und ohne Anstoß zu erregen auf. Insbesondere seine Fragen an Sauckel stießen bei den Richtern kaum auf Protest. Seine geschliffenen Formulierungen stachen um so mehr hervor, als Sauckel zumeist nicht in der Lage war, klar und präzise zu sprechen.²³ Offensichtlich stimmten in Nürnberg Mandant Sauckel und Verteidiger Servatius darin überein, wann immer es ihnen möglich schien, alle Tatsachen zu verdrehen oder zu bemänteln, zu verschweigen oder zu leugnen. Das mag bei dem einen verständlich und rechtens sein. Sein Verteidiger, dem das Recht zwar manches erlaubt, unterschied sich darin offensichtlich auch von anderen Verteidigern, beispielsweise von Kurt Kauffmann, der Ernst Kaltenbrunners Lügen, er habe von nichts gewußt, nicht in dessen Verteidigung eingebracht hat oder auch von Alfred Thoma, der ziemliche Distanz zu Alfred Rosenberg erkennen ließ.²⁴

Klar zu erkennen ist erstens der Versuch, als wichtigstes Argument ins Feld zu führen: Sauckel habe mit seiner Tätigkeit lediglich seiner „Aufgabe für Deutschland“ entsprochen und im Dienst der deutschen Nation gestanden, also seine „Pflicht“ erfüllt, über welche die „Sieger“ nicht zu urteilen hätten. Zweitens half Servatius dem Mandanten, den Richtern beweisen zu wollen, der GBA habe mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen in seinem Leben niemals etwas zu tun gehabt, erst recht nicht mit dem Krieg. Am deutlichsten trat das zutage, als Sauckel am 28. und 29. Mai 1946 erstmalig aus der zweiten Reihe der Angeklagten hervortreten durfte und in der Befragung durch den Verteidiger vollmundig erklärte:

„Ich kann aus vollstem Gewissen sagen, daß sich in jenen Jahren niemand von uns irgendwie mit dem Gedanken eines Krieges befaßt hat.“

Das war starker Tobak und konnte nur als Vorwurf an die Siegermächte verstanden werden, eigentlich hätten sie doch den Zweiten Weltkrieg vorbereitet und begonnen. Vielleicht nahm er sich deshalb doch etwas zurück und ergänzte seine Aussage mit einem Hinweis auf die „edlen“ Motive der Faschistenführer:

„Wir standen auf dem Standpunkt, für unser Volk unsere Pflicht tun zu müssen.“²⁵

Ganz offensichtlich bewegte sich auch Servatius in solchen nationalistischen Gedankenbahnen. Noch deutlicher als in der Verteidigung Sauckels kam dies in den Verhandlungen des Gerichtshofes über das angeklagte Korps der Politischen Leiter der NSDAP zum Ausdruck. Auch hier lag dem

²⁰ Die jüngst frei gegebenen Akten des amerikanischen Geheimdienstes CIA belegen, daß Adenauer großes Interesse daran hatte, eine Ausweitung des Eichmann-Prozesses zu verhindern und dabei auch von den USA unterstützt worden ist.

²¹ So urteilte Friedrich-Karl Kaul in einem Bericht an die DDR-Regierung. Zit. nach Großkopf, Annette: F. K. Kaul. Anwalt im geteilten Deutschland, Baden-Baden 2002, S. 206 f. Zu untersuchen wäre in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit jenen 40 Seiten aus den Memoiren Eichmanns, die Aussagen über Globke enthielten. Sie gelangten in den Besitz der CIA und wurden nicht veröffentlicht. Siehe dazu auch Otto Köhler, a. a. O.

²² Aus seinen Gesprächen mit Friedrich-Karl Kaul über die Finanzierung des Verteidigers informierte der Münchener Rechtsanwalt Hans E. Schmitt-Lermann den Vf. in einem Brief vom 26. Mai 2006. Auch für andere Hinweise zum Thema sei ihm hier herzlich gedankt.

²³ Dies traf später auch auf Eichmann zu, der im Prozeßverlauf mehrfach gemahnt werden mußte, Sätze kürzer und verständlicher zu formulieren.

²⁴ Kempner, S. 236.

²⁵ Ebenda.

Verteidiger insbesondere daran, alles zu bagatellisieren und zu bestreiten, was als Beweis oder auch nur als Indiz für die Richtigkeit des bedeutsamen ersten Anklagepunktes dienen konnte. Mit dem Blick auf den Vorwurf des Friedensverbrechens erklärte er beispielsweise, es sei zwar „richtig, daß die von der Partei erstrebten Ziele zu einem Krieg führen konnten“, und es treffe auch zu, daß „ein Krieg, der etwas erstrebt, was den Besitz anderer beeinträchtigt, einen Angriff auf diesen Besitz“ enthalte, aber keine der nationalsozialistischen Parolen hätte „zu einem Angriffskrieg führen“ müssen. Allen Ernstes, noch dazu ausdrücklich bezog er sich nicht auf die Taten, sondern auf die Propaganda der Nazis. Diese wollte er für bare Münze genommen wissen, darunter auch die Schlagwörter vom „Lebensraum“ und „Los von Versailles“. Würde man sie als zum Kriege hinführend charakterisieren wollen, wäre beispielsweise auch die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ in diesem Sinne zu interpretieren. Außerdem brachte er noch eine differenzierend-entlastende Begriffsklauberei ins Spiel:

„Ob tatsächlich ein Angriffskrieg vorgelegen hat, der offensichtlich über den technischen Begriff der Kampföffnung hinausging, ist im Verfahren vor dem Tribunal von vielen Hauptangeklagten mit wichtigen Gründen bestritten worden.“²⁶

Demagogische Formeln, die geschichtsfälschende Deutung des 1. September 1939 und die offensichtlich verlogenen Schutzbehauptungen der Angeklagten galten ihm also nicht nur als verwendbar, sondern als wesentlich und glaubwürdig.

Dennoch war Servatius klug genug, sich nicht auf den Versuch einzulassen, den Anklagepunkt „Angriffskrieg“ widerlegen zu wollen. Aber bemühte er sich nach Kräften um eine die Ursachen des Krieges fälschende Entlastung der Angeklagten. Seiner Argumentation zufolge soll für die Politischen Leiter nicht erkennbar gewesen sein, daß es um die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegangen ist. Es habe vielmehr „der Grundstein der Überzeugung aller Politischen Leiter“ darin bestanden, daß ein Krieg nicht beabsichtigt sei. Als Begründung wagte er anzubieten, Hitler habe doch selbst erklärt, es sei Wahnsinn, als kleiner Staat der ganzen Welt gegenüberzutreten zu wollen. Und er verstieg sich sogar dazu, nationalsozialistische Verschleierungsparolen erneut für bare Münze zu verkaufen: Weil Hitler im Ersten Weltkrieg als Soldat an der Front gestanden habe, konnte niemand im Korps der Politischen Leiter „erwarten, daß er die Leiden eines neuen Krieges heraufbeschwören würde.“²⁷

Servatius ging aber noch weiter und wendete das Verbrechen ins Positive. Er behauptete:

„Den Kriegsgedanken standen feste Grundlagen für eine positive Friedenspolitik gegenüber [...] Es ist ein anderes Ziel, für das gekämpft worden ist, das die Millionen in Bewegung gesetzt hat. Es war nicht die Welt der Verbrechen, sondern der goldene Schein des Sozialismus.“

Er beließ es wohlweislich bei der Andeutung, daß die Siegermächte die eigentlichen Kriegsverursacher seien, zog daraus wiederum apodiktisch das Fazit, es würde sich aus allem, was er dargelegt habe, lediglich

„ergeben, daß eine Kenntnis von Angriffsabsichten für die Politischen Leiter nicht zu erlangen war.“²⁸

In ähnlicher Weise kamen trickreiche Vertuschungs- und Verdrehungsbemühungen von Mandant und Verteidiger zum Vorschein, als Sauckel von Servatius gefragt wurde, ob in Thüringen „Judenverfolgungen stattgefunden“ hätten. Da lautete die strikte Antwort zunächst: „Nein“. Dem Schwindler erschien das aber wohl selbst als allzu offensichtlich falsch und fügte, vom Verteidiger noch einmal auf „bekannte Fälle“ und „Übergriffe“ angesprochen, dümmlich hinzu:

„In Thüringen mag in einigen Orten eine Fensterscheibe oder sonst dergleichen eingeworfen

²⁶ IMT, Bd. XXI, S. 505 f.

²⁷ Ebenda.

²⁸ IMT, Bd. XXI, S. 54 f.

worden sein. Ich kann das im einzelnen nicht sagen, ich kann Ihnen nicht einmal sagen, wo und ob es in Thüringen Synagogen gegeben hat.“²⁹

Das schien dem Verteidiger dann aber doch so fehl am Platz zu sein, daß er von seiner Linie abwich und abrupt zu einem anderen Thema übergang; plötzlich sollte Sauckel über die Dotation in Höhe von 250.000 RM sprechen, die er im Oktober 1944 von Hitler empfangen hat.

Servatius kam nicht umhin, von den rassistisch-antisemitischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als dem „augenfälligste(n) Ereignis“ zu sprechen. Darunter verstand er:

„Wirtschaftliche Zurückdrängung der Juden, ihre Diffamierung durch den Judenstern, die Ausschaltung aus dem Gesellschaftsleben, der Erlaß der Nürnberger Gesetze, die Evakuierung nach dem Osten und schließlich die Ausrottung“.

Das alles sei aber losgelöst von einem Angriffskrieg zu erklären³⁰ und: Von einer „aktiven Beteiligung der Politischen Leiter“ könne keine Rede sein. Unter absichtsvoller Verwendung des bestimmten Artikels hieß es darüber hinaus, sie hätten auch keine Kenntnis „von der Art und dem Umfang der Maßnahmen“ gehabt.³¹

Vergeblich bemühte sich Servatius jedoch um eine ähnliche Entlastung Sauckels und des Korps der Politischen Leiter der NSDAP hinsichtlich der Anklagepunkte drei und vier. Immer wieder sprach er vom Nicht-Wissen seiner Mandanten:

„Die Kenntnis von den Geschehnissen (sic! M. W.) außerhalb des Reichsgebiets kann bei der Mehrheit der Politischen Leiter nicht vorliegen.“

Den hier erkennbaren Ansatz einer gewissen Differenzierung unter den Nazi-Führern hob er jedoch sofort wieder auf:

*„In der Presse wurde bekannt gegeben, daß die Regierungen in anderen Ländern, so Ungarn, Frankreich und Italien, gleichartige Maßnahmen treffen wie die deutschen Stellen. Was in Wahrheit geschah, blieb in Deutschland unbekannt.“*³²

So orientiert, wollte auch sein Mandant Sauckel weder von der „Arisierung“ vor dem Krieg noch von der Ermordung der europäischen Juden während des Krieges etwas gewußt haben. Von Servatius am 29. Mai 1946 befragt, ob er keine Kenntnis davon, was mit den Juden geschehen würde, gehabt habe, gab er von sich: „Nein ich hatte keine Kenntnis davon.“ Das war in jeder Hinsicht eine glatte Lüge, hatte er doch um die Jahreswende 1943/44 – ohne das Wort „Endlösung“ zu verwenden – seinen Untergebenen eindeutig zu erkennen gegeben, daß er wußte, was in den Vernichtungslagern vor sich ging. Unmißverständlich klang seine Billigung des Massenmords, den er – am 31. Dezember 1943 an die rund 30.000 thüringischen Hoheitsträger der NSDAP appellierend – sogar regelrecht einforderte.

Unverkennbar galt Sauckel das Lügen als ein berechtigtes Mittel deutscher Politik. Lügen hielt er schlicht und einfach für ein völlig gerechtfertigtes Instrument rassistischen Großmachtstrebens. Am

²⁹ IMT, Bd. XIV, S. 676 f.

³⁰ IMT, Bd. XXI, S. 515 f.

³¹ Seine Begründung liest sich so: „Die gesetzlichen Maßnahmen wurden ohne Befragung der Politischen Leiter getroffen. Soweit sie auf Zurückdrängung des Einflusses der Juden gerichtet waren, wurden sie von ihnen begrüßt und entsprachen dem Parteiprogramm. Auch den Nürnberger Gesetzen wurde nicht widersprochen. Der Judenstern aber wurde bereits als beschämend empfunden. Ablehnung setzte jedoch ein bei der Vermögensbeschlagnahme und der Evakuierung. Die Geschichte des 9. November 1938 ist dem Tribunal aus den Vernehmungen bekannt. Es war ein Überraschungsmanöver, das von Goebbels ins Werk gesetzt wurde, als die Gauleiter aus ihren Gauen abwesend waren. Der Parteiparat wurde umgangen, weil hier mit Widerständen zu rechnen war. Soweit überhaupt die Möglichkeit für die Politischen Leiter zum Eingriff gegeben war, lehnten viele Gauleiter ab oder gaben Gegenbefehle, als sie von der Aktion erfuhren [...] Auf der Ebene der Kreis- und Ortsgruppenleiter ist ebenfalls ein planmäßiger Einsatz der Politischen Leiter nicht festgestellt. Alle Zeugenaussagen bestätigen hier die Überraschung, Ablehnung und Uneinlichkeit des Vorgehens.“ Ebenda, S. 516.

³² Ebenda.

4. Dezember 1943 hatte er dies in einer Rede bei der ersten Kriegstagung der thüringischen Rüstungsindustrie in Weimar zu erkennen gegeben und mit den Worten begründet:

*„Wenn ich in Paris den Franzosen, oder wenn ich anderen Völkern ein paar Liebenswürdigkeiten sage, so ist es nicht so, daß ich an diese Liebenswürdigkeiten auch glaube. Aber ich halte es für notwendig, daß man sie sagt. In dieser Beziehung liegen die Dinge auch anders; diesen fremden Völkern bin ich nicht zur Wahrheit verpflichtet“.*³³

Nationalistische Überheblichkeit und Mißachtung anderer Völker galten ihm als Selbstverständlichkeit, als eine den Deutschen auferlegte Pflicht, als etwas, das keiner Infragestellung oder gar einer tugendhaften Bewertung unterliegen durfte, als etwas, das einem alles Militärische verabsolutierenden Freund-Feind-Schema verhaftet war und daher ausschließlich mit Gewalt einher zu gehen hatte. Alles sei richtig, „was die Deutschen machen“, hatte Sauckel früher getönt.³⁴

Offensichtlich lassen sich so auch die unzweifelhaft vorhandenen politischen Motive und Gedankengänge des Verteidigers erklären. Zwar stehen eingehende Untersuchungen noch aus, doch kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, daß diese andere Ergebnisse zeitigen werden. Das, was Servatius selbst zu seinem Beweggründen angegeben hat und von mir eingangs benannt worden ist – „Stolz“, „Verstand“ und „Geschäft“ – stimmt in politischer und moralischer Hinsicht mit den vernichtenden Schlußfolgerungen durchaus überein, die vielfach zum Umgang (bundes)deutscher Rechtswissenschaftler mit dem Nürnberger Prozeß getroffen worden sind, einschließlich der Aussage Ingo Müllers, daß nach 1945 die „Unbelehrbarkeit“ von Juristen noch für lange Zeit geradezu eine „Voraussetzung“ wissenschaftlicher Karrieren gewesen ist und „kritische Anmerkungen zur deutschen Vergangenheit [...] das Ende jeder akademischen Laufbahn“ bedeutet hätten.³⁵

Der Nürnberger Prozeß. Genutzte oder vergessene Geschichtslektion? Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 105-115.

³³ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, RSH, Nr. 190, Bl. 398 ff.; Hervorhebung durch den Vf.

³⁴ Ebenda, Bl. 467.

³⁵ Siehe Müller, Ingo: Nürnberg und die deutschen Juristen. In: Der Nürnberger Prozeß. Die Anklagereden des Hauptanklagevertreters der Vereinigten Staaten von Amerika Robert H. Jackson, hrsg. und mit einem Beitrag „Nürnberg und die deutschen Juristen“ von Ingo Müller, Weinheim 1995, S. 165-185.

Eröffnung der Tagung und erste Bemerkungen zu einer alten und immer wieder neu gestellten Frage: „Wozu Geisteswissenschaften?“

Das mit einem herzlichen Willkommensgruß verbundene Wort zur Eröffnung unserer Tagung am heutigen Tag klingt etwas barock getitelt und scheint kaum in Beziehung zu den konkreten Gegenständen aus einigen gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereichen der Jenaer Universität während der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu stehen. Dennoch – der gestrige Abend bewies es bereits¹ – jede vom Allgemeinen isolierte Betrachtung wäre unzureichend. Es mögen daher meine Überlegungen anregen, in den heutigen Debatten im Vordergrundigen auch den Hintergrund, im Empirischen auch das Methodische zu sehen.

„Kopf hoch“, so titelte jüngst ein Studenten-Magazin. „Kopf hoch, Geistes-wissenschaftler“, die ihr angehalten seid, der „ökonomischen Wertschöpfung“ der Gesellschaft zu dienen.² Ironie scheint fehl am Platz, denn in der Tat hatte zuvor der Wissenschaftsrat verkündet, die Geisteswissenschaften seien – und erneut zitiere ich – verpflichtet,

„gleichermaßen an der kulturellen und politischen Selbstvergewisserung Deutschlands und an der ökonomischen Wertschöpfung mitzuwirken.“³

Auch die Wissenschaftspolitik der DDR orientierte auf das Zusammenwirken von Wissenschaft und Industrie, die zitierten Zielvorgaben des neoliberalen Wissenschaftsverständnisses meinen jedoch anderes. Es soll wohl so heißen: Ohne das eine nicht das andere. Punktum! Es gilt allein die Anwendbarkeit von Wissenschaft *in* der Wirtschaft bzw. *für* diese und damit für den so genannten „Wirtschaftsstandort Deutschland“ in einer sich immer weiter globalisierenden Welt. Formuliert ist so die Existenzbedingung aller Wissenschaften – sie müssen „sich rechnen“⁴, auch jene, die kaum noch als Wissenschaften *von der* und *für die* Gesellschaft verstanden, sondern – durchaus mißverständlich hinsichtlich ihres Gegenstandes – als Geisteswissenschaften bezeichnet werden.

„Selbstvergewisserung Deutschlands“ als Anliegen und Ziel jener Wissenschaftsbereiche? Weshalb nicht die Selbstvergewisserung der Deutschen, der Staatsbürger, was durchaus gegen die Reduktion des Menschen auf einen *homo oeconomicus* in Frage stellen könnte? Statt dessen eine Selbstvergewisserung des Staates? Selbst wenn in den immer wieder betonten „Standort“-Kategorien gedacht werden sollte, wäre dennoch aller Wissenschaft dringend zu wünschen, nicht *in* und *an* den Grenzen des Nationalen zu verweilen. Erst recht sollte sie es nicht dabei belassen, sich der Lage lediglich zu „vergewissern“. Ich halte es da doch lieber mit der elften Feuerbach-These jenes Denkers, dessen Büste nach 1989 in den Dunkelkammern der Jenaer Universität verschwand und dort bis zum heutigen Tage versteckt wird, so als ob dadurch marxistisches Denken unsichtbar gemacht und vollends ausgeschaltet werden könnte.

Was die UNESCO im Rahmen ihrer „Empfehlungen zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher“ auf ihrer 18. Generalkonferenz am 23. November 1974 zur Funktion von Wissenschaft formulierte, ist etwas anderes als „Selbstvergewisserung“: Ihr zufolge ist Wissenschaft eine gesellschaftliche Tätigkeit, in der die Menschen

„eine planvolle Anstrengung unternehmen, durch das objektive Studium beobachteter Phänomene Kausalzusammenhänge zu erkennen und zu beherrschen „ Es gelte „aus dem Verständnis der in der Natur und in der Gesellschaft zu beobachtenden Prozesse und Phänomene Nutzen zu ziehen [...] zum Wohl der Menschen.“⁵

¹ In einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. wurde von Clemens Burrichter der gemeinsam mit Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan herausgegebene Band „Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat Politik. Ein Handbuch“ (Berlin, 1.360 S.) vorgestellt.

² Hinrichs, Per: Kopf hoch, Geisteswissenschaftler, in: Uni-Spiegel, H. 1/2006, S. 23.

³ Zit. nach ebenda.

⁴ Am Rande sei bemerkt: Noch vor nicht allzu langer Zeit sah sich die „Freiheit der Wissenschaft“ gepriesen, wurde einer weitgehenden Autonomie wissenschaftlicher Einrichtungen das Wort geredet. Nunmehr gelten solche Parolen, früher bereits als eine eher verhüllende denn orientierende Fahne geschwenkt, kaum noch etwas.

⁵ Recommendation on the status of scientific researchers. Adopted by the General Conference at its eighteen session, Paris, 20 November 1974, 67 p. Quelle (in engl.): <http://unesdoc.unesco.org/images/0001/000115/011564mb.pdf> (Stand: 11. Juli 2006). Hervorhebung durch den Vf.

Bekanntlich ließ Bertolt Brecht seinen Galilei sagen, der Zweck wissenschaftlicher Tätigkeit bestehe darin, „die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern“⁶, also die Lebensbedingungen so zu gestalten, daß die Menschen immer bessere Möglichkeiten erhalten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Man wird sich erinnern an ähnliche Formulierungen aus SED-Parteitagebeschlüssen und ZK-Verkündigungen, und zugleich feststellen, daß sie zu den vielen nicht eingelösten schönen Losungen gehörten. Zu prüfen wäre indessen auch, ob sie wirklich nur „hohle Ausschmückungen der Parteipragmatik“ darstellten, wie der pauschale Vorwurf lautet, und ob die dem entgegen gesetzte These Reinhard Moceks stimmt, es würde doch wohl keine einzige analytische Zeile über die Wissenschaftspolitik der DDR mehr verschwendet werden, träfe eine solche „Aufarbeitungs“-Schablone zu.⁷

Jeder Blick zurück erfolgt aus dem Heute, und jede Kritik am Gestrigen fordert zum Vergleich heraus. Dem kann sich keiner entziehen, dem wollen wir uns nicht entziehen, auch wenn ab und zu – gegenwärtig erneut in der aufgeregten Debatte um ein angebliches „Weichspülen der DDR-Repressionsgeschichte“⁸ – empfohlen wird, „Belastete“ sollten lieber schweigen und das Wort allein den Opfern der DDR überlassen. Wir erlauben uns nicht zuletzt aufgrund der eigenen Erfahrungen den kritischen Blick auf die gegenwärtige Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Was da zu beobachten ist, hat beispielsweise Clemens Burrichter analysiert. In seinem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ konstatierte er am 14. März d. J., das Ergebnis konservativer Wissenschaftspolitik sei eine „Entfremdung und Entfernung der Wissenschaft von der Gesellschaft als Ganzem, Ignorierung der Wissensbedürfnisse unserer Übergangsgesellschaft“, was ihn veranlaßte, die Ersetzung des Schlagwortes vom „Wirtschaftsstandort Deutschland“ durch den Begriff „Lebensstandort Deutschland“ zu fordern.⁹ In der Zeitung „Das Parlament“ las man im Januar gar, die Universität sei in Deutschland „nur einen winzigen Schritt vom totalen Kollaps entfernt“, und das stelle das Ergebnis „von beinahe drei Jahrzehnten verfehlter Hochschulpolitik vor allem in den Ländern, aber auch im Bund“ dar.¹⁰

Immer wieder sind zahlreiche Hiobsbotschaften zu vernehmen, wenn auch kaum in den öffentlichen Medien. Da geht es um Dezimierung von Fördermitteln, Ausdünnung des Personalbestandes, Schließung von Instituten, Mittelkürzung für kulturelle Einrichtungen aller Art usw. Und all das erfolgt, obwohl nach jüngsten Prognosen sich die Zahl der Studierenden bis 2014 um etwa 30 % anwachsen soll.¹¹ Das erfolgt auch im Wissen um die große Differenz der staatlichen Aufwendungen für die Universitäten in den so genannten Industrienationen. Während in den USA die Unis jährlich rund 20.000 Dollar pro Studierenden bereitstellen, sind es in Europa gerade mal 7000 Dollar.¹²

Weitere die Situation beschreibende Belege und Zukunftsbefürchtungen lassen sich leicht finden. Das kann niemanden kalt lassen, der sich der Wissenschaft verpflichtet fühlt. Es gilt daher, so meine ich, „ohne Zorn und ohne Trauer“¹³ zurück und mit wachen Augen in die Gegenwart zu blicken. Das wiederum zwingt nach dem gesellschaftlichen Sinn von Wissenschaft zu fragen, nicht nur kurzfristig nach betriebswirtschaftlichem Nutzen und machtpolitischem Vorteil. „Bildung verkommt“, schreibt der Jenaer Pädagogikprofessor Michael Winkler, wenn „sie als Wirtschaftsgut angesehen wird, das sich verkaufen lassen muß.“ Die gegenwärtige Reformpolitik im Bildungswe-

⁶ Brecht, Bertolt: Leben des Galilei, in: Ders.: Stücke, Bd. VIII, Berlin 1961, S. 181.

⁷ Mocek, Reinhard: Wissenschaftspolitik in der DDR, in: Burrichter, Clemens/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000, a. a. O., S. 952.

⁸ So äußerte sich z.B. die thüringische „Stasi-Beauftragte“ Hildigund Neubert gegen das Gutachten einer Expertenkommission zur DDR-Aufarbeitung, Thüringische Landeszeitung, 17. Mai 2006.

⁹ Burrichter, Clemens: Die drei großen K, in: Neues Deutschland, 14. März 2006, S. 3.

¹⁰ Das Parlament, Nr. 3 vom 16. Januar 2006, S. 1.

¹¹ Die neueste Prognose der Kultusministerkonferenz über Studienanfänger, Studierende und Hochschulabsolventen rechnet damit, daß sich die Gesamtzahl der Studierenden bis 2020 auf 2,5 bis 2,8 Millionen erhöhen wird. Siehe E&W, H. 1/2006, S. 221.

¹² Gemessen am Bruttosozialprodukt geben die USA 2,7% für die Studienförderung aus, Europa hingegen nur 1,1%. Diese Angaben sind der Zeitung „Die Welt“ vom 11. Mai 2006, S. 31 entnommen.

¹³ Mocek, a. a. O., S. 958.

sen bewertet der Mit-Initiator des Frankfurter Appells gegen die „Umgestaltung der Bildungseinrichtungen in Wirtschaftsbetrieb“ vom Oktober 2005¹⁴ als ein Dilemma:

„Statt jene Kreativität zu fördern und zu unterstützen, auf welche die Gesellschaften der Gegenwart angewiesen sind, will sie für Effektivität und Effizienz sorgen, um zu kontrollieren, vielleicht auch zu disziplinieren.“ Und er schlußfolgert: *„Das hat wenig mit Demokratie zu tun ...“*¹⁵

Für den unbefriedigenden Zustand des bundesdeutschen Wissenschaftsbetriebes gibt es genügend und markante Anzeichen. Selbstverständlich sind Glanzpunkte nicht zu übersehen, und es wäre gewiß auch falsch und ungerecht geurteilt, sie lediglich als Ausnahmen zu betrachten. Beide Erscheinungen verdeutlichen indessen einen aus meiner Sicht folgenreich-unheilvollen Prozeß der Polarisierung im Wissenschaftsbetrieb: Einerseits Hervorhebung einiger Einrichtungen, die als Elite-Institute oder Exzellenz-Projekte höchste Anerkennung staatlicher und zahlungskräftiger privater Sponsoren genießen, andererseits eine immer geringer werdende Finanzierung der „restlichen“ Einrichtungen an Universitäten und Hochschulen.

Als „Bronxford“ charakterisierte die Zeitung „Das Parlament“ den deutschen Hochschulstandort, was meint, die Universitäten glichen einer „Mischung aus dem Elend der Bronx und dem Glanz von Oxford“.¹⁶ In dieser Polarisierung spiegeln sich – wer vermag das zu bestreiten – grundlegende Erscheinungen der modernen kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Gebrechen. „Wer viel hat, bekommt viel“, erklärte vor kurzem der Soziologe Michael Hartmann in einer Analyse des deutschen Bildungssystems, dem er eine „soziale Schieflage“ attestierte.¹⁷ Die stereotyp mit angeblicher Finanznot bemäntelte und ausschließlich marktwirtschaftlich begründete Bevorzugung so genannter Eliten vertieft die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, Oben und Unten usw., sie spiegelt diese und hilft, sie im Wissenschaftsbetrieb zu verankern.

Mehrere Problemfelder sind dabei ineinander verwoben. Allen voran die der sozialen Folgen, über die bereits oft gesprochen worden ist. Wenigstens zwei weitere Komplexe möchte ich andeuten, da auch sie erlauben, den auf unserer Tagung überwiegend rückwärts gerichteten Blick zugleich einzubetten in generelle Fragen unserer Zeit:

Da wäre zum einen die Tendenz, mit der so genannten Exzellenzinitiative der Bundesregierung eine Stärke, die das deutsche Hochschulwesen bislang ausgezeichnet hat, regelrecht zu opfern: „das hohe Niveau der Breite“. Darin sehen viele, darunter auch Hartmann, die Gefahr einer Aufteilung der deutschen Hochschullandschaft „in Forschungs- und Ausbildungsuniversitäten“.¹⁸ Dies aber bedeutet die Aufhebung des klassischen Bildungsideals von einer institutionellen Einheit zwischen Forschung und Lehre zu Gunsten reiner marktwirtschaftlicher und parteipolitischer Kriterien in beiden Bereichen.

Zum anderen muß wohl der Blick insonderheit auf die in Deutschland grassierende bildungspolitische Misere gerichtet werden, auch auf die Tatsache, daß sie zugleich den Ost-West-Gegensatz am Leben hält, weil insbesondere der Osten ihre Folgen zu spüren bekommen wird.¹⁹ Das ohnehin vorhandene deutsche Mezzogiorno-Problem läßt sich selbst mit dem Argument der FAZ nicht schönreden, wonach die deutsche Vielstaaterei in der Vergangenheit „ein Segen für die deutsche Universität“ gewesen sei.²⁰ Solche letztlich parteipolitisch motivierte Begleitmusik zur geplanten Föderalismus-Reform und zum voraussehbaren Ansteigen des 16-teiligen Bildungswirrwarrs ertönt schließ-

¹⁴ Siehe dazu die GEW-Zeitschrift E&W, H. 5/2005 und H. 1/2006, in denen über die in einem Appell formulierten „Fünf Einsprüche“ berichtet wird.

¹⁵ Winkler, Michael: Die Uni ist kein Unternehmen, in: Uni-Journal Jena, H. 3/2006, S. 17. Der Autor gehört zu den Initiatoren des Frankfurter Appells „Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb“. Siehe auch Fußnote 9.

¹⁶ Das Parlament, Nr. 3 vom 16. Januar 2006, S. 1.

¹⁷ Hartmann, Michael: Wer viel hat, bekommt viel, in: Neues Deutschland, 17. Februar 2006, S. 10.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Hammerstein, Notker: So klein mit Doktorhut. Andacht zum Unbedeutenden: Die Vielstaaterei war ein Segen für die deutsche Universität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Dezember 2005, S. 34.

lich in absoluter Dissonanz zu allen Vorstellungen für den so genannten Bologna-Prozeß, der die Schaffung eines „europäischen Hochschulraumes“ zum Ziel hat und der einer „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems“ dienen soll.²¹ Wie kann internationale Kompatibilität der Hochschulabschlüsse erreicht werden, wenn der ohnehin vorhandene, gelegentlich provinziell anmutende Kleingeist in den deutschen Bundesländern an Boden gewinnt?

Kritik daran kommt keinesfalls allein aus der „linksparteilichen“ Ecke. Ein früherer Mitarbeiter sozialdemokratischer Bundeskanzler und Wirtschaftsminister, Albrecht Müller, spricht gar von einer „Katastrophe“ und davon, daß die „Wissenschaft in weitem Maße gleichgeschaltet“ sei. Damit nicht genug: Viele Wissenschaftler seien „politisch korrupt“ und arbeiteten für „private Interessen“. Es handele sich um eine „Krise der Eliten.“²²

Grundsätzlich ist auch Kritisches zu den „Geisteswissenschaften“ zu sagen. Von ihrer Krise wird zu Recht landauf und landab geredet, wobei jedoch häufig das Verständnis für ihren Gegenstand zu bemängeln ist und ein realistischer Blick auf die Ursachen ihres beklagenswerten Status fehlt. Einige Wissenschaftler der Berlin-Brandenburgischen Akademie kennzeichneten in ihrem „Manifest Geisteswissenschaft“ den Zustand recht drastisch:

„In den letzten Jahren wurde nicht nur die naturwissenschaftliche Forschung an den Universitäten großflächig ausgedünnt. Die geisteswissenschaftliche Forschung ist extensiv verarmt und droht mangels bereitstehender Ausweichquartiere zum Erliegen zu kommen.“

Angesichts dessen seien sowohl Orientierungs- als auch Organisationsprobleme zu beklagen. Das Manifest forderte zu

„einer nüchternen Analyse des derzeitigen Zustandes und der Entwicklungsmöglichkeiten der Geisteswissenschaften“ auf.²³ Es gelte, *„den Geisteswissenschaften einen Platz in der gesellschaftlichen Mitte zu sichern und sie in die Lage zu versetzen, von dort aus das Gespräch mit der Gesellschaft zu suchen und zu führen“*.²⁴

Verständlich, daß solche Einschätzungen und Forderungen stürmische Debatten auslösten, die jedoch kaum die Feuilletons erreichten, sich mehr auf Webseiten niederschlugen sowie allzu rasch Organisations- und Finanzierungsfragen in den Vordergrund stellten.

Nebenbei: Materielle Schwierigkeiten, die für heute entweder kritisch oder entschuldigend benannt werden²⁵, werden in der historiographisch-politischen Auseinandersetzung mit der angeblich nur ideologisch dominierten Wissenschafts- und Hochschulentwicklung in der DDR nie als eine der Ursachen ihrer unzureichenden Wissenschaftsbedingungen gesehen, geschweige denn benannt. Noch mehr als sie belasten jedoch inhaltliche Beschränkungen heute den geisteswissenschaftlichen Betrieb. Von der Freiheit der Andersdenkenden war viel die Rede, als es darum ging, die tatsächliche Vormachtstellung marxistisch-leninistischer Ideologie zu brechen. Daß jedoch marxistisches Denken total aus dem Wissenschaftsbetrieb vertrieben worden ist, trägt dazu bei, vorurteilsfreie, offene Diskussionen zu verhindern, in denen nach Wahrheit gesucht werden könnte.

²¹ Siehe die gemeinsame Erklärung der Europäischen BildungsministerInnen vom 19. Juni 1999, die unter dem Namen „Bologna-Deklaration“ bekannt geworden ist. Siehe dazu auch Jochen Beisert: Mobiles Humankapital. Europäische Hochschulen zwischen Kapitalverwertungsinteressen und öffentlicher Bildung, in: junge Welt, 18. September 2003.

²² Müller, Albrecht: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Interview in der „jungen Welt“, 18. März 2006. Müller veröffentlichte 2004 das Buch „Die Reformlüge“. Demnächst erscheint sein Werk „Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet“.

²³ Gethmann, Carl Friedrich/Langewiesche, Dieter/Mittelstraß, Jürgen/Simon, Dieter/Stock, Günter: Manifest Geisteswissenschaft (Nov. 2005).

²⁴ Ebenda, S. 2.

²⁵ Manches von den benannten Problemen scheint nicht zuletzt auch in einem kritischen Zeitungsartikel auf, die dem notdürftigen Umgang der Jenaer Universität mit großen Teilen ihres baulichen und musealen Erbe galt. Siehe Kerl, Dieter: Es ist noch viel zu tun –Kritischer Blick auf Uni-Jubiläum 2008, in: Thüringische Landeszeitung, 19. Januar 2006; Graen, Dennis: Umgang mit dem Erbe überdenken, in: Ebenda, 26. Januar 2006.

Übrigens postulieren die Verfasser des erwähnten Manifests, daß zum „Fortschritt in den Geisteswissenschaften der ständige Dialog mit Einsichten der Vergangenheit“ gehören und ihr Alter diese „nicht entwerten“ würde.²⁶ An dieser Stelle will ich nicht unerwähnt lassen, daß die Initiatoren dieser Veranstaltung sehr bewußt im Interesse von Diskussion, kreativem Streit und gemeinsamer Wahrheitssuche um die Einbeziehung neuerer universitätsgeschichtlicher Forschungsergebnisse an der FSU bemüht waren. Leider scheiterte der Versuch, Referenten dazu zu gewinnen. Wenngleich es auch durchaus zu akzeptierende Gründe gab, die dem im Wege standen, sei mir doch die Vermutung erlaubt, das es möglicherweise eine gewisse Scheu vor einem Vergleich gibt, der das Vergangene verstehbarer und das Heutige kritischer sehen ließe.

Um so mehr freue ich mich über die Bereitschaft von Mathias Steinbach, hier über seine Erfahrungen in biographisch-autobiographischen Bemühungen zur Analyse von „Universitätserfahrung Ost“ zu sprechen. Infolge einer plötzlichen Erkrankung von Stefan Bollinger wird es jedoch leider auch zu diesem Thema keinen Parallel-Vortrag geben, sicher aber interessante Debatten, in denen wir vielleicht schon Vieles entnehmen können auch für das Vorhaben der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf einer weiteren Tagung im nächsten Jahr die „Wendezeit“ und ihre Folgen in den Blick zu nehmen.

* * *

Wir wollen – nicht zuletzt wegen der im Jahre 2008 bevorstehenden 450-Jahrfeier der Alma mater jenensis – an einigen ausgewählten Beispielen wissenschaftliche Leistungen analysieren, die während der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts im Spannungsfeld von nachholender Modernisierung und entwicklungshemmenden zentralistischen Steuerungsmaßnahmen des Partei- und Staatsapparates erzielt worden sind.

Daß diese Modernisierung – von oben eingeleitet – mit gravierenden Demokratiedefiziten behaftet war, ist unbestritten. Weniger wurde indessen bis jetzt über diese Prozesse aus einer eher wissenschaftsinternen Blickrichtung diskutiert. Daher versuchen wir, Antworten auf die in der Einladung enthaltenen Fragen zu finden.²⁷

Aus gegebenem Anlaß möchte ich jedoch noch einmal unsere grundsätzliche Position betonen: Manchem schien es so, als wollten hier ehemalige Angehörige der FSU zusammenkommen, um sich selbst zu beweihräuchern, zumal ihrer Leistungen anderweitig nicht gedacht werde. Wer so denkt, wird hoffentlich am Ende wissen, daß unser Ziel ein anderes ist: nämlich kritisch-prüfend Rückschau zu halten und zugleich aufmerksam zu machen auf notwendige Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung von Wissenschaften, die sich unmittelbar mit der Gesellschaft befassen. Das schließt nicht aus, daß wir uns wehren gegen voreingenommene Betrachtungsweisen, denen zufolge Hochschulen lediglich als Elemente im Gefüge politischer Institutionen wahrgenommen werden, die Hochschullehrer lediglich als politische Akteure, als Vehikel der Macht.²⁸

Wir haben durchaus einer generell zutreffenden Einsicht zu folgen, wonach „die Wissenschaften auch aus ihren eigenen Voraussetzungen heraus“ verstanden werden müssen. Dies gilt, wie jüngst der aus Bielefeld stammende und jetzt in Potsdam arbeitende Historiker Jürgen Kocka forderte, auch für die DDR-Wissenschaften.²⁹ Soll aber in dieser Hinsicht die uns so bekannte, nur in Ansätzen reduzierte Schwarz-weiß-Malerei vermieden werden, müßte dann eben auch erkundet werden,

²⁶ Gethmann u. a.: a. a. O., S. 23.

²⁷ Diese Fragen lauteten: Welche gesellschaftswissenschaftlichen Leistungen sind in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR-Existenz an der FSU erbracht worden? Welche Rolle spielten dabei das aktive Engagement für die Idee einer sozialistischen Gesellschaft, welche jene uns nur allzu gut bekannten ineffizienten und ideologiebeladenen Rahmenbedingungen? Welche Verhärtungen und dogmatische Erstarrungen konnten dabei aufgebrochen werden? Welchen Stellenwert hatten dabei kooperativ-solidarische Wissenschaftsformen und Interdisziplinarität? Welche Erfahrungen lassen sich aus den damaligen Bemühungen um Profilierung und Schwerpunktbildungen ableiten?

²⁸ Dies konstatiert Dathe, Uwe: Ganz gewöhnliche Professoren? Innenansichten zum akademischen Alltag in der DDR, in: Neues Deutschland, 03. März 2006, S. 10.

²⁹ Kocka, Jürgen: Einleitung, in: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 13. Hier zit. nach Moeck, S. 958.

was angesichts der materiellen und finanziellen Voraussetzungen mit hohem Kraftaufwand und persönlichem Anstand möglich gemacht worden ist. Dann würden die eigenständigen Potentiale innerhalb des von außen gesteuerten Wissenschaftsbetriebes gesehen werden, dann wäre auch zu konstatieren, in welchem Maße die wissenschaftsinternen Reproduktionsmaßstäbe ihre Funktion und Rolle beibehalten haben. Reinhard Mocek schreibt dazu im soeben erschienenen Handbuch „Deutsche Zeitgeschichte 1945 bis 2000“:

„Alle Feststellungen zur Vorherrschaft außerwissenschaftlicher, ideologischer, philosophischer und sonstiger Mißweisungen der DDR- Wissenschaft gehen [...] an der einfachen Tatsache vorbei, daß in ihr stets ein für die Reproduktion von Wissenschaftlichkeit notwendiges Minimum an ‚institutioneller und intellektueller Selbstbestimmung‘ herrschte. Und auch die Orientierung ‚am methodischen Ziel der Suche nach Wahrheit, innere Pluralität sowie die Ermutigung von offenen Kontroversen und radikaler Kritik mit dem Ziel ständiger Überprüfung überkommener Positionen und permanenter Innovation‘ gehörte [...] zur Grundvoraussetzung der DDR-Wissenschaft.“³⁰

Natürlich können und sollen die Unterschiede zwischen den mathematisch-naturwissenschaftlichen, medizinischen, technologischen Bereichen und den Gesellschaftswissenschaften nicht übersehen werden. Doch auch hier bietet sich an, ein schlichtes Schema von gut und böse zu vermeiden. Für letztere, so meint Andreas Malycha, seien ebenfalls „kognitive Besonderheiten, Elemente und Bereiche unideologisierte Wissenschaft in Rechnung zu stellen.“³¹ Zu fragen wäre: In welchem Maße und in welchem Umfang; was gilt generell für alle, was speziell nur für die Gesellschaftswissenschaften; wie wirken sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aller Wissenschaften auf das methodische Vorgehen in der Analyse einzelner Disziplinen aus? Auf solche und andere damit zusammenhängende Fragen wollen wir nach Antworten suchen.

Ich rechne mit dem Verständnis meiner Kolleginnen und Kollegen dafür, daß heute lediglich einige Bereiche gesellschaftswissenschaftlicher Forschung an der Jenaer Universität in den Blick genommen werden sollen, und auch dafür, daß die beiden großen und bereits öfter diskutierten Komplexe der Parteiengeschichte und der Konservatismusforschung außen vor bleiben. Es ist der fehlenden Zeit und nicht einem eingengten Blick geschuldet, wenn hier nicht eingegangen werden kann auf eine ganze Reihe anderer geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte, die ebenso aner kennenswerte Leistungen erbrachten und von denen ich an diese Stelle einige benennen will. Da wären

- die Frege-Konferenzen von 1979 und 1984,
- das international angesiedelte Fröbel-Projekt,
- die MEGA-Forschung,
- die Arbeiten zur Industriegeschichte der DDR (wie überhaupt die Projekte, die sich aus der mit der III. Hochschulreform angestrebten und weithin praktizierten enge Verbindung von Wissenschaftswissenschaften und Industriepraxis ergaben),
- die in der so genannten „Muskelkirche“ betriebenen Grundlagenforschungen für den Spitzensport,
- die sozialpsychologischen, kunstgeschichtlichen und kulturtheoretischen Bemühungen,
- die Utopieforschung im Rahmen der Literaturgeschichte,
- die Arbeiten über das Thema „Lebensweise in der DDR“,
- die praxisbezogene Lehrerausbildung,
- das „Thüringische Wörterbuch“ usw. usf.

Nebenbei zu letzterem: Es ist kürzlich sogar öffentlich bedauert worden, daß die bereits fertig gestellten Bände IV bis VI dieses Wörterbuches 1990 auf einer Thüringer Mülldeponie gelandet sind.³²

³⁰ Mocek, S. 958 f., der hier wiederum Kocka, a. a. O., zitiert.

³¹ Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht, in: Deutschland Archiv, H. 4/2005, S. 659.

³² Manchmal fehlt das „n“. Das Thüringische Wörterbuch ist fertig – Fast 100 Jahre Arbeit stecken drin, in: Thüringische Landeszeitung, 13. Februar 2006.

Ebenso würde der Blick lohnen auf die von Schwierigkeiten beladenen Versuche, vertretbare Proportionen zwischen profilbestimmenden und so genannten kleinen Fächern zu gewinnen. Zu den Erfahrungen gehören offensichtlich auch die Gemeinschaftsbeziehungen, die früher Anlaß boten zu sagen, man arbeite im Kollektiv, währenddessen es heute oftmals kaum berechtigt scheint, den Team-Begriff zu verwenden.

Aus unserer Sicht gehören alle diese Momente und Aspekte unmittelbar zum Kern universitätsgeschichtlicher Forschungen sowie zu den Schritten für eine Situation, in der die Frage „Wozu Geisteswissenschaften?“ nicht länger sich so vordergründig stellt. Wenn in den Vorbereitungen der Friedrich-Schiller-Universität auf ihr großes Jubiläum von einem multiperspektivischen Ansatz gesprochen wird, lassen sie sich gewiß nicht ausklammern bzw. den gegenwärtig bevorzugt erscheinenden Themen unterordnen.

Doch damit genug der Vorrede. Voller Erwartungen und Hoffnungen darf Sie im Namen der Veranstalter noch einmal herzlich willkommen heißen und uns allen einen ersprießlichen Tag wünschen.

Gemeinschaftlich bewegte Wissenschaft, Resultate und Erfahrungen gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in den 1970er und 1980er Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 5-15.

Rezension

DEDERICHS, Mario **R.: Heydrich. Das Gesicht des Bösen.** – München und Zürich: Piper Verlag 2005. 328 S.

Die vom Magazin „Stern“ im Herbst 2002 veröffentlichte Artikelserie – sie trug den Titel: „Die Macht des Bösen“ – erfuhr ein breites, durchaus positives Echo. Dies veranlaßte ihren Verfasser, der als Korrespondent in Washington, Moskau und Bonn gearbeitet hatte, das Material zu einem Buch zu verarbeiten. Mit ihm wollte er weiter gegen das Vergessen und Verdrängen jener furchtbaren zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft wirken. Ihn leitete der Gedanke, daß es Figuren wie Heydrich „in jeder Gesellschaft und zu jeder Zeit“ geben könne, die noch dazu, eben wie Heydrich, viel zu früh in Vergessenheit geraten seien bzw. zu geraten drohen. In der Geschichtswissenschaft – trotz der Arbeiten von Michael Freund, Günther Daschner, G. S. Graber, Edouard Calic u. a. – sei der Mann, weil bereits 1942 getötet, zu kurz gekommen. Es war Dederichs allerdings nicht mehr vergönnt, sein Werk, mit dem er das bisherige Wissen über Heydrich zusammenfassen wollte, zu vollenden – er starb im November des folgenden Jahres; Stern-Redakteur Teja Fiedler führte mit Unterstützung von Angelika Franz das Manuskript zu Ende.

Hatte die Serie vor allem dem „kühlen Manager des Massenmords“, „Hitlers eiskaltem Vollstrecker“ und dem „Todesurteil für Europas Juden“ gegolten, stehen nun der Werdegang, die Karriere und vor allem die Persönlichkeitsstruktur Heydrichs im Vordergrund. Letzteres bot wohl auch den Anlaß, den Titel zu ändern und vom „Gesicht des Bösen“ zu sprechen. Der überwiegend chronologisch aufgebaute Band umfaßt nach einer Einführung fünf Kapitel („Der Seeoffizier und die Nazis 1904-1932“, „Reinhard Heydrichs Machtergreifung 1933-1940“, „Der Mord an den Juden wird geplant 1938-1942“, „Der Statthalter 1941-1942“ und „Das Attentat 1942“) sowie einen abschließenden Teil mit dem Titel „Das eiserne Herz“ und die Unverbesserlichen 1942 bis heute“~

Gesehen wird Heydrich als einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts, als Gestapochef, Erfinder der Konzentrationslager und als gnadenloser Antreiber des Völkermords an Deutschlands und Europas Juden. Dederichs spürt, insoweit die Quellen dies ermöglichen, allen Lebensstationen Heydrichs nach: den Verhältnissen in seinem Elternhaus, der Seekadettenausbildung und dem frühen Kontakt zu Wilhelm Canaris, der zeitweilig erfolgreichen Karriere in der Kriegsmarine, seiner als Demütigung empfundenen Entlassung aus dieser sowie dem unmittelbar darauffolgenden Eintritt in die SS, deren Sicherheitsdienst er unmittelbar danach aufzubauen begann. Des weiteren wird der Aufstieg im Herrschaftsapparat des „Dritten Reiches“ verfolgt, seine Tätigkeit als Staatsterrorist und sein Selbstverständnis als „politischer Soldat“ Hitlers, seine Tätigkeit als Oberarchitekt des rassistisch-antisemitischen Genozids sowie seine Statthalter-Politik gegenüber der tschechischen Bevölkerung im „Reichsprotektorat für Böhmen und Mähren“. Wegen seiner Fähigkeiten und Aktivitäten sei Heydrich nicht erst nach seinem Tod von der nationalsozialistischen Propaganda als Held gefeiert worden, er habe bereits zu seinen Lebzeiten als der kommende Mann in der Nazi-Führungsriege gegolten.

Das Buch bietet eine Fülle an Kennzeichnungen von Charakter und Persönlichkeitsstruktur Heydrichs. Da heißt es, er sei musikalisch begabt und ein eleganter Sportler gewesen, ein arroganter Sonderling, gierig auf Sex, getrieben von einem lebenslangen Ehrgeiz, stets der Beste sein zu wollen, scharfsinnig und destruktiv, unfähig zur Freundschaft mit anderen, energiegeladen, von unstillbarer Machtgier erfüllt, ein glänzender Organisator, gegenüber Himmler seltsam unterwürfig sowie stets menschenverachtend, brutal und kaltherzig. Hitler habe ihn als Vollstrecker seiner finstersten Pläne geschätzt, als einen „Mann mit eisernem Herzen“, während andere ihn zwar gefürchtet, aber ihm dennoch devot und effizient gedient hätten. Der Verfasser verweist auch auf Einschätzungen, denen zufolge Heydrich freundlich, strebsam, kulturell interessiert gewesen sei, wozu das Bild des eiskalten, skrupellosen und grausamen Mörders in seltsamem Kontrast steht. Da liegt die Schlußfolgerung nahe, Heydrich sei eine zerrissene, in sich widersprüchliche Figur gewesen, ein Mann, der glänzend Geige spielte und als Sportfechter brillierte, aber auch Hunderttausende ohne Bedenken in den Tod schickte, eben ein böser, barbarischer Fanatiker.

Ob es jedoch ausreicht, mit dem „Gesicht des Bösen“ zugleich über Wurzeln und Wesen des deutschen Faschismus aufklären zu wollen, bleibt dahingestellt. Ein biographisch angelegtes Psychogramm erhellt vieles, aber nicht alles. Hingegen ist der These, Heydrich sei kein „Zufallsnazi“ (S. 62) gewesen, völlig zuzustimmen, obgleich der Verfasser sie lediglich mit dem Hinweis auf Gäste und Äußerlichkeiten der Hochzeitsfeier belegt.

Sorgfältig hat Dederichs den familiären Hintergrund recherchiert, ebenso das geistige Umfeld in Halle an der Saale, wo Heydrich am 7. März 1904 zur Welt kam und schon früh „ein Faible für das Soldatentum“ (S. 33) entfalten konnte. Über eine solche Feststellung geht er jedoch kaum hinaus, was nicht zuletzt dazu führt, daß der insgesamt material- und facettenreiche Band die Frage nach den Wurzeln der Heydrichschen Mordlust sowie die nach den Bedingungen, unter denen diese sich realisieren konnte, letztlich unbeantwortet läßt. Vielleicht beruht auch des Autors Vorwurf, die Stadt Halle hätte ihren „berüchtigtsten Sohn“ völlig verdrängt, auf der Tatsache, daß zwar hin und wieder der gesellschaftliche Rahmen, in dem sich ein Mann wie Heydrich entwickeln und schließlich durchsetzen konnte, benannt, aber dennoch viel zu kurz, undifferenziert, stellenweise sogar recht einseitig behandelt wird. Wofür Novemberrevolution und die Räte von Arbeitern und Soldaten einstanden, verschwindet hinter dem Kürzel „linksradikal“; gelegentlich wird in solchen Zusammenhängen kommentarlos von Chaos, Plünderungen, Mordlust sowie von schwer bewaffneten Truppen geredet, die „Demonstrationen des bürgerlichen Lagers mit Verhaftungen und Terror“ niederschlugen (S. 35 f.). Hinsichtlich des Scheiterns der Weimarer Demokratie gilt auch Dederichs lediglich das schlicht verwendete totalitarismustheoretische Schema vom linken und rechten Extremismus, das alle Fragen z. B. nach der Rolle anderer gesellschaftlicher Kräfte nicht berücksichtigt.

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 42. Jahrgang, Juni 2006, Heft 2-3, S. 377-379.

MÜHLBERGER, Detlef: Hitler's Voice. The Völkischer Beobachter, 1920-1933. 2 vols. Vol. 1: Organisation and Development of the Nazi Party. Vol. 2: Nazi Ideology and Propaganda. – Oxford, Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt a. M., New York und Wien: Verlag Peter Lang 2004. Vol. 1: 685 S. Vol. 2: 398 S.

Die 1183 Seiten umfassende Dokumentation spiegelt mehr als nur den außerordentlich großen Fleiß des an der Oxford Brooks University lehrenden Verfassers wider, sie kann der notwendigen weiteren Beschäftigung mit nationalsozialistischer Organisation, Politik, Ideologie und Propaganda als nützliche Grundlage dienen. Mit Recht meint Mühlberger, es sei überraschend, daß bislang die wichtigste nationalsozialistische Zeitung kaum einer detaillierten Analyse unterzogen worden ist. Das dennoch Vorhandene wird einleitend vorgestellt, wobei Lücken wohl nicht in jedem Fall vermeidbar gewesen sind. Die beiden Bände ermöglichen vor allem englischsprachigen Lesern, sich anhand ihrer Selbstdarstellung über die NSDAP ein eigenes Urteil zu bilden, insbesondere auch über das geistige Niveau ihrer Propaganda. Voraussetzung dafür ist eine einigermaßen zutreffende Übersetzung, die das Spezifische nationalsozialistischen Sprachgebrauchs zu vermitteln vermag. Wie schwierig sich dies indessen gestaltet, zeigt sich schon an der Unübersetzbarkeit von „völkisch“, „artfremd“, „Deutschtum“ usw. Natürlich bietet die Publikation auch Forschern in Deutschland Gelegenheit, auf der Grundlage der beiden umfangreichen Register effektiv zu arbeiten. In diesen sind nicht nur Namen, sondern auch Organisationen und Orte erfaßt. Die Fußnoten enthalten zudem kurze biographische Angaben zu erwähnten Personen.

Im ersten Band finden sich 261 in die englische Sprache übertragene Artikel des Zentralorgans der NSDAP, im zweiten noch einmal 171. Alle bieten Einblick in die Art und Weise, wie und worüber die Leser der Zeitung informiert worden sind, aber auch in das propagandistisch geschönte Selbstbild der Partei bzw. noch mehr in deren Feinbild. Das Blatt ist sicher mehr als nur Hitlers Stimme gewesen⁸¹⁰ wie der werbeträchtig geratene Titel suggeriert. Dieser deckt sich im Grunde lediglich mit der Selbsteinschätzung der Macher des Blattes. Auch in dieser Hinsicht hätte vielleicht die Einbeziehung parteien- und biographiegeschichtlicher sowie medienwissenschaftlicher Kriterien der Dokumentation weitere Aussagekraft ermöglicht.

In den acht Kapiteln des chronologisch gegliederten ersten Bandes kann der Leser wichtige Ereignisse in der Entwicklung der NSDAP von einem „peripheren Phänomen“ über die Phasen des Übergangs von „Obscurity to Marginality“ und den „Breakthrough of 1930“ bis zur „Consolidation and Expansion“ verfolgen. Jedem Kapitel steht eine Einführung voran. Für den Abdruck wurden unterschiedlichste Dokumente ausgewählt. Da tauchen größere Berichte auf, z. B. der Jahresrückblick, der in einer Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ am 3. Juli 1926 erschienen ist (Bd. 1, S. 191-228), ebenso Aufrufe, Übersichten zu den sich verändernden Parteistrukturen, Rednerlisten, Mitteilungen über einzelne Aktionen der Parteiorganisationen in Städten und Dörfern u. ä.

Der zweite Band ist systematisch strukturiert. Hier befaßt sich Mühlberger zunächst mit solchen Artikeln aus dem „Völkischen Beobachter“, die sich gegen das „Weimarer System“ gerichtet haben, dann mit einer Reihe von Artikeln vornehmlich rassistischen Charakters. Diesen beiden Kapiteln folgen vier weitere, in denen das Bestreben der NSDAP um die Gewinnung von Arbeitern, Mittelständlern, Bauern und Frauen erkennbar ist: „The Pursuit of Working Class“, „Overtures to the Mittelstand“, „Cultivating the Peasantry“ und „The Appeal to Women“. Mit 63 Dokumenten ist das über die intensiven Versuche, Arbeiter für die Partei zu gewinnen, das umfangreichste – ein Ergebnis sicher auch der früheren Untersuchungen des Verfassers zur sozialen Basis der NSDAP.⁸¹⁰

Es fällt auf, daß wesentliche Bereiche fehlen. Wie wurde um die Jugend geworben, wie das Verhältnis zu Großindustriellen, Großagrariern und konservativen Parteien beschrieben, wie Friedensdemagogie betrieben? Nachdenklich stimmt die fehlende Darstellung von Außenpolitik und Außenwelt. In der Propaganda der NSDAP hat letzteres eine nahezu ausschlaggebende Rolle gespielt,

⁸¹⁰ Siehe u. a. Detlef Mühlberger, *The Social Bases of Nazism 1919-1933*. Prepared for the Economic History Society, Cambridge 2003.

stand doch auch im Parteiprogramm an erster Stelle die Forderung nach der Schaffung eines „Groß-deutschen Reiches“, womit von vornherein mehr als nur die „Heimholung“ Österreichs und der durch den Versailler Frieden vom Reich abgetrennten Gebiete gemeint war. Gerade hier würde es sich lohnen danach zu suchen, wie die nationalistischen, rassistischen und expansionistischen Denkmuster der NSDAP in Berichte und Erzählungen zu fortlaufenden Ereignissen und internationalen Konflikten in ihre Propaganda „übersetzt“ worden sind. Ohne Berücksichtigung des nationalistischen Charakters ihrer Ideologie und Propaganda lassen sich auch die späteren Erfolge der NSDAP in den dreißiger Jahren nicht erklären, schon gar nicht die Zustimmung zu ihrem diktatorisch-terroristischen Regime, die bei einer großen Mehrheit der Deutschen erreicht worden ist. Die Aussage, Außenpolitik habe für die Propaganda eine „subordinate role“ gespielt (Bd. 2, S. 15), trifft nicht zu. Hier hätte eher den Unterschieden zwischen der Behandlung innen- bzw. sozialpolitischer Themen auf der einen Seite und außenpolitischer Themen andererseits nachgespürt werden können. Eher greift das Argument, es sollten Redundanzen vermieden werden. Doch diese waren bei der Anlage der Dokumentation wohl insgesamt unvermeidlich.

Trotz gewisser Überschneidungen stellen die beiden Bände eine hilfreiche Ergänzung vorhandener Quellenpublikationen dar, darunter z. B. der umfangreichen Reihe „Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen“, nicht zuletzt auch der vor kurzem erschienenen Geschichte von Hitlers „Mein Kampf“.⁸¹¹

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 42. Jahrgang, Juni 2006, Heft 2-3, S. 387-388.

⁸¹¹ Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945. Eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München 2006.

Die verlogenen „Führer“

Vor 60 Jahren wurden die Urteile des Internationalen Militärtribunals vollstreckt

[Mitautor Kurt Pätzold]

Vor sechs Jahrzehnten hatten zehn Männer die dreizehn Stufen zum Galgen hinaufzusteigen. An jenem 16. Oktober 1946 hätte Hermann Göring vorangehen müssen, doch der hatte sich wenige Stunden zuvor mittels Gift selbst umgebracht. Gegen den zwölften der zum Tode Verurteilten, Martin Bormann, war in Abwesenheit verhandelt worden, weil angenommen werden konnte, er würde sich verborgen halten. Sie alle besaßen einen besonderen Anteil am Aufkommen des Faschismus, an seinem Sieg über die Republik sowie daran, dass die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und Millionen Menschen kaltblütig ermordet wurden.

Viele Fragen wurden von der Forschung bisher nur zu einem Teil und mitunter auch konträr beantwortet: Warum und wie wurden die erstrangigen Plätze in Staat und Gesellschaft gerade von diesen Personen besetzt? Wie waren sie an die Seite Adolf Hitlers geraten und was verband sie mit ihm? Auf welche Weise wirkten sie mit diesem „Führer“ zusammen? Welche Rolle spielten Herkunft und Erziehung, Erfahrungen, Vorstellungen und Charaktereigenschaften für die Entscheidungen, die sie trafen? Was trieb ihr Handeln bis zu jenem beispiellosen Verbrechen? Und schließlich: Mussten ihre Biografien so verlaufen und derart schimpflich enden? Die meisten stammten aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen. Es standen ihnen andere Lebenswege offen. Mit zwei Ausnahmen – Wilhelm Keitel und Fritz Sauckel – kamen sie aus Familien des Besitz- oder Bildungsbürgertums. Der meisten Väter gehörten zur Beamtschaft, waren Lehrer, Berufsoffiziere und einer in der Kolonialverwaltung tätig gewesen. Zwei arbeiteten als Rechtsanwälte und einer war ein erfolgreicher Kaufmann. Hatten Söhne, die in solchen Verhältnissen aufwuchsen, soziale Katastrophen zu fürchten? Acht besuchten Gymnasien bzw. eine Oberrealschule und sechs davon gelangten bis zum Abitur. Zwei weitere absolvierten Kadettenanstalten, einer erhielt seine Unterweisung auf einem Lehrerseminar. Während drei die Offizierslaufbahn einschlugen, immatrikulierten sich fünf an Universitäten. Von diesen brachten es wiederum vier bis zur Promotion und zum Doktor der Rechtswissenschaft. Nahezu jeder dieser späteren Führer besaß feste Grundlagen für den Aufbau einer soliden bürgerlichen Existenz. Niemand sah sich unter Zwang, eine Karriere an Hitlers Seite zu beginnen.

Das aber taten sie, zumeist lange vor 1933. Zu ihnen traten später Keitel und Alfred Jodl, Berufsoffiziere seit Kaiserzeit. Arthur Seyß-Inquart und Ernst Kaltenbrunner gelangten erst mit dem „Anschluss“ Österreichs in den Vordergrund der imperialistischen Politik im Zeichen des Hakenkreuzes. In nahezu allen Fällen wurden die Lebensentschlüsse bald nach der Niederlage des Kaiserreichs getroffen. Viele zogen 1914 begeistert auf Schlachtfelder, was sich für die drei Berufssoldaten Göring, Keitel und Jodl von selbst verstand. Drei weitere waren als Reserve-Offiziere Kriegsteilnehmer. Bei „Gedienten“ wie „Ungedienten“ schlug der Mordspatriotismus in Hass gegen Revolution und Republik um. Sie glaubten, „Marxisten“ und „Novemberverbrecher“ und diese anstiftende Juden hätten ihr Lebensideal zerstört. Sie verachteten die Menge, den „Pöbel“ und ersehnten Zustände, da diese Massen unter ihrer Führung kriegerisch Revanche nehmen würden. Nach 1933 begann für alle ein neuer Lebensabschnitt.

Ihre Karrieren führten sie an die Spitze der Staatspyramide. Neun bekleideten 1945 das Amt von Ministern oder Leitern oberster Reichsbehörden. Als Reichsminister fungierten Frick und Göring seit 1933, Frank seit 1934, Ribbentrop seit 1938, Seyß-Inquart seit 1939 und Rosenberg seit 1941. Keitel war ihnen als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht gleichgestellt. Kaltenbrunner leitete das Reichssicherheitshauptamt, und Sauckel übte das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz aus. Sie waren im wirklichen Sinne die „Mit“-Führer, obgleich sie in den Verhandlungen des Gerichtshofes immer wieder Hitler und Himmler für die nicht zu leugnenden Mordtaten verantwortlich machten. Sie wären Ge- und Verführte, Hintergangene, Getäuschte, Betrogene – mehr Opfer denn Täter gewesen.

Wortreich beriefen sie sich auf edel genannte nationale Ziele und Liebe zum Vaterlande. Beredt hoben sie auch soziale Motive hervor und die Not der Deutschen, die niemals größer gewesen sei, als im Augenblick dieses Prozesses. Keiner hätte den Krieg gewollt. Brutale Kriegführung sei durch die Gegenwehr der Feinde erzwungen worden. In allen Kriegen würden Verbrechen geschehen wie im jüngsten, begangen auch von Armeen der Sieger. Wie kläglich wirkte all das angesichts ihres Schuldkontos. Auf dem standen Millionen Tote: Ermordet in Vernichtungs- und Konzentrationslagern, umgebracht in „Heilanstalten“, erschossen als Partisanen und Widerstandskämpfer, gestorben an Fronten und im Hinterland, verhungert unter der Besatzungsherrschaft und umgekommen als Opfer von Seuchen. Wie weit musste man in der Geschichte Europas zurückdenken, um auch nur einige seiner Landstriche in einem ähnlichen Zustand sich vorzustellen? Bis zu den Napoleonischen Kriegen? Bis in die Jahrzehnte des Dreißigjährigen Krieges?

Der Nachkriegskontinent war angefüllt mit Obdachlosen, Waisen und Witwen, Krüppeln und Kranken, bis auf die unterste Stufe des Elends Herabgekommene. Weite Gebiete Europas waren Trümmerlandschaften. Was Generationen an Produktivkräften geschaffen hatten, war in Ruinen- und Schrotthaufen verwandelt. Und – nicht zu vergessen – die moralischen Schäden, die die europäischen Völker weithin genommen hatten, diejenigen der faschistischen Mächtekoalition am stärksten. Doch die Angeklagten wollten nichts gewusst haben.

Dies veranlasste den amerikanischen Ankläger zur Entgegnung: „Wenn wir nur die Erzählungen der vorderen Reihe der Angeklagten zusammenstellen, so bekommen wir folgendes lächerliches Gesamtbild von Hitlers Regierung; sie setzte sich zusammen aus: Einem Mann Nummer 2, der nichts von den Ausschreitungen der von ihm selbst eingerichteten Gestapo wusste und nie etwas vermutete von dem Ausrottungsprogramm gegen die Juden, obwohl er der Unterzeichner von über 20 Erlassen war, die die Verfolgung dieser Rasse ins Werk setzten. Einem Mann Nummer 3, der nur ein unschuldiger Mittelsmann war, der Hitlers Befehle weitergab, ohne sie überhaupt zu lesen, wie ein Briefträger oder ein Botenjunge. Einem Außenminister, der von auswärtigen Angelegenheiten wenig und von der auswärtigen Politik gar nichts wusste. Einem Feldmarschall, der der Wehrmacht Befehle erteilte, jedoch keine Ahnung hatte, zu welchen praktischen Ergebnissen diese führen würden. Einem Chef des Sicherheitswesens, der unter dem Eindruck war, dass die polizeiliche Tätigkeit seiner Gestapo und seines SD im Wesentlichen derjenigen der Verkehrspolizei gleichkam. Einem Parteiphilosophen, der an historischen Forschungen interessiert war und keinerlei Vorstellungen von den Gewalten hatte, zu denen im 20. Jahrhundert seine Philosophie ansprach. Einem Generalgouverneur von Polen, der regierte, aber nicht herrschte. Einem Gauleiter von Franken, der sich damit beschäftigte, unflätige Schriften über die Juden herauszugeben, der jedoch keine Ahnung hatte, dass sie irgendjemand jemals lesen würde. Einem Innenminister, der nicht wusste, was im Innern seines eigenen Amtes vor sich ging, noch viel weniger etwas wusste von seinem eigenen Ressort und nichts von den Zuständen im Innern Deutschlands. Einem Reichsbankpräsidenten, der nicht wusste, was in den Stahlkammern seiner Bank hinterlegt und was aus ihnen herausgeschafft wurde. Und einem Bevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, der geheim die ganze Wirtschaft für Rüstungszwecke leitete, jedoch keine Ahnung hatte, dass dies irgend etwas mit Krieg zu tun hätte.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Oktober 2006, S. 22.

Ungelesener Bestseller?

Die Geschichte eines Buches: Hitlers „Mein Kampf“

Seit eh und je wird behauptet, Hitlers Buch „Mein Kampf“ sei nur von wenigen gelesen worden. Verbunden ist damit zumeist der Gedanke, es hätte die Gräueltaten des faschistischen Terrors, den Zweiten Weltkrieg und den Völkermord kaum gegeben, wäre bekannt gewesen, was darin niedergeschrieben worden ist. Dass sich solches Hirngespinnst in die zahllosen Bemühungen einreicht, von angeblicher Unwissenheit auf eigene Unschuld zu schließen, belegt erneut das vorliegende Buch, das durch die Fülle der aufgespürten Quellen beeindruckt.

In drei unterschiedlich großen Teilen werden die Entstehung des „Kampf“-Buches von 1922 bis 1925/26, die weit verzweigte Publikationsgeschichte der deutschsprachigen Ausgaben von 1924 bis 1945 sowie seine Rezeptionsgeschichte dargestellt. Letztere umfasst mehr als zwei Drittel des Textes. Detailliert wird zitiert, wer wann und wo sich vor 1933 zu ihm geäußert hat. Viel Aufschluss bieten die Passagen über Auffassungen christlicher Publizisten und Theologen, die sich auf eine Behandlung des Verhältnisses der NSDAP zur Religion im Allgemeinen und zur jeweiligen Konfession im Besonderen beschränkten. Der Verfasser schlussfolgert, von einer „allgemeinen und konsequenten Ablehnung des Nationalsozialismus durch die katholische Kirche“ könne keine Rede sein. Hinsichtlich der Äußerungen politischer Parteien geht Othmar Plöckinger nur auf die der Zentrums- und der SPD ein. Eine Auseinandersetzung mit den Stellungnahmen konservativer Parteien, z. B. der seit 1928 von Alfred Hugenberg geleiteten und zeitweilig mit den Nazis verbündeten Deutschnationalen Volkspartei zu Hitlers Schrift fehlt. Für die Deutsche Volkspartei fanden sich lediglich 14 Zeilen, noch dazu in einem ebenfalls sehr kurz gehaltenen Exkurs zu den Auffassungen der KPD-Oppositionellen August Thalheimer und Heinrich Brandler.

Ausführlich und mit teilweise überraschenden Ergebnissen befasst sich P. mit der Nutzung und Verbreitung des Machwerks im Dritten Reich. Es sei als faschistisches Herrschaftssymbol inszeniert, vielfach zitiert und anfänglich auch in den Bibliotheken gelesen worden. Nicht alle Städte und Gemeinden konnten sich allerdings der Aktion anschließen, den Band als Hochzeitsgeschenk zu verwenden; der Eher-Verlag zeigte sich erst nach längerer Zeit dazu bereit, wenigstens den Großstädten einen Rabatt von fünf Prozent zu gewähren. Über die Geschäftstüchtigkeit von Verfasser und Verlegern äußert sich P. nicht.

Im Rahmen der Rezeptionsgeschichte hat er auch die deutschsprachige Literatur untersucht, ferner die Beschäftigung deutscher Exilanten mit „Mein Kampf“. Ferner stellt der Autor dar, welches Echo das Werk in Großbritannien und in den USA, in der Sowjetunion, in Frankreich und in Österreich fand. Italien und Spanien wurden – begründet mit fehlenden Sprachkenntnissen – nicht berücksichtigt. Die Abschnitte zur UdSSR werden mit sachlich-kritischen Aussagen zur Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale ergänzt, auch mit einigen Hinweisen auf Meinungsäußerungen einiger außerhalb der KI stehender Kommunisten.

Der Autor, der als Gymnasiallehrer für Deutsch, Geschichte und Mathematik in Salzburg tätig ist, urteilt zumeist zurückhaltend. Das gilt nicht für seine Aussage, „Mein Kampf“ sei „unzweifelhaft das Produkt Hitlers“ und der Einfluss anderer – etwa von Rudolf Heß – gering gewesen. Auch nicht für die Feststellung, der Band sei in zu geringem Maße und zu spät gelesen worden. Vor allem aber gilt ihm als Fehleinschätzung, wenn von einem unbeachteten „Bestseller“ gesprochen wird. Das Buch sei durchaus zur Kenntnis genommen worden, wenngleich sehr selektiv, und habe in der Beschäftigung mit der Ideologie der Nazis eine gewichtige Rolle gespielt.

Othmar Plöckinger: Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2006. 632 S., geb., 49,80 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 2. November 2006, S. 15.

Aufklärer und Mythenbildner

Was für ein Hitler-Bild haben die Deutschen heute? Notwendige Replik auf Fest & Co.

[Mitautor Kurt Pätzold]

Der Name des kürzlich verstorbenen Mitherausgebers der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Joachim C. Fest wurde 1973 und in den folgenden Jahren weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus bekannt. Das rührte vor allem von seinem Buch „Hitler. Eine Biographie“ her, das ein Weltbestseller geworden war. Seinem Erscheinen ging in der Zeitschrift „Stern“ ein Vorabdruck in 29 Folgen voraus. Durch keine andere seiner vielen Äußerungen in Büchern, Artikeln und Filmen hat der Publizist eine annähernd große Wirkung erzielt.

Stärker noch als dieses Werk erregte der 1977 in deutsche und ausländische Kinos gelangte Film „Hitler. Eine Karriere“ die Gemüter. Er verschärfte den Streit, den das Buch ausgelöst hatte. Die deutsche Filmbewertungsstelle bedachte den Streifen nach einer Kampfabstimmung (zwei gegen zwei) mit dem seiner Verbreitung förderlichen Prädikat „Besonders wertvoll“. Während der Berliner Festspiele gestartet, wurde er Schulen empfohlen, doch von Lehrern abgelehnt oder nur unter Vorbehalt als für den Unterricht geeignet angesehen. Wie lässt sich da Kritik an Fests Hitlerbild als „billiger linker Reflex“ abtun? (Hans-Dieter Schütt in ND, 13. September 2006).

Als der Film in die Kinos kam, hatte die Auflage der Biografie 500.000 Exemplare erreicht. Wie viele Käufer die 1200 Seiten des Wälzers gelesen haben, bleibt im Dunkeln. Die mehrere hunderttausend Besucher, die den Film sahen, bekamen den Extrakt. Die wenigsten dürften Erwin Leisers Dokumentarfilm „Mein Kampf“ gekannt haben, der 1960 in deutschen Kinos gezeigt worden war, und kaum jemand Michail Romms „Der gewöhnliche Faschismus“ von 1965, den die ARD drei Jahre später – mit einer Vorrede Eugen Kogons – ausstrahlte. Während Leisers Film mit Bildern über die Untaten beginnt, setzt der „Untergang“ mit Paraden und Aufmärschen ein. Daran und an weiteren Passagen hätte Goebbels Freude haben können, denn distanzierende Kommentare, an denen es nicht fehlt, können mit der Wucht des Materials der braunen Propagandakompanien nicht konkurrieren. Wim Wenders sprach von „einem unfassbaren Leichtsinn“, diese Reklame als „Kern der Sache“ auszugeben, seine einzige Empfehlung sei, nicht in den Film zu gehen. Hermann Graml, Mitarbeiter im Münchener Zeitgeschichtsinstitut, nannte den Film „überflüssig“. Andere, schärfer noch, sprachen von einem „gefährlichen Film“. Leiser konstatierte: „Die historischen und sozialen Zusammenhänge, die diese Karriere ermöglichten, werden nicht genannt.“

Diese und weitere Einwände erhoben nicht Personen, denen es angeblich noch immer schwergefallen wäre, „Größe und Konservatismus als Attribute der Qualität“ anzuerkennen. Sie sind weder „billiger linker Reflex“ noch „Kalkül“ zu nennen und als Praxis denunzierbar, die dem eben Verstorbenen „den abwertenden Stempel des Anrühigen“ aufdrücke, wie Schütt schreibt. So lässt sich aber über ein Werk und seinen Einfluss hinwegschreiben und die Anschlussfrage meiden, was davon drei Jahrzehnte später fortwirkt. Es heißt, im Sinne Fests argumentieren, wenn der Autor Tags darauf von Auschwitz schreibt, es sei „das Unerklärlichste dieses Jahrhunderts, das unerklärlich bleibt – trotz aller Einsichten in politische, sozialökonomische Strukturen“ und das Großverbrechen ins Dunkel des vorgeblich Unerkennbaren taucht. Da wären wir wieder bei den Ausflüchten, die jene bald nach Kriegsende drucken ließen, welche die Wahrheit fürchten mussten.

Fest, der 1963 die biografischen Aufsätze „Profile einer totalitären Herrschaft“ vorgelegt hatte, ließ 1969 seinen Fernsehfilm „Adolf Hitler – Versuch eines Porträts“ folgen. Was ihn auch angestoßen haben mag, sich an die Biografie des Mannes zu setzen, das Buch war in eine politische Auseinandersetzung hineingeschrieben. Spät, Ende der sechziger Jahre, kam in der Bundesrepublik eine Diskussion über das Wesen der faschistischen Diktatur in Gang, die ihren kräftigsten Impuls von Angehörigen jener Generation erhielt, die als die 68er bezeichnet wird. Die zumeist jungen, studierenden Leute besaßen keine eigenen Erfahrungen mit der Diktatur, wohl aber genügte ihnen die vorherrschende Deutung „Hitlerzeit“ nicht. Auch innerhalb der Historiker-Zunft, nicht getragen von deren herausragenden Köpfen, jedoch von Angehörigen der ersten Historikergruppe, die nach

Kriegsende in der Bundesrepublik ausgebildet worden war und zumeist der Wehrmacht oder anderen Naziformationen noch angehört hatten, regten sich Bestrebungen, das hochgradig vereinfachte Bild der Nazi Herrschaft zu korrigieren, das Parteigänger und Mitmacher befriedigte, aber in keiner Weise eine kritische Analyse darstellte.

Es charakterisiert die Gedenkartikel bürgerlicher Zeitungen anlässlich des Todes von Fest vor wenigen Wochen, dass davon keine Rede ist. Ein „Schöngest“ sei verblichen, schrieb die „Stuttgarter Zeitung“ und bezeichnete dessen Hitler-Biografie als „Standard setzend“. Und entgegen aller Kritik sowie darauf spekulierend, dass ihre Leser sie entweder vergessen oder von ihr nie gehört haben, hieß es: „Wer, wenn nicht Fest hat das Reich in seinem verbrecherischen Wesen entlarvt.“ Als hätten das nicht – eben war an den 60. Jahrestag des Ereignisses zu denken – Juristen der vier Mächte im Prozess gegen Göring u. a. getan. Als wäre Fest nicht gerade, und zwar vor allem mit Bezug auf den seinem Buch folgenden Film angegriffen worden, weil er von Untaten einen zu schwachen und marginalisierten Bericht gegeben hatte.

Geistesverwandte Redaktionen hielten sich ebenfalls mit Klartext zurück; ein monatelang diskutiertes Buch, ein umstrittener Film, ungenannte akademische Kritiker, auch von Neid geleitet, eine Debatte, geführt nicht um der Sache willen usw. Das ließe sich hinnehmen, würde der seinerzeitige Streit, ein Teil der Hitler-Welle in der Bundesrepublik, einzig noch historiografisches Interesse beanspruchen können, hätten sich seine Gegenstände und Themen erledigt.

Das „Dritte Reich“, so die Gesamtaussage Fests, der in Bildern den Mythos „Volksgemeinschaft“ ausbreitet, war ein Regime für die Massen und von ihnen getragen, nur kam dann das Jahr 1939 und „Hitlers Krieg“. Das war keine Neuverfälschung, doch niemand hat das Zerrbild – das sich jüngst wieder bei Götz Aly lesen ließ – so wortreich, elegant glaubhaft zu machen versucht. Hitlers verhunzte Psyche als Quelle alles Unheils. Dabei beanspruchte Fest in immer neuen Variationen, „sachlich, rational, und unvoreingenommen“ vorgegangen zu sein, um die „schwer entschlüsselbare Korrespondenz“ zwischen dem „Mann und der Epoche“, der „Person und der Zeit“ zu erhellen. In Wahrheit hat er die Figur weit aus der Gesellschaft gerückt, weg vor allem von den kursbestimmenden Eliten, hinein ins Zeitlose. Wem das nicht selbst aufgefallen war, der hätte es der Zeitung „Der Arbeitgeber“ entnehmen können, die den Film „unangreifbar“ nannte, ihn als gelungenen Schlag gegen die Linksintellektuellen begrüßte und als besten Geschichtsunterricht für Schüler empfahl. Nach dem Urteil von „Die Welt“ befand sich das Opus auf der Höhe der Wissenschaft. In „Bild am Sonntag“ hingegen, dem Sympathien mit diesen Intellektuellen unverdächtigen Blatt, wurde Fest entgegnet: „Ohne Hilfe des Großkapitals und der Militärs wäre Hitler nicht geworden, was er wurde.“ Das richtete sich gegen den Kommentar des Autors, Hitler sei „weder käuflich, noch im Bunde mit dem Großkapital“ gewesen. Diese Aussage entsprach exakt dem Dementi, das Hitler selbst Anfang Januar 1933 in die Nazizeitung „*Völkischer Beobachter*“ rücken ließ, nachdem Späher ihm auf die Spur seines Treffens mit Franz von Papen im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder gekommen waren.

Fest führte hinter Nürnberg zurück, wo die Rolle von Wirtschaftsführern bei der Errichtung der faschistischen Herrschaft, deren Befestigung, auf dem Weg in den Krieg und in der Phase der Eroberungen gerichtsnotorisch gemacht worden war. Eine Arbeit, die in drei Prozessen gegen Eigentümer und Manager des Flick-, Krupp- und IG-Farben-Konzerns von US-amerikanischen Juristen fortgesetzt wurde. So viele Figuren Fest im Film auch vorführte, Hjalmar Schacht – Bankier, mehrjähriger Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung – ließ er nicht auftreten. Fest agierte nicht, wie ihm oberflächliche Kritik nachsagte, als Hitlers Weißwäscher, wohl aber als Weißwäscher der bürgerlichen Gesellschaft.

Dass er vor einer Wiederholung faschistischen Unheil warnen wollte, sollte ihm niemand absprechen. Was aber ist eine Warnung wert, die Gefahren und deren Quellen falsch bezeichnet, in Hitler eine „anthropologische Möglichkeit“ (ND, 13. September) erblickt und nicht eine Möglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft? „Mythen und Legenden“ würden geboten, schrieb „Die Zeit“, gerichtet gegen jene, die dem Film aufklärerisches Verdienst zumaßen. In diese Kategorien gehört Hitlers

Zuordnung zu den Revolutionären, während er eine Bewegung führte, welche die Gegenrevolution des Jahres 1919 vollendete und auch Resultate bürgerlicher Revolutionen des 18., 19. Jahrhunderts liquidierte.

Kurzum: Fests Hitlerbild war Rückschritt und Barrikade auf dem langwierigen Weg, den Platz des Mannes in der deutschen Gesellschaft und ihrer Geschichte sicher zu verorten. Der Weg ist bei Weitem nicht zurückgelegt und weiter werden auf ihm Hindernisse getürmt. Davon zeugen ein auch nur flüchtiger Blick auf den Büchermarkt, nicht anders auf den Film „Der Untergang“, der fern der Gesellschaft einen verbunkerten Greis vorführt. Davon zeugen ebenso einzig auf Personen fixierte, Nebensächliches ausbreitende Fernsehprogramme sowie Sprachbilder wie die von der „Wohlfühl-diktatur“ und vom „Volksstaat“. Vieles davon findet sich schon in Fests Sicht auf den Führer als einer „allesbewegenden, unwiderstehlichen Kraft“: Hitlerismus statt Faschismus, Hitler als entlastender Sündenbock. Und obendrein nichts anderes als ein Missverständnis der Geschichte.

Je mehr, so schrieb „Fest über Fest“ 1990, er sich mit dem Thema befasst habe, desto „unbegreiflicher“ sei ihm geworden, was da geschehen war: „... ein Aufstieg und Machtgewinn der ordinärsten Mittelmäßigkeit, die nicht einmal die Rechtfertigung durch eine große Leidenschaft für sich in Anspruch nehmen konnte, sondern ganz überwiegend von kleinen Egoismen, Affekten und Verstiegenheiten bewegt war, auch keiner übergreifenden Idee folgte, so dass am Ende alles, Krieg, Verbrechen und Weltherrschaftsphantasien den Charakter eines schrecklichen und dummen Missverständnisses annahm.“ Da lässt Lichtenberg grüßen: Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden. Diese Betrachtungsweise befand sich – in West und Ost – in Widerspruch zu aller professionellen Geschichtsforschung, deren Reichweite in die Gesellschaft der Bundesrepublik freilich gering war.

Wenn alle mitmachen – ich nicht, sei die vom Vater übernommene Devise Fests gewesen. Eine Selbsttäuschung. Bei der Verkürzung des deutschen Faschismus auf den Hitler, sodann dessen Platzierung in ein reduziertes – politische Bedürfnisse befriedigendes – Zeitbild, hat der Publizist nichts erfunden, sondern „mitgemacht“. Sein Buch über Hitler, später auch das über Albert Speer waren im Hauptstrom bundesdeutscher Geschichtspolitik ein Verstärker. Dem ordnete sich auch ein, dass Fest, womit er den Historikerstreit der 80er Jahre anstieß, Ernst Nolte Gelegenheit gab, den Ursprung des Massenmordes an den europäischen Juden nach Sowjetrußland zu exportieren versuchen. Auch das ist nicht aufgegeben. Hannes Heer ist zuzustimmen: Es gibt heute ein „Rollback zum Hitlerbild der 50er Jahre“, und so muss in diesem Falle, so ermüdend es anmuten mag, auf alten Schlachtfeldern weiter gefochten werden.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. Dezember 2006, S. 21.

Faschismustheorie – gestern und heute

Als unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in mehreren europäischen Ländern faschistische Bewegungen in Erscheinung traten, begann zugleich die Suche nach Erklärungen für das neue Phänomen. Insbesondere bemühten sich ihre Gegner, deren Charakter und Ursachen zu erhellen. Sie entwickelten dabei punktuell zutreffende, jedoch auch verwirrende oder ganz und gar abwegige Faschismustheorien.¹ Diese entfalteten sich stets vor einem politischen Hintergrund. Sie dienten jeweils politischen Interessen und Machtambitionen unterschiedlicher Strömungen in der Gesellschaft. Zu jeder Zeit unterstützten oder behinderten sie die Auseinandersetzung mit dem Faschismus.

In der langen Geschichte von Faschismusdeutungen gab es Theorien, die in den neuen Bewegungen eine des Lumpenproletariats oder des Mittelstandes sahen und von „Rettern“ der Bourgeoisie aus einer allgemeinen Krise des Kapitalismus sprachen. Anderen zufolge stellte der Faschismus in erster Linie das Produkt charismatischer Führer dar sowie das Bestreben, eine bonapartistische Herrschaft über die beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft errichten zu wollen. Manche Interpreten wiesen ihn als Ergebnis nationaler Besonderheiten und des Charakters eines Volkes aus, oder als Ausfluss von Nationalismus, Rassismus und insbesondere von Antisemitismus. Oft wurde in ihm eine Erscheinungsform der Modernisierung in der Industriegesellschaft gesehen und ebenso oft die eines Antimodernismus. In ihren eigenen Reihen propagierten die neuen Kräfte, es gelte vor allem auf die Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft durch den „roten Terror“ bolschewistischer Revolutionäre zu reagieren. Die Auffassung, der Faschismus stelle ein Ergebnis aggressiver imperialer Großmachtziele und terroristischer Machtbestrebungen ökonomisch Mächtiger dar, prägte lange Zeit das Denken über ihn in allen Arbeiterorganisationen, gleich ob diese gewerkschaftlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch orientiert waren.

Die Vielzahl von Theorien über den Faschismus spiegelt zunächst dessen Vielfalt wider, das Vorhandensein zahlreicher nationaler, parteipolitischer und geistig-ideologischer Spezifika. So unterschiedlich sie auch waren – alle entfalteten sich stets vor einem politischen Hintergrund: Sie dienten jeweils politischen Interessen und Machtambitionen unterschiedlicher Strömungen in der Gesellschaft. Viele Parteien und Gruppen bedienten sich ihrer, und zwar jeweiliger Zielsetzung und Situation entsprechend. Der konkrete Zusammenhang von Situation, Politik und Interpretation tritt insbesondere deutlich zutage, wenn – wie im folgenden Überblick angedeutet – der Frage nachgegangen wird, in welcher Zeit welche Theorien wo und wie im Vordergrund des jeweiligen „Zeitgeistes“, also im Zentrum politischer Propaganda und öffentlicher Meinung standen.

Da hieß es in den frühen 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts überwiegend, der Faschismus sei Ausdruck und Resultat der allgemeinen ökonomischen und politischen Krise der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg, in der keine der beiden Hauptklassen Überlegenheit erreicht habe. Eine erste gesellschaftsgeschichtliche Deutung bemühte darüber hinaus einen zwar nahe liegenden, jedoch rückwärtsgewandten Vergleich mit dem Monarchismus und warnte vor einer Restitution der bis 1917/18 bestehenden feudalen Herrschaftsformen, was z. B. noch 1932 in der von John Heartfield geschaffenen Fotomontage „Seine Majestät Adolf Hitler“ zum Ausdruck kam. Der Begriff Faschismus selbst war indessen rasch und ohne jedes Theoretisieren aus dem Namen abgeleitet, den sich die italienischen Schwarzhemden-Garden gegeben hatten.

Als seit der Mitte der 20er Jahre antiproletarische Kräfte erstarkten und antidemokratische Bündnisse entstanden, hoben faschismustheoretische Deutungen hervor, dass die neuen Erscheinungen am rechten Rand der Gesellschaft direkt oder indirekt eine Schützenhilfe für die Bourgeoisie bedeuten sowie begehrte, geförderte und auch bezahlte Juniorpartner nationalkonservativer Kräfte darstellen würden. Sowohl für Kommunisten als auch für Sozialdemokraten, darüber hinaus auch für viele bürgerlich-demokratische Publizisten und Wissenschaftler stand der enge Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus außer jeder Frage. Wer nicht von letzterem reden wolle, müsse zum ersteren schweigen – in diese Formel kleidete Max Horkheimer später diese Auffassung.

¹ Siehe u. a. Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Texte zur Faschismusk Diskussion 2. Ein Leitfaden, Reinbek bei Hamburg 1979.

Mit der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland verstärkte sich unter zahlreichen Faschismusinterpreten die Frage, inwieweit die neue Herrschaftsform die einer dritten Gruppe (Militärs, Beamte, Kleinbürger usw.) über die beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft darstelle und sich verselbständige, während in der kommunistischen Bewegung sich die Auffassung – fixiert am Ende des Jahres 1933 durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale – durchsetzte, der Faschismus an der Macht sei die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.²

In den 30er Jahren standen in den westlichen Ländern vor allem totalitarismustheoretische Deutungen im Vordergrund. Diese halfen eine Politik zu begründen, die sich sowohl gegen den Faschismus in Deutschland und Italien als auch gegen die UdSSR richtete. Parallel dazu wurde in den Parteien der Kommunistischen Internationale der Faschismusbegriff ausgeweitet und nahezu auf alle anti-sowjetischen und imperial-kriegerischen Ambitionen monopolkapitalistischer Kreise angewandt. Das änderte sich erheblich mit der Bildung der Anti-Hitler-Koalition, für die der Krieg gegen die Aggressionen des faschistischen Mächteblocks im Vordergrund stand. In dieser Zeit häuften sich Publikationen, deren Autoren den Faschismus vor allem als Ergebnis nationaler Besonderheiten der Deutschen charakterisierten, wozu auf die preußischen Traditionen, die besondere Aggressivität des deutschen Militarismus und oft auch auf ein den Deutschen seit Martin Luther angeblich wesenseigener Antisemitismus verwiesen wurde. Noch manche jener nach dem Krieg getroffenen Maßnahmen, die der Umsiedlung und Vertreibung größerer Bevölkerungsgruppen dienten und als „ethnische Lösung“ künftige Friedenszeiten garantieren sollten, atmete den Geist solcher Denkweisen.

Unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 dominierte jedoch eine entschieden antikapitalistische Deutung des Faschismus. Sie bot nicht nur eine der entscheidenden politisch-moralischen Grundlagen für den Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, sondern lag vielfach auch den Programmen bürgerlicher Parteien zugrunde, die sich im Interesse einer friedlichen Zukunft für strikte Begrenzungen kapitalistischer Verhältnisse aussprachen oder teilweise sogar sozialistische Verhältnisse fordern. Dem bereitete der beginnende Kalte Krieg allerdings rasch und gründlich ein Ende:

Auf westlicher Seite feierte die Totalitarismustheorie in einer rigiden antikommunistischen Auslegung wahre Triumphe. Faschistische Phänomene wurden aus kapitalistischen Verhältnissen gleichsam herausgelöst und im Grunde auf das Wirken ihrer Führer reduziert: „Nicht ich – der Hitler war es“. Dazu passte auf östlicher Seite die gegenteilige und dort erst relativ spät hinterfragte Auffassung, die Führer hätten keine Rolle gespielt, alle Macht hätte beim Monopolkapital bzw. bei einzelnen Gruppen des Monopolkapitals gelegen.

Im Zeichen einer Politik, die friedlicher Koexistenz und Entspannung dienen wollte, näherten sich während der 1970er und 1980er Jahre die unterschiedlichen Auffassungen einander an. Dies führte zu Krise und Einflussverlust der Totalitarismustheorie und kam im Rückgang intentionalistischer, also allein auf Hitler bezogener Auffassungen sowie in einer breiten Akzeptanz funktionalistisch-strukturgeschichtlicher Auffassungen zum Ausdruck. Wie es schien, konnten im „Historikerstreit“ – er galt der These Ernst Noltes vom Konnex zwischen „Klassenmord“ und „Rassenmord“ – rechtskonservative und auch rechtsextremistische Denkstrukturen zurück gedrängt werden. Überall, auch in der marxistischen Faschismusforschung der DDR, wichen die während des Kalten Krieges gepflegten Einseitigkeiten neuen und differenzierteren Fragestellungen. Da gerieten stärker als zuvor z. B. die Rolle faschistischer Parteien, der Wirkungsgrad einzelner Ideologeme und vor allem die Ursachen und Wirkungen des Massenanhangs in den Blick. Mehr oder weniger schematisch betriebene Analysen traten in den Hintergrund, die zeitweilig recht vordergründig angelegte Suche nach Belegen für eine Finanzierung der NSDAP durch einzelne Unternehmer ging in komplexeren Sichtweisen auf.

² Siehe Georgi Dimitroff. Ausgewählte Schriften, Bd. 2:1921-1935, Berlin 1958, S. 525.

Die Totalitarismustheorie erlebt indessen seit 1989/90 eine neuerliche Renaissance³ und erfährt eine erhebliche Ausweitung, gipfelnd in der heute von konservativen Theoretikern bemühten Verkeh- rung der Horkheimer-These zu dem Diktum, dass derjenige, der nicht vom Kommunismus reden wolle, zum Faschismus schweigen zu schweigen habe.⁴ Zugleich verstärkt sich die seit langem zu beobachtende Tendenz, den Faschismusbegriff nur für Italien gelten zu lassen und mit dem Blick auf Deutschland grundsätzlich vom „Nationalsozialismus“ zu reden⁵, was mit dem Versuch einher geht, die deutsche Variante des Faschismus sowohl zu „entfaschisieren“ – also seine guten Seiten herauszustellen, nach dem Menschlichen in Hitler zu suchen usw. – als auch zu „entkapitalisieren“ oder gar zu „sozialisieren“, also überhaupt nicht mehr nach den Wurzeln des Faschismus in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu fragen bzw. ihn ganz und gar als eine Spielart antikapitalistischer Strömungen darzustellen. Wird der Faschismusbegriff verwendet, dann zumeist ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und unter genereller Tabuisierung historisch- materialistischer Auffassungen.

Kritik der „Dimitroff-Formel“

Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen zu sehen, marxistische Faschismusdeutungen als unzutreffend und unwissenschaftlich zu diskreditieren, da sie alles auf eine sozialökonomische Bindung des Faschismus an Existenz und Politik des Finanzkapitals reduzieren würden. Dabei spielt die abschätzig gemeinte Verwendung des Begriffs „Dimitroff-Formel“ eine zentrale Rolle. „Formel“ – das soll besagen, die Kommunisten hätten nichts anderes zustande gebracht, es lohne also nicht, darüber zu sprechen. Selbst die Zuordnung zur Person geschieht nicht exakt, denn erst- malig wurde der immer wieder ins Feld geführte und aus dem Zusammenhang gerissene Satz vom XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933, als sich Dimitroff in Haft befand und im Reichstagsbrandprozess angeklagt war.

Die umfangreichen Reden, welche Dimitroff 1935 zu Beginn und am Ende des VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale gehalten hat, bieten keinen Anhaltspunkt für den oftmals erhobenen Vorwurf, sie enthielten eine Theorie, die in den Faschisten nichts anderes als „Agenten“ des Kapitals sehen würde. Inhaltliche Analysen des gesamten Textes verbieten pauschale Urteile, viel- mehr scheint es erforderlich, sie insgesamt in die Geschichte der Faschismustheorien einzuordnen und – im besten Sinne des Wortes – zu „historisieren“. Ohne sie hier einer parteiischen „Ehrenret- tung“ unterziehen zu wollen, sind sie sowohl in ihre Zeit als auch in den damaligen Entwicklungs- stand des theoretischen Denkens über den Faschismus einzubetten. Dabei wären u. a. folgende As- pekte zu berücksichtigen: Dimitroffs Reden trugen politischen Charakter und sind nicht als Ersatz wissenschaftlicher Theoriebildung zu verstehen. In ihnen benannte er Erscheinungen faschistischer Politik und Herrschaftsmethoden insoweit, als das Wissen um sie als Grundlage der eigenen Politik gegen den Faschismus wendig war. In seiner Hauptrede auf dem VII. Weltkongress verwendete not Dimitroff den geringsten Teil seiner Ausführungen für das Charakterisieren des Faschismus; von den über 100 Seiten der gedruckten Fassung sind dem lediglich acht gewidmet. Zudem fällt auf, dass er hier aus Stalins Rede auf dem XVII. Parteitag der KPdSU und den Materialien des XIII. EKKI-Plenums zitierte, möglicherweise im Wissen um die Tatsache, dass im Vorfeld des Kongres- ses Entscheidungen über die künftige Orientierung der kommunistischen Parteien noch nicht gefal- len waren, vielleicht auch ahnend, dass der von ihm angestrebte Kurswechsel der Komintern keinen Bestand haben würde.⁶ Im Schlusswort des Kongresses ging er auf die Frage, wie der Faschismus

³ Siehe u. a. Karl Heinz Roth: *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie*, Hamburg 1999.

⁴ Friedrich Pohlmann: *Zweitkritik eines doppelt amputierten Faschismusbegriffs*. In: Roger Griffin, Werner Loh, Andreas Umland (Hrsg.): *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*. With an afterword by Walter Laqueur, Stuttgart 2006, S. 362.

⁵ Siehe u. a. Karl Heinz Roth: *Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft*. In: *Sozial. Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*. Neue Folge (19. Jg.), H. 2/2004, S. 31-52.

⁶ Nach Bernhard H. Bayerlein habe sich Dimitroff zwar um eine neue politische Aus-richtung der Komintern be- müht, aber doch Stalin unterworfen: „Den Beweis für die Durchsetzung der neuen Politik als originärem Beitrag

zu definieren sei, überhaupt nicht ein. Jede Theorie kommt bis heute jedoch nicht an der Feststellung vorbei, Faschismus sei terroristisch, menschen- und menschenrechtsfeindlich sowie letztlich kriegsherbeiführend, erst recht nicht nach den Erfahrungen, welche die Welt mit der deutschen Kriegführung und dem industrialisierten Völkermord während des Zweiten Weltkrieges machen musste. Nach wie vor gilt vor allem jene Einschätzung, der Faschismus sei „Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert.“⁷

Die von Dimitroff vorgetragenen Überlegungen stellten damals einen theoriegeschichtlichen Schritt über bislang vertretene Auffassungen hinaus dar. Antifaschisten hatten zuvor in der Regel sehr allgemein über den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus gesprochen, nunmehr wurde nicht nur zwischen Kapital und Finanzkapital, sondern auch innerhalb des Finanzkapitals differenziert. Der VII. Weltkongress bot eine geeignete, Erfolg versprechende Grundlage für eine antifaschistische Volksfront-Politik, wozu erst das Akzeptieren unterschiedlicher bürgerlicher Herrschaftsformen eigenen Zielvorstellungen Möglichkeiten bot. Zugleich trennte sich 1935 die kommunistische Weltbewegung endgültig von der verheerende Folgen zeitigenden Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie.

Mit großer Deutlichkeit geißelte Dimitroff die Fehler, die den Kampf gegen den Faschismus gehemmt hätten: „In unseren Reihen wurde die faschistische Gefahr in unzulässiger Weise unterschätzt, was auch bis auf den heutigen Tag nicht überall liquidiert ist. [...] In Deutschland haben unsere Genossen lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend berücksichtigt [...] In mehreren Ländern wurde die notwendige Entfaltung des Massenkampfes gegen den Faschismus durch ein unfruchtbares *Räsonieren* über den Charakter des Faschismus ‚im allgemeinen‘ und durch *sektiererische Beschränktheit* in Stellung und Lösung der aktuellen politischen Aufgaben der Partei ersetzt.“⁸ Nachdrücklich warnte Dimitroff vor schablonisierendem Denken: „Wir müssen den Hang zu ausgeheckten Schemen, leblosen Formeln, fertigen Schablonen, der oft auf unsere Genossen lähmend wirkt, aufs schonungsloseste ausrotten. Wir müssen mit dem Zustand Schluss machen, wo Kommunisten, denen es an Kenntnissen und an Fähigkeiten zu einer marxistisch-leninistischen Analyse fehlt, diese Analyse durch allgemeine Redensarten und allgemeine Losungen, wie ‚revolutionärer Ausweg aus der Krise‘ ersetzen [...] Ohne eine solche Analyse werden jedoch alle ähnlichen Losungen zu einem leeren Wort, zu einer inhaltlosen Phrase, die unsere gegenwärtigen Aufgaben nur verdunkelt.“⁹

Nahezu apodiktisch äußerte sich Dimitroff zur Notwendigkeit weiterer, also auch über seine Aussagen hinaus gehende Analysen: „Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen. [...] Es wäre ein grober Fehler, irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen.“¹⁰ Regelrecht abschätzig sprach Dimitroff von „Denkfaulheit“, würde das Studium der konkreten Lage „durch allgemeine, nichtssagende *Formeln*“ ersetzt. Wer diese verwende, erinnere „nicht an *Scharfschützen*, die mitten ins Schwarze treffen, sondern an solche ‚Meisterschützen‘, die systematisch und unausbleiblich *danebentreffen*, bald höher, bald tiefer, bald weiter, bald näher am Ziel vorbeischießen.“¹¹

Natürlich wies die gesamte Charakterisierung des Faschismus durch den VII. Weltkongress schon damals auch erhebliche Fehler und Schwächen auf. Sie bezeugte eine nach wie vor mechanistische

Dimitroffs können die Tagebücher nicht erbringen. Eine ‚Linie Dimitroff‘ in der Komintern [...] dürfte es nur als eine Art Absichtserklärung und nur in Umrissen in der frühen Volksfrontphase 1935/36 gegeben haben.“ In: Georgi Dimitroff. Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933-1943. Hrsg. Von Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit von Birgit Schliwenz und Maria Matschuk, Berlin 2000, S. 11.

⁷ Dimitroff, a. a. O., S. 526.

⁸ Ebenda, S. 541.

⁹ Ebenda, S. 627.

¹⁰ Ebenda, S. 629 f.

¹¹ Ebenda, S. 632 f.

Auffassung vom Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Macht. Zwar war gemeint, dass der Faschismus eine Diktatur im Interesse des Finanzkapitals ausübe, dass hinter ihr und sie stützend das Finanzkapital steht, doch die Formulierung selbst war absolut irreleitend. Sie führte die alte Unterschätzung der bürgerlichen Demokratie fort und überwand diesen Fehler nicht grundlegend. Die Formulierung „offene terroristische Diktatur“ zielte darauf, auch die parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse als Diktatur zu verstehen. Liest man indessen alles in den Reden Dimitroffs, dann wird deutlich, dass er keineswegs – wie das XIII. EKKI-Plenum es noch getan hatte – von einer direkten Machtausübung der Monopolkapitalisten gesprochen hat. Er forderte demgegenüber sehr strikt die „Aufstellung positiver demokratischer Forderungen“. Jede „schematische Behandlung der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie“ sei zu überwinden.¹²

Dimitroff klammerte zwar die Existenz eines faschistischen Massenanhangs nicht aus, doch blieb es mehr oder weniger dabei, die Existenz eines großen Einflusses der Faschisten auf die Massen zu konstatieren. Viel wurde gesagt über Manipulation und Demagogie, jedoch nichts zu der Tatsache, dass diese nichts oder nur wenig bewirken würden, wenn sich die Manipulierten nicht manipulieren ließen, dass Demagogie unnütz wäre ohne die Bereitschaft von Massen, sich demagogisch beeinflussen zu lassen. Die Erklärung, mit „verlockendsten“ Losungen – er zitierte u. a. das von der NSDAP oft verwendete Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ – seien die „politisch unreifen Massen“ gewonnen worden¹³, war schlicht und einfach unzureichend. Für eine materialistische Bewusstseinsforschung wurde nichts geleistet, möglicherweise auch deshalb, weil die Sicht auf die Massen im eigenen Machtbereich ebenfalls nur von „oben“ her erfolgte. Die bloße Benennung von Quellen des Masseneinflusses, über den sowohl der deutsche als auch der italienische Faschismus verfügte, konnte nicht genügen.

Die weiteren Hauptpunkte notwendiger Kritik an den faschismustheoretischen Aussagen des VII. Weltkongresses gehen über diesen hinaus und zielen auf die folgenschwere Tatsache, dass im Fortgang der Entwicklung alles dogmatisch auf den einen Satz reduziert wurde, dieser darüber hinaus regelrecht vergötzt und mancher richtige Denkansatz nicht weitergeführt worden ist, unabhängig von den erst später festzustellenden Erscheinungen faschistischer Politik und Ideologie. 1935 konnte festgestellt werden, dass der Faschismus zum Krieg führen wird, noch nicht aber die Maßlosigkeit seiner Expansionsziele und der barbarischen Kriegführung, erst recht nicht der systematisch betriebene Völkermord an den europäischen Juden, an Sinti und Roma, an slawischen Menschen. Dies dann allein auf Mitte der 1930er Jahre gewonnene Erkenntnisse zurückzuführen und Neues in früher gebotene Definitionen pressen zu wollen, fügte historisch-materialistischem Geschichtsdenken schweren Schaden zu. Die bloße Wiederholung des einen Satzes ließ völlig außer Betracht, dass sich der Faschismus noch entfaltet hat und neue Momente seines Wesens neue Analysen erforderlich machten. In seinem totalen Krieg gegen alle anders Denkenden und anders Artigen hatte er sich gleichsam selbst weiter „faschisiert“.

Alte Analysen und neue Fragen

Blickt man gegenwärtig auf neue faschistische oder dem Faschismus ähnelnde Erscheinungen, vermag jedoch selbst ein historisierender Rückblick auf Dimitroffs Reden aus dem Jahre 1935 nicht, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die es in der begrifflichen Erfassung heutiger Erscheinungen gibt. Der Faschismus erscheint besonders durch seine totale Niederlage im Zweiten Weltkrieg historisch diskreditiert. Nicht nur in den Siegerstaaten, auch in Deutschland wird sein Politik-Modell weitgehend abgelehnt. Es wird keine Wiederholung, keinen erfolgreichen orthodoxen Faschismus geben, zumal die übergroße Mehrheit des Kapitals kein Interesse an der Installierung eines faschistischen Regimes hat. Sie befindet sich nicht in einer der damaligen Situation vergleichbaren Lage und braucht keiner großen revolutionären Bewegung die Stirn zu bieten. Trotz größerer Arbeitslosigkeit als damals in der Zeit der Weltwirtschaftskrise reichen heute die Instrumente zur Beherrschung der Arbeitslosen aus. Medien bieten zudem Ablenkung in Hülle und Fülle. Das Kapital be-

¹² Ebenda, S. 646 f.

¹³ Ebenda, S. 529.

grenzt sich kaum noch nationalstaatlich, und seit 1945 hat sich seine im Ganzen demokratisch zu nennende Herrschaftsausübung als stabil erwiesen. Es existieren zudem genügend Instrumente zur Vermeidung kriegesischer Auseinandersetzungen einzelner Kapitalgruppen untereinander.

Was eine historisch-materialistische Faschismus-Deutung in heutige Debatten einbringen kann, besteht – trotz aller Vielfalt neuer Erscheinungen – in einigen Grundaussagen, die hier in folgenden Punkten¹⁴ gesehen werden:

Erstens: Der Faschismus entstand nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse und wurde auf diesem Boden wirksam. Niemals verfolgte er das Ziel, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Er tauchte auf in einer von mächtigen sozialen und! nationalen Bewegungen erschütterten Zeit und war seinem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär. Letzteres nicht allein im Blick auf das Jahr 1917/1918, sondern auch in Hinsicht auf das Jahr 1789. Dass sich Faschisten selbst als „revolutionär“ ausgaben oder dass dies mitunter so dargestellt wird, ändert nichts an der getroffenen Feststellung. Insofern handelte es sich bei den faschistischen Bewegungen und Parteien in allen Ländern Europas um *eine* der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, um *eine* der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um *einen* ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln dauerhaft bewältigen zu wollen, selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte. In ähnlicher Weise definiert Arno Klönne: „Faschismus hat sein antreibendes Moment in der Tendenz sozialökonomisch privilegierter Gruppen, den Demokratisierungsprozess, den die industriegesellschaftliche Entwicklung möglich macht, an einem bestimmten Punkt zum Halten zu bringen und rückläufig zu machen, wobei um der Erhaltung der eigenen Privilegien willen die Teilung der Macht mit einer neuen ‚politischen‘ Amtselite in Kauf genommen wird. Faschismus hat seine Entstehungsbedingungen dort, wo Massen in das liberale Konzept vom Staat kein Vertrauen mehr setzen, eine linke Alternative zu diesem Konzept überzeugend nicht vertreten wird und innergesellschaftliche Konflikte durch Projektion auf einen äußeren ‚Feind‘ oder auf ‚Fremdgruppen‘ in der eigenen Gesellschaft ideologisch kaschiert werden können.“¹⁵

Wird heutzutage nach der Anwendbarkeit des Faschismusbegriffs gefragt, wären also zunächst erneut die gegenwärtig bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen. Diese sind zweifellos kapitalistisch geprägt, auch wenn der Kapitalismus von heute ein anderer ist als der von gestern.¹⁶ Vielleicht könnte man sogar sagen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung überhaupt erst jetzt zum vollen Durchbruch gelangt zu sein scheint und sich ihre negativen Seiten wie nie zuvor entfaltet. Stück für Stück wird zurück genommen, was bislang an politischem Fortschritt erreicht worden ist: Erbarmungslose Geschäftemacherei triumphiert über jedwede Brüderlichkeit, ist sie doch ausschließlich an ökonomischen Effektivitätskriterien orientiert und wird zudem oft an der Grenze der Kriminalität betrieben; Profitstreben obsiegt über das Gleichheitsprinzip in Recht und demokratischer Verfasstheit; schrankenloser Konkurrenzkampf hintertreibt jeden der verkündeten Ansprüche auf Freiheitsrechte und Menschenwürde. Immer stärker werdende Multis und Mächte unterwerfen sich immer größere Teile der Welt, dabei weder Gewalt, Terror noch Kriege scheuend, sicherheitspolitische Erwägungen und Standortkriterien über demokratische Rechte und Freiheiten stellend.

Zweitens: Die terroristischen, an den Kolonialismus der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfenden Herrschaftspraktiken des traditionellen Faschismus beruhten auf einer die Gewalt rechtfertigenden, nationalstaatlich begrenzten, grundsätzlich nationalistischen sowie zugleich expansions- und kriegsorientierten Ideologie von völkisch-rassistischem, insbesondere auch antisemitischem Zu-

¹⁴ Die folgenden Passagen stützen sich auf einen Beitrag des Verfassers, der unter dem Titel „Auf der Suche nach Halt im Bewährten“ in den „Marxistischen Blättern“ H. 5/2004 (S. 62-69) erschienen ist.

¹⁵ Zit. nach Kühnl, a. a. O., S. 214.

¹⁶ Einen interessanten Ansatz zur Analyse herrschender Klassen und Machteliten der Gegenwart bietet H. J. Krymski: Herrschende Klasse Revisited. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, H. 57, März 2004, S. 8-20.

schnitts. In den faschistischen Denkweisen spiegelte sich in extremster Weise die kapitalistischer Konkurrenz entspringende Konkurrenz der Nationen, genauer: die in Europa vollendeten Nationen- und Nationalstaatsbildung sowie die Möglichkeit, Kriege zwischen Staaten und Mächteblöcken mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können. Faschismus kam aus dem Ersten Weltkrieg, dem bis dahin denkbar extremsten Austragungsfeld dieser Konkurrenz. Er lebte vom ungebändigten, sich nach Krieg und trotz Revolution in große Teile der Gesellschaft hinein fressenden Militarismus der Freikorps und parteigebundener Kriegerverbände. Er profitierte von vielgestaltiger Verherrlichung des Krieges und der Krieger, er konnte die allgemeine Akzeptanz eines Denkens nutzen, welches das Leben als „Kampf um Dasein“ deutet, das „Recht des Stärkeren“ sowie den Krieg als angeblich unabänderliche Erscheinung menschlichen Zusammenlebens nicht hinterfragt.

Krieg könnte also als *das* vorwiegend rassistisch-sozialdarwinistisch begründete Lebenselixier des Faschismus verstanden werden. Absolut menschen- und menschenrechtsfeindliche Zwecke heiligten den Einsatz aller verfügbaren Mittel je nach politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Erfordernissen. Folgerichtig führte seine nationalistische Staats- und Militärdoktrin zu den Massenverbrechen. Aber auch in dieser Hinsicht haben sich vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten Veränderungen vollzogen, sind neue Kriegstypen entstanden und ist eine neuerliche Akzeptanz von Kriegen feststellbar. Zu fragen wäre also nicht nur, was mit dem traditionellen Faschismus vergleichbar ist, zu fragen wäre vor allem, was ist neu und wie müssen und wie wollen Antifaschisten dies sowohl analysieren als auch definieren.

Drittens: Faschismus bedeutet strikteste Ablehnung humanistischen Denkens und parlamentarischer Demokratie. In ersterem wollten seine Ideologen und Propagandisten vor allem die Ursache der von ihnen konstatierten „völkischen Degeneration“ und einer angeblich unzureichenden Machtstellung der eigenen Nation in der Welt sehen, in letzterem lediglich eine vermeintliche Grundlage aller Versuche, zu der auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem Ellbogenprinzip der Konkurrenz beruhenden Gesellschaft eine wirkliche Alternative zu schaffen. Damit ging eine völlig entdemokratisierte, antihumanistische, auf terroristischer Einschüchterung und Reglementierung beruhende Herrschaftspraxis konform, die – ohne Veränderung grundlegender Eigentumsverhältnisse – in allen Lebensbereichen das dem Militärwesen entlehnte Führer-Gefolgschafts-Prinzip realisiert sehen wollte. Demgegenüber bleibt jedoch in der Welt von heute zu berücksichtigen, dass die Demokratie als Herrschaftsinstrument in einem neuen Maße, ja nahezu perfektioniert beherrscht wird, sie muss also nicht abgeschafft und ersetzt werden.

Viertens: Der traditionelle Faschismus enthielt ein „sozialistisch“ verpacktes Angebot an die als „entnationalisiert“ bzw. internationalistisch bewerteten Arbeitermassen und das Scheinbild einer „nationalen Volksgemeinschaft“. In der durch das „Blut“ bestimmten Gemeinschaft der arischen Deutschen – so wurde von den Nazis versprochen – würden alle gut leben, wenn es gelingen würde, sich andere Völker unterzuordnen. Tatsächlich war das Hitler-Regime erfolgreich auf dem Wege, eine vollständige Versöhnung und Harmonisierung der Deutschen zu erreichen, unabhängig davon, welche Stellung sie – oben oder unten – in dieser Gesellschaft einnahmen. Jeder sollte, wenn er nur als „Arier“ anerkannt war, in dieser Gesellschaft und durch sie gewinnen und zwar in ganz materiellem Sinne. Keiner sollte hungern und frieren, niemand sollte verlieren. Besserung der eigenen Lage wurde allen versprochen, erreicht werden sollte dies auf dem Wege von „deutscher Arbeit“ und einer Wirtschaft ohne Streiks und andere Störungen. „Deutschland arbeitet“ – lautete eine der Lösungen. Doch wofür?

Die Masse der Deutschen wollte zwar nicht den Krieg, aber sie schuftete für ihn. Und bekannt ist ebenso, dass sehr vielen der Gedanke durchaus gefiel, auf Kosten anderer Völker selber besser als zuvor leben zu können, auch um den hohen Preis, der zu erwarten war. Gerade in dieser Hinsicht drängen sich, blickt man auf gegenwärtige Probleme, arge Parallelen auf. Erneut wird Hochrüstung als Arbeitsplatzsicherung akzeptiert, wird zu Lasten und auf Kosten der sogenannten Dritten Welt gelebt, greift unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit Entsolidarisierung um sich. Es verwundert, in welch geringem Maße den Globalisierern und Nutznießern internationaler Finanzmarktpraktiken ein Internationalismus der Betroffenen und Geschädigten entgegengesetzt wird.

Fünftens: Unübersehbar vermochte der traditionelle Faschismus mit erheblichem Geschick und in großem Umfang Massen zu gewinnen und sie zu organisieren. Die NSDAP wuchs zur mitgliederstärksten Partei der deutschen Geschichte an und erfasste nahezu 10 Millionen Mitglieder. Zugleich besaß sie ein umfassendes Organisationensystem, mit dessen Hilfe sie einen bis 1933 unbekannten flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreichte und danach zum Träger einer faschistischen deutschen „Organisationen“-Gesellschaft heranwuchs, in der sich kaum einer – ob jung oder alt, Mann oder Frau, Zivilist oder Soldat usw. – dem Einfluss ihrer Gliederungen, angeschlossenen Verbände und betreuten Organisationen entziehen konnte. Vor allem in dieser Hinsicht gibt es heute keine Parallelen: Es existieren Kleingruppen, Netzwerkstrukturen, die in ihrer Wirkungskraft nicht unterschätzt werden dürfen, die aber nicht mit den früheren Großparteien des Faschismus verglichen werden können. Ein Vergleich ist wohl nur möglich mit jenen Zeiten, in denen ebenfalls Hunderte kleinerer Gruppen existierten, aus deren Schar sich dann die NSDAP erhob. Und dieser Vergleich sollte wieder auf deren Funktion zielen, denn auch heute werden neofaschistische Gruppen benötigt zu vorwiegend indirekter Unterstützung neoliberaler Politik, zu einem taktischen In-Schach-Halten ihrer Gegner, die zur Zeit – trotz intensiver Bemühungen einer linker Kräfte – keine strategische Bedeutung besitzen und selbst da, wo Opposition nötig und möglich ist, sich sehr genügsam zeigen sowie im eigenen Gegeneinander Befriedigung zu finden scheinen.

Hier bleibt kein Platz, um weitere Problemfelder und Aspekte gegenwärtiger Erscheinungen zu benennen, die faschistisch sind oder dem Faschismus früherer Zeiten ähneln. Doch auch bei ihnen wird jeder Versuch sowohl der Analyse als auch der theoretischen Erfassung andere und zeitgemäße Maßstäbe verlangen. Sie allein oder auch nur vorrangig am traditionellen Faschismus zu messen, kann in die Irre führen. Manches in der Welt von heute birgt möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als dieser sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht hat. Auch sind heute noch globalere Folgen für die Menschheit denkbar als etwa die eines Dritten bzw. Vierten Weltkrieges. Wenn die These stimmt, dass 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner großen Krise – und die wird gewiss kommen – nicht nur um die existenzielle Unsicherheit menschlichen Daseins bei den „überflüssigen“ 80 Prozent, sondern auch um deren Existenz. Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden ...

Dieser Artikel wurde veröffentlicht in: „Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie, Menschenrechte und Kultur“, H. 2/2007, S. 3-11. Er führte den Beitrag fort, der unter dem Titel „Auf der Suche nach Halt im Bewährten“ in der Zeitschrift „Marxistische Blätter“, H. 3/2004, S. 62-69 erschienen war.

In leicht veränderter Form erschien dieser Beitrag in: Michael Herms (Hrsg.), Zum Stand der Erforschung der regionalen NS-Geschichte in Mecklenburg-Vorpommern, 9. Oktober 2010, Stadthalle Rostock. Halle 2011, S. 11-33.

Ihm gebührt Hochachtung und ehrenvolles Gedenken: Magnus Poser

Vor 100 Jahren, am 26. Januar des Jahres 1907 begann sein Leben – nur 37 Jahre später setzten ihm Gestapo-Salven ein viel zu frühes Ende: Magnus Poser sollte es nicht mehr vergönnt sein, das zu erleben, wofür er zu kämpfen, ja auch zu sterben bereit gewesen ist – das Ende des Zweiten Weltkrieges und Deutschlands Befreiung aus faschistischer Barbarei. Magnus wuchs als jüngstes von vier Kindern der Familie Poser auf. Schon früh musste er als Botenjunge die Eltern unterstützen. Mit einigen seiner Klassenkameraden aus der Jenaer Ostschule schloss er sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution einer Gruppe der Freien Sozialistischen Arbeiterjugend an, die 1916 als unabhängige sozialistische Jugendorganisation entstanden war. Danach erlernte Magnus Poser das Tischlerhandwerk. In Reinhold Riemschneiders Werkstatt am Steinweg bestand er 1925 zwar die Gesellenprüfung, doch ein fester Arbeitsplatz blieb ein Wunschtraum.

Mit einem Jugendfreund ging er 1926 auf die „Walze“. Beider Weg führte durch die Schweiz, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei. Über Finnland ging Poser auch in die Sowjetunion, wo er ein Arbeiter-Studium aufnehmen wollte. Dies gelang nicht, jedoch beeindruckte ihn während seines mehrmonatigen Aufenthalts der Versuch, neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, obgleich er deren sich damals entfaltenden stalinistischen Züge nicht zu erkennen vermochte. Kurze Zeit nach seiner Rückkehr wurde er Mitglied der KPD. Im Februar 1928 fand er endlich eine Arbeitsstelle bei der Jenaer Firma Carl Zeiss, die er allerdings am 26. November 1930 verlor, nachdem er zuvor wegen „Landfriedensbruches“ zu drei Monaten Gefängnishaft verurteilt worden war. Der groß gewachsene, schlanke junge Mann fand dank seines freundlichen Wesens und der Konsequenz seines politischen Denkens rasch Freunde und Anerkennung, dies auch über die Grenzen seiner Partei hinaus. Er engagierte sich für die Sektion „Naturfreunde“ im Arbeitersportkartell für Wandern, Wintersport und Touristik. Dieser überparteilichen Organisation, in der Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten und Angehörige anderer linker Gruppen ohne ihre jeweilige politische Meinung in den Vordergrund zu stellen, gemeinsam tätig waren, gehörte er bis zum Verbot durch die an die Macht gelangten Nazis an. Magnus Poser wollte lernen. Sein Drang nach Wissen und nach gesellschaftstheoretischer Erkenntnis ließen ihn unermüdlich zu Büchern greifen, insbesondere zu denen marxistischer Autoren. Neben dem Lehrmaterial der KPD befasste er sich u. a. mit dem „Kapital“ von Karl Marx, mit der als „Anti-Dühring“ bekannt gewordenen Schrift von Friedrich Engels sowie mit Lenins „Materialismus und Empirioskritizismus“.

Seiner Weltanschauung gemäß trat er 1929 dem Freidenkerverband bei. Im Jahr darauf wurde er Vorstandsmitglied der Proletarischen Freidenker (Opposition), die in Jena zahlreiche Bildungsveranstaltungen mit prominenten Gästen durchführte, u. a. mit Friedrich Wolf, Ludwig Renn, Emil Julius Gumbel und Julius Schaxel. Bald ließ sich Poser von einem Weltbild leiten, das komplexer, differenzierter und für das Ringen gegen den erstarkenden Faschismus geeigneter war als das seiner Partei. „Die bei Poser durch persönliche Kontakte zu Sozialdemokraten, Sozialisten und oppositionellen Kommunisten angelegte Gesamtstruktur seines politischen Denkens bildete schon früh einen Wesenszug seiner Persönlichkeit“, so urteilt Willy Schilling in seiner biografischen Skizze, die in dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. herausgegebenen Band „Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen“ enthalten ist. In großer Selbstverständlichkeit setzte Magnus Poser seinen antifaschistischen Kampf auch nach dem 30. Januar 1933 fort. Wie andere Mitglieder seiner Widerstandsgruppe wurde er am 26. November 1933 verhaftet, ins KZ Bad Sulza eingeliefert und vom Oberlandesgericht in Jena „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er im Landesgefängnis Ichtershausen verbrachte. Wenige Wochen nach seiner Entlassung heiratete er am 26. September 1936 Lydia Orban, die er schon lange aus gemeinsamer Tätigkeit im Kommunistischen Jugendverband kannte und die mit ihm zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt worden war. Bis zu seiner erneuten Verhaftung am 14. Juli 1944 war er bei der Jenaer Firma Friedrich Rappe beschäftigt.

Trotz polizeilicher Überwachung gelang es Poser, während des Krieges eine Widerstandsorganisation in Jena aufzubauen, die auch Verbindungen zu anderen Orten besaß. Ihn bewegten sowohl the-

oretische als auch praktische Fragen des illegalen Kampfes, Anregungen aus einer kleinen ‚marxistischen Bibliothek‘ suchend, die er wie einen Schatz hütete. Wiederum frei von parteipolitischem Dogmatismus tat er alles, um seinen Beitrag für eine Beseitigung der NSDAP-Herrschaft zu leisten. „Wenn Hitler geht – kommt der Frieden!“ – so lautete eine der Losungen, die von ihm im Bahnhofsgelände Dorndorf gemalt worden ist.

Dem Ziel, die nationalsozialistische Diktatur durch eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu ersetzen, diente auch die Zusammenführung seiner mit der von Theodor Neubauer aufgebauten Gruppe. Die als „Neubauer-Poser-Gruppe“ bekannt gewordene kommunistisch geführte große Widerstandsorganisation in Thüringen entwickelte direkte und indirekte Kontakte zu anderen Gruppen in Deutschland bis hin zur militärischen Opposition um Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dem Kreisauer Kreis, der wiederum in sich heterogene gesellschaftspolitische Ideen vereinigte.

Nach seiner Verhaftung am 14. Juli 1944 wurde Magnus Poser in das berüchtigte Weimarer Gestapo-Gefängnis im Marstall eingeliefert. Die Gestapo wollte von ihm unter allen Umständen erfahren, wer alles, an seiner Seite gestanden hatte. Um der Gefahr des Verrats an den Kameraden zu entgehen, unternahm er in der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1944 einen Fluchtversuch. Von mehreren Schüssen getroffen, wurde er in das Krankenrevier des KZ Buchenwald gebracht, wo er angesichts des nahenden Todes den drängenden Fragen nicht nachgab, so mancher Antifaschist verdankt seinem mutigen Schweigen das Leben. Auch wenn es in den letzten Jahren ruhiger um ihn geworden ist: Magnus Poser, der aufrechte und geradlinige Gegner von Krieg und Faschismus, wird im Gedächtnis vieler Bürger dieser Stadt immer einen bedeutungsvollen Platz einnehmen.

Alternativ Sozial (ALSO), 01 und 02/2007, S. 3.

Oberstes Ziel war: Krieg

Das „Dritte Reich“ – aus dem Blick- und Forschungswinkel eines Briten

Viele an der Erhellung vergangenen Geschehens interessierte Leser fragen sich, weshalb Geschichtsdarstellungen aus der Feder britischer Historiker mitunter so außerordentlich umfangreich sind wie z. B. Ian Kershaws zweibändige Hitlerbiografie. Von vornherein hat auch Richard J. Evans geplant, eine Geschichte des „Dritten Reiches“ in drei Bänden zu schreiben. Der erste erschien 2004 und beleuchtete auf 752 Seiten den Aufstieg der NSDAP zur Macht. Nunmehr liegen zwei Halbbände als zweiter Band der Trilogie vor, welche die Jahre 1933 bis 1939 behandeln. Womit kann für jenen Teil gerechnet werden, der sich mit den sechs Jahren des Krieges befassen soll?

Bei einer Vorstellung seines neuen Werkes in Jena meinte der Autor, die Länge ergebe sich wohl aus der Übersetzung englischer Texte in die deutsche Sprache. Das mag sein, doch dürften andere Gründe ausschlaggebend sein. Wie im ersten Band bemüht sich der Verfasser auch hier, die Stilmittel Erzählung, Beschreibung und Analyse miteinander zu verbinden, um so das Interesse eines breiten Leserkreises anzusprechen. Das bietet durchaus ansprechende Lektüre und geistigen Gewinn. Selbst Spezialisten sehen ihr Wissen um die Mannigfaltigkeit des historischen Geschehens unge mein erweitert. Doch solches Vorgehen erfordert viel Platz, zumal die Darstellung nicht dem chronologischen Prinzip folgt, sondern in thematisch gebundenen Längsschnitten geschieht.

In sieben Kapitel ist der Band gegliedert, jedes von ihnen enthält vier Abschnitte, und diese bestehen wiederum aus mehreren einzelnen Teilen, in denen der Autor die historischen Vorgänge gleichsam punktuell erfasst. Man könnte von „Häppchen“-Kost sprechen, die da serviert wird, dennoch gelingt es Evans, das vielgestaltige Geschehen in seiner Dynamik, Komplexität und Wirkungskraft darzulegen. Detailliert wird biografisches, alltags-, ideologie-, organisations- und politikgeschichtliches Material ausgebreitet, wirtschaftsgeschichtliches kommt zu kurz, auch fehlt eine eigenständige Betrachtung zur Rolle der NSDAP.

Die Titel der sieben Kapitel sprechen für sich: „Der Polizeistaat“, „Geistige Mobilisierung“, „Bekehrung der Seele“, „Wohlstand und Korruption“, „Aufbau der Volksgemeinschaft“, „Auf der Suche nach der rassischen Utopie“ und „Der Weg in den Krieg“. Der des letzteren könnte zugleich über allen 1104 Seiten stehen; er markiert das hauptsächliche Anliegen des Verfassers. Nach seiner Auffassung offenbarte sich in allem der „blindwütige Drang“ zu einem Krieg und zeigte sich „der überragende Imperativ, Deutschland und seine Bevölkerung auf einen großen Krieg vorzubereiten“. Das ist gewiss keine neue Erkenntnis, doch über die Notwendigkeit, sie immer wieder hervorzuheben, besteht wohl gerade in unseren erneut so unfriedlich gewordenen Zeiten kein Zweifel.

Bereits am 28. Mai 1928 hatte Hitler offen im „Völkischen Beobachter“ verkündet, es sei seine Absicht, das deutsche Volk „zum blutigen Einsatz zu führen, aber nicht für eine Grenzregulierung, sondern zur Rettung in fernste Zukunft hinein, damit es so viel Boden und Grund erhält, dass ein Vielfaches des Bluteinsatzes der Nachwelt zurückgegeben werden kann“. Auch der ausführlich beschriebene und in seinen Widersprüchlichkeiten analysierte Wandel, der sich in den sechs Jahren bis zum Kriegsbeginn auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vollzog, habe sich als dem obersten Ziel „Beherrschung und rassische Neuordnung Europas“ untergeordnet erwiesen. Folgerichtig (und anders als einige bundesdeutsche Autoren, die in jüngster Zeit den ideologischen und propagandistischen Selbstkennzeichnungen von „Volksgemeinschaft“ und „Nationalsozialismus“ mehr Glauben schenken und weniger die Realität untersuchen) misst Evans dem Terror und der Einschüchterung ein großes Gewicht bei. Ausführlich werden die zielorientierten Methoden der Repression, ferner die in dieser Hinsicht besonders wirksamen Ereignisse des 30. Juni 1934 behandelt.

Großes Augenmerk gilt den Veränderungen in der Handhabung des Rechts sowie dem Aufbau des Überwachungs- und Unterdrückungsapparates. Dieser diene nach des Autors Meinung zunächst in erster Linie dazu, „die Feinde des Nationalsozialismus innerhalb Deutschlands aufzuspüren und festzunehmen“, bevor zur „rassischen“ und „sozialen Säuberung“ übergegangen worden sei.

In allen Kapiteln spürt der Verfasser ebenfalls der bedeutsamen und unter Historikern umstrittenen Frage nach, was das enge Zusammenspiel von Terror und Einschüchterung, nationalistischer und rassistischer Ideologie sowie von (gefühlter) Verbesserung der sozialen Lage und von um sich greifender Korruption in der deutschen Bevölkerung bewirkt hat. Eine seiner Thesen lautet: „Die Deutschen waren bis 1939 nicht alle zu fanatischen Nazis geworden, doch der tiefe Wunsch nach Ordnung, Sicherheit, einem Arbeitsplatz, der Möglichkeit einer Verbesserung des eigenen Lebensstandards und eines beruflichen Fortkommens, alle Dinge, die unter der Weimarer Republik unmöglich zu erreichen schienen, war weitgehend erfüllt, und das reichte aus, ihre Einwilligung zu gewährleisten. Möglicherweise spielte die Propaganda in dieser Hinsicht eine geringere Rolle als die konkrete, offensichtliche Tatsache einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität.“ Man kann das durchaus als Kritik an der beschönigenden Charakterisierung des „Dritten Reiches“ als einer „Wohlfühl-Gesellschaft“ und „Zustimmungsdiktatur“, aber auch an den Kollektivschuld-Vorwürfen lesen.

Richard J. Evans: Das Dritte Reich. Band II in zwei Halbbänden. DVA, München 2006. 1104 S., geb., 69,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 1. Februar 2007, S. 15.

Ohne viel Federlesen

Hans Frank – eine enthüllende Studie über den Henker der Polen

Unter den führenden Gestalten der NSDAP, die neben Hitler mehr oder weniger das große Sagen hatten und als dessen „Helfer“ völlig unzureichend gekennzeichnet sind, spielte der im Jahr 1900 geborene, dem Bildungsbürgertum entstammende und als faschistischer Rechtsexperte geltende Hans Frank eine besondere Rolle. Wegen seiner Verantwortung für die Massenverbrechen, die während des Zweiten Weltkrieges im „Generalgouvernement“ an den Polen verübt worden sind, verurteilte das Nürnberger Tribunal 1946 ihn zum Tode; völlig berechtigt, hatte er doch selbst sich als Chef „absolut polenvernichtungsentschlossener Recken“ betrachtet und gefordert, mit Juden dürfe man „nicht viel Federlesens machen“. Ihm halfen weder Ausflüchte, Lügen noch demonstrativ gezeigte Reue, weder die Finessen seines Verteidigers noch der Übertritt zum Katholizismus.

Eine wissenschaftliche Biografie stand bislang noch aus, sieht man von einigen Skizzen sowie von den beiden kritischen Büchern des Sohnes Niklas Frank über seine Eltern ab. Doch auch das vorliegende Buch erfüllt nicht die hohen Ansprüche, die an eine über die Lebensbeschreibung hinaus gehende sowie Ursachen und Zusammenhänge erhellende Darstellung des vielgestaltigen Beziehungsgeflechts, in dem sich Individuen in der Gesellschaft bewegen und entfalten, zu stellen sind. Lesenswert bleibt das Buch dennoch. Sein Verfasser nutzt vor allem das reichlich vorhandene Material, das Frank selbst hinterlassen hat: persönliche Tagebücher und Publikationen, das umfangreiche „Diensttagebuch“ (das auf 11.367 Schreibmaschinenseiten akribisch alle Reden, Pläne und Entscheidungen des „Generalgouverneurs“ verzeichnet und von ihm selbst – mit welcher Absicht auch immer – den siegreichen Alliierten übergeben worden ist), ferner zahlreiche Briefe und andere Dokumente.

Schenk, der früher als Kriminalist tätig war und erfahren ist im Aufspüren gegensätzlicher Aussagen, recherchierte sauber und stellt immer wieder einander gegenüber, was Frank vor dem 8. Mai 1945 von sich gegeben hat und was er danach heuchlerisch als Schuld von Hitler, Himmler und Goebbels deklarierte. Breiten Raum nimmt ebenso ein, was in Franks aufwändigem Lebenswandel völlig unvereinbar mit den selbst formulierten und hehr klingenden Lebensmaximen gewesen ist. Insgesamt entstand ein umfang- und aufschlussreiches, vor allem aber erschreckendes Charakterbild. Der Verfasser belegt, wenngleich auch ab und zu etwas in moralisierendem Ton, die Persönlichkeitsstruktur eines korrupten, selbstsüchtigen, verlogenen, auf Ämter aller Art wie auf mehrere Liebschaften versessenen, dienstgeilen Mannes, eines mörderischen Verfechters der expansionistischen und rassistischen Ziele des deutschen Faschismus. Dass er zugleich ein Kunstliebhaber und manchem Künstler feinsinniger Gesprächspartner war, darf indessen kaum als Beweis eines „widersprüchlichen Charakters“ gelten.

Den einen der hier im Titel genannten Beinamen gab Hans Frank sich selbst, der andere galt ihm als Urteil seiner Opfer und Richter. Beide passen besser zu ihm als der nichtssagende Untertitel des vorliegenden Buches. Ersterer wäre in seiner Doppeldeutigkeit drastisch erhellt worden, hätte sich Schenk beispielsweise entschlossen, ein Foto zu veröffentlichen, das Frank im Kreise von Nazi-Juristen zeigt. Die hatten sich mit ihm um einen Galgen gruppiert, an dem ein Paragraf aufgehängt worden war. Deutlicher ließ sich jene „Rechts“-Ordnung nicht charakterisieren, die 1933 der deutschen Gesellschaft übergestülpt worden war. Dem Terrorismus eine gewisse Ordnung zu verleihen, die das Erscheinungsbild aufpolieren sollte, war mitunter sein Anliegen – dies insbesondere, wenn er sich davon eine Festigung oder Stärkung seines Platzes in der Nazi-Hierarchie versprach. Dass er deshalb zeitweilig bei Hitler in Ungnade fiel und 1942 seine Ämter im Rechtswesen verlor, ändert nichts am Wesen der pervertierten Frankschen Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit. Er hatte taktiert und wollte lediglich den als willkürlich empfundenen Polizeiterror durch einen formal geregelten Justizterror ersetzen. Auch insofern blieb er „Knecht“ der faschistischen Partei.

Dieter Schenk: Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur. S. Fischer Verlag, Frankfurt (Main) 2006. 486 S., geb., 22,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 5. April 2007, S. 15.

Kommunalpolitik der NSDAP

Die kommunale Präsenz im ländlichen und kleinstädtischen Raum war für den Vormarsch der NSDAP von großer Bedeutung. Übereinstimmungen und strukturelle Parallelen zwischen der historischen und der heutigen Kommunalpolitik der Nazis liegen offen zutage.

Vor 1933 spielte im Deutschen Reich für alle Bemühungen der Nazis die kommunale Ebene eine bedeutsame Rolle. Dies zeigt u. a. ein Vergleich zwischen den Wahlerfolgen, welche die NSDAP zwischen 1927 und 1933 jeweils in den zehn Stadtkreisen sowie in den 16 Landkreisen des damaligen Landes Thüringen erzielte. Deren Gegenüberstellung belegt den stärkeren Vormarsch der NSDAP im ländlichen und kleinstädtischen Raum, also dort, wo Nachbarn einander besser kennen als in der Anonymität einer Großstadt, wo traditionelles Gemeinschaftsdenken zu dominieren vermag und politischer Einfluss einzelner Personen sehr groß sein kann, wo eigene Mentalitäten, Denk- und Wahrnehmungsmuster existieren.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen gewann die Partei der deutschen Faschisten im ländlich-kleinstädtischen Raum früher und mehr Wählerstimmen als in den größeren Städten. Aus den Wahlanalysen zeigt sich ein generelles Stadt-Land-Gefälle: Je höher die Einwohnerzahlen waren, desto geringer war der Anteil der Stimmen für die NSDAP. Die Partei war in den kleineren Städten und Gemeinden und im agrarischen Bereich vor allem während der Weltwirtschaftskrise überproportional vertreten.

Kein Konzept

Wäre nun zu vermuten, die Partei der Faschisten habe den Interessen dieser Bevölkerungskreise in besonderem Maße entsprochen? Die Antwort fällt negativ aus. Zwar hat sich die NSDAP zielbewusst auf diesen Raum konzentriert; bereits bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen vom Dezember 1928, also noch vor ihrem großen Aufschwung in der Weltwirtschaftskrise, stellte sie nahezu überall Kandidaten auf, mehr als andere Parteien mit Ausnahme der SPD und der KPD. Zwar orientierte sie sich intensiv auf ihr Erscheinen vor Ort, dies erfolgte jedoch ohne irgendein kommunalpolitisches Konzept. In ihrem 25-Punkte-Programm von 1920 fehlte jegliche Aussage dazu, sieht man von der antisemitisch-demagogischen Forderung nach einer „Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser“ sowie von dem allgemeinen Slogan „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ab. Mit Ausnahme einer kleinen Broschüre gab die eigentlich sehr publikationsfreudige NSDAP keine dem Thema gewidmete Schrift heraus. In einer 1929 erstmalig publizierten Schrift von Karl Fiehler hieß es: „Die Meinungen darüber, welche Gemeindeordnung oder Städteverfassung in Deutschland die beste ist, gehen stark auseinander. Uns Nationalsozialisten ist diese Frage in der heutigen Zeit vollkommen gleichgültig, da heute die politischen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Gemeinden überhaupt fehlen [...] Unsere Aufgabe kann es nicht sein, lediglich in einer Körperschaft zu sitzen, die unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage ist, den Zusammenbruch des Volkes zu verhindern. Unsere Aufgabe kann es nur sein, den Lebenswillen des Volkes wieder zu erwecken und gegen alle Mächte zu kämpfen, die sich der Volkserneuerung entgegenstellen.“ Bei Fiehler ist erkennbar, wie dürftig die nationalsozialistischen Vorstellungen von Gemeindepolitik war. Die Priorität lag eindeutig auf propagandistischem Aktionismus. Im Herbst 1933 tönte Fiehler während einer kommunalpolitischen Schulungswoche seiner Partei: „Ich habe mir alle Mühe gegeben, meine Stellung in der Gemeinde dazu zu gebrauchen, das vergangene System zu zerschlagen [...] Wir standen im Kampfe und haften [...] andere Dinge zu tun, als uns in den eigentlichen sachlichen Dingen zu schulen.“

„Garant nationaler Wiederbelebung“

Ebenso bot das völkisch-nationalistische Verdikt gegen die modernen Großstädte keinerlei konzeptionelle Anhaltspunkte. In sehr verschwommenen Zügen erschien die Großstadt Hitler und anderen Nazigrößen vor 1933 lediglich als ein Ort des moralischen Verfalls und des Niedergangs aller Kultur. In ihr, so hieß es in „Mein Kampf“, würde die biologische Kraft des deutschen Volkes vernichtet, während der ländlich-agrarische Bereich Bewahrer der Volkskraft und Garant nationaler Wie-

derbelebung darstelle. Die großen Städte seien kulturell bedeutungslos und ärmlich, sie besäßen keine das gesamte Stadtbild beherrschende Denkmäler und entbehrten also „überragende Wahrzeichen der Volksgemeinschaft“. Doch solche Aussagen besaßen nur politisch-ideologischen Charakter und markierten keinerlei politischen Anspruch, wie die spätere faschistische Architektur-Gigantonomie bewies.

Erst 1927 wurde innerhalb der Reichsleitung der NSDAP ein Kommunalpolitisches Amt geschaffen. Möglicherweise spielte dabei eine Rolle, dass sich zu dieser Zeit die Feststellung häufte, in letzter Zeit habe der „Opfermut der Mitglieder [...] bedeutend nachgelassen“. Als sein Auftrag wurde formuliert, es gelte die Arbeit der Parteimitglieder in den Kommunen zu beraten sowie zu „überwachen“. In die gleiche Zeit fällt auch eine Änderung jener Passage in Hitlers „Mein Kampf“, in der bis dahin von einer Wahl der Vorsitzenden der Ortsgruppen die Rede war. Nunmehr hieß es, jeder Ortsgruppenleiter sei von oben her einzusetzen, womit das faschistische Führer-Gefolgschaftsprinzip endgültig durchgesetzt wurde. Ansonsten hieß es, man habe „geschlossen“ aufzutreten, was Stärke, Gewalt und Macht demonstrieren, einschüchtern und zugleich mobilisieren sollte. Solches Gebaren empfahl man insbesondere für kleinere Gemeinden. Dort würden geschlossenen marschierende 300 Menschen besonders wirken, hingegen als ein „verlorenes Häuflein in der Steinwüste einer Stadt“ untergehen.

In der Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 offenbarte sich die große Diskrepanz zwischen ideologisch-propagandistischem Anspruch und der Realität nationalsozialistischer Politik. Alle kommunalen sowie Länderparlamente wurden mit der am 14. Oktober 1933 erfolgten Auflösung des Reichstages aufgehoben und neue Gemeindevertretungen „ernannt“. Als Leiter des kommunalpolitischen Apparates der NSDAP vollzog Fiehler im Mai 1933 die Gleichschaltung aller kommunalen Spitzenverbände und wurde zum Vorsitzenden des neuen Deutschen Gemeindetages berufen. Im Rahmen der Ausarbeitung einer neuen Kommunalgesetzgebung, die am 30. Januar 1935 zur Deutschen Gemeindeordnung führte, ging es auch um die Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge, die für die Kommunen eine außerordentliche Belastung darstellte. Das Reich hatte die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die Länder umverteilt und die Länderregierungen gaben sie an die Gemeinden weiter. Aufschlussreich ist eine vom damaligen Reichspreiskommissar, dem Konservativen Carl Goerdeler, erhobene Forderung, die Arbeitsvermittlung an die Gemeinden zu übertragen, um „die gesamte Organisation zu vereinfachen und die von der Wirtschaft zu tragenden Kosten zu mindern.“

Stütze der Herrschaft

Nach 1933 gehörte der auf kommunaler Ebene gleichgeschaltete Apparat zu den wesentlichen Stützen faschistischer Herrschaft. Weder das Führer-Gefolgschafts-Prinzip noch die Formel von der „deutschen Volksgemeinschaft“ hätten ohne ihn in dem erreichten Ausmaß systemstabilisierend wirken können. Als ihnen die Regierungsgewalt übertragen worden war, beseitigten sie mit ihrer Kommunalgesetzgebung alle Möglichkeiten einer Mitwirkung der Bürger in den Städten und Gemeinden. Von einer Selbstverwaltung konnte nach dem preußischen Gemeindeverfassungsgesetz von Ende 1933 und der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 keine Rede mehr sein. Alle Macht konzentrierte sich in der Person und im Amt des (Ober-)Bürgermeisters, aber auch deren Spielraum wurde durch den Staat nahezu völlig beseitigt. Wo dennoch gewisse kommunale Aufgaben wahrgenommen worden sind, z. B. im Siedlungsbau, blieb das Ergebnis in Zahl und Qualität hinter dem zurück, was die Weimarer Republik der minder bemittelten Bevölkerung zur Verfügung gestellt hatte. Nur das propagandistische Getöse hatte sich gesteigert. Mehr und mehr bestimmte die Vorbereitung eines neuen Krieges die Situation der Gemeinden. Ihnen wurden beispielsweise Luftschutzaufgaben übertragen, im Jahr 1937 auch die Vorbereitung von Hilfskrankenhäusern für den „Mobilmachungsfall“. In allen Konfliktsituationen sprachen Kreis- und Gauleiter als Hoheitsträger der NSDAP das letzte Wort. Die kommunale Selbstverwaltung war nahezu ausschließlich auf einen örtlichen und regionalen Verwaltungsvollzug unbedeutender Aufgaben reduziert worden.

1937 erfolgte die Definition der Aufgaben aller kommunalpolitischen Ämter der NSDAP. Neben der Beratung der Hoheitsträger und der Beauftragten der NSDAP und der „Partei- und Volksgenos-

sen“ in kommunalpolitischen Fragen stand vor allem die politische „Erziehung aller gemeindlich tätigen Kräfte im deutschen Volke im Geiste des Nationalsozialismus“ auf dem Programm, „damit die gesamte Gemeindepolitik sich im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung bewegt“. Zudem ging es um die „Heranbildung eines Nachwuchses wahrhaft nationalsozialistisch gesinnter und fachlich befähigter Gemeindepolitiker“ und schließlich die „Ausrichtung der gesamten fachlichen Arbeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem politischen Willen der nationalsozialistischen Führung.“ Als der zweite Weltkrieg entfesselt worden war, hieß es, jeder Beamte müsse in seiner Gemeinde als „Frontsoldat in der vordersten Linie der Verwaltung“ stehen. Die sich am Ende der Weimarer Republik schleichend vollziehende Erosion der gemeindlichen Aufgabenbereiche war in der Zeit der faschistischen Diktatur in solch einem Maße zu deren totaler Aufhebung geraten, dass 1943 sogar Fiehler beklagte, die Gemeinden seien zu „etatistischen Departementsverwaltungen“ entleert worden.

Rechte Kommunalpolitik heute

Wir können feststellen, dass die Formierung von Stützpunkten vor allem im ländlichen und kleinstädtischen Raum und die Inhaltslosigkeit in kommunalpolitischen Fragen sowie die lautstarke Nutzung wohlklingender Parolen sich im Repertoire heutiger Rechtsextremisten finden. Elementare Kontinuität und strukturelle Parallelen kennzeichnen historisch-politische Einsichten: Es ging den alten Nazis nicht um die Durchsetzung realer Interessen auf kommunaler Ebene. Hat sich daran etwas geändert? Ist die Sorge um versiegende Brunnen oder umweltbelastende Müllverbrennungsanlagen Ausdruck einer rechtsextremen Kommunalpolitik? Oder handelt es sich nicht nur um die Nutzung jener Probleme, die sich im Gefolge des von neoliberalen Politikern vehement betriebenen Sozialabbaus, der Kürzung von Mitteln für Kultur sowie einer zunehmenden Verlagerung aller Kosten auf regionale und lokale Strukturen auf tun? Auf jeden Fall muss die Gefährlichkeit rechtsextremer Bestrebungen auch für die Kommunalpolitik deutlicher als bislang benannt werden. Es gilt vor der eigenen Tür zu kehren. Es gilt, das weite Feld der Kommunalpolitik nicht missbrauchen zu lassen, es gilt, sich intensiv mit den generellen Zielen jener auseinander zu setzen, für die kommunale Anliegen nichts anderes sind als ein taktisches Mittel für schlimme strategische Zwecke.

Der rechte Rand. Nummer 105, März/April 2007, S. 19-20.

Vorwort

Zu den mit besonderem Augenmerk verfolgten Anliegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. gehörten von Anfang an universitäts- und wissenschaftsgeschichtliche Themen. Die Geschichte der Stiftung ist bislang ebenso eine der Beschäftigung mit den lebhaft diskutierten Problemen der Zeit nach 1945 gewesen, betrieben mit jenen kargen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, betrieben unter spezifischen Bedingungen außeruniversitäre Arbeit, nach wie vor weitgehend ausgegrenzt vom offiziellen Wissenschaftsbetrieb. Von den Resultaten zeugt der vorliegende Band, der eine Reihe entsprechender Tagungen beschließt und alle Beiträge enthält, die während der letzten am 12. Mai 2007 gehalten oder für sie vorbereitet worden sind.

Wir hatten uns für ein chronologisches Herangehen entschieden. Der Weg führte von Analysen der hochschulpolitischen Veränderungen in den ersten Nachkriegsjahren über solche zu dritten Hochschulform in der DDR bis hinzu Betrachtungen über Leistungen und Defizite der Jenaer Universität in den 70er und 80er Jahren; ein Weg, den jüngsten Mario Keßler im „Blättchen“ (10. Jahrgang Nr. 17, 20.08.2007) vorgestellt hat und auch in dieser Publikation einen Niederschlag findet. Zu behandeln war als letztes nun jener Einschnitt, der bereits nahezu zwei Jahrzehnte zurückliegt und damit ungefähr ein Drittel der übrig üblichen Zeit akademischen Tätigseins im Leben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern umfaßt. Für viele der Beteiligten verband sich die Wende von 1989/90 mit einer gewichtigen Lebensäsur, auch mit großen Wunden, deren Narben bis in die Gegenwart hinein brennen, vor allem angesichts auch heute noch anscheinend nicht enden wollender persönlicher Anfeindungen. Demgegenüber lag uns stets daran, kritische Auseinandersetzungen sachlich und zur Sache zu führen. Bei allen Mitgliedern unserer Stiftung überwiegt das Bemühen, konkret zu erfassen, was damals vor sich gegangen ist, was dazu geführt hat, welche Folgen zu verzeichnen sind und wie der geschichtliche Platz von „Evaluation“ und Abwicklung zu bestimmen ist.

Die Geschichte der „Wende“ ist noch nicht geschrieben, weder auf der großen noch auf jener Ebene, der wir besonders nahe stehen. In sie werden gewiß noch zahlreiche andere Aspekte einfließen, zu ihr gehören weitere Tatsachen und zu untersuchende Problemfelder. Zu ihrer Erarbeitung konkret beizutragen, stellt unser Anliegen dar. Nachdrücklich geht es aber ebenso zu verhindern, daß neuerlich Ungeliebtes wieder selektierend in den Orkus des Vergessens geschickt wird. Aus Erfahrungen aller Art betrachten wir es als wissenschaftsethische Pflicht, das gegenwärtig auf der offiziellen Homepage der Jenaer Universität so schön formulierte, in der Praxis allerdings oft mißachtete und verletzte Motto mit Leben zu erfüllen: „Denken ohne Grenzen“.

Hoffnungen. Enttäuschungen. Neue Erfahrungen. Deutsche Hochschullandschaft in der „Wende“. Das Beispiel Friedrich-Schiller-Universität. Protokollband der gleichnamigen Tagung am 12. Mai 2007 in Jena. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 5-6.

Die universitätsgeschichtlichen Bemühungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. ein Rückblick

Wer auf die universitäts- und wissenschaftsgeschichtlichen Bemühungen der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung zurück blicken will, muß sich zunächst wohl fragen, weshalb dies zu tun für richtig gehalten worden ist. Nur so wird sich auch die andere Frage beantworten lassen, die ebenfalls im Raum steht: Was ist herausgekommen? Kann das Ergebnis als ernstzunehmender Forschungsbeitrag charakterisiert werden, oder bedienten wir lediglich ein als notwendig angesehenes Bemühen um Selbstverständigung unter ehemaligen Akteuren?

Nun, auf die erste Frage läßt sich leicht antworten. Wir hatten reichlich Ursache, uns der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zuzuwenden. Da genügt allein ein Blick auf die Entstehung und unser nunmehr 15jähriges Dasein. Viele Hochschullehrer verloren mit dem Ende der DDR zwar ihr universitäres Amt, nicht aber ihr Wissenschaftsethos, nicht ihr Verantwortungsgefühl für Forschung und Lehre, nicht ihr Interesse an deren Standort in den gewendeten Verhältnissen. Sie fanden sich bald zu einzelnen Veranstaltungen und gemeinsamen Gesprächen, suchten nach neuen Erkenntnissen ihrer jeweiligen Wissenschaftsdisziplin, aber auch nach Erklärungen des eigenen Verhaltens sowie der Rolle, die Intellektuelle in der DDR gespielt haben. Kein Thema ließ sich behandeln, ohne das Augenmerk auf jene Vorgänge zu richten, die beschönigend „Reform von oben“, „Umbruch“ „Evaluation“, „Strukturplanung“ oder ganz allgemein „Transformationsprozeß“ benannt worden sind. Von einer wissenschaftlichen Aufarbeitung insbesondere der „Abwicklung“ kann, obwohl inzwischen nahezu zwei Jahrzehnte vergangen sind, noch nicht gesprochen werden.

Eine völlig vorurteilslose Antwort auf die zweite der eingangs gestellten Fragen wird letztlich wohl erst in der Zukunft und von Unbeteiligten gegeben werden, doch die heutige Gelegenheit sollte genutzt werden für den Versuch einer ersten Bilanz, die vielleicht auch Wege zeigt für weitere bildungspolitische Aufgaben der Stiftung.

Der Blick auf die Reihe unserer wissenschafts- und hochschulgeschichtlichen Tagungen gilt zunächst jener Tagung, die im November 1995 stattfand und den Titel trug „Universität im Zwiespalt von Geist und Macht“. Mit ihr boten wir gleichsam eine Leitlinie unseres Herangehens, verbunden mit einer selbstkritischen Rückschau und kritischen Schau auf aktuelle Problemfelder. Beides wurde als Voraussetzung für eine verantwortungsbewußte Erneuerung des Hochschulwesens betrachtet. In diesem Sinne wurde im Vorwort des Protokollbandes formuliert:

„Die Verantwortung von Wissenschaft und Wissenschaftlern für die menschenwürdige Zukunft der Gesellschaft ist das Problem, das mehr und mehr hinter hektischen Debatten um höhere Studentenzahlen, Stellen, Drittmittel usw. zu verschwinden droht, eine Tendenz, die jede beliebige Tagesgeschäftigkeit die eigentlich erforderliche langfristige Sicht ersetzen läßt.“¹

Erst im Jahr 2001 befaßte sich eine weitere Tagung mit universitätsgeschichtlichen Problemen, als deren Ergebnis der Protokollband „Gewalten, Gestalten, Erinnerungen“ erschien. Zuvor hatte sich die Stiftung mit Fragen zur Stadtgeschichte und zur Geschichte des Zeiss-Betriebes Fragen beschäftigt, in mancher Hinsicht auch mit sich selbst und der Umwandlung des Jenaer Forums in eine der PDS nahe stehenden Stiftung. Den Teilnehmern der Tagung ging es um generelle Probleme des hochschulpolitischen Neubeginns in der frühen DDR-Zeit sowie um das Wirken mehrerer bedeutender Gelehrter an der Jenaer Universität, unter ihnen die Philosophen Max Bense und Georg Klaus, der Chemiker Franz Hein, der Tierzuchtforscher Fritz Hofmann, der Slawist Reinhold Trautmann, der Reformpädagoge Peter Petersen.

Zwei Jahre darauf folgte die Tagungen „Alma mater und moderne Gesellschaft“, bei der die Suche nach hochschulpolitischen Reformansätzen in den 50er, 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts im Vordergrund stand, sowie die vom Mai 2006 mit dem Titel „Gemeinschaftlich bewegte Wissen-

¹ Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90, Jena 1996, S. 9.

schaft. Resultate und Erfahrungen gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in den 1970er und 1980er Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“.

Insgesamt sind von unserer Stiftung rund 60 Artikel zu wissenschafts- und hochschulgeschichtlichen Problemen veröffentlicht worden. Über die einzelnen Protokollbände hinaus publizierten dazu Mitglieder unserer Stiftung auch in anderen Veröffentlichungen. Ich nenne hier den Band „Erinnerung an die Zukunft“², ferner das dem 10. Todestag von Wolfgang Schumann gewidmete Heft „Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg“³ oder auch die Publikation „Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“.⁴ Etwa 40 Autoren meldeten sich zu Wort, darunter 11, die nicht als „Jenaer“ zu benennen sind, und zwei Angehörige der Nachwende-Universität.⁵ Mehrere Publikationen, an die hier ebenfalls zu erinnern ist, widmeten sich dem Gedenken an Gerhard Riege.⁶

Diese quantitativen Angaben bedürfen mancher Erklärung. Dazu gehört die Tatsache, daß fast ausschließlich „Abgewickelte“ sich zu Wort gemeldet haben, darunter mit Ludwig Elm eigentlich nur einer, der zuvor bereits einmal das universitätsgeschichtliche Feld beackert hatte. Ein wünschenswerter und von uns angestrebter umfassender Dialog mit Kollegen, die gegenwärtig an der Universität zur Universitätsgeschichte arbeiten, ist nur in geringem Maße zustande gekommen. Wir verweigerten uns nicht einmal jener Historiker-Gruppe, welche lediglich Materialien abverlangte, an den von uns gewünschten Gesprächen nicht interessiert war und hinter dem Schlagwort von den zwei Diktaturen historische Realität mehr verbergen denn erhellen. Zu jenen oftmals recht denunziatorischen Bemühungen, die DDR-Geschichte allein als vom MIS gelenkt darzustellen, wollten wir jedoch keine Hand reichen.

Was läßt sich zu den Merkmalen unserer Bemühungen sagen, die Inhaltliches und die Qualitatives betreffen?

Erstens: In der Regel wurde aus Erinnerungen heraus geschrieben. Es dominierte das Berichten Betroffener, das in aller Regel zugleich von angestrenzter Suche nach wissenschaftlicher Verarbeitung des Erlebten zeugt. Mehr und mehr wurde zu einem sachlichen Stil gefunden, fern bloßer Agitation oder plumper Anschuldigungen, worin auch zum Ausdruck kam, daß mit der Zeit erlittene Wunden vernarben, ohne allerdings diese vergessen machen zu wollen.

² Erinnerung an die Zukunft. Jenas Aufbruch in die Moderne. Anspruch und Scheitern eines komplexen Reformversuchs am Ende des NOS, Jena 2001. Siehe darin die Beiträge von Gertraude Buck-Bechler, Michael Wegner, Horst Hölzel und Werner Riebel.

³ Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg. Biographische und historische Beobachtungen. Beiträge einer Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. (jetzt: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.) und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Siehe darin insbesondere die Beiträge von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker.

⁴ Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Jena 2001. Siehe darin insbesondere die Beiträge von Ludwig Elm, Claus Remer und Manfred Weißbecker.

⁵ Zu den Autoren gehören:

Buck-Bechler, Gertraude (1)	Höwing, Wolfgang (1)	Schirmer, Gregor (1)
Bollinger, Stefan (1)	Hoffmann, Gunther (1)	Schreiber, Gerhard (2)
Bultmann, Torsten (1)	Keller, Andreas (1)	Schreiner, Katharina (1)
Burrichter, Clemens (1)	Kiel, Siegfried (1)	Sonntag, Heinz (1)
Dwars, Jens-Fietje (3)	König, Helmut (1)	Schulz, Eberhart (1)
Eckardt, Michael (1)	Malycha, Andreas (1)	Schwark, Hans-Joachim (1)
Elm, Ludwig (5)	Meinl, Kurt (1)	Steinbach, Matthias (1)
Eschke, Hans-Günter (1)	Metzler, Helmut (3)	Thiel, Rainer (1)
Feltz, Adalbert (1)	Mitzenheim, Paul (3)	Tomberg, Friedrich (1)
Fritsch, Werner (1)	Pätzold, Kurt (3)	Weber, Gerhard (2)
Haney, Gerhard (2)	Prokop, Siegfried (2)	Wegner, Michael (4)
Heider, Paul (1)	Remer, Claus (1)	Weißbecker, Manfred (5)
Hölzel, Horst (1)	Riebel, Werner (2)	Wörfel, Erhard (1)

⁶ Siehe Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Erinnerungen an Gerhard Riege. Gedächtnisschrift (= Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft, Jena 1995; Politik – Recht – Persönlichkeit. Protokoll eines Kolloquiums aus Anlaß des zehnten Todestages von Gerhard Riege (1930-1992), Jena 2002.

Einem großen Teil des Geschriebenen läßt sich die fehlende Möglichkeit zu eigenständiger Quellenarbeit – dank welcher restriktiven Begrenztheit auch immer – anmerken. Wie bedauerlich dies ist, zeigt wohl deutlich jene außerordentlich informative, weil unmittelbar aus zugängigen Akten des Universitätsarchivs geschriebene Dokumentation von Helmut Metzler über die in Jena während der 80er Jahre betriebene Friedensforschung. Indessen wird gerade an diesem Beispiel deutlich, daß Themen, die wir verfolgten, oftmals solche waren bzw. sind, zu denen zu forschen sich die Universität nicht imstande oder sogar desinteressiert zeigte. Uns kann also – zumindest und über unsere grundsätzliche Kritik an der These von „der totalen Deformation der DDR-Hochschullandschaft“⁷ hinaus – eine gewisse ergänzende Funktion für die offiziell betriebene und bis 1989 reichende Universitätsgeschichte nicht abgesprochen werden.

Vor allem fehlte uns – besonders für das Thema der heutigen Tagung – die empirische Basis, um alle Erscheinungsformen der „Abwicklung“, ebenso die in den 120 Fällen von Klagen gegen sie zum großen Teil gerichtsnotorisch bekundeten Verletzungen des Rechts, ferner die darin demonstrierte Machtarroganz sowie die Ergebnisse vollständig zu erfassen und darzustellen. Nur so wäre es beispielsweise möglich, jene Zahlen zu prüfen, die offiziell vorgelegt und veröffentlicht worden sind.⁸ Das hinderte unsere Stiftung jedoch nicht daran, Ziele und Methoden sowie die politisch-gesellschaftliche Funktion des Elitenwechsels zu fixieren, aber auch eine ganze Reihe jener Fakto-

⁷ Ploenus, Michael: Innerer Aufbruch und Reform. Die Wende an der Universität Jena 1988-1991. In: die hochschule, H. 1/2002, S. 147. Dieser Artikel ist weitgehend identisch mit der Einleitung zu Gottwald, Herbert/Ploenus, Michael (Hrsg.): Aufbruch – Umbruch – Neubeginn. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988 bis 1991. Unter Mitarbeit von Katja Rauchfuss, Rudolstadt 2002, S. 9-0. Allerdings wird dort nicht von „der“ totalen Deformation gesprochen, sondern von „den“ totalen Deformationen der DDR-Hochschullandschaft. Eine Erklärung für den Übergang vom Plural in den Singular wird nicht gegeben.

⁸ Unter den 274 Dokumenten, die Gottwald und Ploenus veröffentlichten (siehe Anm. 7), befinden sich nur zwei, die konkrete Angaben zum Umfang der „Abwicklung“ enthalten. Diese sind auszugsweise einem Bericht des aus Gießen stammenden Kanzlers der FSU Jena, Dr. Klaus Kübel, zur „Erneuerungsarbeit der Universität“ vom 27.11.1992 entnommen. Auf S. 294 des Bandes sind folgende, hier vollständig zitierte Angaben zu finden:

„Die Hochschullehrer der Sektion Marxismus-Leninismus – 27 – wurden auf der Grundlage von Voten der Universität noch im Sommer 1990 fast vollständig entlassen.

Im Dezember 1990 übernahm Minister Fickel im Konsens mit dem Senat der Universität die politische Verantwortung für die Abwicklung von 6 ideologisch belasteten Einheiten, u.a. der Juristischen Sektion. Betroffen waren knapp 400 Mitarbeiter. Von den 65 Hochschullehrern, die in den abgewickelten Bereichen tätig waren, werden nach sorgfältiger Überprüfung sieben (also 10,8%, M. W.) auch künftig in gleicher Funktion tätig sein; einer von ihnen soll gleich die Urkunde durch den Herrn Minister erhalten.

Ferner sind von 210 von der Abwicklung betroffenen wissenschaftlichen Mitarbeitern noch etwa 45 (also 21,4%, M. W.) mit befristeten Verträgen tätig. 120 Mitarbeiter klagten bei Gericht. Bis auf 5 noch anhängige Prozesse wurden durch die Universität alle Verfahren durch Vergleiche im Sinne der Abwicklungsentscheidung beendet.

Wegen Tätigkeit für das MfS haben in den letzten zwei Jahren mindestens 100 Mitarbeiter die Universität verlassen, 26 aus eigenem Antrieb, 68 aufgrund entsprechender Gespräche der Universitätsleitung, nur 6 durch Kündigung. Hätte die Universität abgewartet, bis offizielle Auskünfte der Gauckbehörde vorlagen, wären von den Problemfällen weniger als 10 Fälle geklärt.

Als letzten Abschnitt nenne ich die vom Rektor und Senat aus eigener Kraft unter starkem persönlichen Einsatz von Prorektor Wechsung eingeleitete, vom Ministerium auf gesicherte gesetzliche Grundlage gestellte persönliche und fachliche Überprüfung aller Wissenschaftler. Als Hochschullehrer wurde nur bestätigt, wer von einer mehrheitlich mit angesehenen westlichen Fachvertretern besetzten Fachkommission als fachlich geeignet bestätigt wurde. Der Senat war bei seinen anschließenden Voten in Grenzfällen eher härter, lehnte insbesondere einen ‚Ost-Rabatt‘ ab.

Bei der Prüfung der persönlichen Eignung gab die Personalkommission in 45 Fällen eine negative Empfehlung ab. Leider (!, M. W.) eröffnete das Ministerium der Universität nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten, so daß bislang nur etwa der Hälfte der Empfehlungen Rechnung getragen ist.

Bilanz von Abwicklung, fachlicher und persönlicher Überprüfung sowie altersbedingten Ausscheiden. Von den ca. 200 C4 und 160 C3 Professoren-Stellen werden je 65 Stellen intern besetzt (also 32,5% bzw. 40,6%, M. W.); davon werden zehn repräsentativ für die gesamte Universität heute vom Herrn Minister ihre Ernennungsurkunde erhalten.

Besonders bemerkenswert sind die Zahlen im Gesamtbereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Läßt man die Theologische Fakultät unberücksichtigt, sind im nächsten Semester nur sechs von über 80 C4-Stellen (also 7,5%, M. W.) durch bislang schon an der Universität tätige Wissenschaftler besetzt, davon drei durch Persönlichkeiten, denen zuvor der Aufstieg versagt worden war; 90 % aller C4-Stellen dieses Bereiches waren oder sind neu zu besetzen.“

ren zu erhellen, die diesen begünstigten. Unser Blick galt und gilt auch der Tatsache, daß es – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – weder unter den Abgewickelten noch unter den Wissenschaftlern der alten Bundesländer zu energischen Protesten gegen solcherart Umgang mit der akademischen Elite eines Landes gekommen ist.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß in den jüngsten und recht lautstark geführten Debatten um die Verantwortung der Eliten in Deutschland nicht nur die so genannten ostdeutschen Eliten der Apathie und Unfähigkeit geziehen werden, sondern dies auf die Verhältnisse in der DDR zurückgeführt wird. Von der 1990 eingeleiteten „Abwicklung“ und dem Elitentransfer⁹ wird dabei wenig geredet, und das schon gar nicht hinsichtlich der Qualität jener, die neue Positionen besetzten.¹⁰ Der jüngst von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Sammelband „Eliten in Deutschland“ behandelt zwar in zwei der 18 Beiträge das Versagen gesellschaftlicher Eliten in der Weimarer Republik sowie das Thema „Elitenabbruch, Elitenwechsel und Elitenkontinuität nach 1945“, doch auch hier sucht man vergeblich nach Ausführungen über die Behandlung der DDR-Eliten.¹¹ Herfried Münkler spricht von einem Versagen der Eliten in Deutschland lediglich für die Zeit des Ersten Weltkrieges sowie für die Jahre 1930 bis 1933. Daß er nichts zu den 12 Jahren bis 1945 sagt, soll hier nicht sonderlich betont werden, wohl aber muß seine ergänzende Aussage zitiert werden, wonach sich der Zusammenbruch der DDR „auch als Endpunkt eines lange währenden Eliteversagens beschreiben“ lasse.¹²

Nebenbei: Man darf gespannt sein, zu welchen Ergebnissen Herausgeber und Autoren der beiden angekündigten umfangreichen Studienbände zur Geschichte der FSU Jena zwischen 1945 und 2000 gelangt sind.¹³ Eines wird sich gewiß feststellen lassen: Deren Fehlstellen betreffen oftmals jene Gebiete, zu denen wir uns geäußert haben. Für Diskussionen darüber sowie über die Ursachen stehen wir gern zur Verfügung.

Als ein zweites Merkmal unserer Arbeiten möchte ich die strikte Einbettung in historische Zusammenhänge hervorheben, gleich ob dies längsschnitt- oder querschnittartig erfolgte. Bemüht um eine mehr oder weniger umfassende Komplexität wurde Widersprüchliches nicht ausgeklammert, in dieser Methode durchaus den erlernten, wohl auch verinnerlichten historisch-materialistischen Kriterien folgend. Da verstand sich von selbst, beispielsweise die gewiß nicht zu den Ruhmestaten der DDR-Hochschul- und Wissenschaftspolitik gehörende Dritte Hochschulreform nicht vordergründig als Ausfluß sozialistischen Diktatur-Gehabes der DDR-Oberen zu deuten, sondern neben den wissenschaftsexternen Faktoren auch die zweifellos vorhandenen grenz- und systemüberschreitenden wissenschaftsinternen Triebkräfte zu beleuchten. Es berührte uns in diesem Zusammenhang – vorsichtig formuliert – schon als etwas eigenartig, wenn im Interesse alleiniger Delegitimierung der DDR vergleichbare internationale Erscheinungen wissenschaftlich-technischer und bildungspolitischer Veränderungen in der BRD, in Europa und in der Welt übersehen werden.

Drittens galt unsere Aufmerksamkeit dem Problem, daß sich das „Abwickeln“ in hohem Maße auf die geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen konzentriert hat. Was wir dazu analysieren

⁹ Diesen Begriff verwendet Peer Pasternack: Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Köln u. a. 2004.

¹⁰ Dies trifft nicht zu auf Hinck, Gunnar: Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt, Berlin 2007. Sein Fazit: „Qualität und Eignung waren in den Jahren nach 1990 in der Summe nicht die dominanten Kriterien bei der Besetzung der vielen neuen Stellen. Es waren häufig die im Westen Gescheiterten, die ideologisch heimatlos Gewordenen, auch die Glücksritter oder schlicht die durchschnittlichen Begabungen, denen unverhoffte Möglichkeiten zufließen.“ Zit. nach Roesler, Jörg: Die unterrepräsentierten Deutschen, in: Neues Deutschland, 19.04.2007, S. 13.

¹¹ Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung, Bonn 2006. Die erwähnten Artikel stammen von Michael Kissener (S. 189-202) und Horst Dähn (S. 203-217).

¹² Münkler, Herfried: Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten, in: Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt/Main und New York 2006.

¹³ Siehe Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), 2 Bde., Köln/Weimar/Wien 2007.

konnten, steht in völligem Gegensatz zu dem die „Abwicklung“ rechtfertigenden Diktum, es habe in diesen Bereichen keine Leistungen, keine Qualität, nur Ergebnisse „politisch-ideologischer Indoktrination“ gegeben. Natürlich bleibt zu beklagen, daß viele der sich marxistischer Theorie verpflichtet fühlenden Gesellschaftswissenschaftler nicht den Realitäten ins Auge schauten, diese ausklammerten und in eine Art Gläubigkeit zu den proklamierten Gesetzmäßigkeiten der Geschichte verfallen sind, doch lassen sich deswegen ihre Leistungen z. B. in der Erhellung von Gebrechen kapitalistischer Verhältnisse noch lange nicht verurteilen, ebenso nicht jene, die zur Erhellung des „Geheimnisses“ erbracht wurden, in denen Kriege entstehen konnten und Massenverbrechen ermöglicht wurden, oder jene zu den demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte.¹⁴

Viertens läßt sich sagen, daß Schwächen und Fehler realsozialistischer Hochschul- und Wissenschaftspolitik weder verschwiegen worden noch unberücksichtigt geblieben sind. Widersprüchliches, das sich nun einmal aus dem komplizierten Beziehungsgeflecht von Wissenschaft und Politik ergibt, gehörte nun einmal zum Alltag des Wissenschaftsbetriebes. Unser Bemühen galt auch nicht einem moralisierenden Prinzip des „Verrechnen-Wollens“ negativer Erscheinungen mit den Positiva. Wissenschaftlichkeit gebietet, beides zu benennen und nicht das eine zu Gunsten des anderen zu verdrängen.¹⁵ Sollte der Eindruck entstanden sein, wir hätten früher erbrachte Leistungen zu stark akzentuiert, so wäre das vielleicht sogar verständlich, da diese zu benennen anderen schlicht nicht einfallen wollte. Unsere Tagungen richteten sich gegen eine in Mode gekommene Betrachtungsweise, welche die Jenaer Universität in der DDR lediglich als von außen gelenkt, „deformiert“ und wissenschaftlich belanglos erscheinen läßt.

Man sollte meinen, es hätten sich mittlerweile andere Einsichten zeigen können, auch hoffen können, daß das bevorstehende Jubiläum auch im Bestreben um gerechtere Urteile vorbereitet wird. Weit gefehlt wohl, wenn man auf der offiziellen Homepage der FSU in einer längeren Darstellung ihrer 450jährigen Geschichte die viereinhalb Jahrzehnte Zeitspanne mit folgenden Sätzen bedacht sieht:

„Nach einer kurzen Reorganisationsphase nach 1945 geriet die Alma Mater ein zweites Mal in den Strudel politischer Ideologie und sollte sich – spätestens seit Ende der 50er Jahre – nun zu einer ‚sozialistischen Hochschule‘ entwickeln. Als sichtbarstes Zeichen wurde 1967-72 – ursprünglich für den VEB Carl Zeiss – nach Plänen des DDR-Stararchitekten Herbert Henselmann ein Forschungshochhaus errichtet, in das viele Uni-Wissenschaftler einziehen mußten; erst 1996 konnte die Universität ihn wieder verlassen. Mit 127 m Höhe überragt der Turm als markantes Signal sozialistischer Herrschaftsarchitektur die Saalestadt. Dennoch: In seinem Schatten entstand auch eine Atmosphäre subversiven Widerstands, Jena galt in der DDR als Dissidenten-Hochburg.“¹⁶

Über dieser Homepage steht übrigens als Motto: „Denken ohne Grenzen“. Weshalb wird indessen das Jenaer Marx-Denkmal immer noch in einer Dunkelkammer „entsorgt“?¹⁷ Weshalb wird verstorbenen Ehrendoktoren keine Würdigung zuteil, wenn diese ihre Auszeichnung vor 1990 erfahren haben? Wer fragt eigentlich heute noch, was aus den Demokratisierungsbemühungen geworden ist, die es zweifellos sowohl bei ostdeutschen als auch bei westdeutschen Hochschullehrern gegeben hat? Was wurde aus der Parole „Mut statt Wut“ oder der berechtigten Forderung nach Wahrheit als einem ausschlaggebenden Kriterium von Politik und Ideologie?

¹⁴ Siehe dazu insbesondere unsere jüngste Publikation „Gemeinschaftlich bewegte Wissenschaft. Resultate und Erfahrungen gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in den 1970er und 1980er Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“, Jena 2007.

¹⁵ In der ersten größeren und heute noch oft zitierten Untersuchung zu den Vorgängen von 1989/90 wurde der „Abwicklung“ keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet. Siehe Heydemann, Günther/Mai, Gunther und Müller, Werner (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999.

¹⁶ Monika Paschwitz: www.friedrich-schiller-universität-jena.de (letzte Änderung: am 30.01.2007)

¹⁷ Parallele Vorgänge zeigen sich in Leipzig, wo das 1974 der Öffentlichkeit übergebene Relief „Aufbruch“ vom Haupteingang der Universität entfernt worden ist. Siehe dazu das Redaktionsgespräch mit den Schöpfern Klaus Schwabe, Frank Ruddigkeit und Rolf Kuhrt unter dem Titel „Zum Freiheitsbegriff in Widerspruch“, in: Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie, Menschenrechte und Kultur, H. 1/2007, S. 31-36.

Nun, daß dem so ist, wie es ist, kann erklärt werden, selbstverständlich, doch keinesfalls zu begründen ist die Tatsache, daß da ein riesiges Loch klafft zwischen praktizierter Ausgrenzung historisch-materialistischen Denkens und dem lauthals verkündetem Anspruch, Wissenschaft „in Freiheit“ zu betreiben, pluralistisch zu sein usw. Sicher werden noch viele Jahre, hoffentlich nicht Jahrzehnte vergehen, bevor mit einer vorurteilsfreien, sachlichen und gerechten Behandlung unsere Fragestellungen zu rechnen ist. Es mag heute politisch nützlich sein, das Erinnern an Schwierigkeiten und Leistungen zu ignorieren, da mag man Wissenschaftlichkeit dadurch ausweisen wollen, in Fußnoten zu bringen, was nicht übersehen werden kann, doch eine Zukunft kann solchen Grundsätzen selektiven Vorgehens nicht bescheinigt werden.

Universitätsgeschichtliche Themen erweisen sich – dies könnte hier als *fünfter* Punkt benannt werden – als außerordentlich aktuell. Ohne eine Sicht auf sie werden gegenwärtige und erst recht nicht die sich abzeichnenden kommenden Probleme lösen lassen. Wissenschafts- und hochschulpolitischer Stoff wird daher unserer Stiftung nicht ausgehen. Obgleich es sehr schade wäre, ginge das unersetzbare persönliche Wissen verloren, wird sich dennoch unser Bemühen wandeln müssen. Anzustreben wären vor allem Beiträge zu einer Wiederverankerung kritischer Wissenschaft in der Gesellschaft. Manche Linke sprechen eher von „Oppositionswissenschaft“¹⁸, doch wie man das Anliegen auch begrifflich fassen will, es geht um Begrenzung und Verhinderung eines totalen Umbaus der Hochschulen im Sinne neoliberaler Politik, für die Lehre und Forschung sich ausschließlich an den Interessen des Kapitals zu orientieren haben soll, für die Bildung nur unter kommerziellen Aspekten zu betreiben ist, für die Wissenschaftsautonomie zum Fremdwort gerät.

Jede Fortführung unserer Bemühungen – wie auch immer das konkret aussehen kann – betrachte ich auch als eine notwendige Grundlage künftiger linker politischer Bildungsarbeit. Bildungs- und wissenschaftspolitische Probleme stehen in zunehmender Zahl auf der Tagesordnung. Überall wird lebhaft diskutiert, was aus den Universitäten werden soll, bzw. was aus ihnen wird, sollten allein jene Kriterien gelten, wonach der ökonomische Gewinn an oberster Stelle steht. Da ist von großer Sorge erfüllt die Rede von einer „Optimierungsmaschinerie“ von einer „Drittmittelfabrik“ oder von einer „Anstalt zur Elitenreproduktion“. Die Diskrepanz zwischen dem Wert von Bildung einerseits und der gesellschaftlichen Anerkennung, derer die Bildungsarbeit leisten, ist nicht zu übersehen.

Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte die konservative Zeitung „Die Welt“ einen Leitartikel, in dem es hieß:

„Was würde denn passieren, wenn ein Dutzend Hochschulen von heute auf morgen schließen würden? Dann würde die Arbeitslosigkeit unter den akademisch vorgebildeten Berufen in der betroffenen Region um ein paar Prozentpunkte steigen; sonst aber nicht sehr viel. Die Universität ist ein Dienstleistungsunternehmen wie alle anderen geworden, ebenso nötig (oder entbehrlich) wie eine Autobahnmeisterei.“ Und das Bild vom Wissenschaftler wird da so formuliert. „Gefordert und gefördert wird der Spezialist, der nicht nach rechts und nicht nach links schaut und stolz darauf ist, seine Bohrungen auf immer engerem Raum immer tiefer voranzutreiben. Wer das tut, der ist exzellent und gehört zur neuesten Elite.“¹⁹

Um eine solche Wissenschafts- und Hochschulpolitik durchsetzen zu können, wird es auch weiterhin des Mißbrauchs der Geschichte bedürfen, ebenso unwahrer Darstellungen zum Thema „Abwicklung“ der DDR-Eliten. Also auch zu unseren Arbeiten. Denn mit dem Blick auf den zu erwartenden Umgang mit akademischen Eliten scheinen Tendenzen einer sich historisierend gebenden Beschönigung um sich zu greifen. Da verkündete der „Der Spiegel“ zu Beginn dieses Jahres sogar „Die Rückkehr der Abgewickelten“²⁰, so wie auch Dieter Simon schon 1995 behauptet hatte, die Besitzstände der Seilschaften seien „unangetastet“.²¹ Es war also doch nicht so schlimm, soll wohl geschlußfolgert werden. Mitunter wird nicht mehr jene Siegesfreude gezeigt, die beispielsweise 1995

¹⁸ Siehe z. B. Heigl, Rudolf: Oppositionswissenschaft, in: Forum Wissenschaft, H. 3/2006, S. 59 ff.

¹⁹ Adam, Konrad: Wunsch nach Unterscheidung. Exzellentinitiative für Hochschulen, in: Die Welt, 13.01.2007, S. 8.

²⁰ Wassermann, Andreas: Die Rückkehr der Abgewickelten, in: Der Spiegel, 15.01.2007, S. 40 ff.

²¹ Zit. nach Reumann, Kurt: Nur akademischer Schmus? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1995, S. 1.

in der Universitätszeitung „Alma mater Jenensis“²² zum Thema „Abwicklung“ geboten worden ist, dennoch bleibt unakzeptabel, wenn der jüngste Ehrendoktor der Jenaer Universität weiszumachen versucht, man – das sagt ausgerechnet er! – habe sich bemüht, „die Situation der Betroffenen nachzuempfinden“, ja man liest bei ihm sogar, es sei „auch oftmals zu Härten“ gekommen. Nun, interessanter als das heuchlerische Bedauern nach dem Motto, wo gehobelt wird, da fallen nun einmal Späne, ist das Verschieben der Akzente von der politischen Ebene auf eine, die angeblich von qualitativen Kriterien getragen gewesen sei. Abgewickelt habe werden müssen, so Herr Dr. h.c. Kübel, weil „andere Leistungsmaßstäbe für eine dauerhafte Tätigkeit anzulegen waren als zuvor“, so als sei es bei denen, die nicht unter das MIS-Verdikt fielen, vornehmlich um die Qualität ihrer Lehre und Forschung gegangen.²³ Noch einfacher hatte es sich Wolf Rosenbaum, der Gründungsbeauftragte für den sozialwissenschaftlichen Bereich der Jenaer Universität gemacht, als er angab, 80 Hochschullehrer seien „aus Altersgründen ausgeschieden [...] ein erheblicher Teil ging freiwillig oder unter sanftem Druck der Hochschulleitung vorzeitig in den Ruhestand.“²⁴ Da stimmt kein Wort – weder „freiwillig“ noch „sanft“ oder „Ruhestand“. Es war übrigens kein von der „Abwicklung“ Betroffener, sondern eine überregionale großbürgerliche Zeitung, welche für die tatsächlich verwendeten Methoden folgenden Vergleich gebrauchte:

*Seit Ende September sind solche Evaluierungsgruppen, zusammengesetzt aus Wissenschaftlern und Bürokraten des Bonner Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, unterwegs in den Akademieinstituten. Und dabei hinterlassen sie vielerorts eine Schreckensspur wie weiland die Abgesandten der Heiligen Inquisition auf der Hexenjagd.*²⁵

Unkonkret und blicklos gegenüber menschlichen Schicksalen bleibt der 2002 in der Zeitschrift „die hochschule“ erschienene Aufsatz von Michael Ploenus, der von einem „notwendigen Aderlaß“ spricht und bezweifelt, daß in erster Linie politische Absichten die Abwicklung dominiert haben.²⁶ Zahlreiche Publikationen loben das Ergebnis, ziehen eine rein positive Bilanz der „Wende“, rechtfertigen so das Geschehen. Kritisch wird auf den Wissenschafts- und Hochschulbetrieb in der DDR geschaut, von einer Anwendung der dazu genutzten Kritik-Kriterien auf die Zeit danach ist weniger zu spüren. In der Lobhudelei auf das nach 1990 Geleistete gleicht indessen gar manches jener in der DDR verwendeten großspurigen Floskel, der zufolge dieser Staat das Ergebnis und der Höhepunkt der deutschen Geschichte gewesen sei ...

Da versteht man wohl auch, weshalb die Autoren aus den Reihen der neuen „Sieger der Geschichte“ bislang noch keine alle quantitativen und qualitativen Merkmale berücksichtigende Bilanz der „Abwicklung“ vorgelegt haben oder in zusammenfassenden Darstellungen von Elitenwandel nicht berücksichtigen.²⁷ Eher haben sich Betroffene und „linke“ Wissenschaftler darum bemüht. Zu nennen wären hier die Arbeiten von Peer Pasternack²⁸, Charles Melis²⁹, Horst van der Meer³⁰, Arno Hecht³¹ u. a. m. Die Analyse des Umgangs mit den DDR-Historikern, wie sie Werner Röhr erarbeitet, harrt einer Ergänzung aus anderen Wissenschaftsdisziplinen.

²² Alma mater Jenensis. Universitätszeitung. Sonderausgabe „Wende“, 8.11.1994.

²³ Kübel, Klaus: Qualität, Qualität, Qualität. Abschiedsrede vom 22. Februar (2007), in: Uni-Journal Jena, Nr. 1, Sommersemester 2007, S. 32 f.

²⁴ Rosenbaum, Wolf: Die Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität, in: Mayntz, Renate (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/Main und New York 1994, S. 61-82.

²⁵ Die Zeit, 14.12.1990. Zit. nach Pasternack, Peer: Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa. Köln u. a. 2004.

²⁶ Ploenus, Innerer Aufbruch und Reform, a. a. O.

²⁷ Siehe z. B. Münkler/Straßenberger/Bohlender (Hrsg.), Deutschlands Eliten, a. a. O.

²⁸ Pasternack, Die wissenschaftliche Elite der DDR, a. a. O., S. 121-148.

²⁹ Melis, Charles: Was ist von dem DDR-Forschungspotential übrig geblieben? In: Schramm, Hilde (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Im Auftrag der GEW, Berlin 1963, S. 357 ff.

³⁰ van der Meer, Horst: Ende einer Wissenschafts- und Kulturlandschaft Europas? In: Behrend, Hanna (Hrsg.): Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Köln 1996, S. 223-256.

³¹ Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? Leipzig 2003.

Es fehlt auch an anderem: So wurden Vergleiche zu den Ergebnissen anderer hochschulgeschichtlicher Wendepunkte nur in geringem Maße angestellt. Jene zu Entlassungen von nationalsozialistischen Hochschullehrern in der SBZ dienten eher einer die Umkehrung bemühenden Rechtfertigung, solche für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erübrigen sich mangels nicht vollzogener Veränderungen.

Zur Vertreibung von Hochschullehrern nach 1933 – im Zusammenhang mit unserem Thema wohl aus Gründen einer *political correctness* vermieden – wurde eine gründliche Analyse erst jüngst in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ vorgenommen. Diese ergab, daß – bezogen auf den Stand von Ende 1932 – zwischen 1933 und 1945 knapp 20% aller Professoren, Privatdozenten und Lehrbeauftragte verjagt worden sind, also wesentlich weniger als in der Literatur bisher angegeben. Rassistische Gründe überwogen dabei: 71,6% der Betroffenen waren Juden, weitere 8,8%, weil sie einen nicht-arischen Ehepartner hatten. Betroffen waren alle Wissenschaftsbereiche. Zu beklagen, so wird in dieser aufschlußreichen Studie erklärt, seien drei Folgen: *erstens* der Verlust an wissenschaftlicher Substanz, der billigend in Kauf genommen worden ist, *zweitens* eine Umwälzung des wissenschaftlichen Arbeitsmarktes und *drittens* eine Stärkung des wissenschaftlichen Potentials von „Deutschlands künftigen Kriegsgegnern“. ³²

Diese hier nicht weiter zu wertenden Angaben zu Tatsachen, Ursachen und Folgen faschistischer Entscheidungen lassen – fern von jedem Versuch irgendeiner Gleichsetzung – dennoch einige wissenschaftsimmanente Kriterien erkennen, die generell zu Anliegen und Methodik universitätsgeschichtlicher Forschung gehören dürften. In diesem Zusammenhang wäre also hier zu fragen, ob und inwieweit die Vorgänge der Jahre 1989/90 in ähnlicher Weise untersucht worden sind, welche Gesamtbilanz zu ziehen wäre, welche Bereiche vor allem „bereinigt“ worden sind, wie statt rassistischer nun eindeutig politische Motive umgesetzt worden sind, wie statt „undeutscher“ Wissenschaft marxistische Theorie ausgegrenzt worden ist.

Abschließend: Es mag vermessen sein zu fragen, ob sich im ausgrenzenden Umgang mit den „abgewickelten“ DDR-Wissenschaftlern irgendwann einmal etwas ändern wird. An Hoffnung weckenden Stimmen fehlt es nicht, doch es sind wenige, die noch dazu im anhaltenden Gefecht konservativer Hochschul- und Wissenschaftspolitiker gegen uns verhalten. Dennoch will ich auf bedenkenswerte Einsichten verweisen. Zehn Jahre danach äußerte sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, auch zu seiner eigenen Rolle:

„Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlußerklärung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied [...] einen Wunsch frei haben dürfte, dann den, daß wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden. [...] Raffen wir uns auf hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches tun [...] Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen versuchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.“ ³³

Nun ja, das ist trefflich formuliert. Ob aber solch ehrenwertes Wort vielleicht im nächsten Jahr auch an der sich feiernden Jenaer Universität fallen wird? Wir würden es nicht überhören ...

Hoffnungen. Enttäuschungen. Neue Erfahrungen. Deutsche Hochschullandschaft in der „Wende“. Das Beispiel Friedrich-Schiller-Universität. Protokollband der gleichnamigen Tagung am 12. Mai 2007 in Jena. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 271-284.

³² Grüttner, Michael/Kinas, Sven: Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 1/2007, S. 123-186.

³³ Zit. nach Pasternack, Die wissenschaftliche Elite der DDR, a. a. O., S. 137.

Europa-Faschismus

Zu den neuen Erscheinungen im Rechtsextremismus gehört, daß er nach internationaler Verflechtung sucht und eine ihm gemäße Europa-Ideologie auszuprägen beginnt. Doch schon die Geschichte des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennt Versuche einer Internationalisierung, sowohl gescheiterte als auch – zumindest zeitweilig – erfolgreiche.

Die faschistischen Strömungen in den einzelnen europäischen Ländern bezogen sich damals aufeinander, sie ahmten das italienische oder das deutsche Beispiel nach und hatten Wechselbeziehungen untereinander. Darüber hinaus gab es Bemühungen um ein direktes Zusammenwirken. So veranstalteten am 16. und 17. Dezember 1934 in Montreux am Genfer See kleinere Gruppen aus Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern eine Tagung unter dem Titel „Universeller Faschismus“. Sie priesen vor allem Mussolini, sandten aber nicht nur an diesen, sondern auch an Hitler sogenannte Solidaritätsadressen. Sie erstrebten in erster Linie deren Unterstützung für eine Stärkung der eigenen Position in den Auseinandersetzungen, die sie gegen konkurrierende Faschisten-Organisationen im eigenen Land führten. Zudem ging es offensichtlich auch darum, den Streit zwischen den beiden faschistischen Regimes um den jeweiligen Einfluß auf Österreich zu überwinden.

Montreux zeigte, daß es Anfänge einer internationalen Kooperation des Faschismus gab. Worin bestanden Gemeinsamkeiten, worin Gegensätze?

Gemeinsamkeiten lagen im Mythos von Nation und Rasse, im Kult von Aktion, Gewalt und Terror, in der entschiedenen Gegnerschaft zum Marxismus, zu Demokratie und Parlamentarismus und in der Idealisierung diktatorischer Herrschaftsausübung von „Führern“. Gemeinsam war allen Faschisten das Streben nach einer ethnisch reinen Volksgemeinschaft, die selbstverständlich alle Bevölkerungsteile anderer ethnischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit ausgrenzt, gemeinsam auch das Drängen, die staatliche Macht für eine neue Elite – man könnte auch sagen: für eine neue politische Klasse – zu erringen, an die Stelle bürgerlicher Honoratioren die Welt- und Bürgerkriegserfahrenen zu setzen, die Jungen an die der Alten.

Über diese ideologischen Gemeinsamkeiten hinaus hatten die meisten faschistischen Bewegungen ein geopolitisch-annexionistisches Vorhaben auf ihr Banner geschrieben. Aus Deutschland wissen wir um den Traum von einem Großdeutschen beziehungsweise Großgermanischen Reich, aus Italien vom Wahn, das alte Römische Reich um das *mare nostrum* herum wiederherzustellen, aus den Niederlanden vom Wunsch nach einem Großniederländischen Kolonialreich, aus anderen Ländern von Forderungen nach einem Großungarn, Großrumänien, Großfinnland und so weiter; für Grenzverschiebungen nahmen sie Kriege nicht nur in Kauf, sie bereiteten sie direkt vor oder unterstützten andere Kriegführende.

Gemeinsam war ihnen auch die Betonung sozialpolitischer Forderungen. Ihre Ergebnisse sollten begrenzt nur der eigenen Volksgruppe zugute kommen, die Lasten anderen aufgebürdet werden – gemäß der inneren Logik eines sogenannten völkischen Antikapitalismus. Damit konnte ein Einbruch in Arbeiterkreise gelingen, weniger in die Reihen der organisierten Arbeiterbewegung, die damals – und das wird oft nicht berücksichtigt – nicht einmal die Hälfte der zur Arbeiterklasse gehörenden Menschen zu erfassen vermochte. Es hat sich als folgenschwerer Fehler herausgestellt, daß Antifaschisten die faschistische Sozialpolitik in der Regel als bloße Demagogie abtaten und den realen Stand des Massenbewußtseins zu wenig analysierten.

Trotz solcher übereinstimmender Momente konnte es keinen Verbund europäischer Faschismen geben; da sie sich alle auf jeweilige Nationalismen gründeten. Erst auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg und vor allem in dessen Verlauf wurde ein *europäischer Faschismus* sichtbar. Vor dem Krieg erschien er in Gestalt jener internationalen Verträge, die für den Antikomintern-Pakt und für die „Achsen“ zwischen Berlin, Rom und Tokio geschlossen wurden, geleitet von der Vision einer „Neuordnung Europas“ als Grundlage der angestrebten Vorherrschaft in der Welt, gerichtet gegen die „raumfremden Mächte USA und UdSSR“. Im Krieg wuchs er einerseits durch militärische Unterwerfung und andererseits durch unterwürfige Kollaboration; erinnert sei an den Norweger Vid-

kun Quisling, dessen Name europaweit zum Inbegriff der Kollaboration wurde, und ebenso an die nicht-deutsche Division „Wiking“ der Waffen-SS, in der „Arier“ aus mehreren „germanischen“ Ländern dienten, vor allem Holländer, Flamen und Dänen. Erinnert sei auch an Truppen, die Fes oder Kosakenmütze als militärische Kopfbedeckung trugen, oder auch an die im November 1944 geschaffene Armee des russischen Generals Wlassow.

Es war schließlich eine Folge des so nicht erwarteten Kriegsverlaufs und der drohenden Niederlage, daß die deutschen Faschisten zunehmend das Thema „Europa“ für sich entdeckten und ihren Krieg für das geplante „Großgermanische Reich“ als einen „Kreuzzug der europäischen Zivilisation gegen den asiatischen Bolschewismus“ deklarierten. Nach den verlorenen Schlachten von El Alamein und Stalingrad verkündete Goebbels nicht nur den „totalen Krieg“, sondern auch, daß nunmehr Europa „zum Entscheidungskampf angetreten“ sei.

Keineswegs zufällig stützten sich nach 1945 orthodoxe und neue Nazis auf das Schlagwort „Nation Europa“. Die Idee, dass sich die „Nation Europa“ zur dritten Weltmacht aufschwingen müsse, geht auf den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley zurück. In Deutschland gründete 1951 der ehemalige SS-Sturmbannführer Arthur Erhardt eine Zeitschrift mit diesem Titel, später geändert in *Nation & Europa*. In seinem dort (Heft 6/1992) veröffentlichten „Politischen Testament“ erklärte er, um die natürliche Führungsmacht Deutschland herum sei eine „europäische Großnation“ notwendig und auf der Grundlage einer „blutmäßig bedingten weitgehenden Wesensgleichheit unserer Völker“ auch möglich. Das Blatt gab damals, nach den großen Veränderungen jener Jahre, die Parole aus: „Die Zeit ist reif für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Großraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souverän handelnden Größe erhebt.“

Angesichts dieser geschichtlichen Entwicklung fragt man sich, in welchem Sinne die vor kurzem entstandene rechtsextreme Fraktion des Europa-Parlaments (mit Abgeordneten aus Frankreich, Italien, Belgien, Rumänien, Bulgarien und Österreich sowie einem Briten) den Begriff „Tradition“ versteht, den sie in ihren Namen aufgenommen hat, zusammen mit den Begriffen „Identität“ und „Souveränität“. Die Beteiligten setzen auch heute auf ultranationalistische, teils auf völkische Positionen, ja sogar Forderungen nach Grenzveränderungen werden nicht ausgeschlossen, wie das in den internen Debatten der ITS-Fraktion über Südtirol oder die Oder-Neiße-Linie deutlich wird. Und bekanntlich heißt es in heimischen Gefilden bei der NPD sehr oft: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.“ Solches Gegeneinander stellt zwar eine gemeinsame Strategie- und Handlungsfähigkeit in Frage, andererseits sollte aber der Wert der öffentlichen Mittel, die der Fraktion zufließen, ebenso wenig unterschätzt werden wie die symbolische, Erfolg versprechende Wirkung dieses Zusammenschlusses.

Sicher, in naher Zukunft sind die Chancen für die Herausbildung eines im europäischen Maßstab einheitlich agierenden Rechtsextremismus nicht groß zu sein, doch ein Kollaps solcher Bemühungen im Europa-Parlament, wie er vor Jahr und Tag noch möglich erschien, zeichnet sich derzeit nicht ab. Die politisch-theoretische und auch verschleiern-demagogische Formulierungskunst rechtsextremer Vordenker hilft über interne Gegensätze hinweg. Zudem sehen sie durchaus Wege, die von einem Europa der Regionen hin zu einem Europäischen Reich führen können, das als Ethnoföderation von Volksgruppen angesehen wird und eine Zerschlagung aller ethnisch nicht homogenen Nationalstaaten einschließen würde. Altes völkisches Denken also auf neuer Ebene, selbstverständlich wieder verbunden mit Großmachtphantasien nach außen und undemokratisch-autoritären Machtbestrebungen nach innen. Die rassistische Sehnsucht nach einem „weißen Europa“ entäußert sich in machtpolitisch bedingten Feindbildern mit starker antiamerikanischer Färbung.

Wie auf der regionalen und auf der nationalen Ebene gilt es danach zu fragen, welche Faktoren in Europa faschistische Erscheinungen befördern oder gar fördern. Ein deutliches Beispiel lieferte die konservative *Die Welt* am 15. Januar dieses Jahres mit ihrer Warnung, die EU-Kommission solle

sich nicht zu sehr darum bemühen, ein einheitliches Strafmaß für rechtsextreme Übergriffe durchzusetzen, sie solle auch nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung einheitlich regeln und die Leugner des Holocaust nicht nach einheitlichen Grundsätzen verfolgen. Die Begründung: Auf diesem Wege würde die „Gesinnungsgemeinschaft der Anständigen zur Gesinnungsdiktatur der politisch Korrekten“ ausgebaut. Wenige Wochen zuvor hatte *Der Spiegel* bereits gegen den „Aktionismus der Anständigen“ gewettert ...

Ossietzky. *Zweiwochenschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft*, H. 11/ 02.06.2007, S. 419-421.

Die Jenaer Parteiengeschichtsforschung – Erfahrungen und Einsichten

Am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena entstanden während der sechziger Jahre ein zweibändiges Handbuch (vgl. Fricke u.a. 1968 f.) und zwischen 1983 und 1986 das vierbändige Lexikon zur Parteiengeschichte (vgl. Fricke u. a. 1983 ff.). Wurde damals von unseren Bänden gesprochen, ertönten in der Regel Loblieder. Diese haben wir genossen, darunter mit Vorzug jene, die zahlreich aus der alten Bundesrepublik kamen. Zutünftkollegen äußerten sich euphorisch, selbst einige der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft wenig freundlich Gesinnte verheimlichten kaum Zustimmung oder Neidgefühle. Natürlich unterlagen unsere politisch-ideologischen Grundpositionen genereller Ablehnung, doch überwog zunehmend sachbezogene Auseinandersetzung.

Einer dieser Stimmen sei hier Raum geben. Im Jahre 1988 fasste Renate Reuther in einer von Karl-Heinz Ruffmann betreuten Dissertation ihre Analyse der Jenaer Beschäftigung mit der Parteiengeschichte zur Zeit der Weimarer Republik so zusammen: „Die Forschung zur Parteiengeschichte durchlief verschiedene Phasen. Die ersten Jahre eifriger Aktivitäten, die durch die Veröffentlichung des Handbuches der bürgerlichen Parteien gekrönt wurden, waren Jahre der relativ freien Forschung mit öffentlich ausgetragenen Grundsatzdiskussionen. Dann wurde, ungeachtet früherer Planungen, alle Forschungstätigkeit auf das Thema ‚nichtproletarische demokratische Kräfte‘ verlagert (vgl. Fricke u. a. 1980 und 1981), das nach 1973/74 wieder aufgegeben wurde. Nach längeren Pausen im Erscheinen der ‚Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte‘, die wohl als Zeiten der Neustrukturierung hinter den Kulissen gesehen werden müssen, wurde zum früheren Konzept zurückgekehrt und die alte Arbeitsgemeinschaft neu aufgelegt. Ab 1977 wird der Interessenschwerpunkt ‚Faschismus in der Parteienlandschaft‘ deutlich und behält seitdem seine zentrale Stellung. Eine umfassende Darstellung, die das Phänomen der Massenwirksamkeit der bürgerlichen Parteien erklärt, steht noch aus“ (Reuther 1988: 148).

Heute äußern sich lediglich so genannte Unverbesserliche oder Insider über das Parteien-Lexikon, das übrigens in der erwähnten Erlanger Promotionsschrift – aus unerfindlichen, aber wohl kaum zu rechtfertigenden Gründen – nicht mehr berücksichtigt worden ist. In neuerer Literatur wird kaum noch Bezug darauf genommen. Die meisten Schriften „unabhängiger“ oder anderer Tadler der DDR-Geschichtswissenschaft enthalten weder negative noch positive Aussagen. Das bietet Raum für Spekulationen; ich betreibe sie nicht, würden doch sonst sowohl Fähigkeiten als auch die Redlichkeit jener berührt werden, die sich ansonsten kaum zaghaft oder gar zurückhaltend gerierten. Bemerkungen in internem Kollegenkreis klingen hingegen nach wie vor anerkennend. Bitten um die Beschaffung einzelner Exemplare lassen sich nicht erfüllen, ein Nachdruck ist nicht in Sicht.

Der Stempel „Made in GDR“ erreichte sein Ziel. Selbst auf einer für die Historiker der heutigen Friedrich-Schiller-Universität werbenden Webseite findet sich nach langen Episteln über politische Instrumentalisierung, „massive ideologische Gängelung, Normierung und Verschulung“ gerade noch ein kleiner Hinweis auf frühere Forschungsleistungen. Die gewählten Formulierungen erwecken den Eindruck, als seien diese trotz der Bedingungen und entgegen stringenter Prinzipien realsozialistischer Vergangenheitsverwaltung erbracht worden ...

* * *

Woran wäre indessen zu erinnern, wenn historiographische Rückschau auf die Jenaer Parteiengeschichtsschreibung kritisch, ausgewogen und frei von neueren Denkschablonen sein soll?

Rufen wir uns zunächst den Start des Unternehmens ins Gedächtnis. Er stand keineswegs unter einem günstigen Stern. Im Gegenteil. Dieter Fricke brachte die Idee mit, als er nach Jena berufen wurde und hier schwerpunktmäßig zur Geschichte deutscher bürgerlicher Parteien forschen lassen wollte. Trotz berechtigter Bedenken – sie betrafen das stets zu wahrende, konkret jedoch so schwierig zu bewältigende Verhältnis zwischen Lehre und Forschung und damit die natürlichen Grenzen universitärer Forschung – stieß das Thema im damaligen Historischen Institut und bei den Oberen der Universität nach und nach auf breite Zustimmung. Vom Ideologie-Sekretär des ZK der SED

war jedoch auf einer Veranstaltung der Parteihochschule „Karl Marx“ zu hören, man solle auch in Jena lieber zur eigenen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung forschen als sich deren Gegnern zuwenden zu wollen. Kurze Zeit später, als die Hochschulen der DDR der Mitte der 60er Jahre der dritten Hochschulreform unterworfen wurden, tauchte sogar der Vorschlag auf, die Jenaer Historiker mögen sich doch bitte vorrangig der Geschichte des Zeiss-Betriebes widmen.

Man mag über oder auch gegen den Initiator sagen, was man will (vgl. Kowalczyk 2007 bzw. Hahn/Kaiser 2007) – ich halte es ihm zugute, in diesem Zusammenhang getrotzt und das neue Forschungsgebiet durchgesetzt zu haben. Unser Argument lautete, jede erfolgversprechende Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung bedürfe intensiver Untersuchungen zur Geschichte ihrer Gegner. Wie wenig diese an sich schlichte Erkenntnis dennoch im Lande gebilligt worden ist, scheint noch in der wesentlich später verkündeten Maßgabe auf, die Gesamtdarstellung zur Weimarer Republik, also der Band sieben des geplanten Zwölfhänders zur deutschen Geschichte, müsse zu 70 Prozent Geschichte der Arbeiterbewegung enthalten.

Im März 1962 konstituierte sich eine republikweite Arbeitsgemeinschaft. Ihr gehörten erfahrene Historiker an, aber auch viele, die gerade begannen, sich auf geschichtswissenschaftlichem Felde erste Spuren zu verdienen. Überzeugt von der Richtigkeit der Aufgabenstellung und in einem Anflug von Größenwahn wurde zugleich verkündet, nach dem Handbuch zahlreiche andere Werke erarbeiten zu wollen und zu können. Nicht zuletzt – ich traue mich kaum, das zu erwähnen – sollte bereits 1970 (!) eine Geschichte der bürgerlichen Parteien vorliegen (vgl. Weißbecker 1964). Die Schwierigkeiten wurden unter-, die eigenen Möglichkeiten überschätzt, die theoretischen Defizite kaum erahnt.

Vieles stellte sich uns anfangs als Konfrontation mit vorhandener Literatur dar. Ihr gegenüber wollten wir das geschichtliche Wirken der Parteien aus einem Sichtwinkel betrachten, der anders war, ja auch anders sein sollte als in den Arbeiten von Historikern jenseits der Elbe und der dort seit 1951 tätigen Kommission „Geschichte der Parteien und des Parlamentarismus“. Wir wandten uns gegen das dort ausschließlich gepflegte Prinzip des Gebundenseins politischer Parteien an den Parlamentarismus, gegen die Überbetonung geistig-weltanschaulicher Faktoren und natürlich gegen die Verabsolutierung der Rolle von Persönlichkeiten. Niemals wäre uns beispielsweise in den Sinn gekommen, in Hitler das die Welt bewegende Zentrum seiner Zeit sehen zu wollen. Auch im Nachhinein denke ich, dass gerade in dieser Hinsicht die spätere Hinwendung einiger westdeutscher Historiker von intentionalistischen zu funktionalistisch-sozialstrukturellen Betrachtungsweisen nicht zuletzt als Annäherung an die von marxistischen Historikern vertretenen Auffassungen zu werten ist, selbst wenn von ihnen dies heutzutage keiner mehr zuzugeben bereit ist. Für manche war es übrigens früher (!) durchaus selbstverständlich, von sich zu behaupten, man stünde auf den Schultern von Marx und Engels ...

Wie dem auch sei, nachdrücklich muss die Tatsache hervorgehoben werden, dass unser Bemühen von vornherein gesamtgesellschaftlichen Kriterien galt und damit konträr zu Gelesenem stand (was nicht besagt, wir hätten davon auch alles gründlich durchdacht). Parteien erschienen uns hauptsächlich eingeordnet zu sein in klar bestimmbare Interessen, vor allem in solche ökonomischer, sozialer, militärischer und politischer Natur. Den an unsere Adresse gern, zumeist jedoch leichtfertig erhobenen Vorwurf, marxistisches Geschichtsdenken sei ökonomistisch und reduktionistisch, hielten wir stets für unberechtigt. Uns ging es um den Versuch, möglichst das gesamte Geflecht der Wechselbeziehungen und -wirkungen aller wesentlichen geschichtsbeeinflussenden Faktoren zu durchleuchten. Wir bemühten uns, von den traditionell verwendeten und lediglich an äußeren Erscheinungsmerkmalen orientierten Parteientypologien wegzukommen: Es müsse vielmehr, so lautete eine der uns selbst gestellten Forderungen, die spezifische Funktion untersucht werden, die einzelne Parteien und Verbände im staatsmonopolistischen Machtsystem und in den einzelnen Gruppen der Herrschenden einnehmen würden (vgl. Finker 1965).

Es darf sicher positiv vermerkt werden, dass Jenaer Parteiengeschichtsforscher stets darauf bedacht waren, offen über ihre methodologischen Ausgangspositionen und über einzelne Thesen zu disku-

tieren. Den Meinungsstreit führten wir in der uns gebotenen Öffentlichkeit. Gelegenheit zu interessanten Debatten boten zahlreiche kleine Arbeitstagungen und mehrere große Konferenzen. Vieles ist davon in den rund 50 Ausgaben der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“ (JBP) nachzulesen. Streit rankte sich um die Rolle einzelner Parteien und ihrer jeweiligen spezifischen Funktion im Parteiensystem. Insbesondere prallten unterschiedliche Denkansätze aufeinander, wenn Themen zur Geschichte des deutschen Liberalismus oder der katholischen Zentrumspartei auf der Tagesordnung standen. Gewarnt wurde vor Missachtung des demokratischen Erbes der frühen bürgerlichen Organisationen, vor einer Verkennung innerer Widersprüchlichkeit. Wenn ich in diesem Zusammenhang eigene Arbeiten über schaue, denke ich nicht zuletzt an die aus Debatten hervorgegangene Erörterungen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Geschichte der NSDAP, an den Aufsätze über das Parteiensystem der Weimarer Republik (vgl. Weißbecker 1968, 1969, 1976, 1977) oder über die Rolle von Führern bürgerlicher Parteien (vgl. Weißbecker/Gottwald 1979), die zumeist im Anschluss an Jenaer Faschismus-Kolloquia entstanden. Einige Teilnehmer dieser Veranstaltungen, die alljährlich zwischen 1971 und 1990 jeweils kurz vor Beginn des Studienjahres stattfanden, kamen nicht zuletzt deshalb immer wieder nach Jena und sprachen anerkennend von einem innermarxistischen Diskussionszirkel.

Bei dem 1968/70 erschienenen zweibändigen Handbuch mit seinen 217 Artikeln handelte es sich um ein materialreiches und zahllose Organisationen völlig neu erhellendes Nachschlagewerk mit hohem Informationswert. In ihm gerieten Bewertungen und Charakterisierungen der einzelnen Parteien noch etwas grob gestrikt. Weitgehend bipolar blieb Bild vom alles erfassenden Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, das in ein schematisches „Entweder-Oder“ mündete. Die überwiegend sozialökonomischen Zuordnungen ließen zwar Spielraum für andere, für politisch-ideologische, geistig-kulturelle und subjektive Faktoren, erfasste diesen jedoch unzureichend. Im Schritt zum vierbändigen Lexikon, das nahezu 350 Beiträge enthielt, spiegelten sich jedoch wesentliche Fortschritte sowohl in der Professionalisierung unseres Handwerks als auch theoretisch-methodologischer Hinsicht. In sechs Punkten sei hier versucht, den damit erreichten Stand zu charakterisieren.

Ich nenne erstens eine regelgerechte Faktenversessenheit. Uns trieben Verliebtheit in die empirische Basis, die Suche nach unerschlossenen Quellen in Archiven und Bibliotheken, in letzteren vor allem nach internen Informationsblättern von Partei- und Verbandsführungen sowie nach unerschlossenen Nachlässen. Nahezu alle Artikel lassen zudem gediegene Kenntnis von Archivbeständen und der Publikationen beider deutscher Staaten erkennen. Wer über Geschichtsschreibung in Deutschland urteilt, wird auch beachten müssen, wie schwer es Historikern aus den alten Bundesländern fiel und immer noch fällt, geschichtswissenschaftliche Werke der DDR zur Kenntnis zu nehmen. Für diese Methode des Verschweigens spricht besonders auffällig ein Beispiel aus jüngster Zeit (vgl. Wirsching 2000). Das Buch verzeichnet 414 Publikationen, darunter lediglich ein (!) in der DDR erschienenen Werk, das noch dazu aus der Feder eines sowjetischen Historikers stammt (vgl. Drabkin 1968).

Beim Schreiben orientierten wir auf ein Höchstmaß an Sachlichkeit. Bewusst sollten landläufige agitatorisch klingende Floskeln vermieden werden. Auch wenn das sicher nicht vollständig geglückt ist, darf die Vorgabe durchaus als ein relevantes Bewertungskriterium angesehen werden. Vielfältige Diskussionen galten in diesem Zusammenhang den Auswahlprinzipien. Alle Organisationen aufzunehmen wäre angesichts ihrer ungeheuren Vielzahl unmöglich gewesen. Daher berücksichtigten wir in erster Linie bürgerliche und kleinbürgerliche Parteien und Verbände, die in den politischen und ideologischen sowie in den ökonomischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit hatten wirksam werden können. Sozialdemokratische Organisationen sind von uns niemals als bürgerlich charakterisiert worden, was bekanntlich in bestimmten Phasen der DDR-Geschichte keineswegs selbstverständlich war.

Zweitens spreche ich von einer erheblichen Erweiterung und Differenzierung unseres Blickfeldes hinsichtlich der Anfänge des Parteienwesens in Deutschland, insbesondere bürgerlich-demokratischer, republikanischer und liberaler Potentiale. Davon zeugt nicht zuletzt die bereits erwähnte Tatsache immer wieder geführter Debatten zum Thema „Liberalismus“.

Drittens halte ich für besonders wichtig, dass wir die Zeit zwischen 1933/45 einbezogen. Diese stellt bis heute bei anderen Parteiengeschichtsforschern regelrecht ein schwarzes Loch dar. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“ noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebenso wandten wir uns gegen Thesen, denen zufolge die NSDAP im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt habe. Nachdrücklich machten wir darauf aufmerksam, dass aus der singulären Stellung der NSDAP innerhalb des 1933 geschaffenen Machtsystems keineswegs zu schlussfolgern ist, sie sei – da parlamentarischer Rahmen und andere Parteien gefehlt hätten – parteiengeschichtlich unwirksam und dem deutschen Parteienwesen nicht zugehörig gewesen. Nach unserer Auffassung war die NSDAP ihrem Charakter nach eine bürgerliche Partei, eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und stehende politische Organisation, die in Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen bürgerlichen Organisationen aufwies.

Als viertes Kennzeichen führe ich die zunehmende Differenzierung vor allem in der so genannten Kurzcharakteristik der jeweiligen Parteien, Verbände und Vereine an. Nahezu endlose Debatten rankten sich hier vor allem um den Nachweis, ob es sich jeweils um Interessenvertreter von monopolistischen und nichtmonopolistischen Teilen der Bourgeoisie oder um Organisationen des Kleinbürgertums handelt. Eingeräumt haben wir, dass die Bezeichnung „bürgerlich“ sehr summarisch und nur als eine Art Oberbegriff berechtigt sei. Zuzuordnen seien ihm alle Parteien und Verbände, die „auf dem Standpunkt des Kapitalismus“ stehen, womit wir eine Formulierung Lenins aufgriffen (Lenin 1962: 395). Dies bedeutete im Grunde Verzicht auf jede eigenständige Weiterführung marxistischen theoretischen Denkens, doch unterschieden wir deutlicher als früher üblich zwischen führenden Parteien und solchen, „in denen sich friedliebende, demokratische Interessen des Kleinbürgertums bzw. der Mittelschichten und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie widerspiegeln (Fricke u.a. 1983 ff.: 6).“ Als ausschlaggebendes Kriterium galt die Stellung dieser Kreise zu Militarismus, Faschismus und Krieg. Deutlicher als zuvor verfolgten wir hauptsächliche Entwicklungslinien und -etappen bestimmter Parteitypen entsprechend der kontinuierlich wirkenden politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft. Zu den „Dauerbrennern“ gehörte die Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel in der Parteiengeschichte. Erstere sahen wir hauptsächlich im Parteienwesen als Gesamterscheinung, letztere vor allem bei den einzelnen Organisationen.

Das fünfte Kennzeichen spiegelt sich in der von uns nicht nur vertretenen, sondern umfangreich mit empirischem Material belegten These wider, dass sich die Massen ständig „im Visier“ der Parteien befanden. Hatten wir anfänglich die Parteien als ein Bindeglied zwischen dem Staat und dem Apparat der ökonomisch Mächtigen zu fassen gesucht, geriet mehr und mehr die Frage nach den Möglichkeiten und den Grenzen des Massenanhangs bürgerlicher Parteien in unser Blickfeld (vgl. Fricke 1977). Ich denke, es ist unter anderem immer noch richtig, eine geschichtliche Aufgabe dieser Parteien auch darin zu sehen, unter den Massen „solche Faktoren abzuschwächen, die der imperialistischen Herrschaft entgegenstehen, und diejenigen zu stärken, die sie zu festigen vermögen“, eine Formulierung, die dem Heft 39 der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“ zu entnehmen ist (o. A. 1976: 83). Selbst wer sich am Imperialismus-Begriff reibt oder ihn völlig ablehnt, kann sich der inhaltlichen Logik dieser Aussage kaum entziehen.

Sechstens spielte der Versuch eine große Rolle, im deutschen Parteienwesen mehr zu erblicken als lediglich eine Summe aller Parteien. Immer wieder rankten sich unsere Debatten um die Frage nach dem Parteiensystem und dessen Funktion im Herrschaftsmechanismus, aus der abzuleiten war, was den Parteien reale Macht ermöglichte. Sie alle miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze und in seiner Wirkung auf seine einzelnen Bestandteile zu untersuchen, halte ich nach wie

vor für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der durch das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Eine erstere herauslösende und letzteres vernachlässigende Forschung führt lediglich zu selektiven und fragmentarischen Ergebnissen. In dieser Hinsicht erlaubt auch eine strikte Gegenüberstellung bürgerlicher und proletarischer Parteien keinen umfassenden Blick auf die geschichtliche Realität. Das Konstrukt solcher Parteigeschichte kann in aller Regel selbst als ein Resultat parteipolitisch orientierten oder gar parteiegoistischen Denkens gesehen werden.

Doch damit bin ich bereits bei gravierenden Defiziten unserer Arbeit. Auf der Grundlage meiner selbstkritischen und kritischen Positionen, die ich 1990 auf dem 20. und zugleich letzten „Jenaer Faschismuskolloquium“ vortrug (vgl. Weißbecker 1992), benenne ich im folgenden nur einzelne Stichpunkte, die nicht allein für die noch zu erforschende Geschichte der Jenaer Parteigeschichtsforschung zutreffen, sondern möglicherweise für künftige marxistische parteiengeschichtliche Untersuchungen von gewisser Bedeutung sein könnten.

Im Nachhinein ist generell zu sagen, dass wir keinen Ausweg aus der Leninschen Parteitheorie fanden und diese ein Prokrustesbett geblieben ist. Die Funktion der Parteien als Instrument Herrschender gegenüber den Massen wurde zu stark betont. Zugleich gab es ein sehr widersprüchliches Denken über die Massen selbst. Zum einen sahen wir deren Verführbarkeit (worin man sich heute angesichts der enormen Wirkungskraft von Reklame und Werbung durchaus bestätigt fühlen könnte), zum anderen vertraten auch wir die schlichte These von der gesetzmäßig den Fortschritt befördernden und erkämpfenden Rolle der Volksmassen. Massen als Objekt und zugleich als Subjekt von Politik zu betrachten, gelang nicht. Stets galt entweder das eine oder das andere. Vielleicht erklärt sich daraus das Fehlen eigener soziologischer Untersuchungen. Auch sozialpsychologische Fragenkomplexe sind lediglich an- und nicht durchdacht worden. Zwar redeten wir von erforderlicher Interdisziplinarität, praktizierten sie indessen kaum, was sicher auch den disziplingebundenen Forschungsplänen und ungesundem Institutsegoismus im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb geschuldet war.

Alle Betrachtungen zum Parteienwesen bzw. zu den Parteiensystemen des Kaiserreiches und der Weimarer Republik klammerten SPD und KPD aus. Auf unübersehbare Übereinstimmungen in Zielsetzung und Formen politischer Parteien sind wir nicht eingegangen, beispielsweise auf die Frage, weshalb am Ende der Weimarer Republik alle Parteien „Führer“ auf den Schild hoben und es an kultischen Verehrungspraktiken nicht missen ließen. Indessen vermieden wir Aussagen zu den Ähnlichkeiten in der generell so charakteristischen Diskrepanz zwischen den Parteiapparaten und den Mitgliedern bzw. Anhängern. Organisationsspezifische Folgen eines Handelns aller Parteien nach dem spezifizierten Olympia-Motto „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“ waren suspekt. Natürlich kannten wir die aufschlussreichen Untersuchungen von Robert Michels. Deren Ergebnisse nahmen wir nicht wahr, beispielsweise seine These: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden (Michels in Conze 1969).“ Politische Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen.

Die strikte Gegenüberstellung von bürgerlichen und proletarischen Parteien erleichterte gewiss, in der DDR die Resultate unserer Forschungen veröffentlichen zu können, begrenzte sie jedoch in vielfacher Hinsicht. Parteiübergreifende Fragestellungen blieben, wie gesagt, außerhalb unseres Blickfeldes. Im Wissen um die Folgen solcher und anderer erkenntnistheoretischen Defizite muss jedoch die Frage erlaubt sein, ob gegenwärtig jene, die marxistische Forschungsansätze und die Geschichtsschreibung der DDR kritisieren, nicht den gleichen Fehler begehen, wenn sie so genannte demokratische und totalitäre Parteien auseinander dividieren?

Es gelang nicht, im Rahmen der Jenaer Parteiengeschichtsforschung zu einer Theorie der Parteien vorzustößen und eine Gesamtdarstellung in Angriff zu nehmen. Vielleicht ahnten wir, dafür unzureichend gewappnet zu sein und dazu erst neue gesellschaftstheoretische Voraussetzungen schaffen zu müssen. Darin lag gewiss auch einer der Gründe für den seit Mitte der 80er Jahre unternommenen Versuch, von der insgesamt sinnvoll und überwiegend erfolgreich betriebenen Parteiengeschichte zur Erforschung eines Phänomens überzugehen, das wir als „politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ benannten und sowohl im Oktober 1986 als auch im April 1989 auf größeren Konferenzen zur Diskussion stellten.

Als Untersuchungsgegenstand galt uns die Gesamtheit der Institutionen und Organisationen, in denen sich das politische Leben der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht und die objektiv von den in ihr wirkenden unterschiedlichen Interessen bestimmt werden. Dieter Fricke sah in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft hauptsächlich „zwei Strukturelemente: zum einen den Mechanismus, mit dem die herrschenden Klassen und ihre Verbündeten die politische Macht ausüben, und zum anderen den Mechanismus des Klassenwiderstands des Proletariats und seiner Verbündeten gegen die ökonomische und sozialpolitische Herrschaft der Bourgeoisie. Obwohl sich beide Strukturelemente unversöhnlich gegenüberstehen, schließt das dennoch den einheitlichen, ganzheitlichen Charakter der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft nicht aus ... Unser Hauptanliegen bestand darin, nicht einzelne Elemente der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, sondern diese in ihrer Gesamtheit, gegenseitigen Bedingtheit und Wechselwirkung ... zu untersuchen“ (Fricke 1991: 204). Für die Zeit der Weimarer Republik lautete unsere Definition: „Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft kann als das institutionalisierte und organisierte Substrat aller politischen Verhältnisse dieser Gesellschaft betrachtet werden. Faßt man die Begriffe Institution und Organisation zu dem soziologisch-politikwissenschaftlichen Begriff der Assoziation zusammen, dann wäre als unser Ziel zu bestimmen, die politisch-assoziative Struktur und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren. Dies würde wiederum bedeuten, sowohl die allgemeine Assoziationsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft als auch die politisch-assoziativen Möglichkeiten in ihr und gegen sie aufzuspüren“ (Weißbecker u. a. 1987: 90).

* * *

Hätte es 1989/90 nicht den Zusammenbruch der DDR und die rigorose Vernichtung marxistisch orientierter Lehr- und Forschungsstätten gegeben, zu welchem Ende wäre wohl die Jenaer Parteiengeschichtsforschung gekommen? Diese Frage zu stellen heißt sogleich, müßig spekulieren zu wollen. Aber wie dem auch sei: Die Kritik an dem auf den Grundlagen kapitalistischer Gesellschaft beruhenden Parteienwesen erscheint mehr denn je als berechtigt und erforderlich. Allzu offensichtlich treten dessen strukturelle Mängel zutage. Die lautstark gepriesene Parteiendemokratie hat mit einer demokratisch verfassten Gesellschaft nur wenig gemein. Korruption, Ämterpatronage, Gesetzesbrüche, Skandale usw. gleichen nur der Spitze eines Eisberges. Nein, das Fundament ist morsch, trotz vermeintlicher Erfolge im geschichtsträchtigen letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. In diesem Sinne wäre eine kritische Parteientheorie auch unumgänglich für jene Partei, die für die deutsche Gesellschaft eine sozial gerechte und sozialistisch-demokratische Alternative anstrebt, sich jedoch selbst allzu oft ernsthafter Suche nach alternativen Parteiformen und nach Reformen des Parteienwesens entzieht.

Literaturverzeichnis

Drabkin, J. S. (1968): Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin.

Fest, Joachim C. (1973): Hitler. Eine Biographie, Berlin/Wien.

Finker, Kurt (1965): Staatsmonopolistische Kapitalismus und bürgerliche Verbände in der Zeit der Weimarer Republik; in: JBP 13-14/1965, S. 194-212.

Fricke, Dieter u. a. (Hrsg.) (1968 f.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Bd. I. Leipzig/Bd. II, Leipzig 1970.

- Fricke, Dieter (1977): Bürgerliche Parteien und werktätige Massen. Methodologische Probleme; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/1977, S. 125-142.
- Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.) (1980): Sturm läutet das Gewissen. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. 1830-1945. Berlin.
- Fricke, Dieter u. a. (Hrsg.) (1981): Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Berlin.
- Fricke, Dieter/Fritsch, Werner/Gottwald, Herbert/Schmidt, Siegfried/Weißbecker, Manfred (Hrsg.) (1983 ff.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde. Leipzig (1983-1986).
- Fricke, Dieter (1991): Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz; in: Bobke-von Camen, Manfred (Hrsg.) (1991): Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm: Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation. Marburg, S. 201-213.
- Gossweiler, Kurt (1986): Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter. Berlin.
- Hahn, Hans-Werner/Kaiser, Tobias (2007): Die Arbeitsgruppe zur Geschichte der bürgerlichen Parteien 1962-1990 – ein geisteswissenschaftliches Großprojekt; in: Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd. 2, S. 1686-1714.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2007): Historiographie in der Diktatur. Zum Wandel der Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; in: Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd. 2, S. 1642-1685.
- Lenin, W. I. (1962): Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika. In: Werke, Bd. 18. Berlin.
- Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neu hrsg. von Werner Conze. Stuttgart 1970.
- O. A. (1976): Bericht über die Arbeitskreise der wissenschaftlichen Konferenz „Bürgerliche Parteien und tätige Massen“ am 33. und 23. September 1976. Arbeitskreis I (Vormärz bis 1870); in: JBP 39/1 976, S. 55-69.
- Reuther, Renate (1988): Die Weimarer Republik im Urteil der DDR-Geschichtswissenschaft – Kontinuität und Wandel. Erlangen-Nürnberg (Diss.).
- Weißbecker, Manfred (1964): Zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“; in: JBP 6/1964, S. 80-89.
- Weißbecker, Manfred (1968): Zur Frage des Parteiensystems und der führenden bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik; in: JBP 23/1968, S. 64-72.
- Weißbecker, Manfred:(1969): Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Parteien in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus; in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena (GSR) 18 (1969) 3, S. 25-44.
- Weißbecker, Manfred (1976): Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus; in: JBP 37-38/1976, S. 1-39.
- Weißbecker, Manfred (1977): Imperialistischen Herrschaftsformen und extrem reaktionäre Organisationen. Ursachen, Möglichkeiten, Formen und Grenzen ihres Einflusses auf die werktätigen Massen; in: JBP 42/1977, S. 5-39.
- Weißbecker, Manfred/Gottwald, Herbert (1979): Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4/1979, S. 299-315.

Weißbecker, Manfred (1992): Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen; in: Deutsche Studien 29(1992)116, S. 397-415.

Weißbecker, Manfred/Fritsch, Werner/Giersch, Reinhard/Stutz, Rüdiger (1987): Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik; in: Weißbecker, Manfred/Gottwald, Herbert (Hrsg.): Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Jena, S. 88-114.

Wirsching, Andreas (2000): Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

[...]

Anlage Nr. 3

Weißbecker, Manfred (2001): Rede über das Jenaer Faschismus-Kolloquium anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. Reinhard Kühnl aus der Philipps-Universität Marburg am 22. Juni 2001 (Privatarchiv des Vf.).

Die ehrenvolle Einladung zu Deiner Verabschiedung aus dem Universitätsleben, lieber Reinhard, weckte mannigfaltige Erinnerungen. Ich fragte mich, was unserem heute so selbstverständlichen, so völlig alltäglichen und noch dazu grenzfreien Miteinander eigentlich voraus gegangen ist, wie es zu diesem kam und was möglicherweise dadurch bewirkt worden ist. Solche Gedanken ließen mich zunächst in Briefen, Notizen und zu Dokumenten gewordenen Papieren blättern. Teils sind sie arg vergilbt, denn unsere Bekanntschaft begann bereits vor mehr als drei Jahrzehnten. Aus ihr ergab sich rasch ein wissenschaftsförderndes Debattieren, das unser antifaschistisches Denken und Wollen bestärkte und den Weg zu einem kritisch-konstruktiven Marxismus-Verständnis begehen half. Aus ihr erwuchs auch Freundschaft, wie ich dankbar und froh sagen darf, wohl wissend, wie sehr Übereinstimmendes Grundanschauungen und Interessen entspringt, auf Parallelen in Denkweisen und Verhaltensnormen beruht und nicht zuletzt aus sachlich-kulturvoll ausgetragenen Kontroversen herrührt.

Wir trafen uns erstmalig Anfang Mai 1970 in Frankfurt. Das Informationszentrum des Weltfriedensrates veranstaltete ein Internationales Seminar zu Problemen des Neonazismus in der Bundesrepublik. Der Gleichklang historischer und politischer Anliegen schuf Bindungen. Beim „Äppelwoi“ in Sachsenhausen verabredeten wir, künftig mehr miteinander zu reden statt über- oder auch gegeneinander zu schreiben. Danach begegneten wir uns in jedem Jahr erneut, zumeist bei den Jenaer Faschismus-Kolloquia, die wir bis zum Ende der DDR an der Friedrich-Schiller-Universität veranstalteten.

Doch es gab ein Davor, von dem ich erzählen will, weil es Erfreuliches und generell Wünschenswertes widerspiegelt, etwas, was Dich zu charakterisieren vermag, was Dich auszeichnet. In meinen Unterlagen stieß ich auf einen Brief, den Du am 23. Juli 1968 an den Jenaer Historiker Dieter Fricke gerichtet hast. Er hatte in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ einen Literaturbericht veröffentlicht und darin auch Dein Buch über die NPD behandelt; positiv versteht sich, waren wir uns doch stets einig, wenn es galt, alte und neue Organisationen der Braunen aufs Korn zu nehmen. Eine Kritik betraf indessen die Ablehnung eines Verbotes dieser Partei. Und dazu notiertest Du: „Mit großem Interesse habe ich Ihren Literaturbericht in der letzten Nummer der ZfG gelesen, der sich auch mit meinem NPD-Buch befasst. Ich möchte vor allem auf einen Punkt eingehen, der mir besonders am Herzen liegt: Sie kritisieren, dass ich in diesem Buch nicht nur ein Verbot der NPD plädiere und lasten mir das gleichsam als Inkonsequenz an. Obgleich ich nach wie vor der Meinung bin, dass meine Argumentation von damals richtig war und ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nicht angestrebt werden sollte, habe ich in der Verbotsfrage meine Auffassung inzwischen geändert, weil ich eine andere Möglichkeit des Verbots gefunden habe.“ Zur Begründung gabst Du Texte an, unter anderem einen Leserbrief in der „Zeit“ vom 5. Januar 1968, und verwies auf ein neues Buch.

Deine Bitte an Dieter Fricke, dieses auch zu besprechen, ist meines Wissens nicht erfüllt worden. Der Brief aber kursierte bei uns in Jena, wo wir gerade begonnen hatten, uns schwerpunktmäßig mit

der Geschichte bürgerlicher Parteien zu befassen. Vielleicht muss ich es genauer sagen: nachdem wir *durchgesetzt* hatten, uns schwerpunktmäßig mit der Geschichte bürgerlicher Parteien befassen zu können, denn solches war alles andere als selbstverständlich. So war vom Ideologie-Sekretär des ZK der SED auf einer Veranstaltung der Parteihochschule „Karl Marx“ zu hören gewesen, man solle auch in Jena lieber zur eigenen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung forschen als sich deren Gegnern zuwenden zu wollen. Unser Argument lautete demgegenüber, jede erfolgversprechende Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung bedürfe intensiver Untersuchungen zur Geschichte ihrer Gegner, zur Analyse ihrer Interessen, ihrer Strategien und taktischen Manövrierfähigkeit.

Hier zeigt sich ein erster wichtiger Punkt unserer Übereinstimmung: Antifaschismus bleibt ohne Faschismusforschung ein Unding, bleibt eindimensional und letztlich auch erfolglos.

Ebenso wird die Erforschung der Geschichte einer Partei vergeblich sein ohne Analyse des gesamten Parteienwesens in einer vom Kapital beherrschten Gesellschaft, zumal es um bedrückende Aktualität geht: Kein Programm einer Partei kann sinnvoll sein, wenn in ihm nur ein Selbstbild einiger ihrer führenden Politiker aufscheint. Diese Sicht auf geschichtswissenschaftliche Theorie und Methode vertiefte sich in unseren Begegnungen, je mehr jeder in seinen Untersuchungsgegenstand einzudringen versuchte.

Vieles stellte sich anfangs, da wir in Jena das Handbuch zur Geschichte der bürgerlichen Parteien erarbeiteten, als Konfrontation zu vorhandener Literatur dar. Verständlich und wohl auch richtig war dies mit dem Blick auf Arbeiten von Historikern jenseits der Elbe und der dort seit 1951 tätigen Kommission „Geschichte der Parteien und des Parlamentarismus“. Ihnen gegenüber wollten wir das geschichtliche Wirken der Parteien aus einem Sichtwinkel betrachten, der anders war, ja auch anders sein sollte. Scharf wandten wir uns gegen das dort ausschließlich gepflegte Prinzip des Gebundenseins politischer Parteien an den Parlamentarismus, gegen die Überbetonung geistig-weltanschaulicher Faktoren und natürlich gegen die Verabsolutierung der Rolle von Persönlichkeiten. Niemals wäre uns beispielsweise in den Sinn gekommen, in Hitler das die Welt bewegende Zentrum seiner Zeit sehen zu wollen. Dieser Auseinandersetzung – so unser *terminus technicus* – dienten damals auch größere deutsch-deutsche Historikertreffen, so das von Ende Mai 1975 in Weimar, bei dem es um die Kriegsziele Hitlerdeutschlands im Zweiten Weltkrieg ging und bei dem – mir unvergesslich – auch Wolfgang Abendroth mit Martin Broszat, Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand und anderen stritt.

Mit Unverständnis und Selbstzweifel ist jedoch heute zu reagieren, wenn ich mich jener missionarisch angelegten und leider sehr ernst gemeinten Bemühungen entsinne, Marxismus als „ML“ doktrinär gegen jedweden kritisch-marxistischen Gedanken zu stellen. Auf dieser Grundlage erwuchs auch das Postulat, die marxistisch-leninistische Faschismustheorie sei die einzig wahre Interpretation. Es mag überheblich klingen, doch wage ich zu sagen, dass es in und mit den Jenaer Faschismus-Kolloquia dennoch gelang, einen innermarxistischen Dialog zu führen, und dies sowohl über manche Schranke und staatliche Grenzen hinweg. Die Liste der behandelten Themen liest sich wie ein Katalog der zentralen Problemfelder unserer Bemühungen, den Faschismus komplex zu erhellen und zugleich wie ein Verzeichnis sowohl des zentralen Anliegens als auch der Schwachstellen marxistischer Theoriebildung zu diesem *Thema*. Nur einige seien benannt:

- Gemeinsamkeiten und Unterschiede extrem reaktionärer Erscheinungen (1974)
- Faschistische Ideologie und Massenbasis (1975)
- Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien (1977)
- Das Wechselverhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie (1978)
- Sozialismus- und Revolutionsdemagogie (1980)
- Antifaschismus und Geschichtsbewusstsein (1982)
- Kriegsideologie und Friedensdemagogie (1984)

- Nationalismus und Revanchismus (1985)
- Judenhass und Judenmord (1988)

Mit dem Dialog, der wesentlichen Fragen des Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus galt, wuchs Wissen um seine unabdingbare, leider bis heute von manchen noch immer bezweifelte Notwendigkeit. Es machte Sinn, der Sinnlosigkeit linken Gegeneinanders etwas entgegen setzen zu wollen. Vor einigen Tagen veröffentlichte das „Neue Deutschland“ eine Karikatur: Zwei Männer jeweils locken den Vogel des anderen in den eigenen Käfig. „Kommt zu uns“ – so lautete in den Jahren des Kampfes um die Verhinderung einer faschistischen Herrschaft über Deutschland die Einheitsfrontparole der KPD; nichts anderes besagte Kurt Schumachers Forderung an die KPD im Jahre 1946 und besagen jene sozialdemokratische Thesen, denen zufolge die beste PDS jene sei, die sich selbst auflöse und in der SPD aufginge. Selbstgefällige Nabelschau bewirkt kaum anderes als enge Sichtweisen, Verhärtung dogmatisch strukturierter Konfliktlinien und verstärkt letztlich die Schwäche aller Linken. Wäre mein Beitrag eine Laudatio, würde ich an dieser Stelle nachdrücklich hervorheben, daß es gerade die stete Bereitschaft zu Dialog, ständigem Überprüfen eigener Positionen und zum Lernen in unvoreingenommen geführten Gesprächen ist, die Dich auszeichnet und eine anerkennewürdige Normalität unter keineswegs normal zu nennenden Verhältnissen kennzeichnet.

Nachdrücklich soll als weitere Übereinstimmung hervorgehoben werden, dass unser gemeinsames materialistisch-dialektische Bemühen von vornherein gesamtgesellschaftlichen Kriterien galt. Faschismus sahen und sehen wir hauptsächlich eingeordnet in klar bestimmbare Interessen, vor allem in solche ökonomischer, sozialer, militärischer und politischer Natur. Uns ging es und geht es auch künftig um den Versuch, möglichst das gesamte Geflecht der Wechselbeziehungen und -wirkungen aller wesentlichen geschichtsbeeinflussenden Faktoren zu durchleuchten. Wir bemühten uns damals insbesondere, von den traditionell Verwendeten und lediglich an äußeren Erscheinungsmerkmalen orientierten Parteientypologien wegzukommen: Es müsse vielmehr, so lautete eine der uns 1 selbst gestellten Forderungen, die spezifische Funktion untersucht werden, die einzelne Parteien und Verbände im staatsmonopolistischen Machtsystem und in den einzelnen Gruppen der Herrschenden einnehmen würden.

Den an unsere Adresse gern, zumeist jedoch leichtfertig erhobenen Vorwurf, marxistisches Geschichtsdenken sei ökonomistisch und reduktionistisch, hielten wir stets für unberechtigt. Vielleicht führte dies auch zu einer kleinen Dissonanz, als wir 1982 ein passendes *Thema* für die nächste Veranstaltung suchten. Kurt Pätzold und ich hatten gerade unsere erste NSDAP-Geschichte veröffentlicht, und Du, lieber Reinhard, meintest, wir sollten die Beziehungen zwischen der faschistischen Partei und der deutschen Großwirtschaft bis 1933 behandeln. Daraufhin schrieb ich am 1. März: „Deinem Vorschlag für das Vortrags-*Thema* möchte ich allerdings nicht gern zustimmen, da ich mich ja gerade darum bemühe, die etwas vereinfachende These von der Beziehung zwischen NSDAP und Industrie durch eine komplexe Einordnung der faschistischen Partei in die bürgerliche Gesellschaft zu erweitern.“

Das Jenaer Faschismus-Kolloquium spielte im Betrieb der DDR-Geschichtswissenschaft kaum eine Rolle. Selten erschienen Berichte in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“. Einige Vorträge fanden in ihr Aufnahme, zumeist erfolgte ihre Publikation in universitären Schriftenreihen wie den „Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte“ oder im „Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg an der Akademie der Wissenschaften der DDR“. Das Lob der Insider verhallte, wenngleich alle stets davon sprachen, gern eingeladen zu sein. Trotz geringer Außenwirkung mag aber der Wert für die Selbstverständigung in strittigen Fragen und für alle Versuche zur Präzisierung theoretischer Positionen erheblich gewesen sein. Anziehend wirkte indessen nicht allein die Möglichkeit des Dialogs im kleinen Kreis, es war wohl immer wieder auch die Neugier auf Reinhard Kühnls Beiträge, geschätzt ob ihres informativen Gehalts, ihres theoretischen Niveaus und ihrer didaktischen Vorbildlichkeit.

Wird man von einer Episode sprechen müssen? Gewiss, wenngleich sie manch Allgemeines, für die Geschichte marxistischen Denkens und seiner Dialogversuche über vielerlei Grenzen hinweg Be-

zeichnendes widerspiegelt. Möglicherweise lassen sich dennoch einige Wirkungen erkennen, vor allem solche persönlicher Natur. Ohne jene Erfahrungen wäre mir, wie vielleicht auch anderen Historikern der DDR, der Schritt zu weiteren wissenschaftlichen Arbeiten unter den gewendeten Bedingungen, die Suche nach neuen Wegen unmöglich gewesen. Von einigen seiner Teilnehmer weiß nicht nur ich, wie sie auch nach 1989/90 produktiv zu wirken verstanden, sei es Dietrich Eichholtz Ludwig Elm, Kurt Gossweiler, Gerhard Lozek, Rolf Richter, Werner Röhr, Wolfgang Ruge u. a. m., von Kurt Pätzold, der hier noch sprechen wird, ganz zu schweigen.

Lass' Dir heute, lieber Reinhard, danken für Deine konstruktive und gedankenreiche Mitwirkung an 20 Tagungen des Jenaer Faschismus-Kolloquiums, verbunden mit allen guten Wünschen für weitere Jahrzehnte Deiner Kreativität und Produktivität, für weiteres gemeinsames Schaffen im Sinne unserer ersehnten Zukunft.

[...]

Anlage Nr. 5

Weißbecker, Manfred (1992): Überlegungen für das Jenaer Faschismus-Kolloquium 1992 (nicht mehr durchgeführt) (Privatarchiv des Vf.)

Das Kolloquium sollte einem Versuch dienen, parteien- und richtungsübergreifende sowie vergleichende Antworten auf einige der (im Einzelnen noch zu bestimmenden) zentralen Probleme des 20. Jahrhunderts zu finden. Als solche stellen sich u.a. dar: Faschismus und Antifaschismus; Stalinismus und seine Überwindung; Wurzeln und Wirkungen von Diktaturen anderer Schattierungen gescheiterte und lebenskräftige (erfolgreiche?) Demokratien; Nationalismen und Ansätze europäischer bzw. globaler Kooperation; Modernisierung und retardierend bzw. gegenläufige Tendenzen in größeren Teilen der Bevölkerung. In die Behandlung solcher und ähnlicher Fragen sollte auf jeden Fall auch der Versuch eingeschlossen sein, die großen Umbrüche des 20. Jahrhunderts unter sozial-, mentalitäts- und erfahrungsgeschichtlichen Aspekten zu betrachten.

Das Jenaer Faschismus-Kolloquium 1992 sollte sich auf solche Fragen konzentrieren, die Vergleiche zwischen unterschiedlichen diktatorischen Herrschaftssystemen ermöglichen und allgemeine (individual- und sozialpsychologisch zu erfassende) menschliche Verhaltensmuster betreffen.

Das Kolloquium könnte darüber hinaus dem Versuch einer historiographisch-vergleichenden Bilanz der bisherigen geschichtswissenschaftlichen Bemühungen um eine „Bewältigung“ jener Probleme gelten, die mit dem *Thema* Faschismus und Antifaschismus zusammenhängen.

Anzustreben ist ein pluralistischer, konstruktiver Dialog von Anhängern unterschiedlicher Wissenschaftsrichtungen, unabhängig von den politischen Gräben der Vergangenheit und in Gegensatz zu Tendenzen einer „Ausgrenzung“ marxistischen Denkens in der Gegenwart. In diesem Sinne wäre auch der Versuch zu wagen, das traditionelle Jenaer Faschismus-Kolloquium seit Jahre 1971 bis 1990 (das vorrangig einer problembewussten und kritisch-innermarxistischen Diskussion diene) unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen fortzusetzen, und w mit dem Ziel, zur Konstituierung und Vertiefung einer neuen deutschen Geschichtskultur beizutragen.

Einzuladen wäre ein relativ kleiner Kreis von Experten (30-40 Teilnehmer). Zu denken ist an solche Historiker, Psychologen, Juristen und Sozialwissenschaftler, die bereits vor 1989/90 über politische, ideologische und auch staatliche Grenzen hinweg miteinander diskutiert haben und zur Weiterführung sachlicher Debatten bereits sind.

Die Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte sollte jeweils durch einen ~Vortrag und ein kritisches Koreferat (20-30 Minuten) eingeleitet sowie durch einige vorbereitete Statements (5 Minuten) eröffnet werden. Nach Möglichkeit sind Thesen vorzulegen.

Es werden keine Gebühren erhoben. Teilnehmer, die ihre Unkosten nicht ihren Dienststellen oder anderweitig abrechnen können, dürfen mit einer gewissen finanziellen Unterstützung durch den Veranstalter rechnen.

Schwerpunkte (Vorschläge):

- a) Epochenprobleme des 20. Jahrhunderts: wenig Licht und viel Schatten. Kriterien ihrer „Historisierung“ und ihrer historiographischen Bewertung
- b) Politische Systeme und terroristische Verbrechen: Systembedingte und systemunabhängig Wurzeln
- c) Widerständige Denk- und Verhaltensweisen in faschistischen, stalinistischen und anderen diktatorischen Regimen
- d) Die widerspruchsvolle Geschichte marxistischer Faschismusforschungen:
- e) Wege und Irrwege, Leistungen und Grenzen
- f) Antifaschistisch-pluralistische Konturen einer historiographisch-vergleichenden Faschismusforschung
- g) Die Zukunft nationalistischer, rassistischer und rechtsextremer Schatten der Vergangenheit: „Bewältigungs“- Objekt, parteipolitischer Popanz oder reale Gefahr?

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 49. Jahrgang, Juni 2007, 2/2007, S. 19-30; 92-97; 98-100.

Rezension

ERNST NOLTE: *Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler*. Herbig-Verlag, München 2006, 427 S.

Wer Neues über die Geschichte der Weimarer Republik erfahren oder ein Gesamtbild von dieser gewinnen will, wird möglicherweise gern zum vorliegenden Buch greifen. Sein Titel verspricht Komplexität, sein Untertitel scheint auf Nachdenken über Demokratie sowie über deren Zerstörung zu verweisen. Auch scheinen Anregungen geboten für etwas, was über eine immer noch dominierende germanozentrische Geschichtsschau hinausweisen könnte. Indessen kann jener, der die bislang stets nur um ein einziges Thema kreisenden Publikationen des Autors kennt, Enttäuschung vermuten. Und in der Tat: Der Erkenntnisgewinn ist gering. Die Grundthesen *Ernst Noltes* sind spätestens seit 1986 bekannt, als der Verfasser mit der Behauptung vom bolschewistischen „Klassenmord“, der dem faschistischen „Rassenmord“ vorausgegangen sei, den „Historikerstreit“ auslöste. Die Judenvernichtung durch die Nazis enthalte insofern einen rationalen Kern, da es sich um eine Verteidigungsreaktion der Faschisten auf die Gefahr des Bolschewismus aus dem Osten gehandelt habe. Schon damals stieß dies als Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen überwiegend auf Widerspruch.

An Substanz und Überzeugungsstärke haben diese Behauptungen durch das neue Buch nichts gewonnen. Was Nolte seither in allen seinen Werken zu begründen gesucht hat, tritt jetzt allenfalls in etwas deutlicherer Formulierung hervor. Mit dem Bezug auf Nolte brachte der Soziologe Friedrich Pohlmann dies in einer neueren faschismustheoretischen Debatte auf den Punkt: In Verkehrung eines bekannten Gedankens von Max Horkheimer dürfe es nach Nolte nur noch heißen, wer nicht vom Kommunismus reden wolle, müsse zum Faschismus schweigen.⁸⁶¹

Das neueste Buch Noltes ging aus den seit 1966 gehaltenen Vorlesungen hervor. Dabei stellt sich die Weimarer Republik lediglich als eine einseitige Beziehungs- und Wirkungsgeschichte von Kommunismus und Nationalsozialismus dar. Auf neuere Forschungsergebnisse und geschichtswissenschaftliche Debatten wird kein Bezug genommen bzw. bewusst verzichtet. Dem Verfasser liegt auch kaum an einer Darstellung zur Geschichte des Weimarer Staates und der Weimarer Demokratie, er beleuchtet vielmehr einzelne Aspekte ihrer Entstehung und Zerstörung. Daher zerfällt der Band in unterschiedliche Bestandteile. Redundanzen wurden in Kauf genommen. Er beginnt mit Überlegungen zu den historischen Voraussetzungen der Weimarer Republik, die etwa 80 Seiten füllen. Dem schließt sich in den Teilen II bis V auf nicht einmal 150 Seiten an, was als Geschichtsdarstellung angesehen werden kann: „Die Nöte der Frühzeit“, „Fragile Konsolidierungen“ und „Krise und Untergang“. Angehängt sind zwei neuere und relativ selbstständige Teile, die „Engagierte Reflexion“ sowie „Schlussbetrachtung“ genannt werden. Dem folgt noch ein bibliografischer Essay über „politische Broschürenliteratur der Weimarer Republik“, der die Stelle eines konventionellen Literaturverzeichnisses einnehmen soll.

Zunächst erfährt der Leser, welche „Grundtatsachen“ als historische Voraussetzungen der Weimarer Republik anzusehen seien. Der Blick richtet sich auf das Entstehen einer „Todfeindschaft“ zwischen denen, die eine „kommunistische Machtergreifung“ wollten, und denen, die sie verhindert haben. Verknüpft ist dies mit der an Zynismus grenzenden Behauptung, der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht habe ein „würdiges [sic!] Ende des Bürgerkriegs und des aussichtsreichsten Versuchs einer kommunistischen Machtergreifung in Deutschland“ bedeutet, „als es die Verurteilung zu einer vieljährigen Zuchthausstrafe gewesen wäre“. Beide endeten so „als Gefallene und als Märtyrer ihrer Sache“ und nicht „als Sträflinge [sic!]“, die sich versteckt hatten, als ihre Anhänger noch starben“ (S. 55). Der Frieden von Versailles und die Weimarer Reichsverfassung sowie die „neue weltpolitische Lage“ gelten als weitere Grundtatsachen. Letztere habe sich bestimmt

⁸⁶¹ Friedrich Pohlmann, Zweitkritik eines doppelt amputierten Faschismusbegriffs, in: Roger Griffin/Werner Loh/Andreas Umland (Hrsg.), *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*. With an afterword by Walter Laqueur, Stuttgart 2006, S. 362.

durch die „von niemandem erwartete Entstehung einer betont ideologischen und grundsätzlich aggressiven Weltmacht, deren Ideen zum Teil begeisterte Zustimmung und zum anderen Teil erbitterte Abwehr hervorrufen mussten“ (S. 75 f.).

Gleich ob die Weimarer Parteien oder einzelne Ereignisse, ob innen- oder außenpolitische Problemfelder behandelt werden – es bleibt stets bei einer rein ideengeschichtlichen und zugleich ausschließlich bipolaren Betrachtungsweise. Nach Nolte soll der Faschismus letztlich eine Verständnis heischende Reaktion auf Existenz und Aktion der Kommunisten gewesen sein. Zu belegen sucht er dies u. a. auch mit dem Blick in die Menschheitsgeschichte: Stets habe es den Glauben an die Utopie, allezeit die Erwartung an einen „alle Schwierigkeiten aufhebenden, in gleichmäßigem Glück und gleichmäßigem Reichtum aller Individuen bestehenden Endzustand der Menschheit“ gegeben. In einer „anthropologische[n] Konstante des egalitären Urimpulses“ sei die Sehnsucht nach dem „ganz Anderen“ und nach einem Abschied von der Welt der „Ungerechtigkeit“ verwurzelt (S. 345). Dieser Utopismus sowie der Massen-Enthusiasmus für eine große Idee hätten in den Terror gemündet. Ohne nach den „Ungerechtigkeiten“ Herrschender zu fragen, wird das Aufbegehren gegen sie von vornherein als radikal und gewaltbereit bewertet, ferner als die Ursache für eine Art Kopie der Radikalität und Gewaltbereitschaft derer, die ihre Welt verteidigten „und damit ‚die Ordnung‘ gegen das befürchtete Chaos“ (S. 251). Man kann es auch als aktuelle Warnung lesen: Immer erwuchs dem Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, ein stärkerer Gegner ...

Unabhängig von solchen Implikationen kann das Noltesche Gedankenkonstrukt seine methodischen Schwächen, erst recht nicht offensichtliche Fehlstellen und sachliche Fehler verbergen. Wer wie Nolte allein im Ideologischen die Antriebskräfte der Geschichte sieht, verfällt zwangsläufig in eine Unterschätzung aller anderen geschichtswirksamen Faktoren.⁸⁶² Wer das Ideologische noch dazu auf utopisches Denken und bolschewistische Zielsetzung reduziert, dem stellt sich dann die Frage, „ob nicht das Verhältnis zum Kommunismus das tiefste und bewegendste Motiv in Hitlers Ideologie ist, dem gegenüber sowohl ‚Versailles‘ als auch das Alldeutschtum wie die gutliberale Lehre vom kämpferischen Überleben der Tüchtigsten in den Hintergrund treten“ (S. 201).

Reale Kräfteverhältnisse spielen da keine Rolle, lediglich die Sicht handelnder Kräfte auf ihre Ziele sowie ihre Selbsteinschätzungen geraten in den Blick. Allein die Tatsache, dass Gottfried Feder in einer NSDAP-Publikation gefragt habe, wie man den Kapitalismus am besten beseitigen könne, stellt für Nolte „die intellektuelle Vorherrschaft der radikalen Linken unter Beweis“ (S. 370). Genüsslich zitiert der Autor vor allem jene vollmundigen propagandistischen Aussagen deutscher und russischer Kommunisten, die mobilisierend wirken sollten, aber weder ihrer tatsächlichen Stärke noch den gegebenen Kräfteverhältnissen entsprachen. Dass diese sich oft selbst als stärkste Kraft bezeichneten und auf eine historische „Gesetzmäßigkeit“ ihres Sieges verwiesen, erübrigt keineswegs die Frage nach dem realen Gewicht ihrer Organisationen und Aktionen. Alle Zweifel sind berechtigt, wenn sowohl für 1918/19 als auch für 1923 unterstellt wird, die Kommunisten hätten erfolgreich putschen können. Selbst für den rassistischen Antisemitismus der Nazis führt der Verfasser das „Beispiel des Feindes“ als Ursache an: Hitler sei zu seiner „Rassenlehre“ vom „Universalismus“ der Linken getrieben worden, obwohl er doch ein „Vorkämpfer ‚des Deutschtums‘“ hatte sein wollen (S. 276).

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55. Jahrgang 2007, Heft 6, S. 575-577.

⁸⁶² Wolfram Pyta schrieb am 4.10.2006 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Nolte interessiere sich nicht „für die kulturellen und sozialen Umstände, unter denen gerade radikale Ideen Besitz von den Köpfen der Menschen ergreifen – und daher bleiben seine Ausführungen einer wolkigen Ideengeschichte ohne Rückbindung an die realen Lebenswelten verhaftet“.

Bunte Bilder, grauer Alltag?

Jena in den 50er und 60er Jahren

Bilder können lügen, schreibt Willy Schilling in den einführenden Worten zu seiner Publikation. Tatsächlich bieten Bilder oft nichts anderes als eine farbenfrohe Maske, hinter der sorgfältig die Realität verborgen werden soll. So klingt es jedenfalls, wenn hierzulande geschichtspolitisch argumentiert wird, um „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu betreiben. Dass einige ihrer Verfechter Bauchschmerzen bekommen haben ob der Einfältigkeit solcher Betrachtungsweise oder auch ob ihrer Wirkungslosigkeit, wurde im vergangenen Jahr deutlich, als eine Kommission daran gegangen war, wenigstens gewisse Änderungen anzumahnen. Um diese „Empfehlungen“ entbrannte bekanntlich heftiger Streit. Manche erhoben lautstark Widerspruch und hielten nach wie vor ihren auf die Staatssicherheit der DDR fixierten Tunnelblick für ein geschichtswissenschaftliches Nonplusultra. Auch auf die Alltagsgeschichte in der DDR einzugehen, wie der Kulturstatsministers Neumann, Freya Klier u. a. verlauten ließen, würde das schlimme Regime verharmlosen, zu einem „weichgespülten“ DDR-Bild führen.

Wer in die vorliegende Chronik schaut, wird vielleicht solche Scheu vor einem Blick auf den Alltag in der DDR besser verstehen. Da wird überhaupt nicht hinter dem Berg gehalten, wenn es um die staatsoffizielle Intoleranz und den Dogmatismus von Staatsoberen geht, da werden Fehlentscheidungen und schmerzliche Verluste als solche benannt. Zugleich aber bietet die Darstellung mehr als nur ein „Mosaiksteinchen“ für eine ausgewogene Darstellung der DDR-Geschichte in den 50er und 60er Jahren. Da wird in den kalendarisch geordneten Mitteilungen über Ereignisse, in den veröffentlichten Bildern, in Filmplakaten und zahlreichen anderen Werbematerialien nach „Botschaften“ gesucht, die alltägliches Geschehen spiegeln. Nachdenken wird geweckt über den die damalige Zeit tragenden Geist, über das Fühlen, Hoffen und Bangen, über das Wirken und Wollen der Handelnden: „Bleibendes, Wertvolles, Richtiges und Fehlerhaftes oder Falsches prägten die zwei Dezennien, wie auch die Gegenwart und Zukunft davon geprägt werden.“

In einem zweiten Teil haben der Historiker Willy Schilling und der Fachlehrer Wolfgang Richter aufschlussreiches Material zusammengestellt, das eine sinnvolle Einordnung Jenaer Ereignisse in die Geschichte der DDR während der beiden Jahrzehnte erlaubt. Das Konzept solcher stadtgeschichtlichen Arbeiten wurde von dem am Neckar beheimateten Verlag in den sogenannten alten Bundesländern bereits mit Erfolg erprobt. Zu hoffen ist auf eine Fortsetzung für die 70er und 80er Jahre, obgleich die Autoren in Thüringen gewiss auch dafür keine Fördermittel erhalten werden.

Willy Schilling: Jena in den 50er und die 60er Jahren. Geiger-Verlag, Horb am Neckar. 84 S., br., 16,90 Euro.

Neues Deutschland, 19. Juli 2007, S. 15.

Reaktionäre noch uneins

Am 13. August 1932 lehnt Hindenburg vorerst Hitler als Reichskanzler ab

„Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ – dies als politisches Credo formuliert zu haben, wird gewöhnlich Konrad Adenauer zugeschrieben. Viele praktizieren es seitdem, doch ein Blick in die Geschichte zeigt: Den Spruch hatten auch früher Regierende, nach Macht strebende oder um diese besorgte Parteiführer drauf, selbstverständlich immer zu Lasten ihrer Wähler und Untergebenen. Das Motto galt ebenfalls im Deutschland des Jahres 1932, als die Auseinandersetzungen zwischen den erstarkenden Faschisten und ihren Gegnern auf eine grundsätzliche Entscheidung drängten.

Als Reichskanzler Heinrich Brüning das Vertrauen derjenigen verloren hatte, die im Lager der Rechten auf einen stärkeren Abbau der Weimarer Demokratie drängten und mit Franz von Papen ein überparteiliches Kabinett installiert worden war, hatte der oberste Naziführer versichert, seine Partei würde zu dessen Tolerierung, ja sogar zur Mitarbeit bereit sein, sollte dieses das SA-Verbot aufheben und Neuwahlen des Reichstages anberaumen. So tat es Hitler am 30. Mai 1932, nach vorausgegangenen Gesprächen mit dem im Hintergrund agierenden Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher, auch im Gespräch mit dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Von einer „ersprießlichen“ Zusammenarbeit ging gar die Rede.

Alles oder nichts

Nach wenigen Wochen waren Hitlers Bedingungen erfüllt: Die SA durfte wieder ungehindert marschieren, der Reichstag wurde aufgelöst und mit der staatsstreichartigen Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli eine mögliche Bastion im Ringen um die Verhinderung einer faschistischen Diktatur geschleift. Was von einigen Historikern als Versuch charakterisiert wird, die Deutschen vor Hitler zu bewahren, diente diesem. Die nationalkonservativen Kreise um Papen, Hindenburg eingeschlossen, scheuten um jeden Preis ein Zurück zu einer parlamentarisch gewählten Regierung, zu den bereits weitgehend ausgehebelten Grundsätzen der Weimarer Verfassung, auch wenn sie ihre Bemühungen als dieser dienlich deklarierten. Die „Sammlung aller nationalen Kräfte“ unter ihrer Führung galt als ihr Ziel. Doch mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli hatte sich das Kräfteverhältnis verschoben. Die NSDAP, obgleich im Verhältnis zu den Wahlentscheidungen des Frühjahres 1932 kaum mit Zugewinn, stellte nun mit 230 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Parlament. Jetzt sollte sie direkt ins Papen-Kabinett eingebunden werden.

Wieder begann Schleicher zu agieren. Er traf sich Anfang August auf einem mecklenburgischen Gut mit Hitler, willens, ihn oder einen Mann seines Vertrauens – da konnte nur an Gregor Strasser gedacht sein – als Vizekanzler zu gewinnen. Doch Hitler wollte mehr, nun der Parole folgend: Alles oder nichts. Er müsse Reichskanzler werden. Zudem seien einige Reichs- und preußische Ministerien seiner Partei zuzubilligen, darunter das Innen- und das Justizressort. Durch sie seien auch die neu zu schaffenden Ministerien für Luftfahrt und für „Volksaufklärung und Propaganda“ zu besetzen. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde zum einen erwogen, mit der katholischen Zentrums Partei eine Koalition einzugehen – was dieser nicht unlieb gewesen wäre –, zum anderen der Straßenterror kräftig angeheizt. Am 11. August notierte Goebbels in sein Tagebuch: „SA wird um Berlin zusammengezogen. Macht die Herren sehr nervös. Das ist der Zweck der Übung. Sie werden schon nachgeben.“ In diesen Tagen „ehrte“ die NSDAP auch einige der eigenen Toten mit der Verleihung ihrer Namen an 14 SA-Stürme. In der Nacht vom 9. zum 10. August überfielen im schlesischen Ort Potempa SA-Männer einen Kommunisten, den sie viehisch umbrachten, was Hitler später mit den Worten kommentierte, die Ehre der Mörder sei auch die seinige.

Papen versuchte seinerseits, die rechtsextremen Konkurrenten unter Druck zu setzen und initiierte eine Notverordnung, welche die Todesstrafe für „Totschlag aus politischen Beweggründen“ vorsah. Er hatte aber offensichtlich nicht damit gerechnet, diese erstmalig gegen die Mörder von Potempa anwenden zu müssen. Überhaupt steckte er in einem Dilemma: Zwar bemühte er sich um die Einbeziehung der Nazis in seine Regierung, doch diesen die Führung zu überlassen, widersprach dem

eingeschlagenen Kurs auf den verstärkten Abbau aller parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsregeln sowie den eigenen Herrschaftsgelüsten.

Hindenburg bremst

Hindenburg zeigte sich in dieser Situation keineswegs als die treibende Kraft, gar als eine, an der Hitler „gescheitert“ wäre, wie dies in manchem Geschichtswerk behauptet wird. Aber ihm behagte das Konzept einer Einbindung der NSDAP in ein Kabinett von „Männern gleicher Art“, wodurch sowohl der Widerstand antifaschistischer Parteien und Gruppen vermindert als auch das gesamte Lager der Rechten gestärkt worden wäre. So hätte auch die noch vorhandene Führungsrolle nationalkonservativer Kreise bewahrt werden können. Zudem schien er persönlich eine Rechnung mit Hitler begleichen zu wollen, nachdem dieser im Reichstagswahlkampf sich selbst als junge Kraft und den Präsidenten despektierlich als alten, d. h. für das Amt eigentlich nicht mehr geeigneten Mann bezeichnet hatte. Natürlich dünkte er sich generell erhaben über den „böhmischen Gefreiten“, doch über den Standesunterschied setzte er sich „staatsmännisch“ hinweg. Ihm widerstrebt, das Parteienwesen und den Parteienstaat zu festigen, würde er Hitler als dem Vertreter einer Partei das Amt des Reichskanzlers übertragen; schon zuvor hatte er mehrfach seiner Abneigung gegenüber dem Wirken politischer Parteien deutlich Ausdruck verliehen. Hauptsächlich leitete ihn aber die „Besorgnis vor größeren Unruhen“. So teilte er schließlich Hitler am 13. August 1932 in der fünften Nachmittagsstunde knapp und bündig mit, ihn nicht, wie gewünscht, als Reichskanzler zu berufen.

An diesem Sonabend schien für Hitler eine Welt zusammenzubrechen. Zwar war der Errichtung seiner Diktatur nicht entgegengewirkt worden, doch bereits deren Vertagung bedeutete ihm eine Niederlage. Seine Taktik „Alles oder nichts“ hatte sich nicht ausgezahlt. Klug genug, schickte er die SA für zwei Wochen in Urlaub, denn eine Fortführung der üblichen terroristischen Attacken hätte auch zu unerwünschten Auseinandersetzungen mit der Reichswehr geführt. Ansonsten schien er in die Defensive gedrängt. Ihm fiel zunächst nichts weiter ein, als Formulierungen des amtlichen Kommuniqués zu bemäkeln und zu behaupten, er habe nicht die „volle Staatsgewalt“, sondern lediglich die „Staatsführung“ gefordert. Außerdem monierte er, von Hindenburg zu einem Gespräch eingeladen worden zu sein, in dem über die Neubildung der Regierung verhandelt werde, nicht aber zu bloßer Entgegennahme einer Mitteilung über bereits getroffene Entscheidungen. Erst am 29. August trat er vor der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion auf und erklärte, „unerträgliche Kompromisse wären von der Partei nicht verstanden worden“ und hätten ein „selbständiges Handeln“ nicht erlaubt. Wie in anderen krisenhaften Situationen verlangte er von jedem Abgeordneten einen Treueschwur, spürte er doch Enttäuschung und Unmut in seiner Partei, in deren Reihen viele bereit waren, wenigstens die erreichbaren Machtpositionen anzunehmen.

Hindenburg hatte am 13. August seine Absage an Hitler mit einem vieldeutigen Trostpflaster verknüpft, das seitdem oft zitiert wird: „Wir sind ja beide alte Kameraden und wollen es bleiben, da später uns der Weg doch wieder zusammenführen kann. So will ich Ihnen auch jetzt kameradschaftlich die Hand reichen.“ Bekanntlich sollte es nicht der letzte Handschlag der beiden gewesen sein, denn bereits wenige Monate darauf – immerhin galten auch dann noch alle Bedenken und hatten alle Argumente, die gegen Hitler vorgebracht wurden, keineswegs ihren rationalen Kern verloren – waren diese zu Makulatur geraten, zum Geschwätz von gestern.

Quellentext: Angst vor der antifaschistischen Front

Wenn in Deutschland eine von den Nationalsozialisten geführte Regierung ans Ruder kommen würde, werde dies einen erbitterten Widerstand auf der Linken auslösen. Die Kommunisten würden sich vollständig auf Organisation einer antifaschistischen Front verlegen. Ein erbitterter Kampf mit Terrorakten von noch nicht dagewesener Stärke würde die Folge sein. Beruhigend sei allerdings die Versicherung des Reichswehrministers, daß die Wehrmacht nicht einseitig den Nationalsozialisten zur Verfügung stehen werde. Andererseits aber würden den Nationalsozialisten, wenn sie die Regierungsgewalt in den Händen hätten, die großen staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen. Man werde es wahrscheinlich erleben, daß für die bisherige Unterdrückung der Nationalsozialisten einseitig Rache genommen werde. Denn, daß eine Regierung über den Parteien stehen müsse, wür-

den die dann verantwortlichen Nationalsozialisten noch nicht ganz begriffen haben. (...) Der Charakter des Kabinetts werde nach seiner Meinung aufgehoben, wenn es mit Nationalsozialisten durchgesetzt werde. Man komme dadurch zu der Parlamentsherrschaft mit allen ihren Fehlern zurück.

(Reichsinnenminister Wilhelm Moritz Freiherr von Gayl am 10. August 1932 in der Sitzung des Kabinetts)

junge Welt, Sonnabend, 11.08.2007, S. 15.

Blut und Tränen

Antifaschistischer Widerstand in Thüringen

Eingebettet in eine knappe Darstellung der Entwicklung und des Charakters des deutschen Faschismus, der sich als „Nationalsozialismus“ ausgab, sowie in die Geschichte Thüringens bietet Gerd Kaiser eine Fülle sorgfältig recherchierter biografischer Skizzen zu jenen Deutschen, die er „stille Helden“ nennt, weil sie sich im Thüringer Wald und seinem Umland der Nazipartei und ihrer barbarischen Herrschaft widersetzen. Mit Bedacht wählte er den Titel seines lesenswerten Buches, ging es doch in der politischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus tatsächlich um Leben oder Tod. Das galt bereits zu jener Zeit, in der diese Partei um die Macht rang und dabei von nationalkonservativen Kräften in den Reihen der deutschen Eliten kräftig gefördert worden war, erst recht in der Zeit ihrer Diktatur und des von ihr entfesselten Krieges. Zudem handelt das Buch von denen, die gleichsam „Geschichte von unten“ verkörpern.

Nach seiner Auffassung – den früher erwünschten Sichtweisen diametral entgegengesetzt – zeigten sich unmittelbar nach 1933 die obersten Führungsschichten von KPD und SPD unfähig und nicht willens, die Ursachen ihrer schweren Niederlage zu erkennen. Zum einen habe sich daraufhin die Basis der KPD von der Generallinie ihrer Führung gelöst, die bis in die Mitte der 30er Jahre am Kampf für die Revolution als Tagesaufgabe festhielt, zum anderen auch die Basis der sozialdemokratischen Partei von ihren Parteioberen, die weitgehend auf Passivität setzten und erwarteten, dass sich das Naziregime abwirtschaftete. So entstand eine Vielzahl von Widerstandsgruppen, die zumeist allein auf sich gestellt waren. Dabei fanden die „stillen Helden“ sowohl neue Inhalte als auch neue Formen ihres politischen Wirkens, die es erlaubten, die soziale und politische Basis des Widerstandes zu verbreitern.

Der Verfasser spricht von kollektivbiografischen Charaktermerkmalen der Frauen und Männer im Widerstand, die es erlauben würden, „ein tatsachenfundiertes und differenziertes Bild von widerständigem Verhalten“ zu zeichnen. Dabei begibt er sich nicht allein auf die Spuren familiärer, beruflicher und politischer Sozialisation, sondern er sucht ebenso spezifische Aspekte im Widerstand von Frauen, Christen und Militärs zu erkunden. Immer wieder stößt er dabei auf die große Bandbreite eines solidarischen und zuverlässigen, selbstbewussten und standhaften, mitunter auch spontanen Handelns, das sich in vielen Formen des aus „Blut und Tränen“ erwachsenden Widerstands äußerte.

Die einzelnen Bilder vom Leben im Widerstand nehmen mit nahezu 300 Seiten den breitesten Raum des Bandes ein und gelten 450 Personen. Sie beruhen auf überlieferten Zeugnissen, Aufzeichnungen und letzten Briefen. Weitere Quellen entstammen den Akten der Reichs- und Landesbehörden, darüber hinaus einigen Familien-, Stadt-, Dorf- und Kirchenarchiven. Zur Verfügung standen insbesondere Erinnerungen von Frauen, Männern und Jugendlichen aus dem südthüringischen Raum, die nach Kriegsende von antifaschistischen Organisationen gesammelt worden waren und bis heute zumeist unveröffentlicht geblieben sind. In seine lesenswerte, gut gestaltete und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Publikation nahm Kaiser auch zwei größere informative Abschnitte auf, die den Band abrunden. In dem einen werden thüringische „Stätten der Verfolgung“ vorgestellt, im zweiten 99 Polizisten, Staatsanwälte, Beamte im Strafvollzug, Richter, Landräte, Bürgermeister und andere Beamte aus Thüringen, die denunzierten, verhafteten, prügeln, „im Namen des Volkes“ Urteile fällten oder selbst Mordtaten begingen.

Kaisers Forschungsergebnisse stehen unmittelbar neben den vor einigen Jahren erschienenen Büchern „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945 in Thüringen“ und „Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen“, ergänzen diese und führen zugleich über sie hinaus.

Gerd Kaiser: „Auf Leben und Tod“. Stille Helden im antifaschistischen Widerstand (1923 bis 1945). Edition Bodoni, Berlin 2007. 542 S., br., 22,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 16. August 2007, S. 15.

Hitlers Helfer, Kollaborateure

Fatale Allianzen im Schatten des Hakenkreuzes

Mit Publikationen über den „Bombenkrieg“ zum Ende des Zweiten Weltkriegs sowie mit „Hitlers Krieg im Osten 1941-1945“ ist er in den letzten Jahren bekannt geworden. Im Mittelpunkt des neuen Buches von Rolf-Dieter Müller stehen die militärischen Dimensionen jener Unterstützung, welche das faschistische Deutschland während des Krieges gegen die UdSSR von bewaffneten Truppen aus 20 europäischen Ländern erhalten hat. Erstmals wird zusammenfassend darüber berichtet, wie viele Nicht-Deutsche wann und wo zu welchen Verbänden formiert und an welchen Abschnitten der Fronten im Osten eingesetzt worden sind.

Bereits erschienene, aber sehr spezielle Literatur und vor allem Unterlagen aus den erst seit 1989/90 zugänglichen Archiven boten reichlich Material für detaillierte Angaben. In drei Kapiteln werden Entstehung, Umfang und der militärische Einsatz ausländischer Truppen an der Seite von Wehrmacht und Waffen-SS dargestellt. Das erste gilt den Formationen aus „verbündeten“ Staaten (gemeint sind: Finnland, Ungarn, Rumänien, Italien, Slowakei und Kroatien), das zweite den „Freiwilligen aus neutralen und besetzten Gebieten“ (dazu zählt Müller Spanien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark und Norwegen), das dritte den osteuropäischen Völkern aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Weißrussland, Russland, der Ukraine und aus dem Kaukasus und ihrem „Kampf gegen den Stalinismus“. Die systematisch angelegte Darstellung soll gezieltes Nachschlagen ermöglichen, ohne Zusammenhänge und Vergleiche zu vernachlässigen.

Das Ergebnis sei hier vorweggenommen. Der Verfasser skizziert es am Ende des Buches in drei Thesen: Der ersten zufolge hätte die Wehrmacht 1941 „niemals bis vor die Tore Moskaus marschieren können“, wenn nicht von den 2000 Frontkilometern 600 von Finnen und weitere 600 von Ungarn und Rumänen abgedeckt worden wären. Die zweite These besagt Ähnliches für die deutsche Sommeroffensive des Jahres 1942, durch die dank der „einheimischen Freiwilligen“ der Vorstoß zu den Ölfeldern des Kaukasus ermöglicht worden sei. Und drittens habe die Wehrmacht den „Zusammenbruch der Ostfront nur mit Hilfe der ausländischen Helfer“ verhindern können.

Dem Militärhistoriker scheinen allerdings selbst gewisse Bedenken ob der rein quantitativen Betrachtungen gekommen zu sein, da er seine Thesen als „zugespitzt“ bezeichnet. Was ihn zu solcher Feststellung veranlasst, erläutert er jedoch nicht. Trotz der Fülle an Informationen, die teilweise dokumentarisch mit Einschätzungen führender Personen dieser Truppen ergänzt werden (u. a. Baudrillart und Degrelle), bleibt mancher der keineswegs unwesentlichen Aspekte aus der Geschichte der „fatalen Bündnisse“ und des wahrlich asymmetrischen Beziehungsgeflechts zu wenig oder gar nicht beleuchtet. Das betrifft z. B. den im Vorwort und in den Schlussbetrachtung verkündeten Anspruch, von „langjährigen Klischees“ Abschied zu nehmen. Damit ist vor allem der Begriff der Kollaboration gemeint. Dieser sei untauglich und erfasse das Phänomen ausländischer Helfer für die Wehrmacht nicht in seiner Vielfalt und Vielschichtigkeit. Er sei, so das reichlich pauschal klingende Urteil, von der Anti-Hitler-Koalition negativ besetzt, wäre „ein halbes Jahrhundert lang von der sowjetischen Geschichtspropaganda weidlich gepflegt“ worden und habe sich auch in der westlichen Literatur als Bild von „einheimischen Faschisten, von Söldnern und Verrätern“ bis in die Gegenwart gehalten. Demgegenüber fällt auf, dass im Text hin und wieder doch von Kollaboration gesprochen wird, unerwartet, den Leser verblüffend.

Mag das noch angehen, so bleibt völlig unverständlich, dass jene Forschungsergebnisse, die gerade in jüngster Zeit zum Thema Okkupation und Kollaboration vorgelegt werden sind, nicht berücksichtigt wurden, ja auch eine Auseinandersetzung mit deren Aussagen vermieden wird. Die umfangreichen Werke von Hans Lemberg und Werner Röhr, aber auch die von Czesław Madajczyk, Joachim Tauber, Christoph Dieckmann u. a. waren Müller keine Erwähnung wert. In der nicht erwähnten Literatur finden sich vielfältigere, differenziertere und wohl auch treffendere Aussagen zu den Motiven, die so viele Menschen den Krieg des deutschen Faschismus unterstützen ließen. Man lese etwa, was Röhr im achten Band der Publikationsreihe „Europa unterm Hakenkreuz“ dazu geschrieben hat.

Müllers Blickwinkel verengt sich auf das Motiv des Antikommunismus, der grundsätzlich als Kampf gegen den Stalinismus aufscheint. Den Krieg zwischen dem „Dritten Reich“ und der überfallenen UdSSR betrachtet er als ein „Duell der Diktatoren“ Hitler und Stalin. Das Ziel derer, die an deutscher Seite zu kämpfen bereit waren, sei an Hitlers Rassenideologie und seiner „rücksichtslosen Ausbeutungspolitik“ gescheitert. Der Antibolschewismus habe sich als ideologische Klammer im Hitlerschen Bündnissystem als schwach und brüchig erwiesen. Wer sich zuvor schon mit den Interessen der „Helfer“ Hitlers befasst hat, wird deren ideologische Beweggründe nicht verneinen, auch nicht die im Band dargestellten Hoffnungen mancher „Kollaborateure“ auf einen Zuwachs an eigener Macht, doch mit der Wirklichkeit des Okkupationskurses des „Führers“ und der Wehrmacht hatten diese Ambitionen nichts gemeinsam, erst recht nicht mit dem Ziel der Aggressoren, ein „großgermanisches Reich“ zu schaffen.

Hitlers „ausländische Helfer“ finden heute besonders bei jenen Kräften Zustimmung, die in ehemaligen sozialistischen Staaten auf eine in der Regel nationalistisch orientierte Traditionssuche gegangen sind. Bekanntlich schließt diese eine Rehabilitierung verurteilter Kriegsverbrecher ebenso ein wie das Errichten neuer Denkmäler oder gar den Kult, der um einige Führer jener an faschistischer Seite kämpfenden Scharen betrieben wird. Müller meint, dass in vielen Heimatländern der ausländischen Helfer eine historische Auseinandersetzung noch zu führen sei, vergleichbar mit jener, die in Deutschland mit dem Bild von der „sauberen Wehrmacht“ geführt worden ist. In seinem Vorwort erwähnt er den Fortbestand und die Aktivitäten des deutschen und europäischen Rechtsextremismus, zu deren Standardrepertoire der Einsatz der Freiwilligen für den „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ gehöre. Dem ist völlig zuzustimmen, doch vielleicht wäre gerade in dieser Hinsicht eine inhaltliche Auseinandersetzung sinnvoll gewesen, beispielsweise mit der in diesen Kreisen verbreiteten Ansicht, es seien „im Schatten des Hakenkreuzes ernstzunehmende Europaplanungen entstanden, die den Mitgliedsstaaten einer autonomen europäischen Gemeinschaft weitgehende Rechte einräumen wollten“.

Rolf-Dieter Müller: An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ 1941-1945. Ch. Links Verlag, Berlin 2007. 275 S., geb., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 4. Oktober 2007, S. 15.

Gegen Lohnraub

Die KPD organisiert im November 1932 den Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Die Nazis nutzen ihn für eigene Interessen

Wer das Wort „BVG-Streik“ hört, meint allzuoft, sofort zu wissen, worum es sich gehandelt hat. Es scheint als bewiesene Tatsache zu gelten, daß in den Anfangstagen des Novembers 1932 Kommunisten und Nazis gemeinsam gestreikt und auf diese Weise endgültig die Weimarer Republik zerstört hätten. Braune und Rote seien deren Totengräber gewesen – eine These, die letztlich auch besagen soll, die damalige „politische Mitte“ habe ernsthaft die Demokratie verteidigt, sei aber der Übermacht extremistischer Parteien erlegen.

Umfassende Lohnsenkung

Was besagen die Tatsachen? Unbestritten handelte es sich um einen der größten und spektakulärsten Streiks, die im Herbst 1932 in rund 800 Betrieben stattgefunden haben. Nach längerer Pause war es wieder zu einer Welle solcher Arbeitskämpfe gekommen, mal hier, mal da, mal unter Führung freier Gewerkschaften, mal auf Initiative der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die der KPD nahestand. Alle richteten sich gegen die dreiste Notverordnung des Reichskanzlers Franz von Papen vom 5. September 1932, die den Unternehmern ermöglichte, gesetzlich fixierte Tarifverträge zu unterlaufen und den Lohnabbau in noch umfassenderem Stil als bis dahin zu betreiben. Lohnkürzungen zwischen zehn und 50 Prozent sollten nunmehr erlaubt sein.

Dies nutzte die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) und wollte, nachdem die gültigen Tarifverträge am 30. September ausgelaufen waren, den Stundenlohn ihrer Mitarbeiter um 14 bis 23 Pfennig reduzieren. Damit wäre es zur fünften Lohnsenkung seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 und zu einer Halbierung des Lohns von 1929 gekommen. Wer hätte das hinnehmen können? Die Verhandlungen der Tarifpartner blieben ergebnislos. Die Direktion beschloß, daß ab 1. November auf unbestimmte Zeit die Stundenlöhne um zwei Pfennige sinken sollten – wenig im Vergleich zu der ursprünglich angekündigten Lohnkürzung, aber viel im Vergleich zu den hohen Lebenshaltungskosten.

Nach dem Willen des freigewerkschaftlichen „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ sollte die Belegschaft in einer Urabstimmung entscheiden, ob dies hinzunehmen sei oder gestreikt wird. Der sozialdemokratisch geführte Betriebsrat rechnete mit einem negativen Ergebnis und hoffte, damit „der RGO das Maul stopfen“ zu können; immerhin gehörten etwa 6000 Männer und Frauen der Belegschaft dem Gesamtverband an. Das Ergebnis war ein anderes: Von 21902 stimmberechtigten Arbeitern beteiligten sich 18537 an der Abstimmung, rund 2900 konnten wegen Krankheit oder „Beurlaubung“ nicht teilnehmen. Für den Streik stimmten 14471, gegen ihn 3993. Aus der Zahl der Gegenstimmen ging hervor, daß nicht einmal alle sozialdemokratisch orientierten Arbeiter den Streik abgelehnt hatten.

In den frühen Morgenstunden des 3. November begann die Mehrheit der Berliner Verkehrsarbeiter zu streiken. Not und Existenzangst hatten sie dazu getrieben. Unterschiedliche Parteizugehörigkeit und -orientierung spielten für sie eine untergeordnete Rolle. Festzustellen ist: Der Streik war Resultat der Situation, nicht das Ergebnis einer Zusammenarbeit von KPD und NSDAP.

Politische Dimensionen

Die Berliner Bevölkerung zeigte zunächst großes Verständnis, obgleich der innerstädtische Verkehr weitgehend zusammenbrach. Am ersten Tag fuhr von den 3000 Straßenbahnwagen lediglich 271 aus, doch auch dieser „Notverkehr“ wurde am Abend eingestellt. Auch an den folgenden Tagen konnten selbst unter Polizeischutz nur wenige Bahnen und Busse fahren. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf vier Streikposten erschossen wurden. Ferner gab es 47 Verletzte und 583 Verhaftungen. Der Streik – alsbald von Regierung, BVG-Direktion und Gesamtverband als ein „wilder“ deklariert – endete mit einer Niederlage.

RGO und KPD hatten sich trotz der Absage des Gesamtverbandes und trotz der Nazibeteiligung für den Streik entschieden. So falsch der politische Kurs der Kommunisten in jener Zeit gewesen ist: In diesem Falle traten sie vorrangig für existentielle Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter ein. Als im Herbst 1932 die Zahl der Streiks in den Betrieben wieder zunahm, als Lohn- und Sozialabbau unmenschliche Ausmaße erreichten, da galt es indessen auch, den weiteren Vormarsch der NSDAP zu stoppen und die Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Dadurch gewann jeder Streik nahezu zwangsläufig auch politischen Charakter.

Dies wurde zwar erkannt, doch kaum hinreichend berücksichtigt. Als der Parteitag der KPD von Berlin-Brandenburg am 19. und 20. November – wenige Tage nach dem Rücktritt der Papen-Regierung – Lehren aus den Streikkämpfen zog, war viel von der notwendigen Auseinandersetzung mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, dagegen weniger vom Abwehrkampf gegen die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation und NSDAP die Rede. Trotz ihrer grundsätzlichen antifaschistischen Position führte die Kommunistische Partei ihren politischen Kampf an falschen Fronten und beeinträchtigte so die Glaubwürdigkeit der Hitlergegner.

Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter – so unterschiedlicher Meinung man über ihn sein kann – stellte keine ernsthafte Gefahr für den Weimarer Staat dar. Er zielte weder auf die Vorbereitung eines „kommunistischen Umsturzes“, noch war die KPD in der Lage, aus ihm einen Generalstreik hervorgehen zu lassen. Es gelang ja nicht einmal, die Berliner S-Bahn in die Lohnauseinandersetzungen einzubeziehen. Die Beteiligung von KPD und NSDAP am Streik schuf zudem keine Konstellation der politischen Akteure Weimars, aus der die Berufung Hitlers als Reichskanzler hätte hervorgehen können. Es waren nationalkonservative und andere rechte Kreise, welche die NSDAP an die Macht gebracht sehen wollten. In den Reihen deutscher Großindustrieller, Großagrарier und Generäle zeigten sich viele nach dem 6. November ob des Rückgangs der NSDAP-Stimmen von 13 auf 11 Millionen bestürzt: Sollte jene politische Kraft wirklich verlorengehen, die wie keine andere versprach, den „Marxismus“ – sprich: die beiden Arbeiterparteien, den Parlamentarismus und die Reste demokratischer Verfassungsrechte – „auszurotten“ und wie keine andere rigoros Deutschland wieder eine Vormachtstellung in Europa und in der Welt verschaffen wollte?

junge Welt, Sonnabend, 03.11.2007, S. 15.

Taktik der Nazis im BVG-Streik

Es hatte niemanden überrascht, daß die Kommunisten für den Streik eintraten. Als Sensation galt hingegen die neue Position der NSDAP, denn in die zentrale Streikleitung waren auch vier Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) eingetreten, die 1300 streikbereite Arbeiter vertraten. Bis dahin hatte die NSDAP eine Beteiligung an Streiks und diese selbst strikt abgelehnt. Worin bestanden nun ihre Motive?

Diese entsprangen eindeutig reiner Taktik. Die Nazis schielten auf neue Wähler aus der Arbeiterschaft, zumal sie bei der Reichstagswahl am 6. November mit einem Rückgang zu rechnen hatten. Offenherzig formulierte der Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels: „Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht wiedergewinnen; hat man aber den Arbeiter einmal verloren, dann ist er auf immer verloren.“ Wie wichtig diese Streikbeteiligung für Goebbels war, geht nicht zuletzt aus der Tatsache hervor, daß er darüber mit Hitler „in stündlicher telefonischer Verbindung“ stand. Seinem Tagebuch vertraute er am 4. November an: „Unser Ruf bei der Arbeiterschaft hat sich in ganz wenigen Tagen glänzend gehoben. Wenn sich das auch bei dieser Wahl noch nicht auswirken sollte, für die Zukunft ist dieser Aktivposten von gar nicht abzumessender Bedeutung. Man muß auch hier in längeren Zeiträumen rechnen lernen; denn schließlich wollen wir ja Berlin erobern, und da kommt es nicht darauf an, ob man bei einer mehr oder weniger belanglosen Wahl ein paar zehntausend Stimmen verliert, die im aktiven, revolutionären Kampf ohnehin keine Bedeutung haben.“ Als der Streik seinem Ende entgegen ging, gab Goebbels die Losung „Abspringen!“ aus. Dem folgte am 11. November der Eintrag: „Unsere Attacken gegen die KPD müssen jetzt mit größerer Schärfe vorgetragen werden. Während des Streiks gerieten wir zu ihr in eine unangenehme, aber unvermeidliche Tuchfühlung. Jetzt muß wieder Abstand genommen werden.“ Festzustellen ist: Nichts spricht für irgendeine Gemeinsamkeit der Nazis mit den Kommunisten. Im Gegenteil: „Abstand“ war selbst während des Streiks gewahrt worden, als die NSBO mit eigenen Posten und Parolen vor bestreikte Betriebsteile zog.

junge Welt, Sonnabend, 03.11.2007, S. 15.

Aversionen gegen das Parteienwesen in Deutschland vor 1933

Quellen und Folgen

„Nein danke, ich bin parteilos glücklich“¹ – diese Worte legte vor kurzer Zeit ein thüringischer Karikaturist einem Mann in den Mund, der offensichtlich keiner Partei vertraut und sich deren Werbung verweigert. Die Parteien bieten ihm kleine Geschenke an: Fähnchen, Luftballons und Kugelschreiber, jedoch kein Konzept. Sie wollen ihn lediglich ködern. Sie buhlen um den Mann, dem jedoch ein Spaziergang mit seinem Hund wichtiger zu sein scheint.

Parteien und deren Adressaten stehen gleichermaßen in der Kritik. Dass der vom Zeichner gewählte Titel „Buhhlende Parteienlandschaft“ die Wortähnlichkeit zu den „blühenden Landschaften“² nutzt, die der ost-deutschen Bevölkerung vor 17 Jahren vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen worden sind, sei lediglich am Rande vermerkt. Selbstverständlich existieren Aversionen gegenüber den politischen Parteien in allen Teilen Deutschlands. Ihre Palette ist breit und reicht vom totalen Bannfluch bis zu Forderungen nach Überparteilichkeit, von Parteienprüderie bis zu Parteienverdrossenheit und gelegentlichen Unmutsäußerungen, vom Wunsch nach einer Reform des Parteienwesens bis zu der besorgten Frage, ob denn politische Parteien überhaupt noch eine Zukunft haben³. Alle fußen indessen auf einem antidemokratischen, zumeist auch nationalistischen Politik- und Parteienverständnis, dessen Ursachen und vielgestaltige Erscheinungsformen bis in das 19. Jahrhundert der deutschen Geschichte zurück zu verfolgen sind.

Die gegen Existenz und Wirken politischer Parteien gerichteten Ideen tauchten nahezu zeitgleich mit deren Entstehung auf. Wer den möglichen Wirkungen heutiger Parteienverdrossenheit präventiv begegnen will, der sollte auch Erscheinungsformen, Strukturen und Merkmale aller Anti-Parteien-Affekte analysieren und historische Erfahrungen beachten. Blickt man in diesem Sinne – und wie das Thema der Konferenz es gebietet – auf das 20. Jahrhundert, so wird dieses nicht nur als das politischer Extreme, terroristischer Diktaturen und mörderischer Weltkriege zu bezeichnen sein. Zu reden ist ebenso von einem Jahrhundert größter Dynamik des Parteienwesens und breitester Vielfalt der Parteiensysteme. Alle Ereignisse und auch die Entwicklung des vergangenen Säkulums sind ohne sie nicht zu erhellen. Jede Darstellung wäre unhistorisch, würde sie den außerordentlich großen und häufig sogar entscheidenden Einfluss von Parteien sowie sich wandelnder Parteiensysteme ausklammern. Auch die Leistungen führender Persönlichkeiten können kaum ohne deren parteipolitische oder parteiorganisatorische Basis erklärt werden. Das gilt insbesondere für die Vorgeschichte des diktatorischen Regimes zwischen 1933 und 1945.

Ohne Zweifel verdient vieles aus der Parteiengeschichte positiv gewürdigt zu werden. Zugleich drängt sich dem Betrachter die Feststellung auf, dass eine große Zahl politischer Parteien zumindest nichts dazu beigetragen hat, demokratische und friedliche Verhältnisse durchzusetzen. Im Gegenteil: Es gab antidemokratisch und antiparlamentarisch orientierte Auffassungen in Hülle und Fülle; nur wenige sind im Anhang meines Textes unter dem Titel „Wir müssen eine Partei zur Vernichtung des Parteiwesens bilden ...“ Aus Reden und Schriften wider das Parteienwesen in Deutschland vor 1933“ dokumentiert. Sie trugen wesentlich dazu bei, den Weg zu antidemokratischen, ja geradezu barbarisch-terroristischen Herrschaftsformen zu erleichtern, wenn nicht gar frei zu machen. Leider gehört es zu unseren historischen Erfahrungen, dass Gefahren für die Gesellschaft immer wieder auch aus Konzepten vermeintlicher Alternativen zu Existenz und Wirken politischer Parteien, zum Parteienwesen und zur Parteiendemokratie erwachsen.

¹ Thüringische Landeszeitung, 21.08.2007, S. 2.

² Siehe S. Prokop: *Blühende Landschaften*, in: K. Pätzold, M. Weißbecker (Hrsg.), *Kleines Lexikon historischer Schlagwörter*, Leipzig 2005, S. 30 f.

³ Die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung lobte 2007 einen *Nachwuchsförderpreis für politische Publizistik* zum Thema *Haben die Volksparteien Zukunft?* aus. Die Ergebnisse wurden publiziert, in: *Politische Studien* 414. Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen, 58. Jg., Juli/August 2007, S. 15-39. Siehe auch Zeschmann, *Wege aus der Politiker- und Parteiverdrossenheit – Demokratie für eine Zivilgesellschaft*, Sinzheim 2000.

Die Bedeutung der Parteien, die sich auf der Grundlage divergierender Interessen und des Konkurrenzgeschehens der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts formiert hatten⁴, nahm mit dem sich durchsetzenden Prinzip der Volkssouveränität und mit dem Übergang in das Zeitalter der Massen außerordentlich zu. Ihr Erfolg hing mehr und mehr davon ab, sich aus Klientel- und Wahlvereinen zu großen Mitgliederparteien zu entfalten. Um dies erreichen zu können, sahen sich alle veranlasst, ihre jeweiligen partikularen Interessen Schritt für Schritt hintanzustellen. Nach dem Urteil Hannah Arendts begann das Unglück der Parteien, als diese sich des „Materialismus“ ihrer Interessen zu „schämen“ begannen und den Beweis antreten wollten, dass „die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der gesamten Menschheit übereinstimmen.“ Deutlich sprach sie von „verlogenen Kombinationen engster Interessen und allgemeiner Weltanschauungen“ die nur scheinbar erwies, paradox seien, weil mit der Reflexion des Klassensystems in den Parteien diese dringend des Nationalismus, des volkstümlichen Ausdrucks gesamtnationaler Interessen“ bedurft hätten⁵. In der Aufgabe, Kandidaten für die Wahlen zu nominieren, betrachtete sie als „den Generalnenner aller Parteien in gleich welchen Systemen“⁶.

Die Philosophin berührte damit bereits den Zusammenhang zwischen dem parlamentarischen Parteiensystem, das die niedergehen sah, und der Tatsache, dass die Parteien „in der Volksmeinung mehr und mehr als eine kostspielige und eigentlich unnötige Institution“ gelten würden. Allen Gruppen, die „jenseits von Parteien und Klasseninteressen“ auftreten, biete sich nach ihrer Meinung eine „Chance echter Popularität“. Klarsichtig erkannte sie zugleich die Begrenztheit „überparteilicher“ Ansprüche und anderer Parteienaversionen: „Dass diese Gruppen dem Allgemeinwohl dienen und zur Führung der Staatsgeschäfte geeigneter sein würden als das parlamentarische Parteiensystem, war freilich nur ein Schein; sie alle verfolgten in Wahrheit nur das Ziel, ihr eigenes partikulares Interesse an die Stelle der vielen, widersprechenden Interessen der Klassengesellschaft zu setzen und in Form der Parteidiktatur die Macht, also den Staatsapparat zu ergreifen.“ Um diese Ziele zu erreichen, würden diese Gruppen u. a. den Begriff der „Bewegung“ usurpieren, um Massen für sich zu gewinnen zu können⁷.

Vor allem die Geschichte der NSDAP belegt diese Feststellungen. Bekanntlich betrieb deren Führung einen enorm großen Aufwand, die eigene Organisation als „Bewegung“ als „Partei über den Parteien“ sowie als „Überwinderin“ des Parteienwesens darzustellen. Um sich von den anderen Parteien abzuheben, diskreditierte sie diese mit allen Mitteln – doch darüber hinaus zielte sie auch auf das Existenzrecht des gesamten Parteienwesens. Dessen negative Erscheinungsformen (Partei-egoismus, Selbsterhaltungstrieb, Beharrungsvermögen, Korruption und Futterkrippenwirtschaft usw.) erschienen in nationalsozialistischer Darstellung zudem stets als „undeutsche“ Übernahme westlicher Demokratiemodelle sowie als Ergebnis jüdischer Aktivitäten.

Wie wir wissen, trug Ihre Antiparteien-Propaganda wesentlich zum Zustandekommen der Millionenegolfschaft bei, seit 1930 auch zur Mobilisierung bisheriger Nichtwählerscharen. Doch *weshalb* konnte die nationalsozialistische Delegitimierung des Parteienwesens so erfolgreich sein?

Wesentlich war wohl vor allem, dass die NSDAP in ihrer Kritik am Parteiensystem, gebündelt im Begriff der „System“-Parteien, nicht allein stand. In der nationalistischen Ideenwelt der Völkischen und vieler Konservativer hatte das Thema stets Vorrang besessen. Obgleich die NSDAP selbst als

⁴ Zum einen ist damit der Gegensatz zwischen Adel, Bürgertum, Militär usw. einerseits und dem Proletariat andererseits gemeint, zugleich sind so auch die Gegensätze innerhalb der beiden Klassen zu erfassen. – In welchem Maße die Parteien-Aversionen am Ende des 19. Jahrhunderts sich hauptsächlich gegen die aufstrebende und erstarkende Sozialdemokratie richtete, machte Bismarck deutlich, als er am 17. Mai 1893 erklärte „Der Umstand, dass man jetzt die Sozialisten als eine politische Partei behandelt, als eine Macht im Lande, die man ernsthaft behandeln und mit der man rechnen muss, statt als Räuber und Diebe, die zermalmt werden müssen – das hat ihre Kraft und Bedeutung in hohem Grade gesteigert, ebenso wie die Beachtung, die man ihnen schenkt. Ich hätte das nie gestattet. Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden.“ Zit. nach H. von Poschinger, *Neue Tischgespräche und Interviews*, Bd., 1, 1895, S. 233.

⁵ H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Ungekürzte Ausgabe, München und Zürich 1986, S. 406 ff.

⁶ H. Arendt, *Über die Revolution*, München 1974, S. 350.

⁷ Ebenda, S. 409 f

Partei auftrat, traf sie mit ihrer Parteienaversion einen empfindlichen Nerv vieler Menschen, fand sie Resonanz und Bestätigung. In dieser Hinsicht – und ganz im Unterschied zu ihren sozialpolitischen Verlautbarungen – bedurfte die nationalsozialistische Propaganda nur in geringem Maße demagogischer oder gar manipulativer Nachdrücklichkeit. Das Thema besaß Alltags-Attraktivität. Die Auswirkungen der real existierenden Schwächen des Parteienwesens und die Krise des Weimarer Parteiensystems waren überall und für alle unverkennbar⁸. Das Thema wirkte gleich einem Selbstläufer ebenso zugunsten der NSDAP wie die dieser Partei zur Verfügung stehenden politisch-rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, welche der Weimarer Staat bekanntlich den rechten Gegnern der Republik reichlich angedeihen ließ⁹. Die Parteien-Aversionen trugen damals wesentlich zu jener von Hannah Arendt als „prätotitär“ bezeichneten Atmosphäre“ bei¹⁰.

Zu untersuchen wären also nicht nur die weithin bekannten Ursachen des 30. Januar 1933, sondern auch die lautstarken, couragiert anmutenden Auseinandersetzungen der NSDAP mit den Gebrechen des bestehenden Parteienwesens. Diese schienen vielen Deutschen während der letzten Jahre der Weimarer Republik überaus berechtigt zu sein, mochte auch mancher über Formen und Umfang des Auftretens der Hitler-Anhänger sich mokieren, an Überspitzung denken oder deren Parolen als „Leerformel“ betrachten.

Die NS-Ideologen hatten in den frühen 20er Jahren zunächst die anderen Parteien mehr als Gegner oder als Konkurrenten betrachtet, die es zu diskreditieren galt. An eine Überwindung des Parteienwesens dachten sie auch deshalb nicht, weil sie in der existenziellen Auseinandersetzung mit den völkischen Gruppen den Charakter ihrer Organisation als Partei zu verteidigen gezwungen waren. Viele Völkische, die sich selbst in Wehrverbänden, Bündnen usw. organisiert hatten, beklagten die Aufnahme des Wortes „Partei“ in den Namen der NSDAP. Das zentrale Argument, das solcher Ablehnung parteipolitischer Organisiertheit entgegen gehalten wurde, lautete: eine straffe organisatorische Erfassung der Massen stelle die entscheidende „Voraussetzung für den Sieg“ dar¹¹. Dass man zugleich grundsätzlich anders sein und aus den „Gebrechen“ des Parlamentarismus aussteigen sowie sich als die bessere Partei ausweisen wollte, wurde zwar erwähnt, aber in der Regel nicht besonders hervorgehoben. Bis in die Mitte der 20er Jahre bemühte sich die NSDAP hauptsächlich darum, einen eigenständigen Platz innerhalb des bestehenden Parteiensystems zu gewinnen. Erst später ist von ihr behauptet worden, dies sei lediglich Taktik gewesen, doch das belegen die Quellen nicht. Die Hinwendung zu grundsätzlicher Kritik am gesamten Parteienwesen sowie zu einer visionären Zielsetzung erfolgte tatsächlich erst, als sie selbst Machtpositionen anzustreben begann.

Im Ringen um die Gewinnung eines größeren Massenanhangs konnte die NSDAP nicht nur die völkischen, sondern auch alle konservativ-nationalen, monarchischen und antidemokratischen Denkt-raditionen nutzen. Die Parteien seien überholt, modrig wie faulendes Aas, würden sie doch lediglich jeweils spezielle Interessen vertreten – so hatte es bereits geheißen, als an die Nazis noch nicht zu denken war. Lange vor ihren Erscheinen auf der politischen Bühne war auch die Idee einer neuartigen „überparteilichen“ Organisation verbreitet worden¹². Stark und umfassend drang alles in die nationalsozialistische Gedankenwelt ein, was in dieser Hinsicht konservative Kreise bereits zuvor

⁸ Bereits für das Jahr 1930 konstatierte Karl Dietrich Bracher, die Diskreditierung der Parteipolitik habe ein „Ausmaß und eine Schärfe der Überzeugungskraft erreicht, dass jede fühlbare Verschlechterung der Existenzbedingungen und des sozialen Prestiges, jede ernsthafte psychologische Belastung auch nach der kurzen Periode der Stabilisierung jenen verfassungsrechtlichen, wirtschaftspolitischen, ideologischen Argumenten praktische Durchschlagskraft verschaffen konnte, die den fortdauernden Zweifel oder gar der aggressiven Kritik an dieser Republik Raum und Rückhalt gaben.“ K. Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. Düsseldorf ⁵1984, S. 259.

⁹ Siehe dazu u. a. K. Pätzold, M. Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920-1945*, Köln 1998.

¹⁰ H. Arendt, *Elemente und Ursprünge*, a. a. O., S. 414.

¹¹ Dies betonte z.B. die thüringische Zeitung „Der Nationalsozialist. Kampfblatt der NSDAP“ in ihrer Ausgabe 51/52 vom Dezember 1928 anlässlich des Erscheinens des zweiten Bandes von Hitlers *Mein Kampf*.

¹² Siehe P.-Ch. Witt, *Konservatismus als „Überparteilichkeit“ Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900-1933*, in: *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und 50. Doktorjubiläum*, D. Stegmann. B.-J. Wendt, P.-Ch. Witt (Hrsg.), Bonn 1983, S. 231-280.

verlautbart hatten. Wenn also von „Vordenkern“ und „Wegbereitern“ zu sprechen ist, lässt sich das eindeutig belegen, mitunter sehr detailliert bis in einzelne Formulierungen hinein. Und bekanntlich blieb es nicht bei den ideologischen Anleihen. Die später betriebene Bündnispolitik¹³ bekannt unter den Schlagworten „Harzburger Front“ und „Kabinett der nationalen Konzentration“, beruhte ebenfalls auf konservativ-antidemokratischen Theorien und Schlagworten.

Mit den Parteien-Aversionen und antiparlamentarischen Bannflüchen deutscher Konservativer, die Kurt Sontheimer in seiner Analyse des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik so trefflich dargestellt hat¹³, besaß die NS-Propaganda eine über bloße Parteitaktik hinaus reichende Orientierung. Sie hatte damit zugleich ein erforderliches, wenn auch in sich nicht immer stimmiges Fundament erhalten. Zu erwähnen sind hier beispielsweise Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete¹⁴, Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist¹⁵, Moeller van den Bruck, der rasch Abstand nahm von seiner ursprünglichen Idee einer „dritten Partei“ und an die Stelle so genannter Parteibevormundung die Forderung setzte, ein „dritten Reich“ zu schaffen, Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte, Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien „mit Feuer und Schwert“ ausgelöscht, Hans Zehrer, der nicht den Parteien, sondern den Bünden Zukunft verhieß, u. a. m.¹⁶

Die strikte Ablehnung des Parteienwesens durch Verfechter der „konservativen Revolution“ erlaubte der NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre, d. h. parallel zum eigenen „Aufstieg“, eine erhebliche Verschärfung ihrer radikalen und zugleich terroristisch untermalten Parteien-Aversionen. In den Vordergrund trat eine pausenlos und nachdrücklich betriebene Selbstdarstellung als erfolgreich aufstrebende, sich ständig vergrößernde und wählerstärkste Partei. Immer stärker kam Selbstüberhebung über alle anderen Parteien zum Vorschein. Und es mehrten sich die Ankündigungen, man wolle das gesamte Parteienwesen vernichten, sobald man an die Macht gelangt sei. Wie auf anderen Politikfeldern auch vollzog die NSDAP hinsichtlich ihres Parteienverständnisses einen Radikalisierungsprozess, der nach 1933 im ständigen Zwiespalt von Einparteiensystem und Staat seine Fortsetzung fand.

Dennoch hätten Existenz und Umfang der Aversionen gegen die politischen Parteien allein nicht einen so gravierenden Wandel wie den von 1933 bewirken können. Ein weiterer und wohl besonders zu beachtender Wirkungsfaktor der nationalsozialistischen Parteien-Aversionen ergab sich aus der Koppelung von Parteienkritik und dem Anspruch, über das Parteienwesen hinaus weisen und eine angeblich reale Alternative bieten zu können. Die NSDAP formuliert dies in ihren durchaus wohlklingenden, aber dennoch irreführenden Parolen: „Volksgemeinschaft statt Klassenspaltung“, „Gemeinnutz statt Eigennutz“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ u. a. m. Es sei, wie Hitler einmal verkündete, anzustreben, dass „alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefasst“ werden müssten. Entscheidend sei das Gefühl aller, dass alle „in erster Linie Deutsche sein müssen“¹⁷. Menschen fremder Art und Herkunft, anderer körperlicher Beschaffenheit und auch anderer Gesinnung sprach dies jedes Existenzrecht ab.

Die offen angekündigte Vernichtung der Parteien und die Verheißung einer glanz-vollen parteienlosen Zukunft durch eine Organisation, die selbst Partei war, machten allerdings offenkundig, dass die

¹³ Siehe K. Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962.

¹⁴ Zit. nach *Falsche Propheten. Studien zum konservativ-demokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert*, L. Elm (Hrsg.), Berlin 2/1990, S. 283.

¹⁵ Diese Feststellung traf Bloch 1936 anlässlich des Todes von Spengler zugleich fragte er: „Wollte er Hitler werden, hat er ihn beneidet?“. E. Bloch, *Spengler und Russland*, in: *Literarische Aufsätze* (Gesamtausgabe, Bd. 9) Frankfurt am Main 1965, S. 61.

¹⁶ Siehe dazu die entsprechenden Belege im Anhang zu diesem Beitrag.

¹⁷ Hitler in Lipperode am 12.01.1933. Zit. nach *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen* (künftig zit. als Hitler RSA), Bd. IV, Teil 3. München 1997, S. 58.

NSDAP in dieser Hinsicht einem inneren Zwiespalt unterlag. Hitler brachte es auf die griffige Formel: Wir sind zwar gegen die Parteien, brauchen aber eine Partei, um das Parteienwesen vernichten zu können. Alfred Rosenberg versuchte diesen Widerspruch auf einer mystifizierenden Erklärungsebene aufzuheben: Die NSDAP sei als ein organischer Bestandteil der Gesellschaft zu sehen, aus dem Volk hervorgegangen und habe daher Anspruch auf das Volk in seiner Totalität. Die nationalsozialistische Bewegung müsse als etwas verstanden werden, was man nicht „ablehnen“ könne, denn sie sei eine „Naturerscheinung [...] wie sie in der Geschichte der Völker nur sehr vereinzelt“ vorkomme. Darüber hinaus wurde eine naturgesetzliche Ewigkeit in Anspruch genommen: „Sie ist vergleichbar mit den gewaltigen Eruptionen, die einst die Gebirge entstehen ließen, und die man nicht ‚ablehnen‘ oder ‚annehmen‘ kann; sie sind einfach da, und man hat sich mit ihnen abzufinden. Genau so ist es mit unserer Bewegung. Es mögen menschliche Unzulänglichkeiten dabei mitspielen, aber es ist hier etwas Ereignis geworden, das durch alle Jahrtausende bestehen wird“¹⁸.

Betrachtet man die Auswirkungen nationalsozialistischer Parteien-Aversionen, so lassen sich im Unterschied zu den Veränderungen im deutschen Parteienwesen unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges für die Jahre 1932/33 tiefer greifende Wandlungen feststellen. Rückten die Parteien während der deutschen Novemberrevolution – schlicht ausgedrückt – nur ein Stück nach „links“ und bewahrten die Kontinuität des Parteienwesens, so gingen die meisten Parteien am Ende der Weimarer Republik gleich mehrere Schritte nach rechts, verbunden mit einer auffälligen Polarisierung der Parteienlager. Da gab es zahlreiche von Entdemokratisierung und neuen autoritären Führungsstrukturen gekennzeichnete Vorgänge in nahezu allen regierenden Parteien. Viele missachteten zunehmend die demokratisch-parlamentarischen Spielregeln der Weimarer Verfassung, gleich ob es sich um das auf Notverordnungen gestützte Regieren, um den Versuch eines verfassungswidrigen Umgehens der Reichspräsidentenwahlen um den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen oder die umfangreichen Reichsreformpläne gehandelt hat, welche fadenscheinig als Verbesserung der Verfassung oder gar als Maßnahme zu deren Schutz ausgegeben wurden. Zugleich nahmen die mit paramilitärischen Mitteln geführten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien außerordentlich zu, was den politisch-moralischen Anspruch der Parteien ebenso konterkarierte wie die Unfähigkeit zur Bewältigung der Wirtschaftskrise verdeutlichte.

Innerhalb des Parteienwesens verschoben sich – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichen- den Prozessen – alle Proportionen. Die traditionell zwischen den Parteien bestehenden Beziehungs- geflechte unterlagen tiefer Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung. Die NSDAP schwoll zur größten Mitglieder- und Wählerpartei an. Die Parteien der so genannten Mitte erlebten einen gewaltigen Rückgang, nur das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vermochten relativ stabil zu bleiben. Zwischen den beiden Arbeiterparteien entstand erstmalig ein relatives Gleichgewicht, das deren Vorstände zu euphorischer Überschätzung der jeweils eigenen Kraft und zu folgenreicher Unterschätzung des Potentials der NSDAP führte. Der Gedanke an ein sinnvolles, d. h. beide stär- kendes Zusammengehen wiesen sie weit von sich. Eine ernsthaft zu nennende Gegenbewegung kam auch bei jenen Parteien nicht zustande, gegen die sich vorrangig alle faschistischen Bemühungen unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ richteten.

Im Hinblick auf SPD und KPD sind jedoch auch spezifische Aspekte der Parteien-Aversionen zu beachten, vor allem bei einer Analyse jener Kräfte, für die sich seit einiger Zeit in Deutschland der Begriff des Parteikommunismus eingebürgert hat¹⁹. Das Bild von der eigenen Partei wählte die KPD in strikter Abgrenzung zur sozialdemokratischen Partei, was den verhängnisvollen Unsinn der Sozialfaschismus-These bewirken half. Es beruhte zugleich auf einer ebenso strikten Anlehnung an das sowjetische Modell, das als Diktatur des Proletariats ausgegeben wurde, in Wirklichkeit eine Diktatur über das Proletariat darstellte. Man wollte einerseits anders als die SPD und zugleich die „einzige Arbeiterpartei“ sein, andererseits sah sie sich von avantgardistischer Selbstüberschätzung beherrscht. Ihre Kritik galt indessen kaum dem gesamten Parteienwesen als vielmehr den Funkti-

¹⁸ Alfred Rosenberg am 08.11.1934 vor dem NS-Studentenbund.

¹⁹ Siehe dazu u. a. K. Kinner, *Der deutsche Kommunismus Selbstverständnis und Realität*, Bd. 8. *Die Weimarer Zeit*, Berlin 1999.

onsdefiziten der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Republik, was auch im innerparteilichen Dauerstreit um die Frage Ausdruck fand, ob und inwieweit diese gegen Angriffe von rechts zu verteidigen sei oder nicht. Die jüngst von Riccardo Bavaj vorgelegte Studie, angekündigt als ergänzendes Gegenstück zu dem bekannten Buch Kurt Sontheimers, sowie der von Mike Schmeitzner herausgegebene Band „Totalitarismuskritik von links“²⁰ belegen hingegen Parteien-Aversionen bei einer Reihe linkskommunistisch-radikaler Gruppen. Letztere gaben sich sogar ausgesprochen parteienfeindlich, motiviert aus der konsequenten Ablehnung sowjetischer Verhältnisse und der Kritik an der KPD. Syndikalisten wie Heinrich Lauffenberg, Fritz Wolffheim, Karl Schröder und vor allem Otto Rühle²¹ fanden in allen Jahren der Weimarer Republik zwar starke Worte, doch nicht zu eigenständigen Organisationsformen. Ihre Vorstellungen von einem Machtsystem revolutionärer Betriebsräte trugen utopischen Charakter, ihre Kritik an der Kommunistischen Partei Russlands bzw. der Sowjetunion widerspiegelte dennoch die von Parteikommunisten beschönigte Realität.

In totalitarismustheoretischer Hinsicht mag es als paradox erscheinen, dass die überwiegende Mehrheit jener politischen Kräfte, die ihre Positionen eher links und internationalistisch begründeten, die Existenz des Parteienwesens selten in Frage stellte. Zumeist ging es der KPD um die Bestimmung des eigenen Platzes im bestehenden Parteiensystem, und selbstverständlich um die konkurrenzbedingte Auseinandersetzung mit anderen Parteien. In ihren programmatischen Dokumenten und selbst in den theoretischen Bezeugungen westeuropäischer Kommunisten kamen Argumente solcher Art kaum vor. Allerdings vermochten sie auch nicht, über die gescheiterte Räte-Idee hinaus zu gehen. Über mögliche Formen der politischen Organisation in der angestrebten klassenlosen Gesellschaft wurde nicht nachgedacht. Über deren allgemeine Kennzeichnung als Diktatur des Proletariats ging man nicht hinaus. So blieb die KPD unfähig zur Kritik an Erscheinungen, die den Gedanken des proletarischen Internationalismus durch bloße Demagogie ersetzten, rasch in eine stalinistische Praxis mündeten und ihren Antifaschismus hilflos sein ließen.

Das Ergebnis der hier für die Zeit vor 1933 benannten Phänomene ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromisslosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte, Schritt für Schritt alle anderen Parteien zu überwältigen und eine das Parteienwesen konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten. Als das berüchtigte Gesetz vom 14. Juli 1933 erging – es war übrigens das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte – hieß es zur Begründung, die Neubildung von Parteien wäre ein „Verbrechen an Staat und Volk“²². Der faktischen Liquidierung des Parteienwesens folgte die Diktatur einer Partei sowie eine außerordentlich straff strukturierte „Organisationen“-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfasste und in hohem Maße dazu beitrug, das Regime bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg stabil zu halten. Man könnte von einer gewissen Ironie der Geschichte sprechen, dass die Partei der „Überwinder“ des Parteienwesens in der letzten beiden Jahren ihrer Herrschaft selbst in eine Krise geriet und schließlich mit dem 8. Mai 1945 unterging²³.

* * *

²⁰ *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert* (= Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 34), M. Schmeitzner (Hrsg.), Göttingen 2007.

²¹ Siehe M. Schmeitzner, *Brauner und roter Faschismus? Otto Rühles rätekommunistische Totalitarismustheorie*, in: Ebenda, S. 205-227.

²² Das Kabinett erhielt am 12.07.1933 den Entwurf des Reichsinnenministers, der eine einzige Bestimmung enthielt: „Wer es unternimmt, politische Parteien neu zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten politischen Partei aufrecht zu erhalten, wird als Hoch- und Landesverräter bestraft“. Dazu äußerte allein der Reichsjustizminister in der Ministerbesprechung vom 14.07. Bedenken. Sie betrafen jedoch nur den Zeitpunkt, durch den möglicherweise die „innere Überzeugungskraft“ der Selbstauflösung der Parteien getrübt werde. Hitler wollte sich diesem Gedanken nicht verschließen und schlug vor, das Gesetz zu beschließen und es erst zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Frick wies Gürtners Argument als „nicht durchschlagend“ zurück. Noch am selben Tag erfolgte die Ausfertigung des Gesetzes. Neben konkretisierten Strafbestimmungen enthielt sie noch folgende Bestimmung: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*, Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. Von Karl-Heinz Minuth. Boppard am Rhein 1983, S. 661 f.

²³ Siehe dazu K. Pätzold, M. Weißbecker, *Geschichte der NSDAP*, a. a. O., S. 486 ff.

Die Parteien stehen gegenwärtig erneut in arger Kritik²⁴. In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Publikation heißt es sogar: „Die Partei ist heute die bestgehasste Erscheinung unseres öffentlichen Lebens“²⁵. Solche drastischen Einschätzungen münden hier in die Frage, worin möglicherweise Analogien zu früheren Parteien-Aversionen bestehen und welche Unterschiede dennoch erkennbar sind.

In quantitativer Hinsicht scheint sich nichts geändert zu haben. Es wäre leicht, zahlreiche Belege für die eingangs zitierte Aussage vom vermeintlichen „Glück der Parteilosigkeit“ anzuführen. Viele Beispiele bezeugen das eigentliche Problem, das da realiter – und wohl nicht nur für Deutschland – als ein zutiefst „unglücklicher“ Zustand der Gesellschaft bezeichnet werden muss. Zahlreiche Befragungen und Untersuchungen weisen Parteienverdrossenheit und sinkende Akzeptanz der Parteien als weit verbreitete Erscheinung aus. Parteien fällt es zunehmend schwer, neue Mitglieder und Nachwuchs für die zu besetzenden Funktionen zu rekrutieren²⁶. Es wird ihrer Vergreisung gesprochen, auch davon, dass selbst die großen unter den Parteien kaum noch als Volksparteien gelten dürfen²⁷ und dass ihr Ende bevorstehen würde²⁸. Viele Menschen empören sich über die von den Parteien praktizierte Verschleierung ihrer Ziele, häufig auch wegen des Missbrauchs ihrer errungenen Macht. Jeden zweiten Deutschen ängstigt die Unfähigkeit von Politikern²⁹, noch mehr empören sie sich über finanzielle Anmaßungen und Skandale. Nahezu 80 Prozent der Deutschen halten ihre Politiker für unehrlich³⁰, viele bezweifeln deren Problemlösungskompetenz. An Wahltagen findet all das Bestätigung durch erschreckend hohe Zahlen an Nichtwählern; diese könnten inzwischen – wären sie organisiert – als größte aller Parteien auftreten³¹. Beklagt werden die wachsende Ähnlichkeit der Programme, pragmatisch geprägtes Abweichen von diesen, die Nichterfüllung von Versprechungen usw. usf.. Allein die Vielzahl und das Ausmaß solcher Erscheinungen lässt am politischen Horizont die Gefahr neuerlicher Verletzung demokratischer Herrschaftsprinzipien herauf ziehen³².

²⁴ Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens Herbert von Arnim sieht vor allem vier ‘Strukturmängel’: 1. die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien; 2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien; 3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht; 4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien. Gegenwärtig stehe den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege: das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild Insbesondere der so genannten Großparteien, ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, der von ihnen bevorzugte karrieristische Berufspolitikertyp, die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate. Kritik gilt der Tatsache, dass die Repräsentation der Gesellschaft durch regierende Parteien einer weitgehenden parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen ist.

²⁵ Zit. nach H. Oberreuter, *Zur öffentlichem Funktion politischer Parteien*, in: *Welche Macht den Parteien?* (Hrsg.) Von der Konrad-Adenauer-Stiftung 200, S. 12. Siehe auch J. Dittberner, *Sind die Parteien noch zu retten? Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle*, Berlin 2000, bes. S. 265-274.

²⁶ Darüber klagte z. B. Jörg Schönbohm in einem Interview der Zeitung „Die Welt“ (01.09.2007, S. 10). Seine Erklärung, die Jugend wolle heutzutage zwar Rechte wahrnehmen, aber keine Pflichten erfüllen, greift viel zu kurz.

²⁷ Unter den CDU-Mitgliedern sind 68% über 50 Jahre und 33% sogar über 70 Jahre alt. Siehe „Die Welt“, 04.09.2007, S. 3.

²⁸ Gegen die von anderen geäußerte These vom baldigen Ende der Parteien wendet sich E. Wiesendahl, *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, Wiesbaden 2006. Nach seiner Auffassung läuft die weitere Entwicklung nicht auf Parteien ohne Mitglieder hinaus, sondern auf „Parteien mit immer weniger Mitgliedern“ (S. 173).

²⁹ Dies belegt eine Studie „Die Ängste der Deutschen 2007“ der Wiesbadener R+V Versicherung. Zit. nach „Die Welt“, 07.09.2007, S. 4.

³⁰ Belegt durch eine Gallup-Umfrage. Siehe „Die Welt“ am Sonntag, 09.09.2007, S. 85.

³¹ Dazu äußerte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Wenn immer mehr Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen oder ihren Frust durch extremistisches Wahlverhalten ausdrücken, hat die Politik etwas falsch gemacht“. „Die Welt“, 07.09.2007, S. 3.

³² Nachweise für die „nachlassende Vitalität des Parteienwesens in europäischen Ländern finden sich u.a. in *Politikversagen? Parteienverschleiß? Bürgerverdruss?*, M. Schmitz (Hrsg.) Regensburg 1994. Siehe auch *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, J. Schmid, U. Zolleis (Hrsg.), Wiesbaden 2005.

Anders als in quantitativer sieht es hingegen in qualitativer Hinsicht aus. Die Parteien unterliegen kaum noch totaler Negation, selbst in ausgesprochen nationalistischem und rechtsextremistischem Gruppen nicht³³. Unvergleichbar stark erweist sich die Erkenntnis, dass politische Parteien unentbehrlich für das Funktionieren des Staates geworden sind. Diese Tatsache sollte jedoch Debatten über notwendige Parteireformen und die Suche nach Alternativen nicht behindern, darf notwendige Parteireformen nicht verhindern. Jeder Versuch, Parteienverdrossenheit als eine im Grunde normale, stets vorhandene und zu negierende, als erfolglose oder gar zu nutzende Erscheinung³⁴ zu bewerten, leitet theoretisch wie praktisch in die Irre³⁵. Parteienverdrossenheit führt nicht – wie leider oft verkannt wird – zu Politikverdrossenheit. Im Gegenteil: Abneigung und Widerwille gegen die Parteien bewirken eher Bereitschaft, politisch aktiv sein zu wollen, aktiv allerdings für eine *andere* Politik, zumeist für rechtsextremistische Konzepte, teils auch zu einem sich selbst regelrecht aufhebenden hilflosen Aktionismus. Daraus erwachsen generell Gefahren für demokratische Willensbildungsprozesse, an dem mitzuwirken in Deutschland das Grundgesetz die Parteien verpflichtet, den aber auszuhöhlen und zu verdrängen ihre faktische Allgegenwärtigkeit und die angemäße Omnipotenz drohen³⁶.

Damit bin ich noch einmal bei jener Karikatur angelangt, die den Ausgangspunkt meiner Überlegungen bot und zu erkennen gibt, dass die kritisierten Denk- und Verhaltensweisen jede demokratisch-parlamentarisch verfasste Gesellschaft schwächen. Schaufelt diese sich aber im Grunde nicht selbst ein Grab, wenn sie zu solchen Wünschen Anlass bietet? Auch wenn es sich nur um Stimmungen handelt, die im zitierten Bild und ebenso in meinem Beitrag reflektiert worden sind, die benannten Problemfelder bedürfen dennoch sorgfältiger Beachtung. In Stimmungen verdichten sich Eindrücke, aus Eindrücken erwachsen Vorstellungen, aus diesen wiederum Konzepte und Interessen. Es wäre es verkehrt, sie nicht ernst zu nehmen. Denn: Stets gingen im 20. Jahrhundert alle Parteien-Aversionen einher mit bitterem Groll und Unmut, mit Verstimmung und Abscheu. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Dies kann auch zukünftig der Fall sein, in Formen, die sich heute noch menschlicher Vorstellungskraft entziehen und die alles andere als das eingangs erwähnte „Glück der Parteilosigkeit“ mit sich bringen können.

Für welche Zielsetzungen Parteienverdrossenheit zu nutzen ist, sei hier lediglich am Beispiel des für seine rechtskonservativen Ansichten bekannten Historikers Arnulf Baring verdeutlicht. Nach seiner Auffassung sei die Situation reif, gar überreif für einen Aufstand gleich dem der DDR-Bürger von 1989 gegen das „erstarrte Parteiensystem“ der Bundesrepublik. Erläuternd schrieb er: „Es festigt sich im Lande die Überzeugung dass unser Parteiensystem, in welcher Farbkombination auch immer, den heutigen Herausforderungen in keiner Weise gewachsen ist und daher von der Krise verschlungen werden wird, wenn es nicht die Kraft zur durchgreifenden Erneuerung findet. Wenn unsere Parteien weder programmatisch noch personell in der Lage sind, die Bevölkerung mit klaren Alternativen zu konfrontieren und damit Richtungsentscheidungen zu erzwingen ist diese Republik am Ende.“ Damit nicht genug: Es endete mit der Forderung, dass ebenfalls „die Verfassung auf den Prüfstand“ müsse. A. Baring, *Bürger auf die Barrikaden! – Deutschland auf den Weg zu einer westlichen DDR* „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 19.11.2002, S. 33.

³³ Siehe z. B. die Aussage der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) „Die NPD ist eine nationalistische Partei gegen alle anderen Parteien – also gegen die Parteien, die Ausländer, Randgruppen und dem internationalen Großkapital dienen, nicht aber den Deutschen.“ *Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung*. Hrsg. vom Amt für Öffentlichkeitsarbeit der NPD, 2006, S. 25.

³⁴ Der Vf. wertet (dabei auch auf die frühen Untersuchungen von Robert Michels zurückgreifend) die genannten Erscheinungen als Krisenphänomene des Parteienstaates und nicht als notwendige oder gar sinnvolle Bestandteile einer stabilen, effizienten und funktionsfähigen Demokratie. Anders urteilt z. B. E. Wiesendahl, *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen 1980, S. 118-128.

³⁵ Im Ansatz ist dies zu z.B. erkennen bei H.-J. Veen, *Die Entwicklung der Parteiensysteme in den post-kommunistischen EU-Beitrittsländern Eine vergleichende Analyse ihrer Errungenschaften und Defizite* in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung*, H. 7/2005, S. 28. Veen bewertet die Parteienverdrossenheit als einen traditionellen Grundzug etablierter Parteidemokratien.

³⁶ In der Literatur ist auch die These vertreten worden, dass die Allgegenwärtigkeit der Parteien zu einer „Kolonialisierung“ der Gesellschaft führen würde und nicht zu deren demokratischer Gestaltung. A. B. Kunze, *Parteien zwischen Affären und Verantwortung. Anforderungen an eine Verantwortungsethik politischer Parteien aus christlich-sozialethischer Perspektive*, Münster 2005, S. 183; Das Politikmonopol der Parteien wurde kritisch erörtert auch von Ina Gollnick, „Das Parlament“, 23./30.12.2002, S. 2.

„Wir müssen eine Partei zur Vernichtung des Parteiwesens bilden ...“ Aus Reden und Schriften wider das Parteienwesen in Deutschland vor 1933

Anhang zum Beitrag „Aversionen gegen die politischen Parteien in Deutschland vor 1933 – Quellen und Folgen“

Vorbemerkung:

Die folgende Heine Auswahl kritischer Texte aus einigen Schriften, Reden und Dokumenten deutscher Publizisten und Politiker spiegeln Ausmaß und Kontinuität jener Aversionen wider, die sich in der deutschen Gesellschaft seit dem späten 19. Jahrhundert gegen das Parteienwesen und den Parlamentarismus gerichtet haben. In die Reihe der sozialökonomischen, politischen und situationsbedingten Faktoren, die in Deutschland zum 30. Januar 1933 führten, gehören auch die erheblichen Wirkungen einer umfangreichen Propaganda gegen das Parteienwesen und insbesondere gegen den Parteienstaat von Weimar. Der NSDAP gelang es, weit verbreitete antidemokratische Denkstrukturen sowie die Unzufriedenheit vieler Deutscher mit den „System“-Parteien erfolgreich zu instrumentalisieren. Dem sinkenden Vertrauen in die Politik der Regierungen und einer allgemeinen Parteienverdrossenheit schien sie mit ihrer Selbstdarstellung als „Bewegung“ bzw. als „Partei über den Parteien“ entgegen zu wirken und eine erstrebenswerte Alternative zu bieten. Unerkannt blieb, dass die über alle Klassenschranken hinweg erstrebte „Volksgemeinschaft der Deutschen“ untrennbar an eine Politik terroristisch-rassistischer Ausgrenzung und Verfolgung aller „Nicht-Arier“ sowie an die planmäßige Vorbereitung neuer Kriege für ein „Europa unterm Hakenkreuz“ gebunden war.

* * *

Das glücklichste Loos, das einer Partei fallen kann, ist – rasch unterzugehen nach vollständig erreichtem Zwecke [...] Der Parteikampf bedroht den Staat mit der Gefahr des Zerfalls, wenn er den Stand gegen den Stand, die Provinz gegen die Provinz zusammenschaart; ein gesundes Parteileben soll alle Stände, alle Landestheile gleichmäßig durchschneiden.

(Heinrich von Treitschke: *Parteien und Fractionen*. In: *Preußische Jahrbücher*. Von Heinrich von Treitschke, und Wilhelm Wehrenpfennig (Hrsg.), 27. Bd. Berlin 1871, S. 195 f.)

1871 schrieb Karl Ludwig Aegidi an Heinrich von Treitschke über seine Hoffnung auf einen Zeitpunkt zu „einer vollständigen Umgestaltung des Parteiwesens, zur Bildung einer großen Partei der Deutschen Männer, entsprechend dem Volke in Waffen, und im Gegensatz zu den konservativen, liberalen, nationalliberalen, fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen alten Weibern und Greisen und dummen Jungen ...“

(In: *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung*, Bd. 2. von Paul Wentzcke (Hrsg.). Bonn und Leipzig 1926, S. 5)

Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.

(Otto von Bismarck am 08.05.1884 im Deutschen Reichstag)

Es sei bedauerlich, „bis zu welchem Maße von Unehrllichkeit und Vaterlandslosigkeit die politischen Parteien bei uns auf dem Wege des Parteihasses gelangen. Es mag Ähnliches anderswo vorgekommen sein, doch weiß ich kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Gesamt Vaterlande den Ausschreitungen der Parteienleidenschaft so geringe Hindernisse bereitet wie bei uns. [...] Kurz, wer würde anderswo als auf dem Gebiete politischer Parteikämpfe die Rolle eines gewissenlosen Verleumders bereitwillig übernehmen? Sobald man aber vor dem eigenen Gewissen und vor der Fraction sich damit decken kann, das man im Parteiinteresse auftritt, so gilt jede Gemeinheit für erlaubt oder doch für entschuldbar.“

(Otto von Bismarck: *Gedanken und Erinnerungen* (1898) Zit. nach der Taschenbuchausgabe Stuttgart 1919, S. 380 und 510)

Konservative und Nationalliberale wünschten, statt der Vielfalt von Parteien „sämtliche Reichsfreunde zu einer großen Partei zu vereinigen“.

(Robert von Mohl: *Lebenserinnerungen*, Bd. 2. Stuttgart und Leipzig 1902, S. 171)

Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muss weiterleben [...] In unserem deutschen Vaterlande ist die Zersplitterung der Parteien, die sich in blindem Egoismus auf Leben und Tod bekämpfen, so trostlos wie in keinem anderen Kulturstaat der Erde.

(General August Keim auf einem Bismarck-Kommers am 02.04.1910. Zit. nach Walter Schmitz und Clemens Vollnhals (Hrsg.): *Völkische Bewegung – konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politischen Kultur*. Dresden 2005, S. 33)

Parteien sind verhüllte Interessenverbände.

(Hermann Rehm: *Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriss der Parteienlehre und Wahlsysteme*. Jena 1912, S. 2)

Es kann nicht anders sein, als dass jede Parteiregierung die Gefahr mit sich bringt, dass der Staat nicht ganz nach seinem eigenen inneren Bedürfnis, sondern nach einem im tiefsten Grunde abweichenden regiert wird.

(Hans Delbrück: *Regierung und Volkswille*. Berlin 1914, S. 180)

In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.

(Wilhelm II.: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages 1914, Bd. 306, S. 2)

Wir müssen in das niedrige Getriebe hässlicher brotneiderischer Sonderziele wieder eine sittliche Idee hineintragen: Das Evangelium der Mission unseres Volkstums, der Notwendigkeit der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze. [...] Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird sich der Nationalpolitiker heute gegenüber *allen* Parteien in einem Zustand der Ablehnung befinden müssen.

(*Die Partei der Zukunft. Von einem Deutschen* [d. i. Ludwig Sevin]. Leipzig 1914, S. 85)

Wir müssen eine Partei zur Vernichtung des Parteiwesens bilden, die alles auszunutzen strebt, was die Volkseinheit zerreißt und an der Zerkluftung in Parteien schuld ist. Das ist erstens der Einfluss fremdblütiger Elemente, besonders des Judentums, zweitens das religiöse Dogma und drittens Zins- und Privatgrundrente.

(Aus der völkischen Zeitschrift „Neues Leben“, Gilbhardt-Neblung 1919. Zit. nach *Völkische Organisationen. Parteien, Vereine, Verbände, Orden. Deutschvölkischer Katechismus*, H. 11. Leipzig 1931, S. 65)

Nur selten ist ein Parteiprogramm der Niederschlag einer bestimmten Weltanschauung, fast immer dient es dem agitatorischen Zweck, durch die Schlagworte auf die Masse zu wirken und Stimmen zu fangen. Infolgedessen ist dem Aufschluss suchenden Laien nicht dadurch geholfen, dass er die Programme kennt, sondern er muss vor allen Dingen die Parteien kennen lernen, erst dann wird er in der Lage sein, ihre Programme so zu verstehen, wie sie dem Wesen und den Grundlagen der Parteien nach verstanden werden müssen [...] Programme aber sind Masken, sie passen auf jedes Gesicht und verdecken mehr als sie zeigen [...] Dem ungeschulten Neuling sagen sie fast alle das Gleiche, und es gehört schon ein gutes Teil politischer Erfahrung dazu, um zwischen den Zeilen der Programmtexte das wirkliche Aussehen der dahinter stehenden Parteien zu erkennen.

(Henning vom Koß: *Die Parteien und ihre Programme im Lichte der Wirklichkeit (Deutschnationale Politik*, H. 5). Berlin 1920, S. 4)

Parteiherrschaft ist Parteiführerschaft. Partei in diesem Sinne ist spezifischer Ausdruck der Klassengesellschaft. Parteimann sein bedeutet bisher Meister sein in der Beherrschung der Sprachklaviatur zur Verhüllung oder Umnebelung egoistischer Triebe und Ziele, Meister werden in der Taktik, das ist die gerissenste Anwendung juristischer Weisheit: der Zweck heiligt die Mittel. Parteimann sein bedeutet: den Mut aufbringen zur Borniertheit, den Mut zur Trivialität, den Mut aufbringen zur Abtötung des Menschlichen im Menschen. Parteimann sein bedeutet: Im Verfolg den Wert der Maschine höher stellen als den Wert der lebendigen Zelle. Parteien standen am Hebelwerk, das den Weltkrieg auslöste, Parteien treiben Leichenfledderei am Kadaver der alten Gesellschaft, Parteien wollen sich hineinschmarotzen in die schießenden Säfte der neuen, der klassenlosen Gesellschaft.

(Karl Schröder: *Vom Werden der neuen Gesellschaft (Alte und neue Organisationsformen)*, Berlin 1920. Zit. nach Frits Kool: *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*. Olten 1970, S. 343)

Eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Betriebs-Organisation darüber wacht, dass die politische Macht [in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, M. W.] tatsächlich nur durch die Räte und nicht etwa durch irgendeine politische Partei ausgeübt wird.

(Karl Schröder und Friedrich Wendel: *Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsräte-Organisation*. Neukölln 1920, S. 8)

Die Organisation des kommunistischen Vortrupps der Revolution wird keine übliche Partei sein dürfen bei Strafe ihres Untergangs. Bei Strafe der Wiederholung des Schicksals, dem jetzt die KPD verfällt. Die Zeit der Parteigründungen ist vorbei, weil die Zeit der politischen Parteien vorbei ist.

(Otto Rühle, *Die Revolution ist keine Parteisache!* Berlin-Wilmersdorf 1920. Zit. nach Frits Kool: *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*. Olten 1970, S. 334)

Partei? Ein übler Name! Verrufen, diskreditiert im Munde eines jeden ...

Hitler in München am 13.08.1920. Zit. nach Eberhard Jäckel (Hrsg.): *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, Stuttgart 1980, S. 199; künftig zit. als: Jäckel)

Immer wieder zeigt sich, dass der westlerische Parteiparlamentarismus mit seiner frisch aus der deutschen Niederlage erbeuteten Allgewalt der hartnäckigste Feind einer organischen Neuordnung des deutschen Lebens ist. Diese Hyäne des Schlachtfeldes muss bezwungen werden, ehe eine Gesundung des deutschen Lebens sich durchsetzen kann. Der Kampf mit dem Machtdünkel und dem Demagogentum der Parteien bleibt daher der unerlässliche Anfang aller schöpferischen Neugliederung des Volksganzen, aller wahren Demokratisierung des in formaler Demokratie verzängten Volksleibes.

(Max Hildebert Boehm: *Körperschaft und Gemeinwesen*. Leipzig 1920, S. 154)

Zweierlei steht nun unzweifelhaft fest: die heutigen, politischen Parteien der Linken sind die Söldnertruppe des Judentums, und ihr Zweck ist nicht Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Banden internationaler großkapitalistischer Ausplünderer, sondern Beseitigung des letzten Restes nationaler wirtschaftlicher Selbständigkeit durch Vernichtung der politischen Unabhängigkeit und Freiheit der Völker, durch Zerstörung der nationalen Wirtschaft und Lähmung der Widerstandsfähigkeit des Volkes gegen internationale Ideen weltbürgerlicher Art und des unter dieser Flagge marschierenden Börsen- und Leihkapitals. Ihr Endziel aber ist die Aufrichtung des jüdischen Weltstaates Jahwescher Prophezeiung. Die Parteien der Rechten endlich sind entweder Vorbereiter dieser Entwicklung und bilden in dem Fall weiter nichts als den rechten Flügel der marxistischen Gruppen, oder sie sind infolge der ihnen durch Juden eingepflichten sogenannten anständigen oder vornehmen ‚Kampfarmt‘, das heißt auf deutsch feiger Schafsdummheit, die Lähmer und Behinderer der in ihren Reihen befindlichen nationalen Volksteile, darunter besonders jener kleinen Gruppen nationaler Energien, die sich auch heute noch im deutschen Studenten verkörpern und die richtig angesetzt das einzig wertvolle Kampfmittel gegen das Judentum wären. Und diese Parteien erscheinen uns geradezu als die gefährlichsten für das deutsche Volk, denn sie bezeichnen sich als national und sind es doch nur in dem Sinne, als sie den letzten Rest nationaler Entschlossenheit entmannen und im Sumpfe einer rein theoretischen Demokratie ersticken. Zum vollständigen Verkennen der Rassenfrage und ihrer ausschlaggebenden Bedeutung kommt aber bei all diesen Parteien ein noch größeres Versagen gegenüber dem sozialen Problem.

(Hitler in München am 01.01.1921. Zit. nach Jäckel, S. 281)

Die Mehrheit in den Sattel setzen, heißt das Niedere herrschend machen über das Höhere. Demokratie heißt also: Mechanisierung der Organisation unseres Lebens (des Staates) und Ausschaltung jedes Wertgrundsatzes aus dem Baugesetz dieser Organisation durch Abstimmung, durch Herrschaft der Mehrheit.

(Othmar Spann: *Der wahre Staat*. Leipzig 1921, S. 110)

„Selbstbestimmungsrecht des Volkes‘ ist eine höfliche Redensart; tatsächlich hat mit jedem allgemeinen – anorganischen – Wahlrecht sehr bald der ursprüngliche Sinn des Wählens überhaupt aufgehört. Je gründlicher die gewachsenen Gliederungen der Stände und Berufe politisch ausgelöscht werden, desto formloser, desto hilfloser wird die Wählermasse, desto unbedingter ist sie den neuen Gewalten ausgeliefert, den Parteileitungen, welche der Menge mit allen Mitteln geistigen Zwanges ihren Willen diktieren, den Kampf um die Herrschaft unter sich ausfechten, mit Methoden, von denen die Menge zuletzt weder etwas sieht noch versteht, und welche die öffentliche Meinung lediglich als selbstgeschmiedete Waffe gegeneinander erheben. Aber eben deshalb treibt ein unwiderstehlicher Zug jede Demokratie auf diesem Wege weiter, der sie zu ihrer Aufhebung durch sich selbst führt.“ Der Autor setzte als Fußnote hinzu: „Die deutsche Verfassung von 1919, also schon an der Schwelle der *absteigenden* Demokratie entstanden, enthält in aller Naivität eine Diktatur der Parteimaschinen, die sich selbst alle Rechte übertragen haben und niemandem ernsthaft verantwortlich sind. Die berüchtigte Verhältniswahl und die Reichsliste sichern ihnen die Selbstergänzung. Statt der Rechte des ‚Volkes wie sie die Verfassung von 1848 der Idee nach enthielt, gibt es nur solche der Parteien, was harmlos klingt, aber den Cäsarismus der Organisationen in sich schließt. In diesem Sinne ist sie allerdings die fortgeschrittenste Verfassung des Zeitalters; sie lässt das Ende bereits erkennen; einige ganz kleine Änderungen, und sie verleiht Einzelnen die unumschränkte Gewalt.

(Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes* (1922). Tübingen 1990, S. 1132 f.)

Politische Parteien sind zu Kompromissen geneigt, Weltanschauungen niemals. Politische Parteien rechnen selbst mit Gegenspielern, Weltanschauungen proklamieren ihre Unfehlbarkeit. Auch politische Parteien haben ursprünglich fast immer die Absicht, zu alleiniger despotischer Herrschaft zu kommen, ein kleiner Trieb zu einer Weltanschauung steckt fast immer in ihnen. Jedoch schon die Engigkeit ihres Programms raubt ihnen den Heroismus, den eine Weltanschauung fordert. Die Konzilianz ihres Wollens führt ihnen die kleinen und schwächlichen Geister zu, mit denen man keine Kreuzzüge zu führen imstande ist. So bleiben sie meist schon frühzeitig in ihrer eigenen erbärmlichen Kleinheit stecken.

(Hitler, *Mein Kampf*, S. 507)

[...] als der Weltkrieg mit Zusammenbruch endete, da gingen wir bei unserer Arbeit, die wir am anderen Tage aufnahmen, von der Überzeugung aus, dass alles Elend deutscher Politik von den Parteien kommt. Und als wir dieser Arbeit im Juni 1919, am Tage nach Versailles, die bestimmte politische Richtung gaben, da fanden wir auf unserem Wege überall Deutsche, die sich ‚parteilos‘ nannten, die von ‚parteilfrei‘ sprachen, die sich auf einen ‚überparteilichen‘ Standort zu stellen suchten. Aber der Gedanke der Parteiüberwindung erfasste immer nur den Einzelnen. Die Parteien sind geblieben. Und die Parlamente blieben der Sprechort unseres politischen Lebens, statt ihr Tatort zu werden. Wer zu Tätigkeit in politischer Öffentlichkeit gelangen wollte, der musste sich einer Partei anschließen Und er musste in die Parlamente gehen, auch wenn er dem Systeme feind war. Im Volke gibt es zwar ein sehr verbreitetes Gefühl, das nicht die geringste Achtung vor den Parlamenten aufbringt, aber als Masse finden sich die Menschen immer wieder in den Parteien zusammen. Und wenn wir das Schauspiel ansehen, das diese Parteien namentlich im Deutschen Reichstage geben, dann wäre durchaus zu denken, dass wir, sofern wir untergehen sollen, in Parteien untergehen werden, dass die Parteien bereits der Ausdruck dieses Unterganges sind und der Deutsche Reichstag der Schicksalsort sein wird, an dem er sich vollzieht. Was kann geschehen? Es bleibt nur übrig, die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern. [...] Dieses Buch enthält eine Kritik der Parteien. Und es wendet sich an die Deutschen in allen Parteien. Es setzt sich mit den Ideologien auseinander, und mit den Menschen als Parteitypen. Der Versuch, der in diesem Buche gemacht wurde, war nur von einem Standpunkt aus möglich, der keiner Partei verschrieben ist, vielmehr die ganze Spanne der Probleme einbezieht, die durch die Politik unserer Zeit gehen, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten: nur von einem dritten Standpunkte aus, der jeden anderen einschließt, den Parteideutsche haben können – von dem Standpunkte einer dritten Partei aus, die es bereits gibt. Nur ein solcher Versuch konnte sich, indem er die Parteien angriff,

über sie hinaus an die Nation wenden. Nur ein solcher Versuch konnte die deutsche Zerrüttung und Zwieschalt aufzeigen, die aus langen Verhängnissen der Parteien her, und durch sie, in unser politisches Leben getragen worden sind. Nur ein solcher Versuch konnte wieder je geistige Ebene politischer Anschauung feststellen, die von der Parteipolitik verlassen worden ist und die gleichwohl um der Nation willen gehalten, konservativ behauptet, revolutionär erstürmt werden muss. Wir setzen an die Stelle der Parteibevormundung den Gedanken des dritten Reiches.

(Arthur Moeller van den Bruck: *Das dritte Reich* (1923). Zit. nach der 3./Aufl., bearb. Von Hans Schwarz. Hamburg 1931, S. VII ff.)

Eine Regierung, die abhängig ist von Parlamentmehrheiten, die rein zufällig zustande kommen und für die nur parteipolitische Erwägungen maßgebend sind, kann natürlich ihrerseits nicht mehr die objektive Wahrerin des allgemeinen Wohles sein, sondern sie ist der Tummelplatz für ehrgeizige Parteipolitiker und verbohrte Doktriniere.

(Gottfried Feder: *Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage*. München 1923, S. 36 f.)

Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von Parteien; nicht von Macht, Ehre und Größe, sondern von Parteien. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern Parteien; keine Rechte, sondern Parteien; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien.

(Oswald Spengler: *Neubau des deutschen Reiches* (1924). In: *Politische Schriften*. München und Berlin 1934, S. 194)

Aus einer Werbeschrift für die Deutschnationale Volkspartei: „Wenn nun in Deutschland seit Jahren mit Recht gesagt wird: Die Zersplitterung hat uns das Unheil gebracht und *die vielen Parteien sind unser Unglück*, wenn wir aber andererseits Parteien brauchen, um überhaupt mitregieren zu können, dann muss die Frage also gestellt werden: Ist eine Gruppierung von Parteien möglich, oder ist vielleicht gar die Bildung nur einer Partei nötig und auch möglich, um sowohl des Volkes Recht zu wahren als auch des Volkes Not zu heilen und eine bessere Zukunft zu schaffen und zu erhalten? [...] Sie soll dem Diktator den Weg bereiten, seinen Erfolg sichern und sein und des ganzen Volkes Werk in einem starken, von staatsbewussten Deutschen getragenen Reiche für alle Zukunft, soweit Gott will, fest begründen.

(Kurt Diete: *Von der Partei der Zukunft! Salzminde an der Saale*, 1924, S. 7 f.)

Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien.

(Inscription auf der Gedenkmünze zur Erinnerung an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925)

Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt, und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein.

(Ernst Jünger: *Der Frontsoldat und die innere Politik*. „Die Standarte“, Nr. 13 vom 29.11.1925)

Die gefährlichsten Feinde des Parlamentssystems sind die Parlamente selbst: Ihre Zuchtlosigkeit, ihre Kleinlichkeit, Engherzigkeit, ihr Partei- und Kantönligeist, ihre Überhebung, das Übermaß der Rederei, der Mangel an Taten! Streitsucht und Parteienzwietracht sind die gefährlichsten Feinde des Parlaments: Schlechte Sitten bis zur völligen Verrohung des Tons sind an der Tagesordnung.

(Ernst Müller-Meiningen: *Parlamentarismus*. Berlin 1926, S. 18)

Das politische Parteiensystem ist die Selbstorganisation, die sich die Massendemokratie geschaffen hat. [...] Gewiss hat die sozusagen amtliche Abneigung der Regierungen gegen das Parteiwesen vor der harten Wirklichkeit des politischen Lebens kapitulieren müssen. Man bekämpft vielleicht eine einzelne Parteibildung, sucht sie sogar durch Ausnahme Gesetze zu zerstören. Ehe man die Nutzlosigkeit solcher Maßregeln einsieht. Aber man bekämpft nicht das Parteiwesen als solches.

(Heinrich Triepel: *Die Staatsverfassung und die politischen Parteien*. Berlin 1928, S. 33 und 19)

Partei: „Wählen ist heute Ausdruck mechanischer Zusammenfassung, ist Gewaltherrschaft der Verantwortungslosen, ist alles, nur keine Demokratie. Vom Wählen lebt aber die Partei, die seelenlose

Maschine, die das Leben unlebendig macht, Geist und Seele tötet, die Minderwertigkeit an der Spitze trägt. Nichts verdient so sehr den baldigen Untergang als die Partei. Wer sie mit Feuer und Schwert austilgt, vollbringt ein frommes Werk.

(Edgar Julius Jung: *Die Herrschaft der Minderwertigen*. Berlin 2/1930, S. 246)

Dass Parteien das Volk verkörpern, ist dilettantischer Unsinn, den nicht einmal die Parteiredner glauben, ihn aber um so mehr den Wählern einreden, die dann auch darauf reinfallen. [...] Diese Parteien verwechseln das Vaterland nur allzu oft mit dem eigenen Vorteil. Sie sind bei uns faule Bäume und haben bis jetzt nur arge Früchte gebracht. Es ist nicht anzunehmen, dass sie ihr Grundwesen ändern sollten. Vor allem bieten sie keine Aussicht auf Milderung der innenpolitischen Gegensätze und des Hasses, den sie von Jahr zu Jahr gesteigert haben [...] Partei und Volk stehen sich in jedem Falle feindlich gegenüber.

(Gerhard Wolfrum: *Demokratie und Parlamentarismus als System der Selbstversorgung und der Unverantwortlichkeit*. Hamburg 1930, S. 24 f. und 26)

Es versteht sich auch von selbst, dass es immer politisch wirkende Persönlichkeiten und Gruppen innerhalb eines Volkes geben wird und geben muss. Ein ‚Volk von Brüdern‘ ist eine Utopie und nicht einmal eine schöne. Restlose Brüderschaft bedeutet Ausgleichung aller Wertgefälle, aller Spannungen, aller Lebensdynamik. Kampf bleibt auch hier stets der lebensbezeugende Funke. Aber alle diese Kämpfe sollen sich innerhalb *eines* Ideals abspielen, auf ihren Wert an *einem* Wertmesser geprüft werden: ob die gepredigten Gedanken, geforderten Maßnahmen geeignet sind, das deutsche Volkstum zu veredeln und zu stärken, die Rasse zu kräftigen, das Ehrbewusstsein der Nation zu erhöhen. Politische Parteien die bei ihrer Tätigkeit danach fragen, inwieweit etwa die internationale Klassensolidarität oder internationale Konfessionsinteressen gestärkt werden könnten, haben in einem deutschen Staat keine Daseinsberechtigung. Die Tätigkeit solcher volksfeindlichen Parteien in Vergangenheit und in der Gegenwart hat die Seele der Deutschen zernagt und zerrissen.“

(Alfred Rosenberg: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit* (1930). Zit. nach der 63-66. Aufl., München 1935, S. 544 f.)

Wir können den Parteienstaat als von unserer Verfassung gewollt nicht anerkennen. Daher sind gerade die Lehren [...], die den Parteienstaat grundsätzlich zu rechtfertigen suchen, staatspolitisch so gefährlich. [...] Die Partei darf niemals, wie das beim Absonderungsdrang der Deutschen leider nahe liegt, zum Selbstzweck werden. Das aber will jene parteistaatliche Staatstheorie. Nicht im Parteigetriebe liegt der Sinn der Verfassung von Weimar, sondern im Glauben, das es ein deutsches Volk gibt und einen einheitlichen politischen Willen geben muss. Das technische Mittel für den Kampf um diese Willensbildung, das aber verdunkelnd wirken muss, sobald es ideologisch zum Selbstzweck erhoben wird, dieses technische Mittel, sage ich, muss das Ziel der kommenden Gesetzgebung sein.

(Edgar Tatarin-Tarnheyden: *Volksstaat oder Parteienstaat?* Rede gehalten am 19. Januar 1931 in der Aula der Universität Rostock bei der akademischen Feier des sechzigjährigen Gedenktages der Reichsgründung. Rostock 1931, S. 22 f.)

Gemeinsam mit anderen europäischen Staaten leidet Deutschland an zu vielen Parteien.

(K. Phillips Morgan: *Nicht warten – wirken! Amerikas Glaube an Deutschland*, München 1931. Zit. nach *Deutsche über Deutschland. Die Stimme eines unbekannten Politikers. Mit einem zusammenfassenden Nachwort* „Deutschland und die konservative Revolution“ von Edgar J. Jung. München 1932, S. 286)

Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig zu glauben, dass die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden sind, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstiegs sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marxismus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, dass sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, dass der Rückzug sich fortsetzen wird [...] Zentrum und Sozialdemokratie, Marxismus und bürgerliche Parteien haben Deutschland vernichtet, haben

unser Volk zerstört, unsere Macht gebrochen und unsere Wirtschaft zur Verelendung gebracht. Wir haben demgegenüber heute den unerbittlichen Entschluss, dieses System des Zerfalls und der Zerrissenheit zu überwinden und niederzuringen und anstelle der Begriffe Proletariat, Bürgertum, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Städter, Handwerker, Beamter, Hausbesitzer, Katholik, Protestant wieder einer anderen Begriff zu setzen: Deutschland und das deutsche Volk!

(Rede Hitlers vor dem Industrie-Club in Düsseldorf, 26.1.1932; *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. IV/3, S. 103; künftig zit. als: Hitler-RSA)

Die Parteien „müssen ausgejätet werden, ohne Rücksicht auf das Geschrei der einzelnen Interessenten.“

(Hitler am 5.3.1932. Zit. nach Hitler-RSA, IV/3, S. 183)

Dem heutigen Menschen fällt es noch schwer, sich ein politisches Leben vorzustellen, in dem liberales Wahlrecht, liberale Partei und liberales Parlament nicht mehr existieren. Er könnte leicht zu dem Schluss kommen, dass ein solches Staatswesen der Ruhe eines Kirchhofes gleichen und von inneren Spannungen bald in die Luft gesprengt würde. Man vergisst dabei zu leicht, wie kurz die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland ist, dass sie noch nicht einmal ein Jahrhundert umfasst, dass wir sie in voller, ungehemmter Wirksamkeit erst seit 1918 besitzen, dass bereits damals aber der Verfall der Parteien begann und nur jene Parteien wuchsen, die den Kampf gegen die Parteien auf ihre Fahnen geschrieben hatten. [...] Der Bund gehört der Zukunft, die Partei der Vergangenheit an. [...] Der Staat, der heute bereits mehr autoritäre Züge trägt, muss versuchen, aus dem Verfall der Parteien die Konsequenzen zu ziehen, indem er zunächst das Parlament, die oberste Spitze des liberalistischen Systems, entwertet, in den Hintergrund drängt und schließlich ganz umbildet. Er darf weiter den Zerfall der Parteien nicht aufhalten, sondern soll ihn unterstützen.

(Hans Zehrer: *Das Ende der Parteien. Zusammenbruch der liberalistischen Formen*. In: „Die Tat“, 24. Jg. (1932), S. 68 f. und 78)

Der politische Wirrwarr der letzten 14 Jahre hat sich nunmehr so weit geklärt, dass heute *zwei Fronten um den Sieg ringen. Dort: Die Front des Parteideutschlands! Hier: Die Front des Volksdeutschlands der Zukunft!* [...] Drei Dutzend Parteien haben im November 1918 die Könige und Fürsten von einst abgelöst und sorgen jetzt selbst dafür, dass die deutsche Zersplitterung kein Ende nehme. Bauern und Städter, Arbeiter und Unternehmer, Handwerker und Angestellte, Beamte, Mittelständler, Hausbesitzer und Mieter usw., sie alle sind politisch organisiert, ihre Parteien wollen alle die Rettung ihrer Anhänger, versprechen dies wenigstens vor jeder Wahl feierlichst, und können doch alle zusammen die Katastrophe nicht verhindern.

(Hitler: *Mein Programm*. Erklärung vom 02.04.1932. Zit. nach Hitler-RSA, Bd. IV/Teil 1, S. 3 f.)

Als Verteidigung des Staatsstreiches gegen Preußen vom 20. Juli 1932: „Der Fall ist durchaus denkbar, dass nur auf diese Weise die Selbständigkeit des Landes überhaupt gerettet werden kann. Denn eine der größten und schlimmsten Gefahren für unser bundesstaatliche System, für den Föderalismus und für die Selbständigkeit der Länder liegt doch gerade darin, dass über die Länder hinweggehende, straff organisierte und zentralisierte politische Parteien sich des Landes bemächtigen, ihre Agenten, ihre Bediensteten in eine Landesregierung hineinsetzen und so die Selbständigkeit des Landes gefährden. Von dieser Seite, von den Parteien her droht sogar eine ganz besondere Gefahr fortwährender Funktionsstörungen‘ fortwährender Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und auch Nichterfüllung von Pflichten des Landes gegenüber dem Reich.“

(Carl Schmitt: *Rede vor dem Staatsgerichtshof am 17.10.1932*. In: Carl Schmitt: *Positionen Begriffe*. Hamburg 1940, S. 182 f.)

Das Parlament muss ausgeschaltet werden und mit ihm die Parteien ...

(Tägliche Rundschau, 19.01.1933; die dem Reichskanzler Schleicher stehende Zeitung wiederholte dies am 24.01.1933)

Wäre nicht das Flickwerk der Novemberparteien eine so undeutsche Nachahmung westlicher Demokratie, hätte man nicht die alte deutsche Flagge heruntergeholt und in den Schmutz gezogen, hätte man nicht die Geschichte des eigenen Volkes, die Tradition seiner selbst und der Krone ver-

gessen und mit Füßen getreten, hätte man nicht versucht, den Deutschen ihren Gottesglauben aus den Herzen zu reißen, weiß Gott, es sähe heute anders aus. Weiß Gott, wir könnten heute mit allen verfügbaren Kräften aufbauen und brauchten nicht erst den Schutt von 14 Jahren hinwegzuräumen. Als sich nun herausstellte, dass man mit unserem Parteiensystem und der Verfassung nicht regieren konnte, versank das gesamte deutsche politische Leben in Verneinung [...] Ist das deutsche Volk gleichzusetzen mit der Summe seiner Parteien oder dem Willen einer Parteibürokratie?

(Franz von Papen in Dortmund am 24.2.1933; Franz von Papen: *Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution*. Oldenburg i. O. 1933, S. 27 ff.)

Die anonyme und getarnte Art der politischen Machtausübung des früheren Parteienbundesstaates ist überwunden. Politische Verantwortung und politische Ehrlichkeit sind jetzt wieder möglich, nachdem sie im System des liberalen Verfassungsstaates sinnlos und unmöglich geworden waren.

Carl Schmitt in seiner Kölner Antrittsvorlesung am 16.06.1933. In: Carl Schmitt: *Positionen und Begriffe*. München 1941, S. 197 f.)

Das lebendigste Beispiel einer echten Bewegung ist der Nationalsozialismus, der auf Grund seiner dynamischen, in den tiefsten Kräften des deutschen Volkes wurzelnden Weltanschauung von Anfang an Bewegung und nur organisatorisch Partei war.

(*Meyers Lexikon*, Bd. 1, 1936)

In einem Jahr 1914 sprach der Kaiser das komische Wort: Er kenne keine Parteien mehr. Das war die Äußerung eines frommen Wunsches. Mit frommen Wünschen sind wir dann in diesen Krieg gegangen und standen am Ende vor der Vernichtung. Adolf Hitler hat bereits schon Jahre vorher die Parteien vernichtet und beseitigt. Er hatte bereits, als er in diesen Krieg ging, keine Parteien mehr, sondern hatte ein deutsches Volk. Damals war es so, dass im Jahre 1918 der deutsche Soldat des Krieges sich seiner eigenen Heimat schämen musste; denn während er Gut und Blut zum Einsatz brachte, trieben in der Heimat Schieber, Schleichhändler, Kriegsgewinnler und Hamsterer ihr Werk. Während er für seine Nation sein Blut zum Einsatz brachte, verrieten in der Heimat so genannte Regierungen ihr eigenes Volk. Heute ist es anders.

(Rudolf Jordan: *Wir und der Krieg. Gedanken aus Reden in diesem Krieg*. Dessau 1941, S. 16 f.)

Totalitaryzmy XX Wieku. Idee Instytucje Interpretacje, Kraków 2010, S. 219-239.

„Wir müssen ein gesundes Volk besitzen, um uns in der Welt durchsetzen zu können“

Gedanken eines Historikers zu den Ursachen und Zielen nationalsozialistischer Verbrechen*

Vergangene Ereignisse zu erforschen, sie darzustellen und ihre Ursachen zu erhellen gilt als vorrangiges Anliegen der Geschichtswissenschaft. Dem Historiker begegnen dabei mitunter relativ leicht zu durchschauende Tatsachenkomplexe, in der Regel jedoch eher sehr komplizierte, einander überlagernde Entwicklungsstränge und vielfach strukturierte Problemfelder. Zu letzteren gehört ganz gewiß die Geschichte jener zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945, die der deutschen Geschichte ein Kainsmal sondergleichen verliehen und deren Schatten auch nach mehr als sechs Jahrzehnten nicht vergehen. Im Gegenteil: Alle historisch-politischen Debatten, die seither in der deutschen Gesellschaft geführt worden sind und immer weiter geführt werden, erzwingen stets aufs Neue, den Blick auf das Geschehen im Dritten Reich zu richten, gleich ob über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges oder über das Ende des Dritten Reiches diskutiert wird,¹ ob nach der Notwendigkeit von Entschädigungszahlungen für die im faschistischen Deutschland ausgebeuteten Zwangsarbeiter² oder nach der Opfer-Rolle der Deutschen gefragt wird,³ ob einzelne „Täter“-Gruppen in differenzierender, mitunter auch in verharmlosender Weise analysiert werden,⁴ oder ob sie durch die Forderung nach einer „deutschen Leitkultur“ und durch die lautstark vorgetragene Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ hervorgerufen worden sind.⁵ Zu barbarisch und folgenreich war und ist nun einmal das, was von Führern, Mitgliedern und Anhängern des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte eingebracht sowie von Mitläufern und Nicht-Nationalsozialisten unterstützt worden ist.

Wer auf die Jahre zwischen 1933 und 1945 schaut, sieht sich gezwungen, eigentlich Unbegreifliches begreiflich machen zu wollen, ja sogar – angesichts wiederkehrender Unbelehrbarkeit und neuer entsetzlicher Untaten – einsichtig machen zu müssen. Von besonderer Bedeutsamkeit erscheint es, jene politischen Massenverbrechen zu erhellen, die in Umfang und Brutalität, in Ausmaß und Skrupellosigkeit geschichtlich weitgehend einmalig sind. Neben der ohnehin um nationalistisch-expansionistischer Ziele willen in Kauf genommenen Vernichtung menschlichen Lebens im sorgfältig vorbereiteten und absichtsvoll am 1. September 1939 entfesselten Zweiten Weltkrieg – bekanntlich forderte dieser mehr als 50 Millionen Tote – markieren auch drei grauenvolle, eng miteinander verzahnte Stränge die barbarische Politik Hitlers und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die im vorliegenden Beitrag in ihren inneren Zusammenhängen und in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden: *erstens* die Organisierung des Holocausts als planmäßig, systematisch und industriell betriebene Ausrottung der europäischen Juden, *zweitens* die Gestaltung des Krieges im Osten als eines Vernichtungskrieges gegen slawische Völker sowie *drittens* die Ermordung geistig und körperlich Behinderter im Rahmen von Aktionen, denen euphemistisch-verharmlosend der damals wissenschaftlich noch indifferente Euthanasie-Begriff zugewiesen wurde.

* Der vorliegende Beitrag stützt sich auf ein Manuskript, das in dem vom Vf. publizierten und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. herausgegebenen Band „Gefahr im Verzug. Miniaturen und Schlaglichter zur Geschichte der NSDAP“, Jena 2005, S. 149-162, enthalten ist.

¹ In jüngster Zeit sowie im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird letzteres vor allem am Beispiel des Filmes „Der Untergang“ von Bernd Eichinger debattiert.

² Siehe dazu vor allem Ulrike Winkler (Hrsg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000.

³ Siehe dazu u. a. Werner Röhr: Opfer, Opfer, Opfer! – Neucodierung der Sieht auf den zweiten Weltkrieg beim Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung. In: 8. Mai 1945. Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. am 12. Februar 2005 in Jena anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred Weißbecker. Jena 2005, S. 123-136.

⁴ Siehe Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul (Hrsg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien. Darmstadt 2004; Gerhard Hirschfeld u. Tobias Jersak (Hrsg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz. Frankfurt a. M. u. New York 2004.

⁵ Siehe Gudrun Hentges: Deutsche Leitkultur. In: Schlagwörter und Schlagtrufe aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Bd. 2. Leipzig 2002, S. 64 f; Kurt Pätzold: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. In: Ebenda, S. 239-245.

In das Beziehungsgeflecht von faschistischer Kriegführung und politischen Massenverbrechen ordnen sich auch die systematisch organisierten Morde an unheilbaren oder als unheilbar bezeichneten Kranken ein. Wer vor allem diese Untaten erklären, ihre Ursachen aufdecken, die Täter charakterisieren und jene bewerten will, die trotz anderer Gesinnung sich den Verstrickungen in das System nicht entziehen konnten, der sollte in erster Linie alles in seiner engen Verflochtenheit mit dem Gesamtprogramm des Nationalsozialismus, mit seinem auf geschichtlichen Wurzeln aufbauenden Rassismus sowie im zeitlichen Zusammenhang mit den anderen Massenverbrechen sehen. Werden die notwendigen Debatten über die faschistische, gegen den Willen der Kranken und Behinderten und um rassenhygienischer Ziele willen vorgenommenen Zwangseuthanasie ohne Berücksichtigung solcher Zusammenhänge geführt oder gar einzig und allein aus ideologischen Wunschvorstellungen abgeleitet, drohen sie auf Irrwege zu geraten. Jede Tendenz zu einer Verselbständigung des Themas behindert die notwendige Sicht auf jenen Platz, den alle als „Euthanasie“ getarnten Aktionen der NSDAP in deren Politik einnahmen.

Die Strategie eines expansionistischen Vernichtungskrieges in Osteuropa

Verwiesen sei hier zunächst auf die Tatsache, daß spätestens im Sommer 1940 die Führung des Deutschen Reiches nicht nur den Zeitpunkt für weitere Eroberungen im osteuropäischen Raum als außerordentlich günstig ansah, sondern gleichzeitig auch den zur Realisierung ihrer rassenpolitischen Absichten. Da waren die ersten militärischen Erfolge gegen Polen und Frankreich zu eigener Überraschung leicht errungen worden. Innere Auseinandersetzungen brauchten die Herrschenden nicht zu befürchten. Angesichts dessen gingen große Teile der deutschen Eliten im Sommer und Herbst 1940 daran, ihre Vorstellungen vom Kriegsziel zu erweitern, es genauer und umfassender als bisher zu fixieren. Sie planten nunmehr die Gewinnung weiterer Territorien und Einflußbereiche, neuer Rohstoffquellen und Märkte. Europa sollte „neu geordnet“ und deutscher Herrschaft unterworfen werden. Die nationale Unterdrückung anderer Völker und die Errichtung einer barbarischen Fremdherrschaft in Osteuropa⁶ erschienen kaum jemandem in den Reihen der deutschen Eliten mehr als ein kritisch zu beleuchtendes Problem, in keiner Weise gar als ein moralisches. Aus zahlreichen Plänen einzelner Institutionen, vor allem der Reichsgruppe Industrie, formte sich ein komplexes und weitreichendes Programm für die „Neuordnung“ Europas. Danach sollten einige der okkupierten Länder zusammen mit Großdeutschland ein „Großgermanisches Reich“ von ungeheurer Ausdehnung bilden. Anderen europäischen Ländern (Dänemark, Norwegen, der Slowakei und einem auf französischem Boden zu schaffenden Staat Burgund) war eine begrenzte Souveränität zugedacht. Sie sollten als „Schutzstaaten“ dem Reich angegliedert sein. Darüber hinaus war die Existenz von Satellitenstaaten vorgesehen, die auf militärischem, wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet eng an Deutschland gebunden sein sollten. Zu diesen zählten vor allem Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Pläne für ein deutsches Kolonialreich in Afrika sowie zur zeitweiligen Duldung anderer „Großräume“ in Übersee ergänzten das unvergleichlich anmaßende Weltherrschaftsprogramm. Zugleich zielte alles auf unwiderrufliche und sogenannte „tausendjährige“ Lösungen.⁷

Die nach außen gerichteten Eroberungs- und kolonialistischen Zukunftspläne nahmen in Osteuropa konkrete Gestalt an, als die UdSSR überfallen wurde und Hitler am 16. Juli 1941 zunächst intern das Ziel vorgab, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen“, damit ihn Deutschland „erstens beherrschen, zweitens Verwalten und drittens ausbeuten“ konnte. Am 29. Juni 1941 erhielt Hermann Göring außerordentliche Vollmachten zur Leitung des gesamten Apparates für die wirtschaftliche Ausplünderung und Kolonisierung der Sowjetunion. Unter seiner Regie entstanden Dokumente, die eine grundlegende Orientierung für die Ausplünderung und die Unterjochung der sowjetischen Bevölkerung enthielten. Dazu gehörten u. a. die als „Grüne Mappe“ bezeichnete „Richtlinie für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ und die „Wirtschaftspoliti-

⁶ Siehe Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann. Köln, Weimar, Wien 1994, S. 9-54.

⁷ Siehe dazu u. a. Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998, S. 420 ff.

schen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft“ – Dokumente, die ein anschauliches Bild von der Ungeheuerlichkeit deutscher Kriegszielplanung bieten. Einige Ämter der NSDAP-Reichsleitung – darunter das Rassenpolitische Amt und das Rassen- und Siedlungshauptamt – sowie das von Heinrich Himmler geleitete Amt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, in dem sich der Agrarpolitiker und Professor der Berliner Universität Konrad Meyer als Planungschef hervortat, bereiteten den langfristigen „Generalplan Ost“ vor.⁸

Dieser heute nur noch in Bruchstücken bzw. in der Fassung von 1941 bekannte Plan wurde am 12. Juni 1942 von Himmler bestätigt und seit Ende 1942 als „Generalsiedlungsplan“ bezeichnet. Das ihm zugrunde liegende rassistische Konzept zielte auf die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen und die Zwangsausweisung großer Teile vor allem der russischen Bevölkerung nach Sibirien. 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung Polens, 64 Prozent der Bevölkerung der Westukraine und 75 Prozent der Bevölkerung Weißrußlands sollten aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden. Seine Verfasser betrachteten lediglich ca. 14 Millionen Menschen, die in diesen Gebieten lebten, als „eindeutschungsfähig“. Die Kosten der Vertreibung – dafür war ein Zeitraum von 20 Jahren vorgesehen – wurden mit ca. 46 Milliarden RM beziffert.

Diese Rechnung schloß auch jene Summen ein, die für eine Neuansiedlung von mindestens 10 Millionen Deutschen in den eroberten Gebieten Osteuropas vorgesehen waren, selbstverständlich gesunder, kräftiger und kampfwilliger arischer Menschen. Hier schließt sich jener Kreis, der auch die „Euthanasie“-Aktionen in Deutschland umfaßte. Um den Krieg für die Schaffung eines „Großgermanischen Reiches“, um dieses gestalten und sichern zu können, bedurfte es mehr Deutscher, als bis dahin überhaupt existierten. Eine enorme Vergrößerung der Zahl der Deutschen hatte Hitler bereits in „Mein Kampf“ als weit in die Zukunft reichendes Ziel vorgegeben: In hundert Jahren müsse es 250 Millionen Deutsche geben, einsatzfähige, kräftige und kampfbereite Menschen arischen Stammes, um „unserem Volke endlich an anderer Stelle (als im Deutschen Reich – M. W.) die mögliche Ausdehnung geben zu können.“⁹ Auf dem Nürnberger Parteitag von 1929 war von Hitler bereits folgende Überlegung vorgetragen worden: „Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700.000 bis 800.000 der Schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein. Das Gefährlichste ist, daß wir selbst den natürlichen Ausleseprozeß abschneiden (durch Pflege der Kranken und Schwachen) [...] Der klarste Rassenstaat der Geschichte, Sparta, hat diese Rassengesetze planmäßig durchgeführt.“¹⁰

Das Programm zur Vernichtung anderer Völker und die Maßnahmen zu einer „rassenhygienischen Aufzucht“ des deutschen Volkes – sie gehören zusammen wie die zwei Seiten einer Medaille. Ohne die Beseitigung von Kranken, überhaupt von Außenseitern der Gesellschaft und sogenannten minderwertigen „Untermenschen“ ließ sich das Reich der „Herrenmenschen“ nicht errichten. Schrittweise wurden nach dem 30. Januar 1933 die Sterilisierungsgesetzgebung, die Asylierung und Gettoisierung der „Asozialen“ die Mittelkürzungen im Anstaltswesen,¹¹ die Verdrängung der kirchlichen

⁸ Siehe Mechthild Rösler und Sabine Schleiermacher (Hrsg.) unter Mitarbeit von Cordula Tollmien: Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin 1993; Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 2. Berlin 1985, S. 430 ff; Götz Aly u. Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt a. M. 1993, S. 394 ff; Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Frankfurt a. M. 1991, S. 83 ff.

⁹ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390.1394. Aufl. München 1939, S. 766 f.

¹⁰ Völkischer Beobachter vom 7.8. 1929. Zit. nach Hans-Walter Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. 2. Aufl. Göttingen 1992, S. 152.

¹¹ Auf die nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Aspekte des Themas wird hier nicht näher eingegangen. Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht vor allem ein Artikel aus dem „Deutschen Ärzteblatt“ von 1934 (hier zit. nach Walter Wuttke-Groneberg: Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch. Tübingen 1980, S. 16 f.), in dem es heißt: „Die wirtschaftliche Belastung durch Erbkrankte beträgt zur Zeit für das Deutsche Reich etwa 1,2 Milliarden Mark jährlich. Diese Summe setzt sich folgendermaßen zusammen: Von 33.000 Blinden sind etwa 15-20 v. H. = 5000 als erblindet anzusehen. Bei einer durchschnittlichen Aufwendung pro Kopf von 1000 RM im Jahr bedingen diese Erbblinden einen Gesamtaufwand von 5 Millionen jährlich, von denen allein 2½ Millionen RM für

Träger aus der Anstaltspflege, die rassenhygienische Propaganda, die Einbeziehung der Rassenhygiene in die Aus- und Weiterbildung der Ärzteschaft, die „erbbiologische Bestandsaufnahme“ durchgesetzt – dies alles fügte sich zu einem umfassenden Programm negativer Eugenik zusammen, in dem schließlich auch die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ ihren Platz fand.

So manche der ungeheuerlichen nationalsozialistischen Zielsetzungen läßt sich mit einem Blick auf das Wirken der NSDAP in Thüringen belegen. Auch hier wurde offen darüber gesprochen, daß es gelte, „Mittel und Wege zur rassehygienischen Aufartung“ der Deutschen zu suchen und durchzusetzen.¹² Der hiesige NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter widmete den völkisch-rassistischen Plänen ein ganz besonderes Augenmerk. Bereits am 15. Juli 1933 ließ er das „Landesamt für Rassewesen“ einrichten, zu dessen Leiter er einen alten Bekannten aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund berief: Karl Astel.¹³ Dieses Amt erfaßte in einem „erbbiologischen Archiv“ binnen kurzer Zeit in 466.600 Akten fast jeden dritten Einwohner Thüringens. Es führte bis '935 mehr als 170 Kurse mit 10.948 Teilnehmern in den „Thüringischen Staatsschulen für Führertum und Politik“ in Egendorf und Bad Berka durch. Eine von ihm organisierte und in zahlreichen Städten Thüringens gezeigte Ausstellung stellte das „thüringische Rassewesen“ dar. Die Wirkungen waren erheblich, und Astel selbst durfte 1934 Platz auf dem Lehrstuhl für „Menschliche Züchtungslehre und Vererbungslehre“ an der Jenaer Universität nehmen, die er zu einer SS-Universität machen wollte und deren Rektor er 1939 wurde; tatsächlich galt die Jenaer Hochschule neben Gießen rasch als ein Zentrum nationalsozialistischer Rassenhygiene und Medizin in Deutschland.¹⁴

In aller Öffentlichkeit forderte der thüringische Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Fritz Saukel 1938, es müsse alles „ausgemerzt“ werden, was „heute noch als Summe unsagbaren Leides in

Anstaltspflege verbraucht werden. Von 300.000 Krüppeln sind gleichfalls 15-20 v. H. = 50.000 als Erbkrüppel anzusehen, die bei einem Bedarf von 1000 RM jährlich pro Person eine Aufwendung von 50 Millionen verlangen. Von diesen 50 Millionen sind über 16 Millionen für Anstaltspflege verbraucht worden. Wesentlich größer ist die Zahl der erbbedingten Taubstummen, da man bei Taubstummheit in gut der Hälfte der Fälle eine erbliche Belastung annehmen muß. Die 20.000 anfallenden erblich bedingten Taubstummen bedürfen pro Kopf einen jährlichen Aufwand von 800 RM, insgesamt 15 Millionen, von denen für Anstaltspflege 2.215.000 RM aufgewendet werden. Bei den geistig Gebrechlichen liegt in etwa 70 v. H. der Fälle eine erbliche Bedingtheit vor. Diese 230.000 geistig Gebrechlichen bedingen bei je 1000 RM Unterhaltskosten im Jahr 160 Millionen RM, von denen 112.099.000 RM für Anstaltsbehandlung Verwendung finden. In dieser Zahl geistig Gebrechlicher sind 60.000 Schwachsinnige schwerster Form einbegriffen. Schwachsinnige leichter Form, aber erbbedingt, wurden auf Grund der letzten zur Verfügung stehenden Statistik 250.000 gezählt. Die Zahl der Hilfsschüler beträgt 70.000. Die notwendigen Aufwendungen für den einzelnen Hilfsschüler betragen im Jahresdurchschnitt 1015 RM, während sie für einen normalen Schüler nur 328 RM betragen. Insgesamt beansprucht die schulische Ausbildung von Hilfsschülern jährlich 71.050.000 RM. Insgesamt beträgt der Aufwand für die Erhaltung erblich Belasteter 301 Millionen RM pro Jahr, von denen etwa 192 Millionen für Anstaltspflege aufgewendet werden. Nicht mit eingerechnet sind die Kosten für etwa 200.000 Trinker und etwa 400.000 Psychopathen. Die für diese aufzuwendenden Mittel sind pro Jahr auf etwa 200 Millionen zu veranschlagen. Der durch Erbkrankte bedingte Arbeitsausfall beträgt in Deutschland etwa 300 Millionen im Jahr. In Fürsorgeerziehung stehen etwa 80.000 Jugendliche, die einen Gesamtaufwand von etwa 56 Millionen bedingen. Die für Rechtspflege und Polizei aufgewendeten Mittel betragen s,~ Milliarden RM jährlich, von denen schätzungsweise 250 Millionen durch erblich belastete Verbrecher und Asoziale bedingt sind. Eine erblich belastete Person bedarf bis zu einem Lebensalter von rund 60 Jahren ohne Anstaltsbehandlung einen Aufwand von über 50.000 RM. Diese ungeheure gesundheitliche und wirtschaftliche Belastung unseres Volkes durch Erblichbelastete würde von Jahr zu Jahr steigen, sofern nicht die nationalsozialistische Regierung im Interesse der Gesamtheit des Volkes und seiner Zukunft eingegriffen hätte.“

¹² Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932-1935. Weimar 1935, S. 6 f.

¹³ Brigitte Jensen: Karl Astel – „Ein Kämpfer für die deutsche Volksgesundheit“. – In: Barbara Danckwortt (Hrsg.): Historische Rassismusforschung. Ideologen. Täter. Opfer. Hamburg 1995, S. 174 u. 176. Siehe dazu den Beitrag „Ärzte und das System der nationalsozialistischen Euthanasie in Thüringen“ von W. Schilling in diesem Band.

¹⁴ Siehe dazu den Beitrag von W. Schilling „Ärzte und das System der nationalsozialistischen Euthanasie in Thüringen“ in diesem Band. Gegenwärtig bemüht sich die Jenaer Universität, ihre eigene Geschichte in der Zeit des Dritten Reiches aufzuarbeiten sowie die Verstrickung von Professoren der Medizinischen Fakultät in die nationalsozialistischen Euthanasiepraktiken aufzuklären. Siehe den Bericht der Kommission der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Untersuchung der Beteiligung Prof. Dr. Jussuf Ibrahims an der Vernichtung „unwerten Lebens“ während der NS-Zeit, Hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität. Jena 2000. Siehe auch „Kämpferische Wissenschaft“ – Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Hrsg. v. Uwe Hoßfeld, Jürgen John, Oliver Lemuth, Rüdiger Stutz, Köln/Weimar/Wien 2003.

Krüppelheimen oder Irrenhäusern und als Ausgeburt menschlicher Zügellosigkeit der Vergangenheit ein jämmerliches Leben fristet ...“¹⁵ Später, vor allem in seiner Funktion als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, führte er solche Menschenfeindlichkeit verstärkt und in wachsender Rigorosität fort. Seinen Untergebenen erklärte er, Franzosen, Russen, Polen seien ihm „so gleichgültig wie irgendetwas.“ Diese Aussage verknüpfte er mit der unmißverständlichen Forderung: „... und wenn sie sich das geringste Vergehen zuschulden kommen lassen, dann bitte sofort Anzeige an die Polizei, aufhängen, tot schießen! Das kümmert mich gar nicht. Wenn sie gefährlich werden, muß man sie auslöschen.“¹⁶ In einer Rede, die nicht veröffentlicht werden durfte, bezeichnete er es am 3. Oktober 1942 als das deutsche Ziel, „ein für allemal in Europa die absolute und unbestreitbare Hegemonie“ erlangen zu wollen, und zwar „sowohl politisch wie militärisch und vor allen Dingen auch wirtschaftlich.“¹⁷

Seine „Zukunftsvisionen“ richtete Sauckel vornehmlich auf die rigorose Ausplünderung aller russischen Ressourcen. In einer Rede vor Arbeitern des Reichsbahnausbesserungswerks in Meiningen erklärte er unumwunden, den Gedanken an eine „Befreiung“ Rußlands vom Bolschewismus von sich weisend: „Dieses Land wird in Zukunft der Ernährung Europas dienen. Und der Führer erreicht damit, daß es dann einigermaßen Wurst ist, was am englischen Kanal los ist. Dann brauchen nicht mehr Getreideschiffe von Argentinien und Australien, von Nordamerika und Kanada bangenden Herzens abzufahren, sondern dann werden auf viergleisigen Strecken und auf Reichsautobahnen, die jetzt schon geplant werden, die Getreidezüge vom Dnjepr nach Europa hereinkommen und Deutsche werden da drüben in der Ukraine die modernsten Bewässerungssysteme anlegen, das haben ja die Russen auch nie gekannt, damit die berühmten und berühmten russischen Mißernten bei uns nicht mehr auftreten können. Denn das Land selbst ist ja ohnegleichen fruchtbar.“¹⁸ Diesen Gedanken wiederholte er am 3. Oktober 1942: „Sie können nun begreifen, daß wir nie und niemals dort wieder herausdürfen, denn dort ist für alle Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß ein germanisches Großreich entsteht, in dem auch die wirtschaftliche Grundlage für das Leben von 250 bis 300 Millionen deutscher Menschen in 100 bis 150 Jahren geschaffen sein wird. Das muß das Ziel sein und das ist es auch.“¹⁹

Diesem Ziel ordnete Sauckel auch die „Endlösung der Judenfrage“ zu. Ohne diesen Begriff zu verwenden, ließ er dennoch eindeutig erkennen, daß er wußte, worum es ging, und daß er die Ermordung der Juden nicht nur billigte, sondern sogar regelrecht forderte. Von den thüringischen Hoheitsträgern der NSDAP forderte er, zu Beginn des Jahres 1944 Appelle in allen Ortsgruppen und Betrieben durchzuführen. Dabei sollten alle Parteimitglieder sieben Bekenntnisse ablegen, so zu Hitler, zur Wehrmacht, zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zur deutschen Volksgemeinschaft, zum „Kampf gegen das Verbrechen Churchills, Roosevelts, Stalins und des Judentums“. Wörtlich erklärte er in seiner Rede vom 31. Dezember 1943: „Der Punkt 6 kann (in den bevorstehenden Veranstaltungen – M. W.) kurz aber kategorisch behandelt werden. In Punkt 6 bekennen wir uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa. Das müssen wir nun endlich unserer Volke sagen, rückhaltlos und offen. Die Vernichtung des Judentums ist die Voraussetzung dafür, dieser mörderischen Rasse weltgeschichtlich das Handwerk zu legen. Erbarmen ist falsch. Wir wollen Erbarmen haben vielleicht sogar mit irgendeinem Engländer, der von diesem Judentum verführt und auf das Schlachtfeld geführt wird. Wir wollen Erbarmen haben mit unseren Frauen und Kindern, die durch diese englischen Terrorangriffe hingemordet werden, und wir wollen Erbarmen haben mit unserer Volke und den anständigen arischen Völkern. Deshalb muß das Judentum, damit das nicht wieder passiert, ausgerottet werden mit Weib und Kind, wenigstens dort, wo wir die Waffen haben. Es ist ein Bekenntnis, um endlich einmal den Mörder innerhalb der Menschheit auszurotten, wenigstens

¹⁵ Bekenntnis zum Kinderreichtum der Tüchtigen. Rede des Gauleiters und Reichsstatthalters Fritz Sauckel am 26. Juni 1938 in Weimar. Hrsg. vom Gauorganisationsamt der NSDAP Gau Thüringen. Weimar o. J., S. 17 f.

¹⁶ ThHStAW, Bestand RSH, Bd. 189, Bl. 221.

¹⁷ ThHStAW, RSH, Bd. 188, Bl. 269.

¹⁸ ThHStAW, RSH, Bd. 188, Bl. 149 f.

¹⁹ ThHStAW, RSH, Bd. 188, Bl. 274.

bei uns.“²⁰ Solche Auslassungen hielten ihn nach dem Kriege nicht davon ab, im Brustton der Überzeugung zu erklären, er habe keinerlei Kenntnis von der „Endlösung“ gehabt und diese sei sogar seinen „Interessen vollkommen zuwider“ gewesen.²¹

Nationalsozialistische Rechtfertigungsargumente

Das nach außen gerichtete Eroberungs- und Weltherrschaftsprogramm der Nationalsozialisten und ihr Konzept einer „Endlösung der Judenfrage“ benötigte, um von großen Teilen der Bevölkerung des Reiches hingenommen oder sogar akzeptiert zu werden eine geistig-ideologische Rechtfertigung. Daher wurde die NSDAP „licht müde zu suggerieren, die Deutschen seien ein über allen anderen stehendes Volk, ausgestattet mit besonderen Gaben und demzufolge berufen zur Herrschaft über die Welt. Da war von überragenden Eigenschaften der Deutschen die Rede, von einmaligem Heldentum, von der Überlegenheit deutscher Kultur. Belege erübrigen sich hier; es sei lediglich ein Beispiel angeführt, das zugleich zeigt, wie tief nationalistische Überheblichkeit in das Denken breiter Kreise der Bevölkerung eingedrungen war: Am 23. Februar 1943 wurde in das Poesiealbum eines Jugendlichen als beherzigenswerte Lebensweisheit geschrieben: „Die höchsten Güter dieser Welt / hat Gott in Deutschland aufgestellt: / Den deutschen Glauben wahr und rein, / das deutsche Herz voll Sonnenschein, / die deutsche Freiheit, Ehr’ verbunden, / das deutsche Schwert, nie überwunden, / und über allem – wie die Bläue / des deutschen Himmels – deutsche Treue.“²²

Auf solchen hurrapatriotischen Stimmungen, die selbst nicht generell als nationalsozialistisch definiert werden können, beruhten indessen Heldenkult und Herrenmenschentum, die den Weg frei machten, Menschen anderer Völker als minderwertig anzusehen, allenfalls als Dienende oder gar als überflüssige Esser und störende Faktoren zu betrachten. Die ständig geforderte Treue zur „Deutschheit“ verlangte noch mehr: Zum einen die Bereitschaft zu körperlicher Ertüchtigung, zum anderen die Zurückdrängung und Vernichtung derer, die ihr entgegenstanden, sei es aus politischen, rassistischen oder physisch-psychischen Gründen.

Für beides trugen Ärzte besondere Verantwortung. Die geschichtliche Wahrheit verlangt zu sagen, daß ihre Mehrheit für beides sich engagiert und in vielfältiger Weise versucht hat, das Programm des Nationalsozialismus zu realisieren. Bereits im Januar 1933 rief das „Deutsche Ärzteblatt“ zu einem Preisausschreiben auf. Beantwortet werden sollte die Frage: „Wie können sich praktizierende Ärzte an erb biologischer und eugenischer Forschung und Materialbeschaffung beteiligen?“ Seit 1934 waren Zwangssterilisierungen erlaubt, die an ca. 400.000 Personen vorgenommen wurden und in 5000 Fällen zum Tode führten. Parolen wie „Gelobt sei, was hart macht“, „Gesundheit ist Pflicht“ und „Krankheit ist Versagen“ wurden vielfach verbreitet und ärztlichem Ethos entgegengehalten. Die Zeitschrift „Natur und Gesundheit“ schrieb noch im vorletzten Kriegsjahr: „Wir wissen heute, daß die Krankheit einer der Auslesefaktoren im Kampf ums Dasein ist, in dem nur das Starke erhalten und das Schwache ausgemerzt werden soll.“²³

Nicht allein die Ärzteschaft sah sich solchen Maßregeln unterworfen. Diese richteten sich gleichermaßen gegen die von traditionellen und vorwiegend christlich geprägten Mustern in der Arbeit zahlreicher Krankenschwestern. Auch ihnen wurde erklärt, die „wahre Volksgemeinschaft“ der Deutschen habe absolut im Vordergrund zu stehen, es gehe nicht um das humanistische Anliegen, die Leiden der Kranken zu lindern und Leben retten zu helfen, gleich welcher Nationalität oder „Rasse“ der jeweils Betreute auch sein mochte. Die nationalsozialistischen Schwestern sollten in Ausübung „ihres Berufes am kranken Volksgenossen“ dazu beitragen, wie 1943 für den Reichsbund Deutscher Schwestern, dessen Oberin Moser formulierte, ihre Kraft „am deutschen Men-

²⁰ ThHStAW, RSH, Bd. 191, B. 4761.

²¹ Internationales Militärtribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, Bd. XV, S. 53.

²² Zit. nach Heinz Scholz: Unredlicher Anbieter das Wort geredet. In: Thüringische Landeszeitung vom 22.2.2000. Zu den Wirkungen solcher und anderer Phrasen siehe Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, 2 Bde. Leipzig 2002.

²³ Die Zitate sind entnommen aus Klaus Franke: Reine Rasse. In: Spiegel spezial, Nr. 1/2001 zum Thema „Die Gegenwart der Vergangenheit“, S. 1361.

schen“ zu verströmen, wohl wissend, daß „das augenblicklich lebende deutsche Volk nur vorübergehender Träger des ewigen Lebensstromes ist, der aus der Unendlichkeit kommt und nach unserem Willen in die Ewigkeit fließen soll als Ausdruck biologischer Unsterblichkeit.“²⁴ In diesem Sinne wurde von den Mitgliedern der NS-Schwesternschaft verlangt, „nachweislich auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung“ zu stehen und „arischer Abstammung“ zu sein.²⁵

Pflege wurde als „Kampf im volkspolitischen Interesse“ verstanden. Sie dürfe kein „Ergebnis persönlicher Mitleidsregungen der Pflegeperson“ oder gar von „Weltflucht“ sein: „Wer die Welt verläßt und in Mitleid für diejenigen vergeht, denen das irdische Leben schwer gemacht wird, besitzt jedoch nicht die erforderliche klare geistige Einstellung zum unabdingbaren Werte des Lebens. Wer aber das Leben an sich nicht bejaht, ist – bei allem aner kennenswerten Opfermut in der Berufsausbildung – doch nicht voll und ganz dazu fähig, so um jedes Leben zu kämpfen, wie es notwendig ist, um Deutschland vor dem Volkstode, der ihm schon von seinen Gegnern vorhergesagt ist, zu schützen. ... Der Schutz der deutschen Volkskraft, die Erbgesundheits-Lehre und die Förderung der körperlich und geistig Hochwertigen im Rahmen der planmäßigen Aufartungspolitik können nur aus voller Überzeugung von Menschen durchgeführt und angewandt werden, die sich die glücklichste Gestaltung der diesseitigen Zukunft des deutschen Volkes bewußt zur Lebensaufgabe setzen.“²⁶ Noch deutlicher hatte Joseph Goebbels auf dem Reichsparteitag der NSDAP im September 1938 die Motive des Regimes benannt: „... wir müssen ein gesundes Volk besitzen (sic!), um uns in der Welt durchsetzen zu können.“²⁷

Der Tatsache, daß dem Ideal eines „Deutschen“ keineswegs alle entsprachen, schon gar nicht jene, die irgendwelchen Gebrechen zufolge kein „Schwert“ schwingen und keine Herrschaft über andere ausüben konnten, wollten die Nationalsozialisten ebenso strikt und radikal begegnen wie dem Existenzrecht der mit Krieg überzogenen Nationen. Doch hier standen sie vor gewissen Problemen: Richteten sich Holocaust und der Vernichtungskrieg im Osten Europas gegen Angehörige anderer Völker, so waren von den „Euthanasie“-Verbrechen nahezu ausschließlich Deutsche betroffen, also Angehörige des eigenen Volkes. Zudem rief die massenhafte Beseitigung von „lebensunwertem Leben“ innerhalb des Reiches ein anderes Maß an Widerspruch hervor, dem sowohl mit verstärkter Geheimhaltung als auch mit trickreicher Irreführung der Öffentlichkeit Rechnung getragen werden sollte.

Geschichtliche Keime und ihr Fortwirken im Dritten Reich

Die Wurzeln aller großen nationalsozialistischen Massenverbrechen – auch die der Morde an Kranken und Behinderten – reichen in die Tiefen deutscher Geschichte. Expansionistische Bestrebungen und antisemitische Ideen spielten allzu oft eine große, besorgniserregende Rolle. Insbesondere aus deren Zuspitzung im preußischdeutschen Kaiserreich am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie aus der Barbarei des ersten weltumspannenden Krieges erwachsen nach 1918 die Doktrinen des Nationalsozialismus. Was diese beinhalteten, war in allen Grundzügen geschichtlich verankert und bereits Vorhandenem entsprossen, löste sich jedoch selbst von solchen Grundlagen. Die NSDAP übersteigerte und radikalisierte deutsch-nationales, konservatives und völkisches Denken in einer bis dahin ungekannten Art und Weise. Das ließ den Nationalsozialismus zu einer eigenständigen politisch-ideologischen Strömung werden, die während des Dritten Reiches eindeutig dominierte, jedoch nicht alles ursprüngliche Denken in den Kategorien von Nationalismus und

²⁴ Zit. nach Herwart Vorländer: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation. Boppard am Rhein 1988, S. 403. Siehe auch Birgit Breiding: Die braunen Schwestern. Ideologie – Struktur – Funktion einer nationalsozialistischen Elite. Stuttgart 1998; siehe auch Manfred Weißbecker: „Wir können alle Lust unterdrücken ...“ Briefe aus dem Alltag brauner Schwestern im Zweiten Weltkrieg. In: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen. Gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz. Köln 2000, S. 164-177.

²⁵ Richtlinien für die Schwesternschaft der NSV. In: Herwart Vorländer (wie Anm. 24), S. 307.

²⁶ Warum Ausbau der NS-Schwesternschaft? In: Nationalsozialistischer Volksdienst, 1937/38, S. 951. Zit. nach Herwart Vorländer (wie Anm. 24), S. 3111.

²⁷ Zit. nach ebenda, S. 369.

Konservatismus zu ersetzen oder gar zu verdrängen vermochte. Die Gleichzeitigkeit einander zwar nahestehender, aber dennoch nicht identischer politisch-ideologischer Vorstellungen muß als ein wesentliches Merkmal der deutschen Gesellschaft jener Zeit angesehen werden.

So verlieh die NSDAP dem in Deutschland weit verbreiteten christlichen Antijudaismus und völkisch begründeten Antisemitismus einen durch und durch rassistischen Grundzug, den es zuvor lediglich in Ansätzen gegeben hatte. Ihr rassistischer Antisemitismus gipfelte im Konzept einer völligen Ausrottung des jüdischen Volkes. Als entscheidendes Ziel des Hasses auf Juden trat deren Vernichtung in den Vordergrund. Eine Beschränkung auf Verfolgung und Vertreibung sollte es nicht mehr geben. Dieser im Verlauf der 30er und zu Beginn der 40er Jahre sich weiter radikalisierende Antisemitismus der NSDAP war von neuer Qualität und bislang geschichtlich einmalig. Wir wissen jedoch aus zahlreichen Forschungen, aber auch aus Auseinandersetzungen, die es in den letzten Jahren beispielsweise zum Thema „willige Vollstrecker“ und zu Goldhagens gleichnamigen Buch gab²⁸ oder auch zu dem neuesten Buch von Götz Aly,²⁹ in welchem Ausmaß es während des Zweiten Weltkrieges unterschiedliche Varianten antisemitischen Denkens gegeben hat.

Gleiches trifft auf den Expansionismus der Nationalsozialisten zu. Bereits das im Februar 1920 verkündete Parteiprogramm der NSDAP zielte nicht allein auf eine von nahezu allen Deutschen befürwortete Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges. Dessen erster von 25 Punkten verlangte nicht mehr und nicht weniger als den „Zusammenschluß *aller* Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland“. ³⁰ In seinen parteioffiziellen Erläuterungen zum Programm postulierte Alfred Rosenberg, „daß gleiches Blut und gleiche Sprache und gleiche Kulturüberlieferung auch *einen* Staat bilden müssen.“³¹ Erst der zweite Punkt forderte die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“, während der dritte den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“ proklamierte. Dies alles richtete sich nicht nur gegen die 1919 erfolgten Gebietsabtretungen an Polen, Litauen, Dänemark, Belgien, Frankreich und Italien, sondern auch gegen die Zerschlagung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und gegen die Bestimmung, daß der entstandene österreichische Staat sich mit dem Deutschen Reich nicht vereinigen durfte.

Indessen reichte das Verlangen nach einem „Zusammenschluß *aller* Deutschen“ noch über die – auch von anderen deutschen Parteien angemahnte – Wiederherstellung des einstigen Territoriums von 1914 oder 1866 hinaus. Da jedoch von den rund 90 Millionen Menschen deutscher Nationalität etwa ein Drittel außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lebte, beinhaltete diese Formel den wahnwitzigen Anspruch, sich in die Angelegenheiten eines jeden Landes einmischen zu können, in denen deutsche Minderheiten lebten, und das war u. a. in der Tschechoslowakei, in Polen, Jugoslawien, Rumänien, in den baltischen Staaten, Rußland und auch in Übersee der Fall. Unumwunden gierte die NSDAP nach „Land und Boden“, worunter sie vor allem osteuropäische Gebiete, aber auch die verlorenen Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien verstand. Begründet wurde dies mit demographischen und geopolitischen Argumenten; angeblich erforderten die Bevölkerungsdichte und die Ernährungssituation des Deutschen Reiches eine territoriale Expansion. Es widerspreche jeglicher natürlichen Ordnung, so verlautbarte wiederum Rosenberg, „daß 36 Millionen Franzosen über ein größeres Land verfügen als 63 Millionen Deutsche; daß auf einen Russen 20mal mehr Grund und Boden kommt als auf einen Deutschen. Dieses naturwidrige Verhältnis muß entweder

²⁸ Siehe Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann. Berlin 1996.

²⁹ Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a. M. 2005. – Zur Diskussion über dieses Buch siehe vor allem Sozialgeschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, H. 3/2005, das Beiträge von Rüdiger Hachtmann, Christoph Buchheim, Thomas Kuczynski, Michael Wildt, Jane Caplan und Angelika Ebbinghaus enthält. Siehe auch Manfred Weißbecker: Nationaler Sozialismus? Volksstaat? Anmerkungen zu Götz Aly. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 62, Juni 2005, S. 175–181.

³⁰ Zit. nach Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (wie Anm. 7), S. 34. Hervorhebung hier durch den Verfasser.

³¹ Alfred Rosenberg: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. München 1922. Zit. nach der Ausgabe von 1933, S. 12.

zur vollkommenen Verkrüppelung des deutschen Volkes führen, oder es wird in einer Weise ein Ende nehmen, wie sich die Dinge in der Geschichte noch immer zugetragen haben: durch einen völkischen Machtkampf. Es gibt auch hier nur Durchsetzung unserer Lebensnotwendigkeiten oder Untergang.“³² In wenigen, nahezu lapidaren Sätzen hatte die NSDAP damit größte Gebietsansprüche erhoben, die weit über die Absicht anderer Teile der deutschen Eliten hinausreichten, allein das Ergebnis des Ersten Weltkrieges rückgängig machen zu wollen.

Dem hier zu Expansionismus und Antisemitismus Gesagten entsprach auch die Entwicklung der nationalsozialistischen Sicht auf das Thema „Euthanasie“. Die NSDAP nutzte skrupellos alle den Gnadentod rechtfertigenden Auffassungen aus, die es seit langem in Teilen der Gesellschaft gab und die in teilweise recht unterschiedlich motivierten Debatten behandelt worden sind. Diese dienten den Nationalsozialisten als Grundlage einer eigenen, ins Unmenschliche übersteigerten und völlig radikalisierten Doktrin. Der Zeitpunkt, zu dem sich eine eigenständige nationalsozialistische Variante des Themas „Euthanasie“ herauskristallisierte und zugleich Kurs auf massenhafte Vernichtungsaktionen genommen wurde, lag nach Ansicht des Verfassers bereits vor dem 30. Januar 1933. Idee und Politik der Liquidierung von körperlich und psychisch Behinderten ergaben sich geradezu logisch aus dem Gesamtprogramm. Sie konnten sich zwar auf wesentliche Voraussetzungen stützen, waren jedoch von völlig neuer Qualität. Allein den Begriff der „Euthanasie“ gaben die Nationalsozialisten nicht auf; sie verwendeten ihn, ohne selbst die Unterschiede zwischen ihm und dem massenhaften faschistischen Patientenmord zu markieren.

Ähnlich wie national-konservative Ideen einerseits und die sich zudem noch radikalisierenden völkisch-rassistisch-nationalsozialistischen Ideen andererseits in den Jahren zwischen 1933 und 1945 nebeneinander existierten, gab es im Dritten Reich sowohl die zuvor vertretenen Euthanasie-Auffassungen als auch die eindeutig faschistischen Massenmord-Axiome. Zwischen ihnen kamen zahlreiche Berührungspunkte zum Vorschein, geblieben waren aber – wenngleich zumeist überdeckt – auch traditionelle Gegensätze. Zu diesen traten teilweise neue und die Zwiespältigkeit von Euthanasie an sich befördernde Unterschiede. Für den heutigen Umgang mit diesem Thema besagt dies, daß in jedem einzelnen Fall, über den es zu debattieren und zu urteilen gilt, sowohl die Selbstständigkeit als auch die Einzigartigkeit des nazistischen Mordprogramms an kranken und behinderten Menschen berücksichtigt werden müssen. Eindimensionale und monokausale Erklärungsmuster verbieten sich. So sehr jegliche Hilfsleistung deutscher Mediziner für dieses Programm ein hohes Maß an Verantwortungslosigkeit oder zumindest ein opportunistisch zu nennendes Mitläufertum markiert, dementsprechend strikt abzulehnen und als menschenunwürdig zu charakterisieren ist, so wenig kann pauschal unterstellt werden, alle hätten ihrem Tun und Lassen allein nationalsozialistisch-rassenhygienische Kriterien zugrunde gelegt und persönlich alle verbrecherisch zu nennenden Motive der Nationalsozialisten intendiert.³³

³² Ebenda, S. 16.

³³ Die Diskrepanz zwischen allgemeinen, traditionellen und nach Meinung des Verfassers keineswegs akzeptablen, aber in der menschlichen Gesellschaft seit eh und je vorhandenen Euthanasie-Auffassungen einerseits und der spezifischen, auf massenhafte Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens zielenden faschistischen „Euthanasie-Politik“ andererseits nicht genügend beachtet zu haben, stellt offensichtlich ein gravierendes Problem jenes Berichtes dar, den eine Kommission des Senates der Friedrich-Schiller-Universität Jena im „Fall Ibrahim“ vorgelegt hat (siehe Anmerkung 14). Möglicherweise haben die Mitglieder dieser Kommission die Diskrepanz gesehen, sie hielten sie jedoch – entsprechend einer begrenzten Aufgabenstellung – einer Berücksichtigung nicht für wert. Wenn letzteres angenommen werden darf, würde dies jedoch kaum einer Sichtweise entsprechen, die für sich in Anspruch nimmt, überzeugend gegen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen gerichtet zu sein. Der Bericht umgeht leider alle berechtigten Fragen, die neben und in direktem Zusammenhang mit der korrekten Benennung Ibrahim'scher Verfehlungen unumgänglich zu stellen sind und der Erarbeitung einer alle Seiten umfassenden Biographie dienen würden. Ein solches Vorgehen behindert zudem den lebensnotwendigen Versuch, aus der Geschichte zu lernen. Stattdessen mag der Eindruck nicht unberechtigt sein, daß deren Benutzung der eines Steinbruches für jeweilige und beliebige Zwecke gleicht. Ein Beispiel völlig unwissenschaftlichen Herangehens und grober Fälschung, die angeblich antifaschistischer Argumentation dienen soll, lieferte Lars Rensmann: Antisemitismus und „Volksge-sundheit“. In: Medizin und Verbrechen. Hrsg. von Christoph Kopke. Ulm 2001, S. 71. Hier heißt es: „Nur aus nachwirkenden Identifizierungen (! – M. W.) mit rassistisch-antisemitischen Leistungen für die ‚Volksge-sundheit‘“

Erschrecken, Empörung, Mitleid und Angst bestimmen die Erinnerung an die *Opfer* der nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen. Mit Recht ist zu fordern, Taten und Täter deutlich zu benennen, anzuklagen und eindeutig zu verurteilen, um jede Wiederholung solcher Schandtaten zu verhindern. Auch ist eindeutig die Schuld derer zu bestimmen, die in das fürchterliche Geschehen verstrickt waren, aus welchen allgemeinen Motiven und individuellen Beweggründen auch immer. Die kritische Rückschau bleibt indessen auch davon nicht unbeeinflusst, daß Theodor Adorno irrte, als er erklärte, nach dem Holocaust könne kein Gedicht mehr geschrieben werden. Und geht möglicherweise auch derjenige an der Realität des Lebens vorbei, der behauptet, angesichts der nationalsozialistischen Mordtaten an geistig und körperlich Behinderten könne niemals mehr und in keiner Weise an Gnadentod und Sterbehilfe gedacht werden? Es lediglich als schamlosen, faschistoiden Rückgriff bezeichnen zu wollen, wenn in vielen Ländern der Welt mehr denn je über das Thema debattiert und nach neuen, nach menschlichem Ermessen vertretbaren Regelungen gesucht wird, verdrängt die Existenz physischer und geistiger Behinderung von Menschen und die Frage nach dem Umgang der Gesellschaft mit unheilbar kranken Menschen. Das Problem gab es in der Geschichte bereits hange vor 1933 und ebenso in allen Gesellschaftssystemen. Es hat nach 1945 nicht aufgehört zu existieren; in einigen westeuropäischen Ländern – in den Niederlanden, der Schweiz und in Belgien – wurden Kriterien erarbeitet und diese sogar in Gesetzesform gebracht.³⁴

In ihrer Herrschaftszeit, den zwölf schlimmsten Jahren deutscher Geschichte, betrieben die Nationalsozialisten total unmenschliche Praktiken im Umgang mit behinderten Menschen. Das Problem aufzuheben vermochten sie nicht. Nach wie vor wird über das Thema Gnadentod und Sterbehilfe zu debattieren sein, wird nach vertretbaren menschlichen Lösungen zu suchen sein. Unterschiedliche Antworten sind möglich und werden zu weiteren politisch-moralischen Auseinandersetzungen führen. Immer bedarf es dabei des argumentativen Rückgriffs auf den nationalsozialistischen Mißbrauch, wenngleich nicht jeder Lösungsvorschlag von vornherein mit diesem in eins gesetzt werden sollte.

Menschliche Verantwortung gestern und heute. Beiträge und Reflexionen zum nationalsozialistischen Euthanasie-Geschehen in Thüringen und zur aktuellen Sterbedebatte. Schriftenreihe der Landesärztekammer Band 4, Landesärztekammer Thüringen, Jena 2008, S. 55-71.

des ethnisch marginalisierten Volkskörpers ist etwa zu erklären, warum der NS-Massenmörder (! – M. W.) Jussuf Ibrahim, der als Leiter der Kinderklinik Jena diejenigen Kinder eigenhändig (sic! – M. W.) ermordete, welche seinen ‚ansehen‘ Idealen nicht entsprachen, nach einem Beschluß der Rates der Stadt Jena die Ehrenbürgerschaft behalten darf.“

³⁴ Siehe u. a. Andreas Frewer/Clemens Eickhoff (Hrsg.): „Euthanasie“ und die aktuelle Sterbehilfe-Debatte. Die historischen Hintergründe medizinischer Ethik. Frankfurt a. M. 2000. Siehe dazu auch die Beiträge von Nikolaus Knoepffler und Eggert Beileites im vorliegenden Band.

Riskanter Jahresbeginn

Januar 1923: Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet

Was wird das neue Jahr wohl bringen, was soll man sich wünschen? Bei allen Jahreswechseln stellen sich Menschen diese Fragen. Nicht anders war es auch am Ende des Jahres 1922 in Deutschland. Besorgt hatte man verfolgen können, wie sich in den letzten Wochen zuvor die Regierungspolitik deutlich nach rechts hin entwickelte. In Italien kam es sogar – nach dem spektakulären „Marsch auf Rom“ – zur Errichtung einer terroristischen, zeitweilig noch parlamentarisch verbrämten Diktatur des Faschisten Benito Mussolini. In Bayern tat sich lautstark eine neue Partei hervor, die verkündete, die Weimarer Republik gewaltsam zerschlagen zu wollen; Deutschlands Mussolini heiße Adolf Hitler. Die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte sich angesichts einer galoppierenden Inflation von Tag zu Tag. Auf den Stuhl des Reichskanzlers war zudem am 22. November ein Mann der Wirtschaft gelangt: Wilhelm Cuno, der Generaldirektor eines großen Schiffahrtunternehmens. Unterstützt von den bekannten „Katastrophenpolitikern“ Hugo Stinnes und Karl Helfferich zielte seine Politik auf eine Machtprobe mit Frankreich.

Vieles schien auf neue kriegerische Auseinandersetzungen hinzudeuten. Als Cuno zunächst vorschlug, deutschen Reparationsverpflichtungen erst nach einem fünfjährigen Moratorium nachzukommen, ließ Stinnes erklären, er halte dies „für nicht zweckmäßig“, weil es keine „Endlösung“ – sprich: die völlige Außerkraftsetzung des Versailler Vertrages – bringen würde. Hingegen konnte bereits die Verzögerung der Reparationslieferungen die internationalen Beziehungen enorm belasten. Bis zum Ende des Jahres 1922 waren etwa zwei Millionen Tonnen Kohle und anderes im Werte von 24 Millionen Goldmark nicht geliefert worden, was die französische Regierung unter Raymond Poincaré am 27. November zu der Erklärung veranlaßte, sie erwäge zur Sicherung ihrer Ansprüche die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes. Sie ließ sich auch nicht auf die am Silvestertag verkündete Idee des Kanzlers ein, beide Staaten sollten einen „Gottesfrieden am Rhein“ schaffen und sich verpflichten, keinen Krieg gegeneinander „ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung“ zu führen.

Auf Konfrontationskurs

Die vom 2. bis 4. Januar 1923 in Paris tagenden Regierungschefs der Alliierten lehnten erwartungsgemäß die deutschen Vorschläge als unzureichend ab. Zugleich stellten sie eine absichtsvolle und schuldhaftige Nichterfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland fest, wodurch die im Versailler Vertrag fixierten Voraussetzungen für Sanktionen erfüllt seien. Die Antwort auf die doppelbödige Konfrontationspolitik der Reichsregierung erfolgte am 11. Januar, als französische und belgische Truppen begannen, rund 2100 Quadratkilometer des Industriegebietes an der Ruhr zu besetzen. Nunmehr glich die Situation nahezu einem Krieg, wenn auch unterhalb der Schwelle direkter militärischer Auseinandersetzungen.

Nationalistisch-militante Kräfte aller beteiligten Länder hatten so rund vier Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine riskante Situation heraufbeschworen. Die Gefahr eines neuen großen Krieges zeichnete sich ab; provoziert von einer abenteuerlichen Politik des Verlierers, eröffnet von den französischen Rivalen, unterstützt von den Regierungen anderer westlicher Mächte. Aus Sowjetrußland kam hingegen Protest, gerichtet gegen das „von der französischen Regierung verübte Verbrechen“ und verbunden mit einer Geld- und Getreidespende für notleidende Ruhrarbeiter.

Wenige Tage vor dem Einmarsch ins Ruhrgebiet hatte bereits eine internationale Konferenz kommunistischer Parteien gefordert, alle Gefährdungen des Friedens abzuwenden. Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und der Tschechoslowakei – unter ihnen Clara Zetkin, Walter Stoecker, Marcel Cachin und Gaston Monmousseau – warnten am 6./7. Januar 1923 in Essen eindringlich vor neuen militärischen Abenteuern. Diese seien allein durch eine internationale proletarische Einheitsfront zu verhindern. Die Konferenz beauftragte ein Aktionskomitee, den Kampf der kommunistischen Parteien Westeuropas gegen die absehbare Ruhrbesetzung und gegen den Versailler Vertrag zu koordinieren. Mit eindringlichen Worten wand-

te sich die Tagung an die deutschen Arbeiter: „Euer Feind ist nicht der französische Soldat, auch nicht der französische Arbeiter noch der französische Kleinbauer, die gleich euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer gemeinsamer Feind ist der deutsche und der französische Kapitalist. Eure dringendste Pflicht ist der Kampf gegen die Bourgeoisie eures eigenen Landes. (...) Solange der Versailler Vertrag nicht durch den Kampf des internationalen Proletariats zerrissen sein wird, zwingt eure Bourgeoisie, die Lasten des Krieges auf sich zu nehmen, die sie bis jetzt auf euch abgewälzt hat! (...) Stellt dem phrasenreichen Nationalismus der sogenannten Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten, der großdeutschen Parteien, die internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen die internationale Bourgeoisie gegenüber.“ Damit war der Weg gekennzeichnet, der in den folgenden Wochen und Monaten begangen werden sollte und vielfach bestätigt worden ist. Sowohl die Aufrufe der KPD als auch die vom 17. bis 21. März 1923 in Frankfurt am Main tagende internationale Arbeiterkonferenz gegen die Ruhrbesetzung appellierten in diesem Sinne an alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften, einheitlich vorzugehen.

Völkische Propaganda

Demgegenüber entfachten die Herrschenden in Deutschland – nicht anders als die in Frankreich – eine unmäßige chauvinistische Kampagne, vergleichbar der Vorkriegspsychose von 1914. Wieder wurde die Idee einer „deutschen Volksgemeinschaft“ propagiert. Kanzler Cuno forderte, die „Ehre der deutschen Republik wachsam (zu) bewahren als die Ehre eines einigen Volkes“. Die Stunde rufe zu „festester Einigung aller Schichten unseres Volkes, zu innigster Gemeinschaft mit dem Staat“. Gustav Stresemann, Fraktionschef der Deutschen Volkspartei im Reichstag und Nachfolger Cunos als Kanzler, setzte drohend hinzu, wo die nationale Würde nicht gewahrt werden könne, müsse „die Autorität der Regierung sie schaffen.“ Die Reichsregierung strebte zwar eine Protestbewegung der Massen an, zugleich aber – wie es verschleiern hieß – die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“.

Arbeiterbewegung erhob sich großer Protest gegen den Versuch, internationale Konflikte mit den Mitteln des Krieges auszutragen. Es gehe um Völkerverständigung, nicht um Völkerverhetzung, erklärte auch der sozialdemokratische Parteivorstand. Gegen erhebliche Bedenken aus den eigenen Reihen setzte er allerdings die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Cunos Politik des „passiven Widerstandes“ durch, was einer Neuauflage der Burgfriedenspolitik gleichkam. Obgleich Rudolf Breitscheid, Reichstagsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der SPD, erklärt hatte, der Burgfrieden bedeute „nichts anderes als Kirchhofsruhe“, stimmten 67 Abgeordnete der SPD am 13. Januar für Cuno, 65 hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen und weitere 14 enthielten sich der Stimme.

Die KPD verlangte den Rücktritt der Regierung. Nur durch energischen Widerstand sei zu erreichen, daß die deutsche Bourgeoisie „endlich selber einen Teil der Reparationslasten auf sich nimmt“. Ihre Losung lautete: „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!“ Die Werktätigen sollten sich nicht irreführen lassen: Es könne nun einmal der französische Imperialismus nicht im Bunde mit Stinnes, Krupp und Thyssen und nicht gemeinsam mit der Regierung Cuno bekämpft werden. Notwendig sei ein solidarisches Auftreten des internationalen Proletariats.

Zugleich sahen sich deutsche Kommunisten in dieser Situation veranlaßt, eingehender als bislang ihre Haltung zur Nation zu erörtern. Vor allem Clara Zetkin forderte, daß sich die Arbeiter angesichts des Mißbrauchs nationaler Begriffe und Losungen durch die Bourgeoisie keinesfalls in eine antinationale Position drängen lassen dürften. Es gelte, auch für die nationalen Interessen der Werktätigen einzutreten. Die beginnende Debatte verknüpfte sich rasch mit erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Frage, inwieweit Arbeiterregierungen –also sozialdemokratische Regierungen oder auch Koalitionen von SPD und KPD – geschaffen bzw. unterstützt werden sollten; eine Frage, die zu dieser Zeit und noch lange danach sehr unterschiedlich und auch sehr unzulänglich behandelt worden ist.

Manche Historiker sprechen von einem Entscheidungsjahr 1923. In der Tat: Es gelang damals und erst recht später nicht, den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung internationaler Konflikte zu ver-

hindern. Zudem mißlang es den Arbeiterparteien und anderen Gegnern kapitalistischer Verhältnisse, die Kriege ermöglichten und um des eigenen Profits willen den Werktätigen unzulängliche Lebensbedingungen diktierten, eine stimmige, realistische und überzeugungsstarke Konzeption sowohl in der nationalen Frage als auch für einen demokratischen Weg in die Zukunft zu finden.

junge Welt, Sonnabend, 05.01.2008, S. 15.

Fritz Sauckel: Die frühen Stationen seines Weges zur Macht

Richtet sich biographisches Interesse auf die führenden Figuren der NSDAP, taucht immer wieder jene von Staunen und Unverständnis geprägte, von Erich Weinert formulierte Feststellung auf: „ausgerechnet der ...“ Antworten lassen sich gewiss aus Lebensgeschichten ableiten, und vielleicht bietet Aufschluss auch die jenes Mannes an, der am 30. Januar 1933 zu persönlichem Jubel durchaus hinreichend Anlass hatte. Fritz Sauckels Weg an seine Machtpositionen war ihm weder vorgezeichnet noch absehbar oder gar selbstverständlich. Die gravierenden individuellen Entscheidungen, welche in die Richtung nach „oben“ gewiesen hatten, waren allerdings bereits lange zuvor gefallen. Da dies wohl ebenso für viele andere Nazigrößen zutrifft und möglicherweise sogar eine recht allgemein zu beobachtende Erscheinung spiegelt, sollen hier an ausgewählten Beispielen die frühen Stationen dieses Weges vorgestellt werden.

Zunächst sei ein Foto beschrieben, das als ein Porträt Sauckels um 1924 entstanden ist. An ihm stört nur das Parteiabzeichen, natürlich auch das Bärtchen unter der Nase, das schon damals in einschlägigen Kreisen gewissermaßen – weil Hitler es trug – als ein spezielles Markenzeichen galt. Würde jedoch beides fehlen, zudem das Wissen über die Zukunft dieser Person, könnte ein Betrachter meinen, da habe sich ein Biedermann fotografieren lassen. Die Augen verraten ebenso wie der leicht nach vorn geneigte Kopf wache Aufmerksamkeit, Interesse am Geschehen und wohl auch Wissbegierde. Politischer Radikalismus oder gar Fanatismus lassen sich nicht erkennen, auch nichts Befremdliches, Unerfindliches oder gar Aufreizendes. Kein Zeichen deutet auf Bössartigkeit oder verschlungene und bedrohliche Zusammenhänge hin. Bedächtig schaut er drein. Alles spricht dem Porträtierten eher eine gewisse Reife zu. Das schütterte Haar bezeugt möglicherweise schwierige Zeiten, die erlebt und nur mit Mühe bewältigt worden sind, so könnte vermutet werden. Die Kleidung wirkt ordentlich. Selbst der Hemdknopf unter dem etwas störrisch wirkenden Kragen blieb geschlossen, obgleich es unter den Scheinwerfern des Ateliers sehr warm gewesen sein mag. Alles sehr alltäglich, nahezu banal ...

Das Äußerliche verbietet dem Betrachter die Schlussfolgerung, da habe sich in der Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts ein führendes Mitglied jener Partei ablichten lassen, die als die größte des deutschen Faschismus in die Geschichte eingehen sollte und deren *Korps der Politischen Leiter* 1946 vom Internationalen Militärtribunal der Alliierten als eine verbrecherische Organisation bewertet werden musste.

Dass Sauckel sich selbst bald anders sah, geht aus seinem 1934 geäußerten Unmut über die Veröffentlichung des Bildes hervor. Andere Fotos deuchten ihn nun angemessen. Er ließ das eine als „Gelegenheitsaufnahme“ bezeichnen und wählte für eine Publikation neue aus, sehr typische zumal, da sie ihn als martialisch-kämpferischen Redner auf einer hakenkreuzgeschmückten Tribüne und als Reichsstatthalter in strammer Haltung unter einem riesigen Hitlerbild stehend auswiesen.

Meine Frage lautet nun: Wann, unter welchen Umständen und weshalb entschied sich Sauckel, anders sein zu wollen als zuvor? Wie begann er, sein früheres Verhalten, ja auch sein gesamtes Dasein mit dem Anspruch auf eigene politische Führungsfunktionen zu verknüpfen? Wie erstrebte er die Macht, die seine Partei begehrte und ihr 1933 zufiel? Wo und wie überschritt er jene Grenzen humanen Denkens, das über Jahrhunderte hinweg in der bürgerlichen Gesellschaft – nicht zuletzt dank allgemeiner christlicher Glaubensgrundsätze – eine Reihe allgemeiner Normen menschlichen Zusammenlebens geprägt hatte? Wie wurde der „Biedermann“ der zunächst nicht mehr als ein kleiner Mitläufer, ein mäßiges Mitglied der NSDAP war, zu einem ihrer wichtigsten Funktionäre, schließlich auch zu einem „Brandstifter“ und zum Tode verurteilten Hauptkriegsverbrecher?

Veränderungen und Wandlungsprozesse der Gesellschaft spiegeln sich nicht zuletzt darin, wie einzelne Personen sich zu entfalten und zu entwickeln vermochten. Und so frage ich, was denn Sauckel als einen Faschisten gekennzeichnet hat, als seine Karriere in jener Partei begann, die in der Zeit ihrer Existenz immer radikaler und fanatischer, immer anmaßender und blindwütiger geworden ist und deren fortschreitende Eskalation ihrer Ansprüche und ihres Terrorismus auch zurück wirkte auf die Persönlichkeitsstrukturen ihrer Kader.

In beiderlei Hinsicht weist die Biographie Sauckels über das Individuelle hinaus. Sie zeigt ihn als unentbehrliches Teilchen eines funktionierenden Räderwerkes, in dem er ein von anderen bewegtes Rädchen gewesen ist, in dem er jedoch mehr und mehr auch zu einer Triebkraft anderer Teile der Maschinerie geriet und in dieser als eine Figur der „zweiten Garde“ hinter dem „Führer“ den Gang der Geschichte zu beeinflussen geholfen hat.¹ Das Individuell-Biografische spiegelt und erhellt zugleich jenen Weg, den die deutsche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und insbesondere ihre politischen Führungskräfte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Weltkrieg zu Weltkrieg gegangen sind.

Vielfältiges Scheitern

Als Sauckels Weg in die Politik begann, lag fast sein halbes Leben schon hinter ihm, ein belangloses zumal. Während seiner Schlosserlehre stand der 1894 Geborene bereits im 26. bzw. 27. Lebensjahr. Eine Altersstufe war erreicht, in der junge Männer normalerweise bereits Berufe ausübten, selbst wenn sie ein Studium absolviert oder gar promoviert hatten. Zumeist lebten sie im Kreise einer eigenen Familie und hatten für Kinder zu sorgen. In der Gesellschaft nahmen sie zumeist den ihnen möglichen Platz ein. Doch was war schon in jener von Krieg und Nachkrieg ausgefüllten Zeit normal ...

Weder der ursprüngliche Wunsch Sauckels, in der Marine Geltung zu erlangen, noch die Ende 1921 in Angriff genommene ingenieurtechnische Laufbahn ließen sich realisieren. Ersteres aus bekannten Gründen, letzteres jedoch aus eigenem Verschulden: Als am Ende des Wintersemesters 1923/24 am Ilmenauer Technikum 170 deutsche und 17 ausländische Techniker die Hauptprüfung für Ingenieure und weiterhin 170 Deutsche und 21 Ausländer eine theoretische Werkmeisterprüfung absolvierten, war der „Spätstudent“ Sauckel nicht dabei. Gescheitert verließ er im Frühjahr 1924 ohne entsprechendes Zertifikat die Lehranstalt. Das hinderte ihn jedoch nicht daran, später als seinen Beruf „Techniker“ oder gar „Ingenieur“ anzugeben. Kann dies noch als Verschweigen oder Beschönigen einer für ihn unangenehmen Tatsache bewertet werden, so zeigte sich jedoch bereits in diesem Zusammenhang auch Verlogenheit als eine Charaktereigenschaft, die später immer deutlicher und schließlich im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher bestimmend sein sollte. Sauckel verbreitete – entweder selbst oder durch diensteifrige Untergebene – die Legende, er sei „wegen nationalsozialistischer Umtriebe“ exmatrikuliert worden.² Das war nichts anderes als eine glatte Lüge.³ Den Studienabschluss hatte er sich mit Hilfe von Zeichnungen zu erschleichen versucht, die rasch als Plagiat erkannt wurden. Er musste sein Zulassungsgesuch zur Ingenieurprüfung zurückziehen und schmachbeladen das Technikum verlassen. Nebenbei: Es spricht Bände für die deutschen Intellektuellen, dass Professor Georg Schmidt, der als Leiter des Technikums den Betrug aufgedeckt und für Sauckels Abgang gesorgt hatte, später dennoch nur noch lobende Worte für „unseren Reichsstatthalter Sauckel“, der „damals unser Schüler war“, gefunden hat. Erst 1945 trat er mit der Wahrheit zutage ...

¹ Stets spielte neben den herausragenden Persönlichkeiten – seien es Männer oder Frauen, die einen beträchtlichen Einfluss auf den Gang der Geschichte ausübten und in der Regel als Kaiser, Könige, Feldherren, Religionsstifter usw. „groß“ gerühmt wurden – eine Schar unmittelbarer „Helfer“ in der Ausübung politischer Macht eine außerordentlich bedeutsame Rolle, aber auch sie zumeist in Abhängigkeit von jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen sowie in der Wechselwirkung von objektiven und subjektiven Faktoren. Für diesen Personenkreis wird hier der Begriff *politische Elite* verwendet. Er lässt sich deutlich sowohl von den ökonomischen Eliten, um deren Einfluss auf das politische Geschehen seit eh und je gestritten wird, als auch von den so genannten *Funktionseleiten* abgrenzen, die eher in Verwaltungsapparaten tätig waren. Auch diese Eliten übten Macht aus, indessen kann gerade am Beispiel Fritz Sauckels – sowohl in seinem Amte als Gauleiter der NSDAP in Thüringen als auch in seinem Wirken als Hitlers Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz gezeigt werden, dass und wie zwischen 1933 und 1945 die politische Elite das Führungsheft der Diktatur und des Terrors fest in ihrer Hand hielt.

² Diese Behauptung findet sich sogar in Joachim Lilla, *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstages 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924*, Düsseldorf 2004, S. 538.

³ Siehe die ausführliche Darstellung bei Steffen Raßloff, *Fritz Sauckels Weg zum NS-Funktionär – Herkunft, biographische Zäsuren, Weltbildprägung*, in: *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte*, Bd. 59/60 (2005/06), Jena 2006, S. 330 f.

Voranzukommen schien Sauckel nun indessen als Politiker möglich. Als er 1923/24 sowohl in persönlicher und familiärer als auch in finanzieller Hinsicht eine schwierige Zeit durchlebte, ergriff er die sich ihm bietende Chance in der thüringischen NSDAP. Den im Landtagswahlkampf von Anfang 1924 erreichten Aufwind der Völkischen nutzte er für ein publizistisches Projekt. Unter seiner Geschäftsführung erschien am 15. März 1924 in Ilmenau die erste Ausgabe der Zeitung *Deutscher Aar*. Der Titel klang hochtrabend, der Untertitel las sich etwas bescheidener und knüpfte an das verbotene Zentralorgan der NSDAP an: *Thüringerwald-Beobachter*. Zusätzlich trug die Zeitung die Bezeichnung *Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit*. Triumphierend kündete die erste Seite von den Aktivitäten der völkischen Abgeordneten im neuen Landtag, verbunden – und dies erwies sich bald als ein Grundton des Blattes – mit einer Attacke gegen die „Unzulänglichkeiten des Parlaments“. Dieses würde nicht genug unternehmen, um „Hass und Totschlag, infolge der marxistischen Hetze“ zu bekämpfen. Konkret hieß es, alle Beamten seien zu entlassen, die seit dem 9. November 1918 „lediglich auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit“ zu Amt und Würden gekommen wären.

Sauckels Artikeln kann entnommen werden, wie er sich aller Floskeln und Gemeinplätze bediente, die seit vielen Jahrzehnten im Lager der Völkischen verwendet worden sind. Da war kaum ein eigener Stil erkennbar, in seinen Formulierungen steckte kein Schliﬀ. Verbale Entgleisungen tauchten massenhaft auf, ebenso orthographische Fehler. Schwulstige Überhöhungen, hohle Phrasen und begrenzter Wortschatz kennzeichnen seine Äußerungen ebenso wie die häufige Verwendung nicht näher erläuteter Schlagwörter. Stets applaudierte er den heldenhaften „Führern“ und beschwor die „Volksgemeinschaft“ der arischen Deutschen. Immer wieder beklagte er die Schandtaten, die Juden, Freimaurer, Marxisten und Bolschewisten sowie Mammonisten des In- und Auslands vollbracht hätten. Insgesamt überwog der Duktus des Völkischen, in das sich deutliche Sympathiebekundungen für die verbotene NSDAP und für den zur Festungshaft verurteilten Hitler mischten. In den Spalten seiner Zeitung widerspiegelte sich das Ringen rivalisierender Gruppen um die Führungsposition im sich formierenden Lager des Faschismus deutscher Spielart. Sauckel taktierte zwischen den unterschiedlichen Strömungen des damaligen Rechtsextremismus je nach Situation und Gutdünken, immer aber auch nach seinem persönlichen Interesse.

Mehr und mehr sah sich der Mann direkt in den Streit eingebunden, der bald mit großer Heftigkeit zwischen den Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP und den völkischen Gruppen um die *Deutschvölkische Freiheitspartei* entbrannt war und sich nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 fortsetzte. Aber immer noch trug Sauckel sozusagen auf beiden Schultern: Einerseits gab er seine pronationalsozialistische Haltung zu erkennen, bot aber andererseits in seiner Zeitung oftmals den anderen außerordentlich breiten, ja sogar größeren Raum. Jede Gelegenheit wurde genutzt, um Hitler ins Spiel zu bringen, zugleich aber ewige Treue für Ludendorff geschworen. Ähnlich klang ein Wahlaufruf, der sich zwar hauptsächlich gegen den Parlamentarismus und das Parteienwesen der Weimarer Republik richtete, den „Talmi der Parteien von rechts bis links“ verurteilte und nachdrücklich forderte: „Weg mit den Parteien“, aber ansonsten die „deutsche Treue“ für Hitler und Ludendorff pries. Rechtfertigend hieß es: „Nicht weil wir die Personen verherrlichen, nicht damit der Personenkult neue Blüten treibt. Nein, sondern deshalb, weil sie als deutsche Männer, rein, untadelhaft und von grenzenloser Liebe beseelt zum deutschen Volk, Hass, Verleumdung und Verfolgung auf sich genommen haben.“⁴

Diese doppelte Lobpreisung schlug selbst im familiären Bereich durch: Nachdem er am 27. Oktober 1923 Katharina Elisabeth Wetzels, seine drei Jahre jüngere „Lisa“, geheiratet hatte, kam am 17. April des folgenden Jahres das erste ihrer zehn Kinder zur Welt. Die Wahl der beiden Vornamen für den Jungen geriet symbolisch, selbst in ihrer Reihenfolge: Erich Adolf hieß der Junge ...

Start als Geschäftsführer

Nichts deutete Anfang 1925 in den letzten Ausgaben des *Deutschen Aar* auf rasch eintretende Veränderungen hin. Offensichtlich wurde Sauckel von den Ereignissen überrollt, als in München Hitler

⁴ *Deutscher Aar*, Folge 8/9 vom 18. Ostermond (April) 1924.

am 25. Februar 1925 die NSDAP wieder gründete und am Tag darauf der *Völkische Beobachter* erneut erschien. Doch das Ende seines Blattes und damit auch seiner publizistischen Tätigkeit stand unmittelbar bevor. Am 21. März erschien in Weimar *Der Nationalsozialist*, angekündigt als Ersatzblatt für *Der Streiter*, der bislang in Weimar erschienen war, sowie für den „Deutschen Aar“. Als Herausgeber fungierte Artur Dinter, als Hauptschriftleiter Hans Severus Ziegler. Von Sauckel war keine Rede. Ilmenau fand sich nicht einmal in der Liste jener Städte, in denen es Zweiggeschäftsstellen des *Nationalsozialist* gab.⁵ Einem Trostpflaster gleich klang die Ankündigung, der *Deutsche Aar* werde monatlich einmal als Sonderbeilage der neuen Zeitung erscheinen, was jedoch unterblieb.

Sauckel war nun also auch das Zeitungsmachen missglückt. Er konnte es jedoch bald verschmerzen, denn unter seinesgleichen war er in Thüringen nicht mehr zu übergehen. Belohnt wurde er mit dem Posten eines Gaugeschäftsführers der thüringischen NSDAP. Der letzte Schritt zum hauptberuflich tätigen Politiker war getan, die erste Festanstellung seines Lebens besiegelt, wenn auch nur spärlich mit 50,– Reichsmark im Monat dotiert.

Sauckel betätigte sich nun als Mann des Gauleiters Artur Dinter. Doch die nächste der von ihm zu Gunsten der Karriere zu treffenden Entscheidungen stand bald an. In dem Maße, wie die Streitereien mit den Völkischen abebbten, gewann der parteiinterne Streit um den Platz religiöser Bekenntnisforderungen im nationalsozialistischen Programm an Gewicht. In ihm sah sich Sauckel 1926/27 mehr und mehr zur Klärung der Frage veranlasst, in welche Gefolgschaft er sich weiterhin begeben sollte – in die seines unmittelbaren Mentors oder in die Hitlers. Seine Artikel im *Deutschen Aar* hatten sich keineswegs von den Dinterschen Ergüssen unterschieden,⁶ doch als dieser mit seinen religiös-fundamentalistischen Auffassungen ins kritische Visier Hitlers geriet und für seine Bemühungen, auch als theoretischer Kopf der NSDAP anerkannt zu werden, keinen hinreichenden Spielraum fand,⁷ kam der Intrigant Sauckel zum Vorschein. Im Juni 1927 schlug er der Münchener Zentrale vor, dass Dinter sein Amt als Gauleiter „freiwillig“ niederlegen sollte, da er „immer und immer wieder die Absicht geäußert hat, seinen religiösen Kampf nunmehr aufzunehmen, auch gegen den Willen Hitlers“. Er schrieb: „Wir sind uns alle einig darüber, ja wir haben ganz bestimmte Zusicherungen, dass dann der Gau Thüringen einen starken Auftrieb erfahren würde. Augenblicklich herrscht eine bis in die kleinste Ortsgruppe hinein fühlbare, von dem Wesen Dr. Dinters ausgehende Lähmung. Ich halte es wie schon wiederholt betont als verantwortliche Instanz nunmehr für meine unbedingte Pflicht, ein klares und wahrhaftiges Bild zu geben.“⁸ Davon schien Dinter nichts gewusst zu haben, sonst hätte er seinem Kritiker wohl kaum so demonstrativ den Rücken gestärkt, wie er dies während einer Führer-Tagung des Gaues Thüringen am 10. Juli 1927 in Erfurt tat – er dankte seinem Stellvertreter nachdrücklich und pries ihn als ein „Muster für nationalsozialistische Aufopferung“.⁹

Als Dinter schließlich noch den Führungsstil in der NSDAP zu kritisieren begann, sich nachdrücklich für eine freie Diskussion in der Partei aussprach und die Einsetzung eines Partei-Senats nach dem Beispiel der italienischen Faschisten forderte, handelte Hitler: Er entfernte im September 1927 Dinter vom Amt des Gauleiters, nicht ohne wahrheitswidrig zu behaupten, dieser habe es selbst wegen beruflicher Überlastung gewünscht. Wenige Wochen darauf wurde ihm auch die Herausgeberschaft der Zeitung entzogen und *Der Nationalsozialist* in den Münchener Parteiverlag Franz Eher Nachf. GmbH, in dem auch der *Völkische Beobachter* erschien, überführt. Im Februar des folgenden Jahres flog Dinter aus der thüringischen Parteioorganisation und am 11. Oktober 1928 erfolg-

⁵ Genannt wurden Breslau, Elberfeld, Leipzig, Mittweida und Plauen.

⁶ Im „Deutschen Aar“ vom 22.3.1924 hatte er „gewaltige dunkle Kräfte“ angeklagt, wozu „die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurerei und der Marxisten“ gehören würden. Hinter der Zentrumsparterie stünden die Jesuiten, und allen warf er vor, als „deutschentseelte Kreaturen“ über Ludendorff herzufallen.

⁷ Joachim Petzold, *Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur*, Berlin 1982, S. 223.

⁸ Albrecht Tyrell (Hrsg.), *Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse*, Düsseldorf 1969, S. 202.

⁹ *Der Nationalsozialist* (künftig: DNS), 4. Jg., Folge 29, 4. Nr. im Heuert (Juli) 1927, S. 3.

te schließlich der Ausschluss aus der Partei, kurz nachdem Sauckel im Bunde mit Willy Marschler eine offizielle Stellungnahme zur Krise der Regierung des Landes Thüringen abgegeben hatte, ohne Dinter zu informieren. Dieser vermutete „Manöver“ der beiden gegen sich. Wie gegen andere erhob er auch an ihre Adresse den Vorwurf, Parteigelder zur Abtragung persönlicher Schulden benutzt zu haben, was durchaus stimmen und 1936 ganz offiziell vorgenommen werden sollte.¹⁰ Dinters drastisches Urteil, die Mehrzahl der Gauleiter sei unfähig, „ein sachliches Urteil in den Fragen der geistigen und sittlichen Vertiefung unserer Bewegung abzugeben“, bezog sich in hohem Maße auch auf Sauckel.¹¹ Jedenfalls mokierte er später einmal, sein Nachfolger sei mit seinem „ideotischen Schädel“ nicht in der Lage, die thüringische Regierung zu führen.¹²

Seit dem 30. September 1927 stand der so wohl doch zu Unrecht Charakterisierte an der Spitze der thüringischen NSDAP-Gauleitung. Die wichtigste Station in der Karriere war erreicht. Von nun an waren grundlegende Lebensentscheidungen nicht mehr zu erwarten, ebenso keine Entscheidungen, die aus Zweifeln an der Sache, an Programm und Ideologie sowie an den imperialen Vorherrschaftsansprüchen des deutschen Faschismus hätten resultieren können. Stattdessen bewegte sich nun alles allein im Rahmen dessen, was als Radikalisierung des Faschismus bezeichnet worden ist.

Sauckel im Aufwind

Dies jedoch erwies sich als eine Voraussetzung für jeden weiteren der persönlichen Erfolge. Es gelang Sauckel im Verlauf der nächsten Jahre, die thüringische Gauorganisation der NSDAP zu stabilisieren und zu vergrößern, und dies nicht zuletzt dank der Tatsache, dass sein resolutes, oftmals hemdsärmeliges Auftreten und seine wachsenden rhetorischen Fähigkeiten unter den Parteimitgliedern zunehmend Anklang fanden. Er hatte vermocht, sich den widerstreitenden Gruppen mit seinen Entscheidungen als Vermittlungs- und Integrationsfigur darzustellen. Wichtiger noch dürfte gewesen sein, dass er es bald verstand, eine Schar ihm ergebener Parteifunktionäre um sich zu scharen, den Grundstock seiner späteren „Hausmacht“.¹³

Immer wieder bewies Sauckel großes Geschick in organisatorischen Dingen. Ihm kam zugute, umgänglicher als Dinter zu sein, anstehende Probleme in der Partei pragmatisch und entscheidungsfreudig zu lösen. Und er wusste nun Hitler voll und ganz in seinem Rücken. Wie dieser in der ganzen Partei setzte er sich zunehmend in der thüringischen NSDAP durch. Beider Erfolge in jener Zeit ließen zugleich ein spezifisches und dauerhaftes Beziehungsgeflecht zwischen ihnen entstehen. Selbstverständlich wagte Sauckel kein kritisches Wort an die Adresse des Parteichefs, im Gegenteil: Bis ins kleinste Detail begann der Gauleiter den „Führer“ zu kopieren und jenen Führungsstil zu übernehmen, den dieser mehr und mehr praktizierte. Manche seiner Briefe an den „hochzuverehrenden Herrn Hitler“ lesen sich wie kriecheische und unterwürfige Episteln.¹⁴

Für Hitler war es wiederum entscheidend, dass sein Mann in Thüringen alles unternahm, um innerparteiliche Querelen zu bewältigen und sowohl seine allgemeinen Orientierungen als auch jeweilige

¹⁰ Stellungnahme vom 22.10.1928, in: BABZ, Akte Artur Dinter. Als 1936 noch einmal Material auftauchte, in dem Sauckel „Unregelmäßigkeiten zum Nachteil der Partei“ vorgeworfen wurden, veranlasste Sauckel eine Hausdurchsuchung bei Walter Kühn, einem Bekannten Dinters, in Gössnitz. Sie fand am 16.10.1936 statt und dauerte von 15.30 bis 20.45 Uhr. Im Bericht der Kriminalsekretäre, die die Durchsuchung vornahmen, hieß es: „Die Diensthandlungen in Gössnitz sind anweisungsgemäß so durchgeführt worden, dass Kühn persönlich keinerlei Ahnung davon hat, dass der Gauleiter von den dienstlichen Maßnahmen vorher unterrichtet war.“ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: ThHStAW), Reichsstatthalter (künftig: RSH), Bd. 198, Bl. 7. Dass Sauckel Schulden hatte, deren Restbetrag 1936 vom Verlag *Der Nationalsozialist* bzw. von der *Thüringischen Gauzeitung* bezahlt wurde, geht hervor aus einer Darstellung von Frau Sauckel vom 28.4.1938. ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 106.

¹¹ Brief Dinters an Hitler vom 29.8.1928, in: Das Geistchristentum, H. 9-10/1928, S. 364 ff. Siehe ThHStAW, RSH, Bd. 198, Bl. 11.

¹² Siehe ebenda.

¹³ Siehe dazu den Beitrag von Rüdiger Stutz in diesem Band.

¹⁴ In einem Rundschreiben vom 6.3.1931 erläuterte Sauckel die Organisation und Durchführung von Versammlungen. Unter anderem verbot er den Versammlungsleitern zu sagen, er erteile dem Redner das Wort, es müsse heißen: „Und nun hat unser hochverehrter Parteigenosse [...] das Wort.“ Zit. nach: Die Pflicht, H. 6-7/1935, S. 104.

taktische Schritte durchzusetzen. Letzteres zeigte sich deutlich z. B. in der Arbeiterfrage, zu der Sauckel im *Nationalsozialist* zwei längere Artikel veröffentlichte. Er verurteilte die „schurkische Lehre des Juden Karl Marx“, welche die Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen zerstöre und „Niederrassen“ die Möglichkeit geboten hätte, den „toten Geldsack als Symbol krassesten Eigennutzes“ zu befestigen.¹⁵ Notwendig sei, die jüdisch-marxistischen Führer von den eigentlich ja „prachtvollen Typen“ des fleißigen und anständigen deutschen Arbeiters zu trennen: „Die Frage des Marxismus ist gelöst und seine dämonische Macht über den deutschen Arbeiter gebrochen, wenn zum deutschen Arbeiter der Faust der deutsche Mann der Stirn steht, wenn anstelle des Juden der deutsche Führer getreten ist.“¹⁶ Wie in Hitlers *Mein Kampf* verknüpfte sich hier nationalistisches Denken mit Antimarxismus und rassistischem Antisemitismus zum Kern faschistischer Volksgemeinschafts-Phraseologie. Immer mehr folgte er inhaltlich den Vorgaben des Parteichefs, in der Wortwahl jedoch durchaus um eine persönliche Note bemüht.

Sauckel durfte sich im Aufwind sehen und dies vor allem dank einer Reihe von Faktoren, welche die Partei der deutschen Faschisten und deren Spitzenleute generell mehr begünstigten als behinderten. Hatte 1924/25 die ausgesprochen radikale antisozialistische Politik der bürgerlichen Parteien und der Landesregierung unter der Losung „Nie wieder ein rotes Thüringen“ ihm zum Start einer Karriere verholfen, so konnte es ihm dank der instabilen politischen Verhältnisse in Thüringen gelingen, sich als Gauleiter weiter zu profilieren. Jede Krise der Landesregierung und Kabinettsumbildung – von denen es 1927/28 und auch 1929 mehrere gab – leitete gleichsam Wasser auf die Mühlen der rechts-extremen Opposition. Im Herbst 1928 wurde behauptet, die neue Regierung sei „weit nach links gerückt“.¹⁷ Als sich im Herbst 1929 die vorzeitige Auflösung des Thüringer Landtages abzeichnete, bescheinigte der *Völkische Beobachter* Sauckel, er würde „in vorbildlicher Weise“ wirken. Dieses Lob betraf unter anderem seine Vorschläge, die er den rechten Parteien im Thüringer Landtag unterbreitet hatte. Alle sollten gemeinsam mit der nationalsozialistischen Fraktion beantragen, dass der Landtag sofort einberufen werde und sich gegen den Young-Plan auszusprechen habe. Die Landesregierung sei zu beauftragen, im Reichsrat gegen die Unterzeichnung des Reparationsabkommens zu protestieren. Der gemeinsame Antrag sollte zugleich Landtag, Regierung und alle Behörden verpflichten, das Volksbegehren zu unterstützen. Falls sich keine Mehrheit für diese Vorschläge finde, müsste die Landesregierung zurücktreten und der Landtag sich auflösen.¹⁸

Tatsächlich fanden sich die Abgeordneten der *Christlich-nationalen Landvolk- und Bauernpartei*, der *Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)* und der DNVP dazu bereit, gemeinsam mit der NSDAP einen auf Protest im Reichsrat zielenden Antrag im Thüringer Landtag einzubringen. Unabhängig von dessen Ablehnung durch eine Mehrheit, zu der sich die Abgeordneten der SPD, DVP und DDP gefunden hatten, machten die rechten Parteien wie im Reich damit auch in Thüringen dank ihrer nationalistischen Grundhaltung die NSDAP „hoffähig“. Deren Führer stellten sich selbst als die treibende Kraft in der Front gegen den Young-Plan dar. Sauckel konnte, den Tod Stresemanns schamlos nutzend, von den „Todesschatten über der Novemberrepublik“ reden und zukunftsweisend erklären: „Demokratie und Parlamentarismus sind sterbende Gebilde. Für das Großdeutschland der Ehre und der Macht beginnt es zu tagen.“¹⁹

Bei der Wahl des neuen Thüringer Landtages errang die NSDAP am 8. Dezember 1929 ihren ersten größeren Erfolg. Ihr Stimmenanteil betrug nun 11,3 Prozent. Statt der bisherigen zwei Mandate verfügte die NSDAP im Thüringer Landtag nunmehr über sechs; und eines davon hatte Sauckel errungen.

Wahrscheinlich berührte ihn wenig, dass er bei der Bildung der neuen Landesregierung übergangen worden war. Er beugte sich klaglos Hitlers Sicht auf die große Bedeutung, die der ersten national-

¹⁵ Fritz Sauckel, Der deutsche Arbeiter und sein Recht auf eine soziale Revolution., in: DNS, Folge 33, 18.8.1928, S. 1.

¹⁶ Fritz Sauckel, Der deutsche Arbeiter und die Zukunft, in: DNS, Folge 34, 25.08.1928, S. 1.

¹⁷ DNS, Folge 45, 10.11.1928, S. 2.

¹⁸ DNS, Folge 38, 21.9.1929, S. 1.

¹⁹ DNS, Folge 40. Erste Oktober-Folge 1929, S. 2. Sauckel erschien seit dieser Ausgabe als ihr Herausgeber.

sozialistischen Regierungsbeteiligung in einem der deutschen Länder beizumessen war, natürlich auch dem von seinem „Führer“ bevorzugten Wilhelm Frick. Mit Recht ist von einem „Modell der Machtergreifung“ und einem regionalen Experimentierfeld gesprochen worden. Daher kam für Hitler auf dem Posten des thüringischen Innen- und Volksbildungsministers nicht „irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter“ in Frage, sondern „nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“. In seiner Darstellung der Koalitionsverhandlungen, die er einem Förderer in Übersee zukommen ließ,²⁰ spielten die thüringischen Nazis eine völlig untergeordnete Rolle. Hitler hielt es lediglich für erwähnenswert, mit Hilfe einer Industriellenversammlung, zu der alles gekommen war, „was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle“ gespielt habe, sei erfolgreich Druck auf die anderen Parteien ausgeübt worden. Er nahm auch keine Notiz davon, dass es die NSDAP-Fraktion gewesen ist, die zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte. Der Gauleiter stand immer noch im Schatten eines anderen aus der zweiten Reihe der nationalsozialistischen Politikergarde.²¹ Doch auch das sollte sich ändern, als Sauckel im August 1932 Thüringischer Ministerpräsident und im Mai 1933 Reichsstatthalter wurde ...

Offene Türen dank pervertierter Politik

Sauckel darf in mancher Hinsicht als ein Prototyp einiger und unentbehrlicher Teile der faschistischen Parteiführer-Kaste gelten. Aber möglicherweise lassen sich über das Spezifische der damaligen Zeit hinaus in ihm – und das wäre ein weiterer Aspekt meiner Betrachtungen – auch allgemeine Merkmale des Wirkens bestimmter Gruppen politischer Eliten in einer von imperialem Machtdrang, von Gewinnsucht und erbitterter Konkurrenz gekennzeichneten Welt erkennen.

Ich denke, unser Blick auf jene Vergangenheit, über die heute aus gegebenem Anlass wieder einmal debattiert wird, schließt die Sicht auf das Geschehen unserer Tage und das offenkundige Bestreben ein, kapitalistische Verhältnisse mit Hilfe von Parteien bzw. deren mehr oder weniger bürokratischen Apparate zu bewahren und zu festigen. Ohne diese ließe sich Herrschaft nicht realisieren, ohne sie ließen sich Massen nicht beherrschen. Aus der Notwendigkeit von Existenz und Entwicklung politischer Parteien ergaben und ergeben sich Karrieremöglichkeiten in relativ großem Umfang. Vielleicht lässt sich in Anwendung marxistischer Entfremdungstheorie jenen Anregungen folgen, die in neuerer soziologischer Literatur dem Typus „Funktionär“ gelten.²² Gemeint ist damit eine Sozialfigur, die zunächst in machtfernen Milieus agiert, jedoch nach politischer Macht strebt, diese allerdings weder durch ökonomisches Hinterland, Traditionen oder personale Beziehungen, sondern hauptsächlich auf dem Weg über eine Organisation – gleich ob Partei, Verband, Gewerkschaften oder Presse – erreichen kann.

Solche Wege des Aufstiegs zeitigen Folgen unterschiedlichster Art, darunter auch psychologischer und charakterlicher Natur. Diese im Rahmen des heute zu behandelnden biografiegeschichtlichen Themas zu untersuchen, mag gleichsam als Ergänzung erscheinen zu der von Robert Michels ja so frühzeitig beschriebenen organisationsbedingten Entfernung der Organisatoren von den Organisierten, der Gewählten von den Wählern, also auch einer Elimination der Interessen letzterer zu Gunsten eigener Karriere-Interessen. Das „eherne Gesetz der Oligarchie“ bewirkt auch die Entstehung von Funktionärsapparaten, deren Angehörige Existenz und Wohlergehen ihrer Organisation an die erste Stelle setzen und im Grunde selbst zu „Parasiten der Organisation“²³ werden können.

Pervertiert die Politik, so können auch Politiker pervertieren. Wo Machtapparate wie jener der NSDAP sich daran orientierten und bewusst zudem jegliche demokratische Kontrollmöglichkeit

²⁰ Siehe Fritz Dickmann, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 4/1 966, S. 454 ff.

²¹ Der Biograph Fricks nimmt von Sauckel für die Jahre 1930/31 keine Notiz. Siehe Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992. Das gilt auch für den Beitrag Nelibas in NS in Thüringen, S. 75 ff.

²² Thomas Mergel, Der Funktionär, in: Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Der Mensch des 20. Jahrhunderts, Essen 2004, S. 278-300.

²³ Ebenda, S. 288.

ausschalteten, verfügten „Führer“ und „Leiter“ in besonderem Ausmaß über Möglichkeiten irregulärer Machtausübung einschließlich der Korruption. Dass dieses Problem sich in der Geschichte des deutschen Faschismus potenziert hat, geht unter anderem aus der Tatsache hervor, dass in ihrem Apparat ein bezahlter Funktionär auf etwa 250 Mitglieder traf – exorbitant mehr als der entsprechende Anteil in den Organisationen der Arbeiterbewegung.²⁴ Da darf berechtigt geschlossen werden, dass für Mittelmäßigkeit und einen beschränkten geistigen Horizont, natürlich auch für charakterliche Defizite Tür und Tor offen standen. Da konnte eben relativ leicht, gleichsam einer inneren Logik der Entwicklung unterliegend und dieser willig folgend, aus einem eigentlich unscheinbaren Rädchen im Getriebe“ einer werden, der das Getriebe zu lenken und zu steuern hatte, auch bis hin zur Katastrophe

Dass sich nach all dem Gesagten weitere und durchaus sehr aktuelle Schlussfolgerungen zu den politischen Eliten in den derzeit anzutreffenden Verhältnissen anbieten, sei hier zum Abschluss lediglich vermerkt. Und würde unter uns, die wir linke politische Bildungsarbeit leisten wollen, auch darüber nachgedacht, könnte ich für mehr als nur allein für das geduldige Anhören meiner Überlegungen danken.

Funktionsträger in Staat und Parteien. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien. Konferenzbeiträge, Teil I. In: Pankower Vorträge, Heft 114, Berlin 2008, S. 29-38.

²⁴ Ebenda, S. 291.

Weder national noch sozialistisch

Die NSDAP – Partei des Krieges und des Völkermords

Es war schon erstaunlich: Der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) gelang es, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wohl (hoffentlich) in diesem Ausmaß nie wieder geben wird. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler der Deutschen Arbeiterpartei beitrug, und 1943 – bevor sie kriegsbedingt eingestellt wurde – rund 6,5 Millionen. Danach sind noch viele Hunderttausende in ihre Verzeichnisse „aufgenommen“ worden, etwa bei den rigorosen Überführungsaktionen der Hitlerjugend in die Partei anlässlich des jeweiligen „Führer“-Geburtstages.

Die NSDAP verfolgte unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung und strebte nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus“. Dies ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen“, mit der Konstruktion einer Deutschen Volksgemeinschaft, die in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald sie die Juden aus Deutschland verjagt, „fremdrassische“ Völker unterworfen oder ausgerottet und sich so „Lebensraum“ erobert haben würde.

Diese Partei war in vielfacher Hinsicht eine des Krieges: erwachsen aus dem Ersten Weltkrieg führte sie Krieg im Innern als Voraussetzung des Krieges nach außen, erstrebte und entfesselte Kriege zur Schaffung eines „Großdeutschen Reiches aller Deutschen“. Letzteres stand in Punkt eins des Parteiprogramms, was nur bedeuten konnte, anderen Völkern sowohl Raum als Existenz rauben zu wollen.

In Übereinstimmung mit konservativen Ideologen lag der NSDAP an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter und der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. So vermied sie während der 20er Jahre in den stark industrialisierten Teilen Deutschlands bewusst den Begriff „Nationalsozialismus“ und bot sich als Partei der „nationalen Sozialisten“ an. Dazu wurde zeitweise sogar eine Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollte. Die als „linke Nazis“ Bezeichneten wurden indessen rasch zur Raison gebracht.

Ohne den Nährboden einer wirtschaftlich krisengeschüttelten, aber ebenso ohne die politisch versagenden Eliten der deutschen Gesellschaft hätte die NSDAP weder sich so enorm entfalten noch an die Macht gelangen können. Zugleich erbrachte sie selbst beträchtliche „Vorleistungen“. Dazu gehörte insbesondere ihre Fähigkeit, programmatisch wie propagandistisch an tatsächliche Ängste und vermeintliche Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen. Ihr gelang es, eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen dank terroristischer und rassistisch-friedloser Methoden glauben zu lassen. Dazu gehörte ebenso die durchaus geschickte Verknüpfung ihres Konzeptes „national plus sozialistisch“ mit dem Bemühen, Massen zu politisieren und für rassistisch-antisemitische Ideen zu mobilisieren.

Nach dem 30. Januar 1933 wirkte die NSDAP als eine der wesentlichen „Säulen“ des braunen Regimes. Ihre rund 150.000 Reichs-, Gau-, Kreis- und Verbände-Leiter wurden als „Hoheitsträger“ bezeichnet und mit weit reichenden staatlichen Funktionen ausgestattet. In ihrem Apparat betätigte sich etwa eine Million hauptamtlicher und ehrenamtlicher Funktionäre. Die Partei stand zudem an der Spitze eines bereits in der zweiten Hälfte der 20er Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems, das nahezu jeden, selbst den letzten Winkel der Gesellschaft erfasste. Wie keine andere Partei hatte sie nach 1933 einen bis dahin unbekannten, zuvor nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer Organisationen-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau – dem Einfluss eines breit gefächerten Systems ihrer „Gliederungen“, „Angeschlossener Verbände“ und „Betreuter Organisatio-

nen“ entziehen konnte. Leicht lässt sich ermessen, welche politische Schlagkraft allein aus dieser Organisiertheit resultierte.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen. Dieses bestimmte jedoch zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei – das tat ihre, den ökonomisch Mächtigen eng verbundene Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch: Das faschistische Regime hätte ohne die Massen nicht funktionieren können. Ohne „willige“ Helfer wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte in der Kriegszeit das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wären wohl die meisten Deutschen nicht bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

Insofern markiert die NSDAP den Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Ihr Einfluss besaß viele Ursachen. Sie stellte auf ihrem Weg in den Krieg für viele ein durchaus attraktives Integrationsangebot dar, gewährte sie doch nach der Weltwirtschaftskrise vielen Menschen neue berufliche Chancen, manchem bot sie auch eine Verbesserung des sozialen Status sowie dankbar angenommene Möglichkeiten zu persönlicher Bereicherung. Mit Recht ist gesagt worden, die vielgestaltigen Organisationen der NSDAP seien als eine Art „Versicherungsunternehmen“ zu betrachten, dessen Inanspruchnahme als Schutz vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes, als Garantie für den Umsatz der Gewerbetreibenden oder als „Eintrittsbillet“ in ein Erfolg versprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

Insgesamt war die NSDAP ihrem Charakter nach eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und verbleibende politische Organisation, die in Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen Parteien aufwies, obgleich sie sich selbst oft als „Bewegung“ und „Partei über den Parteien“ darstellte. Auch die von Enttäuschung, Verärgerung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst getragene Politik- und Parteienverdrossenheit großer Teile der deutschen Bevölkerung trug dazu bei, dass schließlich eine an Radikalität und vermeintlicher Kompromisslosigkeit unübertroffene Organisation alle anderen zu überwältigen und eine das Parteienwesen eigentlich konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten in der Lage war.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Januar 2008, S. 3.

Unerhörter Rufer

Saul Friedländer über Kurt Gerstein

Nahezu jedes Nachschlagewerk, jedes Buch über die Verbrechen des deutschen Faschismus und auch jede Darstellung von Aktionen gegen Krieg und Völkermord erwähnt jenen Mann, der 1941 in die SS eintrat, sich an deren Verbrechen beteiligte und gleichzeitig diese zu behindern, vor allem aber publik zu machen suchte: Kurt Gerstein. Viel ist bereits über ihn geschrieben worden, seit Hans Rothfels 1953 dessen 1945 in französischer Haft verfassten Bericht veröffentlicht hat und Rolf Hochhuth ihn 1961 im „Stellvertreter“ gemeinsam mit dem katholischen Pater Riccardo versuchen ließ, den Papst zum Eingreifen gegen die Judenmorde zu bewegen. Nach dem Buch von Saul Friedländer, das 1967 erschien und nun dankenswerterweise noch einmal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, legten Pierre Joffroy einen Band über den „Spion Gottes“ und Helmut Franz, ein Jugendfreund Gersteins, Erinnerungen an den „Außenseiter des Widerstandes der Kirche gegen Hitler“ vor. Anlässlich des 50. Todestages von Gerstein entstand in Hagen-Berchum ein Förderkreis, der mehrere Tagungen veranstaltet und die Ausstellung „Kurt Gerstein – Widerstand in SS-Uniform“ für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand gefördert hat. 1998 erschien aus der Feder des Hagener Pfarrers Jürgen Schäfer „Kurt Gerstein – Augenzeuge des Holocaust“. Auf Hochhuths Stück beruhend, kam 2002 ein französischer Spielfilm in die deutschen Kinos, in dem Ulrich Tukur dem Mann aus der „Bekennenden Kirche“ Gestalt und Stimme verlieh.

An Friedländers Darstellung besticht das Ineinanderverwobensein von zahlreichen Dokumenten und detailreicher Darstellung. Nichts wird vom Weg beschönigt, den Gerstein in die protestantische Jugendbewegung und in eine weitgehende geistige Übereinstimmung mit der NSDAP ging. In die Partei trat er ohne Bedenken ein, wurde 1936 jedoch ausgeschlossen, was mehr noch seinen deutschnational gesinnten Vater schmerzlich traf, aber auch ihn zu beharrlichen Versuchen veranlasste, rehabilitiert zu werden. Der Autor stellt ihn als „einen Deutschen wie viele andere“ und als einen um sein Christentum bemühten Mann dar, der – empört über die Kirchenpolitik und erschüttert vom Euthanasie-Verbrechen – sich entschloss, von innen her auf Veränderungen zu drängen. Im SS-Apparat war Gerstein ein Verantwortlicher für die Beschaffung der Giftgase zur „Ausrottung“ der Juden. Als er Zeuge einer Mordaktion geworden war, suchte er die Tötungen zumindest einzuschränken; so behauptete er, das Gift habe sich bereits zersetzt. Als Aufgabe galt ihm nun vor allem, die Welt zu alarmieren. Er informierte nicht nur Freunde und Bekannte, er wollte hauptsächlich die Kriegsgegner und neutrale Mächte wissen lassen, was in den Vernichtungslagern vor sich ging. Friedländer sieht in Gerstein einen einzigartigen Charakter, dessen tragisches Schicksal – er wählte am 25. Juli 1945 den Freitod – in der „Einsamkeit seines Handelns“ begründet war. So schließt der Band eindringlich mit den Worten: „Das Schweigen und die völlige Passivität der Deutschen, das Ausbleiben jeder Reaktion bei den Alliierten und den Neutralen, ja des gesamten christlichen Abendlandes gegenüber der Vernichtung der Juden verleihen der Rolle Gersteins erst die wahre Bedeutung: Sein Rufen blieb ohne Widerhall, seine Hingabe war einsam, sein Opfer erschien deshalb ‚unnütz‘ und wurde zur ‚Schuld‘“.

Saul Friedländer: Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten. C. H. Beck, München 2007. 207 S., br., 12,95 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 31. Januar 2008, S. 15.

Im Würgegriff der Nazis

Nach der verheerenden Niederlage in Stalingrad: Am 18. Februar 1943 zieht Joseph Goebbels mit einer Propagandarede die Bevölkerung in einen „totalen Krieg“ hinein

Wird ein Beispiel gesucht für widersinnige, aber leider erfolgreiche Stimmungsmache, für erschreckende Massenhysterie oder auch für die Nutzung ausgesprochen populistischer Argumente – stets wird da an jene Veranstaltung gedacht, die vor 65 Jahren am 18. Februar im Berliner Sportpalast stattgefunden hat. Von den unzähligen Reden des Propagandameisters der NSDAP blieb kaum eine andere so im Gedächtnis wie jene, die Joseph Goebbels unmittelbar nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad im Berliner Sportpalast gehalten hat.

Gegen „Bolschewismus“

14.000 frenetisch jubelnde Mitglieder und Anhänger der NSDAP – willigen Claqueuren gleich und dennoch gezielter Regie unterlegen – bejahten die von Goebbels gegen Ende seiner zweistündigen Rede gestellten zehn Fragen. Sie bekundeten ihren Glauben an einen „endgültigen, totalen Sieg der deutschen Waffen“, den an den „Führer“, dem auf allen seinen Wegen zu folgen sei, „um den Krieg zum siegreichen Ende zu führen“. Sie gelobten ihre Bereitschaft, „das Letzte für den Sieg herzugeben“ und, wenn nötig, vierzehn oder sechzehn Stunden täglich zu arbeiten. Stürmischen Beifall gab es vor allem nach der Frage: „Wollt ihr den totalen Krieg, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?“ Mit Rufen wie „Aufhängen“ und „Jawohl“ reagierten Zuhörer auf die Attacken des Redners gegen „Drückeberger und Schieber“ und den Appell, die schweren Kriegslasten gerecht und „solidarisch“ zu verteilen. Das fanatisierte Publikum trampelte, klatschte und johlte, als Goebbels fragte: „Seid ihr damit einverstanden, daß, wer sich am Kriege vergeht, den Kopf verliert?“

In einer Situation, die bereits erkennen ließ, daß auch der zweite Griff nach der Weltmacht mit einer Niederlage enden würde, und angesichts des Stimmungstiefs der deutschen Bevölkerung zielte Hitlers Propagandaminister in erster Linie darauf, unliebsamen Fragen nach den Ursachen des Desasters an der Wolga zu begegnen sowie neue Kampfbereitschaft zu wecken. Koste es, was es wolle – der bereits gescheiterte Krieg sollte fortgesetzt werden. Der könne gewonnen werden, wenn alle „unverzüglich, schnell und gründlich“ handeln würden. Mit einem „wildem, entschlossenen Willen“ müsse der Gefahr des bolschewistischen Sieges über Europa begegnet werden. Das Potential des Reiches und der besetzten Teile Europas solle endlich „ganz zur Ausschöpfung gelangen“. Erforderlich seien ebenso „einschneidendste Maßnahmen in der Heimat“, ein „hoher Lebensstandard“ und das „unverantwortliche Tun kleiner passiver Volksteile“ dürften nicht mehr akzeptiert werden. Zum Ausdruck brachte dies das den Saal zierende Transparent: „Totaler Krieg – kürzester Krieg!“

Mit seiner Rede, in der er mehrmals von einer „neuen Optik des Krieges“ tönte, richtete Goebbels sich indirekt auch an das neutrale Ausland und die Westmächte. Deutschland, so hieß es, kämpfe für die Rettung Europas vor dem Bolschewismus und wehre den „Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent“ ab. Die Wehrmacht sei der „einzige Schutzwall“ gegen die Sowjetdivisionen, hinter denen die „jüdischen Liquidationskommandos“ schon zu sehen wären. Andere Staaten besäßen weder das Potential „noch überhaupt die geistigen Voraussetzungen bei ihren Völkern, um dem Bolschewismus auch nur den geringsten Widerstand entgegenzustellen“. Manche mißverstanden diese Passagen als einen Friedensfühler, der da ausgestreckt worden sei, und nicht als Ausfluß des alleinigen Machtanspruchs deutscher Faschisten. Aber auch das war in erster Linie auf innenpolitische Wirkung berechnet.

Preußische Tradition

Als das Gebot der Stunde bezeichnete Goebbels den „totalen Krieg“. Doch es ist schlichtweg falsch, ihn als Initiator solcher Kriegführung zu bezeichnen. Den Begriff hatten deutsche Militärführer erstmals 1815 verwendet. Träger des Krieges sollte nicht mehr allein das Heer, sondern das gesamte, von „seelischer Geschlossenheit“ erfüllte Volk sein. Die Forderung nach einer Nutzung aller materiellen und personellen Ressourcen spiegelte sich auch in anderen Begriffen, die vor dem Ersten Weltkrieg

auftauchten (Voll-, Volks-, Existenz-, Vernichtungskrieg u. ä. m.). Als nach 1918 die Ursachen der deutschen Niederlage analysiert und Schlußfolgerungen für künftige Kriege gezogen wurden, erhielt die Forderung nach totalem Kriegseinsatz militärtheoretische Fundierung. Insbesondere tat sich Erich Ludendorff, führender General im Ersten Weltkrieg, hervor, der seit 1922 der „Kriegführung das absolute Primat zuerkannt“ wissen wollte und 1936 ein Buch mit dem Titel „Der totale Krieg“ veröffentlichte. Konstantin Hierl, später Reichsminister und Reichsarbeitsführer, forderte 1929 auf dem NSDAP-Parteitag, zum Waffenkrieg müßten auch der Wirtschaftskrieg und der Propagandakrieg hinzutreten, Ernst Jünger bemühte 1931 die Formel „totale Mobilmachung“. 1937 verkündete die Zeitschrift *Wissen und Wehr*, daß im Begriff des totalen Krieges der „Angelpunkt der gesamten Diskussion über den Zukunftskrieg“ zu sehen sei. Der führende Philosoph im faschistischen Deutschland, Alfred Baeumler, polemisierte drastisch gegen „liberale“ Auffassungen von Krieg und Frieden“, weil jedes „Meckern (...) der Ausdruck der Auflehnung gegen den totalen Krieg“ sei.

Das Blitzkriegskonzept und die Theorie des totalen Krieges prägten die deutsche Militärdoktrin während des Zweiten Weltkrieges. Dies ging einher mit einer völligen Abkehr vom Völkerrecht und hin zu einer radikalisierten Kriegführung, im Alltagsleben vor allem mit verlängerten Arbeitszeiten, Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften, Schließung sogenannter kriegsunwichtiger Betriebe und Einrichtungen, verschärftem Kriegssonderrecht etc. Selbst diese Kriegführung konnte die Niederlage Hitlerdeutschlands nicht verhindern, doch gerade sie war es, der nach ihrer Verkündung durch Goebbels bis zum 8. Mai 1945 noch mehr Soldaten und Zivilisten als zuvor sinnlos zum Opfer fielen.

Quellentexte: Aus Lageberichten vor und nach der Rede – spätere Korrekturen

Die Meldung vom Ende des Kampfes in Stalingrad hat im ganzen Volke noch einmal eine tiefe Erschütterung ausgelöst. Die Reden am 30. 1. und die Führerproklamation sind diesem Ereignis gegenüber in den Hintergrund getreten und spielen in den ernstesten Gesprächen der Volksgenossen eine geringere Rolle. In erster Linie ist es die Höhe der Blutopfer, nach denen die Bevölkerung fragt. (...) Ferner wird in allen Bevölkerungsschichten die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Stalingrad und die Notwendigkeit der ungeheuren Opfer diskutiert. Im einzelnen bewegt die Volksgenossen, ob die Bedrohung Stalingrads nicht rechtzeitig erkannt worden sei. (...) Der dritte Punkt, um den die Gespräche der Volksgenossen zur Zeit kreisen, ist die Bedeutung des Kampfes um Stalingrad im gesamten Kriegsverlauf. Allgemein ist die Überzeugung vorhanden, daß Stalingrad ein Wendepunkt des Krieges bedeute.

Aus dem geheimen Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 4.2.1943

Der letzte Teil der Rede sei uneinheitlich aufgenommen worden. Zwar sei allgemein die Schlagkraft der zehn Fragen hervorgehoben, jedoch von Volks- und Parteigenossen aus allen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, daß der propagandistische Zweck dieser Fragen und Antworten den Hörern und Lesern allzu sehr zum Bewußtsein gekommen sei.

Aus dem geheimen Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 22.2.1943

Da dem Minister beim Abhören der Tonbandaufzeichnung trotzdem an manchen Stellen der Beifall zu kurz und zu schwach, an anderen zu anhaltend erschien, wurde für die Druckfassung eine entsprechende Korrektur eingefügt in Gestalt der Behauptung „langanhaltender, stürmischer Beifall“. Dafür ein Beispiel: Als Goebbels das Publikum fragte, ob sein „Vertrauen zum Führer heute größer, gläubiger und unerschütterlicher denn je“ sei (...) erschollen Ja-Rufe und ertönte, gemessen an anderen Beifallsszenen, ein nur mäßiger Applaus von etwa fünf Sekunden Dauer. In einer noch 1943 erschienenen Druckfassung ist zu lesen: „Die Menge erhebt sich wie ein Mann. Die Begeisterung der Masse entläßt sich in einer Kundgebung nicht dagewesenen Ausmaßes. Vielstimmige Sprechchöre brausen durch die Halle.“ (...) Regie vor der Rede, während und nach der Rede; der Regisseur war auf alles bedacht.

Aus: Iring Fetscher, Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943, Hamburg 1998, S. 105

junge Welt, Sonnabend, 16.02.2008, S. 15.

Sanfte Aufrührer und mitleidvoller Radikaler

Mario Keßler, Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998). Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 41, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 294 S., 39,90 Euro.

Wer auch immer im Jahr 2009 den 100. Geburtstages von Ossip K. Flechtheim begehen wird – das vorliegende Buch wird dabei eine gewichtige Rolle spielen. Mit ihm liegt eine umfassende, akribisch erarbeitete Darstellung des Lebensweges und der Leistungen eines Mannes vor, der wie kaum ein anderer vielseitig und herausragend zur Entwicklung kritischer Gesellschaftstheorie beigetragen hat. Detailreich erfasst Mario Keßler die Persönlichkeit Flechtheims, seinen Charakter sowie die Motive seines Denkens und Handelns. Warmherzig-verständnisvoll wird da geschildert, zurückhaltend gewertet und kritisch-prüfend übernommen, was andere über ihn bereits zu sagen wussten. Alle zur Verfügung stehenden Quellen, darunter auch solche privater Provenienz, sind erschlossen worden. Der Leser erfährt von den zahlreichen Stationen des in Russland geborenen und in Deutschland aufgewachsenen jüdischen Jungen, des in Freiburg, Heidelberg, Paris und Berlin Studierenden, des zur Emigration gezwungenen und in den USA unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Gelehrten, des nach seiner Rückkehr um Anerkennung im akademischen Betrieb der Bundesrepublik ringenden Rückkehrers, des im Streit um seine politischen Auffassungen konsequenten Forschers. Überzeugend erscheinen auch jene Entscheidungen, die Flechtheim im Laufe seines Lebens drei Parteien angehören ließen: zunächst – wie so viele Intellektuelle – hoffnungsvoll der Kommunistischen Partei Deutschlands, in die er 1927 eintrat und sie nach sechs Jahren als „ein vom Parteikommunisten und dogmatischen Marxisten zum undogmatischen Sozialisten“ Gewandelter verließ, dann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aus der er 1962 – gegen das in Bad Godesberg verabschiedete neue Parteiprogramm protestierend – austrat, und schließlich der Alternativen Liste in Westberlin, die Teil der Grünen wurde.

Flechtheims Leben vollzog sich als ein Prozess ständigen Eingebundenseins in die Auseinandersetzungen seiner Zeit, dabei von Marx ausgehend und das bekämpfend, was als Marxismus ausgegeben worden ist. Früh warnte er vor dem Faschismus und stets befand er sich auf der Suche nach Wegen, die aus den kapitalistisch dominierten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen in eine bessere Welt, eine Welt der Vernunft und Gerechtigkeit führen würden. Er verstand sich zugleich als ein geistiger Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Strömungen der um Alternativen bemühten Kräfte, schließlich auch zwischen Ost und West in den Zeiten des Kalten Krieges. So mag der große Kreis von Freunden, Kollegen und Bekannten zustande gekommen sein, denen Flechtheim sich eng verbunden zeigte. Zu den beeindruckenden Seiten der vorliegenden Arbeit gehört, dass eine Vielzahl dieser Persönlichkeiten differenzierte Darstellung und ausführliche Würdigung erfährt, sei es Hans Herz, dem wohl engsten Freund Flechtheims, seien es ebenso Wolfgang Abendroth, Ernst Engelberg, Hans Kelsen, Hans Mayer, Hans Mottek, Franz Neumann, Nathan Steinberger, Fritz Vilmar und viele andere mehr. Der Band belegt die Meinung Carola Sterns über ihn, dass er „arglos und anteilnehmend, verständnis- und vertrauensvoll: ein sanfter Aufrührer, ein friedfertiger Rebell, ein gütiger, mitleidvoller Radikaler“ gewesen ist (92 f.). Da entrollt sich zudem ein außerordentlich informatives Bild des (un)akademischen Alltagslebens in den USA und in der BRD, ja in mancher Hinsicht bewegt sich Keßler sogar hin zu einer Geschichte jener deutschen Intellektuellen, deren wichtigstes Anliegen es war, ihrer Verantwortung für eine in Frieden und umfassender Gerechtigkeit lebende Gesellschaft gerecht zu werden. Der Autor bettet deren Denken und Verhalten zugleich in die allgemeinen politischen Auseinandersetzungen der wechselnden Zeiten ein; insofern darf die Biografie des Politologen Flechtheim zugleich als eine Geschichte der deutschen Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit gelesen werden.

Entlang der Lebensstationen Flechtheims behandelt das Buch in großer Breite dessen Entwicklung und die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit. Mario Keßler zufolge erstreckte sich das Wirken Flechtheims vor allem auf drei Gebiete: die Kommunismusforschung, Parteiengeschichte und -theorie sowie auf die so genannte Futurologie. Der ersteren galt Flechtheims Aufmerksamkeit in allen Phasen seines Lebens. Die Kritik am sowjetischen Modell des Sozialismus fiel stets harsch

aus, jedoch waren für ihn Stalinismus und Kommunismus niemals identisch. Er suchte nach einer Synthese von Sozialismus, Demokratie und Pazifismus (173). Es war ein demokratischer Sozialismus, den er im Sinne hatte, ein Sozialismus, der auf eine Mischung von Parlamentarismus und Räte-demokratie hinauslief.

In zahlreichen Werken befasste Flechtheim sich – über die Geschichte der KPD hinausgehend – generell mit den politischen Parteien und ihrem Platz in der Gesellschaft. Gerade auf diesem Gebiet trat er energisch den restaurativen Tendenzen der Bundesrepublik entgegen, die er als Ergebnis einer prinzipiellen Beibehaltung alter Machtverhältnisse und fortdauernder Untertanenmentalität betrachtete. Daher verlor – so sein Fazit – deren „Kampf gegen den Osten die Qualität des Widerstandes gegen den totalitären Stalinismus [...] und gewann den Charakter eines Kreuzzuges gegen die marxistisch-leninistischen Sowjets im Stile Adenauers.“ Für Flechtheim war damit die Chance verspielt, aus Deutschland „ein demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen zu machen, das als Brücke zwischen Ost und West hätte dienen können“ (116). Im Wissen um die Realität von Prozessen der Hierarchisierung und Oligarchisierung politischer Parteien durch deren Apparate, wie sie Robert Michels bereits vor dem Ersten Weltkrieg aufgedeckt hatte, suchte er nach Möglichkeiten, deren Entdemokratisierung zu verhindern, nach wirksamen Korrektiven, die solches zu verhüten helfen, um so zugleich Fehlentwicklungen der Gesellschaft korrigieren zu können. Dass er sich dabei immer wieder der Gedankenwelt Rosa Luxemburgs zuwandte, weist Keßler detailliert nach, wobei jedoch auffällt, dass in diesem Zusammenhang nicht ein einziges Mal auch von Paul Levi die Rede ist.

Ausführlich belegt der Verfasser die Auffassungen des interdisziplinär arbeitenden Gelehrten zu solchen Erscheinungen wie Faschismus und Totalitarismus, Sozialismus und Stalinismus, Revolution und Studentenrevolte, Demokratie und deren Gefährdung. Am kreativsten habe dieser sich auf dem Gebiet der Zukunftsforschung erwiesen, wofür er den Begriff der Futurologie prägte. Es gelte, die Zukunft zu retten und dafür kritisch, nicht systemkonform alle relevanten Fragestellungen von Philosophie, politischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und der Pädagogik zu vereinen. Dabei stellte er die großen Gefährdungen der Zukunft, Rüstungswettlauf und Kriegsgefahr, Hunger und Massenelend in den gesellschaftlichen Zusammenhang von ungleicher Entwicklung, ungleichen Lebenschancen und ungleicher Verfügung über das Eigentum an Produktions- und Informationsmitteln sowie an Kulturgütern. Ausführlich zitiert Keßler aus Flechtheims wohl bedeutendstem Buch „Futurologie. Der Kampf um die Zukunft“, das erstmalig 1970 erschien, u.a. die Gedanken zu den möglichen Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Drei Modelle habe Flechtheim für möglich gehalten: „Das erste und vielleicht nicht einmal unwahrscheinlichste Modell wäre in der Tat das Ende der Menschheit oder zumindest der Untergang der modernen Zivilisation als Folge verheerender Kriege. Das zweite Modell liefe dagegen auf eine relative Stabilisierung bürokratisch-technokratischer Regime der Rüstung und Raumfahrt hinaus, die mit dem Begriff Neo-Cäsarismus umschrieben werden könnten. Die dritte und vielleicht sogar wenigstens wahrscheinliche Variante der Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert wäre eine solidarische Weltföderation mit Planung der Zukunft der Menschheit im Dienste von Frieden, Wohlfahrt und Kreativität.“ Der Forscher stellte sich als Ideal „eine abgerüstete klassenlose Weltföderation“ vor, die „im Geiste eines weltweiten solidarischen Humanismus ihre Probleme gewaltfrei lösen würde; eine Annäherung hierzu würde eine Privilegien, Bürokratie und Militarismus abbauende sozialistische Demokratie darstellen.“ (163)

Zusammenfassend bezeichnet Keßler Flechtheim als einen „Wegbereiter“ gesellschaftskritischer Ökologie, der den Begriff des „Ökosozialismus“ in die politischen Debatten eingeführt, sein Zukunftsdenken als „Mischung von moralisch fundierter Gesellschaftskritik und Sozialwissenschaft als Erweiterung von und als Ersatz für den klassischen Marxismus“ betrachtet sowie ein Werk hinterlassen habe, welches das Resultat ständiger „Suche nach einer Synthese von Demokratie und Sozialismus, Ökonomie und Ökologie, Marxismus und bürgerlichem Humanismus“ sei (222).

Jeder Historiker, der jemals sich an einer biografischen Arbeit versucht hat, weiß um die enorm großen Schwierigkeiten dieses Genres, um das kunstvolle Verflechten von Lebensstationen und

Zeitverhältnissen, um – wie im vorliegenden Falle – das Miteinander von Wissenschaftspolitik und Hochschulgeschichte. Umso größer darf die Anerkennung sein, wenn sie so gemeistert werden wie vom Autor der vorliegenden Biografie, die in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung geschichts-, politik- und sozialwissenschaftlicher Arbeit darstellt.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 73, März 2008, S. 189-192.

Lügen der SED-Propaganda?

Vor der „Wende“ von 1989/90 befasste sich an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität ein größerer Kreis von DDR-Wissenschaftlern, geleitet vom Vf. des vorliegenden Bandes, intensiv und ergebnisreich mit der Geschichte des Konservatismus in Deutschland.¹ Obgleich seitdem seinen marxistischen Auffassungen im offiziellen Wissenschaftsbetrieb kein Raum mehr geboten wird, befasst sich Elm weiter mit dem Thema. Dies durchaus nicht weniger erfolgreich, allerdings unter völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen noch dazu konservativer Ideologie und Politik zu neuer Dominanz verholfen worden ist. Die jetzt von ihm vorgelegte Publikation kann in mancher Hinsicht als eine Zusammenfassung und vertiefende Darstellung zur Geschichte des deutschen Konservatismus vor 1945, vor allem aber nach dieser Zäsur betrachtet werden, zugleich aber auch als eine Orientierung auf weitere Forschungsaufgaben. Wie ernst die Arbeiten Elms genommen werden, brachte „Die Welt“ (wenngleich bar jeder Kenntnis und unfreiwillig, aber in der immer noch am Leben gehaltenen Sprache des Kalten Krieges) sehr deutlich zum Ausdruck, als sie am 1. Juli 2007 – kurz nach dem Erscheinen des Bandes – mutmaßte, in diesem werde er „die wichtigsten Lügen der SED-Propaganda über die Nachkriegs-CDU ... wieder aufwärmen“.

Nun, Elm bietet anderes, selbstverständlich. Der Leser findet den bundesdeutschen geistigen Horizont eines bedeutsamen, weil bis in die Gegenwart hinein wirkenden Zeitraumes deutscher Geschichte kenntnisreich ausgelotet. Und vor allem: Jedes Wort konservativer Politiker und Denker, das darin zitiert wird und konservative Denkstrukturen im Umgang mit der Geschichte des deutschen Faschismus bezeugt, ist akribisch belegt, jede Aussage überlegt, jede Schlussfolgerung des Nachdenkens wert. Zugleich stützt er sich auf eine ganze Reihe von Publikationen, die in der Bundesrepublik erschienen und deren Autoren erst recht nicht der angeblich verlogenen Partei nahe standen. Aber vielleicht sollen ja Historiker wie Norbert Frei, von dem eines der wichtigsten Bücher zum Thema stammt, oder Peter Glotz, der 1989 glanzvoll erhellend „Die deutsche Rechte“ charakterisierte, Ralph Giordano, „Die zweite Schuld“ (1987) und andere mehr in gleicher Weise etikettiert, nein: diffamiert werden, unbeschadet der tatsächlichen, nicht zu leugnenden geschichtlichen Fakten ...

Elm geht von der Tatsache aus, dass eine konservative Grundströmung in der bürgerlichen Gesellschaft existiert, die neben Sozialismus/Kommunismus, Sozialreformismus, Liberalismus und Faschismus ebenfalls als eine Grundrichtung von Politik, Ideologie und Theorie zu betrachten ist. Sie habe sich als nachhaltige und international wirksame Reaktion auf Aufklärung und Französische Revolution herausgebildet und sei, wie die anderen Grundströmungen auch, ein „relativ stabiles und zugleich in sich variables Bündel von Grundpositionen, Wertvorstellungen und Zielen“ (26 f.). Sie reiche geschichtlich von den feudal-aristokratischen, großbürgerlichen, monarchistischen und klerikalischen Widerständen gegen die bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts bis zum Antisozialismus/Antikommunismus sowie zu autoritären und imperialen Herrschaftskonzepten des Großkapitals, seines militärisch-bürokratischen Anhangs und zu zahlreichen politischen Parteien im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert.

Seinem Abriss der Geschichte des deutschen Konservatismus legt er das Wechselspiel von Kontinuität und Diskontinuität, von Beharrung und Wandlung, von Zählebigkeit und Flexibilität konservativer Denkmuster zugrunde. Die über 200-jährige Geschichte spiegelt beides wider. Davon künden nicht zuletzt zahlreiche Begriffe, die jeweils Neues widerspiegeln: Es gab da den „Alt“- „Jung“- „Neu“- oder den „Revolutionären Konservatismus“, die „Konservative Revolution“ oder auch einen „sozialen“ „demokratischen“, „technokratischen“, „aufgeklärten“ oder „modernen“ Konservatismus. Neuerdings spricht Ursula von der Leyen gar von einem „feministischen“ Konservatismus. Unterschiede werden auch zwischen einem „Wert“- und dem „Struktur“-Konservatismus gesehen. Wer in allen Variationen das Übereinstimmende sucht, dem empfiehlt der Vf. einen verlässlichen Prüfstein: das jeweilige Verhältnis zu emanzipatorischen Bewegungen, zum Pazifismus, zu Gewerkschaften sowie zu Faschismus und Antifaschismus.

¹ Siehe Ludwig Elm: Liberal? Konservativ? Sozialistisch? Beiträge im Widerstreit politischer Ideen und Wirklichkeiten. Hrsg. Vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2004.

Der Band widmet sich zunächst der „Vorgeschichte und Charakteristik des Konservatismus“. Hier arbeitet Elm Leitlinien im konservativen Denken heraus. Er sieht sie in den Ideen von der allgemeinen und dauerhaften, gleichsam naturgesetzlichen Gültigkeit der sozialen Ungleichheit sowie in den Vorstellungen zur organischen Entwicklung von Gesellschaften, die eine Bejahung evolutionär gewachsener, ständischer und hierarchischer Ordnungen sowie die Notwendigkeit der Existenz von Eliten einschließe. Festzustellen sei weiterhin ein „Skeptizismus hinsichtlich der Natur des Menschen, seiner Erkenntnis- und Entwicklungsfähigkeit und der möglichen Resultate seines Handelns.“ Konservative gingen wesentlich davon aus, „dass der Mensch nur bedingt rational, sein Handeln und Verhalten wesentlich auch von Instinkten und Irrationalem geleitet ist.“ Die bürgerliche Demokratie werde „als zwangsläufig unvollkommen, jedoch als bestes aller bisher bekannten und praktizierten politischen Systeme angesehen.“ Einen zentralen Rang nehme vor allem die Machtfrage ein, worin Konservative – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – dem Marxismus-Leninismus vergleichbar seien, was „bei beiden in unterschiedlicher Ausprägung dazu führte, sozialdemokratische, liberale und pazifistische Vorstellungen und Konzepte gering zu schätzen.“ (44 f.)

Im zweiten der insgesamt neun chronologisch gegliederten Kapitel – es ist das umfangreichste des Bandes – spürt Elm den verhängnisvollen Folgen nach, die konservative Politik und Interessenvertretung von der Reichsgründung bis zur direkten wie mittelbaren Beihilfe zur Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur sowie bis zum Fiasko im Frühsommer 1945 zu verantworten hatten. Das soll auch der Titel des Buches zum Ausdruck bringen, wobei es nicht nur um die Zeit nach Auschwitz gehe, sondern auch um die nach Guernica, Prag, Warschau, Paris, Belgrad, Minsk und Stalingrad, nach Lidice, Oradour sur Glane, Marzabotto und Commeno sowie um die nach Prinz-Albrecht-Straße, Dachau und Buchenwald.

Konservatives Denken habe, so des Autors zentrale Aussage, sowohl die Entstehung als auch die Grundlagen der Bundesrepublik geprägt, und dies relativ unabhängig von wechselnden parlamentarischen Kräfteverhältnissen und Regierungskoalitionen. Aufschlussreiches Material bietet dafür insbesondere das Kapitel „Geschichtsvergessene Staatsgründer 1949-1953“. Es umspannt zwar nur rund vier Jahre, jedoch fast ein Fünftel des Bandes. Der Schlüssel zum Verständnis der Bundesrepublik, genauer: ihrer Verfassungswirklichkeit liege in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die Weichen zum Verdrängen der NS-Verbrechen gestellt worden sind und, wie Giordano einmal sagte, der „große Friede mit den Tätern“ geschlossen wurde. Dieser Umgang mit dem schlimmsten Abschnitt der deutschen Geschichte habe die Verhältnisse in ganz wesentlichen Bereichen der Bundesrepublik geprägt, und er präge sie auch bis in die Gegenwart hinein. Dies schließe zugleich die Notwendigkeit einer kritischen Beurteilung der Legende vom antitotalitären Gründungskonsens ein.

Im Einzelnen werden die Parteien der seit September 1949 existierenden Koalitionsregierungen, ihre Repräsentanten und charakteristische skandalöse Episoden dargestellt. Zahlreiche Beispiele illustrieren, mit welcher exponierter NS-Vergangenheit man frühzeitig politisch-parlamentarische Karriere machen konnte. Adenauers restauratives gesellschaftspolitisches Konzept – offen und zielstrebig seit dem Bundestagswahlkampf im Sommer 1949 verfolgt – setzte die Entschlossenheit und Bereitschaft voraus, das jüngst Vergangene im Wesentlichen auf sich beruhen zu lassen. Die weitgehende Apologie dieses Umgangs mit der NS-Vergangenheit – das Lob der Diskretion und der großen „Stille“ in den Nachkriegsjahren, wie es Hermann Lübke im Januar 1983 formulierte – wurde in den neuerlich etablierten Kreisen mit großer Zustimmung aufgenommen. Welche Relationen dabei zwischen der gesellschaftspolitischen Restauration, der technisch-industriellen Modernisierung und wirtschaftlichem wie sozialem Erfolg ebenfalls dazu beigetragen haben, sei nach Meinung des Autors ein Gegenstand künftiger Forschungen und Debatten. Seit Ende der 1940er Jahre und über die Zeiten des Kalten Krieges hinweg sei zudem die „politische Hauptachse“ der Bundesrepublik deutlich weiter rechts als in Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder Italien feststellbar gewesen, wobei sie sich im Wesentlichen über die Zäsur von 1990 hinweg fortgesetzt und vielfach sogar wieder verstärkt habe.

Aus Elms Sicht nehmen die Unionsparteien als hauptsächliche parteipolitische Repräsentanten des Konservatismus seit 1945 einen zentralen Platz in diesem ein, ergänzt durch Koalitionspartner und

Verbündete wie FDP und DP, aber auch durch Verbände wie die der Vertriebenen oder durch das Verbindungsstudententum. Festzustellen seien auch Übergänge zu nazistisch-rassistischen Parteien und Gruppierungen. Hinzu müssten ebenfalls die vielfach flächendeckenden Netzwerke von rechtsgerichteten Vereinen, Zeitungen und Zeitschriften, Verlagen, Stiftungen etc. gezählt werden. Zahlreiche konservative Politiker wie Adenauer, Carstens, Dregger, Hellwege, Seehofer und Strauß werden biografisch vorgestellt. Das gilt auch für die Hauptdarsteller von Affären mit NS-Hintergrund wie Filbinger, Globke, Kiesinger, Lübke, Maunz, Oberländer, Schwinge u. a. Es sind mitunter Bemerkungen am Rande, die Augen zu öffnen vermögen, so etwa die Erwähnung der Tatsache, dass man im ersten Band der Erinnerungen Helmut Kohls Namen wie Globke und Oberländer oder auch Pinochet – letzteren trotz mehrfacher Kontakte vergebens sucht.

Im Mittelpunkt der Schrift stehen hauptsächlich konservative Auffassungen zu innenpolitischen Ereignissen und Auseinandersetzungen. Doch darüber hinaus erfährt der Leser auch von den charakteristischen außenpolitischen Positionen und Konflikten, darunter zu der bedingungslosen Westbindung und zur Aufrüstung, zum Antisowjetismus und zur langjährigen Gegnerschaft zur Entspannungspolitik, zur Unterstützung kolonialer Herrschaft und Interventionen der verbündeten Mächte, aber auch rassistischer und militärfaschistischer Regime in Europa, Afrika und Lateinamerika. Beobachtet werden auch die Wechselwirkungen zum Neokonservatismus in den USA, Großbritannien, Frankreich u. a. Ländern. In der Darstellung erscheinen Rechtsintellektuelle und Vordenker des konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus wie Hellmut Diwald, Armin Mohler, Ernst Nolte, Günter Rohrmoser, William S. Schlam, Caspar von Schrenck-Notzing, Hans Zehrer u. a. m. Der Vf. ermöglicht so anregende Einblicke in bisher erschienene Veröffentlichungen über Situation, Probleme und Aussichten des Konservatismus.

Man darf als eine der wesentlichsten Ergebnisse der Untersuchungen Elms die These betrachten, dass die politischen und intellektuellen Führungskreise des Konservatismus, insbesondere der CDU/CSU und ihres Umfeldes, bis heute über keine demokratisch fundierte und verlässliche Analyse und Gesamteinschätzung des Nationalsozialismus sowie des europäischen Faschismus der 1920er bis 40er Jahre verfügen. Darin stimmt er mit anderen Autoren völlig gegensätzlicher Positionen überein; auch Günter Rohrmoser (1980) und Giordano (1987) sind weder in der anschließenden Ära Kohl noch unter den seitherigen Koalitionen widerlegt oder überholt worden. Als Ersatz, der dieses Defizit mehr verwischt als erklärt, fungieren nach Elm seit den Nachkriegsjahren rechtsgerichtete Versionen des Totalitarismuskonzepts. Diese vermögen jedoch die Spezifik – die Singularität – der Vorgeschichte, der Entstehung, der Verbrechen und des Endes der Nazibarbarei nicht hinreichend zu erhellen. Gerade das erklärt die Privilegierung des Totalitarismustheorems durch die Konservativen, da es für die stete Relativierung der Nazibarbarei durch Vergleiche und Analogien nahezu beliebig politisch instrumentalisierbar ist. Das antisozialistische Potenzial dieser Theorie lässt sich jeweils in gewünschter Weise aktivieren. Letzteres ist in Theorie- und Geschichtsdebatten ebenso nachweisbar wie im politischen Alltag.

Elm befasst sich eingehend auch mit dem, was bislang bereits in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Konservatismus geleistet worden ist. Er sieht sich in seiner aufklärenden Intention, aber auch in Analyse, Bewertung und Schlussfolgerungen im Einklang mit vorliegenden, hier bereits erwähnten Veröffentlichungen. Daher kann der Leser zugleich viel über die wichtigsten Konservatismus-Debatten und die zeitgenössische theoretische Kritik an der Rechten erfahren, wie sie u. a. von Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim, Helga Grebing, Martin Greiffenhagen, Kurt Lenk, Axel Schildt und Kurt Sontheimer geübt worden ist.

Ebenso wenig übersieht Elm jene Tendenzen, die gegenwärtig als neuartige Radikalisierung im konservativen Lager zu bewerten sind und „als deren Prototyp längst die Administration von Bush jr. in Aktion“ getreten ist. Ihm ist zuzustimmen, wenn er formuliert: „Es wird von den künftigen nationalen und internationalen Bedingungen abhängen, ob und in welcher Weise konsequent konservative Denk- und Handlungsweisen in Gesellschaft und Politik ihren Einfluss behalten oder verstärken. Entscheidend hierfür sind die Kraft und der Einfluss der aufklärerischen, der demokratischen und sozialistischen Bewegungen in der Welt von heute und morgen.“ (296)

Ludwig Elm, Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, Papy-Rossa Verlag Köln 2007, 332 S., 18,00 Euro.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 73, März 2008, S. 192-196.

Gereimte Ergüsse

Die Deutschen und Hitler – Fan-Post an den „Führer“

Wie es scheint ein unerschöpfliches Thema – die Deutschen und Hitler. Viel ist dazu von Geschichtswissenschaftlern bereits klärend gesagt worden, wenn auch Fragen bleiben und neue noch auftauchen werden. Zu außergewöhnlich und beschämend, ja auch zu erbärmlich war das, was sich in Deutschland in der Zeit vom Ende des Ersten bis zu dem des Zweiten Weltkrieges abgespielt hat. Rationale Argumente führen da leider allein nicht zum Ziel, gleich ob sie von Historikern, Soziologen oder Psychologen stammen. So bleibt Raum für ein großes Interesse auch an Geschehnissen und Details, die von sekundärer oder noch viel geringerer Bedeutung gewesen sind.

Erfolg gilt daher jenen Historikern sicher, die solche Felder beackern und zudem den Weg in die Medien finden. Immerhin erfuhr der vor drei Jahren von Henrik Eberle gemeinsam mit Matthias Uhl veröffentlichte Band „Das Buch Hitler“ – es enthält die in Moskauer Archiven gefundenen Aussagen von Hitlers Kammerdiener Heinz Linge und des Adjutanten Otto Günsche – bislang mehr als 30 Übersetzungen. Solche Aufmerksamkeit regte den Hallenser Historiker wohl an, nun auch andere Quellen aus dem Sonderarchiv des Russischen Verteidigungsministeriums zu publizieren. Nach Moskau gelangten 1945 auch Akten der Privatkanzlei Hitlers, der Reichskanzlei und der Präsidialkanzlei, die erst jetzt eingesehen werden konnten. Sie enthalten u. a. Tausende von Briefen, die an Hitler gerichtet waren. Die Entwicklung ihres Umfangs entspricht dem Verlauf von Hitlers Popularitätskurve: geringer vor 1933, dann rund 5000 im ersten und 12.000 im zweiten Jahr seines Regimes. Mehr als 10.000 waren es 1941, weniger als 100 im April 1945. Gemessen an dieser Post soll das Jahr 1938 der Höhepunkt in Hitlers Popularität gewesen sein.

Die Auswahl im Band ist überwiegend chronologisch gegliedert. Ein knappes Fünftel gilt den Briefen, in denen vor dem 30. Januar 1933 Verehrung, gepaart mit Ratschlägen und Wünschen, geäußert wurden. Interessanter als die Briefe an Hitler dürften hier die Antworten sein. Sie spiegeln die Querelen mit den deutschvölkischen Gesinnungsgenossen wider, die zugleich konkurrierende Partner gewesen sind. Als Hitler vorgeschlagen wurde, Hauptaufgabe der Partei sei, eine „Besserstellung des Arbeiters“ zu erreichen und „nach der wirtschaftlichen Seite hin radikalere Saiten“ aufzuziehen, reagierte Heß mit den Worten: „Wir wünschten, es gäbe mehr Arbeitgeber, die Verständnis für unser Wollen haben ...“

Huldigungen aller Art – zumeist in Form gereimter Ergüsse, naiv und berechnend, grotesk und lächerlich – sowie Bedenken und Proteste enthalten die Briefe aus den ersten Jahren des Regimes. Da häuften sich Gebete, Treueschwüre, Appelle, Bittbriefe und Hilferufe. Alles darf durchaus als Stimmungsbarometer gelten. Ein eigenes Kapitel gilt den massenhaften Gratulationen zu den Geburtstagen Hitlers, bei denen sich indessen abzeichnete, dass weniger Angehörige des „Volkes“, sondern mehr die Institutionen in Erscheinung traten. Erkennbar wird der Versuch, die Begeisterung in Opferbereitschaft umzulenken. Das letzte Kapitel gilt dem Verfall der Popularität in Krisen und Krieg von 1938 bis 1945.

Zu nahezu allen Briefen finden sich kurze Erläuterungen – so weit möglich zu den Personen und ihrem jeweiligen Umfeld – und auch Kommentare. Letztere enthalten mitunter unzutreffende Aussagen. Beispielsweise wird und Wolfgang Abendroth als „extremer Linker“ bezeichnet, was wohl eher politischer Absicht denn genauer Kenntnis entspricht. Politisches dominiert auch in den Bemerkungen zu einem Brief aus dem thüringischen Eichsfeld, in dem um die Ansiedlung von Industrie gebeten wird. Dass diese später in der DDR erfolgte, wird erwähnt, doch mit der Bemerkung abgetan, es sei dabei um das Brechen der „traditionellen Vorherrschaft der katholisch gebundenen Familienclans“ gegangen.

Natürlich ist es schwierig, den ausgewählten Dokumenten verallgemeinerungswürdige Thesen abzugewinnen. Dennoch bleibt der Eindruck, dass in dieser Hinsicht nicht genügend Anstrengungen unternommen worden sind. Nur in den seltensten Fällen haben Gegner Hitlers geschrieben, so dass im Grunde auch nur Aussagen zur politisch-psychologischen Verfasstheit eines Teils der Anhänger-

schar möglich sind. Unkritisch neben die Schreiben jener Absender, die zumeist von schlichtem Gemüt und opportunistischer Untertänigkeit gewesen sind, erscheinen Briefe nazistischer „Hoheits-träger“, Angehörigen des bildungsbürgerlichen Milieus oder von einzelnen Industriellen und Militärs. Deren wesentlich größere Bedeutung lässt sich jedoch nur erkennen, wenn auch andere Quellen berücksichtigt werden.

Das Ausmaß der „Fan“-Post war sicher enorm, doch über die Organisation des vielgestaltigen Kultes um Hitler sagt das allein nichts aus. Da wäre gewiss mehr aus der Art und Weise der Antworten abzuleiten gewesen. Doch in dieser Hinsicht reichen Bemerkungen nicht aus, Hitler seien glühende Liebesbriefe unangenehm gewesen, er habe persönliche Widmungen abgelehnt und die Vermarktung seines Konterfeis nicht geduldet usw. usf.

Henrik Eberle (Hrsg.): Briefe an Hitler. Ein Volk schreibt seinem Führer. Unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. Gustav Lübbe Verlag, München. 476 S., geb., 10,95 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 8. Mai 2008, S. 15.

Rezension

UWE HOSSFELD/T0BIAS KAISER/HEINZ MESTRUP unter Mitarbeit von HORST NEUPER (Hrsg.): *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990)*. 2 Bde. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 2334 S.

Nach dem umfangreichen Studienband zur Geschichte der Jenaer Universität zwischen 1933 und 1945 liegen nun zwei weitere gewichtige Sammelbände vor. Enthielt Ersterer eine übergreifende, inzwischen auch Separat gedruckte Analyse von Rahmenbedingungen und Profilwandel der Alma mater Jenensis unter den Bedingungen von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg, so ist Vergleichbares in der neuen Publikation vergeblich zu suchen; zu erwarten ist eine zusammenfassende Geschichte der Jenaer Universität im 20. Jahrhundert erst 2008 anlässlich ihres 450-jährigen Bestehens.

Indessen bieten die 86 Beiträge, verfasst von fast ebenso vielen Autoren und gegliedert in acht Abschnitte, relativ solide Bausteine für diese, wenngleich in recht unterschiedlicher Qualität. Die ersten beiden Teile behandeln allgemeine Probleme aus der Zeit vor und nach der Dritten Hochschulreform und schließen mit einem etwas zu einseitig geratenem Beitrag über die „Wende“ an der FSU. Ein dritter Teil enthält einige längsschnittartig angelegte Analysen zu einzelnen Aspekten (SED, MfS, Finanzen, Frauen, Außenbeziehungen, Bibliothek und Publikation u. ä.), ein vierter Beiträge zur Studentengeschichte (besonders lesenswert hier die Untersuchung von *Gustav-Wilhelm Bathke* zum „sozialen Porträt“ der Studierenden Ende der 1980er-Jahre). Kulturgeschichtliche Zugänge werden im fünften Teil präsentiert, wobei die Vielfalt und Lebendigkeit kultureller Aktivitäten beeindruckend und dennoch nicht vollständig dargestellt sind. Die 27 Beiträge des sechsten Teils behandeln einzelne Studienfächer, Institute, Fakultäten und Sektionen, teils bezogen für die gesamte Zeit von 1945 bis 1990, teils nur einzelnen Ereignissen gewidmet. Im biografisch angelegten siebten Teil werden die ersten beiden Nachkriegsrektoren Friedrich Zucker und Friedrich Hundt sowie die Gelehrten Max Bense, Walter Wolf, Georg Klaus, Rudolf Lemke, Martin Draht, Wolfgang Abendroth, Erich Diehl und Werner Dorst vorgestellt. Hier erscheinen auch Darstellungen zum Schicksal der ersten Verwaltungsdirektorin Hanna Henniger sowie zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Fälle „Wagenhaus“ und „Seemann“. Über „Kritik, Opposition und renitentes Verhalten“ an der FSU erfährt der Leser Details in den vier Beiträgen des achten Teils, ergänzt durch einen Aufruf zu weiterer Suche nach Spuren der „Andersdenkenden“ aus der Zeit von 1961 bis 1989. Der Band schließt mit einem Text von *Peer Pasternack* zur hochschulgeschichtlichen Literatur seit 1990 sowie mit nützlichen Übersichten zu den Rektoren, Prorektoren und Parteisekretären bzw. zu den zwischen 1945 und 1968 existierenden Fakultäten und Instituten.

Viele Artikel zeugen von umfangreichen Recherchen in den vorhandenen schriftlichen Quellen; nahezu ein Drittel aller Seiten ist mit Anmerkungen gefüllt, die sowohl Belege und Literaturhinweise als auch weiteres Material enthalten. Zumeist formulieren die Autoren für ihre Untersuchungen problemreiche Ausgangspunkte, die sich mitunter wohltuend von verzerrendem Pauschalurteil abheben. Auch früher geäußerte Auffassungen erscheinen in differenzierender Art und Weise, sei es in der Aussage, dass die ABF zumindest „in pädagogischer Hinsicht“ erfolgreich auch im Vergleich zur BRD gewesen ist, sei es in den Untersuchungen von *Heinz Mestrup* zum Lebensalltag an der Universität, der als von „Beharrung‘ Improvisation und Innovation“ gekennzeichnet wird und Probleme der wirtschaftlichen Ressourcen nicht ausklammert, sei es dass zumindest gefragt wird, ob es sich bei der Dritten Hochschulreform um einen Modellfall oder den Sündenfall gehandelt habe, oder ob im Zusammenhang mit der „Wende“ ausschließlich von „demokratischer Erneuerung“ oder „Kahlschlagsanierung“ gesprochen werden könne. *Michael Ploenus*, der die Zeit von 1988 bis 1991 untersucht, wendet sich gegen „durchsichtige Etikettierungen“ ohne allerdings dem formulierten Anspruch gerecht zu werden.

Es lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Beiträgen erkennen, und dies nicht nur hinsichtlich ihres Umfangs, der bei manchen 50 oder sogar mehr Seiten erreicht. Mitunter konzentriert sich die Sichtweise auf „den repressiven Charakter der DDR-Universität“ und auf die „har-

ten Einzelschicksale“ während andere Autoren eher nach den Chancen fragen, die „für bis dahin bildungsferne Teile der Gesellschaft“ geboten worden sind. Eine Reihe von Beiträgen spiegelt persönliche Erfahrungen wider; es verwundert nicht, dass da zumeist Naturwissenschaftler und Mediziner zu Wort kommen, die bereits in der DDR Hochschullehrer gewesen sind. Erfahrungen der Professoren und Dozenten des Gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs, von denen fast alle entlassen oder „abgewickelt“ worden sind, tauchen nicht auf; hier versagte offensichtlich die Bereitschaft zur postulierten „Multiperspektivität“.

Auch wer früher an der FSU gearbeitet und manches selbst erlebt hat, erfährt viel Neues, Hintergründiges, Verheimlichtes oder schlicht nicht Erfasstes. Aber er vermisst auch vieles. Nichts ist zu erfahren über die von Ludwig Elm geleitete Konservatismusforschung, die in der BRD ähnlich positive Reaktionen hervorrief wie die ausführlich behandelte Arbeit zur Geschichte der bürgerlichen Parteien. Die seit Ende der 1970er Jahre betriebene Friedensforschung, die auch in der Lehre einen gewichtigen Platz einnahm, blieb ebenso unberücksichtigt.

Als Lücke darf auch betrachtet werden, dass wenig Konkretes zur „Abwicklung“ ganzer Bereiche der Jenaer Universität zu erfahren ist, auch nicht zu den gerichtsnotorisch bekundeten Verletzungen bestehenden Rechts, die in den meisten der 120 Fälle von Klagen festgestellt worden sind. Ebenso wenig taucht eine Auseinandersetzung mit den Sprachregelungen auf, die „Evaluation“ und „Abwicklung“ rechtfertigen sollten und die da oftmals lauteten, es habe vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen keine Leistungen, keine Qualität, nur Ergebnisse „politisch-ideologischer Indoktrination“ gegeben. Offensichtlich ist die Zeit noch nicht gekommen, in der konkret auch zu den wissenschaftlichen und persönlichen Verlusten geschrieben werden kann, die 1990 billigend in Kauf genommen wurden, ganz nach dem – den DDR-Oberen mit Recht angekreideten – Motto: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“.

Auch in dieser Hinsicht erweisen sich universitätsgeschichtliche Themen als außerordentlich aktuell, denn ohne Sicht auf sie werden sich gegenwärtige und erst recht nicht die sich abzeichnenden kommenden Probleme lösen lassen. Dass hierfür die beiden Studienbände hilfreich sein können, sei ausdrücklich vermerkt, lassen sich doch viele Schlussfolgerungen ziehen für weitere Forschungen und Debatten zu dem wohl immer sehr komplexen und zugleich komplizierten Wechselverhältnis von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 56. Jahrgang 2008, Heft 5, S. 487-488.

Hitlers „Bombenerfolg“

Mit einer „Friedensrede“ vertuscht der Diktator seine kriegerische Außenpolitik

Die Umstände hätten ihn, so erläuterte Hitler im November 1938 in seiner Geheimrede vor der deutschen Presse, in den Jahren zuvor gezwungen, immer wieder vom Frieden zu sprechen. Da habe das deutsche Volk den Eindruck gewinnen können, der Nationalsozialismus sei eine „pazifistische Angelegenheit“, was jedoch keineswegs der Fall sei. In der großen Politik gebe es nun einmal Aufgaben, die nur mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Die Presse müsse, so forderte er im Jahr vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, in Zukunft außenpolitische Vorgänge so darstellen, daß die „innere Stimme“ der Deutschen langsam nach Gewalt zu schreien beginne. Mit anderen Worten: Der Krieg war bereits beschlossene Sache, es wurde nur noch nach möglichst großer Zustimmung gesucht. Und dabei sollte von nun an auf jegliche Friedensdemagogie verzichtet werden.

„Friedensengel“ Hitler

Dachte Hitler bei dieser Rückschau auch an seine Rede, die er fünf Jahre zuvor, am 17. Mai 1933 (siehe jW v. 16.5.2008, S. 10/11), namens der Regierung vor den Abgeordneten des Reichstages gehalten hatte und die als eine „große Friedensrede“ gefeiert worden war? Alle Welt wollte er glauben machen, mit ihm sei in Deutschland ein wahrer Friedensengel an die Macht gekommen. Ausführlich legte er dar, wie schändlich Deutschland durch die Siegermächte und den Versailler Vertrag in militärischer Hinsicht geknebelt worden sei, es aber dennoch alle Verpflichtungen erfüllt und abgerüstet habe. Jeden Vorwurf, in Deutschland sei aufgerüstet worden, wies er als unwahr und unfair zurück. Er sei überzeugt, „daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern“.

Hitler ging noch weiter: Er versicherte allen Ernstes, Deutschland sei jederzeit bereit, noch mehr zur internationalen Sicherheit beizutragen sowie seine „gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören“. Es sei bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten und jedem „feierlichen Nichtangriffsvertrag beizutreten“. Deutschland habe „nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit wahren und seine Grenzen schützen zu können“. Der Pferdefuß: Jede dieser Aussagen versah er mit der Bedingung, daß auch die anderen Staaten abrüsten.

Sich derart friedensdemagogisch zu äußern, war der desolaten außenpolitischen Situation geschuldet. Den konkreten Anlaß bot ein Beschluß, den die in Genf tagende Abrüstungskommission des Völkerbundes seit längerem vorbereitet und schließlich am 11. Mai gefaßt hatte. Ihm lag ein Vorschlag der englischen Regierung zugrunde, demzufolge in die zu treffenden Vereinbarungen über die Stärke der künftigen Heere in den europäischen Staaten auch die Mannschafszahlen der deutschen paramilitärischen Verbände, vor allem der SA, der SS sowie des Stahlhelms, einbezogen werden sollten. Diese seien als „militärisch verwertbar“ anzusehen und müßten der deutschen Heeresstärke anzurechnen sein. In der Ablehnung des Beschlusses war der deutsche Vertreter Rudolf Nadolny einzig von seinem ungarischen Kollegen unterstützt worden. Frankreich, Belgien, Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Portugal und die Niederlande hatten Englands Initiative befürwortet, alle anderen Mitglieder sich der Stimme enthalten, darunter auch die USA. Deutschland befand sich in der Isolation. Schlimmer noch: Das ohnehin bevorstehende Scheitern der Abrüstungskonferenz wäre auf die einseitig forcierte und nur notdürftig getarnte deutsche Aufrüstung zurückzuführen gewesen. Doch diesen Schwarzen Peter wollte man nicht.

Als sich am 12. Mai Hitlers Kabinett mit der Lage befaßte, wies Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath einleitend auf „die trotz aller unserer Einwirkungsversuche sich täglich verschlechternde Stimmung im Ausland“ hin. Er erklärte: Wir befinden uns einer geschlossenen Front gegenüber, die zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei, und laufen Gefahr, in den nächsten Tagen in Genf niedergestimmt zu werden. Dieser Situation könne nur dadurch begegnet werden, daß vor dem Reichstag eine öffentliche Erklärung abgegeben werde, da eine Erwiderung in Genf nicht hinreichend sei. Hitler deutete in der Ministerbesprechung die Vorstellungen des Völkerbundes als „Ver-

langen nach Beseitigung der Reichswehr“ und als Versuch, Deutschland weiter zu schwächen. Er zeigte sich zugleich grundsätzlich davon überzeugt, daß die Frage der Abrüstung nicht am Konferenztisch gelöst werden könne. Eine Aufrüstung – und darum ging es im Kern – sei „nur durch eine ganz neue Methodik möglich“ und nicht mit „normalen Mitteln“ erreichbar.

Maßvolle Auslandspresse

Vor dem eilig einberufenen Reichstag sprach der Kanzler am 17. Mai selbstverständlich nicht über Aufrüstung, auch nicht darüber, daß der Austritt aus dem Völkerbund bereits langfristig ins Visier genommen und mit einer enormen Aufrüstung schon begonnen worden war. Neben den wiederholten Beteuerungen deutscher Friedensliebe machte er lediglich beschönigende Angaben zu den Terrorformationen seiner Partei. Er log und spekulierte mit antibolschewistischer „Solidarität“: SA und SS hätten überhaupt keinerlei militärische Ausbildung und Ausrüstung erhalten, sie würden lediglich der „kommunistischen Gefahr“ entgegenwirken. Ja, sie seien nur geschaffen worden „für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologischen Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie sind Institutionen zur Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung früherer Klassengegensätze und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.“

Seine Partei kenne, so versicherte Hitler, auch den Begriff des Germanisierens nicht. Wieder eine Lüge: Vor einem ausgewählten Kreis von Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine hatte er unmittelbar nach seiner Inthronisierung als Reichskanzler am 3. Februar 1933 exakt dieses Wort verwendet. Da hatte er erläutert, noch nicht sagen zu können, wie die gewonnene politische Macht gebraucht werden solle, aber zugleich von der „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose(r) Germanisierung“ gesprochen. Annexion fremder Gebiete und Unterwerfung fremder Völker standen also auf der Tagesordnung, und das war nur durch neue Kriege möglich.

Alle Abgeordneten des Reichstages – unter ihnen auch jene 65 Sozialdemokraten, die anwesend sein konnten, weil noch nicht verhaftet, ermordet oder emigriert – stimmten der Erklärung Hitlers zu. Sie sprachen der Regierung ihr Vertrauen aus. Erleichtert konnte Propagandaminister Joseph Goebbels notieren, das Ganze sei ein „Bombenerfolg“ gewesen. Hitler habe sich „maßvoll“ geäußert, hieß es in der Presse des Auslandes. Seine feierlichen Versicherungen und Angebote verschafften der deutschen Rüstungspolitik eine Atempause, was offensichtlich die führenden Generäle der Reichswehr kurz darauf bewog, Hitlers Absicht zuzustimmen, nach dem Tode Hindenburgs als Reichsverweser dessen Nachfolger zu werden. Die Abrüstungsgespräche waren weiter vertagt, die Anstrengungen der deutschen Faschisten hingegen nicht. Im Oktober 1933 war das Ziel dann erreicht, als Deutschland demonstrativ sowohl die Abrüstungskonferenz verließ als auch aus dem Völkerbund austrat.

Quellentext. Der englische Botschafter Horace Rumbold bei Hitler am 11. Mai 1933

Der Botschafter kam dann auf den bedauerlichen Stimmungsumschwung in England zu sprechen, wobei er ausführte, wieviel besser in den letzten Jahren das Verständnis für Deutschland in England geworden sei und wie man auch für die Revisionswünsche, insbesondere für die Frage des polnischen Korridors, weitgehendes Interesse und Verständnis gezeigt habe. Das sei nun alles wieder verschwunden. Der Grund dafür liege in der englischen Auffassung von der Freiheit des Einzelindividuum und der Rücksichtnahme auf fremde Rassen. Der Herr Reichskanzler legte in längeren Ausführungen dem Botschafter die Gründe für das Vorgehen gegen die Juden dar. Er betonte, wie sehr er persönlich es bedauere, daß man in England so wenig Verständnis für die Vorgänge in Deutschland, insbesondere für seine Ziele zur Vernichtung des Kommunismus, aufbringe. (...) Der Botschafter sprach sodann über den Eindruck, den die uniformierten Massen bei der Demonstration am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld auf ihn und seine Kollegen gemacht hätten. Wenn man diese disziplinierten, kräftigen jungen Männer gesehen habe, deren Zahl etwa der Stärke von acht Armeekorps gleichgekommen sei, so müsse man auf den Gedanken kommen, daß Deutschland eine jederzeit zum Einsatz bereite Reservearmee habe.

Aus: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, 1918-1945, Göttingen.

junge Welt, Sonnabend, 17.05.2008, S. 15.

Heldenmut und unnötige Opfer

Die Rote Armee im Großen Vaterländischen Krieg

„Das Herz blutet einem“, notierte Alexander Twardowski in seinem Tagebuch über den Winterkrieg in Karelien (November 1939 bis März 1940), „wenn man seine gefallenen Kameraden liegen sieht. Besonders ergreifend und schmerzvoll ist es, wenn ein Einzelner so daliegt, im Schnee, zugedeckt mit seinem Mantel ... Die Kameraden sind bereits weitergezogen, er aber liegt und liegt und an ihn denkt man immer seltener ... In einem Krieg hart auf hart wird der einzelne Mensch für gewöhnlich vergessen.“ Ja, und nicht nur der Tote.

Die Zahl der Erinnerungen hoher Militärs der Sowjetarmee an ihre Feldzüge im „Großen Vaterländischen Krieg“, der mit dem heimtückischen Überfall Hitlerdeutschlands am 21. Juni 1941 begann, geht dagegen in die Dutzende. Nicht wenige erschienen in deutschen Übersetzungen (eine der ersten im Militärverlag erschienenen Memoiren übersetzte unser Rezensent, ND). Erinnerungen einfacher Frontsoldaten – Fehlanzeige. Allerdings sind einige in jüngster Zeit erschienen, z. B. die von Richard Lakowski und Hans-Joachim Büll lesenswerte „Lebenszeichen“ (Feldpostbriefe). Die Sicht auf den Krieg aus dem Schützengraben oder aus der Panzerwanne, beim Rückzug, in der Verteidigung und beim Sturmangriff, reicht in Russland vom populären Poem des eingangs erwähnten Schriftstellers über den unsterblichen literarischen Helden des Soldatenalltags Wassili Tjorkin bis hin zu zahlreichen Dokumentenbänden.

Nun also „Iwans Krieg“ – über den unbekannten Soldaten, den toten wie den überlebenden. Der Band, nicht die nach wie vor fehlenden authentischen Erinnerungen des einfachen Soldaten. Dieses Buch ist eine flüssig geschriebene Geschichte des Krieges aus der Feder einer jungen englischen Wissenschaftlerin. Catherine Merridale wertete vorwiegend bisher unbekanntes Material aus, das sie in zentralen und regionalen russischen Archiven, aber auch im Militärarchiv in Freiburg i. Br. fand. Sie führte mehr als 200 Interviews mit ehemaligen Frontsoldaten. Ihre Quellenbasis ist beachtlich und kann doch nur einen Ausschnitt bieten, der zudem emotional und persönlich gefärbt ist. Ihre – wo angebracht – gefühlvolle Darstellungsweise wird zuweilen durch gefühlige Auslassungen geschmälert. Zusätzlich belastet wird sie vor allem dann, wenn ihr Urteil aus Beckmesserei erwächst, die der Überheblichkeit der Britin gegenüber dem „Iwan“, dem Prototypen des russischen Frontsoldaten, und z. T. auch gegenüber kulturellen und künstlerischen Werken russischer Intellektueller, die dem Krieg vorausgingen und ihn begleiteten, geschuldet sind. Nicht nur die Land-Land-ease-Lieferungen der USA, sondern Millionen Sowjetsoldaten haben die „splendid isolation“, Großbritanniens gesichert. Respekt dafür wäre das Mindeste, was zu erwarten ist. Nach der offiziellen Statistik wurden im Zweiten Weltkrieg über 34 Millionen Männer in die Rote Armee sowie in die Rüstungsbetriebe eingezogen. Knapp zwölf Millionen gaben ihr Leben für ihr Land – und für die Befreiung Europas vom Hakenkreuz. Es sei nicht vergessen, dass die mittlere Lebenserwartung eines Rotarmisten zu Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges“ bei drei Wochen lag.

Ein Verdienst der Autorin ist die Zuwendung zum Zeitzeugen, der entgegen einer ignoranten Meinung in der Zunft der Historiker nicht a priori deren „Feind“ ist, sondern ihm die Augen öffnen und den Verstand schärfen kann. Hervorzuheben ist auch, dass ihre Darstellung nicht wie zumeist im Sommer 1941, sondern im Herbst 1939 beginnt, mit den nicht erklärten Kriegen der Roten Armee gegen Polen und Finnland. In ihrem Urteilsvermögen hat sie sich allerdings selbst beschränkt, indem sie neben Gefälligkeitsgutachten geschlagener Wehrmachtsgenerale in US-amerikanischer Gefangenschaft sowie Publikationen englischsprachiger Autoren unterschiedlichster Couleur en masse abrufte, Zeugnisse sowjetischer Heerführer und Publizisten jedoch nicht.

Herausgekommen ist ein Buch mit beeindruckenden Passagen über massenhaften Heldenmut, aber auch das „Verheizen“ von Soldaten, über massenpsychologisch erklärbares Verhalten von Millionen in Zeiten unerwarteter und nicht erklärter Rückzüge auf breiter Front und ihren aus Heimatverbundenheit und antifaschistischer Befreiungsmision herrührenden Glauben an den Sieg über die „deutsche Bestie“. Catherine Merridale spart die dunklen Seiten nicht aus: den Widerspruch zwischen offiziellen Vorhersagen und tatsächlichem Kriegsverlauf, zwischen der Mission der Sowjet-

armee und der tatsächlichen Einstellung großer Teile dieser Streitmacht gegenüber Alkohol, Frauen, Plünderungen. Auch nicht den Widerspruch zwischen der politischen Verantwortung für Rückzüge und Verluste der Roten Armee und dem Verhalten der Führung gegenüber Millionen von Kriegsgefangenen, die durch strategische Fehleinschätzungen in die Hände des Feindes gefallen waren, jedoch von denen erneut inhaftiert wurden, die sie erst in diese missliche Lage gebracht hatten.

Das Buch ist reich an neuen Forschungsansätzen, allerdings mit alten Denkmustern einer jungen Autorin. Es ist zur Lektüre mit kritischer Distanz zu empfehlen. Gewarnt sei vorab auch vor Ungenauigkeiten und Fehlern. So nahm die Wehrmacht im Dezember 1941 mitnichten ein Drittel der UdSSR ein und die Rote Armee marschierte keineswegs unter Rokossowski im Juli 1944 in Polen ein.

Catherine Merridale: Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939-1945. S. Fischer, Frankfurt (Main). 500 S., geb., 22,90 Euro; ab August 2008 broschürt für 9,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 19. Juni 2008, S. 15.

„... die Parteien aus Deutschland hinausjagen“

Das erste deutsche Parteiengesetz vom 14. Juli 1933 und seine lange Vorgeschichte

Schneller als von ihnen selbst erwartet, gelang es den Oberen der deutschen Faschistenpartei nach dem 30. Januar 1933, die politische Situation von Grund auf zu verändern. In wenigen Wochen und Monaten konnten sie die ihnen übertragene Macht ausbauen und festigen. Bereits im Sommer des Jahres endete die erste Etappe des Konsolidierungsprozesses ihrer Herrschaft, erkennbar unter anderem am „Reichsgesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli. Dem Kabinett war erst zwei Tage zuvor von Reichsinnenminister Wilhelm Frick ein Entwurf zugeleitet worden, der eine einzige Bestimmung enthielt: „Wer es unternimmt, politische Parteien neu zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten politischen Partei aufrechtzuerhalten, wird als Hoch- und Landesverräter bestraft.“ Das zaghaft formulierte juristische Bedenken eines Mitgliedes der Hitler-Regierung betraf lediglich den Zeitpunkt, durch den möglicherweise die „innere Überzeugungskraft“ der Selbstauflösung der Parteien getrübt werde. Frick wies dieses Argument als „nicht durchschlagend“ zurück. Ohne längere Beratung wurde neben konkretisierten Strafbestimmungen noch ein Paragraph fixiert, dem zu entnehmen war, daß in Deutschland „als einzige politische Partei“ die NSDAP besteht.

Zu diesem Zeitpunkt existierten andere Parteien ohnehin schon nicht mehr: Als erstes war die KPD verboten worden, dann folgte am 22. Juni das Aus für die SPD. Binnen weniger Tage gaben danach die bürgerlichen Parteien, die im Weimarer Staat zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Kombinationen an der Macht beteiligt gewesen waren, ihre Auflösung bekannt. Im Grunde hatten sie ihr eigenes Todesurteil bereits im März gefällt, als sie dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. In großen Scharen liefen seitdem ihre Mitglieder zur NSDAP über, die selbst über die „Märzgefallenen“ spottete und schließlich sogar die Aufnahme neuer Mitglieder verbot. Am 27. Juni löste sich die Deutschnationale Volkspartei auf; ihr Vorsitzender Alfred Hugenberg verlor zugleich sein Amt als Wirtschaftsminister. Einen Tag später tat dies die seit langem unbedeutende Staatspartei. Am 3. Juli folgte eine entsprechende Erklärung der katholischen Zentrums Partei, wiederum einen Tag später verlautbarten die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei das Ende ihrer Existenz.

Partei der Parteivernichtung

So rasch auch der radikale Einschnitt in die deutsche Parteiengeschichte erfolgte – er kam keineswegs überraschend. Die „Parteiwirtschaft“ war von der NSDAP stets an den Pranger gestellt worden. Immer wieder hatte sie propagiert, es sei das Parteienwesen an allen Krisen der Weimarer Republik schuld. Ihre Ideologen behaupteten, es sei „undeutsch“, daß es überhaupt Parteien gebe. Verkündet wurde auch, das Parteienwesen sei jüdischen Ursprungs, womit das Radikalnationalistische ihres Ideologiekonstrukts sich mit ihrer generell herausgestellten völkisch-rassistischen Perspektive verquickte. Zudem wollte die -NSDAP über das Parteienwesen hinausweisen und eine angeblich reale Alternative bieten, formuliert in durchaus wohlklingenden, aber dennoch irreführenden Parolen wie „Volksgemeinschaft statt Klassenspaltung“, „Gemeinnutz statt Eigennutz“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ u. a. m. Entscheidend müsse das Gefühl aller sein, daß sie „in erster Linie Deutsche sein müssen“. Auch damit war Menschen fremder Art und Herkunft, anderer körperlicher Beschaffenheit und auch anderer Gesinnung jedes Existenzrecht abgesprochen.

Die Nazi Partei erwies sich mit ihrer Propaganda gegen das Parteienwesen durchaus als erfolgreich. Vielen Deutschen schien die Kritik an Egoismus und Selbsterhaltungstrieb der Parteien, an Korruption und Futterkrippenwirtschaft usw. berechtigt zu sein, mochte auch mancher über Formen und Umfang des Auftretens der Hitler-Anhänger sich mokieren, an Überspitzung denken oder deren Parolen als „Leerformel“ betrachten. Begünstigend wirkte, daß sich die NSDAP auf uralte Aversionen gegen das Parteienwesen stützen konnte. Bereits zu Kaisers Zeiten hatte es diese gegeben, und ihre Palette war groß: Sie reichte von totalem Bannfluch bis zu Forderungen nach Überparteilichkeit, von Parteienprüderie bis zu Parteienverdrossenheit oder gelegentlichen Unmutsäußerungen, vom Wunsch nach einer Reform des Parteienwesens bis zu der besorgten Frage, ob von politischen

Parteien überhaupt Zukunft gestaltet werden könne. Alle Äußerungen fußten auf einem ausgesprochen nationalistischen, antisozialistischen und antidemokratischen Politik- und Parteienverständnis. Ein Autor der völkischen Zeitschrift Neues Leben hatte 1919 ganz in diesem Sinne gefordert: „Wir müssen eine Partei zur Vernichtung des Parteiwesens bilden, die alles auszutilgen strebt, was die Volkseinheit zerreißt und an der Zerklüftung in Parteien schuld ist.“

Kompromißloser Kurs

Von solchen Überlegungen hatten sich offensichtlich auch jene Kräfte leiten lassen, die 1919/20 für das Erscheinen der NSDAP auf der politischen Bühne sorgten. Das Münchener Reichswehrgruppenkommando installierte sogar eine eigene Dienststelle, die „Bildungskurse“ für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften organisierte und der in der bayerischen Hauptstadt die Überwachung und Kontrolle von 49 Parteien und Organisationen unterstand. Ein Reichswehr-„V-Mann“ stieß so beauftragt zu einer der kleinen frühfaschistischen Parteien: Adolf Hitler. Militärs hatten erkannt, daß trotz des Sieges über die Münchener Räterepublik auf die Dauer mit Stacheldraht und Maschinengewehren keine Politik gemacht werden kann. Sie orientierten auf „etwas Bleibendes, Brauchbares, Wetterbeständiges“ auch im Parteienwesen. Mit dem Blick auf solche Überlegungen und Zusammenhänge hielt Hitler gerade im zeitlichen Umfeld der eigentlichen Parteigründung – sie erfolgte am 24. Februar 1920 – mehrmals in den staatsbürgerlichen Fortbildungskursen der Reichswehr Vorträge mit dem Thema „Die politischen Parteien und ihre Bedeutung“.

Widerstand gegen die Formierung als Partei regte sich in den zahlreichen völkisch-antisemitischen Gruppen, die gegen die Weimarer Republik zu Felde zogen, untereinander jedoch arg zerstritten waren. Ihre Mitglieder und Anhänger stellten indessen das Potential dar, das von der NSDAP gewonnen werden sollte. In Hitlers Kampf-Buch finden sich ganze Kapitel und Passagen, die eine Spagatübung zwischen völkischen Parteienaversionen und eigener Organisiertheit als Partei bezeugen. Zu diesem Zweck bemühte sich der Verfasser, eine Gegensätzlichkeit von „Weltanschauung“ und Parteien herauszustellen: Weltanschauung dürfe nicht Partei werden, formulierte er, alle Logik mißachtend. Weltanschauung dürfe sich nicht mit der „Rolle einer ‚Partei neben anderen‘ begnügen“. Für sie sei „Unduldsamkeit“ unbedingte Voraussetzung. Sie fordere „gebieterisch ihre eigene, ausschließliche und restlose Anerkennung sowie die vollkommene Umstellung des gesamten öffentlichen Lebens nach ihren Anschauungen. Sie könne ebenso „das gleichzeitige Weiterbestehen des früheren Zustandes nicht dulden“.

Dies als das Wesen von Weltanschauung hervorhebend, hat Hitler zugleich die von der NSDAP verfolgten wirklichen Ziele charakterisiert: „Politische Parteien sind zu Kompromissen geneigt, Weltanschauungen niemals. Politische Parteien rechnen selbst mit Gegenspielern, Weltanschauungen proklamieren ihre Unfehlbarkeit. Auch politische Parteien haben ursprünglich fast immer die Absicht, zu alleiniger despotischer Herrschaft zu kommen, ein kleiner Trieb zu einer Weltanschauung steckt fast immer in ihnen. Jedoch schon die Engigkeit ihres Programms raubt ihnen den Heroismus, den eine Weltanschauung fordert. Die Konzilianz ihres Wollens führt ihnen die kleinen und schwächlichen Geister zu, mit denen man keine Kreuzzüge zu führen imstande ist. So bleiben sie meist schon frühzeitig in ihrer eigenen erbärmlichen Kleinheit stecken.“ Es ist keineswegs überinterpretiert, wenn gesagt wird, daß es im Kern also von vornherein um diktatorische Herrschaft und kriegerische Expansionsbestrebungen gegangen ist, wozu völlig paßt, daß Hitler unmittelbar in diesem Zusammenhang den Mitgliedern der Partei ausdrücklich die Rolle von „Parteisoldaten“ zugewiesen hat, ein Begriff, der später fortwährend und folgenreich verwendet worden ist.

Quellen des Hasses

Daß man zugleich grundsätzlich anders sein und aus den „Gebrechen“ des Parlamentarismus aussteigen sowie sich als die bessere Partei ausweisen wollte, war ein immanenter Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie, wurde aber in der Regel nicht besonders hervorgehoben. Erst nachdem in der zweiten Hälfte der 20er Jahre ein eigenständiger Platz innerhalb des bestehenden Parteiensystems gewonnen war, trat die grundsätzliche Kritik am gesamten Parteienwesen stärker in Erscheinung. Die zunächst nur angedeutete, dann offen verkündete Zielsetzung, das Parteienwesen zu

zerschlagen, rückte in den Vordergrund, als die NSDAP mit einiger Aussicht auf Erfolg selbst Machtpositionen anzustreben beginnen konnte – dies nicht zuletzt dank hinreichender Förderung durch jene bürgerlichen Parteien, die auf deren „Juniorpartnerschaft“ hofften und versessen waren.

Zugunsten der NSDAP wirkte die Tatsache, daß sie mit ihrer Kritik am Parteiensystem, gebündelt im Begriff der „System“-Parteien, nicht allein stand. Das Thema nahm in der Weimarer Republik unter den Nationalisten aller Couleur breiten Raum ein. Vordenker und Wegbereiter des Faschismus verbreiteten die Auffassung, Parteien seien überholt, modrig wie faulendes Aas usw. Sie boten für Propaganda und Taktik der NSDAP ein erforderliches, wenn auch in sich nicht immer stimmiges Fundament, so z. B. Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete; Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist; Möller van den Bruck, der rasch Abstand nahm von seiner ursprünglichen Idee einer „dritten Partei“ und an die Stelle sogenannter Parteibevormundung die Forderung setzte, ein „drittes Reich“ zu schaffen; Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte; Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien „mit Feuer und Schwert“ ausgelöscht; Hans Zehrer, der nicht den Parteien, sondern den Bünden Zukunft verhiess.

All das drang in die Gedankenwelt der deutschen Faschisten ein; mitunter läßt sich das sogar bis in einzelne Formulierungen hinein belegen. Und bekanntlich blieb es nicht bei den ideologischen Anleihen: Die später betriebene Bündnispolitik, bekannt unter den Schlagworten „Harzburger Front“ und „Kabinett der nationalen Konzentration“, beruhte ja ebenfalls auf konservativ-antidemokratischen Theorien und Schlagworten. So unterstützt konnte die Antiparteien-Propaganda wesentlich zum Zustandekommen der NSDAP-Millionengefolgschaft beitragen, seit 1930 auch zur Mobilisierung bisheriger Nichtwählerscharen.

Die strikte Ablehnung des Parteienwesens durch Verfechter der „konservativen Revolution“ erlaubte der NSDAP zudem anfangs der dreißiger Jahre, d. h. parallel zum eigenen „Aufstieg“, eine erhebliche Verschärfung ihrer radikalen und zugleich terroristisch untermalten Parteienaversionen. In den Vordergrund trat eine pausenlos und nachdrücklich betriebene Selbstdarstellung als erfolgreich aufstrebende, sich ständig vergrößernde und wählerstärkste Partei. Diese Selbstüberhebung über alle anderen Parteien begleitete die Ankündigungen, man wolle das gesamte Parteienwesen vernichten, sobald man an die Macht gelangt sei. Wie auf anderen Politikfeldern auch vollzog die NSDAP hinsichtlich ihres Parteienverständnisses einen Radikalisierungsprozeß, der nach 1933 in dem von ihr getragenen Einparteiensystem seine Fortsetzung fand.

Von der Wiege bis zur Bahre

Mit ihrer Parteienkritik trafen die deutschen Faschisten einen empfindlichen Nerv vieler Menschen. Sie fanden Resonanz und Bestätigung. In dieser Hinsicht – und ganz im Unterschied zu ihren sozialpolitischen Verlautbarungen – bedurfte die nationalsozialistische Propaganda nur in geringem Maße demagogischer oder gar manipulativer Nachdrücklichkeit. Das Thema besaß Alltagsattraktivität. Die Auswirkungen der real existierenden Schwächen des Parteienwesens und die Krise des Weimarer Parteiensystems waren überall und für alle unverkennbar. Das Thema wirkte gleich einem Selbstläufer ebenso zugunsten der NSDAP wie die dieser Partei zur Verfügung stehenden politisch-rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, welche der Weimarer Staat bekanntlich den rechten Gegnern der Republik reichlich angedeihen ließ. Die Parteienaversionen trugen damals wesentlich zu einer politischen Atmosphäre, moderner formuliert: zu einer politischen Kultur bei, die antidemokratisch-autoritärem Denken sehr viel Spielraum bot. So kam es, daß kaum jemand Anstoß daran nahm, als Hitler nicht mehr nur gegen das „parteilpolitische Strauchrittertum“ wettete, sondern unverblümt und öffentlich ankündigte, er wolle „intolerant, fanatisch, unbändig sowie rücksichtslos bis ins Grab hinein die 30 Parteien aus Deutschland hinausjagen“.

Das Ergebnis ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte, Schritt für Schritt alle anderen Parteien zu überwältigen. Es gelang ihr, eine das Parteienwesen ins Extrem treibende und es zugleich konterkarierende Einparteien-herrschaft zu

errichten. Nach dem eingangs erwähnten Gesetz vom 14. Juli 1933 – es war übrigens das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte – und dem Gesetz zur „Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 stand sie an der Spitze einer umfassenden und außerordentlich straff strukturierten „Organisationen“-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfaßte und in hohem Maße dazu beitrug, das Regime bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg weitgehend stabil zu halten. Man könnte lediglich von einer gewissen Ironie der Geschichte sprechen, daß die Partei der „Überwinder“ des Parteienwesens in den letzten beiden Jahren ihrer Herrschaft selbst in eine Krise geriet und schließlich mit dem 8. Mai 1945 unterging.

junge Welt, Montag, 14.07.2008, S. 10.

„... zur Offensive befähigt“

Im Streit um den Panzerkreuzerbau fiel am 10. August 1928 eine folgenschwere Entscheidung. Ein historisches Lehrstück in Sachen sozialdemokratischer Wahlversprechen

Wenige Tage nach der Reichstagswahl vom 20. Mai des Jahres 1928 bewertete die sozialdemokratische Presse das Ergebnis als einen großen Sieg der SPD. Zugleich hieß es, dieser würde die Partei „verpflichten“. Gewiß, niemand konnte der Tatsache widersprechen, daß da ein großer Erfolg erreicht worden war: Gegenüber der letzten, fast vier Jahre zurückliegenden Reichstagswahl hatte sie 22 Mandate hinzugewonnen. Mit 153 Sitzen stellte sie nun fast ein Drittel der 491 Reichstagsabgeordneten. Auch der KPD war es gelungen, die Zahl ihrer Mandate um neun auf 54 zu vergrößern. Hingegen hatten die bürgerlichen Parteien, allen voran die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP), erhebliche Verluste erlitten. Insgesamt schien die politische Rechte auf parlamentarischer Ebene geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen zu sein. Davon zeigten sich klarsichtige Zeitgenossen unbeeindruckt. So warnte Carl von Ossietzky am 26. Juni 1928 in der Weltbühne, es würden sich „neue Ansprüche melden“ und zugleich „alte Grenzzeichen wieder sichtbar“ werden. Einem Orakel nahezu gleich meinte er, Wahlsiege könnten für die Sozialisten „verhängnisvoller“ werden als für andere eine Niederlage ...

Worauf beruhte der sozialdemokratische Wahlerfolg? Zum einen erwies sich, wie brüchig das Bürgerblock-Kabinett gewesen war, zum anderen, wie eng sich während des Wahlkampfes die Kritik der SPD an Regierung und Reichswehr mit den Stimmungen breiter Kreise der Wähler berührte. Da war das Bestreben der Zentrumsparterie attackiert worden, ein neues Schulgesetz einzuführen, das katholische Bekenntnisschulen zuließ und faktisch eine Rekonnfessionalisierung der Volksschulen bedeutet hätte. Nachdrücklich war der vor allem von DNVP und Deutscher Volkspartei (DVP) unternommene Versuch kritisiert worden, trotz einer relativ guten Entwicklung der Wirtschaft zuvor erreichte sozialpolitische Verbesserungen für die Werktätigen wieder aufzuweichen und rückgängig zu machen. So hatte die Regierung – obwohl von Ärzten bei 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen Unterernährung festgestellt worden war – die Subventionen für die Mahlzeiten in den Schulen gestrichen, mit denen Millionen Kindern wenigstens ein richtiges Essen am Tag ermöglicht worden war.

Ihren Denkkzettel erhielten die bürgerlichen Parteien jedoch insbesondere für die zunehmend betriebene Wiederaufrüstung, die rund 21 Prozent des Haushalts der Republik verschlang. Unvergessen war der Skandal um die von der Marineleitung umfassend finanzierte „Phoebus-Film-Gesellschaft“, deren Wirken den „Wehrgeist“ der Deutschen befördern sollte. Er hatte 1927 offenbart, wie im Rahmen der geheim betriebenen Wiederaufrüstung Gelder in Millionenhöhe veruntreut worden waren; in seiner Folge kam es sogar zu einem Wechsel in der Leitung des Reichsmarineamtes. Die Absicht, für mehr als 64 Millionen Reichsmark ein neues Kriegsschiff bauen zu wollen, stieß in der Öffentlichkeit auf geharnischte Proteste. Alle Auseinandersetzungen um Sinn und Ziel künftiger deutscher Politik kulminierten im Streit um den „Panzerkreuzer A“.

Prestigeobjekt der Reichswehr

Obwohl die Bürgerblock-Regierung sich auf der internationalen Ebene als Verfechterin einer allgemeinen Abrüstung aufspielte, über die in der 1925 geschaffenen Abrüstungskommission des Völkerbundes intensiv beraten wurde, betrieb sie innenpolitisch zunehmend eine legaler wie illegaler Aufrüstung dienliche Politik. Da paßte es nur zu gut, daß der Versailler Vertrag den Deutschen die Möglichkeit zugestanden hatte, „Ersatz“ für ältere Kriegsschiffe zu schaffen. Sie räumte der maritimen Modernisierung und Erweiterung einen zentralen Rang ein, zumal es der Diplomatie auch gelungen war, die Marine aus den laufenden Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes herauszuhalten. Erste Entwürfe für das neue Schiff waren bereits 1925 vorgelegt worden, und seit 1925 konnten die Konstruktionsarbeiten beschleunigt vorangetrieben werden, da nach der Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen Truppen auch die Firma Krupp als Lieferant für Marineaufträge wieder zur Verfügung stand.

Mit dem Bau des „Panzerkreuzers A“ verfolgte die Reichswehr mehrere Ziele. So wie das Schiff konzipiert war, hätte es eine Bresche in die Deutschland einengenden Festlegungen des Versailler Vertrages schlagen können. De facto als Testfall sollte ein völlig neuer Kriegsschiffstyp außerhalb der international üblichen Schiffsklassen geschaffen werden, wobei als militärtechnisches Motto galt: „Schneller als stärkere und stärker als schnellere Schiffe“. Mit dem Panzerkreuzer ließ sich überdies ein deutliches Signal für eine breitere Flottenrüstung markieren: Für diese hatte die damalige Marineleitung bis 1932 mehr als eine halbe Milliarde Reichsmark vorgesehen. In ihrem Ergebnis sollten bis 1935 vier Panzerschiffe, fünf Kreuzer und 16 neue Zerstörer gebaut werden. Im Kalkül war keine Küstenmarine, wie der Öffentlichkeit vorgegaukelt, sondern eine Hochseeflotte mit bemerkenswert großem Aktionsradius für Angriffsaktionen auf maritime Verbindungslinien anderer Staaten. Man wollte durchaus „zur Offensive befähigt“ sein ...

Um der antimilitaristischen Stimmung im Lande begegnen zu können, wurde betont, das neue Schiff sei lediglich ein Ersatz für die „S.M.S. Preußen“, die 1903 als Flaggschiff des zweiten Geschwaders der kaiserlichen Hochseeflotte in Dienst gestellt worden war. Zudem wurde behauptet, es habe militärische Bedeutung für den Küstenschutz in der Ostsee, wofür auf die zu dieser Zeit spürbaren Spannungen zwischen dem Reich und Polen verwiesen wurde. Selbstverständlich fehlte auch das Argument nicht, der Bau sei von sozialpolitischem Belang, weil mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden.

Der Preis der Macht

Mit ihren sozial- und friedenspolitischen Parolen hatte die SPD im Wahlkampf 1928 der Stimmung ihrer Mitglieder und Wähler Rechnung getragen: „Erst Brot – dann Kriegsschiffe“, „Mittel der Reichswehr kürzen – Besitzsteuern erhöhen“, „Senkung der Lohn- und Massensteuern“, „Erhöhung der Niedrigrenten“, „Gesetzliche Verankerung des Acht-Stunden-Tages“. Im Mittelpunkt der Propagandaaktionen stand die Losung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau – Fort mit dem Panzerschiff“. Die Wähler wurden regelrecht gewarnt: „Eure Kinder klagen euch an, wenn ihr den Panzerkreuzerparteien eure Stimme gebt!“ Konkret wurde versprochen, im Falle eines Wahlsieges würden die Haushaltsmittel für die Reichswehr gekürzt. Damit war angekündigt, auch frühere Entscheidungen des Reichstages zugunsten der ersten Rate für den „Panzerkreuzer A“ aufzuheben. Die Tatsache, daß bei den preußischen Landtagswahlen, die gleichzeitig stattfanden, der sozialdemokratische Erfolg noch deutlicher ausfiel, war den Bemühungen Otto Brauns als Ministerpräsident Preußens geschuldet, im Reichsrat die Bewilligung der Mittel für das neue Kriegsschiff zu verhindern. Manche sahen in ihm sogar den kommenden Reichskanzler.

Den Wahlversprechungen folgten indessen keine Taten. Im Gegenteil: Die Führung der SPD entschied sich, in ein Kabinett der großen Koalition einzutreten und Hermann Müller als Reichskanzlerkandidaten zu nominieren, der schon einmal im Frühjahr 1920 Reichskanzler gewesen war. Um eine Regierungsbildung mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Zentrum, Bayerischer Volkspartei (BVP) und DVP zu ermöglichen, nahm sie ihre Forderung nach einer Vermögenszu-
satzsteuer und nach einer Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums zurück. Des weiteren beugte sie sich dem Widerspruch zu ihrem Plan, den 11. August als Verfassungstag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Als entscheidender Streitpunkt erwies sich jedoch die Frage nach dem Ja oder Nein zum Bau des Panzerkreuzers. Vor allem die DVP – ohnehin nicht sonderlich von einer Koalition mit der SPD angetan – beharrte auf dem Bau und machte davon das Zustandekommen der Regierung abhängig.

Gustav Stresemann, Reichskanzler 1923 und amtierender Außenminister, fand schließlich den Ausweg. Der Reichstagsfraktion seiner Partei DVP warf er vor, sie würde mit ihrem koalitionspolitischen Widerwillen „die Linksentwicklung in den arbeitenden Klassen“ übersehen und nicht beachten, daß ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Kommunismus „eine ganz starke Gefährdung für die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft“ erwarten ließe. Dies bezeichnete er als den „entscheidenden Punkt“. Den Sozialdemokraten verhalf er dazu, dem Panzerkreuzerbau zuzustimmen und das „Umfallen“ der Partei zu rechtfertigen. In einem Aufsehen erregenden Tele-

gramm an Müller verwies er sowohl auf die Notwendigkeit einer großen Koalition als auch auf die Weimarer Verfassung, die „nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, aber nicht die Verantwortlichkeit von Fraktionen“ kenne. Obgleich es tatsächlich keine gesetzlichen Regelungen für das Wirken politischer Parteien gab, mußte eine Regierungsbildung auf solcher Basis zu Abstrichen am parlamentarischen System und zum Abbau demokratischer Rechte der Volksvertretung führen. Es gab bis zum März 1929 auch keine formale Koalitionsvereinbarung, sondern lediglich eine „persönliche Verpflichtung“ der Kabinettsmitglieder. In den vom Streit um den Panzerkreuzerbau erfüllten Monaten regierte also ein „Kabinetts der Köpfe“ – im Grunde bereits als ein Modell für jene Präsidialkabinette, die zwischen 1930 und 1933 agierten und die Weimarer Republik zerstören halfen.

Die am 28. Juni 1928 gebildete neue Reichsregierung bestätigte am 10. August den von Reichswehrminister Wilhelm Groener eingebrachten Beschluß, „den Bau des Panzerschiffes in Angriff zu nehmen“. Der sozialdemokratische Kanzler Müller und die sozialdemokratischen Minister Carl Severing, Rudolf Hilferding und Rudolf Wissell hatten weder Einspruch erhoben oder sich der Stimme enthalten. Auch ihr Ja galt dem Panzerkreuzer. Damit war das Wahlversprechen ihrer Partei gebrochen, der Wille zur Macht hatte triumphiert. Für sie besaß die Koalitionspolitik einen höheren Stellenwert als eine Politik gegen die Wiederaufrüstung. Folgeschwer, wie die weitere Entwicklung bewies.

„Parteischädigendes Verhalten“

Die Nachricht über diese Entscheidung der SPD-Minister schlug ein wie eine Bombe. Eine größere Diskrepanz zwischen den Positionen der Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einerseits und den Ministern dieser Partei andererseits ließ sich nicht denken. Der unübersehbare Gegensatz zu allen bisherigen sozialdemokratischen Erklärungen belastete ebenso die Stellung der SPD auf internationaler Ebene. Just in den Tagen, in denen Müller und die anderen Minister dem Bau zugestimmt hatten, befaßte sich die in Brüssel tagende Sozialistische Arbeiter-Internationale insbesondere mit den Problemen der Abrüstung. Der ministerielle Affront besaß zugleich eine über die Grenzen Deutschlands reichende Dimension, zumal der nahezu zeitgleich abgeschlossene Briand-Kellogg-Pakt den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen generell verurteilte.

Ein einhelliger Sturm der Entrüstung erhob sich unter den Mitgliedern der SPD, darüber hinaus bei den Kommunisten und zahlreichen pazifistischen Gruppen sowie auch unter bürgerlichen Demokraten. Dem Parteivorstand gingen geharnischte Proteste aus sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen in allen Teilen des Reiches zu. Die Minister sollten nicht nur zurücktreten, sondern auch aus der Partei ausgeschlossen werden – so lauteten zahlreiche Forderungen. Unter diesem Druck stehend, bedauerten Vorstand und Fraktion am 15. August zwar „lebhaft“ die Entscheidung der Minister, doch erklärten sie gleichzeitig, im „Gesamtinteresse der Arbeiterschaft“ sei vielmehr die Regierungsbeteiligung wichtig. Daher leite sich aus der „grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit in der Panzerkreuzerfrage“ nicht die Notwendigkeit ab, „unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinetts aufzufordern“. Und Müller argumentierte, es müsse zuerst um die Staatspolitik gehen, danach um „die Philosophie“.

Die SPD geriet in eine der tiefsten Krisen ihrer Geschichte. Wie es ihrer Führung gelang, dieser Situation Herr zu werden, gehört zu allgemeinen geschichtlichen Erfahrungen: Den Gegnern der Aufrüstung wurde politische Blindheit unterstellt – es sei, so wurde behauptet, überhaupt nicht wahr, daß der Bau eines Panzerkreuzers den „neudeutschen Imperialismus“ beweise. Kein Mensch würde das glauben, weder in Deutschland noch im Ausland. Ja, wer wegen der Panzerkreuzerfrage eine Regierungskrise heraufbeschwöre, mache sich „unsterblich lächerlich“. Zugleich „bewährte“ wieder sich einmal der Antikommunismus. Nachdem die KPD einen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau initiiert hatte, hieß es allorten, dies sei nichts anderes als ein Versuch, „die Sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen“, weshalb dieser Aktion „auf das entschiedenste entgegenzutreten“ sei. Wirkung erreichte dies nicht allein unter den Sozialdemokraten, sondern auch unter vielen Mitgliedern der KPD. Hatten bei der Reichstagswahl noch 10,6 Prozent

für die Partei der Kommunisten gestimmt, so sprachen sich am 24. Oktober nur 2,94 Prozent aller Stimmberechtigten für den Volksentscheid aus. Die Bemühungen um einen Volksentscheid gegen den Bau des Panzerkreuzers erlitten eine große Schlappe, bedingt auch durch die quälenden inneren Auseinandersetzungen, die am Ende des Jahres zur Gründung der „KPD (Opposition)“ führten.

Eine gewisse Chance zum Stopp des Panzerkreuzerbaus bot sich noch einmal im Frühjahr 1931. Am 20. März wäre es in der Reichstagsitzung den Abgeordneten beider Arbeiterparteien möglich gewesen, gemeinsam die geforderten Etatmittel zu verweigern. Eine offene Zustimmung wäre der SPD wegen der antimilitaristischen Haltung ihrer eigenen Mitglieder zu riskant gewesen, daher enthielten sich ihre Reichstagsabgeordneten der Stimme. Auch diese Entscheidung öffnete der weiteren Aufrüstung Tür und Tor. Lediglich neun sozialdemokratische Abgeordnete widersetzten sich und stimmten mit den kommunistischen Abgeordneten gegen die Bewilligung der Mittel für den Panzerkreuzerbau. Das Resultat: Ausschuß aus der SPD wegen „parteischädigenden Verhaltens“, aber auch Gründung der SAP, einer neuen Partei linker Sozialdemokraten.

Koordinierte Aufrüstung

Das Kalkül der Reichswehrführung war aufgegangen. Bereits Ende August 1928 lehnte sich Reichswehrminister Groener in einem Brief an den Chef der neuen „Wehrmachtsabteilung“ in seinem Ministerium, Kurt von Schleicher, voller Zufriedenheit zurück – den Streit um das Panzerschiff sehe er als „eine politische Satire, wie sie amüsanter kaum gedacht werden kann“. Das unschuldige Schiff habe es nicht verdient, „eine solche Rolle zu spielen“. Zugleich warnte er vor lautstarkem Triumph: „Sich hübsch hinter den Kulissen halten, keine Miene verziehen, zusehen, wie sich die blöden Leute beschimpfen und prügeln – muß unsere Parole sein.“ Man spottete über den „Kanonendonner der scharfen Rückzugsgefechte“ und sonnte sich im eigenen Erfolg. Schleicher schrieb am 3. September zurück: „Der Kampf innerhalb der SPD ist zunächst erledigt. Rechter und linker Flügel haben sich darauf geeinigt, ein positives sozialistisches Wehrprogramm aufzustellen, worunter sich natürlich jeder etwas anderes denkt. Sie kommen mit dieser Idee unseren Ansichten entgegen, im Herbst die Frage des Landesschutzes grundlegend aufzurollen und die Zustimmung des Kabinetts zu unserer Auffassung einzuholen.“ Grundlegend – das meinte die Zusammenführung der verschiedenen geheimen Rüstungsmaßnahmen von Heer und Marine, die bis dahin jeweils in Eigenregie durchgeführt worden waren, zu einem planvollen Ganzen.

Keine sechs Wochen später bestätigte die Regierung tatsächlich das in diesem Sinne ausgearbeitete „Erste Rüstungsprogramm“ der Reichswehr. Es sah u. a. die Bereitstellung der Ausrüstung für 16 Divisionen sowie eine Weiterentwicklung von Waffen und Geräten vor, ferner die Einrichtung von „Schattenbetrieben“ zur Munitionsherstellung im Mobilmachungsfall und den Aufbau einer „Notstandsflugmacht“ mit 247 Flugzeugen. Die Entwicklung von Panzermodellen lief unter dem Stichwort „Großtraktor“. Allein im Jahr 1928 wurden 50 Millionen Reichsmark für das Anlegen überplanmäßiger Vorräte sowie 23,7 Millionen Reichsmark für „überhaupt verbotene Angelegenheiten lt. Versailler Vertrag“ ausgegeben. Die Generäle frohlockten, daß nunmehr der Haushalt für mehrere Jahre gesichert sei und nicht jedes Jahr neu verhandelt werden müsse, man könne jetzt ein genau koordiniertes Vierjahresprogramm einfach fortschreiben. Die im Jahr 1928 getroffenen Entscheidungen boten auch eine wirksame Grundlage für das nach 1933 noch viel umfangreichere faschistische Marinerüstungsprogramm. Es war also im Streit um den Panzerkreuzer A um mehr gegangen als nur um parteitaktische Fragen, selbst wenn diese für alle Überlegungen der SPD zur Regierungsbeteiligung erhebliches Gewicht besaßen. Der 10. August 1928 und die spätere Bestätigung der fragwürdigen Minister-Entscheidungen sollten sich als folgenscher erweisen, als ein gravierender Schritt hin zu neuerlicher Rüstung und Kriegsvorbereitung.

Drei Jahre später, am 19. Mai 1931, lief der Panzerkreuzer in Kiel vom Stapel, getauft auf den Namen „Deutschland“. In Dienst gestellt wurde er am 1. April 1933. Seine größte Wasserverdrängung betrug 15900 Tonnen, seine Reichweite 15.000 bis 20.000 Seemeilen. Das Schiff überwachte seit 1936 die spanische Küste, um die Republikaner in ihrem antifaschistischen Kampf gegen Franco, Mussolini und Hitler zu behindern sowie mit dem Ziel, sowjetische Waffenlieferungen an die Re-

publikaner zu verhindern. 1939 suchte es im Nordatlantik ein neues Operationsfeld für den Handelskrieg gegen England und Frankreich. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde es in „Lützow“ umbenannt – in gewisser Weise wiederum ein Akt mit vorauseilender symbolischer Bedeutung: Sollte im Krieg ein Schiff mit dem Namen „Deutschland“ untergehen, würde sich, so die Befürchtung, negativ auf die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung auswirken. Als das Schiff am 16. April 1945 in Swinemünde von britischen Bombern versenkt wurde, schloß sich der Kreis von Rüstung, Krieg und erneuter Kriegsniederlage auch unmittelbar für den Gegenstand der 17 Jahre zuvor getroffenen Entscheidungen.

junge Welt, Freitag, 08.08.2008, S. 10.

Novembertage in unseren Erinnerungen

Anmerkungen zum 9. November

Geschichte ereignet sich an jedem Tag. Doch manchmal verdichtet sie sich in solch einem Maße, dass sie zu Gedenktagen wird oder mahnend im Gedächtnis fortlebt. In der Vergangenheit der Deutschen gilt dies vor allem für den 9. November der Jahre 1918, 1923, 1938 und 1989.

Auch wenn das, was an einigen dieser Tage geschah, eher Zufällen zuzuordnen ist, es wird immer wieder berechtigt nach inneren Zusammenhängen und ihrem Platz in der Erinnerung zu fragen sein. Ohnehin verknüpft sich alles Zurückschauen in die Geschichte zu Fragen nach dem Sinn menschlichen Daseins und den Werten politischer Orientierung.

Was am 9. November 1938 geschehen ist, gehört zu den absoluten Tiefpunkten der deutschen Geschichte. Das in Paris verübte Attentat eines jungen verzweiferten Juden auf einen deutschen Diplomaten war zum Anlass genommen worden, den nationalsozialistischen „Sturmabteilungen“ das Zeichen zum Losschlagen zu geben. Der Pogrom-Befehl ging von München aus, der „Hauptstadt der Bewegung“, wo die traditionelle Feier zum Gedenken an den Putsch vom 9. November 1923 die höchsten Führer der NSDAP und der SA vereinte. Danach rückten im gesamten Reichsgebiet die nächtlich mobilisierten Einheiten der SA aus, mancherorts durch Angehörige weiterer faschistischer Organisationen verstärkt. Sie zündeten Synagogen an, zerstörten Geschäftshäuser und Läden jüdischer Deutscher und ermordeten eine nie exakt festgestellte Zahl von ihnen. In den folgenden Tagen wurden, eskortiert von Trupps der SA und der 88, mehr als 20.000 jüdische Männer, alte wie junge, in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt. Dort wurden viele von ihnen umgebracht oder gingen, medizinisch unversorgt und misshandelt, zugrunde. Wer indessen versprach, er wolle Deutschland sofort verlassen und dies auch nachweisen konnte, gelangte noch einmal aus der Gewalt von Gestapo und SS. Auch hiermit wird die Bedeutung des Pogroms im Hitler-Regime deutlich:

Es war der Übergang von bislang betriebener Politik der Verfolgung zu der einer forcierten Vertreibung der Juden aus Deutschland, dessen Bevölkerung bis zum Beginn des ins Auge gefassten Krieges wie ein Block hinter dem „Führer“ ausgerichtet sein sollte. Um das Ziel der Massenausreibung der Juden zu erreichen, wurde diesen nahezu jede Möglichkeit genommen, im Reich ihren Unterhalt nach eigener Entscheidung zu verdienen.

Während der „Reichskristallnacht“, wie die terroristische Aktion beschönigend genannt wurde, zeigte sich, dass viele SA-Leute auf einen bloßen mündlichen Befehl ihrer Kommandeure hin bereit waren, in – wenn auch unsicheren – Friedenszeiten Menschen, die vielfach zu ihrer näheren oder fernen Nachbarschaft gehörten, roh, brutal und bestialisch zu behandeln. Zu erinnern bleibt auch: Der Minderheit der Täter und der Masse der Gleichgültigen stand die ablehnende Haltung vieler Deutscher gegenüber, die freilich die wilden Zerstörungen mehr beklagten als das den Mitmenschen zugefügte Unrecht und Unheil. Nur sehr wenige wagten in der Atmosphäre des hochgepeitschten Antisemitismus, den Bedrohten Sympathie und Anteilnahme zu bekunden oder ihnen gar tätige Hilfe zukommen zu lassen.

Das Pogrom entsprang dem rassistisch-antisemitischen Programm einer Partei, die bald nach dem 9. November 1918 auf der politischen Bühne erschienen war und in deren Programm die Wiederherstellung eines „Großdeutschen Reiches“, die Gewinnung von Land und Boden sowie die Entrechtung aller nicht-arischen Deutschen vorgesehen war. In Bayern von völkischen, militaristischen und konservativen Kreisen als Partner im Kampf gegen die ungeliebte Weimarer Republik gepöppelt, wollte sie den fünften Jahrestag der Revolution für einen Putsch nutzen, um die „schwarz-weiß-rote Hakenkreuz-Flagge“ auf dem Berliner Schloss aufziehen zu können. Dies scheiterte zwar, doch durften sich die damaligen Rechtsextremen auch weiterhin großer Unterstützung erfreuen – Hitler wurde ein mildes Urteil zuteil und nicht ausgewiesen, die NSDAP bald wieder zugelassen. Zunehmender Rechtskurs von Regierenden und Wirtschaftskreisen ließ diese Partei mehr Anhänger gewinnen. Deren Gegner zogen zudem völlig unzureichende Schlussfolgerungen aus dem 9. Novem-

ber 1923, so dass schließlich der 30. Januar 1933 zum eigentlichen Schicksalstag der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geraten sollte.

Stets propagierten die Nazis den Kampf gegen die „Novemberverbrecher“, womit jene gemeint waren, die 1918 dem monarchistischen System ebenso wie dem Krieg ein vorzeitiges Ende sowie einer parlamentarisch-demokratisch verfassten Republik den Weg bereitet hatten. In ihrer Lügenwelt galten die so verächtlich Charakterisierten ebenso wie die Juden als Untermenschen, die es ihrer unmenschlichen Ideologie entsprechend auch physisch auszurotten galt. Menschlichkeit und den Willen, diese in eine Tat münden zu lassen, bewies 1939, als der 2. Weltkrieg bereits begonnen hatte, auch an einem 9. November der Schreiner Geselle Georg Elser, der im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler verübte. Es scheiterte, und von da war der Weg bis zum Ende des barbarischen Völkermordens in Krieg und Holocaust noch weit.

Freude und Genugtuung über das Ende des Kalten Krieges auf deutschem Boden verbinden sich symbolträchtig mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989, doch in Erinnerung müssen alle Tage bleiben, die wie kaum andere unsere Geschichte geprägt haben. Ehrendes wie mahnendes Gedenken verlangt, den Ursachen des Geschehenen nachzuspüren sowie unbeirrt, engagiert und wirksam allen neuen Gefährdungen der Gesellschaft entgegenzutreten.

DER RECHTE RAND, Nummer 115, November/Dezember 2008, S. 3.

„Völkische Revolution“

Vor 85 Jahren: Putsch in der bayerischen „Ordnungszelle“

Kaum hatte die Novemberrevolution Ende 1918 den Grundstein für die Weimarer Republik gelegt (siehe jW vom 6.11.), da tönte es haßerfüllt und lautstark aus nationalistischen, konservativen und völkisch-antisemitischen Kreisen, in Deutschland müsse wieder „Ordnung“ geschaffen werden. Den „Novemberverbrechern“ sollte es an den Kragen gehen, da sie es gewesen seien, die Ende 1918 das Vaterland in tiefste innere und äußere Not gestürzt hätten. Auch zahlreiche bayerische Politiker wollten das Rad der Geschichte zurückdrehen. Sie gestalteten und priesen den Freistaat als eine „Ordnungszelle“, um von hier aus die neuen republikanischen und parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse beseitigen zu können. Ein Ergebnis dieser Bemühungen stellte jener abenteuerliche Putsch dar, von dem in der Literatur und in Schulbüchern gewöhnlich als „Hitler-Putsch“ gesprochen wird, den jedoch die 1920 in München entstandene NSDAP in engem Bunde mit einigen Militärs, paramilitärischen und vaterländischen Verbänden fünf Jahre nach der Revolution vorbereitet hatte, ihn schließlich aber allein unternahm – am 8. und 9. November vor 85 Jahren.

Von ihren Gönnern ermuntert und gefördert, waren die begehrlichen Blicke der Naziführer rasch über die bayerischen Landesgrenzen hinausgegangen. Faktisch bei jeder sich bietenden Gelegenheit probte ihre Sturm-Abteilung (SA) den Bürgerkrieg. Mit Gummiknüppeln, Totschlägern, Reitpeitschen und auch mit Waffen aus den Beständen der Reichswehr ging sie, aufgeputscht durch antimarxistische und antisemitische Parolen, äußerst brutal vor. Ungefähr 15.000 SA-Männer waren es schließlich, die im November 1923 für das Vorhaben bereitstanden, von Bayern aus das im März 1920 gescheiterte Kapp-Abenteuer zu wiederholen.

Den eigenen Putschplänen der NSDAP waren die permanenten Spannungen zwischen Bayern und dem Reich zugute gekommen, schien doch den Regierenden des Freistaates alles recht und nützlich zu sein, was sich für den Kampf gegen den Weimarer Staat mobilisieren ließ. Sie betrachteten die NSDAP als ein „ausgleichendes Moment gegenüber den Anmaßungen der freien Gewerkschaften“, wie es in einem Bericht der Münchener Polizei hieß. Für die deutschen Faschisten stand erst recht nach den erfolgreichen Aktionen der Schwarzhemden Benito Mussolinis vom Oktober 1922 alles im Zeichen eines nach italienischem Vorbild angestrebten „Marsches auf Berlin“. Ein erster Versuch, unternommen am 1. Mai des Jahres 1923, scheiterte. Zur Erinnerung: Bereits zu dieser Zeit hätte nach den Gesetzen der Weimarer Republik und des Freistaates Bayern Hitler bereits wegen staatsgefährdender Betätigung zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden können. Das rechte Auge der Justiz erwies sich eben auch in dieser Situation als blind. Gegen die NSDAP gerichtete Untersuchungen eines Münchener Staatsanwalts wurden rasch abgeschlossen, als Hitler drohte, mit „landesverräterischen Enthüllungen“ aufzuwarten.

Gegen den Weimarer Staat

Im Herbst 1923 verschärften sich die Auseinandersetzungen sowohl zwischen dem Reich und Bayern als auch innerhalb der nationalkonservativ-völkisch-faschistischen Fronde. Die Beilegung des Ruhrkonflikts und der Kurs auf die Stabilisierung der deutschen Währung wurden von einer erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes flankiert. Darüber entbrannten in den Reihen derer, die konkrete Diktatur-Pläne verfolgten, neue Auseinandersetzungen. Während die Reichsregierung und die sogenannten Parteien der Mitte das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive verschieben wollten, ohne erstere zu beseitigen, traten nahezu alle konservativ-nationalen Kräfte mehr oder weniger offen für eine Militärdiktatur ein. Das von dem Großindustriellen und DVP-Reichstagsabgeordneten Hugo Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des berüchtigten Alldeutschen Verbandes und die Absichten vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch jene der NSDAP, stimmten weitgehend überein. Als Ziel galt: Unterdrückung ihrer politischen Gegner mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften.

In Bayern gingen die monarchistisch-partikularistischen Gruppen – repräsentiert durch das Triumvirat des Generalstaatskommissars Gustav von Kahr, des Kommandierenden Generals im bayerischen Wehrkreis Otto Hermann von Lossow und des Obersts Hans Ritter von Seißer, dem Chef des Landespolizeiamtes – lange Zeit Hand in Hand mit der Nazi-Partei bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Putsches gegen die Reichsregierung und den Weimarer Staat. Es gelte, sich von der „immer weiter nach links driftenden Politik des Reiches“ loszusagen und „treuhänderisch den deutschen (sic!) Gedanken zu verteidigen“, erklärte der bayerische Ministerpräsident Eugen Ritter von Knilling am 16. September 1923 vor dem Bayerischen Bauernbund. Föderalistische Rechte wurden in den Vordergrund gestellt, überhöht und teilweise regelrecht verabsolutiert. Das alles mit dem Ziel, konservativ-nationalistischen Kräften die Macht in Bayern zu sichern und sie auch im Reich zu gewinnen. Faktisch wurden die Reichswehrtruppen in Bayern der Befehlsgewalt des Reiches entzogen.

Zugleich wurde die Partei der Faschisten weiter gepöppelt, aber auch versucht, ihr Zügel anzulegen, da sie mehr und mehr mit eigenen Forderungen hervortrat und aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen begann. Das wurde deutlich, als sie am 2. September einen „Deutschen Tag“ in Nürnberg organisierte, an dem rund 100.000 Menschen teilnahmen. Unter den „Ehrengästen“ befanden sich General a. D. Ludendorff, Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer sowie zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. An Ort und Stelle entstand der Deutsche Kampfbund. Kampf-gemeinschaft Bayern, der neben den SA-Verbänden vor allem der Bund Oberland und der Bund Reichskriegsflagge angehörten. Er sollte die organisatorische und die militärische Basis der weiteren Vorbereitung auf den Putsch bieten. Das Nürnberger Spektakel verlief verheißungsvoll, zumal sich SPD und KPD nicht auf eine gemeinsame Gegenwehr zu einigen vermochten. Schließlich gelang es drei Wochen darauf dem Reichswehr-Hauptmann und Förderer Hitlers Ernst Röhm, die Wahl seines politischen Ziehkindes zum politischen Leiter des Kampfbundes durchzusetzen. Als militärischer Leiter fungierte Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel, als Geschäftsführer der balten-deutsche Abenteurer Max Erwin von Scheubner-Richter.

Einig im Ziel

Im Herbst traf sich General Lossow mehrere Male mit dem NSDAP-Chef. Diesem versicherte er, mit ihm „in neun von zehn Punkten völlig einig“ zu sein, und gab am 24. Oktober für den Putschbeginn die Parole „Sonnenaufgang“ aus. Dennoch entflammte zwischen dem rechtskonservativen weiß-blauen und dem nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfronde offene Rivalität. Der gemeinsam propagierte und zugleich intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin“ entsprach nicht in allem den Plänen der Weiß-Blauen. Deren hauptsächliches Ziel bestand in einem weitgehend eigenständigen, von revolutionären Einflüssen aus den übrigen Teilen Deutschlands abgeschirmten Bayern sowie in einem Reich, das nicht länger einer schwarz-rot-goldenen Flagge folgt, sondern wieder dem alten schwarz-weiß-roten Banner. Dafür wurden zwar alle Aktivitäten der NSDAP als nützlich einkalkuliert, deren Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf eine Realisierung ihrer eigenen Ziele aber als überflüssig und ihrer eigenen Sache abträglich betrachtet, hatte Hitler doch am 1. November erklärt, für ihn sei die „deutsche Frage erst gelöst, wenn die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloß weht“.

Kahr und die von ihm repräsentierten Kreise ruderten etwas zurück, als sich im Reich die Verhältnisse zu stabilisieren begannen und am 13. Oktober der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz beschloß, das erlaubte, von den verfassungsmäßig garantierten demokratischen Grundrechten abzugehen. Sie begrüßten den vom Reichspräsidenten veranlaßten Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen zum Rücktritt gezwungen wurden, und ebenso das Scheitern des Hamburger Aufstandsversuches der KPD (siehe jW-Thema vom 20.10.2008). Für Kahr schien, als sich die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans von Seeckt abzeichnete, sich die Aufgabe erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Mit Gespür für die veränderte Situation begriff ein Teil der bayerischen Rechten, daß unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die eine parlamentarische

Staatsform für unentbehrlich und vorläufig lediglich graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielt. Kahr, Lossow und Seißer eröffneten am 6. November den Führern der Vaterländischen Verbände, daß einzig und allein sie das Kommandorecht beanspruchen und jede Eigenmächtigkeit brechen würden. Dies kam einer Distanzierung vom „nationalsozialistischen“ Flügel der Putschistenfront gleich.

Aufstand im „Bürgerbräukeller“

Die Führung der NSDAP versuchte demgegenüber vollendete Tatsachen zu schaffen, zu retten, was zu retten war. Sie befürchtete auch, ihre aufgeputschten Anhänger nicht mehr bei der Fahne halten zu können, und sorgte sich um den drohenden Zerfall des so mühsam unter ihrem Kommando formierten Kampfbundes. Der Putsch sollte am 8. November während einer Veranstaltung im Münchner Bürgerbräukeller beginnen, wo vor geladenem Publikum Kahr anlässlich des fünften Jahrestages des Beginns der Novemberrevolution eine programmatische Rede „über den Marxismus und seine endgültige Überwindung“ halten wollte. An der Spitze einer bewaffneten SA-Formation drang Hitler gegen 8.45 Uhr in den überfüllten Saal und stürmte zum Podium, eine Pistole in der Hand, die er abfeuerte, um sich Aufmerksamkeit zu verschaffen. Seine bewaffneten Truppen besetzten den Eingang, richteten ihre Gewehre und Maschinenpistolen gegen das Publikum und postierten in der Mitte ein schweres Maschinengewehr. Hitler rief dem Publikum zu: „Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Der Saal ist von 600 Schwebewaffneten besetzt. Niemand darf den Saal verlassen. Wenn nicht sofort Ruhe ist, werde ich ein Maschinengewehr auf die Galerie stellen lassen. Die bayerische Regierung ist abgesetzt. Eine provisorische Reichsregierung wird gebildet. Die Kasernen der Reichswehr sind besetzt, Reichswehr und Polizei rücken bereits unter den Hakenkreuzfahnen an.“ Danach forderte er Kahr, Lossow und Seißer auf, ihm zu einer Besprechung in ein Nebenzimmer zu folgen. Hier drohte er: „Niemand verläßt lebend das Zimmer ohne meine Erlaubnis!“ Nach einer Weile kam auch Ludendorff hinzu. Er zeigte sich von der Aktion „überrascht“, was schlicht gelogen war – bereits am Nachmittag des 8. November hatte er die Fähnriche der Münchner Infanterieschule für 8.30 Uhr zu sich bestellt. Am Nachmittag war er mit dem „Triumvirat zu Gesprächen zusammengekommen, in denen er darauf drängte, möglichst bald von München aus Druck auf Berlin auszuüben. Bei dieser Gelegenheit hatte er auch gefordert, daß Hitlers Propaganda „als Kampfmittel ersten Ranges“ keine Fesseln angelegt werden.

In der kurzen Versammlungspause beruhigte Hermann Göring, seit 1922 Leiter der SA, die erregten Teilnehmer unter anderem mit dem Argument, die Bayern würden auch künftig ihr Bier bekommen. Als Hitler erneut die Bühne betrat, verkündete er noch einmal den Beginn der „nationalen Revolution“ und erklärte die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ für abgesetzt. Eine neue Reichsregierung sei soeben ins Leben getreten. Ihr würden außer ihm auch Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Gottfried Feder angehören. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. Daraufhin gellten Bravo-Rufe durch den Saal, begeistert wurde „Heil Hitler“ geschrien und das Deutschlandlied gesungen. Allerdings zogen sich nach anfänglicher (später als erzwungen bezeichneter) Zustimmung Kahr, Lossow und Seißer noch in der Nacht von diesem Unternehmen zurück. Die Verbrüderungsszene mit den Nazis und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers waren rasch vergessen. Kahr erklärte die NSDAP und den Kampfbund für aufgelöst; zugleich verbot er – ohne jede Begründung – ebenfalls die KPD; deren Zeitungen durften bereits seit dem 29. September nicht mehr erscheinen, und alle Selbstschutzverbände der Arbeiterparteien wurden auf seinen Befehl hin ebenfalls aufgelöst. Aus anderen bayerischen Garnisonen wurden Einheiten der Reichswehr nach München beordert.

„Helden“ vor der Feldherrnhalle

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gaben die Putschisten eine bemerkenswerte Probe ihres terroristischen „Könnens“. Geleitet aus dem im Bürgerbräukeller eingerichteten Oberkommando des Kampfbundes erfolgte wie zuvor sorgfältig geplant die handstreichartige Besetzung einiger öffentlicher Gebäude in München sowie in einigen anderen bayerischen Städten. Aus Landshut kom-

mend rückte Gregor Strasser an der Spitze von 150 SA-Männern in die Isar-Metropole ein und besetzten die Wittelsbacher Brücke. Mannschaften des Bundes Oberland versuchten, die Pionierkaserne zu erobern, was nicht gelang. Aus der Kasse zweier Buchdruckereien „besorgten“ sie Sold für die SA-Leute. Der Stoßtrupp Hitler – er vereinte die „besten“ und dem „Führer“ bedingungslos ergebenden SA-Männer unter der Leitung von Josef Berchthold – stürmte und verwüstete auf Görings Befehl das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen Münchener Post. Er nahm eine gewaltsame Hausdurchsuchung beim Vizepräsidenten des bayerischen Landtages vor, und im Laufe des Vormittags drangen sie auch in das Rathaus ein. Den Bürgermeister und einige Stadträte verschleppten sie als Geiseln in den Bürgerbräukeller. Unter Leitung Röhm besetzte eine Gruppe das Gebäude des Wehrkreiskommandos an der Schönfeldstraße. Rudolf Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Wahllos wurden vor allem jüdische Bürger verhaftet.

In blinder Hoffnung glaubten die Putschisten – allen voran Hitler, von Ludendorff nachhaltig unterstützt – noch immer, ihren Aktionen den Erfolg zu erzwingen. Für die späten Vormittagsstunden des 9. November wurde ein „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchener Innenstadt befohlen, in der Hoffnung auf eine breite Unterstützung durch Münchner Bürger. Bewaffnet mit Pistolen, Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten zog man vom Bürgerbräukeller los. Tatsächlich wurden die Marschierer auf dem Marienplatz von einer dichtgedrängt wartenden Menge jubelnd begrüßt. Als jedoch die SA-Leute und Mitglieder des Bundes Oberland das Regierungsviertel erreichten, stießen sie auf einen etwa 100 Mann starken Kordon der Landespolizei, die statt der als nazistisch dominierten Stadtpolizei dorthin beordert worden war. Trotz des Rufes „Nicht schießen! Exzellenz Ludendorff und Hitler kommen!“ fiel ein Schuß. Wer auch immer ihn abgegeben hatte – ihm folgte ein heftiger Feuerwechsel. Bei der Feldherrnhalle, einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude, stoppten einige Salven endgültig den Marsch der Putschisten. Drei Polizisten und 16 Mitglieder der NSDAP lagen tot oder sterbend auf der Straße. Ludendorff, Drexler, Frick und noch einige wenige ließen sich an Ort und Stelle verhaften.

Ausgezogen, nach Berlin zu marschieren und Macht über die dort regierende „marxistische Brut“ zu gewinnen, kamen die deutschen Faschisten damals nicht weit. Eilig zerstreuten sich die etwa 3000 am Marsch Beteiligten. Mancher stob in wilder Flucht davon. Auch hierin sollte sich der verletzte und um seine eigene Rettung bemühte Hitler als „Führer“ erweisen – zunächst konnte er sich in einem Landhaus der befreundeten Familie Hanfstaengl verbergen, bevor er am 11. November verhaftet wurde. Göring, Esser, Feder, Berchthold und andere flüchteten ins Ausland. Die Parteigeschichtsschreibung, die dem fehlgeschlagenen Staatsstreich stets einen zentralen Platz in ihrer heroisierenden Selbstdarstellung einräumte, konstruierte dennoch so manche Legende und fälschte viele Details des Geschehens, um Abenteuerlichkeit und Dilettantismus vergessen zu machen.

Im Rückblick auf diesen 9. November der deutschen Geschichte zeigt sich: Weder die Aktionen im Münchner „Bürgerbräukeller“ und vor der Feldherrnhalle noch die Machtübertragung an Hitler, die neun Jahre und drei Monate später erfolgte, hätten geschehen können, wären der Mann und seine Partei nicht gepäpelt und gefördert worden und hätten die Gesetze des Weimarer Staates gegen rechts-extreme Hochverratsverbrechen Anwendung gefunden. Auch nach dem Putsch sollte es tatsächlich wie gehabt immer weitergehen: Auf Antrag Kahrs (der dennoch am 30. Juni 1934 rachsüchtig ermordet werden sollte) stellte das bayerische Staatsministerium für Finanzen am 5. Januar 1924 rund 3000 Goldmark für einen besonderen Zweck zur Verfügung: Zwanzig hauptamtliche Angestellte der NSDAP erhielten eine Abfindung, da sie durch das Verbot der Partei „arbeitslos“ geworden seien. Diesem „freundlichen“ Akt im Umgang mit den kaum bestraften Hochverrättern des 9. November 1923 folgten viele weitere, bis schließlich die Türen für ihre Diktatur ganz und gar geöffnet wurden.

Dokumentiert. Stimmen zum „Hitler-Putsch“

Aus der Rede Hitlers im Zirkus Krone am 30. Oktober 1923:

„Bayern hat heute eine große Mission. Hätte diese schon im Vorjahre erfüllen müssen. Als die Republik-schutzgesetze verkündet wurden, hätte man die Führung des deutschen Volkes in die Hand nehmen, den

Kampf in Berlin führen müssen. Nicht durch das Vertreten sogenannter Separatrechte! Sondern Bayern muß Führer des im ganzen Deutschland verankerten Widerstandes werden. Wir müssen hinaustreten aus unserer Begrenzung, kämpfen gegen die jetzige marxistische Brut in Berlin. Dann werden wir uns zu Führern der antimarxistischen Welle in ganz Deutschland machen.“

Am Abend des 8. November 1923 wurde im Münchner „Bürgerbräukeller“ getönt:

Kahr: „In des Vaterlandes schwerster Not übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie, die vor fünf Jahren von frevelnden Händen zerschlagen worden ist. Ich tue das schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer lieben bayerischen Heimat und unseres großen deutschen Vaterlandes.“

Lossow: „Ich wünsche, daß die Aufgabe, eine Armee zu organisieren, die den Aufgaben gewachsen ist, die hier eben festgestellt worden sind, gelingen werde, und daß diese Armee unsere Flagge schwarz-weiß-rot überall mit Stolz getragen wird.“

Seißer: „Ich will versuchen, die mir zugewiesene Aufgabe zu erfüllen, im ganzen Reich eine einheitliche Polizei zu schaffen, die jederzeit bereit ist, die Ruhe im Innern aufrechtzuerhalten, unter der Flagge schwarz-weiß-rot.“

Ludendorff: „Ergriffen von der Größe des Augenblicks und überrascht stelle ich mich kraft eigenen Rechtes der deutschen Nationalregierung zur Verfügung. Es wird mein Bestreben sein, der alten schwarz-weiß-roten Kokarde die Ehre wiederzugeben, die ihr die Revolution genommen hat. Es geht heute ums Ganze.“

Aus der Anklageschrift des I. Staatsanwalts beim Volksgericht München I vom 8. Januar 1924:

„Die Herren von Kahr, von Lossow und v. Seißer waren nur scheinbar auf die Forderungen Hitlers und seiner Anhänger eingegangen, um ihre Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen. Sobald sie konnten, verließen sie – etwa um 10 Uhr 30 Minuten abends – den Bürgerbräukeller und trafen ungesäumt die notwendigen Maßnahmen zur Niederschlagung des Putsches.“

Aus der Ansprache Robert Wagners, einem engen Gefolgsmann Hitlers, vor Angehörigen der Infanterieschule München am Abend des 8. November um 8.30 Uhr:

„In diesem Augenblick wird die völkische Regierung für Deutschland im Bürgerbräukeller ausgerufen. Gleichzeitig bricht in ganz Deutschland die völkische Revolution aus. Von allen Richtungen marschieren bereits völkische Verbände nach Berlin. Morgen erfolgt auch von München aus der Vormarsch. Hinter der Bewegung stehen Ludendorff, ferner Lossow mit der geschlossenen 7. Division, Pöhner und Oberst von Seißer mit der geschlossenen bayerischen Polizei, außerdem Hitler und die Kampfverbände. Ludendorff hat befohlen, daß die Infanterieschule sofort als Stoßtrupp unter Führung Roßbachs Verwendung finden soll und daß die Stammoffiziere zunächst ausgeschaltet werden sollen. Das ist aber nur ein Provisorium, Ludendorff will die Stammoffiziere morgen selbst einteilen; aus der Infanterieschule soll unter Zuziehung von anderen Formationen ein Regiment Ludendorff zusammengestellt werden.“

Am 13. November 1923 berichtete der Vertreter der Reichsregierung in München nach Berlin:

„Allmählich beginnt sich die Stimmung hier wieder zu beruhigen und die Stadt hat so ziemlich ihr gewöhnliches Aussehen angenommen. Auch die fanatischen Anhänger Hitlers, meistens Studenten und sonstige junge Leute gleichen Alters, soweit sie nicht wegen Beteiligung an dem Putsch geflohen sind, treten in der Öffentlichkeit nicht mehr in der aggressiven Weise hervor wie in den letzten Tagen.“

Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München vom 21. November 1923 über Äußerungen des bayerischen Justizministers Franz Gürtner:

„Er (Gürtner, M.W.) sei tatsächlich außerstande zuzulassen, daß der Hitler-Prozeß vor einem anderen wie vor einem bayerischen Gericht stattfinde. Einmal sei ein Transport Hitlers, Ludendorffs oder sonstiger Persönlichkeiten, die in den Putsch verwickelt seien, nach Leipzig schon deswegen ausgeschlossen, weil der Generalstaatskommissar Vollstreckungshandlungen in Verfolg des Republikschutzgesetzes verboten habe. Der Generalstaatskommissar würde daher einen solchen Transport verhindern. Dr. Gürtner sei aber auch politisch außerstande, einem derartigen Ersuchen Folge zu geben; denn mit Ausnahme der Linken seien sämtliche Parteien, und zwar nicht bloß die Anhänger Hitlers, der Auffassung, daß der Prozeß nicht vor dem Staatsgerichtshof stattfinden dürfe, sondern einem bayerischen Gericht vorbehalten bleiben müsse. Keine bayerische Regierung würde sich dieser Stimmung widersetzen können.“

Aus dem (Fehl-)Urteil des Volksgerichtshofs München I vom 1. April 1924:

„Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig viereinhalb Jahre lang im deutschen Heer Kriegsdienst geleistet, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feind hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, verwundet und sonst an der Gesundheit beschädigt und vom Militär in die Kontrolle des Bezirkskommandos München I entlassen worden ist, kann nach Auffassung des Gerichtes die Vorschrift des § 9 Abs. II des Republikschutzgesetzes [sie sah die Ausweisung von Ausländern, die wegen Hochverrats verurteilt werden, aus Deutschland zwingend vor, M. W.] ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden.“

junge Welt, Freitag, 07.11.2008, S. 10.

9. November 1923:

Wie der Nazipartei ein Putsch in Bayerns Hauptstadt ermöglicht wurde ...

Als im März 1920 Kapp, Lüttwitz und Konsorten marschierten, um den 9. November 1918 umzusetzen zu machen, blieb es der gerade ins Leben getretenen NSDAP – trotz eifriger Hilfe bayerischer Reichswehroffiziere – verwehrt, den Putsch zu unterstützen: der Generalstreik kam ihr zuvor. Der Putsch gegen die Weimarer Republik scheiterte. In Bayern mußte allerdings das sozialdemokratische Kabinett am 16. März einer rein bürgerlichen Regierung weichen. Ihr stand der rechtskonservative Monarchist Gustav Ritter von Kahr vor, unter dessen Regie der Freistaat sich zur „Ordnungszelle“ Deutschlands entwickelte, d. h. zu einer Hochburg monarchistisch-partikularistischer Kräfte, zum Schlupfwinkel rechtsradikaler Terrorgruppen und damit auch zur Brutstätte völkisch-faschistischer Organisationen.

Die Heimat der NSDAP

Von dieser Politik – getragen von der *Bayerischen Volkspartei* (BVP), der konservativen *Bayerischen Mittelpartei* und dem Reichswehrgruppenkommando – profitierte vor allem die Nazipartei. Obwohl in ihren Veranstaltungen nationalistische Stimmungen geschürt und rassistische Vorurteile propagiert wurden, und obwohl es regelmäßig zu Krawallen und handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, schritten die Münchener Behörden selten ein. Ebenso empfand die Landesregierung diese Partei als eine willkommene Unterstützung eigener Politik gegenüber den Arbeiterorganisationen wie auch für ihre Attacken gegen die Reichsregierung. Die Verhältnisse im Norden Deutschlands bezeichnete sie als „bereits halb bolschewistisch“, die Berliner Regierung als eine „verschleierte Sowjetregierung“. Kahr empfing sogar eine Delegation der NSDAP mit der Begründung, alle „nationalen Kräfte“ müssten gemeinsam gegen die vom Zentrumspolitiker Joseph Wirth geleitete Reichsregierung vorgehen.

So ermuntert und gefördert gingen die Blicke der Nazipartei rasch über die bayerischen Landesgrenzen hinaus. Sie trachtete danach, rechtsextreme Organisationen zusammenzuführen und unter ihrer Regie zusammenzuschließen. Sie entwickelte sich zu einer diktatorisch geleiteten, jeglichen demokratischen Gebarens entbehrenden Partei, in der über Gewalt und Terror als Mittel der Politik keinesfalls nur theoretisiert wurde. Faktisch bei jeder sich bietenden Gelegenheit probte ihre im August 1921 entstandene *Sturm-Abteilung* (SA) den Bürgerkrieg. Mit Gummiknüppeln, Totschlägern, Reitpeitschen und Pistolen ging sie, aufgeputscht durch antimarxistische und antisemitische Parolen, äußerst brutal vor. Ungefähr 15.000 SA-Männer waren es schließlich, die im November 1923 für das Vorhaben bereit standen, von Bayern aus das gescheiterte Kapp-Abenteuer zu wiederholen.

Den Putschplänen der NSDAP kamen die permanenten Spannungen zwischen Bayern und dem Reich zugute, schien doch im Freistaat alles recht und nützlich zu sein, was sich für den Kampf gegen Republik und parlamentarisch-demokratische Verhältnisse mobilisieren ließ. Die Landesregierung begrüßte die provokatorischen Zwischenfälle in München, als Reichspräsident Friedrich Ebert zu Besuch erschien. Sie hielt die NSDAP für „notwendig als ausgleichendes Moment gegenüber den Anmaßungen der freien Gewerkschaften“, wie es in einem Bericht der Münchener Polizei hieß. Deren Überwachung erfolge nur, um das „Überschäumen des jugendlichen Kraftgefühls rechtzeitig verhindern zu können“.

Als in Italien die Organisation der Schwarzhemden unter der Führung Benito Mussolinis im Oktober 1922 die Regierung übernahm, priesen die deutschen Faschisten deren „konsequente Kampfführung“, mit der allein Erfolg erzielt werden könne. Alles stand nun im Zeichen ihres nach italienischem Vorbild angestrebten „Marsches auf Berlin“. Pläne und Einsatzbefehle nahmen eine immer konkretere Gestalt an. Die seit März 1923 von Hermann Göring geführte SA gebärdete sich offen als ein Wehrverband und veranstaltete in Bayern eine militärische Übung nach der anderen. Wie immer, wenn sich rechtsradikale Verbände formierten und zum Losschlagen bereithielten, wurde das Gerücht ausgestreut, ein „Linksputsch“ stünde bevor. Bereits am 1. Mai warteten in München

1.300 SA-Leute und etwa 4000 Mitglieder der vaterländischen Verbände – des *Bundes Oberland*, der *Reichsflagge*, des *Blücher-Bundes* u. a. m. – auf das Zeichen zum Losschlagen. Hauptmann Ernst Röhm hatte dafür gesorgt, daß sie zusätzlich zu ihren Gewehren, Handgranaten und Pistolen aus den Beständen der Reichswehr Maschinengewehre und ein Geschütz erhielten.

Zwar blieb der Befehl zum Putsch noch aus, doch nach den Gesetzen der Weimarer Republik und des Freistaates Bayern hätte Hitler bereits wegen staatsgefährdender Betätigung zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden können. Das rechte Auge der Justiz erwies sich wie so oft auch in dieser Situation als blind. Selbst die Verabschiedung Röhrs aus der Truppe, die der Reichswehrminister Otto Geßler persönlich verfügt hatte, scheiterte am Einspruch des Generals Otto Hermann von Lossow, der die Reichswehr in Bayern kommandierte. Gegen die NSDAP gerichtete Untersuchungen eines Münchener Staatsanwalts wurden rasch abgeschlossen, als Hitler drohte, mit „landesverräterischen Enthüllungen“ aufzuwarten.

Die Verhältnisse ändern sich

Als im August 1923 Reichskanzler Wilhelm Cuno aus dem Amt gezwungen und einen Monat später die Taktik des „passiven Widerstands“ gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben wurde, verkündete Gustav Stresemann, Vorsitzender der *Deutschen Volkspartei* (DVP) und neuer Reichskanzler: „Die beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern.“ Die Beilegung des Ruhrkonflikts und der Kurs auf die Stabilisierung der deutschen Währung wurden von einer erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes flankiert. Darüber entbrannten in den Reihen derer, die konkrete Diktatur-Pläne verfolgten, neue Auseinandersetzungen. Während die Reichsregierung und die so genannten Parteien der Mitte das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive verschieben wollten, ohne erstere zu beseitigen, traten nahezu alle konservativ-nationalen Kräfte mehr oder weniger offen für eine Militärdiktatur ein. Das von Hugo Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des berüchtigten *Alldeutschen Verbandes* und die Absichten vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch jene der NSDAP, stimmten weitgehend überein. Als Ziel galt: Unterdrückung ihrer politischen Gegner mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften.

In Bayern gingen die monarchistisch-partikularistischen Gruppen unter dem Triumvirat von Kahr, Lossow und Oberst Hans Ritter von Seißer, dem Chef des Landespolizeiamtes, und die NSDAP lange Zeit Hand in Hand bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Putsches gegen die Reichsregierung und den parlamentarisch-demokratischen Staat von Weimar. Für diesen Zweck wurde die Partei der Faschisten weiter gepöppelt, obwohl sie mehr und mehr mit eigenen Forderungen hervortrat und aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen begann. Das wurde deutlich, als sie am 2. September einen *Deutschen Tag* in Nürnberg organisierte, an dem rund 100.000 Menschen teilnahmen. Unter den „Ehrgästen“ befanden sich Ludendorff, Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer sowie zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. Am gleichen Tag entstand unter aktiver Mitwirkung der NSDAP der *Deutsche Kampfbund*, der die organisatorische Grundlage für die weiteren Putschvorbereitungen bot. Die Nürnberger Generalprobe für den geplanten Umsturz verlief verheißungsvoll, zumal sich SPD und KPD nicht auf eine gemeinsame Gegenwehr zu einigen vermochten. Drei Wochen später gelang es Röhm, die Wahl Hitlers zum politischen Leiter des *Kampfbundes* durchzusetzen.

Im Herbst traf sich Lossow mehrere Male mit dem Führer der NSDAP und versicherte, er sei mit Hitlers Auffassungen „in neun von zehn Punkten völlig einig“. Dennoch entflammte zwischen dem rechtskonservativen weiß-blauen und dem nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfronde offene Rivalität. Der gemeinsam propagierte und zugleich intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin“, für den Lossow am 24. Oktober die Parole „Sonnenaufgang“ ausgab, entsprach nicht in allem den Plänen der Weiß-Blauen. Deren hauptsächliches Ziel bestand in einem weitgehend eigenständigen,

von revolutionären Einflüssen aus den übrigen Teilen Deutschlands abgeschirmten Bayern. Dafür wurden zwar alle Aktivitäten der NSDAP als nützlich einkalkuliert, deren Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf eine Realisierung ihrer eigenen Ziele aber als überflüssig und ihrer eigenen Sache abträglich betrachtet. Kahr und die von ihm repräsentierten Kreise ruderten etwas zurück, als sich im Reich die Verhältnisse zu stabilisieren begannen und am 13. Oktober der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz beschloss, das erlaubte, von den verfassungsmäßig garantierten demokratischen Grundrechten abzugehen. Sie begrüßten den vom Reichspräsidenten veranlassten Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen zum Rücktritt gezwungen wurden, und ebenso das Scheitern des Hamburger Aufstandsversuches der KPD. Für Kahr schien, als die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans von Seeckt deutlich wurde, sich die Aufgabe erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Mit Gespür für die veränderte Situation begriff ein Teil der bayerischen Rechten, daß unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die eine parlamentarische Staatsform für unentbehrlich und vorläufig lediglich graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielt. Kahr, Lossow und Seißer eröffneten am 6. November den Führern der vaterländischen Verbände, daß einzig und allein sie das Kommandorecht beanspruchen und jede Eigenmächtigkeit brechen würden. Dies kam einer Distanzierung vom nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfront gleich.

Kassenräuber, Geiselnnehmer, Putschisten

Die Führung der NSDAP versuchte demgegenüber vollendete Tatsachen zu schaffen, zu retten, was zu retten war. Sie befürchtete auch, ihre aufgeputschten Anhänger nicht mehr bei der Fahne halten zu können, und sorgte sich um den drohenden Zerfall des so mühsam unter ihrem Kommando formierten *Kampfbundes*. Hitler drang am Abend des 8. November an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo Kahr anlässlich des fünften Jahrestages des Beginns der Novemberrevolution eine programmatische Rede halten wollte. Mit ausgesprochenem Sinn für theatralische Effekte verkündete der NSDAP-Führer nach einer kurzen Beratung im Nebenzimmer (und einer Versammlungspause, in der Göring die erregten Teilnehmer unter anderem mit dem Argument beruhigte, die Bayern würden auch künftig ihr Bier bekommen!) den Beginn einer „nationalen Revolution“ und die Bildung einer neuen Reichsregierung. Dieser würden außer ihm auch Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Feder angehören. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 – wüst als „Novemberverbrecher“ beschimpft – sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. Danach gellten „tumultuarisches begeistertes Geschrei“ und das Deutschlandlied durch den Saal. Nach anfänglicher und erzwungener Zustimmung zogen sich Kahr, Lossow und Seißer jedoch in der Nacht von diesem Unternehmen zurück. Die Verbrüderungsszene mit den Nationalsozialisten und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers waren rasch vergessen. Kahr erklärte NSDAP und *Kampfbund* für aufgelöst; zugleich verbot er – ohne jede Begründung – ebenfalls die KPD. Aus anderen bayerischen Garnisonen wurden Reichswehreinheiten nach München beordert.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gaben die Putschisten eine Probe ihres terroristischen „Könnens“. Aus der Kasse einer Buchdruckerei „besorgten“ sie Sold für die SA-Leute. Der *Stoßtrupp Hitler* stürmte und verwüstete auf Görings Befehl das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen *Münchener Post*. Unter Leitung Röhm besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando. Rudolf Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Wahllos wurden vor allem jüdische Bürger verhaftet. In blinder Hoffnung glaubte Hitler – darin von Ludendorff nachhaltig unterstützt – noch immer, durch den ohne Erfolgsaussicht begonnenen Putsch eine Wende erzwingen zu können. Er befahl seine Anhänger für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchener Innenstadt. Als die SA-Leute und Mitglieder des *Bundes Oberland* das Regierungsviertel erreichten, fiel ein Schuß, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle – einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten

klassizistischen Gebäude – stoppten einige Salven der aufmarschierten Landespolizei die vordringenden Putschisten endgültig. Drei Polizisten und 16 Mitglieder der NSDAP lagen tot oder sterbend auf der Straße. Ludendorff, Drexler, Frick und einige wenige ließen sich an Ort und Stelle verhaften.

Ausgezogen, nach Berlin zu marschieren und die Macht zu erobern, kamen die deutschen Faschisten damals nicht weit. Eilig zerstreuten sich die etwa 3000 am Marsch Beteiligten. Mancher stob in wilder Flucht davon. Auch hierin sollte sich der um seine eigene Rettung bemühte Hitler als „Führer“ erweisen – zunächst konnte er sich in einem Landhaus der befreundeten Familie Hanfstaengl verbergen, bevor er am 11. November verhaftet wurde. Göring, Esser, Feder, Berchtold und andere flüchteten ins Ausland. Die Parteigeschichtsschreibung, die dem fehlgeschlagenen Staatsstreich stets einen zentralen Platz in ihrer heroisierenden Selbstdarstellung einräumte, konstruierte so manche Legende und fälschte viele Details des Geschehens, um Abenteuerlichkeit und Dilettantismus vergessen zu machen.

Im Rückblick auf diesen 9. November der deutschen Geschichte zeigt sich: Weder die Aktionen im Münchner Bürgerbräukeller und vor der Feldherrnhalle noch die Machtübertragung an Hitler, die neun Jahre und drei Monate später erfolgte, hätten geschehen können, wären der Mann und seine Partei nicht gepöppelt und gefördert sowie die Gesetze des Weimarer Staates gegen solche Hochverratsverbrechen angewandt worden ...

18. November 2008, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform.

<https://kpf.die-linke.de/mitteilungen/detail/9-november-1923-wie-der-nazipartei-ein-putsch-in-bayerns-hauptstadt-ermoglicht-wurde/>

Nazi-Führer „führerlos?“

Wolfgang Brenner erzählt eine „Was-wäre-wenn-Geschichte“

Mitunter wird der Flügelschlag eines Schmetterlings in den Weiten des Stillen Ozeans bemüht, um globale Klimaveränderungen zu erklären. Doch gilt, was in der Natur tatsächlich Großes zu bewirken vermag, auch für die Gesellschaft? Lässt sich auch da ein Ereignis oder ein einzelner Mensch als Faktor bestimmen, der nicht allein zu realer Geschichte gerinnt, sondern sowohl deren Richtung als auch ihren konkreten Verlauf veranlasst? In der Tat: Alle Geschichte musste nicht verlaufen wie tatsächlich geschehen, Alternativen waren stets denkbar. Auch deshalb ist gerade in jüngster Zeit, vor allem nach den Büchern von Alexander Demandt, Niall Ferguson, Michael Salewski u. a. m. viel über die „ungeschehene Geschichte“ spekuliert worden. Selbst Versuche gab es, solche Konjunktiv-Betrachtungen zu verwissenschaftlichen. Zumeist geht es um Fragen nach den Ursachen von Kriegen und anderen Katastrophen, natürlich ebenso um Erkenntnisse, wie diese eventuell hätten vermieden werden können.

Nun liegt wieder einmal eine „Was-wäre-wenn-Geschichte“ vor, die sich mit der größten Barbarei des 20. Jahrhunderts befasst. Sicher, es handelt sich um einen Roman, doch da sein Verfasser den Anspruch erhebt, nahe an der Realität zu schreiben, darf der Historiker durchaus bedenklich den Kopf schütteln. Das Ergebnis muss ihn dennoch interessieren. Schon gar nicht kann das neue Buch des Journalisten, Krimi-Autors und Filmemachers Wolfgang Brenner leichthin abgetan werden. Sein „Führerlos“ wird gewiss jene nie enden wollenden Debatten ergänzen, die seit eh und je um das Diktum kreisen: Der Hitler war's! Kein anderer, nur er allein!

Manches deutet auch bei diesem Buch in eine solche Richtung, doch möglicherweise hilft es, die allzu oft auftretende Schlichtheit dieses immer wieder strapazierten Entlastungsarguments zu konterkarieren. In den meisten Gedankenexperimenten, die bislang zur Rolle des Diktators angestellt worden sind, ging es eher weltgeschichtlich zu. So zeichnete u. a. der amerikanische Historiker Henry Ashby Turner, der die so genannte kontra-faktische Betrachtungsweise gar als notwendige Form geschichtswissenschaftlicher Arbeit pries, vor zwei Jahrzehnten ein Erdenleben ohne den Zweiten Weltkrieg, ohne Auschwitz und Hiroshima sowie ohne Supermächte und Kalten Krieg, wenn, ja wenn der NSDAP-Chef bereits 1930 bei einem Autounfall ums Leben gekommen wäre.

Brenner lässt neun Jahre später, am 8. November 1938, das Attentat des Georg Elser erfolgreich sein. Klar, dass da die Potentaten der so genannten zweiten Reihe sofort mächtig um die Nachfolge rangeln und kungeln, streiten und erbittert aneinander geraten. Ihre Methoden entsprechen dem Bild des Regimes: Hermann Göring gibt kurzerhand Befehl, seinen Konkurrenten Heinrich Himmler umzubringen, und putscht sich auf den Stuhl des Reichskanzlers. Den Nachfolger an der Spitze der SS, Reinhard Heydrich, macht er rasch zu seinem Kumpan, und sucht Rückenwind bei Kaiser Wilhelm, den er aus Doorn zurückholt. Sein großer Gegenspieler Joseph Goebbels, vom Autor als Bewahrer nationalsozialistischer Ideen präsentiert, setzt auf eine andere Karte: Er führt Eva Braun der Öffentlichkeit als schwangere Witwe Hitlers vor und verkündet, ihr Junge (!) werde der Nachfolger des Führers sein. Beide Kontrahenten brauchen offensichtlich eine „höhere“ Autorität für die eigenen Pläne. Menschliche Ideale sind ihnen fremd, für ihre Machtambitionen gehen sie über Leichen, auch wenn die Opfer der eigenen Partei zugehören.

In einem Vorab-Interview zum Buch gab der Verfasser von sich, seine Überlegungen hätten auch der Frage gegolten, ob es nicht im Nationalsozialismus so etwas wie „vernünftige, rationale, vielleicht sogar reformerische Bewegung“ gegeben habe, die – weil von Hitler daran gehindert – nicht zum Zuge gekommen sei. Da grüßt allerdings die schauerliche Mär vom „guten Kern“ der Nazis, den nun also selbst jene in sich getragen haben sollen, die Hitler am nächsten standen. Eine solche konjunktivische Geschichtsbetrachtung öffnet neue Türen, hinter denen ein regelrechtes Umschreiben der Geschichte stattfindet.

Nein, nur im Buch bekunden alle Nazigrößen ihre Genugtuung, dass der – offensichtlich also allein von Hitler gewollte – Krieg vermieden wird. Ernsthaft bemüht sich Göring, ein durchaus liberaler

und um das Wohlergehen der Deutschen bemühter Reichskanzler zu sein; er schließt nach dem erfolgreichen Krieg gegen Polen Frieden mit den Westmächten und ermöglicht sogar (unterstützt von einem zuvor unbeachtet gebliebenen Beraterkreis um Ludwig Erhard und dank der Massenproduktion des „Volkswagens“) ein großartiges Wirtschaftswunder. Das Finale in Brenners Variante der Geschichte widerspricht indessen allem gedachten Wandel. Denn alles endet eben doch in einer Katastrophe, in einem „Großen Krieg“, der den Akteuren zufolge geführt werden müsse, weil keine andere als die „Endlösung“ Klarheit in der Judenfrage bringen könne.

Man ist also doch wieder bei Hitler angelangt. Und man liest wieder an den Ursachen des Zweiten Weltkrieges vorbei ... Manches in der detailreich ausgeschmückten Darstellung der Mechanismen politischer Machtkämpfe und -ausübung lässt regelrecht erschauern. Was da für die Jahre zwischen 1939 und 1941 in den Psychogrammen des Autors aufscheint, was den Handelnden in den Mund gelegt oder wie ihre Aktionen beschrieben werden, das gehört mitunter eher in die Kategorie bittere Satire. Zu lesen wäre der Roman allerdings ebenso als eine Epochen und Länder übergreifende Kritik an regierenden oder an die Macht drängenden Politikern. Vorstellbar sind durchaus ganz andere Namen als die der „führerlosen“ Akteure.

Wolfgang Brenner: Führerlos. Roman. Bebra. 400 S., geb., 19,90 Euro..

Neues Deutschland, Mittwoch, 19. November 2008, S. 9.

Den Rücken freigehalten

Schöne Worte, aggressive Ziele:

Die deutsch-französische Grenz- und Konsultationserklärung vom 6. Dezember 1938

Nach dem völkerrechtswidrigen Urteil über das Schicksal der Tschechoslowakischen Republik bat deren Außenminister Kamil Krofta in Prag die britischen, französischen und italienischen Gesandten zu sich. Förmlich teilte er ihnen mit, was ohne jegliche Mitwirkung seiner Regierung von den Regenten Deutschlands, Italiens, Großbritanniens und Frankreichs am 30. September 1938 in München beschlossen worden war. Verbittert, aber vorausschauend gerieten seine Abschiedsworte: „Ich weiß nicht, ob die in München gefaßten Beschlüsse für Ihre Länder von Nutzen sein werden; aber wir werden sicher nicht die letzten sein. Nach uns wird dasselbe Schicksal andere ereilen.“

Er sollte Recht behalten. Die Unterschriften unter dem Münchner Abkommen waren noch nicht getrocknet, da erhob Hitler in einer Rede in Saarbrücken öffentlich neue Forderungen und wies am 21. Oktober 1938 die Wehrmacht an, dafür zu sorgen, daß die „Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen“ werden kann. Offensichtlich fühlte sich der „Führer“ auch nicht durch jene „Erklärung“ gebunden, die er und der britische Premierminister Neville Chamberlain ebenfalls am 30. September 1938 unterzeichnet hatten. Darin war vereinbart, in Zukunft alle Probleme zwischen beiden Ländern konsultativ regeln zu wollen. Für ihn handelte es sich erkennbar nur um einen „Fetzen Papier“ und ein lästiges Zugeständnis, hatte er doch bereits in seiner auf kriegerische Aktionen orientierenden Geheimrede vom 5. November 1937 (siehe jW-Thema vom 3.11.2007) von den „beiden Haßgegnern England und Frankreich“ gesprochen und waren in Deutschland danach nahezu alle wirtschafts- und militärpolitischen Weichen für spätere Aggressionshandlungen gestellt worden. Für den Briten handelte es sich um eine Gelegenheit, die faktische Unterstützung des deutschen Kriegskurses als einen Erfolg hinzustellen und den angeblich in München „gesicherten Frieden“ zu preisen. Allerdings konnte der veröffentlichte Satz – „beide Völker werden niemals Krieg miteinander führen“ – kaum anderes als die Gewährung freier Hand für deutsche Aggressionen bedeuten, wenn sie denn in eine andere Himmelsrichtung gehen würden.

Trotz ihrer faktisch geringen Bedeutung löste die vor allem auf den britischen Premier zurückgehende „Erklärung“ Besorgnis nicht nur in Moskau aus, wo mehr und mehr die Politik der kollektiven Sicherheit als gescheitert angesehen wurde, sondern auch in französischen Regierungskreisen. Hier machte sich Unbehagen breit. Zudem sahen sich im Lande die konservativen Kreise – trotz der Erfolge gegen die Mitte der 30er Jahre betriebene Volksfrontpolitik – wegen der Abkühlung in den französisch-sowjetischen Beziehungen starker Kritik ausgesetzt. Edouard Daladier und sein Außenminister Georges Bonnet hofften, ihren Kurs auf Verständigung mit den deutschen Faschisten sichern und der Opposition auch mit einem ähnlichen Papier wie der britisch-deutschen Erklärung der Opposition Wind aus den Segeln nehmen zu können. Und rasch wollte man ein solches erreichen – man bat Berlin um die Übermittlung einer „deutschen Vertragsskizze“.

Das Reich reagierte verhalten, grundsätzlich aber positiv. Ein erstes Zeichen setzte Hitler, als er am 18. Oktober André François-Poncet auf dem Obersalzberg empfing und ihm anlässlich seiner Abberufung als Botschafter in Deutschland einen Orden überreichte, sinnigerweise das Großkreuz des Verdienstordens des Deutschen Adlers, das später viele Politiker in den deutschen Satellitenstaaten erhalten sollten. Die schönen Worte von der anzustrebenden Verständigung mit Frankreich gehörten indessen zum Versuch, das Münchner Abkommen seines Sinns zu entleeren und zunächst die internationalen Garantien für den tschechischen Staat zugunsten der deutschen Kriegsvorbereitungen zu unterlaufen. Entsprechend den Vorstellungen der deutschen Führung sollte eine „Verständigung“ mit Frankreich hauptsächlich dazu dienen, den westlichen Nachbarn zu neutralem Verhalten gegenüber weiteren Aktionen der Wehrmacht im Osten Europas zu veranlassen. Nachdrücklich wurde der französische „Russenpakt“ von 1935 als Hindernis auf dem Weg zur Annäherung bezeichnet.

Konsultationserklärung“ vom 6. Dezember 1938 machte die französische Regierung zahlreiche Zugeständnisse. Zunächst ließ sie die ursprünglich verfolgte Idee fallen, in den Text auch Aussagen zur „Kolonialfrage“ sowie zu den Währungsproblemen aufzunehmen. Dann verzichtete man auf die

Absicht, mit der Erklärung zugleich Zeichen für eine „Humanisierung“ von Kriegen zu setzen sowie „Bombenabwürfe“ zu verbieten oder zumindest einzuschränken. Schnell verschwand auch der Gedanke, die gemeinsame Erklärung könne zugleich Belange des belgischen Staates einschließen. Alles, was mehr als Papierwert besessen oder gar in die Richtung eines Nichtangriffspaktes gewiesen hätte, stand auf beiden Seiten nicht zur Diskussion. Bonnet ließ die Deutschen sogar wissen, ihn würden die „Erregungen“, die der abscheuliche antisemitische Pogrom vom 9. und 10. November sowohl in seinem Land als auch international ausgelöst habe, „nicht hindern“, nach einer Verständigung mit Deutschland zu suchen; in Frankreich würden deswegen ohnehin nur „Kommunisten und Juden“ zetern.

Die Reihe der Zugeständnisse endete in einer an sich kleinen, doch keineswegs unbedeutenden Formulierung. Gegen den Vorschlag, im dritten Passus der Erklärung solle formuliert werden, „beide Regierungen verpflichten sich“, hatte Mussolini Einwände erhoben. Er wünschte sich von Berlin eine Textpassage „platonischen“ Inhalts; nichts sollte den eigenen Begehrlichkeiten gegenüber Korsika und Tunis im Wege stehen. Joachim von Ribbentrop – seit Februar des Jahres Chef des Auswärtigen Amtes und Urheber der kritisierten Textstelle – schwenkte rasch um. Im Text der deutsch-französischen Erklärung dürfe es nur heißen, beide Regierungen seien „entschlossen“, in Fühlung miteinander zu bleiben und sich in Krisensituationen konsultieren zu wollen. Auch als das akzeptiert war, ließ Ribbentrop noch mehrere Wochen ins Land gehen, bevor er sich auf den Termin einer Reise nach Paris festlegte. Konkrete Termine standen ohnehin erst im Raum, als Hitler am 22. November den neuen französischen Botschafter Robert Coulondre empfangen hatte.

Zur Unterzeichnung der Erklärung reiste Ribbentrop schließlich am 6. Dezember nach Paris. Den Ausschlag gab, daß der deutsche Botschafter in Paris nach Berlin hatte berichten können, daß „die Dinge in bezug auf den Russenpakt hier in Fluß geraten“ seien. Man könne zwar nicht mit einer offiziellen Aufkündigung der französisch-sowjetischen Vereinbarungen rechnen, wohl aber mit einer „weitgehenden Lockerung und Aushöhlung“. In seinen Gesprächen mit Bonnet kam der deutsche Außenminister dennoch noch einmal auf dieses Thema zurück. Er wollte klarstellen, daß es sich bei den französischen „Militärallianzen des Ostens“ um „ausgesprochene Überbleibsel (Atavismen) des Versailler Vertrages“ handle und dies als „unerträglicher Zustand“ bewertet werden müsse. Offen wetterte er auch gegen die französischen Garantien für Prag, die Zeichen einer „Einmischung in unsere Interessensphäre“ darstellen würden. Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, bekräftigte dies zwei Wochen später gegenüber Coulondre mit den Worten, das Schicksal Prags liege allein in deutscher Hand und für die Tschechen habe „nichts anderes Bedeutung als eine deutsche Garantie.“ Offener konnte ein deutsches Verfügungsrecht zu weiteren Grenzverschiebungen sowie zur Eliminierung anderer Staaten nicht benannt werden.

Zwei Tage nach der Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung setzte das faschistische Deutschland ein neuerliches Zeichen seines Kriegswillens: In Kiel lief mit großem Brimborium die „Graf Zeppelin“ vom Stapel, einer der beiden Flugzeugträger, mit denen die deutsche Marine künftig so operieren wollte, wie es das Oberkommando der Wehrmacht gerade in jenen Tagen für den von Deutschland und Italien gegen Frankreich und England zu führenden Krieg schriftlich fixiert hatte. Alles, was im Herbst 1938 auf der diplomatischen Bühne veranstaltet worden war, sollte sich als Schritt zu neuen Aggressionen herausstellen und zum Zweiten Weltkrieg führen.

Quellentext. Wortlaut der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938

1. Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichen Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird.
2. Beide Regierungen stellen fest, daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben, und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an.

3. Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung untereinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.

junge Welt, Sonnabend, 06.12.2008, S. 15.

Ein Wort zuvor

Umfänglich und weitreichend wirkte sich aus, was am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland geschah: Eine Revolution der Massen führte zu erheblichen Veränderungen in den politischen, sozialen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft und löste bedeutsame Zukunftsentscheidungen aus. Seither ist über sie immer wieder debattiert und gestritten worden, wurde sie bejubelt oder kritisiert, verklärt oder beschimpft, ihre geschichtliche Rolle überhöht oder völlig verschwiegen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. legt hier Beiträge vor, die neun Jahrzehnte danach sich sowohl dem Geschehen jener Tage widmen als auch alten und neuen Fragen nachgehen, die in der Arbeiterbewegung – oft mit erheblichen politischen Folgen verbunden – diskutiert worden sind. Die Zukunftsentscheidungen des Novembers 1918 berühren zugleich vielfältige Probleme unserer Zeit, gleich ob es um die theoretischen Grundlagen von Gesellschaftsanalyse geht, um die damals eingeschlagenen Wege zu einer demokratischen Verfassung oder um die Differenzen in den Zielvorstellungen proletarischer Organisationen. In Thüringen muß zudem daran erinnert werden, daß erst im Ergebnis der Revolution der Weg zur Gründung des Landes eingeschlagen werden konnte. Alle Fragen gelten zugleich dem Platz, den sie in heutiger Erinnerungskultur und Geschichtspolitik einnehmen.

Vielfach und recht unterschiedlich ist jüngst in Deutschland jener Ereignisse gedacht worden, die vor nunmehr neun Jahrzehnten die deutsche Gesellschaft gravierend veränderten. Während linke Historiker und Vereine sich intensiv mit dem Thema befaßten, schien es anderen kaum einer Notiz wert zu sein. Offensichtlich paßt der 9. November 1918 nicht in das offiziöse Geschichts- und Politikverständnis unserer Zeit; andere Daten werden bevorzugt, z. B. der 19. Januar 1919, der Tag, an dem die Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung stattfanden, oder der 6. Februar 1919, der Tag, an dem diese in Weimar eröffnet worden ist, oder der 11. August 1919, der Tag, an dem die Verfassung der Weimarer Republik in Kraft trat. Und doch wäre keiner dieser Tage, sie bedeutsam sie jeweils gewesen sind, ohne die Revolutionssereignisse vom November 1918 denkbar gewesen.

Deren überragende geschichtliche Bedeutung ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß gleichsam über Nacht ein über viele Jahrhunderte hinweg stabiles, kaum angefochtenes und für den Adel ertragreiches monarchistisches Herrschaftssystem zugrunde gegangen ist. Die Kronen rollten, die Throne leerten sich. Das Prinzip der Fürstensouveränität mußte dem der Volkssouveränität weichen, einem politischen Grundsatz, der eben dem Volk und nicht einzelnen Fürsten dank ihrer Abstammung die oberste unabgeleitete Macht in einem Staate zuweist, ein Grundsatz, der besagt, daß die Staatsgewalt ungeteilt beim Volke liegt.

Zugleich lag die enorme Bedeutung der Novemberrevolution darin, daß erstmals und auch einmalig in der deutschen Geschichte Aktionen einer großen Mehrheit der Bevölkerung für ein rasches Kriegsende sorgten, daß Soldaten unsinnigen Befehlen ihrer Vorgesetzten widerstanden und darüber hinaus viele Menschen generell gegen den Militarismus und seine gesellschaftlichen Ursachen aufbegehrten. Und dies in einer Form, die den Historiker Sebastian Haffner veranlaßte, von einer sanften, ja gutmütigen Revolution zu sprechen. Unfriedlich, blutig, opferreich ging es erst zu, als weißgardistische Soldateska, sogenannte Vernunftrepublikaner und leider auch einige sozialdemokratische Führer nicht vor dem Einsatz von Waffen zurückschreckten – gegen Gefahren von links, die es nachweislich in dem behaupteten Maße nicht gegeben hat.

Ferner ist, wenn von einem der bedeutendsten Ereignis deutscher Geschichte gesprochen wird, daran zu erinnern, daß bereits am 10. November 1918 die neue Regierung in Berlin, die sich selbst als „Rat der Volksbeauftragten“ bezeichnete, mehr demokratische Grundsätze proklamierte als jemals zuvor hatten erkämpft werden können. Da ging es nicht, wie Heinrich August Winkler vor kurzem konstatierte, lediglich um etwas „mehr Demokratie“, sondern um „die Demokratie“ in einer Republik. Getragen von der Revolution verkündete der Rat der Volksbeauftragten am 10. November 1918 – wie es ausdrücklich hieß – „schon jetzt mit Gesetzeskraft“ ganz wesentliche Elemente einer neuen politischen Ordnung. Da ging es um die Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemei-

nen Wahlrechts für alle ab 20 Jahre, aber auch um die erstmalige Durchsetzung des Frauenwahlrechts, das manche Historiker lediglich als „Dank des Vaterlandes“ und weniger als „Geschenk der Revolution“ sehen möchten. Da wurden der Belagerungszustand, die Gesindeordnungen, jegliche Zensur sowie alle Beschränkungen im Vereins- und Versammlungsrecht aufgehoben. Die 1914 aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen wurden neu in Kraft gesetzt und eine Amnestie für politische Straftaten erlassen. Der Aufruf kündigte auch die Einführung des Achtstundentages ab 1. Januar 1919 sowie weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen im Interesse der Werktätigen an. Alles sollte der Durchsetzung – eines „sozialistischen Programms“ dienen. Daß dies nicht geschah, ändert an der Bewertung der Revolution selbst nichts.

Die Novemberrevolution erlangte auch deshalb eine außerordentlich weitreichende Bedeutung, weil mit ihr und durch sie in der Arbeiterbewegung die während des Ersten Weltkrieges praktizierte Politik des „Burgfriedens“ ins Wanken geriet und Ausgangspunkte für alternative Gesellschaftskonzepte entstanden, über deren weitere Berechtigung und Entwicklung unter neuen Bedingungen im Kampf zwischen den Klassen und Parteien zu entscheiden war.

Zugleich erwies sich die Novemberrevolution auch von entscheidender Bedeutung für die thüringische Geschichte. Sie öffnete neue Wege für den Übergang vom kleinkarierten föderalistischen Neben- und Durcheinander deutscher Länder zu einem demokratisch geregelten Gegen- und Miteinander sowie zur Entstehung des Landes Thüringen. Im Erfurter Rathaus tagten am 10. Dezember 1918 Vertreter der thüringischen Arbeiter- und Soldatenräte, die darüber diskutierten, wie – ich zitiere aus dem Protokoll – „der Wunsch nach einer Einigung des gesamten Thüringens zur Erfüllung zu bringen“ oder, wie es einer der 69 Teilnehmer ausdrückte, wie „mit einem Stück Kleinstaatenjammer aufzuräumen“ sei. Von einem Weckruf für eine „Einheits-Republik Thüringen“ wurde gesprochen, weil die Landkarte „über 100 Fetzen“ aufweise. Alle Forderungen stützten sich auf die im Reichswahlgesetz vom 30. November 1918 vorgenommene Schaffung des Wahlkreises 36, der außer den thüringischen Staaten auch die preußischen Gebietsteile Thüringens umfaßte und für den sich als territorialer Rahmen die Bezeichnung „Großthüringen“ einbürgerte.

Den Teilnehmern der Erfurter Tagung lag eine Flugschrift mit dem Titel „Warum wollen wir ein Großthüringen?“ vor. In ihr hieß es: „Als die Revolution des 9. November die deutschen Dynastien beseitigte und binnen wenigen Tagen auch die Thüringischen Fürsten auf ihre Throne verzichteten, da erhob sich sofort, wie mit Naturnotwendigkeit die Forderung: nun ist der Augenblick da, die unselige thüringische Zersplitterung zu beseitigen! Wir wollen ein großes, einiges, einheitliches Thüringen! [...] In der Tat, kein anderer deutscher Stamm hat den Unsegen der Kleinstaaterei in solchem Maße gespürt und erfahren, wie der Thüringer. Was in der Enge der Biedermeierzeit vielleicht noch zu ertragen war, wurde unerträglich mit dem Augenblick, wo die moderne Entwicklung von Handel, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft einsetzte und Forderungen erhob, die überall und immer wieder auf Grenzpfähle und Schlagbäume stießen. Schon vor dem Krieg war der Zustand unhaltbar geworden. Jetzt, wo die Interessen der Dynastien nicht mehr hemmend mitsprechen, ist die Gelegenheit da, ihn gründlicher zu beseitigen, als wir noch vor kurzem hoffen durften.“

Wichtige Weichen wurden also vor 90 Jahren gestellt, bedeutende Zukunftsentscheidungen getroffen, wenngleich weder mit stabilen Ergebnissen noch dem Ansturm jener gewachsen, die das revolutionäre Geschehen als „nicht gewollt“, als „paradox“, als „überflüssig“ diskreditieren wollten oder gar mit dem Schlagwort „Novemberverbrecher“ auf den Lippen schließlich 1933 sowohl den Ergebnissen der Revolution als auch der Weimarer Republik den Garaus machen konnten.

All das ist des Erinnerns und Befragens wert, nicht zuletzt auch aus der Sicht auf die gravierenden Probleme der heutigen deutschen Gesellschaft sowie auf die Notwendigkeit intensiver geschichtstheoretischer, politischer und kulturhistorischer Debatten über linke Zukunftsprojekte. Herausgeber und Autoren wollen dazu einen Beitrag leisten.

Jena, im Januar 2009

Manfred Weißbecker

November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. 2009, S. 5-8.

„Argumente“ wider die Revolution von 1918/19

Seit den ereignisreichen Novembertagen des Jahres 1918 ist die Geschichte der Arbeiterbewegung eng mit unaufhörlichen, zum Teil immer wiederkehrenden Debatten zu deren Ursachen und Ergebnissen verknüpft. Stets wurde über die Schlußfolgerungen, die aus Erreichtem und Unerreichbarem zu ziehen jeweils für notwendig gehalten wurde, nachgedacht und mehr noch: es wurde lebhaft darüber gestritten. Geschichtspolitik bezog sich selten auf komplexe Ergebnisse geschichtswissenschaftlicher Forschung. Dies galt auch für die Geschichtsschreibung in der DDR¹ und in der alten Bundesrepublik.² Die gegenwärtig in Deutschland agierenden Linken diskutieren erneut zu revolutionshistorischen Problemen, deren Aktualität unverkennbar ist. Das weisen insbesondere jüngst erschienene Publikationen von Autoren aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus.³ Im vorliegenden Heft widmet sich diesem Problem auch der über die deutsche Geschichte hinausgreifende Artikel von Hartmut Henicke.

Da mitunter der Eindruck entstehen kann, die unter den Linken geführten Debatten würden zu wenig berücksichtigen, wie aus nationalkonservativer, rechtsliberaler oder auch aus rechtssozialdemokratischer Sicht gegen die Novemberrevolution und ihren prägenden Platz in der deutschen Geschichte argumentiert wird, widmet sich der vorliegende Beitrag vorrangig der Auseinandersetzung mit derartigen Argumenten. So sehr sich diese auch von den Verunglimpfungen unterscheiden, die von den deutschen Faschisten während der Weimarer Republik sowie im Dritten Reich gegen die „Novemberverbrechen“ am deutschen Volk⁴ in Umlauf gebracht wurden – nicht unbeachtet bleiben darf, daß keineswegs zufällig darin alle Ablehnung und Verdammung der Novemberrevolution gipfelte.

Über die Ursachen der Novemberrevolution bestehen unter links orientierten Historikern kaum Differenzen, sie deutlich zu benennen ist dennoch notwendig, da die Novemberrevolution beispielsweise oft als „überflüssig“ bezeichnet wird, weil es zuvor bereits einen Übergang zur demokratisch-parlamentarischen Verhältnissen gegeben habe. Solche Sichtweise zielt indirekt und direkt auf die Frage, wie die Revolution hätte verhindert werden können. Sie stellt nicht nur Entscheidungen über einzelne Aspekte parlamentarischer Regeln in den Vordergrund, sondern übergeht entscheidende Voraussetzungen.

Krisengeschüttelt, von unmittelbarer Aussichtslosigkeit und wachsender Perspektivlosigkeit geprägt – so stellte sich am Ende des Ersten Weltkrieges indessen generell die Situation der Herrschenden in Deutschland dar. Ihre Macht war erschüttert, grundlegend und auf allen Gebieten der Außen-, Innen-, Militär-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. In militärischer Hinsicht rückte die unvermeidliche Niederlage von Tag zu Tag bedrohlicher heran. Weder die Frühjahrsoffensive an der Westfront, in der die Diktatoren der Obersten Heeresleitung 1918 geringfügige und militärisch sinnlose Geländegewinne mit dem Leben Tausender Soldaten bezahlte und den endgültigen Ruin des Heeres herbeiführen half, noch die zeitweiligen Erfolge an der Ostfront vermochten das für Deutschland und seine Verbündeten schmachvolle Ende des Krieges abzuwenden. Der deutschen Wirtschaft, die nicht einmal mehr unmittelbarste Bedürfnisse des Volkes befriedigen und den Bedarf von Heer und Marine nur noch in minimalem Maße decken konnte, stand ein Kollaps bevor. Bereits 1917 war die Arbeitsproduktivität gegenüber der Vorkriegszeit um 20 bis 40 Prozent gesunken, wie Carl Duisberg am 19. August in einer Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Klub hervorhob. Er erklärte, al-

¹ Siehe Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR. In: Heinrich August Winkler: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 43-84.

² Siehe Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft. In: ders., Weimar im Widerstreit, a. a. O., S. 33-42.

³ Insbesondere sei hier verwiesen auf Werner Bramke: Die ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern. In: JahrBuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2008/111, September 2008, S. 5-37.

⁴ Siehe Manfred Weißbecker: Novemberverbrecher. In: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005, S. 21 ff.

lein mit deren Steigerung um zehn Prozent könnten dem Heer etwa 700.000 Soldaten zur Verfügung gestellt werden. Jedoch müsse dazu der „Herr-im-Hause“-Standpunkt mit der gleichen diktatorischen Gewalt ausgeübt werden wie sie die OHL ausübe.⁵ Der Rückgang auch der kriegswichtigen Produktion setzte sich allerdings auch 1918 fort, da es an Rohstoffen aller Art, an Energie und an Arbeitskräften mangelte. Die enorm gestiegenen Kriegskosten trugen nicht nur zu einer übermäßigen Verschuldung des Staates bei, sondern lösten auch eine rasch anwachsende Inflation aus. Am Ende des Krieges war der Dollarkurs gegenüber der deutschen Mark bereits auf das Vierfache gestiegen.

in den letzten Kriegsjahren hatte sich die soziale Lage der „kleinen Leute“ immer katastrophaler gestaltet. Die Ernteerträge waren durchschnittlich um ein Drittel zurückgegangen. Die ohnehin kärglichen Lebensmittelrationen unterlagen ständig weiteren Kürzungen. Hunger und unsägliches Elend dominierten in vielen Arbeiterfamilien, ebenso in anderen Kreisen der erschöpften deutschen Bevölkerung. Dies und die wachsende Aktivitäten politisierter Massen, zudem das Erstarken linker Kräfte innerhalb der großen Arbeiterorganisationen versetzten die Herrschenden in größte Unruhe. Zu erinnern wäre an die April-Streiks und den Aufstand von Matrosen der deutschen Hochseeflotte im August 1917, an die Hungerunruhen und Soldatenverbrüderungen an vielen Frontabschnitten, vor allem an den großen Munitionsarbeiterstreik von Ende Januar/Anfang Februar 1918.

Parallel zum Antikriegskampf der Arbeiter traten Pazifisten und bürgerliche Demokraten gegen das kaiserliche Regime auf und prangerten Nationalismus, Militarismus und Chauvinismus an. Die im Bund Neues Vaterland, in der Deutschen Friedensgesellschaft, in der Zentralstelle Völkerrecht, im Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden und in anderen Organisationen zusammengeschlossenen Kreise⁶ verstärkten nicht nur ihre Bemühungen um Frieden, sondern suchten auch größere Nähe zu einzelnen Gruppen der Arbeiterbewegung.

Das politische Herrschafts- und Parteiensystem – über zwei Jahrzehnte hinweg relativ stabil und unerschüttert, begann unter diesen Bedingungen zu bröckeln. Gewalt, ausgeübt von Militär und Polizei, Justiz und Staatsbürokratie versagte zunehmend. Es fiel ihm immer schwerer, die politische Macht mit den bis dahin üblichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Ausbau des Systems der Militärdiktatur, in dem die Generäle Hindenburg und Ludendorff seit 1916 als Chefs der Obersten Heeresleitung die ausschlaggebende Rolle spielten, zeitigte nur vorübergehend gewisse Erfolge. Dennoch ließ sich die antimilitaristische Stimmung der Massen allenfalls etwas einschränken, aber nicht generell verhindern oder gar aus der Welt zu schaffen. Selbst in den weniger politisierten Bevölkerungsschichten zerbrachen die anscheinend so tief verwurzelten national-konservativen Wertvorstellungen. Für das Heer konstatierten Generäle eine sich ausbreitende Wirkungslosigkeit ihrer Durchhalteparolen, einen „Niedergang der Kampfkraft“ und eine Stimmung unter den Soldaten, die „seit Kriegsausbruch noch nie so schlecht gewesen“ wäre.⁷

Die Suche nach einem Ausweg nahm 1918 hektische Züge an, was ebenfalls zur Erschütterung der Machtverhältnisse beitrug. Alte Gegensätze zwischen den Konservativen und den Liberalen brachen wieder in voller Stärke auf. Neue Unstimmigkeiten traten zutage und führten zu neuen Erscheinungen politischer Organisiertheit. Jena Kräfte, die zu keinerlei Veränderung bisheriger Machtmethoden bereit waren und immer noch auf einen „Siegfrieden“ hofften, schufen 1917 die *Deutsche Vaterlandspartei*, auf der anderen Seite formierten sich die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei, die Fortschrittliche Volkspartei und sogar einige Teile der Nationalliberalen Partei gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu einer neuen Mehrheit im Reichstag. Diese trat für einen baldigen Abschluß des Krieges und für einen „Verständigungsfrieden“ sowie für gewisse Reformen

⁵ H. Weber: Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916-1918, Berlin 1966, S. 124 f

⁶ Siehe die entsprechenden Artikel in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983-1986.

⁷ Zit. nach Günter Paulus: Der Bankrott der Militärdiktatur 1918. In: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 245 f.

des monarchistisch-wilhelminischen Herrschaftssystems ein. Ihr Wirken zu Gunsten einer „Parlamentarisierung“ führte schließlich zu den Oktober-Reformen des Jahres 1918, die unzureichend blieben und rasch von der weiteren Entwicklung überholt wurden.⁸ Die dürftigen Maßnahmen konnten in keiner Weise als ein „Übergang“ zu demokratisch-parlamentarischen Verhältnissen gewertet werden, erst recht erlauben sie nicht die These, sie hätten die Novemberrevolution „überflüssig“ gemacht. Geringfügige Modifikationen im Herrschaftsapparat bedeuteten keinen Wandel des Herrschaftssystems geschweige denn der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Revolution und die Frage von Gewalt und Terror

Unter den Argumenten gegen die Novemberrevolution – eigentlich gerichtet gegen alle Revolutionen – spielten die vom notwendigerweise zu bekämpfenden „roten Terror“ und von der angeblichen Gefahr eines Bürgerkrieges eine außerordentlich große Rolle. So war es bereits 1848/49, als in der Frankfurter Paulskirche Redner oft an den Westfälischen Frieden erinnerten, der 200 Jahre zuvor abgeschlossen worden war, und dies mit der Warnung verbanden: Könne die Revolution nicht eingedämmt werden, stünde mit Sicherheit ein neuer Dreißigjähriger Krieg bevor. Wo inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht fruchteten, tauchte stets eine sich menschenfreundlich gebende Warnung vor den Untaten der Linken, vor deren Bürgerkriegs-Ambitionen und deren Gewaltbereitschaft auf. Stets wurde der eigene Gewalteinsatz, ja auch der Terrorismus und Kriege mit der These verschleiert, man könne nicht anders als so dem „Terror“ der Linken begegnen. Die Tatsache, daß solche Argumente von großen Teilen der Deutschen aufgegriffen und regelrecht verinnerlicht worden sind, kann nicht bezweifelt werden.

Historiker können demgegenüber Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, daß in Deutschland 1918/19 das, worauf angeblich nur reagiert worden sei, keineswegs so radikal gewesen ist, wie es dargestellt worden ist. Gerade die Novemberrevolution und auch die Weimarer Republik weisen aus, wie sehr die Behauptung vom „roten Terror“ einem Popanz glich, wie falsch und irreführend das Wort von den „Novemberverbrechern“ war. Mit Recht sprach Sebastian Haffner von einer „gutmütigen Revolution“. Von Gewalt und Terror kann während der Novemberrevolution erst geredet werden, wenn man an den 6. Dezember, an den 24. Dezember⁹ sowie an den Beginn der Januar-kämpfe erinnert, die der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn folgten.¹⁰ Dessen Nachfolger Eugen Ernst hatte übrigens am 16. Januar 1919 erklärt: „Ein Erfolg der Spartakus-Leute war von vornherein unmöglich, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum früheren Losschlagen zwangen. Sie mußten zugreifen, ehe sie es wollten, und wir waren deshalb in der Lage, ihnen zu begegnen.“ Da erhält die bekannte „Bluthund“-Aussage Gustav Noskes noch einen ganz anderen Sinn ...

Die deutsche Revolution von 1918/19 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählt zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November 1918 starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ; am 9. desgleichen Monats wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäfer-Kaserne erschossen. War das „roter Terror“? Blut begann in größerem Maße zu fließen, als ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand – wie gesagt am 6. Dezember 1918 – und wenig später der sogenannte Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisiert wurde. Beide Aktionen bildeten das Fanal für die dann im Januar 1919 beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen, die – wie man sagen könnte – in eine Gewaltspirale mündeten. Der gutmütigen Revolution, so Sebastian Haffner, folgte die grausame Konterrevolution. In ihrem Verlauf sind bis zum Mai 1919 Tausende von Arbeitern brutal ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik von Ende April. Auch die häufig zitierten Lichtenberger Beam-

⁸ Siehe dazu u. a. Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker, Berlin 1990. S. 18 ff

⁹ Dazu jüngst Horst Diere: Blaujacken im Berliner Schloß. Die Blutweihnacht vor 90 Jahren: Revolutionäre Volksmarinedivision wehrt sich. In: Neues Deutschland, 20/21.12.2008, S. 20.

¹⁰ Aktuell siehe dazu Ingo Materna: Januar 1919 – „Die Ordnung herrscht in Berlin“ In Neues Deutschland, 10/11.01.2009, Beilage „Rosa und Karl“, S. 4 f.

tenmorde stellten sich schon damals als Schwindel heraus. Die Presse berichtete von 60 bis 150 Ermordeten. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen; einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen – die Todesart des anderen konnte offiziell nicht festgestellt werden. Auch die Aburteilung von sieben Mitgliedern der präfaschistisch-rassistischen Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Bayerischen Räterepublik gefunden worden waren und die sich als Spione gegen die Räterepublik betätigt hatten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstribunal erfuhr in der bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geiselmord“ eine völlig unzulässige Überhöhung.

Das Gespenst des „roten Terrors“ in Deutschland und der „Novemberverbrecher“ wurde dennoch immer und immer wieder von allen liberalen und konservativen Kräften, am schlimmsten schließlich von der NSDAP beschworen. Es war indessen in dieser Zeit wie auch danach weitgehend eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele –sowohl real als auch präventiv – gegen die junge Weimarer Republik durchzusetzen.

Bleibt noch die Frage, inwieweit das russische „Schreckbild Bolschewismus“ zu wirken begonnen hatte. Natürlich gab es seit der russischen Februar-Revolution und erst recht seit dem Oktober 1917 ein Erschrecken des deutschen Bürgertums, das nicht nur ein vorzeitiges Kriegsende demonstriert sah, sondern bei Klassen-Genossen zugleich die Antastbarkeit ihrer Güter und Werte feststellen mußte. Dabei stützte es sich gern auf die vor allem von russischen Exilanten übermittelten Nachrichten. Doch zum Schreckbild geriet es erst nach der unabwendbaren Kriegsniederlage und dem Ausbruch der Revolution in Deutschland.¹¹

„Alle Macht den Räten“ – Erfahrungen und Lernprozesse

Wird gegen die Novemberrevolution polemisiert, spielt ebenso die Behauptung eine zentrale Rolle, die Arbeiter- und Soldatenräte seien in erster Linie Ergebnis der insbesondere aus Sowjetrußland importierten bolschewistischen Ideen gewesen. Sie würden so etwas wie ein Ding der Unmöglichkeit darstellen, weil sie nicht in das Schema bürgerlich-parlamentarischer Demokratie-Vorstellungen passen, erst recht nicht in ein verabsolutiertes Modell repräsentativer Demokratie. Als eine Möglichkeit, mit ihrer Hilfe Defizite aller vorhandenen demokratischen Herrschaftssysteme zu überwinden, wurden die Räte kaum geprüft.

Die Räteidee geht wie alle Freiheits- und Brüderlichkeitsansprüche auch auf die französische Revolution von 1789 zurück.¹² In ihr hatte sich der „dritte Stand“ zur Nationalversammlung erhoben. Das fand keine hundert Jahre darauf seine Entsprechung in der Forderung von Proletariern vieler Länder nach einer Selbstorganisation auf dem Wege zur Aufhebung ihrer Unfreiheit und der Ausbeutung. Erstmals hatte 1871 in der Pariser Kommune ein Rat die Regierungsgewalt übernommen, dem 30 Arbeiter und 34 Handwerker, Angestellte und Intellektuelle sowie zunächst auch 20 Vertreter bourgeois Interessen angehörten. Im Verständnis von Karl Marx verkörperte er jene politische Form, unter der sich die Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen könne. Erneut tauchten Räte in der russischen Revolution von 1905/07 auf. Lenin forderte im April 1917 *Alle Macht den Sowjets*. Im Oktober 1918 wurde diese dann offiziell proklamiert, allerdings entsprach die Realität nicht dem Kern kommunistischer Staatstheorie weder in der UdSSR noch in den späteren sozialistischen Ländern.

In Deutschland schufen sich Arbeiter bereits während des Ersten Weltkrieges eigenständige Komitees, zumeist Streikleitungen oder Verhandlungskommissionen. Modern gesprochen: sie entstanden in einem basisdemokratischen Prozeß und zum großen Teil spontan aus dem Empfinden heraus, ihre Forderungen von SPD und Gewerkschaften nur noch unzulänglich vertreten zu sehen. Sie waren es vor allem, die im November 1918 Aktionen organisierten. Diese richteten sich u. a. gegen den unsinnigen Befehl zum nochmaligen Auslaufen der Hochseeflotte, aber auch gegen den wil-

¹¹ Dies ist auch zu entnehmen der materialreichen Darstellung von Kai-Uwe Merz: *Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921*, Berlin 1995.

¹² Siehe Manfred Weißbecker: *Alle Macht den Räten*. In: *Kleines Lexikon historischer Schlagwörter*, a. a. O., S. 7 ff.

helminischen Staatsapparat, was rasch zum Sturz der Dynastien führte. In einigen Orten übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte faktisch die Macht. Zusammenfassung und Zuspitzung zugleich fand dies in der Losung *Alle Macht den Räten*. In ihrem Sinne forderte Karl Liebknecht die Übernahme der Regierung durch Beauftragte der Räte.

Daß der Rätegedanke bei den revolutionären Akteuren eine große Rolle spielte und keineswegs allein auf „Spartakus“ zurückzuführen war, zeigte sich sowohl in der sozialen Zusammensetzung der Räte. Überwiegend hatten sich da sozialdemokratische Arbeiter gefunden, die der USPD nahe standen oder auch der MSPD, in geringerem Maße dem Spartakusbund. In ihren Bestrebungen und Aktionen spiegelte sich eine vielschichtige Interessenlage und kamen überwiegend antimonarchistische und antimilitaristische, aber auch antikapitalistische Ideen zum Vorschein, verbunden mit unklaren eigenen Zukunftsvorstellungen. Weit verbreitet war unter ihnen die Illusion, die Revolution habe bereits am 9. und 10. November gesiegt, wozu auch die Wahl des Namens „Rat der Volksbeauftragten“ beigetragen hat, den die von Friedrich Ebert geführte neue Regierung sich gab.

Die Entscheidung des Ersten Reichsrätekongresses (16.-21. Dezember 1918), Wahlen zu einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung durchzuführen, richtete sich jedoch gegen eine Rätemacht. Die Regierungen der Weimarer Republik verweigerten den Räten, in entscheidenden Fragen Macht auszuüben und schränkten deren Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr ein. Von einer revolutionären Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse konnte keine Rede mehr sein, obgleich die Rätebewegung – angesichts der erkennbaren Wiederbelebung konterrevolutionärer Tendenzen – im Frühjahr 1919 noch einmal erstarkt war, sich radikalisiert und im Ringen um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien sowie im Kampf um das Betriebsrätegesetz einen weiteren Höhepunkt erlebt hatte.

Wird über die Räte-Frage diskutiert, scheint bislang ein allgemeiner parteiengeschichtlicher Aspekt zu wenig beachtet worden zu sein: Die Rätebewegung richtete sich nicht allein gegen den alten Staatsapparat, sondern auch gegen die politischen Parteien insgesamt, gegen das Parteienwesen. Tatsächlich standen alle Parteien damals in besonderem Maße unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiengefüge auszubrechen drohten. Es waren eben die Massen, die – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen und voller Unzulänglichkeiten – erstmalig andere Formen politischer Organisiertheit schufen. Zu sprechen wäre in diesem Zusammenhang vielleicht von gesellschaftsrelevanten Korrektiven für die etablierten Parteien. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und andere wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die allen politischen Parteien – also auch die Arbeiterparteien – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt auch in der Herausbildung neuer Parteien, noch mehr aber in der von parteiähnlichen Organisationen, von sogenannten Vorfeld-Organisationen der Parteien.¹³ Natürlich muß hier nach dem gefragt werden, wofür sich in jüngster Zeit der Begriff des Parteikommunismus eingebürgert hat.¹⁴ Bekanntlich wählte die KPD ihr Parteiverständnis in strikter Abgrenzung zur sozialdemokratischen Partei, was zum verhängnisvollen Unsinn der Sozialfaschismus-These geführt hat. Zugleich lehnte sie sich ebenso strikt an das sowjetische Modell an, das als Diktatur des Proletariats ausgegeben wurde, jedoch eher die Diktatur einer Partei, schließlich die eines Parteiführers über das Proletariat darstellte. In der KPD entbrannte zwar ein Dauerstreit um die Frage, ob und inwieweit die Weimarer Republik gegen Angriffe von rechts zu verteidigen sei oder nicht, es gab jedoch keine Debatten über ein Parteimodell, das als Alternative zum bestehenden Parteienwesen hätte verstanden werden können. Die jüngst von Riccardo Bavaj vorgelegte Studie, angekündigt als ergänzendes Gegenstück zu Sontheimers Buch¹⁵, sowie das

¹³ Siehe Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik, a. a. O., S. 27 ff.

¹⁴ Siehe dazu u. a. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999.

¹⁵ Riccardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.

Buch von Mike Schmeitzner über die sogenannte Totalitarismuskritik von links¹⁶ belegen, daß es andere Vorstellungen gab, allerdings nur bei einer Reihe linkskommunistischer Gruppen, die außerhalb der KPD und gegen sie agierten. Syndikalisten und revolutionäre Betriebsräte wie Heinrich Lauffenberg, Fritz Wolffheim, Otto Rühle oder Karl Schröder fanden in allen Jahren der Weimarer Republik starke Worte gegen die Parteien, zielten aber konkret lediglich auf die Diktatur der russischen kommunistischen Partei. Ihre Kritik galt der von den Parteikommunisten beschönigten und rechtfertigten Realität: „Parteiherrschaft ist Parteiführerschaft. Partei in diesem Sinne ist spezifischer Ausdruck der Klassengesellschaft. Parteimann sein bedeutet bisher Meister sein in der Beherrschung der Sprachklaviatur zur Verhüllung oder Umnebelung egoistischer Triebe und Ziele, Meister werden in der Taktik, das ist die gerissenste Anwendung juristischer Weisheit: der Zweck heiligt die Mittel. Parteimann sein bedeutet: den Mut aufbringen zur Borniertheit, den Mut zur Trivialität, den Mut aufbringen zur Abtötung des Menschlichen im Menschen. Parteimann sein bedeutet: Im Verfolg den Wert der Maschine höher stellen als den Wert der lebendigen Zelle. Parteien standen am Hebelwerk, das den Weltkrieg auslöste, Parteien treiben Leichenfledderei am Kadaver der alten Gesellschaft, Parteien wollen sich hineinschmarotzen in die schießenden Säfte der neuen, der klassenlosen Gesellschaft.“¹⁷

Andere Aussagen dieser Art lauteten: „Eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Betriebsorganisation darüber wacht, daß die politische Macht [in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, M. W.] tatsächlich nur durch die Räte und nicht etwa durch irgendeine politische Partei ausgeübt wird.“¹⁸ Oder: „Die Organisation des kommunistischen Vortrupps der Revolution wird keine übliche Partei sein dürfen bei Strafe ihres Untergangs. Bei Strafe der Wiederholung des Schicksals, dem jetzt die KPD verfällt. Die Zeit der Parteigründungen ist vorbei, weil die Zeit der politischen Parteien vorbei ist.“¹⁹ Erkennbar bleibt vor allem, daß die darauf aufbauenden Vorstellungen von einem Machtsystem revolutionärer Betriebsräte völlig unklar waren und demzufolge utopischen Charakter trugen.

Die Weimarer Verfassung als Ergebnis der Revolution

In einer Zeit, in der regierende Parteien eigene Machtansprüche auch mit der Berufung auf die Weimarer Nationalversammlung und die Verfassung der Weimarer Republik zu rechtfertigen suchen, scheint es sehr sinnvoll zu sein, generell die demokratische Substanz der Weimarer Verfassung und die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ sowie die Tatsache in Erinnerung zu rufen, daß sie Resultat der Revolution gewesen sind.²⁰

Zweifelloos bedeutete die Verfassung, so wie sie am 31. Juli 1919 mehrheitlich beschlossen und am 11. August 1919 von Friedrich Ebert als dem ersten Reichspräsidenten unterzeichnet worden ist, einen gewichtigen Fortschritt gegenüber der des Kaiserreiches. Die Fixierung der politischen und sozialen Grundrechte des Volkes war jedoch dem Drängen der Revolution zu verdanken. In ihnen war vieles von dem verankert, was in den ersten Revolutionstagen hatte erkämpft werden können, einschließlich des Wahlrechtes für Frauen. Fixiert war nunmehr vor allem die grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz. Dazu gehörte insbesondere das Recht auf die Freiheit der Person (Art. 114), das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 115), das Postgeheimnis (Art. 117), das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 118) und auf Versammlungsfreiheit (Art. 123) sowie

¹⁶ Mike Schmeitzner (Hrsg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007.

¹⁷ Karl Schröder: Vom Werden der neuen Gesellschaft (Alte und neue Organisationsformen), Berlin 1920. Zit. nach Frits Kool: Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Olten 1970, S. 343.

¹⁸ Karl Schröder und Friedrich Wendel: Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsräte-Organisation. Neukölln 1920, S. 8.

¹⁹ Otto Rühle: Die Revolution ist keine Parteisache Berlin-Wilmersdorf 1920. Zit. nach Frits Kool: Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Olten 1970, S. 334.

²⁰ Zum Folgenden siehe Manfred Weißbecker: Zur Entstehung der Verfassung von 1919 und des Weimarer Parteienstaates. In: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Weimarer Verfassung von 1919 – Anspruch, Ambivalenz, Erbe. Hrsg. von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg und dem Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft (= Protokolle 2/1999) Berlin 1999, S. 156-172.

das Recht aller, sich zu einem „politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck“ frei in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen (Art. 124). Auch die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ sollte für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sein (Art. 159). Die Unterstützung von Arbeitslosen, ein umfassendes Versicherungswesen sowie ein einheitliches Arbeitsrecht (Art. 163, 161, 157) galten als erstrebenswerte Ziele. Die „Ordnung des Wirtschaftslebens“ habe dem Ziele der „Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ zu dienen. (Art. 151) Selbst der Rätegedanke war in die Verfassung aufgenommen worden. Im wortreichen Artikel 165 wurde den Arbeitern und Angestellten zugestanden, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ In diesem Sinne wäre die Forderung nach mehr Demokratie zu stellen, nach Erweiterung der demokratischen Rechte der Bürger, die nicht länger allein als Wähler betrachtet werden sollten, nach einer Absicherung des Sozialstaatsgebotes usw.

Ebenso enthielt erstmalig die Verfassung den präjudizierenden Satz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Darin spiegelte sich das demokratische Prinzip der Volkssouveränität, das einst das Bürgertum in ihrem Kampf gegen den Feudalabsolutismus und gegen die ausschließliche Souveränität der Fürsten auf seine Fahnen geschrieben hatte. Noch in der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 war das Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden worden.

Am zitierten ersten Satz der Weimarer Verfassung läßt sich jedoch bereits erkennen, wie die Abgeordneten der Nationalversammlung an dem von Hugo Preuß vorgelegten Entwurf „gearbeitet“ haben. In dessen Text hatte der Satz anders gelautet: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.“ Mit dieser weiter reichenden und radikaleren, dem Prinzip der Volkssouveränität stärker entsprechenden Formulierung konnte er sich nicht durchsetzen. Aber selbst gegen die abgeschwächte Variante, die von der Mehrheit der Abgeordneten bestätigt wurde und 1948 auch in das Grundgesetz der BRD aufgenommen wurde, meldeten insbesondere die Vertreter der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei und Vorläufer der heutigen „C“-Parteien noch Bedenken und Vorbehalte an. Selbst einige Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei, der auch Preuß angehörte, verweigerten ihm die Zustimmung.

Es lohnt wohl auch in anderer Hinsicht, den ursprünglichen Entwurf näher anzuschauen und ihn mit dem verabschiedeten Text zu vergleichen. Manche Abänderung ist wahrlich aufschlußreich. So sollte ursprünglich der zweite Teil der Verfassung an ihrem Anfang stehen, also jener Katalog an Grundrechten des Volkes, auf den man sich heute so gern beruft. Die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten; ein Fehler, den auch das Grundgesetz vor 50 Jahren korrigiert sehen wollte. Von größtem Gewicht war jedoch die Streichung des Artikels 107 aus dem Entwurf. Dieser hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Eine solche Festlegung hätte viel bedeutet, wäre mit ihr doch den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die des Kaiserreiches saßen!) sein können. Doch gegen einen solchen Verfassungsgrundsatz liefen die bürgerlichen Parteien Sturm. Sie unternahmen alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu lassen. Im Artikel 20 des Grundgesetzes findet sich ein Teil wieder, heißt es hier doch: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“

Die SPD gab 1919 zugunsten der Regierungskoalition mit DDP und Zentrumspartei leider auch den Entwurfsartikel 107 preis. Doch wären gerade Inhalt und Geschichte des ursprünglichen Artikels 107 gut geeignet, Gegenstand heutiger Verfassungsdebatten zu sein, deren Notwendigkeit sich vor allem aus dem Gegensatz zwischen völlig anzuerkennender Verfassungsgrundsätze und der sich anders darstellenden Verfassungswirklichkeit ableitet.

Je gesicherter die Verhältnisse im Laufe der Zeit den ökonomisch und politisch Mächtigen erschienen, desto mehr attackierten und verletzten sie die Verfassungsgrundsätze. Daß manche Artikel der Verfassung auch dazu genutzt werden konnten, die in ihr enthaltene demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des nach wie vor vorhandenen Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Ihrer Herrschaftsform nach war sie im wesentlichen zu einem parlamentarisch angelegten Staat mit ausgeprägten präsidentialen Zügen geraten, ausgestattet mit einem Regierungssystem, in dem die Exekutivgewalt immer mehr in den Vordergrund der politischen Machtausübung drängte.

Allerdings sollte die Novemberrevolution nicht daran gemessen werden, daß die Geschichte der Weimarer Republik in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen und Verletzungen des demokratischen Willenbildungsprozesses jener Teile des Volkes geriet, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten. Für diese erfüllte sich der Gleichheitsgrundsatz nicht mit Leben. Die Verfassungswirklichkeit hatte schließlich mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung kaum noch etwas gemeinsam, allenfalls mit jenen verwaschen-vieldeutigen und hinter-sinnigen Formulierungen, die von den bürgerlichen Parteien 1919 in sie hineindebattiert worden waren. Der Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gebe etwas „Höheres“, sei es nun das „Heil des Ganzen“ oder, wie die deutschen Faschisten es nannten, die „Vorsehung“, oder, wie immer deutlicher zu erkennen ist, die obersten Gerichte als Verkünder letzter Wahrheiten.

Revolutionserfahrungen: Parteien und Demokratie

In der konservativen Literatur der Weimarer Republik, mehr noch in der Ideologie der deutschen Faschisten spielte das Argument eine zentrale Rolle, mit der Novemberrevolution hätten sich der Parlamentarismus und ein Vielparteiensystem durchsetzen können, die – generell als „undeutsch“ und unter jüdischem Einfluß formiert – für alle Not, alle Krisen und alles Elend des deutschen Volkes verantwortlich seien. Tatsächlich nahmen in der Verfassungswirklichkeit der Weimarer Republik die politischen Parteien einen besonderen Platz ein, doch zugleich waren diverse Parteien-Aversionen weit verbreitet.²¹ Diese konnten außerordentlich wirksam werden weil sich in der Tat durchaus Bedenken gegen Auffassungen anmelden lassen, die sozusagen Parteien und Demokratie grundsätzlich in eins setzen. Gewiß, die Weimarer Republik entstand als ein Parteienstaat, wie dies in der Literatur häufig getan wird²², doch darf bezweifelt werden, daß sie auch als eine Parteiendemokratie zu charakterisieren geeignet war.

In der Weimarer Verfassung wurden die Parteien lediglich an einer Stelle und zudem in einem negativen Zusammenhang erwähnt. Lapidar hieß es im Artikel 130, Absatz 1: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht der Parteien.“ Im dickleibigen, fünf Bände umfassenden „Handbuch der Politik“, das 1920 in dritter Auflage von Gerhard Anschütz u.a.m. herausgegeben worden ist, befaßten sich ganze sechs Seiten mit dem Thema „Die Bedeutung der Parteien“, aber auch hier war mehr von den Gefahren der „Parteiung“ die Rede als von ihrer Funktion, ein Mittler zwischen Gesellschaft und Staat zu sein.²³ Heinrich Triepel bezeichnete die Parteien ganz und gar als eine „ext-

²¹ Siehe Manfred Weißbecker: „Ich kenne keine Parteien mehr ...“ Konservative und nationalsozialistische Ansichten wider politische Parteien, Demokratie und Parlamentarismus vor 1933. In: Sieben Jahrzehnte Erfahrung – 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik“, veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. am 24./25. Januar 2003 in Jena, Jena 2003, S. 94-109; siehe auch Manfred Weißbecker: „... Die Parteien aus Deutschland hinausjagen“. Das erste deutsche Parteiengesetz vom 14. Juli 1933 und seine lange Vorgeschichte. In: junge Welt, 14.07.2008, S. 10 f.

²² Siehe Peter Lösche: Parteienstaat Bonn – Parteienstaat Weimar? Über die Rolle von Parteien in der parlamentarischen Demokratie. In: Eberhard Kolb und Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997, S. 141 ff.

²³ Wilhelm von Blume: Die Bedeutung der Parteien. In: Handbuch der Politik. Erster Band: Grundlagen der Politik. Hrsg. Von Gerhard Anschütz u. a., Berlin und Leipzig 1920, S. 346-351.

rakonstitutionelle Erscheinung“ und beschrieb sie als „dem Staatsorganismus fremde soziale Körper“. Auf der Gedenkmünze, die zur Erinnerung an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 geprägt wurde, stand: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“, was stark an Wilhelms II. Erklärung vom August 1914 erinnerte und die spätere Formel „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ vorwegnahm.

All das entsprach in keiner Weise der vor und vor allem in der Revolutionszeit enorm gewachsenen Rolle der politischen Parteien, weder ihrem Potential zugunsten von Demokratie noch einer notwendigen Schranke gegenüber jenen Gefahren, die im Parteienwesen für den Bestand demokratischer Verhältnisse liegen. Über ersteres zu sprechen, hieße wohl Eulen nach Athen zu tragen. Aber das zweite muß bedacht werden, weil der Übergang zum Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht ihnen eine monopolartige Stellung bei Auswahl und Steuerung der Abgeordneten beschert hatten. Über ihre Fraktionen besaßen sie in Reichstag und Landtagen maßgeblichen Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung. Mehr und mehr geriet auch die Verwaltung unter ihre Kontrolle. Korruption und Postenschacher griffen um sich. Zur Bewältigung dieser (hier nicht näher zu beschreibenden) parteienstaatlichen Realität bot die Weimarer Verfassung keine Handhabe, was sich für Anhänger und Verteidiger der Republik äußerst negativ ausgewirkt hat. Die Rechten und erst recht die damaligen Rechtsextremen konnten Weimar auch im Zeichen eines konservativ-populistischen Antiparlamentarismus und unter Zuhilfenahme vermeintlicher Absagen an das Parteienwesen bekämpfen. Der diskriminierende Begriff vom „System“ schloß die Ablehnung der „Systemparteien“ ein, denen Korruption und Egoismus wesenseigen seien, darüber hinaus ebenso die „volksgemeinschaftliche“ Vorstellung, es könne einen Staat ohne Parteien oder die Herrschaft einer „Bewegung“ bzw. einer „Partei über den Parteien“ geben.

Alle Erfahrungen besagen seither, daß Parteien und Demokratie in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und ihr Wirken für die Demokratie schädlich sein kann, wenn es nicht zwingend demokratischen, vom Parteienwesen unabhängigen Normen unterworfen und effektiv kontrolliert wird.

Aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit erwächst ein Trend zur Oligarchisierung und Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Solche Prozesse hatten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Soziologen und Politologen zu aufschlußreichen Untersuchungen veranlaßt. So stellte beispielsweise Robert Michels fest, daß die SPD, obwohl gerade sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung diese nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“²⁴

Politische Parteien scheinen offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Mit dem Blick zurück ist die Frage zu stellen, ob nicht hierin vielleicht auch einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnationalsozialistischer Parteien lag? Zahlreiche Argumente aus deren Reihen erwiesen sich als null und nichtig – ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien“. Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte.

²⁴ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 3. Aufl. 1969.

Der Blick in unserer Gegenwart und erst recht unsere Sorge um die Zukunft der Demokratie führt aus meiner Sicht nahezu zwangsläufig auch zur Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Parteien, damit auch zu der Frage nach dem Gewicht, den Deutschlands Linke der Forderung nach einer Reform des Parteienwesens beimessen sollten. Auch die Institution „Parteien“ und das Parteienwesen stehen zur Disposition. Jeder Wunsch nach mehr Demokratie setzt auch neue Maßstäbe für die Parteien voraus.

Natürlich kann keiner die Frage schlüssig beantworten oder gar ein Rezept dafür vorlegen, wie denn eigentlich die Parteien für die Zukunft beschaffen sein sollten. Der Zustand, daß sich zur Zeit niemand findet, der das Problem überhaupt zur Debatte stellt, hat nichts mit Demokratie zu tun. Kritiker wie Herbert von Arnim oder das Ehepaar Scheuch sind einsame Rufer in der Wüste. Statt ihre Analysen mit Reformideen zu verbinden, bleiben nahezu alle bei jener so oft zu hörenden These stehen, es gehe nun einmal in einer demokratischen Gesellschaft nicht ohne Parteien. Nein, es geht überhaupt nicht gut mit den gegenwärtig dominierenden Parteien – sie konterkarieren den Parlamentarismus und die Prinzipien der Gewaltenteilung

Angesichts der Unwilligkeit regierender Parteien, selbst geringfügigen Ansätzen einer Erweiterung innerparteilicher Strukturveränderungen Raum zu gewähren²⁵, angesichts wachsender Bemühungen, den Rechtsstaat über die Demokratie zu erheben, angesichts der Unfähigkeit, soziale Probleme zu lösen, und angesichts sich verstärkender konservativer Parlamentarismuskritik wäre es bereits ein Gewinn, wenn wenigstens die Politiker oppositioneller Parteien im Interesse hehrer Ideale – Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Solidarität, Patriotismus, Naturerhaltung usw. – bewußt mit der Erkenntnis dieses Tatbestandes umzugehen bereit wären. Nur so dürfte es eine einigermaßen aussichtsreiche Suche nach organisationsmäßig richtig fundierten Auswegen aus dem heutigen Dilemma geben. Und wenn schon der Weg in eine künftig bessere Gesellschaft ohne Parteien nicht vorstellbar erscheint, sollte es zumindest eine intensive Suche nach vielfältigen Korrektiven und anderweitigen demokratischen Formen politischer Willensbildung in, neben und über den Parteien geben.

Insofern halte ich eine Auseinandersetzung mit dem Mythos einer Unentbehrlichkeit bestehender Parteien für sinnvoll. Das existierende Parteienwesen ist eine historische Erscheinung und schon insofern keineswegs unveränderlich. Es entstand und entfaltete sich im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse. Bisherige Alternativen vermochten nicht, darüber hinaus zu weisen. Neues ist zu suchen. In diesem Sinne wäre z. B. zu fragen, ob Deutschland – wo so viele Reformen notwendig sind und so viele „Reformen“ wie noch nie praktiziert werden – nicht auch ein neues Parteiengesetz braucht? Wäre nicht bereits etwas gewonnen, wenn dieses den rechts- und sozialstaatlichen Intentionen des Grundgesetzes, insbesondere seiner Artikel 20 und 21 endlich das ihnen zustehende Gewicht zu sichern? Anzustreben wäre, daß die geforderte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes sich tatsächlich als Mit-Wirkung vollziehen kann. Der Satz von der wünschbaren und als nützlich betrachteten Mitwirkung der Parteien, der sie als *einen* Bestandteil des politischen Systems definiert, ist im Parteiengesetz von 1967 als verfassungsrechtlich notwendig betrachtet worden, ja er erhielt hier sogar den Zusatz, daß dies „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu erfolgen habe.

Gefordert sind neue Inhalte von Parteientätigkeit, neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien und vor allem eine neue Funktionsbestimmung für ein die Demokratie förderndes Wirken von Parteien in den Parlamenten. Die Praxis verstößt bekanntlich gegen so ziemlich alles, was an Demokratietheorien entwickelt worden ist. Parteien und Fraktionen haben den Parlamentarismus in eine Form gestutzt, die mit dem Grundsatz der Volksvertretung kaum noch etwas gemein hat. Alle geschichtlichen Erfahrungen sowie der nicht anders denn als kritisch denkbare

²⁵ Siehe Stefan Schieren: Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/1996, S. 214 ff. Der Vf. behauptet u. a., direkte Demokratie innerhalb der Parteien verursache mehr Probleme als sie löse und stelle damit sogar die von den Parteien erfolgreich getragene Demokratie der Bundesrepublik infrage. Kritisch äußerte sich dazu Bernd Becker: Wozu denn überhaupt Parteimitglieder? In: Ebenda, H. 4/1996, S. 712 ff.

Blick auf die Parteien und das Parteien-wesen in Deutschland besagen: Es scheint hohe Zeit zu sein, eine Reformierung des gegenwärtigen Parteienwesens einzufordern. Das aber hat zur Konsequenz, daß jene Partei, die sich als demokratische und sozialistische Alternative versteht, wohl auch nach Alternativen zugunsten alternativer Existenz- und Wirkungsformen für sich selbst zu suchen hat und sich bewußt ist, daß ein pragmatisches Verharren in vorgegebenen geistigen Strukturen wenig Aussicht auf dauernden Erfolg zu bieten vermag.

* * *

Alle Darstellungen von Revolutionsgeschichte und ebenso alle Versuche einer theoretischen Verarbeitung von Revolutionen haben sowohl von der Vielfalt realer Erscheinungen im Revolutionsgeschehen selbst als auch vom Wirken ihrer Gegenkräfte auszugehen. Jede Revolution besitzt nicht zuletzt erst im Zusammenhang mit den jeweiligen „Konterrevolution“ ihr eigenes Gesicht, ihren eigenen Charakter, auch eigene Formen und unterschiedliche Folgen.

Die Novemberrevolution hat hauptsächlich die politischen Machtverhältnisse und das politische Herrschaftssystem in Deutschland verändert – gravierend und zugleich geschichtlich nach vorn weisend. Gerade in dieser Hinsicht läßt sich für die deutsche Geschichte sagen, daß sie als eine zweifellos eine außerordentlich bedeutsame revolutionäre Aktion einer der Höhepunkte deutscher Geschichte gewesen ist, über den intensiv nachzudenken gerade mit dem Blick auf linke geschichtspolitische Bildungsarbeit sowie auf einige Aspekte linken Programmdebatten lohnt.

November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. 2009, S. 34-50.

Widersprüchliche Symbiose

Wie München zur „Hauptstadt der Bewegung“ wurde

Eine detaillierte Beschreibung jenes Münchner Hauses, das in der Geschichte des deutschen Faschismus eine besondere Rolle gespielt hat, legte u. a. bereits 1995 Ulrike Grambitter vor, und ebenso enthält der von Stefanie Hajak und Jürgen Zarusky herausgegebene Band „München und der Nationalsozialismus“ zahlreiche Informationen über das klassizistische großbürgerliche Palais, das 1930 in die Hände der NSDAP geriet. Nun aber wird erstmalig ausführlich seine Geschichte von 1828 bis zu seiner Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges dargestellt, ergänzt durch ein Kapitel, das sich mit der bis in die 80er Jahre reichenden Verdrängung des Themas und allgemeinen Problemen der Erinnerungskultur in München und in der Bundesrepublik befasst. Nicht nur letzteres, nein alles kann als Begründung für das 2008 in Angriff genommene Projekt verstanden werden, auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ ein NS-Dokumentationszentrum zu schaffen.

In seinem Vorwort macht Hans-Jochen Vogel auf notwendige Schlussfolgerungen aufmerksam: Die Publikation zeige, „wo es endet, wenn eine Stadt sich selbst untreu wird und zu viele ihrer Bürgerinnen und Bürger wegschauen und weghören, wo sie handeln sollten.“ So berechtigt dieser Vorwurf des Wegsehens und Weghörens auch ist, das Buch des Münchner Historikers und Archivars Andreas Heusler belegt allerdings, wie „treu“ sich die Eliten ebenso wie viele andere unter Münchens Einwohner geblieben sind, als sie auf der Grundlage ihrer überwiegend konservativen, völkischen und antisozialistischen Gesinnung sowie auch ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechend solche Bedingungen schufen oder zuließen, die eben hier das Entstehen und Anwachsen der NSDAP – auf Seite 15 als „Unrechtspartei“ charakterisiert – erlaubten.

Es gehört zu den Vorzügen des Bandes, sowohl die soziale, politische und ökonomische Vielschichtigkeit des Gemeinwesens München zu zeigen als auch jenes ideologische Milieu zu beschreiben, das sich speziell in München aus einem Konglomerat von Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus speiste. Hier seien bereits um 1900 „eng miteinander verknüpfte Seilschaften, intime politische Kooperationen und wirkungsvolle Kommunikationssysteme“ entstanden, die als ein Weltanschauungs- und Machtkartell für die Entwicklungen nach 1919 „eine fatale Synergie ausbilden sollten“.

Im Kapitel „Unheilvolle Wechselbeziehung“ fehlt nichts an deutlichen Aussagen über die Vielzahl völkisch-antisemitischer Organisationen, die sich in München ein Stelldichein gaben und gefördert worden sind, weil sie alle Bestrebungen unterstützten, Bayern nach der Novemberrevolution als eine „Ordnungszelle“ des Reiches zu gestalten. Mit einer bedauerlichen, etwas unverständlichen Ausnahme: Für Heusler scheint es die intensiven politischen Bemühungen des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos nicht gegeben zu haben. Zwar wird gelegentlich vom „subalternen Reichswehragenten Hitler“ gesprochen, doch nicht von den bekannten Hintergründen.

Der Band enthält auch aufschlussreiche, interessante biografische Skizzen über den Münchner Oberbürgermeister Karl Fiehler und den Gauleiter Christian Weber, die als Protagonisten des nationalsozialistischen München dargestellt werden; der eine als ein spießig-fader, bürokratisch effektiv arbeitender und absolut loyaler Beamter, der andere als intellektuell eher primitiv, gewalttätig, rücksichtslos und korrupt. Mit ihren markanten Charakteren repräsentierten sie zwei Varianten innerhalb der umfangreichen Typologie faschistischer Führern. Zudem hätten sie auf der Münchner Ebene gewissermaßen die von Ernst Fränkel beschriebene Doppelnatur des Staates zwischen 1933 und 1945 verkörpert. Bei solcher Betrachtungsweise lässt sich verschmerzen, dass Fiehlers über München hinausreichende kommunalpolitische Rolle in seiner Funktion als Chef des Deutschen Gemeindetages unerwähnt bleibt.

Der Leser erfährt viel über die Entwicklung der NSDAP in München, über ihre sozialstrukturellen Grundlagen, ihre Förderer und ihren Platz in der Stadtgesellschaft, über Wahlergebnisse sowie über die „topografischen Wegmarken der Parteigeschichte“, auch über die Summe von 805.864 (Gold-

)Mark, die 1930 für den Kauf des Palais Barlow aufgebracht worden sind, wobei die enormen Unkosten für dessen Umbau nicht zu ermitteln waren.

Das „Braune Haus“, über dessen Haupteingang die Parole „Deutschland erwache“ angebracht wurde, bewertet Heusler als einen Verwaltungsbau für die „metastasenhaft wuchernde Parteibürokratie“ sowie als eine propagandistisch überhöhte Ikone des Nationalsozialismus, als eine mit mythischem Pathos aufgeladene Kultstätte und als einen zentralen Ort brutaler Einschüchterung und körperlicher Gewalt. Hitler habe zwar gern von einem „Parteiheim“ gesprochen, was indessen lediglich Schlichtheit suggerieren sollte. Dass die NSDAP 1935 München zur „Hauptstadt der Bewegung“ gekürt habe, sei, so argumentiert Heusler, politische Hochstapelei und Etikettenschwindel gewesen, da „die große Masse der Münchnerinnen und Münchner“ gegenüber der NS-Ideologie „überraschend unzugänglich“ geblieben wäre.

Sicher, alle Geschichtsschreibung über Zeiten, in denen es noch nicht die heutzutage praktizierte Demoskopie gab, ist auf Indizien und Vermutungen angewiesen. Richtig ist auch, dass München für die NSDAP im Verlauf der Jahre unterschiedliche Bedeutung aufwies, doch tauchen in der Darstellung so viele Belege auf, dass andere Deutungen durchaus erlaubt sind. Der Verfasser spürte das offensichtlich selbst, was den zahlreichen Sowohl-als-auch-Formulierungen entnommen werden kann und ihn letztlich von einer „widersprüchlichen Symbiose“ zwischen den Münchnern und der NSDAP sprechen lässt.

Andreas Heusler: Das Braune Haus. Wie München zur „Hauptstadt der Bewegung“ wurde. DVA, München 2008. 383 S., geb., 22,95 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 26. Februar 2009, S. 15.

Die Guten und die Bösen

Kritische Anmerkungen zu Missdeutungen des deutschen Faschismus und historisierendes Moralisieren

[Mitautor Kurt Pätzold]

Viel ist in den vergangenen Jahren von der Rolle der Wehrmacht, jedoch wenig von jener der NSDAP geschrieben worden. Deren Platz im Naziregime bleibt in den hierzulande verbreiteten Geschichtsbildern über die Jahre 1933 bis 1945 zu gering bemessen. Kriegsgeschehen und die Katastrophen des Jahres 1945 stehen im Vordergrund. Sie üben auf Geschichtsschreiber und ihre Leser offenbar hohe Attraktionskraft aus und verknüpfen sich vermeintlich mit denkwürdigerem Geschehen als die alltäglichen Aktivitäten der braunen Bonzen und ihrer Gefolgschaft. Doch kann die Darstellung der vielen menschlichen Tragödien, die aus dem Wirken von Hitlerleuten auf den untersten Ebenen des Regimes erwachsen, womöglich mehr zum Verständnis der Funktionsweise der Diktatur beitragen als spektakuläre Ereignisse. Von ihnen in Worten oder Bildern zu berichten, würde freilich die momentane Renaissance jener absichtsvoll einfältigen Deutung blockieren, die alsbald nach 1945 Hitler und wenige Personen seiner Umgebung ein satanisches Wesen und dämonische Kräfte zuschrieb und Millionen und Abermillionen Deutsche einzig zu deren schuldlosen Opfern erklärte.

Die Millionen „kleinen Hitler“

Zweifellos, die Forschungen zur Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Partei sind ein halbes Jahrhundert nach dessen Zerschlagung und dem von den Siegermächten ausgesprochenen Verbot der NSDAP weit getrieben. Neue Untersuchungen bekräftigten mehrfach bereits formulierte Ergebnisse. Sie vermochten aber auch Vorstellungen und Urteile zu korrigieren, eingeschlossen solche, die auf das Internationale Militärtribunal in Nürnberg zurückgehen, das zwischen den einzelnen Organisationen Unterscheidungen traf, die sich in dieser Form nicht aufrechterhalten lassen. Das trifft beispielsweise auf Einstufungen von Teilen des Organisationsgefüges als „unpolitisch“ und gleichsam als harmlos zu. So wurde für das Kraftfahrerkorps (NSKK) nachgewiesen, dass sich seine Rolle nicht im Wachrufen von Technikbegeisterung und in der Schulung von Fachkräften für den motorisierten Krieg erschöpfte, sondern dass Einheiten und Mitglieder des Korps an Judenverfolgungen ebenso beteiligt waren wie an Kriegsverbrechen. Das nun hinfällige Bild hatte zu milder Beurteilung der Zugehörigkeit zum NSKK geführt, zu dessen frühen Mitgliedern auch Personen gehörten, die später in der Bundesrepublik als Politiker an herausragenden Plätzen agierten.

Ebenso ist im Hinblick auf die älteren Angehörigen der Hitlerjugend die Frage nach Verantwortung und Schuld gestellt worden. Bereichert wurde durch die geschichtswissenschaftliche Forschung das Wissen über die Tätigkeit in den NSDAP-Kreisen, -Ortsgruppen und -Zellen. Die Hunderttausende Aktivisten der NSDAP mit Kennzeichnungen wie „Goldfasane“ und „Treppenterrier“ abzutun oder sie, wie 1945 und in den folgenden Jahren vorzugsweise geschehen, als Mitläufer einzustufen, verfehlt ihre tatsächliche Rolle weit. Sie stützten das Regime und waren für die Mobilisierung und Kontrolle der Masse der „Volksgenossen“ unentbehrlich.

Den Blockwarten, unterste Funktionäre des Systems, wurde für ein Wohngebiet mit etwa 40 bis 60 Haushalten die politische Zuständigkeit übertragen, für eine Menschengruppe, die sie überschauen konnten und der sie auch persönlich bekannt sein sollten. Sie hatten die Mitgliederkartei der NSDAP ebenso zu führen wie eine Kartei der Haushalte. Sie sammelten an Wohnungstüren Geld und Sachspenden für das Winterhilfswerk, verkauften Reklame und Propagandaartikel wie Abzeichen, Plaketten und Broschüren, ermahnten „Volksgenossen“, wenn nötig, ihre Fahnen an Festtagen aus den Fenstern zu hängen. Sie waren über vielerlei Verhalten der Menschen, deren Bekenntnis- und Spendenfreudigkeit, die Benutzung oder Vermeidung des Hitler-Grußes, das Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften, Teilnahme an Versammlungen, Zugehörigkeit zu NS-Gliederungen etc. informiert und so imstande, ihre Vorgesetzten reichlich mit Daten zu versorgen. Besonderes Augenmerk hatten sie auf die einstigen politischen Gegner, die nach Verbüßung von Haft aus Gefangenenanstalten und KZ Entlassenen, und ebenso auf die jüdischen Bewohner zu richten.

Mit dem Krieg wuchs der Aufgabenkatalog noch einmal an und gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung dieses unteren Funktionärskorps als Folge von Einziehungen zur Wehrmacht und anderen kriegsbedingten Verpflichtungen. Zu ihren bisherigen Pflichten kamen die Verteilung von Lebensmittel- und sogenannten Punktkarten für den Einkauf von Textilien, die Betreuung der Soldatenfrauen, die Pflege der Verbindungen zu eingezogenen „Partei- und Volksgenossen“, Besuche in Lazaretten, „Heldengedenkfeiern“ und Gefallenenehrungen sowie im Winter 1941/1942 die Sammlung von Pelzen, Wollsachen und Skiern für die Ostfront. Sodann die Maßnahmen für den Luftschutz und, als der Bombenkrieg entbrannte, Evakuierung oder Unterbringung der Ausgebombten usw.

Dieses untere Führerkorps, die vielen „kleinen Hitler“ mussten seit 1943, als sich die Kriegsniederlage von Monat zu Monat klarer abzeichnete, auch damit rechnen, dass von deren Folgen auch sie betroffen sein würden. So stützten Millionen das Regime trotz eventuell nagender Zweifel weiter. Sie bekamen die unter dem Eindruck der Niederlage bei Stalingrad und Italiens Ausscheiden aus dem Kriege sinkenden Endsieghoffnungen in der Bevölkerung rapide zu spüren. Über diesen sich anbahnenden Wandel in der Haltung zur Partei berichtete der Sicherheitsdienst im Juli 1943, dass „viele Parteigenossen das Parteiabzeichen nicht mehr tragen“. Geschäftsleute und Beamte hatten beobachtet, dass die „Anwendung des deutschen Grußes in den letzten Monaten ... auffallend zurückgegangen“ sei. Sorgen bereitete Berichterstattem im Reichssicherheitshauptamt auch die Einstellung der Jugendlichen. Bei den alljährlichen Übernahmen der 18-Jährigen, die von der Hitlerjugend direkt in die NSDAP gelenkt werden sollten und dafür ihre Einwilligung schriftlich zu geben hatten, habe sich ergeben, dass die Wenigsten diesen Schritt aus ideellen Gründen täten. Die einen hofften so dem HJ-Drill zu entgehen, andere sahen Vorteile für ihre berufliche Entwicklung. Wie es ums Ansehen der NSDAP und Urteile über deren Zukunft zu dieser Zeit stand, verriet auch der Volkswitz: „Tausche Goldenes Ehrenzeichen gegen Siebenmeilenstiefel.“ Oder: „Wer der Partei fünf neue Mitglieder zuführt, darf selbst austreten. Wer zehn neue Mitglieder wirbt, bekommt sogar eine Bescheinigung, dass er nie in der Partei gewesen ist.“

Es ist nicht in erster Linie die geschichtswissenschaftliche Literatur, welche die in der Bundesrepublik vorherrschenden Geschichtsbilder prägt. Die Mehrheit der Deutschen bezieht ihre Vorstellungen von den Jahren der faschistischen Herrschaft zu einem Teil „trivial-unterhaltsamen Aufbereitung des Katastrophenstoffes“ sicher bedient und von den Produzenten zur Rechtfertigung eines intellektuell anspruchslosen, sich vor allem der Frage nach dem Warum und Woher verweigernden Blicks in die Vergangenheit benutzt wird. Und wo Filme wie „Hitlers Helfer“ (1996 u. 1998), „Hitlers Krieger“ (1998), „Hitlers Frauen“ (2001), „Hitlers Idole“ (2007) aus der Mainzer ZDF-Zeitgeschichtsredaktion nach Inhalt und Machart kritisch bewertet werden – wie 2006 auf dem Historikertag in Konstanz, dessen Generalthema „Geschichtsbilder“ lautete – erreichen die Einwände von Historikern die Konsumenten der Sendungen und Leser der Begleitbücher kaum.

In den vergangenen Jahren hat sich ein zweifacher Wandel in der Darstellung der Nazijahre auf Leinwänden und Bildschirmen vollzogen, die bei allen Besonderheiten eines gemeinsam besitzt: Sie lösten Personen und Ereignisse aus ihren historischen Zusammenhängen. Von Vermittlung von Geschichte in aufklärendem Sinne kann daher nicht gesprochen werden. Zum einen wird im Hinblick auf die Deutschen jener Jahre nicht mehr gefragt: Was haben sie getan? Sondern stattdessen wird dargestellt: Wie haben sie gelitten. Die Fragen nach dem Tatbeitrag der verschiedenen Gruppen der deutschen Bevölkerung, Arbeiter und Kapitalisten, Zivilisten und Soldaten, Männer und Frauen, Alte und Junge, die das Regime stützten, ist weit an den Rand der Handlungen gedrängt. Die Deutschen treten als Opfer hervor, einer besonderen Kategorie zudem, in einem Falle als „Hitlers letzte Opfer“, in einem anderen als die „der größten Schiffskatastrophe aller Zeiten“. Geht es um die Hierarchisierung der Opfer, wird nur noch den Juden „der Vortritt“ gelassen.

Jahr für Jahr wurde den Zuschauern eine meist zwei Abendprogramme füllende Filmgeschichte dieses Typs geboten: 2004 „Der Untergang“, 2005 „Speer und Er“, 2006 „Dresden“, 2007 „Die Flucht“, 2008 „Die Gustloff“. Alle diese Produktionen sind mit Ehrungen und Preisen bedacht, teils überhäuft worden. In einigen von ihnen – dies der zweite Wandel – werden Führer des Regimes,

angefangen bei Hitler und Speer, nicht als skrupelfreie Missetäter, Politiker, die sich zu Herren der Welt machen wollten, gezeigt, sondern als Menschen mit ihren Schwächen und Ängsten, getrieben von Umständen, denen – so die erklärte Absicht des Hitler-Darstellers in „Der Untergang“ – auch Mitleid zugewandt werden könne und solle. In diesen Filmen spielen die NSDAP und ihre Gliederungen als Organisationen mit Millionen von Funktionären und Aktivisten, die bis in das Frühjahr 1945 die Deutschen zu sturem Aushalten und fortgesetzten Kriegsanstrengungen trieben, wenn überhaupt so nur eine untergeordnete Rolle.

Eine Ausnahme bildete der Spielfilm „Napola – Elite für den Führer“ nur insofern, als es in ihm um die Heranbildung des Nachwuchses für die Faschistenpartei an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt geht. Die aber wird in Konflikten so dargestellt, dass man sich die „Helden“ des Streifens schwer als Nachfolger derer vorzustellen vermag, die zum Zeitpunkt der Filmhandlung in Deutschland und im besetzten Europa herrschten, ausbeuteten, mordeten. Über die tatsächliche Funktion und Rolle der Faschistenpartei war in dem Streifen wenig zu erfahren, wiewohl ein Schüler einen NSDAP-Gauleiter zum Vater hat, einen gnadenlos brutalen Mann, der – vergeblich – seinen Sohn nach seinem Bilde formen möchte. Die lobenden Urteile der Filmkritiker erwähnen, dass dem Zuschauer keine Erkenntnis vorgekauft wird und vermerken nur am Rande, dass die „Systemkritik manchmal zur Nebensache“ geraten sei und der Film nie zur Anklage werde. Derlei wird aber nicht als Mangel empfunden. Hervorgehoben wurde stattdessen in Rezensionen die „Selbstverständlichkeit“ und „Unbefangenheit“, mit der sich Filmemacher nun der Nazijahre annehmen würden. Diesen „Fortschritt“ schreiben Kritiker auch anderen Filmen zu, so dass sich summieren lässt: Sie sind samt und sonders nicht von aufklärendem, Erkenntnisse vermittelnden Wert. Sie erzählen ihrer Zeit entkleidete Geschichten von Guten und Bösen, ohne einen Bezug zur gesellschaftlichen Realität herzustellen, aus der die einen wie die anderen hervorgehen und in der sie handeln. Diese Beziehung wird durch Uniformen, Ordensschmuck, Fahnenwälder, Gesten und Kulissen nur vorge täuscht.

Auch in den Filmen, deren Handlung – schon darin erweist sich die Flucht vor der ganzen Wirklichkeit – meist in der Schlussphase der faschistischen Diktatur angesiedelt ist, wird der NSDAP als einer die wankende Macht des Regimes, wenn auch mit rasch absinkendem Erfolg, stabilisierende Kraft – sofern überhaupt – nur eine Nebenrolle zugebilligt. Die Nazis verringern sich zu einer Minderheit und einer marginalen gesellschaftlichen Erscheinung. Dazu trägt bei, dass beispielsweise Speer als der erfolgreiche Rüstungsminister und -manager gezeigt wird, aber nicht als ein Nazi, der 1927 schon in das NSKK eingetreten und 1931 Mitglied der NSDAP und der SA geworden war, als Mann mit Funktionen in der Deutschen Arbeitsfront, in der Reichspropagandaleitung der Partei und im Stab des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß. Im Film „Der Untergang“ begegnet der Zuschauer dem SS-Gruppenführer Hermann Fegelein, einem Mitglied der SS seit 1931, der NSDAP und der SA seit 1932, wovon jedoch der Film-Fegelein, ein lebenshungriger, sturzbetrunkener Fahnenflüchtiger keine Vorstellung gibt. So ist die Millionen-Organisation der NSDAP mit ihren Gliederungen einzig in der Gestalt eines fanatisierten Hitlerjungen vertreten, der – wieder ein guter Mensch – Hitlers in Panik geratener Privatsekretärin aus der Gefahrenzone und zu den Westalliierten verhilft.

Folgeschwangere Tatenlosigkeit

Zur Personage von „Dresden“ gehören die Figur des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters von Sachsen, Martin Mutschmann, und einer der untersten Parteifunktionäre, ein Blockwart. In der Verfilmung der Tragödie der Tausenden von Flüchtlingen auf dem einstigen Vergnügungsschiff „Wilhelm Gustloff“ figuriert die Nazipartei in Gestalt eines karikierten Funktionärs, der sich, mit einem Hitler-Bild unter dem Arm, einen Platz in einem Rettungsboot erkämpft. Auch in diesem Film, wie das übrigens schon an seinem frühen Vorgänger aus dem Jahre 1959 „Nacht fiel über Gotenhafen“ kritisiert wurde, wird zwar die Grausamkeit des Krieges in Bilder gesetzt, dessen Ursachen und selbst die zum Dargestellten gehörenden Zusammenhänge bleiben unbeleuchtet. Die Handelnden teilen sich wieder in gute und schlechte Charaktere, von denen die ersteren auch in hoffnungslosen Situationen segensreich wirken. Aufklärung täuschen diese Produktionen nur vor.

Die Abscheu, die gegen das Naziregime und seinen Krieg erzeugt wird, bleibt hilflos. Am Ende steht die Trivialität, dass es in der Geschichte immer Gute und Böse gegeben habe. Woher die „bösen Nazis“ kamen, wer sie an die Macht brachte, wer sie dort hielt, wie ihre Wiederkehr in irgendeiner Art oder Abart verhindert werden könnte, das scheint nicht auf. Das moralisierende Herumstochern in der Geschichte, das noch immer Herrschaftsinteressen bedient hat, sollte alarmierend auf den Plan rufen, denn es zeitigt Tatenlosigkeit und auf die Dauer Folgen, die den unangemessenen Maßnahmen gegen sich anbahnende Naturkatastrophen vergleichbar sind.

Nicht nationalsozialistisch ...

Sie haben in den frühen 80er Jahren die erste umfassende Geschichte der NSDAP im deutschsprachigen Raum verfasst. Unter dem Titel konnte sie aber nicht erscheinen.

Weißbecker: Nein, sondern unter dem Titel „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“. In einer Lizenzausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag in Bonn erschien das Buch seinerzeit aber als „Geschichte der NSDAP“.

Und warum diese „Eierei“, Verschleierei, in der DDR?

Pätzold: Darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Im Grunde wurde eine Geschichte der Naziartei wohl als zumindest nicht notwendiges Buch angesehen. Die Volksmassen, das war das Dogma, hatten ja gelernt und gesiegt.

Lag es nicht auch am Namen NSDAP? Die Selbstetikettierung als „nationalsozialistisch“ war ja demagogisch und verlogen.

Weißbecker: Ja, sie war weder sozialistisch noch national. Denn: Chauvinismus und Rassismus, expansive Großmachtambitionen und Kriegsabsichten sind nie im Interesse einer Nation, davon profitieren nur wenige. Und die Millionen Mitglieder der NSDAP waren auch nicht, wie die Goebbelsche Propaganda ihnen weismachen wollte, die Mächtigen in Deutschland. Die Partei war und blieb bis zuletzt eines der Instrumente der Herrschaft alter und neuer Eliten, sie agierte eng verbunden mit Staatsapparat, Wirtschaft und Militär.

Wie bewerten Sie heutige Enthüllungen über prominente Intellektuelle, die in der Hitlerjugend oder in anderen Gliederungen der NSDAP waren?

Pätzold: Diese Enthüllungen treffen Menschen, die sich in Ost oder West als selbstständige Denker erwiesen und Einfluss und Verdienst gewonnen haben. Erinnert sei an die ältere Kampagne gegen den Münchener Faschismusforscher Martin Broszat, die nicht so viel Aufmerksamkeit erregte wie die gegen Günter Grass und Erwin Strittmatter. Unterm Strich: Was kritisch zu deren Biografien sachlich und wertend auch immer nachzutragen ist, ihr Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit bleibt achtenswert und größer als der, den sie dem Regime mit dem Hakenkreuz in jungen Jahren geleistet haben. *Fragen: Karlen Vesper*

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker präsentieren auf der Leipziger Buchmesse die dritte Auflage ihrer „Geschichte der NSDAP. 1920 bis 1945“ (PapyRossa Verlag), 570 S., geb., 28,00 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28. Februar/1. März 2009, S. 24.

„Wie eine Feldschlacht“

März 1919: Blutige Niederschlagung des Generalstreiks in Berlin

Ausgangspunkte des Weges der Weimarer Republik in den Untergang ließen sich bereits 1919 erkennen, nicht zuletzt auch in der grausam-blutigen Niederschlagung des Generalstreiks Berliner Arbeiter, den durchzuführen am 4. März vor 90 Jahren die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen hatte. In ihm spiegelten sich Unzufriedenheit mit den Regierenden, Empörung und die Bereitschaft, sich von Staatsbürokratie und Militär nicht nehmen zu lassen, was in den ersten Revolutionstagen an neuen demokratischen und sozialen Rechten erreicht oder zumindest versprochen worden war. Zuvor hatte es bereits in vielen Teilen Deutschlands Streiks gegeben, auch bewaffnete Auseinandersetzungen, nachdem jeweils Truppen gegen die Streikenden aufmarschiert waren und bürgerkriegsähnliche Zustände herbeigeführt hatten. Große Teile der Arbeiterschaft sahen in den aus sozialem Protest erwachsenden politischen Streiks ein Mittel, die versprochene Sozialisierung entscheidender Betriebe und so einen Ausweg aus ihrer katastrophalen sozialen Situation zu bewirken. Das, was Nationalversammlung und die Regierung des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann taten oder unterließen, stieß zunehmend auf Unverständnis und Kritik. Man verlangte von diesen energisches Handeln, erlebte indessen nur Sprüche, Ausflüchte und Versprechungen. Das Vertrauen zahlreicher Mitglieder und Anhänger in die Sozialdemokratische Partei schwand rasch dahin, nicht zuletzt auch deshalb, weil deren Führung alles tat, um das Wirkungsfeld der Arbeiterräte einzuschränken bzw. gänzlich aufzuheben.

Politische Forderungen

Den Streikenden ging es neben ihrem sozialen Anliegen hauptsächlich um politische Forderungen. So verlangten sie nachdrücklich eine Weiterexistenz der Arbeiter- und Soldatenräte, da von deren Recht auf Mitsprache in Regierungssachen, erst recht von ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Regierung diese absolut nichts wissen wollte. Die Demokratie-Vorstellungen regierender Parteien und Politiker erlaubten keine Institution, die als Korrektiv ihrer Politik hätte wirken können. Sie setzten auf polizeiliche und militärische Gewalt, weshalb der Generalstreik auch auf eine Auflösung der Freikorpsverbände und die Aufstellung einer Arbeiterwehr zielten – und ebenso auf die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Inhaftierung der Mörder von Liebknecht und Luxemburg. Gegen die Streikaktionen leiteten die Herrschenden einerseits eine propagandistische Offensive ein, die glauben machen wollte, die Sozialisierung „marschiere“ bereits. Andererseits trafen sie umfangreiche polizeiliche und militärische Maßnahmen. Kaum war der Generalstreik beschlossen, verhängte das Preußische Staatsministerium den Belagerungszustand, die vollziehende Gewalt wurde Reichswehrminister Gustav Noske übertragen. Kommandeur jener rund 30.000 Mitglieder von Freikorps, die am 4. März die Hauptstadt besetzten, war der spätere Kapp-Putschist General Walther Freiherr von Lüttwitz. Am 5. März begannen seine Truppen – wie die bürgerliche Presse nicht ohne Freude berichtete – „mit allen Mitteln der Feldschlacht“ die Stützpunkte revolutionärer Arbeitergruppen sowie der als unzuverlässig bezeichneten „Sicherheitswehren“ einschließlich der Volksmarinedivision anzugreifen. Unter dem Druck der bewaffneten zehnfachen Übermacht mußten sich diese aus dem Zentrum Berlins zurückziehen. In den Stadtbezirken Friedrichshain und Lichtenberg dauerten die erbitterten Kämpfe bis zum 13. März an. Mehr als 1 000 Berliner Arbeiter fielen den terroristisch wütenden Garden zum Opfer.

Weißer Terror

Um Einsatz und Vorgehen des Militärs rechtfertigen zu können, scheute man weder irreführende Behauptungen noch Lügen. Noske berief sich auf die „Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten“, als er am 9. März befahl: „Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ Bestialisch, so hieß es auch, sei die Ermordung von 60 bis 150 Beamten in Lichtenberg gewesen. Doch dies stellte sich rasch als ein bewußt lancierter Schwindel heraus. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen; einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen

Gegner war nicht gesucht worden. Wird in der geschichtswissenschaftlichen Literatur und in den Medien an jene Ereignisse erinnert, lassen sich unterschiedlichste Deutungen erkennen, sei es in der Darstellung dessen, was dem Generalstreik vorausgegangen war, oder der Erklärung seiner Ziele sowie der terroristischen Methoden, mit denen ihm ein bitteres Ende bereitet worden ist. So manche Darstellung gipfelt in der Behauptung, es habe sich nach dem „Spartakus-Aufstand“ vom Januar 1919 um den zweiten Versuch der Kommunisten gehandelt, in Deutschland die politische Macht zu erringen. Inzwischen hat die Forschung zumindest für die Januar-Kämpfe eindeutig nachgewiesen, daß andere Kräfte in der Arbeiterbewegung initiativ geworden waren, überhöhte Forderungen wie die nach einem Rücktritt von Ebert und Scheidemann gestellt haben und als Träger gewalttätiger Aktionen zu bewerten sind. In Berlin gab es überhaupt nur einige hundert Mitglieder der KPD, deren Situation nach der Ermordung ihrer führenden Köpfe zudem sehr schwierig geworden war. Ihr Rückhalt in den Arbeiter- und Soldatenräten war eher gering, denn da dominierten Mitglieder und Anhänger der beiden sozialdemokratischen Parteien, der „Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland“ bestand sogar lediglich aus Angehörigen der SPD.

Für die KPD war bewaffnete Gewalt zweitrangig

Wird geschrieben oder gelehrt, die Kommunisten hätten im März 1919 um die Macht gerungen, ist schlichte Unkenntnis, eher aber politische Desinformation erkennbar. „Laßt Euch nicht in unnütze Schießereien ein, auf die der Noske nur lauert“, verlangte die Führung der KPD in der Februar-Ausgabe der Roten Fahne. In sich noch wenig homogen und in Grundsatzfragen zerrissen, sah die Partei sich großen Schwierigkeiten gegenübergestellt. In seinem Brief vom 27. März an Lenin hielt Paul Levi, der nach der Ermordung von Leo Jogiches die Führung der Partei übernommen hatte, alle Streiks mit politischem Charakter „für unerwünscht“. Solange sie „partiell“ blieben, würden die Mittel der Regierung reichen, sie zu unterdrücken. Es sei alles Mögliche zu tun, „um die Leute davon zurückzuhalten, der Regierung irgendeine Möglichkeit zum Blutvergießen zu geben“. Levi fügte hinzu: „Vom letzteren können wir die Proletarier – nicht aber die Regierung – zurückhalten. Vom Streik selbst nicht: die Arbeiter laufen buchstäblich von selbst aus den Betrieben, so groß ist die Erbitterung. Andererseits können wir natürlich der Streikbewegung auch nicht bremsend entgegenreten: zumal ja der Generalausstand allem Anschein nach in Deutschland aus einer immer schnelleren Folge von partiellen Ausständen herauswachsen wird. Es ist in Deutschland immerhin eine syndikalistische Strömung in gewissem Umfang vorhanden: Es ist manchmal nicht leicht, unsere Leute von solchen Torheiten zurückzuhalten. Zumal wir auch innerhalb unserer Organisation gewisse Versuche aus jenem Lager haben, die direkt auf Staatsstriche innerhalb unserer Organisation hinausliefen.“ Neuere Forschungen zum Wirken von Spartakusbund und KPD haben eindeutig festgestellt, daß in ihren Strategievorstellungen die Anwendung bewaffneter Gewalt eine zweitrangige Rolle spielte, auch wenn es dazu in Widerspruch stehende Äußerungen gegeben hat. Der Ruf von Verantwortungslosigkeit und Radikalität haftet ihr, die nach den Auseinandersetzungen im März faktisch in die Illegalität gedrängt wurde, weitgehend zu Unrecht an. Andererseits dachten und handelten 1919 jene, die dank der Revolution Regierungsgewalt hatten übernehmen können, im Grunde gemäß einer Parole aus den Jahren 1848/49: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Nicht anders klang es, als Wilhelm II. von den jungen Männern, die im November 1891 in einer Potsdamer Kaserne zur Verteidigung angetreten waren, forderte: „Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen (...).“ Auch im März 1919 wurde die alte Forderung nach strikter Trennung polizeilicher und militärischer Gewalt – ein unabdingbares Merkmal von Demokratie bei der Sicherung innenpolitischer Verhältnisse – über Bord geworfen. Das solcher Politik dienende Argument vom „roten Terror“ in Deutschland und ebenso die wüste Beschimpfung der Revolutionäre als „Novemberverbrecher“, beschworen in Deutschland auch danach immer wieder nationalliberale und konservative Kräfte, am schlimmsten schließlich die NSDAP.

junge Welt, Sonnabend, 07.03.2009, S. 15.

Ein Aprilscherz?

Vor 85 Jahren: Rechtswidrig mildes Urteil im Hitler-Prozeß

Wer nach dem Putsch bayerischer Nazis vom 9. und 10. November 1923 erwartet hatte, die Hochverräter würden gemäß der Verfassung und den Gesetzen der Weimarer Republik, insbesondere im Sinne des 1922 verkündeten Gesetzes zum Schutz der Republik, bestraft und ein entsprechendes hartes Urteil erwarten, der wurde rasch eines Besseren belehrt – spätestens am 1. April 1924, als der Münchner Volksgerichtshof sein Urteil verkündete: Ludendorff wurde freigesprochen, Hitler und die anderen Angeklagten mit lächerlich geringen Haftstrafen bedacht, die sie noch dazu unter recht günstigen Bedingungen auf einer Festung absitzen sollten.

Doch wie kam es zu diesem Skandalurteil, wie wurde es gegenüber erstauntem Publikum begründet? Was verbarg sich hinter der Farce eines Gerichtsverfahrens? Wozu wurde die Zeit zwischen Putsch und „Urteil“ genutzt? Welche Folgen gab es?

Eines zeigte sich ganz deutlich: Waren die -NSDAP und ihre Führer zuvor gepöppelt und gefördert worden (siehe jW-Thema vom 7.11.2008), so ging man trotz ihres Desasters auch danach immer noch freundlich mit den Putschisten um. Nur das damit verbundene politische Kalkül hatte sich geändert, die Ergebnisse blieben gleich. So hatte es schließlich keiner der Gescheiterten nötig, in die Illegalität zu gehen. Die Parteioberen gaben rasch ihre vorsorglichen Bemühungen auf, mit geheimen Anweisungen, Richtlinien und Decknamen zu arbeiten, z. B. mit dem Anagramm „Rolf Eidhalt“ statt Adolf Hitler. Die bayerische Landesregierung hielt schützend ihre Hände über sie. Komplikationslos konnten sich mehrere Ersatzorganisationen der NSDAP in die Vereinsregister bayerischer Städte eintragen lassen. Eine von ihnen konstituierte sich am 7. Januar als „Völkischer Block in Bayern“, eine andere am Ende des Monats als „Großdeutsche Volksgemeinschaft“, deren Gründer sich auf einen gegenüber Alfred Rosenberg geäußerten Wunsch Hitlers beriefen. Eine dritte entstand unter Anton Drexlers Führung als „Großdeutsche Arbeiterpartei“, eine „Deutsche Arbeiterpartei“ hörte in Nürnberg auf das Kommando von Julius Streicher. Daneben formierten sich als kurzlebige Verbände: der „Deutsche Bund“ in Würzburg, der „Völkische Bund“ in Bayreuth, der „Völkische Treubund Staffelstein“, die „Altreichsflagge“ und andere mehr. Hauptmann Ernst Röhm sammelte die versprengten Einheiten des „Kampfbundes“, gab ihnen den Namen „Frontbann“ und unterstellte diese Ersatz-SA mit ihren rund 30.000 Mitgliedern formell Ludendorff.

Neue Chancen für die Nazipartei

Solidarische Empfindungen und die Angst um den Erhalt eigener Machtpositionen bestimmten die Fortsetzung des freundlichen Kurses gegenüber der faschistischen Partei. Zwar konnte die bayerische Regierung es sich nicht leisten, einem provozierenden Antrag des Rechtsanwalts Lorenz Roder zu entsprechen. Das Verbot der NSDAP, das durch den Chef der Reichswehr Hans von Seeckt am 23. November 1923 für das gesamte Reichsgebiet ausgesprochen worden war, solle aufgehoben werden, hatte dieser am 7. Dezember 1923 verlangt. Doch solches ließ sich, noch dazu in so kurzer Zeit nach dem Putsch, nicht bewerkstelligen. Aber die Landesoberen halfen, indirekt und direkt und so gut es ihr die Umstände eben erlaubten. Ausgerechnet Gustav Ritter von Kahr, den Hitlers Anhänger als „Verräter“ zu beschimpfen nicht müde wurden und 1934 schließlich ermordeten, leistete – so lange er noch amtieren durfte, bevor er am 18. Februar 1924 zurücktrat und auf andere Posten abgeschoben wurde – erhebliche Hilfe für die rechtsextremen Ziehkinder seines Landes. Zwar konnte des Rechtsanwalts demagogische Behauptung, nur die SA und nicht die Partei sei am Putsch beteiligt gewesen, den Generalstaatskommissar Kahr nicht sonderlich beeindrucken, anders dürfte es mit der Erinnerung daran ausgesehen haben, daß er die ihm und seiner Regierung bekannte Gesinnung der putschenden Partei niemals „beanstandet“ hatte. Entgegenkommend hatte Roder am 7. Dezember 1923 zugleich versichert: „Falls der Herr Generalstaatskommissar die Aufhebung der Verbote an Bedingungen knüpfen will, so besteht Bereitwilligkeit, diese Bedingungen anzunehmen, soweit sie irgendwie annehmbar sind.“

Die Partei der Nationalsozialisten hatte es zwar in die zweite Reihe verschlagen. Dennoch brauchte sie nicht zu befürchten, wohlwollende Unterstützung entbehren zu müssen. Die Verhältnisse entwi-

ckelten sich in keiner Weise gegen sie. Sie blieb eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden durfte. Absehbare neue Krisensituationen konnten ihr neue Chancen bieten, und sowohl materieller als auch politischer und ideologischer Unterstützung durfte sie sich grundsätzlich sicher sein.

Jede sich ihr bietende Chance verstand die -NSDAP weidlich zu nutzen. Das ließ sich bereits im juristischen Nachspiel des 9. November 1923 erkennen. Der Prozeß gegen Hitler und weitere neun Angeklagte, darunter Erich Ludendorff, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel, Ernst Röhm und Ernst Pöhner, fand nicht vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig statt, wo er hingehört hätte, sondern lediglich vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München I. Die bayerische Regierung hatte sich entschieden und erfolgreich einer Anwendung der Reichsgesetze widersetzt. Sie wußte schon, warum – in Leipzig wäre es ihr kaum so leicht gefallen, die eigenen Pläne vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Zweifellos war es für sie günstiger, in selbständiger Regie alle Verantwortung auf die Nationalsozialisten zu schieben, diese „augenzwinkernd“, sofern sie ihre Rolle als Schuldige zu spielen bereit waren, als ehrenwerte Leute zu behandeln und sie mit geringen Strafen davonkommen zu lassen.

Justizkomödie

Der Prozeß fand vom 26. Februar bis zum 27. März 1924 statt. Er verlief alles in allem entsprechend den Vorstellungen der bayerischen „Ordnungszellen“-Politiker. Die Angeklagten wurden zwar eines hochverräterischen Unternehmens geziehen, doch über die eigentlichen Ursachen des Putsches und seine konservativ-nationalistischen Hintergründe fiel kaum ein Wort. Bewußt sollte vor allem das fördernde Mitwirken des sogenannten Triumvirats, bestehend aus dem Generalstaatskommissar von Kahr, dem Chef der Reichswehr in Bayern Otto Hermann von Lossow und dem Polizeichef Hans Ritter von Seißer, das als eigentliches Machtzentrum Bayerns agiert hatte und tief in die Vorbereitung des Putsches verstrickt gewesen war, aus den Verhandlungen herausgehalten werden. Lediglich in jenen Sitzungen, von denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, kam zur Sprache, welche Vereinbarungen und Abreden in den Wochen und Monaten vor dem 9. November 1923 zwischen den Regierenden, Reichswehr, Polizei und „Kampfbund“ getroffen worden waren. Auch die Anklageschrift, datiert auf den 8. Januar 1924, vermied alle Aussagen, die Aufschluß über die umfassende und langfristige Vorbereitung des Putsches hätte geben können. Der Erste Staatsanwalt Ludwig Stenglein verband die Anklage sowohl mit einer regelrechten Laudatio auf den Putschistenführer als auch mit der die Vorgänge im Münchner Bürgerbräukeller beschönigenden Aussage: „Die Herren von Kahr, von Lossow und v. Seißer waren nur scheinbar auf die Forderungen Hitlers und seiner Anhänger eingegangen, um ihre Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen. Sobald sie konnten, verließen sie – etwa um 10 Uhr 30 Minuten abends – den Bürgerbräukeller und trafen ungesäumt die notwendigen Maßnahmen zur Niederschlagung des Putsches.“

In den Verhandlungen des Gerichts erhielten die Angeklagten so reichlich das Wort zu ihrer Rechtfertigung, daß selbst bürgerliche Regierungsmitglieder bedenklich die Köpfe schüttelten. Ein Journalist beschrieb die Atmosphäre des Verfahrens, dessen Verlauf und Abschluß so gänzlich anders aussahen als das gegen die Revolutionäre vom Mai 1919 mit Worten, die sein großes Erstaunen, ja auch ein gewisses Entsetzen spüren lassen: „Ein Gerichtshof, der den ‚Herren Angeklagten‘ immer wieder Gelegenheit gibt, stundenlange Propagandareden ‚zum Fenster hinaus‘ zu halten; ein Beisitzer, der nach Hitlers erster Rede (ich hab’s mit eigenen Ohren gehört!) erklärt: ‚Doch ein kolossaler Kerl, dieser Hitler!‘; ein Vorsitzender, der duldet, daß von der höchsten Spitze des Reiches als von ‚Seiner Hoheit, Herrn Fritz Ebert‘ gesprochen wird (Hitler) und daß man die Reichsregierung eine ‚Verbrecherbande‘ nennt (Kriebel); ein Generalstaatsanwalt, der in einer Sitzungspause einem der Angeklagten vertraulich auf die Schulter schlägt: ‚Na, mein lieber Pöhner‘ ... – gehört all das nicht in den makabren Münchener Bilderbogen vom großen politischen Karneval, der mit einem furchterlichen Erwachen am Aschermittwoch endet?!“

Das am 1. April 1924 verkündete Urteil erschien bereits vielen Zeitgenossen als unglaublich und verfassungswidrig. Hitler, Kriebel, Pöhner und Friedrich Weber erhielten je fünf Jahre Festungshaft zugesprochen, allerdings stellte das Gericht ihnen die Entlassung mit Bewährungsfrist nach einem

halben Jahr in Aussicht. Fünf Angeklagte wurden zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt, jedoch sofort mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt. Ein Freispruch erging für Lüdendorff; sein Ruhm als ehemaliger kaiserlicher Feldherr sollte wohl nicht geschmälert werden.

Stillschweigende Übereinkunft

In Bestrafung einerseits und Milde des Urteils andererseits widerspiegelte sich politische Konsequenz der angeblich unpolitischen Justiz: Die Richter kamen nicht umhin, deutlich zu machen, daß der Putsch zur falschen Zeit, mit falschen Mitteln und mit falschen Verbündeten versucht worden war. „Straferschwerend“ (!), so hieß es in der Urteilsbegründung, sei die Tatsache, daß durch das Unternehmen „die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschworen, schwere Störungen des wirtschaftlichen Lebens des gesamten Volkes und vermutlich auch außenpolitische Verwicklungen herbeigeführt worden wären. Doch selbst das äußerst milde Urteil stieß in Bayern auf Widerstand: Bereits drei Tage nach seiner Verkündung traf beim bayerischen Innenministerium ein Brief mit 24.000 Unterschriften ein, in dem ein sofortiger Straferlaß für die Verurteilten gefordert wurde.

Die Sprache der Urteile war eindeutig: Distanzierung von der erfolglosen Tat, nicht jedoch von den Tätern und erst recht nicht von deren Gesinnung und Zielen. Die „Hochverräter“ wurden, da sie von rechts kamen, noch gebraucht und sollten nicht völlig verprellt werden. So unterblieb trotz der verhängten „Strafen“ alles, was die NSDAP entscheidend getroffen hätte. Selbst nach den Bestimmungen des Republikschutzgesetzes vom 16. Juli 1922 wäre anderes möglich, ja sogar notwendig gewesen: längere Haftzeiten, Bestrafung weiterer Beteiligten, schärfere Haftbestimmungen und nicht zuletzt die Ausweisung des aus Österreich stammenden und als staatenlos geltenden Mannes, der an der Spitze der Putschisten gestanden hatte. So unterschiedlich die Faschistenpartei, ihr Putsch und ihre Führer im einzelnen auch bewertet wurden – es bestand eine Art stillschweigender Übereinkunft: Die NSDAP hatte einerseits mit ihren gescheiterten Plänen einer putschartig zu errichtenden Diktatur und beschleunigter Kriegsvorbereitungen in den Hintergrund zu treten. Sie sollte im deutschen Parteien- und Verbändesystem eine untergeordnete Stelle einnehmen, wobei manche – so der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes – sogar glaubten, sie nicht mehr zum Leben erwecken zu können. Andererseits sollte sie jedoch keinem Verbot, keiner Auflösung und strikten Bekämpfung unterliegen. Jeder erfolgreiche Schlag gegen rechts, wo ja nach den bekannten, im Sommer des Jahres 1922 gesprochenen Worten des Zentrums politiklers Joseph Wirth der eigentliche Feind des Weimarer Staates stand, wäre den ungeliebten demokratisch-republikanischen Kräften zugute gekommen. Daher ging das Interesse an allen nach wie vor bestehenden rechtsextremistischen Organisationen nicht verloren. Wer unter den Bedingungen der zeitweiligen und brüchigen Hochkonjunktur die politische Entwicklung nach rechts trieb, dem schien jedes Mittel recht zu sein, auch jede antiparlamentarisch-terroristische Partei, mochte sie auch noch so klein sein.

All dies personifizierte sich gleichsam in Georg Neithardt, der den Vorsitz im Gerichtshof einnahm und eine absonderliche Rolle spielte. Daß ihm Unfähigkeit vorzuwerfen war, erscheint als das geringste unter den negativen Urteilen seiner Zeitgenossen. Nach längeren Debatten im Oberlandesgericht München war er keineswegs zufällig mit der Aufgabe betraut worden, diesen Prozeß zu leiten, hatte er doch schon im Prozeß um den Mord an Kurt Eisner den angeklagten Anton Graf Arco-Valley als „ehrenwert“ bezeichnet (siehe jW-Geschichte vom 21./22.2.2009). Der rechten Szene eng verbunden, erwies er sich als regelrecht hörig gegenüber den Putschisten, wie der Historiker Otto Gritschneder in seiner akribischen Aufzählung aller Neithardt anzulastenden Rechtsbeugungen und Rechtswidrigkeiten treffend urteilt. Sorgfältig bemühte er sich, Kahr und seinesgleichen aus dem Prozeß herauszuhalten, da es sonst – nach seinen eigenen Worten – eine „unerquickliche und das Staatsansehen schädigende Szene“ hätte geben können. Den ellenlangen Tiraden Hitlers hörte er offensichtlich gern zu, auch dessen Behauptung, nicht er habe Hochverrat begangen, sondern die „marxistischen Novembervbrecher von 1918“. In solcher Steigbügelhalterei sah er sich nicht allein gelassen. Als Neithardt bei der Verlesung des Urteils verkündet, die gesetzlich vorgeschriebene Ausweisung könne auf Hitler nicht angewandt werden, erschollen im Gerichtssaal lautstark Bravo-Rufe. Hitler wußte jedenfalls, was er dem Richter zu verdanken hatte: 1933 wird dieser zum Präsidenten des Münchner Oberlandesgerichtes befördert

Wie günstig der gesamte Prozeß und vor allem das Urteil von München sich für die Rechtsextremen auswirkten, zeigte sich bereits am 6. April 1924, als in Bayern ein neuer Landtag gewählt wurde. Der „Völkische Block“ nahm nach Bayerischer Volkspartei (BVP) und SPD den dritten Rang ein und erhielt mehr als eine halbe Million Stimmen (17,1 Prozent). Ihm fielen 23 der 129 Sitze des Landtages zu. In München erhielt er sogar von allen Parteien die meisten Stimmen, ein Erfolg, der den Nationalsozialisten erst wieder im Juli 1932 gelang. Bei den Wahlen in Mecklenburg-Schwerin gewannen die Völkischen 13 und in Lübeck sechs Mandate. Im Land Thüringen errangen sie mit einer „Liste der Vereinigten Völkischen“ sieben Mandate, was sie Zünglein an der Waage sein ließ, als sich die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterparteien in nahezu gleicher Stärke gegenüberstanden; um regieren zu können, schreckte der Thüringer Ordnungsbund nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen Kräfte in ihre Machtambitionen zu integrieren.

Fortwirkende Beschönigung

Erstmalig zogen die Völkischen nach der Wahl vom 4. Mai 1924 auch in den Reichstag ein. Nahezu zwei Millionen Wähler votierten für die Wahlgemeinschaft von 26 völkischen Verbänden Bayerns, Thüringens, Sachsens, Württembergs, Hessens, Badens und des Rheinlands, deren Kandidaten eine Reichsliste der Vereinigten Nationalsozialistischen und der Deutschvölkischen Freiheitspartei gebildet hatten. Unter ihren 32 Abgeordneten befanden sich auch die rechtskräftig verurteilten und unter die Auflage der Bewährung gestellten Putschisten Ernst Röhm und Wilhelm Frick. Erst als am 7. Dezember 1924 der Reichstag erneut gewählt wurde, gab es Rückschläge, zeitweilige ...

Als sich der bayerische Landtag mit den Ereignissen befaßte und 1928 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß seinen Bericht vorlegte, war erneut zu beobachten: Alles wurde beschönigt, was die Herrschenden in Bayern hätte belasten können. Der Bericht fiel äußerst knapp aus und enthielt nicht einmal die kritischen Positionen des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, der Mitglied des Ausschusses gewesen war. Daraufhin veröffentlichte der SPD-Landesausschuß Teile des von Hoegner zusammengetragenen Materials unter dem Titel „Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal“. Das Buch – es erschien anonym (!) – wertete auch jene Gerichtsakten zum Hitler-Putsch aus, die damals noch vorhanden waren und nach 1933 vernichtet worden sind. Sie belegten eindeutig jenes antidemokratische und die NSDAP fördernde Verhalten, das nur als Kollaboration von Repräsentanten des bayerischen Freistaates mit der NSDAP bezeichnet werden kann und das die Grundlage für eine Prozeßfarce bot, die zu den schlimmsten, leider auch zu den folgenreichsten Erscheinungen deutscher Justizgeschichte gehört.

Dokumentiert. Stimmen zum Prozeß und zu den Urteilen gegen die Putschisten

Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München vom 21. November 1923 über Äußerungen des bayerischen Justizministers Franz Gürtner:

„Er (Gürtner, M.W.) sei tatsächlich außerstande zuzulassen, daß der Hitler-Prozeß vor einem anderen wie vor einem bayerischen Gericht statfinde. Einmal sei ein Transport Hitlers, Ludendorffs oder sonstiger Persönlichkeiten, die in den Putsch verwickelt seien, nach Leipzig schon deswegen ausgeschlossen, weil der Generalstaatskommissar Vollstreckungshandlungen in Verfolg des Republikschutzgesetzes verboten habe. Der Generalstaatskommissar würde daher einen solchen Transport verhindern. Dr. Gürtner sei aber auch politisch außerstande, einem derartigen Ersuchen Folge zu geben; denn mit Ausnahme der Linken seien sämtliche Parteien, und zwar nicht bloß die Anhänger Hitlers, der Auffassung, daß der Prozeß nicht vor dem Staatsgerichtshof stattfinden dürfe, sondern einem bayerischen Gericht vorbehalten bleiben müsse. Keine bayerische Regierung würde sich dieser Stimmung widersetzen können.“

Hitler am 13.12.1923 in einer Unterredung mit dem Staatsanwalt Hans Erhard:

„In Berlin freut man sich natürlich, wenn der Todfeind Hitler eingesperrt wird; aber man soll doch in München nicht vergessen, daß man es in Berlin gern sehen würde, wenn neben dem Herrn Hitler noch einige Herren mehr im Gefängnis säßen.“

„Das Gericht ist der Überzeugung, daß die Angeklagten bei ihrem Tun von rein vaterländischem Geist und dem edelsten selbstlosen Willen geleitet waren. (...) Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig viereinhalb Jahre lang im deutschen Heer Kriegsdienst geleistet, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feind hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, verwundet und sonst an der Gesundheit beschädigt und vom Militär in die Kontrolle des Bezirkskommandos München I entlassen worden ist, kann nach Auffassung des Gerichtes die Vorschrift des § 9 Abs. II des Republikschutzgesetzes (sie sah die Ausweisung von Ausländern, die wegen Hochverrat verurteilt werden, aus Deutschland zwingend vor, M. W.) ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden.“

Rechtfertigung seines Urteil durch den Richter Georg Neithardt im April 1924:

„Den Prozeß würde ich, wenn ich ihn wieder zu führen hätte, nicht um ein Jota anders leiten als geschehen. Es handelt sich beim Hitler-Unternehmen nicht um ein selbständiges, eigenes Unternehmen von Einzelpersonen, sondern um den Kampf zwischen zwei Weltanschauungen (...) Vor allem lag der Prozeßleitung am Herzen, um die Vernehmung der drei Herren von Kahr, von Lossow und von Seißer herumzukommen, denn bei der Gereiztheit der Stimmung der sämtlichen Beteiligten versprach die Vernehmung eine unerquickliche und das Staatsansehen schädigende Szene zu werden.“

Aussage des Strafrechtsprofessors Alexander Graf zu Dohna 1924 in der Deutschen Juristen-Zeitung:

„Es darf nicht verschwiegen werden, daß in erster Linie für die Aufrechterhaltung der Staatsautorität verantwortliche Persönlichkeiten, die einstweilen als Zeugen im Prozeß fungieren, schwere Schuld dadurch auf sich geladen haben, daß sie den ihnen bekannten, seit Monaten offen zur Schau getragenen revolutionären Bestrebungen der Kampfverbände nicht rechtzeitig und nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten sind.“

junge Welt, Mittwoch, 01.04.2009, S. 10.

Gegen den „Feind im Innern“

Am 20. April 1934 übernimmt SS-Chef Heinrich Himmler die Leitung der Geheimen Preußischen Staatspolizei

Mancher Leser des Völkischen Beobachters mag sich am Sonnabend, dem 21. April 1934 arg gewundert haben: Erst an zweiter Stelle, deutlich abgehoben vom eigentlichen Aufmacher, las er von den am Vortag geleisteten neuerlichen „Treuebekanntnissen“ für Hitler, von der Ankündigung eines Sommerurlaubs für die SA sowie von der beabsichtigten „Versorgung“ derjenigen, die sich auf dem Weg zur Macht als „Kämpfer für die nationalsozialistische Bewegung“ ausgezeichnet hätten. In mindestens viermal größeren Lettern wählte das Blatt als Spitzenmeldung: „Reichsführer SS Himmler übernimmt die Leitung der Geheimen Preußischen Staatspolizei“. Ein Bild zeigte zudem den Händedruck, den bei dieser Gelegenheit Hermann Göring in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und der neue Gestapo-Chef ausgetauscht hatten; der eine wie üblich ordensgeschmückt, der andere in leicht geneigter, fast devot und dennoch machtbewußt wirkender Pose.

In der Fülle jener Nachrichten, die im Frühjahr 1934 von inneren Querelen der nur nach außen hin gefestigt erscheinenden Diktatur zeugten, sollte ganz offensichtlich der Botschaft vom neuen Amt Himmlers ein besonderer Platz eingeräumt werden. Was aber war für das Parteiorgan tatsächlich wichtiger als der in anderen Jahren stets hervorgehobene Geburtstag des „Führers“? Sollte lediglich angedeutet werden, daß bestimmte Machtbefugnisse in der NSDAP sich verschoben hatten? Wurde gar an diesem Tag ein Umbau im System der am 30. Januar 1933 errichteten terroristischen Regimes vorhergesagt? Und: Welche Schlußfolgerung war dem Leser wohl aus der zeitgleichen Ankündigung eines Sommerurlaubs für die SA zugemutet worden?

Der Ernennung Himmlers zum Chef der preußischen Geheimpolizei sollten rasch weitere personelle Veränderungen an der Spitze der Gestapo folgen. Ihr bisheriger Leiter Rudolf Diels, der seit 1931 in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums für die „Bekämpfung des Kommunismus“ zuständig gewesen war, verlor seinen Posten und wurde als Regierungspräsident nach Köln abgeschoben. Der neue „Inspekteur der preußischen Geheimen Staatspolizei“ übertrug die Leitung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin an Reinhard Heydrich, der sich nicht allein als Chef der bayerischen Politischen Polizei, sondern auch als „rechte Hand“ Himmlers beim Aufbau des Sicherheitsdienstes der SS hervorgetan hatte. Eine Reihe höherer Beamter wechselte in das Reichsinnenministerium. Das Gros der oberen und unteren Beamten war indessen von den personellen Veränderungen nicht betroffen. Auf die Geheimpolizei trifft es daher durchaus zu, wenn von einer charakteristischen personellen Kontinuität im Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich gesprochen wird.

Nur eine Personalie?

Mitunter wird das Geschehen vom 20. April 1934 vorrangig als eine Personalie betrachtet. Es habe, so liest man es in zahlreichen Darstellungen, einen Machtkampf zwischen Göring und Himmler gegeben, indirekt auch zwischen diesen beiden einerseits und Reichsinnenminister Wilhelm Frick andererseits, der – oft als „Etatist“ bezeichnet – die Gestapo wieder in die allgemeinen Polizeistrukturen eingliedert, vor allem aber seinem eigenen Ministerium unterstellt sehen wollte und sich bereits im Dezember 1933 zu diesem Zweck eine „Denkschrift über den Aufbau einer Geheimen Reichspolizei und eines Geheimen Reichspolizeiamtes“ hatte vorlegen lassen.

Solche Begehrlichkeiten einzelner Nazigrößen waren groß, und schon früh hatten besonders starke Rangeleien um die Verfügungsgewalt über die Polizei – einen der zentralen Bestandteile politischer Machtausübung und -bewahrung – eingesetzt. Sie endeten auch nicht, als mit der Kabinettsbildung vom 30. Januar 1933 die Polizei des größten Landes im Reich direkt dem Befehl Görings unterstellt worden war. Dessen Bestrebungen galten von Anfang an einem wesentlichen Bestandteil des polizeilichen Apparates: der politischen Polizei Preußens, die mit ihren rund tausend Beamten als das größte der geheimen deutschen „Staatsschutzorgane“ jener Zeit galt. Am 26. April löste er die Geheimpolizei Preußens aus dem allgemeinen Polizeiapparat heraus und gab ihr die Stellung einer ei-

genständig agierenden Landesbehörde. Für die neue Dienststelle, das Geheime Staatspolizeiamt, bürgerte sich rasch der griffigere Name „Gestapo“ ein.

Der Zugriff der NSDAP auf die Polizei und deren Formierung zu einem selbständigen Zweig der inneren Verwaltung vollzogen sich im Frühjahr und Sommer 1933 auch in den nichtpreußischen Ländern Deutschlands, teils in anderen Formen sowie unter wechselnden Bezeichnungen. Zumeist waren sie dort mit der Ernennung von SS-Führern zum Chef der neuen Ämter verbunden, wofür Himmler in seiner Eigenschaft als Reichsführer der SS und als Chef der bayerischen Politischen Polizei Sorge trug. „Der Posten, der in Ausübung seiner Pflicht einen Gefangenen erschießt, geht straffrei aus“ – so hatte Himmlers Befehl gelautet, als er das Konzentrationslager Dachau errichten ließ; später postulierte er, die Polizei habe „das deutsche Volk als organisches Gesamtwesen, seine Lebenskraft und seine Einrichtungen gegen Zerstörungen und Zersetzung zu sichern. Die Befugnisse einer Polizei, der diese Aufgaben gestellt sind, können nicht einschränkend ausgelegt werden.“

Nach 1918 wächst Polizeiapparat

Die Verselbständigung des politischen Teils im Apparat der Polizei durch die Naziführung sowie sein weiterer Ausbau zu einer eigenständigen, zentralisierten und flächendeckenden Organisation stellten den vorläufigen Höhepunkt in der langen Geschichte deutscher Geheimpolizeien dar. Bereits im 19. Jahrhundert, vor allem nach der Revolution von 1848/49 sowie verstärkt während der Zeit des Sozialistengesetzes und des Ersten Weltkrieges, aber auch während der Weimarer Republik hatten diese politisch unliebsame, oppositionelle Kräfte zu „beobachten“, deren Wirken „vorzubeugen“ und ihre Strafverfolgung zu unterstützen. Das erfolgte im einzelnen durch das Observieren und Auflösen von Veranstaltungen, mit pressepolizeilichen Maßnahmen und sogenannten nachrichtendienstlichen Tätigkeiten, darunter auch mit dem Einsatz von V-Leuten. Stets bewegte sich die Geheimpolizei in Bereichen, die weit mehr als die öffentliche Sicherheit betrafen und über eine Kriminalitätsbekämpfung hinausgingen. Konflikte mit Gesetz und Recht erwuchsen daraus ebenso wie antisozialistische, antidemokratische und antiparlamentarische Tendenzen, um die Machtsicherungsbedürfnisse der Herrschenden erfüllen zu können, aber auch der Drang zu immer umfassenderen Maßnahmen zum „Schutz“ der bürgerlichen Regierungen.

Der Versuch Emil Eichhorns (USPD), während der Novemberrevolution die politische Polizei abzuschaffen, war rasch gescheitert. Die Politische Polizei wurde statt dessen zunächst unter dem Namen Centrale Staatspolizei mit ehemals kaiserlichen Beamten wiederaufgebaut. In Preußen, aber auch in den anderen deutschen Ländern gewann sie wachsende Eigenständigkeit vor allem gegenüber der Kriminalpolizei. Zwar gab es ständig Klagen über Personalmangel und eine „chronische Unterbesetzung“, doch die Zahl ihrer Mitarbeiter wuchs zumindest in dem Maße wie die der Polizei überhaupt anstieg: Gab es im Kaiserreich etwa 80.000 Polizeibeamte, so waren es in der Weimarer Republik – trotz der im Versailler Friedensvertrag fixierten Gebiets- und Bevölkerungsverluste – annähernd 150.000, wovon lediglich etwa 90.000 Mann zur allgemeinen Schutzpolizei gehörten. Und natürlich bezeugen nicht allein diese Zahlen, wie nach der Novemberrevolution Regierende die „sicherheitspolizeilichen“ Erfordernisse einschätzten und welche Schlußfolgerungen sie aus der Tatsache gezogen hatten, zunehmend die sogenannten inneren Unruhen ohne Einsatz der – zahlenmäßig im Versailler Friedensvertrag auf 100.000 Mann begrenzten – Reichswehr bewältigen zu müssen. Geheimpolizeilich wirksam war auch das Amt des Reichskommissars zum Schutz der Öffentlichkeit, dem 1929 die „Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern“ hervorging. Diese erfaßte bis Anfang 1933 in ihren Listen rund 500.000 Namen potentieller „Täter“; auf ihrer Grundlage wurden bekanntlich in den ersten vier Monaten nach dem Reichstagsbrand allein in Preußen 25.000 Personen verhaftet sowie in einem der zahlreichen neu entstandenen, zumeist von der SA verwalteten Konzentrationslager interniert.

Anfänglich hatten in der Weimarer Republik sowohl die KPD als auch das völkisch-faschistische Lager als Objekt geheimpolizeilicher Beobachtung gegolten. Zwischen 1928 und 1932 führte das u. a. 200mal zu einem zumeist sehr kurzfristig wirksamen Verbot von 80 Tageszeitungen der NSDAP, ebenso zur Beschlagnahme von 145 Flugblättern dieser Partei. Ergebnislos blieben die Denkschrif-

ten, auf deren Grundlage ein Verbot der Nazi­partei hätte vorbereitet werden können – nicht allein die Weimarer Justiz war auf ihrem rechten Auge blind!

Die Folgen solcher „Blindheit“ sollten sich bereits 1932 zeigen, als in der Politischen Polizei erhebliche personelle und strukturelle Veränderungen durchgesetzt werden konnten. Man könnte fast sagen, daß sich der geheimdienstliche Blick gegen links in dem Maße verstärkte wie deren Rang im Kräfteverhältnis der politischen Parteien abnahm. Der neue Geschäftsplan der preußischen Politischen Polizei sah im letzten Jahr der Weimarer Republik nur noch die Zuständigkeit eines einzigen Dezernats zur Beobachtung der NSDAP und zusätzlich eines Parteienspektrums vor, das von dieser und der DNVP bis zur Sozialdemokratischen Partei reichte. Was gegen die Nazis unternommen wurde, kam lediglich mehr oder weniger schmerzhaften, letzten Endes jedoch kaum ernst gemeinten Nadelstichen gleich. Demgegenüber existierten fünf (!) Dezernate, die sich der Observierung der KPD und anderer linker Organisationen zu widmen hatten. In ihnen betrafen Ernennungen und Beförderungen in der Regel nur noch Angehörige reaktionärer Studentenkorps sowie Mitglieder und Sympathisanten von NSDAP und DNVP. Zugleich nahmen antisemitische Gesinnung und Aktionen zu. Christoph Graf, ein Historiker, der sich intensiv mit der Entwicklung der Politischen Polizei in den Weimarer Jahren befaßt hat, schlußfolgerte: „Insbesondere im Bereich der Politischen Polizei läßt sich eine sehr weitgehende organisatorische, faktische und personelle Kontinuität von der Kommissariatsregierung von Papens und Brachts zu derjenigen Hitlers und Görings feststellen, ist der ‚zweite Preußenschlag‘ Görings vom Februar 1933 nichts anderes als die logische Fortsetzung des ersten vom Juli 1932.“

„Verreichlichung“ der Gestapo

Neben der quantitativen Verstärkung – bis zum Kriegsende, so stellte es nach 1945 der Nürnberger Gerichtshof fest, sollen der Gestapo etwa 50.000 Mitarbeiter angehört haben – und einer zunehmenden Verselbständigung der Politischen Polizei galt die Aufmerksamkeit der NSDAP im Prozeß der Festigung und des Ausbaus des neuen Machtsystems auch der Zentralisierung dieses Bestandteils ihres repressiven Apparates; eine föderalistische Beschränkung paßte einfach nicht in das System faschistischer Herrschaftssicherung. Von „Verreichlichung“ war im damaligen Sprachgebrauch oft die Rede. Ihr galten im Frühjahr 1934 alle Maßnahmen der Hitler-Regierung und der NSDAP, darunter das am 30. Januar verkündete „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“, das am 20. Januar beschlossene „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ sowie die zahllosen Strafrechtsverschärfungen und die Schaffung eines neuen „Volksgerichtshofes“, der alle Verfahren in Fällen von Hoch- und Landesverrat zu übernehmen hatte.

Tagespolitisch verknüpfte sich jedoch alles mit den zunehmenden Auseinandersetzungen um die SA und deren Platz im faschistischen Regime. Die SA-Oberen wollten eine größere Rolle vor allem im militärischen Bereich als bislang zugestanden erreichen und hatten zudem das Gerede von einer „zweiten Revolution“ in Umlauf gebracht. In diesem Zusammenhang bot sich sowohl für Göring als auch für Frick an, der SS den Rücken zu stärken und nun auch deren Bestrebungen zu unterstützen, sich die Politischen Polizeien aller Länder zu unterstellen. Himmler hatte dies bis dahin zwar in den nichtpreußischen Ländern (mit Ausnahme von Lippe) erreichen können, doch glich das eher einer Ämteranhäufung denn zielgerichteter Aktion zur Schaffung eines einheitlichen und allein dadurch auch schlagkräftigeren Apparates der Geheimpolizei. Dies zuwege zu bringen war ohne Preußen nicht möglich.

Insofern stellt die Entscheidung vom 20. April 1934 keine Wende im hitlerfaschistischen Herrschaftskonzept oder gar einen grundsätzlichen Neubeginn des Terrorsystems dar, wohl aber bot sie einen wichtigen Ausgangspunkt für den sich verstärkenden Einfluß der SS. Der weiteren Entwicklung des Repressivapparates war nun eine an die SS gebundene Richtung gewiesen. Die Weichen zeigten sich gegen die Bestrebungen der SA und zu Gunsten der SS gestellt, in der Heydrich zugleich sehr zielstrebig den eigenen Sicherheitsdienst (SD) ausbaute. Es gehört unmittelbar zur Vorgeschichte der mörderischen Aktionen gegen die SA-Führung vom 30. Juni, daß Rudolf Heß in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Führers den SD zum einzigen Nachrichtendienst der NSDAP

erklärte. Für die Gestapo zahlte sich alles auch ganz profan in einer Erhöhung der ihr zur Verfügung gestellten Mittel aus: Hatten sich ihre Ausgaben 1933 auf eine Million Reichsmark belaufen, so sollte der Etat vier Jahre darauf bereits die 40-Millionen-Grenze erreichen.

Im Frühjahr 1934 verlegte Himmler Schritt für Schritt den Führungsapparat der SS von München nach Berlin, wo dieser sich im Prinz-Albrecht-Palais einquartierte, einem Gebäude, dessen Name seitdem als furchterregendes Synonym der Gestapo gesehen wird. Von hier aus machten sich die neuen Herren, vor allem Heydrich, der Leiter des Gestapo-Amtes, seit Ende April ans Werk, die unzufriedene und unbotmäßig eine „zweite Revolution“ fordernde SA – zugleich mit ihren vier Millionen militärisch ausgebildeten Mitgliedern in jeder Hinsicht auch ein ernsthafter „Konkurrent“ der Reichswehr – zur Räson zu bringen. In Übereinstimmung mit führenden Generälen der Reichswehr sammelte er eifrig Material, das die angeblich hochverräterischen Pläne des SA-Chefs Ernst Röhm belegen sollte. Unter seiner Regie entstanden makabre Todeslisten, die im Laufe der Zeit immer länger wurden, und wurden die Mordkommandos formiert. Gebraucht wurde schließlich nur noch ein augenfälliger Anlaß für die systematisch vorbereitete „Enthauptung“ der SA, die am 30. Juni 1934 erfolgte und für die der SS aus den Beständen der Reichswehr Kasernen, Waffen und Transportmittel zur Verfügung gestellt worden waren.

Bereit für größere Verbrechen

Zusätzlich zum Bündnis zwischen Göring und Himmler kam für letzteren also in dieser Zeit das fördernde Wohlwollen der Militärs noch hinzu. Im Ergebnis sollten sich die Bereitschaft zum intensiven Einsatz geheimpolizeilicher Mittel und der organisierte Massenmord als Grundstock des weiteren Aufstiegs von SS und Gestapo und für ihre verbrecherische Tätigkeit erweisen. Auch mit den personellen Entscheidungen vom 20. April 1934 waren wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden, die Politische Polizei als ein zuverlässiges, umfassend und leider auch sehr erfolgreich arbeitendes Machtinstrument des faschistischen Regimes auszubauen. Ihre Herauslösung aus bisherigen administrativen Zusammenhängen vollzog sich parallel zur Beseitigung rechtlich gesetzter Schranken und erlaubte ihr, in weitaus höherem Maße als zuvor willkürlich und von keinerlei Gesetz gedeckt vorzugehen. Ihr wurden mehr und mehr auch Aufgabenbereiche zugewiesen, die über die Verfolgung jeglichen politischen Widerstandes gegen das Diktatorsystem hinaus reichten und – mit Hannah Arendt gesprochen – „positiv“ einer Verwirklichung nationalsozialistischer Grundideen, d. h. dauerhaft einer Festschreibung der erreichten Machtverhältnisse dienen sollten.

Als Göring am 20. April 1934 dem SS-Führer die gewünschte Hand geboten hat, mag er vielleicht noch gedacht haben, es gehe diesem lediglich um einen Versuch, alle föderalen Einrichtungen der Politischen Polizei zu koordinieren, und er könne auch weiterhin selbst – wie Peter Longerich in seiner jüngst vorgelegten umfangreichen Himmler-Biographie schreibt – den geheimpolizeilichen Apparat kontrollieren. Doch dies war naiv angesichts aller Kriegsvorbereitungen, bei denen die Sicherung der „Heimatfront“ wesentlichen Raum einzunehmen hatte, naiv angesichts aller bürokratisch-strukturellen Folgerungen aus dem aggressiven nationalistisch-rassistischen Ideologiekonstrukt des Nationalsozialismus, naiv aber auch gegenüber der Person des SS-Reichsführers. Dessen Intentionen reichten weit über die Grenzen des von Göring und Frick abgesteckten Feldes geheimpolizeilicher und allgemeiner polizeilicher Gewalt hinaus. Dies zeigte sich nicht nur bei den Aktionen vom 30. Juni 1934, sondern im flächendeckenden Ausbau striktester Überwachung der Bevölkerung, beim Einsatz in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, im Umgang mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie nicht zuletzt bei der Ermordung mehrerer Millionen europäischer Juden. Mit dem Aufstieg der SS kamen auf Himmler auch persönlich neue Funktionen zu: 1936 wurde er Chef der gesamten deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943 Reichsinnenminister und 1944 Befehlshaber des Ersatzheeres.

Mit der Übernahme der Geheimpolizei und dann der gesamten Polizei durch die SS fand nicht statt, was mitunter als deren „Entstaatlichung“ charakterisiert worden ist, auch gab es kein „Verlöschen der staatlichen Verfügungsgewalt über die Polizei“, wie in der geschichtswissenschaftlichen Literatur mitunter zu lesen ist. Partei, SS, Gestapo usw. stellten eng mit einander verwobene, im Einzel-

fall durchaus auch gegeneinander arbeitende, doch in der terroristischen Politik grundsätzlich harmonisierende Elemente des auf nationalistischen, rassistischen und militaristischen Fundamenten beruhenden faschistischen Herrschaftsapparates dar.

junge Welt, Montag, 20.04.2009, S. 10.

Die Partei mit dem Hakenkreuz

Zum Neuerscheinen der „Geschichte der NSDAP“. Fortschritte und Grenzen der Forschung

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Ende der neunziger Jahre wurde in Deutschland viel von der Rolle der Wehrmacht, wenig von jener der NSDAP geschrieben. Deren einstige Parteigänger hatten das siebente Lebensjahrzehnt überschritten und es aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellungen in der Bundesrepublik schon vordem fertiggebracht, daß über die Rolle der NSDAP an ihrem jeweiligen Lebensort und damit auch über ihre eigene weithin geschwiegen wurde. Als dieses Gebot am Beginn der achtziger Jahre – da entstand die ursprüngliche Fassung unseres Buches – in der bayerischen Mittelstadt Passau von einer jungen Frau verletzt wurde, traf sie auf zähen Widerstand, dessen Geschichte inzwischen von der Forscherin und in einem Spiel- und einem folgenden Dokumentarfilm geschildert wurde. Die „Nestbeschmutzerin“ hat Deutschland 1994 den Rücken gekehrt. Ein Jahr darauf wurde der Öffentlichkeit die sogenannte Wehrmachtsausstellung gezeigt. Sie zog für Jahre die Aufmerksamkeit auf die Rolle der erobernden Streitmacht des deutschen Imperialismus. Insbesondere im Zusammenhang mit den politischen Debatten über unabgerufene Bankkonten der ermordeten Juden und die Entschädigung der überlebenden, zumeist osteuropäischen Zwangsarbeiter, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt worden waren, intensivierten sich Forschungen und Publikationen zur Geschichte von Bank- und Industrieunternehmen. Doch wurde auch dort, wo das nahelag, kaum auf den Anteil der NSDAP-Organisationen beispielsweise an der Bewachung der ausländischen Arbeiter eingegangen.

Blick in die Provinz

Die im letzten Jahrzehnt erschienenen Untersuchungen der Geschichte der NSDAP lassen vor allem die Regionalisierung und Lokalisierung des Forschungsinteresses erkennen. Selten sind Publikationen, die das weitverzweigte Parteigefüge, die NSDAP samt ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden als Ganzes in den Blick nehmen. Eine Ausnahme macht eine Untersuchung des Ranges und der Inhalte der Tagungen der Reichs- und Gauleiter. Hingegen wurde die Geschichte von territorialen NSDAP-Organisationen in Gauen, Kreisen und Städten bis in viele Details erforscht. Zu solchen räumlich weiter greifenden Darstellungen gehören die über die NSDAP in einzelnen Ländern und Gauen, so in Mecklenburg-Lübeck, Pommern, Ostpreußen, Bayern, Hamburg, Salzburg und Thüringen sowie in dem kleinen Ländchen Lippe, das in der Parteigeschichte vor allem wegen der propagandistisch aufgewerteten Landtagswahlen Anfang 1933 ein Interesse beanspruchen kann.

Querschnittsstudien widmen sich den Ortsgruppen, von denen es 1939 28 376 gab, als Basis des Organisationsgefüges und den in ihnen agierenden Funktionären, also denen am unteren Ende der Führerhierarchie. In diese Literaturgruppe gehören Analysen zu Gestaltung und Wirkung von NSDAP-Versammlungen sowie zu Wahlen und Abstimmungsergebnissen. Für weitere Städte wurden Weg, Platz und Rolle der örtlichen NSDAP untersucht, so für Burghausen, Coburg, Eisenach, Hildesheim, Linz, München, Passau, Schleiz, Wiesbaden und darüber hinaus für Stadtteile Berlins und Hamburgs und da wiederum für solche, die vordem zu den „roten“, von Sozialdemokraten und Kommunisten dominierten zählten, so für Friedrichshain und Elmsbüttel. Auch die Arbeiten zur Geschichte der NSDAP-Organisationen im brasilianischen Rio de Janeiro und im „Heiligen Land“ sind dieser Reihe zuzuordnen. Eine Untersuchung spürt Finanzquellen des NSDAP-Außenpostens in der Tschechoslowakei, der Sudetendeutschen Partei, nach.

Auch Publikationen zur Geschichte von Gliederungen der NSDAP gelangten auf den Buchmarkt, darunter solche über die SA, über einzelne Aspekte der Tätigkeit der SS sowie über das Nationalsozialistische Kraftfahrer-Korps (NSKK), einer Gliederung, die 1941 500.000 Mitglieder zählte, über den Bund Deutscher Mädel (BDM) und die Hitlerjugend (HJ), die ein kanadischer Historiker in einem Überblick dargestellt hat, der sich an nichtdeutsche Leser wendet. Untersucht wurde das

Wirken des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und des Nationalsozialistischen Dozentenbundes an einzelnen Universitäten. Aufschlußreiche Details wurden auch zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) veröffentlicht, der größten Organisation, die als ein der NSDAP angeschlossener Verband galt und Robert Ley, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, unterstand. Eine Spezialstudie galt der Geschichte der SA in Berlin und Brandenburg mit dem Schwerpunkt ihrer „Kampfzeit“. Studien liegen auch vor zu den am Ende des Krieges von der Partei gegründeten Verbänden des „Deutschen Volkssturms“ und ebenso zum „Werwolf“. Verstärkt hat sich die Untersuchung zur Rolle von Frauen in der NSDAP bzw. im „Dritten Reich“.

Karrieren, Korruption, Privilegien

Eine andere Gruppe von Arbeiten bietet Einzelbiographien von Naziführern. Die Reihe der Studien über Hitlers Rolle als Ideologe und Führer der Partei ist erneut verlängert worden, begleitet von einer Vielzahl publizistischer Äußerungen, die Norbert Frei 2005 zu der Feststellung „Soviel Hitler war noch nie“ veranlaßte, und zu lebhafter Kritik an den Tendenzen einer Überbewertung der Rolle Hitlers führte. Den bedeutendsten biographischen Beitrag zu Hitler hat Ian Kershaw mit seinem zweibändigen Werk geliefert. Vermehrt wurde auch die Zahl der Publikationen über Angehörige des engeren Kreises seiner Mitführer. Weitergreifende Veröffentlichungen befassen sich mit der Rolle der Korruption im Partegefüge, deren Wirkung in die Gesellschaft und dem Lebenswandel der Funktionäre sowie deren Privilegien.

Manche Autoren dieser Arbeiten betonen mitunter vor allem die Streitigkeiten innerhalb der NS-Elite um Plätze und Karrieren. Es zeigt sich, daß diese namentlich 1933 nach der „Machtergreifung“ gehäuft auftraten, aber die ganze Parteigeschichte begleiteten. Für diese Rivalitäten gibt es von allen Ebenen und aus allen Jahren Quellenmaterial. Doch besaßen sie keineswegs immer dem System abträgliche Folgen und Wirkungen. Mitunter machen die Überzeichnung individueller und die Vernachlässigung der gemeinsamen, das Parteiführerkorps verbindenden Interessen die Erfolge des Regimes rätselhaft. Sie folgen unkritisch der verbreiteten Mißdeutung des deutschen Faschismus als polykratisches Ämterchaos oder Herrschaft eines „schwachen“ Diktators. Begründet wurde dem entgegengesetzt: „Gleichwohl ist der Blick auf die rationalen Elemente nationalsozialistischer Herrschaft unabdingbar, um die Funktionsweise des Regimes zu verstehen und einseitige oder wenigstens überzeichnete Urteile zu vermeiden.“ Und daran wurde die naheliegende Frage geknüpft: „Wie sonst ließe sich die auf vielen Gebieten ganz unübersehbare mörderische Effizienz des Regimes bis in die letzten Kriegstage hinein angemessen erklären?“

Eine dritte Gruppe bietet Untersuchungsergebnisse über spezielle Einrichtungen der NSDAP, so den Franz Eher-Verlag und den Völkischen Beobachter, die sogenannten Ordensburgen und das SS-Ahnenerbe, über besondere Institutionen wie die Parteigerichtsbarkeit, herausragende Aktivitäten wie die Reichsparteitage, die Tätigkeit von Fraktionen der NSDAP während der Jahre der Weimarer Republik im Reichstag und im Bayerischen Landtag und zur Kommunalpolitik.

Die dritte Forschergeneration

Wie steht es um den Ertrag dieser vielfältigen Anstrengungen? Bei ihrer Durchmusterung ist zu berücksichtigen, daß die Forschungen zur Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Partei ein halbes Jahrhundert nach dessen Zerschlagung und dem von den Siegermächten ausgesprochenen Verbot der NSDAP weit getrieben sind. Nun nimmt bereits die dritte Generation von Forschern an dieser Arbeit teil, so daß es kaum einen Gegenstand oder ein Thema gibt, auf die sich das Interesse der Spezialisten nicht erstreckt hätte. Doch auch dort, wo Bekanntes erhärtet wurde, hat es dadurch an Farbe und Einprägsamkeit gewonnen. Vor allem aber ist ein ungleich genaueres Bild über das Wirken der Partei an der Basis der Gesellschaft schon in der Weimarer Republik und dann in den zwölf Jahren der faschistischen Diktatur entstanden. Bereichert wurde das Wissen über die Tätigkeit in den NSDAP-Kreisen, -Ortsgruppen, -Zellen und den politischen Alltag der in den Leitungen tätigen Hoheitsträger und Amtswalter und das bis hin zu den untersten Funktionären, den Blockleitern, -warten und -helfern. Der Streit, ob die Partei nach 1933 an Bedeutung verlor und diese erst unter den Bedingungen des Krieges zurückgewann, ist durch den dichten Nachweis ihrer

Aktivitäten in Wohnorten und -gebieten während der Vorkriegsjahre als erledigt anzusehen. Nachgewiesen wurde, daß die Durchschlagskraft der Innenpolitik der Machthaber ohne den Einsatz der Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleiter nicht gedacht werden kann. Ihre Rolle war weder durch die Auftritte der obersten Führer von Hitler bis zu den Gau- und Kreisleitern noch durch den Einfluß von Presse, Rundfunk und anderen Propagandamitteln, weder durch den Druck der Repressivorgane noch durch das Wirken der Führer und Funktionäre in den staatlichen Dienststellen, Werken und Fabriken zu kompensieren.

Die vorgebliche Arbeiterpartei

Erheblich bereichert wurde auch unser Wissen über die soziale Zusammensetzung des Führerkorps, wofür es nun für einzelne Regionen und Orte sehr verlässliche Angaben gibt. Durch sie ist die bekannte Tatsache, daß der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft dieser „Arbeiterpartei“ weit unter dem Prozentsatz der Arbeiter in der Gesellschaft lag, durch den Nachweis erweitert worden, daß Arbeiter auch im unteren Funktionärskorps prozentual weit unterrepräsentiert waren, ja daß die Gruppe der Kreisleiter nach unten hin geradezu abgeschottet war. Doch auch unterhalb dieser mittleren Ebene nahmen Arbeiter an der Tätigkeit der NSDAP in den Wohngebieten kaum teil, wie Meldungen des Sicherheitsdienstes 1939 vermerkten, waren sie doch in den Betrieben und durch das dort herrschende Arbeitstempo ohnehin überbeansprucht. Schon frühere Forderungen der Parteizentrale, diesen für die Wirkung der NSDAP in Betrieben, Werkstätten und proletarischen Wohnquartieren unwillkommenen Zustand zu bessern, waren ins Leere gestoßen.

Korrigiert wurde ferner das Bild, daß die „kleinen Hitler“, die an der Spitze von Kreisen und Städten, in Wohnvierteln der Städte hauptberuflich oder ehrenamtlich die Aktivisten der Partei waren und sich im mit den Jahren zunehmenden Goldschmuck ihrer Uniformen zeigten, auf normalen Berufswegen gescheiterte, primitive, einfältige, kurzum wenig oder ungebildete Männer gewesen wären, die nur Befehle und Weisungen auszuführen vermochten. Eine Untersuchung über die beiden Gaue in Westfalen konnte zeigen, daß die meisten Kreisleiter eine über die achtklassige Schule hinausgehende Ausbildung durchlaufen hatten, die ihnen durch ihre Herkunft aus den sogenannten Mittelschichten, den oberen eingeschlossen, ermöglicht worden war. Viele hatten sich in jungen Jahren gegen eine zivile und statt dessen für eine Parteikarriere entschieden. Ihr vor 1933 getroffener Entschluß ließ die meisten von ihnen nach der Machtübergabe in der NSDAP-Hierarchie oder im Staatsapparat steil aufsteigen und nicht wenige hochbezahlte Stellungen und Macht gewinnen.

Dieses Bild von der sozialen Struktur der Hoheitsträger verlängert sich nach unten und wird selbst durch eine Analyse der Mitgliedschaft von NSDAP und SA in einer Ortsgruppe im proletarisch geprägten Teil des Berliner Nordens bestätigt. Bei aller Lückenhaftigkeit des auswertbaren Materials läßt sich sagen, daß die SA, was für ihre Organisation in Berlin und Brandenburg insgesamt konstatiert wurde, auch in dieser Gegend in der Mehrheit Angehörige der Mittelschichten umfaßte, die nahezu zwei Drittel der Mannschaft stellten.

Vielgliedrige Herrschaft

Während die Forschungen des letzten Jahrzehnts dem Bild von der Tätigkeit der NSDAP in den Wohngebieten Tiefenschärfe gegeben haben und die dort erstrebte und erreichte Beeinflussung, Ausrichtung und Kontrolle der Volksgenossen nach Inhalt und Methode weiter aufgeheilt wurde, läßt sich Gleiches vom Wirken der NSDAP in den Betrieben, dort vor allem durch die Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront (DAF) nicht sagen. Deren Rolle, ausgefüllt in Zusammenarbeit mit Betriebsführern, Residenten und Abgesandten von Gestapo und Sicherheitsdienst sowie Beauftragten der Rüstungsinspektionen, später auch gemeinsam mit dem Bewachungspersonal von Kriegsgefangenen, war für das Funktionieren und die Verfolgung der Ziele des Regimes von noch größerer Bedeutung als das Verhalten in den Wohnquartieren. Indessen dürfte die Arbeit der dortigen NS-Funktionäre mit weniger bürokratischem Aufwand ausgeführt worden sein. Das erschwert die Rekonstruktion eines plastischen Bildes davon, wie in Werken, Gruben und Fabriken von den deut-

schen männlichen und weiblichen Belegschaftsangehörigen mit eiserner Hand Arbeitsdisziplin erzwungen wurde.

Zu den Forschungslücken, die zum größeren Teil wohl auf den Mangel verlässlicher Quellen zurückgehen, gehört auch das diffuse Feld der Verbindungen der mittleren Führer der NSDAP zu den Oberschichten der kapitalistischen Gesellschaft, zu den Eignern von industriellen Betrieben, den adligen und bürgerlichen großen Grundbesitzern, den Honoratioren der Städte, aber auch zu als „Arbeiter der Stirn“ bezeichneten Intellektuellen. Die Mehrheit der Publikationen über die Rolle der Kreisleiter wirft die Frage ihres Ansehens unter den „Volksgenossen“ auf, nicht aber die nach ihren Kontakten zu den Angehörigen der traditionellen Führungsschichten.

Was ergeben diese Forschungsergebnisse nun insgesamt für die Bestimmung des Platzes, der Rolle und des spezifischen Gewichts der NSDAP im Machtapparat des Regimes und des gesellschaftlichen Systems, in dem sie eine Stütze, ein Pfeiler, eine Säule – alle diese Bilder werden gebraucht – war? Rechtfertigen sie den in der Bundesrepublik zur Charakteristik des faschistischen Staates noch immer vorherrschenden unerklärten Gebrauch der Begriffe Herrschaft der NSDAP, Parteiherrschaft oder/und abgekürzt NS-Herrschaft? Hinter ihnen verschwinden die anderen Herrschaftszentralen und -instrumente, die erst in ihrer Summe und ihrem Zusammenwirken erreichten, was hier der Partei, wenn nicht allein, so doch zuerst zugeschrieben wird. Das war das Eigenbild der Nazipropaganda, das den Parteimitgliedern gefiel, weil es ihnen schmeichelte, wie auch beispielsweise Hitlers 1934 getroffene Aussage, die Partei befehle dem Staat. Die NSDAP war und blieb mit dem Apparat des Staates, den Kommandozentralen der Wirtschaft und des Militärs ein, jedoch nicht der Träger und mit ihren Hunderttausenden Funktionären und Millionen Mitgliedern eines der Instrumente der Herrschaft. In keinem Moment, auch nicht als das Regime mit den Kriegsniederlagen zunehmend seiner Endkrise entgegenging, hat sie sich in Gesellschaft und Staat als alles entscheidende und beherrschende Kraft durchsetzen können, was nicht ausschloß, daß sich in einer Region oder Stadt ein Kreis- oder Ortsgruppenleiter in den Stunden der Agonie zum „Alleinherrscher“ aufschwang und mit seinen Weisungen und Befehlen als ein Volkssturmkommandeur den Krieg verlängerte. Doch hatten auch solche „Goldfasane“ ins Glied zu treten, sobald ein Offizier der Wehrmacht oder der Waffen-SS auftauchte. Bilder aus Grenzsituationen für das Ganze zu nehmen, erzeugt Verzeichnungen. Partei und Gesellschaft sind im Verlauf der Existenz des Regimes auch nie „identisch“ geworden, auch hat es keine Usurpation des Staates durch die Partei gegeben.

Von Taten und Strafen

Alle Varianten der Überhöhung der Rolle der NSDAP haben ihre politische Wurzel im unmittelbaren Nachkrieg und in dem Bestreben, Verantwortung und Schuld für die Verbrechen des Regimes auf die Parteiführer, die „Bonzen“, zu wälzen und die anderen beteiligten Organisationen und Personen vor Vorwürfen, Anklagen und Gerichtsprozessen zu schützen. Dieser zeitweilig verwirklichte Vorsatz wirkt in der Geschichtspublizistik bis heute nach. Gegen den Versuch, die NSDAP allein an den geschichtlichen Pranger zu stellen, erhob sich jedoch Widerspruch, der seinerseits wiederum die Gefahr einer zu geringen Bemessung des Anteils der Partei, ihrer Gliederungen und Einrichtungen an der Stabilisierung des Systems und dessen Aktionen mit sich brachte. Wie auf anderen Feldern bleiben wegen des Fehlens exakter Meßmethoden auch hier Ermessensspielräume. Doch haben gerade die Forschungen über die Rolle der Politischen Leiter an der Basis der Gesellschaft gezeigt, daß diese Personengruppe, unabhängig von ihrem vergleichsweise geringen Ansehen in der Bevölkerung, für das Funktionieren des Regimes unentbehrlich und unersetzlich war.

Zu den Erträgen der jüngsten Forschungen gehört schließlich, daß für die Zugehörigen dieser mittleren Führungsgruppe (Kreisleiter der NSDAP und ihnen gleichzustellende NS-Funktionäre) ermittelt wurde, wie die Alliierten und dann die entstehenden deutschen Staatsorgane mit ihnen nach 1945 verfahren, wie sich ihre Biographien fortsetzten, als sie Internierung, „Entnazifizierung“ und – eine Minderheit – auch Gerichtsverfahren und Strafhaft hinter sich hatten. Wenn darüber auch kein vollständiges Bild – die Forschungen erstrecken sich zumeist auf die drei westlichen Besatzungszonen und deren Länder – existiert und wegen der Quellenlücken wohl auch nicht zu gewinnen sein

wird, so läßt das Erforschte doch eine gesicherte generelle Vorstellung zu, zumal sich das Vorgehen der britischen, US-amerikanischen und französischen Militärbehörden nach anfänglichen Besonderheiten alsbald nivellierte. Die meisten Angehörigen des einstigen NS-Korps wurden als minderbelastet eingestuft und ihnen auferlegt, sich politisch nicht zu betätigen. Damit war ihnen die Rückkehr in zivile Tätigkeiten und zu einem unauffälligen gutbürgerlichen Leben eröffnet, eine Möglichkeit, die sie auch wegen ihrer Beziehungen bald verwirklichen konnten. Für die Minderheit, die zu Freiheitsstrafen verurteilt wurde, die großenteils durch die Jahre der Internierung als verbüßt galten, ist bisher nicht verläßlich ermittelt, wie sich die Delikte gruppieren lassen, die den Gerichtsurteilen zugrunde lagen. Doch gründeten sie sich nicht auf eine denkbare generelle Beurteilung ihres maßgeblichen Anteils an der Verwirklichung einer verbrecherischen Politik bzw. der Schaffung dafür unerläßlicher Voraussetzungen, sondern jeweils auf einzelne Tatbestände wie die brachiale Verfolgung von Regimegegnern 1933, die antijüdischen Aktionen des November 1938, die Mißhandlungen und Tötungen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und die Verbrechen der sogenannten Endphase an deutschen „Volksgenossen“, die nicht kämpften, desertierten oder kapitulieren wollten. Doch blieben an politischen Gegnern und Widerstandskämpfern begangene Verbrechen meist außerhalb der Strafverfolgung.

junge Welt, Freitag, 24.04.2009, S. 10.

Mit Demagogie und Druck

„Keiner soll hungern, keiner soll frieren“ – Sinn und Ergebnis des ersten Winterhilfswerks 1933/34

Blinder Erwartungstaumel, hoffnungsvolles Sehnen nach wirklichen Veränderungen und der Gedanke, die neue Regierung werde auch die eigene Not beheben, in die man während der großen Weltwirtschaftskrise geraten war – all das ließ bereits 1933/34 kritische Zeitgenossen fragen, worin die Ursachen der teilweise enthusiastischen Zustimmung eines großen Teils der Deutschen zur unheilvollen Politik der an die Macht gebrachten NSDAP und ihres „Führers“ zu suchen wären. Sie konnten nicht übersehen, daß – so ernüchternd auch die praktischen Ergebnisse der Sozialpolitik des neuen Regimes waren – allzu viele Menschen schlicht und einfach an eine Wendung zum Besseren glauben wollten, ja glaubten. Was verständlich sein mochte in einer Situation, die nach wie vor von den schlimmen Folgen der 1932 ihren Tiefpunkt erreichenden großen Weltwirtschaftskrise geprägt war. Viele wähten auch, den in Umlauf gesetzten Parolen vertrauen zu können, jenen zahlreichen Versprechungen, die akute Not der Arbeitslosen und Armen energisch bekämpfen zu wollen, energischer zudem, als es unter den Reichskanzlern Brüning, Papen und Schleicher geschehen sei. In der Tat hatten in der Republik weder die vielen konkurrierenden politischen, kirchlichen und karitativen Organisationen noch die Kommunen propagandistisch und organisatorisch eine wirkungsvolle Aktion zustande bringen können; der Gesamtwert an Geld- und Sachspenden überstieg 1931/32 und 1932/33 jeweils kaum bescheidene 90 Millionen Reichsmark.

Propagandamaschine

Auch wenn die Nazis das Winterhilfswerk nicht erfunden hatten, sie setzten es nun als regierende Partei lautstark und effektiv in Szene. Die Sammelaktionen wurden von einem nahezu unermeßlichen Propagandarummel begleitet. Von der „Volksgemeinschaft“ ging hauptsächlich die Rede, aber auch vom Volk, das sich selbst helfen müsse. Hitler beschwor, als er am 13. September 1933 das erste nationalsozialistische „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ (WHW) eröffnete, die „nationale Solidarität“, die er als „blutmäßig ewig begründet“ der internationalen Solidarität der „Marxisten“ entgegensetzte. Er appellierte an den bereits im Weltkrieg bewiesenen Opfersinn der Deutschen und kündigte den Armen, Hungernden und Frierenden sofortige Hilfe an. Was da als sich bewährender „Sozialismus der Tat“ gepriesen wurde, sollte die Gefahr sozialer Unruhen bannen.

Träger des WHW wurde die 1931 gegründete, aus lokalen Anfängen in Berlin entstandene Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), geleitet von Erich Hilgenfeldt, einem ehemaligen Offizier. Als eine der NSDAP angeschlossene Organisation gewann sie, vor allem, weil das WHW zur Dauereinrichtung geriet, Bekanntheit und zunehmendes Gewicht innerhalb des faschistischen Organisationensystems. Erfaßte sie 1934 rund 3,7 Millionen Mitglieder, so sollten es 1941 bereits fast 16 Millionen sein. Die NSV warb permanent zahlende Mitglieder aus allen Volksschichten, die sich wie die Angehörigen aller anderen Organisationen mit besonderen Ansteckzeichen kenntlich zu machen hatten. Sie vergab Plaketten, die angebracht an Geschäfts- und Wohnungstüren die Spender auswiesen, mitunter aber auch vor anderen aufdringlichen Werbern oder weiteren Belästigungen schützen konnten.

Die NSDAP – die zwar das Monopol der Winterhilfe beanspruchte, formell aber Hilgenfeldt als staatlichen „Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk“ und Chef einer entsprechenden „Reichsarbeitsgemeinschaft“ agieren ließ – zeigte mit der Kampagne, wie virtuos sie Korruption, Demagogie und Druck verbinden konnte. Sie schickte die Mitglieder von SA, SS und HJ mit Sammelbüchsen auf die Straßen, ließ sie treppauf, treppab an Wohnungstüren Geld und Nahrungsmittelspenden eintreiben und ordnete „Eintopfsonntage“ an. Naziführer löffelten auf öffentlichen Plätzen in Gulaschkanonen gekochte Gerichte, so ihre Anteilnahme am Leben von Millionen an Not und Hunger leidenden „Volksgenossen“ bekundend. Im Stadtzentrum Berlins forderten Minister, höchste Parteiführer und Reichsbeamte von Passanten Geldspenden, und die populärsten von ihnen ließen sich im Menschentrubel zweckorientiert fotografieren.

Druck auf Verweigerer

Den „Arbeitern der Stirn und der Faust“ wurde das Opfer in Höhe von zehn Prozent der Lohnsteuer automatisch von Lohn oder Gehalt abgezogen. Von den Bauern erwartete man „freiwillige“ Spenden, die nach Zentnern wogen. Personen, die sich verweigerten, sahen sich öffentlichen, mitunter in der NSDAP-Presse plazierten Angriffen als Gegner der „Volksgemeinschaft“ ausgesetzt. In einzelnen Fällen veranstalteten WHW-Werber vor Gehöften Demonstrationen, beschimpften gebeunwillige Bauern in Sprechchören als Asoziale und demolierten ihnen auch Fensterscheiben. Einem Landwirt, dessen Verhalten nicht den so gesetzten „Normen“ entsprach, schrieb der NSDAP-Kreisleiter im fränkischen Weißenburg: „Ich glaube, daß Sie als Bauer (...) es nicht soweit kommen lassen, Sie dorthin zu bringen, wo in der Regel Staatsfeinde und Volksschädlinge verwahrt werden.“ Derart trat zum Sog, den das Regime ausübte, ein bei den verschiedensten Gelegenheiten und Anlässen fühlbarer terroristischer Anpassungsdruck. Er bewirkte, daß sich ständig mehr Deutsche dauernd oder in immer mehr Situationen dem Strom der Gefolgschaft anschlossen und ihn verbreiterten. Viel Überzeugtheit, Willenskraft und auch Findigkeit gehörten dazu, dem Sog wie dem Druck standzuhalten.

Unter dem Slogan „Keiner soll hungern, keiner soll frieren“ sowie mit Kartoffel und Kohlenspenden, mit Tüten voller Mehl, Linsen und Graupen vermochten die Nazis nicht wenige verarmte, vereinsamte und hilflose Menschen für sich einzunehmen. Wer etwas erhalten wollte, mußte allerdings dessen „würdig“ und durfte kein „Gemeinschaftsfremder“ sein. Aus der Höhe der Spenden gewannen die Organisatoren und ihre Helfer zudem direkte Aufschlüsse über die Einsatzfreude der ausgesandten Sammler, die Haltung von Widerwilligen und differenzierte, in Mark und Pfennig sich ausdrückende Angaben über die politische Stimmung in der Bevölkerung.

Ein erheblicher Nebeneffekt des WHW im Winter 1933/34 bestand darin, daß es die zerstrittene Führung des Regimes erneut zusammenführte und die Öffentlichkeit von inneren Widersprüchen der „Bewegung“ und von ungelösten Problemen der Machtkonsolidierung ablenkte. Auf die Weckung von volksgemeinschaftlichen Gefühlen, wofür die Machthaber keine Gelegenheit ausließen, zielte auch der schwülstige Weihnachtsrummel im Zeichen des Hakenkreuzes. Das Einkaufen von Geschenken wurde für die Zahlungskräftigen wegen seiner konjunkturbelebenden Wirkung zur nationalen Pflicht erklärt. Einschlägige Läden boten „Hitlerpuppen“, Kinderspielzeug in SA, SS und HJ-Uniform an und hielten die verschiedensten Waren mit Symbolen des Faschismus feil. Produktion und Verkauf von politischem Kitsch nahmen groteske Ausmaße an und drohten, Gegenstand von Gespött zu werden. Reichspropagandaminister Goebbels schritt deshalb schließlich gegen die größten Wucherungen ein, und Reichsinnenminister Frick verbot im Juni 1934 sogar alle öffentlichen Sammlungen, dies allerdings nur bis zum 31. Oktober.

Riesige Geldsummen

Das WHW erbrachte im Winter 1933/34 nach amtlicher Schlußrechnung von Ende April 1934 an Geld- und Sachspenden 358 Millionen Reichsmark; ein spektakulärer Betrag im Vergleich zu den vorherigen Winterhilfsaktionen. Die Geldspenden hatten eine Höhe von 184,3 Millionen RM erreicht und machten 51,5 Prozent aller Spenden aus. Sie stammten zu einem Drittel aus Firmen und Organisationen, jedoch zu 51,2 Prozent aus den „Opfern“, die Arbeitern und Angestellten direkt von Lohn und Gehalt abgezogen worden waren. Die „Opfersonntage“ hatten rund 25 Millionen RM, die Straßensammlungen knapp sechs Millionen, die WHW-Sammellisten 14,4 Millionen RM eingebracht.

Auch in den folgenden Jahren trieb das WHW, methodisch stets ausgeweitet und zu einem straff durchorganisierten Kontributionssystem perfektioniert, riesige Geldsummen ein. Der Anteil der Sachspenden ging stark zurück, er sank bis 1939 von 48,5 auf 20,1 Prozent. Bei der letzten Sammlungskampagne vor Beginn des zweiten Weltkrieges kamen 566 Millionen RM zusammen, 1941 sogar 916 Millionen RM. Die ohnehin erforderlichen Aufwendungen für die wirtschaftlich schwachen Teile der Bevölkerung wurden dem Volk selbst aufgebürdet. Der Staat entlastete sich auf diese Weise finanziell, vor allem zugunsten der intensiv vorangetriebenen Aufrüstung und später direkt der Kriegsführung.

junge Welt, Sonnabend, 25.04.2009, S. 15.

Himmlers Psyche

Peter Longerich „enträtselt“ Werdegang und Wirken des SS-Führers

Peter Longerich geht es in seiner Biographie über den Reichsführer SS Heinrich Himmler insbesondere um die „Verschränkung“ von biographiegeschichtlichen – gemeint sind sowohl die private Lebensgeschichte als auch die „politische“ Biographie – und solchen geschichtswirksamen Faktoren, die sich aus Strukturen und Funktionen ergeben. Sein erklärtes Ziel ist es, eine Gesamtschau zu liefern und zu belegen, wie Himmler Karriere zu machen verstand und in welch erstaunlichem Maße er das Herrschaftsgefüge und ebenso die Dynamik des braunen Regimes geprägt hat.

Psychologisierende Suche

Dazu begibt sich L. in hohem Maße auf das Gebiet individualpsychologischer Deutungen, u. a. gestützt auf intensive Debatten mit einer Hamburger Psychoanalytikergruppe und einem Arbeitskreis von Psychotherapeuten, denen er große Dankbarkeit bekundet. Vielleicht resultiert daraus eine Tendenz, die letztlich doch eine Überbewertung solcher Faktoren erkennen läßt. Apodiktisch heißt es im Prolog, der biographische Zugang sei „der einzig adäquate Weg, die Geschichte der SS in all ihren Facetten zu begreifen und zu erklären. Ohne den Mann an der Spitze läßt sich diese heterogene, ständig expandierende und sich radikalisierte Organisation nicht umfassend erschließen“ (S. 11). Man müsse über das Muster einer „politischen Biographie“ hinausgehen, dürfe sich nicht mit einer konventionellen Lebensbeschreibung zufriedengeben, sondern das gesamte Leben Himmlers „in seinen einzelnen Phasen und in seinen unterschiedlichen Bereichen (auch den sogenannten unpolitischen) in den Blick“ nehmen (S. 9).

Vorsichtiger wird jedoch in der abschließenden Bilanz davon gesprochen, daß „eine allein biographische Erklärung (...) höchst unzureichend“ wäre. Man habe es „mit komplexen politischen Vorgängen zu tun, die sich nicht auf die Psychologie der handelnden Personen reduzieren lassen“ (S. 763 f.). Da ist auch die Rede davon, daß Himmler „Veränderungsprozesse“ des Regimes mit vorangetrieben habe, diese jedoch nicht habe „steuern oder kontrollieren“ können.

Trotz solcher Unentschiedenheit sei zunächst der immense Kenntnisstand gewürdigt, den L. auf nahezu 800 Seiten ausbreitet. Die fast 200 Seiten umfassenden Anmerkungen enthalten mehr als nur Belege seiner Belesenheit, sie lassen auch Detailprobleme erkennen und vertiefen manche der im Text enthaltenen Aussagen.

Rund 140 Seiten sind dem jungen Himmler gewidmet, die weiteren behandeln die Übernahme zunächst der Politischen Polizei, dann der gesamten Polizei durch Himmler und stellen die SS als Orden dar. Vieles ist hervorragend dargestellt und mit Gewinn zu lesen, aus den Quellen geschöpft, wovon nicht zuletzt die zahlreichen, mitunter überbordenden Zitate zeugen, die dem Tagebuch des jungen Himmler, seinen „Leselisten“, Reden und Artikeln sowie dem Briefwechsel mit Eltern und Ehefrau u. a. m. entnommen sind.

Darin spiegelt sich das krause völkisch-nationalistische und gewaltbereit-militaristische Denken einer bürgerlichen Jugend nach dem Ersten Weltkrieg, die Sehnsucht nach einer festen Anstellung, wenn möglich nach einer Offizierslaufbahn. Sorgfältig werden Himmlers Worte jeweils interpretiert, häufig gestützt auf die bekannten Arbeiten Klaus Theweleits über „Männerphantasien“. Sorgfältig, zumeist abgewogen und einleuchtend werden die Quellen gedeutet und dem Bild zugeordnet, das L. von Himmler vorstellt.

Vielleicht machte er es sich unnötig schwer mit seiner psychologisierenden Suche nach Erklärungen dafür, wie ein Mensch, noch dazu ein so mittelmäßig begabter, farbloser, schwächlicher, unscheinbarer, mit dem Hang zu ausgefallenen Marotten versehener, bindungsschwacher und bindungsgeklärter, kontrollbesessener Mann – so die immer und immer wieder verwendeten schmückenden Beiwörter – eine „einmalige“ Machtposition habe erringen können. Schade allerdings ist es, daß L. zwar eine Frage zitiert, die Margarete Boden noch vor der Eheschließung ihrem Heinrich stellte, aber sie unkommentiert läßt: „Warum willst Du blutdürstig zum Messer greifen?“

Longerichs Buch ist in den Medien großes Lob zuteil geworden. Einzig in der Süddeutschen Zeitung las man skeptischere Töne aus der Feder Franziska Augsteins. Hingegen schwärmte Michael Wildt von einem „Meilenstein der Forschung“. Es sei weit mehr als eine Biographie entstanden, vielmehr das „facettenreiche Panorama eines Verbrecherstaates mit seiner Schurkenbande“, urteilte fast überschwenglich Dirk Blasius (FAZ, 15.12.2008), der vor allem Aussagen des ersten Teils referierte und von „Heinrich dem Unanständigen“ sprach, womit er ein durchgehendes Moment der Darstellung aufgriff, das L. so benannt hat: Was die „organisierten beispiellosen Verbrechen anbelangt, so ist ihre Rechtfertigung durch Himmler biographisch unauflöslich mit seiner Vorstellung von ‚Anständigkeit‘ verbunden, die sich bei näherem Hinsehen als Chiffre für eine kleinbürgerliche Doppelmoral entpuppt“ (S. 10).

Tatsächlich kann L. nachweisen, aus welcher charakterlichen Grundhaltung jener Satz rührte, mit dem Himmler in seiner berühmt-berüchtigten „Posener Rede“ vom 4. Oktober 1943 den Massenmord zu einem Kriterium besonderer Charakterstärke erhob: „Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht.“

Überschätzte „Pedanterie“

Daß sich L. von seiner Vorstellung leiten läßt, Himmler habe eine große Rolle gespielt, verführt ihn mitunter zu unsauberer Darstellung. So sieht er im Bestreben, ein umfassendes parteiinternes Meldewesen aufzubauen, nur das Ergebnis Himmlerscher Tätigkeit als stellvertretender Reichspropagandaleiter (S. 99 f.). Ein Blick in die NSDAP-Geschichte offenbart jedoch, daß schon zuvor von anderen ähnliche Initiativen ausgegangen waren. Außerdem wird die im Sommer 1931 von Himmler getroffene Entscheidung, einen eigenständigen SS-Nachrichtendienst zu schaffen, letztlich als eine dessen „Größenwahn“, dem Drang zu „Pedanterie“ und „megalomanen Kontrollbedürfnis“ geschuldete hingestellt.

Das umgeht schlicht und einfach historische Zusammenhänge, läßt also „Verschränkung“ vermissen. Hier wäre er wohl besser Shlomo Aronson gefolgt, der gemeint hat, in der zur Massenpartei gewordenen NSDAP habe jeder in jedem einen Spitzel gesehen. Zu berücksichtigen wäre auch gewesen, daß es in der Partei schon seit längerem Bemühungen um den Aufbau eines parteieigenen Nachrichtendienstes gegeben hat, daß die SA bereits einen solchen besaß. Ja, es hätte sogar die Möglichkeit bestanden, über die engere Geschichte der NSDAP hinauszugehen und das Problem der Sicherheitsbedürfnisse auch anderer Parteien als strukturgeschichtliche Gegebenheit zu problematisieren.

Einheit von Politik und Ökonomie: Der „Freundeskreis Himmler“

Zu fragen bleibt, inwieweit Peter Longerich dem eigenen Anspruch auf eine alles miteinander verschränkende, komplexe Geschichtssicht entspricht. Da sei der Blick u. a. auf die Behandlung des bekannten „Freundeskreises Himmler“ gerichtet und gefragt, wie Himmlers Beziehungen zu den ökonomisch Mächtigen gesehen wird, eine Frage, die weit über die gewährte finanzielle Unterstützung hinausreicht.

Letzteres wird selbstverständlich benannt, auch die Tatsache, daß sich der Kreis an den Arisierungen bereichert hat. Die Wertung gerät zurückhaltend, obgleich gerade dieser Kreis mit seinem Wirken nicht nur das entscheidende Terrorinstrument des Regimes gestärkt, sondern auch sein Einverständnis mit den Zielen des deutschen Faschismus demonstriert und dessen Herrschaftsmethoden gebilligt hat.

In diesem wirtschaftspolitisch motivierten Elitenetzwerk kann ein Scharnier zwischen Wirtschaft und Politik gesehen werden. Ihm gehörten vor allem Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder von Großindustrie, Banken und Versicherungen an, darunter von Siemens, der IG Farben, der Vereinigten Stahlwerke AG, der Deutsch-Amerikanischen Petroleum ESSO, der Deutschen und der Dresd-

ner Bank, der Commerzbank, der Allianz-Versicherung, des Norddeutschen Lloyd, der Borsig-Werke u. a. m.

Unkommentiert werden ein paar Namen genannt, auch der seines Duzfreundes Wilhelm Keppler und Friedrich Flicks, andere fehlen ganz; so der von Fritz Kranefuß, der als eine Art Generalsekretär und spiritus rector des Kreises fungierte, ebenso der von Karl Blessing, Emil Helfferich, Ewald Hecker und Albert Vögler. Unerwähnt bleibt auch die Himmler gewidmete große Dankesrede Hjalmar Schachts nach dem NSDAP-Parteitag von 1937.

Daß L. die interessante, 2004 erschienene Arbeit von Tobias Bütow und Franka Bindernagel „Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der ‚Freundeskreis Himmler‘“ nicht kennt, scheint mehr als ein Schönheitsfehler zu sein. Wie wäre sonst zu behaupten gewesen, die Erörterungen des Kreises hätten sich im Programm der NSDAP „nicht nennenswert“ niedergeschlagen (S. 268). Also auch nicht in der Politik dieser Partei, oder im Krieg, im profitablen Geschäft?

Peter Longerich: Heinrich Himmler – Biographie. Siedler Verlag, München 2008, 1035 Seiten, 39,95 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 11.07.2009, S. 15.

Ein couragierter Blick

Faschismus: Geschichtliches und Aktuelles aus der Sicht von Wolfgang Wippermann

Bereits in der vor einem Jahr veröffentlichten Publikation „Die vier Leben des Karl Marx“ las man aus der Feder des bekannten Berliner Historikers Wolfgang Wippermann den Satz, mit Hilfe der Analyse des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“, die der so Porträtierte entwickelt habe, lasse sich der „keineswegs tote und vergangene Faschismus“ erklären. Dieser Ankündigung folgt nun die Tat: ein Versuch, weltgeschichtlich und epochenübergreifend den Faschismus zu erhellen. Wippermann will der nach seiner Auffassung sowohl empirisch als auch theoretisch „in eine Sackgasse geratenen“ Faschismusforschung (S. 283) neue Wege weisen. Dieser löbliche Versuch, so darf man sicher sagen, bezeugt Mut. Und dies sogar in mehrfacher Hinsicht.

Da wäre zu verweisen auf das schlüssige Ausbrechen aus der hierzulande üblichen, geschichtspolitisch verordnet erscheinenden Negierung des Begriffs Faschismus und seiner völligen Eingrenzung auf das italienische Beispiel. Wippermann lehnt zudem konsequent alle totalitarismustheoretischen Gleichsetzungen zwischen Faschismus und Kommunismus ab. Couragiert weitet er das Blickfeld aus. Außerdem entgeht seiner Analyse kaum ein Land, das im 20. Jahrhundert dem Faschismus ähnliche beziehungsweise diesem vergleichbare Erscheinungen aufwies. Etwa ein Drittel des Bandes befasst sich mit Westeuropa, die anderen Kapitel wenden sich Osteuropa, Amerika und Afrika, ferner Japan, Ägypten, Syrien, Irak, Palästina und anderen Ländern zu.

Nach politischen und personellen Kontinuitäten suchend, schaut er zudem weit zurück in geschichtliche Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse, in einem Falle sogar bis in das dritte Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Dieser Blick und noch mehr der auf aktuelle Erscheinungen macht deutlich, wie breit das Spektrum faschistischer Organisationen in den meisten Ländern gewesen und auch heutzutage ist. Überall existierten und existieren mehrere Spielarten, zumeist in harter Konkurrenz zueinander stehend. Auch daraus ergibt sich die Notwendigkeit, erneut nach den unterschiedlichen Formen des weltweit anzutreffenden Faschismus zu fragen. Der Autor leitet seine Antworten aus einem engen Zusammenhang von klassischem Faschismus, Bonapartismus und Fundamentalismus ab. Ersterer sei zur Macht gelangt „in der Situation eines politischen und sozialen Gleichgewichts durch einen Putsch oder ein Bündnis mit den konservativen Kräften“, während die sich nicht auf eine Partei stützenden bonapartistisch-faschistischen Regimes als „Faschismus von oben“ gesehen werden. Von fundamentalistisch-faschistischen Varianten des Faschismus sei zu sprechen, wenn diese nicht allein einen religionsfeindlichen, sondern einen „fundamentalistisch religiösen Charakter“ besäßen. Beispielhaft benennt er für die dritte Variante u. a. palästinensische Organisationen wie die PLO oder Hamas, Hizbollah, Al Qaida und Taliban; von diesem Faschismus gehe die größte Gefahr für Gegenwart und Zukunft aus.

Seine abwägenden Aussagen macht Wolfgang Wippermann stets an Personen fest, so dass der Band durchaus auch als ein kleines „Who is Who“ faschistischer Führerfiguren bezeichnet werden kann. Die Tatsache, dass allen Wertungen ideologie- und personengeschichtliche Kriterien zugrunde liegen, kann zu weiterer und unbedingt erforderlicher Debatte einladen. Ob eine allein darauf aufbauende Typologisierung weiterer Forschung und Diskussion standhalten können wird, muss sich noch erweisen. Mit nötiger Vorsicht setzt der Autor seinen Thesen oftmals selbst ein „aber“ hinzu, spricht er von teilweisen Ähnlichkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten oder umgeht – auf unterschiedliche Wertungen in der Literatur verweisend – eindeutige Zuordnungen.

Dass Wippermann seine Maßstäbe allein aus dem Erscheinungsbild („uniformiert und bewaffnet und nach dem Führerprinzip aufgebaut“), dem politischen Stil („Terror und Propaganda“) und der Ideologie von Parteien („Nationalismus, Rassismus, Antidemokratismus, Antikommunismus, Antisemitismus, Führerkult“) ableitet, wirkt eher jede Analyse und Debatte begrenzend statt weiterführend. Leider wird zum Beispiel zu wenig thematisiert, dass wesentliche Teile der weltweit in Erscheinung getretenen faschistischen Organisationen nach sogenannten Großreichen strebten und dafür auch Kriege hinzunehmen oder gar zu entfesseln bereit waren, um handfeste ökonomische und geopolitische Interessen zu verwirklichen.

Wolfgang Wippermann: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute. Primus Verlag, Darmstadt 2009, 336 S., geb. 29,90 Euro.

Innerhalb von nicht mal einem Jahr hat er drei Bücher auf den Markt gebracht: Nach „Autobahn zum Mutterkreuz“, eine Auseinandersetzung mit Legenden über den NS-Staat, ließ Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin im Frühjahr dieses Jahres die Streitschrift „Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich“ folgen. Am Mittwochabend stellte er diese Polemik gegen die Verharmlosung der Verbrechen der Hitler-Diktatur durch Verteufelung der DDR im ND-Club vor. Dieser Tage nun erschien aus seiner Feder zudem eine Publikation, in der er Wesen und Strukturen faschistischer Regimes, Parteien und Organisationen entlarvt.

Neues Deutschland, Freitag, 24. Juli 2009, S. 11.

Mattsetzung des Parlamentarismus

Vor 90 Jahren attackierten bürgerliche Parteien den Entwurf der Weimarer Verfassung

Die 421 Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung verabschiedeten während ihrer 180 Sitzungen, die zwischen dem 6. Februar 1919 und dem 21. Mai 1920 stattfanden, insgesamt 149 Gesetze. Von ihnen betrafen 33 Finanzprobleme, 29 das Verfassungsrecht, 24 den Friedensvertrag, 23 den Status von Militär und Beamten, lediglich 14 die Sozialpolitik. Nahezu alle Abstimmungen, sieht man von dem am 22. Februar 1919 einmütig angenommenen Diätengesetz ab, endeten mit einer großen Zahl an Gegenstimmen.

Selbst als es am 31. Juli 1919 um die gewichtige Entscheidung über die neue Verfassung des deutschen Staates ging, stimmten dieser nur 236 Abgeordnete zu. In unterschiedlichen Formen verweigerten sich ihr hingegen 188 Mitglieder des Hohen Hauses: Es gab 75 Gegenstimmen vorwiegend aus den Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) sowie eine Stimmenthaltung. 86 Abgeordnete waren zur Sitzung nicht erschienen, darunter immerhin 44 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, einige fehlten aus anderen Gründen. Das, was von einer relativ knappen Mehrheit beschlossen worden war, sollte dennoch als Weimarer Verfassung große geschichtliche Bedeutung erlangen, auch über die wenigen Jahre hinaus, die ihre Widersacher der Republik zugestanden. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) unterzeichnete sie am 11. August 1919, drei Tage darauf trat sie mit ihrer Verkündung als „Verfassung des Deutschen Reiches“ offiziell in Kraft. Ihr Text gliederte sich in zwei Hauptteile und 181 Artikel und enthielt einige Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Gegenüber den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Kaiserreichs konnte ein erheblicher Fortschritt erreicht werden, waren nun doch wichtige politische, zudem auch eine Reihe sozialer Grundrechte des Volkes fixiert. Der Verfassung lag das Prinzip der Volkssouveränität zugrunde, das einst vom Bürgertum in seinem Kampf gegen den Feudalabsolutismus und gegen die ausschließliche Souveränität der Fürsten auf seine Fahnen geschrieben worden war. Die Verfassung von 1871 hatte das Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden. Nunmehr sollte in Deutschland grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz herrschen. Die Verfassung ließ in einer ganzen Reihe ihrer Bestimmungen den heißen Atem der Revolution erkennen – ebenso jedoch ein erfolgreiches Bemühen ihrer Gegner. Daher lohnt, so unbestreitbar die demokratische Substanz der Weimarer Verfassung auch ist, ein Nachdenken über deren Ausmaß und Charakter sowie die Erinnerung an das Agieren jener Kräfte, die im Verlauf der Ausarbeitung des Verfassungstextes anderes als Demokratie und Parlamentarismus im Sinne hatten.

Als Ebert in seiner Rede zur Eröffnung der in Weimar tagenden Nationalversammlung verkündete, das deutsche Volk regiere „in alle Zukunft sich selbst“, und gar davon sprach, daß sich in der Revolution das deutsche Volk gegen eine „veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft“ erhoben habe, zischten ihm Monarchisten und Konservative von den Plätzen der DNVP und der DVP zu, er solle „abwarten“. Ein paar Tage darauf, am 13. Februar 1919, als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die von ihm gebildete Regierung und ihr Programm vorstellte, offenbarten manche Abgeordnete ebenfalls ihren Ärger über das revolutionäre Geschehen vom November 1918 und den Verlust von Kronen und Thronen.

Was die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die katholische Zentrumsparlei dennoch zum Eintritt in die Regierung bewogen hatte, sprach Friedrich Naumann, der führende Kopf der Demokraten, offen und in geschliffener Rhetorik aus: Eigentlich hätten es die Verhältnisse ermöglicht, eine „unsozialistische Mehrheit“ herzustellen, aber bedauerlicherweise könne eine solche „Zusammenfassung der Rechten“ die Revolution nicht beenden und damit die „Hauptzwecke der Gegenwart“ nicht realisieren, denn „gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter, unbeschadet der Differenzen ihrer eigenen Temperaturen und Auffassungen, zusammen zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, (...) im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten“. Im Namen der Zentrumsfraktion distanzierte sich ihr Chef Adolf Gröber in der ersten politischen Debatte der Nati-

onalversammlung am 13. Februar von Äußerungen Eberts und Scheidemanns: „Wenn in den letzten Tagen hier im Hohen Hause der Ausdruck von der sozialistischen Republik gefallen ist, so wird er in Zukunft nicht mehr gebraucht werden dürfen.“ Die konservative und nationalliberale Opposition hatte noch weit mehr im Sinn: Von ihr forderte u. a. Max Hildebert Boehm – ein einflußreicher völkisch-konservativer Publizist, der später als „Souffleur der Macht“ in der NS-Akademie für Deutsches Recht tätig war –, in der Nationalversammlung müsse ein „Sieg des Proletariats“ verhindert, dieser dürfe jedoch nicht „zu einer Verewigung des überständigen westlerischen Parlamentarismus werden“. Und noch deutlicher: „Das Endziel, Mattsetzung des Parlamentarismus, kann heute in der Öffentlichkeit noch nicht erörtert werden, taktisch jedoch dürfen wir es keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.“

Selbstbestimmung ohne Volk

Wenngleich nicht so extrem und eingebettet in diverse Auseinandersetzungen unter den monarchistisch-konservativ-nationalliberalen Kräften widerspiegelt sich solches Denken über Deutschlands Zukunft in den Debatten der Nationalversammlung über den Entwurf der neuen Verfassung. Dieser lag dem Parlament seit dem 21. Februar als Drucksache Nr. 59 vor. Sie stammte im wesentlichen aus der Feder des Juristen und im November 1918 zum Staatssekretär des Innern berufenen, linksliberal gesinnten Hugo Preuß. In sie waren bereits zahlreiche Forderungen eingeflossen, die vor allem die Länder gegen eine ursprünglich beabsichtigte stärkere Reduzierung ihrer föderalistischen Rechte erhoben hatten. Die intensive, von zahlreichen Auseinandersetzungen um Grundsätzliches geprägte Debatte fand vor allem im Achten Ausschuß statt, der allgemein als Verfassungsausschuß bezeichnet worden ist. Ihm gehörten 28 Mitglieder an, darunter elf Sozialdemokraten und ein USPD-Mitglied. In dreieinhalb Monaten fanden bis zum 18. Juni 36 Sitzungen statt, bevor das Plenum im Juli die zweite und dritte Lesung absolvierte.

Bemerkens- und aner kennenswert war die aufwendig betriebene, intensive und anstrengende Arbeit vieler Mitglieder des Ausschusses, doch heraus kam ein Verfassungstext, der erheblich von ursprünglichen Intentionen und Formulierungen abwich. Schon bald – hier tat sich für die DVP der Jurist Wilhelm Kahl hervor, der im Jahr darauf den Kapp-Putsch unterstützen sollte – wurde der Vorschlag unter den Tisch gefegt, von einer „Verfassung der deutschen Republik“ zu sprechen. Daß an der alten Bezeichnung „Reich“ unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe, begründete ein Mann der DNVP, Clemens von Delbrück, mit der Prophezeiung, man werde sich doch „bald voller Stolz der vergangenen Zeiten erinnern“. Dazu paßte durchaus auch die Frage von Bruno Ablaß (DDP) und Peter Spahn (Zentrum) zum Text des zweiten Artikels der Verfassung, ob da nicht die Worte „kraft des Selbstbestimmungsrechts“ der Bevölkerung besser zu streichen wären.

Obgleich einige bürgerliche Politiker – mitunter Herzensmonarchisten und Vernunftrepublikaner in einem – langfristige Ziele nicht aus den Augen verloren, gab es keinerlei Chance einer Rückkehr zu den früheren Verhältnissen. Umso mehr bemühten sie sich daher, der Republik den eigenen Stempel möglichst umfassend und herrschaftsstabilisierend aufzudrücken. Sie strebten nach einer Variante des Parlamentarismus, die – wie der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann bereits 1917 mit dem Blick auf die im Krieg erfolgreicheren Westmächte formuliert hatte – in der Lage sei, „einen engen Kitt zwischen Volk, Regierung und Staat“ zu schaffen. Auch unter dem Eindruck der zu erwartenden Bedingungen für den Friedensvertrag wurde in den Debatten über die neue deutsche Verfassung an historische Erfahrungen und Strukturen des Parlamentarismus in England, Frankreich und den USA erinnert. Von dessen Vorteilen und Nachteilen ging die Rede, d. h. von „wahren“ und „unechten“ Formen der Demokratie. Einige warnten vor einer Übernahme des französischen Modells, da in diesem das Parlament eine „volle Omnipotenz“ erlangt habe und der Präsident zu „einem gefügigen Werkzeug des Parlaments herabgesunken“ sei. Sie wollten aus Furcht vor einem zu großen Einfluß des Volkes einen „Parlamentsabsolutismus“ verhindern und wetterten gegen den „Geist einer extremen Demokratie“. Andere orientierten sich am präsidentialen Regierungssystem der USA, weil eine Übernahme der amerikanischen Verfassung in Deutschland „soviel Monarchie wie möglich“ erlaube. Zwar war das Volk als Souverän proklamiert, doch seine Repräsentanten und es selbst sollten einer höheren und zusätzlichen Souveränität unterworfen werden.

Keine Justitiabilität der Grundrechte

Mit solchen und zahllosen anderen Argumenten setzten die bürgerlichen Parteien viele Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs der Verfassung durch. Alle gingen zu Lasten der demokratischen Substanz des Textes; der Rechtshistoriker Christoph Gusy spricht sogar von einer „Verwässerung“. Deutlich wird dies bereits an den Veränderungen, die der einleitende Satz des Entwurfs erfuhr: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.“ Diese weiterreichende und radikalere, dem Prinzip der Volkssouveränität stärker entsprechende Formulierung konnte nicht durchgesetzt werden. Aber selbst gegen die abgeschwächte Variante „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ hatten einige DDP- und Zentrums Politiker Bedenken angemeldet. Wäre es nach der DNVP gegangen, hätte es nur geheißen: „Die Staatsgewalt steht dem deutschen Volke zu“, und das Zentrum wollte Gott als Ausgangspunkt der Macht verankert sehen. Welcher Wert dem proklamierten Souveränitätsgrundsatz und den demokratischen Rechten des Souveräns beigemessen worden ist, zeigt sich auch im veränderten Aufbau der Verfassung. Ein Grundrechtekatalog – im Entwurf zwar noch recht knapp gehalten – sollte ursprünglich erster Teil des Verfassungstextes sein. Doch die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten und unter dem Titel „Aufbau und Aufgaben des Reichs“ an seine Spitze gestellt.

Noch größere Bedeutung erlangte die ersatzlose Streichung des Artikels 107 aus dem Entwurf. Dieser hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Eine solche Festlegung hätte viel bedeutet, wäre mit ihr doch den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die des Kaiserreiches saßen!) sein können. Mit ihm wäre eine direkte gerichtliche Überprüfbarkeit des Grundrechtsteils der Verfassung festgeschrieben worden. Doch dagegen lief eine Mehrheit der Parteien Sturm. Sie unternahm alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu lassen. Einzig Oskar Cohn trat nachdrücklich für die Justitiabilität der Grundrechte ein, weil nur so der Verfassung zu einer „Wahrhaftigkeit zu verhelfen sei und somit dem Einklang von Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit“. Sein Wort verhallte ungehört. (Dennoch wird auch Cohn oft angeführt, um der unhaltbaren These von der Schuld rechter und linker Gegner der Weimarer Republik an deren Scheitern ein Gesicht zu geben.)

Im Grunde galt die Auseinandersetzung um „107“ auch der Frage, ob überhaupt der Grundrechtsteil in eine Verfassung aufzunehmen wäre und wenn ja, in welchem Maße. Für die -DNVP erklärte Adalbert Düringer, es bestehe keine „zwingende Notwendigkeit“, die Grundrechte in die Verfassung aufzunehmen, ein Reichsgesetz würde genügen. Vertreter der DVP sprachen sich scharf und ganz generell gegen Grundrechte als Verfassungsgegenstand aus. Aus der DDP kam der Vorwurf, dieser Teil der Verfassung sei lediglich ein „interfraktionelles Parteiprogramm“, dem praktisch wahllos von jeder Seite deren spezielle Programmsätze beigefügt worden wären. Sogar ein sozialdemokratischer Redner hieb in die gleiche Kerbe und bezeichnete den Grundrechtsteil des Entwurfs als eine „salatähnliche Komposition“. Selbst Hugo Preuß rückte vom Artikel 107 ab, möglicherweise geleitet von dem Gedanken, den auch Abgeordnete der Zentrums Partei äußerten, so den Grundrechtsteil für die Verfassung überhaupt erhalten zu können.

Das Ende von Weimar

Auffällig wenig wurde in den Debatten um den Verfassungsentwurf über die Rolle der politischen Parteien gesprochen. Der verabschiedete Text erwähnte dann diese lediglich an einer Stelle und zudem in einem negativen Zusammenhang. Lapidar hieß es im Artikel 130, Absatz 1: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht der Parteien.“ Viele Staats- und Verfassungsrechtler sahen ohnehin mehr die Gefahren von „Parteiung“ und in den Parteien eine „extrakonstitutionelle Erscheinung“ oder als „dem Staatsorganismus fremde soziale Körper“. In seiner 1923 erschienenen zweiten Auflage von Deutschlands Republikanische Reichsverfassung wettete auch Preuß gegen

das „langst überholte Parteienwesen“ sowie über das „widerwärtige Spiel im eigensüchtigen Handeln der Fraktionen“.

All das entsprach in keiner Weise der vor und vor allem in der Revolution enorm gewachsenen Rolle der Parteien, weder ihrem Potential zugunsten von Demokratie noch einer notwendigen Schranke gegenüber jenen Gefahren, die von Parteien für den Bestand demokratischer Verhältnisse ausgehen können. Über ihre Fraktionen besaßen sie in der Nationalversammlung, später im Reichstag und ebenso in den Landtagen maßgeblichen Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung. Mehr und mehr geriet auch die Verwaltung unter ihre Kontrolle, Korruption und Postenschacher griffen um sich. Zur Bewältigung dieser (hier nicht näher zu beschreibenden) parteienstaatlichen Realität bot die Weimarer Verfassung keine Handhabe. So konnten die Rechten die Weimarer Republik auch im Zeichen eines konservativ-populistischen Antiparlamentarismus und unter Zuhilfenahme vermeintlicher Absagen an das Parteienwesen bekämpfen. Der diskriminierende Begriff vom „System“ schloß die Ablehnung der „Systemparteien“ ein, denen Egoismus, Selbstsucht und Verderbnis wesenseigen seien, darüber hinaus ebenso die „volksgemeinschaftliche“ Vorstellung, es könne einen Staat ohne Parteien oder die Herrschaft einer „Bewegung“ bzw. einer „Partei über den Parteien“ geben.

Die vor 90 Jahren ausgearbeitete Verfassung erlaubt trotz aller Unzulänglichkeiten, in der Weimarer Republik einen Versuch zu sehen, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten in einem von den Revolutionären erzwungenen System demokratischer Regularien zu verringern. Sie darf mit Fug und Recht als bedeutsamer Schritt gelten, in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, wovon jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge. Im Ansatz boten sich Chancen für eine Beschränkung bürgerlich-autoritärer Macht, für Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft, für die Aufhebung frauenfeindlicher Männerherrschaft. Es gab zukunftsorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw.

Daß zahlreiche Bestimmungen der Verfassung – vor allem jene zu den Rechten des Reichspräsidenten und die Ausnahmeartikel – auch dazu genutzt werden konnten, ihre demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des nach wie vor vorhandenen Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Die Wirklichkeit von Weimar hatte schon nach kurzer Zeit oftmals kaum noch etwas mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung gemeinsam, allenfalls mit jenen vieldeutigen und hintersinnigen Formulierungen, die 1919 in sie hineindebattiert worden waren. Der tragende Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gebe etwas „Höheres“, sei es nun das „Heil des Ganzen“ oder die „Vorsehung“, von der schließlich die deutschen Faschisten sprachen.

Die Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Verfassung geriet daher in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen demokratischer Willensbildungsprozesse und Verletzungen der Rechte jener Teile des Volkes, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten und für die sich der Gleichheitsgrundsatz nicht mit Leben zu erfüllen vermochte. Bewußt legten die Faschisten dann den „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 als einen Tag der Rückkehr von Weimar nach Potsdam an. Auf dem Titelblatt einer offiziellen Beschreibung der Ereignisse dieses Tages – am bekanntesten wurde vor allem der symbolische Handschlag zwischen Hindenburg und Hitler – prangte als Titel: „Die Nationalversammlung von Potsdam“. Gemeint war, nunmehr seien endlich neue Wege frei. Doch diese führten bekanntlich nach Buchenwald und in einen neuen Krieg ...

junge Welt, Dienstag, 28.07.2009, S. 10.

„Geh ein in Walhall!“

2. August 1934: Hindenburg stirbt, Hitler wird sein „Nachfolger“

Am 2. August des Jahres 1934, vormittags neun Uhr, starb der 86jährige Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, jener Mann, der 1925 und 1932 gemäß der Weimarer Verfassung direkt als Reichspräsident gewählt worden war. Unter Mißbrauch seines Amtes hatte er maßgeblich zur Errichtung des diktatorischen Hitlerregimes beigetragen. Selbst die staatsterroristischen Aktionen vom 30. Juni 1934 (siehe jW-Thema vom 30.6.2009) waren von ihm in aller Öffentlichkeit mit den Worten gerechtfertigt worden, Hitler habe „das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet“. Nun bekundete dieser, der Tote solle umfänglich betrauert werden, weil er am 30. Januar 1933 „für die junge nationalsozialistische Bewegung die Tore des Reiches aufgeschlossen“ habe, ein „Schirmherr des Nationalsozialismus“ und „Vollstrecker der Vorsehung“ gewesen sei.

Neues Gesetz

Hindenburgs Tod war absehbar gewesen; Ärzte hatten am Tag zuvor erklärt, er werde höchstens noch 24 Stunden am Leben bleiben. Dies veranlaßte den Kanzler, den Teilnehmern einer Ministerbesprechung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen. Der Inhalt: „Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler über.“ In Kraft treten sollte das Gesetz mit dem Ableben Hindenburgs. Alle stimmten zu. Niemand protestierte, obwohl es nicht nur gegen die offiziell noch gültige Weimarer Verfassung verstieß, sondern auch gegen das vom Reichstag im März des Vorjahres beschlossene Ermächtigungsgesetz. Carl Schmitt, der bekannte konservative Staats- und Völkerrechtler, brauchte nach den Staatsverbrechen vom 30. Juni 1934 nur noch eine juristische Legitimation dessen zu formulieren, was im faschistischen Deutschland durchgesetzt worden war: „Der Führer setzt das Recht.“

Die Tatsache, daß der Text des Gesetzentwurfs erst während der Sitzung verteilt worden ist, läßt auf eilig angestellte Überlegungen und rasch getroffene Entscheidungen schließen. Doch weit gefehlt! Die Beseitigung des Reichspräsidentenamtes und das Zusammenlegen der Ämter von Staatsoberhaupt und Regierungschef waren bereits seit langem vorgesehen. Dieser weitere Bruch der Verfassung – sie sah im Falle einer Verhinderung des Reichspräsidenten nur eine kurzzeitige Vertretung durch den Reichskanzler vor und verlangte danach eine gesetzliche Regelung dieser Vertretung – war beschlossene Sache. Nachweislich hatte es dazu bereits im Frühjahr und Sommer 1933 in internen Zirkeln Beratungen gegeben. Joseph Goebbels notierte am 2. Juni in seinem Tagebuch, die „Frage der Nachfolge Hindenburgs“ sei entschieden, Hitler werde „Reichsverweser“. Froh betonte er, die Reichswehr habe bereits ihr Einverständnis erklärt. Nach einer weiteren und „grundsätzlichen“ Aussprache mit Hitler schrieb der Propagandaminister am 25. August 1933: „Was nach Hindenburgs Tod? Sofort Hitler ausgerufen. Aber doch Votum des Volkes. Kanzler und Reichspräsident in seinem Amt vereinigt. Neue Stellung des Kanzlers in jeder Hinsicht. Hitler eindeutig Führer in jeder Richtung.“

Neue Eidesformel

Auch die Reichswehrführung ging also nicht unvorbereitet vor, als sich Hitler die Gelegenheit zur Realisierung dieser Pläne bot. Sie verzichtete darauf, sich für einen Nachfolger möglichst aus den eigenen Reihen auszusprechen, obwohl dies den Absichten konservativer und auf Restauration der Monarchie hoffender Kreise durchaus entsprochen hätte. Dankbar für den Platz, der ihr im Herrschaftsapparat und bei der Wiederaufrüstung eingeräumt wurde, dankbar auch für die Ausschaltung der konkurrierenden SA im sogenannten Röhm-Putsch, keineswegs also bloß aus „opportunistischem Übereifer“, wie Joachim C. Fest meint, verwendete sie am 2. August 1934 bei der Vereidigung der Soldaten eine neue Formel: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“ Die gleiche, nicht mehr auf die Verfassung, sondern auf die Person Hitlers bezogene

Eidesleistung wurde alsbald auch allen Beamten abverlangt. Dienstefrige Herren des Frickschen Innenministeriums hatten sich auch schon Gedanken beispielsweise darüber gemacht, was nach dem vorgesehenen Erlöschen des Amtes mit den Bezügen des Reichspräsidenten (37.800 RM Gehalt, 120.000 RM Aufwandsentschädigung, 100.000 RM Dispositionsfonds) geschehen solle. Eilfertig meinten sie, diese Gelder stünden dann dem Reichskanzler zusätzlich zu. Begründung: Das Besoldungsgesetz sehe zwar vor, daß ein Beamter beim „Bekleiden mehrerer Ämter“ nur das höchste Gehalt beziehen dürfe, aber weder Präsident noch Kanzler seien ja Beamte ...

Trauerkundgebungen und -feierlichkeiten aller Art. Die offizielle Veranstaltung fand am 6. August im Reichstag statt. Tags darauf folgte ein pompös in Szene gesetztes Staatsbegräbnis. Obwohl der Verstorbene gewünscht hatte, auf seinem Gut Neudeck begraben zu werden, setzte man ihn im größten deutschen Kriegerdenkmal bei, für das zehn Jahre zuvor in Ostpreußen der Grundstein gelegt worden war und das an den deutschen Schlachtenerfolg von 1914 bei Tannenberg erinnern sollte. Einladungen zu letzterer ergingen nur an männliche Teilnehmer, angeblich der „Enge des Raumes“ geschuldet. Hindenburgs Sarg wurde mit allen militärischen Ehren in eines der acht Wehrtürme des 1935 in „Reichsheldenmal Tannenberg“ umgetauften Denkmals überführt. Alle Reden, die zumeist den Sieger von Tannenberg glorifizierten und weniger den Reichspräsidenten würdigten, wurden im Rundfunk übertragen und Gemeinschaftsempfänge organisiert. So konnte jeder in Deutschland hören, daß Hitler seine Huldigung des Marschalls mit dem teutonischen – den christlichen Jenseitsvorstellungen Hindenburgs sicher nicht entsprechenden – Ausruf beendete: „Toter Feldherr, geh ein in Walhall!“

Abstimmungsschlappe für Hitler

Das Regime sah mit dem Tod des Reichspräsidenten auch die Zeit für eine allgemeine Amnestie gekommen. Hitler unterzeichnete am 7. August 1934 das Gesetz über die „Gewährung von Straffreiheit“. Es betraf etwa 1,5 Millionen Häftlinge, darunter rund 20.000 sogenannte politische Straftäter. Ausgenommen von der Amnestierung blieben Hoch- und Landesverrat, Verbrechen gegen das Leben und Sprengstoffverbrechen. Hingegen wurde amnestiert, wer sich „durch Übereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißen lassen“.

Noch bevor diese umfangreich-pompösen Trauerfeiern über die Bühne gingen, waren jene bedeutsamen Entscheidungen gefallen, die das faschistische Herrschaftssystem befestigen halfen, ihm größere Geschlossenheit boten und weitere Voraussetzungen, in rascherem Tempo die anvisierten Ziele zu verwirklichen. Der Marsch in den Krieg beschleunigte sich. Und die Deutschen erhielten nur noch Gelegenheit zur Akklamation. Die wenigen Tage vor der Volksabstimmung vom 19. August 1934 nutzte die NSDAP zu einem wahren propagandistischen Trommelfeuer.

Als die Stimmberechtigten über das Gesetz befinden durften, das Hitler zum Staatsoberhaupt erhoben hatte, war ihnen nur das Ja oder das Nein geblieben, oder ein Boykott, der indessen für viele schon nicht mehr als folgenlos angesehen werden konnte. Ebenso mußte befürchtet werden, daß die Geheimhaltung des Abstimmungsverhaltens nicht mehr gesichert war. Dennoch verweigerten sich etwa zwei Millionen der Farce. Die Zahl der Nein-Stimmen betrug mehr als vier Millionen (10,1 Prozent). Rund 872000 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Damit blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen der Machthaber zurück, doch in ihm war keinerlei geschlossene oder gar aktionsfähige Opposition zu erkennen. Verglichen mit den Anteilen, die in früheren Wahlen von KPD und SPD erreicht worden waren, konnten die Initiatoren sogar zufrieden sein.

Am Tage nach dieser Abstimmung erklärte Hitler, „der Kampf um die Staatsgewalt“ sei beendet. Und eine Proklamation des „Führers“, die Anfang September vor dem Parteitag in Nürnberg verlesen wurde, enthielt nicht nur das Argument, die Revolution habe „restlos erfüllt, was von ihr erwartet werden konnte“, sondern drohend auch die Prophezeiung: „In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt.“

junge Welt, Sonnabend, 01.08.2009, S. 15.

Gesundes Empfinden?

Der Aufruf der NPD an ihre Anhänger, bundesweit als Schöffen zu kandidieren, um – so die Begründung – „das gesunde Volksempfinden in die Urteile einfließen“ zu lassen, sollte als eine Bedrohung des Rechtsstaates ernst genommen werden.

Das Schlagwort vom „gesunden Volksempfinden“ hat nach dem 30. Januar 1933 das deutsche Justizwesen gravierend verändert. Es hob die traditionelle Bindung der Richter an konkrete Rechtsvorschriften auf und öffnete staatlicher Willkür Tür und Tor. Unter Berufung auf die deutsche „Volksgemeinschaft“ sollten Strafen nunmehr auch abweichend von dem seit 1871 gültigen Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches sowie ohne gesetzliche Voraussetzungen verhängt werden können, wenn dies aus „sittlichen Gründen“ und im Interesse des „Volkswohls“ erforderlich sei. Im Paragraph 2 der als „Befreiung“ der Justiz von den „lästigen Fesseln der Gesetze“ gefeierten Novelle zum Strafgesetzbuch vom 28. Juni 1935 heißt es: „Bestraft wird, wer ... nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient.“

Auf „gesundes Volksempfinden“ beriefen sich die faschistischen Machthaber, um jeglichen Widerstand zu brechen, selbst „Miesmacher“ und „Meckerer“ zu bestrafen. Freisler, seit 1942 Volksgesichtshofs-Präsident, fällte Todesurteile unter Berufung auf dieses Schlagwort. Es sollte auch die „Ausmerzungen“ aller „Volksschädlinge“, vor allem die barbarische Verfolgung der Juden rechtfertigen. Der Alliierte Kontrollrat verbot 1945 deutschen Richtern jegliche Urteilsfindung unter Verwendung des Kriteriums „gesundes Volksempfinden“.

Angesichts der Tatsache, dass in der kapitalistisch geprägten Gesellschaft immer grausamere Verbrechen zum Lebensalltag vieler gehören, werden immer wieder – nicht allein an Stammtischen – Vorschläge verbreitet, bei besonders schweren Vergehen (Kindesentführung oder Sexualverbrechen) schärfere Sicherheitsverwahrung und sogar die Todesstrafe wieder einzuführen. Auch da beruft man sich auf die Fiktion eines kollektiven Empfindens.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. August 2009, S. 22.

Im Dunst von Nebelkerzen

Kurt Finker über das erste westdeutsche Nachkriegsjahrzehnt

Wer pausenlos sich selbst feiert und Jubeljahre begeht, wer lediglich das eigene Geschichtsbild erinnert und nichts anderes als satte Selbstbestätigung sucht, der muss wohl oder übel ausklammern, was dazu nicht passt. Besonders krass gerät die Diskrepanz, wenn von den ersten zehn Jahren Bundesrepublik gesprochen wird und diese unbesehen einer angeblich rundum demokratischen Erfolgsgeschichte zugeordnet werden. Hingegen lässt sich nach der Lektüre des Bandes, den der bekannte Potsdamer Historiker Kurt Finker vorgelegt hat, die schwierige Suche nach neuen Pfaden deutscher Existenz in der Nachkriegsgeschichte und der Frühgeschichte der Bundesrepublik besser erkennen.

Die Lage sei – wie der Herausgeber Friedrich-Martin Balzer gewiss nicht ohne einen Bezug zur gegenwärtigen Krisensituation feststellt – damals für die Herrschenden so heikel gewesen, dass „nur ein gigantisches Ablenkungs- und Verfälschungsmanöver das Ansehen der bürgerlichen Machteliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie, Justiz und den Kirchen in Westdeutschland zu retten und wiederherzustellen vermochte“. Dazu hat Finker eine Fülle von Material zusammengetragen und umfangreich- dokumentarisch belegte Aussagen ehemaliger Militärs, Publizisten oder Historiker mit erläuternden und wertenden Kommentaren versehen. Dass diese teilweise bissig und zugespitzt geraten sind, muss nicht verwundern angesichts der Verbohrtheit und Unbelehrbarkeit in der Beschäftigung mit der Geschichte der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges, angesichts des zweifelhaften Umgangs mit der entscheidende Frage nach den Ursachen des Geschehens.

Kaum ein Werk der westdeutschen Geschichtsschreibung und -publizistik des Jahrzehnts 1945 bis 1955 ist von Finker unbeachtet geblieben. Über weite Strecken gleicht der Band einem Kompendium, einem leicht erfassbaren Handbuch, das durch seinen Überblickscharakter und nicht zuletzt auch durch einen 935 Fußnoten umfassenden Anhang besticht.

Der Autor stellt fest, dass unmittelbar nach dem Krieg zunächst eine Mehrheit von Publizisten, Historikern, Politikern u. a. den Versuch unternahm, kritisch Bilanz zu ziehen und die faschistischen Verbrechen zu enthüllen, was den Bemühungen deutscher Antifaschisten entsprach und auch von den westlichen Besatzungsmächten im Rahmen ihrer „Re-education“ verlangt war. Dies habe jedoch wenig zu einer Erhellung vor allem der sozialökonomischen Basis der faschistischen Verbrechen beigetragen. Dominierend sei die These von der Alleinschuld Hitlers gewesen, von der historischen Verantwortung eines „Dämons“, dessen rätselhaftes Wesen unergründbar gewesen wäre und immer noch sei. Zu solcher Mystifizierung des Faschismus trug das 1950 erschienene Buch des ersten Gestapo-Chefs bei, von dessen Titel „Luzifer ante portas“ Finker sich bei der Wahl seines Buchtitels inspirieren ließ.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen sei die Existenz eines deutschen Widerstandes gegen Diktatur und Krieg ignoriert worden. Im Zusammenhang mit der Gründung der BRD und deren Einbeziehung in das westliche Lager des Kalten Krieges wurde auch das Geschichtsbild den neuen Bedingungen angepasst. Es sei um eine Art „Absolution“ gegangen, um das Wecken eines „wohlwollend-kritisch-verzeihenden Verständnisses“ für das Verhalten der Deutschen. Von Anfang wurde hingegen behauptet, in Ostdeutschland würde keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgen.

Ausführlich befasst sich Finker mit der aufdringlichen Art und Weise, in der ab 1948/49 die Naziwehrmacht regelrecht glorifiziert worden ist, wobei grundsätzlich das „Soldatische“ und „Militärische“ vom „Politischen“ und „Ideologischen“ getrennt wurde. Stets sei versucht worden, einerseits die Oppositionellen und Widerständler unter den Soldaten und Offizieren, die ihren Eid auf Hitler gebrochen hatten, zu würdigen und zugleich alle zu ehren, die eidgetreu im militärischen Kampf bis zur letzten Patrone Nation und Reich retten wollten.

Alle geschichtlichen Überlegungen und Wertungen führt der Autor bewusst in die Gegenwart hinein, deren Geschichtsbild sich seit den 50er Jahren zwar um einiges verändert zeigt, sich dennoch von einigen generellen Positionen, die unmittelbar nach dem Krieg vertreten wurden, nicht getrennt hat.

Finkers Buch besticht nicht allein durch seine Interpretation der Publikationen im ersten Nachkriegsdezennium – da lässt sich einiges auch bei anderen Autoren finden, u. a. bei Norbert Frei, Ludwig Elm oder jüngst in der Arbeit von Jan Korte über die Besonderheiten des Antikommunismus in der Bundesrepublik. Was den vorliegenden Band so wertvoll macht, sind die nachlesbaren, vielfach erschütternden Aussagen damals agierender Politiker, Publizisten, Historiker usw. Schließlich bewegt den Leser auch die Tatsache, dass jene so detailliert zitierten geschichtsfälschenden Nebelkerzen außerordentlich wirkungsvoll gewesen sind und es wohl immer noch sind.

Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955). Hrsg. v. Friedrich-Martin Balzer. Mit einem Geleitwort von Otto Köhler. Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn. 385 S., br., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 20. August 2009, S. 15.

Fest im Visier: die innere Front

Die Mobilisierungskampagnen der NSDAP

Als zu Beginn des Jahres 1939 Hitler die pompöse, von Albert Speer geschaffene Neue Reichskanzlei bezog, zierten den Eingang im Innenhof zwei Figuren des regimetreuen und auf Monumentalplastiken versessenen Bildhauers Arno Breker: Die eine, benannt als Schwerträger, galt als Symbol der Wehrmacht, die andere – ein Fackelträger – als das der NSDAP. Die Herren der braunen Diktatur sahen in beiden, sowohl im bereits erheblich aufgerüsteten Militär als auch in der eigenen Partei, die tragenden „Säulen“ ihrer Herrschaft. Im Gleichschritt marschierten sie in den systematisch vorbereiteten Krieg.

Am 12. März 1937 war ein neuer „Mob.-Plan für das Heer“ fertig gestellt worden. Davon sicher nicht unbeeinflusst, begann die Reichsleitung der NSDAP, Mobilmachungspläne für den „Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Fall“ zu erarbeiten. Im Stab des Führer-Stellvertreters Rudolf Heß entstand zu diesem Zweck eine besondere Abteilung. Sie verfasste Schritt für Schritt detaillierte Dokumente für den „Ernstfall“. Am Ende bestimmte ein umfangreiches Bündel von Weisungen, Richtlinien und Ablaufplänen in 9500 Punkten, was die „M-Beauftragten“ der Partei sowohl im Rahmen der Kriegsvorbereitung als auch während eines Krieges zu tun bzw. zu lassen haben sollten. Schwerpunktmäßig wurden Verantwortlichkeiten fixiert: Auf der Gauebene hatten in der Regel die stellvertretenden Gauleiter als „Mob.-Beauftragte“ zu fungieren (nebenbei: eine in der so genannten „Täterforschung“ viel zu wenig beachtete Gruppe aktiv handelnder Führungskräfte der NSDAP); an der Basis trugen die Kreisleiter und die Ortsgruppenleiter persönlich die Verantwortung. Ein die Rolle der Partei „im Kriegsfall“ zusammenfassender 14-Punkte-Katalog, im Heß-Stab am 16. Mai 1938 fixiert, sah als erste Aufgabe an: „Haltung und Hebung der seelischen Widerstandsfähigkeit des Volkes im Kriege“. Deutlicher noch formulierte der dritte Punkt: „Sicherung des sozialen Friedens in den Betrieben „. Schließlich hieß es auch: „Unterstützung der Wehrmacht bei dringlichen Maßnahmen durch Zurverfügungstellung von parteieigenen Einrichtungen und Stellung nicht wehrdienstpflichtiger Parteigenossen, Angehöriger der Gliederungen und angeschlossenen Verbände.“

Die Leitung der im April 1937 etablierten „Abteilung M“ hatte SS-Oberführer Kurt Knobloch übernommen. Zunächst ging man, wie in der Mobilmachungsverfügung 1/37 vom 15. April 1937 erkennbar, davon aus, den NSDAP-Funktionären und -Mitgliedern vor allem propagandistische Funktionen zuzuweisen. Bald traten jedoch andere Aspekte in den Vordergrund, darunter auch die „personelle Mobilmachung“. Entschieden wurde bereits, wer vom Dienst unmittelbar an der Front „freizustellen“ bzw. von der Partei gegenüber der Wehrmacht zu reklamieren sei. Dieser Personenkreis könne für die „Menschenführung in der Heimat und zur Betreuung der Volksgenossen nicht entbehrt werden“, hieß es. Er umfasste zunächst 18.630 Männer, darunter 9010 hauptamtlich in der Partei Arbeitende, sowie 10985 hauptamtlich tätige Frauen.

Die Öffentlichkeit erfuhr erst am 23. September 1939 von der Existenz dieser Pläne, als Robert Ley im „Völkischen Beobachter“ unter dem Titel „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“ mit erkennbarem Stolz darüber berichtete. Die innere Front, also die gegen Kriegsgegner und Kriegsunwillige, sei mit „der gleichen Präzision wie die militärische Front mobilisiert“ und durch eine „Unsumme von Kleinarbeit“ vorbereitet worden. Nicht ganz so offenherzig, eher in die Zukunft blickend äußerte sich in den ersten Wochen des Krieges Reinhard Heydrich, der Chef des neu eingerichteten Reichssicherheitshauptamtes. In einem Schulungsbrief der Partei konstatierte er zwar „die bereits durchgeführte totale Mobilmachung des deutschen Volkes“, doch diese sei „zu ergänzen durch die Mobilisierung der Aufmerksamkeit der Volksgenossen zum Schutze des Reiches“. Ley, Heydrich und andere Naziführer erinnerten sich hasserfüllt an Kriegsniederlage und Revolution vom November 1918. Dies prägte grundlegend ihre Vorstellung, niemals mehr dürfe ein neuer Krieg so enden wie zwei Jahrzehnte zuvor der Erste Weltkrieg. Es müsse „heute und immerdar dem deutschen Volke wiederholt“ werden, dass der Kampf an der inneren Front die gleiche Bedeutung

habe wie der an der Front. Krieg nach außen und Herrschaftsstabilisierung im Lande – diese Zielsetzung stand im Vordergrund aller Mobilmachungspläne und -aktionen der NSDAP.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. August 2009, S. 20.

Gelebter Pazifismus

„Du hattest gewählt“ schrieb Milly Zirker in ihrem bewegenden Nachruf für Hellmut von Gerlach, den sie in der *Neuen Weltbühne* als Brief an den am 1. August 1935 in ihren Armen Verstorbenen veröffentlichte. „Jahrzehntelang hast Du im unerschütterlichen Kampf für die Völkerverständigung gestanden. Und weil Du wußtest, daß nur unter bestimmten Vorbedingungen eine Internationale der Völker möglich ist, drum hingst Du mit einer geradezu fanatischen Liebe an Deinem Traum der Deutschen Republik. Du hast ihn nicht mehr verwirklicht gesehen, wir werden ihn erkämpfen müssen, und wir werden ihn erkämpfen, das versprechen wir Dir.“

Ganz im Sinne dieses Gelöbnisses fanden sich im Sommer 2007 Gelehrte und Publizisten zu einer Tagung ein (s. *Ossietzky* 12/07), deren Beiträge nun im vorliegenden Band versammelt sind. Sie war Gerlach gewidmet, zugleich auch jenen, die an seiner Seite im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik für den Pazifismus eintraten.

Nichts sei so beständig wie der Wandel, heißt es. Doch dieser Band, an dem 15 Autoren sich beteiligten, handelt von der Beständigkeit eines Gewandelten. Wechselvoll und dennoch geradlinig verlief das Leben Hellmut von Gerlachs. Der Titel „Vom Junker zum Bürger“ deutet es an, wenngleich einige Autoren bezweifeln, ob die Bezeichnung Junker zutreffend sei. Vielleicht hätte auch anderes gefunden werden können, zum Beispiel vom *deutschnationalen Antisemiten* zum *Demokraten* und von *rechts nach links* oder ganz und gar ein Titel, für den Karl Holls Einschätzung, Gerlach sei ein *Radikaldemokrat ohne Partei* gewesen, sich anbieten würde. Ja, Gerlachs Weg ist weit und dornig gewesen, entscheidend aber war seine außergewöhnliche Charakterstärke, die engstirnig-nationalistischem Zeitgeist und aggressiver Politik mutig standhielt.

Gerlach zählte 1908 zu den Mitbegründern der Demokratischen Vereinigung, dann der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Deutschen Friedensgesellschaft und (1930) der Radikaldemokratischen Partei. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Zeitung *Welt am Montag* zum auflagenstärksten linksliberalen Blatt. Er suchte Verständigung insbesondere mit Frankreich und Polen; in seiner intensiven Auseinandersetzung mit der preußischen Polenpolitik gelangte er zu der Einsicht, daß vor allem eine auf gegenseitiger Achtung und Aufrichtigkeit gegründete Beziehung zwischen Deutschland und Polen ein Schlüssel für das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa wäre. Dieses Bemühen machte ihn in vielen Ländern bekannt. Vor allem in Polen genoß er hohe Achtung, deren Gegenwärtigkeit sich auch in den Beiträgen der polnischen Autoren dieses Bandes spiegelt.

Es verwundert kaum, daß Gerlach – nach dem Zweiten Weltkrieg erneut vom „Zeitgeist“ betroffen – bislang relativ wenig Beachtung fand. In der DDR erschien 1965 eine Schrift aus der Feder Ruth Greuners, die den „Aufrechten“ pries und damit eine Grundlage auch für Arbeiten Jenaer Historiker zu den „nichtproletarischen Demokraten“ (wie es zeitgemäß hieß) bot. In der ehemaligen Bundesrepublik erschienen 1984 beziehungsweise 1988 Biografien von Ursula Susanne Gilbert und Franz Gerrit Schulte – insgesamt wenig im Vergleich mit der wesentlich umfangreicheren Literatur über Carl von Ossietzky oder Kurt Tucholsky. Da tröstet auch kaum, daß andere aus der Schar dieser Aufrechten – beispielsweise Milly Zirker oder Friedrich Wilhelm Foerster – völlig ungerechtfertigt noch weniger bedacht worden sind. Umso erfreulicher die hier geschaffene Abhilfe; einige Autoren wagen sich sogar an das schwierige Thema eines Vergleichs pazifistisch-demokratischer Persönlichkeiten.

Zwei der Beteiligten wenden sich fortwirkenden Problemen zu: zum einen der Herausgeber, Christoph Koch, der auf über einhundert Seiten die „Schatten des Reiches“ in der deutschen Außen- und Innenpolitik der letzten beiden Jahrzehnte mustergültig decouvriert und nachdrücklich fordert, endgültig dem „reichlichen Identitätssyndrom“ zu entsagen, zum anderen Eckart Spoo, der ganz in Gerlachs Sinne Widerstand gegen „Lügenpropaganda“ und den „Abbau des Rechts“ sowie kritischen Umgang mit der Vergangenheit verlangt. Und was Hans-Jürgen Bömelburg, Michael Quetting, Susanna Böhme-Kuby, Ludwig Elm, Karl Heinrich Pohl, Karl Holl, Wolfgang Wippermann, Hellmut Donat, Karl Rose, Przemysław Hauser, Krzysztof Rzepka, Mario Keßler und Jörg Wollenberg beisteuern, ist durchweg informativ und sehr anregend. Es verrät solide Kenntnis der Quellen und

der Literatur (auch wenn auf Seite 153 für den Geopolitiker Haushofer der Vorname seines 1945 hingerichteten Sohnes erscheint). Alles fügt sich zu einem sorgsam erarbeiteten lesenswerten Buch, das problembewußt und überzeugend Wandlungen ebenso erkennen läßt wie gewonnene Beständigkeit friedenspolitischer Positionen, die Vielfalt und Differenziertheit des Pazifismus wie auch seine Schwierigkeiten in einem von politischen Parteien eng gesetzten Rahmen, nicht zuletzt die Vorteile einer aus engstirniger Polarisierung befreiten Gesellschaftskritik.

Christian Koch (Hrsg.): „Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik“. Mit einem Nachdruck der Broschüre: Hellmut von Gerlach: „Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik“, Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung, 430 Seiten, 59,90 Euro.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 18, 5. September 2009, S. 695-696.

Der Wühlarbeiter

„Beobachten“ und „anregen“: Hitlers erster politischer Auftrag vor 90 Jahren

Wer wissen will, was am 12. September 1919 geschah, sieht sich zunächst angewiesen auf Angaben jenes Autors, der fünf Jahre danach in seinem Buch „Mein Kampf“ darüber erzählte. Weitschweifig schrieb der über eine Veranstaltung der ihm völlig unbekannten Deutschen Arbeiterpartei (DAP) im Münchner „Sterneckerbräu“, die er zu besuchen hatte. Als er kurz darauf als Mitglied aufgenommen werden sollte, habe er zunächst gezögert und gründlich überlegt. Ihm sei es nicht darum gegangen, Mitglied einer „fertigen Partei“ zu werden, er habe eigentlich seine „eigene gründen“ wollen, auch weil er „nie zu einer der bestehenden großen Parteien gegangen“ wäre. Erst nach langem Überlegen sei dann der „entscheidendste Entschluß“ seines Lebens gefallen. Begründung: Er habe hoffen dürfen, die „lächerlich kleine Schöpfung mit ihren paar Mitgliedern“ – so bezeichnete er diese Partei – in eine richtige Form bringen und deren Inhalt, Ziel und Weg bestimmen zu können. Es kann kaum Zufall gewesen sein, daß er in diesen Tagen seines „Nachdenkens“ auch einen Brief schrieb, der stets als sein erstes politisches Schriftstück bezeichnet wird und der von einem neuen, nunmehr stark rassistischen Antisemitismus geprägt war.

Mehr als Neugier

Im ersten Satz der achteinhalb Seiten umfassenden „Kampf“-Schilderung seines Weges in die Politik schreibt Hitler von einem „Befehl“ seiner Reichswehr-Dienststelle, nachzusehen und zu beobachten, was es für eine Bewandnis mit der DAP habe. Wenige Zeilen später soll der Leser indes erfahren, es habe sich um seinen persönlichen Entschluß gehandelt, diese Versammlung zu besuchen. Nur nebenbei wird eine als berechtigt charakterisierte „Neugierde“ erwähnt, die das Heer damals den politischen Parteien entgegengebracht habe.

Also nur starker Wissensdrang, der bayerische Militärs im Frühjahr und Sommer 1919 angetrieben hatte? Lediglich Erfüllung militärischer Aufgaben? Um beides handelte es sich nicht: Die von Hauptmann Karl Mayr geführte Propaganda- und Presseabteilung beim Reichswehrgruppenkommando Nr. 4 in München führte u. a. eine Liste mit 49 zu observierenden politischen Organisationen. Faktisch übte das Militär Polizeiaufsicht über alle Arbeiterparteien aus, zudem über die Bayerische Volkspartei, Bayerische Mittelpartei und andere bürgerliche Verbände. Mayr, wie die meisten Offiziere extrem antidemokratisch und antiparlamentarisch eingestellt, vertrat zudem die Auffassung, die Sozialdemokratie liege „vollständig an der Kette der Judenheit“. Es verwundert daher nicht, daß auf der Liste der zu beobachtenden Verbände die völkisch-antisemitische Thule-Gesellschaft fehlte. Denn diese 1500 Mitglieder zählende und aus dem 1912 gegründeten Germanenorden hervorgegangene Organisation war ihm bekannt, hingegen nicht die von Anton Drexler und Karl Harrer im Januar 1919 im Umfeld des berüchtigten Alldeutschen Verbandes und im Geiste der gescheiterten annexionistischen Deutschen Vaterlandspartei geschaffene DAP. Mayrs Dienststelle I b/P unterstützte ferner in München und Bayern nationalistische Organisationen und Verlage. Insbesondere Hauptmann Ernst Röhm spann die Fäden eines großen Netzwerkes von Kräften, die alle Schuld an der Kriegsniederlage auf eine angeblich unzureichende Unterstützung durch die „Heimat“ schoben und das Fehlen einer „totalen“ Kriegführung beklagten. In Bayern half die Reichswehr direkt bei der Verbreitung propagandistischen Materials. Und sie führte mehrfach Lehrgänge durch, in denen Offiziere und Soldaten zum Zwecke der „Aufklärung“ geschult wurden.

Für den Umsturz

Einer dieser als „Ausbildungsoffiziere“ und „Aufklärer“ tätigen Vertrauensleute der Reichswehr tat sich während der Lehrgänge besonders aktiv hervor: Adolf Hitler. In der Reichswehr begann seine Karriere. In ihr fiel er auf, als sie – um die Politik in ihrem Sinne beeinflussen zu können – nach „Trommlern“ mit Ausstrahlung für den deutschen Nationalismus und Rassismus suchte. So besagt es nicht die Deutung aus späterer Zeit, nein, es läßt sich eindeutig zeitgenössischen Dokumenten entnehmen: Generalmajor Arnold von Möhl, Chef des Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4 in Bayern, erklärte sich in einem umfangreichen handschriftlichen Brief völlig mit jenen Überlegun-

gen einverstanden, die Major a. D. Fritz von Trützschler, ein „Thule“-Mitglied, in einer Denkschrift über die Münchner Räterepublik und ihre Niederschlagung zu Papier gebracht hatte. Es gelte, so hatte er darin formuliert, ein „mächtiges, hoch aufgerichtetes Hakenkreuzbanner“ zu schaffen, um das sich ein von „Feuergeistern“ geleitetes Volk zu scharen habe. Keiner dürfe glauben, daß man „auf Dauer mit Stacheldraht und Maschinengewehren wird Politik machen können (...) Worauf es ankommt, ist, daß unter dem Schutze des Militärs jetzt seitens der Bürgerschaft etwas Bleibendes, Brauchbares, Wetterbeständiges aufgebaut wird“. Man fühlte sich berufen, „eine sinnvolle Neubegründung aller innerstaatlichen Verhältnisse“ durchzusetzen, wie es in einem Erlaß des Gruppenkommandos hieß, so eindeutig zum Sturz der Weimarer Republik, zur Revision der Revolutionsergebnisse und in weiterer Zukunft zu neuen militärischen Abenteuern aufrufend.

Unzufriedenheit mit den bürgerlichen Parteien, Mißtrauen gegenüber der Sozialdemokratie, Haß auf die Siegermächte des Weltkriegs und offene Feindseligkeit gegen die Kommunisten gaben „Anregungen“ und trieben die nach einer neuen Kraft Suchenden voran. Der Bericht, den Hitler über die Veranstaltung vom 12. September geliefert hatte, muß vielversprechend gewesen sein. Zur DAP, deren Mitgliederliste 55 Namen aufwies, stießen bald nach dem ersten Reichswehr-„Vertrauensmann“ auch andere Soldaten und Offiziere. Dazu gehörte u. a. der Vizefeldwebel Rudolf Schüssler, der seit Ende 1919 als erster Geschäftsführer der Partei tätig war. Ferner kamen Hermann Esser, Verantwortlicher für die Presse im Stabe Mayrs, Offiziersstellvertreter Karl Beggel, der zeitweilig in der DAP die Funktion eines Kassierers ausübte, und auch Röhm, der dank seiner Gruppenkommando-Zuständigkeit für die Verbindung zu zahlreichen paramilitärischen Verbänden, Freikorps und Einwohnerwehren für die neue Partei außerordentlich wirksam sein konnte, später SA-Führer und bis zu seiner Ermordung einer der wenigen Duzfreunde Hitlers gewesen ist.

„Eine bewegende Kraft“

Kaum von der Öffentlichkeit bemerkt, vollzog sich ein erster Aufschwung der kleinen Partei und versetzte sie in die Lage, bereits Ende Februar 1920 eine erste größere Veranstaltung durchzuführen, in der Hitler – unangekündigt – den Namenszusatz „nationalsozialistisch“ und das 25-Punkte-Programm verkündete. Am 31. März 1920 schied er offiziell aus der Reichswehr aus. Der Zusammenhang beider Ereignisse mit Vorbereitung und Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches liegt auf der Hand. In einem aufschlußreichen Brief an Wolfgang Kapp hatte Mayr die neue Partei als eine „Organisation des nationalen Radikalismus“ gepriesen und sogar als seine Schöpfung hingestellt. Hoffend, orientierend und selbstbewußt hieß es: „Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. (...) Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges. (...) Wir werden, und zwar nicht im parlamentarisch geruhsamen Tempo der deutsch-nationalen Volkspartei, einen glühenden Nationalismus pflegen. Bolschewismus, Separatismus, Aufgehen in westlicher Pseudokultur und wirtschaftliches Helotentum von Englands und Frankreichs Gnaden werden wir mit Hörnern und Klauen bekämpfen.“

Die Marschrichtung war vorgegeben, und Hitler marschierte in gewiesenen Bahnen, die er mit Geschick und weiterer Unterstützung auszudehnen verstand. Alles sehr erfolgreich – zumindest ein knappes Vierteljahrhundert lang, doch reich an allerschlimmsten Folgen.

junge Welt, Sonnabend, 12.09.2009, S. 15.

Apparat des Terrors

27. September 1939: Die Zentrale schlimmster Naziverbrechen wird gegründet

Der von Nazideutschland entfesselte Krieg war kaum vier Wochen alt, Polen bereits „siegreich“ überrannt und die innenpolitische Stabilität des Hitlerregimes kaum gefährdet, da wurde am 27. September in Berlin eine neue Behörde geschaffen – das Reichssicherheitshauptamt (RSHA); ein Amt, dessen Name seither zum Synonym für einen außerordentlich barbarischen Terror und für schlimmsten Völkermord geworden ist. Das RSHA fungierte nicht nur als eines der zwölf Hauptämter im unmittelbaren und sich ständig vergrößernden Machtbereich der SS, sondern als eine der wichtigsten Zentralstellen des „Dritten Reiches“. Ihm oblag die praktische Realisierung der Terrorherrschaft innerhalb Deutschlands, mehr noch die Verantwortung für Vorbereitung und Funktionieren eines gewaltigen Verfolgungs-, Unterdrückungs- und Ausrottungsapparates in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Seine Akteure planten, steuerten und begingen die grausamsten Verbrechen der Nazis. Seinen Hauptsitz hatte es in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8, auf einem am Ende des Krieges zerstörten Gelände, das heute zur Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ gehört.

Doch was war der Gründung des RSHA vorausgegangen? Welche Ziele verbanden sich damit? Wie radikalisierte sich das verbrecherische Wollen seiner Akteure?

Das Amt der vielen Ämter

1936 hatte Hitler darüber entschieden, daß Heinrich Himmler neben seiner Funktion als Reichsführer der SS auch „Chef der Deutschen Polizei“ sein soll, bei der Schaffung des RSHA trat der „Führer“ nicht in Erscheinung, obgleich es sich um eine wesentliche Veränderung innerhalb des faschistischen Machtsystems handelte. Den Gründungsakt des RSHA vollzog Himmler allein. Mit dürren Worten befahl er:

„Die folgenden Ämter: Hauptamt Sicherheitspolizei, Sicherheitshauptamt des RF-SS, Geheimes Staatspolizeiamt, Reichskriminalpolizeiamt werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zum Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Durch diese Zusammenfassung wird die Stellung dieser Ämter in der Partei und in der staatlichen Verwaltung nicht geändert.“

Unter ein gemeinsames Dach sollte damit eine Vielzahl jener Ämter gelangen, die bislang noch – wenngleich in den Zuordnungen und in der personellen Besetzung sich vielfach überschneidend – vorwiegend parteiamtlichen Charakter trugen (wie der Sicherheitsdienst der SS, kurz: SD) oder in den überkommenen Strukturen des Staatsapparates fungierten. Diese vor allem von Himmler und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich betriebene „Vereinheitlichung“ zielte zunächst auf Konzentration und Zentralisierung des Repressivapparates, auf dessen größere Effizienz. Daß diese für notwendig erachtet worden ist, hatte indessen weniger mit einer Furcht vor akuten inneren Sicherheitsproblemen zu tun, vielmehr hingegen mit der Absicht, den neuen Krieg um „Lebensraum“ unbedingt gewinnen zu wollen und mit der Sorge, an dessen Ende von revolutionären Ereignissen überrollt zu werden wie zwei Jahrzehnte zuvor das Kaiserreich. Ein neuer 9. November 1918 sollte unbedingt vermieden werden. Auch das gehörte in der Situation von 1939 zu dem Bemühen, Voraussetzungen für eine erfolgreiche Realisierung aller maßlos-expansionistischen Ziele zu schaffen.

Von einer zweckmäßig gegliederten und sich ergänzenden Einheit, von „heilsamer“ Zusammenarbeit war die Rede. In der Praxis mischten sich in einer nahezu pervers zu nennenden Weise bürokratisch-akribisches Präzisionsbestreben und hemmungslos-willkürliches Handeln. Die im zweiten Satz des Erlasses angedeuteten Probleme (die bei manchen Geschichtsschreibern vordergründig und überzogen behandelt werden) betrafen eher Finanzierungsprobleme. Die Streitigkeiten um künftige Verfahrensweisen waren zeitweilig auch mit persönlichen Rivalitäten verknüpft, die vor allem zwischen Heydrich und Werner Best (damals Organisations- und Personalchef der Gestapo) ausgetragen wurden. Die Vernichtungsmaschinerie behinderten sie jedoch nicht, im Gegenteil: Auch das

oftmals anzutreffende gegenseitige Mißtrauen, das Streben nach persönlichen Vorteilen und karrieristisches Konkurrenzdenken trugen bei vielen der Akteure zu radikalisierter Entmenschlichung bei.

Unter der Regie des langjährigen Chefs des SS-Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich erfolgte die Zusammenführung von Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei, Kriminalpolizei) und Sicherheitsdienst der SS. Die Struktur der nunmehr alle Polizei- und Sicherheitsorgane von Staat und Partei zusammenfassenden Behörde sah zunächst sechs, bald jedoch sieben Ämter vor. Diese waren in Gruppen und Referate eingeteilt, deren rund 3400 Mitarbeiter allein in Berlin an mehr als 40 Stellen ihren Sitz hatten. Ihnen unterstand im Reich und darüber hinaus ein weitverzweigtes Netz nachgeordneter Dienststellen. Im Jahr 1943 gab es allein 70 Staatspolizei- und fast ebenso viele Kriminalpolizeistellen. Mit einem Netz mobiler und stationärer Dienststellen des RSHA wurden die besetzten Gebiete überzogen. In ihm wirkten Einsatzgruppen und Einsatzkommandos, Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD. Auch in den „Politischen Abteilungen“ der Konzentrationslager saßen vom RSHA ausgewählte Gestapobeamte. Mit dem entfesselten Krieg brachte ihre Schreckensherrschaft unendliches Leid über die Völker Europas.

Krieg nach innen und außen

Im Zusammenhang mit Fragen, welche die Mitgliedschaft von Beamten der Polizei in der SS betrafen, hatte Himmler schon im Sommer 1938 als Ziel formuliert: „Verschmelzung der Angehörigen der Deutschen Polizei mit der Schutzstaffel der NSDAP zu einem einheitlich ausgerichteten Staatsschutzkorps des Nationalsozialistischen Reiches.“ Auch Best sprach von einem „einheitlichen Staatsschutzkorps neuer Prägung“, in dem der SD die Funktion eines Generalstabes der Politischen Polizei einzunehmen habe. Ganz in diesem Sinne hatten unter Heydrichs Leitung Mitarbeiter des SD bereits Anfang 1939 begonnen – als der Kriegskurs immer klarere Konturen annahm und Wehrmacht wie die NSDAP zahlreiche Mobilisierungspläne für die neuen militärischen Abenteuer entwarfen –, Konzepte für eine „Neuordnung“ des Verhältnisses zwischen Sicherheitspolizei und dem SD auszuarbeiten. Struktur- und Personalfragen des zu gründenden RSHA waren im Grunde bereits im April 1939 geklärt. Daß es eine neue und einheitliche organisatorische Spitze geben sollte, stand fest. Offen schien nur, wie man „unter Wahrung der SS-mäßigen Grundhaltung“ die Finanzierung durch die formell dafür zuständigen Ministerien sichern könne. Der Krieg öffnete dafür die Türen, auch wenn die weiter reichenden Pläne für ein „Großgermanisches Reich“ nicht wie erwartet und am Ende schließlich überhaupt nicht mehr realisiert werden konnten.

Alles hatte sich mit Auseinandersetzungen verbunden, die sich um Besoldungs- und Laufbahnrichtlinien drehten, jedoch auch konzeptionelle Differenzen erkennen ließen. Debattiert wurde indessen nicht über eine Alternative zur terroristischen Machtsicherung und -ausübung, auch nicht über deren Ausmaß und Zielsetzung. Streit gab es allenfalls über anzuwendende Methoden und über die in der Qualifizierung der Mordakteure einzuschlagende Taktik. Während Best meinte, höhere SD-Führer müßten auch als Verwaltungsbeamte ausgebildet werden, verlangten Walter Schellenberg, Chef der Spionageabwehr im RSHA, und Heydrich eine „SS-mäßige Sich. Pol. u. SD-Ausbildung“, die „tragende Allgemeinausbildung“ sein müsse und sich gegen „juristische Gängelei“ zu richten habe. Im Vordergrund stand, wie Heydrich es formulierte, der Erhalt einer „kämpferischen Linie“.

Ganz in diesem Sinne hatte der SD bereits im Vorfeld des Krieges, im Grunde auch als ein immannter Bestandteil der Kriegsvorbereitung, seine nachrichtendienstliche Tätigkeit immer stärker hin zu dem erweitert, was äußerst verschwommen „Lebensgebietstätigkeit“ genannt wurde und aus dem auch das Amt „Weltanschauliche Forschung“ hervorging. Systematisch wurden alle gesellschaftlichen Bereiche beobachtet und dem Konzept untergeordnet, die fälschlich als „Schutz des deutschen Volkes“ bezeichnete Sicherheitspolitik defensiv wie offensiv zu betreiben, und dies sowohl innerhalb der Grenzen des Reiches als auch mit dem Blick auf den zu gewinnenden „Lebensraum“, auf das angestrebte Imperium in Europa. Um letzteres tun zu können, so schrieb Heydrich 1937, sei es notwendig, „internationale weltanschauliche und geistige Kräfte“ zu bekämpfen, „denen unser Volk in seiner rassischen Grundlage und in seiner seelischen, geistigen und politischen Haltung zur Verwirklichung ihrer Ziele im Wege steht“. „Vorausschauend“ sei alles Gegnerische zu erforschen und

zu bekämpfen. Noch deutlicher hatte sich Walter Schellenberg 1938 über einen neu zu schaffenden Apparat des Terrors geäußert. Dieser müsse „unter Abstoßung aller hemmender bzw. überkommener Gedanken (...) endlich einmal die Beweglichkeit besitzen, die eine Staatsapparatur besitzen muß, um ein Reich nach den Ausmaßen, wie es der Führer zu schaffen gedenkt, leicht zu verwalten.“

Folgerichtig geriet jenes Amt zur größten Einrichtung innerhalb des RSHA, das von -Otto Ohlendorf geleitet wurde (siehe jW-Thema v. 19./20.9.) und auch unter der Bezeichnung „Deutsche Lebensgebiete“ firmierte; ein Name, der irreführend und programmatisch zugleich gewesen ist. Seine Zuständigkeit erstreckte sich insbesondere auf die „nachrichtendienstliche Bearbeitung“ aller besetzten Gebiete in Europa, und seine Akteure nahmen entscheidenden Anteil an der Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik faschistischer Okkupanten. Im Krieg gehe es nicht mehr, wie Heydrich im Oktober 1939 verkündete, um eine Beobachtung des „Gegners an sich“, sondern um das Suchen nach Gegnern „in allen gesellschaftlichen Subsystemen“, nach einem Feind, „der sich in den Lebensgebieten verborgen hält“.

„Völkische Flurbereinigung“

Mit der Gründung des RSHA besiegelten Himmler und Heydrich die Politik der „völkischen Flurbereinigung“, ihre neue Behörde darf als ein wichtiger Schritt in diese Richtung gelten. Bestärkt wurde dies auch durch ein anderes Amt, das kurze Zeit danach entstand: das eines „Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums“, das von Himmler geleitet wurde. Unter seiner Regie wurden zirka eine Million Polen und Juden von Haus und Hof vertrieben, um Platz für deutsche „Siedler“ zu schaffen. Auch sogenannte Eindeutschungsaktionen sollten dazu beitragen, eine „ethnische Neuordnung“ Europas durchzusetzen und eine rücksichtslose „Germanisierung“ eroberter Gebiete zu betreiben. Die brutalen Exekutionen, die im Herbst 1939 Einsatzkommandos in Polen vornahmen, lassen sich als die eigentliche Gründung des RSHA verstehen und zugleich erahnen, wie schrankenlos der weitere Krieg im Osten geführt werden sollte.

Aus dem RSHA heraus fällten SS-Führer wie Ernst Kaltenbrunner (nach Heydrichs Tod am 4.6.1942 – er war am 27.5.1942 bei einem Attentat durch tschechische Widerstandskämpfer in Prag schwer verletzt worden – Leiter des RSHA), Bruno Streckenbach, Otto Ohlendorf, Alfred Franz Six, Heinrich Müller, Arthur Nebe, Heinz Jost, Walter Schellenberg, Adolf Eichmann u. a. m. unzählige verbrecherische Entscheidungen. Sie trieben die militärische Ausrüstung eigener Truppen voran, bauten die Waffen-SS zu einer nahezu eigenständigen militärischen Formation aus, in der vor allem die bisherigen SS-Verfügungstruppen und die sogenannten Totenkopfverbände zusammengefaßt wurden, und ließen die Einsatzgruppen in den Gebieten östlich der alten Reichsgrenzen wüten. Die quantitative und auch die qualitative Steigerung des Staatsterrorismus, konzipiert im berühmten „Generalplan Ost“ und realisiert in der „Endlösung der Judenfrage“, vollzog sich als eine Art fortgesetzter Faschisierung der Naziherrschaft.

Alles, was in der Regie des RSHA unternommen worden war, führte das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher zwangsläufig dahin, den SD als eine verbrecherische Organisation zu verurteilen. Nach 1945 wurden auch einige RSHA-Akteure angeklagt. Der einzige, das RSHA umfassend behandelnde Prozeß war der sogenannte Einsatzgruppen-Prozeß, der 1947/48 vor einem amerikanischen Tribunal in Nürnberg stattfand. Von den hier 23 Angeklagten stammten zehn unmittelbar aus dem RSHA. Sechs von ihnen wurden zum Tode verurteilt, zwei zu lebenslanger Haft und zwei zu jeweils 20 Jahren Freiheitsstrafe. Hingerichtet wurde nur Otto Ohlendorf, alle anderen erlebten vor allem 1951/52 Strafminderung oder Freilassung. Der letzte Häftling verließ im Mai 1958 seine Zelle. Im Ulmer Prozeß gegen zehn Täter aus den Einsatzgruppen stellte die Staatsanwaltschaft die hohe Eigeninitiative bei den Mordaktionen heraus und forderte für mehrere Angeklagte eine lebenslange Strafe. Alle wurden jedoch am 29. August 1958 nur als „Gehilfen“ verurteilt und damit so, als ob die Täter die Tat nicht selbst gewollt hätten.

Der Aufbau des RSHA im Jahr 1941 (sieben Ämter mit untergeordneten Stellen):

Amt I (Personal), Chef: Standartenführer (Staf) Streckenbach

Amt II (Organisation, Verwaltung, Recht), Chef: Standartenführer Dr. Nockemann

- II a Org/Recht: Sturmbannführer (Stubaf) Dr. Bilfinger
- II a 1 (Org): Hauptsturmführer (Hstuf) Dr. Schweder
- II a 2 (Gesetzgebung): Stubaf Dr. Neifeind
- II a 3 (Justitiar): Stubaf Suhr
- II a 4 (Reichsverteidigung): Stubaf Renken
- II a 5 (Beschlagnahme): Stubaf Richter
- II B (Paßwesen): Ministerialrat Krause
- II C a (Haushalt SIPO): Staf Dr. Siegert
- II C b (Haushalt SD): OStubaf Brocke,
- II D (Tech. Fragen): OStubaf Rauff (u. a. Gaswagen)

Amt III (SD Inland), Chef: Staf Otto Ohlendorf

- III A (Rechtsordnung): OStubaf Dr. Gengenbach
- III B (Volkstum): Staf Dr. Ehlich
- III C (Kultur): Stubaf Dr. Spengler
- III D (Wirtschaft): Stubaf Seibert

Amt IV (Gestapo), Chef: Gruppenführer Heinrich Müller „Gestapo-Müller“ (Vertreter: Staf Krichbaum)

- IV A (Gegnerbekämpfung): OStubaf Panzinger
- IV A 1 (Kommunismus): Stubaf Vogt
- IV A 2 (Sabotagebekämpfung): Hstuf Kopkow
- IV A 3 (Liberalismus usw.): Stubaf Litzenberg
- IV A 4 (Attentate): Stubaf Schulz
- IV B: (Sekten): Stubaf Hartl
- IV B 1 (Katholizismus): Stubaf Roth
- IV B 2 (Protestantismus): Stubaf Roth
- IV B 3 (Freimaurer): ohne Besetzung
- IV B 4 (Juden): OStubaf Adolf Eichmann
- IV C (Karteiwesen): OStubaf Dr. Rang
- IV D (Besetzte Gebiete): OStubaf Dr. Weinmann
- IV E (Abwehr): Stubaf Schellenberg
- IV E 1 (Landesverrat): HStuf Lindow

Amt V (Kripo), Chef: Brigadeführer Arthur Nebe

- V A (Kriminalpolitik): Staf Werner
- V B (Einsatz): Regierungsrat (RR) Galzow
- V C (Erkennungsdienst): ORR Berger

– V D (Kriminalinstitut): Stubaf Dr. Ing. Heeß

Amt VI (SD Ausland), Chef: Brigadeführer Jost

Amt VII (Weltanschauung), Chef: Standartenführer Dr. Six

Dokumente:

Werner Best über die Rolle der Politischen Polizei als „innere Wehrmacht“ (1937):

„Wie die Operationen eines Heeres gegen den auswärtigen Feind und die Mittel zur Niederringung dieses Feindes nicht vorgeschrieben werden können, so muß die Politische Polizei zur Bekämpfung der staatsgefährdenden Bestrebungen freie Hand in der Wahl der jeweils erforderlichen Mittel haben. (...) Der politische Totalitätsgrundsatz des Nationalsozialismus, der dem weltanschaulichen Grundsatz der organischen und unteilbaren Volkseinheit entspricht, duldet keine politische Willensbildung in seinem Bereich, die sich nicht der Gesamtwillensbildung einfügt. Jeder Versuch, eine andere Auffassung durchzusetzen oder auch nur aufrechtzuerhalten, wird als Krankheiterscheinung, die die gesunde Einheit des unteilbaren Volksorganismus bedroht, ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt. Aus diesen Grundsätzen heraus hat der nationalsozialistische Führerstaat zum ersten Mal in Deutschland eine politische Polizei entwickelt, wie sie von unserem Standpunkt aus als modern, d.h. den Bedürfnissen unserer Gegenwart entsprechend, aufgefaßt wird: als eine Einrichtung, die den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers sorgfältig überwacht, jedes Krankheitssymptom rechtzeitig erkennt und die Zerstörungskeime – mögen sie durch Selbstzersetzung entstanden oder durch vorsätzliche Vergiftung von außen hineingetragen worden sein – feststellt und mit jedem geeigneten Mittel beseitigt. Das ist die Idee und das Ethos der Politischen Polizei im völkischen Führerstaat unserer Zeit“

Aus einem Schreiben Heydrichs vom 3. September 1939 an die Leiter der Staatspolizeistellen und an alle Dienststellen der Sicherheitspolizei:

„Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt. Nach der Festnahme (...) ist unverzüglich dem Chef der Sicherheitspolizei Bericht zu erstatten und um Entscheidung über die weitere Behandlung der festgenommenen Personen zu bitten, da gegebenenfalls auf höhere Weisung brutale Liquidierung erfolgen wird.“

Aus einem Schnellbrief Heydrichs an die Chefs der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei vom 21. September 1939 zur „Judenfrage in den besetzten polnischen Gebieten“:

„Ich nehme Bezug auf die heute in Berlin stattgefundene Besprechung und weise noch einmal darauf hin, daß die geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel) streng geheimzuhalten sind. Es ist zu unterscheiden zwischen 1. dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und 2. den Abschnitten der Erfüllung des Endzieles (welche kurzfristig durchgeführt werden). Die geplanten Maßnahmen erfordern gründlichste Vorbereitung sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es ist selbstverständlich, daß die heranstehenden Aufgaben von hier in allen Einzelheiten nicht festgelegt werden können. Die nachstehenden Anweisungen und Richtlinien dienen gleichzeitig dem Zwecke, die Chefs der Einsatzgruppen zu praktischen Überlegungen anzuhalten.“

Aus dem Erlaß Hitlers zur Ernennung Himmlers zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ vom 7. Oktober 1939:

„Dem Reichsführer-SS obliegt nach meinen Richtlinien:

Die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland, die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten, die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.“

Aus dem Leitartikel der SS-Wochenzeitung Das Schwarze Korps vom 20. August 1942:

„Unsere Aufgabe ist es, den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen germanischen Blutes wohnen.“

junge Welt, Sonnabend, 26.09.2009, S. 10.

Der breite „rechte Rand“

Unmittelbar nach der Novemberrevolution 1918 formieren sich die monarchistischen Kräfte als „Volkspartei“. Mit der zunehmenden Zurückdrängung der Revolution bekam ihre Organisation faschistischen Charakter

Mit Recht wird gesagt, es sei unzulässig, die Weimarer Republik allein von ihrem schmachvollen Ende her zu bewerten. Immerhin markierte ihr Start einen der bedeutsamsten Fortschritte in der deutschen Geschichte. Ihre Verfassung, so sehr sie unzureichende Elemente und Widersprüchliches enthielt (siehe jW-Thema vom 28.7.2009), bot durchaus Rahmen und Boden für tastende Schritte hin zu einer Gesellschaft, die von einer wirkungsvollen parlamentarischen Demokratie, von größerer politischer Freiheit aller, von sozialpolitischer Gerechtigkeit und vom Streben nach Völkerverständigung hätte geprägt sein können. Diesem Staat war nicht in den Schoß gelegt worden, an extrem reaktionären Gegnern zu scheitern und in eine faschistische Diktatur zu münden.

Dennoch gab es Feinde dieser Republik von Anfang an, und dies in zahlreichen politisch tätigen Organisationen – Parteien, Bünden, Orden, Vereinen usw. Da gab es keineswegs allein die NSDAP. Wohl aber profitierte diese vom breiten rechten Lager, das ihr später massenhaft zulief. Manche wollten es lediglich als Randerscheinung bewertet wissen, doch sie irrten – und das folgeschwer. Dieser „Rand“ reichte weit in die Mitte der deutschen Gesellschaft und legte es von Beginn an darauf an, sowohl die militärische Niederlage im Weltkrieg als auch die Ergebnisse der Novemberrevolution in ihrem Sinne zu korrigieren, koste es was es wolle.

Neuformierung nach Revolution

In den ersten Jahren der Weimarer Republik stand für alle politischen Kräfte auf der Tagesordnung, bisherige Positionen zu überdenken sowie sich neu zu formieren. Das galt sowohl für die Arbeiterbewegung als auch – und dies sogar in noch größerem Maße – für die in ihrer Macht zwar erschütterten, aber dennoch mit dem Schrecken davongekommenen bürgerlichen Organisationen. 1914 waren noch große Teile der Bevölkerung mit Begeisterung in den Krieg gezogen, doch Ernüchterung und Abscheu vor den Exzessen der Gewalt hatten zu dominieren begonnen. Die Sehnsucht nach anderen Verhältnissen war angewachsen, bessere Lebensbedingungen wurden nachdrücklich gefordert, ein Frieden der Verständigung und Befreiung von der Diktatur des Militärs angestrebt. Streikämpfe nahmen zu, Arbeiter und Soldaten formierten sich in eigenen Räten und fegten schließlich binnen weniger Tage das monarchistische Regime hinweg.

Dies alles versetzte die für Hunger und Krieg Verantwortlichen in panische Angst. Mit alten Mitteln weiterzuregieren, war unmöglich geworden. Geringfügige Zugeständnisse, wie sie in den sogenannten Oktoberreformen von 1918 aufschienen, verfielen nicht mehr und wurden schlicht und einfach von der Entwicklung überrollt. Unzureichend hatten sie lediglich auf ein paar Modifikationen im morsch gewordenen Herrschaftsmechanismus gezielt, doch die Massen wollten mehr und erreichten einen grundsätzlichen Wandel. Am 9. November 1918 stürzten die Throne und rollten die Kronen, der Weg zu einer Republik war gewiesen. Der bekannte Journalist Theodor Wolff, Chefredakteur des liberalen Berliner Tageblatts, meinte in dieser Situation, die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit sei „verwirrt und eingeschüchtert, ratlos und haltlos“. Und der DDP-Mitbegründer Friedrich Naumann äußerte entnervt: „Alles zerfließt mit einem Male (...) es ist für uns eine Götterdämmerung.“

Die größeren Parteien der ökonomisch und politisch Mächtigen, getragen von ihrer Furcht vor möglichen sozialistischen Verhältnissen, zeigten sich nur kurzzeitig funktionsunfähig. Nach wenigen Tagen weitgehender Ohnmacht stellten sie sich mehr oder weniger entschieden auf die neue Situation ein; manch ein „Herzemonarchist“ mauserte sich zum „Vernunftrepublikaner“. Alle nutzten die Chancen, die sich ihnen mit den machtpolitischen, die Erfolge der Revolution eingrenzenden Entscheidungen des Rates der Volksbeauftragten boten. In rascher Folge entstanden neue Parteien, genauer: Die alten sortierten sich neu, trennten sich von belasteten Teilen und begannen mit eifriger Mitgliederwerbung. Vor allem gaben sie sich neue Namen. Beliebt war die Verwendung des Wortes

„Volk“, um neuen Willen und Charakter anzudeuten. So nannte sich das großbürgerlich-katholische Zentrum zeitweilig Christlich-demokratische Volkspartei, deren süddeutscher Landesverband selbstständigte sich als Volkspartei. Aus einigen konservativen Parteien des Kaiserreichs entstand am 24. November 1918 die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der sich auch viele völkische Gruppen und Teile der erst 1917 geschaffenen und rasch zerfallenden Deutschen Vaterlandspartei zuwandten. Nationalliberale Kreise fanden sich in der Deutschen Volkspartei (DVP), bürgerlich-demokratische in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zusammen. Kontinuität dominierte, wenngleich auch innerhalb der einzelnen parteipolitischen Strömungen sich Kräfteverhältnisse verschoben und Sammlungsversuche stattfanden. Im Grunde ragten jedoch lediglich DDP und DNVP über die Grenzen ihrer unmittelbaren Vorgänger hinaus.

Freies Feld für extreme Rechte

Eine insgesamt zu beobachtende Tendenz der bürgerlichen Parteien, sich etwas mehr nach links zu orientieren, schien zunächst das Lager der nach wie vor strikt antirepublikanischen und eine parlamentarische Demokratie völlig ablehnenden Kräfte zu schwächen. Doch das hielt nicht lange vor. Sie schufen sich rasch und in großer Zahl völlig neue Organisationen, darunter paramilitärische Verbände, Orden, Bünde, Vereine usw. Mit den neuen Betätigungsfeldern veränderten sich auch organisationspolitische Strukturen, mitunter unüberschaubar, weil rasch und häufig wechselnd. Wie in einem Schmelztiegel gingen manche Gruppen und Grüppchen direkt ineinander auf, andere spalteten sich ab, geschieden zum Teil nur dank Uneinigkeit in Führungsansprüchen. Demokratischem Druck aus der Gesellschaft wichen sie oft dank tarnender Namensänderung aus.

Zu den größten und mitgliederstärksten Organisationen, die eine Basis der kommenden faschistischen Massenbewegung abgaben, gehörten paramilitärische Verbände. Als die Alliierten kategorisch forderten, die in Gestalt lokaler und regionaler Bürgerwehren und als Reserve der zahlenmäßig zu reduzierenden Reichswehr entstandenen Einwohnerwehren aufzulösen, was die Reichsregierung am 8. April 1920 beschloß, in Bayern aber erst im Jahr darauf erfolgte, da ging ein großer Teil der etwa eine Million Mitglieder zu den Freikorps und militärisch organisierten Verbänden über. Noch in den Tagen des Kapp-Putsches formierte sich aus einem Freikorps der Orden (Jungdo), der unter Führung von Artur Mahraun stand und bald etwa 200.000 Mitglieder umfaßte. Korporativ schloß sich dieser Jungdo der Organisation des bayerischen Forstrats Georg Escherich (Orgesch) an; diese wurde am 9. Mai 1920 mit dem Ziel gegründet, ein Auffangbecken und eine Tarnorganisation für die in den meisten deutschen Ländern verbotenen Einwohnerwehren zu schaffen. Der Chef der Orgesch agierte als eine Art Zentralfigur der gesamten konservativ-nationalistischen Szene, ausgestattet mit besten Verbindungen zu den Rechtsparteien und zu Wirtschaftskreisen.

Neue Einflußbereiche suchten auch der Bayerische Ordnungsblock, dem etwa 40 verschiedene völkisch-alldeutsche und extrem arbeiterfeindliche Organisationen angehörten, und der Norddeutsche Ordnungsblock. Günstige Bedingungen fanden sie vor allem in Bayern vor. Der Freistaat widersetzte sich – in völliger Übereinstimmung zwischen Escherich und dem während des Kapp-Putsches zum bayerischen Ministerpräsidenten avancierten Gustav Ritter von Kahr – den Maßnahmen der Reichsregierung zur Auflösung der Einwohnerwehren. Kahr erlaubte diesen demonstrativ, am 26. September 1920 ein erstes „Landesschießen“ durchzuführen, und nahm dafür den sich rasch ausweitenden Konflikt zwischen dem Reich und Bayern in Kauf. Als eine „Ordnungszelle“ – so verstand das Land seine Funktion für Deutschland – wollte man in München für eine neue Rechtsentwicklung im Reich gut gerüstet sein.

Reaktionäres Netzwerk

An der Spitze jener Marinebrigade, die in Berlin den Kapp-Lüttwitz-Putsch militärisch organisiert hatte, stand der an zahlreichen politischen Morden (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Matthias Erzberger, Walther Rathenau u. a.) und auch an Fememorden beteiligte Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt. Aus ihr ging Ende 1920 die geheime Organisation Consul hervor, die alte putschistische Ziele großagrarisches-nationalistischer Kreise verfolgte und dabei zu traurigem Ruhm gelangte; gerade sie hatte wesentlichen Anteil an der beginnenden Entwicklung und Ausprägung des Faschismus

in Deutschland. Als die Orgesch verboten wurde, formierte sie als Ersatz den straff organisierten Wehrverband Bund Oberland, um nur einige wenige noch zu nennen, existierten der Bund Wiking, die Reichsflagge, der Bund Bayern und Reich, ein Blücherbund, die von Ernst Röhm geschaffene Eiserne Faust und viele andere mehr. Später, aber noch vor der Errichtung der faschistischen Diktatur, erklärte der Chef der Organisation Kanzler dem Blick auf Hitler: „Wir mußten uns klar darüber sein, daß wir Vorläufer waren und die Wege dem zu bereiten hatten, der nach uns kam.“

Wegbereitend wirkte auch der im Juli 1920 geschaffene Deutsche Hochschulring und sein Bestreben, alle rechtsgerichteten studentischen Gruppierungen zu sammeln. Er erfaßte bald etwas mehr als drei Viertel aller Studierenden. Von Bedeutung sollte nicht zuletzt die Gründung jener Organisationen werden, die unmittelbar der nationalistisch-revanchistischen Propaganda gegen den Versailler Vertrag dienten. Der bereits 1919 gegründete Schutzbund, dem 120 Grenz- und auslandsdeutsche Verbände angehörten, hielt zu Pfingsten 1920 im Berliner Reichstagsgebäude seine erste große Bundestagung ab. Am 7. Mai 1920 fand auch wieder eine Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft statt, die zunächst mit Hilfe des Völkerbundes eine Revision der Festlegungen des Versailler Vertrages über die ehemaligen deutschen Kolonien erreichen wollte.

Im Herbst 1920 entstanden der Deutsche Ostbund und der Bund der Saarvereine, die sich das Ziel setzten, die Grenzen Deutschlands im Osten bzw. im Westen zu revidieren. Als zentrale Einrichtung zur Finanzierung und Koordinierung aller Deutschtumsorganisationen und -institutionen in den Gebieten, die dem Versailler Vertrag entsprechend von Deutschland abgetrennt worden waren, schuf die Regierung am 22. November 1920 die halbstaatliche Deutsche Stiftung, die sich aktiv darum bemühte, vor allem in Polen – hier wurde 1920 der Deutschtumsbund gegründet – eine chauvinistisch-revanchistische deutsche Bewegung, die sogenannte Irredenta zu schaffen.

Im Frühjahr 1921 trat mit dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände ein neuer und mächtiger Dachverband in Erscheinung. Ihm gehörten zunächst etwa 500, später sogar fast 2000 einzelne Organisationen an, die sich alle propagandistisch mit dem Vertrag von Versailles und insbesondere mit dessen Artikel 231 befaßten. Sie beantworteten die darin von den Alliierten behauptete Alleinschuld Deutschlands am Weltkriegsausbruch mit der nationalistischen These von einer „deutschen Unschuld“, allenfalls mit der Anerkennung einer gewissen „Mitschuld“ Deutschlands. Am 6. Dezember 1920 fand erstmalig ein Kongreß der Auslandsdeutschen statt. Mehr und mehr bildete das „Deutschtum“ außerhalb der Reichsgrenzen – untergliedert in Grenzlanddeutschtum, Kolonialdeutschtum und allgemeines Auslandsdeutschtum – beziffert auf 30 bis 40 Millionen Menschen – einen spezifischen Bestandteil der revanchistischen deutschen Innen- und Außenpolitik.

Zeitweilig wurde auch monarchistisches Gedankengut wiederbelebt. In Sachsen und Preußen entstanden 1920/21 regionale Königsparteien, in Bayern sogar mehrere miteinander konkurrierende Organisationen, darunter der Bayerische Heimat- und Königbund. Sie versuchten – zumeist mit parlamentarischen Mitteln –, die Throne der früheren Dynastien zu restaurieren. Ihnen gegenüber standen die Kaiserparteien von vornherein auf aussichtslosem Posten, was auch aus dem Scheitern des Bundes der Kaisertreuen im Jahre 1919 hervorgeht. Einen gewissen Aufschwung erlebten die offen monarchistischen Kräfte im Zusammenhang mit dem Tod der Exkaiserin Auguste Viktoria im April 1921. Ihre Beisetzung in Potsdam zog große Menschenmassen an und geriet wegen der Teilnahme des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg und dessen Stellvertreter Erich Ludendorff zu einem Spektakel. Den größten Einfluß erreichte der erst 1923 gegründete Königin-Luise-Bund mit etwa 50.000 Mitgliedern.

Eine erste Welle der Faschisierung

Ermuntert von ausgesprochen kontrevolutionären Kräften und angesichts unzureichender Gegenwirkung des Weimarer Staates traten in engem Zusammenhang mit den Aktionen militaristischer, chauvinistischer und monarchistischer Kreise 1919/20 erstmals auch faschistische Politiker und Organisationen auf. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als DVP und DNVP. Sie wendeten deren reaktionäres Gedankengut ins Extreme, verachteten jede taktieren-

de Vorsicht und gingen sowohl innen- als auch außenpolitisch entschieden auf Konfrontationskurs. Mit ihnen begann eine folgenschwere Entwicklung.

Der sich zunächst in einer Vielzahl von Organisationen unterschiedlichster Art formierende Frühfaschismus, dessen herausragende Erscheinungsform und wichtigster Bestandteil in Deutschland schließlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) werden sollte, wurzelte stark in der fehlenden Bereitschaft großer Teile der Deutschen, die Realität von Kriegsniederlage und Republik anzuerkennen. Auch in ihm spiegelte sich der Widerwille einiger Teile der Bourgeoisie sowie der Junker und weiter Kreise der Mittelschichten gegenüber parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen, auch gegenüber den von proletarischen Kräften erkämpften Möglichkeiten, sich zu organisieren und für eine von ihnen zu bestimmende Zukunft einzutreten. Im Mittelpunkt faschistischer Strategie und Taktik stand der Kampf gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Der faschistische Antimarxismus und Pseudosozialismus – eng verflochten mit Antiliberalismus, Antiparlamentarismus und barbarisch-chauvinistischer Kulturfeindlichkeit – bediente sich einer neuartigen Kombination von offenem Terror und rassistischem Nationalismus. Er knüpfte an weitverbreitete antisemitische Stimmungen und Vorbehalte an, was viele Menschen in die Fänge der Nazis geraten und glauben ließ, nur in der Verfolgung, Vertreibung und schließlich auch in der Vernichtung der Juden liege die Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel der sozialen und politischen Verhältnisse.

Noch bevor die Bewegung der Nazis in großem Stil gefördert und finanziert werden konnte, waren in den ersten Jahren der Weimarer Republik zahlreiche sich vor allem des Antisemitismus bedienende Organisationen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen. Heinrich Claß, Chef des Alldeutschen Verbandes, hatte sich schon am 3. Oktober 1918 nachdrücklich für die Schaffung „einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei“ ausgesprochen und zu diesem Zweck auch den „rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleitete Volkes abgelenkt werden muß“, gefordert. In diesem Umfeld entstand am 5. Januar 1919 in München die Arbeiterpartei des Maschinenschlossers Anton Drexler, die sich ein Jahr später den Namen NSDAP gab. Sie knüpfte personell und auch organisatorisch an den berüchtigten Altdeutschen Verband, an die Deutsche Vaterlandspartei und an zahlreiche andere völkisch-antisemitische Gruppen an. Gerade im Antisemitismus, im Herausstellen eines „Sündenbocks“ in Gestalt der jüdischen Teile der deutschen Bevölkerung sahen die rechtsten unter den Reaktionären ein erfolgversprechendes Mittel, die für sie so bedrohlich aufgebrochenen Gegensätze zu überspielen, aus Klassengegensätzen solche der Rassen zu konstruieren und leichtgläubige, unwissende und haltlose Menschen irrezuführen. Ihnen schien sich darin eine Überwindung der Krise abzuzeichnen, und zwar auf Kosten einer Gruppe, die lediglich 0,9 Prozent der Bevölkerung ausmachte, allerdings im öffentlichen Leben – etwa in der Presse, in Kunst und Politik sowie unter Ärzten und Rechtsanwälten – überdurchschnittlich in Erscheinung trat.

DNVP kontra NSDAP

Der sich radikalisierte Antisemitismus hielt auch Einzug in das deutsche Parteienwesen, stark zunächst in Gestalt jener Gruppen, die am rechten Rand der DNVP agierten. Als sich deren Obere gezwungen sahen, der starken Protestbewegung gegen die Ermordung Rathenaus Rechnung zu tragen und sich von allzu offenen Äußerungen des Majors a. D. Wilhelm Henning zu distanzieren, entbrannte ein lebhafter Streit. Aus ihm ging im September 1922 eine noch in der DNVP bleibende Völkische Arbeitsgemeinschaft hervor. Ihr Vorsitzender Albrecht von Graefe, ein mecklenburgischer Großgrundbesitzer, sah es als Aufgabe an, die „der Partei drohende Gefahr der Abwanderung breiter völkischer Massen zu anderen Parteien zu verhindern“.

Drei Monate später konstituierte sie sich als Deutschvölkische Freipartei. Ihr Ziel: „Die völkische Wiedergeburt des Deutschen Reiches unter Ablehnung aller undeutschen und fremdstämmigen Einflüsse.“ Man wolle, so hieß es auch, die „Herrschaft des internationalen Judentums“ sowie in Deutschland „den Widerstand aller innerlich verseuchten Kreise brechen“. Ihre Stunde schlug, als die NSDAP nach ihrem gescheiterten Putsch vom November 1923 zu zerfallen drohte, doch der

Versuch einer Nationalsozialistischen Freiheitspartei unter Ludendorffs Schirmherrschaft schlug fehl. Nur wenige der rund 100.000 Mitglieder stießen später nicht zur Partei Hitlers.

Als die NSDAP entstand, hatten sich – zum Teil schon zuvor – auch andere formiert, z. B. der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der in seinen Reihen fast 200.000 Mitglieder zählte. Als kleinere Splittergruppen agierten die Deutschsozialistische Partei sowie Deutschsoziale Partei. Letztere hatte die DNVP schon 1921 verlassen und wurde von „Knüppel-Kunze“ geleitet, einem politischen Wegelagerer und Terroristen. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erhielt sie noch über 300.000 Stimmen.

Insgesamt umfaßte dieses Spektrum am rechten Rand in den ersten Jahren der Weimarer Republik mehr als 200 Vereine und ähnliche Organisationen, die jedoch häufig nur regionale oder sogar lediglich lokale Bedeutung erlangten. Dennoch war unverkennbar: Hier entstanden neue Potentiale, die unterschiedslos alle reaktionären Leitbilder der Vergangenheit aufgriffen, sie den neuen Verhältnissen anpaßten und ein Programm künftiger Kämpfe um Vorherrschaft ausarbeiteten. Aus ihnen gingen später viele führende Nazis hervor, u. a. Fritz Sauckel, der 1924 – noch zwischen Hitler und Ludendorff pendelnd und vermittelnd – seinem ersten Sohn die Vornamen Erich und Adolf gab.

Ein Übermaß an Toleranz

Unmittelbar nach der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau im Juni 1922 sollte ein Gesetz zum „Schutz der Republik“ dem wachsenden Einfluß völkisch-antisemitischer, nationalistisch-militaristischer und faschistischer Organisationen entgegenwirken. Doch seine Handhabung fiel halbherzig aus. Zum Schaden der Weimarer Republik, zum Schaden aller demokratischen und sozialistischen, aller pazifistischen und auf Völkerverständigung orientierenden Kräfte. Weimar ging schließlich am Übermaß jener Chancen zugrunde, die den ausgesprochen rechten Parteien zuteil wurden. Den Rechtsextremisten jener Zeit bot sich Spielraum, weil Rechte ebenso wie manche der sogenannten Mittelparteien hofften, sie in eigene Machtambitionen einbinden und gleichsam als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Warnungen – ausgesprochen auch von bürgerlichen Politikern – verhallten. „Der Feind steht rechts!“ – das hatte nach der Ermordung Rathenaus Reichskanzler Joseph Wirth erklärt. Dies wiederholte zwei Jahre darauf Hugo Preuß – bekannt als der Schöpfer der Weimarer Verfassung – und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, die „Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen die von rechts gar nicht zu sehen“.

Das Ergebnis ist bekannt. Da gab es einerseits selbstgefällige Lobpreisungen der sich demokratisch nennenden Parteien, da wurden andererseits – war von den Gefährdungen der Demokratie die Rede – diese vor allem den Linken zugeordnet, unterschiedslos sowohl den Kommunisten als auch den Sozialdemokraten, was am deutlichsten in der faschistischen Parole „Ausrottung des Marxismus“ zum Ausdruck kam. Neurotische Furcht und hysterische Realitätsverkennung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen der parlamentarischen Demokratie und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen. Am Ende spielten viele von ihnen sogar freiwillig die ihnen zugedachte Rolle betrogener Betrüger.

junge Welt, Montag, 12.10.2009, S. 10.

Nein, er war bei Sinnen

War Hitler ernsthaft krank? Wurde die Wehrmacht von einem Drogenabhängigen geführt? War die Ermordung von Millionen Menschen das Ergebnis eines Wahns? Mit diesen Fragen lockt der Verlag. Und in der Tat, in dem Oscar-nominierten, auf einer Studie von Joachim Fest fußendem Film „Der Untergang“ geistert durch den Bunker der Reichskanzlei in Berlin ein medikamentensüchtiger Psychopath.

Inwieweit entspricht dies der historischen Wahrheit? Das gemeinsam von einem Mediziner und einem Historiker verfasste Buch endet mit der eindeutigen Aussage, Hitler sei „vollständig schuldig“ gewesen: „Hitlers Handeln war nicht von einer krankhaften seelischen Störung oder von psychotropen Substanzen wie Alkohol oder Drogen beeinflusst, sondern hatte vielmehr etwas mit seiner Primärpersönlichkeit zu tun.“ Auf dieses Urteil zielen beide Autoren von Anfang an.

Hans-Joachim Neumann und Henrik Eberle setzen sich mit zahlreichen Legenden auseinander, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ins Kraut schossen. Bekanntlich sollten diese zumeist belegen, dass alles, was nun an Verbrecherischem zutage trat und nicht mehr zu leugnen war, dem apokalyptischen Wirken eines psychisch und/oder physisch kranken Mannes geschuldet gewesen sei. „Der Hitler war’s“ – hinter dieser Formel glaubten viele direkt Beteiligte und Mitläufer sich verstecken sowie den drängenden Fragen nach den realen Ursachen von Faschismus und Krieg ausweichen zu können.

Mit Recht bezeichnen die Autoren den in solcher Weise für „krank“ erklärten Hitler als ein „Projekt der Geschichtsschreibung“. So ziemlich alle Varianten dieses Projektes werden detailliert zerpfückt, und das auch ohne Scheu vor den großen Namen mancher Söhne der Muse Klio. Insbesondere befassen sich Neumann und Eberle mit der medizinhistorischen Literatur. Sie nutzen neu erschlossene Quellen und werten erneut die „Tagesnotizen“ aus, die Hitlers Leibarzt Theo Morell zwischen 1941 und 1945 zu Papier gebracht hat. Auf dieser Grundlage bemühen sie sich nachzuweisen, wie fehlerhaft frühere Analysen und Schlussfolgerungen sind.

Im besten Sinne des Begriffs behandeln sie ihr Thema „historisierend“ und rekonstruieren den jeweils erreichten Stand von Medizin und Geschichtsschreibung sowie deren interpretatorische Irrwege. Ihnen gelingt vor allem eine aufschlussreiche Synchronisierung des überlieferten medizinischen und pharmazeutischen Materials mit einer Reihe geschichtlicher Situationen während des Krieges, in denen Hitler folgenreiche Entscheidungen getroffen habe.

Die sechs Kapitel stellen relativ eigenständige und in sich geschlossene Beiträge dar. Da geht es nach dem wissenschaftshistorischen Rückblick sowohl um rund ein Dutzend Ärzte, die als Begleitärzte oder Spezialisten für Hitler tätig waren, da folgt ein „Blick in Hitlers Apotheke“ und schließlich werden im Teil „Der medizinische Befund“ die akuten Erkrankungen sowie die chronischen Krankheiten Hitlers analysiert. Im letzten Kapitel „Erkrankungen Hitlers und der Krieg“ wird nachgewiesen, dass gerade in besonders schwierigen Momenten Hitler gesundheitlich stabil gewesen sei.

Ihre Ergebnisse fassen die Autoren in vier Punkten zusammen: Erstens habe Hitler unter Magen-Darm-Krämpfen gelitten, die eine Abhängigkeit von seiner psychischen Verfassung erkennen ließen, zweitens seien die seit 1941 vorhandenen Anfänge der Parkinsonschen Krankheit nicht erkannt worden. Ähnlich habe es sich drittens mit Hitlers Kreislagsituation (Bluthochdruck und eine sich verschlimmernde Koronarsklerose) verhalten, wobei es keinerlei Belege dafür gäbe, dass diese seine Entscheidungen beeinflusst hätten. Und viertens heißt es: „Für eine medizinisch objektivierbare Geisteskrankheit Hitlers gibt es keine Anzeichen.“ Hitler habe stets gewusst, was er tat.

Krankheitsbedingt sei keine einzige seiner Entscheidungen erfolgt. Werde dies aber behauptet, gehöre es in das Reich der Mythologie und der vorsätzlichen Lüge. Wenn indessen Hitler wegen der Entfesselung des Weltkrieges und des Genozids als „krank“ bezeichnet würde, wollen die Autoren nicht widersprechen, doch dann müsste ihrer berechtigten Schlussfolgerung gemäß jene Gesellschaft, „die ihn hervorbrachte und sich bereitwillig von ihm führen ließ“, ebenfalls als „krank“ charakterisiert werden.

Neues Deutschland, 14. bis 18. Oktober 2009, S. 23.

Soldaten der Arbeit

Organisation gegen den „kleinen Dreck“. Hitlers Verordnung über „Wesen und Ziel“ der Deutschen Arbeitsfront vom 24. Oktober 1934

Als Anfang Mai 1933 die Gewerkschaften zerschlagen worden waren und die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) geschaffen wurde, verkündete Hitler, die neue Organisation habe „möglichst restlos“ alle schaffenden Arbeiter, Angestellten und Unternehmer aus Handel, Handwerk und Gewerbe zu erfassen, um sie im Interesse eines „wehrhaften Vaterlandes“ „zu erziehen. Eine „Gemeinschaft“ von Arbeitern und Unternehmern – das sollte im Vordergrund stehen; mitunter sprach man sogar von einer neuen „Einheitsgewerkschaft“, so den Gedanken einer Interessenvertretung werktätiger Menschen durch eigenständige Verbände konterkarierend. Ging es indessen nicht um propagandistische Nebelkerzen, äußerten Naziführer sich anders. So schrieb Carl Arnhold, Leiter des Deutschen Instituts für Nationalsozialistische Technische Arbeitsforschung, benötigt würden „Schutz und Schirm“ für den Betriebsführer, „damit all der kleine Dreck nicht bis an ihn heranspritzt“. In der Gefolgschaft – die Wahl dieses Begriffs verriet mehr von den Zielen als andere – dürften sich „nirgendwo Giftstoffe bilden, die zersetzend auf den Gemeinschaftsgeist wirken könnten“. Robert Ley, der sich zusätzlich zu seinem Amt als Reichsorganisationsleiter der NSDAP an die Spitze der DAF gestellt sah, hob hervor, seine Organisation sei „nicht die Stätte, wo die materiellen Fragen des täglichen Arbeitslebens entschieden, die natürlichen Unterschiede der Interessen (...) abgestimmt werden“.

Widersprüche

Ogleich, nein: gerade weil diese Aufgabenstellung so eindeutig arbeiterfeindlich war, verlief die weitere Entwicklung der DAF nicht komplikationslos. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen, hatte ihre Führung doch gleichsam das Problem einer Quadratur des Kreises zu lösen. Da sollte die Masse von Arbeitern und Angestellten zu immer intensiverer Verausgabung ihrer Arbeitskraft angefeuert und für den „Nationalsozialismus“ gewonnen, gleichzeitig aber das diktatorische Führerprinzip des Unternehmers durchgesetzt werden. Letzteres wurde im Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 fixiert, mit dem Kapitaleigner und Manager wieder das absolute „Herr-im-Hause-Recht“ erhielten, das ihnen die Novemberrevolution entrissen hatte. Dennoch ging es selbst für die neuen Herrscher nicht an, vollständig auf den Anschein einer Gewährleistung sozialpolitischer Interessen der Werktätigen zu verzichten. Dies war ihnen bereits im Frühjahr bei den sogenannten Vertrauensrätewahlen in den Betrieben drastisch bescheinigt worden; für 1935 rechnete Ley sogar mit rund 75 Prozent Neinstimmen für die DAF-Kandidaten.

Unzufriedenheit und Mißmut seien, so stellten die Lageberichte der Nazis im Herbst 1934 und auch noch 1935 fest, unter großen Teilen der Arbeiterschaft dominant. Trotz der Erfolge im Abbau der Erwerbslosigkeit – erreicht vor allem durch die Intensivierung der militärischen Aufrüstung – würde über Löhne, Preise, Arbeitsbedingungen, Wohnelend, Versorgungsmängel, Warenqualität, Ungerechtigkeiten, Benachteiligung durch „die da oben“ u. a. m. geklagt. Bedauerlich sei eine Kontinuität des „materialistischen Klassenkampfdenkens“. Besorgt ließ die Reichswehrführung eine Studie anfertigen, die von der Befürchtung ausging, es könnte der DAF-Funktionärsapparat unter dem Druck der Arbeiterschaft gar einen Generalstreik organisieren und damit das System aus den Angeln heben. Geschlußfolgert wurde, die Arbeitsfront müsse umkonstruiert sowie ganz und gar auf ideologische Aufgaben orientiert werden.

Vorstöße und Proteste

Prompt mehrten sich die Versuche, Stellung und Rechte der bei weitem mitgliederstärksten Organisation des Regimes im Sinne des Arbeitsordnungsgesetzes zu bestimmen. Demgegenüber regten sich Stimmen, die DAF sozialpolitisch aufzuwerten. Ende September 1934 kritisierten deren Gauvertreter bei einer Tagung in Berlin, sie hätten lediglich „Erziehungsaufgaben“ zu erfüllen, weshalb die Arbeiter das Vertrauen zur Arbeitsfront verlören. Ley veröffentlichte am 1. Oktober sogar einen Aufruf mit der Beteuerung, seine Organisation trete „als ehrlicher Makler für die berechtigten Interessen aller Schaffenden“ ein. Sofort protestierten Unternehmerkreise, dies würde hinführen zu einer „Ge-

werkschaft von besonderer Dynamik“, besonders für den „Fall gewisser wirtschaftlicher Schwierigkeiten“. Als Rudolf Heß in seiner Eigenschaft als „Führer“-Stellvertreter ein Gesetz über die DAF vorbereitete, erwirkte Ley am 24. Oktober bei Hitler die Unterschrift unter eine „Verordnung“, die am nächsten Tag in der Presse veröffentlicht, jedoch nicht ins Reichsgesetzblatt aufgenommen wurde. Sie bestimmte „Wesen und Ziel“ der Arbeitsfront und charakterisierte sie als „Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust“. Im Interesse einer deutschen „Leistungsgemeinschaft“ der Schaffenden forderte Paragraph sieben, „den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei der Gefolgschaft das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird“. Konflikte sollten im Betrieb behoben und die Zahl jener „Fälle“ eingeschränkt werden, welche durch „Treuhänder der Arbeit“ zu entscheiden waren. Die Bildung neuer Organisationen wurde ausgeschlossen, die DAF zu einer Gliederung, d. h. im Grunde zu einem Bestandteil der NSDAP erklärt. Letzteres änderte sich zwar Ende März 1935, als die DAF den Status einer der Partei „angeschlossenen“ Organisation erhielt, dennoch aber weiterhin deren Finanzhoheit unterstellt blieb.

Bereits am 27. Oktober informierte der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, Hitler über die vehemente Ablehnung der Verordnung durch Konzernvertreter und aus den Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Inneres. Der sah sich arg in der Klemme und erklärte, es habe sich um einen „reinen Parteierlaß“ gehandelt. Heß forderte am 31. Oktober Ley auf, notwendige Ergänzungen und „Richtigstellungen“ vorzunehmen sowie keinerlei Ausführungsbestimmungen zu erlassen und die Probleme nicht in der Presse zu erörtern.

Die Verordnung hielt solchem Druck nicht lange stand; selbst ein völlig halbherziges, organisationspezifisches und machtpolitisch motiviertes Interesse an einem „Verständnis“-Schaffen für Nöte und Wünsche der Arbeiter durfte nicht sein. Kein halbes Jahr später folgte der Verordnung eine in Leipzig geschlossene „Vereinbarung“. Initiiert war diese von den die Interessen der Kapitaleigner vertretenden Ministern Hjalmar Schacht und Franz Seldte, Ley mußte dem Druck nachgeben. Sie fixierte die Aufgaben der DAF endgültig im Sinne des Gesetzes vom 20. Januar 1934. Faktisch nahm sie in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Belangen nur noch den Status eines willenlosen Werkzeuges ein. Selbst für das „beratende Zusammenwirken“ in lokalen Gremien wurde den Unternehmen ausdrücklich bescheinigt, daß sie es zu genehmigen hätten, wenn Hoheitsträger und Amtswalter der DAF „Betriebsbesichtigungen“ vornehmen wollten.

Ein „Exercierplatz“

Auch die in den folgenden Jahren unternommenen Versuche Leys scheiterten, den Einfluß der DAF auf die faschistische Sozialpolitik wenigstens etwas zu erhöhen. Sie wurden hauptsächlich von Schacht, aber auch von Hermann Göring zu Fall gebracht. Ihr Ziel: die DAF aus der Wirtschaft heraushalten. In allen Fragen wirtschafts- und sozialpolitischer Natur unterstand die DAF dem Reichswirtschafts- bzw. dem Reichsarbeitsministerium und seit 1936 der Vierjahresplanbehörde, welche die deutsche Wirtschaft „kriegsfähig“ zu machen beauftragt war.

Die Funktion der Arbeitsfront wurde am deutlichsten in ihrem Totalitätsanspruch formuliert, „Soldaten der Arbeit“ zu erziehen. Gelegentlich sprach der NSDAP-Reichsorganisationsleiter von der DAF als dem „Exercierplatz der Betriebs- und Volksgemeinschaft“. Freilich wäre die DAF, hätte sie ausschließlich diesen Weg verfolgt, in die Gefahr totaler Isolierung geraten. Daher dehnte sie ihre Aktivitäten auf Felder aus, die einerseits der Leistungssteigerung dienten, andererseits aber ihr auch in den Augen eines Teils ihrer Mitgliedschaft Existenzberechtigung und Ansehen verschafften. Sie wurde der Träger von Umschulungen und Weiterbildungen, organisierte den „Reichsberufswettkampf“ und die Kampagne „Schönheit der Arbeit“. Wirksam wurde sie insbesondere mit ihrer Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF).

Gemäß der Parole vom „nationalen Sozialismus“ sollte suggeriert werden, es gäbe im „Dritten Reich“ ein neues, ein besseres und akzeptables Verhältnis zwischen Führern und Geführten in der Wirtschaft, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Die Wirklichkeit sah anders aus ...

junge Welt, Sonnabend, 24.10.2009, S. 15.

Eine wahre Fundgrube

Überlebende der Shoah unterstützten 1963 den Globke-Prozeß

Gram und Scham vertiefen sich, Empörung und Wut steigen zunehmend auf, liest man in jenen Dokumenten, die Erika Schwarz akribisch aufbereitet und im vorliegenden Band veröffentlicht hat. Die Autorin bezeichnet selbst das von ihr ausgewertete Material als eine „wahre Fundgrube“ für unser Wissen um Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Menschen durch das Hitlerregime.

Globkes Karriere

Der Band beruht auf 636 Befragungsprotokollen, die im Vorfeld des in der DDR geführten Prozesses gegen Dr. Hans Josef Maria Globke entstanden. Das Verfahren fand im Sommer 1963 –vom 8. bis zum 23. Juli – statt und richtete sich gegen jenen Nazijuristen, der die schändlichen Nürnberger Gesetze von 1935 mit rassistisch-antisemitischen Kommentaren versehen, mit ihnen die juristisch-bürokratischen Grundlagen des Völkermordes an den europäischen Juden geschaffen hat und dennoch bereits im Oktober 1949 als Ministerialdirigent in das Bundeskanzleramt berufen wurde. Seit 1953 war er sogar für ein Jahrzehnt lang als Staatssekretär tätig und gleichsam die rechte Hand Konrad Adenauers. Viele betrachteten ihn als die „graue Eminenz der Bonner Republik“ (siehe jW-Thema vom 6.3.2009). Beschuldigt wurde er, „in Berlin und anderen Orten in der Zeit von November 1932 bis 1945 gemeinschaftlich mit anderen fortgesetzt handelnd Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen begangen und dadurch an der Vernichtung ganzer Völkergruppen und von Millionen Menschen mitgewirkt zu haben“.

Das Gerichtsverfahren gegen Globke, dessen Zustandekommen Schwarz in ihrer Einleitung nur kurz beschreibt, weil dieses nicht Gegenstand ihrer Untersuchungen darstellt, war unbestritten auch ein politischer Prozeß. Dennoch ging es vor allem um die notwendige, bislang ausgebliebene Bestrafung eines mörderischen Schreibtischtäters, was in heutigen Darstellungen allzuoft ausgeblendet wird. Aus der Zeit der intensiven Vorbereitung dieses Prozesses stammen 636 Protokolle, die nach Befragung in der DDR ansässiger Juden über ihr grausames Verfolgungsschicksal entstanden, auf rund 4200 Blatt im Bundesarchiv zur Verfügung stehen, jedoch bislang unausgewertet blieben. Erschütternde Texte aus 128 Dokumenten sind in den Band aufgenommen worden. Sie lassen in erster Linie die vielfältigen Formen des alltäglich erlebten Ausgrenzens, Verfolgens und Terrorisierens erkennen, die Behandlung durch örtliche Nazigrößen und ebenso durch sogenannte kleine Leute.

Die Verfasserin gliedert den Band in acht chronologisch angelegte Kapitel. Ihnen sind kurze, jeweils drei bis fünf Seiten umfassende Erläuterungen zur Geschichte des faschistischen Terrors zwischen 1933 und 1945 vorangestellt; sie ergeben einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung des sowohl von oben verordneten als auch von „unten“ praktizierten Antisemitismus der deutschen Faschisten.

Stillschweigen

Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang von „infamen Verzweigungen“ in der antisemitischen Politik des NS-Staates. Im vorletzten Teil findet der Leser Aussagen zu Widerstand, Selbsthilfe und Solidarität, im letzten Teil Erinnerungen an das Leben nach der Shoah. Zahlreiche Fußnoten belegen außerordentlich gründliche Recherchen, die Schwarz anstellte, um sachliche Hintergründe und Lebensläufe erhellen zu können. Nur in einigen Fällen konnte sie mit damals befragten Personen sprechen, um Einzelheiten über die Enquête, die Atmosphäre in den Gesprächen zu ermitteln oder zu erfahren, wie sich in der Rückschau die eigene Erinnerung und der nach Jahren erneut gelesene Protokolltext zueinander verhalten. Überrascht mußte sie zur Kenntnis nehmen, daß sich kein Zeuge an seine Befragung erinnerte und in den Familien auch kaum darüber gesprochen worden ist.

In seinem lesenswerten Vorwort thematisiert Hermann Simon, Direktor der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, ebenfalls diesen erinnerungspolitischen Aspekt, über den weiter nachzudenken wäre. Auch ihm sei kein Fall bekannt, daß die Befragten in ihrem Familien- oder Bekanntenkreis über die mitunter langen Befragungen gesprochen hätten. Er vermutet, sie seien

zum Stillschweigen verpflichtet worden, deutet aber auch psychologische Aspekte von Verfolgungsschicksalen an, die vor allem in den Eltern-Kind-Beziehungen eine Rolle spielen können. Auch seine Frage, wer nicht befragt worden ist – wie z. B. Erich Cohn, der bekannte Ostberliner Orthopäde und lange Zeit gewählter Vertreter der Jüdischen Gemeinde in der Hauptstadt der DDR – wird nicht zu beantworten sein.

Ungeachtet aller Einschränkungen: Erika Schwarz gebührt Dank und Anerkennung für ihre mühevollen und ergebnisreiche Arbeit.

Aus den 636 Befragungsprotokollen

Helene Matthias, Miteigentümerin einer Drogerie in Breslau, vom 10. Mai 1963:

Im Jahre 1934 wollte ein SA-Mann durch unsere Werbeaufnahmefahne beleidigt sein. Er stürzte in den Laden und schrie u. a. „das Palästinaschwein müßte man umbringen“. [...] In der berühmten Kristallnacht wurde unser Laden vollkommen demoliert. Wir wurden gezwungen, erst die Schaufenster mit Brettern zu vernageln und dann anschließend den Laden wiederherzustellen. Mein Mann durfte den Laden nicht mehr betreten und wollte sich zum damaligen Zeitpunkt schon das Leben nehmen. Innerhalb von 14 Tagen wurden wir gezwungen, unseren Laden für Bettelpfennige zu verkaufen.“

Hermann Rosenzweig über sein Leben im Ghetto von Łódź

„Es kam nicht selten vor, daß bewaffnete Gruppen, die nach meinem Ermessen aus Angehörigen der Gestapo bestanden, Leute aus dem Ghetto zur Arbeit zusammentrieben. Die Leute wurden dann abends wieder zurückgebracht. Ich selbst wurde dreimal zu der Kriminalpolizei vorgeladen und dort brutal und bestialisch so lange mit Stöcken geschlagen, bis ich besinnungslos zusammenbrach.“

Harry Magaram vom 14. Juni 1963

„Nach dem Einmarsch der faschistischen Truppen im Jahre 1941 wurden wir, d. h. meine Eltern, meine Geschwister und ich, in das Ghetto von Riga umquartiert, da wir eine jüdische Familie waren und somit unter die bestehenden Sondergesetze fielen. Damit fielen wir auch unter die gesamten Maßnahmen, die innerhalb des Ghettos Gültigkeit hatten. Meine Mutter und zwei Geschwister wurden im Oktober 1941 bei der ersten Ghettoaktion ermordet. Mein Vater und mein Bruder sind im Jahre 1944/45 – genau kann ich dies nicht sagen – in Buchenwald umgekommen. [...] Ich erlebte die ganze Vernichtungsaktion im Rigaer Ghetto mit. Ich sah, wie insbesondere ältere Leute des Ghettos, die nicht gut auf den Beinen waren, schon in den Straßen niedergeschossen wurden. Ich sah bei den anschließenden Aufräumarbeiten im Altersheim des Rigaer Ghettos, daß sämtliche Insassen des Heims an Ort und Stelle ermordet worden waren. Wir haben die Leichen herausgetragen und auf Pferdewagen gestapelt. Diese wurden dann in Massengräbern verscharrt.“

Elsa Fuchs, die Mutter des Schriftstellers Stefan Heym, vom 11. Mai 1963

„Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis drang nachts eine Horde in unsere Wohnung ein. Sie wurde angeführt vom damaligen Chefredakteur des Chemnitzer Tageblatts und einem Apotheker aus der Zschopauer Str., beide in SA- bzw. SS-Uniform. Sie bedrohten uns mit Reitpeitschen, verlangten meinen Sohn Stefan zur Abholung, brüllten meinen zweiten Sohn, der damals 15jährig war, an, daß sein Bruder Stefan zum Erschießen reif sei. Mein Mann wurde als Geisel aus der Wohnung geschleppt. Ich durfte ihm nicht das Geringste mitgeben. Es wurde ihm angedroht, daß er bei der geringsten Bewegung erschossen wird. [...] Mein Mann wurde nach etwa zehn bis zwölf Tagen wieder entlassen. Wir wurden boykottiert, und mein Mann litt unter solchen seelischen Depressionen, daß er sich am 9. Juli 1935 selbst das Leben nahm.“

Erika Schwarz: Juden im Zeugenstand – Die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa. Verlag Hentrich & Hentrich, Berlin/Teetz 2009, 260 Seiten, 32,00 Euro = Schriftenreihe des Centrum Judaicum, hrsg. von Hermann Simon, Bd. 8.

junge Welt, Sonnabend, 14.11.2009, S. 15.

Hegemoniestreit

Völkische Parteien und Nazis vor den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924

Zweimal hatten die Deutschen 1924 – am 4. Mai und am 7. Dezember – ihr oberstes Parlament zu wählen. Nach dem stürmischen Vorjahr war es den Herrschenden zwar gelungen, die demokratische Substanz der Republik abzubauen und soziale Rechte einzuschränken, doch es entbrannte heftiger Streit um den weiteren Rechtskurs. Lautstark forderten Unternehmer, Militärs und rechte Politiker einen „starken“, „machtvollen“, „energischen“ oder in ähnlicher Weise charakterisierten Staat und Verfassungsreformen. Auf Reichskanzler Wilhelm Marx, der einer bürgerlichen Minderheitsregierung vorstand, folgte Ende des Jahres eine Bürgerblockregierung, der erstmalig auch die konservative Deutschnationale Volkspartei (DVP) angehörte. Den Rechten war politischer Machtgewinn gelungen.

Demgegenüber befanden sich die extremen Rechten in einer eher mißlichen Lage. Die Umsturzaktionen im November 1923 („Hitler-Ludendorff-Putsch“) waren mißglückt, ihre Veranstalter bestraft (wenn auch sehr gnädig, siehe jW-Thema v. 1.4.2009) und zeitweilig in Haft, ihre Parteien – einschließlich der NSDAP – vorübergehend verboten. Die völkisch-faschistischen Organisationen stellten jedoch selbst in dieser Situation eine Gefahr dar, die nicht unterschätzt werden durfte. In den absehbaren neuen ökonomischen und politischen Krisensituationen konnten sie rasch aktiviert werden; materielle, finanzielle, politische und ideologische Unterstützung waren ihnen grundsätzlich sicher. Es fehlte auch nicht an Wählerstimmen.

Dies hatte sich bereits am 6. April 1924 gezeigt, als in Bayern ein neuer Landtag gewählt wurde. Der „Völkische Block“ nahm nach Bayerischer Volkspartei (BVP) und SPD den dritten Rang ein und erhielt mehr als eine halbe Million Stimmen (17,1 Prozent). Ihm fielen 23 der 129 Sitze des Landtages zu. Bei den Wahlen in Thüringen errangen die extremen Rechten mit einer „Liste der Vereinigten Völkischen“ sieben, in Mecklenburg-Schwerin 13 und in Lübeck sechs Mandate. Erstmals zogen sie nach der Wahl vom 4. Mai 1924 auch in den Reichstag ein. Nahezu zwei Millionen Wähler votierten für die Wahlgemeinschaft von 26 völkischen Verbänden Bayerns, Thüringens, Sachsens, Württembergs, Hessens, Badens und des Rheinlands, deren Kandidaten eine „Reichsliste der Vereinigten Nationalsozialistischen und der Deutschvölkischen Freiheitspartei“ gebildet hatten. Unter ihren 32 Abgeordneten befanden sich auch die rechtskräftig verurteilten Putschisten Ernst Röhm und Wilhelm Frick.

Suche nach neuem Konzept

Diese beträchtlichen Wählergewinne standen im Widerspruch zur inneren Situation des extrem rechten Lagers. Man steckte in einer Krise und ordnete sich immer wieder neu. Zwischen den einzelnen Gruppen änderte sich das Kräfteverhältnis gleichsam von Tag zu Tag. Trotz der taktisch begründeten Verständigung auf einheitliche Listen wurde intensiv um die Lehren der gescheiterten Aktion vom November 1923 gestritten. Inhaltlich ging es hauptsächlich um die Frage, welcher Weg zur Macht künftig eingeschlagen bzw. in der Öffentlichkeit betont werden sollte: der eines gewaltsamen Umsturzes oder der einer weitgehenden Ausnutzung der Legalität.

Für Hitler (der noch bis zum 20.12.1924 in Landsberg in Festungshaft saß) stand bald fest, wie er seine Ziele weiter zu verfolgen trachtete. In kleinem Kreise verkündete er, es sei eine neue Politik zu betreiben: „Statt die Macht mit Waffengewalt zu erobern, werden wir zum Verdruß der katholischen und marxistischen Abgeordneten unsere Nase in den Reichstag stecken. Zwar mag es länger dauern, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, am Ende aber wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg zuschieben. Jeder legale Vorgang ist langsam.“ Einzelne Nazigruppierungen wollten jedoch den alten Kurs nicht ohne weiteres aufgeben. So entfachte sich besonders an dieser Frage immer wieder interner Streit. In ihm spielten taktische, aber auch andere Erwägungen eine Rolle, nicht zuletzt sehr persönliche.

Diese Auseinandersetzungen spitzten sich mehr und mehr auf einen süddeutschen und einen norddeutschen Flügel zu, die beide wiederum in sich selbst alles andere als homogen waren. Zeitweilig

gewann außerhalb Bayerns die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) etwas Oberwasser. Die Ende 1922 aus einer rechten Abspaltung der DNVP entstandene Organisation stand unter der Führung von Albrecht von Graefe, einem erzreaktionären mecklenburgischen Gutsbesitzer, später unter der von Reinhold Wulle. Ungeachtet ihrer ausgeprägt antikomunistischen, chauvinistischen, rassistischen und teilweise auch monarchistischen Propaganda stellte sie sich auf den Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, was sie wesentlich von der Münchener NSDAP unterschied. Als sich General Ludendorff mit der DVFP verband und eine Einigung beider Flügel erkennbar wurde, delegierte der bayerische „Völkische Block“ Gregor Strasser in die sogenannte Reichsführerschaft der neuen Organisation, die sich zunächst als „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“, bald jedoch als „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ bezeichnete.

Um über einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber den Deutschvölkischen zu beraten, trafen sich am 20. Juli 1924 Vertreter aller nationalsozialistischen Gruppen in Weimar. Die Tagung endete jedoch ohne greifbares Ergebnis. Nach dem Bericht Röhms verlief die Aussprache „zum Teil sehr erregt“. Es verhärteten sich mindestens fünf unterschiedliche Standpunkte zu den Fragen nach dem Stellenwert der Parlamentstaktik sowie der Führung. In der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“, die sich sehr entschieden gegen den Zusammenschluß mit der DVFP und gegen die Anwendung parlamentarischer Taktiken wandte, wurde Alfred Rosenberg am 9. Juli durch Hermann Esser und Julius Streicher von der Spitze verdrängt.

Erbitterte Kämpfe

Der Weimarer Parteitag der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ von Mitte August 1924 geriet zu einem Fiasko. Die Risse im Lager der Völkischen und der Nationalsozialisten ließen sich nicht einmal mehr notdürftig kitten. Niemand wollte sich anderen unterordnen, hingegen jeder sich alle anderen. Entscheidungen konnten nicht an Verhandlungstischen gefunden werden. Erbittert geführte Streitereien und Kämpfe prägten für längere Zeit den Zustand im Lager der extremen Rechten. Als Hitler zu spüren begann, daß sein Einfluß sich verringerte, gab er am 7. Juli offiziell seinen Rücktritt als Vorsitzender der NSDAP bekannt. Seinen sich bald als raffiniert und vorteilhaft erweisenden Schachzug begründete er mit dem heuchlerischen Argument, er strebe kein Ministeramt oder ähnliches an. Ein „Propagandist und Weckrufer“, ein „Trommler“ zu sein – das sei für ihn „das Höchste“. Hitler hielt sich durch diesen Schritt damit geschickt aus dem Streit der einander immer heftiger befehdenden Rivalen und Cliques heraus. Er profitierte von seiner Rolle als vielfach angerufener „Schiedsrichter“ und konnte vortäuschen, über den streitenden Parteien zu stehen.

Klarer als andere hatte Hitler erkannt, daß die NSDAP auch weiterhin in hohem Maße von einer direkten und indirekten Unterstützung durch die Reichswehr abhängen würde. Außerdem hielt er es jetzt für erforderlich, die Unterstützung des katholischen Klerus für die Aktivitäten seiner Partei als einen wichtigen, bisher nicht beachteten Faktor zu berücksichtigen. Daher richtete sich seine Kritik nunmehr insbesondere gegen Erich Ludendorff. Dieser beschuldigte Kirche und Freimaurertum, die Urheber der Niederlage vom 9. November 1923 gewesen zu sein, und propagierte – unter dem Einfluß seiner zweiten Frau – immer stärker eine abstruse deutsch-germanische „Religion“.

Da mag auch mancher Fan der faschistischen Bewegung innerlich zerrissen gewesen sein. Für Opportunisten und Karrieristen stand viel auf dem Spiel, sollte sich ein Wort zugunsten einer Seite in der weiteren Entwicklung als hinderlich erweisen. Einen doch recht ungewöhnlichen „Ausweg“ fand Fritz Sauckel, der zu diesem Zeitpunkt mit dem *Deutschen Aar* in Ilmenau eine eigene Zeitung herausgab und mit ihr für „Einigkeit“ warb. Stets hofierte er sowohl Hitler als auch Ludendorff, und als sein erster Sohn geboren wurde, gab er ihm listig die Rufnamen „Erich Adolf“.

Die großen Stimmenverluste, welche die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. Vereinigte völkische Liste“ bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 erlitt, waren nicht allein als Ausdruck einer gewissen Stabilisierung der Weimarer Republik, sondern durchaus auch als eine Quittung ihrer internen Machtkämpfe zu betrachten. Hatten sie im Mai mit 32 Abgeordneten erstmals in den Reichstag einziehen können, zeigte sich am Jahresende ihr Anhang regelrecht halbiert. Das Ergebnis reichte nur für 14 Mandate brauner Couleur. Erst später setzte innerhalb des Lagers der

deutschen Faschisten der Konzentrationsprozeß ein, aus dem schließlich die NSDAP als größte, massenwirksamste und erfolgreichste Partei hervorgehen sollte.

junge Welt, Sonnabend, 21.11.2009, S. 15.

Schmach von Thüringen

Nach den Wahlen vom 8. Dezember 1929 in Thüringen kam erstmals eine Landesregierung mit Beteiligung der NSDAP zustande. Eine Verteidigung der Weimarer Demokratie durch eine große Koalition mit der SPD war den bürgerlichen Parteien nicht möglich

Am 29. Oktober 1929 wurde der Thüringer Landtag vorzeitig aufgelöst und seine Neuwahl für den 8. Dezember angesetzt. An diesem Tag errang die NSDAP ihren ersten größeren Erfolg. Dank ihrer 90.159 Wähler kletterte ihr Stimmenanteil von 4,5 Prozent – erreicht bei der Landtagswahl vom 30. Januar 1927 – auf 11,3 Prozent; die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) erhielt demgegenüber lediglich 31.736 Stimmen, also nicht mehr als vier Prozent. Alle bürgerlichen Parteien mußten Verluste von bis zu 16 Prozent hinnehmen und verfügten im neuen Landesparlament nur über 23 Mandate. Für SPD und KPD saßen 24 Abgeordnete im Landtag. Die Regierungsbildung zog sich bis zum 23. Januar 1930 hin. Als der Landtag über das neue Kabinett debattierte, wertete der linkssozialdemokratische Politiker August Frölich, der selbst in den frühen 20er Jahren der Landesregierung vorgestanden hatte, das Ergebnis klar- und weitsichtig mit den Worten als „die Schmach von Thüringen“.

Der Landtagswahl waren mehrere politische Notzeiten vorausgegangen. Es kriselte im Grunde, seit Reichswehr und bürgerliche Rechtsparteien Ende 1923 Frölich zum Rücktritt gezwungen hatten und große Teile der zuvor eingeleiteten Reformen vom Thüringer Ordnungsbund rückgängig gemacht wurden. Die neuen Herren sorgten zudem für eine rasche Entlassung republikanisch und sozialistisch eingestellter Beamter. Sie hatten im Frühjahr 1924 nichts Eiligeres zu tun, als das Verbot der NSDAP aufzuheben.

Die Haushaltsmisere verschärfte sich ständig, die Landwirtschaft war seit 1927 von einer Agrarkrise betroffen, und schon lange vor dem New Yorker Börsenkrach lasteten die Schatten der beginnenden Weltwirtschaftskrise schwer auf dem Land, insbesondere auf den exportintensiven Spielwaren-, Glas- und Porzellanbetrieben. Zwischen 1924 und 1929 mußten vier Staatsministerien – so die Bezeichnung der Landesregierung – neu gebildet und zwei teilweise erneuert werden. 1928 scheiterte Richard Leutheusser, ein Politiker der großbürgerlichen Deutschen Volkspartei (DVP), danach war auch die von einem Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Arnold Paulssen, geführte Minderheitsregierung handlungsunfähig. Im Mai 1929 half selbst eine Umbildung des Staatsministeriums nicht mehr.

Jede Krise der Landesregierung, jede Kabinettsumbildung leitete letztlich Wasser auf die Mühlen der rechtsextremen Opposition. So wurde im Herbst 1928 behauptet, die neue Regierung sei „weit nach links gerückt“, und das allein wegen der Hineinnahme der DDP in die Regierung. Für jene, die solches dartaten, spielte indessen keine Rolle, daß deren Zustandekommen ausgerechnet durch die Stimme Arthur Dinters, des langjährigen Chefs des thüringischen NSDAP-Gaus, überhaupt erst ermöglicht worden war.

Nationalistische Aktionen

Thüringen erlebte im Herbst 1929 einen intensiv geführten Wahlkampf, zugleich auch eine sich über das ganze Reich erstreckende nationalistische Aktion mehrerer konservativer Parteien und Verbände. Diese richtete sich gegen den im Juni von einem Sachverständigenausschuß der Siegermächte ausgearbeiteten Plan zur Regelung der künftig vom Reich zu zahlenden Reparationen. Das Abkommen – bezeichnet mit dem Namen des Amerikaners Owen D. Young, der den Vorsitz im Ausschuß innehatte – setzte die endgültige Höhe und eine lange Dauer der deutschen Reparationszahlungen fest. Zudem enthielt es zahlreiche Festlegungen, die für das Reich die Wiedergewinnung der Souveränität bedeuteten. Das wachsende Gewicht Deutschlands wie auch die wirtschaftliche und politische Situation ließen insgesamt erkennen, daß die Bestimmungen des Young-Plans noch schneller revidiert werden würden als die des Dawes-Plans; tatsächlich zahlte das Reich von 1931 an keinen Pfennig mehr als Reparationen.

Gegen die Bereitschaft der Reichsregierung, vor allem gegen die von Reichsaußenminister Gustav Stresemann, den Young-Plan anzuerkennen, formierten nationalkonservative Kreise aus Wirtschaft und Politik eine Front, in die sie auch die NSDAP einbezogen. Ein Komitee, bestehend aus Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), des Stahlhelms, des Alldeutschen Verbandes, des Reichslandbundes und der NSDAP bereitete ein Volksbegehren und danach einen Volksentscheid für ein sogenanntes Freiheitsgesetz vor. Dieses sah nicht nur die strikte Ablehnung weiterer Reparationszahlungen, sondern auch die Todesstrafe für zahlungswillige deutsche Politiker vor. Zwar stimmten am 22. Dezember 1929 nur 5,8 Millionen Wähler zu, womit das Plebiszit gescheitert war, doch zeitigten die außerordentlich gesteigerte nationalistische Propaganda und das unverhüllte Zusammenwirken ihrer Organisatoren mit der NSDAP erhebliche Auswirkungen.

Auch in Thüringen. Hier durften die NSDAP und Fritz Sauckel – nach sorgfältig vorbereiteten Intrigen gegen Dinter seit September 1927 Gauleiter – sich im Aufwind sehen. Eine Reihe von Faktoren begünstigte die Partei der deutschen Faschisten und ihre Spitzenleute. Hatte 1924/25 die ausgesprochen radikale antisozialistische Politik der bürgerlichen Parteien und der Landesregierung Sauckel zum Start einer Karriere verholfen, so war es ihm dank der instabilen politischen Verhältnisse in Thüringen gelungen, sich als Gauleiter zu profilieren.

Der *Völkische Beobachter* bescheinigte Ende September 1929 den thüringischen Faschisten, in „vorbildlicher Weise“ zu wirken. Dieses Lob betraf deren Vorschläge an die Adresse der rechten Parteien im Thüringer Landtag. Alle sollten gemeinsam mit der nationalsozialistischen Fraktion beantragen, daß der Landtag sofort einberufen werden und sich gegen den Young-Plan aussprechen solle. Die Landesregierung sei zu beauftragen, im Reichsrat gegen die Unterzeichnung des Reparationsabkommens zu protestieren. Der gemeinsame Antrag sollte zugleich Landtag, Regierung und alle Behörden verpflichten, das Volksbegehren zu unterstützen. Falls sich keine Mehrheit für diese Vorschläge finde, hätten die Landesregierung zurückzutreten und der Landtag sich aufzulösen.

Tatsächlich fanden sich die Abgeordneten der Christlich-nationalen Landvolk- und Bauernpartei, der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und der DNVP dazu bereit, gemeinsam mit der NSDAP einen auf Protest im Reichsrat zielenden Antrag im Thüringer Landtag einzubringen. Unabhängig von dessen Ablehnung durch eine Mehrheit, zu der sich die Abgeordneten der SPD, DVP und DDP gefunden hatten, machten die rechten Parteien wie im Reich auch in Thüringen dank ihrer nationalistischen Grundhaltung die NSDAP „hoffähig“. Deren Führer stellten sich selbst als die treibende Kraft in der Front gegen den Young-Plan dar. Den Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 schamlos nutzend, redeten sie von den „Todesschatten über der Novemberrepublik“ und erklärten: „Demokratie und Parlamentarismus sind sterbende Gebilde. Für das Großdeutschland der Ehre und der Macht beginnt es zu tagen.“

Unheilvolles Ergebnis

Nach der Landtagswahl verfügte die NSDAP im Thüringer Parlament nunmehr statt der bisherigen zwei Mandate über sechs, ein unübersehbarer Erfolg. Sie durfte das Zünglein an der Waage spielen, sollte es den bürgerlichen Parteien wichtiger sein, eine rechte Koalition gegen die Arbeiterparteien zu schmieden, statt sich um eine große Front gegen die drohende faschistische Gefahr zu bemühen. Daß sich jedoch das Kräfteverhältnis im thüringischen bürgerlichen Lager weit nach rechts verschoben hatte, sollte sich zwei Wochen darauf noch viel deutlicher zeigen: Beim Volksentscheid gegen den Young-Plan bejahten im Land Thüringen 26,1 Prozent der Wahlberechtigten das sogenannte Freiheitsgesetz, in den preußischen Gebieten Thüringens 17,8 Prozent und im gesamten Wahlkreis, der auch die preußischen Enklaven beinhaltete, 23,7 Prozent; im ganzen Reich belief sich das Ergebnis lediglich auf 13,8 Prozent.

Tatsächlich bereitete es den Rechten in der entstandenen Pattsituation nur geringe Skrupel, ihre Regierungspositionen mit Hilfe jener gewinnen zu wollen, die da offen verkündeten, man wolle mit den errungenen Mandaten „nicht dem heutigen Staat dienen“, denn der müsse „vernichtet“ werden. Befangen in einer mehr oder weniger grundsätzlichen Ablehnung des Weimarer Parlamentarismus und bemüht, die Regierungen der Republik als Verantwortliche der krisenhaften Wirtschafts-

wicklung erscheinen zu lassen, glaubten die rechten bürgerlichen Parteien keine andere Möglichkeit sehen zu können als das Bündnis mit der NSDAP. Die thüringischen DVP-Politiker zeigten sich nicht einmal bereit, dem Verlangen ihrer Parteiführung zu folgen, nachdem ihnen aus Berlin signalisiert worden war, sich einer Koalition mit der NSDAP zu versagen. Das vielfach anzutreffende Argument, die bürgerlichen Parteien hätten keine andere Wahl gehabt und wären auf die NSDAP angewiesen gewesen, entbehrt historischer Logik: Ein anderer Weg ist nicht gesucht worden, zu Kompromissen für eine Koalition mit der Sozialdemokratie war keine von ihnen bereit, was andererseits die SPD ebenfalls eine große Koalition ablehnen ließ. Hinzu kam, daß die Zerrissenheit der Linken das üble Spiel der Rechten erleichterte.

Die nationalsozialistischen Ideen und Konzepte lagen den bürgerlichen Parteien näher als jede Aktion zur Verteidigung der Weimarer Demokratie. Und selbstverständlich nutzte die NSDAP die ihr bereitwillig gebotenen Chancen: Für Hitler kam als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister „nicht irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter“ in Frage, sondern „nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“. In Hitlers Darstellung der Koalitionsverhandlungen, die er einem Förderer in Übersee zukommen ließ, spielten thüringische Nazigrößen eine völlig untergeordnete Rolle. Er hielt lediglich für erwähnenswert, daß er mit Hilfe einer Industriellenversammlung, zu der alles gekommen war, „was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt“, erfolgreich Druck auf die anderen Parteien ausgeübt habe. Auch Wilhelm Frick – der wegen seiner Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch für 15 Monate im Gefängnis saß und nun erster Minister in einer Landesregierung für die NSDAP werden sollte – hatte bis dahin wenig mit Thüringen zu tun, aber er entsprach am ehesten den Vorstellungen Hitlers an einen Minister aus den Reihen seiner Partei. Damit signalisierte er zugleich die große Bedeutung, die er der ersten nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung in einem der deutschen Länder beimaß.

Sich ihrer „Unentbehrlichkeit“ für bürgerliche Parteien und deren strikten Kurs gegen die linken Parteien bewußt, stellten die Nazis erhebliche Forderungen, die das tatsächliche Kräfteverhältnis weit übertrafen. Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen, in die sich Hitler persönlich einschaltete, erhielten sie zwei wichtige Ressorts zugesprochen: Wilhelm Frick wurde Innen- und Volksbildungsminister in einer Koalitionsregierung mit dem „Thüringer Landbund“ und anderen kleineren Parteien, Willy Marschler, der seit 1924 für die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, ab 1927 für die NSDAP im Thüringer Landtag saß, wurde Staatsrat.

Thüringen galt nun als ein „Experimentierfeld“ bzw. als eine „Probephühne“ nationalsozialistischer Machtgewinnung. Frick verfolgte das Ziel, möglichst viele Stellen der thüringischen Polizei mit Nationalsozialisten zu besetzen. In dieser Hinsicht ließ er es sogar auf einen Konflikt mit der Regierung in Berlin ankommen, die daraufhin die Reichszuschüsse an das Land einfro. Ebenso nahm er Einfluß auf den Bildungsbereich, wovon vor allem die Einführung von Schulgebeten mit eindeutig nationalsozialistischem Inhalt kündete.

Zu dem, was alles erste Vorstellungen von Machtgebrauch und Machtmißbrauch des kommenden neuen Reichs ermöglichte, gehörten auch der Erlaß „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, Zensurmaßnahmen gegen das Buch und den Film „Im Westen nichts Neues“ des Pazifisten Erich Maria Remarque, die Entfernung „dekadenter“ Gemälde aus Weimarer Museen oder die Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialanthropologie für Rasseforscher Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität. Frick versuchte zudem, Hitler, was dieser aber letztlich ablehnte, im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und dadurch den Staatenlosen zu einem deutschen Staatsbürger zu machen.

Die beleidigenden Ausfälle gegen die Koalitionspartner – von „trottelhaften Greisen, Verrätern und Betrügern“ war die Rede – lassen erkennen, wie stark sich die Nazis gegenüber ihren Koalitionspartnern fühlten. Umso überraschter waren sie, als sich am 1. April 1931 die an der Regierung beteiligte DVP veranlaßt sah, den von KPD und SPD gestellten Mißtrauensantrag gegen Frick zu unterstützen und seinen Sturz herbeizuführen. Wes Geistes Kind jedoch der Thüringer Landbund

(TLB) als größter Verbündeter der NSDAP war, offenbarte etwas später sein Vorsitzender Erwin Baum. Er stellte fest, die Nazis hätten mit ihrem Kampf gegen die jüdische Bankwelt nur erreicht, daß das Geld ins Ausland geflossen sei, und wehklagte: „Die Juden haben wir aber hierbehalten.“ Distanziertheit zum rassistischen Antisemitismus der NSDAP ließ sich da in keiner Weise erkennen ...

Auch wenn Frick bereits im April 1931 das Handtuch werfen mußte – bald sollten sich die schlimmen Folgen des ersten Regierungsbündnisses bürgerlicher Parteien mit der NSDAP in aller Deutlichkeit zeigen. Grundlagen für die Bildung der ersten rein nationalsozialistischen Landesregierung am 26. August 1932 sowie für die schändliche Rolle des thüringischen „Schutz- und Trutzgaues“ innerhalb des am 30. Januar 1933 installierten Diktatur- und Kriegsregime waren lange zuvor gelegt worden.

Aus den Dokumenten

Neujahrsgruß an die NSDAP-Mitglieder im Gau Thüringen, formuliert von Fritz Sauckel:

Der Gau Thüringen muß mit der beste im Reich werden, d. h. jeder einzelne muß allen Belangen der Bewegung mit Ausnahme seiner Berufspflichten allen anderen Belangen gegenüber die Vorherrschaft einräumen. (...) Ich gebe daher folgende Leitsätze als Parole für 1928 bekannt:

Es gibt bei uns keine persönlichen Auseinandersetzungen, sondern nur gemeinsamen Dienst an der Bewegung.

Es gibt keine Mehrheitsbeschlüsse, sondern eine Verantwortlichkeit der Führer gegenüber ihrem obersten Führer.

Die Arbeit der Nationalsozialisten besteht nicht in fruchtloser Kritik, sondern in der Arbeit an sich selbst durch persönliche Vertiefung in unsere Presse und Literatur und in der Aufklärung und Werbung neuer Volksgenossen für die Bewegung.

Alle organisatorischen Verpflichtungen der Bewegung gegenüber müssen pünktlich und zuverlässig erfüllt werden. Beitragsrückstände sind für jeden einzelnen und für jede Ortsgruppe eine Schande und in Zukunft ausgeschlossen.

Die Verbreitung unserer Gaupresse (Nationalsozialist) und des Völkischen Beobachter ist eine der ersten Notwendigkeiten, die der einzelne Parteigenosse erkennen muß.

Verleumdungen der Bewegung dürfen nicht geduldet werden. Sie sind überall mit Sachlichkeit, jedoch mit größter Schärfe zunichte zu machen.

Jeder Nationalsozialist sei sich darüber klar, daß sein öffentliches wie privates Leben für jeden anderen ein Maßstab für den Wert der Bewegung ist.

Kein Deutscher kauft bei Juden und duldet, daß Familienangehörige es tun. Unterstützt nur den deutschen Geschäftsmann, aber versäumt nicht, diesen bei euren Einkäufen stets auf unsere Bewegung hinzuweisen.

Denkt stets daran, daß wir eine arme Bewegung sind. Laßt keine Gelegenheit vorübergehen, für eure Bewegung Mittel zu sammeln. Werbt für die N. S. K. T.! (die von Sauckel ins Leben gerufene NS-Kampfhilfe Thüringen – M. W.) Helft diese Organisation vor allem ausbauen!

Das ganze Leben eines Nationalsozialisten ist ununterbrochener Dienst an seiner Bewegung und an seinem Volke, restloses Sicheinsetzen für seine Führer und Parteigenossen. Seines Lebens Kraft ist der Glaube an den Sieg unserer gerechten heiligen Sache! Mit Hitlerheil!“

Im Gegensatz zum NSDAP-Programm forderten Sauckel im August 1929 und Frick am 23. Januar 1930 den Erhalt der Selbständigkeit Thüringens:

Thüringen muß unter allen Umständen ein Bollwerk unserer Bewegung werden. Thüringen soll in Zukunft nicht nur das Herz Deutschlands sein, sondern es muß auch von ihm aus ein starker Blut-

strom nationalsozialistischen Lebens ausgehen. Das Land Thüringen soll und darf nicht eine Provinz unter der Verwaltung eines marxistischen preußischen Innenministers und nicht eine Pfründe eines marxistischen Oberpräsidenten werden, sondern ein unzerstörbares Bollwerk des Gedankens des Dritten nationalsozialistischen Deutschen Reiches.“ Frick erklärte, daß „Marxisten, Juden und Demokraten (...) mit Macht zum zentralisierten Einheitsstaat“ streben würden.

Aus einer Wahlkampfargumentation der thüringischen NSDAP vom Oktober 1929:

Man müsse darüber aufklären, daß „der verbrecherische Verkauf deutscher Soldaten durch einen ehrvergessenen Landesfürsten des 18. Jahrhunderts noch ein Kinderspiel darstellt gegenüber dem ungeheuerlichen Beginnen der deutschen Erfüllungsfanatiker aus der sozialdemokratischen Partei, die nicht nur ein paar Bataillone, sondern gleich ein ganzes Volk und seine gesamte Arbeitskraft auf mehrere Geschlechter hinaus in der Hauptsache an eine Handvoll internationaler Bankhyänen verraten und verkauft haben.“

Eine nationalsozialistische Einschätzung der „verbündeten“ Parteien:

Der vollständige Bankerott der alten Parteien ist am drastischsten daraus zu erkennen, daß sich diese in ihren Weltanschauungen völlig unversöhnlich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, jahrzehntelang gegenseitig um die Macht ringenden Parteien, im Novemberstaat zusammengefunden haben und zwar nicht etwa, um das deutsche Volk gemeinsam einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen, sondern sie haben sich zusammengefunden in der Erkenntnis, daß keine von ihnen das propagierte Ziel jemals erreichen würde (...).“

Drohungen Sauckels an die Adresse von SPD und KPD in seiner ersten Erklärung als Chef der NSDAP-Fraktion im Thüringer Landtag im Dezember 1929:

Es gelte, „mit aller Energie“ die marxistischen Parteien zu bekämpfen: „Sie sollen sich darüber klar sein, daß es sich um einen Kampf bis aufs Messer handelt.“

junge Welt, Dienstag, 08.12.2009, S. 10.

Personenregister

A

Abendroth, Wolfgang 541, 550
Ablaß, Bruno 626
Adenauer, Konrad 233, 390, 391, 489, 546, 655
Adler, Max 82
Aegidi, Karl Ludwig 205, 227
Alemann, Ulrich von 110
Alonzo, Christine 348
Alvensleben, Ludolf-Hermann von 221
Aly, Götz 194, 351, 360, 369, 371, 373, 444
Amman, Petra 98
Anschütz, Gerhard 591
Arco-Valley, Anton Graf 605
Arendt, Hannah 229, 230, 390
Arndt, Ernst Moritz 137
Arnhold, Carl 652
Arnim, Herbert von 593
Aronson, Shlomo 621
Astel, Karl 187
Auth, Diana 8
Axmann, Artur 288

B

Babel, J. 344
Bach, Johann Sebastian 181
Baeumler, Alfred 539
Baker, David 407, 408, 411
Bale, Jeffrey M. 407
Balzer, Friedrich-Martin 632
Barlach, Ernst 67
Bar-On, Tamir 407
Bartels, Adolf 137
Bathke, Gustav-Wilhelm 550
Baudrillard 493
Bauer, Gustav 48, 52, 115, 143
Bauer, Theodor 275
Baum, Erwin 275, 663
Baum, Vicky 122
Bavaj, Riccardo 231, 503, 588
Bayern, Ludwig Ferdinand von 567, 568, 569, 574
Bebel, August 78, 399, 400, 405, 413
Becker, Jurek 329, 364
Beggel, Karl 639
Behrend, Hanna 361
Behrend, Manfred 363
Bejerano, Esther 361
Belitz, Georg 332
Bense, Max 463, 550
Beradt, Charlotte 247
Berchthold, Josef 570
Berchtold, Joseph 576
Berger, Wolfgang 643
Berghe, Yvan Vanden 245
Bergsdorf, Wolfgang 22
Berner, Margit 348
Bernstein, Eduard 78
Berthold, Lothar 93, 94
Best, Werner 99, 640, 641, 644
Bethge, Ernst Heinrich 137

Beumelburg, Werner 292
Beyer, Frank 329, 364
Bieligk, Bruno 275, 276
Bilfinger, Rudolf 643
Bindernagel, Franka 622
Bismarck, Otto von 70, 115, 133, 154, 164, 228
Bittel, Karl 62
Blair, Tony 347
Blasius, Dirk 621
Blessing, Karl 622
Bloch, Ernst 230, 501
Blomberg, Werner von 239, 241, 242, 243, 249, 287, 307, 311, 313, 319, 322, 338
Blomeyer, Peter 68
Blücher, Gebhard Leberecht von 123, 246
Bluntschli, Johann Caspar 270, 344
Boden, Margarete 620
Boehm, Max Hildebert 304, 626
Bohlen, Dieter 309
Böhme, Curt 400, 401
Böhme-Kuby, Susanna 636
Bömelburg, Hans-Jürgen 636
Bonnet, Georges 579, 580
Borchert, Wolfgang 329, 364
Bormann, Martin 29, 124, 190, 320, 440
Bosch, Carl 282
Bosch, Robert 244
Bracht, Franz 610
Brandenstein, Karl Eduard Freiherr von 275
Brandler, Heinrich 442
Brandt, Karl 390
Brandt, Willy 336
Brauchitsch, Walther von 128
Braun, Eva 577
Braun, Max 325
Braun, Otto 157, 561
Brecht, Bert 78, 351, 371
Bredow, Ferdinand von 319
Breitscheid, Rudolf 275, 525
Breker, Arno 634
Brenner, Wolfgang 577, 578
Briand, Aristide 562
Brill, Hermann 277, 379
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 290
Brocke, Carl 643
Broński, Mieczysław 52
Broszat, Martin 64, 482, 600
Bruck, Arthur Moeller van den 230, 370, 501, 558
Brüning, Heinrich 66, 68, 69, 76, 81, 82, 83, 86, 88, 99, 100, 146, 155, 157, 184, 237, 489, 618
Buchrucker, Bruno Ernst 123
Büll, Hans-Joachim 554
Bülow, Bernhard von 131, 132
Bürckel, Josef 325
Busch, Wilhelm 130
Bush, George W. 342, 347, 419, 546
Bütow, Tobias 622
Butterwegge, Christoph 8

C

Cachin, Marcel 524
Calic, Edouard 436
Camus, Albert 345
Canaris, Wilhelm 329, 364, 436
Carstens, Karl 546
Chamberlain, Neville 579
Churchill, Winston 70, 189, 382, 395
Claß, Heinrich 47, 649
Clauberg, Carl 20
Cohen, Max 290, 291
Cohn, Erich 656
Cohn, Oskar 627
Cohn, Willy 79, 97
Conze, Werner 478, 480
Coulondre, Robert 580
Cranach, Lucas 181
Cuno, Wilhelm 524, 525, 574

D

Dahn, Felix 134
Darré, Walther 327
Daschner, Günther 436
Däumig, Ernst 291
Dawes, Charles G. 115, 660
De Grand, Alexander 407
Dederichs, Mario 436, 437
Degrelle, Léon 493
Dehn, Günther 79, 97
Delbrück, Clemens von 626
Demandt, Alexander 577
Dennett, Daniel 330, 367
Diderot, Denis 126
Dieckmann, Christoph 493
Diehl, Erich 550
Diels, Rudolf 608
Dietrich, Sepp 319
Dimitroff, Georgi 448, 449, 450
Dingeldey, Eduard 155
Dinter, Artur 281, 530, 531, 660, 661
Diwald, Hellmut 546
Dix, Otto 67
Döblin, Alfred 78
Doernberg, Stefan 361
Dohna, Alexander Graf zu 607
Dollfuß, Engelbert 306, 322
Domizlaff, Hans 332, 365
Donat, Helmut 636
Dorawa, Bernhard 41
Dörr, Hugolinus 325
Dorst, Werner 550
Drabkin, J. S. 476
Draht, Martin 550
Dregger, Alfred 546
Drexler, Anton 570, 603, 638, 649
Duesterberg, Theodor 151
Dugin, Alexander Geljewitsch 407
Dührkop, Günther 413
Duisberg, Carl 69, 584
Düringer, Adalbert 627
Dwinger, Edwin E. 292

E

Eatwell, Roger 407, 411
Eberle, Henrik 548, 651
Ebert, Friedrich 47, 49, 51, 54, 142, 290, 291, 303, 304, 573, 588, 589, 602, 604, 625, 626
Eckart, Dietrich 134, 138
Eco, Umberto 410
Effenberg, Stefan 309
Eher, Franz 530, 614
Ehlich, Hans 643
Ehrhardt, Hermann 48, 49, 51, 102, 123, 647
Eichel-Streiber, Friedrich von 274, 279, 281
Eichholtz, Dietrich 484
Eichhorn, Emil 586, 609
Eichmann, Adolf 376, 390, 391, 642, 643
Einstein, Albert 78, 79
Eisenhart, Wolfgang 137
Eisenwerth, Karl Schmoll von 131
Eisner, Kurt 605
Elm, Ludwig 8, 334, 339, 340, 341, 464, 484, 544, 545, 546, 551, 633, 636
Elser, Georg 566, 577
Engelberg, Ernst 541
Engels, Friedrich 36, 399, 454, 475
Epp, Franz Ritter von 249
Erhard, Hans 606
Erhard, Ludwig 578
Erhardt, Arthur 472
Ernst, Eugen 586
Erzberger, Matthias 10, 47, 52, 101, 160, 276, 359, 647
Escherich, Georg 647
Esser, Hermann 570, 576, 658
Evans, Richard J. 323, 324, 456

F

Falkenhausen, Friedrich Freiherr von 49
Fanger, Hermann 58
Fassbinder, Rainer Werner 329, 364
Feder, Gottfried 569, 570, 575, 576
Fegelein, Hermann 599
Feininger, Lyonel 67
Feldbusch, Verona 309
Ferguson, Niall 577
Fest, Joachim C. 24, 443, 444, 445, 629, 651
Fetscher, Iring 546
Feuchtwanger, Lion 122
Fichte, Johann Gottlieb 181, 345
Fiedler, Teja 436
Fiehler, Karl 459, 460, 461, 595
Filbinger, Hans 546
Finker, Kurt 475, 632, 633
Fischer, Gerhard 363
Fischer, Helga 414
Fischer, Hermann 102
Flechtheim, Ossip K. 541, 542, 546
Flick, Friedrich 444, 622
Foerster, Friedrich Wilhelm 636
Forrester, Viviane 79, 90
Forster, Albert 328
Franco, Francisco 563

François-Poncet, André 579
 Frank, Hans 440, 458
 Frank, Niklas 458
 Fränkel, Ernst 595
 Franz Josef II. 44
 Franz, Angelika 436
 Franz, Helmut 537
 Franzen, Anton 85
 Fredersdorf, Herbert 329, 364
 Frei, Norbert 323, 361, 367, 633
 Freisler, Roland 631
 Freud, Sigmund 78
 Freudental, ? 275
 Freund, ? 275
 Freund, Michael 436
 Freymuth, Arnold 124
 Freytag-Loringhoven, Hugo von 271, 344
 Frick, Wilhelm 27, 67, 76, 85, 139, 150, 181, 185,
 240, 246, 318, 381, 387, 440, 556, 570, 604, 606,
 608, 610, 611, 619, 630, 657, 662, 663, 664
 Fricke, Dieter 35, 40, 63, 474, 477, 479, 481
 Fried, Joachim 363
 Friedländer, Saul 537
 Friedrich II. 98, 241, 251, 260
 Fritzsche, Peter 407
 Frölich, August 274, 275, 276, 277, 279, 281, 379,
 380, 660
 Fuchs, Elsa 656
 Fuchs, Emil 238
 Fühmann, Franz 410

G

Galzow, Georg 643
 Gareis, Karl 101
 Gayl, Wilhelm Freiherr von 159, 170, 491
 Geibel, Emmanuel 131
 Geißler, Max 137
 Gemlich, Adolf 223
 Gengenbach, Karl 643
 Gentzen, Felix-Heinrich 61, 62
 George, Stefan 152
 Gereke, Günther 180
 Gerlach, Hellmut von 54, 636
 Gerlich, Fritz 169, 319
 Gerstein, Kurt 537
 Geßler, Otto 53, 574
 Giersiepen, Elisabeth 63
 Gilbert, Ursula Susanne 636
 Gingold, Peter 361, 362
 Giordano, Ralph 544, 545, 546
 Globke, Hans Maria 391, 546, 655
 Glotz, Peter 544
 Goebbels, Joseph 16, 67, 76, 78, 99, 129, 157, 159,
 169, 175, 179, 238, 239, 243, 244, 255, 288, 306,
 319, 325, 326, 338, 351, 352, 353, 370, 443, 458,
 472, 489, 497, 538, 539, 553, 577, 619, 629
 Goebbels, Magda 288
 Goerdeler, Carl 109, 460
 Goethe, Johann Wolfgang von 29, 122, 152, 181
 Goldstein, Marek 329, 364
 Göring, Hermann 29, 44, 80, 99, 127, 134, 139, 171,
 187, 221, 238, 256, 311, 313, 319, 338, 385, 390,

440, 444, 569, 570, 573, 575, 576, 577, 608, 610,
 611, 653
 Gossweiler, Kurt 480, 484
 Gottwald, Herbert 476
 Goya, Francisco de 339
 Graber, G. S. 436
 Graetz, Wolfgang 329, 364
 Graf, Christoph 610
 Grambitter, Ulrike 595
 Graml, Hermann 443
 Gramsci, Antonio 167
 Grass, Günter 251, 260
 Grebing, Helga 546
 Gregor, A. James 407, 410
 Greiffenhagen, Martin 546
 Greuner, Ruth 636
 Griewank, Karl 59, 61, 62, 63, 91, 92, 93, 95
 Griffin, Roger 316, 407, 408, 409, 410, 411, 412
 Grimme, Adolf 79
 Gritschneder, Otto 605
 Gröber, Adolf 304, 625
 Groener, Wilhelm 76, 100, 146, 155, 170, 303, 562,
 563
 Gropius, Walter 181
 Gumbel, Emil Julius 79, 122, 124, 454
 Gundlach, Heike 41
 Günsche, Otto 548
 Günther, Hans F. K. 67, 185, 662
 Gürtner, Franz 240, 319, 571, 606
 Gustloff, Wilhelm 181, 187, 598, 599
 Gusy, Christoph 627
 Gysi, Gregor 416

H

Haase, Hugo 101, 290, 291
 Habicht, Theodor 306
 Haffner, Sebastian 112, 582, 586
 Hahn, Hans-Werner 475
 Hajak, Stefanie 595
 Halder, Franz 129
 Hämel, Josef 63
 Haney, Gerhard 68, 270, 416
 Hanfstaengl, Ernst 570, 576
 Harnack, Falk 364
 Harrer, Karl 638
 Hartl, Albert 643
 Hauptmann, Gerhart 152
 Hauser, Przemysław 636
 Haushofer, Karl 637
 Heartfield, John 251, 260, 446
 Hecht, Arno 469
 Hecker, Ewald 622
 Hedemann, Justus Wilhelm 267
 Heer, Hannes 445
 Heeß, Walter 644
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 181
 Heilmann, Ernst 162
 Hein, Franz 463
 Heine, Heinrich 78
 Heine, Thomas Theodor 172
 Heines, Edmund 125
 Heise, Wolfgang 41

Heither, Dietrich 8, 98
 Helfferich, Emil 622
 Helfferich, Karl 47, 102, 524
 Heller, Hermann 271
 Hellwege, Heinrich 546
 Henicke, Hartmut 584
 Henke, Alfred 304
 Henlein, Konrad 328
 Hennicke, Paul 380
 Hennig, Eike 316
 Henniger, Hanna 550
 Henning, Wilhelm 649
 Hentges, Gudrun 8, 98
 Herder, Johann Gottfried 181
 Herfurth, Emil 275, 279
 Hergt, Oskar 102
 Hermann, Karl 275, 278
 Hermann, Wolfgang 78
 Herz, Hans 541
 Herzog, Jaques 394
 Heß, Rudolf 24, 133, 134, 171, 238, 300, 326, 338,
 353, 360, 442, 548, 570, 575, 599, 610, 634, 653
 Hesselbarth, Mario 417
 Heuer, Uwe-Jens 416
 Heusler, Andreas 595, 596
 Heuss, Theodor 238
 Heydrich, Reinhard 436, 437, 577, 608, 610, 611, 634,
 640, 641, 642, 644
 Heym, Stefan 656
 Hierl, Konstantin 539
 Hildebrand, Klaus 482
 Hilferding, Rudolf 562
 Hillgruber, Andreas 482
 Himmler, Heinrich 44, 127, 130, 186, 238, 313, 319,
 352, 436, 440, 458, 577, 608, 609, 610, 611, 620,
 621, 622, 640, 641, 642, 644
 Hindenburg, Paul von 73, 86, 108, 146, 178, 179, 180,
 221, 236, 237, 238, 239, 241, 247, 256, 287, 305,
 308, 312, 313, 322, 489, 490, 553, 585, 592, 628,
 629, 630, 648
 Hitler, Adolf 14, 15, 27, 28, 29, 48, 56, 69, 70, 75, 76,
 77, 80, 85, 88, 99, 109, 112, 113, 114, 117, 118,
 119, 124, 125, 126, 128, 129, 130, 133, 138, 146,
 150, 151, 152, 158, 161, 162, 163, 164, 165, 169,
 170, 171, 175, 176, 177, 178, 179, 181, 182, 184,
 185, 186, 187, 188, 189, 190, 194, 195, 197, 215,
 216, 219, 220, 221, 223, 224, 225, 226, 229, 231,
 236, 237, 238, 239, 241, 242, 243, 244, 249, 250,
 251, 252, 255, 256, 259, 260, 261, 262, 273, 280,
 282, 283, 284, 286, 287, 288, 297, 300, 302, 305,
 306, 307, 308, 310, 311, 312, 313, 318, 319, 320,
 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 331, 338,
 339, 346, 350, 351, 352, 353, 354, 360, 369, 370,
 371, 375, 378, 380, 382, 384, 385, 386, 388, 389,
 390, 394, 395, 410, 436, 438, 439, 440, 441, 442,
 443, 444, 445, 446, 447, 448, 452, 455, 456, 458,
 459, 460, 471, 482, 489, 490, 493, 494, 496, 497,
 500, 501, 502, 524, 527, 529, 530, 531, 532, 533,
 535, 538, 539, 545, 548, 549, 552, 553, 556, 557,
 558, 563, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572,
 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 595, 596, 597,
 598, 599, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 610, 613,
 614, 615, 616, 618, 619, 628, 629, 630, 632, 634,

638, 639, 640, 644, 648, 650, 651, 652, 653, 657,
 658, 662
 Hochhuth, Rolf 329, 537
 Hoegner, Wilhelm 241, 606
 Höfer, Ernst 275
 Hoffmann, Lutz 98
 Hofmann, Fritz 463
 Hofmann, Robert 37, 477
 Hölderlin, Friedrich 181
 Holl, Karl 636
 Höltermann, Karl 170
 Holz, Klaus 316, 407, 409
 Hondrich, Karl Otto 270, 343
 Honecker, Erich 298
 Hoover, Herbert 82
 Horkheimer, Max 369, 446, 448
 Horvath, Ödön von 122
 Höß, Irmgard 63
 Höß, Rudolf 125, 320
 Hrdlicka, Alfred 135
 Hugenberg, Alfred 66, 85, 86, 136, 155, 175, 184,
 221, 237, 238, 442, 556
 Huggenberger, Josef 137
 Hundhammer, Alois 159
 Hundt, Friedrich 550
 Hupfauer, Theodor 29
 Hussein, Saddam 347

I

Ignatieff, Michael 284
 Immermann, Karl 122

J

Jackson, Robert H. 26, 396, 397
 Jacob, Berthold 103, 124
 Jacobsohn, Siegfried 42
 Jäger, Siegfried 407, 411
 Jagow, Traugott von 49
 Jansen, Werner 133
 Jeppe, Karen 404
 Jodl, Alfred 440
 Joffroy, Pierre 537
 Jogiches, Leo 101, 602
 Jost, Heinz 642, 644
 Judick, Günter 361
 Jung, Edgar Julius 109, 230, 319, 501, 558
 Jünger, Ernst 109, 230, 292, 501, 539, 558
 Junior, Bernd 41

K

Kaack, Heino 37, 477
 Kaas, Ludwig 169
 Kadow, Walther 125
 Kahl, Wilhelm 626
 Kahr, Gustav Ritter von 56, 276, 319, 568, 569, 570,
 571, 573, 574, 575, 603, 604, 605, 606, 607, 647
 Kaiser, Gerd 492
 Kaiser, Tobias 475
 Kallis, Aristotle 407
 Kaltenbrunner, Ernst 392, 440, 642
 Kandinsky, Wassili Wassiljewitsch 67

Kant, Hermann 361
 Kant, Immanuel 272
 Kapp, Wolfgang 10, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50,
 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 101, 102, 104, 123, 159,
 183, 219, 223, 237, 247, 248, 274, 275, 277, 401,
 567, 573, 601, 626, 639, 647
 Kästner, Erich 78
 Katharina II. 126
 Kätzel, Siegfried 121
 Kauffmann, Kurt 392
 Kaul, Friedrich Karl 402
 Kauter, Kurt 42
 Käutner, Helmut 329, 364
 Kautsky, Karl 78, 290
 Keim, August 228
 Keitel, Wilhelm 440
 Kellogg, Frank B. 562
 Kelsen, Hans 541
 Kempner, Robert M. W. 124
 Keppler, Wilhelm 187, 622
 Kepplinger, Hans Mathias 333
 Kern, Erwin 102
 Kerl, Hanns 157
 Kershaw, Ian 456, 614
 Keßler, Mario 462, 541, 542, 636
 Kiel, Sabine 8
 Kiesinger, Kurt Georg 546
 Kieß, Paul 275, 281
 Kirdorf, Emil 164, 165
 Kirst, Hans Hellmut 329, 364
 Klagges, Dietrich 85, 150
 Klaus, Georg 463, 550
 Klausener, Erich 319
 Klee, Paul 67, 181
 Klein, Fritz 295
 Kleist, Heinrich von 122
 Klemperer, Victor 196, 334
 Klenner, Hermann 68
 Klier, Freya 488
 Klönne, Arno 451
 Klopstock, Friedrich Gottlieb 181
 Klundt, Michael 361
 Knapp, Werner 361
 Knilling, Eugen Ritter von 568
 Knobloch, Kurt 634
 Knopp, Guido 167, 330, 361, 365
 Knütter, Hans-Helmuth 8
 Koch, Christoph 636
 Koch, Roland 334
 Kogon, Eugen 443
 Kohl, Helmut 335, 498, 546
 Koller, Christian 348
 Kommerell, Max 152
 Könnemann, Erwin 247
 Konopka, Melitta 407, 409, 410
 Kopkow, Horst 643
 Korte, Jan 633
 Kossok, Manfred 31
 Köster, Adolf 160, 348, 359
 Kowalczyk, Ilko-Sacha 475
 Kramer, Stanley 420
 Kranefuß, Fritz 622
 Kraus, Karl 78, 79, 139

Krause, Johannes 643
 Kraushaar, Wolfgang 316
 Krichbaum, Wilhelm 643
 Kriebel, Hermann 568, 604
 Kriegk, Ernst 78
 Krockow, Christian Graf von 70
 Kroeber-Riel, Werner 332, 366
 Krofta, Kamil 579
 Krogmann, Carl Vincent 282
 Kronenberg, Volker 316
 Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 338
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 180, 283,
 404, 444, 525
 Kübel, Klaus 469
 Kühnl, Reinhard 166, 284, 316, 370, 481, 483
 Kunze, Richard 650
 Kurth, Alexandra 8

L

Lahusen, Carl 83
 Lahusen, Friedrich 83
 Lahusen, Heinrich 83
 Lakowski, Richard 554
 Lammers, Hans Heinrich 352, 360, 653
 Lampel, Peter Martin 122
 Lang, Alexander 135
 Laqueur, Walter 407
 Lasker-Schüler, Else 78
 Lauffenberg, Heinrich 232, 503, 589
 Le Bon, Gustave 355, 372
 Leiser, Erwin 140, 443
 Lemke, Rudolf 550
 Lenin, Wladimir Iljitsch 61, 116, 141, 257, 454, 477,
 602
 Lenk, Kurt 546
 Leo, Gerhard 361
 Lepsius, Johannes 404
 Leutheusser, Richard 660
 Levi, Paul 9, 10, 46, 55, 124, 247, 291, 602
 Leviné, Eugen 101
 Ley, Robert 29, 255, 312, 634, 652, 653
 Leyen, Ursula von der 544
 Libiger, Richard 133
 Lichtenberg, Georg Christoph 334, 445
 Lichtschlag, Otto 50
 Liebknecht, Karl 47, 101, 112, 142, 291, 399, 400,
 401, 402, 403, 404, 405, 588, 647
 Liebknecht, Wilhelm 399, 404
 Lindow, Kurt 643
 Linge, Heinz 548
 Lippe, Viktor von der 392
 Liszt, Ferenc 181
 Liszt, Franz von (Strafrechtslehrer) 132
 Litt, Theodor 8
 Litzenberg, Willy 643
 Loeb, Walter 184
 Loh, Werner 258
 Longerich, Peter 611, 620, 621
 Lossow, Otto Hermann von 568, 569, 571, 574, 575,
 604, 607
 Lozek, Gerhard 484
 Lübke, Heinrich 546

Ludendorff, Erich 574, 575, 576
 Ludendorff, Erich 154, 161, 247, 529, 539, 568, 569,
 570, 571, 585, 603, 604, 605, 606, 648, 650, 657,
 658, 662
 Lüdtke, Alfred 94
 Lüdtke, Franz 289
 Lüdtke, Heinrich 59, 62
 Luetgebrune, Walter 163
 Luther, Hans 81
 Luther, Martin (Reformator) 78, 181, 447
 Lüttwitz, Walther von 41, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 50,
 51, 101, 102, 104, 123, 183, 274, 277, 573, 601,
 639, 647
 Lutze, Viktor 321
 Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm Freiherr von 564
 Luxemburg, Rosa 9, 10, 47, 101, 112, 290, 291, 345,
 399, 400, 401, 402, 403, 405, 542, 647

M

Mackeldey, Erich 275
 Madajczyk, Czesław 493
 Maetzig, Kurt 329, 364
 Magaram, Harry 656
 Mahle, Hans 309, 310
 Mahraun, Artur 647
 Maier, Hans 195
 Maltzan, Ago Freiherr von 153
 Mann, Thomas 70, 152
 Manstein, Erich von 307
 Markov, Walter 31
 Marschler, Willy 531, 662
 Marx, Karl 10, 35, 36, 46, 52, 61, 78, 141, 177, 259,
 399, 454, 467, 475, 482, 532, 541, 587, 623
 Marx, Wilhelm 657
 Matthias, Helene 656
 Maunz, Theodor 546
 Maus, Ingeburg 272
 May, Gisela 351, 371
 Mayer, Hans 541
 Mayr, Karl 223, 638, 639
 Meer, Horst van der 469
 Mehring, Franz 399, 405
 Meissner, Otto 221
 Meister, Roland 270, 271, 272
 Melis, Charles 469
 Merridale, Catherine 554
 Mertens, Carl 124
 Mestrup, Heinz 550
 Metzler, Helmut 465
 Metzsch, Horst von 283
 Meurer, Bärbel 407, 409
 Meyer, Konrad 127
 Michels, Robert 39, 72, 73, 478, 542, 592
 Mittelstraß, Jürgen 470
 Möhl, Arnold von 638
 Mohler, Armin 546
 Mölders, Werner 18
 Molo, Walter von 152
 Moltke, Hellmuth von (der Ältere) 270, 271, 344
 Mommsen, Hans 323, 330, 364
 Monmousseau, Gaston 524
 Morell, Theo 651

Morgan, Philip 407
 Mosley, Oswald 472
 Mottek, Hans 541
 Mühlberger, Detlef 438
 Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 273, 642, 643
 Müller, Hermann 53, 54, 55, 561, 562
 Müller, Richard 290
 Müller, Rolf-Dieter 493, 494
 Münkler, Herfried 466
 Musäus, Johann Carl August 181
 Mussolini, Benito 318, 353, 524, 563, 567, 573, 580
 Mutschmann, Martin 599

N

Nadolny, Rudolf 552
 Napoleon I. 137, 409
 Naumann, Friedrich 290, 304, 403, 404, 625, 646
 Nebe, Arthur 642, 643
 Nebukadnezar 126
 Neifeind, Kurt 643
 Neithardt, Georg 605, 607
 Nero 140
 Neubauer, Theodor 277, 455
 Neumann, Arno 280
 Neumann, Bernd 488
 Neumann, Franz 541
 Neumann, Hans-Joachim 651
 Neumann, Heinz 151
 Neurath, Konstantin Freiherr von 241, 318, 338, 552
 Neurath, Konstantin von 242
 Nicolai, Helmut 287
 Nietzsche, Friedrich 89, 181
 Nockemann, Hans 643
 Noll, Dieter 329, 364
 Nolte, Ernst 167, 316, 407, 445, 447, 546
 Noske, Gustav 45, 46, 47, 48, 51, 53, 55, 303, 304,
 586, 601, 602
 Nuschke, Otto 403

O

Oberländer, Theodor 289, 546
 Oetinger, Friedrich 8
 Ohlendorf, Otto 642, 643
 Oldenburg-Januschau, Elard von 107
 Orban, Lydia 454
 Ortega y Gasset, José 355, 372
 Orwell, George 330, 367
 Ossietzky, Carl von 10, 78, 97, 100, 104, 124, 156,
 161, 194, 238, 251, 260, 359, 636
 Otonnu, Olara 345
 Ott, Eugen 179
 Ottwalt, Ernst 140

P

Pabst, Waldemar 401, 402
 Paech, Norman 284
 Panzinger, Friedrich 643
 Papen, Franz von 157, 158, 159, 163, 172, 174, 175,
 178, 236, 237, 238, 287, 318, 322, 489, 495, 496,
 610, 618
 Passmore, Kevin 407, 411

Pasternack, Peer 469, 550
 Pätzold, Kurt 12, 13, 61, 63, 64, 95, 98, 196, 300, 333, 361, 440, 483, 484, 597
 Paulssen, Arnold 276, 660
 Pawlow, Iwan Petrowitsch 259
 Paxton, Robert O. 418
 Payne, Stanley 87
 Payne, Stanley G 316
 Payne, Stanley Griffin 407, 411
 Petersen, Peter 463
 Pfannkuch, Friedrich 303
 Pfeifenberger, Werner 8
 Pfeifer, Karl 8
 Pfordt, Fritz 325
 Pieck, Wilhelm 52
 Pietcuch, Konrad 163
 Pinochet, Augusto 546
 Piscator, Erwin 364
 Plake, Andreas 8
 Platon 345
 Pleiger, Paul 390
 Plöckinger, Othmar 442
 Ploenus, Michael 469, 550
 Podymachina, Hanna 361
 Pohl, Karl Heinrich 636
 Pohlmann, Friedrich 316, 407, 408
 Pöhner, Ernst 571, 604
 Poincaré, Raymond 524, 525
 Poser, Magnus 454, 455
 Preller, Hugo 59, 60, 61, 62, 91, 92, 93, 94, 95, 96
 Preuß, Hugo 78, 305, 590, 626, 627, 650
 Preußen, Luise von 648
 Preußen, Wilhelm von 155
 Priester, Karin 316, 407, 408, 412
 Prühaußler, Karl 75

Q

Quetting, Michael 636
 Quisling, Vidkun 472

R

Radbruch, Gustav 124, 160, 359
 Raeder, Erich 311, 338
 Rang, Fritz 643
 Rappe, Friedrich 454
 Rathenau, Walther 78, 101, 102, 104, 153, 154, 160, 276, 359, 647, 649, 650
 Rauff, Walter 643
 Raumer, Hans von 56
 Rauschen, Ulrich 48
 Rauschning, Hermann 328
 Reich, Jens 339
 Reichardt, Johann Friedrich 136
 Reichardt, Sven 407, 411
 Reichel, Peter 329, 330, 363, 364, 365, 366
 Reichenau, Walter von 319, 321
 Reichert, Jakob 56
 Reinhardt, Fritz 138
 Reinhardt, Walther 48
 Reißlandt, Carolin 98
 Remarque, Erich Maria 67, 78, 185, 662

Renken, Walter 643
 Renn, Ludwig 454
 Reuter, Otto 309
 Reuther, Renate 474
 Ribbentrop, Joachim von 221, 237, 238, 440, 580
 Richter, Heinz 643
 Richter, Rolf 480, 484
 Richter, Wolfgang 488
 Riefenstahl, Leni 326
 Riege, Andrea 414
 Riege, Frank 414
 Riege, Gerhard 68, 413, 414, 415, 416, 464
 Riege, Katharina 309, 414
 Riemschneider, Reinhold 454
 Rieth, Kurt 322
 Ritschel, Horst 41
 Roberts, David D. 407
 Roder, Lorenz 603
 Roethe, Gustav 132
 Röhl, Ernst 334
 Röhm, Ernst 163, 238, 246, 311, 313, 319, 321, 570, 574, 575, 603, 604, 606, 611, 638, 639, 648, 657, 658
 Röhr, Werner 316, 469, 484, 493
 Rohrmoser, Günter 546
 Rokossowski, Konstantin Konstantinowitsch 555
 Romm, Michail Iljitsch 11, 443
 Roosevelt, Franklin D. 189, 382, 395
 Röpke, Wilhelm 194
 Rose, Karl 636
 Rosenbaum, Wolf 469
 Rosenberg, Alfred 78, 80, 113, 129, 139, 227, 313, 348, 392, 440, 502, 603
 Rosenfeld, Kurt 82
 Rosenzweig, Hermann 656
 Roßbach, Gerhard 123, 320, 571
 Roth, Erich 643
 Rothfels, Hans 537
 Roy, Arundhati 251, 261
 Ruffmann, Karl-Heinz 34, 474
 Ruge, Wolfgang 293, 294, 295, 296, 484
 Rühle, Otto 232, 503, 589
 Rumbold, Horace 553
 Rzepka, Krzysztof 636

S

Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard von 568
 Sachsen-Coburg-Gotha, Karl Eduard Herzog von 402
 Safranski, Rüdiger 363
 Salewski, Michael 577
 Salm-Horstmar, Otto II. zu 86
 Salzborn, Samuel 8
 Sandmayr, Marie 124
 Sassning, Ronald 406
 Sauckel, Adolf 650
 Sauckel, Erich 648, 650
 Sauckel, Fritz 26, 27, 28, 29, 30, 67, 134, 152, 181, 185, 186, 187, 189, 308, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 440, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 650, 658, 661, 663, 664
 Schacht, Hjalmar 88, 178, 338, 444, 622, 653

Schäfer, Gerhard 8, 98
 Schäfer, Jürgen 537
 Schäfer, Wilhelm 99
 Schauwecker, Franz 292
 Schaxel, Julius 454
 Scheer, Reinhard 568, 574
 Scheidemann, Philipp 101, 103, 115, 142, 303, 304, 601, 602, 625, 626
 Schellenberg, Walter 641, 642, 643
 Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 181
 Schenk, Dieter 458
 Scherr, Albert 407, 410
 Scheubner-Richter, Max Erwin von 568
 Scheuch, Anna Elisabeth und Alois 593
 Schiffer, Eugen 50
 Schildt, Axel 546
 Schiller, Friedrich 29, 34, 89, 95, 181, 344
 Schilling, Willy 454, 488
 Schindler, Oskar 330, 364
 Schlamm, William S. 546
 Schleicher, Kurt von 172, 179, 180, 221, 236, 237, 319, 489, 563, 618
 Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Auguste Viktoria von 648
 Schmeitzner, Mike 231, 503, 589
 Schmerbach, Günther 59, 61, 62, 94
 Schmidt, Rainer F. 171
 Schmidt, Walter 94
 Schmitt, Carl 195, 230, 320, 501, 629
 Schmitt, Kurt 282
 Schneider, Friedrich 59, 61, 92, 93
 Schnell, Pieter 336
 Schobert, Alfred 407, 411
 Scholtz-Klink, Gertrud 326
 Schöneburg, Karl-Heinz 68, 272
 Schotte, Walther 159
 Schrenck-Notzing, Caspar von 546
 Schröder, Gerhard (SPD) 166, 354
 Schröder, Karl 232, 503, 589
 Schröder, Kurt von 221, 444
 Schroeder, Otto Martin Willy 80
 Schücking, Walther 271
 Schulte, Franz Gerrit 636
 Schulz, Eberhard 417
 Schulz, Franz 643
 Schulz, Paul 125
 Schulze, Gerhard 247
 Schumacher, Kurt 82, 483
 Schumann, Georg 401
 Schumann, Wolfgang 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 91, 94, 464
 Schüssler, Rudolf 639
 Schütt, Hans-Dieter 443
 Schütz, Heinrich 181
 Schwarz, Erika 655, 656
 Schwarz, Otto 61
 Schwarzschild, Leopold 155
 Schweder, Alfred 643
 Schwinge, Erich 546
 Seebohm, Hans-Christoph 546
 Seeckt, Hans von 48, 50, 248, 568, 575
 Seibert, Heinrich 643
 Seipel, Ignaz 69

Seißer, Hans Ritter von (eigentlich Johann von Seißer) 568, 569, 571, 574, 575, 604, 607
 Seldte, Franz 282, 292, 352, 360, 653
 Servatius, Robert 376, 380, 382, 384, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396
 Severing, Carl 562
 Seydewitz, Max 82
 Seyß-Inquart, Arthur 440
 Siegert, Rudolf 643
 Simon, Walter 56
 Simson (Familie) 183, 187
 Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 275
 Sinzheimer, Hugo 124
 Six, Alfred Franz 642, 644
 Snajder, Mario 407
 Sontheimer, Kurt 230, 231, 501, 503, 546
 Sontheimer, Michael 588
 Soucy, Robert J. 407
 Spahn, Peter 626
 Speer, Albert 29, 383, 386, 387, 388, 445, 598, 599
 Spengler, Oswald 108, 230, 501, 558
 Spengler, Wilhelm 643
 Spoo, Eckart 636
 Stalin, Josef 61, 93, 128, 171, 176, 189, 295, 297, 382, 395, 448
 Staudte, Wolfgang 329, 364
 Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 455
 Steiger, Günter 94
 Steinberger, Nathan 541
 Steinmetz, Max 63
 Stenglein, Ludwig 604
 Stennes, Walther 76
 Stern, Carola 541
 Sternburg, Wilhelm von 77
 Stinnes, Hugo 45, 46, 54, 281, 524, 525, 567, 574
 Stoecker, Walter 524
 Strasser, Gregor 125, 169, 221, 319, 370, 489, 570, 658
 Strasser, Otto 370
 Strauß, Franz Josef 546
 Strauss, Leo 347
 Streckenbach, Bruno 642, 643
 Streicher, Julius 603, 658
 Streiter, Hermann 137
 Stresemann, Gustav 69, 525, 561, 574, 626, 661
 Strittmatter, Erwin 600
 Stuby, Gerhard 361
 Stürmer, Michael 339
 Suhr, Friedrich 643

T

Tauber, Joachim 493
 Taylor, Telford 392
 Tenner, Albin 277
 Terschmitten, Tina 8
 Teuther, Renate 34
 Thalheimer, August 442
 Thälmann, Ernst 151, 162, 406
 Theweleit, Klaus 620
 Thoma, Alfred 392
 Thyssen, Fritz 45, 146, 221, 525
 Topitsch, Ernst 316

Traub, Gottfried 49
Traut, Jochen 41
Trautmann, Reinhold 463
Treitschke, Heinrich von 205, 227
Treuberg, Ernst Ludwig Graf Fischler von 124
Triepel, Heinrich 108, 591
Troeltsch, Ernst 108
Trotha, Thilo von 113
Trützschler, Fritz von 223, 639
Tschitscherin, Georgi Wassiljewitsch 153
Tucholsky, Kurt 78, 104, 636
Tukur, Ulrich 537
Turner, Henry Ashby 577
Twardowski, Alexander Trifonowitsch 554

U

Udet, Ernst 18
Ulbricht, Walter 309
Umland, Andreas 407, 411
Unruh, Fritz von 78

V

Velde, Henry van de 181
Vesper, Karlen 600
Vierbücher, Heinrich 403, 404
Vilmar, Fritz 541
Vogel, Hans-Jochen 595
Vögler, Albert 622
Vogt, Josef 643
Voigt, Udo 420

W

Wächtler, Fritz 387
Wagner, Adolf 318
Wagner, Richard 113, 134, 135, 136
Wagner, Robert 571
Walcher, Jacob 52
Wallot, Paul 107
Walser, Martin 166
Walther, Johann 136
Warmbold, Hermann 172, 174
Watter, Oskar Freiherr von 50
Weber, Christian 595
Weber, Max 411
Wegener, Ernst 137
Wegner, Michael 349
Weinberg, Leonard 407, 411
Weinert, Erich 140
Weinmann, Ernst 643
Weiss, Peter 329, 364
Weizsäcker, Ernst von 580
Weizsäcker, Richard von 110, 167, 361

Wels, Otto 104
Werfel, Franz 78
Werner, Paul 640, 643
Wernick, Erich 275
Wessel, Horst 58, 157
Wetzel, Katharina Elisabeth 529
Weyand, Jan 407, 409
Weyer, Paul 291
Wicki, Bernhard 329, 364
Wiegel, Gerd 98, 166, 167
Wieland, Christoph Martin 181
Wildt, Michael 621
Wilhelm I. 115
Wilhelm II. 73, 106, 107, 110, 251, 284, 399, 403, 577, 592, 602
Wilhelm, Theodor 8
Wilson, Woodrow 242
Winkler, Heinrich August 402, 582
Wippermann, Wolfgang 258, 314, 315, 316, 407, 410, 412, 623, 624, 636
Wirth, Joseph 101, 102, 103, 104, 105, 153, 154, 160, 277, 359, 573, 650
Wissell, Rudolf 562
Witzmann, Georg 275
Wlassow, Andrej Andrejewitsch 130, 472
Wolf, Friedrich 454
Wolf, Konrad 329, 364
Wolf, Walter 550
Wolff, Theodor 238, 646
Wolffheim, Fritz 232, 503, 589
Wollenberg, Jörg 361, 636
Woodman, Dorothy 292
Wulle, Reinhold 658

Y

Young, Owen D. 56, 115, 138, 184, 237, 532, 660, 661

Z

Zarusky, Jürgen 595
Zehrer, Hans 230, 501, 546, 558
Zeppelin, Ferdinand von 580
Zetkin, Clara 10, 52, 55, 84, 399, 405, 524, 525
Ziegler, Hans Severus 152
Zimmermann, Johann Georg 98
Zimmermann, Richard 277
Zirker, Milly 636
Zitelmann, Rainer 167
Zöberlein, Hans 292
Zucker, Friedrich 550
Zuckmayer, Carl 78, 329, 364